

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



07/08

**Jahrbuch der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands**



07 / 08

Impressum

HERAUSGEBER Vorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands (SPD)
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Verantwortlich:
Kajo Wasserhövel
Bundesgeschäftsführer

**KONZEPTION,
GESTALTUNG,
HERSTELLUNG** Petra Bauer, Cicero Werbeagentur
Berlin · Bonn
pb-cicero@t-online.de

DRUCK Media-Print GmbH · Eggertstraße 30 · 33100 Paderborn

ERSCHIENEN November 2009

Bestell-Nr. 380 0674

Inhalt

Vorwort	5
I. Berichte der Gremien	8
Präsidium	8
Vorstand	9
Parteirat	10
II. Berichte des Willy-Brandt-Hauses	11
Parteileben	12
Mitgliederwerbung	12
Mitgliederentwicklung	13
Arbeitsstab Ostdeutschland	14
Parteischule im Willy-Brandt-Haus	15
Schulung von Ortsvereinsvorsitzenden	17
Partei- und Bürgerservice	18
Besuchergruppen im Willy-Brandt-Haus	18
Politik/Analysen	19
Kommissionen, Foren, Gesprächskreise, Projekt und Arbeitsgruppen	19
Sozialdemokratische Kirchenarbeit	21
Planung/Kommunikation	23
Pressestelle	27
Internationale Politik	28
III. Finanzen der Partei	33
Kontrollkommission	44
IV. Arbeitsgemeinschaften	45
Sozialdemokratische Frauen (ASF)	46
Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)	50
SPD 60 plus	51
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	53
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	54
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)	55
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)	56
Sozialdemokratische Juristinnen und Juristen (ASJ)	56
Jungsozialisten in der SPD (Jusos)	57
Juso-Hochschulgruppen	60
V. Kommissionen, Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise, Beiräte, Sonstige	61
Bundesschiedskommission	62
Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD	64
Historische Kommission	64
Kommission Gleichstellungspolitik des SPD-Parteivorstands	65
Kommission Kinderarmut	66
Kommission Metropolregionen	67
Medienkommission	68
Programmkommission	70
Forum Bildung	71
Forum Kinder und Familie	72
Forum Nachhaltigkeit	74
Forum Sport	74
Forum Wirtschaft	75
Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie	77
Kulturforum der Sozialdemokratie	78

Projektgruppe Arbeitsversicherung des SPD-Parteivorstands	81
Projektgruppe Chancen und Herausforderungen einer Gesellschaft des längeren Lebens	81
Projektgruppe Gegen Rechtsextremismus	82
Projektgruppe Integration	82
Projektgruppe „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“	83
Projektgruppe Nachhaltige Finanzpolitik	84
Projektgruppe „Altersgerechtes Arbeiten und zukunftssichere Rente“	85
Gesprächskreis Energiepolitik	85
Gesprächskreis Innenpolitik	86
Gesprächskreis Jugendpolitik	86
Gesprächskreis Landwirtschaft und ländliche Räume	87
Gesprächskreis Steuern und Finanzen	88
Gesprächskreis Verbraucherpolitik	88
„Selbst aktiv“ – Netzwerk behinderter Menschen in der SPD	89
Kuratorium „Wilhelm-Dröschner-Preis“	89
Arbeitskreis Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos)	90
Ad-hoc-Gruppe „Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen“	91
Seniorenrat der SPD	91
Gustav-Heinemann-Bürgerpreis	92
„Regine-Hildebrandt-Preis“ der Deutschen Sozialdemokratie	93
VI. Landesverbände und Bezirke	95
Schleswig-Holstein	96
Mecklenburg-Vorpommern	99
Hamburg	110
Bremen	113
Niedersachsen	116
Braunschweig	117
Hannover	124
Nord Niedersachsen	127
Weser-Ems	128
Sachsen-Anhalt	132
Brandenburg	135
Berlin	136
Nordrhein-Westfalen	141
Hessen	145
Hessen-Nord	149
Hessen-Süd	152
Thüringen	156
Sachsen	157
Saarland	158
Rheinland-Pfalz	160
Baden-Württemberg	163
Bayern	166
VII. Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD	169
VIII. Bericht der SPD-Bundestagsfraktion	173
IX. Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament .	227
X. Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)	233
XI. Verstorbene Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	241
XII. Beschlüsse und Erklärungen	245
XIII. Personen-Index	332

Vorwort

Die Jahre 2007 und 2008 waren bewegte Jahre für die SPD. Nicht nur wegen der Veränderungen an der Parteispitze. Auch inhaltlich hat sich eine ganze Menge getan.

Keine politische Partei hat bisher eine so umfassende Diskussion für ein Programm geführt. Viele gesellschaftliche Gruppen und die gesamte Partei haben sich daran beteiligt. Die SPD stand 2007 fast zehn Jahre in der Regierungsverantwortung: Dieses Programm beweist, dass es möglich ist, auch über das Regierungshandeln hinaus, einen Entwurf für eine gute Zukunft unseres Landes zu entwickeln.

Das neue Hamburger Grundsatzprogramm wurde am 28. Oktober 2007 verabschiedet. Es gibt zeitgemäße Antworten auf die Herausforderungen offener Grenzen. Es gibt auch Antworten auf die Frage, wie der Sozialstaat erneuert und funktionstüchtig erhalten werden kann, wie gute Arbeit ermöglicht und mehr Klimaschutz erreicht werden kann. Auch die Regulierung der Kapitalmärkte wird im Programm behandelt.

Auch die Jahre 2007 und 2008 haben gezeigt: Die kompetente Arbeit der sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister in der großen Koalition wird gebraucht. In diesen beiden Jahren standen im Wesentlichen sozialdemokratische Projekte auf der Tagesordnung. Bei allen wichtigen Entscheidungen waren unsere Ministerinnen und Minister der Motor. Auf allen Gebieten ist die sozialdemokratische Handschrift deutlich zu erkennen.

Die gute konjunkturelle Situation dieser Jahre wurde zum Abbau der Arbeitslosigkeit und



zum Aufbau neuer Arbeitsplätze genutzt. Im Jahr 2007 ist die Wirtschaft um 2,5 Prozent gewachsen. Die Bundesregierung hat mit dem 25-Milliarden-Investitionsprogramm, der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und der Reform der Unternehmenssteuer starke Wachstumsimpulse gesetzt. Seit 1992 gab es erstmals im Oktober 2008 weniger als 3 Millionen Arbeitslose.

Über das Entsendegesetz ist es gelungen, in einigen Branchen Regelungen für Mindestlöhne durchzusetzen. Unser Ziel bleibt die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von diesem Lohn auch leben können. Gute Arbeit ist jedoch mehr: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit, Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen, menschengerechte Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sind dabei unsere Ziele.

Familienpolitik hatte für die SPD immer einen besonderen Stellenwert: Mit der Einführung des Elterngeldes ab Januar 2007 haben wir eines unserer zentralen Wahlversprechen eingelöst. Mit dem Familienleistungsgesetz werden Familien um mehr als 2 Milliarden Euro entlastet.

Wir finden uns mit der Kinderarmut nicht ab und haben erste Maßnahmen durchgesetzt, um die materielle Armut von Kindern zu überwinden. Von dem weiterentwickelten Kinderzuschlag profitieren jährlich 250.000 Kinder. Kinder brauchen Hilfen von Anfang an, deshalb wurde der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag, der ab 2013 gilt, gesetzlich festgelegt.

Das Gesundheitssystem wurde auf allen Ebenen weiter entwickelt. Hier wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass auch in Zukunft allen Kranken eine hochwertige Versorgung zur Verfügung steht. Es wären weitere Schritte nötig gewesen, die sich jedoch mit der CDU/CSU nicht verwirklichen ließen. Dazu gehören die Einbindung der privaten Krankenversicherung in das solidarische Gesundheitssystem und der weitere Ausbau der Steuerfinanzierung. Wir gehen den Weg zu mehr Solidarität im Gesundheitswesen weiter: Unser politisches Ziel bleibt deshalb die Bürgerversicherung.

Die SPD in der großen Koalition hat den Klimaschutz vorangetrieben und ein integriertes Klima- und Energieprogramm vorgelegt. Umweltpolitik muss zum Innovations- und Modernisierungstreiber für Wirtschaft und


Gesellschaft werden. Auch dies wäre so ohne sozialdemokratische Mitwirkung nicht zustande gekommen.

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt im Jahre 2008 war die Erarbeitung der Reformschritte zur Gestaltung internationaler Finanzmärkte, die zu mehr Transparenz und verbesserter Stabilität der Finanzmärkte beitragen und damit dem Schutz von Anlegern und Beschäftigten dienen sollen.

Die SPD bleibt die Europapartei in Deutschland: Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union wollen wir fortsetzen. Sozialdemokratische Friedenspolitik gründet sich auf ein umfassendes Verständnis von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Auf zahlreichen Tagungen und Konferenzen des Parteivorstands wurde deutlich gemacht, dass Konfliktherde und internationale Krisen nur durch eine in sozialdemokratischer Tradition stehende neue Entspannungspolitik gelöst werden können.

Sozialdemokraten haben die Jahre 2007 und 2008 in der Regierungsbeteiligung mit klarem Kompass und eigener Handschrift entscheidend und zum Wohl des Landes geprägt.

Euer



Franz Müntefering

I. Berichte der Gremien

07/08

Berichte der Gremien

Präsidium

Im Berichtszeitraum kam das Präsidium jeweils montags zu seiner wöchentlichen Sitzung zusammen. In regelmäßigen Abständen wurden die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder und die SPD-Regierungschefs der Länder beratend hinzugezogen.

Auf der Tagesordnung standen die aktuelle politische Situation, die Wirtschaftsentwicklung und Fragen der internationalen und europäischen Politik.

Zur Unterstützung der Landtagswahlkämpfe führte das Präsidium seine Sitzung in den jeweiligen Landeshauptstädten durch. Diesen Präsidiumssitzungen schlossen sich Wahlveranstaltungen zur Unterstützung der Landesverbände und Bezirke an.

Über die satzungsmäßigen Aufgaben hinaus wurden für die Präsidiumsmitglieder Zuständigkeiten festgelegt.

Am 7. 9. 2008 kam das erweiterte Präsidium zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem geschäftsführenden Fraktionsvorstand und den Kabinettsmitgliedern am Schwielowsee zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Kurt Beck seinen Rücktritt als Parteivorsitzender. Das Präsidium beschloss unter Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden

Frank-Walter Steinmeier, den Parteivorstand für den 8. 9. 2008 zu einer Sondersitzung einzuberufen.

Das Präsidium berief auf seiner Sitzung am 15. 9. 2008 in München Kajo Wasserhövel zum neuen Bundesgeschäftsführer.

Mit der aufkommenden Banken- und Wirtschaftskrise beschäftigte sich das Präsidium intensiv mit Maßnahmen zur Krisenbewältigung und der Sicherung der Arbeitsplätze.

Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte beraten und beschlossen.

Ein weiteres wichtiges Themenfeld war die Bildungspolitik, die Gebührenfreiheit für Ausbildung, die Verbesserung der Kinderbetreuung und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut (Aktionsplan für gleiche Lebenschancen).

Hierzu war es wichtig, alle politischen Ebenen – Bund, Länder, und Kommunen – in die Beratungen und Handlungskonzepte einzubeziehen.

Der Parteivorsitzende und das Präsidium führten in regelmäßigen Abständen Gespräche mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen.

SPD-Parteipräsidium

Stand: 20. 10. 2008

PARTEIVORSITZENDER:

Franz Müntefering (ab 18. 10. 2008)
Frank-Walter Steinmeier
(geschäftsführender Vorsitzender
7. 9. – 18. 10. 2008)
Kurt Beck (bis 7. 9. 2008)

STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE:

Andrea Nahles
Peer Steinbrück
Frank-Walter Steinmeier

GENERALSEKRETÄR:

Hubertus Heil

SCHATZMEISTERIN:

Barbara Hendricks

WEITERE MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS:

Bärbel Dieckmann
Elke Ferner
Hannelore Kraft
Barbara Ludwig
Franz Maget
Christoph Matschie
Martin Schulz
Ralf Stegner
Ute Vogt
Andrea Ypsilanti

Parteivorstand

Im Berichtszeitraum kam der Parteivorstand monatlich zu seiner Sitzung unter Leitung des Parteivorsitzenden zusammen. Den Auftakt bildete jeweils eine Klausurtagung, auf der auch ein Jahresprogramm beraten und beschlossen wurde.

In der Bremer Erklärung vom 6. 1. 2007 wurden die Arbeitsschwerpunkte zusammengefasst. Diese Erklärung trägt die Überschrift: „In sozialer Verantwortung für unser Land. Für Wachstum, Arbeit und Sicherheit.“

Für die Kommissionen, Foren, Gesprächskreise und Projektgruppen wurden Verantwortlichkeiten festgelegt.

Neben tagespolitischen Fragen wurde die Sicherung und Weiterentwicklung des Sozialstaats, die Situation im Gesundheits- und Pflegebereich, die Energiepolitik beraten und zu den Einzelthemen konkrete Beschlüsse gefasst.

Einen breiten Raum nahm die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm ein. Ziel war es, die Programmdebatte mit einem gesellschaftlichen Dialog zu verbinden. Die Veranstaltungen hatten den Titel „Eintreten. Für soziale Demokratie“.

Der Parteivorstand hielt zur Programmdebatte vier große Regionalkonferenzen ab. Au-

ßerdem wurde eine Mitgliederbefragung zum Grundsatzprogramm durchgeführt. So wurde erreicht, dass die Programmdebatte nicht nur eine Debatte für kleine Zirkel und Hinterzimmer wurde.

Vielerorts wurden auf Anregung des Parteivorstands Dialogveranstaltungen zu den Grundwerten der Sozialdemokratie und zentralen Programmpunkten des Hamburger Programms durchgeführt.

Das Arbeitsprogramm 2008 trug die Überschrift „Das soziale Deutschland“.

Darin wurden u. a. die Ziele für nachhaltiges Wachstum, für Leistungs- und Einkommensgerechtigkeit, für gute Arbeit und Sozialstaatlichkeit formuliert. Zur Umsetzung dieser Ziele wurden begleitende Schwerpunktprojekte beschlossen.

Durch den Deutschland Dialog „Nah bei den Menschen“ sollten die politischen Ziele kommuniziert und deutlich gemacht werden, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Erfahrungen, Sorgen und Erwartungen der Menschen ernst nimmt und in politisches Handeln einbezieht.

Die Analyse und Auswertung der Wahlergebnisse nahm einen breiten Raum ein. Nach

der Landtagswahl in Hessen und Hamburg wurde durch den Parteivorstand bekräftigt, dass Entscheidungen über Koalitionen in den Ländern bei den jeweiligen Landesverbänden liegen. Es wurde aber auch bekräftigt, dass auf Bundesebene eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei abgelehnt wird. (PV-Beschluss vom 25. 2. 2008)

Nach dem Rücktritt von Kurt Beck als Parteivorsitzender am 7. 9. 2008 kam der Parteivorstand zu einer Sondersitzung am 8. 9. 2008 zusammen.

Es wurde beschlossen, einen Sonderparteitag für den 18. 10. 2008 nach Berlin einzuberufen und Franz Müntefering als Parteivorsitzenden und Frank-Walter Steinmeier als Kanzlerkandidaten dem Parteitag vorzuschlagen.

Im Zuge der sich zur Wirtschaftskrise verschärfenden Finanzkrise hat der Parteivorstand sich mit den Maßnahmen zur Krisenbewältigung, dem Erhalt von Arbeitsplätzen und den Stabilisierungs- und Regulierungsmaßnahmen für die Finanzmärkte beschäftigt. Dazu wurden Beschlüsse gefasst und Arbeitsaufträge formuliert.

SPD-Parteivorstand

Stand: 20. Oktober 2008

VORSITZENDER:

Franz Müntefering (ab 18. 10. 2008)
Frank-Walter Steinmeier
(geschäftsführender Vorsitzender
7. 9. – 18. 10. 2008)
Kurt Beck (bis 7. 9. 2008)

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE:

Andrea Nahles
Peer Steinbrück
Frank-Walter Steinmeier

GENERALSEKRETÄR:

Hubertus Heil

SCHATZMEISTERIN:

Barbara Hendricks

WEITERE MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES:

Doris Ahnen	Kerstin Griese	Florian Pronold
Niels Annen	Gernot Grumbach	Manfred Schaub
Ute Berg	Dietmar Hexel	Hermann Scheer
Björn Böhning	Wolfgang Jüttner	Thomas Schlenz
Jens Bullerjahn	Susanne Kastner	Olaf Scholz
Edelgard Bulmahn	Hannelore Kraft	Ottmar Schreiner
Ulla Burchardt	Barbara Ludwig	Martin Schulz
Bärbel Dieckmann	Heiko Maas	Angelica Schwall-Düren
Garrelt Duin	Franz Maget	Ralf Stegner
Ursula Engelen-Kefer	Ulrich Maly	Wolfgang Thierse
Elke Ferner	Christoph Matschie	Wolfgang Tiefensee
Birgit Fischer	Hilde Mattheis	Ute Vogt
Sigmar Gabriel	Joachim Poß	Andrea Ypsilanti

Parteirat

Der Parteirat kam vierteljährlich unter Leitung des Vorsitzenden Claus Möller zu seinen Sitzungen zusammen. Sitzungsgemäß beriet der Parteirat den Parteivorstand zu grundsätzlichen Fragen der Bundes- und Europapolitik. Intensiv wurden die Landtagswahlergebnisse und die Konsequenzen für die Bundespartei diskutiert.

Der Parteirat fasste Beschlüsse zur Klima- und Energiepolitik und zur Reform der Pflegeversicherung.

Zweimal gab es eine gemeinsame Sitzung von Parteivorstand und Parteirat. Am 10. 12. 2007 stand die Bildungspolitik im Mittelpunkt dieser gemeinsamen Beratung. Hierzu wurde der Beschluss „Gute Bildung – Chancen für alle“ gefasst.

Mehrmals befasste sich der Parteirat auch mit den Fragen der Bahnreform und den Plänen zur Privatisierung der Bahn.

Im April 2008 wurden Ergebnisse und Vorschläge der Arbeitsgruppe Bahnreform in

einer gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand und Parteirat beraten. In einer gemeinsamen Beschlussfassung wurden die vorgelegten Ergebnisse und Vorschläge zur zukünftigen Struktur der Bahn verabschiedet.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise waren ebenfalls Schwerpunkte der Beratungen des Parteirates.

SPD-Parteirat

Stand: 7. 12. 2008

1. Mitglieder

VORSITZENDER: Claus Möller	Bez. Hannover Frauke Heiligenstadt Uwe König Wolf Kutzer	Jürgen CoBe Petra Crone Dörte Delberg-Ziepeke Sanda Grätz	Bez. Hessen-Süd Udo Bullmann Petra Fuhrmann Jörg Jordan	Axel Redmer Dieter Schiffmann Martin Stadelmaier
LV Schleswig-Holstein Stefan Eckner Claus Möller Roswitha Müllerwiebus Gitta Trauernicht Jörg Wenghöfer	Brigitte Somfleth Elke Tonne-Jork Ulrich Watermann Bez. Braunschweig Petra Emmerich-Kopatsch Detlef Tanke Matthias Wehrmeyer	Michael Groschek Helene Hammelrath Dietmar Köster Jochen Ott Johannes Pflug Bernhard Rapkay Mechtild Rothe Axel Schäfer	Christine Lambrecht Armin Schild Dagmar Schmidt Norbert Wieczorek LV Thüringen Gabriele Reichstein Wilhelm Schreier	LV Baden-Württemberg Elfriede Behnke Hanna Binder Herta Däubler-Gmelin Jürgen Graner Peter Kurz Udo Lutz Tanja Sagasser Regina Schmidt-Kühner Sebastian Weigle
LV Mecklenburg-Vorpommern Verina Speckin Marcus Unbenannt	LV Sachsen-Anhalt Rüdiger Fikentscher Mandy Zepig	Ulla Schmidt Thilo Scholle Frank Schwabe Birgit Sippel André Stinka Gisela Tonn Guido Van den Berg Nicole Von den Driesch Annette Watermann-Krass Brigitte Wucherpfennig	LV Sachsen Sven Dietrich Thomas Grun Gudrun Hoffmann LV Saar Michael Burkert Cornelia Hoffmann-Bethschneider Karin Lawall Leo Petry	LV Bayern Michael Bursian Harald Güller Frank Hofmann Steven Kalus Utha Lippmann Ralf Mattes Volker Naser Angelika Roth Werner Schieder Horst Schmidbauer Jella Teuchner Beate Wörl
LO Hamburg Inka Damerau Ingo Egloff Dorothee Stapelfeldt	LV Brandenburg Elisabeth Alter Karl-Heinz Schröter Harald Sempf	Bez. Hessen-Nord Manfred Fehr Brigitte Hofmeyer Gerhard Kakalick Brigitte Leithäuser		
LO Bremen Martin Günthner Peter Kruse	LV Berlin Hella Dunger-Löper Mark Rackles Karin Seidel-Kalmutzki Fabian Schmitz-Grethlein			
Bez. Nord-Niedersachsen Dörte Liebethuth Dieter Möhrmann	LV Nordrhein-Westfalen Birgit Alkenings Dirk Becker Klaus Brandner			
Bez. Weser-Ems Hans Forster Hans-Dieter Haase Swantje Hartmann Kathrin Rühl				

2. Beratende Mitglieder

- | | |
|--|---|
| 2a die Mitglieder der Kontrollkommission, | 2h die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, |
| 2b die Vorsitzenden der Landesverbände in den Ländern mit mehr als einem Bezirk, | 2i der oder die Vorsitzende des Seniorenrats, |
| 2c die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, | 2j der oder die Vorsitzende des Gewerkschaftsrats, |
| 2d der oder die Vorsitzende der Bundestagsfraktion | 2k die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene, |
| 2e der Vorsitzende oder die Vorsitzende der Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europaparlament, | 2l der oder die Vorsitzende der SJD- Die Falken, |
| 2f die sozialdemokratischen deutschen Mitglieder der EU-Kommission, | 2m zwei Vertreter/innen der Beschäftigten der Partei, nämlich der oder die Vorsitzende des Betriebsrates des SPD-Parteivorstandes sowie ein/e von den Betriebsräten der Landesbezirke und Bezirke zu benennende/r Arbeitnehmervertreter/in, |
| 2g die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen bzw. stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der Länder, | 2n die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer/ innen. |
- Der Parteivorstand nimmt an den Sitzungen des Parteirates teil.

II. Berichte des Willy-Brandt-Hauses

07/08

Parteileben

In die Offensive gehen

Mitgliederwerbung

Im Jahr 2007 wurden vom SPD-Parteivorstand alle Mitglieder angeschrieben und zur Teilnahme am Mitgliederwerbewettbewerb „Dein Beitritt 2007“ animiert. Mehr als 1.800 Genossinnen und Genossen beteiligten sich an der Aktion, bei der attraktive Preise zu gewinnen waren.

Die Ortsvereins-Offensive zielte auf die Attraktivitätssteigerung der Ortsvereine und lieferte anhand umfangreicher Handreichungen Beispiele erfolgreicher Ortsvereinsarbeit, die Grundlage erfolgreicher Mitgliederwerbung ist.

Regelmäßige Auswertungen begleiteten die Mitgliederwerbemaßnahme „10 % neue Mitglieder“, die im Jahr 2006 begann und bis zum Juni 2008 lief. Begleitend zu dieser Aktion wurde eine Reihe von Schulungen veranstaltet. Ein Neumitgliederkonvent fand im Rahmen des Zukunftskonvents der SPD am 23. 7. 2007 in Hannover statt. Inge Wettig-Danielmeier, Andrea Nahles, Hubertus Heil, Herbert Schmalstieg und Garrelt Duin diskutierten mit ca. 150 Neumitgliedern über die SPD als Mitgliederpartei. Darüber hinaus gab es eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen wie z.B. Werbebeilagen im Vorwärts, besondere Angebote für Mandatsträger, Preisausschreiben für Werber etc.

Kein Landesverband hat im Aktionszeitraum das Ziel, zehn Prozent neue Mitglieder zu werben, erreicht. Es zeigten sich aber durch die Zielvereinbarung und die regelmäßige Thematisierung deutliche Mobilisie-

rungseffekte. Insgesamt konnten kleinere Organisationseinheiten leichter mit der Zielsetzung arbeiten, sodass es auf Unterbezirksebene teilweise sehr gute Ergebnisse erzielt wurden. Die Landesverbände Sachsen und Berlin erreichten die Zielsetzung zu 80 %.

Im Juni 2008 beschloss das Präsidium einen 12-Punkte-Plan zur stärkeren Mitgliederwerbung und Bindung:

1. Alle Hauptamtlichen der Partei werden zu den Themenbereichen Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung geschult. Für ehrenamtliche Funktions- und Mandatsträger bieten wir ebenfalls Seminare an.
2. Das Thema Mitgliederentwicklung wird auf allen Gliederungsebenen regelmäßig in Vorstandssitzungen behandelt.
3. Mitgliederentwicklung ist ständiger Tagesordnungspunkt bei der Sitzung der leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer.
4. Um die Mitgliederentwicklung auswerten zu können, steht jeder Gliederung bis zum Unterbezirk ein Auswertungssystem zur Verfügung. Hier können ohne Aufwand alle Aspekte der Mitgliederentwicklung abgerufen werden. Vergleiche der Gliederungen sind möglich.
5. Für die Mitgliederwerbung werden über das Druckportal Materialien angeboten.
6. In allen Gliederungen wird ein Vorstandsmitglied mit der Aufgabe der Mitgliederbindung und Mitgliederwerbung beauftragt.

7. Bestandteil des jährlichen Rechenschaftsberichts sind Tätigkeiten und Maßnahmen zur Mitgliederwerbung.

8. Das Thema Mitgliederwerbung wird bei der Erstellung aller geeigneter Publikationen und Materialien berücksichtigt.

9. Wahlkampfzeiten werden aktiv für die Mitgliederwerbung genutzt.

10. Die Arbeitsgemeinschaften werden aufgefordert, spezielle Werbeaktionen in ihren Zielgruppen durchzuführen.

11. Mitglieder binden ist genauso wichtig wie Mitglieder werben. Wir wollen die Integration der Mitglieder in das Parteileben verbessern. Hierzu gehört das zentral verschickte Begrüßungspaket mit Schreiben des Parteivorsitzenden an alle Neumitglieder. Wir wollen Jubilarehrungen sicherstellen. Zur Mitgliederbindung gehören auch Geburtstagsgrüße sowie ein verbessertes Informationsangebot für Parteimitglieder.

12. Unter der Leitung des Bundesgeschäftsführers wird ein Beirat Mitgliederwerbung einberufen, dem außer Vertretern der Gliederungen auch externe Vertreter z.B. von befreundeten Organisationen angehören.

Zur Verbesserung der Aktivitäten im Bereich der Mitgliederwerbung und -bindung wurde Ende 2008 das Referat Mitgliederwerbung und -entwicklung im Willy-Brandt-Haus eingerichtet.

Mitgliederentwicklung

In den Jahren 2007 und 2008 gab es 26.766 Eintritte und zwar 2007 12.952 und 2008 14.692 Eintritte. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber den Vorjahren.

Die Austritte betragen 2007 21.242 und 2006 22.914. Dies ist eine Abnahme gegenüber den beiden Vorjahren.

Die Mitgliederzahl insgesamt sank von 539.859 im Jahr 2007 auf 520.969 im Jahr 2008. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder sank von 166.713 (gleich 30,88 %) in 2007 auf 161.920 (gleich 31,08 %) in 2008. Der Frauenanteil an der Mitgliedschaft hat weiterhin zugenommen.

Die Zahl der Mitglieder im Juso-Alter ist in absoluten Zahlen wieder leicht gestiegen und betrug 2007 48.703 und 2008 49.193 Mitglieder. Der Prozentanteil der Jusos an der SPD-Mitgliedschaft hat in den Jahren 2007/2008 dementsprechend wieder zugenommen.

Mitgliederentwicklung 2007/2008

Bezirk/Landesverband	gesamt		davon weiblich	
	31. 12. 2007	31. 12. 2008	31. 12. 2007	31. 12. 2008
SPD-LV Schleswig-Holstein	20.724	20.113	7.202	6.999
SPD-LV Mecklenburg Vorpommern	2.793	2.794	856	861
SPD-Landesorganisation Hamburg	11.052	10.747	3.808	3.678
SPD-Landesorganisation Bremen	5.198	4.952	1.757	1.685
SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen	6.796	6.497	1.992	1.919
SPD-Bezirk Weser-Ems	18.774	18.034	5.531	5.368
SPD-Bezirk Hannover	32.220	30.793	9.596	9.218
SPD-Bezirk Braunschweig	13.480	12.882	3.898	3.754
SPD-LV Sachsen-Anhalt	4.326	4.202	1.173	1.136
SPD-Landesverband Brandenburg	6.560	6.573	1.863	1.873
SPD-Landesverband Berlin	15.989	15.883	5.328	5.296
SPD-Bezirk Hessen-Nord	24.118	22.831	6.327	6.056
SPD-Bezirk Hessen-Süd	43.550	41.660	12.346	11.887
SPD-LV Thüringen	4.412	4.341	1.198	1.183
SPD-LV Sachsen	4.324	4.257	1.044	1.019
SPD-Landesverband Saar	22.889	21.847	7.221	6.915
SPD-Landesverband Baden-Württemberg	40.484	39.327	12.803	12.497
SPD-Landesverband Bayern	72.438	70.737	22.555	22.250
SPD-LV Rheinland-Pfalz	44.459	42.876	12.932	12.578
SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen	145.273	139.623	47.283	45.748
SPD gesamt	539.859	520.969	166.713	161.920

Arbeitsstab Ostdeutschland

Die ostdeutsche Sozialdemokratie stärken

Am 21. Mai 2007 wurde mit dem Beschluss des SPD-Präsidiums und des SPD-Parteivorstands „Die ostdeutsche Sozialdemokratie stärken“ die Einrichtung des Referats Arbeitsstab Ostdeutschland zur Unterstützung der ostdeutschen Landesverbände auf den Weg gebracht. Das Referat nahm am 1. Januar 2008 seine Arbeit mit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf.

Die Ziele des Arbeitsstabs Ostdeutschland sind die Stärkung der Präsenz der SPD vor Ort, eine Verbesserung der Kampagnenfähigkeit, die intensivere Vernetzung der Landesverbände, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, nahestehender Organisationen, des Willy-Brandt-Hauses und gesellschaftlicher Gruppen miteinander, eine bessere thematische und planerische Abstimmung zwischen allen Akteuren auf Landes- und Bundesebene, eine höhere Sensibilisierung für ostdeutsche Problemlagen auf Bundesebene und die Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus.

In den Landesverbänden Sachsen-Anhalt, Berlin, Thüringen und Sachsen wurden mit dem Projekt „Aktiver Ortsverein“ ausgewählten Ortsvereinen Schulungen und gerade für das Superwahljahr 2009 zusätzliche Unterstützung angeboten. Dabei wurde ein Schwerpunkt auf die Themen Mitgliederwerbung, -aktivierung und -bindung gelegt.

Am 31. Mai 2008 präsentierte der Arbeitsstab Ostdeutschland auf dem Zukunftskonvent in Nürnberg einen Markt der Möglichkeiten. In Zusammenarbeit mit den Jusos und der Projektgruppe gegen Rechtsextremismus beim SPD-Parteivorstand ermöglichte das Referat rund 20 zivilgesellschaftlichen Gruppen, Bündnissen, Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus, ihre Arbeit zu präsentieren.

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Friedlichen Revolution wurde die Internetplattform www.1989.spd.de konzipiert und bis zur Freischaltung begleitet und später auch betreut.

Außerdem wurde für die Würdigung der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR vor 20 Jahren eine Broschüre mit Faksimiledrucken des Vorwärts und Originaldokumenten veröffentlicht, die auch für die Würdigung der 20jährigen Mitgliedschaft verwendet werden kann.

Fortwährend wurde ein enger Kontakt zu den ostdeutschen Landesgeschäftsstellen gepflegt und bei Bedarf wurden Anfragen von Rednern und Referentinnen vor Ort vermittelt.

Die Verbindung und der Ausbau der existierenden Projekte (Bürgerbüro Pirna/„Endstation Rechts“) bei der Auseinandersetzung mit rechten Parteien und Gruppierungen ist ein weiterer Schwerpunkt des Arbeitsstabs Ostdeutschland. Dazu wurde auch eng mit der Projektgruppe gegen Rechtsextremismus beim SPD-Parteivorstand zusammengearbeitet.

Am Vorabend der Sitzungen der leitenden Landesgeschäftsführer wird regelmäßig eine gesonderte Koordinierungsrunde der Ostspitzen zusammen mit dem Forum Ostdeutschland e.V. organisiert, um den Bedarf und die weitere Zusammenarbeit zu planen und zu koordinieren.

Der Arbeitsstab Ostdeutschland versendet pro Quartal einen eigenen Newsletter „Blickpunkte“, in dem spezielle und konkrete Projekte in Ostdeutschland beschrieben werden. Dieser Newsletter wird an rund 2.500 Personen versandt, vor allem an Mandats- und Funktionsträgerinnen und -träger. Zudem fand durch das Engagement des Referats eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in parteiinternen Medien statt.

Des Weiteren bereitete das Referat 2008 die Sommerreise von Kurt Beck durch Ostdeutschland inhaltlich vor und begleitete diese.

Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern wurde das Modellprojekt „Aktive Fläche“ unterstützt. Dieses Projekt soll parteilose Kommunalpolitiker, die zur letzten Kommunalwahl auf den Listen z.B. der freiwilligen Feuerwehr und von Sportvereinen angetreten sind, als Listenkandidaten gewinnen. Die Ergebnisse waren vielversprechend. Zudem unterstützte der Arbeitsstab Ostdeutschland die SPD in Schwerin bei ihrer Oberbürgermeister-Wahl.

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt unterstützte das Referat die Ortsvereinstour des Landesverbands, be-

gleitete die Kampagne „Nah bei den Menschen“ – Kurt Beck in Sachsen Anhalt und half den Arbeitsgruppen Mitgliederwerbung und Rechtsextremismus des Landesvorstands.

Berlin

In Berlin, dem mitgliederstärksten ostdeutschen Landesverband, wurde gezielt der Ausbau der Organisation der SPD im Osten Berlins gefördert.

Brandenburg

Der Arbeitsstab Ostdeutschland konnte dem Landesverband Brandenburg Kandidatenschulungen gegen Rechts vermitteln. Darin wurden Kandidaten Taktiken an die Hand gegeben, wie sie mit Rechten im Straßenwahlkampf umgehen sollen.

Thüringen

Der Arbeitsstab Ostdeutschland unterstützte den Landesverband Thüringen bei der statutengemäßen Durchführung der Urwahl des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl. Zudem begleitete das Referat die Ortsvereinsoffensive des Landesvorstandes Thüringen. Zur Unterstützung der Landtagswahlen half der Arbeitsstab bei der Planung und Durchführung einer Festveranstaltung zum 140. Jahrestag des Eisenacher Parteitages der deutschen Sozialdemokratie.

Sachsen

Die Veranstaltung mit dem DFB/Sportforum zum Thema Gewalt in den Stadien im Rahmen der OB-Wahl in Dresden am 5. Mai 2008 wurde zusammen mit dem Landesverband Sachsen vorbereitet und durchgeführt. Darüber hinaus wurde die Oberbürgermeisterwahl in Dresden organisatorisch und inhaltlich unterstützt. Zudem wurde die Sachtour von Kurt Beck zur Unterstützung der Kommunalwahlen am 25. Mai 2008 in Leipzig und in den Landkreisen Leipzig-Land und Zwickau vorbereitet und begleitet. Auch die Kundgebung GehDenken am 14. Februar 2009 in Dresden gegen den Naziaufmarsch, an der auch der Parteivorsitzende Franz Münterfering teilnahm, wurde unterstützt.

Parteischule im Willy-Brandt-Haus

Leistungsspektrum erweitert

Im Jahr 2007 erweiterte die Parteischule im Willy-Brandt-Haus ihr Leistungsspektrum. Als vierte Säule neben der betrieblichen Weiterbildung, der Mitarbeit im Netzwerk Politische Bildung und der Nachwuchsarbeit in der Kommunal-Akademie kam die SPD-Führungsakademie als Weiterbildungsplattform für SpitzenpolitikerInnen hinzu.

Innovation, Qualifizierung und Personalentwicklung (IPQ)

Hauptamtliche in der Partei sind für die Entwicklung, Umsetzung und Kommunikation der Parteipolitik von zentraler Bedeutung. Ihre Qualifikation entscheidet mit darüber, wie erfolgreich die SPD auf den unterschiedlichen Ebenen ist. Wie in der Gesellschaft ist auch in der SPD Qualifikation und Qualifizierung ein Schlüsselement. Die SPD und die hauptamtlich Beschäftigten müssen durch Kompetenz überzeugen und zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft motivieren können.

Das betriebliche Weiterbildungsprogramm „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung in der SPD“ (IPQ) wurde 2001 gemeinsam von den Bezirken, Landesverbänden und dem Parteivorstand gestartet und auch 2007/08 fortgesetzt. Die bundesweiten Angebote wurden im Wesentlichen in vier Formate gekleidet: Einen sechsmoduligen Lehrgang für neue Beschäftigte, die jährliche Parteischulwoche, die Fifty-fifty-Seminare gemeinsam mit Gewerkschaften und den Weiterbildungskatalog für MitarbeiterInnen des Willy-Brandt-Hauses.

IPQ-Politikmanagement für Neue

Legenden ranken sich um einen Lehrgang aus den sechziger Jahren, in dem Herbert Wehner bundesweit junge Parteisekretäre für den Berufsalltag ausbilden ließ. Warum der Lehrgang einmalig blieb und keine Fortsetzung fand, ist nicht zu ermitteln. Schon zum zweiten Mal nach 2005/06 organisierte die Parteischule im Willy-Brandt-Haus eine spezielle Weiterbildung für Beschäftigte, die frisch in die Dienste der SPD eingetreten sind. 16 Parteiangestellte, zwölf Frauen und vier Männer, nahmen an dem neu konzipierten Lehrgang „IPQ-Politikmanagement für Neue“ teil. Er bestand aus sechs dreitägigen Modulen, die innerhalb von 18 Monaten absolviert wurden. Ein Trainerduo (Meike Müller und Da-

niel Dunkhase) begleitete den Lehrgang. Fachbezogen kamen ExpertInnen aus dem Willy-Brandt-Haus hinzu.

Die Hauptamtlichen der Partei sind in ihrem Wirken darauf verpflichtet, die politischen Ziele der Partei zu verwirklichen. Dabei sind Recht und Gesetz sowie die statutarischen Regeln der Partei zu achten. Die SPD ist stärker als alle anderen Parteien auf eine vertrauensvolle und professionelle Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen angewiesen. Wie dies gelingen kann und welche Handlungsmöglichkeiten die Parteiangestellten dabei haben, zog sich inhaltlich wie ein roter Faden durch den IPQ-Lehrgang.

Die sechs Module im Überblick

1. Selbstmanagement, Führung und Kooperation in der politischen Dienstleistung
2. Methoden und Werkzeuge für (Selbst-) Management und Organisation
3. Officemanagement und Finanzen
4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
5. Projektarbeit entwickeln und systematisieren
6. (Partei-)öffentlich agieren

Zweite IPQ-Parteischulwoche

9. – 13. Juli 2007

Einmal im Jahr treffen sich Hauptamtliche aus dem gesamten Bundesgebiet auf der Parteischulwoche, um die Anwendung der für Berufsalltag notwendigen Werkzeuge und Kompetenzen zu trainieren und den Ideen- und Wissenstransfer zu beschleunigen.

Sich mal eine Woche auszuklinken aus dem Büroalltag ist keine Selbstverständlichkeit. Aber es hat sich gelohnt. Ein bunter Strauß aus Seminaren, Workshops und Plenumsdiskussionen erfrischte auf der zweiten IPQ-Parteischulwoche die Teilnehmenden und machte sie wieder fit für ihren Beruf.

Die Workshops im Überblick:

1. Paragrafen & Co in der Politik – Best off Parteiengesetz, Statut, Geschäftsordnung und Datenschutz
2. Rechtsextremismus in Deutschland: Analyse und Gegenstrategien
3. Führung und Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamt
4. Gender Mainstreaming machbar machen in Organisationen
5. Fundraising und weitere Einnahmequellen
6. Sozialdemokratie und die soziale Frage

Erneut eröffnete Generalsekretär Hubertus Heil das einwöchige Lernforum. Das an-

schließende Streitgespräch des Generalsekretärs mit Prof. Elmar Wiesendahl drehte sich ungeschminkt und konstruktiv um den Fortbestand der Volksparteien. Zum Abschluss der sommerlichen Bildungswoche stand die stv. Parteivorsitzende Andrea Nahles Rede und Antwort. Das Politisch-Literarische Café fand mit den Schriftstellern Wibke Bruhns und Nicol Ljubic statt.

Dritte Parteischulwoche

vom 7. – 11. April 2008 in Halberstadt

Die dritte Parteischulwoche bot ebenfalls ein hochkarätiges Weiterbildungsprogramm, das wiederum vom Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer zur politischen Debatte mit den Beschäftigten genutzt wurde. Gäste beim Politisch-Literarischen Café waren die Hauptstadtjournalistin Tissy Bruns und Karl Lauterbach MdB mit seinem Bestseller „Der Zweiklassenstaat“.

Die Workshops im Überblick:

1. Paragrafen & Co im Politikmanagement
2. EDV-Workshop für das SPD-Büro: Word, Powerpoint & Excel im Büroalltag
3. Nah bei den Menschen: Grundsätze und Konsequenzen für die politische Planung & Praxis
4. Kommunale Direktwahlen gewinnen
5. Neue Internetangebote: Web 2.0, meinspd.net und andere Tools und Portale
6. Professionelle Rhetorik für Frauen
7. Einnahmen steigern und Rüstzeug rund um die SPD-Kasse
8. Wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit

IPQ-Fifty-fifty-Seminar

Im Jahr 2008 nahm die Parteischule die Reihe der IPQ-fifty-fifty-Seminare wieder auf, zu denen jeweils die Hälfte der Teilnehmenden bei der SPD und bei einer Gewerkschaft beschäftigt war. In der Neuauflage kam als dritte Organisation die Friedrich-Ebert-Stiftung hinzu. Knapp fünfzig Nachwuchskräfte aus den drei Organisationen trafen sich im Juni 2008 in Berlin zu einem dreitägigen Workshop.

Im Beisein des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer wurde die Zukunft der sozialen Gerechtigkeit erörtert. Das Seminar führte Wissen und praktische Erfahrungen aus den drei Organisationen zusammen. Aufgabe der Nachwuchskräfte war es, Szenarien für die Zukunft der Organisationen zu entwickeln. Dabei wurden Beziehungen zwischen den eigenständigen Institutionen geknüpft und Brücken für gemeinsame Ziele gebaut.

Qualifizierung, Innovation und Personalentwicklung (QIP) im Willy-Brandt-Haus

Fortgesetzt wurde die betriebliche Weiterbildung auch im Willy-Brandt-Haus, das sich als moderne und leistungsfähige politische Dienstleistungszentrale bewiesen hat.

Das Repertoire hat sich in den Jahren 2007/08 auf über fünfzig verschiedene Module ausgeweitet.

Weit mehr als die Hälfte der Beschäftigten haben an den 38 QIP-Veranstaltungen der Jahre 2007/08 teilgenommen. Seminare zum Aufbau neuer Kompetenzen wie z. B. das Training für Multimedia-RedakteurInnen sowie die Stärkung der Kommunikationsfähigkeiten, zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie sehr arbeitsplatznahe EDV-Schulungen prägten das QIP-Programm.

Dimensionen der politischen Personalarbeit

*Planst Du für ein Jahr,
säe Korn.*

*Planst Du für ein Jahrzehnt,
so pflanze Bäume.*

*Planst Du fürs Leben,
so bilde Menschen aus.*

(chinesisches Sprichwort)

Die SPD verwirklicht ein ganzes Bündel personalentwickelnder Maßnahmen. Sie beziehen sich alle auf drei Dimensionen politischer Personalarbeit:

- **Quantität und Qualität.** Die Volkspartei SPD muss den personellen Bedarf auf allen Funktionsebenen der Mitgliederversammlung decken, also nachhaltig und kontinuierlich personelle und programmatische Substanz aufbauen. Sie braucht viele qualifizierte und reflektierte Mitglieder.
- **Transparenz und Durchlässigkeit.** Die Partei muss Wege und Möglichkeiten gewährleisten für den bestmöglichen Einsatz der Mitglieder und Unterstützer in Funktionen, Mandaten und Aufgaben. Das gilt vom Ortsverein bis zur Bundespolitik, von der Arbeitsgemeinschaft bis hin zu Foren und Projekten.
- **Erneuerung und Weiterbildung.** Aktiven, Talenten (altersunabhängig) und Führungskräften müssen Bildungsangebote offen stehen, um sich inhaltlich, politisch und methodisch zu entwickeln und sich den stetig wandelnden Aufgaben und Anforderungen zu stellen.

Netzwerk Politische Bildung

Kontinuität wahrte der SPD-Parteivorstand auch im Netzwerk Politische Bildung, dem Bildungsnetz der sozialdemokratischen Familie. Das Netzwerk Politische Bildung hat seit seiner Gründung im Jahr 2000 erkennbar das Zusammenspiel der politischen Bildner, die sich den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet sehen, konstruktiv unterstützt. Halbjährliche Konferenzen, ein eigener Internetauftritt (www.netzwerk-politische-bildung.de) und ein kostenfreier elektronischer Newsletter zeugen von den Aktivitäten, das gemeinsame Ziel zu verwirklichen.

Ziel des Netzwerks Politische Bildung ist es, bedarfsgerechte und zeitgemäße Angebote für ehrenamtliches Politikmanagement und bürgerschaftliche Politikgestaltung bereit zu stellen. Mehrere hunderte Bildungsveranstaltungen Monat für Monat bezeugen die Vitalität und Attraktivität der sozialdemokratischen Bildungslandschaft.

Die Bedeutung der Bildungsarbeit in der sozialdemokratischen Familie unterstrich auch der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck auf der Konferenz des Netzwerks am 4. September 2008.

Sozialdemokratische Kommunal-Akademie

Wenn der Kölner SPD-Vorsitzende Jochen Ott mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung Sabine Bätzing zusammen trifft, wenn die Pinneberger Bürgermeisterin Kristin Alheit den Europaabgeordneten Matthias Groote anruft oder wenn die Harburger Fraktionsvorsitzende Melanie Leonhardt mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Brandenburger Landtag Klara Geywitz debattiert, dann sind jeweils Kommunal-AkademikerInnen am Werke. Und auch Deutschlands jüngste Landesministerin, Manuela Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern, hat die Kommunal-Akademie absolviert.

Die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie, von Parteivorstand und Bundes-SGK im Jahr 2001 gestartet, gilt als innovativste politische Nachwuchsförderung. Die anderen Parteien haben allesamt – von CDU über Bündnis 90/Grüne und Linkspartei bis hin zur CSU – das Beispiel aufgegriffen und nachgelegt. Acht Jahre nach dem Start trägt die Nachwuchsförderung für die kommunale Ebene unübersehbare Früchte. Bis auf drei sind alle der ersten hundert jungen Talente, die im Jahr 2001 die Förderung in der Kommunal-Akademie genutzt haben, aktiv in der SPD und übernehmen Verantwortung. Vierzig der ersten Hundert sind Ende des Jahres 2008 sogar herausgehobene Führungskräfte

in der SPD: Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Parteivorsitzende im Ort oder im Kreis, Parlamentarier im Land, im Bund, in Europa, haupt- oder ehrenamtliche Bürgermeister, kommunale Wahlbeamte oder hauptamtliche Politikmanager.

Wer an der bundesweiten Kommunal-Akademie teilnehmen will, muss mindestens 20 Jahre alt sein und die Schule abgeschlossen haben. Gesucht werden potenzielle Führungskräfte und die besten Talente mit Funktion in der Partei oder mit kommunalpolitischem Mandat. Die Veranstalter sind sehr daran interessiert, Frauen und Männer gleichermaßen zu fördern.

Das Trainingskonzept der Kommunal-Akademie kombiniert innovativ Sachwissen, politische Orientierung und Methodenkompetenzen. Die Teilnehmenden bringen eine hohe Lernbereitschaft und Leistungskraft mit. Wie in hochwertigen Führungstrainings wird ein beschleunigtes Lernen durch Praxis und Reflexion praktiziert.

Den innovativen Lernprozess gewährleistet das Policon-Trainerteam (www.policon.net). Zum Ende des Jahres 2008 verabschiedete Franz Müntefering die beiden Trainer Hannah Schmidt-Kuner und Wolfgang Gisevius und dankte für acht Jahre hervorragende Arbeit. Die beiden anderen Trainer Ulla Zumhasch und Achim Moeller werden zusammen mit zwei jüngeren für Kontinuität sorgen.

Die drei Module im Überblick:

1. Handlungsfelder und Selbstverständnis ehrenamtlicher Kommunalpolitik
2. Zukunftsplanung und strategische Entwicklung in der Kommune
3. Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Kommune

Ein gewichtiger Grund für den Erfolg der Kommunal-Akademie liegt darin, dass die SPD-Spitzenleute höchstpersönlich ihren Erfahrungsschatz weitergeben – bisher in 32 Lehrgängen an 142 Wochenenden.

Die Kommunal-Akademie gilt als Leuchtturm in der Nachwuchsförderung, die aber in der Sozialdemokratie viele Facetten hat. Das beweisen die eigenständigen regionalen Kommunal-Akademien in dreizehn Bundesländern. Und viele Mentoring-Projekte, die Junior-SGKen und regionale Initiativen wie „Zehn unter Zwanzig“ bilden eine solide Basis der Nachwuchsförderung.

Führungsakademie der sozialen Demokratie

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat im Sommer 2007 die „Führungsakademie der sozialen Demokratie“ gegründet. Sie bot

Spitzenpolitikerinnen und -politikern eine innovative Weiterbildung und umfassende Professionalisierung an. Ziel war es, die Führungskompetenz im Kontext der Organisations- und Kommunikationsstrukturen auszubauen. Es ging darum, die Handlungsfähigkeit in komplexen sozialen Prozessen zu erhöhen.

Das SPD-Präsidium vergab zweijährige kostenpflichtige Fellowship-Programme (Akademiestipendien) in der Führungsakademie. Bewerben konnten sich altersunabhängig Europaabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, gewählte hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker (z. B. Oberbürgermeister/innen oder Landräte/innen) sowie Funktionsträgerinnen und -träger der Partei. Diese Chance haben doppelt so viele Personen wie Plätze verfügbar waren genutzt. Als Symbol für die erwartete Eigeninitiative lag der persönliche Teilnahmebeitrag bei 1.800 Euro plus Reisekosten.

Die Auswahl der Fellows geschah in einem transparenten Verfahren. Auswahlkriterien waren neben der Qualität der Bewerbung eine gerechte Geschlechterverteilung, ein regionales Gleichgewicht und eine angemessene Repräsentanz der verschiedenen Parteiebenen (Europa, Bund, Land, Kommune). Das SPD-Präsidium beschloss die Teilnehmerliste. Der Beschluss wurde durch eine Auswahlgruppe vorbereitet. Ihr gehörten der Generalsekretär, die Schatzmeisterin sowie weitere Mitglieder des Präsidiums und des Parteivorstands sowie qua Amt die Juso-Bundesvorsitzende an.

Das erste Fellowship-Programm dauerte vom 1. Juli 2007 bis zum 30. Juni 2009, das zweite vom 1. Juli 2008 bis zum 30. Juni 2010, das dritte wurde ausgeschrieben für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2011.

An dem zweijährigen Programm 2007-2009 nahmen 42 Bundes- und Landtagsabgeordnete, Oberbürgermeister und hochrangige Parteipräsentanten teil, weitere 42 in dem Programm 2008-2010. Die 84 Fellows kamen aus allen Bundesländern, es waren 36 Frauen und 48 Männer. Der Altersdurchschnitt betrug 40 Jahre, das Spektrum reichte von 25 bis 54 Jahren.

Das Fellowship-Programm bot in neun Modulen eine Lernplattform für persönliches und politisches Wachstum der Fellows und etablierte eine neue Lernkultur in der Partei. Das Curriculum für das notwendige Können, Wissen und Handeln politischer Führungskräfte bildete eine produktive Einheit aus Fachwissen, Methodenkompetenz und politischer Orientierung. Dafür wurde eine eigene Systematik für den Lernprozess entwickelt, die von Prozessualität, Heterogenität sowie individueller und kollegialer Reflexion geprägt war. Für die Führungsakademie hatte

der SPD-Parteivorstand einen vierköpfigen Trainerstab zusammengestellt.

Die neun Präsenzseminare des zweijährigen Fellowship-Programms:

1. Kompetenztraining „Führungsbilder und Führungspersönlichkeit“
2. Kompetenztraining „Führungskompass und strategische Steuerung“
3. Jahrestagung „Vorsorgender Sozialstaat und sozialer Zusammenhalt“
4. Kompetenztraining „Führungsqualität: Kooperation und Konsequenz“
5. Kompetenztraining „Wirkungsvolle Kommunikation“
6. Jahrestagung „Globalisierung und neue Wertschöpfung“
7. Kompetenztraining „Ergebnisbezogenes Handeln“
8. Kompetenztraining „Zielfokussierte Orientierung“
9. Jahrestagung „Aktive Bürgergesellschaft und Perspektiven der Demokratie“

Die Parteiführung war kontinuierlich involviert. Der Parteivorsitzende und der Generalsekretär persönlich nahmen sich die Zeit, die Fellows in der Führungsakademie kennen zu lernen. Das gab dem Projekt und den Fellows zusätzliche Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit.

Die wissenschaftlich fundierte Evaluation belegte, dass die Trainings in der Führungsakademie die Fellows entschieden gestärkt und ihre Führungskompetenzen erhöht haben.

Zuzustimmen ist dem Kommentator der Lübecker Nachrichten: „Ein kluger Schach-

zug der Parteiführung. Und wenn er hilft, Spitzenpolitiker für einen Job zu formen, dessen Anforderungen die meisten eilfertigen Politikritiker vom Stammtisch kaum zwei Monate gewachsen sein dürften, wäre eine Menge erreicht.“

Beirat der Parteischnule im Willy-Brandt-Haus 2007 – 2008

Der Beirat der Parteischnule begleitete die Bildungsarbeit fachlich und evaluierte die Qualifizierungsprogramme. 17 Persönlichkeiten aus Partei, Arbeitnehmervertretungen, Wissenschaft, Unternehmensberatung und politischer Bildung gehörten dem Beirat der Parteischnule an, der zweimal jährlich tagte.

Beiratsmitglieder: Die stellvertretende Parteivorsitzende Andrea Nahles bekleidete das Amt der Beiratsvorsitzenden. Weiterhin gehören dem Beirat an: Stephan Schweitzer (stv. Vors.), Dr. Kristina Augst, Ursula Brehm, Sebastian Edathy MdB, Marc Herter, Elfi Heusinger von Waldege, Jürgen Hitzges, Joachim Kletzin, Konrad Klingenburg, Elfriede Marx, Susi Möbbeck (ab 2008: Marten Jennerjahn), Torsten Schäfer-Gümbel MdL (bis Ende 2007), Stefan Schostok (ab 2008: Hansjörg Schell), Dr. Heiko Tammen, Claudia Walther, Reinhard Weil.

Das Team der Parteischnule im Willy-Brandt-Haus besteht aus Klaus Tovar (Leiter der Parteischnule), Marion Vogel und Gertrud Bergmann (parteischnule@spd.de).

Schulung von Ortsvereinsvorsitzenden

Rüstzeug für die Arbeit im Ortsvereinsvorstand

Jährlich wechseln etwa 10 % der Vorsitzenden in unseren mehr als 10.000 Ortsvereinen. Viele der neuen OV-Vorsitzenden fühlen sich oft nur unzureichend auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet. Wir wollen unsere ehrenamtlichen Mitglieder, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen, unterstützen. Deshalb bietet der Parteivorstand seit 2004 eine Schulungsreihe speziell für neue OV-Vorsitzende an.

Die Seminarreihe umfasst drei Wochenenden und vermittelt Rüstzeug für die Arbeit im Ortsvereinsvorstand.

Die Inhalte der drei Wochenendblöcke im Einzelnen:

1. Zielorientierung und rechtliche Grundlagen politischen Managements
 - Die SPD als Programmpartei – Rückblick und Ausblick
 - Lebendige Veranstaltungsformen für den Ortsverein
 - Formaler und rechtlicher Rahmen der politischen Arbeit (Satzung/Organisationsstatut)
2. Projektmanagement und Präsentation
 - Grundlagen des Projektmanagements
 - Projektplanung, -budgetierung und -implementierung
 - Geeigneter Medieneinsatz zur wirkungsvollen Präsentation von Inhalten

3. Zeitmanagement und Gesprächsführung

- Zeitbedarf und Aufgaben eines Ortsvereinsvorsitzenden
- Grundlagen des Zeit- und Selbstmanagements
- Effektive Büroorganisation und Kompetenz im Umgang mit der Informationsflut
- Kommunikation und Gesprächsführung
- Versammlungen leiten und moderieren

Ein Aufbaukurs für Absolventen der Seminarreihe zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde zusätzlich neu entwickelt und wird zukünftig ebenfalls angeboten.

Auch 2007/08 wurde die Seminarreihe fortgeführt. Unter anderen fanden Seminare in Niedersachsen, Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein statt.

Im Rahmen des Projekts wurden eine Reihe von Trainerinnen und Trainern geschult, die die Seminarreihe bundesweit durchführen können.

Der Bundestagswahlkampf wirft seine Schatten voraus – Planungen Schulungsangebote für den Bundestagswahlkampf 2009

In der zweiten Hälfte des Jahres 2008 wurden die Schulungsangebote für den Bundestagswahlkampf konzipiert. Hauptzielgruppe der Angebote waren neue Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag sowie deren

Teams. In Mediatrainings und sogenannten „Drehbuchseminaren“ sollten die Wahlkämpfer fit für den Wahlkampf gemacht werden. Die Steuerung des Angebotes erfolgt durch die Projektgruppe „Ehrenamtliche Schulungen“.

Partei- und Bürgerservice

Öffentliche Darstellung der SPD

Die Jahre der Großen Koalition haben die gesellschaftliche Polarisierung deutlich reduziert. Dies machte sich auch bei den eingegangenen Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger bemerkbar. Jährlich gingen rund 30.000 schriftliche Anfragen in Form von E-

Mails und Briefen ein. Im Wahljahr 2005 waren es noch knapp 80.000.

Inzwischen, die Änderung des Namens zeigt dies auch, werden von dieser Arbeitseinheit auch die politisch-inhaltlichen Anfragen der Mitglieder beantwortet.

Der Partei- und Bürgerservice ist damit die Arbeitseinheit des Willy-Brandt-Hauses mit der höchsten Zahl von Außenkontakten. Mit seinen Antworten übt er eine wichtige Funktion in der öffentlichen Darstellung der SPD aus.

Besuchergruppen im Willy-Brandt-Haus

Ein offenes Haus

Seit Jahren nehmen die Zahlen von Besucherinnen und Besuchern, die in die traditionsreiche Berliner Parteizentrale kommen, stetig zu. Viele unserer Gäste kommen im Rahmen der Berlin-Fahrten unserer Bundestagsabgeordneten. Darüber hinaus besuchen Ortsvereine, Schulklassen, Gruppen aus Verbänden, von Bildungsträgern sowie Stiftungen das Willy-Brandt-Haus, um sich einen Einblick in die Arbeit der SPD-Zentrale bzw. Informationen aus erster Hand zu verschaffen, zu diskutieren oder weil sie sich für die beeindruckende Bauweise des Hauses interessieren.

Wir leisten damit einen Beitrag, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und des ganzen Landes zusammenzubringen und machen deutlich: Die SPD ist offen für jeden, der mitmachen will bei unserer Arbeit für eine soziale Demokratie, offen für die Menschen, offen für politische und kulturelle Begegnung. Gleichwohl erhalten viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SPD-Partei Vorstandes im Rahmen der Begegnungen Einblicke in vielschichtige und vielfältige Meinungen und Sichtweisen der Parteimitglieder bzw. Wählerinnen und Wähler.

In einer Führung mit den Schwerpunkten Architektur, Kunst und Ökologie werden den Gästen besonders markante Punkte des Hauses (z.B. Rainer Fetting's berühmte Willy-Brandt-Skulptur im Atrium) nahe gebracht. In der Folge wird ein Kurzfilm zur Geschichte mit aktuellem Bezug zur Sozialdemokratie gezeigt. Abschließenden Schwerpunkt bildet ein dreiviertelstündiges Gespräch mit ReferentInnen aus dem Parteivorstand: Ein politischer Diskussionsvortrag, der je nach Wunsch der Gruppen allgemein oder spezifisch gehalten ist und in ein Frage-Antwort-Gespräch mündet.

Politik/Analysen

Kommissionen, Foren, Gesprächskreise,
Projekt- und Arbeitsgruppen*

Arbeitsgemeinschaften	Leitung	Arbeitsebene	Abteilung
Sozialdemokratische Frauen (ASF)	Elke Ferner	Britta Erfmann	II
Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)	Ottmar Schreiner	Jan Brahmst	II
SPD 60 plus	Erika Drecolt	Susanne Dengler	II
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	Armin Lang	Dirk Engelmann	II
Bildung in der SPD (AfB)	Tilo Braune	Bettina Martin	II
Selbständige in der SPD (AGS) und Innovationspreis	Jörg Schintze	Philipp Steinberg	II
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)	Prof. Dr. Susanne Miller (am 1. 7. 2008 verstorben) / Lothar Tautz	Andreas Helle	II

Kommissionen	Leitung	Arbeitsebene	Abteilung
Grundsatzprogramm	Kurt Beck	Benjamin Mikfeld, Beate Häupel	II
Grundwertekommission	Wolfgang Thierse	Hans Misselwitz	II
Historische Kommission	Bernd Faulenbach	Andreas Helle	II
Medienkommission	Marc Jan Eumann	Hermann Zimmermann	II
Kommission Gleichstellung	Elke Ferner	Britta Erfmann	II
Kommission Kinderarmut	Wolfgang Jüttner	Dirk Engelmann	II

Foren	Leitung	Arbeitsebene	Abteilung
Kulturforum	Wolfgang Thierse	Klaus-Jürgen Scherer	II
Wissenschaftsforum	Edelgard Bulmahn	Daniel Thürauf	II
Forum Kinder und Familie	Bärbel Dieckmann, Kerstin Griese, Björn Böhning	Kerstin Freudiger/ Christina Sonnenfeld	II
Forum Nachhaltigkeit	Sigmar Gabriel, Ulrich Kelber	Carmen Schmitting	II
Forum Wirtschaft	Peer Steinbrück	Hermann Zimmermann	II
Forum Bildung	Doris Ahnen, Christoph Matschie, Ulla Burchardt	Bettina Martin	II

* Berichte hierzu auf den Seiten 45–93.

BERICHTE DES WILLY-BRANDT-HAUSES

KOMMISSIONEN, FOREN, GESPRÄCHSKREISE, PROJEKT- UND ARBEITSGRUPPEN

Gesprächskreise und Projektgruppen	Leitung	Arbeitsebene	Abteilung
GK Steuern und Finanzen	Peer Steinbrück, Joachim Poß	Philipp Steinberg	II
GK Gesundheit	Elke Ferner, Birgit Fischer	Dirk Engelmann	II
GK Verbraucherpolitik	Birgit Fischer	Carmen Schmitting	II
GK Mitbestimmung in Deutschland und Europa	Hubertus Heil	Jan Brahmst	II
GK Zukunft des Sozialstaats	Elke Ferner, Birgit Fischer	Dirk Engelmann, Jan Brahmst	II
PG Chancen und Herausforderungen einer Gesellschaft des längeren Lebens	Ulla Schmidt	Susanne Dengler	II
GK Innenpolitik	Ralf Stegner, Erhart Körting	Volker Norbistrath	II
GK Jugendpolitik	Kerstin Griese	Bettina Martin	II
GK Landwirtschaft / Ländliche Räume	Martin Wille	Carmen Schmitting	II
PG Arbeitsversicherung	Andrea Nahles	Jan Brahmst	II
PG Energiepolitik	Sigmar Gabriel	Carmen Schmitting	II
PG Finanzmärkte	Peer Steinbrück	Philipp Steinberg	II
PG Altersgerechtes Arbeiten und zukunftssichere Renten	Elke Ferner	Dirk Engelmann	II
PG Kinderarmut bekämpfen	Wolfgang Jüttner	Dirk Engelmann	II
PG Innovative Wirtschaftspolitik	Hannelore Kraft	Daniel Thürauf	II
PG Metropolregionen	Klaus Wowereit	Daniel Thürauf	II / IV

Weitere	Leitung	Arbeitsebene	Abteilung
„Selbstaktiv“ – Netzwerk behinderter Menschen in der SPD	Karl Finke	Dirk Engelmann	II
AK Jüdischer Sozialdemokraten	Sergey Lagodinsky, Peter Feldmann	Dagmar Mensink	II
AK Lesben und Schule in der SPD (Schwusos)	Ansgar Dittmar	Volker Norbistrath	II
Ad hoc-AG Managerbezahlung	Joachim Poß	Hermann Zimmermann	II
AG Nachhaltige Finanzpolitik	Ingolf Deubel	Philipp Steinberg	II
Gustav-Heinemann-Bürgerpreis	Henning Scherf	Hermann Zimmermann	II
AK Christinnen und Christen	Kerstin Griese	Dagmar Mensink	II

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Ein ständiger Dialog

Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD und Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vom Parteivorstand anerkannt

Religion ist wieder ein Thema des öffentlichen Interesses geworden. Die Frage, ob es Zusammenschlüsse christlicher, jüdischer und muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gibt, wird deutlich häufiger gestellt als in den Jahren zuvor. Das Internet und digitale Netzwerke verstärken die Notwendigkeit, dem Engagement von religiös motivierten Menschen in der Sozialdemokratie auch öffentlich Gesicht und Stimme zu geben.

Von Beginn an, also seit 1974, war die Arbeit des Kirchenreferats beim Parteivorstand darauf ausgerichtet, die Verständigung zwischen Sozialdemokratie und den verschiedenen Bereichen kirchlichen Lebens zu fördern. In Respekt vor der jeweiligen Eigenständigkeit ging es stets um einen gegenseitigen Vertrauensgewinn, um das Werben für sozialdemokratische Positionen in den Kirchen und um das Stärken kirchlicher Positionen in sozialdemokratischer Politik. Das Referat bot für Christinnen und Christen in der SPD auf Bundesebene seit den 1970er Jahren eine informelle Plattform für eine Vernetzung in Form von (zunächst konfessionell getrennten) Arbeitskreisen, die den Austausch untereinander förderten, den Dialog mit den Kirchen durch Tagungen und Projekte gestalteten und die Arbeit des Parteivorstandes bei Kirchen- und Katholikentagen unterstützten.

Wesentliches Ziel nach dem Wechsel in der Leitung des Referats im Jahr 2003 war, die inhaltlichen Aktivitäten künftig strukturell noch stärker zu bündeln, die Vernetzung von Christinnen und Christen in der Partei weiter zu fördern und die Kontakte in die Diözesen und Landeskirchen, zu Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen weiter zu verstärken – ohne dabei die freie Partnerschaft zwischen Kirche und Partei zu verletzen. Auch das Engagement von jüdischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollte auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Nach langen Diskussionen gelang der Durchbruch im Januar 2008: Der Parteivorstand erkannte in seiner Auftaktklausur im Januar den Zusammenschluss von Christinnen und Christen in der SPD als „Arbeitskreis

Christinnen und Christen in der SPD“ (AKC) und den im September 2006 auf Initiative von Peter Feldmann (Frankfurt a.M.) und Sergey Lagodinsky (Berlin) konstituierten „Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ (AKJS) offiziell als Arbeitskreise an. Ein Meilenstein auch für die Arbeit des Referats Kirchen und Religionsgemeinschaften.

1. Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD

Erstmals lud der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion zu einer gemeinsamen öffentlichen Tagung am 30. März 2007 in das Reichstagsgebäude ein. Unter dem Titel „Soziale Demokratie verwirklichen“ stand die Idee des Vorsorgenden Sozialstaates in einer solidarischen Bürgergesellschaft im Mittelpunkt. Wolfgang Thierse MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, stellte das Konzept als Antwort auf das Bedürfnis nach menschlicher Sicherheit vor, und Prof. Gerhard Wegner, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Hannover, analysierte den Vorsorgenden Sozialstaat aus dem Blick der Sozialethik der Kirchen. Unter dem Anspruch „Im Mittelpunkt der Mensch“ kommentierten anschließend Verantwortliche aus kirchlichen Handlungsfeldern: Norbert Ellert, Vorsitzender der Kommission Sozialpolitik und Gesellschaft des Deutschen Caritasverbandes; Georg Hupfauer, Bundesvorsitzender der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB); Insa Schöningh, Bundesgeschäftsführerin der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf); Roland Mecklenburg, Referent für Kinder- und Jugendpolitik der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend (aej) sowie Andrea Hoffmeier, Bundesvorsitzende des Bundes deutscher katholischer Jugend (BDKJ). In der folgenden Diskussion mit Jürgen Schmude, Bundesminister a.D. und langjähriger Präses der Synode der EKD, sowie Iris Gleicke, MdB, wurde deutlich: Das Konzept trägt, aber es gilt, immer wieder genau hinzuschauen, um den Einzelnen und die Einzelne und ihre Sorgen im Blick zu behalten. Darauf mit der Sensibilität christlicher Sozialethik hinzuweisen, beschreibt eine wichtige Aufgabe des AKC, so Prof. Peter Dabrock in seinem Fazit der Tagung.

An die Jahrestagung schloss sich am 30./31. März 2007 die Klausurtagung des

AKC in Berlin-Spandau an. Im Mittelpunkt standen die Debatte um die Struktur der künftigen Arbeit und die Sicht von christlichen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf den Entwurf für das Grundsatprogramm der SPD.

Bei der Jahrestagung 2008, zu der der AKC wieder in Kooperation mit der SPD-Bundestagsfraktion einlud, stand am 25. April 2008 die „Würde der Arbeit“ im Mittelpunkt. Die stellvertretende Parteivorsitzende Andrea Nahles und Prof. Heinrich Bedford-Strohm, Professor für Systematische Theologie und theologische Gegenwartsfragen an der Universität Bamberg, erläuterten den Maßstab „Gute Arbeit“, der Sozialdemokratie und Kirche verbindet, wie Jürgen Schmude in seinem Kommentar unterstrich. Dass Gute Arbeit nicht nur ein frommer Wunsch bleibt und was dafür zu tun ist, erörterten auf dem anschließenden Podium im Gespräch mit Kerstin Griese als Vorsitzender des Familienausschusses des deutschen Bundestages und Barbara Hendricks als Fachfrau für Finanzen und Schatzmeisterin der SPD, die Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), Birgit Zenker und Mike Corsa, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej), sowie Diözesancaritasdirektor Heinz-Josef Kessmann, der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Integration durch Arbeit im Deutschen Caritasverband. In der dritten Runde der Tagung ging die Frage nach der konkreten Ausgestaltung Guter Arbeit weiter an zwei Verantwortliche in der ersten Reihe: an Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales und an Klaus-Dieter Kottnik, Präsident des Diakonischen Werkes der EKD. Ein Fazit der Veranstaltung zog Wolfgang Thierse. Mit dem Stichwort „Würde der Arbeit“ wurde ein Nerv getroffen, der für politische Instrumente Kompass und Maßstab sein muss.

Im Mittelpunkt der Klausurtagung des AKC am 25./26. April 2008 in Berlin-Spandau stand die einstimmige Verabschiedung der künftigen Struktur des Arbeitskreises und die Wahl eines Sprecherkreises von vier Personen. Gewählt wurden Kerstin Griese, Kirchenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied der Synode der EKD, Oberstudiendirektor Benno Haunhorst, Leiter des Bischöflichen Gymnasiums in Hildesheim, Dietmar Kehlbreier, evangelischer Pfarrer in Westfalen, und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Dagmar Men-

sink, Referentin für Kirchen und Religionsgemeinschaften beim Parteivorstand und ebenfalls ZdK-Mitglied wurde als Geschäftsführerin des Arbeitskreises durch Wahl bestätigt. Mit dieser Wahl des Sprecherkreises haben Christinnen und Christen in der SPD erstmals eine nach außen erkennbare Vertretung.

2. Arbeitskreis

Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

Grünes Licht für einen Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gab es bereits im September 2006. Am 12./13. Oktober 2007 fand dann das erste Bundesseminar im Willy-Brandt-Haus statt. Die Initiatoren Peter Feldmann und Sergey Lagodinsky wurden als Sprecher durch Wahl bestätigt. Im Zentrum der Tagung standen Referat und Diskussion von Alex Elsohn aus Berlin zum Stand der nahöstlichen Friedensdiskussion und die Positionierung der israelischen Arbeiterparteien sowie ein Gespräch über Nahostpolitik und Transatlantische Beziehungen mit Deidre Berger, der Direktorin des American Jewish Committee in Berlin. Am Erev Schabbat folgten die SeminarteilnehmerInnen einer Einladung von Rabbinerin Gesa Ederberg zum Gottesdienst und zum anschließenden Weinempfang in die Synagoge Oranienburger Straße. Kerstin Griese informierte schließlich über den Stand der Grundsatzprogrammdiskussion der SPD, und die Frage, wie im Programm auf das Judentum Bezug genommen wird, wurde ausführlich diskutiert. Die Antwort ist bekannt: Mit dem Hamburger Programm zählt erstmals ein Grundsatzprogramm der SPD das Judentum zu den Wurzeln der Sozialdemokratie.

Die Arbeit des AKJS wurde 2008 auch in der Fläche ausgeweitet; erste regionale Arbeitskreise sind gegründet. Das Bundesseminar am 15./16. November, wieder im Willy-Brandt-Haus, diente der weiteren Vernetzung. Inhaltlicher Schwerpunkt war ein Podium und Gespräch über jüdische religiöse Vielfalt als Chance und politische Herausforderung. GesprächspartnerInnen waren Salomon Ykaelo aus Frankfurt a.M., Renée Röske, langjähriges Mitglied des Parlaments der Synagogengemeinde Köln, und Mirjam Marcus, Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

3. Forum „Kultur der Anerkennung“ beim Zukunftskonvent der SPD in Nürnberg

Erste Frucht der Anerkennung des AKC und des AKJS war die Beteiligung an der inhaltli-

chen Gestaltung des Zukunftskonvents der SPD am 31. Mai 2008 in Nürnberg. Zusammen mit dem Kulturforum der SPD luden beide Arbeitskreise zu einem Forum „Kultur der Anerkennung“ ein, das auf breites Interesse stieß und zeigte, wie treffend dieser Begriff aus dem Hamburger Programm und dem ebenfalls beim Parteitag verabschiedeten Leittrag Kultur den Maßstab für eine sozialdemokratische Position zum Umgang mit Pluralität und Integration beschreibt. „Kultur der Anerkennung“ zielt auf gerechte Beteiligung statt auf die Behauptung einer Leitkultur oder die Gleichgültigkeit eines Multikulti. Das stellte Wolfgang Thierse in seiner Einführung heraus. Konkrete Perspektiven und Aufgaben bei der Verwirklichung dieses Ziels benannten anschließend Prof. Hermann Glaser aus kulturwissenschaftlicher Perspektive, Ulrich Pöner, der Leiter der Abteilung Weltkirche im Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, Ali Dogan, der Bundesvorsitzende des Jugendverbandes der Alevitischen Gemeinde, Sergey Lagodinsky als Stellvertreter der Vorsitzender der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde von Berlin sowie Lale Akgün, Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion.

4. Deutscher Evangelischer Kirchentag Köln 2007 und Katholikentag Osnabrück 2008

Höhepunkte der Kirchenarbeit eines Jahres sind stets die Aktivitäten bei Kirchen- und Katholikentagen. 2007 lud der 31. Deutsche Evangelische Kirchentag unter dem Leitwort „Lebendig und kräftig und schärfer“ nach Köln ein. Auch diesmal gestalteten viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Programm inhaltlich mit. Generalsekretär Hubertus Heil diskutierte auf dem Podium „Armes reiches Deutschland“. Die stellvertretende Parteivorsitzende und Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann nahm an der Veranstaltung „Religiös motivierte Schulverweigerung“ teil. Umweltbundesminister Sigmar Gabriel stellte sich dem Thema „Mit dem Auto aus der Sackgasse – Herausforderungen für klimafreundliche Mobilität“, Franz Müntefering debattierte über „Hartz – aber fair?“, Wolfgang Thierse gestaltete eine Bibelarbeit, stellte sich den Fragen von Jugendlichen unter dem Titel „Was ist Sache? – Junge Leute fragen Prominente“, sprach über „Weiter Segen sein“ und hielt eine „Laudatio auf die Barmherzigkeit“. Wolfgang Tiefensee nahm an der Podiumsveranstaltung „Barmherzig und geduldig – zwischen Auftrag und Krise“ teil und Heidemarie Wiczorek-Zeul sprach zu „Europa in der Welt. Entwicklung, Sicherheit, Frieden.“ Kerstin Griese hielt die

Eröffnungspredigt beim Gottesdienst auf dem Heumarkt.

Die SPD suchte darüber hinaus das Gespräch mit KirchentagsbesucherInnen an ihrem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“. Der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD und die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) präsentierten sich gemeinsam unter dem Motto „Politik im Dialog“.

Der „Jour Fixe“ der SPD hat sich mittlerweile zu einem viel beachteten Ereignis des Kirchentags entwickelt. Im bekannten Turm Osman in Köln trafen sich Verantwortliche aus der Kirche bis hin zum Ratsvorsitzenden Bischof Wolfgang Huber, SozialdemokratInnen und JournalistInnen zur Begegnung und zum Austausch über die Ereignisse des Kirchentags.

Im Jahr 2008 fand unter dem Leitwort „Du führst uns hinaus ins Weite“ der 97. Deutsche Katholikentag statt. Auch dieser wurde von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten inhaltlich mit gestaltet. Der Parteivorsitzende Kurt Beck diskutierte auf einem Podium zu „Chancen und Grenzen des Arbeitsmarktes“. Generalsekretär Hubertus Heil stellte sich im Rahmen der Reihe „Caritas im Gespräch“ der Diskussion zum Thema „Viele Wege führen in den Beruf. Jeder braucht eine Ausbildung“ und sprach auf einem anderen Podium über Zukunftschancen junger Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse bot eine Bibelauslegung zur Erzählung vom Auszug aus Ägypten; die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD-Bundestagsfraktion Kerstin Griese legte die Stelle Lk 6,16ff, Jesus in seiner Heimatstadt, aus. Auch die Abgeordneten Astrid Klug, Michael Müller, Lale Akgün, Rainer Arnold, Hermann Scheer und Silvia Schmidt waren auf Podien aktiv.

Höhepunkte der SPD-Präsenz waren auch in Osnabrück die beiden Jours Fixes am Mittag im beeindruckenden Felix-Nussbaum-Haus, eröffnet von Kurt Beck und Hubertus Heil. Erstmals in der Geschichte folgte mit Erzbischof Robert Zollitsch ein Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz der Einladung. Ausdrücklich ermutigte der Erzbischof zum politischen Engagement von Christen in der Sozialdemokratie. Christinnen und Christen müssten in der Politik Verantwortung übernehmen.

5. Spitzengespräche des Präsidiums der SPD mit Kirchen und Zentralrat der Juden

Zu den herausragenden Aufgaben des Kirchenreferats gehört die Vorbereitung der Spit-

zengespräche zwischen dem Präsidium der SPD und der Deutschen Bischofskonferenz, dem Rat der EKD, dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken und dem Zentralrat der Juden in Deutschland.

Den Auftakt im Berichtszeitraum machte das Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des ZdK am 22. Januar 2007. Gesprächsthemen waren der Bremer Entwurf für das Grundsatzprogramm der SPD, Fragen von Gerechtigkeit in der Bildungspolitik, die Friedens- und Entwicklungspolitik vor dem Hintergrund der Gastgeberschaft des G8-Gipfels sowie ethische Fragen an Lebensanfang und Lebensende. Zentraler Punkt der Beratung war die soziale Gestaltung der Globalisierung. Beide Seiten hoben hervor, dass gemeinsame soziale Standards nicht durch den kleinsten gemeinsamen Nenner definiert werden dürften. Dies gelte insbesondere für die Themen Arbeitnehmerrechte, Arbeitsschutz und betriebliche Mitbestimmung.

Am 30. Januar 2007 folgte das Gespräch mit der Deutschen Bischofskonferenz. Dort stand ebenfalls der Entwurf für das Grundsatzprogramm der SPD an erster Stelle. Die Bischöfe würdigten, dass darin den Kirchen, den Prinzipien der katholischen Soziallehre und dem christlichen Menschenbild ein wichtiger Stellenwert beigemessen wird. Des Weiteren standen Fragen sozialer Gerechtigkeit und die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, die Familienpolitik sowie Fragen der Migrationspolitik, insbesondere eine humane Bleiberechtsregelung für Geduldete und ihre Familien auf der Agenda.

Im Jahr 2008 eröffnete ebenfalls ein Gespräch mit der Deutschen Bischofskonferenz die Reihe der Spitzengespräche. Dabei ging es am 9. Juni 2008 um Fragen der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik sowie um die Verfolgung religiöser Minderheiten im Irak.

Am 26. Juni 2008 folgte ein Gespräch mit dem Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland. Gesprächsthemen waren die Entwicklung der jüdischen Gemeinden in Deutschland, Erinnerungskultur und Gedenken angesichts der Jahrestage 2008/2009, die Friedenspolitik im Nahen Osten und die Bedrohung Israels durch den Iran sowie die gemeinsame Verantwortung für die Stärkung der Demokratie in Deutschland. Das Präsidium des Zentralrats würdigte den hohen diplomatischen Einsatz von Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie die lange Tradition und den entschlossenen Kampf der Sozialdemokratie gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Beide Seiten vereinbarten einen Dialog in der Frage, wie die Werte unserer Verfassung weiter gestärkt und welche gemeinsamen Projekte für die Stärkung der Demokratie umgesetzt werden können.

Am 15. Dezember 2008 traf das Präsidium der SPD mit Mitgliedern des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammen. Im Mittelpunkt stand die tiefgreifende Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Beide Seiten stimmten in der Sorge überein, dass die Krise Auswirkungen auf die Demokratie und das demokratische Bewusstsein der Menschen haben könnte. Kirche und SPD betonten, dass in dieser Situation die Menschen aufeinander angewiesen seien und zusammenstehen müssten. Der EKD-Ratsvorsitzende und Berliner Bischof Wolfgang Huber verwies auf die große Verantwortung der Parteien in der Krise und betonte seinen Respekt vor der Leistung der Politik.

6. Empfänge der SPD anlässlich der Herbsttagungen der Synode der EKD

Es ist noch eine junge, aber schon eine gute Tradition: die Einladungen anlässlich der Herbsttagungen der Synode der EKD, ausgesprochen vom SPD-Parteivorstand, der SPD-Bundestagsfraktion und der jeweiligen Land-

tagsfraktion. Sie sind eine herausragende Gelegenheit zum Austausch mit maßgeblichen Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche in Deutschland in ungezwungenem Rahmen und eine wichtige Gelegenheit um deutlich zu machen, welche hohe Bedeutung die Sozialdemokratie der Verbindung zur Evangelischen Kirche beimisst. 2007 stand die Synode in Dresden unter dem Thema „evangelisch Kirche sein“. Grußworte von Peter Struck als Vorsitzendem der SPD-Bundestagsfraktion und vom Sächsischen Wirtschaftsminister Thomas Jurk unterstrichen die Bedeutung sozialer Positionen der evangelischen Kirche für die politisch Handelnden. 2008 befassten sich die Delegierten in Bremen schwerpunktmäßig mit dem Thema „Klimawandel-Wasserwandel-Lebenswandel“. Die Stichworte beschreiben einen Zusammenhang, der für die künftige Ausrichtung der SPD im Sinne einer nachhaltigen Wirtschafts- und Klimapolitik ebenfalls entscheidend ist, wie Generalsekretär Hubertus Heil und Carsten Sieling, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen, in ihren Grußworten an die Synodalen hervorhoben.

Planung/Kommunikation

Auf dem neuesten Stand

Einführung Abteilung III

Im November 2008 wurde im Zuge des Wechsels an der Parteispitze auch die Struktur der Abteilung III verändert. Sie hieß fortan nicht mehr „Planung und Kommunikation“ sondern „Kampagnen/Kommunikation“ unter der Leitung von Svenja Hinrichs. Die neue Abteilung bildet im unmittelbaren Vorfeld der Europa- und Bundestagswahl die gesamte Außendarstellung ab. Daher wurden neben einem neuen Referat „Regionale Wahlkämpfe“ die Online-Redaktion, das Eventmanagement und der zentrale Rednereinsatz integriert.

Öffentlichkeitsarbeit

Für die Ausrichtung der Kommunikation war in den Jahren 2007/2008 die Entwicklung des neuen Grundsatzprogramms und dessen Verbreitung von besonderer Bedeutung.

Hinzu kam die Kampagne „Gute Arbeit“ mit dem Mindestlohnthema, das viel Aufsehen erregte und für viele SozialdemokratInnen

von besonderer moralischer Bedeutung war.





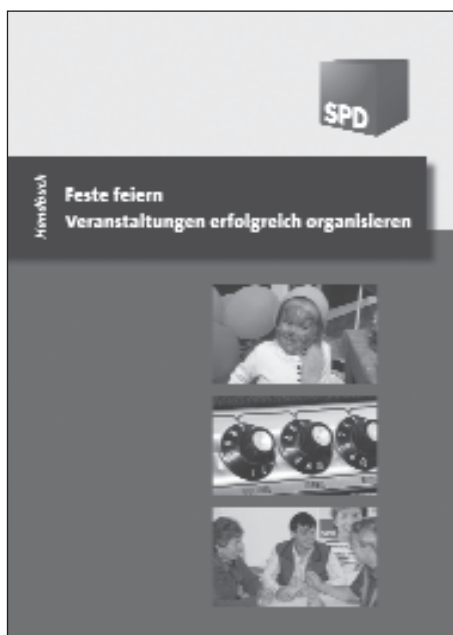
Beide Schwerpunkte wurden intensiv mit den bekannten Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit bedient, aber auch mit einer Hörbuch-CD mit dem Hamburger Programm und – im Falle der „Gute Arbeit“-Kampagne – mit einer fünfteiligen Plakatserie begleitet.

Der programmatische Neustart wurde begleitet von einer Überarbeitung der CD-

Richtlinien mit dem Claim „Das soziale Deutschland“ und der Megafonschrift als Neuerung.

Im Sommer 2008 wurde ein Wettbewerb zu den Bürgerbüros der SPD ausgerufen, um hier einen besonderen Akzent zu setzen. Durch die rege Beteiligung konnte auf dieser Basis eine Empfehlung für die Ein-

richtung neuer und die Verbesserung bestehender Bürgerbüros veröffentlicht werden.



In der zweiten Hälfte des Jahres 2008 wurde die umfangreiche Broschüre „Viel erreicht – viel zu tun“ aufgelegt. Anlässlich zehnjähriger SPD-Politik in der Bundesregierung wurde belegt, wie in dieser Zeit mutig und zukunftsweisend Politik gemacht werden konnte.

Zum Jahresende hin begann bereits die Vorbereitung auf das Superwahljahr 2009. Als Grundlage für Aktivitäten der Ortsvereine wurden die Handbücher „Mitglieder werben“, „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ und „Veranstaltungen organisieren“ neu aufgelegt.

Produktion

Auch in den Jahren 2007/2008 begleitete die Produktion die Erstellung der Werbematerialien des Parteivorstands. Hierzu gehörte das allgemeine Angebot an laufenden Druckerzeugnissen, wie auch die werbliche Begleitung der Kampagnen und die Überarbeitung des Corporate Designs.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeit bezog sich auf aktive, regionale Wahlkampfunterstützung in Landtagswahlen, Kommunalwahlen und OB-Wahlen.

Die Wahlkampfhilfe beinhaltete sowohl die Planung und Gestaltung von Werbematerial, die Organisation und Durchführung der Werbemittelproduktion sowie die Produktion des Kandidatenwerbematerials, als auch die Ausrichtung der Kandidatenshootings vor Ort.

Die Planung und Organisation des Einsatzes von Outdoor-Medien, u. a. kommerzieller Großflächen und mobiler Großflächen, gehörten ebenso zu unseren Unterstützungsleistungen.

Aktive Wahlkampfhilfe wurde so z. B. zu den Landtagswahlen in Hamburg, Bayern, Hessen und Sachsen geleistet.

Mit der Einführung des SPD-Druckportals im Frühjahr 2007 wurde eine parteiinterne Kampagnen- und Wahlkampfplattform geschaffen zur Produktion von individuellen Drucksachen, BTW-, Europa-, Länder- und Kommunalwahlwerbemitteln. Die Landtagswahl in Bayern diente hierbei dem Parteivorstand als Pilotprojekt. Die gesamte Kandidatenwerbemittel-Produktion wurde erstmals über das Web-to-Print Portal erfolgreich abgewickelt.

Weiterhin bietet das Portal derzeit einen eigenen Bereich zu Mitgliederwerbung und allgemeinen Werbemitteln wie Visitenkarten, Eindruckplakaten, Briefbögen. Vorlagen für Kommunalwahlkämpfer stehen in stetiger Anpassung an das aktuelle CD dem User zur Verfügung, hierbei kann gewählt werden zwischen direkter Online-Bestellung und Druckdaten-Download.

Ziel des Parteivorstands ist auch für die Zukunft, mit dem Ausbau des Portals den Gliederungen ein modernes Mittel zur kostengünstigen und hochwertigen Medienproduktion zu bieten.

Vertrieb

Das Jahr 2007 war das Jahr des „Hamburger Programms“. Nach der Verabschiedung des Grundsatzprogramms am 28. Oktober 2007 auf dem Bundesparteitag in Hamburg gehörte der Verkauf vieler Materialien rund um das neue Parteiprogramm zu den zentralen Aufgaben des SPD-Shops. Zum ersten Mal auch als Hörbuch-CD – ein Novum in der Geschichte

deutscher Parteien. Die beiden Jahre 2007/2008 standen aus Sicht des SPD-Shops auch im Zeichen der Kampagne „Nah bei den Menschen“. Neben dem Vertrieb der eigens dafür entwickelten Materialien, wie Ankündigungsplakaten, Flyern und Briefbögen, wurden die Veranstaltungen dieser Reihe vor Ort multimedial begleitet. Mit der Produktion der SPD-Dialogbox, die auch als Wahlurne einsetzbar ist, liegt hier auch die Geburtsstunde des dreidimensionalen Würfels, dem aktuellen Logo der SPD. In dieser Zeit begannen auch die Planungen der Materialien für den Europa- und Bundestagswahlkampf 2009.

Wie bereits in vorangegangenen Jahren unterstützte der SPD-Shop auch 2008 einen Landesverband in dessen Landtagswahlkampf (Bayern, September 2008). Dabei übernahmen die Mitarbeiter des Shops aus dem WBH die Bestellabwicklung, den Versand und die Abrechnung aller Wahlkampfmateriale und entlasteten so die Mitarbeiter der BayernSPD. Auf diese Weise wird der SPD-Shop auch in den kommenden Jahren zu erfolgreichen Landtagswahlkämpfen beitragen und die dortigen Kampagnen unterstützen. Der Ortsvereins-Schaukasten etablierte sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr als Informationsquelle für Bürgerinnen und Bürger. Eine Informationsquelle von der bereits viele Gliederungen Gebrauch machen: Als Service dazu bietet der SPD-Shop den regelmäßigen und kostengünstigen Versand von Plakaten für Schaukästen an.

INTERN und Artikeldienst

Für die kompetente Arbeit in allen Gliederungen der Partei, in Ämtern und Parlamen-

ten müssen alle aktiven Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gut und aus erster Hand informiert sein. Dafür gibt es den Informationsdienst INTERN.

Auf jeweils 16 bis 20 Seiten in mindestens neun Ausgaben jährlich berichtet INTERN über die politischen Schwerpunkte des Parteivorstandes und liefert Argumente und Hintergrundinformationen, die auch an jedem Info-Stand als Diskussionsgrundlage verwertbar sind.

Im Herbst 2008 wurde der INTERN strukturell und optisch überarbeitet für den Heftrelaunch 2009. Zusätzlich wurde an einem Nachfolgekonzept des bisherigen SPD-Artikeldienstes (für Ortsvereinszeitungsmacher und SPD-Webmaster) gearbeitet als Service im Mitgliedernetz www.meinespd.net unter dem Titel „Nachrichten für Redakteure“. Dort kann auch der INTERN als PDF-Datei heruntergeladen werden. Die gedruckte Ausgabe des Informationsdienstes ist inzwischen auch für alle Interessierte im Abonnement erhältlich.

Digitale Medien

2007 begleitete der Parteivorstand die Dialogkampagne und Programmdebatte mit einem Sonderportal, auf dem Interessierten ständig aktualisiert die nächsten Schritte der Kampagne, wichtige Termine, Dokumente und Informationen zu den zentralen Themen des Grundsatzprogramm-Entwurfs bereit gestellt wurden. Zudem konnte die Mitgliederbefragung online durchgeführt werden. Nach Abschluss der Mitgliederbefragung stimmten die Internet-Nutzer in der Programmwerkstatt über wichtige Aussagen des Entwurfs ab, formulierten eigene Thesen und stellten auch diese zur Abstimmung. Die Ergebnisse flossen in die Arbeit der Programmkommission ein. Damit nutzte die SPD als erste Partei das Internet, um die Öffentlichkeit interaktiv an der Entwicklung des neuen Parteiprogramms zu beteiligen.

Neben dem Themenportal zur Programmdebatte startete 2007 ein Portal zur Kampagne „Gute Arbeit“ sowie zur Internationalen Politik.

Pünktlich zum Bundesparteitag in Hamburg ging auch ein neues Angebot für Mitglieder und Sympathisanten ins Netz. Die neue sozialdemokratische Online-Community meinespd.net bleibt – wie bisher SPD-Online – ein Servicekanal, der Grundlagen für die Partearbeit und Hilfestellungen anbietet. Sie verfügt also über alle bisherigen Funktionen – bietet aber zusätzlich zahlreiche neue Möglichkeiten:

In der Community hat man die Möglichkeit, sich mit Bekannten, Kollegen oder Freunden zu verknüpfen. Man kann in Foren

mitdiskutieren und neue Foren eröffnen, Fotos hoch laden oder sich an Missionen beteiligen. Bei letzteren handelt es sich um Aufgaben, die die SPD definiert und an denen sich alle Mitglieder von meinespd.net beteiligen können. Zudem kann man regionale und themenspezifische Gruppen sowie Blogs – also eine Art Internet-Tagebuch – einrichten. In einer Werkstatt können eigene Thesen zu aktuellen Themen formuliert und bewertet werden.

Weil Online-Kommunikation in der politischen Arbeit immer wichtiger wird, richtete der SPD-Parteivorstand Anfang 2008 einen Online-Beirat ein. Der Beirat berät den SPD-Vorsitzenden und Generalsekretär in Fragen der politischen Kommunikation im Internet. Die Fachleute aus Wirtschaft, politischer Beratung, Wissenschaft und aus Blogger-Szene berichten der Parteispitze über Entwicklungen der politischen Kommunikation im Internet. Zugleich ermöglicht der Beirat Experten der Branche, ihre Anliegen direkt an die SPD heran zu tragen.

Mit einem neuen Videoformat zeigte die SPD 2008, dass sie im Internet im Vergleich zur Konkurrenz wieder einmal die Nase vorn hat. Unter <http://de.youtube.com/spdvision>, dem YouTube-Videokanal der SPD, beantwortete der Parteivorsitzende Kurt Beck ab Anfang des Jahres Fragen, die ihm zuvor per Video, E-Mail oder Post zugegangen waren. Für diesen Videodialog wurde extra ein eigener Kanal geschaffen. Mit SPD:vision bündelt die SPD künftig alle Video-Aktivitäten im Netz.

Im Rahmen des „Deutschland-Dialogs“ stellte die SPD eine neue Serviceseite ins Internet. Multimedial – mit Textbeiträgen, Fotos und Videos – wurden zentrale Veranstaltungen des Parteivorsitzenden, seiner Stellvertreter und des Generalsekretärs begleitet und auf der Internetseite abgebildet.

Über 160 Jahre bewegende Geschichte einer lange bekämpften, gefährdeten, endlich aber errungenen Freiheit veranlassten die SPD im Jahr 2008, auch im Internet deutsche Geschichte von der Nationalversammlung in der Paulskirche 1848 bis zur Gegenwart anschaulich darzustellen: In einem virtuellen Gang durch 160 Jahre Zeitgeschichte wurden Informationstexte mit Bildern und Dokumenten verknüpft und vermittelten so ein lebendiges Bild sozialdemokratischer Geschichte.

Mit dem Politikmonitor zu „10 Jahre SPD in der Bundesregierung“ startete der Parteivorstand im Herbst 2008 ein weiteres neues Internetprojekt. Besucher fanden im Politikmonitor zu den wichtigsten Themenfeldern die Ziele und konkreten Erfolge der SPD in der Großen Koalition. Dabei wurden die Inhalte der Regierungsarbeit eingängig, leicht verständlich und multimedial abgebildet: Videobotschaften der zuständigen Fachminister, Grafiken, Argumentationsboxen, Meldun-

gen, Interviews, Info-Materialien und Fotos. Ob über „Bildung für alle“, „Gestaltende Finanzpolitik“, „Gute Arbeit“, „Nachhaltige Umwelt- und Verbraucherpolitik“ oder „Vorsorgende Friedenspolitik“ – mit dem Politikmonitor konnten sich Bürgerinnen und Bürger gezielt über die SPD-Position zu verschiedenen Themen informieren.

Multimediarredakteure

Für das 2008 neu gegründete Projekt Multimediarredakteure war es die erste Aufgabe und zugleich Feuerprobe, die Dialogkampagne „Deutschland Dialog“ des Parteivorstandes medial angemessen zu begleiten. Im Laufe der Kampagne konnten die in den Schulungen erworbenen Kenntnisse an Videokamera, Schnitzausrüstung, Fotokamera und Bildbearbeitungssoftware unter Beweis gestellt werden. Die ebenfalls initiierte Einrichtung eines Online Videokanals auf Youtube und eines Fotoaccounts auf der Plattform Flickr sorgten dafür, dass die Multimediarredakteure ein zeitgemäßes Forum fanden, um die erstellten Filme und Fotos zu präsentieren. Darüber hinaus hat sich die mediale Begleitung im Netz als wirklicher Zugewinn für die jeweiligen Veranstaltungen speziell und für die Kampagne allgemein erwiesen. Das ist auch der Grund dafür, dass das Projekt „Multimediarredakteure“ über den Deutschland Dialog hinaus bestehen bleibt und auch in Zukunft Bilder und Filme direkt aus der Partei zu Interessierten und Unterstützern bringt.

Veranstaltungsmanagement

Inhalte, Dialoge und Entscheidungen – Events des SPD-Parteivorstandes

Im Mittelpunkt des Veranstaltungsjahres 2007 stand die Organisation zahlreicher Events zur Programmdebatte, die für die Herausbildung des Hamburger Programms grundlegend waren.

Den Anfang machten hierbei die Organisation und Umsetzung von vier Regionalen Programmkonferenzen in Bremen, Berlin, Bonn und Nürnberg. Diese bildeten den Auftakt, den vom Parteivorstand beschlossenen „Bremer Entwurf“ für ein neues sozialdemokratisches Grundsatzprogramm vorzustellen und gemeinsam zu beraten. Der Ablauf gestaltete sich dabei recht vielfältig. Neben Reden und Diskussionsgruppen im Plenum fanden Foren zu den Themen „Politik für Wachstum und neue Arbeit“, „Vorsorgender Sozialstaat“, „Friedenspolitik und soziales Europa“, „Grundsatzprogramm und Mitgliederpartei“ und „Perspektiven einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik“ statt.

Einen Höhepunkt der Programmdiskussion bildete der Zukunftskonvent im Juni 2007

in Hannover unter dem Titel: „Zukunftskonvent. Deutschland 2020“. Als zentrale Station vor der Beschlussfassung auf dem Parteitag wurde hier allen Mitgliedern und Aktiven aus der ganzen Bundesrepublik die Möglichkeit gegeben, einen Tag lang über das neue Grundsatzprogramm zu diskutieren. Das Hauptbühnenprogramm und siebzehn dazu parallel laufende Foren der Arbeitsgemeinschaften und Kommissionen wurden organisiert und logistisch umgesetzt. Somit konnte an diesem Tag noch einmal eine Vielfalt von Themen vertieft werden. Die große Resonanz zu diesem Event gab uns recht, dass sich diese Veranstaltungsform als der richtige Weg zur Kommunikation erwiesen hatte.

Auf dem Bundesparteitag im CCH Hamburg im Oktober 2007 kam es dann zur Beschlussfassung über das „Hamburger Programm“. Dieser historische Parteitag setzte nicht nur inhaltlich neue Maßstäbe, sondern auch organisatorisch: insgesamt waren 8.000 Menschen auf dem Parteitag (7.000 waren bereits am Freitag im CCH), 1.500 Medienvertreter berichteten aus Hamburg und 1.000 Dienstleister waren im Einsatz. Darüber hinaus präsentierten sich 60 kommerzielle Aussteller rund um den Parteitag. Im Plenum wurden über 6 km Licht-Lastkabel und über 8 km Stromkabel gezogen. Sieben Projektionsflächen mit 13 Hochleistungsbeamern der neuesten Generation waren im Einsatz. Der Starkstromverbrauch betrug über 2.800 Ampere.

Auch im Veranstaltungsjahr 2008 blieb es spannend. Am 17. März 2008 startete der Parteivorstand in Schleswig-Holstein die Kampagne „Nah bei den Menschen“. Im Mittelpunkt der Terminserie mit ca. 100 Veranstaltungen in allen Bundesländern stand das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Neben vielen Terminen in Betrieben und Institutionen diskutierten die Mitglieder der Parteispitze in vielen Abendveranstaltungen mit z. B. Vereinsvertretern, Mitarbeitervertretern oder Anwohnernvertretern.

Nachdem sich der Zukunftskonvent 2007 mehr als bewährt hatte, kam es Ende Mai 2008 zu einer Fortsetzung selbigen Formates in Nürnberg. Diesmal war der Konvent eingebettet in die eben schon beschriebene bundesweite Kampagne „Deutschland Dialog – Nah bei den Menschen“. In über 20 Foren und Arbeitsgruppen, auf Aktionsflächen und an Ausstellerständen wurde diskutiert und aufgerufen, Einfluss zu nehmen auf die Gestaltung des sozialdemokratischen Regierungsprogramms 2009–2013. Doch dies sollte nicht die einzige Großveranstaltung des Jahres bleiben, die es zu organisieren galt.

Nach dem überraschenden Rücktritt von Kurt Beck vom Parteivorsitz am 7. September wurde für den 18. Oktober 2008 ein außerordentlicher Bundesparteitag in Berlin ausgeru-

fen. Für uns hieß dies: in kurzer Zeit alles Notwendige für einen reibungslosen Ablauf des Parteitages zu organisieren, so dass die Delegierten die Nominierung von Frank-Walter Steinmeier als Kanzlerkandidaten eindrucksvoll bestätigen konnten und Franz Müntefering zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Kurze Zeit später, am 8. Dezember 2008, wurde unser Veranstaltungsjahr mit der „Europadelegiertenkonferenz“ in Berlin abgeschlossen. Hier wurde nicht nur das SPD-Europawahlmanifest „Für Europa: stark und sozial!“ verabschiedet, auch die Kandidatinnen

und Kandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 wurden gewählt. Martin Schulz erhielt als Spitzenkandidat das beeindruckende Wahlergebnis von 99,2% der Stimmen.

Neben diesen ausführlich aufgeführten Veranstaltungen war das Veranstaltungsmanagement in den Jahren 2007 und 2008 an ca. 60 weiteren Veranstaltungen in der Planung und Durchführung beteiligt. Hierzu gehören u. a. Bundeskonferenzen der Arbeitsgemeinschaften, Vorstands- und Präsidiumsklausuren, Zielgruppenveranstaltungen und Wahlabende.

Pressestelle

Die Arbeit der Pressestelle

Einführung

Neben der direkten Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern wird Politik maßgeblich über Medien vermittelt. Dabei spielt die Arbeit der Pressestelle des SPD-Parteivorstandes eine zentrale Rolle. Sie ist die Schnittstelle zwischen dem SPD-Parteivorstand und den Medien. Als eine Serviceeinrichtung erfüllt die Pressestelle verschiedene, nach innen und nach außen gerichtete Aufgaben.

Pressearbeit für den Parteivorstand

Die Pressestelle berät den Parteivorstand, insbesondere den Parteivorsitzenden, die stellvertretenden Parteivorsitzenden und den Generalsekretär in allen Fragen der Medien- und Pressearbeit. Eine wichtige Anforderung an die Arbeit der Pressestelle besteht darin, einerseits zügig und angemessen auf bestimmte Entwicklungen zu reagieren und andererseits selbst Themen und Inhalte aktiv zu setzen und durch eine gute Pressearbeit in den Medien zu verstärken.

Wichtige Instrumente sind dabei unter anderem Pressekonferenzen, Pressegespräche sowie Interviews und Namensbeiträge der Parteispitze. Diese werden von der Pressestelle vorbereitet, begleitet und nachbereitet. Vor allem die Freigabe von Interviews stellt für den Sprecher bzw. die stellvertretenden Sprecher einen Arbeitsschwerpunkt dar.

Auch durch Verfassen und Versenden von Pressemitteilungen erreicht die SPD-Pressestelle Medienpräsenz. Daher unterstützt die Pressestelle die SPD-Arbeitsgruppen und Fo-

ren beim Verfassen und Versenden von Pressemitteilungen.

Bestandteil der Pressearbeit ist auch die Begleitung der Parteiführung durch Mitarbeiter der Pressestelle bei öffentlichen Terminen sowie die Pressebetreuung bei Veranstaltungen der Partei im und außerhalb des Willy-Brandt-Hauses.

Darüber hinaus steht die Pressestelle des Parteivorstandes in engem Kontakt mit den Pressestellen und Pressesprechern der SPD-Landesverbände.

Informationsdienstleistungen für den Parteivorstand

Die Pressestelle der SPD informiert den Parteivorstand ständig über die aktuelle Medienlage und Presseberichterstattung. Dabei stehen ihr verschiedene Instrumente zur Verfügung. So berichtet etwa der Sprecher oder die stellvertretenden Sprecher der Parteispitze und den Mitarbeitern des Willy-Brandt-Haus täglich in verschiedenen Sitzungen über die aktuelle Presselage. Darüber hinaus beobachtet die Pressestelle die Agenturen und versendet in regelmäßigen Abständen eine Agenturübersicht mit den wichtigsten Meldungen.

Service für Journalisten

Zum täglichen Geschäft der Pressestelle gehört die zügige Beantwortung von Journalistenanfragen. Da täglich zahlreiche Anfragen zu den verschiedensten Themen in der Pressestelle eingehen und diese Anfragen meist am selben Tag zu beantworten sind, verlangt die

Beantwortung eine konzentrierte und effektive Arbeit von den Mitarbeitern der Pressestelle sowie eine enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachreferenten des Willy-Brandt-Hauses.

Sprecherwechsel 2008

Mit der Wahl Franz Münteferings zum Parteivorsitzenden auf dem Berliner Sonderparteitag im Oktober 2008 wurde Stefan Giffeler

zum Parteisprecher berufen. In diesem Zusammenhang trat auch Barbara Braun die Funktion der stellvertretenden Sprecherin neben Karin Nink an.

Internationale Politik

Die SPD als Friedens- und Europapartei Deutschlands klar zu positionieren – dies war auch im Berichtszeitraum eine der prägenden Leitlinien der internationalen Arbeit des SPD-Parteivorstands und der Abteilung Internationale Politik. Zugleich standen die Identifizierung und Bearbeitung aller außen-, sicherheits-, entwicklungs- und europapolitischen Themenfelder mit Relevanz für die Partei und die Parteispitze im Vordergrund der Abteilungsarbeit. Thematisch spielten hierbei alle Fragen im Zusammenhang mit der weiteren Integration und Erweiterung der Europäischen Union, der Stärkung der Friedens- und Abrüstungspolitik der SPD ebenso eine herausgehobene Rolle wie Fragen zur fairen Gestaltung der Globalisierung. Die enge Abstimmung und Koordination mit der Bundestagsfraktion, den Bundes- und Landesregierungen sowie dem Europäischen Parlament, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der Sozialistischen Internationale (SI) nahmen hierbei einen wichtigen Teil der Arbeit ein.

Europapolitik/ Europapolitische Kommission

Im Berichtszeitraum standen zunächst die Koordinierung und politische Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Zentrum der Arbeit. Unmittelbar nach Übernahme der Präsidentschaft durch die deutsche Bundesregierung reiste der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck nach Brüssel, um mit den Spitzenakteuren der EU-Institutionen die europapolitischen Positionen der SPD abzustimmen. Neben Gesprächen mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, dem Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, dem Vize-Präsidenten der Europäischen Kommission, Günter Verheugen, und einer Rede vor der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament traf der SPD-Vorsitzende auch zu Gesprächen mit NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer zusammen. Ebenfalls im Rahmen der Ratspräsidentschaft fand am 22. März im Willy-Brandt-Haus anlässlich des 50. Jahres-

tages der Unterzeichnung der Römischen Verträge ein Treffen der sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs statt, an dem als Ehrengäste der serbische Präsident Boris Tadić und der EU-Außenbeauftragte Javier Solana teilnahmen. Im Zentrum der Beratungen standen die Verabschiedung einer Erklärung zur Zukunft des sozialen Europas sowie die Abstimmung der SPE-Partei- und Regierungschefs in Hinblick auf den EU-Reformgipfel zur Neubelebung des Verfassungsprozesses am 21./22. Juni in Brüssel.

Weiterer Schwerpunkt der europapolitischen Arbeit im Berichtszeitraum war insbesondere die frühzeitige Vorbereitung und Planung des SPD-Europawahlkampfes. Hierzu wurde im Frühjahr 2008 eine Steuerungsgruppe Europawahl vom SPD-Präsidium eingesetzt, die in der Folge unter Leitung von SPD-Generalsekretär Hubertus Heil und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz, die organisatorische und inhaltliche Planung des SPD-Europawahlkampfes vorangetrieben hat. Reisen des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs nach Brüssel im Frühjahr 2008 dienten der Koordinierung der Wahlkampfplanungen von SPD, der SPD-Gruppe und der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament sowie der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Darüber hinaus führten der Parteivorsitzende und der Generalsekretär Gespräche mit Spitzenpolitikern aus den EU-Institutionen. Um das soziale Europa frühzeitig als Schwerpunktthema der SPD und der europäischen Sozialdemokraten im Europawahlkampf öffentlich herauszustellen, fand im Juni 2008, ein Jahr vor der Europawahl, die SPD-Expertenkonferenz „Das soziale Europa – Zukunftsprojekt der europäischen Sozialdemokratie“ im Willy-Brandt-Haus in Berlin statt. Neben dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz, nahmen als hochrangige Gäste und Redner auf der Veranstaltung auch der Vorsitzende der Demokratischen Partei Italiens, Walter Veltroni, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei

Europas (SPE), Poul Nyrup Rasmussen, sowie der DGB-Vorsitzende Michael Sommer teil.

Die inhaltlichen und personellen Weichen für den SPD-Europawahlkampf wurden dann auf der Europadelegiertenkonferenz der SPD am 8. Dezember in Berlin gestellt. Martin Schulz wurde mit 99,2 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten für die Europawahl bestimmt. Des Weiteren wurden die Bundesliste mit den übrigen SPD-Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl und das SPD-Europamanifest „Für Europa: stark und sozial!“ angenommen. Das Europamanifest war zuvor von der Steuerungsgruppe Europawahl in Abstimmung mit der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament sowie den europapolitikern der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet worden.

Die genannten politischen Schwerpunkte aus dem Berichtszeitraum spiegeln sich auch in der Arbeit der europapolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand wider. Unter Leitung der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden, Angelica Schwall-Düren, und des Vorsitzenden der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament, Bernhard Rapkay, befasste sich die Kommission mit den im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft relevanten europapolitischen Themen und diskutierte frühzeitig und kontinuierlich die Planungen und inhaltlichen Schwerpunkte der SPD im Europawahlkampf. Darüber hinaus standen Fragen der EU-Klima- und Energiepolitik, der EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik, insbesondere auch die Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans, aktuelle Themen im Bereich der EU-Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie gemeinsame europäische Strategien und Lösungen in Reaktion auf die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise im Zentrum der Arbeit. Auch in die Debatte über den europapolitischen Teil des neuen SPD-Grundsatzprogramms hat sich die europapolitische Kommission im Vorfeld des Bundesparteitages in Hamburg im Oktober 2007 mit inhaltlichen Beiträgen intensiv und aktiv eingebracht.

Sicherheitspolitik/ Kommission Internationale Politik

2007 und 2008 waren sicherheitspolitisch von starken Gegensätzen geprägt: Während der Georgienkonflikt ein Rückschlag für die gemeinsame Sicherheit in Europa darstellte, öffneten sich durch die Wahl Barack Obamas zum neuen US-Präsidenten 2008 neue Möglichkeiten für gemeinsame Sicherheit durch Abrüstung und Zusammenarbeit, die Kernpunkte sozialdemokratischer Friedens- und Entspannungspolitik.

Anknüpfend an Initiativen aus den Vorjahren ist es im Berichtszeitraum im Zusammenwirken von Partei, Regierung, Bundestagsfraktion und der SPE im Europaparlament gelungen, das Thema Abrüstung international weiter in den Vordergrund zu rücken und für eine neue Entspannungspolitik zu werben. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 hielt der Parteivorsitzende Kurt Beck eine Rede, in der er für neue Abrüstungsbemühungen warb. Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz ist es auch zu einer Vielzahl von bilateralen Begegnungen gekommen, u. a. mit dem russischen Präsidenten Putin. In diesem Zusammenhang sprach sich die SPD wegen der Gefahren eines neuen Wettrüstens frühzeitig und klar gegen ein unilaterales Vorgehen bei der Frage der Raketenstationierung in Europa aus. Diese Position wurde dabei eng mit unseren Schwesterparteien in Europa abgestimmt, so etwa auf einem Treffen ost- und mitteleuropäischer Parteiführer und Regierungschefs im September 2007 in Prag. Einen Meilenstein bei der konventionellen Abrüstung erreichte Bundesaußenminister Steinmeier gemeinsam mit seinem britischen Amtskollegen auf der Konferenz in Dublin zum Verbot von Streumunition: das Abkommen wurde im Dezember 2008 in Oslo von über 100 Außenministern unterzeichnet.

Diese und weitere Themen waren Gegenstand der Diskussionen in der Kommission Internationale Politik unter dem Vorsitz von Frank-Walter Steinmeier, die im Berichtszeitraum viermal tagte. Die Teilnehmer der Kommission – Vertreter und Vertreterinnen des Bundestages, des Europaparlaments, der Bundesregierung, der europäischen Kommission, der Landesverbände, des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion, von NGOs, Think Tanks und Wissenschaft – gaben auch wichtige Impulse für den außenpolitischen Teil des SPD-Grundsatzprogramms.

Im Berichtszeitraum wurde weiterhin ein Sammelband zur „Sozialdemokratischen Außenpolitik für das 21. Jahrhundert“ vor-

gestellt, in dem namhafte Autoren aus dem In- und Ausland konzeptionelle Überlegungen für eine Außenpolitik des 21. Jahrhunderts anstellen. Bei der Buchpräsentation im Willy-Brandt-Haus im Juli 2007 war Hans Dietrich Genscher Laudator für das Buch.

Entwicklungspolitik/ Forum Eine Welt

Die globale Finanzkrise, die internationale Wirtschaftskrise, der drohende Klimakollaps, die Energie- und Rohstoffverknappung und die Zunahme des Hungers waren und sind die prägenden internationalen Herausforderungen unserer Zeit. Vor diesem Hintergrund arbeitete das Forum Eine Welt intensiv an politischen Konzepten und Lösungen, um kurzfristig den besonders gefährdeten Menschen in ärmeren Ländern zu helfen und langfristig das Fundament für ein Wirtschaftssystem zu legen, in dem ökonomische Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten besser aufeinander abgestimmt werden.

„Armut bekämpfen – Entwicklung finanzieren“ spielt dabei eine entscheidende Rolle. Unter diesem Titel diskutierten im Oktober 2008 neben der Vorsitzenden des Forums Eine Welt, Heidemarie Wiczorek-Zeul, der Außenminister Tansanias, Bernard Kamillius Membe, und Maria von Welser, Journalistin und stellvertretende Vorsitzende von UNICEF. Eine globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung braucht eine politische Globalisierung mit fairen, sozialen und ökologischen Regeln und eine weltweite Neuordnung der Finanzarchitektur, in der kein Markt, kein Akteur, kein Staat und Territorium, kein Produkt mehr unbeaufsichtigt bleiben darf. Genauso wichtig ist das Engagement für die Ärmsten und das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015: Es sollen bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger für Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden.

In einer Vielzahl von Veranstaltungen mit der Vorsitzenden Heidemarie Wiczorek-Zeul in den regionalen Foren Eine Welt, die es mit den Neugründungen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen und Sachsen-Anhalt nun in 14 der 16 Bundesländer gibt, wurden Lösungen für die großen internationalen Herausforderungen unserer Zeit diskutiert. Die 100. Ausgabe des Nord-Süd Info-Dienstes, seit 31 Jahren das entwicklungspolitische Informationsblatt des SPD-Parteivorstandes, wurde durch eine Jubiläumsnummer gewürdigt. Spitzenpersönlichkeiten der Partei legten darin ihre Ansichten zur Verwirklichung von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität im globalen 21. Jahrhundert dar.

Menschenrechtspolitik/ Gesprächskreis Menschenrechte

Der seit 2006 unter der Leitung von Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin bestehende Gesprächskreis Menschenrechte hat auch im Berichtszeitraum seine intensive Arbeit mit allen relevanten Akteuren dieses Politikbereichs aus Parlament, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Ministerien fortgeführt. In den elf Sitzungen des Gesprächskreises in den Jahren 2007 und 2008 wurde eine querschnittsorientierte Menschenrechtspolitik in ihrer ganzen Breite diskutiert – von der menschenrechtlichen Situation in einzelnen Ländern wie Angola oder Kolumbien über Abrüstung bei Kleinwaffen, Landminen und Streumunition bis zu der Menschenrechtsarbeit auf UN-Ebene im Menschenrechtsrat oder bei der Weltkonferenz gegen Rassismus (Durban II).

Das Jahr 2008 ragte für die Menschenrechtspolitik mit dem Jubiläum 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hervor. Anlässlich dieses Jubiläums veröffentlichte der Parteivorstand die Schriftenreihe „Gerechtigkeit durch Recht“ zu menschenrechtlichen Aspekten in den verschiedenen Politikbereichen: Sigmar Gabriel zu Umweltpolitik und Menschenrechten, Heidemarie Wiczorek-Zeul zu Entwicklungspolitik und Menschenrechten und viele weitere Artikel.

Darüber hinaus fanden zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Menschenrechte und Sozialdemokratie statt. Erwähnt sei die Diskussion beim Zukunftskonvent in Nürnberg und der Festakt „Gerechtigkeit durch Recht“ am 1. Dezember 2008, an dem neben Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier u. a. die Direktorin von Human Rights Watch, Marianne Heuwagen, und Eberhard Sandschneider von der DGAP teilnahmen. Frank-Walter Steinmeier warb bei dem Festakt für eine globale Verantwortungspartnerschaft. Die Menschenrechte seien Basis für die politische Gestaltung der Globalisierung. Zudem dienten sie als „Kompass“ für die nationale und internationale Institutionenordnung sowie für die Förderung von Entwicklung.

Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)

Auch im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) wurden die Vorbereitungen auf die Europawahl frühzeitig angestoßen. Bereits im Herbst wurde der Diskussionsprozess über ein gemeinsames Manifest der europäischen Sozialdemokraten zur Europawahl eingeleitet, in dessen Rahmen auch

öffentliche Konsultationen mit Gruppen der Zivilgesellschaft stattfanden. Die SPD hat die Ausarbeitung eines inhaltlich dichten gemeinsamen Manifestes der europäischen Sozialdemokraten von Beginn an nachdrücklich unterstützt und aktiv vorangetrieben. Im Rahmen einer Kernarbeitsgruppe der SPE für das Manifest hat der SPD-Vorsitzende Kurt Beck die Federführung für den thematischen Schwerpunkt „Das neue soziale Europa“ übernommen und hierzu konkrete inhaltliche Vorschläge in den Manifestprozess eingebracht. Die drei weiteren Themenschwerpunkte für das SPE-Manifest wurden vom bulgarischen Ministerpräsidenten Sergej Stanishev, der Vorsitzenden der schwedischen Sozialdemokraten, Mona Sahlin, und von Piero Fassino aus Italien verantwortet.

Das SPE-Manifest für die Europawahl wurde schließlich auf einer SPE-Ratssitzung am 1./2. Dezember 2008 in Madrid angenommen. An der SPE-Ratssitzung sowie einem vorausgehenden Treffen der sozialdemokratischen Regierungschefs und Parteiführer auf Einladung des spanischen Ministerpräsidenten José Luis Zapatero nahmen für die SPD der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, Kanzlerkandidat und Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie Martin Schulz als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament teil. Beim Treffen der sozialdemokratischen Regierungschefs und Parteiführer sowie in mehreren einzelnen Gesprächen erläuterte Frank-Walter Steinmeier zudem seinen kurz zuvor vorgestellten „Europäischen Zukunftspakt für Arbeit“ mit konkreten Vorschlägen für eine gemeinsame europäische Antwort auf die Wirtschaftskrise. Wesentliche Elemente des Zukunftspakts für Arbeit, der unter den sozialdemokratischen Parteiführern auf große Zustimmung traf, fanden anschließend auch Eingang in das im Dezember von den EU-Staats- und Regierungschefs vereinbarte Programm der EU zur Bewältigung der Krise.

Sozialistische Internationale (SI)

Im Berichtszeitraum fand der 23. Kongress der Sozialistischen Internationale, das höchste Gremium der SI, auf Einladung des Präsidenten der SI, Giorgos Papandreou, und der griechischen PASOK, vom 30. 6. – 2. 7. 2008 in Athen statt. Rund 600 Delegierte aus über 140 Ländern diskutierten intensiv die Klima- und Energiepolitik, Friedenspolitik, Gestaltung der Globalisierung und eine humane Migrationspolitik. Auf dem Kongress wurden Giorgos Papandreou als Präsident und Luis Ayala als Generalsekretär der SI bestätigt. Mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering und Martin Schulz als Vorsitzendem der

Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas stellt die SPD zwei SI-Vizepräsidenten. Der Kongress beschloss auch die Einsetzung von zwei Komitees mit einem Vorsitz der SPD: Rolf Mützenich leitet das neu eingerichtete SI-Abrüstungskomitee und Christoph Zöpel weiterhin das Komitee für Wirtschaft, Arbeit und natürliche Ressourcen. Der Kongress der SI entschied weiterhin über zahlreiche neue Mitgliedschaften. Die oppositionelle MDC aus Simbabwe von Morgan Tsvangirai wurde aufgenommen, ebenso die Befreiungsfront der Westsahara, POLISARIO. Mit der Palestinian National Initiative (PNI) von Mustafa Barghouti hat die SI nun neben der Fatah eine weitere dem Frieden und der Aussöhnung im Nahen Osten verpflichtete Partei in ihre Reihen aufgenommen.

Es war Willy Brandt, der die Sozialistische Internationale zu einer wirklichen Internationale machte, eine Politik der Erweiterung und Einbindung, die die SPD auch weiterhin verfolgt. Brandt hatte energisch die Erweiterung der SI betrieben und sie über Europa hinaus für Parteien aus Amerika, Afrika und Asien geöffnet. Mittlerweile zählt die SI 170 Mitglieder aus allen Kontinenten. Inzwischen macht es schon dieser enorme Zuwachs notwendig, die Sozialistische Internationale zu reformieren, ein Prozess, der von der SPD aktiv vorangetrieben und mit gestaltet wird. Denn es ist klar: In einer globalisierten Welt brauchen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weltweit eine handlungsfähige und globale Organisation.

Bilaterale Parteikontakte

Europa

Im Bereich der bilateralen Kooperation mit westeuropäischen SPE-Parteien ist die Verabschiedung einer gemeinsamen „Erklärung zu Europa“ von SPD und französischer PS im unmittelbaren Vorfeld des zweiten Wahlgangs der französischen Präsidentschaftswahlen hervorzuheben, die unter Federführung der beiden Vorsitzenden der bilateralen Arbeitsgruppe, Dr. Angelica Schwall-Düren, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, und Pierre Moscovici, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, erarbeitet und schließlich von den beiden Parteivorsitzenden unterzeichnet wurde. Neben einer Vielzahl von Gesprächen und Reisen vom Parteivorsitzenden, Generalsekretär und weiteren Delegationen, u.a. nach Frankreich, Italien, Finnland, Schweden und Norwegen fällt die konstituierende Sitzung einer bilateralen Arbeitsgruppe der SPD und der sozialdemokratischen Partei Schwedens unter Vorsitz der beiden Generalsekretäre in den Berichtszeitraum.

Durch etliche Gespräche und Delegationsreisen wurden auch die bilateralen Parteikontakte zu den mittel- und osteuropäischen Partner- und Schwesterparteien weiter gefestigt. Im Rahmen der bilateralen Arbeitsgruppe von SPD und den polnischen Schwesterparteien sowie durch Gespräche auf höchster Parteiebene, u. a. auch einem Besuch des SPD-Vorsitzenden Beck in Warschau im Mai 2008, wurden die Beziehungen zu den Partnern und Schwesterparteien in Polen ausgebaut. Daneben nahmen auch die Parteikontakte zur tschechischen Schwesterpartei ČSSD einen hohen Stellenwert in der politischen Arbeit ein. Durch mehrere Gespräche zwischen den Parteispitzen, die Vereinbarung eines Rahmendokuments zur bilateralen Parteizusammenarbeit von SPD und ČSSD im Rahmen eines Treffens sozialdemokratischer Parteiführer und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa im September 2007 in Prag sowie auch durch die Teilnahme von Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder an der Jubiläumsveranstaltung zu 130 Jahre ČSSD im April 2008 in Prag wurde die Parteizusammenarbeit weiter intensiviert. Zudem eröffneten der SPD-Vorsitzende Müntefering und der ČSSD-Vorsitzende Jiri Paroubek im November 2008 gemeinsam die Ausstellung „Vergessene Helden“ im Willy-Brandt-Haus in Berlin, die den Widerstand vor allem auch sozialdemokratischer Sudeten-deutscher gegen den Nationalsozialismus thematisierte.

Als ein weiterer Schwerpunkt wurden die Kontakte zu den Partner- und Schwesterparteien in den Staaten des westlichen Balkans ausgebaut, um eine Stärkung der sozialdemokratischen Kräfte und eine weitere Stabilisierung der Region zu befördern. Im Zusammenhang mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Serbien Anfang 2008 sowie auch mit der Unabhängigkeitserklärung durch das Kosovo im Februar 2008 fanden wiederholt Gespräche mit der politischen Führung der Demokratischen Partei Serbiens von Präsident Boris Tadić statt. Auch zu den Partnerparteien in Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Albanien bestanden enge Kontakte im Rahmen von politischen Gesprächen und Delegationsreisen.

Die Beziehungen zu den verschiedenen Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen in Russland wurden fortgesetzt, durch hochrangige Delegationsbesuche und Gespräche in Deutschland wie in Russland. Mit der Partei „Gerechtes Russland“ wurde ein konstruktiver, zugleich aber auch kritischer Dialogprozess aufgenommen. Auf dem SI-Kongress im Juli 2008 in Athen wurde „Gerechtes Russland“ im Status eines Beobachters in die SI aufgenommen. Darüber hinaus wurden die Kontakte zu den demokratischen Opposi-

tionskräften in Weißrussland auf verschiedenen Ebenen weiter vertieft.

Naher und Mittlerer Osten

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen um den Gaza-Streifen erreichten im Dezember 2008 eine neue Stufe der Eskalation. Seit jeher ist die SPD als glaubwürdiger Vermittler in der Region angesehen und sucht einen fairen Frieden für die Gesamtregion zu finden. Angesichts der neuerlichen Eskalation unterstützte Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit seiner Pendeldiplomatie die Vermittlungsbemühungen und half, eine humanitäre Waffenruhe herzustellen. Frank-Walter Steinmeier und die SPD machten klar: Wir stellen uns all denen entgegen, die das Existenzrecht Israels hinterfragen und respektieren das legitime Recht Israels auf Selbstverteidigung. Gleichzeitig steht außer Frage, dass bei allen militärischen Maßnahmen das Gebot der Verhältnismäßigkeit und das humanitäre Völkerrecht strikt eingehalten werden müssen. Der neuerliche Konflikt machte wieder deutlich: Letztlich hilft allein eine langfristige Lösung im Rahmen eines tragfähigen politischen Prozesses mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung.

Die Möglichkeiten dafür wurden auch in den zahlreichen und hochrangigen Begegnungen zwischen SPD und den Schwesterparteien in Israel und Palästina diskutiert. Der SPD-Generalsekretär besuchte die Region wiederholt und traf dort mit den entscheidenden politischen Akteuren auf israelischer und palästinensischer Seite zusammen. Darüber hinaus gab es mit Ägypten, Jemen, Jordanien, Libanon und Syrien Besuche aus der und in die Nahost-Region.

Aus Anlass der 60jährigen Jubiläums der israelischen Staatsgründung richteten die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion im März 2008 eine Festveranstaltung aus, an der auch hochrangige Delegationen von Arbeitspartei und Meretz-Yahad aus Israel teilgenommen haben.

Afrika

Die seit dem Anti-Apartheids-Kampf guten Beziehungen zu unserem wichtigsten Partner in Afrika, dem Afrikanischen Nationalkongress (ANC), wurden 2007 und 2008 weiter ausgebaut. Der bilaterale Parteialog zwischen SPD und ANC wurde zu einem regelmäßigen Vier-Parteien-Dialog der SPD mit den in ihren jeweiligen Ländern ebenfalls regierenden Partnerparteien ANC, der indischen Kongresspartei (INC) und der brasilianischen Partei der Arbeit (PT) erweitert. Das erste Treffen fand in Berlin im Frühjahr 2008 statt, unter Teilnahme der Parteivorsitzenden Jakob Zuma, für den ANC, und Ricardo Berzoini für die brasilianische PT. Schwerpunkte

des ersten Treffens waren die Klima- und Energiepolitik, faire Gestaltung der Globalisierung und eine soziale und demokratische Reform der internationalen Gremien. Bereits der erste Vier-Parteien-Dialog half, die Allianz mit den drei befreundeten Parteien zu vertiefen, Lücken der Sozialistischen Internationale auszugleichen – die brasilianische PT und die indische Kongresspartei sind nicht Mitglieder der SI – und unsere Lösungsstrategien für globale Herausforderungen mit diesen wichtigen Partnern zu diskutieren.

In Afrika wurde mit dem Ausbau der Beziehungen zu der tansanischen Regierungspartei CCM eine traditionsreiche und auf Willy Brandt und den Staatsgründer Julius Nyerere zurückreichende bilaterale Parteibeziehung mit neuem Leben erfüllt. Die Kontakte zur NDC in Ghana wurden durch gegenseitige Besuche ebenfalls intensiviert und erreichten durch den Wahlsieg der NDC eine neue Qualität.

USA/Mittel- und Südamerika

Im Rahmen verschiedener hochrangiger Gespräche und Delegationsreisen wurden im Berichtszeitraum die Beziehungen zur Demokratischen Partei in den USA weiter ausgebaut. An dem Wahlparteitag der Demokratischen Partei im August 2008 in Denver nahm eine hochrangige SPD-Delegation unter Führung von SPD-Generalsekretär Hubertus Heil teil. Im Rahmen dessen fand ein intensiver Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit führenden Demokraten und Vertretern von parteinahen Think Tanks zu Fragen der Wahlkampfplanung und -organisation statt.

Eine wichtige Weichenstellung im Verhältnis zu den USA und unseren dortigen Partnern war zudem die Initiative von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier für eine erneuerte transatlantische Agenda, durch die neben sicherheitspolitischen Fragen verstärkt auch Themen wie Klimaschutz, Abrüstung und Energiesicherheit in den Vordergrund gerückt und als Herausforderungen für gemeinsames politisches Handeln begriffen werden sollen. In seiner viel beachteten Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2008 zeigte Steinmeier die Grundlinien dieser erneuerten Partnerschaft auf und stellte zudem die Themen Abrüstung und Rüstungskontrolle als zentrale Überlebensfragen der Zukunft heraus. Mit der Wahl von Barack Obama zum neuen US-Präsidenten hat sich mittlerweile ein Fenster für neue Akzente in den transatlantischen Beziehungen und substanzielle Fortschritte für Abrüstung und Rüstungskontrolle weltweit geöffnet.

Die Reihe sozialdemokratischer Wahlsiege in Lateinamerika im Berichtszeitraum verlieh dem traditionell intensiven Engagement der

SPD in der Region neuen Schwung. Im Mai 2008 wurde das SPD-Lateinamerika-Strategiepapier „Lateinamerika – Europa: Gemeinsame Verantwortung und Zukunft“ anlässlich einer Konferenz im Willy-Brandt-Haus veröffentlicht, das für den verstärkten Dialog mit den neuen demokratischen und linken Kräften plädiert. Der damalige Kandidat und jetzige Präsident El Salvadors, Mauricio Funes von der FMLN, sowie Noch-Oppositionsführerin Beatriz Paredes aus Mexiko diskutierten mit Frank-Walter Steinmeier und Martin Schulz u.a. über eine strategische Partnerschaft der sozialdemokratischen Kräfte zwischen den beiden Kontinenten. Als deutsche und europäische Sozialdemokraten wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern in Lateinamerika und der Karibik tragfähige Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung für Sozialstaat, Wachstum und Beschäftigung finden. Aber auch Fortschritte bei den drängenden globalen Herausforderungen wie der Friedenssicherung, Abrüstung, sozial gerechten Gestaltung der internationalen Märkte sowie Klimaschutz lassen sich nur gemeinsam erzielen. Unser Signal: Wir wollen partnerschaftlich mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik Zukunft global gestalten.

Asien

Auch 2007 und 2008 kam der Diskussion und politischen Begleitung des deutschen Engagements in Afghanistan durch Partei und SPD-Fraktion eine hohe Bedeutung zu. Dabei haben wir auch weiterhin auf einen umfassenden politischen Ansatz gesetzt – in der Überzeugung, dass Wiederaufbau und Entwicklung ohne Sicherheit nicht möglich sind, es aber gleichzeitig ohne Wiederaufbau keine dauerhafte Sicherheit geben wird. Bereits im Herbst 2006 hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Task Force Afghanistan eingesetzt, die regelmäßig prüft, was beim Wiederaufbau und der Stabilisierung des Landes verbessert werden kann. Im September 2007 hat die Task Force der SPD-Fraktion einen ersten ausführlichen Arbeitsbericht vorgelegt. Die SPD unterstützte zudem die Bemühungen der Bundesregierung, die Afghanistan-Strategie zu überarbeiten, um den Aufbau der Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie Projekte des kulturellen Dialogs noch stärker zu fördern und zu schützen.

Die SPD befasste sich auch mehrfach mit den Entwicklungen in Myanmar und Pakistan und bekräftigte ihre Unterstützung für friedlichen Wandel zu mehr Demokratie. So protestierte das Präsidium der SPD im Oktober 2007 entschieden gegen das gewaltsame Vorgehen der Militärs in Myanmar und forderte die Freilassung von San Suu Kyi aus dem Hausarrest.

Die SPD führte mit der KP Chinas den Menschenrechts- und Sicherheitsdialog mit dem Ziel fort, zu einer praktischen Verbesserung der Menschenrechtslage in China und zu einer sicherheitspolitischen Verständ-

gung zu kommen. Die Beziehungen der SPD zur KP Vietnams und die Unterstützung des Reformprozesses erhielten durch die erstmalige Teilnahme der KP Vietnams als Gast auf dem Bundesparteitag einen besonderen Impuls. Mit

anderen politischen Strömungen der Region, die sich der Sozialdemokratie annähern oder ihr nahe stehen, entwickelte die SPD 2007 und 2008 weitere Kontakte mit dem Ziel, die regionale Kooperation zu verstärken.

III. Finanzen der Partei

07/08

Die Finanzen der Partei

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit dem Parteitag im Oktober 2007 bin ich für die Finanzen der SPD verantwortlich. Als Schatzmeisterin sichere ich das finanzielle Fundament für unsere politische Arbeit und für unsere Wahlkämpfe.

Ich betrachte mich aber nicht nur als reine Finanzverwalterin der Partei. Mir geht es auch darum, die Organisationsstrukturen und ihre Effektivität stetig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Es gilt, die Weichen so zu stellen, dass unsere SPD auch in Zukunft handlungsfähig bleibt – politisch, organisatorisch und finanziell.

Unser Unternehmensbereich ist eine stabile Stütze unserer Einnahmenbasis. Als Generaltreuhänderin treffe ich die grundsätzlichen unternehmerischen Entscheidungen. Dabei gilt es, sozialdemokratische Grundsätze und betriebswirtschaftliche Erfordernisse abzuwägen. Der Treuhandaufsichtsrat begleitet die Arbeit des Unternehmensbereiches.

CDU und CSU ist unser traditionelles Engagement im Medienbereich ein Dorn im Auge. Sie versuchen immer wieder mit durchsichtigen Argumenten unsere Beteiligungen

zu diskreditieren. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom März 2008 zum hessischen Landesrundfunkgesetz das Grundrecht der Parteien, sich im Medienbereich wirtschaftlich betätigen zu dürfen, eindrucksvoll bestätigt. Damit läuft die jahrelange Kampagne der Konservativen ins Leere.

Eine Reform des Parteiengesetzes, die wir nach wie vor für dringend notwendig erachten, ließ sich bisher nicht umsetzen. Selbst ein mit allen im Bundestag vertretenen Parteien abgesprochener Minimalkonsens scheiterte letztendlich an der CDU.

Bedanken möchte ich mich bei den mehr als 11.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern, die mit außerordentlichem persönlichen Einsatz dazu beitragen, dass die Kasse stimmt und die Rechenschaftsberichte ordnungsgemäß beim Bundestagspräsidenten eingereicht werden können. Unsere Kassiererinnen und Kassierer tragen eine hohe Verantwortung – für ihren Ortsverein oder Unterbezirk und für die gesamte Partei.

Für die weiter sinkenden Einnahmen ist vor allem der anhaltende Mitgliederverlust als Grund zu nennen. Während wir Ende des Jahres 2007 noch ca. 540.000 Mitglieder zu verzeichnen hatten (–3,8% gegenüber Ende 2006), waren es zum Stichtag des Jahres 2008 nunmehr 521.000 Mitglieder (–3,5% im Vorjahresvergleich).

Der Mitgliederrückgang setzt sich also – wenn auch mit leicht verminderter Stärke – weiter fort. Immerhin haben wir uns in zwei Landesverbänden im Jahr 2008 über einen leichten Mitgliederzuwachs freuen können.

Sorgen bereitet uns auch die Altersstruktur der Mitgliedschaft. Zum Stichtag des Jahres 2007 lag das Durchschnittsalter unserer Mitglieder bei 58 Jahren. 46,69% aller Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt älter als 60 Jahre, nur 13,31% jünger als 40 Jahre.

Unseren älteren Mitgliedern sind wir für ihre jahre- und oft jahrzehntelange Arbeit und Unterstützung zu Dank verpflichtet. Um auch in der Zukunft eine erfolgreiche Arbeit leisten zu können, sind wir jedoch zusätzlich darauf angewiesen, junge Menschen für die Politik der SPD zu begeistern.

Die in der Finanzordnung vorgesehene jährliche Beitragsanpassung wurde vom Parteivorstand unter Berücksichtigung der Daten des Statistischen Bundesamtes mit Augenmaß festgelegt. Die Erhöhung betrug im Jahr 2007 0,5% und im Jahr 2008 0,9%.

Mitglieder mit geringem oder fehlendem eigenen Einkommen zahlen weiterhin den monatlichen Mindestbeitrag von 2,50 €, der von der Anpassung ausgenommen bleibt.

Von der Möglichkeit, der Beitragserhöhung zu widersprechen, haben im Jahr 2008 5.278 Mitglieder Gebrauch gemacht; 2007 waren es 4.548 Mitglieder. Dies entspricht etwa einem Prozent aller Mitglieder und liegt damit unter den Werten der Vorjahre.

Die Beitragsanpassungen im Überblick:

1. Einnahmeentwicklung

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Die wichtigste Stütze der Einnahmen der SPD sind nach wie vor die Beiträge unserer Mitglieder und der Mandatsträgerinnen und -träger.

In Summe betragen sie im Jahr 2008 rund 68,8 Mio. € (2007 rund 69,3 Mio. €) und sind damit etwas gesunken.

Die Beiträge verteilen sich wie folgt:

	Jahr 2007	Jahr 2008
Mitgliedsbeiträge	47,58 Mio. €	46,65 Mio. €
Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	21,67 Mio. €	22,18 Mio. €

Beitragsanpassungen 2001 bis 2008

	2001	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Anpassung in Prozent	2,20	2,90	0,90	0,50	1,20	0,50	0,9
Anzahl der Widersprüche	9.709	5.505	6.157	6.603	7.649	4.548	5.278
Beitragssenkung	1.294	848	802	993	600	296	561
Freiwillige Beitragserhöhung	1.130	1.656	259	324	282	106	246



Dr. Barbara Hendricks MdB, Schatzmeisterin der SPD

Die Beitragsanpassung kommt vor allem den Landesverbänden/Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen zugute. 85 Prozent der Beiträge und damit auch der Mehreinnahmen gehen dorthin. 2007 und 2008 betrug die Mehreinnahmen vor Ort ca. 593.000 €.

Der monatliche Durchschnittsbeitrag unserer Mitglieder hat sich 2007 um etwa 4 % auf 7,57 € erhöht, ist jedoch im darauffolgenden Jahr wieder leicht auf 7,52 € gefallen (-0,7 %).

Bis Ende 2008 ist die Zahl der regelmäßigen Beitragszahler um drei Prozentpunkte auf circa 94 % gefallen. Damit befinden wir uns weiterhin auf hohem Niveau, sollten jedoch einem weiteren Absinken der Zahlungsquote entgegenwirken.

Unsere Kassiererinnen und Kassierer in den Gliederungen könnten z. B. die Möglichkeit der Beitragspatenschaften stärker bewerben. Jeder von uns kann hierbei – ob allein oder als Gruppe – Genossinnen und Genossen, die aktuell in Zahlungsschwierigkeiten sind, durch die solidarische Übernahme ihres/seines Mitgliedsbeitrags eine weitere Mitarbeit und Mitgliedschaft in der SPD ermöglichen.

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung

Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf zwei Säulen:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 € je Person): dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

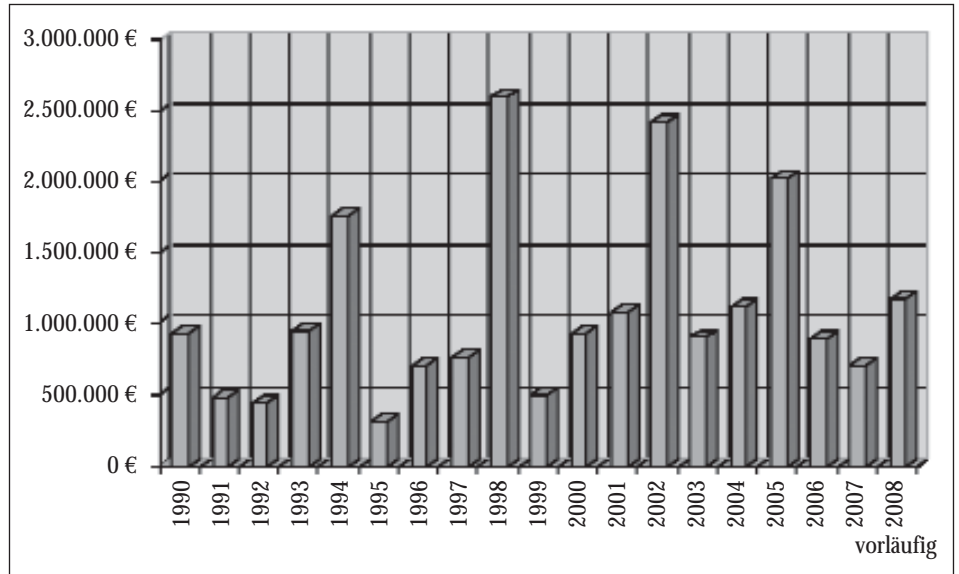
Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien liegt seit dem 1. Juli 2002 bei 133 Mio. €. Die SPD erhielt 2007 insgesamt 43,48 Mio. € und 2008 insgesamt 43,49 Mio. €. Damit entsprachen die Einnahmen aus staatlichen Mitteln einem Anteil von ca. 27 Prozent an den Gesamteinnahmen.

1.3 Die Einnahmen aus Spenden

Trotz eines kurzen Wahlkampfes erreichten im Jahr der letzten Bundestagswahl 2005 die Spendeneinnahmen des Parteivorstands mit mehr als 2 Mio. € ein überdurchschnitt-

Spendeneinnahmen des SPD-Parteivorstandes



liches Niveau. In den folgenden Jahren 2006 und 2007 sahen wir dann einen typischen Rückgang der Spendeneinnahmen, wobei das Jahr 2008 mit Einnahmen von knapp 1,2 Mio. € wieder einen positiven Trend zeigte. Für das Europa- und Bundestags-

wahljahr 2009 ist in der Mittelfristigen Finanzplanung des Parteivorstands mit Einnahmen von ca. 2,5 Mio. € ein ambitioniertes Ziel vorgegeben worden.

Nach wie vor bleiben die Mitglieder der Partei unsere wichtigsten Spender. Der in der

Anteil der Spenden

an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2007

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.813	24,49	12.536	37,39	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,02	33.368	25,20	7.806	23,94	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.934	24,74	4.311	18,37	8.646	37,42	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.468	21,47	18.872	40,95	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
1998 bis 2007	143.180		274.231		99.128		43.860		97.065		27.725	
Durchschnitt	14.318	8,88	27.423	19,45	9.913	25,77	4.386	16,92	9.707	35,06	2.773	13,16

Angaben in Tausend Euro · in %: Anteil an den Gesamteinnahmen

Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

**Anteil der Spenden juristischer Personen
an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2007**

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.947	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	24	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.621	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	27	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
1998 bis 2007	26.969		83.744		36.808		4.581		22.546		420	
Durchschnitt		1,67		5,93		9,58		1,77		8,02		0,20

Angaben in Tausend Euro · in %: Anteil an den Gesamteinnahmen Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

Regel jährliche Spendenbrief der Schatzmeisterin ist die erfolgreichste und damit wichtigste Einzelmaßnahme zur Spendenwerbung – trotz des monatlichen Mitgliedsbeitrags sind immer wieder tausende Genossinnen und Genossen bereit, die Partei zusätzlich durch ihre Spenden zu unterstützen. Das ist nicht selbstverständlich.

Mittlerweile gewinnen aber auch andere Instrumente für die Spendenwerbung eine wachsende Bedeutung. Wenn auch die Spenden, die über das Spendentool auf der Internetseite der Partei geleistet werden, in der Höhe noch deutlich unter den Einnahmen aus den Spendenbriefen liegen, so bieten wir damit doch einen zusätzlichen Weg an, der von einer in den vergangenen Jahren stetig wachsenden Zahl von Menschen genutzt wird. Diese Entwicklung hat sich auch in den Berichtsjahren verstärkt.

Im Wahljahr 2009 sind darüber hinaus neue Instrumente eingeführt worden: So ist es möglich, die SPD durch eine SMS mit einem – verhältnismäßig kleinen – Betrag zu unterstützen. Außerdem hatten Mitglieder und Unterstützer im Bundestagswahlkampf erstmals die Möglichkeit, über eine Spende ein Großflächenplakat an einem von ihnen ausgewählten Ort zu platzieren.

Auch die Bemühungen, die Einnahmen aus Spenden für die Gesamtpartei zu verbessern wurden insgesamt verstärkt, vor allem durch Unterstützung und Information der Gliederungen der Partei in Fragen der Spendenwerbung und des Spendenrechts. So gehört ein Seminar zum Thema Finanzen,

Sponsoring und Spendenwerbung mittlerweile zum festen Angebot der jährlich stattfindenden „Parteischulwoche“. Die für Sponsoring und Spendenwerbung zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schatzmeisterin standen auch darüber hinaus bei Veranstaltungen in den Gliederungen zur Verfügung. Weiterhin ist das Spendenreferat beim Parteivorstand Anlaufpunkt für zahlreiche Anfragen aus der Partei.

Insgesamt aber spielen die Einnahmen aus Spenden für den Parteivorstand der SPD eine weniger wichtige Rolle als für andere Parteien. Deutlich ist dabei auch der Unterschied bei den Spenden der sogenannten „juristischen Personen“, also von Unternehmen und Banken etc. Die Tabellen veranschaulichen, wie hoch die Einnahmen aus Spenden der einzelnen Parteien, aber auch, wie groß die Unterschiede sind:

Die Zahlen zeigen, dass CDU, CSU und FDP hier einen großen Vorsprung haben. Rechnet man zudem die Zahlen für die beiden Unionsparteien zusammen, mit denen wir bundesweit konkurrieren, muss man feststellen, dass diese seit 1998 insgesamt über 370 Mio. € an Spenden eingenommen haben. Das sind 230 Mio., also fast eine viertel Milliarde € mehr als bei der SPD!

Dennoch: auch für unsere Partei sind die Einnahmen aus Spenden wichtig. Im Durchschnitt machen sie fast 9 Prozent der Gesamteinnahmen unserer Partei aus. Insbesondere für viele Ortsvereine haben sie noch eine sehr viel höhere Bedeutung. Sie sind und bleiben eine wesentliche Voraussetzung für die Aktionsfähigkeit der Partei.

1.4 Einnahmen aus Sponsoring

Zu den Einnahmen aus dem Sponsoring zählen neben der Ausstellermiete für Imagestände



Dr. Barbara Hendricks am Stand des GDV

von Unternehmen und Verbänden auch das Aufstellen oder Austeilen von Werbematerialien und das Produktsponsoring, teilweise inklusive Bereitstellung von Personal (Geld-, Sach- und Dienstleistungen). Darüber hinaus gibt es weitere Posten wie beispielsweise Eintrittsgelder, Einnahmen aus dem Verkauf von Speisen und Getränken oder von spezifischen Veranstaltungsprodukten. Diese werden unter dem Gesamtposten „Einnahmen aus Veranstaltungen“ subsumiert.

Doch selbst wenn die Einnahmen aus der Vermarktung von Veranstaltungen nicht einmal ein Prozent Anteil an unseren Gesamteinnahmen haben, gibt es doch so manche kleinere Veranstaltung einer Gliederung, einer Arbeitsgemeinschaft oder eines Forums, die ohne Sponsorenunterstützung nicht zustande gekommen wäre.

Dies gilt selbstverständlich nicht für die wichtigsten Veranstaltungen im Berichtszeitraum (ordentlicher Parteitag im Oktober 2007 in Hamburg und außerordentlicher Parteitag im Oktober 2008 in Berlin), anlässlich derer zwar naturgemäß die höchsten Sponsoringeinnahmen zu verzeichnen waren, sich diese aber natürlich nicht annähernd kostendeckend auswirken.

Dennoch können und wollen wir auf diese Einnahmen nicht verzichten, zumal die Berücksichtigung von Ausstellern aus der Wirtschaft auf unseren Veranstaltungen neben dem finanziellen noch einen weiteren Aspekt hat: die direkte Kommunikation zwischen unseren Mandatsträgern der verschiedenen Ebenen und unseren Mitgliedern mit Vertretern aus der Wirtschaft wird in einem angemessenen Rahmen ermöglicht. Das bedeutet, der Sponsor kann für sich werben, womit der Kerngedanke des Sponsorings (Leistung und Gegenleistung) erfüllt ist und die Genossinnen und Genossen haben die Gelegenheit, sich zu informieren.

1.5 Einnahmen aus Vermögen

Einnahmen aus Vermögen erhält die Partei insbesondere in Form von jährlichen Ausschüttungen der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbh (dd_vg.), in der zahlreiche Unternehmensbeteiligungen gebündelt sind. Die finanzielle Bedeutung dieser Ausschüttungen hat dabei in den letzten 10 Jahren stetig zugenommen: bis 1997 betragen die Ausschüttungen der dd_vg. in keinem Jahr mehr als 500.000 € (brutto, vor Steuern). Danach stiegen sie deutlich an und wurden zunächst vorrangig für die Finanzierung der Hypothekendarlehen eingesetzt, mit denen der Bau des Willy-Brandt-Hauses finanziert wurde.

In den Jahren 2005 und 2006 wurden insgesamt ca. 14 Mio. € (brutto, vor Steuern) ausgeschüttet, in 2007 und 2008 gut

20 Mio. €, davon 8,6 Mio. € 2007 und 11,4 Mio. € 2008.

Von den im Berichtszeitraum ausgeschütteten 20 Mio. € wurden 9 Mio. € zur Bedienung der Hypothekendarlehen für die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses aufgewendet, 1 Mio. € erhielt die Konzentration GmbH, die für die Verwaltung der kleinen Parteihäuser verantwortlich ist. Der Rest diente zur Bedienung der auf die Bruttoausschüttungen entfallenden Steuerpflichten bzw. wurde dem Betriebshaushalt des Parteivorstandes zur allgemeinen politischen Arbeit und der Vermögensverwaltung des Parteivorstandes zugeführt.

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen Parteivorstand und Landesverbänden bzw. Bezirken.

Die Einbeziehung der Zuwendungen neben den erzielten Wählerstimmen als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 33 Prozent für die Landesver-

bände und 67 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden. Sie erhalten heute gut 17 Prozent mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel nur um 1,0 Prozent gestiegen sind.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 % zu 15 % zugunsten der Gliederungen gegenüber.

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

Um das Positive vorweg zu nehmen: Insgesamt deckten die Einnahmen die Ausgaben und die notwendigen Rücklagen für den Europa- und Bundestagswahlkampf 2009 konnten gebildet werden.

Dennoch standen die Haushalte 2007 und 2008 unter dem Zeichen rückläufiger Einnahmen.

So sanken die Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 2007/2008 gegenüber 2005/2006 um ca. 900.000 €.

Die Einnahmenverluste konnten durch entsprechende Einnahmen aus Vermögen kompensiert werden.

Die wichtigsten Einnahmen des Parteivorstandes sind nach wie vor seine Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den Staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 22,6 Prozent (2005/2006: 22,9 Prozent) während der Anteil der Staatlichen Mittel 61,5 Prozent

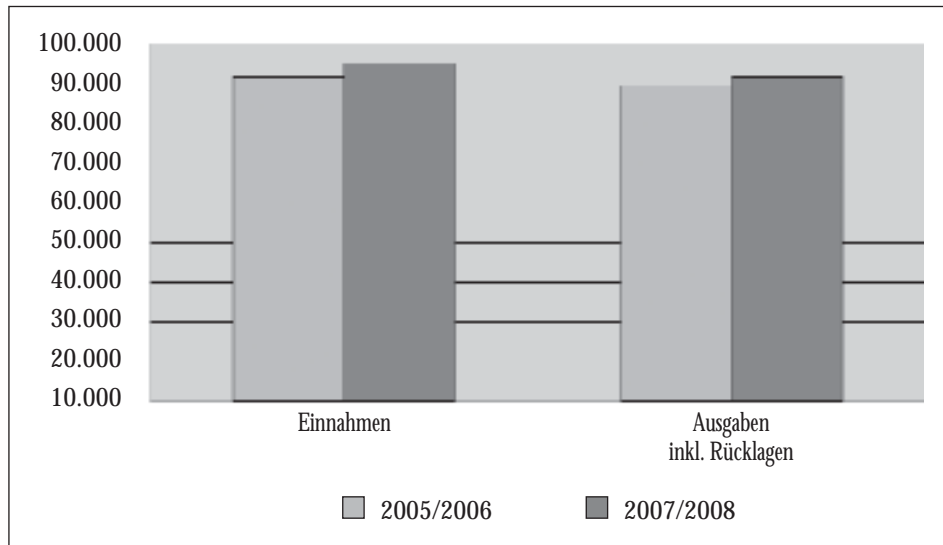
Verteilung aus staatlichen Mitteln

	1991–1993 Ø pro Jahr		1994–2001 Ø pro Jahr		2002–2008 Ø pro Jahr		Veränderung gegenüber 1991–1993	
	T€	%	T€	%	T€	%	in T€	in %
Landesverbände								
von den Landtagen aus Finanzausgleich	13.302 0		7.403 8.141		5.742 9.910			
LV-Gesamt	13.302	30	15.544	33	15.652	33	2.350	17,7
Parteivorstand	30.996	70	31.541	67	31.304	67	308	1,0
SPD-Gesamt	44.298	100	47.085	100	46.956	100	2.658	6,0

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM), seit 2002 auf 133 Mio. €

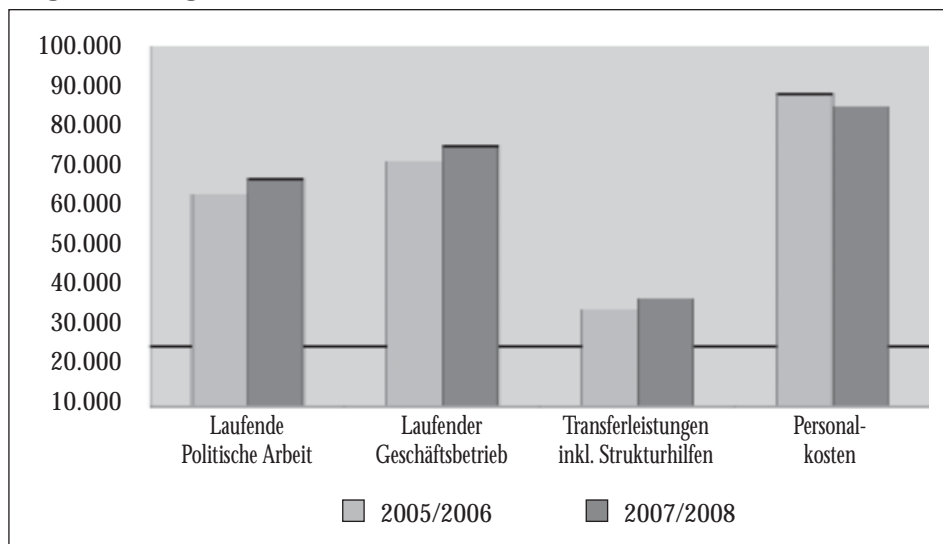
Einnahmen und Ausgaben im Vergleich

in Tausend Euro



Ausgaben im Vergleich

in Tausend Euro



betrug (2005/2006: 62,4 Prozent). Insgesamt bestreitet der Parteivorstand mehr als vier Fünftel seiner Einnahmen aus diesen beiden Bereichen.

Durch eine strikte Haushaltsführung im Sachmittelletat sowie strukturelle Einschnitte im Personalbereich konnten die Vorgaben der Mittelfristigen Finanzplanung eingehalten werden.

Im Einzelnen stiegen die Aufwendungen 2007/2008 gegenüber 2005/2006 um ca. drei Prozent. Hierbei handelt es sich insbesondere um zusätzliche Aufwendungen im Rahmen von Vorwahlkampfaktivitäten im Jahr 2008.

Der Aufwand für Politische Arbeit inkl. Öffentlichkeitsarbeit entsprach 2007/2008 einem Anteil von 25,8 Prozent (2005/2006: 24,5 Prozent).

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen 2007/2008 ei-

nem Anteil von 29,1 Prozent (2005/2006: 28,3 Prozent).

Eine erfreuliche Entwicklung ließ sich bei den Kosten für die EDV feststellen. Nach der Verfünfachung dieses Aufwandes von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. €), sinken sie seitdem kontinuierlich. Betrag der Betriebsausgaben EDV 2001 noch 5,3 Mio. €, konnte der Aufwand für den Berichtszeitraum 2007/2008 auf 4,8 Mio. € zurückgeführt werden (2005/2006: 6,2 Mio. €). Das entspricht einer Halbierung des Aufwandes gegenüber 2001.

Die Transferleistungen inkl. Strukturhilfe blieben 2007/2008 gegenüber 2005/2006 relativ konstant. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 12,0 Prozent (2005/2006: 11,2 Prozent). Die Strukturhilfe macht mehr als die Hälfte der Transferleistungen aus.

Der Anteil der Personalkosten sank von 36,0 Prozent 2005/2006 auf 33,5 Prozent im Berichtszeitraum 2007/2008. Das Absinken der Personalkosten resultiert aus strukturellen Einschnitten im Personalbereich. Sie gingen auf eine zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat vereinbarte Entwicklung der Personalkosten bis 2010 zurück. Sie beinhaltet den Wegfall von Vergünstigungen, flexible Arbeitszeitmodelle und schließt betriebsbedingte Kündigungen bis 2010 aus.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Da auch in Zukunft nicht mit höheren Einnahmen zu rechnen ist, müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln. Darüber hinaus muss ein gesundes Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 wurde geprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Außerdem prüfte die Kontrollkommission laufend die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes.

2.1 Mitgliederverwaltung

Seit 2008 wird an der Ablösung der mittlerweile 10 Jahre alten Mitgliederverwaltungssoftware MAVIS I gearbeitet, die an ihre technischen Grenzen gekommen und am Ende des Software-Lebenszyklus angelangt ist.

Das neue, integrierte Mitgliederpflege- und allgemeine Personen- und Organisationsauskunftssystem berücksichtigt die Anforderungen der kommenden Jahre.

Die integrative Lösung ist modular aufgebaut und verbindet die Bereiche Adressverwaltung, Beitragsbearbeitung, die Möglichkeit der Kontakthistorisierung, ein Informationssystem der öffentlichen Verwaltungsstruktur, die Veranstaltungsplanung einschließlich der Möglichkeit der Internet-basierten Rückmeldung zu Veranstaltungen, ein Seminarverwaltungsmodul sowie ein Kalendarium.

Daneben werden für die aktive Parteiarbeit Geomarketingdaten zur Bevölkerungsstruktur von Infas, sowie die Ergebnisse der Bundestags- und Landtagswahlen in die Datenbank eingelesen und für zukünftige Wahlkämpfe auswertbar, visuell darstellbar und nutzbar gemacht. Die Software-Architektur ermöglicht auch zukünftig die problemlose Einbindung von zusätzlichen Modulen.

Die Produktivsetzung dieser neuen Anwendung – MAVIS II – ist nach einer flächendeckenden Schulung der hauptamtlichen KollegInnen für das erste Quartal 2010 geplant.

Die Anwendung beruht auf einer Software, die die SPÖ (Sozialdemokratische Par-

te Österreichs) bereits erfolgreich nutzt. Zur Pflege und Weiterentwicklung wurde eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der SPÖ geschlossen.

Hauptamtlichen-Netz

Im Berichtszeitraum wurde das virtuelle, private Hauptamtlichen-Datennetz der Partei (VPN) technisch modifiziert (Bandbreitenerweiterung). Seit mehreren Jahren stellt das VPN eine verlässliche Kommunikationsplattform für die hauptamtliche Ebene dar.

Dabei steht den MitarbeiterInnen die gesamte Palette der Zugangsmöglichkeit zu diesem Netz – stets unter der Beachtung der maximalen Datensicherheit – zur Verfügung.

Die Präsenz in den neuen Medien

Bei der Nutzung der sogenannten neuen Medien und Präsentationsformen ist die Partei an vorderster Stelle.

So bieten neben dem zentralen Internetauftritt <http://spd.de> und dem Kommunikationsforum für Mitglieder und Nichtmitglieder <http://meinespd.net> und zahlreiche Konten und Einstellungen in Youtube, Flickr, twitter, Facebook, StudiVZ vielfältige Möglichkeiten besonders für junge Menschen, mit der Partei in Kontakt zu treten.

3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände

Auch in den Jahren 2007 und 2008 haben die Mitglieder der „alten“ und „neuen“ Landes-

verbände einen Solidarbeitrag von 26 Cent je Monatsbeitrag geleistet, um damit die Organisationsstrukturen in den ostdeutschen Landesverbänden zu sichern. Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände auf diesem Weg 3,3 Mio € im Berichtszeitraum 2007/2008.

Darüber hinaus leistete der Parteivorstand eine ergänzende Strukturhilfe aus seinem Betriebshaushalt. Sie belief sich auf je 750.000 € in den Jahren 2007 und 2008. Auch in den folgenden Jahren werden die ostdeutschen Landesverbände auf Strukturhilfe angewiesen sein.

4. Der Unternehmensbereich

4.1 Konzentration GmbH

Gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 des Organisationsstatuts der SPD ist der jeweilige Parteivorstand Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Nach geltendem Recht ist die Partei als nicht eingetragener Verein nicht grundbuchfähig. Sie muss deshalb über Treuhänder handeln. Im Immobilienbereich tut sie dies über die Konzentration GmbH. Diese Gesellschaft ist eine eigene Gesellschaft der Partei. Der von der Konzentration GmbH treuhänderisch verwaltete Grundbesitz wird im Rechenschaftsbericht der SPD in der Spalte „Haus- und Grundvermögen“ in der Vermögensbilanz mit allen Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst.

Neben den Aufgaben einer Immobilienverwaltungsgesellschaft nimmt die Konzentration GmbH die Aufgaben einer Projekt-



Einweihung des Arthur-Hofmann-Hauses in Saalfeld

entwicklungsgesellschaft wahr. Im Berichtszeitraum hat die Konzentration die Gebäude in Köln, Krefeld und Solingen saniert und modernisiert. In Jena wurde das Gebäude Teichgraben 4 nach langem Rechtsstreit, der bis zum Bundesverwaltungsgericht führte, im Jahr 2006 restituiert. Nun sind erste freierwerdende Wohnungen und Büroräume saniert und vermietet worden. Das Erdgeschoß des Gebäudes in Berlin, Müllerstraße hat eine neue Fassade erhalten, die dahinter liegenden Räume wurden umfassend saniert und werden von den Bundestagsabgeord-



SPD Haus in Köln



© Jörg F. Mülller

neten sowie den Abgeordneten des Abgeordnetenhauses als Bürgerbüro und vom August-Bebel-Institut für Veranstaltungen genutzt.

Treuhänderisch handelnd für den Parteivorstand wurde aus dem Betriebsvermögen der Konzentration GmbH von der Konzentration GmbH das Grundstück mit aufstehendem Gebäude in Hof, Von-der-Tann-Straße 1, erworben. Das Gebäude wird derzeit von Grund auf saniert und modernisiert. Es wird zukünftig neben dem Sitz des Unterbezirkes der SPD sowie der ortsansässigen Abgeordneten noch zwei Wohnungen beinhalten.

Grundstücke in Görlitz, Königsbrück/Stenz, Greiz, Leipzig und in Cottbus konnten aus dem Treuhandvermögen verkauft werden. Eine wirtschaftlich auch nur ansatzweise vertretbare Sanierung und Nutzung war nicht möglich.

Das im Jahr 1997 vollständig sanierte Gebäude in Saalfeld, Rosmaringasse erhielt am 13. Mai 2009 im Rahmen eines Festaktes den Namen Arthur-Hofmann-Haus. Das Haus wurde nach dem in Saalfeld ansässigen Verleger und Gründer des Saalfelder Volksblattes, der dortigen SPD und langjährigen Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten benannt.

Die Konzentration GmbH hat darüber hinaus die wichtige Aufgabe, die Verfahren zur Durchsetzung der Entschädigungsansprüche für den Verlust des sozialdemokratischen Vermögens zu betreiben. In den beiden vergangenen Jahren und aktuell im Jahr 2009 wurde durch Verhandlungen mit dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen erreicht, dass Grundlagenbescheide über die Entschädigungsansprüche für den Verlust der Gesellschaften Kaden & Co. OHG, Volksbuchhandlung Jena GmbH, Vorwärts Dresdner Baugesellschaft AG, Arbeiterdruckerei eGmbH Görlitz, URANIA Verlagsgesellschaft mbH Jena in endgültiger Form bzw. als beabsichtigte Entscheidungen erlassen wurden. Für den Verlust der Fa. Sidow & Co. OHG und der Arbeiterdruckerei eGmbH Görlitz sind in dem Berichtszeitraum beabsichtigte Bescheide zur Höhe der jeweiligen Entschädigungsbeträge ergangen.

Schließlich ist die Konzentration GmbH Alleininhaberin der Mikropress GmbH. Die Gesellschaft ist eine Ausgründung aus dem Archiv der sozialen Demokratie. Ihr Zweck ist die Mikroverfilmung von Archivmaterialien. Die Archivierung von Materialien auf Mikrofilmen wird auch noch im Zeitalter der Digitalisierung als die sicherste Art der Archivierung angesehen. Die Gesellschaft hat nach der Sanierung des Erich-Ollenhauer-Hauses ihren Sitz und ihren Geschäftsbetrieb dort aufgenommen.



© Holger Biermann

Eröffnung der Ausstellung „Ein Bürger für Brandt. Der politische Grass“ im Willy-Brandt-Haus am 6. April 2009

4.2 Verwaltungsgesellschaft

Bürohaus Berlin

Die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (VBB) verwaltet treuhänderisch für die Partei das Willy-Brandt-Haus in Berlin (www.willy-brandt-haus.de).

In den Jahren 1992 bis 1996 hat die VBB die Projektierung und den Bau des Hauses koordiniert. Da die politischen Parteien keine finanzielle Unterstützung beim Bonn-Berlin-Umzug erhielten, wurde der Bau fast vollständig über Hypothekendarlehen finanziert. Sie summierten sich bis 1996 auf insgesamt 49 Mio. € – die Tilgung begann 1999.

Zum 31. 12. 2008 betragen die verbleibenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 25,9 Mio. € (2007: 27,9 Mio. €). Die jetzt gültigen Zinsfestschreibungen laufen noch bis 2012 bzw. 2014.

Entgegen unserer Absicht konnte bisher noch keine Anschlussfinanzierung konzipiert werden. Die Finanzkrise und die damit einhergehenden Verwerfungen auf den Kreditmärkten ließen das nicht attraktiv erscheinen. Wir sind aber optimistisch, das bei einer allgemeinen Marktberuhigung nachholen zu können.

Die Finanzen des Hauses stehen auf stabilen Pfeilern: Mieteinnahmen von Drittmietern, Einnahmen aus dem Kongress- und Veranstaltungsbetrieb sowie ein Finanzierungsbeitrag des Parteivorstandes tragen zum laufenden Unterhalt des Hauses bei. In der Hauptsache wird allerdings der Gewinn aus dem Unternehmensbereich für das Haus, insbesondere für Zinsen und Tilgungen der offenen Darlehensverpflichtungen, verwandt.

Wie beim Bau konzipiert und bei der Eröffnung versprochen, ist das Willy-Brandt-Haus ein offenes Haus, das sich mit zahlreichen Ausstellungen und kulturellen Veranstaltungen längst einen Ruf als kulturelles Zentrum in Berlin erworben hat; nicht zuletzt durch das Engagement des Kulturforums und des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus e.V.

4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Für die Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin (dd_vg.) fällt die Rückbetrachtung der Jahre 2007 und 2008 deutlich unterschiedlich aus: Das Jahr 2007 ist erfreulich positiv verlaufen, ab Mitte des Jahres 2008 waren jedoch die ersten Auswirkungen der aufkommenden Rezession deutlich spürbar.

Mit dem erzielten Jahresüberschuss von 17,2 Mio. € in 2007 und 15,5 Mio. € in 2008 (jeweils nach Steuern) hat die dd_vg. gleichwohl in beiden Jahren stabile Ergebnisse auf zufriedenstellendem Niveau erzielen können.

Die Ausschüttungen an die SPD als Gesellschafterin der dd_vg. konnten moderat auf 8,7 Mio. € in 2007 und 11,4 Mio. € in 2008 gesteigert werden.

Durch die stabile Ergebnis- und Liquiditätslage konnte die dd_vg. – wie schon seit dem Jahr 2006 – sowohl für 2007 als auch für 2008 jeweils eine Bilanz aufstellen, die keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausweist.

Im Beteiligungskreis der dd_vg. gab es 2007/2008 folgende Änderungen:

- Rund 49% der Anteile an der Tivola Publishing GmbH wurden 2007 an den Geschäftsführer der Gesellschaft veräußert.
- In 2008 hat die dd_vg. ihre Anteile an der Ökotest Holding AG von 50% plus zehn Aktien auf rund 64,1% aufgestockt.
- Bei den Buchverlagen wurde zum Jahreswechsel 2008/2009 das Verlagsgeschäft der Parthas Verlags GmbH durch ein Management Buy Out auf die langjährige Geschäftsführerin übertragen.
- Zum Zweck der Sicherung des Fortbestandes hat die dd_vg. den Akzidenzdruckbetrieb der Druckhaus Bayreuth GmbH in die neue 100%-Tochter Bayreuth Druck+Media GmbH & Co. KG übernommen.

Die stabile Ergebnissituation der dd_vg. ist vor dem Hintergrund eines andauernden strukturellen Drucks auf die Regionalzeitungsverlage, der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch verschärft wurde, besonders beachtlich.

Die Tatsache, dass trotz struktureller Veränderungen im Markt die Zeitungsbeiträge der dd_vg. weiterhin positive Ergebnisse verzeichnen, ist das Resultat von vorausschauendem, unumgänglichen Kostenmanagement. Hierbei ist – nolens volens – leider auch der Abbau von Arbeitsplätzen unvermeidbar, da im Verlagswesen die Personalkosten den weitaus größten Kostenblock ausmachen. Je frühzeitiger diese Prozesse erkannt und begonnen werden, um so eher ist es möglich, dies mit einem Maximum an Sozialverträglichkeit umzusetzen.

Aber nicht nur der Blick auf die Kosten hat die Ertragsituation der Verlage stabilisiert, sondern auch Investitionen in die Unternehmen selbst, in die Zeitungen und neue Geschäftsfelder rund um die Verlage.

Die Sanierung der Frankfurter Rundschau bildete auch in den Geschäftsjahren 2007 und 2008 einen Schwerpunkt der Unternehmensaktivität der dd_vg.: Nach dem Verkauf der Mehrheit an den Kölner Verlag M. DuMont Schauberg wurde im Mai 2007 das neue Tabloid-Format eingeführt. Das Anfang 2009 bezogene neue Verlagsgebäude wurde mit dem vermutlich modernsten Newsroom der Bundesrepublik ausgestattet und verkörpert die Anforderungen an eine konvergente Redaktion. Beides ging mit erheblichen Investitionen einher. Durch die Kooperation der FR mit der Berliner Zeitung, dem Kölner Stadtanzeiger und der Mitteldeutschen Zeitung wurde ein Modell entwickelt, das nachhaltig Kosten reduziert, ohne sich negativ auf die Qualität der Zeitung auszuwirken.

Augenscheinlich verschärft sich der schon seit Jahren spürbare Konsolidierungsdruck in der Branche. Hierfür lassen sich mehrere Ursachen ausmachen:

- die Herausforderungen durch die digitale Revolution,
- die demographische Entwicklung,
- die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und
- die ungeklärte Nachfolge mancher Verlegerfamilie.

Investitionen in Drucktechnik, Vertrieb und Redaktion werden vielerorts nur in Ko-

operationen oder auch Zusammenschlüssen finanzierbar sein.

Mit der Übernahme der Mehrheit am Berliner Verlag durch DuMont vom Finanzinvestor Montgomery zeigt sich, dass das Modell einer Übernahme von deutschen Zeitungsverlagen durch Finanzinvestoren nicht zukunftstauglich ist. Offenbar wurde – wie vorhersehbar war – der Verlag mit einem überbordenden Investitionsstau zurückgelassen und ausgeblutet.

Eine solche Vorgehensweise enthält ein für die Verlagslandschaft und damit letztlich für die Rolle der Medien in einer demokratisch verfassten Gesellschaft zerstörerisches Potenzial: Gerade in einer Umbruchsituation bedarf es langfristig und nachhaltig agierender Akteure, für die Zeitungen etwas anderes sind als bloße Renditeobjekte.

Als Unternehmen mit einer über 140-jährigen Geschichte im Medienbereich gehört die dd_vg. zu den Akteuren im Markt, die mit einem verlegerischen Hintergrund stabilisierend und qualitäts- und vielfaltsichernd wirken.

Die weiteren Medienbeteiligungen der dd_vg. konnten ihre Position festigen. So kann Öko-Test durch seine besondere Aufstellung selbst angesichts der Rezession seine Anzeigenumsätze steigern. Der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft (u. a. vorwärts, Demo) ist es gelungen, den Veranstaltungsbereich auszubauen und erfolgreich als Dienstleister für andere Medien (z. B. im Anzeigenbereich) zu agieren.

Bei den Buchverlagen ist eine Konzentration auf die politischen Publikationen erfolgt. Es bleibt dabei, dass dieses Engagement in einem eher stagnierenden Markt hohe Anfangsinvestitionen voraussetzt, insbesondere den Aufwand für die Entwicklung der Programmlinien, Vorlaufkosten für Lizenzen usw.

Tivola hat im Berichtszeitraum mit dem Wechsel von PC-Spielen auf Konsolenspiele (Nintendo-DS, Wii) eine deutliche Steigerung der Umsätze erreichen können. Mit dem Bilderbuchkanal Pikcha.tv im Internet werden neue vielversprechende Wege beschritten.

Die zur Unternehmensgruppe gehörenden Akzidenzdruckereien operieren in einer tiefgreifenden und für viele Betriebe existenzbedrohenden Branchenkrise. Der in der Vergangenheit eingeschlagene Weg, durch Fusionen die Zukunftschancen zu verbessern, hat sich bewährt. Darüberhinaus wird es auch erforderlich sein, die Angebotspalette der Druckereien vom reinen Printprodukt hin zu Dienstleistungsangeboten, z. B. im Bereich des Content-Management zu entwickeln, um dem Strukturwandel in dieser Branche erfolgreich zu begegnen.

Der „SPD-Reiseservice“ hat seine Strategie der erweiterten Produktpalette fortgeführt.



Newsroom der FR

So sind z. B. die Frühjahrs- und Herbsttreffen mittlerweile fester Bestandteil im Terminplan vieler Mitreisender. Verstärkt werden auch Studien- und Familienreisen angeboten. In 2008 haben nahezu 6.000 Personen das vielfältige Urlaubsangebot genutzt.

Der Bereich Handel und Service, in dem der Papierhandel (HPPV), Werbemittelverkauf und Merchandising (IMAGE), Buchhandel (vorwärts-Buchhandlung) sowie EDV- und Verwaltungsservice (Office Consult) zusammengefasst werden, leistet unverändert einen stabilen Beitrag zum Unternehmensergebnis der dd_vg.

Finanzen der Gesamtpartei für das Jahr 2007 im Vergleich

Die Einnahmen der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2007 auf 157 Mio. €. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe von 185,9 Mio. €.

Mit 44 % der Einnahmen sind die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge weiterhin unsere entscheidende Einnahmequelle.

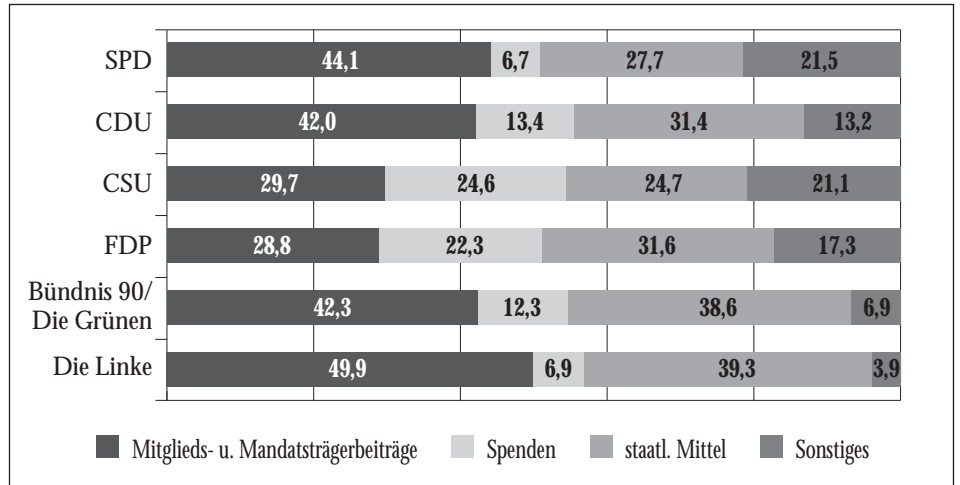
Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen – mit 30,3 % nach wie vor der größte Einnahmenposten der SPD – sind von 53,9 Mio. € im Jahr 2003 auf 47,6 Mio. € im Jahr 2007 gesunken. Die seit dem Jahr 2003 geltenden jährlichen Beitragsanpassungen haben den Beitragsrückgang abgefedert. Dennoch bleibt es eine ständige Aufgabe, die Beitragsbasis der SPD zu stabilisieren.

Die SPD erhält im Vergleich zu den Unionsparteien und der FDP sehr viel weniger Spenden. Das trifft besonders für Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen zu. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus. Die Union verbucht bei Spenden von natürlichen Personen das 2,3-fache, bei Spenden von juristischen Personen das 4,8-fache unserer Spenden.

Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein ganz besonderes Maß an Unabhängigkeit verfügt. Andererseits heißt das aber auch, dass die SPD ihre finanziellen Mittel aus alternativen Quellen beziehen muss. Hierzu leistet der Unternehmensbereich der SPD, der in 140 Jahren Parteigeschichte aufgebaut wurde, einen soliden Beitrag. Unsere Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen in Höhe von 9 Mio. € können den Vorsprung der Union bei den Spenden in Höhe von 19 Mio. € bei weitem nicht ausgleichen.

Zusammensetzung der Einnahmen der Parteien 2007

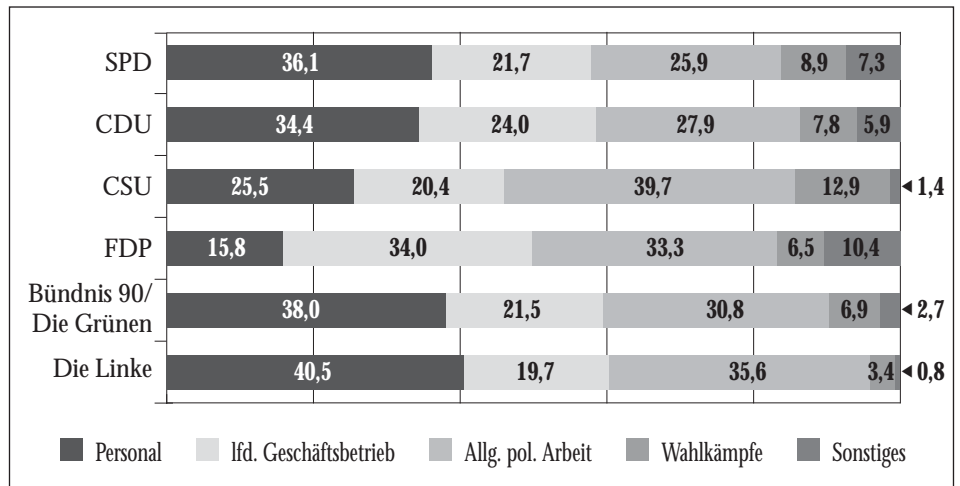
in Prozent



Es werden die Daten aus dem Rechenschaftsbericht des Jahres 2007 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2008 noch nicht veröffentlicht sind.

Zusammensetzung der Ausgaben der Parteien 2007

in Prozent



Einnahmen an staatlichen Mitteln der SPD in Höhe von 43,5 Mio. € stehen 55,5 Mio. € der Union gegenüber (44,8 Mio. € für die CDU und 10,7 Mio. € für die CSU).

Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2007 auf 130 Mio. €. CDU und CSU zusammen verzeichneten Ausgaben in Höhe von 154,8 Mio. €.

Fast 58 % der gesamten Ausgaben der SPD wurden für Personal und lfd. Geschäftsbetrieb aufgewendet. Für allgemeine politische Arbeit wendeten wir annähernd 26 % der Ausgaben auf, 5 Prozentpunkte weniger als die Union.

Der Anteil der Ausgaben für Wahlkämpfe ist mit ca. 9 % für die SPD und die Union annähernd gleich. Die SPD verfügt über ein Reinvermögen in Höhe von 175 Mio. €. Bei den Besitzposten entfallen 120 Mio. € auf Haus- und Grundvermögen. Das Geldvermögen ist mit 62 Mio. € zu 75 % den nachgeordneten Gliederungen (Unterbezirke, Stadtverbände, Ortsvereine) zuzurechnen. Bei den Schuldposten entfallen fast 20 % auf Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen.

Unsere Aufgaben für die kommende Zeit lassen sich kurz zusammenfassen: Einnahmen stabilisieren, Ausgaben überprüfen, Parteistrukturen optimieren.

FINANZEN DER PARTEI

FINANZEN

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2007

	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		Grüne		FDP		Die Linke	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
Einnahmen														
Mitgliedsbeiträge	47.582.439	30,32	41.924.405	29,43	9.684.493	22,28	51.608.898	27,76	5.587.154	21,38	6.953.972	21,96	9.195.804	40,99
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	21.667.896	13,80	17.879.281	12,55	3.217.839	7,40	21.097.120	11,35	5.467.173	20,92	2.175.839	6,87	2.000.310	8,92
Spenden von nat. Pers.	8.473.212	5,40	12.418.465	8,72	7.353.115	16,92	19.771.580	10,64	2.828.603	10,82	5.194.778	16,40	1.524.902	6,80
Spenden von jur. Pers.	2.095.401	1,33	6.660.866	4,68	3.317.665	7,63	9.978.531	5,37	383.013	1,47	1.878.205	5,93	19.742	0,09
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	9.127.305	5,81	1.772	0,00	0	0,00	1.772	0,00	578	0,00	1.085.990	3,43	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	8.836.839	5,63	4.367.251	3,06	929.780	2,14	5.297.031	2,85	341.054	1,30	1.642.700	5,19	455.342	2,03
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	14.744.343	9,39	11.723.361	8,23	8.135.849	18,72	19.859.210	10,68	637.506	2,44	2.558.289	8,08	192.120	0,86
Staatliche Mittel	43.475.249	27,70	44.790.191	31,44	10.711.704	24,65	55.501.895	29,85	10.079.693	38,56	9.989.233	31,55	8.814.887	39,29
Sonstige Einnahmen	979.131	0,62	2.686.058	1,89	108.851	0,26	2.794.909	1,50	813.320	3,11	185.620	0,59	230.609	1,02
Gesamt	156.981.815	100,00	142.451.650	100,00	43.459.296	100,00	185.910.946	100,00	26.138.094	100,00	31.664.626	100,00	22.433.716	100,00
Ausgaben														
Personalausgaben	46.989.454	36,14	40.670.715	34,40	9.336.216	25,48	50.006.931	32,30	8.157.480	38,00	3.925.300	15,83	8.090.278	40,51
Lauf. Geschäftsbetrieb	28.221.727	21,71	28.408.202	24,04	7.475.960	20,41	35.884.162	23,18	4.625.706	21,54	8.430.034	34,00	3.925.916	19,66
Allg. politische Arbeit	33.719.503	25,94	32.937.748	27,87	14.549.872	39,72	47.487.620	30,67	6.604.637	30,77	8.255.012	33,30	7.118.112	35,64
Wahlkämpfe	11.548.353	8,88	9.214.162	7,80	4.742.562	12,95	13.956.724	9,01	1.490.345	6,94	1.608.766	6,49	672.922	3,37
Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	8.271.566	6,36	2.831.806	2,40	0	0,00	2.831.806	1,83	442.860	2,06	1.221.317	4,93	8.435	0,04
sonstige Zinsen	654.629	0,50	752.568	0,64	379.194	1,04	1.131.762	0,73	9.695	0,05	1.333.203	5,38	2.850	0,01
sonstige Ausgaben	609.817	0,47	3.376.822	2,85	150.802	0,40	3.527.624	2,28	137.019	0,64	17.490	0,07	150.971	0,77
Gesamt	130.015.049	100,00	118.192.023	100,00	36.634.606	100,00	154.826.629	100,00	21.467.742	100,00	24.791.122	100,00	19.969.484	100,00
Überschuss/Defizit	26.966.766		24.259.627		6.824.690		31.084.317		4.670.352		6.873.504		2.464.232	
Reinvermögen	174.773.062		114.653.462		39.877.464		154.530.926		25.049.133		4.585.320		23.003.682	

Kontrollkommission

Zur Arbeit der Kontrollkommission

Nach dem Organisationsstatut wählt der Parteitag zur Kontrolle des Parteivorstandes die neun Mitglieder der Kontrollkommission. Die Kontrollkommission selbst wählte Christa Randzio-Plath nach dem Parteitag 2007 als ihre Vorsitzende und Eckart Kuhlwein als stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Kontrollkommission ist nach § 31 des Organisationsstatuts mit der „Kontrolle des Parteivorstandes sowie für die Behandlung von Beschwerden über den Parteivorstand“ für die Zeit zwischen den Parteitagen betraut.

Die Überwachung der Einnahmen und Ausgaben des Parteivorstandes, die Entwicklung des Parteivermögens, die Finanzplanung, die Aufstellung des Betriebshaushaltes, die Mittelfristige Finanzplanung, die Wahlkampfplanung und -durchführung sowie die Kontrolle der Tätigkeit des Parteivorstandes stehen im Mittelpunkt der Arbeit. Dabei soll durch die Zusammenarbeit mit der Parteiführung die Optimierung von Ressourcen zur Durchsetzung der Parteitagsbeschlüsse erreicht werden.

Einmal vierteljährlich finden Sitzungen statt. Kontrollen kostenwirksamer Entscheidungen, die Bewertung geplanter Maßnahmen des SPD-Parteivorstandes und die Prüfung damit verbundener Risiken sowie Fragen der Parteienfinanzierung und des Unternehmensbereiches standen neben den Vierteljahresprüfungen auf der Tagesordnung.

In den Jahren 2007 bis 2009 befasste sich die Kontrollkommission mit der zunehmend

schwierigen Einnahmenlage der Partei. Die Kontrollkommission unterstreicht, dass wegen der im Verhältnis zu anderen Parteien schwierigen Spendensituation besonderer Wert auf Mitgliederwerbung, Beitragsehrlichkeit und Abgaben der Mandats-, Amts- und Funktionsträger gelegt werden muss. Die Beiträge sind schließlich auch die Grundlage für die Einnahmen nach dem Parteienfinanzierungsgesetz.

In jeder Sitzung wurden Sparmaßnahmen erörtert, um die Kampagnenfähigkeit der SPD durch Mittelumstellung zu verbessern. Da die Sachausgaben des Parteivorstandes schon in den Vorjahren zurückgeführt worden waren, unterstützte die Kontrollkommission die Anstrengungen zur Senkung der Personalkosten. Die Kontrollkommission setzte sich für die Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen ein und begrüßte die Reformen in den Betriebsvereinbarungen von Geschäftsführung und Betriebsrat. Besonders lobenswert sind die Praktikantenvereinbarung und die Anstrengungen, für die auf den Parteitagen und Veranstaltungen eingesetzten externen Sicherheitskräfte, Mindestlöhne zu garantieren.

Kampagnenkosten wurden auf ihren effektiven Mitteleinsatz überprüft. Die Empfehlung der Kontrollkommission, keine externe Kampa einzurichten, wurde nach den Wahlkämpfen 2004 und 2005 auch für die Europa- und Bundestagswahlkämpfe 2009 umgesetzt.

Zur Arbeit der Kontrollkommission gehört auch die Vergabepaxis bei Krediten und Zuschüssen an Gliederungen. Die Kontrollkommission fordert und kontrolliert eine transparente, begründete und möglichst gleichmäßige Vergabe von Mitteln an Gliederungen.

Über die Tätigkeit des Unternehmensbereiches der SPD lässt sich die Kommission regelmäßig berichten. Schließlich sind diese Erträge für die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses und zusätzliche politische Aktivitäten erforderlich.

Mitglieder
der Kontrollkommission

seit November 2007

VORSITZENDE:

Christa Randzio-Plath (Hamburg)
Stellvertretender Vorsitzender:
Eckart Kuhlwein (Ammersbek)

WEITERE MITGLIEDER:

Katrin Budde, MdL (Magdeburg)
Willi Görlach (Butzbach)
Gerhard Kompe (Dortmund)
Heide Mattischeck (Erlangen)
Walter Meinhold (Hannover)
Brigitte Reckmann (Gütersloh)
Prof. Gert Weiskichen, MdB
(Wiesloch-Baiertal)

IV. Arbeits- gemeinschaften

07/08

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)



„Jetzt sind wir dran!“

Die Arbeit der ASF im Berichtszeitraum war bundespolitisch geprägt von der Großen Koalition mit der Union. Hier fand vor allem die Auseinandersetzung der Frauen- und Gleichstellungspolitikerinnen und -politiker mit der CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen statt.

Darüber hinaus war der Hamburger Parteitag mit dem Beschluss eines neuen Grundsatzprogramms ein zentrales Ereignis, das aus gleichstellungspolitischer Perspektive mit einem äußerst progressiven Gleichstellungskapitel seinen viel diskutierten Abschluss fand. Zudem fanden wichtige Jubiläen wie 100 Jahre Sozialistische Fraueninternationale, 90 Jahre Frauenwahlrecht und 20 Jahre Quotenbeschluss der SPD statt, die nicht nur gefeiert, sondern für kritische Reflexionen, politische Diskussionen und programmatische Weichenstellungen für die Zukunft genutzt wurden.

ASF-Bundeskonferenz
13. bis 15. Juni 2008 in Kassel

Die 18. Ordentliche ASF-Bundeskonferenz fand vom 13. bis 15. Juni 2008 in der Stadthalle Kassel statt. Sie stand unter dem Motto „Jetzt sind wir dran!“ Die Schwerpunkte der Konferenz lagen neben der Arbeitsmarktpolitik auf der Feminismusdebatte und den Anforderungen der ASF für das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2009.

Unterstrichen wurden diese Schwerpunkte durch hochkarätige Gäste. Zu ihnen zählten im Bereich Arbeitsmarktpolitik unter anderem Christel Humme, MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Caren Marks, MdB, Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion sowie Ruth Weckenmann, Leiterin des Stabes Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit.

Über Feminismus diskutierten Dr. Katie Baldschun, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates bis Ende 2008 und Inge Wettig-Danielmeier, ehemalige ASF-Bundesvorsitzende und ehemalige SPD-Schatzmeisterin.

Über den Aktionsplan „Gleichstellung jetzt“ und die frauenpolitischen Anforderungen an das Regierungsprogramm 2009 debattierten die verdi-Vizevorsitzende Margret Mönig-Raane, die ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner, MdB, Kerstin Griese, MdB, Vorsitzende des SPD-Forums Kinder und Familie sowie die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Kirsten Lühmann.

Als Rednerinnen und Redner wurden auf der ASF-Bundeskonferenz neben den Bundesministerinnen Brigitte Zypries (Justiz) und Heidemarie Wiczorek-Zeul (wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung) wurden auch der Bundesarbeitsminister Olaf Scholz sowie Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD, begrüßt.

Grußworte hielten u. a. Andrea Ypsilanti, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Hessen bis Herbst 2008, der Kasseler Oberbürgermeister Bertram Hilgen und Manfred Schaub, Bezirksvorsitzender Hessen-Nord.

Die stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende Evelyne Gebhardt, MdEP, wurde von der ASF-Bundeskonferenz für Platz 2 der Bundesliste für die Wahlen zum Europaparlament 2009 vorgeschlagen.

Der ASF-Bundesvorstand berief zwei Projektgruppen ein. Zum einen „Arbeitsmarktpolitik für Frauen“ und zum anderen die Projektgruppe „Feminismus“. Die beiden Projektgruppen dienen dem Ziel, dem ASF-Bundesvorstand zuzuarbeiten und Anträge für die Bundeskonferenz vorzubereiten.

Neue Grundsätze
und Richtlinien
der Arbeitsgemeinschaften

Nach langer und intensiver innerparteilicher Diskussion zwischen den Arbeitsgemeinschaften der SPD und der Parteispitze hat der SPD-Parteivorstand am 20. August 2007 neue Grundsätze und Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften in der SPD beschlossen. Hier haben die Arbeitsgemeinschaften eng abgestimmt agiert und auch die Landes- und Bezirksebenen von Anfang an eingebunden. Das Resultat war ein für alle Arbeitsgemeinschaften akzeptables Ergebnis: Die Zahl der Delegierten zu den Bundeskonferenzen wurde im Rahmen des Gesamtpakets reduziert – bei den großen Arbeitsgemeinschaften von 300 auf 250. Die Größe des Bundesvorstandes bleibt bei der ASF unverändert und sichert auch weiterhin eine regional ausgewogene sowie mit Bündnispartnerinnen vernetzte Arbeit. Auch die Dauer der Bundeskonferenz konnte wie bisher bei 3 Tagen gesichert werden. Wie es die ASF 2002 beschlossen hatte, wurde der ASF-Bundesausschuss gestärkt.

Der Hamburger
Bundesparteitag 2007Beschluss des neuen
SPD-Grundsatzprogramms

Auf dem Hamburger Parteitag im Oktober 2007 wurde nach langjähriger innerparteil-



Die im Amt bestätigte ASF-Bundesvorsitzende und ihre Stellvertreterinnen. Von links: Evelyne Gebhardt, Elke Ferner, Barbara Hackenschmidt, Marianne Wallach

cher Debatte ein neues SPD-Grundsatzprogramm beschlossen.

Die Forderungen der ASF-Bundeskonferenz von 2006, aber auch Anregungen der Kommission Gleichstellungspolitik wurden auf allen Ebenen über die gesamte Zeitdauer in den Willensbildungsprozess eingebracht.

Durch das kontinuierliche Engagement und die Zusammenarbeit mit Bündnispartnerinnen in allen Gliederungen der Partei konnte eine deutliche Mehrheit für die Anträge der ASF zum Gleichstellungskapitel erreicht werden. Insbesondere der zentrale Satz aus dem Berliner Programm „Wer die menschliche Gesellschaft will muss die männliche überwinden“ wurde wieder aufgenommen. Die Jusos haben mit ihrer Kampagne für ein neues Gleichstellungskapitel ebenfalls in großem Umfang zu diesem Erfolg beigetragen.

Die ASF konnte im Grundsatzprogramm darüber hinaus auch ihre Forderungen nach „gesetzlichen Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien“, ein geschlechtergerechtes Steuersystem und vor allem die eigenständige, existenzsichernde Erwerbsarbeit von Frauen verankern.

Weitere Anträge der ASF zum Hamburger Parteitag

Neben dem neuen Grundsatzprogramm wurde auch der Beschluss der ASF-Bundeskonferenz zur Studien- und Berufswahl in geänderter Fassung angenommen. Auch die Forderung nach Beibehaltung der Bundesliste zur Europawahl fand eine Mehrheit. Mit dem Beschluss zur Chancengleichheit auch in der Privatwirtschaft erhielt die SPD-Bundestagsfraktion den Auftrag, eine Gesetzesinitiative zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Privatwirtschaft zu starten.

Damit war der Hamburger Parteitag aus Sicht der ASF inhaltlich äußerst erfolgreich.

Wahlen zum Parteivorstand

Weniger erfreulich für die ASF war die Tatsache, dass die Reduzierung der Zahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden dazu geführt hat, dass die Parität in der Parteispitze nicht mehr vorhanden ist. Darüber hinaus schied die ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner nach zwei Jahren als stellvertretende Parteivorsitzende aus, sie wurde jedoch als Mitglied des Präsidiums wiedergewählt.

Mit zwei Frauen und vier Männern gehören seit dem Hamburger Parteitag nur noch ein Drittel Frauen der engeren Parteiführung an.

Allerdings ist das Präsidium paritätisch besetzt und die Mindestquote von 40 Prozent Frauen im Parteivorstand eingehalten. Ziel der ASF ist und bleibt die Parität.

Geschlechterquote Gleichstellungsbericht: Innerparteiliche Gleichstellung

Auf dem Bundesparteitag 2007 in Hamburg legte die ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner den Gleichstellungsbericht über die Umsetzung der Gleichstellung und der Geschlechterquote in den Ämtern und Mandaten der Partei vor.

Trotz der seit zwanzig Jahren festgeschriebenen Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent bestehen noch immer Defizite in der Gleichstellung von Männern und Frauen in der SPD, was sich gerade bei der Einhaltung der Quote bei Parlamentswahlen zeigt.

In den Parteigremien auf Bundesebene klappt es überwiegend mit der Einhaltung der Quote. Defizite gibt es immer noch bei Kommissionen, Projektgruppen usw.

Im Bereich der hauptamtlichen Funktionen zeigt sich in der Partei nach wie vor die traditionelle Geschlechterverteilung, eine Divergenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit tut sich auf.

Frauen müssen ermutigt und befähigt werden, Ämter und Mandate zu übernehmen. Der Parteivorstand muss dabei unterstützend tätig werden. Die Zielgruppenarbeit muss kontinuierlich verbessert werden, um das Potential der SPD sowohl unter den Wählerinnen als auch unter potenziellen Mitstreiterinnen auszuschöpfen. Dies kann jedoch nicht allein der ASF überlassen bleiben.

Eine deutlich sichtbare Präsenz von Frauen ist gerade deshalb notwendig, weil wir es erstmals mit einer (christdemokratischen) Bundeskanzlerin zu tun haben und die SPD das Frauenministerium der CDU überlassen hat.

Schließlich müssen politische Inhalte und Botschaften und die personelle Repräsentanz kongruent sein, um wieder deutlich zu machen, dass die SPD Politik mit und für Frauen macht.

100 Jahre Sozialistische Fraueninternationale. 100 Jahre in vorderster Reihe für die Gleichstellung der Geschlechter

Unter diesem Motto wurde am 8. September 2007 das 100-jährige Jubiläum der ersten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz gefeiert. Zusammen mit der Sozialistischen Fraueninternationale (Socialist International Women, SIW), die ihren Sitz in London hat,



10.09.2007 „Feiern, ermutigen und inspirieren“. Jubiläumsfeier 100 Jahre Sozialistische Fraueninternationale in Stuttgart

beging die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) als Gastgeberin die Feierlichkeit. Sie erinnerten an 100 Jahre politisches Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter und debattierten über Herausforderungen der Zukunft.

An der Veranstaltung mit etwa 500 Gästen nahmen unter anderem die Präsidentin der SIW, Pia Locatelli, MdEP (Italien), der Generalsekretär der Sozialistischen Internationale (SI), Luis Ayala (Chile), die Präsidentin des Panafrikanischen Parlamentes, Gertrude Mongella (Tansania), sowie Barbara Prammer, Präsidentin des Nationalrates (Österreich), Margarita Zapata, Vorsitzende der Emiliano-Zapata-Stiftung und Vize-Präsidentin der SI und der SIW (Nicaragua), Altai Dulbaagiin, Demokratische Sozialistische Frauenvereinigung (Mongolei), Bundesmi-



Von links: Pia Locatelli, Irmtraut Karlsson

nisterin Heidemarie Wieczorek-Zeul und die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Ute Vogt teil. Zudem besuchten zahlreiche Gäste von Mitgliedsparteien, Frauenorganisationen und Gewerkschaften aus aller Welt die Veranstaltung.

Pünktlich zum Jubiläum veröffentlichte der Verlag vorwärts buch „Die ersten hundert Jahre. Eine kurze Geschichte der Sozialistischen Fraueninternationale“ (Socialist International Women) von der ehemaligen SIW-Generalsekretärin Irmtraut Karlsson (Österreich).

Reicht's schon? 20 Jahre Quotenbeschluss in der SPD

**Veranstaltung in Münster
am 31. August 2008**

1988 beschloss die SPD in Münster die Quote. Ein historisches Ereignis, das die Partei, aber auch die Gesellschaft insgesamt verändert hat.

2003 wurde die Quotenregelung entfristet. Sie hat bewirkt, dass sich in den Gremien der Partei, aber auch in den Räten und Parlamenten der Frauenanteil deutlich erhöht hat.

Gefeiert wurde verstärkt durch die Partei in Münster der runde Geburtstag zusammen mit über 250 Gästen im historischen Festsaal des Münsteraner Rathauses.

Mit einem Grußwort von Svenja Schulze, MdL und Vorsitzende des SPD-Unterbezirkes Münster, wurde die hochkarätig besetzte Veranstaltung eröffnet. Im Anschluss diskutierten Marianne Wallach (stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende in Vertretung für Elke Ferner) und Franziska Drohsel (Juso-Bundesvorsitzende) über die Aktualität der Quote und ihre Bedeutung für Politikerinnen in der SPD. An der zweiten Podiumsdiskussion, die der Frage nachging „Reicht's schon? 20 Jahre Quotenbeschluss der SPD“ nahmen alle in der SPD politisch aktiven Generationen teil. Sie wurden vertreten durch Dr. Hans-Jochen Vogel, SPD-Bundesvorsitzender von 1987–1991, Hannelore Kraft, Landesvorsitzende der SPD in NRW, Inge Wettig-Danielmeier, ASF-Bundesvorsitzende von 1981–1992 sowie Dr. Katie Baldschun, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende.

Zwischen den beiden Podien beleuchtete die renommierte Wissenschaftlerin und Leiterin der Gender Research Group der Universität Kiel, Dr. Ursula Pasero, das Thema des Tages aus einer wissenschaftlichen Perspektive. Ihr Vortrag trug den Titel „Geschlechterarrangements in Bewegung: Quoten und Karrieren“.

1918–2008: 90 Jahre Frauenwahlrecht

**Veranstaltung in Berlin
am 12. November 2008**

Zum 90. Mal jährte sich 2008 das besonders von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten errungene Recht von Frauen zur aktiven und passiven Wahl. Unter der Schirmherrschaft des SPD-Parteivorstandes und der SPD-Bundestagsfraktion fand die Veranstaltung „1918–2008: 90 Jahre Frauenwahlrecht“ am 12. November 2008 im Willy-



Brandt-Haus in Berlin statt. Die Veranstaltung wurde genutzt, um zum einen an das ehrwürdige Datum zu erinnern und zum anderen einen Blick in die Zukunft

sozialdemokratischer Gleichstellungspolitik zu werfen.

Dass das Frauenwahlrecht zu den wichtigen historischen Errungenschaften der SPD gehört, würdigte Schatzmeisterin Dr. Barbara Hendricks in ihrer Begrüßungsrede.

Die 250 Gäste folgten einer spannenden Diskussion, an der die Bundespräsidentenchaftskandidatin Gesine Schwan, die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries sowie die IUSY-Vizepräsidentin Cordula Drautz teilnahmen und die von Tissy Bruns (Der Tagespiegel) geleitet wurde.

Zuvor lieferten Elke Ferner MdB, Bundesvorsitzende der ASF, und Christel Humme, MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion den inhaltlichen Input in Form eines gemeinsamen Vortrags zu Meilensteinen der Frauenbewegung.

Publikationen zum Thema

Um sowohl den 20. Jahrestag des SPD-Quotenbeschlusses als auch die Erringung des Frauenwahlrechts inhaltlich aufzuarbeiten und zudem die Feierlichkeiten zu dokumentieren, veröffentlichte die ASF im Oktober 2008 die sehr schön illustrierte Einführungsbroschüre „Frauen Macht Politik. 90 Jahre Frauenwahlrecht und 20 Jahre Quotenbeschluss der SPD“.

Darüber hinaus ist im Verlag vorwärts buch der Band „90 Jahre Frauenwahlrecht! Eine Dokumentation“ erschienen, der von der ASF-Bundesvorsitzenden Elke Ferner herausgegeben wurde. Er enthält Beiträge von Ursula Birsl, Gisela Notz, Inge Wettig-Danielmeier und Christl Wickert.



Unterstützung der Bundespräsidentenskandidatin Gesine Schwan

Wie schon im Jahr 2004 nominierte der SPD-Parteivorstand am 26. Mai 2008 Gesine Schwan zur Kandidatin für die Bundespräsidentenwahl 2009. Der ASF-Bundesvorstand hatte sich bereits am Wochenende zuvor für eine eigene SPD-Kandidatin und für eine erneute Kandidatur von Gesine Schwan ausgesprochen. Weitere Unterstützung von Gesine Schwan leistete die ASF während der gesamten Zeit ihrer Kandidatur. Bedauerlicherweise nahm die Bundesversammlung die historische Chance nicht wahr, 90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts zum ersten Mal eine Frau als Staatsoberhaupt zu wählen.

SPD-Zukunftskonvent

SPD-Zukunftskonvent in Hannover am 23. Juni 2007

Beim Zukunftskonvent in Hannover beteiligte sich die ASF mit einer Diskussionsrunde zur „Programmdebatte der SPD aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht“. Als Gäste diskutierten neben Elke Ferner, Katie Baldschun, Juso-Landesvorstand NRW, Julia Cuntz, IG Metall Vorstand, Abt. Frauen- und Gleichstellungspolitik, Dipl. Soz.wiss. Helga Gotzmann, Gleichstellungsbeauftragte der Universität Hannover, Brigitte Pleß, Landesvorsitzende der ASF Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Barbara Schwarze, Vorsitzende Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit, Dr. Barbara Stiegler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Moderation übernahm Ulla Groskurt, MdL, und ASF-Landesvorsitzende Niedersachsen.

SPD-Zukunftskonvent in Nürnberg am 31. Mai 2008

Beim Zukunftskonvent am 31. Mai 2008 beteiligte sich die ASF mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Gute Arbeit – Gleiche Chancen für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt“. Mit dabei waren Elke Ferner, Lissy Gröner, MdEP und frauenpolitische Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament sowie Adelheid Rupp, Mitglied des Bayrischen Landtages. Darüber hinaus diskutierten Margaretha Müller als stellvertretende Vorsitzende des ver.di-Bundesfrauenrates und Ida Hiller, Frauenbeauftragte der Stadt Nürnberg.

Internationaler Frauentag

Das Motto der ASF zum Internationalen Frauentag 2007 – „Frauen verdienen mehr“ –

wurde Programm. Damit besetzte die ASF das wichtige Thema der Lohnungleichheit und der besonders hohen Frauenrate im Niedriglohnbereich. Die Forderungen der ASF beispielsweise nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit wurde in einer Resolution zum Internationalen Frauentag am 8. März 2007 verabschiedet. Flankiert wurde der Tag durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, um damit ein breites Publikum zu erreichen. Die ASF verlieh bei dieser Gelegenheit ihrer bereits zu diesem Zeitpunkt erhobenen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn Nachdruck.

Internationaler Frauentag 2008 – Jetzt sind wir dran!

Das Motto der ASF zum Internationalen Frauentag 2008 lautete: „Jetzt sind wir dran!“ Konkret wurde dies beim Thema Gute Arbeit. Gute Arbeit, das heißt: gleiche Chancen für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt, Abbau von Lohnunterschieden und ein flächendeckender Mindestlohn. Ein bundesweiter Aufruf der ASF zum Internationalen Frauentag mit den ASF-Forderungen flankierte unzählige Veranstaltungen und Aktionen von ASF-Gliederungen in der gesamten Bundesrepublik, ebenso wie die neuen Themenflyer u.a. zum SPD-Quotenbeschluss, dem neuen Grundsatzprogramm und vielem anderen mehr. Auch 2008 beschloss das SPD-Präsidium eine Resolution zum Frauentag am 8. März 2008.

Evangelischer Kirchentag 2007 in Köln

Wie in der Vergangenheit war die ASF gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Christinnen und Christen in der SPD“ beim Evangelischen Kirchentag vom 6. bis 9. Juni 2007 in Köln. Im „Markt der Möglichkeiten“ präsentierten sich beide Gruppen gemeinsam.

Viele prominente Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nahmen zum einen als Gäste von verschiedensten Diskussionsveranstaltungen am Kirchentag teil und besuchten darüber hinaus unseren Stand. Hier wirkten sie als Publikumsmagneten und kamen ins Gespräch mit Besucherinnen und Besuchern. Eine Reihe von Mitgliedern des ASF-Bundesvorstandes waren die gesamte Zeit über ebenfalls aktiv als Gesprächspartnerinnen im Dialog mit den Gästen.

Equal Pay Day 2008

Am 15. April 2008 fand zum ersten Mal in Deutschland der „Equal Pay Day“ statt. Diesen begrüßte die ASF und begleitet ihn mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Bereits im Jahr 2008 haben die Vorbereitungen der ASF

zu einer stärkeren Beteiligung am Equal Pay Day 2009 begonnen. Darüber hinaus ist die ASF dem Bündnis zum Equal Pay Day beigetreten.

Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

gewählt auf der ASF-Bundeskonferenz in Kassel am 14. Juni 2008 (Stand. 28. Juli 2009)

ASF-BUNDESVORSITZENDE:

Elke Ferner, MdB, Landesverband Saar

STELLVERTRETENDE ASF-BUNDESVORSITZENDE:

Evelyne Gebhardt, MdEP,
Landesverband Baden-Württemberg
Barbara Hackenschmidt, MdL,
Landesverband Brandenburg
Marianne Wallach,
Landesverband Nordrhein-Westfalen

BEISITZERINNEN:

Annegret Ahlers,
Landesorganisation Bremen
Dr. Agnes Allroggen-Bedel,
Landesverband Rheinland-Pfalz
Katrin Behrmann,
Landesorganisation Hamburg
Eva Brackelmann,
Landesverband Sachsen
Maren Dreeßen,
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Lissy Gröner, MdEP bis 2009,
Landesverband Bayern
Regina Haut,
Bezirk Hannover
Annette Karl, MdL,
Landesverband Bayern
Dr. Cornelia Klisch,
Landesverband Thüringen
Kerstin Mogdans,
Landesverband Sachsen-Anhalt
Ulli Nissen,
Bezirk Hessen-Süd
Dr. Cornelia Östreich,
Landesverband Schleswig-Holstein
Brigitte Pleß,
Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern
Wally (Waltrud) Röhrig,
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Petra Weis, MdB,
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Margrit Zauner,
Landesverband Berlin
Margriet Zieder-Ripplinger,
Landesverband Saar



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Gute Arbeit – Sicherheit im Alter – Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

Unsere inhaltlichen Schwerpunkte

Kampagne Gute Arbeit

Mindestlohn

Die AfA hat als eine der ersten Gliederungen der SPD bereits im Frühjahr 2005 die Forderung nach einem gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn erhoben. Der zunehmenden Verbreitung von Armutslöhnen muss die Politik begegnen. Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Vollzeitwerbsarbeit muss die Existenz sichern.

Die AfA hat sich auf allen Ebenen an der Kampagne der SPD für Mindestlöhne beteiligt. Die AfA-Broschüre zum Mindestlohn ist mit bislang über 50.000 verkauften Exemplaren ein begehrtes Objekt der Öffentlichkeitsarbeit.

Eindämmung prekärer Beschäftigung

Der AfA-Bundesvorstand und der AfA-Bundesausschuss haben sich auf der gemeinsamen Klausurtagung im ver.di-Bildungszentrum Berlin-Wannsee im Mai 2007 mit dem Thema prekäre und atypische Beschäftigung befasst.

Ein Schwerpunkt war die Entwicklung der Leiharbeit seit der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes im Jahr 2003. Seitdem hat die Zahl der Leiharbeiter exorbitant

zugenommen. Viele Schreiben von Betriebsräten und die Erfahrungen der Gewerkschaften zeigen uns: Leiharbeit dient in vielen Fällen nicht mehr der Gewinnung größerer Flexibilität oder als Einstieg in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis. Der so genannte Klebeffekt ist mit ca. 13 Prozent gering. Leiharbeit wird als Instrument für Lohndumping und Tarifflicht genutzt. Hier muss die Politik handeln.

Die AfA fordert die Aufnahme der Leiharbeitsbranche in den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentendengesetzes sowie die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Der AfA-Bundesvorstand hat sich auch mit dem Problem „Generation Praktikum“ befasst und zu diesem Thema einen Meinungsaustausch mit der DGB-Jugend organisiert. Viele junge Menschen sind nach Abschluss ihrer Ausbildung aufgrund der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt gezwungen, zunächst Praktika in Betrieben anzunehmen. In den letzten Jahren ist eine Tendenz erkennbar, dass Praktika nicht mehr in ihrer eigentlichen Funktion als Lernverhältnis, sondern zunehmend als verdeckte Beschäftigung mit geringer oder gar ohne Bezahlung angeboten werden. Immer mehr „Praktikanten“ werden auf regulären Stellen eingesetzt und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze werden verdrängt.

Der AfA-Bundesvorstand hat auf dem Hamburger Bundesparteitag einen Antrag eingebracht, der sich für eine rechtliche Besserstellung der Betroffenen einsetzt und insbesondere die gesetzliche Definition von Lernverhältnissen, die zeitliche Begrenzung von Praktika auf drei Monate und eine angemessene Vergütung von Praktika fordert. Der Antrag wurde vom Bundesparteitag beschlossen.

Hartz IV – Zumutbarkeit

Die AfA hat nach der Einführung der Grundversicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) vor allem zwei Aspekte angesprochen. Zum einen haben wir die Zumutbarkeitsregelung im SGB II kritisiert, die dazu führt, dass Langzeitarbeitslose jede Arbeit ohne die Bindung an eine Lohnuntergrenze (mit Ausnahme von sittenwidrigen Löhnen) annehmen müssen. Die neue Zumutbarkeitsregelung hat zu einer massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors geführt. Die Durchsetzung von Mindestlöhnen kann dieses Problem entschärfen; wir bleiben aber bei unserer Position, dass nur solche Tätigkeiten für ALG-II-Empfänger zumutbar sein dürfen, die nach Tarif oder ortsüblichem Lohn bezahlt werden.

Verlängerung Arbeitslosengeld

Der AfA-Bundesvorstand hat sich nachdrücklich für eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes eingesetzt. Die Arbeitsmarktlage ist für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach wie vor schwierig. Nur knapp über 30 Prozent der über 55-Jährigen sind derzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Bei sehr vielen – insbesondere älteren – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern herrscht tiefe Verunsicherung vor. Wir haben daher die Initiative von Kurt Beck unterstützt, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wieder zu verlängern. Dies ist ein wichtiges Signal an die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Zukunft der Rentenversicherung

Der AfA-Bundesvorstand hat sich ausführlich mit der Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung befasst. Aus Sicht der AfA muss die gesetzliche Rentenversicherung tragende Säule der Alterssicherung der Menschen bleiben. Sie hat sich bewährt und andere Versorgungssysteme stellen auch nicht nur annähernd eine gerechte Alternative zur GRV mit ihren Elementen des sozialen Ausgleichs dar.

**Wer wir sind.
Was wir wollen.
Was wir tun.**

AfA

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Gute Arbeit.

AfA

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD



In einem Positionspapier vom November 2008 zur Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung fordert die AfA zur Vermeidung künftiger Altersarmut unter anderem die Streichung des Altersvorsorgeanteils und des Ausgleichsfaktors in der Renten Anpassungsformel, die Verbesserung des Erwerbsminderungsrechts und die Höherbewertung von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit und niedriger Beitragszeiten. Außerdem soll die Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt und die betriebliche Altersvorsorge deutlich ausgebaut werden.

AfA-Bundeskongress in Kassel

Vom 18. bis 20. April 2008 fand in Kassel unter dem Motto „Gute Arbeit – Sicherheit im Alter – Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit“ der ordentliche Bundeskongress der AfA statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Beschlüsse zum Themenkomplex Gute Arbeit und zur Zukunft der Rentenversicherung. Ein weiterer Schwerpunkt waren die Neuwahlen zum AfA-Bundesvorstand. Der AfA-Bundesvorsitzende Ottmar Schreiner, MdB, wurde in seinem Amt bestätigt.

Organisationspolitik

Neue Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften

Der SPD-Parteivorstand hat am 20. August 2007 eine neue Richtlinie für alle Arbeitsgemeinschaften beschlossen. Alle bisherigen Einzel-Richtlinien der verschiedenen Arbeitsgemeinschaften sind damit außer Kraft getreten.

Der Bundesvorstand hat sich in mehreren Sitzungen mit den verschiedenen Entwürfen



für die neue Richtlinie befasst. Wir haben uns mit unserer Position durchgesetzt, dass mindestens jeder Landesverband im Bundesvorstand vertreten sein sollte. Die Beratungen wurden von einer guten und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen allen Arbeitsgemeinschaften begleitet.

Für die AfA ergeben sich daraus insbesondere folgende Änderungen:

Der Bundesvorstand besteht künftig aus 21 Mitgliedern. Der Bundesausschuss wird künftig aus 30 Mitgliedern bestehen. Beratende Mitglieder aus den Gewerkschaften und Betriebsgruppen können weiterhin eingeladen werden. Die Bundeskonferenz besteht nun aus 250 Delegierten und den stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesvorstandes. Die Grundsätze für die Betriebsorganisation wurden verknüpft übernommen.

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Gegenwart und Zukunft gemeinsam gestalten

Nicht nur die ARD-Themenwoche im April 2008 hat es in vielen Beiträgen eindrucksvoll gezeigt: „Mehr Zeit zu leben“ ist eine Chance für unsere Gesellschaft. Ob Mehrgenerationen-Wohnen, eine neue Lernkultur in schrumpfenden Schulen oder Internetcafés für Seniorinnen und Senioren - viele Beispiele der Themenwoche haben deutlich gemacht, dass neue Lebensentwürfe in einer älter werdenden Gesellschaft bereits vorhanden sind.

Mitglieder des AfA-Bundesvorstandes

gewählt am 19. April 2008

VORSITZENDER:

Ottmar Schreiner, MdB

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE:

Hermann Hibbeler

Kirsten Rölke

Andreas Steppuhn, MdB

BEISITZER/BEISITZERINNEN:

Sabine-Almut Auerbach

Detlef Baer

Dietmar Glaßer

Annegret Hansen

Wolfgang Jägers

Renate Kleinfeld

Alfred Klingel

Dagmar Losert

Udo Lutz

Ute Mager

Werner Schuh

Gunter Wachholz

Elke Watzema

Frank Weber

Alfons Wöbbeler

Ludwig Wörner

Neue Branchenbetriebsgruppen

Für den Bereich der Telekommunikationsbranche wurde Ende 2008 eine neue Branchenbetriebsgruppe gegründet. Vorsitzender ist Achim Fischer, Magdeburg.

Für den Bereich der Deutschen Post wurde ebenfalls Ende 2008 eine neue Branchenbetriebsgruppe gegründet. Vorsitzender ist Volker Schroeter, Bonn.



Mio. um die Hälfte auf über 21 Mio. Personen (26,6 Prozent der Bevölkerung) ansteigen, 2050 werden es noch einmal leicht mehr sein (gut 22 Mio. bzw. knapp 30 Prozent der Bevölkerung).

Generationensolidarität ausbauen, Zusammenhalt in der Gesellschaft erhalten

Die Ausdehnung der gemeinsamen Lebenszeit ermöglicht eine neue Solidarität zwischen den Generationen. Diese Chance gilt es zu nutzen. Wir als AG SPD 60 plus setzen uns für diese neue Solidarität ein.

In der öffentlichen Darstellung wurde der traditionelle Generationenvertrag bisher zu einseitig als öffentliche Transferleistung an die Älteren verstanden. Er ließ die Leistungen und Gegenleistungen der Generationen untereinander unberücksichtigt – von der Enkelkinderbetreuung bis zur Altenpflege. Viele Urteile und Vorurteile über die Generationenbeziehungen zwischen Jung und Alt (z. B. „Generationenkonflikt“, „Krieg der Generationen“) sind nicht haltbar. Wir wissen: Der Generationenpakt auf familiärer Basis funktioniert. Jung und Alt bescheinigen sich gegenseitig ein hohes Verantwortungsbewusstsein.

Der demografische Wandel muss also nicht zu einer Gefährdung der Generationenbeziehungen führen. Solange insbesondere die mittlere Generation durch Steuer- und Rentenzahlungen ihren gesellschaftlichen Beitrag leistet und zugleich im familiären Bereich Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegeleistungen erbringt, lebt der gesetzliche Generationenvertrag als privater Generationenpakt weiter, ohne dass es zu größeren Konflikten kommt. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass mit der gelebten Solidarität zwischen den Generationen eine neue Ära der Verantwortung beginnt. Dies bedeutet u. a., dass private Transfers vornehmlich von den älteren Generationen zu den jüngeren fließen, also in umgekehrter Richtung der öffentlichen Leistungen.

Im November 2008 führten der Bundesvorstand der AG SPD 60 plus und der Jusos den Kongress „Gegenwart und Zukunft gemeinsam gestalten“ durch. Jüngere und Ältere stellten sich die Frage, wie können wir das Zusammenleben der Generationen solidarisch organisieren – wie wollen Jung und Alt die Generationenbeziehungen solidarisch gestalten? Ältere und jüngere Menschen sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Ebenso wie in der Arbeitswelt braucht die Gesellschaft aber auch in der Politik das Miteinander der Generationen: Die Erfahrung, die Reife, den größeren Überblick der Alten ebenso wie die Dynamik, die Risikofreude, das Streben nach Veränderung der

Jungen. Jusos und 60 plus stehen dafür, dass mit der gelebten Solidarität zwischen den Generationen eine neue Ära der Verantwortung beginnt.

Differenziertes Bild des Alters vermitteln

Die AG SPD 60 plus setzt sich dafür ein, dass der Beitrag der älteren Generation für das Gemeinwesen zutreffend dargestellt und gewürdigt wird. Dies ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, auch die Medien sind gefordert, die umfangreichen Leistungen Älterer für Familie und Gesellschaft wirklichkeitsgetreu abzubilden. In diesem Sinne begleitet die Arbeitsgemeinschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Sechsten Altenbericht, der sich mit dem Thema „Altersbilder in der Gesellschaft“ beschäftigt. Denn: Welche sozialen Rollen älteren Menschen in einer Gesellschaft offen stehen und was von ihnen in diesen Rollen erwartet wird, hängt nicht zuletzt von den vorherrschenden Altersbildern ab. Altersbilder haben auch Einfluss darauf, was jüngere Menschen für ihr eigenes Alter erwarten und was ältere Menschen sich zutrauen und erreichen wollen. Altersbilder zu reflektieren und zu verändern ist eine ständige Aufgabe der AG, die sie u. a. durch eine kontinuierliche Pressearbeit wahrnimmt.

Mehr Mitwirkung und Mitbestimmung für Ältere in der Politik

Ältere Menschen sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Ebenso wie in der Arbeitswelt, braucht die Gesellschaft auch in der Politik das Miteinander der Generationen: Die Erfahrung, die Reife, den größeren Überblick der Alten ebenso wie die Dynamik, die Risikofreude, das Streben nach Veränderung der Jungen. Das politische Engagement der Älteren kommt also nicht nur der eigenen Generation, sondern der gesamten Gesellschaft zu Gute. Die mit dem demografischen Wandel verbundenen Fragen können nur generationenübergreifend gelöst werden.

Die Wahlbeteiligung älterer Menschen liegt inzwischen bei 10 Prozent über dem Durchschnitt aller. Der heutige Anteil der über 60-Jährigen liegt bei 30 Prozent aller Wahlberechtigten und wird bis zum Jahr 2030 auf über 40 Prozent anwachsen.

Nur gemeinsam mit den Älteren kann der demografische Wandel gerecht gestaltet werden, kann eine ausgewogene Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen den Generationen gelingen.

Eine Arbeitsgruppe innerhalb des Bundesvorstandes befasste sich intensiv mit dem

Thema „Politische Partizipation – AG 60 plus stimmberechtigt in die Gremien unserer Partei auf allen Ebenen“ und mit „Seniorinnen und Senioren in die Parlamente“. Die diesbezüglichen Beschlüsse wurden dem Bundesausschuss als Arbeitsmaterial und zur möglichen Umsetzung vor Ort übergeben.

Aktiv und gefragt: Bundesweite Aktionstage

Alljährlich am ersten Mittwoch im April stellt die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis, indem sie ihren bundesweiten Aktionstag durchführt, um auf die Sache der Älteren aufmerksam zu machen und um für die SPD zu werben.

2007 stand der Aktionstag unter dem Motto: „Jung und Alt gemeinsam klüger, lebenslanges Lernen verbindet die Generationen“ und 2008 wurde das Motto gewählt: „Demokratie und Toleranz stärken – Jung und Alt gemeinsam gegen rechts“.

Entsprechende thematische Aktionsleitfäden wurden erstellt und die folgenden Faltblätter wurden herausgegeben:

2007

- Aktives Alter – Wir gestalten mit
- Mehr Lebensqualität, höheres Wachstum – Wirtschaft für Senioren
- Jung und Alt – Miteinander – Füreinander

2008

- „Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus“
- „Demokratie und Toleranz stärken – Jung und Alt gemeinsam gegen rechts“
- „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“
- „Lebenslanges Lernen verbindet die Generationen“

Diskussion um das Grundsatzprogramm

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich intensiv mit inhaltlichen Beiträgen zum Grundsatzprogramm auseinandergesetzt. So waren wir die erste Zielgruppe, die ihren Beitrag zum SPD-Grundsatzprogramm vorgestellt hatte und in der Folge als Antrag zum Bundesparteitag im Oktober 2007 einbrachte.

Zwar wurde kein eigenes Kapitel zur älter werdenden Gesellschaft in das „Hamburger Programm“ aufgenommen, wie es der 60-plus-Forderung entsprach, in den Querschnittsbereichen spiegelten sich die Belange der Älteren aber wider.

Begleitung von Gesetzesvorhaben

Begleitet wurden die Reformen auf dem Gebiet der Pflege, wie: Verbesserung für De-

menzranke, Einrichtung von Pflegestützpunkten, der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff mit künftig 5 Bedarfsgraden statt vorher drei, Verbesserungen in der Hospizarbeit und die Patientenverfügung. Damit wurden auch viele Forderungen, die wir über diverse Anträge auf unseren Bundeskongressen gestellt haben, umgesetzt.

Zu den einzelnen Ergebnissen positioniert sich der Bundesvorstand über Pressemitteilungen.

Nationale und internationale Kooperationen

Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus führt regelmäßig Verbändegespräche durch, um den Kontakt und Meinungsaustausch zu den unterschiedlichen Organisationen zu pflegen und zu intensivieren. Sie ist Mitglied im deutschen Dachverband der Seniorenorganisationen, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO).

Auf europäischer Ebene wird in der Europäischen Seniorenorganisation (ESO) mitgearbeitet. Im Rahmen dieser Mitarbeit war der 60-plus-Bundesvorstand Gastgeber für den ESO-Wahlkongress, der in Berlin durchgeführt wurde. Otto Graeber wurde als Vizepräsident wiedergewählt und eine wichtige von uns eingebrachte Resolution angenommen.

Mitglieder des 60 plus Bundesvorstandes

VORSITZENDE:

Erika Drecoll,
LV Mecklenburg-Vorpommern

STELLV. VORSITZENDE:

Ruth Brand,
LV Nordrhein-Westfalen
Rudolf Herbers,
LV Hamburg

BEISITZER/INNEN:

Horst Beckmann,
LV Nordrhein-Westfalen
Peter-Wilhelm Dröscher,
LV Rheinland-Pfalz
Angelika Graf,
LV Bayern

Dieter Mayer,
BZ Hessen-Nord

Renate Mögling,
BZ Weser-Ems

Konstanze Wegner,
LV Baden-Württemberg

EHRENVORSITZENDE:

Otto Graeber

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Gesundheitspolitik in der Diskussion – Vorsorge und Prävention

Arbeitsschwerpunkte des Bundesvorstands:

Neben den Schwerpunkten

- Weiterentwicklung eines Konzeptes zur Reform der Pflegeversicherung
- Familie und Gesundheit und
- SPD-Grundsatzprogramm

wurden folgende Themen im Berichtszeitraum behandelt:

- Palliativversorgung
- Präventionsgesetz
- Gesundheit als öffentliches Gut
- Gesundheitsberufe
- Krankenhauspolitik
- Richtlinien der Arbeitsgemeinschaften
- Morbi-RSA und Gutachten des Beirates beim BVA
- Zukunft der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen

Aktivitäten und Veranstaltungen

Neben diesen zentralen Themen wurde weitere Themen innerhalb des ASG Bundesvorstandes und des ASG Bundesausschusses behandelt, zum Beispiel:

- Integrierte Versorgung im Rahmen der Gesundheitszentren
- Gesundheitsberufliche Bildung
- Krankenhausprivatisierung
- Präventionsgesetz
- Gesundheitsberufe

Diese Themen haben in den zwei Jahren bei der Arbeit der ASG eine wichtige Rolle gespielt. Neben der Weiterentwicklung der Pflege war das Thema „Familie und Gesundheit“ ein Schwerpunkt. Die ASG hat dabei einen starken Akzent auf die Herstellung gleicher Gesundheitschancen für alle gesetzt. Entsprechende Beiträge zum neuen Grundsatzprogramm wurden vorbereitet.

ASG-Podium am 23. Juni 2007 – Zukunftskongress der SPD in Hannover:

„Kurs halten – sozialdemokratische Gesundheitspolitik in der Diskussion. Vorsorge und Prävention: programmatischer Kurs und praktische Umsetzung“

Unter dieser Themenstellung lud die ASG zur Diskussion über gesundheitspolitische Schwerpunkte des neuen SPD Grundsatzpro-

gramms und Möglichkeiten ihrer praktischen Umsetzung ein.

Am 29. Februar 2008 fand in Berlin ein Workshop der ASG zum Thema „Prävention“ statt. Mit diesem Workshop machte die ASG auch ein Angebot an die ASG-Gliederungen und an alle gesundheitspolitisch Interessierten in der SPD, sich aktiv an der Diskussion und der Entwicklung von ASG-Positionen zu beteiligen.

Am 31. Mai 2008 fand im Rahmen des Zukunftskongresses der SPD in Nürnberg eine Veranstaltung der ASG zum Thema „Gute Arbeit in Medizin und Pflege - Forderungen an gute Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern“ statt.

Vom 4.–6. Juni 2008 war die ASG auf dem Hauptstadtkongress Gesundheit in Berlin vertreten.

Am 26. September 2008 nahm der ASG-Bundesvorstand auf Einladung der Stiftung Demokratie Saarland an einem Kolloquium zum Thema „Gesundheitschancen in Deutschland – falsch programmiert? Bilanz und Perspektiven“ teil.

Bundesvorstand der ASG

(November 2006 bis November 2008)

VORSITZENDER:

Armin Lang, MdL

STELLV. VORSITZENDE:

Dr. Marlies Volkmer, MdB
Dr. Thomas Spies, MdL

BEISITZERINNEN:

Manfred Bleil
Dr. Christian Lukosch
Klaus Stahl
Ingrid Rehwinkel
Elisabeth Rüdinger
Prof. Birgit Vosseler
Anita Weis

ASG-BUNDESAUSSCHUSS-VORSITZENDER:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

STELLV. BUNDESAUSSCHUSS-VORSITZENDE:

Martin von Hagen
Julia Koerlin

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)



Bildung – Herausforderung im 21. Jahrhundert

Im Mittelpunkt der bildungspolitischen Debatte der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) standen 2007 und 2008 insbesondere folgende Themen:

- Menschenrecht Bildung
- Berufliche Bildung im 21. Jahrhundert
- Frühkindliche Bildung und Erziehung
- Die berufliche Bildung in Europa

Die Bildungspolitik hat in der innerparteilichen Debatte weiter an Bedeutung gewonnen. Im Rahmen der Diskussion über das neue SPD-Grundsatzprogramm hat die Frage, wie es gelingen kann, mehr Chancengleichheit in der Bildung zu erreichen, eine zentrale Rolle gespielt. Die Bildungspolitik ist ein tragender Pfeiler des vorsorgenden Sozialstaates und war somit im Rahmen der Dialogkampagne, die den Programmparteitag im November 2007 vorbereitete, ein wichtiger Schwerpunkt programmatischer Diskussionen.

In diesem Kontext ist es der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in den vergangenen zwei Jahren sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gelungen, eigene Positionen, wie z. B. zum Thema „Längeres gemeinsames Lernen“ oder zur Zukunft der beruflichen Bildung in die Debatte einzubringen.

1. Menschenrecht Bildung

Auf ihrer Expertenanhörung zum Thema Menschenrecht Bildung am 1. Juni 2007 im Willy-Brandt-Haus ist die AfB der Frage nachgegangen, welche menschenrechtlichen Verpflichtungen Deutschland beim Thema Bildung eingegangen ist. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit das Menschenrecht auf Bildung umgesetzt ist? Und welche bildungspolitischen Möglichkeiten haben Bund und Länder, um diese Voraussetzungen zu schaffen?

Folgende Fachleute haben ihre Expertise eingebracht und mit den Mitgliedern des AfB-Bundesvorstandes und AfB-Bundesausschusses debattiert:

- Marianne Demmer, stellv. Vorsitzende GEW
- Birgit Kröner, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin, Berichterstatterin der Kultusministerkonferenz (KMK) für Menschenrechts- und Friedenserziehung
- Mona Motakef, Deutsches Institut für Menschenrechte, Sozialwissenschaftlerin und interkulturelle Pädagogin

Die Ergebnisse der Anhörung waren die inhaltliche Grundlage für einen Leitantrag

des Bundesvorstandes für die AfB-Bundeskongresskonferenz 2008.

2. Programmdebatte und Bundesparteitag

Zur Vorbereitung des neuen SPD-Grundsatzprogramms hat ein intensiver innerparteilicher Austausch über Positionen stattgefunden. Auch die interessierte Öffentlichkeit wurde in diesen Dialog mit einbezogen. Die AfB hat in diesem Prozess eine aktive Rolle übernommen und eigene Positionen erfolgreich eingebracht.

Bildung in allen ihren Facetten bildet als tragende Säule des vorsorgenden Sozialstaates einen wichtigen Schwerpunkt im neuen Programmtext. Der AfB-Bundesvorsitzende, Tilo Braune, hat sowohl als Mitglied der Programmkommission als auch als beratendes Mitglied im Parteivorstand die bildungspolitische Perspektive der AfB in den entscheidenden Debatten befördert.

3. Berufliche Bildung im 21. Jahrhundert

In Frankfurt/Main fand am 21. September 2007 eine öffentliche Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) und der hessischen SPD zum Thema „Berufliche Bildung im 21. Jahrhundert“ statt.

Die Einführungsrede hielt die Landes- und Fraktionsvorsitzende der hessischen SPD, Andrea Ypsilanti. In seinem Impulsreferat zeigte der hessische Europaabgeordnete Dr. Udo Bullmann die Möglichkeiten, Probleme und Chancen auf, die sich aus den Brüsseler Beschlüssen zum Europäischen Qualifikationsrahmen für die nationale Berufsbildungspolitik ergeben. Prof. Dr. Rolf Dobischat (Universität Duisburg-Essen) hielt das Hauptreferat mit dem Titel „Leitlinien für eine zukunftsfähige berufliche Bildung“. An der anschließenden Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung nahmen Cordula Drautz (Bundesvorstand der Jusos), Michael Ehrke (IG Metall), Andreas Haberl (Hessischer Handwerkstag), Wolfgang Haas (Unternehmen Fraport), Bernd Riege (MdL, Berufsbildungssprecher der SPD Landtagsfraktion Hessen) und Charlotte Venna (Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände) teil. Tilo Braune (AfB Bundesvorsitzender) betonte in seinem Schlusswort die Bedeutung des Themenbereichs der beruflichen Bildung für die AfB und die SPD insgesamt und wies darauf hin, dass mit der Beschlusslage der AfB im Positionspapier

vom Juli 2006 und mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitages eine gute Grundlage dafür gelegt ist, dass die berufliche Bildung zukunftsfähig weiter entwickelt werden kann.

4. Resolution gegen Studiengebühren

Auf Anregung der AfB Schleswig-Holstein hat der AfB-Bundesvorstand am 18. April 2007 eine Resolution gegen die Erhebung von Studiengebühren verabschiedet und dazu eine Pressemitteilung an die Medienvertreter/innen verschickt.

5. Frühkindliche Bildung

Mit ihrer Konferenz zum Thema „Früh übt sich – Frühkindliche Bildung und Erziehung“ am 11. April 2008 im Willy-Brandt-Haus ist die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) der Frage nachgegangen, was Qualität in der Kindertagesstätte ausmacht. Wie kann der Übergang von der Kita in die Schule gestaltet werden? Welche Auswirkungen haben die neuen Anforderungen auf das Berufsbild von Erzieherinnen und Erziehern? Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis diskutierten mit rund 200 interessierten Besucherinnen und Besuchern über die verschiedenen Aspekte frühkindlicher Bildung.

TeilnehmerInnen waren:

- Tilo Braune, AfB-Bundesvorsitzender
- Hubertus Heil, SPD-Generalsekretär
- Prof. Dr. Jörg Ramseger, Freie Universität Berlin, Arbeitsstelle Bildungsforschung Primarstufe, Projektleiter des Projektes „ponte – Kindergärten und Grundschulen auf neuen Wegen“
- Evelore Burkert, Praxisberaterin für Kindertagesstätten im Landkreis Potsdam-Mittelmark
- Norbert Hocke, GEW, Vorstandsmitglied für Jugendhilfe und Sozialarbeit
- Christel Humme, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
- Linda Reisch, Kultur- und Bildungsberaterin, Geschäftsführerin des Musikkindergarten Berlin e.V.

6. Bundesdelegiertenkonferenz und Neuwahl des Bundesvorstandes

Die Bundesdelegierten wählten auf ihrer Konferenz am 11. und 12. April 2008 im Willy-Brandt-Haus einen neuen Bundesvorstand.

Die sächsische Staatsministerin für Kultur und Wissenschaft, Dr. Eva-Maria Stange, löste Tilo Braune im Amt des Bundesvorsitzes ab. Zu ihren Stellvertreterinnen wurden erneut Angelika Heinlein und Dr. Ursula Dörger gewählt. Darüber hinaus sind Bernd Utpatel, Marlies Stotz und Wolfgang Abicht wieder als BeisitzerInnen in den Bundesvorstand gewählt worden. Als neuer Beisitzer wurde Peter Befeldt aus Niedersachsen in den Bundesvorstand gewählt.

Die beiden Leitanträge des AfB-Bundesvorstandes hatten die Themen „Menschenrecht Bildung“ sowie „Ausbau der Betreuungsinfrastruktur – gegen das Betreuungsgeld der Union“ zum Thema.

7. Der deutsche Qualifikationsrahmen

Am 5. Dezember 2008 hat die AfB zu einer Anhörung eingeladen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben mit den geladenen Expertinnen und Experten über Herausforderungen, Chancen und Risiken der Entwicklung eines deutschen Qualifikationsrahmen und Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung diskutiert.

Die geladenen Expertinnen und Experten waren:

- Dr. Stephanie Odenwald, GEW-Leiterin des Vorstandsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung

- Markus Kiss, Deutscher Industrie- und Handelskammertag
- Bodo Richard, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Brandenburg und stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Bildungspolitik, EDPC
- Burkart Sellin, EU Education and Training Consultant

Aus den Ergebnissen der Fachanhörung hat der AfB-Bundesvorstand ein Positionspapier entwickelt, das auf der AfB-Homepage einzusehen ist.

Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)



Mittelstand für soziale Verantwortung

Ziel der politischen Arbeit der AGS ist es, als Bindeglied zwischen der SPD und den klein- und mittelständischen Unternehmen zu wirken. Die AGS sieht sich in erster Linie als Interessenvertreter der Kleinstunternehmer.

Ein weiteres Anliegen besteht darin, Marktwirtschaft und soziale Partnerschaft miteinander zu verbinden. Gleichzeitig setzte sich der AGS-Bundesvorstand dafür ein, dass die AGS als aktive Arbeitsgemeinschaft in der SPD anerkannt ist und politisch interessierte Menschen außerhalb der Partei an diese heranführt.

Auf ihrer 25. Bundeskonferenz in Leipzig hat die AGS ihre Grundsätze für eine nachhaltige sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verabschiedet. SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion wurden nachdrücklich dazu aufgefordert, die ökologische Erneuerung der Wirtschaftspolitik auch als Chance für den Mittelstand zu verstehen. Die AGS tritt zum einen für die Förderung regenerativer Energien und zum anderen für eine dezentrale Energieversorgung ein.

Der Bundesvorstand hat in den Jahren 2007 und 2008 seine Positionen in zahlreichen Pressemitteilungen dargelegt, von denen einige auf große Resonanz gestoßen sind. Zur internen und externen Kommunikation wurde auch die Seite www.ags.spd.de kontinuierlich ausgebaut. Dort veröffentlicht der Bundesvorstand in regelmäßigen Abständen einen Online-Newsletter (früher: Infobrief).

Der Bundesvorstand setzte die gute Tradition von Delegationsreisen in europäische Metropolen fort und besuchte die österreichische Hauptstadt Wien. Die Mitglieder des

Bundesvorstandes tauschten sich hier intensiv mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft vor Ort aus. Von besonderer Bedeutung waren die Gespräche mit Vertretern des österreichischen Wirtschaftsverbandes. Die AGS pflegt schon seit Jahren hervorragende Kontakte zu den österreichischen Genossinnen und Genossen.

Das 3-tägige Programm ist von den örtlichen Residenzen der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert worden.

Weitere Delegationsreisen führten den Bundesvorstand der AGS 2007 nach London und 2008 nach Stockholm. Beide Reisen dienten der Kontaktaufnahme zu Vertretern der sozialdemokratischen Partei bzw. der Labour-Partei. Darüber hinaus standen die Vertreter der jeweiligen Außenhandelskammern dem Bundesvorstand als Gesprächspartner zur Verfügung.

Sämtliche Delegationsreisen dienen der Vertiefung des europäischen Gedankens und der Kontaktaufnahme zu den Genossinnen und Genossen in den anderen europäischen Ländern.

Höhepunkte im Rahmen der zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen waren ein Expertengespräch u. a. mit Andrea Nahles zum Thema Mindestlohn, sowie eine gemeinsame Veranstaltung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Finanzmarktkrise und KMU – Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis des Mittelstands“.

Zentrale Veranstaltung war auch in den letzten Jahren der Wirtschaftsempfang als wichtigste SPD-Veranstaltung für die Zielgruppe Wirtschaft. Ungefähr 500 Teilnehme-

rinnen und Teilnehmer aus einem angeschriebenen Verteiler von über 5.000 Adressen nehmen jährlich an dieser Veranstaltung, die gemeinsam mit dem Mittelstandsbeauftragten der SPD, Reinhard Schultz, durchgeführt wird, teil. Im Jahr 2008 hielt die damalige Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin, Prof. Dr. Gesine Schwan, die Festrede.

Im Rahmen des Empfangs wurde jeweils der „Innovationspreis von SPD und AGS“ an Unternehmerpersönlichkeiten verliehen. Diese Persönlichkeiten wurden für ihre Verdienste um eine nachhaltige Unternehmensführung geehrt.

AGS-Bundesvorstand

BUNDESVORSITZENDER:

Jörg Schintze

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE:

Franz Müller

Manfred Schmidt

BEISITZER/INNEN:

Babette Reimers

Rosemarie Eichler

Bernhard Kimmle

Helga Koch

Imke Röhl

Thorsten Heinze

Andre Brümmer

EHRENVORSITZENDE:

Franz Leo Wirtz

Jürgen Vahlberg

Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS), Susanne Miller, verstarb im Juli 2008 im Alter von 93 Jahren. Susanne Miller, die selbst während der NS-Zeit ins Exil ging, widmete sich

über weite Strecken ihres Lebens der Erinnerung an die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die während der Zeit des Nationalsozialismus oder in der DDR wegen ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ver-

folgt worden sind. Susanne Miller hat über lange Jahre die Arbeit der AvS geprägt. Der Stellv. Vorsitzende der AvS, Lothar Tautz, führt nun die Geschäfte.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)



Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer
Juristinnen und Juristen

Jugendgewalt und Arbeitnehmerrechte – und immer wieder Freiheit und Sicherheit

Die Große Koalition seit den Wahlen 2005 geht dem Ende entgegen und hatte in der Bilanz viele rechtspolitische Herausforderungen zu bewältigen.

Nach den Vorarbeiten während der zweiten rot-grünen Regierung wurde die dringend notwendige Föderalismusreform in zwei Stufen umgesetzt: Der Staat sollte damit wieder handlungsfähiger werden, die Kompetenzverteilung klarer. Dabei sind einige Kompromisse geschlossen worden, die eben nicht der Klarheit dienen, sondern dem Erreichen des Verhandlungsziels: Die Beamten- und Richterbesoldung liegt bei den Ländern, die sich nun einen Verdrängungs- und Abwerbettbewerb liefern können. Die Kompetenz für Strafvollzug liegt bei den Ländern, ebenso wie das Versammlungsrecht. Das System der Gesetzgebungskompetenzen wurde grundlegend verändert. Es gibt keine Rahmengesetzgebung mehr. Die Länder können bei ausgewählten Materien vom Bund abweichen, der diese Abweichung aber auch wieder korrigieren kann, wovon die Länder wieder abweichen dürfen. Es ist zu früh, um den Erfolg dieser Reform zu bewerten; vieles hat die ASJ schon auf ihrer Bundeskonferenz 2006 im Detail kritisiert. Aber auch die Reform des Finanzsystems zwischen Bund und Ländern ist jüngst erfolgt. Damit hat die große Koalition insofern jedenfalls ihre Aufgabe der umfassenden Verfassungsreform des Kompetenzrechts bewältigt.

In der Tagespolitik der Großen Koalition dominieren für die Rechts- und Innenpolitik weiterhin die Themen Innere Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. So hat der Gesetzgeber gegen den Widerstand der ASJ die Ermächtigung zur präventiven Online-Überwachung privater Computer in das neue BKA-Gesetz geschrieben und ihm eine Reihe weiterer Befugnisse zugebilligt. Zwar konnten in letzter Minute mit Hilfe des Landesverbands

Sachsen noch einige notwendige Einschränkungen eingebaut werden. Aber es bleibt nur zu hoffen, dass die im Gesetz verankerte Evaluierung zu dem Ergebnis kommt, dass dieser tiefe Einschnitt in die Privatsphäre gemessen an Erfolgen und Resultaten der Maßnahme nicht gerechtfertigt ist.

Im Berichtszeitraum hat das Jahr 2007 unter dem Eindruck der Programmdebatte gestanden. Die ASJ hat sich in die Debatte eingebracht, einige Anträge erfolgreich durchbringen können und ist mit dem Hamburger Programm durchaus zufrieden. Der Hamburger Parteitag im Herbst 2007 war insofern erfolgreich. Im Programm gibt es eine Fülle von Perspektiven, die aktuell im politischen Tagesgeschäft schon wieder unterzugehen drohen. So hatte die große Koalition 2008 beschlossen, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu polizeilichen Zwecken im Wege der Amtshilfe gesondert verfassungsrechtlich zu verankern. Die ASJ hat darin den ersten Schritt zur Aufhebung der Trennung zwischen Polizei und Militär erkannt und gemeinsam mit Teilen der Bundestagsfraktion und des Landesverbands Hamburg dagegen Front gemacht. Dabei war die klare Position des Hamburger Programms sehr hilfreich; das Vorhaben wurde einstweilen aufgegeben.

Der Bundesausschuss im Frühjahr 2007 fand in Bremen statt; der im Herbst gemeinsam mit dem Gustav-Radbruch-Forum in Göttingen. Das Gustav-Radbruch-Forum setzte sich tiefgehend mit der Problematik von Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht und deren Verbindlichkeit auseinander. Die ASJ ist erfreut, dass vor der Sommerpause 2009 der Entwurf von Joachim Stünker zu diesem Thema tatsächlich fraktionsübergreifend eine breite Mehrheit im Bundestag gefunden hat.

Im Frühjahr 2008 kam der Bundesausschuss in Berlin zusammen und befasste sich

nach längerer Zeit wieder schwerpunktmäßig mit der Thematik der Schaffung eines Arbeitsgesetzbuches. Es wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem DGB, der Bundestagsfraktion und Vertretern des BAG zu bilden, um die Möglichkeiten der ASJ in diesem Bereich auszuloten und ggf. Einfluss auf ein künftiges Regierungsprogramm zu nehmen.

Die ASJ Bundeskonferenz im Juni 2008 in Nürnberg fand im engen Zusammenhang mit dem Zukunftskonvent der Partei statt, an dem sich die ASJ mit einer arbeitsrechtlichen Veranstaltung beteiligte. Auf der Konferenz wurde Harald Baumann-Hasske in seinem Amt als Vorsitzender der ASJ bestätigt; Stellvertreterin blieb Anke Pörksen, weiterer Stellvertreter wurde – nach Ausscheiden von Antje Draheim – Stephan Kassel. Nach der neuen Richtlinie des Parteivorstandes war es möglich, den Vorstand zu erweitern, wovon die ASJ zurückhaltend Gebrauch machte und ein zusätzliches Beisitzer-Mandat vergab. Als Beisitzerinnen bestätigt wurden Angela Kolb und Gabriele Krater; neu hinzu kamen Gisela Becker, Arne Schneider und Tonio Walter. Unser langjähriges Vorstandsmitglied Joachim Teubel verließ den Vorstand. Schwerpunkt der Debatte waren Anträge zur Gewaltkriminalität von Jugendlichen; sie wurden dem Vorstand zur weiteren Bearbeitung überwiesen und mündeten in ein Positionspapier, das seit Frühjahr 2009 vorliegt und nun in der Partei breit diskutiert wird.

Der Bundesausschuss im Herbst 2008 fand in Hamburg zusammen mit dem Gustav-Radbruch-Forum statt. Der Bundesausschuss befasste sich mit dem „Hamburger Modell“ der ASJ Hamburg zur Juristenausbildung im Zeitalter von Bachelor und Master. Das Gustav-Radbruch-Forum unter Beteiligung der Bundesministerin für Justiz, Brigitte Zypries, befasste sich mit der Problematik

„Gefährdete und gefährdende Kinder und Jugendliche“. Viele Praktiker kamen zu Wort und gaben einen aufschlussreichen Einblick in ihre tägliche Arbeit im Umgang mit Problemkindern.

Zum Bundesausschuss im Frühjahr 2009 in Magdeburg wurde ein Papier zum Arbeitsrecht erarbeitet, das dem Parteivorstand für die Verarbeitung im Regierungsprogramm für die Bundestagswahl vorgelegt wurde. Für den Herbst 2009 ist ein Gustav-Radbruch-Forum

in Regensburg über Fragen der Auslandseinsätze der Bundeswehr, insbesondere in Afghanistan, vorgesehen.

Auch die Vernetzung der ASJ in Europa wurde im Berichtszeitraum vorangetrieben. Im November 2007 wurde eine erste Fachkonferenz in Wien zu den Themen Public Private Partnership und öffentliche Daseinsvorsorge, Perspektiven des Reformvertrages von Lissabon, Entwicklungen im Europäischen Zivilrecht und Vollstreckungsrecht ver-

anstaltet. Im Dezember 2009 gab es im Rahmen der Versammlung der SPE in Madrid die Anerkennung des EUSONET als Arbeitsgemeinschaft der SPE und eine Veranstaltung zur jüngsten Rechtsprechung des EUGH und deren Einfluss auf die Arbeitnehmerrechte. Die Veranstaltungsreihe wird Anfang 2010 fortgesetzt; bis dahin sollen auch die Strukturen der neuen europäischen Arbeitsgemeinschaft vertieft werden.

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)

Unsere Richtung: Links! – Der Kampf hat begonnen. Die Alternative: Soziale Gerechtigkeit!



Die Arbeit der Jusos stand im Jahr 2007 unter dem Motto „Unsere Richtung: Links“ und 2008 unter den Motto „Der Kampf hat begonnen. Die Alternative: Soziale Gerechtigkeit!“.

Wir haben in diesen beiden Jahren die politische Arbeit des Bundesverbands erfolgreich vorangebracht, über ein vielfältiges Angebot von Publikationen und ein breit gefächertes Veranstaltungsprogramm ist es uns gelungen, die Zielgruppe der Jugendlichen zu

erreichen und sie für unterschiedliche politische Themenfelder zu begeistern.

Im Mittelpunkt standen dabei die linke Ausrichtung des Verbandes und der Einsatz für eine gerechtere, menschlichere und solidarische Gesellschaft, in der reale Chancengleichheit existiert. Nicht zuletzt die positive Mitgliederentwicklung macht deutlich, dass der Bundesverband attraktive Wege der politischen Bildung und Werbung gefunden hat. Durch unsere Themenvielfalt gelang es da-

bei, viele unterschiedliche Interessen von politisch interessierten jungen Menschen abzudecken.

Besonders hervorzuheben für 2007 sind die Aktionen des Jugendverbandes im Bereich der Gleichstellungs-, der Bildungs- und der Integrationspolitik sowie im Kampf gegen Rechtsextremismus. Auch internationale Themen, wie der G8-Gipfel in Heiligendamm, wurden in der Arbeit des Verbandes aufgegriffen.

2008 konzentrierte sich unsere Arbeit auf die Themenfelder Gute Arbeit, Öffentliche Daseinsvorsorge und erneut auf den Kampf gegen Rechts. Außerdem haben wir den Dialog zu den sozialen Bewegungen und zu den dort engagierten Jugendlichen über den Kongress: „Was ist heute links?“ im Juni 2008 intensiviert.



Bildungsarbeit / Schulungen

Die politische Jugendbildung im klassischen Sinn steht vor diversen Herausforderungen: Die zeitliche Belastung der Zielgruppe in Schule, Ausbildung und Universität ist in den letzten Jahren noch größer geworden, das entsprechende Zeitbudget wird immer kleiner. Darum haben wir das „klassische“ Wochenendseminar von Freitag bis Sonntag durch 2-Tagesseminare ergänzt. Durch die Verkürzung der Semindauer muss sich die inhaltliche Ausrichtung der Bildungsmaßnahmen nicht qualitativ verschlechtern. Die Erfahrung des Juso-Bundesverbandes ergab vielmehr, dass hier durch eine konzentrierte Ausrichtung auf Seminarziele weiterhin gute inhaltliche Arbeit geleistet wurde.

Methodisch werden immer höhere Ansprüche an die SeminarleiterInnen gestellt. Um qualifiziert geschulte SeminarleiterInnen auszubilden, hat der Juso-Bundesverband mittlerweile die Ausbildung von SeminarleiterInnen professionalisiert und fördert geeignete Mitglieder gezielt.

Für den Juso-Bundesverband erwies sich im vergangenen Jahr vor allem die Mischung aus kleineren Seminaren und größeren Konferenzen als gewinnbringend. Während in kleineren Seminaren die gezielte Förderung einzelner gelang, brachten größere Veranstaltungen, die oftmals flankierend organisiert wurden, eine breitere Diskussion in Gang. Die Diskussionsergebnisse der Großveranstaltungen konnten später wiederum in die weitere Arbeit eingebracht werden. Diesen Weg wird der Juso-Bundesverband deshalb auch in Zukunft weiterverfolgen.

Großveranstaltungen

Die große Resonanz auf die drei Großveranstaltungen im Jahr 2008, der Kongress Gute Arbeit, der Kongress Soziale Bewegungen und das Sommercamp, haben zu der Erkenntnis geführt, dass Jugendliche offensichtlich ein großes Bedürfnis haben, an größeren Veranstaltungen teilzunehmen. Sicherlich spielt auch das kulturelle Rahmenprogramm und die Atmosphäre „etwas zusammen zu bewegen“, eine entscheidende Rolle für die überraschend gute Akzeptanz. Vor allem noch junge TeilnehmerInnen im Alter von 16 bis 22 Jahren nahmen teil, während die anderen bis 26 eher zu den Arbeitstagen führen.

Der Kongress Soziale Bewegung im Juni 2008 diente der Vernetzung und dem gemeinsamen Austausch mit VertreterInnen von sozialen Bewegungen. Neben FriedensaktivistInnen im Kampf für Abrüstung suchten wir auch den Dialog mit Aktiven der neuen Feminismusbewegung und der Umweltverbände.

Internationales

Das Jahr 2007 war unter anderem geprägt durch die Auseinandersetzungen zum G8-Gipfel in Heiligendamm. Uns beschäftigte die Frage, welche Antworten die Politik auf die Globalisierung finden und wie eine soziale globale Weltordnung aussehen kann.

Um die Protestbewegung gegen den G8-Gipfel zu unterstützen und für das Thema Aufmerksamkeit zu erzeugen, wurde die Klappkarte: „Schritte in eine gerechte Weltordnung“ produziert. Darin machen wir deutlich, dass einer Privatisierung öffentlicher Güter wie der Gesundheit und der Bildung weltweit der Kampf angesagt werden muss. Gleichzeitig müssen die Industrienationen



dafür sorgen, dass eine langfristige Entschuldigspolitik greift, um den ärmeren Ländern und ihren Einwohnern wieder eine Lebensperspektive zu bieten.

Konkrete internationale Veranstaltungen gab es in beiden Jahren in großer Zahl. Zu nennen wäre hier für 2007 vor allem das IUSY100 in Berlin, die Festveranstaltung zum 100-jährigen Jubiläum der International Union of Socialist Youth (IUSY) mit 1.500 internationalen Gästen aus der ganzen Welt, bei der die Jusos gemeinsam mit den Falken als Gastgeber auftraten. 2008 fand das ECOSY Sommercamp in Carpentras (Frankreich) statt, eine Juso-Delegation war in diesem Jahr zu Besuch bei der Kommunistischen Jugend Chinas.

In beiden Jahren fanden insgesamt mehrere Dutzend internationale Begegnungen statt, durchgeführt von Juso-Gliederungen und dem Juso-Bundesverband, so u.a. 2008 die Teilnahme einer Juso-Delegation am Gründungskongress der PT-Jugend in Brasilien und 2007 die Fahrt einer Juso-Delegation zur Jahreskonferenz des Willy-Brandt-Centers in Jerusalem.

Bildungspolitik

Einer der Hauptschwerpunkte der Arbeit des Juso-Bundesverbandes lag 2007 im Bereich der Bildungspolitik, in diesem Themenfeld wurden verschiedene Arbeitstagen angeboten. Wichtig war für uns zu betonen, dass kaum ein Bildungssystem auf der Welt so se-

lektiv ist wie das deutsche. Kinder aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund sind im deutschen Bildungssystem doppelt benachteiligt: zum einen sind sie es, die überproportional häufig die Hauptschule besuchen und dort nicht ausreichend gefördert werden. Zum anderen verfügen sie durch die frühe Selektion im Bildungssystem überhaupt nicht über die Möglichkeit, gleichberechtigt auf dem Ausbildungsmarkt aufzutreten.

Sowohl im Februar als auch im Mai stand in den Arbeitstagen „Berufsfeldorientierung“ die Zukunft der beruflichen Bildung im Mittelpunkt. Über 60% aller Ausbildungsplatzsuchenden eines Jahrganges sind Jugendliche, die bereits im Jahr zuvor vergeblich einen Ausbildungsplatz gesucht haben oder in Warteschleifen „zwischengeparkt“ wurden. Diese Bugwelle wird Jahr für Jahr weiter vor sich hergeschoben, ohne dass eine Perspektive entwickelt wurde, wie sie abgebaut werden könnte.

Gute Arbeit und öffentliche Daseinsvorsorge

Für uns Jusos war „Gute Arbeit und Ausbildung“ 2008 ein zentrales Thema, das entsprechende Themenfeld haben wir dabei sehr vielseitig transportiert. Mit einem Kongress im April haben wir Jugendliche in Bochum zusammengebracht, die Forderungen und Materialien zum Themenkomplex erarbeiteten. Neben drei bunt gestalteten Themenfly-

ern (Gegen Leiharbeit, Für höhere Löhne, Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt) wurde auch eine Postkarte: „Für eine bessere Ausbildung!“ gedruckt.

Die derzeitige Beschäftigungssituation zeichnet in vielen Bereichen ein deprimierendes Bild. Hohe Arbeitslosigkeit insbesondere auch unter jungen Menschen, zu wenige Ausbildungsplätze für SchulabgängerInnen, weniger unbefristete Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit, steigender Druck auf die Beschäftigten und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind einige Kennzeichen der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Unter den schlechten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sind vor allem Jugendliche die Leidtragenden. Unseren Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen für junge Beschäftigte haben wir mit Hilfe einer Kampagne: „Für Gute Arbeit und Ausbildung!“ Ausdruck verliehen.

Das zweite Schwerpunktthema unserer Arbeit 2008 war der Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge. Im Zuge der Diskussion um eine mögliche Bahnprivatisierung war es uns wichtig herauszustellen, dass der Staat die Verantwortung dafür trägt, dass alle am öffentlichen Leben teilhaben können. Gerade für junge Menschen ist es enorm wichtig, auf kostengünstige öffentliche Einrichtungen zurückgreifen zu können.

Gleichstellung

Während unserer Veranstaltungen wurde Gender-Mainstreaming als Querschnittsaufgabe begriffen. Dies führte insofern zu positiven Ergebnissen, als so auch junge Menschen, die der Gleichstellungspolitik im klassischen Sinne eher kritisch gegenüberstehen, mit diesem wichtigen Politikfeld in Berührung gebracht werden konnten. So konnte eine weitere Sensibilisierung im Verband für dieses wichtige Thema erreicht werden.

Im März 2007 wurde eine Frauenkonferenz durchgeführt, die ganz im Sinne von „Frauen fördern Frauen!“ stand. Dabei ging es ebenso um die Diskussion gleichstellungspolitischer Themen wie um die Frage, wie die (leider noch viel zu wenigen) Frauen in Führungspositionen andere junge Frauen im Sinne eines Frauen-Netzwerkes fördern könnten.

Kampf gegen Rechtsextremismus

Ein wichtiger Punkt der Arbeit des Verbandes war und ist der Kampf gegen Rechtsextremismus: Aktivitäten gegen jede Form von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus sind zum festen Bestandteil unserer politischen Arbeit geworden.

Wir sehen uns mit der zivilgesellschaftlichen Herausforderung konfrontiert, dass das rechtsextreme Potential in unserer Gesellschaft leider viel höher ist, als selbst die schon erschreckenden Wahlergebnisse von NPD und DVU in mehreren Bundesländern aussagen. Alltagsrassismus und Wohlstandschauvinismus sind bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen. Eine besondere Gefahr stellen auch rechtsextreme Burschenschaften dar. Durch diese Organisationen versuchen oft rechtsextreme Akademiker junge Studierende mit völkischer Gesinnung in einflussreiche Positionen zu bringen.

Rechtsextremismus ist daher für uns kein Phänomen, das sich allein in Gewalttaten äußert, sondern auch immer mehr in den Köpfen der Menschen verankert ist. Daher haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, woraus diese Einstellungen resultieren, wie Vorurteile bekämpft und wie die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts gestärkt werden kann.

Maßnahmen im Kampf gegen Rechts waren auch sowohl 2007 als auch 2008 Thema auf unseren Arbeitstagen. Wie wir Schülerinnen und Schüler vor dem rechten Sog schützen können, was im Internet unternommen werden kann und wie verhindert wird, dass Rechtsextreme in soziale Einrichtungen vordringen, standen zur Diskussion. Ein Button mit dem Slogan: „Schöner leben ohne Nazis!“ wurde zur Flankierung des Themas produziert.

Der Kampf gegen Rechts wurde auf einem Seminar im Oktober 2007 ganz praktisch vollzogen. Mit einem riesigen Banner: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ wurde von den Beteiligten ein Aufmarsch von Neonazis in Hamburg verhindert. Auf dem Seminar spielten die Möglichkeiten der Politik im Kampf gegen Rechts

sowie die Frage nach einem erneuten NPD-Verbotsverfahren eine große Rolle. Außerdem wurde ein Broschüre: „Entgegen treten – aktiv gegen Rechts“ produziert, um möglichst viele interessierte Jugendliche zu erreichen.

Materialien

Wie auch in den vergangenen Jahren veröffentlicht der Juso-Bundesverband neben zahlreichen Einzelmaterialien wie Flyern, Plakaten und Broschüren auch weiterhin die regelmäßig erscheinenden Publikationen. Mit der sechsmal jährlich erscheinenden Verbandszeitschrift „Update“ informiert der Bundesverband seine Mitglieder über aktuelle Positionen, anstehende Termine oder neue Materialien. Hier erhalten auch die Landes- und Bezirksverbände Platz für die Berichterstattung über ihre Arbeit vor Ort und ihre internationalen Begegnungen. Viermal jährlich erscheinen die „Argumente“, welche mit wissenschaftlichen Texten als Argumentationshilfe für unsere Verbandsmitglieder dienen sollen. Beide Publikationen haben die Themensetzung 2007 und 2008 flankiert und einzelne Themenschwerpunkte mit Artikeln aufgegriffen und vertieft.

Verändertes Medienverhalten

Nicht zu übersehen war die wachsende Bedeutung des Internets für die politische Jugendarbeit. Jugendliche verbringen mittlerweile mehr Zeit im Netz als vor dem Fernseher oder mit dem Lesen von Zeitungen. Das Internet ist das neue Leitmedium für die Jugend. Erst langsam stellt sich die Politik darauf ein. Als Jusos haben wir bemerkt, dass wir cross-medial agieren müssen, d.h. sowohl mit traditionellen Text-flyern als auch über das Internet. In Zukunft

Jusos in der SPD

BUNDESVORSITZENDE DER JUSOS:

Franziska Drohsel (seit 2007)

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERIN:

Katrin Münch (seit 2007)

STELLV. VORSITZENDE:

Simone Burger

Michael Clivot

Ralf Höschele

Martin Margraf

Sonja Pellin

Thilo Scholle (bis Juni 2009)

Katie Baldschun (bis Juni 2009)

Jan Schwarz (bis Juni 2009)

Jendrik Schröder (bis Juni 2009)

Gudrun Hofmann (bis Juni 2009)

KOOPTIERTE MITGLIEDER:

IUSY-VizepräsidentIn:

Cordula Drautz (seit November 2007)

ECOSY-VizepräsidentIn:

Simone Burger (bis Mai 2007)

Nils Hindersmann (ab Mai 2007)

Vertreterin der Hochschulgruppen:

Ninja Schmiedgen

wird der politische Austausch im Netz eine noch größere Rolle spielen.

Die politische Jugendarbeit muss sich auf das neue Medienverhalten der Jugendlichen einstellen: Die neuen Medien und das Web 2.0 stellen keine Gefahr dar, sondern bieten vielmehr die Chance für eine größere Partizipation. Politische Entscheidungsprozesse können so viel transparenter dargestellt werden.

Online-Aktionen oder Online-Petitionen wurden von uns ab 2008 als neues Instrument eingesetzt und sehr gut angenommen. Weiterhin erwies es sich für den Juso-Bundes-

verband als nützlich, dass durch die flächen-deckende Vertretung von kommunalen Juso-Strukturen die Möglichkeit besteht, mittels MultiplikatorInnen bundesweit die eigenen Veranstaltungen auch jenseits klassischer Medienkanäle bekannt zu machen. Daneben wurde vom Bundesverband ein zentraler Newsletter-Verteiler eingerichtet, mit dem ebenfalls Interessierte von unseren Veranstaltungen erfahren sollen.

Bei der Werbung für unsere Veranstaltungen machte sich bemerkbar, dass neben der weiterhin notwendigen klassischen Bewer-

bung über Printmaterialien (eigene Zeitschriften, Flyer, Postkarten) auch das Internet eine immer größere Rolle spielt. Vor allem bei der administrativen Abwicklung der Veranstaltungen wie der Organisation von Anmeldungen, sowie zur kurzfristigen Kampagnenwerbung erwies sich das Internet als unverzichtbares Instrument.

Es wird auch in Zukunft darauf ankommen, die zur Verfügung stehenden medialen Möglichkeiten effektiv einzusetzen, sich neuem Medienverhalten zu öffnen und Synergieeffekte zu nutzen.

Juso-Hochschulgruppen

35 Jahre Kampf für demokratische und soziale Hochschulen

Die Juso-Hochschulgruppen sind die Vertretung der Jusos und der SPD an den Hochschulen. Mit mehr als 70 aktiven Gruppen im gesamten Bundesgebiet repräsentieren und gestalten die Juso-Hochschulgruppen die Sozialdemokratie im studentischen Umfeld.

Das Engagement reicht von der Vertretung in akademischen und studentischen Gremien über Beratungs- und Serviceangebote bis hin zu Veranstaltungen rund um hochschul- und bildungspolitische Themen. Dabei verstehen sich die Juso-Hochschulgruppen als politische Akteure im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und lassen sich daher in ihren Aktivitäten nicht auf diese Themenbereiche beschränken.

Mit der Veranstaltungsreihe „Hochschuldialoge – Globalisierung und Soziale Demokratie“ wurde die Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD prominent an die Hochschulen getragen. Nach zwei erfolgreichen Diskussionsveranstaltungen mit Kurt Beck an der Universität Bonn und mit Peer Steinbrück an der TU Berlin, fanden im Sommer 2007 Veranstaltungen mit Frank-Walter Steinmeier in Potsdam und mit Hubertus Heil in Tübingen statt.

In der traditionsreichen Reihe der Arbeitshefte der Juso-Hochschulgruppen erschienen zwei neue Bände: die Nummer 107 unter dem Titel „Gerechte (Un)gleichheiten? Politik im Spannungsfeld von Gleichheit und Gerechtigkeit“ im Juli 2007 und im März 2009 die Ausgabe 108 unter dem Titel „Was ist heute rechts? Die politische Rechte zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“.

Unter dem Motto „Ihr macht gute Arbeit!“ hat der Bundesverband der Juso-Hochschulgruppen im Jahr 2008 eine Kampagne durchgeführt, um die Situation studentischer Beschäftigter an Hochschulen zu verbessern.

Mit Materialien, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen an Hochschulen wurde für die Probleme dieser Gruppe sensibilisiert und Aufmerksamkeit für deren Anliegen erzeugt.

Thematische Schwerpunkte der Arbeit des Bundesverbandes bildeten darüber hinaus die Zukunft der Studienfinanzierung, die Umsetzung und Entwicklung des Bologna-Prozesses, die Debatte um die Tätigkeit und Organisationsform der Studierendenwerke, die soziale Öffnung der Hochschulen und der Kampf gegen Rechts.

Auf dem Bildungspolitischen Kongress, der im Juni 2007 gemeinsam mit der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion durchgeführt wurde, ging es um neue Bildungswege. Im Jahr 2008 diskutierten rund 80 TeilnehmerInnen unter dem Titel „Mehr Demokratie wagen?! Die soziale Öffnung der Hochschulen gestern und heute“ über Hochschulzugang, Exzellenzinitiative und Studienfinanzierung. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde auch der 35. Geburtstag des Verbands gefeiert. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil würdigte die Arbeit des Studierendenverbands und sicherte den Juso-Hochschulgruppen auch für die Zukunft die Unterstützung der Parteispitze zu.

Die politische Bildungsarbeit des Verbandes fand maßgeblich auf den regelmäßig stattfindenden Seminarwochenenden statt. Hier wurden den Aktiven vor Ort inhaltliche Kompetenzen zu wichtigen bildungspolitischen Fragestellungen sowie die für die Arbeit vor Ort und im Verband notwendigen rhetorischen und technischen Fähigkeiten vermittelt.

Seit dem Jahr 2006 ergänzt eine „Sommer-schule“ das Veranstaltungsprogramm der Juso-Hochschulgruppen. Im Jahr 2007 dis-

kutierten ca. 60 TeilnehmerInnen über den Themenschwerpunkt „Hochschulen im Wettbewerb“, im Jahr 2008 widmete sich die Veranstaltung den Themen „Stark gegen Rechts“ und „Soziale Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen“.

Personalien

BUNDESVORSTAND:

Juni 2006–November 2007:

Eva Kittel
Kai Ostholthoff
Verena Seeger
Hilla Staib
Martin Timpe
Sascha Vogt
Julian Zado

November 2007 – November 2008:

Doris Aschenbrenner
Christian Berg
Thorsten Dikmann
Katharina Flechsig
Mike Josef
Cendresa Sadiku
Julian Zado

Seit November 2008:

Erkan Ertan
Florian Hillebrand
Jan Krüger
Marie-Christine Reinert
Kerstin Rothe
Carola Rühling
Ninja Schmiedgen

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRUNG:

Ernest Hammerschmidt
(Januar 2007–Mai 2008)
Martin Timpe (seit Mai 2008)

**V. Kommissionen,
Foren, Projektgruppen,
Gesprächskreise,
Beiräte, Sonstige**

07/08

Bundesschiedskommission

Die Bundesschiedskommission hat in den Jahren 2007–2008 insgesamt 10 Verfahren bearbeitet:

- 5 Parteiordnungsverfahren
- 2 Statutenstreitverfahren
- 1 Wahlanfechtungsverfahren
- 2 nicht zuzuordnende Verfahren

Die fünf Parteiordnungsverfahren richteten sich jeweils gegen ein Parteimitglied.

Die Bundesschiedskommission hat wie folgt entschieden:

- In einem Verfahren wurde das Verfahren nach Rücknahme der Berufung eingestellt.
- In einem Verfahren wurde die Berufung aus formellen Gründen als unzulässig verworfen. Der Antragsteller hatte die Berufung entgegen der Erfordernis der §§ 26 Abs. 3 Satz 2, 25 Abs. 2 Satz 1 SchiedsO nicht fristgerecht begründet.

■ In einem Verfahren wurde unter Zurückweisung der Berufung des Antragsgegners die Entscheidung der Landesschiedskommission geändert und der Antragsgegner aus der Partei ausgeschlossen.

■ In einem Verfahren wurde nach mündlichem Erörterungstermin unter Abänderung der Entscheidung der Landesschiedskommission die Rüge der Unterbezirksschiedskommission bestätigt. Der Antragsteller ist vor der Zustellung der Entscheidung aus der Partei ausgetreten.

■ In einem Verfahren liegt noch keine Entscheidung vor.

Gründe für die Parteiordnungsmaßnahmen waren u. a.:

Verstöße gegen die Grundsätze der Partei durch:

■ Öffentliche Unterstützung von Einzelbewerbern gemäß § 15 KWahlG im Kommunalwahlkampf gegen die offiziell nominierten Genossen für die Wahlbezirke.

■ Öffentlichkeitswirksamer Austritt aus der Fraktion unter Beibehaltung des Ratsmandates sowie Beitritt zu einem freien Zusammenschluss von Stadträten.

■ Öffentliche Kritik an der Spitzenkandidatin wenige Tage vor der Landtagswahl in einer überregionaler Zeitung, die als Aufruf verstanden werden musste, die Kandidatin nicht zu wählen.

Statistik der Bundesschiedskommission 2007–2008

(enthält alle seit 1. 1. 2007 bis Ende 2008 entschiedenen bzw. anhängigen Verfahren)

I. Parteiordnungsverfahren

Verf. Nr. (POV)	Anzahl AG	Entscheidung														
		Berufung unzulässig verworfen	Berufung zurückgewiesen	Ausschluss	Ruhen aller Rechte 3 Jahre	Ruhen aller Rechte 2 Jahre	Ruhen aller Rechte auf Tag befristet	Funktionsverbot mit Datum befristet	Funktionsverbot 1 Jahr	Ereilung einer Rüge	Aussetzung des Verfahrens	Einstellung des Verfahrens	Unzulässiger Antrag an BSK	Zurückweisung an Vorinstanz zur Sachaufklärung	Zurücknahme der Berufung, Entscheidung LSK unanfechtbar	noch nicht abgeschlossen zum Ende Berichtszeitraum (31. 12. 2008)
3/2007/P	1											X (Nach Rücknahme der Berufung)				
1/2008/P	1	X (Wegen nicht fristgem. Begründung)														
3/2008/P	1		X (Entscheidung wird abgeändert)	X												
4/2008/P	1									X (Entscheidung der LSK abgeändert und Berufungen der Beteiligten gegen die Entscheidung der UB-Schiedskommission zurückgewiesen – danach Partei-austritt)						
6/2008/P	1															X
5	5	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1

KOMMISSION

BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

- Verstoß gegen § 6 Abs. 1c OrgSt. wegen unzulässiger Einzelkandidatur gegen einen bereits vorher im örtlichen SPD-Ortsverein nominierten Bürgermeisterkandidaten.
- Verhalten bei der Wahl der Dezenten sowie Rückstände aus Mandatsträgerbeiträgen; anhängige Strafverfahren wegen Veruntreuung von Geldern.

In den zwei Statutenstreitverfahren ging es um:

- die Berechnung des Delegiertenschlüssels für eine Juso-Landesdelegiertenkonferenz, in welcher Jusos ohne Parteibuch nicht in die Bemessungsgrundlage der Delegiertenberechnung einbezogen wurden, sowie um die unkorrekte Abhandlung des Antragsbuches.
- den Widerspruch gegen einen Unterbezirksbeschluss zur Neugliederung eines Ortsvereins.

In dem einem Wahlanfechtungsverfahren wurde das Rechtsmittel als unzulässig verworfen.

Grund hierfür war:

- Die Landesschiedskommission hat die Berufung zur Bundesschiedskommission nicht zugelassen, da keine grundsätzliche Bedeutung vorliegt.

In den zwei nicht zuzuordnenden Verfahren wurde das Rechtsmittel bzw. der Antrag als unzulässig verworfen.

- In dem einen Verfahren wurde die beantragte Aufhebung des gegenüber den Antragsstellern ausgesprochenen Hausverbotes der Teilnahme am Bundesparteitag für unzulässig erklärt, da die Bundesschiedskommission nur in den im Organisationsstatut i.V.m. der Schiedsordnung und der Wahlordnung vorgesehenen Verfahren zuständig ist.

- In dem anderen Verfahren wurde die „Beschwerde“ der Antragsstellerin als unzulässig verworfen, da diese sich gegen eine bloße Auskunft der Rechtsstelle richtete.

Schulungen der Schiedskommissionen:

Im Zeitraum 2007/2008 fanden in Mecklenburg-Vorpommern, Magdeburg und Berlin Schulungen für die Mitglieder von Schiedskommissionen statt.

II. Statutenstreitverfahren						
Verf. Nr. (Statutenstreitverfahren)	Entscheidung					
	Berufung unzulässig verworfen	Berufung zurückgewiesen	Einstellung	Berufung zurückverwiesen an Vorinstanz zur weiteren Sachaufklärung	Zitierte Entscheidung	nicht abgeschlossenes Verfahren am 31. 12. 2008
1/2007/St.		X (Vorinstanz: Antrag ist zulässig, aber unbegründet.)				
2/2008/St.		X			Die Berufung gegen die Entscheidung der LSK wurde mit folgender Maßgabe zurückgewiesen: Die Beschlüsse des Vorstandes, die eine Neugliederung des OV betreffen, sind unwirksam.	
2	0	2	0	0	1	0

III. Wahlanfechtungsverfahren						
Verf. Nr. (Wahlanfechtungsverfahren)	Entscheidung					
	Berufung unzulässig verworfen	Berufung zurückgewiesen	Einstellung	Berufung zurückverwiesen an Vorinstanz zur weiteren Sachaufklärung	Zitierte Entscheidung	nicht abgeschlossenes Verfahren am 31. 12. 2008
2/2008/St.		X			Das Rechtsmittel gegen die Entscheidung der LSK wurde von der LSK nicht zugelassen.	
1	1	0	0	0	1	0

IV. Nicht zuzuordnende Verfahren						
Verf. Nr. (Nicht zuzuordnende Verfahren)	Entscheidung					
	Antrag wurde als unzulässig verworfen	Antrag wurde zurückgewiesen	Einstellung	Zitierte Entscheidung	nicht abgeschlossenes Verfahren am 31. 12. 2008	
4/2007	X (wegen Unzuständigkeit)					
5/2008	X (wegen Unzuständigkeit)					
2	2	0	0	0	0	0

Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

Der Schwerpunkt der Arbeit der Grundwertekommission lag im Jahr 2007 auf der Mitarbeit am neuen Grundsatzprogramm, das der Hamburger Parteitag im Herbst beschloss. Die Kommission hatte im Herbst 2006 mit ihren „Stellungnahmen zur aktuellen Grundsatzprogrammdebatte“ nicht nur eine Vorarbeit zu den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität und ihren politischen Abgrenzungen vorgelegt, sondern auch eigene inhaltliche Akzente zu den Themen „Globalisierung“, „Energie- und Rohstoffsicherheit – Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts“, „Gute Arbeit für alle“, „Europa“, „Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik“ gesetzt. Wolfgang Thierse, war federführend für das Grundwerte-Kapitel des „Bremer Entwurfs“. Elf Mitglieder der Kommission waren entweder ordentliche Mitglieder der Programmkommission, bzw. als Beratende Mitgliedern in die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm einbezogen.

Im Jahr 2008 hat sich die Grundwertekommission in mehreren Sitzungen mit der Erarbeitung einer Stellungnahme zur Debatte um ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ als „Königsweg“ der sozialen Sicherung befasst. Das „Bedingungslose Grundeinkommen“ wird in der Öffentlichkeit immer wieder als die Lösung für viele Probleme des bundesdeutschen Sozialstaats propagiert, sowohl zum vorsorgenden Sozialstaat, zu dem sich das Hamburger Programm bekennt, als auch

als Antwort auf das vermeintliche Ende der Arbeitsgesellschaft. Die Grundwertekommission vertritt nach Abwägung der verschiedenen Argumente die Meinung, dass die Erwartung, das „Bedingungslose Grundeinkommen“ könne sich als „Königsweg“ der Sozialpolitik erweisen, auf dem mehr oder weniger alle sozialpolitischen Herausforderungen „auf einen Streich“ gemeistert werden können, in die Irre führt. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft und der damit verbundenen sozialen

Risiken mehr erfordern als die Verhinderung von Armut, sondern vor allem den Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit als die zentralen Institutionen für den sozialen Zusammenhalt. Die Stellungnahme wurde im Dezember 2008 abgeschlossen und für die Partei und Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt:

„Bedingungsloses Grundeinkommen? – Geld allein genügt nicht!“

Als Broschüre oder als Datei www.spd.de/de/pdf/2008_GWK_Grundeinkommen.pdf

Mitglieder der Grundwertekommission

VORSITZENDER:

Dr. h.c. Wolfgang Thierse, MdB

STELLV. VORSITZENDE:

Prof. Dr. Thomas Meyer;

Prof. Dr. Gesine Schwan

MITGLIEDER:

Prof. Dr. Detlev Albers (gest. 31. 5. 2008);

Dr. Sabine Groner-Weber (bis 12/08);

Prof. Dr. Ingomar Hauchler;

Dr. Gustav A. Horn;

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe;

Prof. Dr. Wolfgang Merkel;

Dr. Matthias Möhring-Hesse;

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin;

Prof. Dr. Dagmar Schiek (bis 06/2008);

Prof. Wolfgang Schroeder;

Prof. Dr. Hermann Schwengel;

Prof. Dr. Johano Strasser;

Elisabeth Vogelheim;

Prof. Dr. Rosemarie Will

KORRESPONDIERENDE MITGLIEDER:

Dr. Hans-Peter Bartels, MdB;

Hubertus Heil, MdB,

Generalsekretär der SPD;

Michael Müller, MdB, PSts BMU;

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB

BERATER:

Dr. Erhard Eppler;

Prof. Dr. Iring Fetscher;

Dr. Hans-Jochen Vogel

SEKRETÄR:

Dr. Hans Misselwitz, SPD-Parteivorstand

Historische Kommission

Demokratie, Fortschritt und Emanzipation

Die Arbeit der Historischen Kommission konzentrierte sich 2007/2008 auf die kritische Reflektion der programmatischen Entwicklung der SPD und die geschichtspolitische Deutung der deutschen Nachkriegsdemokratie im Vorfeld des Gedenkjahres 2009.

Demokratie, Fortschritt und Emanzipation als dauernde Aufgaben der SPD – damit beschäftigte sich das Historische Forum „Das Sozialdemokratische Projekt im Wandel: Zur Frage der Identität der SPD“ im Oktober 2007. Die Historische Kommission leistete damit einen Beitrag zur Debatte über das neue Grundsatzprogramm der SPD.

Grundsatzprogrammdebatten sind Gelegenheiten, sich der Bedingungen zu vergewissern, unter denen die Werte und Ziele der Sozialde-

mokratie heute verfolgt werden. Die Historische Kommission fragte mit historischer Tiefenschärfe nach den Möglichkeiten der Zähmung des Kapitalismus als einer dauernden Aufgabe und einem festen Bestandteil der Identität der Sozialdemokratie. Auch heute entwickelt die Partei wieder Kriterien des Fortschritts und der Demokratisierung Deutschlands.

Sozialdemokratische Identität hat sich erneuert in einem historischen Prozess, der auf echte Teilhabe freier Bürger an der politischen Willensbildung drängt. Konkrete Beiträge der SPD zur Emanzipationsgeschichte Deutschlands beschäftigten die Workshops für junge Historiker und Historikerinnen, die die Kommission ausrichtete. Ihre Themen: „Bildungspolitik der alten Bundesrepublik: Geschichte

der SPD in der Nachkriegsepoche“, „Regierungshandeln während der sozialliberalen Koalition (1969–1982)“, und schließlich im November 2008 ein Work-shop zur „Sozialdemokratie in den 80er Jahren“.

Das Forum „Geglückte Demokratie: 1949, 1969, 1989“ im September 2008 bereitete die sozialdemokratische Deutung der 2009 sechzig Jahre währenden Geschichte der Nachkriegsdemokratie vor. Wie die ausgewählten Daten anzeigen, konzentrierte sich die Historische Kommission auf den Beitrag der SPD zum Gelingen der westdeutschen Demokratie und zum Zusammenwachsen des geteilten Deutschlands nach 1989. Die Verankerung der Sozialstaatlichkeit im Grundgesetz, die Ostpolitik Willy Brandts und schließlich die

Modernisierung Deutschlands seit 1998 sind wichtige Bausteine eines Prozesses, der aus historischer Perspektive alles andere als selbstverständlich gewesen ist.

Wichtige geschichtspolitische Debatten der letzten Jahre sind im Berichtszeitraum abgeschlossen worden. Die Historische Kommission hat sich in die Diskussion um die lange

umkämpfte Gedenkstättenkonzeption des Bundes ebenso eingeschaltet wie beim Gedenken an Flucht und Vertreibung. Sie hat damit einen Beitrag dazu geleistet, konservativ-nationale Geschichtsdeutung nicht zur Richtschnur öffentlichen Erinnerns werden zu lassen.

Am 1. Juli 2008 verstarb Susanne Miller, die langjährige Vorsitzende der Historischen

Kommission, im Alter von 93 Jahren. Bis zu ihrem Tod war sie Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS). Als Wissenschaftlerin war Susanne Miller eine der einflussreichsten Historikerinnen der Arbeiterbewegung. Als Sozialdemokratin ist sie bis zuletzt für ihre Überzeugungen eingetreten.

Kommission Gleichstellungspolitik des SPD-Parteivorstands

Frauen- und gleichstellungspolitische Anforderungen

Der Kommission Gleichstellungspolitik gehörten im Berichtszeitraum 19 bzw. 21 Mitglieder aus Partei, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft an. Die Kommission hat über die ASF hinaus beratende Funktion im Bereich der Gleichstellungspolitik und wird vom Parteivorstand eingesetzt.

Die konstituierende Sitzung der Kommission fand unter Leitung von Elke Ferner am 14. Mai 2007 statt. Zentrales Thema der Beratungen dieser wie der folgenden Sitzungen

im Jahr 2007 war das neue SPD-Grundsatzzprogramm. Gemeinsam erreichten auf dem Hamburger Parteitag ASF und Jusos in Kooperation mit der Kommission eine Mehrheit für ein modernes Gleichstellungskapitel.

Die nach den Parteivorstandswahlen im Jahr 2008 erneut vom Parteivorstand eingesetzte Kommission Gleichstellungspolitik trat am 23. April 2008 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Im Zuge der Sitzungen im Jahr 2008 hatte die Erarbeitung der frau-

en- und gleichstellungspolitischen Anforderungen an das SPD-Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2009 oberste Priorität. Ebenso war die Unterstützung für die SPD-Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin 2009, Gesine Schwan, von großer Bedeutung für die Arbeit der Kommission im Jahr 2008. Die Kommissionsmitglieder gaben wichtige Impulse, die die inhaltliche Arbeit der Partei beeinflussten.

Mitglieder der Kommission Gleichstellungspolitik im Jahr 2008

VORSITZENDE DER KOMMISSION:

Elke Ferner, MdB
ASF-Bundesvorsitzende,
Mitglied SPD-Präsidium,
Stellvertretende Vorsitzende
der SPD-Bundestagsfraktion

WEITERE MITGLIEDER DER KOMMISSION:

Canan Bayram, MdB
Mitglied des Berliner Abgeordneten-
hauses, frauenpolitische Sprecherin,
stellvertretende ASF-Landesvorsitzende
Berlin
Malu Dreyer
Ministerin für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Familie und Frauen
Franziska Drohsel
Juso-Bundesvorsitzende
Lissy Gröner, MdEP
Frauenpolitische Sprecherin der SPE-
Fraktion im Europäischen Parlament
Christel Humme, MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-
Bundestagsfraktion, u. a. für den Bereich
Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Anne Jenter
Mitglied des GEW-Hauptvorstandes
Karin Junker
Ehemalige ASF-Bundesvorsitzende

Judith Kerschbaumer
Rechtsanwältin, Ver.di-Bundes-
verwaltung, Bereichsleitung
Sozialpolitik/Gesundheitspolitik

Dr. Christina Klenner
WSI – Referat Frauen-
und Geschlechterforschung

Dr. Gerlinde Kuppe
Ministerin für Gesundheit und Soziales
des Landes Sachsen-Anhalt

Caren Marks, MdB
Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie,
Senioren, Frauen und Jugend
der SPD-Bundestagsfraktion

Hilde Mattheis, MdB
Mitglied des SPD-Parteivorstandes,
Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion,
Berichterstatlerin für Pflegepolitik

Claudia Menne
Leiterin des Bereiches Gleichstellungs-
und Frauenpolitik des DGB-Bundes-
vorstandes

Dr. Judith Pauly-Bender, MdL
Frauenpolitische Sprecherin
SPD-Landtagsfraktion Hessen

Brigitte Pleß
ASF-Landesvorsitzende Mecklenburg-
Vorpommern, Referatsleiterin für Arbeit

und Soziales, Gesundheit, Familie
und Senioren Vertretung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern beim Bund
Ingelore Rosenkötter

Senatorin für Senatorin für Arbeit,
Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
der Freien Hansestadt Bremen, Senats-
kommissarin für die Verwirklichung der
Gleichberechtigung der Frau
Sabine Smentek

Aufsichtsratsvorsitzende der
WeiberWirtschaft eG
(Gründerinnenzentrum) Berlin

Dr. Barbara Stiegler
Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen-
und Geschlechterpolitik in der Abteilung
Wirtschafts- und Sozialpolitik der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Inge Wettig-Danielmeier
Ehemalige ASF-Bundesvorsitzende/
ehemalige Schatzmeisterin der SPD

BERATENDES MITGLIED:

Prof. Barbara Schwarze
Vorsitzende des Kompetenzzentrums
Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V.

HAUPTAMTLICHE MITARBEITERIN:

Britta Erfmann
SPD-Parteivorstand, Referat Frauen/ASF

Kommission Kinderarmut

Gleiche Lebenschancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen

Die Kommission wurde vom SPD-Parteivorstand am 5. November 2007 mit dem Ziel eingesetzt, ein sozialdemokratisches Konzept zur Verbesserung der Lebenschancen aller Kinder und zur Bekämpfung der Kinderarmut zu entwickeln. Sie hat bereits im Januar 2008 einen ersten Zwischenbericht ihrer Arbeit und schließlich im Juni 2008 den „Aktionsplan für gleiche Lebenschancen. 10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut“ vorgelegt, der vom Präsidium der SPD beschlossen wurde. Er bündelt konkrete Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut, zu denen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam verpflichten:

1. Wir schaffen flächendeckend Netzwerke für gesundes Aufwachsen
2. Wir wollen für alle Kinder ein gesundes Mittagessen bereitstellen

3. Wir bauen Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren aus
4. Wir verbessern die Betreuungsqualität
5. Wir garantieren gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis einschließlich zur Hochschule
6. Wir werden gleiche Bildungschancen schaffen
7. Wir wollen den Familienleistungsausgleich gerechter gestalten und mehr Mittel gezielt für Familien mit Kindern investieren
8. Wir leiten die Regelsätze stärker vom Bedarf ab und werden den Schulmittelbedarf besser abdecken
9. Wir kämpfen weiter für Kinderrechte im Grundgesetz
10. Als gesamtstaatliche Aufgabe schlagen wir die Einberufung einer Nationalen Kinderkonferenz vor

Die Kommission Kinderarmut hat damit zugleich in einem zentralen Handlungsfeld die Erarbeitung des SPD-Regierungsprogramms für die Bundestagswahl 2009 inhaltlich umfassend vorbereitet.

Veranstaltung

Konferenz „Das Soziale Deutschland. Kinderarmut bekämpfen.“
am 16. Juni 2008 im Willy-Brandt-Haus
Referenten und Diskussionsteilnehmer:

(Panel I: Transferleistungen verbessern – Familien und Kindern direkt helfen) Olaf Scholz, Wolfgang Jüttner, Dr. Irene Becker, Nicolette Kressl, Heiko Maas, Michael Sommer;

Mitglieder der Kommission Kinderarmut

LEITUNG:

Wolfgang Jüttner

MITGLIEDER:

Prof. Dr. Jutta Allmendinger

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Prof. Dr. Gerhard Bäcker

Gerhard-Mercator-Universität Duisburg,
Institut für Soziologie

Irene Becker

Dr. Uwe Becker

Dr. Heide-Rose Brückner

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Malu Dreyer, MdL

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Familie und Frauen, Ministerin

Martin Dulig, MdL

SPD-Landtagsfraktion Sachsen,
Vorsitzender

Franz Einhaus, Landrat

Elke Ferner, MdB

SPD-Parteivorstand, Vorsitzende ASF

Dr. Birgit Fix

Deutscher Caritasverband,

Petra Fuhrmann, MdL

SPD-Landtagsfraktion Hessen

Kerstin Griese, MdB

SPD-Bundestagsfraktion

Gerd-Jürgen Häuser

Bundesverband Deutsche Tafel e.V.,
Vorstandsvorsitzender

Heinz Hilgers

Stadtverwaltung Dormagen, Bürgermeister

Christel Humme, MdB

SPD-Bundestagsfraktion,
Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Stefan Huster

Ruhr-Universität Bochum,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht II

Thomas Isenberg

Spectrum|K GmbH

Wolfgang Jüttner, MdL

SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen,
Vorsitzender

Nicolette Kressl, MdB

Bundesminister der Finanzen,
Parlamentarische Staatssekretärin

Franz-Josef Lersch-Mense

Bundesministerium für Arbeit
und Soziales, Staatssekretär

Caren Marks, MdB

SPD-Bundestagsfraktion

Christoph Matschie, MdL

SPD-Landtagsfraktion Thüringen,
Vorsitzender

Hildegard Mattheis, MdB

SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Erika Mezger

Hans-Böckler-Stiftung,
Leiterin Abteilung Forschungsförderung

Joachim Poß, MdB

SPD-Bundestagsfraktion

Reiner Pröbß

Stadt Nürnberg, berufsmäßiger Stadtrat
für Jugend, Familie und Soziales

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Deutsches Jugendinstitut e. V., Direktor

Marlene Rupprecht, MdB

SPD-Bundestagsfraktion

Wilhelm Schmidt

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.,
Bundesvorsitzender

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Universität Kassel Fachbereich 5
Gesellschaftswissenschaft

Dr. Joachim Schuster

Michael Sommer

DGB Bundesvorstand, Vorsitzender

Ludwig Stiegler, MdB

SPD-Bundestagsfraktion,
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Rolf Stöckel, MdB

SPD-Bundestagsfraktion

Ulrich Thöne

GEW-Hauptvorstand, Vorsitzender

Prof. Dr. Gert G. Wagner

Deutsches Institut für Wirtschafts-
forschung e. V., SOEP

Marianne Wallach

stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende

Frank Werneke

ver.di Bundesverwaltung, Fachbereich 8
Medien, Kultur, Industrie

(Panel II: Bildungschancen schaffen – Perspektiven öffnen) Doris Ahnen, Kerstin Griesse, Franziska Drohsel, Christoph Matschie, Ulrich Thöne;

(Panel III: Gute Arbeit – Schlüssel zur Bekämpfung von Armut) Andrea Nahles, Björn Böhning, Oliver Höbel, Christel Humme, Hannelore Kraft;

(Panel IV: Kommunale Handlungsstrategien gegen Kinderarmut) Bärbel Dieckmann, Detlef Raphael, Heinz Hilgers, Franz Maget, Reiner Pröß;

Grundsatzrede im Plenum von Kurt Beck, Moderation Hubertus Heil

Bei der Konferenz wurden die verschiedenen Dimensionen von Kinderarmut beleuchtet. Neben der materiellen Armut geht es hierbei auch um Bildungsarmut, um schlechtere gesundheitliche Versorgung und um einen Mangel an Verwirklichungschancen.

Schon lange war das den verschiedenen politischen Ebenen klar. Doch das wachsende Problem der Kinderarmut lässt sich nur lösen, wenn Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten. Wir haben bei der Veranstal-

tung die Vertreterinnen und Vertreter dieser Ebenen an einen Tisch geholt, um Lösungsansätze zu diskutieren. Hinzu kamen prominente Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, Kirchen und Verbände. Außerdem wurde in diese Zusammenhang das Zehn-Punkte-Papier Gegen Kinderarmut vorgestellt, das die Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen klar macht und die Ebenen in die Pflicht nimmt.

Kommission Metropolregionen

Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen

Die Kommission wurde Ende Februar 2008 vom SPD-Parteivorstand unter der Leitung von Klaus Wowereit eingesetzt. Die Arbeitsgruppe sollte das sozialdemokratische Profil einer modernen, weltoffenen, innovativen und auf sozialen Ausgleich gerichteten Großstadtpolitik aufzeigen, um die sozialdemokratische Meinungsführerschaft und Kompetenz in den für die Metropolregionen wichtigen Politikfeldern zu unterstreichen.

Im Anschluss an die Vorstellung dieser demoskopischen Ergebnisse, entwickelte die Kommission erste Strategien einer zielgenaueren milieuspezifischen Wähleransprache in Großstädten

2. Sitzung am 24. November 2008

Die Kommission beschließt, auf Grundlage der demoskopischen Daten und der bisher gesammelten Erfahrungen aus der politischen

Praxis ein Manifest sozialdemokratischer Großstadtpolitik zu erstellen. Diese Arbeit soll gleichzeitig auch bei der Erstellung eines Regierungsprogramms einfließen und Grundlage für eine große Abschlussveranstaltung sein. Dieser Großstadtkongress ist für Mitte 2009 angedacht. Vor dem großen Kongress soll es noch 4–5 dezentrale Veranstaltungen rund um das Thema Großstadtpolitik geben. Alle Städte können ihr Interesse anmelden.

Ziele der Kommission

- Eckpunkte für ein sozialdemokratisches Profil in der Großstadtpolitik erarbeiten
- Analyse der spezifischen (sozialen) Herausforderungen in großen Städten
- Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie, die die SPD als weltoffene, innovative und soziale Großstadtpartei erkennbar macht
- Konzeption öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen

Sitzungen der Kommission

Konstituierende Sitzung am 5. Mai 2008

Auf der ersten Sitzung wurde das Wahlverhalten in den vergangenen Jahren in großen Städten analysiert. Als Ergebnisse hielt die Kommission fest, dass

- die SPD in den großen Städten stärkste Kraft bei Erst- und Zweitstimmen ist
- sich diese Vormachtstellung auf Bundestagswahlen begrenzt
- SPD-Wähler in Großstädten in der Tendenz evangelisch und bildungsfern sind

Mitglieder der Kommission Metropolregionen

LEITUNG:

Klaus Wowereit
Regierender Bürgermeister von Berlin

MITGLIEDER:

Frank Baranowski
OB der Stadt Gelsenkirchen,
Vorsitzender der SGK NRW

Jens Böhrnsen
Präsident des Senats von Bremen

Bärbel Dieckmann
OB der Stadt Bonn,
Mitglied des SPD-Präsidiums

Dr. Ulrich Hatzfeld
Unterabteilungsleiter Stadtentwicklung
im BMVBS

Dr. Peter Kurz
OB der Stadt Mannheim

Dr. Gerhard Langemeyer
OB der Stadt Dortmund,
Vorsitzender der Bundes-SGK

Barbara Ludwig
OB der Stadt Chemnitz,
Mitglied des SPD-Präsidiums

Dr. Ulrich Maly
OB der Stadt Nürnberg, Mitglied des
SPD-Parteivorstandes

Michael Neumann
SPD-Fraktionsvorsitzender Hamburg

Bernd Scheelen
MdB, Sprecher der AG Kommunalpolitik
der Bundestagsfraktion

Dagmar Szabados
OB der Stadt Halle/Saale

Stephan Weil
OB der Stadt Hannover,
Präsident des VKU

Petra Weis
MdB Duisburg, Stadtentwicklungspolitische
Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Christian Ude
OB der Stadt München, Präsident des
Deutschen Städtetages

Medienkommission

Sozialdemokratische Antworten auf die Digitalisierung

Die Digitalisierung – die Umstellung der Welt von analoger auf digitale Kommunikation – schreitet in allen gesellschaftlichen Bereichen voran und verändert Medien und die Medienlandschaft gravierend. Die Vorteile der digitalen Technik, Angebote unabhängig von Zeit und Ort zu nutzen, umfassende Hintergrundinformationen über lange Zeiträume abzurufen, der Kreativität und Individualität des Einzelnen Ausdruck oder Kanal zu geben und mediale Inhalte unter Aufwand geringster Ressourcen produzieren zu können, treiben die rasante Entwicklung. Damit einher geht eine Demokratisierung von Medien. Diesen Prozess verstehen wir auch als Chance für Demokratie und Partizipation.

Digitalisierung erzeugt keine neuen Medien, sondern verändert die Produktion, Distribution und Konsumtion der bestehenden. Ob im Internet, Rundfunk, Print, Musik oder Film, die Frage der überzeugenden Inhalte entscheidet auch im digitalen Zeitalter alles.

Medienpolitik entwickelt sich in der digitalen Welt zu einem wichtigen Bestandteil von Gesellschaftspolitik.

Sozialdemokratische Medienpolitik muss deshalb modern genug sein, um Entwicklungen nicht zu behindern, und zugleich weit genug sein, um das Experimentelle zu erlauben, sie muss Vorkehrungen zum Schutz des geistigen Eigentums treffen und ein wirksames Urheberrecht für die digitale Welt entwickeln.

Deshalb erarbeitet die Medienkommission Vorschläge für die Weiterentwicklung unserer Medienordnung. Im Schwerpunkt hat sich die Medienkommission damit beschäftigt, die Chancen von Media Governance als medienpolitisches Instrument zu bewerten. Kurzum: Es geht um die Frage, wie das Verhältnis zwischen Regulierung und Selbstregulierung in der Medienpolitik justiert werden kann. Dies ist angesichts der Dynamik der durch die Digitalisierung angestoßenen Entwicklungen für die Funktionsfähigkeit von Medienpolitik von großer Bedeutung.

Daraus leiten sich die Ziele sozialdemokratischer Medienpolitik ab.

Ziele sozialdemokratischer Medienpolitik

1. Vielfalt zu sichern,
2. den Nutzerinnen und Nutzern den Zugang zu vielfältigen und bezahlbaren Inhalten zu sichern und
3. vorherrschende Meinungsmacht zu verhindern.

Bundesparteitag
Hamburg 2007

Die Medienkommission hat auf dem Bundesparteitag über den Parteivorstand zwei Anträge eingereicht.

1. Medienkompetenz 2.0 – Impulse für eine vernetzte Bildungs- und Medienpolitik;
 2. Die Chancen der Digitalisierung nutzen.
- Beide Anträge sind beschlossen worden und sind somit Richtschnur der politischen Arbeit der Medienkommission.

Neue Formen der Arbeit

Ziel ist es, noch größere Beachtung in der Öffentlichkeit zu finden und insbesondere Expertinnen und Experten stärker als bisher anzusprechen und für die Diskussionen und die Vorschläge der Kommission zu interessieren.

Jede Sitzung der Kommission beginnt mit einem nicht-öffentlichen Teil, in dem interne Angelegenheiten besprochen sowie weitere Vorhaben geplant werden. Anschließend folgt ein thematisch eingegrenzter, öffentlicher Teil. Geladene Gäste – allesamt Akteure der Medienbranche und Medienjournalisten – diskutieren hier mit der Medienkommission über aktuelle Themen.

Themen im Jahr 2007:

„2007: Das Jahr der medienpolitischen Reformen“ mit dem Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Kurt Beck.

„Zukunft der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ mit dem ARD-Vorsitzenden und Intendanten des Saarländischen Rundfunks, Fritz Raff.

„Die Entscheidung aus Karlsruhe („Gebührenurteil“) – Konsequenzen für die Medienpolitik“ mit den Einzelreferaten von Prof. Dr. Dieter Dörr, Universität Mainz, Mitglied der KEK; Bernd Radeck, Vorsitzender der Juristischen Kommission der ARD; Dr. Tobias Schmidt, Bereichsleiter Medienpolitik, RTL.

„Mediagovernance – Antwort der Medienpolitik auf Digitalisierung und Globalisierung?“ mit den Einzelreferaten: „Die Gestaltung der Wechselbeziehungen zwischen Regulierer, Akteuren und Rezipienten in der digitalen Welt – Modellüberlegungen für Deutschland“, RA Thomas Kleist, Vorsitzender des Verwaltungsrats des Saarländischen Rundfunks und Direktor des Instituts für Europäisches Medienrecht Saarbrücken, und: „Verfassungsrechtliche Grundsätze und Me-

diagovernance“, Dr. Wolfgang Schulz, Bredow-Institut Hamburg.

Themen im Jahr 2008:

„Media-Governance – neues Konzentrationsrecht?“ mit den Einzelreferaten: „Von der Sendermacht zur Medienmacht – Fiktionen und Fakten im Medienkonzentrationsrecht“, Prof. Dr. Norbert Schneider, Direktor der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen und „Medienkonzentrationsrecht im Spannungsfeld zwischen Idealismus und Realismus – Chancen und Fallstricke eines neuen Medienkonzentrationsrechts“, Dr. Tobias Schmid, Vizepräsident des VPRT und Bereichsleiter RTL.

„Auf dem Weg zu einem neuen Medienrecht: Herausforderung für sozialdemokratische Medienpolitik“ mit Staatssekretär Martin Stadelmaier, Chef der Staatskanzlei Mainz.

„Die künftige Gestaltung des Medienrechts – Zwischen abgestufter Regulierung und Self-Governance“ mit den Einzelreferaten: Prof. Dr. Dieter Dörr, Universität Mainz, und „Nur eine Chimäre? Medienqualität im Dreieck von Vorstellung, Wollen und Können“, Uwe Kammann, Adolf-Grimme-Institut.

„Was passiert mit dem Rundfunk im Internet?“ mit den Einzelreferaten von Dr. Hans Hege, Medienanstalt Berlin-Brandenburg, und Prof. Dr. Norbert Schneider, Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen.

Die Referate sollen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Eine entsprechende Publikation ist in Vorbereitung.

Weitere Themen
und Aktivitäten

Die Medienkommission hat sich des Weiteren mit einer Vielzahl aktueller medienpolitischer Themen beschäftigt, u. a. mit: Rundfunkänderungsstaatsverträgen (10., 11. und 12. und perspektivisch mit dem 13. und 14.), Rundfunkgebühren, Finanzausgleich der Rundfunkanstalten, Jugendmedienschutz, Medienkompetenz, Urheberrechte, Medienkonzentration, Pressefusion, Aktuelle Situation auf dem Zeitungsmarkt, Filmförderungsgesetz, Sachstand Digitalisierung, Novelle EU-Telekommunikationsrichtlinie, EU-Fernsehrichtlinie.

Noch nicht befriedigend gelöst ist das Online-Angebot der Medienkommission. Hier sind weitere Anstrengungen erforderlich.

Mitglieder und Gäste der Medienkommission

VORSITZENDER:

Marc Jan Eumann, MdL
SPD-Landtagsfraktion NRW

STELLVERTRETER:

Klaus Uwe Benneter, MdB
SPD-Bundestagsfraktion

MITGLIEDER:

Dr. Matthias Esche
Geschäftsführung Bavaria Film GmbH
Karin Gaertner
Bertelsmann AG,
Leiterin der Repräsentanz

Paul Leo Giani
Rechtsanwalt

Monika Griefahn, MdB
SPD-Bundestagsfraktion

Hans Ernst Hanten
Staatsministerium Kultur und Medien,
Bundeskanzleramt

Karin Junker
ASF

Thomas Kleist
Vorsitzender des Verwaltungsrates
des Saarländischen Rundfunks
und Rechtsanwalt, Direktor und
Vorsitzender des Instituts für
Europ. Medienrecht, Saarbrücken

Michael Sommer
DGB-Bundesvorstand

Martin Stadelmaier
Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Jochen Suchan
Verwaltungsdirektor
Zweites Deutsches Fernsehen

Jörg Taus, MdB
SPD-Bundestagsfraktion

Gerd Walter
Deutsche Druck- und
Verlagsgesellschaft mbH

STÄNDIGE GÄSTE:

Eric Bettermann
Intendant Deutsche Welle
Dr. Christoph Bieber
Institut für Politikwissenschaft
Justus-Liebig-Universität Gießen
Ernst Elitz
Intendant des Deutschland Radio

Hubertus Heil
Generalsekretär der SPD

Peter Hufe
SPD-Landtagsfraktion Bayern

Michael Konken
Bundesvorsitzender des Deutschen
Journalistenverbandes (DJV)

Timo Kunert
ARD-Programmbeirat

Stefan Giffeler
Pressesprecher des SPD-Parteivorstandes

Prof. Dr. Marcel Machill
Universität Leipzig,
Lehrstuhl für Journalistik II

Beate Martin
Friedrich-Ebert-Stiftung

Siegmar Mosdorf
Vorstand CNC

Sabine Nehls
Journalistin/Medienpolitische Beraterin

Uwe Parpat
Bürgerradio und Fernsehen Bremen,
Landesmedienanstalt Bremen

Fritz Raff
ARD-Vorsitzender und Intendant
des Saarländischen Rundfunks

Gerhard Schaas
Vorsitzender LOEWE AG
Vorstand Technik

Guido Schmitz
Geschäftsführer der Berliner
Vorwärts-Verlagsgesellschaft mbH

Frank Werneke
Ver.di, Stellvertretender Vorsitzender,
Fachbereich Medien, Kunst und Industrie

MEDIENPOLITISCHE SPRECHER/INNEN:

Baden-Württemberg
Birgit Kipfer
SPD-Landtagsfraktion BW
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Bayern
Peter Hufe
SPD-Landtagsfraktion Bayern
Maximilianeum
81627 München

Berlin
Frank von Zimmermann
SPD-Fraktion
im Abgeordneten Haus von Berlin
Niederkirchnerstraße 3–5
10111 Berlin

Brandenburg
Wolfgang Birthler
SPD-Landesverband Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Bremen
Frank Schildt
SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen
Wachtstraße 27–29
28195 Bremen

Hamburg
Uwe Grund
SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg

Hessen

Michael Siebel
SPD-Landtagsfraktion Hessen
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden

Mecklenburg-Vorpommern

Ute Schildt
SPD-Fraktion
Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Niedersachsen

Daniela Krause-Behrens
SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Nordrhein-Westfalen

Marc Jan Eumann
SPD-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtages 1
40221 Düsseldorf

Rheinland-Pfalz

Heribert Heinrich
SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Saarland

Ulrich Commerçon
SPD-Landtagsfraktion Saarland
Franz-Josef-Röder-Str. 7
66119 Saarbrücken

Sachsen

Gunther Hatzsch
SPD-Fraktion Sachsen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Sachsen-Anhalt

Norbert Bischoff
SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt
Domplatz 6–9
39104 Magdeburg

Schleswig-Holstein

Peter Eichstädt
SPD-Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
Landeshaus
24105 Kiel

Thüringen

Dr. Werner Pidde
SPD-Landtagsfraktion Thüringen
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Hermann Zimmermann
Büro der Medienkommission

Programmkommission

Programmdebatte – breite Diskussion in der SPD

Im Jahr 2007 wurde die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm fortgesetzt und abgeschlossen. Mit dem „Bremer Entwurf“ legte die Programmkommission im Januar 2007 erstmals ein offizielles Programmdokument vor, das einer breiten Diskussion in der SPD und der interessierten Öffentlichkeit zugeführt wurde.

Nach einer umfassenden Beratung im Zuge der so genannten Dialogkampagne wurde der Bremer Entwurf von einer Redaktionsgruppe (Andrea Nahles, Wolfgang Thierse, Hubertus Heil) im Auftrag der Programmkommission überarbeitet.

Das neue „Hamburger Programm“ wurde schließlich auf dem Bundesparteitag von 26.-28. Oktober in Hamburg beschlossen und ist

seitdem das gültige Grundsatzprogramm der SPD.

Die Dialogkampagne

Die SPD setzte bei der programmatischen und organisatorischen Erneuerung auf die Mitwirkung ihrer Mitglieder. Mit einer Dialogkampagne gaben wir allen Interessierten die Möglichkeit, sich direkt an der Programmdebatte zu beteiligen und über die Zukunft der Parteiprogrammatik mitzuentcheiden.

Die wichtigsten Elemente der Kampagne:

Regionale Programmkonferenzen

Auf den durchgehend gut besuchten Regionalen Programmkonferenzen im Februar und

März wurde der Bremer Programmentwurf vorgestellt und diskutiert. Insgesamt nahmen weit mehr als 4.000 Genossinnen und Genossen an den Veranstaltungen in Bremen, Berlin, Bonn und Nürnberg teil.

Mitgliederbefragung

An der Mitgliederbefragung zum Grundsatzprogramm haben sich ziemlich genau 40.000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beteiligt. Es ist gelungen, mit einem recht einfachen Instrument ein deutliches und nicht durch Gremien und Funktionäre gefiltertes Meinungsbild der Mitgliedschaft der SPD zu bekommen.

Die Antworten zeigten eine sehr differenzierte Meinung der Mitgliedschaft zum Pro-

Mitglieder der Programmkommission

STEUERUNGSGRUPPE (PRÄSIDIUM DER SPD):

Kurt Beck, Vorsitzender
Hubertus Heil,
geschäftsführender Vorsitzender
Jens Bullerjahn
Bärbel Dieckmann
Elke Ferner
Birgit Fischer
Christoph Matschie
Andrea Nahles
Martin Schulz
Peer Steinbrück
Ludwig Stiegler
Ute Vogt
Inge Wettig-Danielmeier

MITGLIEDER (VOM PARTEIVORSTAND BERUFEN):

Prof. Dr. Detlev Albers
Niels Annen
Ute Berg
Björn Böhning
Edelgard Bulmahn
Ulla Burchardt
Dr. Ursula Engelen-Kefer
Kerstin Griese
Dr. h.c. Susanne Kastner
Hannelore Kraft
Heiko Maas
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Peter Struck
Wolfgang Thierse
Andrea Ypsilanti

MITGLIEDER D. LANDES- UND BEZIRKSVERBÄNDE:

Günter Baaske, LV Brandenburg
Hella Dunger-Löper, LV Berlin
Richard Eckermann,
Bezirk Nord-Niedersachsen
Dr. Wolfgang Eichler, LV Sachsen-Anhalt
Sigmar Gabriel, Bezirk Braunschweig
Thomas Giese, Bezirk Hessen-Nord
Iris Gleicke, LV Thüringen
Gernot Grumbach, Bezirk Hessen-Süd
Wolfgang Jüttner, LV Niedersachsen
Reinhard Klimmt, LV Saar
Constanze Krehl, LV Sachsen
Eckart Kuhlwein, LV Schleswig-Holstein
Christian Lange, LV Baden-Württemberg
Ulrike Lehmann,
LV Mecklenburg-Vorpommern
Ulrike Mascher, LV Bayern
Christa Randzio-Plath, LO Hamburg
Dr. Karsten Rudolph,
LV Nordrhein-Westfalen
Manfred Schaub, LV Hessen
Stefan Schostok, Bezirk Hannover
Dr. Joachim Schuster, LO Bremen
Alexander Schweitzer, LV Rheinland-Pfalz
Kristina Stuntebeck, Bezirk Weser-Ems

BERATENDE MITGLIEDER:

Prof. Dr. Werner Abelshäuser
Prof. Dr. Jutta Allmendinger
Harald Baumann-Hasske,
Vorsitzender der ASJ
Tilo Braune, Vorsitzender der AfB
Ulrich Deupmann
Otto Graeber, Vorsitzender der AG 60 Plus

Prof. Dr. Franz Hamburger
Prof. Dr. Anke Hassel
Dr. Gustav A. Horn
Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
Prof. Dr. Wolfgang Merkel
Prof. Dr. Thomas Meyer
Prof. Dr. Susanne Miller,
Vorsitzende der AvS
Michael Müller, PST
Prof. Dr. Herfried Münkler
Prof. Dr. Gerhard Naegele
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Dr. Volker Perthes
Prof. Dr. Martin Pfaff,
Vorsitzender der ASG
Prof. Dr. Fritz Scharpf
Jörg Schintze, Vorsitzender der AGS
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Prof. Dr. Gesine Schwan
Prof. Dr. Hermann Schwengel
Michael Sommer, DGB Vorsitzender
Michael Vassiliadis
Prof. Dr. Gert Wagner
Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

SEKRETARIAT DER PROGRAMMKOMMISSION UND LEITUNG DES PROJEKTS „PROGRAMMDEBATTE“

Benjamin Mikfeld,
Leiter der Abteilung
Planung und Kommunikation
Oliver Schmolke,
Leiter des Referats
Grundsatzfragen und Forschung
Beate Häupel,
Sekretariat der Programmkommission

gramm. Wir haben nach den wichtigen Grundwerten für das neue Grundsatzprogramm gefragt. Für die SPD-Mitglieder sind die seit Godesberg 1959 geltenden Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität weiterhin sehr wichtige Werte, die sie auch nicht gegeneinander ausgespielt wissen wollen. Aber der Wert der Gerechtigkeit hat für die Mitgliedschaft – quer durch alle Alters- und Berufsgruppen – noch ein klein wenig mehr Bedeutung. Die SPD-Mitglieder wollen, dass die soziale Gerechtigkeit das Markenzeichen der SPD bleibt. Aber die SPD ist auch keine Partei, die den Leistungsgedanken klein schreibt. Es sind gerade die Arbeiter in der Mitgliedschaft, die diesen Gedanken hoch halten.

Welche Ziele und Themen sind den SPD-Mitgliedern am wichtigsten? Auf die größte Zustimmung – sowohl in allgemeiner Hinsicht als auch bezogen auf die Bereitschaft zum persönlichen Engagement – stößt zum einen die globale Frage. Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung sehen drei Viertel als das wichtigste Ziel des Programms an. Zum anderen ist es die Förderung von individuellen Chancen durch eine gerechte Bildungs- und Familienpolitik, die bei den SPD-Mitgliedern einen zentralen Rang einnimmt. Die SPD ist eine hochmoderne Partei, deren Mitglieder sich mit den zentralen Fragen unserer Zeit auseinandersetzen und im neuen Grundsatzprogramm klare Antworten auf diese Fragen einfordern.

Die Mitglieder haben deutlich gemacht: Sie wollen ein zugespitztes Programm, das die SPD von anderen unterscheidet und als Kompass für die Politik in Europa, Bund, Ländern und Kommunen dient. Im Vordergrund stehen die Leitziele

- Einer fairen und gerechten Globalisierung
- Klimaschutz durch qualitatives Wachstum
- Bessere Chancen durch mehr Bildung
- Einer sozialen Gestaltung der Arbeitswelt und der Absicherung von Lebensrisiken

Eine umfassende Auswertung der Mitgliederbefragung zum „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm wurde der Partei und der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Unterbezirke haben eine Auswertung „ihrer“ Mitglieder erhalten.

Woche der Ortsvereine

Zwischen dem 19. und 25. März 2007 haben zahlreiche Ortsvereine Veranstaltungen zum Grundsatzprogramm durchgeführt. Daraus gingen oftmals Anregungen und Anträge beim Parteivorstand ein.

Mitgliederkonvente

Zusätzlich wurde in vielen Unterbezirken auf Mitgliederkonventen im Mai und Juni über

den Bremer Entwurf und über die Auswertung der Mitgliederbefragung diskutiert. Wie schon während der Woche der Ortsvereine zählen wir hierbei auf das Engagement der aktiven Genossinnen und Genossen vor Ort.

Zukunftskonvent

Eine Zwischenetappe war der „Zukunftskonvent“ am 23. Juni 2007 in Hannover, an dem über 3.000 Mitglieder teilgenommen haben. Eingebunden waren alle Foren und Arbeitsgemeinschaften, die aus ihrer jeweiligen Perspektive über den Bremer Entwurf beraten und Anforderungen an ein neues Grundsatzprogramm formuliert haben.

Weitere Veranstaltungen zum Grundsatzprogramm

Zusätzlich wurde auf Bundesebene auf über 20 Foren und Diskussionsveranstaltungen ein intensiver Dialog mit den Genossinnen und Genossen ermöglicht. Darunter waren auch mehrere Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Einbezogen waren neben Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern auch Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Am 10. Juni 2007 fand im Willy-Brandt-Haus z.B. ein Generationendialog zum Grundsatzprogramm statt. Erfahrene Genossinnen und Genossen wie Hans-Jochen Vogel, Erhard Eppler oder Helga Grebing haben mit der jüngeren Generation sozialdemokratischer Funktionsträger über die Anforderungen an ein neues Grundsatzprogramm diskutiert.

Forum Bildung

Eckpunkte für ein sozial gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem

Das Forum Bildung hat in den Jahren 2007 und 2008 für die bildungspolitische Debatte der SPD wichtige Impulse gegeben. Grundlage bildete das Positionspapier „Eckpunkte für ein sozial gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem“, das die Mitglieder des Forum Bildung Ende 2006 erarbeitet und zur Diskussion gestellt hatten. Geleitet wurde das Forum Bildung von der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin, Doris Ahnen, dem Präsidiumsmitglied und SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden in Thüringen, Christoph Matschie, sowie der Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag und

Programmwerkstatt

Darüber hinaus hat die SPD den Dialog mit einer so genannten „Programmwerkstatt“ geführt und für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein Beteiligungsangebot geschaffen.

Als erste Partei nutzte die SPD eine innovative Online-Möglichkeit, mit der sich die Öffentlichkeit interaktiv an der Ausrichtung des neuen Programms beteiligen kann.

Unter www.programmwerkstatt.spd.de konnten Internetnutzer über wichtige Aussagen aus unserem Programmentwurf – nach Themen geordnet – abstimmen. Jede Nutzerin und jeder Nutzer hatte die Möglichkeit, eigene Aussagen oder Thesen zu formulieren und ebenfalls zur Abstimmung zu stellen. Dadurch entstand ein Gesamtbild über die Anforderungen an ein neues sozialdemokratisches Grundsatzprogramm.

Teilhabe der Partei

Als Ergebnis der Dialogkampagne wurden rund 1.000 Änderungsvorschläge zum „Bremer Entwurf“ aus zahlreichen Gliederungen in den Parteitag eingebracht. Viele dieser Vorschläge wurden von der Redaktionsgruppe bei der Überarbeitung des „Bremer Entwurfs“ bereits berücksichtigt.

Veröffentlichung des neuen Grundsatzprogramms

Das neue Grundsatzprogramm wurde in der Langfassung, als Kurzfassung und in einer von Wolfgang Thierse gesprochenen Fassung auf CD veröffentlicht.

Mitglied im SPD-Parteivorstand, Ulla Burhardt.

Konferenz:

Gute Bildung, Chance für alle: Gelingende Bildungsreformen

Dies war der Titel des Bildungskongresses, den das Forum Bildung am 14. Mai 2007 im Willy-Brandt-Haus in Berlin veranstaltete. Mit rund 400 Gästen diskutierten die geladenen Bildungsexpertinnen und -experten über Reformnotwendigkeiten in den verschiedenen Bildungsbereichen von der frühkindli-

chen Bildung bis zur Weiterbildung. Der Parteivorsitzende, Kurt Beck hielt die Grundsatzrede. Wissenschaftlichen Input gab Prof. Dr. Gerhard Bosch, Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen. Prof. Dr. Mats Ekholm, Universität Karlstad in Schweden, berichtete über das schwedische Bildungssystem und die nötigen Reformschritte, die zu einem erfolgreichen Bildungssystem mit mehr Chancengleichheit führten.

In fünf Workshops zu den Bildungsbereichen frühkindliche Bildung, Schule, Hochschule, Berufsausbildung und Weiterbildung diskutierten Fachleute aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften und Wirtschaft über gelingende Reformbeispiele. Zusammenfassend wurde auf einer Podiumsdiskussion über die Frage der Bildungsfinanzierung debattiert. Die Veranstaltung traf auf ein reges mediales Interesse.

Zur Konferenz erschien das Positionspapier des Forum Bildung „Eckpunkte für ein sozial gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem“ in gekürzter Fassung als Broschüre mit einer Auflage von 3.000 Stück.

Forum Bildung auf dem Zukunftskonvent in Hannover

Am 23. Juni 2007 präsentierte sich das Forum Bildung auf dem Zukunftskonvent der Partei in Hannover. Der Vorsitzende des Forum Bildung, Christoph Matschie, lud zu einem bildungspolitischen Podiumsgespräch ein und diskutierte mit rund 150 interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft des deutschen Bildungssystems.

Forum Kinder und Familie

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Das Forum Kinder, Jugend und Familie hat sich – mit gleich bleibender Leitung – im Juni 2008 als Forum Kinder und Familie neu konstituiert und wurde durch weitere Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Verbänden verstärkt. Es versteht sich weiterhin als Kompetenznetzwerk von Expertinnen und Experten, das den regelmäßigen Austausch von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden anstrebt. Stand die Arbeit bis Ende 2007 inhaltlich unter der Überschrift „Aufwachsen von Kindern in öffentlicher Verantwortung“, ging es 2008 schwerpunktmäßig um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei wur-

Arbeitsgruppe zur Zukunft der Berufsbildung

Auf seiner Plenarsitzung am 10. Dezember 2007 hat das Forum Bildung die Berufsbildung ins Zentrum der Diskussion gestellt. Gastvorträge hielten Prof. Dr. Martin Baethge (Soziologisches Forschungsinstitut, Universität Göttingen) zur Analyse der strukturellen Probleme des Dualen Systems, Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser (Zentralverband des Deutschen Handwerks), der das Berufslaufbahnkonzept des ZDH im Handwerk vorstellte sowie Klaus Heimann (IG Metall), der zum Gewerkschaftskonzept der Europäischen Kernberufe sprach.

Die Sitzung des Forum Bildung am 10. Dezember 2007 diente als erste Orientierungsdebatte zum Thema „Zukunft der Beruflichen Bildung“. Es gab eine Verständigung darüber, bei der weiteren Beschäftigung mit dem Thema einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die 1. Schwelle (Schnittstelle Schule -> Berufsbildungssystem) zu legen.

In einem zweiten Arbeitsschritt erarbeitete die Unterarbeitsgruppe des Forum Bildung „Berufliche Bildung/Weiterbildung“ unter Leitung von Ulla Burchardt ein Positionspapier mit konkreten Handlungsempfehlungen für Reformen im Berufsbildungssystem. Dafür fanden Treffen der Unterarbeitsgruppe in Dortmund und Berlin statt. Das erarbeitete Papier mit dem Titel „Den Übergang zwischen Schule und Ausbildung erfolgreich gestalten“ setzt sich mit der Problematik des staatlich finanzierten Übergangssystems auseinander und wurde in 2008 durch Mitglieder der Arbeitsgruppe erarbeitet. Es war Gegenstand der Diskussion im Plenum des Fo-

rum Bildung in der Sitzung am 23. Juni 2008 im Willy-Brandt-Haus.

Arbeitsgruppe zum Thema gute Lehre an den Hochschulen

Die Arbeitsgruppe zum Thema Hochschule unter der Leitung von Christoph Matschie hat Anfang 2008 ein Papier zur Lehre an den Hochschulen erarbeitet. Die Positionen wurden ebenfalls in der Sitzung des Forum Bildung am 23. Juni 2008 diskutiert.

Bildungskonzept „Aufstieg durch Bildung – Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand“

Im Sommer 2008 hat das Forum Bildung bildungspolitische Positionen unter dem Titel „Aufstieg durch Bildung – Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand“ erarbeitet. Nach langer, intensiver Debatte, an der bildungspolitische Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Ländern und Kommunen beteiligt waren, mündeten die erarbeiteten Positionen in einem Beschlussentwurf für den SPD-Parteivorstand. In seiner Sitzung am 1. September 2008 beschloss der SPD-Parteivorstand das Bildungskonzept „Aufstieg durch Bildung – Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand“. Eine für den 8. September 2008 geplante Bildungskonferenz des Forum Bildung in Berlin, auf der das Bildungskonzept der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert werden sollte, musste aus aktuellem Anlass kurzfristig abgesagt werden.

den die turnusmäßigen Sitzungen in Berlin jeweils durch dezentrale Veranstaltungen mit Fachpublikum und Presse ergänzt.

Veranstaltungen

Veranstaltung am 5. Juni 2007 zur Integration von Kindern, Jugendlichen und Familien im Willy-Brandt-Haus

TEILNEHMER/INNEN AUF DEM PODIUM:
Prof. Dr. Christa Preissing, FU Berlin
Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, Universität Gießen

Christiane Schubert,
AWO Nürnberg und Integrationsprojekt HIPPY
Helmut Hochschild,
ehem. Leiter der Rütli-Schule Berlin
Bärbel Dieckmann,
Forum Kinder und Familie

Rund ein Drittel der in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen hat heute einen Migrationshintergrund. In westdeutschen Großstädten liegt dieser Anteil sogar bei 40 %, Tendenz steigend. Um unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu machen, brauchen

wir eine Integration, die dafür sorgt, dass kulturelle und sprachliche Vielfalt zu unserem Vorteil wird. Aus diesem Grunde trafen sich am 5. Juni 2007 FachpolitikerInnen, VertreterInnen aus Vereinen und Verbänden, Menschen aus Theorie und Praxis.

Gemeinsame Veranstaltung des Sportforums und des Forums Kinder und Familie des SPD-Parteivorstandes beim Zukunftskonvent in Hannover am 23. Juni 2007

Auch beim Zukunftskonvent in Hannover im Juni dieses Jahres war das Forum Kinder, Ju-

gend und Familie mit einem Beitrag vertreten. Gemeinsam mit dem Sportforum wurde der wichtige Aspekt des Sports beim Aufwachsen von Kindern thematisiert. Caren Marks, stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion, der Arbeitsgruppe „Neue Akzente in der Familienpolitik“, des Sportausschusses und des niedersächsischen Sportkuratoriums machte gemeinsam mit der stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Bärbel Dieckmann, dem sportpolitischen Sprecher der SPD Manfred Schaub und dem Geschäftsführer der Nieder-

sächsischen Sportjugend Karl-Heinz Steinmann den Zusammenhang zwischen beiden Politikfeldern deutlich.

Veranstaltung am 5. Dezember 2007 zu Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt in Frankfurt am Main

TEILNEHMERINNEN AUF DEM PODIUM:

Anne Zimmermann,
IHK
Svenja Pfahl,
SowiTra Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer

Mitglieder des Forums Kinder und Familie

LEITUNG:

Bärbel Dieckmann,
Björn Böhning,
Kerstin Griese

MITGLIEDER 2007:

Prof. Dr. Hans Bertram
Humboldt-Universität zu Berlin,
Institut für Soziologie
Christa Rollwagen
Mitglied Bundesverband
Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen (ASF)
Markus Warnke
Geschäftsführer des Familienbundes
der Katholiken
Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning
Universität Duisburg-Essen,
Bildungs- und Erziehungswissenschaften
Prof. Dr. Ute Gerhard
Präsidentin Evangelische Aktions-
gemeinschaft für Familienfragen
Nina Hauer, MdB
SPD-Bundestagsfraktion
Christel Humme, MdB
SPD-Bundestagsfraktion
Oliver Kaczmarek
Vorsitzender SPD-Unterbezirk Unna
Peter Klausch
Geschäftsführer Arbeitsgemeinschaft
für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)
Barbara König, Geschäftsführerin
Zukunftsforum Familie e.V.
Nicolette Kressl, MdB
Staatssekretärin im Bundesministerium
der Finanzen
Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
Universität Gießen,
Institut für Wirtschaftslehre
des Haushalts und Verbrauchsforschung
Detlef Raabe
Vorsitzender Bundesjugendring

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach
Leiter Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)
Anne Seyfferth
Friedrich-Ebert-Stiftung,
Forum Politik und Gesellschaft
Dr. Gitta Trauernicht-Jordan
Ministerin für Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz
des Landes Schleswig-Holstein
Andrea Ypsilanti, MdL
Landesvorsitzende SPD-Hessen

MITGLIEDER SEIT 2008:

Prof. Dr. Hans Bertram
Humboldt-Universität zu Berlin,
Institut für Soziologie
Eva Brackelmann
Mitglied Bundesverband
Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen (ASF)
Dr. Carolin Boesing
Geschäftsführerin des Familienbundes
der Katholiken
Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning
Universität Duisburg-Essen,
Bildungs- und Erziehungswissenschaften
Malu Dreyer
Ministerin für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Familie und Frauen
des Landes Rheinland-Pfalz
Prof. Dr. Ute Gerhard
Präsidentin Evangelische Aktions-
gemeinschaft für Familienfragen
Edeltraud Glänzer
Mitglied des geschäftsführenden
Hauptvorstandes der IGBCE
Nina Hauer, MdB
SPD-Bundestagsfraktion
Christel Humme, MdB
SPD-Bundestagsfraktion
Wolfgang Jüttner
Vorsitzender SPD-Landtagsfraktion
Niedersachsen

Oliver Kaczmarek
Vorsitzender SPD-Unterbezirk Unna
Peter Klausch
Geschäftsführer Arbeitsgemeinschaft
für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)
Dr. Christina Klenner
WSI in der Hans-Böckler-Stiftung
Bettina Kohlrausch
Universität Göttingen
Barbara König
Geschäftsführerin
Zukunftsforum Familie e.V.
Nicolette Kressl, MdB
Staatssekretärin im Bundesministerium
der Finanzen
Caren Marks, MdB
Sprecherin der AG
Familie, Frauen, Senioren, Jugend
der SPD-Bundestagsfraktion
Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
Universität Gießen,
Institut für Wirtschaftslehre
des Haushalts und Verbrauchsforschung
Detlef Raabe
Vorsitzender Bundesjugendring
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach
Leiter Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)
Katharina Saalfrank
Dipl.-Pädagogin
Anne Seyfferth
Friedrich-Ebert-Stiftung,
Forum Politik und Gesellschaft
Christina Stockfisch
Deutscher Gewerkschaftsbund
Dr. Gitta Trauernicht-Jordan
Ministerin für Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz
des Landes Schleswig-Holstein
Andrea Ypsilanti, MdL
Landesvorsitzende SPD-Hessen

Eike Ostendorf-Servissoglou,
Bundesverband berufstätiger Mütter
Harald Seehausen,
Aktionsforum „Männer und Leben.
Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“
Bärbel Dieckmann,
Forum Kinder und Familie

In der Veranstaltung kamen die verschiedenen Akteure – aus Politik, Unternehmen, Wissenschaft sowie Eltern – zu Wort. Gemeinsam wurden Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmen zur Steigerung der Familienfreundlichkeit im Betrieb und die Chancen, die darin für alle Beteiligten liegen, beleuchtet. Dabei wurde auch über die Rolle der Väter bezüglich

der Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutiert.

**Zukunftskonvent in Nürnberg,
„Work-Life-Balance und Familienfreundlichkeit in Betrieben und Unternehmen“
am 31. Mai 2008**

TEILNEHMERINNEN AUF DEM PODIUM:
Renate Schmidt, MdB
Johanna Werner Muggendorfer, MdL
Saskia Bonenberger,
„Rödl & Partner“
Bärbel Dieckmann,
Forum Kinder und Familie
Kerstin Griese, MdB,
Forum Kinder und Familie

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann die Politik nicht alleine regeln. Familienfreundlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der vor allem auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mitziehen müssen.

Bei der Veranstaltung wurde unter anderem diskutiert, wie die Rahmenbedingungen für mehr Familienfreundlichkeit in Unternehmen verändert werden müssen, wie Konzepte aussehen können, die den Bedürfnissen der MitarbeiterInnen und der Arbeitgeber entsprechen und was die Politik tun kann, damit die Familienfreundlichkeit in deutschen Betrieben nicht länger Zukunftsmusik ist.

Forum Nachhaltigkeit

Neues Denken und Handeln gefordert

Aus dem Forum Nachhaltigkeit, Energie und Mobilität ist aufgrund des Arbeitsprogramms „Das soziale Deutschland“ ein neues Forum Nachhaltigkeit entstanden. Im Dialog mit Wissenschaft und Wirtschaft, Politik und Verbänden wird hier der sozialdemokratische Weg zu nachhaltigem Wachstum durch Fachdiskussionen begleitet. Die Herausforderungen der Globalisierung verlangen in allen wichtigen Bereichen der Politik ein neues Denken und Handeln. Die Antwort auf diesen grundlegenden Umbruch ist für die SPD die Leitidee der Nachhaltigkeit, einem Konzept des neuen Fortschritts, das sich an dauerhaften und gerechten, sozialen und ökologischen Entscheidungen mit Langzeitwirkung orientiert. Deutschland braucht eine gute Balance zwischen den Erfordernissen eines wettbewerbsfähigen Standortes und der Lebensqualität seiner Bürgerinnen und Bürger. Dazu brauchen wir nachhaltige Innovationen und Investitionen. Das Forum ist ein Angebot für Verbände, Wissenschaft, Wirt-

schaft und Gewerkschaften sowie die gesamte Partei, an der Realisierung entsprechender Kon-

zepte mitzuwirken. Geleitet wird das Forum von Sigmar Gabriel und Ulrich Kelber.

Themenschwerpunkte

- UN-Naturschutzgipfel
- Biodiversität
- Atompolitik

- Soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Wirtschaft
- Fahrradpolitik
- Bioenergie

Mitglieder, Beirat und Leitung

Katie Baldschun
Marco Bülow
Margit Conrad
Sigmar Gabriel
Gernot Grumbach
Volker Hauff
Ulrich Kelber
Astrid Klug

Harry Lehmann
Ulrike Mehl
Matthias Miersch
Hermann Scheer
Dietmar Schütz
André Stinka
Ernst-Ulrich von Weizsäcker
Heidi Wright

Forum Sport

Die größte und wichtigste Bürgerbewegung in Deutschland

Der Sport ist für unsere Gesellschaft von unverzichtbarer Bedeutung. Er ist die größte und wichtigste Bürgerbewegung in Deutschland und in Europa. Sport verbindet und sorgt für Integration. Das von Manfred Schaub, dem sportpolitischen Spre-

cher der SPD, geleitete Forum Sport hat sich in den letzten Jahren aktiv in den sportpolitischen Diskurs in Deutschland eingeschaltet.

In den vergangenen Jahren hat das „Forum Sport in der SPD“ die Tradition der Jahres-

treffen erfolgreich fortführen können. Aus allen Bereichen des Sports kamen letztes Jahr über 200 Gäste ins Willy-Brandt-Haus. Im Jahr der Olympischen und Paralympischen Spiele konnten wir neben dem Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes

auch Medaillengewinner der Paralympics für das Podium gewinnen.

Die Gesellschaft in Deutschland verändert sich. Beim diesjährigen Jahrestreffen haben wir uns der sport- und gesellschaftspolitisch aktuellen Themen „Integration“ sowie „Gesundheit“ angenommen. Den zahlreich anwesenden Vertretern aus Vereinen und Verbänden konnten von den Experten Wege aufgezeigt werden, wie sich der Sport besser auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen einstellen kann.

Unser Sportinformationsbrief, der pro Jahr ca. fünfmal versendet wird, erreicht Interessierte und Verantwortliche in Partei, Vereinen und Verbänden. Regelmäßig erhalten wir Anfragen von SPD-Mitgliedern und Menschen die sich für die Sportpolitik der SPD interessieren und in unseren Newsletter-Verteiler aufgenommen werden wollen. Hier werden von

uns die aktuellsten sportpolitischen Themen behandelt. Der Sportinformationsbrief erscheint weiterhin ausschließlich elektronisch.

Auch in diesem Jahr treffen sich die Koordinierungsrunde Sportpolitik, bestehend aus SPD-Sportpolitikern und sozialdemokratischen Sportfunktionären, sowie der Sportbeirat der SPD, der sich aus ca. 20 Persönlichkeiten des Sports zusammensetzt, um die sportpolitische Linie der SPD festzulegen. In der Koordinierungsrunde Sportpolitik wurde herausgestellt, dass der Sport als schützenswertes Gut im Grundgesetz verankert werden soll und das Engagement der Millionen Ehrenamtlichen weiterhin gefördert werden muss. Der Anfang ist gemacht. Diese Forderungen stehen nun in unserem Regierungsprogramm 2009.

Neu in diesem Jahr ist die Internetseite des Forums Sport. Hier sind alle Sportinformationsbriefe der letzten Jahre für jeden abrufbar.

Ziel ist es, die Internetseite barrierefrei zu gestalten. Inhaltlich werden die SPD-Positionen zu allen aktuellen sportpolitischen Themen abrufbar sein. Über diese Seite kann man ab sofort jederzeit Kontakt mit uns aufnehmen. Fragen von Interessierten zur sozialdemokratischen Sportpolitik erreichen uns jetzt regelmäßig.

Im Hinblick auf das Wahljahr haben wir die Broschüre „SPD-Sportpolitik im neuen Jahrzehnt. Was wir wollen!“ produziert, die die sozialdemokratischen Positionen zu den aktuellen sportpolitischen Themen zusammenfasst. Dem sportpolitisch Interessierten steht mit der Broschüre nun jederzeit ein umfassendes Bild der sozialdemokratischen Sportpolitik zur Verfügung. Der Sport ist bei uns in guten Händen.

Forum Wirtschaft

Warum ein Forum Wirtschaft?

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner Jahreskonferenz Anfang Januar 2006 beschlossen, unter Leitung von Peer Steinbrück ein Forum Wirtschaft der SPD einzurichten. Das Forum hat sich im Mai 2006 konstituiert.

Oberstes Ziel des Forums ist es, die wirtschaftspolitische Kompetenz der SPD zu stärken und zudem ein Netzwerk aufzubauen, das Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft bei diesem Thema zusammenführt.

Das Forum trägt dazu bei, nach außen sichtbar einen Dialog mit Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Wissenschaftsvertretern zu führen und so das Kompetenzfeld Wirtschaftspolitik stärker zu besetzen.

Das Forum soll auch dazu dienen, neue Impulse und Ideen für die Wirtschaftspolitik der SPD zu erarbeiten und zugleich die wirtschaftspolitischen Diskussionen innerhalb der SPD einem breiterem Publikum (Wirtschaftsjournalismus, Wissenschaft, Unternehmen, Gewerkschaften, interessierte Öffentlichkeit) zugänglich zu machen.

Das Forum knüpft damit an die große Tradition sozialdemokratischer Wirtschaftspolitiker wie Karl Schiller, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder und vieler anderer an.

Die Arbeitsstruktur

Steuerungsgruppe

Kern des Forums Wirtschaft bildet eine Steuerungsgruppe bestehend aus 25 ausgewählten

Vertretern aus der Wirtschaft, Betriebsräten, Wissenschaftlern und Mandatsträgern. Die Steuerungsgruppe koordiniert die inhaltliche Arbeit des Forums. Ausgewählte Themen werden in dieser Runde vertieft weiter verfolgt. Je nach Themenwahl werden Referenten und weitere Gäste als Impulsgeber in die Runde eingeladen.

Bisherige Sitzungen der Steuerungsgruppe

Nachdem im ersten Jahr des Forums Wirtschaft es besonders um die Frage ging, wie Finanz- und Wirtschaftspolitik handeln müssen, um den Arbeitsmarkt zu stimulieren und besonders Geringqualifizierte zu fördern, war das Jahr 2007 dem Thema Mitarbeiterbeteiligung gewidmet. 2008 ging es um Finanzmarktfragen.

Forum Wirtschaft

Das Forum Wirtschaft selbst ist eine offene Veranstaltungsförm, zu der mehrmals im Jahr Unternehmer, Manager, Wissenschaftler, Gewerkschafter, Personalvertreter und Journalisten eingeladen werden.

Die Veranstaltungen:

21. März 2007: „Logistikstandort Deutschland in der Mitte Europas“ mit Dr. Klaus Zumwinkel, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Post World Net, als gemeinsame Veranstaltung mit der Karl-Schiller-Stiftung e.V.

Deutschland gehört in vielen Branchen zu den Weltmarktführern. Dabei wird oft vergessen, welche Kompetenz und Innovationsfähigkeit wir im Bereich Logistik haben. Anhand des Beispiels der Deutschen Post World Net AG zeigt sich, was das für einen Standortvorteil bedeutet, aber zugleich auch, wie deutsche Unternehmen den Herausforderungen der Globalisierung begegnen und die sich ergebenden Chancen für Arbeitsplätze bei uns im Land nutzen. Das Thema Mindestlohn in der Post- und Briefbranche spielte dabei eine Rolle.

17. September 2007: „Kreativwirtschaft: Neue Produktion – Neue Branchen – Chance für die Zukunft“, mit Judith Mair, agentur hellohello, Regine Haschka-Helmer, I-D Media AG, Prof. Dr. Martin Kretschmer, Universität Bournemouth, Edgar Berger, CEO von Sony BMG Music Entertainment Germany und Prof. Dieter Gorny, stv. Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Phonografische Wirtschaft (Moderation).

Die Kreativwirtschaft als noch eine weitgehend unbekanntes Größe, besonders was ihren Stellenwert als Zukunftsbranche mit hohen Wertschöpfung- und Beschäftigungspotentialen angeht, rückte in den Mittelpunkt. Da für uns Sozialdemokraten die Kreativwirtschaft eine wirtschafts-, arbeitsmarkt- und technologiepolitische Schlüsselbranche mit einem hohen kulturellen Wert ist, boten wir eine Plattform zum praxisnahen Austausch

zwischen Politik und den im Bereich der Kreativwirtschaft Tätigen.

28. Mai 2008: „Erfolgreiche Strukturreformen – was nun? Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Vergleich“, mit Peer Steinbrück (Berlin), Wouter Bos (Finanzminister und Parteivorsitzender unserer sozialdemokratischen Schwes-ternpartei PvdA, Den Haag), Pär Nuder (ehemaliger schwedischer Finanzminister, Stockholm). Die Moderation oblag Werner A. Perger (DIE ZEIT).

Im Mittelpunkt stand die Ausrichtung der zukünftigen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Es ging darum zu überlegen, wie zwischen den Notwendigkeiten in einer Großen Koalition Kompromisse zu schließen und andererseits dem Druck polemischer Versprechen von ganz links standzuhalten, sozialdemokratische Reformpolitik möglich ist. Um Antworten zu finden, ist ein Blick über die eigenen Grenzen hinaus hilfreich. In den Niederlanden und den skandinavischen Ländern machte und macht die Sozialdemokratie unter ähnlichen Bedingungen Politik. Deshalb ging es darum, Antworten zu finden auf folgende Fragen: Nach Jahren erfolgreicher Wirtschaftsreformen stellen sich weitere wirtschaftspolitische Herausforderungen – welche Reformen sind noch notwendig? Wie muss sozialdemokratische Wirtschaftspolitik weiterentwickelt werden, um Arbeitsplätze, Wohlstand und eine gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch unter den sich wandelnden Bedingungen von Globalisierung und demografischem Wandel zu sichern?

Diese und andere Fragen wurden mit unseren Gästen aus Holland und Schweden diskutiert, die von den veränderten Bedingungen ebenso betroffen sind wie wir.

27. Oktober 2008: „Sozialdemokratische Antworten auf die Finanzmarktkrise“, mit Franz Müntefering, Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück, Babette Fröhlich (DGB), Karl-Peter Schackmann-Fallis (Geschf. Vorstandsmitglied Deutscher Sparkassen und Giroverband), Jochen Poß (Finanzpolitischer Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion) und dem Moderator Harald Schumann (Tagesspiegel).

Auf die Finanzmarktkrise muss reagiert und es müssen Antworten gefunden werden. Die Bürgerinnen und Bürger fragen sich zu Recht, warum sie mit ihren Steuergeldern nunmehr für die Fehler der Investmentbanker geradestehen müssen.

Die globalen Finanz- und Kapitalmärkte, die keine Grenzen mehr kennen, gefährden die soziale Marktwirtschaft. Eine ausschließliche Orientierung an kurzfristigen und überzogenen Renditen gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Sie untergräbt zugleich den

langfristigen wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen und unserer Volkswirtschaft.

Deswegen brauchen wir neue Verkehrsregeln für die internationalen Finanzmärkte. Wir brauchen sozialdemokratische Antworten auf die Vertrauenskrise.

Das SPD-Präsidium hat deswegen bereits im Frühjahr eine Projektgruppe eingesetzt, die sich intensiv mit der Situation an den Finanzmärkten auseinandergesetzt und einen Abschlussbericht mit dem Titel „Neue Verkehrsregeln für die internationalen Finanzmärkte – eine sozialdemokratische Bilanz der Finanzmarktkrise“ mit politischen Empfehlungen verfasst hat. Der Abschlussbericht wurde zur Veranstaltung vorgelegt.

Beitrag zum Grundsatzprogramm

Das Forum leistete auch einen Beitrag für die Grundsatzprogrammdiskussion.

Das Forum lieferte Ideen und Konzepte; u. a. einen wichtigen Beitrag zum Impulspapier „Neue Werte schaffen“.

Drei Handlungsfelder standen im Blickpunkt:

- Internationale Erfahrungen wachstumsorientierter Wirtschaftspolitik. Stichworte: Makroökonomischer Rahmen, Finanzpolitik, Geldpolitik, Tarifpolitik, europäische Ansätze
- Strategische und nachhaltige Wachstumspolitik – Zukunftsmärkte brauchen Politik. Stichworte: Industriepolitik, Innovationspolitik, Stakeholder-Orientierung/Langfrist-Orientierung, Förderung von Zukunftsmärkten, strategische Allianzen (Bsp.: Ressourcenproduktivität)
- Faire Regeln für einen fairen Wettbewerb. Stichworte: Regulierung Finanzmärkte, Wettbewerbsrecht, Schutz geistigen Eigentums vs. freier Zugang zum Wissen

Steuerungsgruppe des Forums Wirtschaft

- | | |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Prof. Dr. Werner Abelshauer (Universität Bielefeld) 2. Prof. Dr. Peter Bofinger (Universität Würzburg, Sachverständigenrat) 3. Hans-Martin Bury (Managing Director, Lehman Brothers) 4. Dr. Michael Domitra (Geschäftsführer Managerkreis Friedrich-Ebert-Stiftung) 5. Klaus Franz (Gesamtbetriebsratsvorsitzender Adam Opel GmbH, Vorsitzender des Europäischen General Motors Arbeitnehmerforums) 6. Dr. Michael Frenzel (Vorstandsvorsitzender TUI AG) 7. Sigmar Gabriel (Bundesumweltminister) 8. Hubertus Heil (Generalsekretär der SPD) 9. Klaas Hübner (SPD-Bundestagsfraktion, Haushaltsausschuss) 10. Uwe Hück (Konzernbetriebsratsvorsitzender der Porsche AG) 11. Christian Lange (SPD-Bundestagsfraktion, Ausschuss Wirtschaft u. Technologie) 12. Dr. Ulrich Maly (Oberbürgermeister von Nürnberg) 13. Ingrid Matthäus-Maier (Vorstandssprecherin der Kreditanstalt für Wiederaufbau) | <ol style="list-style-type: none"> 14. Günter Papenburg (Vorstandsvorsitzender Günter Papenburg AG) 15. Ulrich Pfeiffer (Aufsichtsratsvorsitzender Empirica AG/ Sprecher Managerkreis der FES) 16. Joachim Poß (SPD-Bundestagsfraktion, stv. Fraktionsvorsitzender) 17. Tim Renner (Geschäftsführer Motor Entertainment GmbH) 18. Hubertus Schmoltd (Vorsitzender der IG BCE) 19. Olaf Scholz (Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion) 20. Reinhard Schultz (SPD-Bundestagsfraktion, Finanzausschuss) 21. Peer Steinbrück (Bundesfinanzminister, stv. Parteivorsitzender, Vorsitzender des Forums Wirtschaft) 22. Ludwig Stiegler (SPD-Bundestagsfraktion, stv. Fraktionsvorsitzender) 23. Prof. Dr. Gert Wagner (TU Berlin) 24. Dr. Rainer Wend (SPD-Bundestagsfraktion, Sprecher für Wirtschaft u. Technologie) 25. Detlef Wetzel (Bezirksleiter NRW der IG Metall) |
|---|--|

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie

Diskussionsplattform für Wissenschaft und Politik

Im Rahmen des Wissenschaftsforums beschäftigen sich seit der Gründung 1989 Wissenschaftler, Forscher, Hochschulangehörige und Interessierte rund um die Sozialdemokratie mit wissenschafts-, technologie- und hochschulpolitischen Fragen im Hinblick auf nationale wie auch internationale Handlungsperspektiven. Dabei versteht sich das Wissenschaftsforum als offene Diskussionsplattform für Wissenschaft und Politik.

Ausgangspunkt für seine Gründung war die Erkenntnis, dass die Komplexität unserer gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr alleine im innerpolitischen Diskurs verarbeitet werden kann. Sie erfordert wissenschaftliche Begleitung und Bewertung und den offenen Diskurs zwischen den verschiedenen Akteuren in Wissenschaft und Politik. Bis heute hat diese Aufgabenstellung nichts an Aktualität eingebüßt.

Mit wissenschaftspolitischen Kongressen, Impulsabenden und Publikationen wollen wir diesem Anspruch gerecht werden und einen wissenschaftspolitischen Dialog ermöglichen. Die zwölf regionalen Wissenschaftsforen greifen die hochschul- und forschungspolitischen Fragen ihrer Bundesländer und Regionen auf. Einmal im Jahr treffen sich alle Wissenschaftsforen zum Gedankenaustausch in Berlin.

Das Kuratorium

Das Kuratorium des Wissenschaftsforums legt die Arbeitsprojekte des bundesweiten Wissenschaftsforums fest und koordiniert die Arbeit.

Die Mitglieder des Kuratoriums des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie 2007/2008

Vorsitzende des Kuratoriums ist Edelgard Bulmahn, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung a.D.

- Ulla Burchardt, MdB,
Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- Erika Mann, MEP,
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments
- Prof. Dr. Wilfried Müller,
Rektor der Universität Bremen
- Prof. Dr. Dieter Rombach,
Geschäftsführender Direktor des Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE), Kaiserslautern

- Christian Scherf,
Direktor für den Bereich Verwaltung des Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY) in der Helmholtz-Gemeinschaft
- Karl Schultheis,
Wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
- Prof. Dr. Hanns Seidler,
Kanzler an der Technischen Universität Darmstadt
- Michael Siebel,
Sprecher im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Hessischen Landtages
- Prof. Dr. Heike Solga,
Direktorin am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen (seit 10/07 Leiterin der Forschungsabteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ am Wissenschaftszentrum Berlin).
- Dr. Eva-Maria Stange,
Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst
- Jörg Tauss,
Bildungs- und Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Ernest Hammerschmidt,
Juso-Hochschulgruppen (ab Mai 2008 Martin Timpe)
- Prof. Dr. Rolf Wernstedt,
Moderator des Arbeitskreises Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kultusminister und Landtagspräsident des Landes Niedersachsen a.D.
- Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner,
Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin

Wissenschaftsimpuls

Jährlich veranstaltet das Wissenschaftsforum bis zu drei Impulsabende, zu denen Multiplikatoren aus den Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Verbänden eingeladen werden. Ziel ist der gegenseitige Austausch und die Vernetzung untereinander. Die Impulsabende sind als „After-Work“-Veranstaltungen geplant, bei denen die Diskussion im Vordergrund steht. Anschließend sind die Teilnehmer eingeladen, die Gespräche im informellen Rahmen bei einem Glas Wein fortzusetzen.

Themen der Wissenschaftsimpulse 2007 / 2008

- Cluster in Deutschland: Regionale Wertschöpfung für zukunftssichere Arbeitsplätze?

- Berufswunsch: Wissenschaft.
- Mit nationalem Tarif- und Besoldungsrecht an die internationale Spitze?
- Von welchem Wissenschaftsverständnis lassen wir uns leiten?
- Hochschulfinanzierung morgen – Verantwortung für Qualität in Forschung und Lehre
- Die Freiheit die wir meinen. Hochschulen im Spannungsfeld zwischen demokratischer Legitimation und persönlicher Verantwortung

Internetauftritt

Das Wissenschaftsforum präsentiert sich zu den Veranstaltungen über die Internetseite www.forscher.de. Hier können die Aktivitäten der Regionalen Foren eingesehen werden.

Wissenschaftsnotizen

die WissenschaftsNotizen 24 / 2008
Schwerpunkt: Wissenschaftlicher Nachwuchs

Wissenschaftskongress 2008

Unter dem Titel „Die Hochschulen – Kraftzentren einer modernen Wissensgesellschaft?“ veranstaltete das Wissenschaftsforum am 26. September 2008 einen bundesweiten Kongress in Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion. Im Vorfeld des Qualifizierungsgipfels der Bundesregierung beteiligten sich 200 Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik und Forschung, um über die Zukunft der Hochschulen zu sprechen. Die Beiträge und Diskussionen wurden anschließend in Ausgabe 25 der Wissenschaftsnotizen dokumentiert.

Planung für 2009

Das Wissenschaftsforum wird sich an der Diskussion um ein Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2009 mit eigenen Vorschlägen beteiligen. Gleichzeitig feiert das Wissenschaftsforum im nächsten Jahr 20-jähriges Jubiläum. Dieser Jahrestag soll auf einem Kongress mit einem Festakt gefeiert werden. Die Feier könnte der Anlass für die Auslobung eines Wissenschaftspreises der SPD sein.

Kulturforum der Sozialdemokratie

Für Kunst und Kultur in ihrer ganzen Vielfalt

„Wenn Kultur generell die Suche nach Möglichkeiten ist, mit der Welt umzugehen, dann ist die Kunst Suche nach *eigenem* Ausdruck für die Deutung der Welt.“

(Gert Heidenreich)

Das Kulturforum besitzt als ältestes Forum der Sozialdemokratie, 1983 gegründet von Willy Brandt und Peter Glotz, besondere Bedeutung. Es kümmert sich, weit über Wählerinitiativen, Aufrufe und Unterstützertreffen hinaus, um den Austausch von „Macht und Geist“ und bringt die Politik der sozialen Demokratie kontinuierlich mit künstlerischen wie intellektuellen Impulsen zusammen.

Entscheidend bleibt für uns der Eigenwert des Künstlerischen. Kultur ist elementare Basis von Demokratie, Kultur ist Grundlage von Dialog, Teilhabe und internationaler Verständigung. Auf das Verstörende und Provokative der Kunst, „auf die Erfahrungsräume des Menschen jenseits seiner Markttrollen als Konsument und Arbeitskraft“ (Wolfgang Thierse) sind wir angewiesen.

Auch in den Jahren 2007/08 unter den Rahmenbedingungen der Großen Koalition konnte die SPD den kulturellen Aufbruch der rot-grünen Regierungsjahre fortsetzen: sowohl innerparteilich, wie auch gesamtgesellschaftlich nahm die Bedeutung kulturell geprägter Sichtweisen, künstlerischer Interventionen und kulturpolitischer Themen zu. Verstärkt geriet in den Blick, wie in der globalen Informationsgesellschaft politische Lösungen und wirtschaftlicher Erfolg mit Krea-

tivität und Kultur zusammenhängen. Zudem erlebte der klassische sozialdemokratische Ansatz, der besonderen sozialen Verantwortung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern unter den Verhältnissen von Soloselbständigkeit, von prekären Arbeitsverhältnissen und „digitaler Boheme“ eine Renaissance. „Aktivierende Kulturpolitik“ (Oliver Scheytt), d.h. eine staatliche Kulturförderung, die auch darauf abzielt, die Kräfte von Zivilgesellschaft und von privater, auch marktwirtschaftlicher, Initiative zu stärken, wurde zu einem Schlüsselbegriff.

War die kulturelle Nähe bisher fast sozialdemokratisches Alleinstellungsmerkmal, so begannen nun auch andere Parteien die Ämter der Bundeskulturpolitik ernst zu nehmen und die Bedeutung kultureller Diskurse und künstlerischer Multiplikatoren, des „Feuilletons“ und des „Boulevards“ zu begreifen. Es entstand eine – kulturelle Sichtweisen durchaus befördernde – parteipolitische Konkurrenz um Kulturpolitik und um das bessere Verhältnis zu Künstlern, zu Schriftstellern, zur Filmbranche und zur Kreativwirtschaft.

Drei wichtige Erfolge sozialdemokratischer Kulturpolitik in der Berichtsphase haben wesentlich mit dem Wirken des Kulturforums zu tun:



Günter Grass beim Kulturforum Hamburg

1. Das Kulturforum wirkte unterstützend und flankierend bei der Fortsetzung der neuen Bundeskulturpolitik, in der die SPD wichtige Verbesserungen für den Kulturbereich und die Kulturschaffenden durchsetzen konnte – vom neuen Urheberrecht, das die Stellung der Kreativen unter den neuen digitalen Bedingungen verteidigt, über Erhalt und Weiterentwicklung der wichtigen Künstlersozialversicherung, über das Gesamtkonzept der Gedenkstättenförderung, über die Stärkung der in der Globalisierung wichtiger gewordenen Auswärtigen Kulturpolitik, über die verbesserte Förderung des Deutschen Films bis hin zur Hauptstadtkultur, u. a. mit der entscheidenden Weichenstellung für das Humboldtforum, um nur einige der aus dem Koalitionsvertrag abgearbeiteten Projekte zu nennen.
2. haben wir erreicht, dass im neuen Hamburger Grundsatzprogramm der SPD, das 2007 das Berliner Programm von 1989 ablöste, Kultur einen herausragenden Stellenwert einnimmt. Übrigens nicht nur im eigentlichen Kulturkapitel „Kultur in der



Beim Treffen der regionalen Kulturforen 2008 in Halle a. d. Saale



Ausstellungseröffnung durch Wolfgang Thierse

demokratischen Gesellschaft“, sondern auch in vielen anderen Zusammenhängen, wie dem der Globalisierung oder des Sozialstaats („kulturelle Teilhabe“).

3. wurde unter Federführung des Kulturforums auf dem Hamburger Parteitag der Leitantrag „Kultur ist unsere Zukunft“ vorgelegt, der das sozialdemokratische Kulturverständnis des 21. Jahrhunderts ausführlich entfaltet. Die SPD bekennt sich darin „unmissverständlich zur Autonomie der Kunst“ und dazu, dass „Kulturpolitik (immer) über das bisher Erreichte

hinausgehen“ soll. Entscheidende programmatische Botschaften lauten „weiter Kulturbegriff“, „Kultur als öffentliches Gut“, „kulturelle Teilhabegerechtigkeit“, „Kultur der Anerkennung“ statt „deutsche Leitkultur“. Weitere Schwerpunkte sind: „kulturelle Bildung“, „kulturelles Erbe“, „auswärtige und europäische Kulturpolitik“ und erstmals auch die „Kultur- und Kreativwirtschaft“.

Die von Berlin aus vernetzte, aber ansonsten eigenständige Arbeit der 35 aktiven

regionalen Kulturforen von Schleswig-Holstein bis zum Starnberger See, von Köln bis Sachsen, konnte in gewohntem Umfang fortgesetzt werden. So finden sich vielerorts der Kultur nahestehende Genossen und Freunde der SPD, Kulturinteressierte, Künstler, Kulturvermittler, Kulturwissenschaftler, Kreativselbständige, Kulturpolitiker usw. und stellen Veranstaltungen, Debatten mit der „kritischer Intelligenz“, Kulturevents, Begegnungen mit den Künsten und den Kulturschaffenden, oder auch Reden bzw. gleich Feste auf die Beine. Bei aller elektro-

Aus den Aktivitäten des Bundeskulturforums

2007

26. 1. Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Auschwitzbefreiung u. a. mit Hanna Papanek, WBH
8. 2. mit Kulturforum Region Hannover e.V.: Rede „Leitideen für eine neue Kulturpolitik“, Wolfgang Thierse, Hannover
15. 2. Filmvorführung zur Berlinale: „Annansi – ein Traum von Europa?“ u. a. mit kulturpolitischer Rede von Kurt Beck, WBH
7. 3. mit Kulturforum Bremen e.V.: „Kulturpolitische Programmatik“, Rede und Diskussion mit Wolfgang Thierse, Bremen
14. 3. mit Kulturforum Sachsen-Anhalt e.V.: „Bildung – Kultur – Wissenschaft im neuen Grundsatzprogramm“, Halle a. d. Saale
28. 3. Buchpräsentation, Diskussion Johano Strasser „Als wir noch Götter waren im Mai. Erinnerungen“ mit Wolfgang Thierse, WBH
19. 4. mit Kulturforum Bielefeld: Kulturpolitische Rede Wolfgang Thierse, Bielefeld
4. 5. mit Kulturforum Saarland e.V.: Kulturpolitisches Podiumsgespräch, Saarbrücken
6. 5. Schriftstellertreffen mit Kurt Beck, Wolfgang Thierse, Egon Bahr, WBH
15. 6. mit Kulturforum Stadt Berlin e.V.: Debatte um Kultur im neuen Grundsatzprogramm
22. –24. 6. Jahrestreffen der regionalen Kulturforen mit Besuch der documenta und öffentl. Diskussion zu „Zukunft der Arbeit – eine kulturelle und kulturpolitische Herausforderung“, Kassel
27. 6. Ausstellungseröffnung „Verfolgt, verfemt, entartet“ durch Wolfgang Thierse, WBH
29. 6. „Kultur der Anerkennung – Kulturelle Vielfalt und interkulturelle Verständigung“. Debatte u. a. mit Wolfgang Thierse, Julian Nida-Rümelin, Christian Ude, Faruk Sen, Zafer Senocak, WBH
9. 9. Prominententreffen aus Kunst und Kultur mit Kurt Beck, WBH

- 21./22. 9. Erste kulturpolitische Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Kurt Beck, Wolfgang Thierse, Monika Griefahn, Siegmund Ehrmann u. v. a., Potsdam-Babelsberg
21. 11. philosophy meets politics IX: Jürgen Habermas und Frank-Walter Steinmeier zu den „Europäischen Perspektiven“, WBH.
22. –23. 11. Lübecker Autorentreffen bei Günter Grass, Lübeck

2008

25. 1. „Stealing Klimt“, anlässl. des Holocaust Gedenktages, Filmvorführung und Debatte zur „Raubkunst“, WBH
13. 2. Filmvorführung, Premiere zur Berlinale: „Die Welle“ u. a. mit kulturpolitischer Rede Frank-Walter Steinmeier, WBH
4. 4. Schriftstellerrunde mit Kurt Beck, WBH
10. 4. Buchvorstellung Cornelia Sonntag-Wolgast „Willst Du Dir das wirklich antun“, WBH
15. 4. Hermann Glaser zum 80.: Rede, Buchvorstellung mit Podium „Die 60er Jahre – Deutschland zwischen 1960–70“, WBH
5. 5. mit Kulturforum Thüringen e.V. Podiumsgespräch zu: „Weimarer Dreieck. Neue Wege des Austauschs zwischen Frankreich, Polen und Deutschland“ in Weimar
9. 5. Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Bücherverbrennung, WBH
11. 5. Kulturpolitisches Fachgespräch, u. a. mit Wolfgang Thierse, Andrea Nahles zu „Probleme, Fortentwicklung und Stärkung der Künstlersozialversicherung“, WBH
27. 5. mit Kulturforum der Stadt Berlin e.V.: Podiumsgespräch zu „Bibliotheken sind öffentliche Pflichtaufgaben!“, in der Landeszentralbibliothek Berlin
1. 6. mit Kulturforum Rheinland-Pfalz: Rede Wolfgang Thierse zu „Sozialdemokratische Kulturpolitik“ im Remagen/Arp-Museum

1. 6. mit Kulturforum Rhein-Erft-Kreis e.V. Podiumsgespräch mit Wolfgang Thierse „Kultur und Bildung als gemeinsame Zukunftsaufgabe“
20. –22. 6. Jahrestreffen der Regionalen Kulturforen in Halle a. d. Saale mit öffentlicher Debatte „Zur Zukunft der Theater“
23. 9. Buchvorstellung Renan Demirkan „Septembertee“, WBH
29. 9. Zentrales Kulturfest der SPD: Hauptsache Kultur – 10 Jahre Bundeskulturpolitik, Jüdisches Museum/Berlin.
8. 10. „pop meets politics“ zur Popkomm. Talk und Musik u. a. mit Hubertus Heil, Brigitte Zypries, WBH
7. –10. 10. Lübecker Autorentreffen bei Günter Grass, Lübeck
10. –11. 10. Zweite kulturpolitische Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Genshagen
24. 10. Mit Kulturforum Rhein-Neckar e.V.: „Hauptsache Kultur“, Rede Wolfgang Thierse, Ludwigshafen
31. 10. –1. 11. Mit Ev. Akademie Rheinland: „weil wir wachsen müssen... zur materiellen Orientierung unserer Kultur“, Tagung in Bad Godesberg
5. 11. Kulturpolitische Festrede Wolfgang Thierse, 60. Jubiläum des Landeskulturverbandes Schleswig-Holstein, Kiel
7. 11. philosophy meets politics X „Gerechtigkeit in der Einen Welt“ mit Thomas Pogge (USA), Heidemarie Wiczorek-Zeul, Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse, Gert Weisskirchen, WBH
9. 11. Kulturforum Hamburg e.V.: Geschichte und Auftrag der Kulturforen
26. 11. Mit Kulturforum Münsterland: „Mehr Kultur wagen“, Lesung Johano Strasser, Diskussion mit Klaus-Jürgen Scherer, Herten



philosophy meets politics:
Steinmeier – Nida-Rümelin – Habermas

nischen Kommunikation entwickelte sich das jährliche Treffen der regionalen Kulturforen, 2007 in Kassel zur *documenta*, 2008 zum Festival „Theater der Welt“ in Halle a. d. Saale, zu einem jährlichen Höhepunkt des Austausches und der ehrenamtlichen Motivation.

Seit Dezember 2006 erscheint etwa 14-tägig der elektronische „Newsletter“ des Kulturforums der Sozialdemokratie, der Aktivitäten des Kulturforumsnetzwerkes, kulturpolitische und künstlerische Veranstaltungshinweise und kulturelle Debattenbeiträge enthält unter www.kulturforen.de.

Publikationen

Kurt Beck (Hg.): „Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen, wählt SPD!“ Günter Grass und die Sozialdemokratie, gesammelt von Florian Legner, Klaus-Jürgen Scherer, Klaus Wettig. vorwärts buch, Berlin 2007.
Kulturnotizen 11, Schwerpunkt Leitartikel „Kultur ist unsere Zukunft“, Kulturforum Berlin Dezember 2007.
Wolfgang Thierse: Kultur und Wirtschaft – derselbe Kampf. Europäische Kulturvielfalt und global players, in: Kulturpolitische Mitteilungen 118/III, 2007.
Kulturpolitik der Parteien. Visionen, Programmatik, Geschichte und Differenzen. Hg. Olaf Zimmermann, Theo Geißler. Darin: Kulturpolitik der SPD. Beiträge von Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Thierse, Monika Griefahn, Klaus Wowereit. Deutscher Kulturrat Berlin Juni 2008.

Jürgen Habermas und Frank-Walter Steinmeier. European Prospects. Europäische Perspektiven. Herausgeber: Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse. *philosophy meets politics IX*. Kultur in der Diskussion Band 13, Klartext Verlag Essen, April 2008.
Weiter denken. Begegnungen mit Wolfgang Thierse. Hg. Von Hans Misselwitz, Klaus-Jürgen Scherer, Uli Schöler, Wolfgang Wiemer, vorwärts buch Berlin 2008.
Rüdiger Fikentscher (Hg.): Kulturforum der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt e.V.: Trinkkulturen in Europa, Mitteldeutscher Verlag Halle 2008.
Kulturnotizen 12, Schwerpunkt Zehn Jahre Bundeskulturpolitik, Kulturforum Berlin Dezember 2008.

Vorstand des Kulturforums der Sozialdemokratie

VORSITZENDER:

Dr. h. c. Wolfgang Thierse
(Bundtagsvizepräsident, Vorsitzender SPD-Grundwertekommission)

STELLV. VORSITZENDE:

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
(Ordinarius für politische Theorie und Philosophie Universität München, StM Kultur und Medien a. D.);
Monika Griefahn (Vorsitzende der AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion)

WEITERE VORSTANDSMITGLIEDER:

Prof. Hans-Georg Bögner
(Gf. der Stiftung Kultur der Stadtsparkasse Köln);
Egmont Elschner
(Regisseur, Studioleiter Fernsehen Chemnitz; stellv. Vors. Kulturforum der Sozialdemokratie in Sachsen e.V.);
Carmen Emigholz
(Staatsrätin für Kultur des Landes Bremen; Vors. Kulturforum der Sozialdemokratie Bremen);
Knut Fleckenstein
(Gf. ASB Hamburg, kulturpolit. Sprecher SPD-Hamburg);
Dr. Burkhard Jellonnek
(Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Gf. Kulturforum der Sozialdemokratie im Saarland e.V.);
Brigitte Lange
(kulturpolit. Sprecherin SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, stellv. Vors. Kulturforum Stadt Berlin e.V.);
Prof. Dr. Oliver Scheytt
(Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, Kulturdezernent Essen, Gf. RUHR 2010 GmbH);
Olaf Zimmermann
(Gf. Deutscher Kulturrat).
GESCHÄFTSFÜHRER:
Dr. Klaus-Jürgen Scherer

Projektgruppe Arbeitsversicherung des SPD-Parteivorstands

Jobvorsorge für alle Menschen von 15 bis 67

Im Hamburger Programm hat die SPD die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung beschlossen. Dort heißt es:

„Die Arbeitsversicherung soll berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten. Dazu werden wir ein Recht auf Weiterbildung durchsetzen. Sie soll die Wahlmöglichkeiten erweitern und die Beschäftigungsfähigkeit erhalten.“

Der SPD-Parteivorstand hat die Projektgruppe „Arbeitsversicherung“ mit dem Auftrag eingesetzt, ein handhabbares Politikkonzept für die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung zu entwickeln. Die Leitung der Projektgruppe lag bei der stv. Parteivorsitzenden Andrea Nahles. Der Auftrag der Projektgruppe ist zu-

nächst auf den Schwerpunkt Weiterbildung und vorsorgende Arbeitsmarktpolitik beschränkt gewesen.

Die Projektgruppe hat in mehreren Sitzungen eine Bestandsaufnahme der Flexibilisierung der Arbeitswelt und Vorschläge für die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung entwickelt. Die Ergebnisse sind in das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2009 eingeflossen.

Die wesentlichen Elemente der heutigen Arbeitslosenversicherung, also insbesondere die Absicherung des Einkommensausfalls bei Arbeitslosigkeit und die Gewährleistung der aktiven Arbeitsförderung, bleiben selbstverständlich erhalten. Die Grundidee der Arbeitsversicherung ist, dass der Schutz *bei* Arbeitslosigkeit durch einen stärkeren Schutz *vor* Arbeitslosigkeit erweitert wird. Das be-

deutet vor allem, dass wir eine Job-Vorsorge für alle Menschen von 15 bis 67 Jahren wollen.

Jede und jeder, nicht nur Arbeitslose, soll einen Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung erhalten. Dazu sollen vor Ort, also in jeder Stadt und in jedem Kreis, Beratungsstellen angesiedelt werden. Auf freiwilliger Basis wird in einem Kompetenzcheck geklärt, welche Stärken und Schwächen der Einzelne hat. Anschließend wird in einem individuellen Weiterbildungsplan festgelegt, welche Qualifizierungsmaßnahmen sinnvoll sind, um die Qualifikation zu erhalten oder auszubauen. Das Ziel ist, durch Stärkung der individuellen Qualifikation die Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich zu erhöhen. Wir wollen die staatliche Förderung deutlich ausbauen.

Projektgruppe „Chancen und Herausforderungen einer Gesellschaft des längeren Lebens“

Demographischer Wandel ist gestaltbar

Der SPD-Parteivorstand hatte am 29. August 2004 die Projektgruppe „Chancen und Herausforderungen einer Gesellschaft des längeren Lebens“ unter Leitung von Frau BM Ulla Schmidt eingesetzt. Nach der Unterbrechung durch den Bundestagswahlkampf 2005 wurde die Projektgruppe im Januar 2006 wieder eingesetzt.

Auftrag der Arbeitsgruppe war es, Antworten auf die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft zu geben und die aus dem demographischen Wandel erwachsenden Chancen und Potenziale aufzuzeigen.

Am 2. Juli 2007 wurde der Abschlussbericht dem SPD-Präsidium vorgelegt.

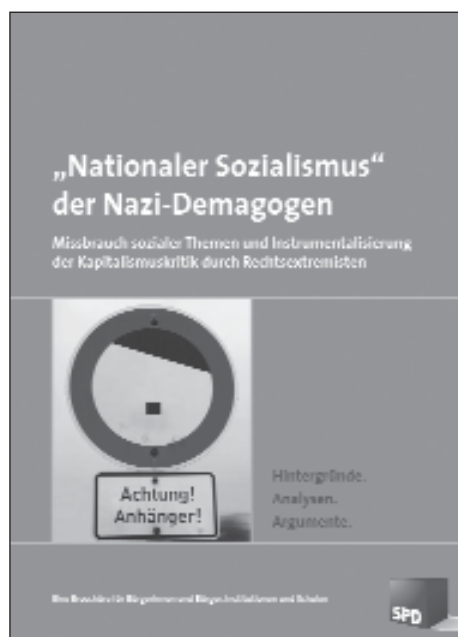
Essentials des Berichts:

- Der demographische Wandel ist gestaltbar.
- Wir brauchen eine neue „Alterskultur“, ein neues Leitbild des Alters.
- Deutschland wird es sich in Zukunft nicht leisten können, auf qualifizierte, ältere Mitarbeiter zu verzichten. Das Erfahrungswissen und das Leistungsvermögen älterer ArbeitnehmerInnen müssen daher sinnvoll genutzt werden.
- Es ist erforderlich, unsere *Kultur der Arbeit im Alter* zu erneuern.
- Es gilt darüber hinaus, *neue Märkte und Produkte* zu entwickeln, um für ältere Konsumenten adäquate Angebote bereit zu halten.
- Der Stellenwert der gesundheitlichen *Prävention* muss gestärkt werden.
- Eine *Flexibilisierung des Renteneintritts* ist anzustreben.
- Um die den überwiegend „jungen Alten“ zur Verfügung stehende Zeit gesamtgesellschaftlich zu nutzen, sollten neue Möglichkeiten für ein *bürgerschaftliches Engagement* geschaffen werden.
- Die verschiedenen Generationen werden mit ihren jeweiligen Bedürfnissen und aus ihrer Lebenswelt heraus neue Anforderungen an die *Kommunen* stellen.
- Die *Pflegeversicherung* steht vor neuen Aufgaben, die bewältigt werden müssen.
- Die soziale Infrastruktur in unserer Gesellschaft muss so gestaltet sein, dass ein *Sterben in Würde* möglich ist.

Projektgruppe Gegen Rechtsextremismus

Hilfestellungen im Kampf gegen Rechts

Bereits im Herbst 2004 gründete der SPD-Parteivorstand die Projektgruppe „Gegen Rechtsextremismus“. Unter der Leitung von Niels Annen leistet die Projektgruppe seitdem Hilfestellungen für SPD-Gliederungen im Kampf gegen Rechts.



Zudem fungiert sie als wertvolle Schnittstelle zwischen der Politik und den Initiativen vor Ort und verfolgt das Ziel, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken sowie Projekte gegen Rechts finanziell zu sichern. Mit zahlreichen Workshops, Broschüren, Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen und einem eigenen Internetauftritt ist sie ein verlässlicher Partner im Kampf gegen Rechtsextremismus geworden.

Schwerpunkte sind dabei die Vorbereitung eines NPD-Verbotsverfahrens sowie die stete Finanzierung der Strukturprojekte gegen Rechts, zum Beispiel durch eine Bundesstiftung, gewesen.

Broschüren:

„Wölfe ohne Schafspelz“

So sprechen die Rechtsextremen von NPD und DVU, wenn sie keine Kreide gefressen haben. Zitatensammlung

„Hetzer, Schläger, Demagogen“

Ideologie und Strategie der NPD

„Mit Recht gegen Rechts.“

Politische und juristische Empfehlungen für den Umgang mit der extremen Rechten

„Für eine starke Demokratie – Wirksam handeln gegen rechts!“

Der Leitfaden stellt Aktions- und Handlungsstrategien vor. Dazu tragen 24 Prinzipien und Orientierungshilfen für den Umgang mit Rechtsextremisten bei. Ergänzt um praktische Handlungsempfehlungen und viele weiterführende Hilfen stellt die Broschüre einen praktischen Ratgeber für die Parteiarbeit vor Ort dar.

„Versteckspiel“

Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen, rechten Gruppen

Neonazi-Einflüsse zeigen sich in der Musik, der Kleidungs-Ordnung, in Codes und Symbolen. Für all diejenigen, die täglich mit Jugendlichen arbeiten, ist es oft schwer, diese zu erkennen und zuzuordnen.

Die Agentur für soziale Perspektiven e.V. hat diese heimlichen Erkennungszeichen analysiert und auf anschauliche, verständliche Weise in ihrer Publikation „Versteckspiel“ dokumentiert. Insbesondere für Personen mit Multiplikatorenfunktion in Politik und Gesellschaft birgt die Broschüre einen großen Wissensschatz.

Projektgruppe Integration

Leitlinien für Integration

Unter der Leitung des Mitglieds des Präsidiums und Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Ute Vogt, hat sich die Projektgruppe im Zeitraum 2007/2008 verstärkt der gesellschaftlichen und politischen Integration von Migrantinnen und Migranten gewidmet.

Die entsandten Vertreter der SPD-Landes- und Bezirksverbänden lieferten wichtige Impulse für die einschlägigen Passagen des Hamburger Programms. Auch die vorliegende Übersetzung des Grundsatzprogramms in türkischer Sprache geht auf eine Initiative der Projektgruppe zurück.

Mit der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Martina Köppen, wurde ein erstes Resümee des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes anlässlich des einjährigen Bestehens diskutiert. Bereits in die-

sem frühen Stadium äußerte die Projektgruppe Kritik an der Leiterin und formulierte ihr gegenüber, wie aus sozialdemokratischer Sicht das Amt der Antidiskriminierungsbeauftragten auszufüllen sei. Dem folgte die bis heute andauernde öffentliche Kritik.

Gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten des Deutschen Fußballbundes, Gül Keskinler, wurden die wichtige Rolle des Sports erörtert und Möglichkeiten für die Untergliederungen aufgezeigt.

Die Integrationsgipfel der Bundesregierung bis hin zum Nationalen Integrationsplan wurden von der Projektgruppe mit Hilfe von Vertretern des Arbeitsministeriums intensiv begleitet

In weiteren Sitzungen wurden Maßnahmen und Beispiele vorgestellt, wie Migrantin-

nen und Migranten erfolgreich für eine Mitgliedschaft in der Partei gewonnen werden können (bspw. Dröschepreis-Gewinner „SPD ve biz“). Es wurde vereinbart, entsprechende Handreichungen für die Partei zu erarbeiten.

Projektgruppe Integration

VORSITZ:
Ute Vogt

SEKRETARIAT:
Volker Norbistrath

Projektgruppe „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“

Für eine neue Balance von Markt und Staat: Sozialdemokratische Antworten auf die Finanzmarktkrise

Die vom SPD-Parteivorstand Anfang 2008 eingesetzte Projektgruppe unter Vorsitz des stellvertretenden Parteivorsitzenden, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, hat sich in mehreren Sitzungen im Jahr 2008 eingehend mit der Finanzmarktkrise befasst. Ziel war nicht lediglich die Analyse der Mechanismen, welche zur Finanzmarktkrise führten, sondern die Formulierung sozialdemokratischer Antworten auf die Finanzmarktkrise. Lange bevor die anderen Parteien sowie die breite Öffentlichkeit über die Finanzmarktkrise nachdachten, beschäftigte sich die Projektgruppe, welcher neben zahlreichen SPD-Politikerinnen und Politikern auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern angehören, mit Ursachen, Folgen und Antworten auf die Finanzmarktkrise.

Mit dem Abschlussbericht „Eine neue Balance von Markt und Staat: Verkehrsregeln für die internationalen Finanzmärkte. Sozialdemokratische Antworten auf die Finanzmarktkrise“ präsentierte die Projektgruppe ihre Ergebnisse. Der Projektbericht wurde am 27. Oktober 2008 von Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering und Peer Steinbrück, sowie den anderen Mitgliedern der Projektgruppe im Willy-Brandt-Haus vor knapp 500 geladenen Gästen und zahlreichen Pressevertretern vorgestellt. Spiegel Online schrieb nach der Vorstellung des Abschlussberichts: „Kanzlerin Merkel dürfte das neue Selbstbewusstsein des Trios (Steinmeier, Steinbrück, Müntefering) beunruhigen - keiner aus dem neuen SPD-Führungstrio wollte sich an diesem Montag den Triumph nehmen lassen“.

Der Abschlussbericht enthält 14 Forderungen der SPD zur Regulierung der Finanzmärkte. Kern der Forderungen: kein Akteur, kein Produkt darf in Zukunft unreguliert sein. Deswegen benötigen wir bessere Eigenkapitalregelungen, strengere Bilanzierungspflichten, ein höheres Risikobewusstsein, eine Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme einschließlich verstärkter Haftung, eine bessere Aufsicht, sowie verbesserte Ratings. Nicht zu vergessen: der verstärkte Kampf gegen Steuerhinterziehung.

Die Arbeiten der Projektgruppe bildeten zuvor schon die Grundlage für den von Peer

Steinbrück für den G8-Gipfel vorgestellten 8-Punkte-Plan vom September 2008. Ebenfalls auf Grundlage der Arbeiten der Projektgruppe wurde das Steinbrück/Steinmeier-Papier vom Februar 2009 „Unsere Finanzmarktgrundsätze“ erarbeitet.

Mitglieder der Projektgruppe nahmen an Sitzungen einer von dem Vorsitzenden der SPE, Paul Nyrup Rasmussen geleiteten Ex-

pertengruppe zur europäischen Regulierung der Finanzmärkte teil.

Der Abschlussbericht wurde ins Englische und Französische übersetzt und fand in zahlreichen anderen Mitgliedstaaten Beachtung. Er war die Grundlage für die programmatischen Aussagen der PES zur Finanzmarktregulierung in ihrem „Manifest“.

Mitglieder der Projektgruppe

Peer Steinbrück Bundesfinanzminister Stellvertretender SPD-Vorsitzender SPD-Parteivorstand	Prof. Dr. Hans-Helmut Kotz Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank
Dr. Karlheinz Bentele	Dr. Hans-Ulrich Krüger, MdB SPD-Bundestagsfraktion
Ute Berg, MdB	Joachim PoB, MdB
Dr. Udo Bullmann, MdEP	SPD-Bundestagsfraktion
Hans Martin Bury Managing Partner HERING SCHUPPENER Consulting Strategieberatung für Kommunikation GmbH Mainzer	Florian Pronold, MdB SPD-Bundestagsfraktion
Harald Christ Christ Capital AG	Bernhard Rapkay, MdEP Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
Prof. Dr. Michael Frenkel Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung Otto Beisheim School of Management	Horst Reichenbach EBRD Osteuropabank
Babette Fröhlich Vorstand der IG Metall	Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutsche Sparkassen- u. Giroverbands
Christian Ganßmüller Mitglied des Vorstandes der Citigroup Global Markets Deutschland AG & Co KGaA	Carsten Schneider SPD-Bundestagsfraktion
Nina Hauer, MdB SPD-Bundestagsfraktion	Reinhard Schultz, MdB SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Barbara Hendricks, MdB Schatzmeisterin der SPD SPD-Parteivorstand	Martin Schulz, MdEP Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament
Prof. Dr. Hansjörg Herr Fachhochschule f. Wirtschaft	Michael Sommer Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Prof. Dr. Gustav Horn Hans-Böckler-Stiftung	Alfred Tacke
Dr. Matthias Kollatz-Ahnen Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank	Norbert Wieczorek Centre For European Policy Studies
	Philipp Steinberg SPD Parteivorstand – Sekretariat

Projektgruppe Nachhaltige Finanzpolitik

Für eine Schuldenregel mit Augenmaß!

Die Projektgruppe „Nachhaltige Finanzpolitik“ unter Vorsitz des damaligen rheinland-pfälzischen Finanzministers Prof. Dr. Ingolf Deubel wurde vom Präsidium im Frühjahr 2008 mit dem Ziel eingesetzt, eine Position der SPD für die Arbeit im Rahmen der Föderalismuskommission II – insbesondere zur sogenannten neuen „Schuldenregel“ – zu erarbeiten. Der Projektgruppe gehörten Vertreterinnen und Vertreter der Länder, der Kommunen, sowie der Bundestagsfraktion an. Schwerpunkt der Arbeiten der Projektgruppe

war die Erarbeitung eines Grundsatzpapiers zur neuen Schuldenregel. Dieses Papier – „Wirksame Verschuldungsgrenzen für Bund und Länder und Vermeidung von Haushaltsrisiken“ – wurde von Ingolf Deubel für die SPD als Kommissionsdrucksache in die Föderalismuskommission II eingebracht. Es bildete die Grundlage für einen Präsidiumsbeschluss vom 7. Juli 2008 zum Thema Schuldenbremse.

Die auf Grundlage der Arbeiten der Projektgruppe erstellte Kommissionsdrucksache bildete auch die Basis für die Verhandlungs-

positionen der SPD. Wichtig war insbesondere auch, dass im Rahmen der Projektgruppe eine gemeinsame Position von Bund und Ländern gefunden wurde.

Nach Abschluss des Grundsatzpapiers bestand die Arbeit der Projektgruppe insbesondere in der Abstimmung der Positionen der SPD für die Föderalismuskommission II.

Mit Beschluss der neuen Schuldenregel aufgrund eines Kompromisses zwischen CDU und SPD wurde die Arbeit in der Projektgruppe eingestellt.

Mitglieder der Projektgruppe

Björn Böhning
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Jens Bullerjahn
Finanzminister Sachsen-Anhalt
(Mitgl. der Steuerungsgruppe
AG Nachhaltige Finanzpolitik)

Ingolf Deubel
Finanzminister RLP
(Leitung AG Nachhaltige Finanzpolitik)

Bärbel Dieckmann
Mitglied des SPD-Parteivorstandes
und Präsidiums, Oberbürgermeisterin
der Stadt Bonn

Wolfgang Drexler
1. stv. Landtagspräsident
Landtag Baden-Württemberg; Mitgl. gFV

Werner Gatzler
(Vertreter Steinbrück) Staatssekretär BMF

Bettina Hagedorn, MdB,
Mitglied im Haushaltsausschuss und im
parlament. „Beirat für Nachhaltigkeit“
Verantwortlichkeitsbereich Finanzen

Klaas Hübner, MdB;
stellv. Fraktionsvorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion

Fritz-Rudolf Körper, MdB;
Stv. Fraktionsvorsitzender

Volker Kröning, MdB;
Sprecher AG Föderalismusreform II

Hans-Ulrich Krüger, MdB;
Sprecher AG Finanzen

Monika Kuban
Ständige Stellvertreterin des Hauptge-
schäftsführers des Deutschen Städtetages

Christian Lange, MdB;
Parlamentarischer Geschäftsführer

Petra Merkel, MdB;
Stv. Sprecherin AG Haushalt

Reinhard Meyer
Leiter Staatskanzlei Meck.-Vorpommern

Claus Möller
Vorsitzender SPD-Parteirat

Joachim Poß, MdB;
Stv. Fraktionsvorsitzender
(Mitgl. der Steuerungsgruppe
AG Nachh. Finanzpolitik)

Ortwin Runde, MdB,
Mitglied Fraktionsvorstand

Thilo Sarrazin
Finanzsenator Berlin

Bernd Scheelen, MdB;
Sprecher AG Kommunalpolitik

Carsten Schneider, MdB;
Sprecher AG Haushalt

Hubert Schulte
Chef der Senatskanzlei Bremen

Rainer Speer
Finanzminister Brandenburg

Ralf Stegner
Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

Peer Steinbrück
Bundesminister der Finanzen; stellv.
Parteivorsitzender (Mitgl. der Steuerungs-
gruppe AG Nachh. Finanzpolitik)

Joachim Stünker, MdB;
Sprecher AG Recht

Margaretha Sudhof
Referentin des Fraktionsvorsitzenden

Stephan Weil
Oberbürgermeister Hannover

Philipp Steinberg
Hauptamtlicher Mitarbeiter
SPD Parteivorstand

Projektgruppe „Altersgerechtes Arbeiten und zukunftssichere Rente“

Alterssicherungspolitik

Zur Umsetzung mehrerer Beschlüsse des Hamburger Parteitages hat der Parteivorstand eine Projektgruppe „Altersgerechtes Arbeiten und zukunftssichere Rente“ unter der Leitung von Elke Ferner, MdB, eingesetzt.

Sie hat Anfang 2009 den Parteigremien einen Abschlussbericht vorgelegt, der Vorschläge für die Gestaltung altersgerechten Arbeitens, eine längerfristige Ausgestaltung gleitender Rentenübergänge und für eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Alterssicherung für alle Erwerbstätigen enthält. Außerdem enthält der Bericht Vorschläge, wie perspektivisch Altersarmut verhindert werden kann. Der Bericht war Grundlage für die Aussagen zur Alterssicherungspolitik im Regierungsprogramm 2009.

Mitglieder der Projektgruppe

Elke Ferner, MdB (Vorsitzende)	Judith Kerschbaumer (ver.di)
Gregor Amann, MdB	Peter König (FES)
Gregor Asshoff (IG Bau)	Barbara Ludwig
Gerhard Bäcker	Ulrike Mascher
Claudia Bogedan	Hilde Mattheis, MdB
Erika Drecoll	Ingo Nürnberger (DGB)
Malu Dreyer	Anton Schaaf, MdB
Christoph Ehlscheid (IG Metall)	Ottmar Schreiner, MdB
Ursula Engelen-Kefer	Erwin Sellering
Angelika Graf, MdB	Rolf Stöckel, MdB
Gabriele Hiller-Ohm, MdB	PStS Franz Thönnnes, MdB
Klaas Hübner, MdB	StS Heinrich Tiemann
Christel Humme, MdB	

Gesprächskreis Energiepolitik

Im Blick: langfristige Konzepte

Die Fragen der Energieversorgung, der damit verbundenen Kosten, der Klimaauswirkungen und der wirtschaftlichen Konsequenzen sind in den Mittelpunkt politischer Weichenstellung gerückt. Angesichts der Komplexität, Multidimensionalität und der Langfristigkeit der energiepolitischen Entscheidungen (Atomausstieg) muss der Blick weg von kurzfristigen aktuellen Entscheidungen hin zu langfristigen Konzepten gehen. Dem hat der Parteivorstand Rechnung getragen und Anfang 2008 einen neuen Gesprächskreis Energiepolitik unter der Leitung von Sigmar Gabriel einberufen.

Geschaffen wurde eine Plattform für innerparteiliche Diskussion und die Abstimmung zentraler energiepolitischer Fragestellungen. Vertreter des Bundes, der Länder und des Europäischen Parlaments stehen hier im Fachdialog mit der Energiewirtschaft – sowohl im Rahmen der Sitzungen des AK als auch bilateral durch seinen Vorsitzenden. Viele der in diesem Kreis erarbeiteten Positionen sind in das Regierungsprogramm eingeflossen.

Schwerpunktt Themen:

- Europäischer Emissionshandel
- Biokraftstoffe
- Integriertes Klima- und Energiepaket
- Kraftwerk- und Netzplanung
- Nationaler Energieeffizienzplan
- Strompreisentwicklung

Mitglieder

Dirk Becker	Claus Möller
Ute Berg	Bernhard Rapkay
Susann Biedefeld	Norbert Römer
Marco Bülow	Mechtild Rothe
Margit Conrad	Manfred Schaub
Sigmar Gabriel	Hermann Scheer
Martina Gregor-Ness	Reinhard Schultz
Matthias Groote	Svenja Schulze
Rolf Hempelmann	Frank Schwabe
Hendrik Hering	Rita Schwarzelühr-Sutter
Thomas Jurk	Erich Stather
Ulrich Kelber	Ludwig Stiegler
Thomas Knapp	Rainer Wend
Matthias Machnig	Waltraud Wolff
Christoph Matschie	

Gesprächskreis Innenpolitik

Sicherheit in Freiheit

Unter der Leitung von Ute Vogt befasste sich der Gesprächskreis Innenpolitik im Jahr 2007 mit den Themenschwerpunkten der Sitzungen der Innenministerkonferenz. Ziel war es, die unterschiedlichen Akteure in der Partei, vor allem die innenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aus Bund und Ländern und die Landesinnenminister und -senatoren noch besser zu koordinieren. Der Gesprächskreis bietet hierfür im Vorfeld der IMK eine ausgesprochen gut wahrgenommene Möglichkeit, die unterschiedlichen Positionen abzustimmen und einen einheitlichen Erkenntnisstand zu vermitteln.

Für das Hamburger Programm kamen aus dem Gesprächskreis einschlägige und wichtige Impulse, die sich im Grundsatzprogramm niedergeschlagen haben. Für den Hamburger Parteitag wurde im Gesprächskreis zudem der Antrag des Parteivorstands „Sicherheit in Freiheit“ vorbereitet. Er liefert(e) klare Positionen für die politische Debatte mit dem politischen Gegner (bspw. Videoüberwachung, Online-Durchsuchung oder Einsatz der Bundeswehr im Inneren).

Mit Jahreswechsel 2007/2008 übernahmen Ralf Stegner und Erhart Körting den Vorsitz des Gesprächskreises. Sie setzten die

koordinierende und informierende Arbeit des Gesprächskreises fort.

Personalien

VORSITZ:

Ute Vogt
(bis Ende 2007)
Ralf Stegner und Erhart Körting
(ab 2008)

SEKRETARIAT:

Volker Norbistrath

Gesprächskreis Jugendpolitik

Leben, Lernen, Zukunft: Jugend im Mittelpunkt

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner Klausurtagung im Januar 2008 beschlossen, einen „Gesprächskreis Jugendpolitik“ einzusetzen, der von Kerstin Griese (MdB), Mitglied im Parteivorstand und Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag, geleitet wird. Dieser jugendpolitische Expert/innenkreis setzt sich aus Fachleuten aus Politik, Gewerkschaften, Verbänden, Wissenschaft und Jugendorganisationen zusammen. Er berät den Parteivorstand in jugendpolitischen Angelegenheiten.

Die konstituierende Sitzung des Gesprächskreises fand am 28. Mai 2008 im Willy-Brandt-Haus statt. Das einführende Referat hielt Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (Direktor des Deutschen Jugendinstituts). Im Zentrum der Debatte stand die Frage, was eine moderne Jugendpolitik heute leisten müsse. Die Ergebnisse der Diskussion wurden in einem Impulspapier zusammengefasst mit dem Titel: „Leben, Lernen, Zukunft: Jugend im Mittelpunkt“. Dieses Papier ist ein Plädoyer für eine eigenständige Jugendpolitik. Darin heißt es:

„Wir brauchen eine starke Jugendpolitik – eine Politik, die sich auf die spezielle Lebensphase der Jugend fokussiert, eine Politik für die Jugend und vor allem mit ihr. Es reicht nicht – wie es in den vergangenen Jahren zunehmend

die Tendenz war – jugendpolitisches Handeln vornehmlich auf eine Querschnittsaufgabe zu reduzieren, die mal in den Bereichen der Familien- und Bildungspolitik, mal in der Arbeitsmarkt- oder Wirtschaftspolitik zum Tragen kommt. Für die SPD ist die Jugendpolitik ein eigenständiges Politikfeld, das sich nicht allein um Problem- und Risikogruppen, sondern um alle Jugendlichen und ihre unterschiedlichen Lebenslagen kümmert.“

Drei Themenbereiche sollen dabei in das Zentrum jugendpolitischer Diskussionen gerückt werden:

- Bildung und Befähigung
- Engagement und Partizipation
- Integration

Am 26. November 2009 fand im Willy-Brandt-Haus eine öffentliche jugendpolitische Veranstaltung unter demselben Titel statt. Ziel der Veranstaltung war es, das Impulspapier der Öffentlichkeit vorzustellen und die Hauptthesen mit den rund 200 anwesenden Gästen zu diskutieren.

Das Impulsreferat hielt Prof. Dr. Thomas Rauschenbach. Nach einem Rap-Beitrag des Berliner Streetworking Projekts „Gangway Beat“ folgte die erste Gesprächsrunde zum Thema: „Chancen eröffnen: Befähigung und Integration“. GesprächspartnerInnen waren:

- Britta Altenkamp MdL
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion NRW und der NRWSPD
 - PD Dr. Haci-Halil Uslucan
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
 - Helmut Hochschild
ehemaliger Hauptschulleiter,
Seminarleiter Lehrerausbildung
 - Erkan Balci
Gangway Berlin e.V.
- Moderation:
Sönke Rix, MdB

Eine zweite Gesprächsrunde fand statt zum Thema: „Mitreden – Mitmischen: Partizipation heute“. TeilnehmerInnen waren:

- Burkard Jungkamp
Staatssekretär Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Brandenburg
 - Holger Ehmke
Bundeszentrale für politische Bildung
 - Sven Frye
Die Falken
 - Elisabeth Thomaszewsky
Freiwilliges Soziales Jahr
- Moderation:
Mike Corsa,
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend

Mitglieder des Gesprächskreises Jugendpolitik

Britta Altenkamp, MdL

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion NRW und der NRWSPD, Vorsitzende des Vereins für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten Essen e.V. (VKJ)

Sabine Bätzing, MdB

SPD-Bundestagsfraktion, Drogenbeauftragte der Bundesregierung

Mike Corsa

Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej), Stellvertretender Vorsitzender der AGJ

Franziska Drohnel

Bundsvorsitzende der Jusos

Martin Dulig, MdL

Fraktionsvorsitzender SPD Sachsen

Peter Friedrich, MdB

SPD-Bundestagsfraktion, Sprecher der „Youngsters“

Sven Frye

Bundsvorsitzender „Die Falken“

Helmut Hochschild

ehemaliger Hauptschulleiter, Seminarleiter Lehrerausbildung, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaften und Forschung Berlin

Andrea Hoffmeier

Bundsvorsitzende des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ)

Caren Marks, MdB

SPD-Bundestagsfraktion, Sprecherin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sandy Neugebauer

Vorstand Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V.

Peter Klausch

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe

Thomas Krüger

Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

Kai Niebert

Bundesleiter der Naturfreundejugend Deutschlands

Detlev Raabe

Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR)

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Direktor des Deutschen Jugendinstituts e.V. (DJI), München

Vera Reiß

Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Rheinland-Pfalz

Sönke Rix, MdB

SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Heidemarie Rose

Leiterin der Obersten Landesjugendbehörde und der Abteilung Junge Menschen und Familie in Bremen, Stellvertretende Vorsitzende AGJ (angefragt)

René Rudolf

Bundesjugendsekretär des DGB

Holger Rupprecht

Minister, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg

Prof. Dr. Klaus Schäfer

Abteilungsleiter Jugend und Kinder Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Düsseldorf

Dr. Karen Schönwälder

Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften

Franziska Schwider

Mitglied im Bundesjugendvorstand der Arbeiter-Samariter-Jugend

Kajo Wasserhövel

Bundesgeschäftsführer der SPD

Prof. Dr. Jürgen Zöllner

Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berlin

Gesprächskreis Landwirtschaft und ländliche Räume

Zukunftsfähige Landwirtschaft

Die SPD will eine zukunftsfähige Landwirtschaft, die keine Bezahlungen für Mengenproduktion oder daraus abgeleitete Tatbestände vorsieht, sondern die Vergütung für gesellschaftlich erwünschte Leistungen wie Renaturierung, Naturschutz, hochqualitative Produkte und vor allem die nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum. Im Gesprächskreis Landwirtschaft werden Strategien entwickelt, Landwirtschaftspolitik zu einer integrierten Politik für die ländlichen Räume zu machen. Unter der Leitung von Dr. Martin Wille wurde bei der Arbeit der Mitglieder aus Bund und Ländern die Lebensqualität der Menschen in ländlichen Gebieten in den Mittelpunkt gestellt.

Schwerpunktthemen:

- Tierschutz
- Biodiversität und Landwirtschaft
- Umsetzung Gesundheitscheck
- „Ohne-Gentechnik“ Kennzeichnung
- Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013
- Milchpolitik

Mitglieder

Wolfgang Apel

Till Backhaus

Jürgen Barth

Gerhard Botz

Jochen Dettmer

Udo Folgart

Hendrik Hering

Günther Horzetzky

Ulrich Kelber

Heidi Lück

Franz-Josef Möllenberg

Wilhelm Priesmeier

Lutz Ribbe

Lutz Scherling

Svenja Schulze

Martin Wille

Hans-Joachim Wilms

Friedrich-Carl Wodarz

Dietmar Woidke

Waltraud Wolff

Gesprächskreis Steuern und Finanzen

Gestaltung sozialdemokratischer Steuerpolitik

Der vom SPD-Parteivorstand im Jahr 2004 eingesetzte Gesprächskreis Steuern und Finanzen hat in den Jahren 2007 und 2008 unter Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, kontinuierlich den steuerpolitischen Austausch zwischen Partei, Parlament und Regierung begleitet und wichtige Akzente gesetzt.

Der Gesprächskreis befasste sich intensiv mit den vom Hamburger Bundesparteitag überwiesenen finanzpolitischen Anträgen und votierte diese für den Parteirat. Im Zentrum der Anträge und Diskussionen standen die Unternehmensteuerreform, die Forderung nach einer Systematisierung des Systems der ermäßigten Mehrwertsteuersätze, die Erbschaftsteuerreform sowie die Ausgestaltung der Entfernungspauschale.

Ein weiterer Schwerpunkt im Jahr 2008 waren die „Orientierungspunkte für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands“. Diese Orientierungspunkte wurden auf Anregung des damaligen Parteivorsitzenden Kurt Beck für den „Zukunftskongress“ in Nürnberg am 30. Mai 2008 erarbeitet. Kern der „Orientierungspunkte“ war die Aussage, dass nicht in erster Linie eine zu hohe Steuerbelastung – 50 % der Menschen in Deutschland zahlen unter Berücksichtigung des Kindergelds keine Steuern – sondern die Höhe der Sozialabgaben von Vielen als problematisch angesehen wird. Deswegen ist es nach Ansicht der SPD vorrangig, bei Vorhandensein der entsprechenden finanzpolitischen Handlungsspielräume die Sozialabgaben zu senken. Ansonsten be-

kennt sich die SPD zum handlungsfähigen Staat, der auskömmlich finanziert sein muss.

Weiten Raum nahmen in der Arbeit des Gesprächskreises die steuerpolitischen Aussagen der SPD in ihrem Regierungsprogramm ein. Im Gesprächskreis wurde diskutiert, ob die SPD eher offensiv oder defensiv vorgehen sollte, es wurden inhaltliche Weichenstellungen

gen wie die Frage nach Wiedererhebung einer Vermögensteuer, Möglichkeiten der Erhebung einer Börsenumsatzbesteuerung sowie Perspektiven für einen verstärkten Kampf gegen Steuerhinterziehung diskutiert und Positionen erarbeitet. Diese sind zum großen Teil in das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2009 eingeflossen.

Mitglieder

Peer Steinbrück
Bundesminister der Finanzen

Joachim Poß, MdB
Stv. Fraktionsvorsitzender

Claus Möller
Landesvorsitzender S-H
(Vorsitzender Parteirat)

Detlev Raphael
Geschäftsführer Bundes-SGK

Dr. Hans-Ulrich Krüger, MdB
Sprecher AG Finanzen

Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Dr. Ralf Stegner
Fraktionsvorsitzender
der SPD Landtagsfraktion,
SPD Landesvorsitzender S-H

Florian Pronold, MdB
Mitglied Finanzausschuss

Hannelore Kraft
Mitglied des Parteivorstands und
Präsidiums, Vorsitzende der NRW-SPD
und Fraktionsvorsitzende

Heinrich Aller, MdL
Finanzminister a. D.

Jens Bullerjahn
Stv. Ministerpräsident und
Finanzminister Sachsen-Anhalt

Nicolette Kressl, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin im BMF

Nina Hauer, MdB
Mitglied im Finanzausschuss und
stv. Mitglied im Haushaltsausschuss
des Bundestages

Prof. Dr. Ingolf Deubel
Finanzminister RLP

Rainer Speer
Finanzminister Brandenburg

Jörg-Otto Spiller, MdB

Dr. Philipp Steinberg
Hauptamtlicher Mitarbeiter
SPD-Parteivorstand

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Qualität, Transparenz und Sicherheit – Zielmarken sozialdemokratischer Verbraucherpolitik

Verbraucherpolitik betrifft unmittelbar die Interessen und den Alltag der Bürger und Bürgerinnen. Nicht zuletzt die Finanzkrise und das Bedürfnis nach Stärkung der Verbraucherposition bei Finanzdienstleistungen oder Datenskandale haben dies einmal mehr unterstrichen.

Die Arbeit des Gesprächskreises Verbraucherpolitik beim SPD-Parteivorstand mündete

in der Erstellung des Positionspapiers „Qualität, Transparenz und Sicherheit – Zielmarken sozialdemokratischer Verbraucherpolitik“, in dem aktuelle Problem- und Fragestellungen, vor allem aber auch Lösungsansätze und Perspektiven der SPD aufgezeigt werden. Das Papier wurde im Januar zur Klausur des Parteitag vorgelegt, die Inhalte sind einerseits in das Wahlprogramm und die Wahlkampf vorberei-

tungen eingeflossen und haben andererseits nach Rückmeldung vieler Genossinnen und Genossen eine gute Arbeitsgrundlage für Wahlkampfaktivitäten, Positionierungen und Gespräche geliefert. Unter der Leitung von Birgit Fischer wurden gemeinsam mit Vertretern von Wirtschaft und Verbänden Positionen erarbeitet, die in konkrete Politik umgesetzt wurden, und so den Menschen mehr Si-



cherheit und Qualität im Alltag geschaffen haben, denn Lebensalltag ist Verbraucheralltag.

Als Schwerpunktthemen sind zu nennen:

- Ohne Gentechnikzeichnung
- Finanz-Tüv
- Fahrgastrechte
- Internetgeschäfte
- Patientenrechte
- Wohnen und Energie
- Lebensmittelkennzeichnung
- Verbraucherinformationsgesetz



Mitglieder

Till Backhaus
Dagmar Becker
Margit Conrad
Elvira Drobinski-Weiß
Birgit Fischer
Thomas Isenberg
Ulrich Kelber
Jürgen Keßler
Birgit Kipfer
Gerlinde Kuppe

Franz Maget
Birgit Monteiro
Erich Paetz
Mechthild Rawert
Isolde Ries
Franz-Georg Rips
Ingelore Rosenkötter
Dagmar Roth-Behrendt
Karl-Heinz Schaffartzik
Svenja Schulze

Cornelia Tausch
Gitta Trauernicht
Marlies Volkmer
Olaf Weinel
Dietmar Woidke
Waltraud Wolff
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

„Selbst Aktiv“ Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD

Das Netzwerk „Selbst Aktiv“ hat sich auch in den Jahren 2007/2008 aktiv in die SPD-Arbeit eingebracht. 2007 lag ein besonderer Schwerpunkt auf der Mitwirkung am Hamburger Programm. Mit einem Fachverbändegespräch zusammen mit Generalsekretär Hubertus Heil, Präsidiumsmitglied Elke Ferner und der Behindertenbeauftragten Karin Evers-Meyer konnten wichtigen inhaltliche Impulse für die Programm-

arbeit gegeben werden. In dem im Oktober 2007 verabschiedeten Hamburger Programm sind Passagen enthalten, die auf Initiativen von „Selbst Aktiv“ zurückgehen und bei Behinderten Beachtung gefunden haben. Das Hamburger Programm hat für aktive Behindertenpolitik hohen Wert. Dies wurde von „Selbst Aktiv“-Vertretern im Behindertenbereich entsprechend kommuniziert.

Auf dem Hamburger Parteitag hat sich „Selbst Aktiv“ mit einem Stand präsentiert.

Im Jahr 2008 hat „Selbst Aktiv“ im Rahmen des Zukunftskonvents ein Bundestreffen durchgeführt. Dort wurden wichtige Zielsetzungen für die Arbeit der kommenden Jahre vereinbart. Karl Finke wurde als Sprecher bestätigt und Christina Fuchs aus Rheinland-Pfalz sowie Alexander Boster aus Berlin wurden zu seinen Stellvertretern ernannt.

Kuratorium „Wilhelm-Dröscher-Preis“

Auszeichnung für vorbildliche sozialdemokratische Vertrauensarbeit

Seit dem 27. Oktober 1981 wird in Gedenken an Wilhelm Dröscher der „Wilhelm-Dröscher-Preis“ für vorbildliche sozialdemokratische Vertrauensarbeit ausgeschrieben. Der „Wilhelm-Dröscher-Preis“ ist seit 1982

mit seiner Ausstellung Bestandteil der ordentlichen Parteitage.

Der „Wilhelm-Dröscher-Preis“ hat in den mehr als 25 Jahren eine innovative und erfolgreiche Basisarbeit der Ortsvereine, Ar-

beitsgemeinschaften und Foren der SPD angeregt, unterstützt und wesentlich dazu beigetragen, das lebendige Parteileben insbesondere bei Bundesparteitagen in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Das Kuratorium des Dröschler-Preises und der Parteivorstand haben durch die zweijährlichen Ausschreibungen wichtige aktuelle Impulse in die Arbeit der Gliederungen gebracht und damit auch zum Erfolg der Dröschler-Ausstellung bei den Bundesparteitagen beigetragen.

Alle Organisationsgliederungen, Arbeitsgemeinschaften, SPD-Arbeits- und Projektgruppen, Foren, regionalen Netzwerke und auch befreundete Initiativen, die von SPD und anderen Organisationen gemeinsam getragen werden, können sich für die Ausstellung bewerben.

Die Verleihung des mit 15.000 € dotierten „Wilhelm-Dröschler-Preises“ erfolgt zum Abschluss der ordentlichen Bundesparteitage. Das Kuratorium wählt die Siegerprojekte aus.

**Jubiläumsveranstaltung 25 Jahre
Wilhelm-Dröschler-Preis
auf dem SPD-Bundesparteitag
in Hamburg 26. bis 28. Oktober 2007**

Die Ausschreibung des Dröschler-Preises zum Bundesparteitag in Hamburg erfolgte zum Thema Mitgliederwerbung in den folgenden Kategorien:

1. Eine lebendige Partei vor Ort ist attraktiv für neue Mitglieder
2. Die SPD blickt auf eine stolze Geschichte zurück
3. Die SPD im Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen über das neue Grundsatzzprogramm

4. Die SPD ist in der Gesellschaft verankert
5. Werben in Zielgruppen – Wir wollen eine neue Generation für die Sozialdemokratie gewinnen

Es bewarben sich 70 Projekte um den „Wilhelm-Dröschler-Preis“, 38 Projekte wurden vom Kuratorium nominiert.

Erstmals haben sich neben den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsgruppen, Foren, Projektgruppen, SPD-Initiativen mit Vereinen und Gewerkschaften auch Landesverbände und der Auslandsortsverein Brüssel zusammen mit Auslandsfreundeskreisen beworben.

Auf dem Bundesparteitag in Hamburg ist durch sinnvolle Wege-Führung, der Nähe zum Plenum und zu den übrigen Ausstellungsbereichen eine sehr erfolgreiche Ausstellung gelungen. Die gute zentrale städtische Lage des Tagungsortes trug zu einer hohen Frequentierung der Dröschler-Ausstellung bei. Selten zählte die Ausstellung so viele Besucher.

Zukunftskonvent Nürnberg

Auf dem Zukunftskonvent am 31. Mai 2008 in Nürnberg wurden neben besonders innovativen Parteistrukturen wie Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Foren auch herausragende Initiativen und Vereine aus dem gesellschaftlichen Raum angesprochen und eingeladen. Die verschiedensten Initiativen aus den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, sozial-, umwelt-, entwick-

lungs- und friedenspolitische Initiativen und Vereine haben in einem Aktionsmarkt „Für eine gerechte Welt“ ihre Projekte vorgestellt.

Diese Initiativen sind ebenfalls eingeladen, sich um den Dröschler-Preis beim Bundesparteitag im November 2009 zu bewerben.

Mitglieder des Kuratoriums

VORSITZENDE:

Heidemarie Wiczorek-Zeul, MdB,
Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung.

STIMMBERECHTIGTE MITGLIEDER:

Hubertus Heil, Generalsekretär (Berlin)

Erika Drecoll, seit 25. August 2007

Bundesvorsitzende der AG

SPD 60 plus (Rostock)

Peter Dröschler, MdL (Kirn)

Petra Elsner, MdL (Grafschaft)

Dorothee Giani-Dröschler (Wiesbaden)

Dr. Gerlinde Kuppe, Ministerin für
Gesundheit und Soziales des Landes
Sachsen-Anhalt (Magdeburg)

Elfriede Marx, SPD-Landesverband
Schleswig-Holstein (Kiel)

Loke Mernizka, (Siegen),

Dr. Karsten Rudolph, MdL, SPD-Landtags-
fraktion NRW (Düsseldorf),

Rainer Strang, Bezirksgeschäftsführer
Weser-Ems,

Helga Ziemann (Siegburg)

Arbeitskreis Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos)

Professioneller und noch politischer

Der alte Bundesvorstand setzte seine Arbeit in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode (2007) erfolgreich fort. Im Mittelpunkt stand der Aufbau von Strukturen auf Landes- und Regionalebene. Einige neue Arbeitskreise und Landesverbände sind gegründet worden. Des Weiteren konnten die einzelnen Gruppierungen durch den Einsatz von Regionalbeauftragten gut unterstützt werden. Auf dem Hamburger Bundesparteitag waren die Schwusos mit einem Stand vertreten und konnten so Präsenz zeigen sowie Kontakte zu anderen Arbeitsgemeinschaften, Foren und Projekten innerhalb der SPD aufbauen. Diese Arbeit wurde auf diversen Landesparteitagen fortgeführt.

Wie jedes Jahr standen die Christopher-Street-Day-Paraden in ganz Deutschland im Mittelpunkt der Arbeit. Die einzelnen Landesverbände wurden unterstützt, sodass der Auftritt der Schwusos professioneller und noch politischer wurde.

2008 wurde im Frühjahr auf der Bundeskonferenz in Hamburg ein neuer Vorstand unter dem Vorsitzenden Ansgar Dittmar für die nächsten zwei Jahre gewählt. Auf der Konferenz wurde auch das sogenannte „Hamburger Programm der Schwusos“ verabschiedet. Damit besitzt der Arbeitskreis der Lesben und Schwulen in der SPD eine breite inhaltliche Grundlage, auf welcher der neue Bun-

desvorstand aufbauen konnte. Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, die Arbeit der Schwusos stärker zu professionalisieren und die Präsenz, Sichtbarkeit und Anerkennung der Schwusos zu stärken. Nach der Konstituierung des Bundesvorstands wurde die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut, was sich vor allem in einer intensiven Pressearbeit äußerte. Außerdem wurden Gespräche mit dem Bundesvorstand der SPD gesucht, um hier die Zusammenarbeit zu stärken.

Ad-hoc-Gruppe „Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen“

Verfahren

Das Präsidium hat am 10. Dezember 2007 die Einsetzung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe zum Thema „Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen“ beschlossen.

Die Arbeitsgruppe hat am 28. April 2008 Forderungen vorgelegt, mit denen die SPD in die Verhandlungen mit der Union gegangen ist.

Die Verhandlungen dauern noch an.

Die Große Koalition beabsichtigt 2009 noch vor der Sommerpause ein Gesetz zu verabschieden.

Auftrag

Die Arbeitsgruppe bekam folgenden Auftrag:

- die weitere Verbesserung der Transparenz der Vorstandsbezahlungen,
- die Überprüfung der Nebenleistungen,
- die Begrenzung der Steuerabzugsfähigkeit von Managergehältern und von Managerabfindungen,
- die Verstärkung von Selbstverpflichtungen der Wirtschaft.

Ausgangsüberlegungen der Arbeitsgruppe

1. Die Entwicklung der Managergehälter, insbesondere der Vorstandsbezüge in Großunternehmen hat sich in den vergangenen Jahren in dramatischer Weise von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt: Die Einkommen der Chefs der DAX-Unternehmen stieg dabei vom

14-fachen des jeweiligen durchschnittlichen Belegschaftsgehalts auf das 44-fache. Diese Entwicklung setzt sich auch aktuell weiter fort.

2. Eine zentrale Ursache dieser Entwicklung war die extreme Ausweitung variabler, an die Gewinn- bzw. Börsenkursentwicklung der Unternehmen gekoppelter Vergütungsbestandteile für das Top-Management. Diese besondere Vergütungsstruktur und -höhe dient dem Top-Management als Anreiz, das Tagesgeschäft der Unternehmensführung einseitig im Sinne des heute in der Regel kurzfristig ausgerichteten Interesses von Anteilseignern an der Steigerung des Börsenwertes der Unternehmen („shareholder value“) zu betreiben. Das eher an nachhaltiger Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten ausgerichteter Interesse der Belegschaften und anderer sogenannter „stakeholder“ der Unternehmen gerät dadurch systematisch in den Hintergrund.
3. Die Abkopplung der Managergehälter von der allgemeinen Einkommensentwicklung stellt gerade vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren zu verzeichnenden Realeinkommenseinbußen breiter Arbeitnehmerschichten eine spürbare Belastung für die Akzeptanz unseres demokratisch und marktwirtschaftlich organisierten Gemeinwesens dar.
4. Es werden keine konkreten gesetzlichen Vorgaben oder Deckelungen für bestimmte Vergütungsstrukturen und -höhen angestrebt. Es geht darum, dass in den mitbestimmten Aufsichtsräten der börsennotier-

ten Unternehmen künftig wieder mit mehr Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein über Vorstandsvergütungen entschieden wird.

Die Zusammensetzung

Leitung Joachim Poß, Ingolf Deubel, Nicolette Kressl, Ludwig Stiegler, Joachim Stünker, Brigitte Zypries. Vertreter des DGB, der IG Metall und der IG BCE waren mehrfach zu Gast und in die Arbeit der AG eingebunden.

Stand der Verhandlungen

Bis zum Jahresende 2008 gab es noch keine Ergebnisse.

Die Verhandlungen dauern noch an.

Es zeichnet sich aber ab, dass wir mit unseren Forderungen viel erreichen werden.

Ohne unsere Initiative wäre bis heute nichts passiert; es hat sich etwas bewegt und es ist wieder ein Stück mehr Gerechtigkeit hergestellt.

Leider wird die Union wahrscheinlich nicht den ganzen Weg mitgehen.

Aus der Union ist zu hören, dass sie sich unserem Vorschlag verweigert, die Vorstandsbezüge über die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Vorstandsbezügen- und Abfindungen zu beschränken. Weiterhin rechnen wir damit, dass die Union auch unsere Forderung nicht mit trägt, dass zum Wohl eines Unternehmens nicht nur das Wohl des Unternehmens selbst, seiner Mitarbeiter und Aktionäre gehört, sondern auch das Wohl der Allgemeinheit.

Seniorenrat der SPD

Wir haben etwas bewegt

Die Gründung des Seniorenrats der SPD im Jahr 1974 geht auf eine Anregung Willy Brandts zurück: Er wollte vermeiden, dass die Erfahrung und das Wissen verdienter, älterer Genossinnen und Genossen mit ihrem Ausscheiden aus Ämtern und Mandaten verloren gehen.

Seit 35 Jahren ist es daher die Aufgabe der Mitglieder des Seniorenrats, in Gesprächen mit der Spitze der Partei ihren Rat weiterzugeben.

Diese Gelegenheit nehmen die Vorsitzenden der SPD gerne wahr. Aber auch die wei-

teren Mitglieder der Parteispitze haben die Möglichkeit genutzt, auf diesen wertvollen Fundus an Erlebtem zurückzugreifen.

So kam es im Juli 2007 zu einem intensiven Austausch mit Frank-Walter Steinmeier, im Mai 2008 mit Peer Steinbrück.

Für die weitere Arbeit des Seniorenrats waren die Berufungen neuer Mitglieder wichtig. So wurden im September 2007 Christine Bergmann, Ernst Breit, Anke Fuchs, Ulrike Mascher, Heidi Merk, Herbert Schmalstieg und Manfred Stolpe von Präsidium und Parteivorstand in den Seniorenrat berufen. Im

Mai 2008 folgten Otto Graeber und Inge Wettig-Danielmeier, im März 2009 Norbert Burger, Irene Ellenberger und Cornelius Weiß.

Aber es galt auch Abschied zu nehmen: Im Februar 2008 verstarb Annemarie Renger, ebenfalls im Februar 2008 verließ uns Lucie Kurlbaum-Beyer, Willi Birkelbach im Juli 2008 und zuletzt im Juli 2009 Luise Herklotz. Ihnen allen gelten Anerkennung, Dank und Respekt unserer Partei.

Die Lebensläufe der Mitglieder des Seniorenrats spiegeln die Geschichte unserer Partei

und unseres Landes. Deutlich wird dies in der Publikation „Wir haben etwas bewegt“, die im Jahr 2008 von der Vorsitzenden des Seniorenrats, Ilse Brusis, und von Inge Wettig-Da-

nielmeier herausgegeben wurde. In 110 Kurzporträts werden die Biographien von ehemaligen und derzeitigen Mitgliedern des Seniorenrats skizziert. Es wird deutlich, welch gro-

ßen Anteil sie an der Entwicklung der sozialen Demokratie in Deutschland haben.

Das Buch ist erhältlich beim Vorwärts Buchverlag.

Gustav-Heinemann-Bürgerpreis

Freiheit und Gerechtigkeit in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat – diese Prämissen des Grundgesetzes mit Leben zu füllen und allen Bürgern bewusst zu machen, das war die politische Berufung Gustav W. Heinemanns (geb. 1899, gest. 1976)

Zum Preis

Im Andenken an das Lebenswerk des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten (1969–1974) stiftet der Parteivorstand der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis.

Der Preis wird seit 1977 verliehen und ist mit 10.000 Euro dotiert. Möglichst in zeitlicher Nähe zum 23. Mai, dem Tag der Ver-

kündigung des Grundgesetzes, wird er an Personen, Gruppen oder Organisationen verliehen, die sich im Sinne Heinemanns um unser Land und unsere Gesellschaft verdient gemacht haben.

Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger

- 1977 Freiburger Hilfsgemeinschaft für psychisch Kranke, Behinderte und Gefährdete e.V.,
Altbischof D. Kurt Scharf, Deutsche Sektion von Amnesty International
- 1978 Redaktion von Kennzeichen „D“
- 1979 Arbeitskreis für das ausländische Kind e.V., Sozialkritischer Arbeitskreis Darmstädter Bürger e.V.
- 1980 Heinrich Albertz
- 1981 Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung
- 1982 Egon Bahr
- 1983 Josef Felder, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
- 1984 Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V. und Major Helmuth Prieß
- 1985 Deutsche Sektion von Greenpeace e.V.
- 1986 Bundesministerin a.D. Käthe Strobel, Gerda Linde, Karin Schüller
- 1987 Die Brüder von Braunmühl
- 1988 Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten und Polizistinnen
- 1989 Flüchtlingsrat Berlin, Dr. Herbert Schnoor
- 1990 Superintendent Friedrich Magirius
- 1991 Marie Schlei Förderverein e.V.
- 1992 Dr. Regine Hildebrandt
- 1993 Schwester Monika Hesse, Dr. Monika Hauser
- 1995 Schüler helfen Leben, Dt.-poln. Schulpartnerschaft Carl-von-Ossietzky-Oberschule Berlin-Kreuzberg/
Liceum Ogólnokształcące Now Sol/Lessing-Gymnasium Hoyerswerda
- 1996 Franziska Hundseder, Klaus Staack
- 1997 Forum Ziviler Friedensdienst
- 1998 Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Pfarrer Eduard Wörmann
- 1999 Dr. Hans-Joachim Fliedner, Offenburg
- 2000 Ruth Misselwitz, Berlin, Ulrike Poppe, Berlin, Andrea Richter, Weimar
- 2001 Michael Hugo, Rostock
- 2002 Dr. Erhard Eppler
- 2003 Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz e.V.
- 2004 Lucienne Schmitt und Hans Leyendecker
- 2006 Nicole Lüdeking und Jana Böttner

Der Preis wird seit 2007 alle zwei Jahre verliehen.

Mit der Verleihung des Preises sollen Menschen ermutigt werden, die von Gustav W. Heinemann vorgelebten Bürgertugenden zu verwirklichen, den Ansprüchen des Grundgesetzes gerecht zu werden und durch ihre Haltungen und Handlungen mehr eigenverantwortliche Mitwirkung und Mitbestimmung in unserem Staat zu wagen.

Preisträger 2007

Der letzte Preisträger war 2007 Dr. Peter Eigen, der durch sein Engagement gegen Korruption weltweit bekannt geworden ist.

Als Gründer und langjähriger Vorsitzender der Nicht-Regierungs-Organisation „Transparency International“ (seit 1993) hat er mit seinem Wirken dem Kampf gegen internationale Korruption einen Namen gegeben. Seiner Beharrlichkeit ist es zu verdanken, dass ein Bewusstseinswandel bei Regierungen, Firmen und internationalen Organisationen stattfand und endlich internationale und nationale Vereinbarungen gegen Korruption geschlossen werden konnten.

Das Kuratorium

Die Preisträgerinnen und Preisträger werden vom Kuratorium des Bürgerpreises ausgewählt. Zum Kuratorium gehören:

Nils Annen (MdB), Reinhard Appel, Franziska Drohsel (Bundvorsitzende Jungsozialisten), Prof. Dr. Helga Grebing, Dr. Günter Grunwald, Christel Hanewinkel (Sts. a.D. und MdB), Dr. Peter Heinemann (Sohn von Gustav Heinemann), Barbara Hendricks (Schatzmeisterin der SPD und MdB), Antje Huber (Bundesministerin a.D.), Prof. Dr. Eberhard Jäckel, Dr. Diether Koch (Bremen, Heinemann-Biograph), Christina Rau, Eva Rühmkorf, Dr. Karsten Rudolph (MdB NRW), Andre Schmitz (Sts. Berlin), Dr. Henning Scherf (Vorsitzender des Kuratoriums), Inge Wettig-Danielmeier, Prof. Dr. Manfred Wichelhaus (Schwiegersohn von Gustav Heinemann), Brigitte Zypries (Bundesministerin der Justiz).

Die nächste Preisverleihung

Der nächste Gustav-Heinemann-Bürgerpreis wird 2009 und danach 2011 verliehen.

Der Regine-Hildebrandt-Preis der Deutschen Sozialdemokratie

Beispielhaftes Engagement

Mit dem Regine-Hildebrandt-Preis der Deutschen Sozialdemokratie will der SPD-Parteivorstand das Lebenswerk einer außergewöhnlichen Frau und großen Sozialdemokratin ehren. Mit dem Preis werden gesellschaftliche Initiativen, Vereine und Personen ausgezeichnet, die beispielhaft für Ostdeutschland, für die innere Einheit Deutschlands wirken, gegen Rechtsextremismus und Gewalt, für Frieden, und soziale Gerechtigkeit eintreten. Er wird immer am 26. November, dem Todestag von Regine Hildebrandt, verliehen und ist mit 20.000 Euro dotiert.

Im Jahr 2007 wurden 3 Preisträger ausgezeichnet:

„Bürger.Courage e.V.“, Dresden, deren Mitglieder sich beispielhaft für eine offene und tolerante Zivilgesellschaft in Dresden engagieren und dazu ein breites gesellschaftliches Bündnis hergestellt haben. Das Spektrum der Aktivitäten reicht von Kunst- und Theaterprojekten, der Herstellung eines Kinospots gegen Rechtsextremismus, bis zur Gründung eines Netzwerkes für Demokratie und Freiheit.

„Jugend für Dora e.V.“, Nordhausen ist ein internationaler Jugendverein, dessen Aktivitäten von Pflegetherarbeiten an der KZ-Gedenkstätte Dora-Mittelbau, Zeitzeugenbefragungen und internationalen Workcamps bis zu Studienfahrten und Lesungen reichen. Er leistet einen wichtigen Beitrag für die Erinnerungsarbeit an diesem historischen Ort und macht die internationale Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit zum Ausgangspunkt für das gemeinsame Engagement für die Zukunft.

OWEN – „Ost-West-Europäisches Frauennetzwerk“, Berlin

leistet als „Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung“ seit 1992 einen einzigartigen Beitrag zur Förderung des sozialen und politischen Engagements von Frauen, die in Ostdeutschland sowie in Mittel- und Osteuropa den gesellschaftlichen Umbruch mit gestalten wollen. Die Arbeit des Vereins zeigt, wie durch Vernetzung und Austausch gemeinsamer Erfahrungen internationale Zusammenarbeit entsteht.

Im Jahr 2008 wurden zwei Preise an drei Preisträger verliehen. Gemeinsam ausgezeichnet wurden die

Bürgerinitiative FREIE HEIDE, Schweinrich/Brandenburg und die Aktionsgemeinschaft Freier Himmel e.V., Mirow/Mecklenburg-Vorpommern
Beide Initiativen setzen sich seit vielen Jahren für die friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ein. Nach Jahrzehnten der Rechtlosigkeit gegenüber dem Militär reicht die Bedeutung dieser Initiativen weit über ihren Einsatz für die Interessen der Menschen in der Region hinaus. Sie sind zu einem für ganz Ostdeutschland bedeutenden Symbol zivilgesellschaftlichen Engagements geworden.

Tschernobyl-Hilfe Stralsund e.V., Stralsund/Mecklenburg-Vorpommern
Der Verein verhilft seit 1992 unermüdlich Kindern, die unter den Folgen der Atomreaktorkatastrophe in Tschernobyl leiden, zu erholsamen Ferien in Deutschland und organisiert regelmäßig aus privaten Mitteln umfangreiche Hilfsgütertransporte.

VI. Landesverbände und Bezirke

07/08

Landesverband Schleswig-Holstein

sozialer. gerechter. stärker.

Mit einem Wechsel an der Spitze startete die schleswig-holsteinische SPD in das Jahr 2007. Auf dem ordentlichen Landesparteitag in Neumünster löste Dr. Ralf Stegner im März 2007 Claus Möller als Landesvorsitzenden ab und die Delegierten wählten einen relativ jungen Landesvorstand. Auch und gerade in den schwierigen Passagen der folgenden zwei Jahre erwies sich der Führungs- und Arbeitsstil dieses Vorstandsteams als zielführend: hohes Engagement, Mut zu Neuem, Freude an der gemeinsamen politischen Arbeit und klare Zuständigkeiten. Letzteres bedeutet konkret, dass jedes Vorstandsmitglied alleine oder in kleineren Gruppen die Verantwortung für Politikfelder und Projekte übernimmt. Aus dem „neuen Landesvorstand“ wurde schnell ein starkes und eingespieltes Team, das die Landespartei 2008 in die Kommunalwahl führte und die Weichen stellte für das Wahljahr 2009 mit Europa- und Bundestagswahlen und zudem mit der Landtagswahl, die regulär erst im Mai 2010 anstanden hätte.

Kommende Herausforderungen geschlossen angehen

Die zurückliegenden zwei Jahre waren schwierig für die Sozialdemokratie in Deutschland und in Schleswig-Holstein. Die politische Großwetterlage hat auch unsere Kommunalwahl im März 2008 regelrecht verhagelt. In der Verarbeitung des enttäuschenden Wahlergebnisses hat sich die SPD in Schleswig-Holstein als eine echt solidarische Partei erwiesen, die nach gemeinsamer Analyse, etwa auf der dazu ausgerichteten Parteikonferenz in Kiel, die kommenden Herausforderungen entschlossen angehen konnte. Unsere Geschlossenheit wurde schließlich durch das ausgesprochen gute Ergebnis, mit dem die Delegierten des Landesparteitags in Lübeck Ralf Stegner im September 2008 zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl wählten, auch nach außen sichtbar.

Glaubwürdigkeit und politische Konsequenz

Wir sind uns einig im Profil: Die SPD ist die linke Volkspartei im Lande, im Zentrum unserer Politik steht soziale Gerechtigkeit als Maßstab und Kompass. Bei unseren Schwerpunkten haben wir erfolgreich politische Konsequenz unter Beweis gestellt, entsprechend heftig waren die Konflikte mit der

Union, unserem Koalitionspartner, auch auf Landesebene.

Die Bilanz der großen Koalition in Schleswig-Holstein ist durchwachsen. Viele größere Projekte konnten 2007/2008 abgeschlossen werden, andere stockten. Ein wichtiges Projekt mussten wir ganz absagen, da sonst eine Kreisgebietsreform gekommen wäre, die diesen Namen nicht verdient hätte und unseren Handlungsspielraum in diesem Politikfeld aber auf Jahrzehnte hinaus verbaut hätte. Es zeigte sich, dass mit dieser CDU keine durchgreifenden Verwaltungsstrukturen zu machen waren und dass wir in den meisten anderen Bereichen um kleinste Fortschritte kämpfen mussten.

Trotzdem hat die SPD auch in den letzten zwei Jahren viele ihrer Positionen durchzusetzen gewusst. Dies betrifft auch und gerade die Rücknahme der Kostenverlagerung der SchülerInnenbeförderung auf die Eltern. In mühsamen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner haben wir durchgesetzt, dass sich die Grundlagen des im Januar 2007 verabschiedeten neuen Schulgesetzes (mehr gemeinsames Lernen, mehr individuelle Förderung) auch in den Verordnungen und Erlassen wiederfinden und nicht durch die Umsetzung in der Praxis ausgehöhlt werden. Die von uns gewollte und durchgesetzte Gemeinschaftsschule hat sich bei den Eltern und Schulträgern als Erfolgsmodell erwiesen. Außerdem hat die Koalition trotz schwieriger Haushaltslage mehrere hundert neue Lehrstellen geschaffen. Zudem wird das dritte Kindergartenjahr für die Eltern ab Herbst 2009/10 beitragsfrei sein.

Wechsel auch an der Spitze der Landtagsfraktion

In Zuge der Auseinandersetzungen um die SchülerInnenbeförderung kam es zu einem doppelten personellen Wechsel. Der Fraktionsvorsitzende Lothar Hay folgte Ralf Stegner Anfang 2008 als Innenminister nach. Die Fraktion wählte Ralf Stegner zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden. Alle anderen Mitglieder des Geschäftsführenden Fraktionsvorstands blieben im Amt.

Kontinuität in der Landesgruppe der Bundestagsfraktion

Bei den turnusgemäßen Neuwahlen ihres Vorstands im September 2007 bestätigten die neun Abgeordneten der Landesgruppe

Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion alle drei Abgeordneten in ihren Ämtern: Ernst Dieter Rossmann als Sprecher, Gabriele Hiller-Ohm als seine Stellvertreterin und Sönke Rix als Kassenwart.

Im Berichtszeitraum standen für die Abgeordneten der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein vor allem die Themen Arbeit und Soziales, Verkehr und Infrastruktur (z. B. Schienenanbindung, Nord-Ostsee-Kanal, A20 und Elbuntertunnelung, Fehmarnbelt-Querung), Bildung und Forschung (z. B. Ganztagschulen, Hochschulpakt), Energie- und Umweltpolitik (z. B. Erdkabel, Offshore-Windparks) im Mittelpunkt.

Die Abgeordneten der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein waren innerhalb der Koalitionsfraktionen in Berlin die ersten, die sich im Mai 2008 geschlossen gegen eine zweite Erhöhung der Diäten aussprachen. Nach diesem öffentlichen „Nein“, schlossen sich viele weitere MdBs an, so dass die Koalitionsspitzen schließlich einlenkten. Über die Landesgruppe hinaus gewirkt hat auch das Positionspapier zur Leiharbeit, das im engen Zusammenwirken mit Spitzenvertretern der IG Metall Küste entwickelt worden ist.

Kommunalwahlen 2008

Starker Wahlkampf – aber enttäuschende Ergebnisse überwiegen

Dass sich unsere schon bescheidene Erwartung auf vier bis fünf Prozent Zuwachs bei der Kommunalwahl im März 2008 nicht erfüllt hat, sondern wir noch einmal 2,8 Prozentpunkte verloren haben, ist ein bitteres Ergebnis. Bitter vor allem für unsere Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen und Kreisverbänden, die landauf, landab einen wirklich starken Wahlkampf geführt haben. Allerdings gab es auch einige Lichtblicke: Jutta Hartwig ist die erste Landrätin in Schleswig-Holstein, in Kiel und Lübeck sind wir trotz der Verluste wieder stärkste Partei und konnten uns hier und in vielen anderen Orten wieder kommunalpolitische Gestaltungsspielräume eröffnen. Die CDU ist mit einem Minus von 12,2 Prozentpunkten abgestürzt und hat ihre flächendeckenden absoluten Mehrheiten verloren.

Gemeinsame Analyse

Eine große Parteikonferenz im Sommer 2008 diente der Bestandsaufnahme nach der Kommunalwahl; hier wurde auch der Kurs für die bevorstehenden Wahlkämpfe abgesteckt. In

Der frisch gewählte Landesvorstand auf dem Parteitag in Neumünster



drei Diskussionsforen haben wir Antworten auf die Frage gesucht, warum immer größere Teile der SPD-Wählerschaft nicht mehr zur Wahl gehen und damit unsere Wahlniederlagen besiegeln. Diagnose: Durch die Agenda 2010 und die anschließenden Großen Koalitionen in Bund und Land hat die Glaubwürdigkeit der SPD gelitten. Ihre Politik ist nicht mehr klar erkennbar. In den Diskussionen sind drei Leitlinien für die kommenden Wahlkämpfe deutlich geworden: 1. In den kommenden Wahlkämpfen kommt es darauf an, dass wir uns auf wenige prägnante und aussagekräftige Schwerpunkte konzentrieren und dabei die Unterschiede zur CDU einerseits und zur Linkspartei andererseits sichtbar machen. 2. Wir müssen dadurch an Glaubwürdigkeit gewinnen, dass wir den Kampf für soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellen und zeigen, dass wir uns konkret um unsere Wählerinnen und Wähler kümmern. 3. Es kommt nicht so sehr darauf an, wie viele Veranstaltungen wir machen, sondern darauf, dass wir zu unseren Wählerinnen und Wählern hingehen und dort präsent sind, wo sie in Vereinen, Verbänden und Initiativen aktiv sind.

Landesparteitage der SPD Schleswig-Holstein

Ordentlicher Landesparteitag am 24. und 25. März 2007 in Neumünster
 Beim Landesparteitag in den Holstenhallen Neumünster wurde Ralf Stegner mit einem klaren Ergebnis zum neuen Landesvorsitzenden der schleswig-holsteinischen SPD gewählt. Neue stellvertretende Landesvorsitzende wurden die Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn und Andreas Breitner, Bürgermeister von Rendsburg. Der scheidende Landesvorsitzende Claus Möller, der, wie



Der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädel mit dem scheidenden Landesvorsitzenden der SPD-SH Claus Möller beim Landesparteitag in Neumünster

Ergebnisse der Vorstandswahlen

beim Ordentlichen Landesparteitag am 24./25. März 2007 in Neumünster

VORSITZENDER:

Ralf Stegner (89,7 %)

STELLVERTRETENDE LANDESVORSITZENDE:

Bettina Hagedorn (83,5 %)

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER:

Andreas Breitner (80,9 %)

SCHATZMEISTER:

Jörg Wenghöfer (72,1 %)

BEISITZERINNEN/BEISITZER:

Serpil Midyatli (KI), Birte Pauls (SL-FL), Maike Rohwer (NMS), Gesa Tralau (STO), Wolfgang Baasch (HL), Stefan Bolln (PI), Jörn Thießen (STE)

REVISOREN/REVISORINNEN:

Peter Behr (SE), Bärbel Bergner (STO), Karl-Eckhart Finger (KI), Hermann Greve (OH), Renate Pfau (PLÖ)

VORSITZENDEN DER SCHIEDSKOMMISSION:

Joachim Scheidler (STE)

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

DER SCHIEDSKOMMISSION:

Birgit Hannemann-Röttgers (KI), Norbert Scharbach (RD-Eck)

WEITERE MITGLIEDER DER SCHIEDSKOMMISSION:

Wolfgang Engelmann (LAU), Sonja Jacobsen (DITH), Thorsten Pfau (PLÖ), Stefan Runge (NF)

DELEGIERTE ZUM BUNDESPARTEITAG:

1. Wolfgang Baasch (HL), 2. Andreas Breitner (RD-Eck), 3. Eckart Kuhlwein (STO), 4. Bettina Hagedorn (OH), 5. Stefan Bolln (PI), 6. Sönke Rix (RD-Eck), 7. Brigitte Fronzek (PI), 8. Jutta Schümann (NMS), 9. Regina Poersch (OH), 10. Jörg Wenghöfer (SE), 11. Birte Pauls (SL-FL), 12. Maike Rohwer (NMS),

13. Anna Schlosser-Keichel (SL-FL), 14. Cathy Kietzer (KI), 15. Helga Schirmmacher (STO), 16. Andreas Beran (SE), 17. Birgit Hannemann-Röttgers (KI), 18. Bärbel Juister (STE), 19. Konrad Nabel (STO)

MITGLIEDER DER KREISVERBÄNDE

UND MITGLIEDER VON ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

(JUSO, AFA, ASF, 60 PLUS) IM LANDESPARTEIRAT:

Angelika Hansen-Siebels (DITH); Kai List (FL); Rolf Fischer (KI); Olaf Schulze (LAU); Hans Müller (HL); Jutta Schümann (NMS); Ralf Heßmann (NF); Regina Poersch (OH); Hannes Birke (PI); Anette Langner (PLÖ); Sönke Rix (RD-Eck); Dirk Peddinghaus (SL-FL); Andreas Beran (SE); Rudolf Riep (STE); Martin Habersaat (STO); Gertrud Ehrenreich (60plus); Ralf Wrobel (AfA); Yves Christan Stübe (Juso); Bärbel Juister (AsF)

WEITERE MITGLIEDER AUS DER KOMMUNAL-

POLITIK IM LANDESPARTEIRAT:

Klaus-Jürgen Esch (DITH); Floria Matz (FL); Cathy Kietzer (KI); Wolfgang Warmer (LAU); Ulrike Siebdrat (HL); Jan Eike Kummerfeld (NMS); Anke Rönnau (NF); Burkhard Klinke (OH); Christoph Bittner (PI); Bernd Biemann (PLÖ); Kai Dolgner (RD-Eck); Bettina Koch (SL-FL); Sybille Hahn (SE); Kristin Fuchs (STE); Helga Schirmmacher (STO)

MITGLIEDER FÜR DEN BUNDESPARTEIRAT:

Stefan Eckner (KI); Claus Möller (KI); Roswitha Müllerwiebus (PI); Gitta Trauernicht (NF); Jörg Wenghöfer (SE)

seine Stellvertreterin Brigitte Fronzek und sein Stellvertreter Detlef Buder nicht erneut kandidiert hatte, wurde herzlich verabschiedet.

Zu den Beschlüssen der Parteitage delegierten gehörte ein „Maßnahmenpaket zur mittelfristigen Personal- und Finanzplanung des Landesverbandes“. Dabei ging und geht es um das Ziel, die politische Handlungs- und Wahlkampfbarkeit des Landesverbandes auch angesichts von Einnahmeausfällen in beträchtlicher Größenordnung zu sichern. Die vom Parteitag beschlossenen Maßnahmen sind seither ausnahmslos umgesetzt worden: Wir haben die Personal- und Wahlkampfkosten wesentlich gesenkt und die Beitragsverteilung zwischen den Ortsvereinen, Kreisverbänden und dem Landesverband verändert.

Außerordentlicher Landesparteitag am 12. September 2007 in Kiel

Der außerordentliche Landesparteitag der schleswig-holsteinischen SPD im September 2007 in den Kieler Stadtwerken befasste sich hauptsächlich mit Anträgen zum neuen Grundsatzprogramm der SPD, das als „Hamburger Programm“ vom Bundesparteitag in Hamburg Ende Oktober 2007 verabschiedet wurde.

Die „Projektgruppe Grundsatzprogramm“ unter der Leitung von Eckart Kuhlwein brachte dazu verschiedene Anregungen ein. Der Antrag unseres Landesverbandes zum „handlungsfähigen Staat“ war schließlich ein Beitrag der Nord-SPD zum Hamburger Grundsatzprogramm der Gesamtpartei, der sich auch in der folgenden Zeit als wichtig erwies. Erhard Eppler begeisterte als Gastredner und betonte: „Ein Grundsatzprogramm ist kein Rezeptbuch!“. Ralf Stegner sagte in seiner Rede: „Es hängt an uns, ob wir den Mut aufbringen, in dem beschriebenen Sinne mehr Konflikte und mehr Demokratie zu wagen und so neue sozialdemokratische Mehrheiten erringen können. Wenn Willy Brandt auf die Umfragen statt auf die eigene Überzeugung gesetzt hätte, dann hätte es die Ostpolitik nie gegeben.“

Außerordentlicher Landesparteitag am 13. September 2008 in Lübeck

Der dritte Parteitag im Berichtszeitraum fand eintägig in der Lübecker Musik- und Kongresshalle (MuK) statt. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 90,6 Prozent wurde Ralf Stegner zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl nominiert. Seine Bewerbungsrrede unter dem Motto „Die SPD kann mehr – Politik ist Hoffnung, Leidenschaft und Mut“ war ein Bekenntnis zu einer starken Sozialdemokratie als linke Volkspartei. Unterstützt wurde er von Heide Simonis, Björn Engholm und Klaus Wowereit.



Ralf Stegner bei seiner Nominierung zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl auf dem Parteitag in Lübeck zusammen mit Heide Simonis und Björn Engholm

Als weiteren Tagesordnungspunkt wählten die Delegierten die Landesliste für die Europawahl. Dabei setzte sich Ulrike Rodust im ersten Wahlgang mit einer deutlichen Mehrheit gegen ihre Mitbewerber um Listenplatz eins durch. Die Landtagsabgeordnete war kurz vor dem Lübecker Parteitag für den im August 2008 verstorbenen Willi Piecyk ins Europäische Parlament nachgerückt.

Bewegender Abschied von Willi Piecyk
 Mit einer bewegenden Rede von Günther Jansen und einem filmischen Rückblick nahm die schleswig-holsteinische SPD zu Beginn des Parteitags in Lübeck Abschied von ihrem langjährigen und überaus beliebten früheren Landesvorsitzenden Willi Piecyk. Mit ihm haben wir einen überzeugten und überzeugenden Europäer, einen engagierten Genossen und einen liebenswerten Menschen verloren. Für Willi musste das Politische menschlich sein – unabdingbar. Er hasste alles Dogmatische, alles Starre und Unaufrichtige. Und so hat Willi unsere Partei in Schleswig-Holstein mehr geprägt, als vielen bewusst ist. Er fehlt uns sehr.

Entscheidungen des Landesparteirats:

Als oberstes Entscheidungsgremium zwischen den Parteitagern trat der Landesparteirat in den Jahren 2007 und 2008 regelmäßig zusammen: Bei der konstituierenden Sitzung am 4. Juni 2007 wurden Andreas Beran (KV

Segeberg) zum Vorsitzenden und Helga Schirmacher (KV Stormarn) zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. In seiner Sitzung vom 25. September 2007 beriet der Landesparteirat über die Koalitionsvereinbarungen und stärkte durch seinen Beschluss Ralf Stegner, Lothar Hay und Ute Erdsiek-Rave den Rücken für den Wechsel in der Regierungsmannschaft und in der Fraktionsspitze. Im Dezember 2007 war das Schwerpunktthema die Verwaltungsstrukturreform, im Februar die bildungspolitischen Anträge des letzten ordentlichen Parteitages. Im Juli 2008 beschloss der Landesparteirat das Papier des Europaforums „Offensive für ein soziales Europa – Europapolitische Eckpunkte der SPD-SH zur Europawahl 2009“.

Konferenzen, Veranstaltungen und Aktionen

Die Mitglieder des Landesvorstandes haben in den vergangenen zwei Jahren neue Impulse gesetzt, wie zum Beispiel die „Denkfabrik Schleswig-Holstein“, die Aktivitäten im Themenfeld Migrationspolitik, die Initiativen in der Energiepolitik oder die Gründung einer „Akademie für Soziale Demokratie“ in Schleswig-Holstein, unter deren Dach wir unsere innerparteiliche Bildungsarbeit fortsetzen. Mit regelmäßigen Veranstaltungen und Aktionen zu ihren Themenbereichen auf Landes- und auf Kreisebene waren 2007 und 2008 die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften und Foren aktiv. Zu nennen sind hier das EuropaForum, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), die AG 60plus, die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB), die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), die Arbeitsgemeinschaft Sozi-

aldemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG), die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ), die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS), die Jungsozialisten, die Schwusos, der Gesprächskreis SPD & Kirche, die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), das umWeltforum, das Forum Familie sowie der Arbeitskreis Migration, Integration und Flüchtlinge.

Frischer Wind: Neumitgliederkonvent am 15. November 2008 in Kiel

Viele Ortsvereine verfügen heute kaum noch über die für eine lebendige Parteiarbeit notwendige Zahl an Mitgliedern: 220 von 538 Ortsvereinen haben weniger als 20 Mitglieder.

Über 50 Prozent unserer Mitglieder sind über 60 Jahre alt. Dass wir in den vergangenen beiden Jahren 1360 neue Mitglieder gewinnen konnten, ist auch deshalb eine äußerst erfreuliche Nachricht. Wichtiger noch: So viele Eintritte in die SPD gab es seit vielen Jahren nicht mehr. Für uns ein guter Grund, alle neuen Mitglieder aus den Jahren 2007 und 2008 zu einem zentralen Treffen einzuladen. Der erste Neumitgliederkonvent der SPD Schleswig-Holstein im Kieler Schloss hat gezeigt, wie viele gute Ideen und Bereitschaft zum Engagement die neuen Genossinnen und Genossen mitbringen.

Neue Maßstäbe:

Der SPD Familiensommer im Trappenkamp

Nach dem erfolgreichen Durchlauf 2007 sollte der „Familiensommer“ 2008 der SPD Schleswig-Holstein neue Maßstäbe setzen: Über 3000 Eltern und Kinder kamen und erlebten bei freiem Eintritt den ganzen Tag lang ein Riesensprogramm. Die SPD hatte hierzu am 20. Juli von 10 bis 16 Uhr den gesamten Erlebniswald Trappenkamp in Daldorf angemietet und gezielt auch Kinder und Familien eingeladen, die sonst finanziell nicht die Möglichkeit haben, in der Freizeitgestaltung große Sprünge zu machen.

Festveranstaltung:

20 Jahre innerparteiliche Bildungsarbeit der SPD SH

20 Jahre innerparteiliche Bildungsarbeit waren für die schleswig-holsteinische SPD ein schöner Anlass, am 28. November 2008 im Kulturzentrum Rendsburg zu feiern. Andreas Beran und Birgit Hannemann-Röttgers führten durchs Programm, Christian Kröning hielt eine engagierte Rede über die Bildungsarbeit und Ralf Stegner würdigte den ehrenamtlichen Einsatz der Teamerinnen und Teamer.

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Rechenschaftsbericht

für den Zeitraum zwischen dem ordentlichen SPD-Landesparteitag 2007 in Salem bis zum 31. 12. 2008

Inhaltsübersicht

- A Die Arbeit des SPD-Landesvorstandes
 - D 6 100 Jahre SPD in Mecklenburg
 - D 7 Sommerfest der SPD
 - D 8 a. o. Landesparteitag der SPD
 - D 9 Bundestags- und Europavertreterkonferenz
 - D 10 Hildebrandt-Preisverleihung
- B Ständige Arbeitsgruppen des Landesvorstandes
 - B 1 Projektgruppe Mitgliederentwicklung
 - B 2 Fachausschuss Umwelt (Umweltforum)
 - B 3 Öffentlichkeitsarbeit
 - B 4 Kampagnen
 - B 5 Arbeitsgruppe der Schwusos
- C Landesarbeitsgemeinschaften
- D Veranstaltungen und Informationsaustausch
 - D 1 Konferenz Klimapolitik
 - D 2 Bilanzkonferenz: Ein Jahr Große Koalition
 - D 3 Moderne Familienpolitik als Standortvorteil Ostdeutschlands
 - D 4 75 Jahre Ermächtigungsgesetz
 - D 5 „Nah bei den Menschen“
- E Organisationspolitischer Bericht
 - E 1 Entwicklung der Gliederungen
 - E 2 Mitgliederentwicklung
 - E 3 Geschäftsstellen und Personal
 - E 4 Innerparteiliche Bildungsarbeit
 - E 5 Mitarbeitersitzungen mit Wahlkreismitarbeitern
 - E 6 Publikationen
- F Wahlen
 - F 1 Direktwahlen zu Landräten und Oberbürgermeistern

A Die Arbeit des SPD-Landesvorstandes

Die Beschlüsse des Landesvorstandes in chronologischer Reihenfolge:

2. 5. 2007, Landesvorstand

Manuela Schwesig wurde in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt.

Es sind folgende Arbeitsgruppen/Projektgruppen des Landesvorstandes beschlossen:

- Projektgruppe Mitgliederentwicklung (Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider)
- Gewerkschaftsrat/Wirtschaftsrat (Erwin SELLERING)
- Arbeitsgruppe Kampagnen; Auseinandersetzung Endstation Rechts (Mathias Brodkorb)
- Arbeitsgruppe W2 Kohlekraftwerk
- Projektgruppe zur Satzung, Verfahrensordnung
- Projektgruppe zum LT-Wahlrecht
- AG zu Kommunalwahlen unter Beteiligung der SGK und Kreisvorsitzenden soll gegründet werden (Dr. Gottfried Timm)
- Fachausschuss Umwelt (Dr. Gottfried Timm)

Für alle weiteren zu gründenden Projektgruppen und Fachausschüsse gilt, dass vor deren Gründung die Initiatoren eine Ziel- und Aufgabenbeschreibung vorlegen müssen.

Antrag zum Bundesparteitag Hamburg

Die SPD stellt ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl in einer Bundesliste auf.

Hintergrund für die Mitglieder des Landesvorstandes:

Die SPD hat nach der letzten Europawahl auf einem Bundesparteitag die bisherige Regelung der Aufstellung von Bundeseuropawahllisten abgeschafft. Somit gilt, dass Landeseuropawahllisten von den Landesverbänden aufzustellen sind.

Konkret heißt dies für unseren Landesverband, dass die SPD bei der Europawahl mehr Stimmen auf sich vereinigen muss, als die CDU, um auch künftig einen Europaabgeordneten stellen zu können.

Der vorliegende Antrag schlägt die Rückkehr zu einem solidarischen Verfahren bei der Kandidatenaufstellung vor, bei der alle Landesverbände und Bezirke angemessen berücksichtigt werden.

Der Terminplan 2007 wurde vom neu gewählten Landesvorstand beschlossen.

29. 6. 2007, Landesvorstand

Antrag S 1 „Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I für ältere Arbeitslose“ wurde als Antrag für den Bundesparteitag eingereicht.

Der Fristenplan zum Landesparteitag zur Parteireform wurde beschlossen.

31. 7. 2007, Landesvorstand / Landesparteirat

Antrag zum Bundesparteitag in Hamburg

Ersetzung des Absatzes aus dem Bremer Entwurf zum Grundsatzprogramm:

Die SPD lehnt jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen ab. Wir wissen, dass es Situationen geben kann, in denen militärisches Eingreifen notwendig ist. Deutschland kann sich an diesen Missionen beteiligen, wenn sie durch ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind, der Einsatz dem deutschen Interesse nicht widerspricht und der Deutsche Bundestag zustimmt.

Antragstext:

Sozialdemokraten wissen um die Leiden, die jede Form von Krieg für die Menschen mit sich bringt. Die Schrecken der Kriege des 20. Jahrhunderts sind in jeder Familie in Deutschland und großen Teilen Europas gegenwärtig und müssen für die nachfolgenden Generationen wach gehalten bleiben.

Die SPD lehnt deshalb jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen ab. Wir wissen jedoch gerade aus der historischen Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, dass es Situationen geben kann, in denen militärisches Eingreifen notwendig ist, um totalitäre und menschenverachtende Regime zu verhindern. Deutschland kann sich an militärischen Einsätzen jedoch nur dann beteiligen, wenn sie durch ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen legitimiert, in eine politische, wirtschaftliche und soziale Gesamtstrategie eingebunden sind und der Deutsche Bundestag zustimmt.

Antrag zum Bundesparteitag in Hamburg

Sparsam, sicher, sauber – eine moderne Energiepolitik für das 21. Jahrhundert

I. Einleitung

Der Klimawandel ist die Folge des menschlichen Lebenswandels. Wenn immer mehr Energie verbraucht wird, um für immer mehr Menschen auf der Erde immer mehr Energie zur Verfügung zu stellen, wird dieses das Ökosystem tief greifend verändern und ihm irreversiblen Schaden zufügen. Das Klimaschutz-Ziel, den Anstieg der Erderwärmung

auf zwei Grad zu begrenzen, um die Auswirkungen auf die Weltzivilisation annähernd kalkulierbar zu gestalten, kann nur dann erreicht werden, wenn der Energieverbrauch des Menschen und die Energiebilanz der Menschheit im Ganzen deutlich sinkt. Deshalb ist ein Bewusstseinswandel für die Menschheit erforderlich, der zu einem geänderten Lebenswandel führt. Mehr Energieeffizienz, mehr regenerative Energieträger und weniger Ausstoß von Kohlendioxid sind Schritte in die richtige Richtung. Ohne veränderten Lebensstil im Sinne der Nachhaltigkeit wird die Politik die Ziele jedoch nicht erreichen können. Deshalb sind alle an der Wertebildung der Menschheit beteiligten Verantwortlichen aufgerufen, einen neuen und energieschonenden Lebenswandel in die Mitte der Diskussion zu stellen. Deutschland und Europa müssen im Bereich des Klimaschutzes eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. Daher wollen wir die CO₂-Emissionen Deutschlands bis zum Jahr 2050 um 80% senken. Um dieses Ziel erreichen zu können, werden wir schon heute die notwendigen Maßnahmen im Rahmen einer von einem Umsetzungsmonitoring begleiteten Langfriststrategie ergreifen.

II. Einen zukunftsfähigen Energiemix entwickeln

Von zentraler Bedeutung ist es, einen zukunftsfähigen Energiemix zu entwickeln. Mit guten Gründen haben wir uns entschlossen, die Risikotechnologie Kernenergie auslaufen zu lassen. Wie die Uranvorräte sind auch die Vorräte an fossilen Brennstoffen endlich, außerdem ist die Verbrennung dieser Energieträger die Hauptquelle für den weltweiten Klimawandel. Daher muss der Anteil der regenerativen Energieträger an der Stromerzeugung in den kommenden Jahrzehnten erheblich ausgebaut werden. In einem ersten Schritt wollen wir bis zum Jahr 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 35% erhöhen.

Neben der Photovoltaik sind vor allem im Bereich der Windkraft und der Geothermie noch erhebliche Ausbaupotentiale vorhanden. Mit dem EEG sind im Windkraft-Sektor und im Bereich der Biomasse in den vergangenen Jahren bereits wichtige Fortschritte erreicht worden. Im Onshore-Bereich liegen Reserven vor allem in der Modernisierung bereits bestehender Anlagen (Repowering). Hierzu ist es wichtig, die EEG-Vergütungsregelungen fortzuschreiben. Im Offshore-Bereich ist vor allem ein Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Netze erforderlich. Die Einbeziehung der Netzbetreiber bei den Kosten der Anbindung der Offshore-Parks ist hierbei ein richtiger Weg.

Die Geothermie hat gegenüber den meis-

ten regenerativen Energien den Vorteil der Grundlastfähigkeit. Sie kann damit einen wichtigen Beitrag zu einer kontinuierlichen Energieversorgung aus regenerativen Energieträgern leisten. Diese Technologie befindet sich noch in einem sehr frühen Stadium, es kommt darauf an, die Entwicklung in diesem Bereich mit staatlicher Unterstützung voranzutreiben. Daher schlagen wir ein „100-Erdwärme-Anlagen-Programm“ vor, bei dem das Fündigkeitsrisiko für die ersten 100 Anlagen vom Bund getragen oder versichert wird.

Eine Schwachstelle vieler erneuerbarer Energieträger ist die mangelnde Grundlastfähigkeit. Während Energien aus Biomasse, Wasserkraft und Geothermie bei entsprechendem Ausbau grundlastfähig sind, gibt es hier bei Wind- und Solarenergie Defizite. Moderne Energie-Speicherungstechnologie kann eine Antwort auf dieses Problem darstellen. Wir sprechen uns daher für einen deutlichen Ausbau der Forschung im Bereich der Energie-Speicherungstechnologie aus. Dieser EE ist darüber hinaus bei der Einspeisung ins deutsche Stromnetz der Vorrang zu geben.

Auf fossile Energieträger werden wir mittelfristig nicht verzichten können. Hierbei kommt es allerdings darauf an, diese Energieträger so klimaschonend wie möglich einzusetzen. Die Verwendung von Erdgas führt zu deutlich geringeren CO₂-Emissionen im Vergleich zu Steinkohle, vor allem aber im Vergleich zur Braunkohle. Vorrangig aber kommt es darauf an, die Effizienz des fossilen Kraftwerksparks zu steigern. Diese Kraftwerke sollen bis 2020 ihre Anlagentechnik so erneuern, dass sie einen Wirkungsgrad von deutlich über 50% und einen CO₂-Ausstoß von deutlich unter 350 kw/h erreichen. Der Neubau solcher Kraftwerke soll nach 2020 nur noch mit CO₂-Abscheidung möglich sein. Hierbei spielt auch die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) eine bedeutende Rolle. Wir wollen den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung auf 35% bis zum Jahr 2020 ausbauen. Des Weiteren sprechen wir uns dafür aus, dass bundesweit keine neuen Kohlekraftwerke ohne KWK-Technologie mehr genehmigt werden. Dazu ist es erforderlich, einen Anschlusszwang für Fernwärme festzulegen.

Aus Gründen der Effizienz, aber auch des Wettbewerbs setzen wir auf eine Dezentralisierung der Energieerzeugung. Kleine, effiziente Einheiten nah am Endverbraucher führen zu geringeren Leitungsverlusten und bieten die Chance zu einer größeren Anbietervielfalt. Vor allem auch kommunale Energieversorger können hiermit gestärkt werden. Neben den erneuerbaren Energieträgern stellen Blockheizkraftwerke, die sich aufgrund ihrer Nähe zu den Strom- und Wärmeabnehmern durch einen enorm hohen Wirkungs-

grad auszeichnen, eine sinnvolle Option dar. Wir wollen daher die Förderung effizienter Blockkraftwerke ausbauen.

III. Den Emissionshandel weiterentwickeln

Der Emissionshandel stellt grundsätzlich ein wirksames Instrument dar, um den CO₂-Ausstoß zu begrenzen. Hierbei kommt es allerdings darauf an, die Anreize richtig zu setzen, um den Umbau der Energieerzeugung in Deutschland voranzutreiben. Wir halten die Veräußerung von Zertifikaten grundsätzlich für die richtige Allokationsform und streben daher für die dritte Allokationsperiode einen Veräußerungsanteil von mindestens 50 %, im Energiesektor sogar von 100 %, an. Die dem Staat dabei zufließenden Mittel sollen direkt in die Förderung erneuerbarer Energien sowie die Verbesserung der Energieeffizienz investiert werden. Darüber hinaus darf es keine auch nur mittelbare Bevorzugung einzelner Energieträger bei der Zuteilung der Emissionsrechte geben. Nur so kann ein wirklicher ökologischer Wettbewerb gewährleistet werden. Darüber hinaus wollen wir auf europäischer Ebene Regelungen für die Einbeziehung des Flugverkehrs und des Dieselkraftstoffes für Schiffstransporte in das System des Emissionshandels treffen.

IV. Stromverbrauch senken – Effizienz erhöhen

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energieträger stellt die Senkung des Stromverbrauchs und die Erhöhung der Verbrauchseffizienz die zweite Säule unserer Energiepolitik dar. Bis zum Jahr 2020 wollen wir den Stromverbrauch um 15 % senken.

In die Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen, müssen die Stromkonzerne einbezogen werden. Wir wollen daher die Stromerzeuger dazu verpflichten, Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Verbrauchssenkung in Höhe von 15 % bis zum Jahr 2020 führen. Im Industriesektor benötigen wir eine Erhöhung der Effizienz in Querschnittstechnologien wie Motoren oder Beleuchtungstechnik. Diese Effizienzdynamik soll mit Hilfe von Mindeststandards erreicht werden, damit auch die Industrie einen Beitrag zum verantwortungsvollen Energieverbrauch leistet. Erhebliche Effizienzpotentiale liegen auch im Bereich der privaten Haushalte. Auch hier fordern wir die Einführung von Mindest-Effizienz-Standards, die regelmäßig abgesenkt werden, um Innovationsanreize zu geben. Hierbei muss der Top-Runner-Ansatz angewendet werden, d.h.: die jeweils effizientesten Geräte einer Klasse geben den Richtwert vor, an dem sich alle anderen Hersteller orientieren sollen und ihn nach einer gewissen Zeit erreichen müssen. Im gewerblichen wie im privaten Bereich können mit der Förderung von Gebäudesanierungen, u.a. der Verwendung effizienterer

Heiz- und Dämmsysteme, erhebliche Energieeinsparungen erzielt werden. Insbesondere bei Neubauten sowie Grundsanierungen ist eine deutliche Senkung der Verbrauchswerte anzustreben. Dabei sind auch für Altbauten verpflichtende Fristen zu setzen. Aber auch die öffentliche Hand muss einen Beitrag zur Senkung des Energieverbrauchs leisten. Daher sollen Richtlinien für die Beschaffung energieeffizienter Geräte durch die öffentliche Hand erarbeitet und umgesetzt werden.

Antrag zum Bundesparteitag in Hamburg

Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I für ältere Arbeitslose

Da die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor schwierig ist, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine materielle Besserstellung von älteren Arbeitslosen zusammen mit dem Koalitionspartner durchzusetzen. Dies darf nicht auf Kosten der Jungen erfolgen.

Ein Modell dafür können die Vorschläge des DGB vom 7. 12. 2006 sein: Danach sollen Arbeitslose über 45 Jahre künftige bis zu 15 Monate lang ALG I bekommen. Wer älter als 50 Jahre ist, soll bis zu 24 Monate ALG I beziehen, je nachdem, wie lange er in den vorangegangenen fünf Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt war.

Vorschläge von CDU/CSU, jüngere gegen ältere Arbeitslose auszuspielen und die Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Frauen und ostdeutsche Arbeitslose massiv zu benachteiligen, weisen wir als Mogelpackung ebenso entschieden zurück, wie eine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten durch Verschlechterung des Kündigungsschutzes. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, eine Verbesserung der geltenden Regelungen für langjährig Beschäftigte, die arbeitslos werden, durchzusetzen.

Gewerkschaftsrat

Hintergrund

Themen wie Agenda 2010 und Rente mit 67 haben das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften nachhaltig abkühlen lassen. Zudem ist fest zu stellen, dass sowohl Gewerkschaften als auch Parteien an gesellschaftlicher Akzeptanz verloren haben. Gemeinsames Agieren von Gewerkschaften und SPD nutzt beiden Partnern sowohl politisch als auch organisatorisch (Bündelung der Kräfte). Eine verstärkte Kooperation der SPD mit den DGB-Gewerkschaften könnte ggf. die zunehmende Zusammenarbeit der Linkspartei mit den Gewerkschaften zurück drängen.

Ziele des Gewerkschaftsrates

- Gegenseitiger Informationsaustausch über politisch relevante Vorgänge und Hintergründe zur Positionierung.
- Erarbeiten und Verbreiten von gemeinsamen Positionen zu gesellschaftlich und politisch relevanten Fragen.
- Verabredung gemeinsamer Veranstaltungen, Aktionen u.ä. zur Stärkung der Demokratie und Durchsetzung gemeinsamer Interessen.

Organisation

- Vorstand: Der SPD-Landesverband bestimmt zwei Vertreter, die federführend den Gewerkschaftsrat von Seiten der SPD aus leiten. Auf der Gründungsveranstaltung soll geklärt werden, wer von Seiten der Gewerkschaften Ansprechpartner sein soll. Diese paritätisch besetzte Gruppe bildet den Vorstand des Gewerkschaftsrates.
- Mitgliedschaft: Mitglieder des Gewerkschaftsrates sind auf der SPD-Seite die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes (inkl. Berater) sowie der Vorsitzende der Landes-AfA. Mitglieder des Gewerkschaftsrates von Seiten der Gewerkschaften sollen die Vorsitzenden der im Land tätigen DGB-Einzelgewerkschaften und der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nord und dessen Stellvertreter sein.
- Zusammenkunft: Der Gewerkschaftsrat soll mindestens zweimal im Jahr zusammen treten. Der Vorstand schlägt eine Tagesordnung vor und organisiert gemeinsam die Treffen.

Erste Schritte

- Gespräch im GF-Landesvorstand (3. September 2007)
- Gespräch mit Peter Deutschland und Ingo Schlüter
- Einladen der Vertreter

1. 10. 2007, Landesvorstand

Antrag zum Bundesparteitag in Hamburg

Teilprivatisierung der Deutschen Bahn

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern lehnt eine vollständige oder teilweise Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG ab. Die Delegierten zum Bundesparteitag werden aufgefordert, auf dem Bundesparteitag dem Antrag zuzustimmen, der diese Haltung am besten widerspiegelt.

Begründung:

Kernaufgabe der Deutschen Bahn AG ist es, eine breite, flächendeckende Versorgung mit

öffentlichem Verkehr in der Bundesrepublik sicherzustellen. Die Bahn erfüllt einen originär öffentlichen Dienstleistungsauftrag, der weder mit einer Ausrichtung als internationaler Logistikkonzern noch mit Renditeerwägungen des Kapitalmarkts in Einklang zu bringen ist. Die öffentliche Infrastrukturverantwortung gebietet, dass das natürliche Monopol des Netzes vollständig und unmittelbar in öffentlichem Eigentum und öffentlicher Verfügungsmacht ist.

Mit einer vollständigen oder teilweisen Privatisierung der Deutsche Bahn AG würde der Bund auf eine unumkehrbare Weise verkehrspolitische, wirtschaftliche und soziale Gestaltungsmöglichkeiten verlieren.

Die Bahn muss im Sinne ihrer Kernaufgabe – die Erwirtschaftung von Rendite gehört *nicht* dazu – neu ausgerichtet werden. Diese Deutsche Bahn, die auch weiterhin in einer vollständigen staatlichen Eigentümererschaft verbleibt, muss sich stärker als bislang der Erreichung der verkehrspolitischen Ziele in der Bundesrepublik widmen. Wir wollen mehr Verkehr auf die Schiene bringen und eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit attraktiven Angeboten des öffentlichen Verkehrs.

AG Mitgliederentwicklung

Verlust von Abgeordneten bedeutet ein weiterer Verlust an örtlicher Präsenz (verloren: ein Bundestags- und 10 Landtagsabgeordnete)

Die Telefonbucheinträge: Der SPD-Landesverband hat in den letzten Jahren seine Präsenz durch Büros und Mitarbeiter in der Fläche des Landes reduzieren müssen. Zudem ist als Ergebnis der letzten Bundestags- und Landtagswahl festzustellen, dass Abgeordnete gebeten werden, sich im Telefonbuch als „SPD-Wahlkreisbüro“ eintragen zu lassen.

In Kreisstädten ohne SPD-Geschäftsstelle bzw. Wahlkreisbüro soll folgendes Angebot gelten: Ein T-ISDN-Home Anschluss wird beantragt. Die Gespräche laufen in der Regionalgeschäftsstelle auf.

Kosten pro Anschluss: 438,12 €/ p.a. Den Kreisverbänden wird angeboten, dass der SPD-Landesverband 50 % der Kosten trägt.

Zur Zeit in Frage kommende Städte: Bad Doberan, Grimmen.

Sommerfest der SPD

Der SPD-Landesvorstand schreibt ein „Sommerfest der SPD“ aus. Hierzu werden 4.000 € aus dem Etat des Landesverbandes bereitgestellt. Kreisverbände können sich mit einem Veranstaltungskonzept für das Sommerfest bewerben. Ihnen stehen aus dem Etat des Landesverbandes 3.000 € zur Verfügung. Die

Landesgeschäftsstelle organisiert, dass über Busverbindungen eine möglichst große Anzahl an Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen teilnehmen kann. Nach dem ersten Sommerfest erfolgt eine Auswertung und die Entscheidung über eine Folgeveranstaltung.

Termin: 12. Juli 2008

Kampagne Aktive Fläche

Um die Kampagne „Aktive Fläche“ und die Vorbereitung der Kommunalwahl zum Erfolg zu führen ist es notwendig, klare regionale Strukturen aufzubauen. Daher wird das Land M-V in lokale Bereiche eingeteilt. Diese Bereiche sind so zu gliedern, dass bei erklärter Bereitschaft die Wahlkreisbüromitarbeiter ehrenamtlich diese Bereiche betreuen können. Diese Betreuung umfasst die Begleitung der Kampagne, die Koordinierung der Kandidatensuche und die Koordinierung für das Einreichen der Listenvorschläge.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben nach der letzten Kommunalwahl ca. 1.900 Anschriften von parteilosen Kommunalpolitikern gesammelt, die nicht in Konkurrenz zur SPD angetreten sind sowie von parteilosen Kommunalpolitikern, die auf SPD-Liste angetreten sind. Dieser Personenkreis ist unsere Hauptzielgruppe. Wir gehen davon aus, dass Kommunalpolitiker vor Ort bekannt und anerkannt sind, da dies die Grundlage ihrer Wahl war. Zudem gehen wir davon aus, dass diese Personengruppe politisch, zumindest jedoch kommunalpolitisch interessiert ist.

Ziel der Kampagne ist, den Kommunalpolitikern den konkreten Nutzen der Zusammenarbeit mit dieser Personengruppe aufzuzeigen. Letztendlich muss es darum gehen, aus der Zielgruppe Personen für die Kandidaturen auf den Listen der SPD zu gewinnen.

Arbeitsgemeinschaften

Der Landesvorstand hat sich auf seiner Klausurtagung im November 2006 mit Vorschlägen zur Parteireform befasst und diese verabschiedet. Hierzu gehörte u.a. die Stärkung der Arbeitsgemeinschaften sowie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beim Landesvorstand, die sich mit der Entwicklung von Projekten befassen sollte, welche sich gezielt für die Mitarbeit von Nichtmitgliedern eignen. Projektarbeit als Erstkontakt zur Partei stellt ein niederschwelliges Angebot dar und kann gleichzeitig aufgrund konkreter Ergebnisse mit Erfolg abgeschlossen werden. Das erhöht die Attraktivität der Partei und vermittelt positive Erfahrungen, so z.B. bei den Jusos mit „Endstation Rechts“.

Die Aktivierung der Arbeitsgemeinschaften wurde bereits begonnen, indem die Ar-

beitsgemeinschaften nur dann ihren vollständigen Jahresetat erhalten, wenn sie eine Konzeption beim Landesvorstand einreichen und die darin enthaltenen Punkte im Laufe des Jahres umsetzen. Voraussetzung ist hierbei u.a. die mindestens halbjährliche Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung.

Arbeitsgemeinschaften leisten inhaltliche Arbeit und sind zielgruppenorientiert (AG 60 plus/Rentner, AfA/Arbeitnehmer, Jusos/Menschen unter 35 etc.). Deshalb ist es sinnvoll, den Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit zu eröffnen, Projekte durchzuführen, die sich an ihre Zielgruppe richten und hierbei Konzeption zu entwickeln, wie gleichzeitig Nichtmitglieder in Projekte integriert werden können. Damit die Arbeitsgemeinschaften derartige Projekte durchführen können, müssen ihnen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Hierfür können die Mittel verwendet werden, die bei den Arbeitsgemeinschaften eingespart werden, denen nicht der gesamte Jahresetat genehmigt wurde. Die Arbeitsgemeinschaften können sich unter Einreichung einer Konzeption eines nicht mitgliederorientierten Projektes um diese Gelder bewerben.

Neben der Werbung für die Arbeitsgemeinschaften und somit auch für die Partei durch die Projekte selbst, schaltet der Landesverband in Fachzeitschriften, die für die jeweilige AG relevant sind, Anzeigen, in denen das Projekt beworben wird. So kann eine erhöhte Aufmerksamkeit für die AG und deren Projekt bei Zielgruppen erreicht werden, die uns bisher nicht zugänglich sind.

Antrag zum Bundesparteitag

Initiativantrag

Stichwort: Nachhaltige Landwirtschaft und ländlicher Raum

S. 27, Ziffer 50

Nach dem 1. Satz einfügen Satz 2 (neu):

„Deshalb ist es wichtig, auf internationaler und vor allem europäischer Ebene für vergleichbar hohe und harmonisierte Tier-, Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards einzutreten.“

Begründung:

Vergleichbare und harmonisierte europäische Standards sind wichtig für eine nachhaltige Landwirtschaft. Wenn wir uns zu einer Landwirtschaft bekennen, die auf die Qualität ihrer Produkte setzt und bei der sich eine umwelt- und tiergerechte Produktion auf hohem Niveau lohnen soll, dann muss dieser Anspruch auch international eingefordert werden.

Im Zuge des Reformprozesses der europäischen Agrarpolitik haben mit der stärkeren Bindung der Direktzahlungen für die Landwirte an Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und der zusätzlichen Auflage, die Ressource Boden in einem guten ökologischen Zustand zu erhalten, die gesellschaftlichen Transferleistungen an die Landwirtschaft in ganz Europa eine höhere Legitimierung erfahren. Das Schrittmaß der Umsetzung ist in den einzelnen Mitgliedsstaaten jedoch unterschiedlich. Maßstab und Vorteil einer gemeinsamen europäischen Agrarpolitik sollten daher die Herstellung von Chancengleichheit im Wettbewerb und anspruchsvolle aber faire Rahmenbedingungen sein.

2./3. 11. 2007, Klausur Landesvorstand / Landesparteirat

Kohlekraftwerk Lubmin

1. Der SPD-Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern hält am Ausbau des Energie- und Industriestandortes Lubmin fest. Dabei wird er seine moderne Energiepolitik weiter verfolgen, die vordringlich Technologien für den Ausbau regenerativer und alternativer Energieträger sowie Energieeinsparmaßnahmen entwickelt. Soweit fossile Energieträger zum Einsatz kommen, sind ein hoher Wirkungsgrad durch Kraft-Wärme-Kopplung und ein möglichst geringer Kohlendioxid- ausstoß entscheidend.

2. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich im Interesse des Klima- und Naturschutzes sowie des Gesundheits- und Tourismuslandes Mecklenburg-Vorpommern dafür aus, die Kapazität des geplanten Steinkohlekraftwerkes in Lubmin zu halbieren und die Effektivität durch Kraft-Wärme-Kopplung deutlich zu erhöhen.

3. Die Erwärmung des Greifswalder Bodens bei der Einleitung von Kühlwasser soll minimiert werden und ökologisch vertretbar sein. Der Status „Seebad“ der umliegenden Gemeinden darf nicht gefährdet werden.

4. Der Kohlendioxid- ausstoß soll durch fortschrittliche Technologien reduziert werden können. Mittelfristig muss das Ziel ein kohlendioxid- freies Steinkohlekraftwerk sein. Daher soll Vorsorge getroffen werden, dass das geplante Steinkohlekraftwerk mit einer CCS-Technologie nachgerüstet werden kann.

Verwaltungsreform in M-V

1. Ein wesentliches Ziel einer Verwaltungsreform muss es sein, die kommunale Selbstverwaltung und damit die bürgerschaftlich- demokratische Partizipation zu stärken und die

tatsächlichen Handlungsspielräume der Gemeinden und Kreise zu erweitern.

2. Nach der Rechtssicherheit und der unabdingbaren fachlichen Qualität sind eine möglichst hohe Effektivität und Effizienz notwendige Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Verwaltung. Bei allen Überlegungen zur Verwaltungsreform muss daher der Aspekt der Wirtschaftlichkeit eine entscheidende Rolle spielen. Angesichts der derzeit deutlich zu hohen Kosten für unsere Verwaltung und zurückgehender finanzieller Spielräume ist diese Entscheidung unausweichlich.

3. Daher muss die Frage einer Zuordnung der Verwaltungsaufgaben auf die verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung vornehmlich nach dem Aspekt größtmöglicher Wirtschaftlichkeit erfolgen. Bei der Beantwortung der Frage, ob eine Aufgabenerfüllung auf der Landesebene oder auf der kommunalen Ebene wirtschaftlicher ist, spielt die Leistungsfähigkeit, Effizienz, Größe und Zahl der kommunalen Aufgabenträger eine erhebliche Rolle.

4. Sowohl eine Kreisgebietsreform mit der Bildung deutlich größerer Landkreise als auch eine Gemeindegebietsreform, die der Stärkung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden dient, sind zwingend erforderlich. Die demografische Entwicklung, ein Rückgang der Finanzmittel der öffentlichen Hand und eine Kommunalisierung von öffentlichen Aufgaben machen eine solche Reform zwingend notwendig.

5. Um leistungsstarke öffentliche Verwaltungen zu erhalten, sollte eine Körperschaft auf der Ebene der Landkreise über mindestens 200.000 Einwohner verfügen. Dabei ist nicht die heutige Einwohnerzahl zugrunde zu legen, sondern die Einwohnerzahl, die nach der Bevölkerungsprognose im Jahre 2020 zu erwarten ist. Angesichts der dünnen Besiedlung des Landes Mecklenburg-Vorpommern kann hingenommen werden, dass diese Richtzahl um 10% unterschritten wird.

6. Die kreisfreien Städte sind als Zentren des Landes und als Entwicklungsmotoren zu stärken und eine maßvolle Eingemeindung im Bereich der Umlandgemeinden im Hinblick darauf zu prüfen, ob diese zur nachhaltigen Stärkung des Stadt-Umland-Raumes – als einheitlichem Wirtschafts- und Lebensraum – sinnvoll ist. Ergibt sich bei dem Zuschnitt der Kreise aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten die Notwendigkeit der Einkreisung bisher kreisfreier Städte, so sind diese im vorgenannten Sinne als natürliche Zentren der Kreise zu stärken und deshalb auch Kreissitz.

7. Es ist grundsätzlich vorteilhaft, wenn heutige Kreise als Ganzes in die neuen Kreise aufgehen. Angesichts der geografischen Situation wird dies jedoch in einigen Fällen zu er-

heblichen Problemen führen. Daher kann es kein Tabu sein, Kreise zu teilen, um zu sinnvoll geschnittenen Körperschaften zu kommen.

8. Eine Verwaltungsreform ist sinnvoll nur denkbar, wenn es zeitnah zu ihr zu deutlichen Schritten zur Minderung der Stadt-Umland- Problematik kommt. Leitgedanke ist dabei die Überlegung, die Zentren zu stärken, wobei hierfür unterschiedliche Mittel – auch Eingemeindungen – diskutiert werden müssen. Die Lösungen müssen der spezifischen Problemlage der einzelnen Städte angemessen sein.

9. Die anstehende Novelle des Finanzausgleichsgesetzes muss mit der Verwaltungsreform verbunden werden und die hier verfolgten Ziele unterstützen.

10. In den zukünftigen Beratungen der Verwaltungsreform wird es erforderlich sein, das Spannungsfeld zwischen demokratischer Teilhabe und kommunaler Selbstverwaltung (Ziffer 1) einerseits sowie effizienter Verwaltungsstrukturen andererseits (Ziffer 2) vertieft zu untersuchen und ergebnisoffen gegeneinander abzuwägen. Auf dieser Grundlage müssen Positionen fortgeschrieben werden.

11. Bei der zu beschließenden Verwaltungsreform muss die Bürgernähe einen besonders hohen Stellenwert haben. Dem dienen auch Anlaufstellen in jedem Amt und jeder amtsfreien Stadt, in denen die Einwohnerinnen und Einwohner in alle Verwaltungsangelegenheiten mit den Landes- und den kommunalen Behörden in Kontakt treten und ihr Anliegen in den Verwaltungsgang einbringen können.

12. Eine Verwaltungsreform muss die Interessen der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter berücksichtigen. Sie muss eher sozialverträglich erfolgen; betriebsbedingte Kündigungen sind auszuschließen.

7. 12. 2007, Landesvorstand / Landesparteirat

Kreisverbände, die sich nach Zustimmung des Landesvorstandes und der Beteiligung des Landesparteirates zusammenschließen, werden bis zum Inkrafttreten einer neuen Satzung des Landesverbandes oder eines gegenteiligen Beschlusses des Landesvorstandes in folgenden Punkten behandelt werden, als hätte es die Fusion nicht gegeben:

1. Verwaltungskostenzuschnitt
2. Mitgliedschaft im Landesparteirat
3. Die alten Kreisverbände sollen wie bisher unter den ersten 21 Plätzen bei der Aufstellung der LT-Wahlliste berücksichtigt werden. Eine Änderung der Verfahrensordnung sollte daher angestrebt werden.

Der Kreisvorstand der fusionierten Kreisverbände befindet über alle im Zusammenhang mit den oben genannten Punkte zu klärenden offenen Fragen.

Dr. Norbert Nieszery wurde zum Vorsitzenden des Landesparteiirates gewählt und Thomas Beyer und Hans-Jürgen Höcker als stellv. Vorsitzende.

Der Terminplan 2008 wird beschlossen.

1. 2. 2008, Landesvorstand

Der Haushaltsplan 2008 und die Vereinbarung zu Endstation Rechts zum Haushaltsplan 2008 wurden beschlossen.

Die Richtlinien der JUSOS wurden beschlossen.

28. 3. 2008, Landesvorstand / Landesparteirat

- Bei größeren Veranstaltungen des Landesverbandes wird grundsätzlich eine Kinderbetreuung organisiert.
- Der Landesvorstand bittet die Kreisverbände, bei größeren Veranstaltungen (z. B. Kreisparteitagen) eine Kinderbetreuung zu organisieren.
- Die Ortsvereine werden gebeten, das Thema „Wie familienfreundlich sind unsere Ortsvereinsveranstaltungen“ zu diskutieren.
- Der Landesverband schafft eine relevante Anzahl von Begrüßungsgeschenken für von Sozialdemokraten geborene Kinder an. Diese Begrüßungsgeschenke werden im Vorwärts beworben, so dass sich die Ortsvereinsvorsitzenden beim SPD-Landesverband melden können.

Die Landesvertreterversammlung (20. September 2008 in Waren) wurde einberufen. Der Delegiertenschlüssel, die Tages- und Geschäftsordnung zur Nominierung der Europakandidaten und zur Aufstellung der Bundestagswahlliste wurden beschlossen.

Der SPD-Landesvorstand beschließt:

1. Fristenplan für die Bundestagswahl:

- 18. 5. – 11. 7. 08 Mitgliederversammlungen in den Kreisverbänden
- 6. 9. 08 Bundestagswahlkreiskonferenzen
- 12. 9. 08 Landesvorstand, Aufstellung der Bundestagsliste
- 20. 9. 08 Bundestags- und Europalandesvertreterversammlung des LV

2. Kandidatenaufstellung Bundestagswahl

Wahlkreis	Zuständiger Kreisvorstand	Termin der WKK
Schwerin-Ludwigslust	Schwerin	6. 9. 08
Wismar-Nordwestmecklenburg-Parchim	Wismar	6. 9. 08
Bad Doberan-Güstrow-Müritz	Güstrow	6. 9. 08
Rostock-Teile des LK Bad Doberan	Rostock	6. 9. 08
Demmin-Ostvorpommern-Greifswald	Greifswald	6. 9. 08
Stralsund-Nordvorpommern-Rügen	Stralsund	6. 9. 08
Neubrandenburg – Mecklenburg-Strelitz – Uecker-Randow	Mecklenburg-Strelitz	6. 9. 08

Der Delegiertenschlüssel, die Tages- und Geschäftsordnung zur Durchführung von Bundestagswahlkreiskonferenzen wurde beschlossen.

- 2. Sonja Steffen
- 3. Dirk Manzewski
- 4. Katharina Feike
- 5. Stephan Bliemel
- 6. Denis Pinzke

16. 5. 2008, Landesvorstand / Landesparteirat

Iris Hoffmann wurde als Kandidatin für das Europäische Parlament nominiert.

4. 7. 2008, Landesvorstand / Landesparteirat

Die SPD bekennt sich zu einer umfassenden Reform der Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern im Sinne des Beschlusses des Landtags vom April 2008.

Zu einer solchen Verwaltungsreform gehören u. a.

- eine Kreisgebietsreform,
- eine Funktionalreform, die öffentliche Aufgaben der Ebene überträgt, auf der sie am besten erfüllt werden
- Maßnahmen zur Stärkung der Ober-, Mittel- und Grundzentren; dabei ist auch über die Frage von Eingemeindungen zu entscheiden,
- eine Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes,
- eine Überprüfung der Gemeinde- und Ämterstruktur.

Eine isolierte Kreisgebietsreform, die nicht Teil einer Gesamtreform ist, halten wir für nicht sinnvoll.

12. 9. 2008, Landesvorstand / Landesparteirat

Die Listenaufstellung der Bundestagswahlkandidaten wurde beschlossen.

- 1. Hans-Joachim Hacker

24. 10. 2008, Landesvorstand

Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister wurde in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt (Manuela Schwesig schied aufgrund ihrer Tätigkeit als Ministerin aus).

21./22. 11. 2008, Landesvorstand / Landesparteirat

Der SPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern spricht sich gegen das geplante neue BKA-Gesetz aus und fordert die Mitglieder der SPD-Fraktion des Landestages M-V sowie die SPD-Mitglieder in der Landesregierung M-V auf, sich gegen eine Zustimmung zu dem derzeit vorliegenden Gesetz im Bundesrat auszusprechen und sich gegen weitere Einschränkungen der bürgerlichen Freiheitsrechte auszusprechen.

Begründung:

Die Verfasser des neuen BKA-Gesetzes begründen die von ihnen gewollten Veränderungen mit einer Verbesserung der Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt. Für diese verbesserte Bekämpfung sollen dem BKA weitreichende polizeiliche Befugnisse u. a. zur Datenerhebung und Rasterfahndung, zur erkennungsdienstlichen Behandlung, zum Einsatz von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlern, zur Überwachung der Telekommunikation, zur akustischen Wohnraumüberwachung, zur Observation, zum heimlichen Zugriff auf informationstechnische Systeme, zur Durchsuchung von Perso-

nen, Wohnungen und Sachen usw. eingeräumt werden.

Die Liste der neu einzufügenden Befugnisse umfasst als Unterpunkte fast alle Buchstaben des Alphabets. Nicht nur das Institut der Online-Durchsuchung wirft eine Vielzahl von rechtlichen Fragen auf, sondern jede der oben genannten Befugnisse.

Das Bundeskriminalamt soll ein weites kaum eingegrenztes Gebiet der Gefahrenabwehr als Aufgabe erhalten. Diese Befugnisse beziehen sich, anders als der Name des Gesetzes es vermuten lässt, auch auf Taten des (rein) inländischen Terrorismus oder das, was dafür gehalten wird.

Dem BKA soll das Recht eingeräumt werden, ohne Überprüfung durch einen Richter bei vermeintlicher Gefahr in Verzug bis zu drei Tagen zu handeln. Der sog. Richtervorbehalt wird aufgehoben. Die Rasterfahndung ermöglicht auch den Zugriff auf Daten Dritter und privater Unbeteiligter. Die Möglichkeiten, heimlich zu ermitteln, wurden ausgedehnt: die Benachrichtigungspflicht gegenüber Betroffenen hinsichtlich von BKA-Maßnahmen wird gelockert, der sog. Kernbereichsschutz ausgehöhlt. Kernbereichsrelevante Gespräche dürfen maschinell aufgezeichnet werden. Erst zu einem späteren Zeitpunkt soll über ihre Verwertbarkeit entschieden werden.

Niemand, der etwas mitgehört hat, wird, wenn er dies auch registriert hat, später auf diese Erkenntnisse verzichten.

Das Trennungsgebot zwischen geheimdienstlicher und polizeilicher Tätigkeit wird aufgehoben. Das Trennungsgebot ist entwickelt worden als eine Lehre, die aus dem Nationalsozialismus gezogen wurde. Es sollte verhindert werden, dass jemand nur auf einen unbewiesenen, vagen Verdacht hin festgehalten werden kann oder ohne konkreten Anlass verfolgt wird. Bis jetzt war dies ein wesentlicher Teil unserer heutigen verfassungsrechtlichen Ordnung. Jeder Bürger und jede Bürgerin konnte das Trennungsgebot plastisch und praktisch erfahren: Polizisten dürfen unmittelbar in Freiheiten der Bürger eingreifen und Zwänge ausüben, allerdings nur offen und unter gerichtlicher Kontrolle. Dazu gehört, dass sie Uniformen tragen und sich als Polizisten zu erkennen geben. Geheimdienstler hingegen dürfen aufklären und dies auch verdeckt ohne Wissen der Betroffenen und ohne Kontrolle durch eine Staatsanwaltschaft oder einen Richter. Dazu jedoch dürfen sie niemanden festhalten, verhören oder befragen. Stehen solche Maßnahmen an, müssen sie ihre Informationen der Polizei weitergeben.

Das neue BKA-Gesetz dagegen verquickt heimliche Ermittlungen mit polizeilicher Tätigkeit, ohne zu legitimieren, warum dies nö-

tig ist und ohne darzustellen, wie ein Missbrauch dieser Mischung aus Heimlichkeit, fehlender Kontrolle oder großen Eingriffsbefugnissen zu verhindern ist. Die Ereignisse vom 11.09.2001 dürfen nicht weiter dazu dienen, dass bürgerliche Freiheitsrechte abgebaut werden und dass mit der Begründung einer vermeintlichen terroristischen Bedrohung von sog. Sicherheitspolitikern weitere Verschärfungen gefordert werden.

Es ist Aufgabe des Staates, unsere Freiheit zu schützen, nicht uns auszuspähen, zu überwachen und sich Daten zu verschaffen, mit denen ganz schnell alle unsere Lebensäußerungen abrufbar sind.

Der 11. ordentliche Landesparteitag (25. und 26. April 2009 in Salem) wurde einberufen und der Fristenplan und die Tages- und Geschäftsordnung wurde beschlossen.

Es wurde beschlossen, dass die Postkarten zur Kommunalwahl in den Regionen RÜG, NVP, OVP und DM vom SPD-Parteivorstand finanziert werden, die anderen Kreise werden eine Selbstverteilung vornehmen.

B Ständige Arbeitsgruppen des Landesvorstandes

B 1 Projektgruppe

Mitgliederentwicklung

Leitung:

Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe trafen sich im Zeitraum von April 2007 bis Ende 2008 zu mehreren Sitzungen. Die Beteiligung lag konstant zwischen fünf und fünfzehn Personen, so dass eine kontinuierliche Arbeitsfähigkeit der AG jederzeit gesichert war. Die Entscheidung, die Regionalgeschäftsführer in die Arbeit mit einzubeziehen, hat sich als fruchtbar erwiesen.

Ergebnisse waren u. a.

- die Initiierung und Begleitung einer Ortsvereinsanalyse sowie die Erarbeitung von Handlungsanweisungen zur Verbesserung der Arbeit der Gliederungen der SPD.
- die Erstellung eines Referentenpools für die Ortsvereine der SPD
- die Aktualisierung des OV-Ordners
- die Weiterführung der Kampagne „Aktive Fläche“
- die Neuregelung des „Austrittskontaktes“ durch den Landesverband
- die Vereinheitlichung der Telefonbucheinträge
- die Vorbereitung und Durchführung des Sommerfestes 2008
- die Initiierung von Maßnahmen, die die SPD-Arbeit familienfreundlicher machen sollen, z. B. Baby-Begrüßungspaket

- OV-Umfrage zur Bedarfsermittlung
- Initiierung von gemeinsamen Treffen und Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaften
- Initiierung von Neumitgliedertreffen

B 2 Fachausschuss Umwelt (Umweltforum)

Im Umweltforum engagierten sich zahlreiche Genossinnen und Genossen. Im Mittelpunkt der Arbeit stand die Entwicklung einer „Nachhaltigkeitspolitik“ für unser Bundesland. Dabei wurden die Potentiale für die verschiedenen Erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern untersucht. Weiterhin wurden dezentrale Energieversorgungslösungen und Energieeffizienzgewinne analysiert. Landtagsanträge wurden vorbereitet, so zum Klimawandel und zum Konzept „EnergieLand 2020“.

Ein Arbeitsschwerpunkt war auch der geplante Bau eines Steinkohlekraftwerks in Lubmin. Hier wurden die Zwischenergebnisse der AG Steinkohle erörtert, die den Halbierungsbeschluss gefasst hat.

Bis Mitte 2008 leitete Gottfried Timm das Umweltforum, anschließend Stephan Kerth.

B 3 Öffentlichkeitsarbeit

Der Landesverband veröffentlicht regelmäßig Pressemitteilungen zu aktuellen politischen Anlässen und zu Beschlüssen, die der Landesvorstand fasst.

Pressemitteilungen werden auch über unser Internetportal www.spd-mv.de veröffentlicht.

Für die Mitgliedschaft ist nach wie vor die Mitgliederzeitschrift „Vorwärts“ mit dem Regionalteil Nordostpost eine wichtige Informationsplattform. Diese Informationsmöglichkeit bleibt auch im Multimediazeitalter wichtig, da nicht alle Mitglieder über einen regelmäßigen Internetzugang verfügen.

Neben dem „Vorwärts“ gibt es für alle SPD-Mitglieder das sozialdemokratische Magazin „Horizonte“. Hier können Themen vertieft dargestellt und auch gegensätzliche Positionen diskutiert werden. „Horizonte“ trägt damit wesentlich zum innerparteilichen Informations- und Gedankenaustausch bei. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich und besteht aus Stephan Bliemel, Mathias Brodkorb, Susanne Bliemel, Erik Gurgsdies und Silke-Maria Preßentin.

B 4 Kampagnen

Der Landesvorstand hat auf Initiativer der AG Mitgliederentwicklung beschlossen, dass

jedes Jahr ein Jahresthema beschlossen werden soll, mit dem sich die SPD besonders auseinander setzen will.

Im Berichtszeitraum lagen als Jahresthemen die Kampagnen „Kinderland M-V“ und „Zukunftsland M-V“. Zudem wurde die Kampagne „Endstation Rechts“, „Aktive Fläche“ und eine Kampagne zum Werben um parteilose Kommunalpolitiker zur anstehenden Kommunalwahl durchgeführt.

„Kinderland M-V“: Im Zeitraum von Frühjahr bis zum Jahresende 2007 haben sich die Gliederungen der SPD intensiv mit dem Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt. Stationen waren u.a. Erarbeitung und Verabschiedung des Leitantes zum letzten ordentlichen Landesparteitag, Regionalkonferenzen mit Vertretern aus Vereinen, Einrichtungen und Institutionen, die sich mit Kinder- und Familienarbeit in M-V befassen, eine große Fachkonferenz nach der Zusammenfassung der ersten Ergebnisse, eine Umfrage zum Maßnahmenpaket in den Ortsvereinen der SPD und schließlich Umsetzung der Maßnahmen in Regierungshandeln. Die SPD hat die umgesetzten Maßnahmen in einer Broschüre veröffentlicht und an einen breiten Verteiler versandt.

„Zukunftsland M-V“: Im Jahr 2008 hat sich der Landesverband mit den Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung in unserem Bundesland befasst. Es wurden Potentiale abgefragt und die Arbeitsbedingungen der Universitäten und Hochschulen hinterfragt. Der SPD-Landesvorsitzende Erwin Sellering bereiste zudem in einer Sommertour die Einrichtungen.

„Endstation Rechts“: Endstation Rechts setzte auch im Berichtszeitraum seine Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus fort. So entwickelte sich das Nachrichtenportal [www. Endstation-Rechts.de](http://www.Endstation-Rechts.de) zu einem der wichtigsten Infoportale gegen Rechtsextremismus bundesweit mit aktuell etwa 100.000 Besuchen pro Monat. Den erfolgreichsten Tag verzeichnete „Endstation Rechts“ im Dezember 2008 mit 16.372 Besuchen bei der Vorstellung der Nazi-Satire „Storch Heinar“.

Die Kampagne veranstaltete zusammen mit den Jusos Mecklenburg-Vorpommern mehrere Seminare für politisch interessierte Jugendliche, wie z. B. 3 „Endstation Rechts“-Einstiegerseminare, zwei Seminare über rechten Lifestyle oder über die Arbeit der NPD in den Kommunalparlamenten.

Ende des Jahres 2008 veröffentlichte „Endstation Rechts“ zwei Broschüren in einer jeweiligen Auflage von 5000 Stück. In den Jahren 2007 und 2008 produzierte „Endstation Rechts“ mehrere zehntausend Flyer mit den Themen „NPD und Finanzausstattung“, „Ordnungsrufe“ und „NPD und Arbeitslosig-

keit“ sowie Aufkleber mit zwei unterschiedlichen Motiven.

„Endstation Rechts“ tourte im Jahr 2008 mit dem Nazi-Aussteiger Jörg Fischer insgesamt viermal durch 15 Schulen und Jugendclubs in Mecklenburg-Vorpommern. Das ehemalige NPD-Mitglied Jörg Fischer berichtete in seinem Vortrag über seine Zeit in der NPD und seinen Ausstieg aus der rechtsextremen Szene.

Im Berichtszeitraum wurden der Kampagne sowohl der von der SPD gestiftete Wilhelm-Dröschner-Preis sowie der Albert-Schulz-Preis für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus verliehen.

Die Redakteure von „Endstation Rechts“ begleiteten im Berichtszeitraum mehrere rechtsextreme Demonstrationen in Norddeutschland und berichteten ausführlich darüber.

Für die Medien in Mecklenburg-Vorpommern ist die Kampagne ein wichtiger Ansprechpartner geworden.

Im letzten Jahr ging in Sachsen „Endstation-Rechts-Sachsen“ an den Start, in weiteren ostdeutschen Bundesländern soll in nächster Zeit das Projekt ebenfalls etabliert werden.

„Aktive Fläche“: Unsere Informationskampagne für die parteilosen Kommunalpolitiker führten wir auch in den vergangenen Jahren weiter. Neben den Informationen wurden zahlreiche Weiterbildungsmaßnahmen der SGK angeboten.

Kommunalwahl-Vorbereitung: Da die SPD mit knapp 2.800 Mitgliedern nicht flächendeckend zur Kommunalwahl antreten kann und um neben den Mitgliedern auch externen Sachverstand einzubinden, haben wir eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um parteilose Bürgerinnen und Bürger für unsere Listen zu gewinnen. Diese wären z.B. Erstwählerbrief, Postkartenaktion und Zeitungsanzeige. Da die Maßnahmen zum Redaktionsschluss noch laufen, kann noch kein Ergebnis genannt werden.

B 5 Arbeitsgruppe der Schwusos

„Wer sich viel vornimmt und am Ball bleibt, kann viel mehr schaffen.“ Dieses Motto stand im Vordergrund der Arbeit des Landesvorstandes im Jahr 2008.

Die Schwusos verstehen sich nicht als reine Interessenverteter der lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen innerhalb und außerhalb der Partei, sondern ganz klar auch als Zielgruppenwahlkämpfer, die Wähler für unsere Partei gewinnen und halten wollen.

Die Mitgliederzahl der Schwusos stieg im Jahr 2008 auf knapp unter 50 Mitglieder. Größte öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, auf denen die Schwusos mit Infostand

und Paradewagen teilgenommen haben, waren die örtlichen CSD-Veranstaltungen in Schwerin und in Rostock. In der Podiumsdiskussion in Schwerin konnten wir die Ziele und die Politik der SPD klar darstellen und uns von den anderen Parteien abgrenzen – im Übrigen war es auch die SPD, die das Lebenspartnerschaftsgesetz massiv vorangetrieben hat. Durch Silvia Bretschneider konnten wir erstmal eine „SPD-Frau“ als Schirmherrin auf dem Rostocker CSD „platzieren“. Wir konnten damit ein klares Signal setzen. Auf den Veranstaltungen in Rostock und Schwerin wurde massiv die neue Internetseite schwusos-mv.de beworben. Die Schwusos nutzen hierzu sogenannte „contact-cards“, sowie Postkarten und thematische Flyer. Bereits einige Tage nach den Veranstaltungen waren die Zugriffe auf der Homepage deutlich erhöht (über 800 Besucher innerhalb der ersten 4 Tage).

Neben den landesinternen Versammlungen nahm eine Delegation des Landesverbandes vom 16. 2. bis 17. 2. 2008 an der Bundeskonferenz der Schwusos in Hamburg teil. Marcus Kreft, der die vorherigen Jahre als Bundesvorstandsmitglied für den Aufbau der Schwuso-Strukturen in den neuen Bundesländern zuständig war, trat auf eigenen Wunsch nicht erneut für den Bundesvorstand an. Nach mittlerweile fast 3 Jahren sind die Schwusos fester Ansprechpartner für schwul/lesbische Vereine, Parteien und Verbände im Land. Die Zusammenarbeit mit den Vereinen, Verbänden, aber auch anderen Arbeitsgemeinschaften soll auch in Zukunft weiter gepflegt werden. Insbesondere die Zusammenarbeit mit den Jusos auf Landesebene hat sich gut eingespielt; die Jusos unterstützen den AK auch personell bei dem CSD in Rostock.

C Landesarbeitsgemeinschaften

Auf Landesebene sind insgesamt 8 Arbeitsgemeinschaften aktiv. Es handelt sich um: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB), Arbeitsgemeinschaft der Senioren (AG 60plus), Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ), Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos), Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS) und Arbeitsgemeinschaft Gesundheit (ASG).

Die einzelnen Arbeitsgemeinschaften sind in unterschiedlichem Maße aktiv, was maßgeblich an der Zahl der Aktiven hängt, wobei jede einzelne Arbeitsgemeinschaft hervorragende Zielgruppenarbeit zu leisten vermag.

D Veranstaltungen und Informationsaustausch

D 1 Konferenz Klimapolitik

Vor dem Hintergrund des geplanten Steinkohlekraftwerkes in Lubmin, veranstaltete der SPD-Landesverband am 9. September 2007 eine öffentliche Podiumsdiskussion. Podiumsteilnehmer waren Erwin Sellering (SPD-Landesvorsitzender), Till Backhaus (Umweltminister M-V), Michael Müller (Staatssekretär Bundesumweltministerium), Regine Günther (WWF Deutschland) und Peter Gedbjerg (Projektleiter und Geschäftsführer der Fa. DONG Energy in Greifswald). Moderiert wurde die Veranstaltung von Gottfried Timm (stellv. SPD-Landesvorsitzender). Mehrere hundert Teilnehmer verfolgten die teils emotional geführte Diskussion. Die Vertreter der SPD betonten, dass das Genehmigungsverfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen durchgeführt wird.

D2 Bilanzkonferenz: Ein Jahr Große Koalition

Mit Beschluss des Koalitionsvertrages zwischen SPD und CDU im Herbst 2006 wurde vereinbart, dass der Landesverband gemeinsam mit den Vertretern von Landesregierung und Landtagsfraktion über den Stand der Umsetzung des Koalitionsvertrages berichten. Am 24.11.07 fand im Warener Bürgersaal eine entsprechende Informationskonferenz statt.

D 3 Moderne Familienpolitik als Standortvorteil Ostdeutschlands

Auf Initiative und in Zusammenarbeit mit dem SPD-Landesverband fand am 8. 12. 2007 in Rostock die Konferenz des Forums Ostdeutschland e.V. „Moderne Familienpolitik als Standortvorteil Ostdeutschlands“ statt. Gemeinsam mit Wissenschaftlern und Politikern diskutierten Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter von Vereinen, Einrichtungen und Institutionen über den besten Weg, eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft zu schaffen. Der SPD-Landesvorsitzende Erwin Sellering berichtete u.a. über die Ergebnisse der SPD-Regionalkonferenzen und die Vorhaben der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern.

D 4 75 Jahre Ermächtigungsgesetz

Im Gedenken an die Inkraftsetzung des Ermächtigungsgesetzes und die Folgen der

brauen Diktatur trafen sich Sozialdemokraten und interessierte Bürger am 27. 3. 08 zu einer Gedenkveranstaltung im Grevesmühlener Rathaus. Gewürdigt wurde insbesondere die mutige Rede, mit der der Reichstagsabgeordnete Otto Wels am 23. 3. 1933 im Reichstag das Nein der SPD zur Nazidiktatur deutlich machte.

D 5 „Nah bei den Menschen“

Zu einem Bürgerforum mit Ministerpräsidenten Harald Ringstorff, dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck und dem SPD-Landesvorsitzenden Erwin Sellering trafen sich am 4. 8. 2008 mehrere hundert SPD-Mitglieder sowie weitere Bürgerinnen und Bürger. Zuvor hatte Kurt Beck die Peenewerft in Wolgast und das Ozeaneum in Stralsund besucht. Zudem fand in Stralsund ein Arbeitssessen mit Vertretern der DGB-Gewerkschaften statt.

D 6 100 Jahre SPD in Mecklenburg

Zu einer Feierstunde hatte der SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern am 3. Juni 2008 nach Bad Doberan geladen. Zahlreiche Genossinnen und Genossen begingen gemeinsam den 100. Geburtstag der Sozialdemokratie im früheren Bezirk Mecklenburg-Lübeck. Festredner war neben dem Landesvorsitzenden Erwin Sellering der Sohn des ehemaligen Rostocker Oberbürgermeisters Albert Schultz, Peter Schultz. Er erinnerte mit einer chronologischen Darstellung der Ereignisse in den Diktaturen von 1933 bis 1945 und von 1945 bis 1989 an standhafte Sozialdemokraten, die trotz Gefahr für die persönliche Freiheit und das eigene Leben für die Ideale der Sozialdemokratie eingetreten sind. Ein beeindruckender Bericht eines beeindruckenden Mannes.

D 7 Sommerfest der SPD

Politik und Spaß wurden beim Sommerfest der SPD groß geschrieben. In Zusammenarbeit mit dem Ortsverein Teterow veranstaltete der SPD-Landesverband am 12. Juli 2008 ein ganztägiges Sommerfest. Programmpunkte waren u.a. Polittalk, Kinderfest, Kinderschminken, Ponyreiten, Torwandschießen, Bullenreiten und Versteigerung. Für viel Freude sorgte zudem ein Bühnenprogramm. Den Abschluss des Tages bildete ein vom Verein „Demokratie aktiv leben e.V.“ in Zusammenarbeit mit der SPD durchgeführter Bandwettbewerb unter dem Motto: Toleranz statt Ausgrenzung.

D 8 a.o. Landesparteitag der SPD

Harald Ringstorff hat erklärt, zum 3. 10. 08 von seinem Amt als Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern zurück zu treten. Die Gremien der SPD haben Harald Ringstorff herzlich für dessen beharrliche und erfolgreiche Arbeit gedankt und die Nachfolge beraten. Sie schlugen dem a.o. Landesparteitag vor, dass der SPD-Landesvorsitzende Erwin Sellering künftig das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen soll. Der a.o. Landesparteitag trat am 24. 8. 2008 zusammen und bestätigte die Empfehlung der Gremien in einer geheimen Abstimmung. Auch die Teilnehmer am a.o. Landesparteitag dankten Harald Ringstorff herzlich für dessen Arbeit.

D 9 Bundestags- und Europavertreterkonferenz

Am 20. September 2008 kamen die in den Kreisverbänden gewählten Delegierten zur verbundenen Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Europawahlkandidaten und der Landesliste für den Deutschen Bundestag zusammen. Zur Europawahlkandidatin wurde Sylvia Radtke und zu ihrem Ersatzkandidaten Prof. Dr. Bodo Wiegand Hoffmeister gewählt. Die Bundestagswahlliste führt der Schweriner Hans-Joachim Hacker an. Ihm folgen Sonja Steffen, Dirk Manzewski, Katharina Feike, Stephan Bliemel und Dennis Pinzke. Christian Kleiminger verzichtete im Verlauf der Veranstaltung auf eine Listenplatzierung.

D 10 Hildebrandt-Preisverleihung

In Erinnerung an die „Mutter Courage des Ostens“, Regine Hildebrandt, vergibt die SPD jedes Jahr den nach ihr benannten Preis. Im Jahr 2008 wurden der Regine-Hildebrandt-Preis auf zwei Initiativen verteilt, die beide aus Mecklenburg-Vorpommern kommen: Die Stralsunder Tschernobyl-Hilfe und den Freien Himmel e.V. (gemeinsam mit der Freien Heide e.V. aus Brandenburg). Der Preis wurde im Rahmen einer großen Feier im Atrium des Berliner Willy-Brandt-Hauses am Geburtstag von Regine Hildebrandt – 26. 11. 08 – überreicht.

E Organisationspolitischer Bericht

E 1 Entwicklung der Gliederungen

Im Berichtszeitraum von 2007 bis Ende 2008 verringerte sich die Zahl der Kreisverbände von 18 auf 17.

Gab es 2007 noch 134 Ortsvereine, so sind es heute 113. Die Verringerung liegt vor allem darin begründet, dass die Organisation der Ortsvereine stärker auf der Ebene der Ämter konzentriert wurde. Kleinste Ortsvereine wurden zu größeren Einheiten zusammengeführt.

E 2 Mitgliederentwicklung

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern konnte das vergangene Jahr mit einem positiven Mitgliedersaldo abschließen! Gab es 2007 2.793 SPD-Mitglieder, so waren es 2008 2.794 Mitglieder. Auch wenn per Saldo die Steigerung lediglich ein Mitglied beträgt, so ist dies nach Jahren der Mitgliederverluste im dreistelligen Bereich erstmals eine positive Entwicklung.

Im Einzelnen standen 2008 149 Eintritten 110 Austritte gegenüber. 21 Mitglieder verloren wir durch Tod. Weitere Mitglieder verloren wir aufgrund von Wegzügen, Ausschlüssen (z.B. aufgrund nicht gezahlter Beiträge) Mehrfacherfassungen, u. ä.

Eine positive Mitgliederentwicklung hat es im vergangenen Jahr in folgenden Kreisverbänden gegeben: Schwerin, Rostock, Nordvorpommern, Greifswald-Ostvorpommern, Wismar, Nordwestmecklenburg und Mecklenburg-Strelitz.

Die höchsten Gewinne im Vergleich zum Bestand haben Schwerin und Greifswald zu verzeichnen. Den höchsten Organisationsgrad hat die SPD Mecklenburg-Vorpommern in der vorpommerschen Hansestadt Greifswald.

Die Ursachen für die Mitgliederabgänge waren in der Reihenfolge ihrer Bedeutung: 1. Austritte, 2. Sterbefälle und 3. Wegzüge.

2. Der Anteil der Frauen stieg leicht von 30,17 % im Jahr 2003 auf nun 31,82 %.

3. Der Anteil der Mitglieder, die angeben haben, einer Gewerkschaft anzugehören, liegt bei knapp 20 %. Dabei führt Verdi mit 52,97 % vor der IG Metall mit 18,35 % und der GEW mit 10,49 %.

4. Bei den Arbeitsverhältnissen zeigt sich folgendes Bild:

Stand 12/2008	in Prozent
Angestellte/r	34,82
Arbeiter/in bzw. Facharbeiter/in	5,12
Arbeitslos	4,33
Auszubildende/r	1,18
Beamter/Beamtin	6,62
Hausfrau/-mann	2,04
Rentner/in bzw. Pensionär/in	16,46
Schüler/in bzw. Student/in	12,81
Selbständig	10,70
Soldat/Wehrdienst- bzw. Zivildienstleistender	0,61
Sonstige	5,30

5. In der Mitgliedschaft zeigt sich folgendes demografisches Bild:

Alter	2008 Mitglieder %	2007 Mitglieder %	2006 Mitglieder %
bis 18	0,18	0,43	0,49
19-21	2,22	2,11	1,95
22-25	3,69	3,40	4,14
26-29	4,90	4,65	4,00
30-34	4,72	4,26	4,35
35-39	4,69	5,08	5,15
40-49	18,25	19,16	20,47
50-59	25,73	26,35	26,36
60-69	21,26	21,66	21,83
70-79	11,45	10,10	8,84
80-89	2,58	2,47	2,09
90-105	0,29	0,29	0,28

Das Durchschnittsalter der Mitglieder SPD M-V liegt momentan bei 53 Jahren. Der Kreisverband Rostock hat dabei mit 47 Jahren das geringste Durchschnittsalter. Der Ortsverein mit dem geringsten Durchschnittsalter ist der 81 Mitglieder zählende Ortsverein Kröpelin Torvorstadt mit 40 Jahren. Bei den neu eintretenden Mitgliedern waren in den letzten beiden Jahren jeweils mehr als 60 % unter 35 Jahre alt. Der Kreisverband mit dem höchsten Anteil an lebenserfahrenen Genossinnen und Genossen ist der KV Mecklenburg-Strelitz mit einem Durchschnittsalter von 60 Jahren.

E 3 Geschäftsstellen und Personal

Im SPD-Landesverband bestehen neben der Landesgeschäftsstelle vier Regionalgeschäftsstellen und die Nebenstelle in Stralsund sowie ein mitfinanziertes Büro in Anklam.

In der Landesgeschäftsstelle gibt es 4,5 Mitarbeiterstellen. In den Regionalgeschäftsstellen sind 8,25 Mitarbeiterstellen besetzt. Die Zahl ist im Berichtszeitraum damit erneut gesunken.

E 4 Innerparteiliche Bildungsarbeit

Die SPD als Mitgliederpartei hat den Anspruch, ihren Mitgliedern und gerade allen, die in der Sozialdemokratie Verantwortung übernommen haben, bestmögliche Arbeitsbedingungen für ihr wichtiges ehrenamtliches Engagement zu schaffen. Hierzu zählt das Angebot, sich persönlich und fachspezifisch fortzubilden. Dieser Anspruch gilt auch gerade vor dem Hintergrund der geringen Mitgliederdichte, die wir in Mecklenburg-Vorpommern vorfinden. Hier gilt es, immer wieder neue Wege und Formen zu finden. Insgesamt konnte unser Bildungsangebot mehr als 100 Teilnehmer erreichen.

Schulung für Mitglieder der Schiedskommissionen in M-V

Eine neue Form wurde mit dem Seminar für Schiedskommissionsmitglieder gefunden. Die Qualifizierung hatte zum Ziel, die Mitglieder der Schiedskommission in ihrer verantwortlichen Tätigkeit zu unterstützen. Im Vordergrund standen wichtige Verfahrensfragen und -vorschriften und grundlegende Entscheidungen, die in letzter Zeit getroffen wurden. Hier gilt ein besonderer Dank Hannelore Kohl, die sich sofort als Referentin bereit erklärt hat. Letztlich nahmen mehr als 20 Mitglieder an diesem Seminar in Rostock teil. Der Parteivorstand hat unsere Schulungsmaßnahme zum Anlass genommen, diese Schulungsform nun bundesweit anzubieten.

Angebote für Neumitglieder

Darüber hinaus gelang es uns, sowohl im Jahr 2007 als auch in 2008 Angebote für Neumitglieder zu präsentieren. In diesen Runden wurde den neuen Mitgliedern der Partei die Struktur und Organisation der SPD sowie die Möglichkeiten zur Mitarbeit näher gebracht. Besonderer Dank gilt hier Sigrid Keler und Erwin SELLERING, die sich jeweils den Fragen der Neu-SPDler gestellt haben.

Schulung für Ortsvereine

In Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand in Berlin konnte ein auf M-V zugeschnittenes Programm zur Weiterbildung für aktive Mitglieder im Ortsverein entwickelt werden. Es reicht von Themen wie Gesprächsführung und Versammlungsleitung über Projektmanagement und die rechtlichen Grundlagen der politischen Arbeit bis hin zur Pressearbeit und Kommunikation. Erstes Ziel war es, bei den Seminarinhalten auf einen starken Praxisbezug zu achten. Insgesamt konnten seit November 5 Seminare in dieser Reihe durchgeführt werden, von denen insgesamt 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer profitierten.

Kassiererschulungen in den Regionen

In diesem Berichtszeitraum wurden mit Unterstützung der Landesgeschäftsstelle bei regionalen Kassiererschulungen in Rostock und Schwerin die Finanzverantwortlichen in ihrem verantwortlichen Amt unterstützt. Im Vordergrund standen die Finanzordnung der SPD und die Anforderungen, die der Rechenschaftsbericht bei der Kassenführung abverlangt.

Teilnahme an bundesweiter Kommunalakademie

Der SPD-Landesverband nahm an der bundesweiten Kommunalakademie teil. Dieses hochwertige Bildungsangebot wurde in 2007 von drei und im Jahr 2008 von vier Genossinnen und Genossen aus Mecklenburg-Vor-

pommern besucht. Die Auswahl erfolgte aus den Vorschlägen der Kreisverbänden.

E 5 Mitarbeitersitzungen mit Wahlkreismitarbeitern

Neben den Mitarbeitersitzungen des Landesverbandes, die einen stetigen politischen wie organisatorischen Informationsaustausch der hauptamtlich Beschäftigten absicherten, wurden auch Konferenzen zusammen mit den Wahlkreismitarbeitern der SPD-Abgeordneten im Lande organisiert. Diese stellen eine wichtige Informationsplattform für die Mitarbeiter vor Ort dar. Thematisch konnten aktuelle landespolitische wie bundespolitische Diskussionen vertiefend geführt werden.

E 6 Publikationen

NordOstPost

Die „NordOstPost“ erscheint regelmäßig als Beilage mit dem „Vorwärts“. Sie ist als Beilage des Landesverbands konzipiert, mit der alle Mitglieder der Landes-SPD auf dem Laufenden gehalten werden sollen.

Zur Wahrung des Informationsflusses aus den Kreisverbänden, aus der Bundestags- und Landtagsfraktion und auch aus den Arbeitsgemeinschaften wurde eine Modul-Lösung entwickelt. So steht den benannten Gremien und Institutionen in unterschiedlichem Turnus jeweils eine halbe Seite zur Verfügung, um Wissenswertes für alle Mitglieder im Land zu streuen.

Neumitglieder-Ordner

Der auf Initiative des Landesverbands vor vier Jahren vom Parteivorstand eingeführte Neumitgliederordner, der jedem Neumitglied mit einer Fülle an Informationen zum Start in die Partei ausgehändigt wird, wird seitens des Parteivorstands nicht mehr weiter aufgelegt.

Es wurden mittels einer deutschlandweiten Abfrage bei anderen Landesverbänden und Bezirken Restbestände dieser Ordner besorgt, so dass bis auf Weiteres in Mecklenburg-Vorpommern dieser Ordner jedem Neumitglied zur Verfügung steht. Künftig wird der Parteivorstand jedem Neumitglied ein Neumitgliederpaket direkt zustellen.

Horizonte

Das seit 2006 von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern herausgegebene Magazin „horizonte“, wurde als Beilage des „Vorwärts“ seit dem letzten ordentlichen Landesparteitag in 10 weiteren Ausgaben an alle Mitglieder des Landesverbands verteilt. Die Kooperation wird auch weiterhin fortgesetzt.

www.spd-mv.de

Die Homepage des Landesverbands bietet einen guten Überblick über alle Abgeordneten aller Ebenen samt deren Kontaktinformationen. Weiterhin ist es möglich, grundlegende Informationen zu jedem Kreisverband abzurufen.

Im Frühjahr 2008 wurde die Seite graphisch neu gestaltet. Technische Probleme, die im Zuge eines Server-Wechsels auftraten, konnten nicht alle behoben werden.

Es laufen Vorbereitungen, die Seiten neu aufzubauen. Dies bezieht sich sowohl auf die graphische Gestaltung wie auch auf eine Erneuerung des Content Management Systems (digitales Rechtssystem).

Broschüre Kinderland^{MV}

Nachdem der letzte ordentliche Landesparteitag mit dem Antrag „KinderlandMV“ eine Ideensammlung formulierte, wie das Land kinder- und familienfreundlicher werden kann, wurden diese Ideen bei Regionalkonferenzen mit Fachleuten diskutiert. So wurden aus Ideen auf parlamentarischem und ministeriellem Wege Maßnahmen.

Im Juli 2007 haben Mathias Brodkorb, Stephan Bliemel und Gerhard Bley eine Broschüre erstellt, die allen Mitgliedern, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der betreffenden Regionalkonferenzen, Institutionen und Verbänden sowie parteilosen KommunalpolitikerInnen in ganz Mecklenburg-Vorpommern zugesandt wurde. Die Auflage belief sich auf 7.000 Exemplare

F Wahlen

F 1 Direktwahlen zu Landräten und Oberbürgermeistern

Im Jahr 2007 fand die Wahl zum Landrat im Müritz-Kreis statt. Dorothea Konrad hat es bei insgesamt 5 Bewerberinnen und Bewerbern in die Stichwahl geschafft, unterlag dort jedoch knapp der CDU-Bewerberin Bettina Paetsch (CDU).

Im Jahr 2008 wurde in zeitlicher Reihenfolge in den Landkreisen Parchim, Güstrow, Bad Doberan, Nordvorpommern, Nordwestmecklenburg, Demmin, Ludwigslust, Ostvorpommern und Rügen gewählt. Weiterhin standen die Stadtoberhäupter in Greifswald, Neubrandenburg, Stralsund und Schwerin zur Wahl. In Schwerin erfolgte eine vorgezogene Wahl, da im Rahmen eines Bürgerentscheids der Amtsinhaber Norbert Clausen (CDU) abgewählt wurde.

Den einzelnen Ergebnissen ist vorweg zu nehmen, dass es der SPD gelungen ist, zu allen Wahlen einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin zu stellen. Den wieder kandidierenden Amtsinhabern ist es dabei gelungen, ihre

Positionen zu verteidigen. Dieses Phänomen bestätigt sich auch bei den Amtsinhabern der anderen Parteien, die ebenfalls eine erfolgreiche Wiederwahl initiierten.

In Nordwestmecklenburg, wo die SPD den Amtsinhaber stellte, der jedoch altersbedingt nicht mehr antreten konnte, setzte sich die neue Kandidatin der SPD Birgit Hesse durch. Im Landkreis Demmin rang die Linke den Landratsposten der CDU ab. Dort konnte der Amtsinhaber ebenfalls altersbedingt nicht mehr antreten.

Die machtpolitische Landkarte in Mecklenburg-Vorpommern weist somit nach den Direktwahlen des Jahres 2008 zwei entscheidende Änderung auf: Die Linke stellt inzwischen 3 Landräte. Die CDU nur noch 4, während die SPD nach wie vor 5 Landratsposten besetzt. Unter den Bürgermeistern verlor die CDU ebenfalls einen Posten an die Linke. Somit stellt die CDU 3 Bürgermeister landesweit, die Linke besetzt einen Posten, die SPD einen und ein parteiloses Stadtoberhaupt regiert in der Hansestadt Rostock.

Machtpolitisch bedeutet dies, dass die CDU auf Ebene der Oberbürgermeister und Landräte als klare Verliererin der Wahlen gelten muss.

Es bleibt bei der deutlichen geographischen Zuordnung, die den mecklenburgischen Landesteil fast gänzlich von der SPD regiert zeigt, während sie im vorpommerschen Teil im Grunde gar nicht vorkommt.

Die Einzelergebnisse der Bewerberinnen und Bewerber der SPD weichen entsprechend enorm voneinander ab. Die Ergebnisse auf Rügen und in der Hansestadt Greifswald bleiben unter 5 Prozent des Stimmenanteils.

Die Ursachen für jedes einzelne Ergebnis sind mithin vielfältig. Der Bekanntheitsgrad der jeweiligen Bewerberinnen und Bewerber sowie deren Gegnerinnen und Gegnern ist bei einer Direktwahl immer von Bedeutung.

Da die Ergebnisse der einzelnen Wahlen, die zeitlich nah aneinander gereiht stattgefunden haben, positiv wie negativ vom Bundestrend und auch den Ergebnissen der letzten Landtagswahl – bezogen auf die jeweiligen Gebietskörperschaften – abweichen, ist nicht davon auszugehen, dass externe Faktoren vor regionalen Ursachen rangieren.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Müritz			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Paetsch, Bettina	CDU	5.514	35,9
Elke-Anette Schmidt	Die Linke	1.948	12,7
Dorothea Konrad	SPD	4.642	30,2
Gerhard Kresin	FDP	1.418	9,2
Rainer Frase	MUG	1.836	12
Stichwahl			
Bettina Paetsch	CDU	6.409	51,7
Dorothea Konrad	SPD	5.979	48,3

Parchim			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Petra Weis	CDU	7.374	25,2
Wolfgang Bohnstedt	Die Linke	6.004	20,5
Klaus-Jürgen Iredi	SPD	15.916	54,3

Güstrow			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Manfred Wimmer	CDU	8.300	31,1
Andreas Lange	Die Linke	5.898	22,1
da Cunha, Lutz	SPD	11.087	41,5
Klaus Biener	GRÜNE	1.433	5,4
Stichwahl			
Lutz da Cunha	SPD	11.549	57,9
Manfred Wimmer	CDU	8.400	42,1

Bad Doberan			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Birgit Schwebs	Die Linke	6.814	21,9
Thomas Leuchert	SPD	20.579	66,1
Steffen Marklein	GRÜNE	3.727	12

Nordvorpommern			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Ralf Drescher	CDU	20.821	65,2
Jochen Kwast	Die Linke	6.080	19
Thomas Würdich	SPD	5.029	15,8

Nordwestmecklenburg			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Dr. Ulrich Born	CDU	10.698	35
Birgit Hesse	SPD	19.894	65

Demmin			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Edgar Kliewe	CDU	7.822	37
Siegfried Konieczny	Die Linke	7.623	36
Marie-Jeanne Beringer	SPD	2.022	9,6
Petra Kasch	Einzelbewerber	3.685	17,4
Stichwahl			
Edgar Kliewe	CDU	7.796	45,2
Siegfried Konieczny	Die Linke	9.454	54,8

Ludwigslust			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Maika Friemann-Jennert	CDU	11.674	31,2
Rolf Christiansen	SPD	25.800	68,8

Ostvorpommern			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Jörg Hasselmann	CDU	11.210	35,6
Dr. Barbara Syrbe	Die Linke	14.055	44,6
Anja Ziegion	SPD	1.988	6,3
Dr. Wilfried Hornburg	Einzelbewerber	2.307	7,3
Christa Labouvie	Einzelbewerber	1.961	6,2
Stichwahl			
Dr. Barbara Syrbe	Die Linke	15.422	60,9
Jörg Hasselmann	CDU	9.910	39,1

Rügen			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Gustav Lüth	CDU	4.201	17,8
Kerstin Kassner	Die Linke	16.097	68,3
Dr. Thomas Gelshorn	SPD	1.040	4,4
Gerhard Weber	FDP	2.223	9,4

Greifswald			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Dr. Arthur König	CDU	10.635	59,8
Birgit Socher	Die Linke	3.297	18,5
Rainer Mutke	SPD	1.011	5,7
Dr. Ulrich Rose	GRÜNE	1.964	11
Olaf Tammert	Einzelbewerber	868	4,9

Neubrandenburg			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Dr. Paul Krüger	CDU	6.986	26,8
Irina Parlow	Die Linke	5.631	21,6
Gisela Ohlemacher	SPD	2.769	10,6
Claudia Dietrich	FDP	694	2,7
Klaus Schier	AU	430	1,6
Anco Beisler	Einzelbewerber	475	1,8
Michael Nötzel	Einzelbewerber	2.803	10,7
Hans-Joachim Schröder	Einzelbewerber	6.291	24,1
Stichwahl			
Dr. Paul Krüger	CDU	10.327	52,3
Hans-Joachim Schröder	Einzelbewerber	9.409	47,7

Stralsund			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Dr. Alexander Badrow	CDU	9.559	43,6
Karsten Neumann	Die Linke	5.725	26,1
Jilka Kraatz	SPD	1.755	8
Peter Friesenhahn	FDP	1.573	7,2
Thomas Haack	BfS	834	3,8
Jürgen Suhr	Einzelbewerber	2.495	11,4
Stichwahl			
Dr. Alexander Badrow	CDU	10.723	58,3
Karsten Neumann	Die Linke	7.667	41,7

Schwerin			
Bewerber	Partei	Stimmen	Prozent
Hans-Peter Kruse	CDU	5.482	15,8
Angelika Gramkow	Die Linke	13.244	38,2
Dr. Gottfried Timm	SPD	13.199	38,1
Frank Krömer	UB	1.042	3
Volker Goebel	Einzelbewerber	147	0,4
Andreas Helms	Einzelbewerber	767	2,2
Fred Kriebel	Einzelbewerber	796	2,3
Stichwahl			
Angelika Gramkow	Die Linke	16.435	50,5
Dr. Gottfried Timm	SPD	16.110	49,5

Landesorganisation Hamburg

Für die Menschen in unserer Stadt

Hamburg war immer erfolgreich, wenn es auf wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit gesetzt hat. Eine ökonomisch erfolgreiche Stadt muss ihren Bürgern den Anteil am Wohlstand garantieren, den sie benötigen, um in Würde leben zu können. Maßstab unserer Politik für Hamburg sind daher die Bürgerinnen und Bürger – ihre Chancen, ihre Bedürfnisse, ihre Sorgen, aber auch ihre Hoffnungen. Um diese besser erfahren zu können, um eine Großstadtpolitik mit den Menschen und nicht an ihnen vorbei zu gestalten, werden wir unser Augenmerk mehr als zuvor auf den engen Austausch mit den Menschen legen. Vor dem Hintergrund des neuen Wahlrechts und der gestiegenen Bedeutung der Wahlkreisarbeit werden wir daher unsere politische Arbeit an der Basis professionalisieren und intensivieren.

In Hamburg fehlt ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit von Sozialpolitik. Sozialpolitik hat für den konservativ geprägten Senat keinen großen Stellenwert, denn sie ist für ihn offenbar nur ein Begriff. Scheinbar klingt Sozialpolitik dem Senat nicht „modern“ genug. Es ist nicht erkennbar, dass tragfähige soziale Strukturen in den Stadtteilen organisiert werden sollen. Es ist nicht erkennbar, dass die präventive Arbeit für Kinder und Jugendliche gestärkt und die Arbeitslosigkeit, die über mehrere Generationen geht, bekämpft wird. Der Senat versäumt es, dem Auseinanderdriften von Hamburgs Stadtteilen entgegenzuwirken.

Hier werden wir auch in Zukunft nicht einfach nur zuschauen und die Probleme beschreiben, sondern Lösungen gemeinschaftlich entwickeln, Handeln fordern und genau

beobachten, ob im Mittelpunkt der Politik unserer Stadt die Menschen stehen oder nicht. Denn in sich immer schneller wandelnden Zeiten verlangen die Menschen zu Recht nach Verlässlichkeit und Sicherheit. Das ist nicht unmodern, sondern unsere Zukunft, um die es hier geht.

Ingo Egloff

Landesvorsitzender der SPD Hamburg

Michael Naumann wird Bürgermeisterkandidat, Ingo Egloff neuer Landesvorsitzender

Die Hamburger SPD hatte auf dem Weg zur Nominierung ihres Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl einen steinigigen Weg zu beschreiten. Der Zeitraum Ende 2006/Anfang 2007 war durch nicht überwindbare Unstimmigkeiten im Landesvorstand und in Teilen der Landespartei geprägt. Die daraus resultierende Mitgliederbefragung hat die Partei in schwere See geraten lassen, obwohl die berechtigte Hoffnung bestand, dass wieder Ruhe in die Hamburger SPD einkehren würde und man sich den politischen Gegnern sowie der bevorstehenden Bürgerschaftswahl widmen könnte.

Leider wurde diese Hoffnung mit dem Verschwinden von fast 1.000 Stimmzetteln während der Mitgliederbefragung zerstört. Die Hamburger SPD wurde Opfer einer gemeinen und hinterhältigen Tat, die alle schockiert hat. Dieser Vorgang ist bisher einzig in der deutschen Parteiengeschichte. Der Landesvorstand übernahm die politische Verantwortung und trat geschlossen zurück. Gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden und dem kommissarisch im Amt befindlichen Landesvorsitzenden musste schnellstmöglich ein Spitzenkandidat bzw. eine Spitzenkandidatin gefunden werden.

Nun galt es, verloren gegangenes Vertrauen insbesondere bei den Mitgliedern und bei den Menschen in der Stadt wieder zu gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzte der neue Landesvorstand umgehend eine parteiinterne Untersuchungskommission zur Aufklärung der kriminellen Handlungen ein, die parallel zum staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren arbeitete. Leider ist es weder der parteiinternen Untersuchungskommission noch der Staatsanwaltschaft Hamburg gelungen, den oder die Täter zu ermitteln.

Die Bereitschaft des ehemaligen Kulturstaatsministers Dr. Michael Naumann, als Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl 2008 zur Verfügung zu stehen, war ein Glücksfall für die Hamburger SPD. Der ZEIT-Herausgeber

absolvierte schon kurz nach seiner Nominierung ein beeindruckendes Programm mit zahlreichen Terminen bei Unternehmen, Verbänden, Vereinen und Initiativen, auf Stadtteilfesten und Wochenmärkten sowie bei den SPD-Gliederungen in den Hamburger Bezirken. Zusätzlich fanden in allen 17 Wahlkreisen Veranstaltungen statt, die meisten davon mit Beteiligung von SPD-Prominenz. Zu Gast waren u. a. Otto Schily, Olaf Scholz, Peer Steinbrück, Wolfgang Tiefensee, Peter Struck, Klaus Wowereit, Frank-Walter Steinmeier, Ludwig Stiegler, Hubertus Heil, Matthias Platzeck, Sigmar Gabriel, Ulla Schmidt, Andrea Nahles, Wolfgang Thierse. Bei zwei großen Kundgebungen in der Schlussphase waren u. a. Kurt Beck und Franz Müntefering als Redner dabei. Der Auftritt von Helmut Schmidt in einer von Ulrich Wickert moderierten Talkrunde im Rahmen der Reihe „Naumann trifft ...“ war einer der Höhepunkte in diesem Wahlkampf. Auch Günter Grass engagierte sich wieder für die SPD. Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder trat gleich zweimal im Bürgerschaftswahlkampf auf.

Michael Naumann wurde auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 24. März 2007 zum Spitzenkandidaten der Hamburger SPD für die Bürgerschaftswahl im darauf folgenden Jahr gewählt. Für Naumann stimmten 339 von 343 Delegierten. Als neuer Landesvorsitzender wurde ebenfalls mit großer Mehrheit der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Ingo Egloff (51) gewählt. Mit 313 Stimmen bei 7 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen sprachen sich rund 96 Prozent der Parteitage delegierten für Egloff als neuen SPD-Chef aus.

Zu den Stellvertretern Egloffs wurden der Harburger SPD-Kreisvorsitzende Frank Richter (42) sowie die Kreisvorsitzende der SPD Hamburg-Nord, Inka Damerau (43), gewählt.

Richter erhielt 273 Stimmen bei 26 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen, Damerau 210 Ja-Stimmen bei 81 Nein-Stimmen und 36 Enthaltungen.

Komplettiert wurde der Vorstand durch Christian Bernzen, der mit 276 Stimmen bei 28 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen zum neuen Schatzmeister der Partei gewählt wurde.

Als weitere Beisitzer gewählt: Wolfgang Rose, Friedrich-Joachim Mehmel, Knut Fleckenstein, Walter Zuckerer, Jörn Riedel, Elisabeth Kiausch, Elke Badde, Sabine Boedinghaus, Carola Veit, Britta Schlage, Kristina Böhlke, Gesine Dräger, Kristin Alheit, Jan Pörksen, Karl Schwinke, Ties Rabe, Christoph Schütte, Renate Kleinfeld.

Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für die SPD-Landesliste wurde Michael Naumann mit 303 von 306 abgegebenen Stimmen auf Platz 1 der Liste gewählt. Ihm folgten auf Platz zwei die Vizepräsidentin der Bürgerschaft,

Barbara Duden, auf Platz drei der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Michael Neumann, sowie auf den Plätzen vier und fünf Dorothee Stapelfeldt und Mathias Petersen. Die rund 300 Delegierten im Wilhelmsburger Bürgerhaus hatten ein volles Programm, denn insgesamt 80 SPD-Kandidaten wurden für die Landesliste aufgestellt.

Zuvor machte Naumann in einer kämpferischen Rede deutlich, dass es mit Blick auf die Bürgerschaftswahl allein an den Genossen selbst liege, den CDU-Senat im Februar 2008 abzulösen: „Es liegt an uns, allen Wählern klar zu machen, dass unsere Stadt nicht länger von einem Senat regiert werden darf, der politische Arbeit zum Wohl aller Menschen wechselt mit Tarnen, Täuschen und neoliberalen Traumtänzereien gegen den mehrheitlich bekundeten Willen der Bürger.“ Der Spitzenkandidat kündigte sogleich die Einführung des verbindlichen Volksentscheids an: „Denn dieser Senat hat deutlich gemacht – nicht immer ist die Mehrheit im Parlament, nicht immer ist eine Regierung klüger als das Volk.“

In zwei weiteren Nachwahlen wurden die Kreisvorsitzenden aus Hamburg-Nord, Peter Tschentscher, und Hamburg-Mitte, Johannes Kahrs, in den SPD-Landesvorstand gewählt. Tschentscher erhielt 270 Ja-Stimmen, bei 9 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen. Für Kahrs stimmten 147 Delegierte, 117 stimmten mit Nein, 28 Delegierte enthielten sich.

Die SPD-Landesliste

Michael Naumann
Barbara Duden
Michael Neumann
Dorothee Stapelfeldt
Mathias Petersen
Karl Schwinke
Karin Timmermann
Peter Tschentscher
Monika Schaal
Dirk Kienscherf
Wolfgang Rose
Andrea Rugbarth
Arno Münster
Carola Veit
Stefan Schmitt
Gerhard Lein
Gabi Dobusch
Rolf-Dieter Kloöß
Elke Badde
Jan Quast
Olaf Steinbiß
Verena Blix
Falko Drossmann
Carola Ensslen
Günter Ploß

„Gute Arbeit“

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 15. September 2007 hat sich die Hamburger SPD zum Grundsatzprogramm der Partei mit Nachdruck für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ausgesprochen. „Gute Arbeit ist gleichbedeutend mit einer Lohnkultur, die sich verabschiedet von nackter Ausbeutung“, sagte der SPD-Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl, Michael Naumann, vor den rund 450 Delegierten und Gästen in der alten Kesselschmiede der Norddeutschen Affinerie. Weil das so sei, verlange die SPD in Hamburg die Einführung eines Mindestlohns von 7,50 Euro.

Bei der Diskussion des SPD-Grundsatzprogramms, das Ende Oktober verabschiedet werden sollte, sprachen sich die Hamburger Genossen unter anderem für eine stärkere Gewichtung des sozialen Gedankens, eine Stärkung der europäischen Betriebsräte und die Ablehnung von Massenvernichtungswaffen aus. Außerdem wollen sie die Bedeutung und Entwicklung der Großstädte im neuen Programm verankern. Durch Ungleichheit provozierte Konflikte bedrohten den sozialen Frieden in den Städten. Darum sei eine Politik der gerechten und nachhaltigen Ressourcenverwaltung, der Integration und Daseinsvorsorge Voraussetzung einer gerechten Zukunft in den Städten, heißt es in dem Antrag. Deutlich sprach sich die SPD Hamburg gegen die Ausweitung der Video-Überwachung aus. Anonymisierte Verfahren seien zugunsten einer möglichst bürgernahen Polizei auf das Nötigste zu beschränken, hieß es.

Hamburgs SPD-Chef Ingo Eglhoff betonte, dass die Rückbesinnung der Menschen auf Grundwerte wie Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie in einer Zeit, in der „der globalisierte Kapitalismus unsere sozialen Errungenschaften infrage stellt, wichtig und richtig ist“. Die Mehrheit der Bundesbürger, so Eglhoff weiter, halte nichts von „neoliberalen Experimenten“. Die SPD werde nicht auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ setzen, sondern konkret sagen, „was wir tun wollen und wie wir es finanzieren können“. Das sei der Unterschied zu einer CDU, die seit sechs Jahren auf den Markt hoffe, Lippenbekenntnisse abgebe und dabei die Arbeitsmarktmittel in Hamburg um 50 Mio. Euro gekürzt habe. Unterstützung erhielten die Hamburger Genossen vom damaligen Bundesarbeitsminister Franz Müntefering, der sich in seiner Rede für flächendeckende Mindestlöhne aussprach.

Wahlprogramm 2008–2012

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 15. September 2007 beschlossen die De-

legierten der Hamburger SPD im Architekturzentrum am Stephansplatz in Hamburg das Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008. Die thematischen Schwerpunkte des Wahlprogramms lauteten: Mindestlohn, Privatisierungsstopp, Gute Arbeit für alle, Chancen für Kinder, Bildungsgärten, Gründung einer Investitionsbank, bezahlbare Wohnungen, Klima-Ticket, verbindliche Volksentscheide. Hamburgs Bürgermeisterkandidat Michael Naumann erklärte dazu in seiner Rede: „Wir werden an die großen Leistungen sozialdemokratischer Bürgermeister anknüpfen. Wenn die soziale Balance stimmt, ist unsere Stadt am stärksten. Die CDU lässt Hamburg in arme und reiche Viertel zerfallen. Ole von Beusts Politik ist langweilig geworden: Er drückt sich vor den meisten Problemen und wechselt seine Meinung von Woche zu Woche.“ SPD-Landeschef Ingo Eglhoff betonte in seiner Rede, dass Hamburgs SPD besser als der abgewirtschaftete CDU-Senat unter Ole von Beust regieren könne: „Hamburg steht vor der Entscheidung, ob die Stadt sozialer oder unsocialer gestaltet werden soll“.

Bürgerschaftswahl 2008

Ergebnis der Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft am 24. Februar 2008.

Partei	in %	2004 in %	Ver- änderung in %
CDU	42,6	47,2	- 4,6
SPD	34,1	30,5	+ 3,6
GRÜNE/GAL	9,6	12,3	- 2,7
FDP	4,8	2,8	+ 2,0
DIE LINKE	6,4	—	—

Es hat nicht ganz gereicht, um den Hamburger CDU-Senat abzulösen. Aber dennoch: Als einzige der im Landesparlament vertretenen Parteien konnten die Hamburger Sozialdemokraten bei der Bürgerschaftswahl im Februar 2008 einen Stimmenzuwachs verbuchen. Nach einem langen und harten Wahlkampf, in dem die SPD aus der Defensive gestartet war und mit Michael Naumann an der Spitze eine bemerkenswerte Aufholjagd schaffte, brachte das Wahlergebnis einen Gewinn von 3,6 Prozentpunkten für die Sozialdemokratie. Deutliche Stimmenverluste mussten die CDU und die GAL hinnehmen. Die CDU verlor ihre absolute Mehrheit, und die Grünen mussten lernen, dass Umfragen, die sie über viele Monate hinweg im hohen zweistelligen Bereich sahen, eben nur das sind, was sie sein können: Stimmungsausschnitte ohne Garantie. Das ständige Gerede über ein mögliches Bündnis mit der CDU beförderte die Grünen in den einstelligen Be-

reich der Umfragenskala. Zu groß war offenbar die Angst ihrer eigenen Kernwählerschaft davor, elementare Grundsätze über Bord werfen zu müssen, die die Grünen in Hamburg einst stark gemacht hatten. Sie haben das Experiment aber dennoch gewagt, und es bekommt ihnen schon jetzt in zweierlei Hinsicht offenbar nicht: Die Elb-Grünen fuhren eines der schlechtesten Ergebnisse ihrer Geschichte ein, gleichwohl gingen sie trotzdem das Bündnis mit der CDU ein.

Nach der Bürgerschaftswahl 2008 und dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU und der GAL legte sich die Hamburger SPD auf Grundzüge ihrer politischen Arbeit in der neuen Legislaturperiode und ihrer Opposition dem schwarz-grünen Senat gegenüber fest. Der Landesarbeitsausschuss (Kleiner Parteitag) – bestehend aus den Mitgliedern des SPD-Landesvorstands und den Vorsitzenden der SPD-Distrikte – einigte sich auf entsprechende thematische Kernpunkte. Basis der Entscheidung war das Grundsatzpapier der Partei- und Fraktionsführung „Hamburg nach der Bürgerschaftswahl: Harte und faire SPD-Opposition – mehr soziale Gerechtigkeit und bessere Zukunftsperspektiven für Hamburg“. Die Hamburger SPD werde vor dem Hintergrund des neuen Wahlrechts und der gestiegenen Bedeutung der Wahlkreisarbeit ihre Arbeit an der Basis professionalisieren und intensivieren, sagte Parteichef Ingo Eglhoff. Der Landesvorsitzende erklärte, der Kampf gegen die fortschreitende soziale Spaltung der Stadt und für eine bessere Schul- und Bildungspolitik sei auch nach der Bürgerschaftswahl wichtigster Schwerpunkt der politischen Arbeit der SPD.

Der schwarz-grüne Koalitionsvertrag zeige, dass hilfsbedürftige Menschen auch von diesem Senat nicht viel zu erwarten hätten. Auch zeige er, dass das Ringen um Chancen für alle nicht im Mittelpunkt der künftigen konservativ geprägten Politik stehen wird. In der Schul- und Bildungspolitik hätten CDU und GAL versucht, eigentlich unvereinbare Positionen zu einem Kompromiss zu vereinen. „Das Ergebnis ist schlecht. Wir sehen durch die sechsjährige Primarschule die Gefahr einer noch früheren Auslese. Gleichzeitig schaffen CDU und GAL das Recht der Eltern ab, über die Wahl der weiterführenden Schule zu entscheiden“, sagte Eglhoff.

Ordentlicher SPD-Landesparteitag, 4./5. Juli 2008

Ingo Eglhoff wurde beim ordentlichen Landesparteitag am 5. Juli 2008 der Hamburger SPD erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. Mit 281 Stimmen bei 26 Gegen-

stimmen und 7 Enthaltungen (89,5 Prozent) bestätigten ihn die Delegierten im Wilhelmsburger Bürgerhaus im Amt. Zu den Stellvertretern Egloffs wurden erneut Inka Damerau (45) sowie der Vorsitzende der Hamburger SPD, Frank Richter (43), bestätigt. Damerau erhielt 245 Ja-Stimmen bei 53 Nein-Stimmen und Enthaltungen (76,8 Prozent), Richter erhielt 199 Ja-Stimmen bei 87 Nein-Stimmen und 30 Enthaltungen (63 Prozent). Komplettiert wurde der Vorstand durch die Wiederwahl von Christian Bernzen (87,9 Prozent), der mit 276 Ja-Stimmen bei 27 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen erneut zum Schatzmeister der Partei gewählt wurde.

Folgende weitere Personen gehören dem Landesvorstand der Hamburger SPD an.

Matthias Bartke, Kristina Böhlke, Verena Blix, Gesine Dräger, Knut Fleckenstein, Elisabeth Kiausch, Aydan Özoguz, Wolfgang Rose, Britta Schlage, Markus Schreiber, Carola Veit, Walter Zuckerer, Johannes Kahrs, Melanie Schlotzhauer, Jan Pörksen, Peter Tschentscher, Karl Schwinke, Renate Kleinfeld, Gabi Dobusch, Danial Ilkhanipour, Rudolf Herbers

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 forderte der alte und neue SPD-Chef Egloff in seiner Rede zum Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes eine ähnlich kämpferische Einstellung, wie sie die Hamburger SPD bei der Bürgerschaftswahl 2008 schon an den Tag gelegt habe. „Wenn die SPD kämpft, dann ist sie erfolgreich. Das ist die Richtschnur für die vor uns liegende Zeit.“ Egloff erteilte einer

Diskussion über das Verhältnis zur Linkspartei eine Absage. Eine solche Debatte dürfe sich die SPD nicht aufdrängen lassen. Das Ziel sei, die SPD auf Bundesebene wieder auf deutlich über 30 Prozent zu bekommen, denn nur so sei sichergestellt, „dass gegen die SPD keine Politik gemacht wird“. Für die kommende Bundestagswahl erklärte Egloff, dass die Hamburger SPD wieder alle sechs Wahlkreise direkt gewinnen wolle. Mit Blick auf die politische Situation in Hamburg stellte Egloff klar, dass die Bürgerschaftskoalition von CDU und GAL sehr wohl so etwas wie einen Testcharakter für die Bundes-CDU habe, auch wenn Angela Merkel und andere CDU-Politiker dies von der Hand wiesen. „Machen wir uns nichts vor: Hamburg ist der Versuch, die Koalitionsoptionen der CDU zu erweitern.“

Landesorganisation Bremen

Ein kleiner aber starker Landesverband im Norden

Das Jahr 2007 erlebte seinen politischen Höhepunkt im Land Bremen mit der Bürgerschaftswahl am 13. Mai. Als bundesweit einzige Landtagswahl des Jahres war das überregionale Interesse an dieser Wahl größer als sonst, schließlich handelte es sich um den einzigen Stimmungstest auf Landesebene.

Die Vorbereitung der Bürgerschaftswahl stand im Zeichen der Erarbeitung des Wahlprogramms in neuer Form: Schon frühzeitig wurde ein Dialog mit Expertinnen und Experten, Interessengruppen, Initiativen und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen begonnen, der in einen großen Programmkongress Ende Januar 2007 mündete. Mit dem Prozess der Programmerstellung hat die SPD im Land Bremen Neuland betreten, aber durchaus erfolgreich: Mehr als 100 zusätzliche inhaltliche Impulse konnten in das Wahlprogramm aufgenommen werden, mit dem die SPD in die Bürgerschaftswahl ging.

Zum Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl wurde der Präsident des Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen, gewählt. Als Nachfolger von Henning Scherf trat er sein Amt im November 2005 an.

Die Bürgerschaftswahl am 13. Mai 2007 wurde von der SPD mit einem deutlichen, zweistelligen Vorsprung vor der CDU klar gewonnen. Mit 36,8 Prozent der Stimmen konnte das Ergebnis der Bürgerschaftswahl von 2003 (42,3 Prozent) zwar nicht gehalten werden, dennoch bleibt die SPD die deutlich stärkste politische Kraft im Land. Die CDU verliert noch einmal und kommt auf 25,7



Im Bürgerschaftswahlkampf 2007 wurde Jens Böhrnsen auch von seinem Bürgermeisterkollegen aus dem Stadtstaat Berlin, Klaus Wowereit, unterstützt. Auf dem Foto sind beide beim Straßenwahlkampf zusammen mit den Jusos in der Bremer Innenstadt zu sehen.

Prozent. Nach 12 Jahren einer großen Koalition mit der CDU nahm die SPD Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen auf, die mit einem Wahlergebnis von 16,4 Prozent der Stimmen stärker als 2003 abschnitten. Die Koalitionsverhandlungen wurden mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages am 27. Juni 2007 abgeschlossen. Der Bremer Senat ist damit die einzige rot-grüne Landesregierung in Deutschland.

Bei der nächsten Bürgerschaftswahl im Jahr 2011 stehen für alle Parteien und für die Wählerinnen und Wähler große Veränderungen an: Nach einer Änderung des Wahlgesetzes stehen den Wählerinnen und Wählern dann insgesamt 5 Stimmen zur Verfügung, die über die Parteien und die Kandidatinnen und Kandidaten kumuliert und panaschiert werden können.

Bürgerschaftswahl 2007 im Bundesland Bremen						
Land Bremen	Bürgerschaftswahl 2007		Bürgerschaftswahl 2003		Veränderungen 2007 zu 2003	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	279.889	57,6	295.391	61,3	- 15.502	- 3,7
SPD	101.664	36,8	123.480	42,3	- 21.816	- 5,5
CDU	70.845	25,7	86.819	29,8	- 15.974	- 4,1
Grüne	45.346	16,4	37.350	12,8	7.996	3,6
FDP	16.444	6,0	12.294	4,2	4.150	1,8
Linke	23.189	8,4	4.885	1,7	18.304	6,7
DVU	7.587	2,7	6.642	2,3	945	0,4
Sonstige	14.814	4,0	23.921	6,9	- 9.107	- 2,9

Bürgerschaftswahlen 2007 Stadt Bremen						
Stadt Bremen	Bürgerschaftswahl 2007		Bürgerschaftswahl 2003		Veränderungen 2007 zu 2003	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	234.851	58,6	248.559	62,9	- 13.708	- 4,3
SPD	86.174	37,2	106.484	43,3	- 20.310	- 6,1
CDU	59.687	25,8	72.196	29,4	- 12.509	- 3,6
Grüne	40.040	17,3	33.264	13,5	6.776	3,8
FDP	12.546	5,4	9.669	3,9	2.877	1,5
Linke	20.119	8,7	4.386	1,8	15.733	6,9
DVU	5.211	2,2	3.376	1,4	1.835	0,8
Sonstige	11.074	3,4	18.784	6,7	- 7.710	- 3,3

Bürgerschaftswahlen 2007 Stadt Bremerhaven						
Stadt Bremerhaven	Bürgerschaftswahl 2007		Bürgerschaftswahl 2003		Veränderungen 2007 zu 2003	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	45.038	52,8	46.832	54,3	-1.794	-1,5
SPD	15.490	34,9	16.996	36,9	-1.506	-2,0
CDU	11.158	25,2	14.623	31,8	-3.465	-6,6
Grüne	5.306	12,0	4.086	8,9	1.220	3,1
FDP	3.898	8,8	2.625	5,7	1.273	3,1
Linke	3.070	6,9	499	1,1	2.571	5,8
DVU	2.376	5,4	3.266	7,1	-890	-1,7
Sonstige	3.740	6,8	4.737	8,5	-997	-1,7

PV-Klausur Januar 2007: Bremer Entwurf für das Grundsatzprogramm

Direkt zum Jahresbeginn 2007 traf sich der Parteivorstand zu seiner Jahresauftaktklausur in Bremen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das neue Grundsatzprogramm der SPD; der „Bremer Entwurf“ mündete nach einem umfassenden Diskussionsprozess dann am 27. Oktober 2007 auf dem Bundesparteitag in Hamburg in das neue Grundsatzprogramm.

Die Bremer Landespartei, in der die Programmarbeit traditionell eine starke Rolle spielt, hat sich mit den „Bremer Beiträgen“ aktiv an der Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms beteiligt.

Trauer um Detlev Albers

Für eine kenntnisreiche und leidenschaftliche Arbeit an der Fortentwicklung der politischen Grundsätze der deutschen und der europäischen Sozialdemokratie stand in Bremen vor allem ein Name: Detlev Albers. Als langjähriger Landesvorsitzender der Bremer SPD, Mitglied der Grundwerte- und Programmkommission, des Parteivorstandes und als Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen hat sich Detlev Albers über bremische und deutsche Grenzen hinaus Anerkennung erworben. Am 31. Mai 2008 verstarb Detlev Albers nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von nur 64 Jahren. Die Bremer SPD hat mit Detlev Albers einen ihrer profiliertesten Köpfe verloren und bewahrt ihm ein ehrendes Andenken.

Aus der Parteiorganisation: Umzug des Parteibüros und neuer Tarifvertrag 2007

Nach 30 Jahren unter derselben Adresse, die ursprünglich nur eine Übergangslösung sein sollte, stand für die Landespartei im Jahr 2008 ein größerer Umzug an: Zum 1. Juni 2008 zog das Landesbüro zusammen mit dem Unterbezirk Bremen-Stadt und den Büros der Bürgerschafts-, Bundestags- und Europaabgeordneten aus dem Bremer Stadtteil Findorff in ein neues Büro mitten in der Bremer Innenstadt.

Ein weiterer wichtiger organisatorischer Punkt im Berichtszeitraum war die Unterzeichnung des neuen Tarifvertrages für die Beschäftigten der SPD im Land Bremen. Nach der Kündigung des Tarifvertrages im Jahr 2003 war es nach vier Jahren gelungen, einen neuen Tarifvertrag auszuhandeln.



Wahlsieger Jens Böhrnsen auf der SPD-Wahlparty am 13. Mai 2007: 36,8 Prozent bedeuteten einen klaren Sieg der SPD und eine Bestätigung von Jens Böhrnsen als Präsident des Senats.

Inhaltliche Schwerpunkte und wichtige Beschlüsse 2007/2008

Für gute Arbeit und Ausbildung

Die Bremer SPD möchte das Modell der „Guten Arbeit“ weiter fördern. Das schließt eine Beibehaltung des Kündigungsschutzes, die Einführung von Mindestlöhnen, die Stärkung betrieblicher Mitbestimmung und gleiche Chance für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt ein. Gute Arbeit geht einher mit guter Ausbildung, der Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen und dem Recht auf Weiterbildung (Beschluss des Landesparteitages vom 12. April 2008).

Kinderarmut bekämpfen –

eine zentrale Querschnittsaufgabe aller staatlichen Ebenen und Ressorts

Die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft führt dazu, dass immer mehr Kinder und Jugendliche von Armut betroffen sind. Dies werden wir nicht hinnehmen. Daher hat der Landesparteitag Beschlüsse zum Ausbau der Kinderbetreuung, für eine fortschrittliche Bildungspolitik und eine soziale Stadtteilpolitik gefasst. Zur Bekämpfung der Kinderarmut ist es notwendig, die Kooperation von Schulen, Kindergärten und Einrichtungen vor Ort zu verstärken. Jedes staatliche Handeln muss auf allen Ebenen die Belange von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen (Beschluss des Landesparteitages vom 7. Oktober 2008).

Schulentwicklung im Land Bremen –

einfach und verlässlich – gerecht und leistungsorientiert

Bremen bekommt ein neues und verlässliches Schulsystem, in dem die Grundsätze sozialdemokratischer Bildungspolitik wie Chancengleichheit, soziale Integration und Ganztagsbetreuung verwirklicht werden. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem Wohnort im Land Bremen und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern länger gemeinsam lernen. Dazu führen wir als neue starke Säule in unserem Schulsystem die Oberschule ein, in der alle Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse neben dem gemeinsamen Lernen individuell gefördert werden (Beschluss des Landesparteitages vom 7. Oktober 2008).

Im Zuge der Novelle des Bremischen Schulgesetzes gelang es, unter Federführung des SPD-Landesvorsitzenden Uwe Beckmeyer einen parteiübergreifenden „Bildungskonsens“ zu vereinbaren, der den gemeinsamen Beschluss der Schulreform durch die Regierungskoalition und die größte Oppositionspartei CDU vorsieht und diesen für die nächsten zehn Jahre festschreibt. Zukünftig



Das sozialdemokratische Führungspersonal für die Legislaturperiode 2007 bis 2010: Ralf Nagel (Senator für Wirtschaft, Häfen, Justiz), Willi Lemke (Inneres und Sport; seit Mai 2008 mit Ulrich Mäurer besetzt, siehe Bericht), Ingelore Rosenkötter (Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales), Carsten Sieling (Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion), Bürgermeister Jens Böhrnsen (auch Kultur und kirchliche Angelegenheiten), Renate Jürgens-Pieper (Bildung und Wissenschaft), Kerstin Kießler (Bevollmächtigte beim Bund) und der SPD-Landesvorsitzende Uwe Beckmeyer.

wird sich im Land Bremen nach der Grundschule für den ganz großen Teil der Schülerinnen und Schüler die Oberschule mit der Möglichkeit aller Schulabschlüsse bis zum Abitur anschließen. Lediglich die acht bestehenden durchgängigen Gymnasien in der Stadtgemeinde Bremen bleiben bestehen, neue kommen nicht hinzu.

Willi Lemke verlässt den Bremer Senat und wechselt zu den Vereinten Nationen

Für das Jahr 2008 ist noch ein Abschied zu vermelden, der eigentlich keiner ist, sondern mehr als Aufstieg in eine höhere Liga bezeichnet werden kann. Im März 2008 wurde der Senator für Inneres und Sport, Willi Lemke, vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, zum Sonderberater für Sport im Dienste für Entwicklung und Frieden ernannt. Seitdem setzt sich der heute 63-jährige langjährige Bremer Senator für Bildung und Wissenschaft (1999 bis 2007) und frühere Manager von Werder Bremen im Auftrag des UN-Generalsekretärs weltweit für Völkerverständigung mit den Mitteln des Sports ein. Zu seinem Nachfolger als Senator für Inneres und Sport wählte die Bremische Bürgerschaft den bisherigen Staatsrat im Justizressort, Ulrich Mäurer.

Vorbereitung Bundestagswahl 2009

Die zweite Hälfte des Jahres 2008 stand in Bremen und Bremerhaven schon im Zeichen der Vorbereitung der Bundestagswahl 2009. In den zwei Wahlkreisen des Landes Bremen wurden Anfang November die Direktkandidaten gewählt. Der SPD-Landesvorsitzende Uwe Beckmeyer, seit 2002 Mitglied des Bundestages und zuvor langjähriges Mitglied des

Bremer Senats, tritt wieder im Wahlkreis Bremen II – Bremerhaven an, der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bremischen Bürgerschaft, Carsten Sieling, wurde zum Direktkandidaten des Wahlkreises Bremen I gewählt. In diesem soll er die Nachfolge von Volker Kröning antreten, der sich nach 15 Jahren im Deutschen Bundestag nicht wieder zur Wahl stellte.

Vorstand der SPD-Landesorganisation Bremen

gewählt auf dem Landesparteitag am 12. April 2008

VORSITZENDER:

Uwe Beckmeyer

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER:

Thomas Ehmke

SCHATZMEISTERIN:

Petra Krümpfer

SCHRIFTFÜHRER:

Reiner Holsten

BEISITZERIN UND BEISITZER:

Uwe Besing

Winfried Brumma

Andreas Feddern

Karin Jöns

Melanie Kennard

Janna Köke

Brigitte Lückert

Manuela Mahnke

Hartmut Mekelburg

Insa Peters-Rehwinkel

Rolf Prigge

Werner Stitz

Hermann Tietke

GESCHÄFTSFÜHRER:

Roland Pahl

Landesverband Niedersachsen

Arbeit. Zukunft. Niedersachsen – Die Menschen gewinnen

Wahlen

Landtagswahl 2007

Bei der Landtagswahl am 27. Januar 2008 erreichte die SPD in Niedersachsen 30,3% der abgegebenen Zweitstimmen. Die CDU konnte 42,5% der Zweitstimmen erringen. Erstmals zieht mit 7,1% die Linkspartei in den Landtag in Hannover ein. Grüne und FDP kamen auf 8,0% bzw. 8,2% der Stimmen. Von den 87 niedersächsischen Landtagswahlkreisen konnte die SPD 19 direkt gewinnen.

Parteitage

LandesvertreterInnenversammlung am 30. Juni 2007 in Hannover

Zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl 2008 fand am 30. Juni 2007 unter dem Motto „Besser für Niedersachsen, gerechter für die Menschen: Niedersachsengerechter“ die LandesvertreterInnenversammlung statt. Insgesamt 120 KandidatInnen wurden für die Landesliste nominiert. Zum Spitzenkandidaten wurde mit 97,4% der Delegiertenstimmen Wolfgang Jüttner, MdL, gewählt.

Außerordentlicher Landesparteitag am 10. November 2007 in Oldenburg

Unter dem Leitmotiv „Gerechtigkeit kommt wieder“ verabschiedeten die Delegierten auf dem außerordentlichen Landesparteitag einstimmig das Wahlprogramm zur Landtagswahl 2008. Im Mittelpunkt des Programms



Hubertus Heil, Frank-Walter Steinmeier und Garrelt Duin auf dem Landesparteitag am 21. 6. 2008 in Hannover

standen die Themen Bildung und Sozialpolitik.

Ordentlicher Landesparteitag am 21. Juni 2008 in Hannover

Der ordentliche Landesparteitag „Arbeit. Zukunft. Niedersachsen“ wählte am 21. Juni 2008 Garrelt Duin erneut zum Landesvorsitzenden. Er erhielt 75,9% der Stimmen. Zu seinen Stellvertretern im Landesvorsitz wurden Gabriele Lösekrug-Möller, Petra Emmerich-Kopatsch, Daniela Behrens und Olaf Lies gewählt. Der Landesparteitag beschloss die künftig stärkere Kooperation der Parteibezirke. Edelgard Bulmahn, MdB, berichtete

dem Landesparteitag über die Ergebnisse der nach der Landtagswahl eingerichteten „Zukunftskommission“.

Zur Arbeit des Landesvorstandes

Der Landesvorstand koordiniert und steuert die politische Arbeit der SPD in Niedersachsen. Im Berichtszeitraum stand dabei die Vorbereitung der Landtagswahlen im Januar 2008 im Mittelpunkt der Arbeit. Für die operative Steuerung des Wahlkampfes wurde eine Wahlkampfleitung unter Vorsitz des Landesvorsitzenden eingerichtet. Die Wahlkampfzentrale „Basis“ wurde vom Landesgeschäftsführer Dr. Frank Wilhelmy geleitet.

Nach dem enttäuschenden Ergebnis bei der Landtagswahl hat der Landesvorstand für die Neuorganisation der Landespartei zunächst eine „Zukunftskommission“ und in der Nachfolge eine „Strukturkommission“ eingesetzt. Erste Ergebnisse wurden durch den ordentlichen Landesparteitag und die Vereinbarung zwischen dem SPD-Landesverband und den SPD-Bezirken in Niedersachsen vom 20. Juni 2008 umgesetzt. Schwerpunkt der Neuorganisation der Landespartei ist eine stärkere Verzahnung der politischen Arbeit von Landesverband und Bezirken. Zudem hat im Herbst 2008 der neu gegründete Landesgewerkschaftsrat seine Arbeit aufgenommen. Neu ins Leben gerufen wurde weiterhin der Landesparteirat, den es in dieser Form bisher im Landesverband Niedersachsen nicht gegeben hat.



Garrelt Duin beim Landesparteitag in Oldenburg im November 2007

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften

ASF:
Ulla Groskurt

Jusos:
Sören Klose

AfA:
Markus Brinkmann (Sprecher)

AfA-Betriebsgruppe Eisenbahn:
Konrad Nagel

60plus:
Karl-Heinz Küpke

AGS:
Prof. Michael Hamann

AsJ:
Robert Nicholls

SGK:
Franz Einhaus

SGK-Landesgeschäftsführer:
Harry Dilßner

SGK-Beratungsdienst:
Dr. Manfred Pühl

Landesvorstand

gewählt am 21. Juni 2008

VORSITZENDER:
Garrelt Duin, MdB

STELLVERTRETER/INNEN:
Petra Emmerich-Kopatsch, MdL
Daniela Behrens, MdL
Olaf Lies, MdL
Gabriele Lösekrug-Möller, MdB

SCHATZMEISTER:
Dieter Möhrmann, MdL

BEISITZER/INNEN:
Sven Ambrosy
Alice Graschtat, MdL
Frauke Heiligenstadt, MdL
Hauke Jagau
Dr. Matthias Miersch, MdB
Carola Reimann, MdB
Andreas Rieckhof
Astrid Schlegel
Andrea Schröder-Ehlers, MdL
Uwe Schwarz, MdL
Kristina Stuntebeck
Detlef Tanke, MdL
Ulrich Watermann, MdL
Gerd Will, MdL

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
(MITGLIED DES VORSTANDES QUA FUNKTION):
Michael Rüter

Projektgruppen und Foren

Projektgruppen und Foren der Landespartei begleiten die politische Arbeit der SPD in Niedersachsen. Aktuell arbeiten die Foren Wirtschaft und Energie, Verbraucherschutz, Kultur, Bildung und Sport auf Landesebene. Im Rahmen der Projektgruppe „Zukunftsfähiges Niedersachsen“ wurden Kriterien für eine künftige Gebiets- und Verwaltungsstruktur in Niedersachsen erarbeitet. In Zusammenarbeit mit der SGK finden zudem regelmäßige Zusammenkünfte des Landesvorsitzenden mit den Oberbürgermeistern und Landräten der SPD statt.

Frauenpreis

Die niedersächsischen Parlamentarierinnen aus Europa, Bund und Land verliehen 2007 und 2008 den Frauenpreis. Ausgezeichnet wurden Frauen, die einen mutigen oder herausragenden gesellschaftlichen Beitrag geleistet haben. Es werden jährlich Preise im Wert von 2.500 Euro vergeben. Eine Jury mit VertreterInnen aus Politik, Gewerkschaften und Medien wählt die PreisträgerInnen aus.

Sommerreisen des Landesvorsitzenden

Der Landesvorsitzende Garrelt Duin, MdB, absolvierte in den Berichtsjahren 2007 und 2008 umfangreiche Sommerreisen mit den Schwerpunkten Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Im Mittelpunkt standen dabei Ge-

sprache bei örtlichen Vereinen, Verbänden, Organisationen und Betrieben. Begleitet wurde der Landesvorsitzende dabei grundsätzlich

von den betreffenden Abgeordneten aus Europa, Bund und Land sowie den VertreterInnen der Kommunalpolitik.

Bezirk Braunschweig

Vorwort von Sigmar Gabriel

im Berichtsheft zum Bezirksparteitag am 9. Mai 2009 in der Lindenhalle, Wolfenbüttel

Liebe Genossinnen und Genossen!

Beim Bezirksparteitag wollen wir die politische Arbeit im SPD-Bezirk Braunschweig der letzten zwei Jahre kritisch beleuchten und Bilanz ziehen. Dazu sollen die Aufgaben und die politischen Projekte für die Zukunft diskutiert und die personellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass wir unsere Pläne und Aktionen erfolgreich realisieren können. In diesem Berichtsheft erläutere der Bezirksvorstand, die Geschäftsführung, die Arbeitsgemeinschaften und unsere Abgeordneten im Bund und im Land ihre Arbeit und die Ergebnisse. Wenn ich unsere gesamte gemeinsame Arbeit seit 2007 bilanzieren, so komme ich zu dem Schluss: Wenn wir auch die Landtagswahlen 2008 verloren haben, so sind wir heute im SPD-Bezirk Braunschweig strukturell,



personell und politisch gut aufgestellt. Die politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten in den Unterbezirken, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften sind vielfältig und zei-

gen, dass wir trotz zurückgehender Mitgliederzahlen eine lebendige und aktive Partei sind. Unsere Kommunalpolitiker sowie Landtags- und Bundestagsabgeordneten sind mit Elan bei der Sache und leisten gute Arbeit. Sorgen bereitet mir unsere Mitgliederentwicklung. Wenn wir auch bei der Mitglieder-Werbekampagne der Bundespartei sehr gut abgeschnitten haben, so sind die Mitgliederzahlen doch rückläufig. Auch der Altersdurchschnitt unserer Mitgliedschaft ist mit 58 Jahren eindeutig zu hoch. Um die SPD funktionsfähig zu erhalten und um bei den Kommunalwahlen 2011 gut aufgestellt zu sein, ist eine erfolgreiche Mitgliederwerbung weiterhin dringend notwendig; denn sie ist auch die Voraussetzung für eine positive Personalentwicklung zu den vor uns liegenden Wahlen. Dies gilt in gleicher Weise für die Bildungsarbeit: Auch hier müssen wir unsere Anstrengungen und Angebote noch erweitern und verstärken. Für die Europa- und Bundestagswahl haben wir die personellen Voraussetzungen geschaffen und sind jetzt dabei, die Wahlkämpfe so zu planen, dass wir am 7. Juni und am 27. September so erfolgreich sind, dass alle unsere Kandidaten direkt gewählt werden. Wir müssen uns mehr als bisher in die öffentlich geführte Debatte über die Bildung einer Region Braunschweig und über eine mögliche Kommunalreform einmischen und eigene realistische und konstruktive Vorschläge machen. Für die Zukunft der SPD wird es auch von Bedeutung sein, dass wir die Formen und Inhalte unserer Versammlungen und Aktionen

kritisch betrachten und darauf überprüfen, ob wir für die verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft noch attraktiv (genug) sind und tatsächlich zum Mitmachen in der SPD motivieren. Basisdemokratische Elemente, wie z. B. die Urwahl von KandidatInnen für Spitzenämter, können z. B. die innerparteiliche Demokratie stärken. In der Diskussion um die Stärkung des Landesverbandes muss auch zukünftig klar sein, dass unser Bezirk seine Stärke behält und dauerhaft Bestand hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, aus meinem kurzen Vorwort und aus den zahlreichen Artikeln in diesem Berichtsheft wird deutlich, es gibt viel zu tun, damit sich unsere SPD weiterhin positiv entwickelt. Nur wenn wir in allen Bereichen gut aufgestellt sind, wird es uns gelingen, unsere politischen Ideen zu verwirklichen und möglichst viel für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft zu erreichen.

Für unseren Bezirksparteitag 2009 wünsche ich uns fruchtbare und konstruktive Diskussionen und Beratungen sowie zukunftsorientierte Beschlüsse. Allen ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der SPD im Bezirk Braunschweig, den Funktions- und Mandatsträger/innen, den Abgeordneten und unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich sehr herzlich für ihre Arbeit in den vergangenen zwei Jahren.

Mit herzlichen Grüßen
Euer

Sigmar Gabriel
Bezirksvorsitzender

Zwei ereignisreiche, schwierige und zugleich spannende Jahre liegen seit dem Bezirksparteitag am 21. April 2005 in Gifhorn hinter uns.

Landtagswahlen im Januar 2008

Für das 2. Halbjahr 2007 haben die Vorbereitungen, der Wahlkampf und die Durchführung der Landtagswahlen am 27. Januar 2008 im Mittelpunkt unserer Aktivitäten gestanden. Alle Kräfte konzentrierten sich daher auf diese wichtigen Aufgaben. Obwohl uns die Meinungsumfragen ein besseres Ergebnis vorhersagten, haben wir bei der Wahl landesweit erneut sehr schlecht abgeschnitten. Gegenüber dem schlechten Ergebnis der Landtagswahlen Niedersachsen von 2003 mit damals 33,4 Prozent der Stimmen für die SPD verloren wir 2008 weitere 3 Prozentpunkte und erzielten nur 30,3 Prozent. Das ist das schlechteste Ergebnis der SPD in Niedersachsen seit der Gründung des Landes. Im SPD-Bezirk Braunschweighaben wir einen engagierten Wahlkampf geführt. Im Vergleich zu den anderen Bezirken der SPD in Niedersachsen hat unser Bezirk mit 34,5 Prozent am besten abgeschnitten. Besonders zu erwähnen ist, dass wir in vier Wahlkreisen gewonnen haben und unsere Abgeordneten direkt gewählt wurden. In der SPD-Landtagsfraktion ist unser Bezirk jetzt mit neun Abgeordneten vertreten. Mit Detlef Tanke stellen wir einen der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Klaus-Peter Bachmann ist Sprecher der Braunschweiger Gruppe.

Unser Bezirk ist in der SPD-Bundestagsfraktion stark vertreten

In der SPD-Bundestagsfraktion sind wir auch nach dem Ausscheiden von Hans-Jürgen Uhl weiterhin sehr gut vertreten. Mit Dr. Carola Reimann, Dr. Wilhelm Priesmeier, Hubertus Heil und Sigmar Gabriel werden die Interessen der Bevölkerung unserer gesamten Region in Berlin wahrgenommen. Mit Sigmar Gabriel als Bundesumweltminister, Hubertus Heil als Generalsekretär der Bundespartei und Dr. Carola Reimann als gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion können wir auf drei weitere Persönlichkeiten verweisen, die den SPD-Bezirk Braunschweig mit großem Erfolg in der Bundestagsfraktion und im Willy-Brandt-Haus vertreten. Noch nie waren Braunschweiger Sozialdemokraten in der Bundeshauptstadt so gut aufgestellt, wie in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages.

Mitglieder des Bezirksvorstands Wahlperiode 2007 – 2009

VORSITZENDER: Sigmar Gabriel	GS	EHRENVORSITZENDER: Gerhard Glogowski
STELLVERTRETENDE VORSITZENDE: Eva Schlaugat Detlef Tanke	PE GF	LTD. GESCHÄFTSFÜHRER: Hans-Henning Schridde
SCHATZMEISTER: Matthias Wehrmeyer	PE	REVISOREN: Bernd Krüger Martina Fährmann Friedrich Wilhelm
BEISITZER/INNEN: Achim Barchmann Marcus Bosse Petra Emmerich-Kopatsch Kai Florysiak Karl-Heinz Hausmann Angela Heider Annegret Ihbe Stefan Klein Frank Poerschke Carola Reimann Bodo Seidenthal	HE WF GS BS OHA GF BS SZ WOB BS HE	Schiedskommission VORSITZENDER: Rainer Dworog STELLVERTRETER/IN: Wilfriede Heyer Dr. Helge Wendenburg BEISITZER/IN: Burkhard Drake Hanna Kopischke Hans-Ulrich Nitschke Christa Schmiedel

**Ergebnis der Landtagswahl am 27. 1. 2008
im SPD-Bezirk Braunschweig im Vergleich der nds. SPD-Bezirke**

Ergebnis Erststimmen								
Partei	Braunschweig		Hannover		Nord-Nieders.		Weser-Ems	
	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %
SPD	203.283	38,4	515.864	36,1	133.978	32,7	329.658	31,6
CDU	223.381	42,1	593.832	41,6	191.204	46,7	503.242	48,2
Grüne	31.345	5,9	109.889	7,7	27.315	6,7	70.738	6,8
F.D.P.	25.701	4,8	82.591	5,8	20.550	5,0	62.790	6,0
DIE LINKE	39.302	7,4	90.091	6,3	25.080	6,1	62.723	6,0
NPD	5.681	1,1	8.375	0,6	7.033	1,7	4.874	0,5
Sonstige	1.286	0,2	27.027	1,9	4.301	1,1	10.543	1,0

Ergebnis Zweitstimmen								
Partei	Braunschweig		Hannover		Nord-Nieders.		Weser-Ems	
	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %
SPD	180.985	34,0	443.947	31,0	117.201	28,6	293.761	28,1
CDU	211.236	39,7	572.018	39,9	182.503	44,5	489.930	46,8
Grüne	35.768	6,7	132.288	9,2	32.220	7,9	73.658	7,0
F.D.P.	38.451	7,2	124.952	8,7	32.169	7,8	83.985	8,0
DIE LINKE	43.166	8,1	103.587	7,2	27.974	6,8	68.379	6,5
NPD	10.322	1,9	24.079	1,7	7.489	1,8	10.927	1,0
Sonstige	12.020	2,3	32.727	2,3	10.278	2,5	26.532	2,5

**Die Politik der
Großen Koalition
trägt die Handschrift der SPD**

Die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU setzt in vielen Punkten die erfolgreiche Politik der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder fort, denn seit der Bildung der Großen Koalition im Herbst 2005 und noch bis heute entfalten die Reformen von Rot-Grün ihre Wirkung. Dies war insbesondere an den stetig sinkenden Arbeitslosenzahlen abzulesen. Wenn man der Großen Koalition in manchen Punkten auch kritisch gegenüber stehen kann, so müssen hier doch einige Projekte genannt werden, die als besonders erfolgreich hervorzuheben sind, da sie klar und deutlich eine sozialdemokratische Handschrift tragen:

- Der Ausstieg aus der Atomkraft hat Bestand; an ihm wird nicht gerüttelt.
- Am Arbeitsmarkt gab es bis zur Finanzkrise im Herbst 2008 eine positive Entwicklung, die Arbeitslosenzahlen sanken und der Ausbildungspakt ist wirksam. Mitte 2008 waren nur noch knapp drei Millionen Menschen arbeitslos; über zwei Millionen weniger als 2004. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt stetig.
- Wir haben den Klimaschutz zu einem zentralen Thema gemacht und fördern hierfür Investitionen in vielfältiger Form. Die deutsche Umweltindustrie ist weltweit ganz vorn.
- Die Investitionsprogramme der Bundesregierung zeigen Wirkung und setzen wichtige Impulse für Wachstum und Arbeit.

- Die Sozialversicherungsbeiträge sinken erstmals wieder auf unter 40 Prozent.
- Wir streiten weiter für den gesetzlichen Mindestlohn und haben auf diesem Feld bereits viel erreicht.
- Die von der SPD geforderte Verbesserung der kostenlosen Kinderbetreuung in Kindergärten und Krippen ist fester Bestandteil der Regierungspolitik.
- Das Elterngeld ist beschlossene Sache und wirkt sich sehr positiv aus. Familie und Beruf lassen sich besser miteinander vereinbaren.
- Die notwendigen Reformen im Gesundheitswesen sind beschlossen und Gesetz.
- Die Haushaltskonsolidierung wurde erfolgreich fortgesetzt und das Ziel, 2010 einen schuldenfreien Haushalt vorzulegen, wäre erreicht worden, wenn die Finanzkrise nicht neue Schulden unabwendbar ausgelöst hätte.
- Die verschiedenen Schutzschirme und Hilfsprogramme zur Bewältigung und Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen Wirkung und helfen mit, die Krise zu meistern.

Wir waren und sind auf vielen Feldern politisch aktiv

Nach dem Bezirksparteitag in Gifhorn im April 2007 hat der neue Bezirksvorstand gemeinsam mit den Vorsitzenden der Unterbezirke folgende Aktivitäten beraten, beschlossen und durchgeführt:

1. Inhaltliche, personelle und organisatorische Planung und Durchführung der

Landtagswahlen am 27. Januar 2008.

2. Fortsetzung der Bildungsarbeit in der Kommunalakademie und die Weiterentwicklung vielfältiger Bildungsangebote.
3. Diskussions- und Informationsveranstaltungen zum Thema Asse II und Schacht Konrad sowie allgemein zur Atomenergie und zum Klimaschutz.
4. Weitere Beteiligung an der Mitgliederwerbekampagne der Bundespartei zur Stabilisierung unserer Mitgliederbasis mit sehr gutem Erfolg.
5. Durchführung von Kleinen Parteitag zur Vorbereitung der Meinungsbildung im SPD-Bezirk Braunschweig zu politischen Schwerpunktthemen.
6. Beratung der Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe „Entwicklungsperspektiven der Region Braunschweig“. Durchführung einer Konferenz zu diesem Thema.
7. Bildung eines Arbeitskreises „Kommunalpolitik“.
8. Diskussion zum Thema „Armut in Deutschland“. Vorbereitung einer „Armutskonferenz“.
9. Dialog mit den DGB-Gewerkschaften über die Entwicklung der Region Braunschweig und aktuelle Themen der Bundespolitik.
10. Sommerreise des Bezirksvorsitzenden im August 2008.
11. Vorbereitung der Europa- und Bundestagswahlen im Jahr 2009.

**Wir wollen und werden
unseren SPD-Bezirk erhalten –
und stärken gleichzeitig den
Landesverband**

Nur kurze Zeit nach der verlorenen Landtagswahl Ende Januar 2008 wurde eine öffentliche Debatte darüber entfacht, dass die vier SPD-Bezirke in Niedersachsen zugunsten eines „starken“ SPD-Landesverbandes Niedersachsen aufgelöst werden sollten. „Ein starker und zentral geführter Landesverband würde zukünftig effizienter und erfolgreicher Wahlen durchführen und gewinnen sowie auch stärker und geschlossener gegenüber der Bundespartei auftreten können.“ Außerdem sei eine solche Struktur finanziell günstiger als die jetzige. Alle Gremien und alle Vorsitzenden im SPD-Bezirk Braunschweig haben seit Jahren sehr deutlich gesagt, dass eine Auflösung unseres Bezirks völlig undenkbar ist und daher nicht in Frage kommt. Aus den Erfahrungen anderer Landesverbände wissen wir, dass die dort realisierte Auflösung der Bezirke zugunsten eines Landesbezirks die erwünschten Effekte nicht oder nur bedingt erreicht haben. Um diese Frage parteiöffentlich zu diskutieren, haben wir am 12. Juni 2008 ei-



Parteitag 2007 in Gifhorn: Hubertus Heil, Klaus Wowereit und Sigmar Gabriel.

nen außerordentlichen Bezirksparteitag in Braunschweig durchgeführt. Der Parteitag bestätigte in eindrucksvoller Geschlossenheit die Position des Bezirksvorstandes, sich gegen alle Auflösungsbestrebungen zu stemmen und diese mit allen Kräften zu verhindern. Der SPD-Bezirk Braunschweig hat sich zum Landesparteitag am 20. Juni 2008 mit den anderen niedersächsischen Bezirken geeinigt, jene Arbeitsfelder zu stärken, wo dies allen Beteiligten als sinnvoll erscheint und einvernehmlich möglich ist. Gleichzeitig haben wir aber auch unmissverständlich deutlich gemacht, dass eine Auflösung der Bezirke, insbesondere unseres Bezirks Braunschweig, für uns auch auf lange Sicht nicht in Frage kommt. Im neu gewählten Landesvorstand sind wir mit Petra Emmerich-Kopatsch als stellvertretende Landesvorsitzende und mit Dr. Carola Reimann

und Detlef Tanke als Beisitzer vertreten. Dietmar Schilff wurde stellvertretender Vorsitzender des neu gebildeten Landesparteirates.

Mitgliederwerbung und Personalentwicklung sind eine Daueraufgabe

Bereits beim Aufstellungsverfahren für die Listen und bei der Nominierung von Spitzenkandidaten für die Kommunalwahlen und Landtagswahlen wurde deutlich, dass wir für diese Aufgaben zu wenig qualifizierte Mitglieder haben. Deshalb ist es weiterhin dringend erforderlich, dass wir das Thema Personalentwicklung immer wieder auf unsere Tagesordnung setzen und nach geeigneten Persönlichkeiten für die Arbeit mit und in der SPD Aus-

schau halten. Auch deshalb sind die Themen Mitgliederwerbung und Bildungsarbeit stets sehr wichtige Daueraufgaben.

Ausblick

Vor uns liegen zwei Jahre, um folgende Projekte und Aufgaben auf den Weg und – soweit möglich – erfolgreich zum Abschluss zu bringen:

1. Die Planung und Durchführung der Wahlkämpfe für die Wahlen zum Europaparlament am 7. Juni 2009 und zum Deutschen Bundestag am 27. September 2009. Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass Matthias Wehrmeyer unser Abgeordneter im Europaparlament wird und dass unsere fünf Kandidaten für den Deutschen Bundestag in direkter Wahl gewählt werden, damit Frank-Walter Steinmeier unser neuer Bundeskanzler wird.
2. Wir werden die Mitgliederwerbekampagne erneut intensivieren und besonders in die bevorstehenden Wahlkämpfe integrieren. Die Integration und Betreuung der neuen Mitglieder soll durch geeignete Maßnahmen nachhaltig verbessert werden.
3. Bei der Bildungsarbeit werden die Schwerpunkte für die kommenden zwei Jahre darin liegen, dass wir die Ausbildung der Ehrenamtlichen, die in Vorständen arbeiten, noch intensiver gestalten und dass wir im Rahmen der Kommunalakademie vielfältige Qualifizierungsangebote zur Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2011 entwickeln. Weiterhin sollen wichtige Europa- und Bundesthemen wie z. B. Globalisierung, Klimawandel, Friedenspolitik und demografischer Wandel behandelt werden. Wir wollen das Angebot an politischen Bildungsreisen ausweiten.
4. Wir wollen den Weg der innerparteilichen Reformen (Einführung des Kleinen Parteitags, Mitgliederbefragung usw.) fortsetzen und mit viel Kreativität und neuen Ideen nach weiteren Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten und attraktiven Veranstaltungsformen suchen.
5. Bei Kleinen Parteitagen und anderen Veranstaltungen sollen in regelmäßigen Abständen die aktuellen Themen der Landes- und Bundespolitik diskutiert werden.
6. Dazu wollen wir die Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen (Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Wirtschaft) und die Öffentlichkeit einladen.
7. Wir wollen die Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften weiter intensivieren und uns insbesondere um die Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten im Handwerk bemühen.



Generalsekretär Hubertus Heil (v. r.) gratuliert Bodo Seidenthal für 40-jährige und Sigmar Gabriel für 30-jährige SPD-Mitgliedschaft.

8. Wir wollen die Öffentlichkeitsarbeit der SPD auf allen Ebenen verstärken und vom Bezirk aus hierfür die erforderlichen Hilfen geben.

Dies ist ein anspruchsvoller und arbeitsintensiver Aufgaben- und Projektkatalog. Wir sind gemeinsam aufgerufen, diesen Arbeitsplan in die Tat umzusetzen und daneben unsere Aufgaben in der Partei und auf allen politischen Ebenen von der Kommunalpolitik bis zur Europapolitik erfolgreich und nachhaltig zu erledigen.

Abschließend danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SPD-Büros im Bezirk Braunschweig, den Abgeordneten sowie allen Funktions- und Mandatsträgern, den Teilnehmern an den Bildungsmaßnahmen und nicht zuletzt den erfolgreichen Werberinnen und Werbern bei der Mitgliederwerbekampagne für ihre großartige Unterstützung für unsere gemeinsame Arbeit und Idee. Ganz besonderer Dank gilt dabei Brigitte Stewing, die es 40 Jahre im SPD-Bezirksbüro und damit viele Vorsitzende und noch mehr Vorstandsmitglieder „ausgehalten“ hat! Viel Glück für Brigitte, Einzelkind und Familie im (Un-)Ruhestand!

Für den Bezirksvorstand:
Sigmar Gabriel
Für die Geschäftsstelle:
Hans-Henning Schridde

Mitgliederwerbung ist eine Daueraufgabe

Beim Mitgliederwettbewerb haben wir gut abgeschnitten

Im Mai 2006 hat der Parteivorstand beschlossen, vom 1. Juni 2006 bis zum Sommer 2008 eine Kampagne zur Werbung von neuen Mitgliedern durchzuführen. Innerhalb von zwei Jahren sollten auf Bundesebene 10 Prozent, also rund 58.000 neue Mitglieder geworben werden. Für den Bezirk Braunschweig bedeutete dies, dass wir 1416 neue Mitglieder hätten werben müssen, um die 10 Prozent zu erreichen.

Um unsere Mitglieder in den Ortsvereinen bei ihren Werbeaktivitäten zu unterstützen, haben wir zwei sehr gut besuchte Workshops durchgeführt und dabei wesentliche Aspekte und Instrumente besprochen und Strategien für die Werbung entwickelt.

Ein Kreis von 25 Referenten wurde gebildet, um die Ideen für die Werbeaktion in die Ortsvereine zu tragen. Insgesamt haben 23 Ortsvereine und drei Unterbezirke die Angebote der Referenten genutzt und das Thema

Chronik

21. 4. 2007 Bezirksparteitag. Referent: Klaus Wowerit. – Mit Neuwahl des Bezirksvorstands. Sigmar Gabriel wiedergewählt. – Ausgeschieden als stellvertretende Bezirksvorsitzende: Hubertus Heil und Renate Jürgens-Pieper. – Neue stellvertretende Vorsitzende: Detlef Tanke und Eva Schlaugat. Gifhorn, Stadthalle
29. 5. 2007 Rücktritt von Hans-Jürgen Uhl als MdB.
31. 5. 2007 Bezirksdelegiertenkonferenz mit Sigmar Gabriel und Wolfgang Jüttner. Bestimmung der Reihenfolge der Braunschweiger KandidatInnen auf der Landesliste zur Landtagswahl 2008. Braunschweig, neues Gewerkschaftshaus.
23. 6. 2007 Zukunftskonvent des Parteivorstands mit (fast) allen Persönlichkeiten der Partei. Hannover, HCC (ca. 3.000 Teiln.).
30. 6. 2007 Landesdelegiertenkonferenz. Wahl von Wolfgang Jüttner zum Spitzenkandidaten und Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2008. Hannover, Eilenriedehalle.
14. 8. 2007 Im Rahmen seiner Sommerreise kommt Kurt Beck nach Salzgitter (MAN Nutzfahrzeuge).
6. 10. 2007 Betriebs- und Personalrätekonferenz des Landesverbands mit Wolfgang Jüttner und Wolfgang Denia. Braunschweig, Kantine BMA.
- 26.-28. 10. 2007 Bundesparteitag: u. a. Verabschiedung des Grundsatzprogramms. Wiederwahl von Hubertus Heil als Generalsekretär. Sigmar Gabriel in Parteivorstand gewählt. Hamburg, CCH.
10. 11. 2007 Landesparteitag. Vorstellung des Niedersachsen-Teams und Verabschiedung des Regierungsprogramms. Oldenburg, Weser-Ems-Halle.
13. 11. 2007 Rücktritt von Franz Müntefering aus familiären Gründen. Olaf Scholz wird neuer Arbeitsminister, Frank-Walter Steinmeier wird Vizekanzler.
- 23.-25. 11. 2007 Juso-Bundeskongress. Jan Schwarz stellv. Bundesvorsitzender. Wolfsburg, CongressCentrum.
1. 12. 2007 Kleiner Parteitag mit Sigmar Gabriel und Mitgliedern des Niedersachsen-Teams. Braunschweig, neues Gewerkschaftshaus.
6. 1. 2008 „Auftakt“-Veranstaltung zur Landtagswahl mit Kurt Beck, Olaf Scholz, Wolfgang Jüttner, Hubertus Heil, Garrelt Duin. Braunschweig, VIP-Zelt Eintracht Braunschweig.
16. 1. 2008 Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Jüttner und Garrelt Duin, VW-Halle, Braunschweig.
9. 3. 2008 Gedenkfeier anlässlich 75. Wiederkehr Erstürmung des Volksfreundhauses. Anschließend Kolloquium im Braunschweigischen Landesmuseum. Braunschweig, Volksfreundhaus u. Landesmuseum.
28. 3. 2008 Kinderarmut (AsF-Konferenz). Braunschweig, Volksfreundsaaal.
26. 4. 2008 „Mahl der Arbeit“ mit Bundesminister Olaf Scholz. Braunschweig, Gewerkschaftshaus.
21. 5. 2008 „Nah bei den Menschen“ mit Generalsekretär Hubertus Heil. Schöningen, Schloss.
31. 5. 2008 Zukunftskonvent des Parteivorstands. Nürnberg, Congress Zentrum Nürnberg.
17. 6. 2008 a. o. Bezirksparteitag zur Zukunft der SPD in Niedersachsen mit Garrelt Duin. Braunschweig, Stadthalle, CongressSaal (ca. 300 Teiln.).
21. 6. 2008 Landesparteitag mit Vorstandswahlen (erstmalig 20 Mitglieder). Rede: Frank-Walter Steinmeier. Hannover, CCH.
12. 9. 2008 Bezirksdelegiertenkonferenz. Wahl der Kandidaten zur Europawahl. Geburtstagsempfang für Sigmar Gabriel. Peine, Forum.
- 26./27. 9. 2008 Klausur Landesvorstand mit Braunschweig-Abend. Braunschweig, Gewerkschaftshaus.
18. 10. 2008 Außerordentlicher Bundesparteitag mit (Nach-)Wahl des Parteivorsitzenden und des Kanzlerkandidaten. Berlin, Hotel Estrel.
1. 11. 2008 Konstituierung Landesparteirat. Dietmar Schilff zum stv. Vorsitzenden gewählt. Hannover, Haus der Region.
9. 11. 2008 90 Jahre November-Revolution mit Gerhard Glogowski und Dr. Bernd Rother. Braunschweig, Volksfreundsaaal (ca. 120 Teiln.).
18. 11. 2008 90 Jahre Frauenwahlrecht mit Inge Wettig-Danielmeier. Braunschweig, Braunschweigisches Landesmuseum (ca. 60 Teiln.).
28. 11. 2008 Kommunalpolitische Konferenz (Region). Braunschweig, Gewerkschaftshaus.
8. 12. 2008 Bundesdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Bundesliste zur Europawahl 2009. Berlin, Estrel.
24. 1. 2009 Kleiner Parteitag zur Bundestagswahl 2009. Internetpräsentation: Generalsekretär Hubertus Heil, Sebastian Reichel. Königslutter, Königshof (rd. 100 Teiln.).

Mitgliederwerbung in ihren Versammlungen behandelt.

Nach Beendigung der Werbekampagne am 31. Mai konnten wir folgendes Ergebnis feststellen:

Gliederung	neue Mitglieder	in Prozent von der Zielzahl
UB Goslar	144	82,8
UB Wolfenbüttel	140	74,1
UB Helmstedt	75	51,7
UB Peine	96	46,8
UB Salzgitter	54	44,6
UB Osterode	54	42,9
UB Gifhorn	57	37,8
UB Braunschweig	64	31,2
UB Wolfsburg	25	25,3
Bezirk insgesamt	709	50,1

Im Vergleich zu den anderen Landesverbänden und Bezirken hat unser Bezirk bei der Werbekampagne mit dem 5. Platz einen Spitzenplatz erreicht. In Niedersachsen haben wir unter den 4 Bezirken am besten abgeschnitten.

Seit Mitte des Jahres 2008 ist die Zahl der Eintritte erheblich zurückgegangen und die Zahl der Austritte stark angestiegen. Die Mehrzahl der Austritte wurde mit bundespolitischen Entscheidungen, mit der allgemeinen Lage der SPD und mit den Vorgängen in Hessen begründet.

Im Hinblick auf die Altersstruktur der SPD und auf die personellen Anforderungen, die auf uns mit den Kommunalwahlen 2011 und für die allgemeine Parteiarbeit zukommen, ist es dringend erforderlich, neue und massive Anstrengungen zu machen, um neue Mitglieder zu gewinnen.

Die bevorstehenden Wahlkämpfe zur Europawahl am 7. Juni und zur Bundestagswahl am 27. September bieten für solche Werbeaktivitäten besonders gute Möglichkeiten, die wir nutzen müssen.

Im Frühjahr 2009 wird daher ein weiterer Workshop mit Unterstützung des Parteivorstandes durchgeführt.



Dank und Ehrung für große Erfolge bei der Mitgliederwerbung.

Besonders die Ortsvereine, aber auch alle anderen Gliederungen sind aufgefordert, noch in diesem Frühjahr damit zu beginnen, Gespräche über die Personalentwicklung für die nächsten Jahre zu führen, um für die Arbeit der SPD und für die Kommunalwahlen gut aufgestellt zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir auf allen Ebenen neue Mitglieder werben.

Bericht für den Bezirksparteitag 2009

Innerparteiliche Bildung

Die innerparteiliche Bildung hatte in der Geschichte der SPD immer einen hohen Stellenwert. Eine intensive Bildungsarbeit ist für uns eine Daueraufgabe, denn wir brauchen für unsere politische Arbeit immer wieder neu gut ausgebildete, qualifizierte Funktionär/innen und Mandatsträger/innen.

Um denen und allen interessierten Mitgliedern ein umfassendes Bildungsangebot zu machen, hat der SPD Bezirk Braunschweig vom Jahr 2003 an erstmals wieder ein vielfältiges Angebot an Seminaren unterbreitet. Im Einzelnen wurden folgende Themen angeboten:

- Grundsätze der Partei/Grundsatzprogramm/Parteigeschichte
- Parteiarbeit vor Ort/Motivation für Ortsvereinsvorsitzende
- Rhetorik und freies Reden
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Schlüsselqualifikationen wie z. B. Teambildung, Veranstaltungsmanagement, Konfliktlösungsstrategien, Verhandlungsführung, Zielfindung
- Kommunalpolitik, kompakt und speziell
- aktuelle Themen aus der Landes- und Bundespolitik

Im Berichtszeitraum von 2007 bis 2009 konnten die Bildungsangebote noch ausgeweitet werden. Im Einzelnen handelte es sich um folgende Angebote:

1. Zum 3. Mal wurde 2007/2008 die Kommunalakademie angeboten. Insgesamt 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen an zwei Wochenendseminaren und 8 Tagesseminaren teil und wurden in allen wichtigen Themen der Kommunalpolitik und in wichtigen Schlüsselqualifikationen fortgebildet. Sie absolvierten so fast 90 Seminarstunden und erhielten am Schluss ein Zertifikat für ihre Teilnahme.

Seit der Einführung der Kommunalakademie im Jahre 2004 haben sich somit insgesamt 208 SPD-Mitglieder für ihre kommunalpolitische Arbeit qualifiziert und weitergebildet.



Bei den Seminaren wird mit allen modernen Medien gearbeitet.



Im Plenum werden die Ideen aus Arbeitsgruppen vorgetragen.



Die Ergebnisse von intensiven Diskussionen werden festgehalten.



Auch Sitzungsleitung und Moderation muss geübt und gelernt sein.

2. Über diese Angebote hinaus fanden von 2007 bis 2009 zusätzlich 27 Einzelseminare an Wochenenden statt. Hier wurden im Wesentlichen Themen wie bereits o.a. vermittelt.

3. Um mit unseren neuen Mitgliedern ins Gespräch zu kommen, mit ihnen über die Politik der SPD zu diskutieren und um sie aktiv zu betreuen, wurden ein Abend mit Sigmar Gabriel und zahlreichen Neumitgliedern durchgeführt.

Im Zeitraum von 2007 bis 2009 haben insgesamt 427 Personen die Seminarangebote wahrgenommen. Mit der Kommunalakademie ergeben sich somit ca. 1050 Teilnehmertage.

Als Tagungsstätte diente uns immer das Freizeit- und Bildungszentrum Asse. Es wird von allen Seminarteilnehmern gerne angenommen und bietet uns alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsarbeit.

Allen Referenten und Teamern, die die Seminare geplant und durchgeführt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Von der Kommunalakademie Nord (KAN-Nord) wurden in 2007 und in 2008 jeweils eine Seminarreihe von drei Wochenenden für Kommunalpolitiker in Spitzenpositionen angeboten. Aus unserem Bezirk haben 2007 drei Personen und 2008 sechs Personen diese Angebote wahrgenommen. Die Seminare fanden in der HVHS in Springe statt.

Die von der SPD Parteischule jährlich jeweils über 5 Tage angebotenen Fortbildungsseminare in Halberstadt und Springe für unsere hauptamtlichen Mitarbeiter/innen wurden 2007 von drei Kollegen und 2008 von einem Kollegen besucht.

Bei den regelmäßigen Treffen der Bildungsbeauftragten der Bezirke und Landesverbände in Berlin war unser Bezirk stets vertreten.

Über die o. a. Seminar- und Bildungsangebote hinaus wurden zwei Workshops zur Mitgliederwerbung und ein Workshop zur Vorbereitung der Europawahl durchgeführt.

Des Weiteren hat der Bezirk an die Unterbezirke, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften Referentinnen und Referenten für eigene Bildungsveranstaltungen vermittelt.

Ausblick

Für die laufende und zukünftige politische Arbeit sind folgende Seminarangebote in Vorbereitung:

- Neuaufgabe der Kommunalakademie
- Einzelseminare zur Kommunalpolitik
- Parteiarbeit vor Ort/Vorstandsarbeit
- Das neue Grundsatzprogramm der SPD
- Neue Mitglieder lernen die Partei kennen
- Rhetorik/Öffentlichkeitsarbeit/Schlüsselqualifikationen
- Wahlkämpfe organisieren und gestalten
- Europa und die Globalisierung
- Umweltpolitik/Treibhauseffekt/Klimaschutz/Energiepolitik
- Entwicklungen des Rechtsextremismus und unsere Antworten

Im Frühjahr 2009 findet ein Treffen aller Bildungsbeauftragten im Bezirk statt. Dabei soll über die Ziele, Wünsche und Anforderungen an die Bildungsarbeit sowie über die bessere Vermarktung der Angebote gesprochen werden.

Alle Bildungsangebote sind als Hilfe und Unterstützung für die praktische, politische Arbeit in den Ortsvereinen und Unterbezirken gedacht. Für neue Ideen und Vorschläge, aber auch für Kritik, sind wir dankbar. Wir hoffen, dass die Angebote gut angenommen werden und bitten insbesondere die Vorsitzenden der Ortsvereine, der Verbände und der Rats- und Kreistagsfraktionen sowie der Unterbezirke ihre Mitglieder über die Seminar- und Bildungsangebote regelmäßig zu informieren.

Karl-Heinz Mühe

Gemeinsam mehr erleben – politische Bildungsreisen der SPD

Zur Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls, der Kontaktpflege und Kommunikation sowie zur politischen Bildung wurden im Berichtszeitraum von 2007 bis 2009 vom SPD Bezirk und vom SPD Reiseservice in Berlin zwei Reisen angeboten, an denen große Delegationen aus unserem Bezirk teilnahmen.

Fahrt in die Pfalz im Mai 2007

An der dreitägigen Reise nach St. Martin nahe Edenkoben in Rheinland Pfalz haben 44 Personen teilgenommen. Für alle Reisefreun-

de war die Fahrt erlebnisreich und spannend, denn das Programm bot für alle viele neue Eindrücke. Folgendes wurde den Fahrtteilnehmern geboten:

- Fahrt mit einem Komfortreisebus und einem Überraschungsimbiss unterwegs
- Unterbringung im Hotel mit Halbpension und abends einem Gala-Büfett
- Besuch mit Stadtrundfahrt und Besichtigung der Stadt Heidelberg
- Große Pfalzrundfahrt mit einer Burgbesichtigung und Wanderung durch den Pfälzer Wald
- Besuch und Besichtigung der Stadt Weibemburg in Frankreich
- Besuch eines Weinfestes und Teilnahme an einer Weinprobe im Hotel

Während der Fahrt und des Aufenthaltes in der Pfalz gab es viele Möglichkeiten für neue Kontakte und Gespräche. So bildeten sich neue Freundschaften und es wurde der Grundstein dafür gelegt, dass sich der Kreis der „Reisefreunde in der SPD“ bildete. Die Reiseleitung lag in den Händen von Karl-Heinz Mühe.

Fahrt zum SPD-Frühlingstreffen nach Kroatien im April 2008

Erstmals hat der SPD Bezirk Braunschweig mit einer geschlossenen Gruppe am SPD-Frühlingstreffen vom 18. bis 24. April 2008 in Rovinj in Istrien (Kroatien) teilgenommen. Die 37 Reisetilnehmer/innen erlebten in jeder Hinsicht eine spannende und erlebnisreiche Fahrt, die sie alle in guter Erinnerung behalten werden. Aus dem vielfältigen Programm seien hier folgende Punkte genannt:

- Hin- und Rückfahrt im Komfortreisebus mit Zwischenübernachtung



Gruppenfoto vor dem alten Rathaus in Pula (Kroatien).



Die Braunschweiger Gruppe beim Besuch des historischen Freilufttheaters in Pula.



Gemeinsam mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden Björn Engholm in Kroatien: Karl-Heinz Mühe, Volker Mewes und Axel Gummert (v.l.).

- Politischer Frühschoppen mit Björn Engholm/Gespräch mit der Historikerin Prof. Dr. Helga Grebing
- Große Rundfahrt durch Istrien und nach Triest (jeweils ganztägig)

- Besuch der Stadt Pula und der Sommerresidenz des ehemaligen Präsidenten Tito (Insel Brijuni)
- Besuch und Besichtigung der Stadt Ljubljana mit Empfang im Rathaus

Das SPD-Frühlingstreffen wurde vom SPD-Reiseservice in Berlin organisiert.

Insgesamt nahmen 345 Personen aus der ganzen Bundesrepublik teil, die in 8 Reisebussen angereist sind.

Der Kreis der „Reisefreunde in der SPD“ wurde um die Teilnehmer der Kroatienreise erweitert.

Die Reiseleitung lag erneut in den Händen von Karl-Heinz Mühe.

Für das SPD-Frühlingstreffen nach Andalusien im Mai des Jahres 2009 haben sich bisher 16 Reisefreunde angemeldet.

Die Reise ist seit dem 20. Februar ausgebucht. Die Braunschweiger Gruppe wird vom ehemaligen Bürgermeister der Stadt Wolfenbüttel, Axel Gummert, betreut.

Für die Zeit vom 8. bis 11. August 2009 ist anlässlich des 15. Bestehens der Arbeitsgemeinschaft 60plus eine Sternfahrt nach Kirchrhoda in Thüringen geplant. Informationen dazu gibt es bei Karl-Heinz Mühe.

Angebote und Hilfen des SPD-Reiseservice

Da viele Ortsvereine, Fraktionen und andere Gliederungen der SPD bisher und wohl auch zukünftig Gruppenreisen organisieren, wei-

sen wir an dieser Stelle mit einigen Hinweisen auf die Dienstleistungen des SPD-Reiseservice hin. Der Reiseservice ist interessiert und gerne bereit, Gruppenreisen für unsere Gliederungen zu organisieren. Unter anderem ist folgendes möglich:

- Übernahme der gesamten Organisation einer Reise (Bus mieten, Hotel buchen, Programm gestalten, Preise berechnen, Stellung eines Reiseleiters u. a. m.)
- Übernahme von Haftungsansprüchen und Versicherungsfragen
- Klärung des Anmeldeverfahrens, Einzahlung von Teiln.-Beiträgen usw.

Das Team des SPD-Reiseservice besteht ausschließlich aus ausgebildeten Touristikfachleuten mit großer Erfahrung in allen Touristikbereichen. Der Reiseservice ist wie folgt zu erreichen:

Telefon 0 30/25 59 46 00

Mail info@spd-reiseservice.de

und www.spd-reiseservice.de

Für weitere Informationen und Nachfragen stehen Euch beim SPD Bezirk Braunschweig zur Verfügung:

Karl-Heinz Mühe

Telefon 05 31/4 80 98 27

Mail Karl-Heinz.Muehe@spd.de

Bodo Seidenthal

Telefon 0 53 65/23 46

Mail Bodo@seidenthal.de

Karl-Heinz Mühe & Bodo Seidenthal

SPD-Bezirk Hannover

Grundsatzprogramm und Hamburger Bundesparteitag

Nach insgesamt acht Jahren Diskussion hat die SPD sich Ende 2007 auf ihrem ordentlichen Bundesparteitag in Hamburg ein neues Grundsatzprogramm gegeben. Seit dem Beginn der Programmdebatte 1999 hat der Bezirk Hannover mit Veranstaltungen, Foren und schließlich auf dem Bezirksparteitag 2007 die Debatte um das Grundsatzprogramm besonders engagiert geführt. Zahlreiche Anregungen und Änderungsvorschläge aus dem Bezirk Hannover zum Bremer Entwurf sind in das Hamburger Programm eingeflossen.

Das Programm enthält gegenüber dem Berliner Programm einige neue Perspektiven. Die europäische Sichtweise, der Anspruch auf Gestaltung der Globalisierung, die Rolle der Nachhaltigkeit für sozialdemokratische Poli-

tik und die gewachsene Bedeutung der Kommunen ist im Programm verankert. So lieferte das Programm bereits vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise einen Kompass, um den Primat der Politik über die Ökonomie wiederzugewinnen. Die Partei im Bezirk hat diesen programmatischen Impuls stärker in die Öffentlichkeit und in wichtige Bereiche gesellschaftspolitisch relevanter Kräfte und Bündnispartner hineingetragen.

Neben den Neuwahlen des Parteivorstandes (Edelgard Bulmahn, Wolfgang Jüttner, Garrelt Duin aus Niedersachsen wurden gewählt, Walter Meinhold für die Kontrollkommission) stand die Debatte um die Bahnreform und die Privatisierung im Vordergrund der Diskussion. Der Bezirk Hannover hat dabei versucht, einen Kompromiss zu erzielen,

der den öffentlichen Auftrag der Bahn gegen die privaten Kapitalinteressen verteidigen sollte. Unser konstruktiver Ansatz war für das Gelingen des Parteitags wesentlich.

Vorbereitung der Landtagswahl im Januar 2008

Die politische Arbeit der vergangenen Jahre war bestimmt durch die Landtagswahl Ende Januar 2008. Unter dem Motto „Niedersachsendgerechter“ und zugespitzt in der heißen Wahlkampfphase mit „Gerechtigkeit kommt wieder“ versuchte sich die SPD in Niedersachsen vom negativen Trend abzusetzen und die klassischen Kernbotschaften der SPD im Wahlkampf der Bevölkerung näher zu bringen. Der Kampf um den Mindestlohn, mehr

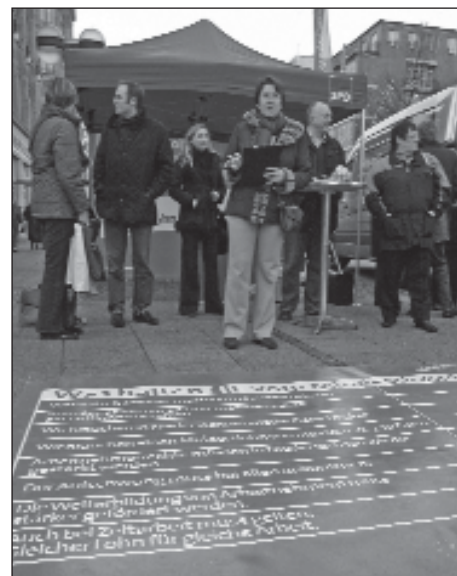
Bildungsgerechtigkeit und andere Themen nahmen deshalb schon im Vorwahlkampf eine große Rolle ein.

Landtagswahl 2008

Die SPD hatte sich zum Ziel gesetzt, in einem sehr engagiert geführten Landtagswahlkampf durch ihre Vorstellungen von gerechterer Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik zu überzeugen.

Das Ergebnis: Bei der Wahl zum 16. Niedersächsischen Landtag hat die SPD in Niedersachsen 19 Direktmandate und 29 Mandate über die Landesliste (LL) errungen. Es wurden 21 SPD-Abgeordnete aus dem SPD-Bezirk Hannover in den Landtag gewählt. Gegenüber 2003 haben wir im Bezirk Hannover die Zahl der direkt gewählten Abgeordneten von vier auf neun mehr als verdoppeln können. Gabriele Andretta, Heiner Bartling,

Frauke Heiligenstadt, Wolfgang Jüttner, Stefan Politze, Ronald Schminke, Uwe Schwarz und Stefan Schostok haben dabei auch deutlich besser abgeschnitten als die SPD bei den Zweitstimmen im jeweiligen Wahlkreis. Darüber hinaus ist durch die Aufstellung der Landesliste versucht worden, eine möglichst flächendeckende Präsenz zu erreichen. Bei einem Ergebnis von 30,3% ist das jedoch ausgesprochen schwierig. Überdies ist das schlechteste Ergebnis der SPD in Niedersachsen auch Ausdruck dafür, dass es nicht gelungen war, die Defizite der Landesregierung ausreichend deutlich zu machen und die eigenen besseren Konzepte z. B. in der Schul- und Bildungspolitik zu transportieren. Im Vergleich zur Landtagswahl 2003 verzeichnete die CDU einen Verlust in Höhe von 6,5 %-Punkten. Das CDU-Landesergebnis ist gemessen an der Zahl der absoluten Stimmen das schlechteste Ergebnis seit 1963.



Landtagswahlkampf

Ergebnisse der Landtagswahl 2008 im SPD-Bezirk Hannover

Wahlkreis	Erststimmen in %	Zweitstimme in %	Gewählt
15 Duderstadt	32,3	28,0	—
16 Göttingen/Münden	44,2	37,6	Ronald Schminke
17 Göttingen-Stadt	37,1	28,9	Gabriele Andretta
18 Northeim	44,1	38,7	Frauke Heiligenstadt
19 Einbeck	42,1	36,8	Uwe Schwarz
20 Holzminden	36,7	34,2	Sabine Tippelt - LL 31
21 Hildesheim	32,7	28,5	Jutta Rübke - LL 14
22 Sarstedt/Bad Salzdetfurth	36,9	33,5	Markus Brinkmann - LL 32
23 Alfeld	39,5	37,8	—
24 Hannover-Döhren	31,9	26,7	Sigrid Leuschner - LL 9
25 Hannover-Buchholz	36,3	31,2	—
26 Hannover-Linden	46,1	35,1	Wolfgang Jüttner
27 Hannover-Ricklingen	40,2	33,6	Stefan Politze
28 Hannover-Mitte	40,5	32,0	Stefan Schostok
29 Laatzen	41,0	34,6	Silke Lesemann - LL 35
30 Lehrte	37,3	32,8	—
31 Langenhagen	31,9	28,1	Marco Brunotte - LL 26
32 Garbsen/Wedemark	37,2	32,2	—
33 Neustadt/Wunstorf	38,6	32,5	—
34 Barsinghausen	42,0	33,0	Heinrich Aller - LL 11
35 Springe	36,2	31,3	—
36 Bad Pyrmont	36,2	33,2	Ulrich Watermann - LL 23
37 Schaumburg	42,7	35,8	Heiner Bartling
38 Hameln/Rinteln	37,4	32,3	—
39 Nienburg/Schaumburg	34,1	31,6	Grant Hendrik Tonne - LL 28
40 Nienburg-Nord	35,1	31,9	—
41 Syke	32,0	29,5	—
42 Diepholz	30,3	26,9	—
45 Bergen	27,9	25,6	Rolf Meyer - LL 38
46 Celle	32,0	27,0	—
47 Uelzen	34,6	29,5	—
48 Elbe	30,0	25,2	—
49 Lüneburg	35,4	27,5	Andrea Schröder-Ehlers - LL 18
50 Winsen	29,6	24,8	—
51 Seevetal	32,2	26,2	Silva Seeler - LL 7
52 Buchholz	26,9	21,9	Brigitte Somfleth - LL 39

Auswertung der Landtagswahl in den Unterbezirken

Als Konsequenz aus dem teilweise niederschmetternden Ergebnis setzte der SPD-Bezirksvorstand umgehend eine Projektgruppe zur Auswertung des Wahlergebnisses und zur Entwicklung von Vorschlägen für die politische Arbeit der SPD ein. Unter sehr aktiver Beteiligung der Unterbezirke wurde unter der Leitung von Stephan Klecha und Wolf Kutzer eine Reihe von Vorschlägen entwickelt. Unter anderem soll zukünftig die kommunale Ebene in der SPD einen größeren Stellenwert erhalten, indem Landes- und Kommunalpolitik stärker vernetzt und untereinander abgestimmt werden.

Strukturreform und Aufwertung der SPD in Niedersachsen

Die Unterbezirke haben in der Konsequenz dieser Vorschläge durch eine Satzungsänderung auf Landesebene das Recht erhalten, direkt Vorschläge für die Besetzung des Landesvorstandes und Mitglieder für den neu gegründeten Landesparteirat zu stellen. Dies stellt eine erheblich verbesserte Mitwirkung der UBs an der Landespolitik dar. Der Bezirksvorstand Hannover setzt sich darüber hinaus für eine Zusammenfassung der Bezirke in einem Landesbezirk Niedersachsen ein. Eine erste Strukturvereinbarung ist dazu vor dem Landesparteitag im Juni 2008 beschlossen worden. Entsprechende erste Schritte der Stärkung des Landesverbandes mit der Bestellung von Personal der Bezirke an den Landesverband für wichtige strategische Aufga-



Bezirksparteitag



Wolfgang Jüttner trägt auf dem Bezirksparteitag den Rechenschaftsbericht vor



Diskussion auf dem Bezirksparteitag über die ca. 200 Anträge zum Grundsatzprogramm. Das Präsidium: Frauke Heiligenstadt, Elke Tonne-Jork, Stefan Schostok, Ines Schütte (v.l.)

ben der Politischen Bildung, der Internet- und Öffentlichkeitsarbeit etc. in der Umsetzung sind konkret Ende 2008 beschlossen worden. Nach der Bundestagswahl ist es unser erklärtes Ziel, die Reform zu vollenden.

Diese Maßnahmen dienen der Sicherung der Präsenz und der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort, der transparenten Meinungsbildung vom Ortsverein über den Unterbezirk zum Landesbezirk und der Bundespartei, der Verbesserung der Kampagnenfähigkeit auch durch die Bündelung der Ressourcen und Kräfte.

Themen im Bezirksvorstand:
Bahnreform,
Arbeitsmarktpolitik, ...

Die vergangenen beiden Jahre wurden genutzt, das sozialdemokratische Profil in wesentlichen Fragen der Landes- und Bundespolitik zu schärfen. Die Programmdiskussion bot dafür reichlich Gelegenheit, Grundsatzfragen zu diskutieren. Der Bezirksvorstand hat sich darüber hinaus mit folgenden Themen befasst: Bahnprivatisierung, Arbeitsmarktpolitik, Situation der ARGEn und Job-

center, Zukunft von ALG II, Programm für Langzeitarbeitslose und schwerstvermittelbare Arbeitslose, Situation der beruflichen Bildung/Ausbildung von Jugendlichen, Sozialpolitik (mit der AWO), Gestaltung der Übergänge in die Rente durch Altersteilzeit und Arbeitspolitik.

Vorbereitung von Europa- und Bundestagswahl

Die SPD im Bezirk Hannover formulierte in ihrer EU-Vertreterversammlung Ende 2008 das Ziel, dass die Europawahl eine höhere Aufmerksamkeit genießen muss. Wichtige Voraussetzungen für ein erfolgreiches Abschneiden sind programmatisch durch einen Bedeutungszuwachs innerhalb der SPD (siehe Grundsatzprogramm) und eine mögliche stärkere Politisierung der Europapolitik in der aktuellen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geschaffen. Die SPD muss ihre gestaltende Rolle für ein soziales Europa deutlich machen und die Bevölkerung davon überzeugen, dass nur mit einer starken sozialistischen Fraktion eine neue Regulierung mit aktiver Sozial- und Wirtschaftspolitik möglich ist.

Mitglieder des Vorstandes 2007 bis 2008

VORSITZENDER:

Wolfgang Jüttner

STELLV. VORSITZENDE:

Elke Tonne-Jork, Ulrich Watermann

SCHATZMEISTER:

Wolf Kutzer

WEITERE MITGLIEDER:

Markus Brinkmann, Klaus-Peter Dehde, Karl Finke, Ulf-Birger Franz, Waltraud Friedemann, Frauke Heiligenstadt (gf. BzV), Udo Husmann, Hauke Jagau (gf. BzV), Stephan Klecha, Uwe König, Sigrid Leuschner, Gabriele Lösekrug-Möller (gf. BzV), Caren Marks, Walter Meinhold, Astrid Schlegel, Andrea Schröder-Ehlers, Uwe Schwarz, Brigitte Somfleth, Sebastian Vollmer, Stefan Schostok (Ltd. Gf./gf. BzV)

Wichtige Konferenzen und Veranstaltungen

12./13. 1. 2007

Programmworkshop

19. 1. 2007

Regionalkonferenz (Northeim)

27. 1. 2007

Der vorsorgende Sozialstaat (SPD & Kirche im SPD-Bezirk Hannover mit Gabriele Lösekrug-Möller und Hubertus Heil)

16. 2. 2007

Große Konferenz zum Grundsatzprogramm mit Wolfgang Jüttner

31. 3. 2007

Juso-Bezirkskonferenz

15./16. 6. 2007

ordentlicher Bezirksparteitag

23. 6. 2007

Zukunftskonvent in Hannover

5./6. 4. 2008

Juso-Bezirkskonferenz

19. 4. 2008

AsF-Bezirkskonferenz

17./18. 5. 2008

Seminar

„Demokratie und Toleranz stärken – Jung und Alt gemeinsam gegen Rechts“

2. 9. 2008

AsG-Bezirkskonferenz

12. 9. 2008

EU-VertreterInnenversammlung

Bezirk Nord-Niedersachsen

Kräfte neu bündeln

Hinter uns liegen zwei ereignisreiche Jahre, die geprägt waren durch die Landtagswahl im Januar 2008, die Debatte um das im Oktober 2007 beschlossene „Hamburger Grundsatzprogramm“ und die Konsequenzen aus dem Landtagswahlergebnis.

Für die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm wurde eine Steuerungsgruppe eingesetzt, die die Diskussionen in die Gliederungen trug und die Ergebnisse auf der Bezirksebene zusammenfasste. Mit der Bezirkskonferenz am 7. September 2007 wurde diese Diskussion mit einem umfangreichen Antragspaket an den Bundesparteitag abgeschlossen.

Für die politische Programmarbeit wurden vom Bezirksvorstand zwei Programmwerkstätten eingesetzt.

Wir stehen in Niedersachsen vor der großen Herausforderung, unsere Kräfte neu zu bündeln und uns für kommende Herausforderungen gut aufzustellen. Vor uns liegen harte Jahre der gemeinsamen Arbeit mit dem Landesverband und mit den niedersächsischen Bezirken. Dazu sind wir bereit. Die ersten strukturellen Grundlagen für eine starke niedersächsische SPD sind geschaffen. Mit dem Beschluss unserer Bezirkskonferenz am 13. Juni 2008 haben wir unsere Erwartungen an eine Neuorientierung der SPD-Niedersachsen formuliert. Der Landesvorstand hat seinerseits Schlussfolgerungen aus dem Bericht der nach der Landtagswahl eingesetzten „Zukunftskommission“ und der „Strukturkommission“ gezogen. Der Bezirksvorstand hat eine Vereinbarung mit den niedersächsischen Bezirken getroffen, um die politische Handlungsfähigkeit und die Kampagnenfähigkeit des SPD-Landesverbandes zu stärken, um Kräfte zu bündeln und das landespolitische Profil der SPD Niedersachsen zu schärfen“. Dieser Prozess wird sich in den Folgejahren fortsetzen.

Arbeitsgemeinschaften

Im Bezirk sind sechs Arbeitsgemeinschaften aktiv. Die AsF, die Jusos und die AG 60plus können sich auf einen Organisationsaufbau in Ortsvereinen und Unterbezirken stützen. Daneben arbeiten die AfB, die ASG und die AsJ auf Bezirksebene.

Mitgliederwerbekampagne

Die bundesweite Mitgliederkampagne „Mitmachen.spd.de“ hat die erhofften Ziele verfehlt. Wir wollten vom 1. Juni 2006 bis zum Juni 2008 flächendeckend 10 Prozent Neu-

mitglieder gewinnen. Der Bezirk Nord-Niedersachsen erreichte immerhin einen guten mittleren Platz im Ranking der Bezirke und Landesverbände.

Grundsatzprogrammdebatte

Für ein abgestimmtes Veranstaltungs- und Informationsangebot in den Unterbezirken hat der Bezirksvorstand eine Steuerungsgruppe eingerichtet. In allen Unterbezirken und Arbeitsgemeinschaften wurde die Programmdebatte aktiv begleitet.

Landtagswahlen 2008

Das Ergebnis der Landtagswahl im Januar 2008 war auch für die SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen enttäuschend. Mit 28,6 Prozent der Zweitstimmen haben wir wie die Landes-SPD noch einmal einen Verlust von drei Prozent hinnehmen müssen. Wir stellen im Landtag nur noch vier Abgeordnete, vier weniger als in der letzten Wahlperiode. Trotz der aktiven Wahlkämpfe in den Wahlkreisen konnten im Bezirk insgesamt nur 32,7 Prozent der Erststimmen gewonnen werden (-1,9%). Die SPD musste in allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Verluste hinnehmen. Die geringe Wahlbeteiligung von 56,3 Prozent (-9,8%) hat besonders der SPD geschadet. Diese zweite bittere Wahlniederlage nach 2003 konnte nicht ohne Folgen für die weitere Arbeit der SPD bleiben.

Bezirksparteitage

Der seit 1991 amtierende Bezirksvorsitzende Dieter Möhrmann (60 Jahre), Landtagsvizepräsident aus Schneverdingen, wurde mit 80 Prozent bestätigt. Neben Dieter Möhrmann wurden neue stellvertretende Vorsitzende Gwendolin Jungblut aus Achim und Claus Johannßen aus Otterndorf. Bernd Wölbern aus Sittensen wurde als stellvertretender Bezirksvorsitzender wiedergewählt.

Ein besonderes Dankeschön erhielt die scheidende stellvertretende Bezirksvorsitzende Christina Bührmann. Für ihr jahrzehntelanges politisches Wirken als Frauenministerin und Landtagsabgeordnete, als Bezirksvorstandsmitglied seit 1982 und stellvertretende Bezirksvorsitzende seit 2002 erhielt sie von Dieter Möhrmann und Bundesminister Olaf Scholz die Willy-Brandt-Medaille.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz warb in seiner Rede für den Mindestlohn und Ausbildungsstellen für alle Jugendlichen.



Der Bezirksvorsitzende Dieter Möhrmann erläutert seinen Jahresbericht zum 61. Bezirksparteitag.

Einstimmig wählten die Delegierten den Rechtsanwalt Ronald Frerks zum Kandidaten für die Europawahl am 7. Juni 2009.

Der Bezirksparteitag unterstützte mit großer Mehrheit den Leitantrag des Bezirksvorstands „Kinder sind unsere Zukunft!“ Damit stellten die nord-niedersächsischen Sozialdemokraten die Bildungs-, Jugend- und Familienpolitik in den Mittelpunkt. „Ziel der SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen ist eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft, die gleiche Lebenschancen für alle bietet. Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst und vor allem Bildung und Familie. Deshalb will die SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen Familien stärken und bessere Bildung für alle durchsetzen.“, heißt es in dem vom SPD-Bezirksvorstand vorgelegten Parteitagbeschluss.



Arbeitsminister Olaf Scholz und Bezirksvorsitzender Dieter Möhrmann verabschiedeten die frühere Niedersächsische Frauenministerin Christina Bührmann, die nach 20-jähriger Tätigkeit im Bezirksvorstand nicht wieder kandidierte.

Mitgliederzahlen

31. 12. 2007: 6.796 · 31. 12. 2008: 6.497

Konferenzen und Veranstaltungen

- 17. 3. 2007
JUSO-Bezirkskonferenz in Soltau
- 22. 4. 2007
60plus-Bezirkskonferenz in Verden
- 26. 6. 2007
Zukunftskonvent 2020 in Hannover
- 7. 9. 2007
Bezirkskonferenz zum Grundsatzprogramm in Wremen
- 17. 11. 2007
60plus-Bezirkskonferenz in Munster
- 29. 3. 2008
AsF-Bezirkskonferenz in Himmelpforten
- 3. 5. 2008
JUSO-Bezirkskonferenz in Hambergen
- 13. 6. 2008
Bezirkskonferenz zur Organisationsstruktur in Niedersachsen in Stade
- 6. 9. 2008
Europa-Wahlkonferenz in Schneverdingen

Bezirksvorstand

Gewählt auf dem 60. Bezirksparteitag am 22. April 2006 in Cuxhaven:

EHRENVORSITZENDER:
Karl Ravens

VORSITZENDER:
Dieter Möhrmann, MdL
UB Soltau-Fallingbostel

STELLVERTRETER/INNEN:
Christina Bührmann, UB Verden
Gunnar Wegener, UB Cuxhaven
Bernd Wölbern, UB Rotenburg

FINANZVERANTWORTLICHER:
Ernst Tilsner, UB Stade

BEISITZERINNEN:
Richard Eckermann, UB Verden
Dr. Tim Jesgarzewski, UB Osterholz
Lars Klingbeil, UB Soltau-Fallingbostel
Lothar Klüser, UB Cuxhaven
Dörthe Liebetruh, UB Verden
Renate Preuß, UB Osterholz
Annika Protze, UB Cuxhaven
Rudolf Robbert, UB Cuxhaven
Elke Schnakenberg, UB Osterholz
Petra Tiemann, UB Stade

GESCHÄFTSFÜHRER:
Heino Baumgarten

Gewählt auf dem 61. Bezirksparteitag am 6. September 2008 in Schneverdingen

EHRENVORSITZENDER:
Karl Ravens

VORSITZENDER:
Dieter Möhrmann, MdL
UB Soltau-Fallingbostel

STELLVERTRETER/INNEN:
Gwendolin Jungblut, UB Verden
Claus Johannßen, UB Cuxhaven
Bernd Wölbern, UB Rotenburg

FINANZVERANTWORTLICHE:
Petra Tiemann, MdL, UB Stade

BEISITZER/INNEN:
Richard Eckermann, UB Verden
Sandra Sabrina Groß, UB Cuxhaven
Lars Klingbeil, UB Soltau-Fallingbostel
Daniela Behrens, UB Cuxhaven
Lore Künemann, Verden/60plus
Dörte Liebetruh, UB Verden
Jendrik Schröder, UB Osterholz
Gunnar Wegener, UB Cuxhaven
Birgit Wilgorski, UB Stade

GESCHÄFTSFÜHRER:
Heino Baumgarten

Bezirk Weser-Ems

1. Allgemeiner politischer Rahmen

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bezirks Weser-Ems stand im Berichtszeitraum die Landtagswahl 2008.

Der Bezirksvorstand hat auf seinen zahlreichen Sitzungen für den Bezirk relevante Themen, wie VW-Gesetz, erneuerbare Energien und maritime Wirtschaft intensiv behandelt. Der Bezirksvorstand beschäftigte sich auch mit der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen.

Der Bezirksvorstand hat den ordentlichen Bundesparteitag 2007 in Hamburg, den außerordentlichen Bundesparteitag am 18. Oktober in Berlin und die Landesparteitage am 21. Juni 2008 in Hannover und am 10. Oktober 2007 in Oldenburg vorbereitet.

Landesverband und Bezirk Weser-Ems haben sich auch intensiv mit der zukünftigen Struktur der SPD in Niedersachsen auseinandergesetzt. Der Landesverband hatte zunächst eine Zukunftskommission eingerichtet, der aus Weser-Ems Reinhard Pauk ange-

hörte, und dann eine Strukturkommission gebildet, in der Gerd Will, Hans-Dieter Haase und Hans-Rainer Strang für den Bezirk mitgearbeitet haben.

Die Parteigliederungen in Weser-Ems sind an diesem Strukturprozess beteiligt worden durch Teilnahme der Unterbezirksvorsitzenden an Bezirksvorstandssitzungen und mit der Durchführung eines Kleinen Bezirksparteitages am 14. Juni 2008 in Osnabrück.

2. Parteitage

Der letzter ordentliche Bezirksparteitag fand am 8./9. September 2007 in der Stadthalle Wilhelmshaven statt. Er stand unter dem Motto „Besser für Niedersachsen, gerechter für die Menschen: Niedersachsegerechter.“ Im Mittelpunkt standen der bevorstehende ordentliche Bundesparteitag in Hamburg mit der Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms für die SPD und die Niedersachsen-Wahl am 27. Januar 2008. Parteitagsredner war der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Peter Struck, und der Spitzen-

kandidat zur Landtagswahl und Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner.

In seinem Grußwort sagte Oberbürgermeister Eberhard Menzel, dass die Stadt Wilhelmshaven heute der wichtigste und größte Standort der deutschen Marine ist. Wilhelmshaven besitzt an der Jade den einzigen deutschen Tiefwasserhafen und ist der bedeutendste Erdölumschlaghafen des Landes. Mit dem Bau des Jade-Weser-Ports besteht für die gesamte Region großes wirtschaftliches Entwicklungspotenzial. Wilhelmshaven ist eine Stadt mit zahlreichen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und einer Fachhochschule.

In einem Entschließungsantrag wurden die Bedeutung dieses Tiefwasserhafens für die gesamte Nordwest-Region hervorgehoben und die Versäumnisse der Landesregierung kritisiert. Der SPD-Bezirksparteitag verlangte, den überforderten Wirtschaftsminister beim Jade-Weser-Port durch einen Projektverantwortlichen abzulösen, der das Hafenprojekt wieder in Bewegung bringt und, wie zeitlich vorgesehen, umsetzt.



Garrelt Duin wurde als Bezirksvorsitzender mit 93,6 % Zustimmung in Wilhelmshaven wiedergewählt.

In seiner Parteitage Rede appellierte Peter Struck an den EADS-Konzern, eine deutsche Lösung für die Airbus Werke in Varel und Nordenham zu finden. Er betonte die Notwendigkeit des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan; einen Einsatz im Inneren lehnte er entschieden ab. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion sprach sich weiter gegen die Abschaffung der Wehrpflicht aus. Auch „Nordhorn Ranch“ muss geschlossen werden, falls die Anlage in Wittstock nicht mehr in Betrieb genommen wird. Der Mindestlohn bleibt bis zur gesetzlichen Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns auf der Tagesordnung.

In seinem Redebeitrag ging Wolfgang Jüttner auch auf die aktuelle Entwicklung beim Jade-Weser-Port ein. Die Verwirklichung dieses Projektes ist eine Riesenchance für Wilhelmshaven. Der Bau darf nicht länger durch eine dilettantische Landesregierung verzögert oder gar verspielt werden.

Eine SPD geführte Landesregierung wird die Kitagebühren abschaffen und die eingeführten Studiengebühren wieder aufheben. Wolfgang Jüttner sprach sich weiter für eine gute praxisnahe Ausbildung der Lehrer und Erzieher aus.

In einem Schließungsantrag zur Landtagswahl forderte die SPD Weser-Ems eine bezahlbare Versorgung mit den Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge in allen Teilen des Landes. Für die SPD sind Menschen in Regionen mit abnehmender Bevölkerung genauso wichtig wie in boomenden Regionen unseres Landes. In Weser-Ems mit großen

Kompetenzen in der Mobilitätswirtschaft, in der Luft- und Raumfahrt, im agrarindustriellen Sektor, in der maritimen Wirtschaft, in der Gesundheitswirtschaft und im Tourismus müssen diese Stärken entfaltet werden durch mehr Investitionen. Erneuerbare Energien stehen dabei im Mittelpunkt. Die Weser-Ems Landtagsabgeordneten werden dafür sorgen, dass die Belange des Weser-Ems Raumes wieder mehr Gehör in Hannover finden.

Für die SPD wird die Sozial- und Bildungspolitik im Mittelpunkt des Landtagswahlkampfes stehen, berichtete Bezirksvorsitzender Garrelt Duin. Er sprach sich für eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den KommunalpolitikerInnen aus. Bürgerinnen und Bürger setzen auf eine geschlossene SPD. Die SPD Weser-Ems und ihre Landtagskandidaten werden mithelfen, dass Wolfgang Jüttner der nächste niedersächsische Ministerpräsident wird.

Der Bezirksvorsitzende dankte den Unterbezirken, Ortsvereinen, Projektgruppen, Foren, Netzwerken und Arbeitsgemeinschaften für die geleistete Arbeit.

Zum Bezirksvorsitzenden wurde Garrelt Duin mit 93,6% Zustimmung wieder gewählt; seine drei Stellvertreter wurden Swantje Hartmann (ist 2009 zurückgetreten und später ausgetreten), Johanne Modder und Gerd Will. Hans-Dieter Haase wurde wieder Schatzmeister, und als BeisitzerInnen wurden Axel Brammer, Heidrun Burfeind, Hans Forster, Matthias Groote, Holger Heymann, Wolfgang Kirchner, Olaf Lies, Hermann Mohrschladt, Hanna Naber, Sigrid Rakow,

Kristina Stuntebeck, Beate Uhlmann und Christine Will gewählt.

Im Mittelpunkt der Antragsberatung standen die 69 eingereichten Anträge zum Grundsatzprogramm. Hierzu hat die Programmkommission des Bezirks zu den Kapiteln Europa, Globalisierung, vorsorgender Sozialstaat, Klima- und Energiepolitik, unsere Grundwerte, neue Arbeit und Bildung eine herausragende und umfangreiche Vorarbeit geleistet. Die Anträge der Programmkommission wurden mit kleinen Änderungen angenommen und an den Bundesparteitag weitergeleitet. Dies galt auch für eine Reihe von Anträgen aus den Gliederungen. Weitere Themenschwerpunkte der Antragsberatung auf diesem Bezirksparteitag waren die Bereiche Arbeit, Außen- und Sicherheitspolitik, Bildungspolitik, Finanzen, Innenpolitik, Soziales, Familien und Kinder, Umwelt-, Energie- und Klimaschutz und Wirtschaftspolitik. Die Bereiche Umwelt, Wirtschaft und die vorliegenden Initiativanträge konnten nicht mehr behandelt werden und wurden auf den nächsten Kleinen Bezirksparteitag überwiesen.

Hermann-Tempel-Preise auf dem Parteitag 2007 wurden verliehen

- für „Bürgerengagement“ ein 1. Preis an den Juso-Unterbezirk Vechta, ein 2. Preis an die Juso-Hochschulgruppe Oldenburg und zwei 3. Preise an den Ortsverein Suurhusen und die AG 60plus im Kreisverband Osnabrück;
- für „Aktivitäten im Kommunalwahlkampf“ zwei 1. Preise an den Gemeindeverband Apen und den Ortsverein Bramsche sowie ein 3. Preis an den Ortsverein Schortens.

Kleiner Bezirksparteitag und Bezirksvertreterversammlung am 16. Juni 2007 in Aurich

Der Kleine Bezirksparteitag am 16. Juni 2007 in Aurich beschloss den Vorschlag des SPD Bezirks Weser-Ems für die Landesliste zur Landtagswahl 2008 und wählte die Delegierten zur Landesvertreterversammlung. Auf den 1. Platz für den Bezirk Weser-Ems wählte der Kleine Bezirksparteitag einstimmig Claus Peter Poppe aus Quakenbrück.

In seiner Rede betonte Bezirksvorsitzender Garrelt Duin, dass der SPD-Bezirk Weser-Ems die Kandidatur von Wolfgang Jüttner als Spitzenkandidat der SPD unterstützen wird. Der SPD Bezirk Weser-Ems macht mit seinen Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl ein personelles Angebot, das sich durch Kompetenz und ausgewogene Berücksichtigung aller Regionen im Bezirk auszeichnet.

Kleiner Bezirksparteitag am 14. Juni 2008 in Osnabrück

Auf diesem Kleinen Bezirksparteitag wurden die vom ordentlichen Parteitag überwiesenen Anträge behandelt und angenommen.

In seiner Parteitagsrede sprach SPD-Landes- und Bezirksvorsitzender Garrelt Duin zur Zukunft Niedersachsens. Er ging auf die Ursachen der Wahlniederlage in Niedersachsen und auf Schlussfolgerungen für die zukünftige Politik in Niedersachsen und die notwendige Neuorganisation der Partei ein.

Der Landesvorstand muss politisch schlagkräftiger werden und der Partei Orientierung geben, meinte Garrelt Duin. Die SPD in Niedersachsen hat die Kraft, aus ihrem Tief wieder heraus zu kommen, wenn sie sich auf ihre eigenen Kräfte besinnt.

Die SPD hatte im Landtagswahlkampf zwar auf die richtigen Themen gesetzt, aber die Themenauswahl war nicht umfassend genug und es fehlte an Glaubwürdigkeit.

Garrelt Duin verlangte von seiner Partei

- eine längerfristige Personalplanung und umfangreiche Weiterbildung,
- eine bessere Verankerung in den gesellschaftlichen Gruppen,
- die Bildung eines Gewerkschaftsrates auf Landesebene und regional,
- eine bessere Verzahnung zwischen der Landesebene und den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern,
- eine verbesserte Diskussionskultur im Landesverband; dazu soll ein Landesparteitrat dienen und eine Neuorganisation zwischen Bezirken und Landesverband erfolgen. Nach seiner Auffassung soll die mittlere Parteiebene nicht einfach abgeschafft werden, sondern durch Regionen mit eigenen Rechten ersetzt werden.

Der Kleine Bezirksparteitag nahm den hierzu vorgelegten Antrag „Neue Stärke: Die Niedersachsen-SPD“ bei zwei Gegenstimmen an. In dem Antrag werden zwei Modelle angesprochen:

- eine deutliche inhaltliche Aufwertung der Rolle und der Zuständigkeit des Landesverbandes sowie eine veränderte Finanz- und Personalstruktur in Niedersachsen auf der Basis einer Vereinbarung der vier SPD-Bezirke, oder
- die Auflösung der vier Bezirksverbände zugunsten von Regionalverbänden der SPD in Niedersachsen bei gleichzeitiger Schaffung eines Landesbezirks für ganz Niedersachsen. Die Entscheidungsfindung soll eine Strukturkommission des Landesverbandes vorbereiten. Eine wichtige Beratungsgrundlage hierfür ist das Ergebnis der Zukunftskommission des Landesverbandes. Der Kleine SPD-Bezirksparteitag We-

ser-Ems beschloss, den Landesparteitag zu bitten, den Antrag auf Änderung der Landdessatzung zu beschließen.

3. Landtagswahl 2008

Bei der Landtagswahl am 27. Januar 2008 verfehlte die SPD das von ihr selbst gesetzte Wahlziel deutlich. Mit 30,3% Zweitstimmen verlor die SPD gegenüber der letzten Landtagswahl 3,1% und rund 300.000 Wählerinnen und Wähler. Die CDU verlor zwar landesweit mit 5,8% und 470.000 Wählerinnen und Wähler deutlicher, kann aber mit der FDP als drittstärkster Partei weiter regieren.

Das Ergebnis für Weser-Ems fiel relativ besser aus: die SPD verlor 1,8%, die CDU immerhin 6,8% gegenüber der letzten Landtagswahl. Trotz des schlechten Landtagswahlergebnisses konnte die SPD in Weser-Ems die Wahlkreise Oldenburg Mitte-Süd, Oldenburg Nord-West, Delmenhorst, Friesland, Leer-Borkum, Emden-Norden und Aurich gewinnen. Die beiden Oldenburger Wahlkreise, Friesland, Delmenhorst und Aurich (hier gibt es allerdings einen neuen Wahlkreiszuschnitt) konnten zurück erobert werden.

Die Weser-Ems Landtagsgruppe umfasst 14 Mitglieder (heute 13).

Der Bezirksvorstand hat sich intensiv mit dem Wahlergebnis auseinander gesetzt und eine Projektgruppe unter der Federführung von Olaf Lies zur Analyse des Wahlkampfes in den Wahlkreisen und Unterbezirken eingesetzt. Der Bezirk Weser-Ems hat auch die Betreuung der verwaisten Landtagswahlkreise sichergestellt. Kandidatinnen und Kandidaten, die eine tiefe kommunalpolitische Verankerung haben, hatten es leichter bei der Landtagswahl. Die SPD hatte auf richtige Themen

gesetzt, wie soziale Gerechtigkeit und Bildungspolitik, aber die Bandbreite der Themen war für einen erfolgreichen Wahlkampf nicht ausreichend. Das der SPD verloren gegangene Vertrauen konnte noch nicht zurück gewonnen werden. Beleg hierfür ist die Wählerwanderungsbewegung: Die Hälfte der verloren gegangenen SPD-Wählerinnen und -Wähler sind zur Gruppe der Nichtwähler abgewandert, rund ein Viertel zur Linkspartei.

Die vom Bezirksvorstand eingesetzte Projektgruppe „Wahlen“ hat die aus den Untergliederungen vorgelegten Wahlanalysen bewertet; einbezogen wurde auch das Ergebnis der Zukunftskommission auf Landesebene.

Die Wahlanalysen zeigen, dass die SPD in der Gruppe der jungen Frauen zulegen konnte; besonders hoch sind die Verluste in den älteren Bevölkerungsgruppen. Bei den Männern zwischen 45 und 59 hat die Linke am stärksten gewonnen. Viele Wählerinnen und Wähler haben sich erst kurz zuvor oder am Wahltag entschieden, ob sie wählen gehen und wen sie wählen wollen.

Der CDU ist es gelungen, unsere Wahlkampfthemen zu besetzen. Die Kampagne „Wackel-Wulff“ ging daneben, weil viele Wählerinnen und Wähler den Ministerpräsidenten sympathisch finden. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften war schwierig und muss dringend verbessert werden.

Unser Regierungsprogramm war auf der Höhe der Zeit; allerdings wurden wichtige gesellschaftliche Themen und Gruppen vernachlässigt. Besonders schmerzlich ist die fehlende wirtschaftspolitische Kompetenz. Die Mindestlohnkampagne ist weitgehend gelungen; unser Verhältnis zur Agenda 2010 muss in einigen Punkten aufgearbeitet werden.

Zur Parteiorganisation ist anzumerken, dass die Partei in einigen Bereichen nicht mehr ausreichend kampagnenfähig ist. Hierzu trägt die Mitgliederentwicklung und Altersstruktur der SPD bei. Mehr Beachtung muss die Wählergruppe der über Sechzigjährigen finden. Die Partei auf Landesebene muss gestärkt und gleichzeitig die Präsenz in der Fläche gesichert werden.

Auf Vorschlag der Projektgruppe „Wahlen“ hat der Bezirk Wahlkampfmaterial aus den Wahlkreisen gesammelt. Sie hat auch eine Fragebogenaktion in den Wahlkreisen durchgeführt, um diese erste Wahlanalyse zu vertiefen.

4. Arbeitsgemeinschaften und Netzwerke

Bezirkswweit arbeiten in Weser-Ems die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB), die Arbeitsgemeinschaft sozialdemo-



Frank-Walter Steinmeier war Hauptredner im Landtagswahlkampf 2008 in Oldenburg; er erhielt als Dankeschön eine „Oldenburger Grünkohlplatte“.

kratischer Frauen (AsF), die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD und die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus. In Oldenburg gibt es zudem die Arbeitsgemeinschaft Selbstständige (AGS) und im Raum Osnabrück die Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG). Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ) gibt es im Bezirk Weser-Ems nicht; es gibt lediglich in einigen Städten Ansprechpartner. AsJ, AsF und Jusos sind auch als Landesverband organisiert; die AfB will einen Landesverband gründen. Die AGS soll auf Bezirksebene wiedergegründet werden.

Nur im Bezirk Weser-Ems gibt es eine Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Die Arbeit unserer beiden Netzwerke „Selbst-Aktiv“ und „Gegen Rechts“ genießen im Bezirk hohes Ansehen.

Bei allen Arbeitsgemeinschaften stand die Unterstützung des Wahlkampfes im Mittelpunkt.

Die AfA arbeitet auch auf norddeutscher Ebene zusammen und führt regelmäßig Regionalkonferenzen durch. Jährlich kommt es auf Bezirksebene zu einem Treffen der AfA mit dem SPD-Bezirksvorstand, den Weser-Ems Abgeordneten und Gewerkschaftsvertretern. Die AfB im Bezirk Weser-Ems hat die Ausrichtung der niedersächsischen Bildungspolitik maßgeblich beeinflusst. Es wurden zwei große Fachkonferenzen durchgeführt: 2007 in Aurich und 2008 in Osnabrück. Der Bezirksvorsitzende Peter Befeldt ist auch Mitglied des Bundesvorstandes.

Die AsF im Bezirk Weser-Ems bearbeitete eine umfangreiche Themenpalette. Dazu gehörten Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Vereinbarkeit von Familien und Beruf und die Gleichstellung der Geschlechter.

Die Jungsozialisten organisierten neben ihrer politischen Arbeit ein eigenes umfangreiches Bildungsprogramm für politisch interessierte junge Menschen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgemeinschaft 60plus ist für alle beispielhaft und findet über die Bezirksgrenzen hinaus Anerkennung und Auszeichnungen. Mit Renate Möglich ist die Bezirksarbeitsgemeinschaft im Bundesvorstand vertreten.

Die Bezirks-SGK befasste sich mit brisanten Themen wie den Konsequenzen für unsere Kommunen aus der demographischen Entwicklung, mit der niedersächsischen Bildungspolitik und den zukunftsfähigen Verwaltungsstrukturen für Niedersachsen. Bei der Vorbereitung der Kommunalwahl und der Gewinnung und Förderung von Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl wird die Bezirks-SGK eine wichtige Rolle spielen.

Unser Netzwerk „Gegen Rechts“ beobachtet aufmerksam die Aktivitäten von Neo-Nazis in Weser-Ems und vernetzt die Aktivitäten gegen Rechts; Bürgeraktionen werden im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt. Durch eigene Veranstaltung wurde versucht, innerhalb und außerhalb der Partei das Bewusstsein für die Gefahren des Faschismus in unserer Gesellschaft zu schärfen.

Das Netzwerk „Selbst-Aktiv“ im Bezirk Weser-Ems ist eines der aktivsten im Bundesgebiet. Unter der Leitung von Helmut Gössling, Gerd Strombach und Mirko Dörfler wurden regelmäßig Treffen durchgeführt. Im Mittelpunkt standen dabei sozialpolitische Themen und der Tourismus.

Bei der innerparteilichen Willensbildung und als Vermittler zu wichtigen gesellschaftlichen Gruppen haben die Arbeitsgemeinschaften eine große Bedeutung. Aus Sicht des Bezirks muss die Zielgruppenarbeit verstärkt werden. Doppelstrukturen zwischen Landes- und Bezirksebene sind möglichst zu vermeiden; dabei darf die Anbindung der Unterbezirke nicht vernachlässigt werden.

5. Bezirksforum und Kommissionen

Im Berichtszeitraum haben das Bezirksforum Europa und die Programmkommission des Bezirks kontinuierlich gearbeitet. Für die Aufgabenbereiche Hochschule/Forschung, Strukturpolitik und regionale Kooperationen, Sozialpolitik und Energie- und Klimapolitik wurden auch Foren oder Kommissionen ins Auge gefasst. Viele dieser Arbeitsfelder wurden direkt im Vorstand und auf Klausurtagungen behandelt. Zudem wurden viel Zeit und personelle Ressourcen durch die zu bestehenden Wahlkämpfe gebunden, so dass die Bildung weiterer Foren und Kommissionen unterblieb.

Das Bezirksforum Europa versuchte, durch seine vielfältigen Aktivitäten die Bedeutung Europas für unser politisches Leben in der Öffentlichkeit und in der Partei zu vermitteln. So führte dieses Forum eine Reihe von Unternehmensbesuchen durch. Von Martin Schwanholz wurden auch die Mitglieder des Forums zu einer Berlinfahrt mit Expertendiskussionen im Deutschen Bundestag eingeladen. Mit zwei Anträgen zum Thema Europa nahm das Bezirksforum Einfluss auf das neue Hamburger Parteiprogramm. Der Europawahlkampf wurde durch eigene Aktivitäten unterstützt.

Die Programmkommission des Bezirks Weser-Ems hat in einer fast dreijährigen intensiven und kontinuierlichen Arbeit den Entstehungsprozess für ein neues Grundsatzprogramm der SPD begleitet. Die Mitglieder der Kommission versuchten in vielen Veran-



Kajo Wasserhövel war Gastreferent auf der Klausurtagung der Programmkommission 2007 in Burhave.

staltungen in Unterbezirken und Ortsvereinen, die Programmdiskussion vor Ort zu führen. Maßgeblich mit der s. g. „Burhavener-Erklärung“ hat die Bezirkskommission die Richtung der Programmdiskussion auf Bundesebene beeinflusst.

Die Bemühungen auf Bezirksebene fanden ihren Niederschlag mit insgesamt 69 Anträgen zum neuen Grundsatzprogramm auf unserem Bezirksparteitag. Nach der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms wandte sich die Kommission dem Bundestagswahlprogramm zu. Zu den vorgelegten Thesen des Parteivorstands entwickelte die Kommission eigene Vorstellungen und reichte sie an den Parteivorstand weiter.

6. Bildungsarbeit

Der Bezirk Weser-Ems hat 2007 und 2008 Seminare für neue Ortsvereinsvorsitzende durchgeführt, die sehr gut besucht waren. Da in den nächsten Jahren mit weiteren Wechseln bei den Funktionsträgern in den Unterbezirken und Ortsvereinen zu rechnen ist, sollen diese Seminare fortgeführt werden.

Bei der Kommunalakademie der Bundespartei haben wir die uns zustehenden Plätze immer ausgeschöpft. Hauptamtliche aus Weser-Ems haben die Parteschulwochen der Bundespartei besucht.

7. Mitgliederwerbung

Die Mitgliederentwicklung im Bezirk Weser-Ems zeigt, dass die Mitgliederwerbung auf allen Ebenen in unserer Partei einen hohen Stellenwert haben muss. Der Bezirk Weser-Ems hat diesmal keine eigene (kostspielige) Kampagne entwickelt, sondern die Aktivitäten der Bundespartei und des Landesverbandes aufgegriffen. Dabei setzen wir in Zukunft auf eine noch bessere Zusammenarbeit mit den Bezirken in Niedersachsen.

*Garrelt Duin
Hans-Rainer Strang*

Landesverband Sachsen-Anhalt

Solide wirtschaften.

Die zum Juli 2007 wirksam gewordene Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt war im Landesverband organisatorisch bereits Mitte 2006 durch die Bildung der neuen Kreisverbände vorbereitet worden. Im Frühjahr 2007 wurden neue Kreistage und neue Landräte in den fusionierten Kreisen für die Amtsdauer von 7 Jahren gewählt, dazu Stadtrat und Oberbürgermeister in der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau. Leider sind wir aus diesen Wahlen nicht gestärkt hervorgegangen und haben die regionalpolitisch wichtigen Posten der Landräte zum Großteil verloren. Negativ sind der Einzug der NPD in die neu gewählten Kreistage (außer Landkreise Börde und Wittenberg) und der DVU in den Stadtrat von Dessau-Roßlau zu bewerten.

Im ersten Halbjahr 2008 fanden über einen längeren Zeitraum Wahlen für haupt- und ehrenamtliche (Ober-)BürgermeisterInnen statt. Dabei konnten unsere AmtsinhaberInnen ihre Ämter verteidigen. Trotzdem sind unsere an kommunalpolitische Akteure gebundene Präsenz und unser Wiedererkennungswert in den Städten und Gemeinden dadurch gefährdet, dass wir in einem Großteil dieser Kommunen nicht in der Lage sind, eigene KandidatInnen für diese Ämter aufzustellen.

Organisations- und Mitgliederentwicklung

Nach wie vor bilden der im Bundesvergleich schwache Organisationsgrad (Mitglieder je Wahlberechtigte) sowie eine absolute Mitgliederkonzentration in den beiden Großstädten Halle und Magdeburg ein prägendes Merkmal des Landesverbands. Letzteres zeigt sich auch bei der positiven Mitgliederentwicklung in den großen Städten, mit einem Schwerpunkt im universitären Umfeld. Nach den Kreisverbandsfusionen 2006 haben sich die neuen Kreisverbände Harz, Börde und Salzland als die mitgliederstärksten etabliert, in etwa gleichauf mit den beiden Stadtverbänden Halle und Magdeburg. Die seit dem Karlsruher Parteitag 2005 mögliche Gastmitgliedschaft ist bisher keine Erfolgsgeschichte.

Die Zahl der Ortsvereine liegt derzeit bei 197 und ist damit im Berichtszeitraum um weitere 21 zurückgegangen. Nach zahlreichen Zusammenlegungen gibt es immer noch 37 Ortsvereine mit weniger als 7 Mitgliedern. In den Flächenkreisen bedürfen weitere Zusammenlegungen aufgrund der damit verbundenen großen Entfernungen und der großen Anzahl von Gemeinden, die ein OV dann

umfassen müsste, besonderer Sensibilität. In Einzelfällen erscheint es für das Fortbestehen des kommunalpolitischen Engagements unserer Mitglieder ratsam, kleinere Struktureinheiten und damit den direkten Bezug zur Ge-

meinde aufrecht zu erhalten. Im Zuge der Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt wird es jedoch auch hier zu Fusionen nach dem Grundsatz „eine Gemeinde – ein Ortsverein“ kommen.

Mitglieder des Landesvorstands

2006 – 2008

gewählt auf dem Landesparteitag in Stendal

VORSITZENDER:

Holger Hövelmann

STELLV. VORSITZENDE:

Katrin Budde
Rüdiger Erben
Ingrid Häußler

SCHATZMEISTER:

Dr. Wolfgang Eichler

BEISITZER/INNEN:

Dr. Steffen Eichner
Petra Grimm-Benne
Klaas Hübner
Sabine Kaspereit
Burkhard Lischka
Gerhard Miesterfeldt
Marko Mühlstein
Corinna Reinecke
Silke Schindler
Bernhard Sterz
Ulrich Stockmann
Waltraud Wolff

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER/IN:

Susi Möbbeck (bis Aug. 07)
Regine Niemann (amt. bis Dez. 07)
Mario Kremling (seit Jan. 08)

2008 – 2010

gewählt auf dem Landesparteitag in Naumburg

VORSITZENDER:

Holger Hövelmann

STELLV. VORSITZENDE:

Katrin Budde
Dr. Wolfgang Eichler
Corinna Reinecke

SCHATZMEISTER:

Dr. Steffen Eichner

BEISITZER/INNEN:

Rüdiger Erben
Krimhild Fischer
Petra Grimm-Benne
Klaas Hübner
Burkhard Lischka
Gerhard Miesterfeldt
Marko Mühlstein
Katja Pähle
Silke Schindler
Ulrich Stockmann
Bernhard Sterz
Waltraud Wolff

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Mario Kremling



Die Mitgliederentwicklung in unserem Landesverband ist im Berichtszeitraum – wie in der SPD insgesamt – weiterhin rückläufig, aber der negative Trend hat sich im Verlauf der vergangenen zwei Jahre deutlich abgeschwächt. Zum Jahresende 2006 war unsere Mitgliederzahl gegenüber dem Höchststand von 1998 mit 6.154 Mitgliedern auf 4.538 gesunken. In den beiden Jahren 2005 und 2006 hatten wir im Saldo 207 Mitglieder verloren. Mit einem Verlust von 284 Mitgliedern in den Jahren 2007 und 2008 hat sich diese Entwicklung leider fortgesetzt.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich 389 Austritte im Zeitraum zwischen 11/2006–09/2008. Dem stehen 216 Eintritte gegenüber. Diese negative Gesamtentwicklung wird in den Jahren 2007 und 2008 durch eine leicht negative „Wanderungsbilanz“ (Wechsel des Landesverbands) und eine zunehmende Zahl von Sterbefällen verstärkt. Die geringere Zahl der Neueintritte im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum – in 2005 und 2006 waren 512 neue Mitglieder zu uns gekommen – muss mit Blick auf den deutlichen Zusammenhang zwischen Wahlkämpfen und politischem Engagement betrachtet werden. In diesen Phasen ist die Partei deutlich präsenter und die Bereitschaft, sich zu engagieren, höher. Die höchsten Eintrittszahlen im Zeitraum 2005/2006 hatten wir in den Monaten rund um die Bundestags- und die Landtagswahl erreicht. Leider hat sich 2007/2008, in der Phase nach diesen wichtigen Urnengängen, diese Eintrittsdynamik nicht fortgesetzt.

Der Frauenanteil im Landesverband liegt inzwischen bei 27%. Er hat sich über die Jahre langsam gesteigert und es besteht Hoffnung, dass sich diese Entwicklung fortsetzt, denn der Frauenanteil an den Eintritten liegt mit 29% leicht darüber. Im Bereich des politischen Nachwuchses zeigt sich eine erfreuliche Tendenz. Die Zahl der SPD-Mitglieder unter 35 Jahren konnte im Berichtszeitraum von 678 Mitgliedern (15%) auf 690 Mitglieder (16%) erhöht werden. Darüber hinaus sind momentan 49 junge Menschen als Nicht-SPD-Mitglieder bei den Jusos organisiert, die für eine SPD-Mitgliedschaft gewonnen werden sollen. Erfreulich im Hinblick auf die Entwicklung unserer Altersstruktur ist der Blick auf die Eintritte: Über 28% der neuen Mitglieder sind im Alter bis 21 Jahre und 63% sind noch im Juso-Alter, also unter 35 Jahren alt.

Unser ursprüngliches Ziel, die Mitgliederzahl im Berichtszeitraum zu steigern, konnte nicht erreicht werden. Zwar scheint die Austrittswelle der Jahre 2003/2004 verebbt; neue, junge Mitglieder und damit künftige Aktive kommen zu uns und wollen mitarbeiten. Momentan liegt jedoch das Verhältnis zwischen Austritten und Eintritten bei etwa 2:1. Die

Bedeutung demografischer Faktoren (Todesfälle, Abwanderung) für die Gesamtentwicklung nimmt zu.

Diskussion zum Hamburger Programm

Im Zeitraum vom 1. 6. 2007–6. 7. 2007 fanden in Dessau, Halle, Stendal, Wernigerode und Magdeburg Mitgliederforen zur Zukunfts- und Grundsatzprogrammdebatte statt. Die Foren standen allen Mitgliedern offen und hatten jeweils ein anderes Schwerpunktthema. Nach Impulsreferaten von Bundes- und Landespolitikern entwickelten sich anregende Diskussionen.

„Vorsorgender Sozialstaat“

1. 6. 2007, Dessau

„Bildung von Anfang an“

8. 6. 2007, Halle

Klimaschutz und Nachhaltigkeit

22. 6. 2007, Stendal

Friedenspolitik und soziales Europa

29. 6. 2007, Wernigerode

Politik für Wachstum und neue Arbeit

6. 7. 2007, Magdeburg

In den Kreisverbänden und Ortsvereinen fanden ebenfalls zahlreiche Diskussionsrunden unter den Mitgliedern statt. Der außerordentliche Landesparteitag in Halle (15. 9. 2007) griff diese Diskussionen auf, zum Hamburger Programmparteitag (26.–28. 10. 2007) wurden durch den Landesverband zwei Initiativanträge – zum Grundwert Solidarität sowie zur Rückgewinnung politischer Handlungsmacht – gestellt, die jedoch keine Mehrheit fanden.

Kommunalwahlen 2007 und 2008

Im Berichtszeitraum fanden in Sachsen-Anhalt zweimal Kommunalwahlen statt. Zum einen betraf dies die im Zuge der Kreisgebietsreform neu zu wählenden Kreistage und Landräte (22. 4. 2007). Bei den Kreistagswahlen wurde die SPD mit 20,5% zweitstärkste Kraft nach der CDU mit 34,1%, aber vor der Linkspartei/PDS mit 19,2% (Summe der 9 Landkreise). Das Wahlergebnis in Dessau-Roßlau lag deutlich dahinter (16,0%). Von unseren Landratskandidaten konnte lediglich Ulrich Gerstner im Salzlandkreis die Wahl gewinnen. In allen anderen fusionierten Landkreisen ging diese Wahl – wenn auch z. T. sehr knapp wie im Saalekreis und Landkreis Mansfeld-Südharz – verloren.

Zum anderen fanden zwischen dem 24. 2. und dem 31. 8. 2008 Kommunalwahlen statt, bei denen haupt- und ehrenamtliche (Ober-) BürgermeisterInnen in kreisangehörigen Gemeinden und der kreisfreien Landes-

hauptstadt Magdeburg sowie der Landrat im Altmarkkreis Salzwedel neu gewählt wurden. Insgesamt muss festgestellt werden, dass es uns in lediglich 18 von 47 Städten gelungen ist, SPD-KandidatInnen für die kommunalen Spitzenämter aufzustellen. Dies ist für die Verankerung der Partei vor Ort, an der Wurzel politischen Engagements, keineswegs zufriedenstellend. Unsere Amtsinhaber konnten ihre Positionen zum Großteil verteidigen; bitter ist der Verlust des Landratsamts im Altmarkkreis Salzwedel.

Die SPD stellt nun insgesamt 13 hauptamtliche OberbürgermeisterInnen und Bürgermeister sowie einen Landrat. Hinzu kommen 52 ehrenamtliche SPD-Bürgermeister mit regionalen Schwerpunkten in den Landkreisen Börde (10) und Salzland (8). Mit lokaler SPD-Unterstützung gewählt wurden 14 ehrenamtliche Bürgermeister, vor allem im Landkreis Mansfeld-Südharz.

„Ortsvereinstour“

Erstmals wurde im Jahr 2008 die „Ortsvereinstour“ als Projekt des Landesvorstands, gemeinsam mit den Spitzen der Landtagsfraktion, den MinisterInnen und StaatssekretärInnen sowie den MdB/MdEP aus Sachsen-Anhalt geplant und durchgeführt. Das Ziel bestand darin, alle Ortsvereine im Land zu besuchen und die beidseitige Kommunikation zu verbessern. Insbesondere bei kleineren und „abgelegenen“ Ortsvereinen traf dieses Ansinnen auf ein sehr positives Echo. Es wurde angeregt, die Ortsvereinstour in den kommenden Jahren fortzuführen, was als Erfolg für das Gesamtprojekt zu bewerten ist.

Projektgruppen

Die Arbeit der Projektgruppe „Mitglieder“ unter Leitung von Marko Mülhstein wurde fortgesetzt. Neben der Mitgliederwerbung hat diese Projektgruppe die Mitgliederbindung, -aktivierung sowie Bildungsarbeit im Blick. Diese drei Arbeitsfelder erfuhren im Berichts-



Präsentation der Gewinner des Mitgliederpreises

zeitraum durch die Auslobung des Mitgliederpreises, die Neufassung des Ortsvereinsleitfadens, das Engagement bei Neumitgliederseminaren und -empfangen sowie die Entwicklung des Mentoring-Projekts eine Akzentuierung. Die Beteiligung der Kreisverbände ist stark ausbaufähig und konnte zuletzt leicht gesteigert werden. Ein wichtiges Ziel für die effektive Arbeit der Projektgruppe bleibt die flächendeckende Benennung von Mitgliederbeauftragten auf allen Ebenen.

Angesichts rechtsextremer Gewalttaten und der Gefahr der Verankerung rechtsextremer Kräfte in der Gesellschaft arbeitet die Projektgruppe „Gegen Rechtsextremismus“ mit verschiedenen Akteuren außerhalb der SPD zusammen, um die demokratische Gegenwehr möglichst breit zu organisieren. Unter der Leitung von Burkhard Lischka finden regelmäßige Sitzungen sowie Fachtagungen statt. Die Arbeit der Projektgruppe wirkt in das Handeln der SPD in Regierung, Parlament und Gesellschaft hinein. Es ist vorgesehen, den Arbeitsbereich der Projektgruppe um das Themenfeld „Integration“ zu erweitern, um auf diesem Wege eine größere Toleranz in der Bevölkerung gegenüber MigrantenInnen zu erzeugen und damit rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Tendenzen zurückzudrängen. Ein besonders enger Austausch wird mit den entsprechenden Vereinen und Verbänden gepflegt.

Facharbeit

Die Arbeitsgemeinschaften Jusos, AsF, AfA, AG 60plus, AsJ, AfB, ASG und AGS sind auf Landesebene organisiert. Darüber hinaus arbeiten Fachausschüsse als direkte Beratungsgremien des Landesvorstands zu spezifischen Politikfeldern: Bauen/Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft, Wirtschaft, Kultur, Inneres/Kommunales, Wissenschaft. Bei Beratungen mit den Vorsitzenden wurde eine erneute Bündelung der Strukturen diskutiert. Daneben gibt es die Historische Kommission sowie als eigenständige Vereine im sozialdemokratischen Umfeld die SGK, das Kulturforum und das Wissenschaftsforum.

Geschichtsarbeit – Traditionspflege

Die Historische Kommission präsentierte auf dem Naumburger Parteitag 2008 ihre vierte Publikation. Der Adam-Wolfram-Preis, mit dem Aktivitäten zur Geschichtsarbeit gewürdigt werden sollen, wurde hier zum vierten Mal vergeben. Damit ist es uns gelungen, eine kontinuierliche Geschichtsarbeit aufzubauen. Diese Traditionspflege wird angesichts der 20-jährigen Jubiläen im Zeitraum 2009/2010 (friedliche Revolution, Gründung der SDP,



Überreichung des Adam-Wolfram-Preises

Gründung des SPD-Landesverbands) auf markante Ereignisse fokussiert werden.

Rote Boote auf der Unstrut

Bereits im 6. Jahr konnte 2007 die traditionelle Faltboot- und Kanutour mit insgesamt 46 Teilnehmern und 31 Booten durchgeführt werden. Teilnehmer wurden aus allen Landesteilen Sachsen-Anhalts, aus Thüringen und aus Berlin begrüßt.

43 Erwachsene und 6 Kinder nutzten im Jahr 2008 dieses Angebot. Damit wurde das Projekt „Rote Boote“ bereits zum siebenten Mal realisiert; seit 2002 waren 349 Mitglieder und Sympathisanten auf der Unstrut und Saale unterwegs. Unsere Kanutour ist damit eine der wenigen Veranstaltungen, wo die Möglichkeit aktiver Mitgliederpflege im Freizeitbereich, anknüpfend an alte sozialdemokratische Traditionen, besteht. Die Kinder von Mitgliedern erleben unsere Partei jenseits von Versammlungen und Parteitag. Die Kanutour wird mehr und mehr zur Tradition, auch über die Landesgrenzen hinweg.

Kommunalakademie

Für die Neuauflage unserer sozialdemokratischen Nachwuchsakademie im Jahr 2008 wurde ein neues Konzept entwickelt. Mit der Einführung des Wahlpflichtsystems und der Aufhebung der Altersgrenze konnten für die

SoKoSA´08 (Sozialdemokratische Kommunalakademie Sachsen-Anhalt) 19 TeilnehmerInnen unterschiedlichen Alters gewonnen werden, die sich professionell auf eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen 2009 vorbereiteten. Das Grundkonzept der 4 Einzelmodule wurde beibehalten (Kamingespräch, Fachvortrag, Methodenvermittlung, Praxisteil).

Pilotprojekt „Mentoring“

Mit dem Landesparteitag im November 2008 wurde das Pilotprojekt „Mentoring“ gestartet. Dabei gaben erfahrene GenossInnen des Landesverbandes ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Kontakte an den politischen Nachwuchs weiter. Das Projekt wurde dezentral organisiert, der Landesverband gab lediglich den organisatorischen Rahmen vor. Durchgeführt wurden eine Zwischenbilanz- sowie eine Abschlussveranstaltung, um die gesammelten Erfahrungen auszuwerten und die verschiedenen Möglichkeiten für Mentoring aufzuzeigen. Insgesamt nehmen ca. 25 GenossInnen als Mentoren bzw. Mentees an unserem Pilotprojekt teil.

Eine wesentliche Erfahrung des Pilotprojekts ist, dass für die Erreichung des Ziels der kontinuierlichen Nachwuchsgewinnung und -qualifizierung eine Sensibilisierung der Ortsvereine die Voraussetzung bildet. Entsprechend wurden die gesammelten Erfahrungen der Teilnehmer durch den Landesverband aufbereitet und auf der Internetseite als Handreichung für erfolgreiches Mentoring vor Ort zur Verfügung gestellt.

Strukturreform

Die Reform der Personal- und Verwaltungsstrukturen des Landesverbandes ist im Sinne der formulierten Ziele als bisher erfolgreich umgesetzt zu bewerten. Es bleibt jedoch zu konstatieren, dass die Finanzierung nicht dauerhaft gesichert ist und in hohem Maße von den Ergebnissen von Bundestags- und Landtagswahl abhängig sein wird.

Die neue Verwaltungsstruktur (5 Regionen mit je 3 Kreisverbänden – außer West: 2) hat sich bewährt, war jedoch für die MitarbeiterInnen ein deutlicher Einschnitt. Eine Reihe von Personalmaßnahmen sind bereits eingeleitet worden. Damit sind bis 2010 beträchtliche Einsparungen verbunden. Eine weitere Zentralisierung von Geschäftsstellen würde die flächenhafte hauptamtliche Präsenz der SPD jedoch zerstören – verbunden mit der Gefahr des Wegbrechens der Flächenpräsenz droht eine Abwärtsspirale bei Kampagnenfähigkeit und Verankerung in der Gesellschaft, bei Mitgliederzahlen und Einnahmesituation.



SoKoSA-Teilnehmer

Landesverband Brandenburg

Bericht der Landesgeschäftsstelle 2007–2008

Die Jahre 2007–2008 waren geprägt durch die Fortführung der Diskussion über die Schwerpunkte der zukünftigen Landesentwicklung, der Familien- und Bildungspolitik, die Unterstützung regionaler Bürgermeisterwahlkämpfe sowie die Kommunalwahlen am 28. September 2008.

„Erneuerung aus eigener Kraft“

Ausgehend von den Beschlüssen der Parteitage in Fürstenwalde (2006) und Cottbus (2007) ist die Debatte über die Ziele der Landesentwicklung fortgeführt worden. Schwerpunkte waren hierbei neben der Landesplanung die Themen Familienpolitik, Bildungspolitik sowie Gesundheitsvorsorge. Zielstellungen unserer Politik sind dabei größere Chancengleichheit beim Schulstart durch gezielte Förderung von Anfang an, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Stärkung der Zukunftsfähigkeit für unser Land durch besser ausgebildete Mädchen und Jungen. Instrumente, die stark mit unserem Engagement verbunden werden, sind z.B. die Netzwerke Gesunde Kinder oder die Bündnisse für Familien. Auf Initiative der Brandenburger

Sozialdemokraten hat die Landesregierung im März 2008 ein Maßnahmenpaket „Familie, Bildung und Mobilität“ auf den Weg gebracht, das u. a. die Einführung eines Schulsozial-Fonds, die Neuregelung der Schülerbeförderung sowie das landesweite Mobilitätsticket regelt.

Ausgehend von der Bürgermeisterwahl in Senftenberg (Andreas Fredrich) und vor allem auch der Oberbürgermeisterwahl in Cottbus (Frank Szymanski) standen im Berichtszeitraum eine Vielzahl von wichtigen Bürgermeisterwahlen statt. Die Wahl in Cottbus bekam auch deshalb ein zusätzliches Gewicht, weil hier durch eine Zusammenarbeit von PDS und CDU versucht werden sollte, einen Oberbürgermeister Frank Szymanski zu verhindern. Umso wichtiger ist der Wahlsieg für uns dort einzuschätzen.

Sowohl in Senftenberg als auch in Cottbus wurden die Ämter von der SPD neu hinzugewonnen.

Weitere Wahlen mit einer landesweiten Wahrnehmung waren die Bürgermeisterwahlen in Falkensee (Heiko Müller) und Ludwigsfelde (Frank Gerhard) – zeigten sie doch, dass die SPD aus einem Amt heraus den Generationswechsel bei Bürgermeisterwahlen schafft.

In Dahme-Spreewald ist im Berichtszeitraum Stephan Loge als Nachfolger von Martin Wille zum Landrat gewählt worden. Damit steht der Verwaltung eines der erfolgreichsten Landkreise in Brandenburg auch zukünftig ein SPD-Landrat vor.

Insgesamt hat sich die SPD Brandenburg während des Berichtszeitraums in einer erfreulich stabilen Umfrage-Situation befunden. Wir waren während des gesamten Berichtszeitraums unangefochten die stärkste politische Kraft im Land Brandenburg. Während sich die CDU über die so genannte „E-Mail-Affäre“ und den bis in die jüngste Zeit hinein nach wie vor spürbaren Machtkampf als extrem zerstritten präsentiert, sind wir als die Partei mit den höchsten Kompetenzwerten auf allen Politikfeldern wahrgenommen worden. Bei der „Sonntags-Frage“ erzielte die SPD Brandenburg immer Werte zwischen 39 und 40 Prozent und lag damit mit weitem Abstand vor der politischen Konkurrenz.

Seit Herbst 2007 wurde in der Landesgeschäftsstelle der Kommunalwahlkampf 2008 intensiv vorbereitet. Am 6. Dezember 2007 erfolgte ein Agentur-Pitch vor der vom Landesvorstand eingesetzten Wahlkampf-Kommission. In Auswertung dieses Pitches hatte sich die Wahlkampf-Kommission einstimmig für die Agentur GRACO entschieden. Zum 1. März 2008 startete dann die konkrete Wahlkampf-vorbereitung, und zusammen mit den Unterbezirken und der Agentur ist der Kampagnen-Fahrplan für die Kommunalwahl festgelegt worden. Insgesamt ist die SPD mit 1137 Kandidatinnen und Kandidaten zu den Kommunalwahlen angetreten. Damit waren wir mit Abstand die größte politische Vereinigung, die sich an den Kommunalwahlen beteiligt hat. Im Rahmen des Wahlkampfes wurden etwa 25.000 Kopf- und Themenplakate geklebt und etwa 1,3 Millionen Wahlkampfflyer verteilt.

Ab Oktober 2008 stand dann die Vorbereitung der Europawahl im Juni und der Landtags- und Bundestagswahl am 27. September 2009 im Zentrum der politischen Arbeit des Landesverbandes.

Kommunalwahl 2008

Einen Arbeitsschwerpunkt mit Beginn des Jahres 2008 bildeten die Kommunalwahlen. Bei den Kommunalwahlen 2003 hatte die SPD Brandenburg erhebliche Verluste zu erleiden und ist nur noch zweitstärkste politische Kraft geworden. In den Jahren 2004/2005, die für uns von erheblicher strategischer Bedeutung waren, es ist gelungen,

Übersicht über wichtige Veranstaltungen und Konferenzen

23./24. März 2007

Klausur des SPD-Landesvorstandes

10. – 12. April 2007

Journalisten-Reise des SPD-Landesvorsitzenden nach Wien

23. April 2007

Arbeitnehmerforum

30. Juni 2007

SPD-Landesparteitag in Cottbus zum neuen Grundsatzprogramm der SPD

6. Juli 2007

5. Sommerfest der Brandenburger Sozialdemokraten

21. – 24. August 2007

Wahlkreisbereisung Dr. Frank-Walter Steinmeier in Brandenburg

3. September 2007

Buchpräsentation

„Auf der Höhe der Zeit“ von Matthias Platzeck, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück in Berlin, WBH

6. Dezember 2007

Beginn Vorbereitung Kommunalwahlen 2008, Agentur-Pitch

22./23. Februar 2008

Klausurtagung des Landesvorstandes

15. März 2008

Ortsvereinskonferenz zum Kommunalwahlkampf

23. April 2008

Veranstaltung mit Hubertus Heil „Deutschland Dialog“, Potsdam

21. Juni 2008

Workshop

„Wortergreifungsstrategie der NPD“

11. Juli 2008

6. Sommerfest

der Brandenburger Sozialdemokraten

11. August 2008

Sommerreise des Parteivorsitzenden Kurt Beck durch Brandenburg

31. August 2008

SPD-Landesparteitag mit Neuwahlen Landesvorstand

28. September 2008

Kommunalwahlen

unsere Stellung als stärkste Partei zu verteidigen. Dieses war auch erklärtes Ziel für die Kommunalwahlen 2008. Sie hatten auch deshalb eine erhebliche strukturpolitische Bedeutung, da in den Jahren 2009/2010 das Gros der Landräte neu gewählt wird und hierzu stabile Mehrheiten in den Kommunen eine wichtige Ausgangsvoraussetzung sind. Hinzu kam, dass die Kommunalwahlen natürlich auch unsere Ausgangsposition bei den 2009 anstehenden Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen mitbestimmen.

Durch einen engagierten und überzeugenden Wahlkampf ist es gelungen, mit 25,8 Prozent wieder stärkste kommunalpolitische Kraft zu werden. Danach folgen die Linkspartei mit 24,7 Prozent und die CDU mit 19,8 Prozent. Insbesondere die CDU hatte erhebliche Verluste gegenüber ihrem Wahlergebnis 2003 zu verzeichnen.

Insgesamt muss man aber feststellen, dass zum einen die Wahlbeteiligung von 49,4 Prozent einer kritischen Auswertung bedarf und zum anderen die SPD zwar wieder die stärkste kommunalpolitische Kraft ist, jedoch immer noch weit davon entfernt ist, ein flächendeckendes Kandidatenangebot unterbreiten zu können. In vielen Brandenburger Kommunen werden mangels Kandidatenangebot die Kommunalparlamente durch die Feuerwehr, Schützenvereine u.ä. oder durch kommunale Wählerbündnisse am Leben erhalten.

Organisationspolitischer Bericht

Mitgliederstand zum 31. 12. 2008:

Mitglieder:	6.590
davon Männer:	4.714
davon Frauen:	1.876

Die Gesamtmitgliederzahl der Brandenburger SPD hat im Berichtszeitraum stagniert. Der Landesverband gehört trotzdem zu den drei mitgliederstabilsten SPD-Landesverbänden. Auf Grund der Auflösung teilweise erheblicher Beitragsrückstände konnte insgesamt einer Steigerung der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen erreicht werden. Hierzu hat auch die hohe Beitragsehrlichkeit unserer Mitglieder beigetragen. Wir liegen bundesweit auf dem zweiten Platz, was den Durchschnittsbeitrag angeht.

Erfreulich entwickeln sich die Online-Eintritte. Über das Internet kommt mittlerweile ein Großteil unserer Beitrittserklärungen. Dabei überwiegt die Gruppe der Studenten, Schüler und Auszubildenden.

Zwischen den Unterbezirken im Landesverband Brandenburg gibt es aber wie in den vergangenen Jahren auch durchaus unterschiedliche Entwicklungen. Während die Mitgliederzahlen der rund um Berlin geleg-

nen „Speckgürtel-Unterbezirke“ sich erfreulich entwickeln, ist in einigen Unterbezirken des äußeren Entwicklungsraumes eine rückläufige oder stagnierende Mitgliederentwicklung zu verzeichnen. Diese Entwicklung korrespondiert mit der Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg.

Der Landesverband Brandenburg verfügt wie in der Vergangenheit über siebzehn Unterbezirksgeschäftsstellen und die Landesgeschäftsstelle im Regine-Hildebrandt-Haus.

In Brandenburg sind die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, die Arbeits-

gemeinschaft für Bildung, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen, die Arbeitsgemeinschaft 60 plus, die Jusos und der Arbeitskreis Sozialdemokraten in der Polizei aktiv. Neu gegründet im Berichtszeitraum haben sich die Schwusos, der Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten und der Arbeitskreis Christen in der SPD. Damit verfügt die SPD Brandenburg über ein stabiles und attraktives Angebot an themenorientierten Arbeitskreisen.

Landesvorstand

Gewählt auf dem Landesparteitag am 31. August 2008 in Königs Wusterhausen

LANDESVORSITZENDER:

Matthias Platzeck (UB Uckermark)

GENERALSEKRETÄR:

Klaus Ness (UB Oberspreewald-Lausitz)

STELLVERTRETERINNEN:

Dr. Martina Münch (UB Cottbus)

Klara Geywitz (UB Potsdam)

SCHATZMEISTER:

Dr. Burkhard Schröder (UB Havelland)

BEISITZER/INNEN:

Detlef Baer (Potsdam-Mittelmark)

Reinhold Dellmann (Barnim)

Dr. Christina Eisenberg (Elbe-Elster)

Tina Fischer (Dahme-Spreewald)

Martina Gregor-Ness

(Oberspreewald-Lausitz)

Ravindra Gujjula (Märkisch-Oderland)

Ines Hübner (Oberhavel)

Simona Koß (Märkisch-Oderland)

Kathrin Veh (Dahme-Spreewald)

Jörg Vogelsänger (Oder-Spree)

Landesverband Berlin

Erfolgreiche Regierungsarbeit der SPD wird fortgesetzt

Nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2006, die eine klare Bestätigung des sozialdemokratisch geführten Senats mit Klaus Wowereit an der Spitze brachten, wurde in den Jahren 2007 und 2008 die erfolgreiche Regierungsarbeit fortgesetzt und viele neue Vorhaben angepackt oder weiterentwickelt.

Durch den konsequenten finanzpolitischen Konsolidierungskurs konnte in den Jahren 2007 und 2008 ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden, wobei 2007 eine finanzpolitische Wendemarke erreicht wurde: Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Berlin konnten Altschulden in Höhe von rund einer Milliarde Euro abgebaut werden. Ende 2007 erreichte der Senat zudem mit der Bundesregierung eine Einigung über die Finanzierung der haupt-

stadtbedingten Belastungen Berlins durch den Bund.

Die allein im Jahr 2007 entstandenen 30.000 neuen, zusätzlichen Arbeitsplätze sind Beleg für den erfolgreichen Kurs der Berliner Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik. Sie konzentriert sich auf Kompetenzfelder und ausgesuchte Wachstumsbranchen wie die Gesundheitswirtschaft, die Medien-, Kommunikations- und Kulturwirtschaft sowie den Bereich der klimafreundlichen Energietechnik. Darüber hinaus entstehen mit und um den Flughafen Berlin-Brandenburg viele tausend Arbeitsplätze für die Region.

Vorrang für Bildung

Seit Januar 2007 ist in Berlin das letzte Kita-jahr vor der Einschulung gebührenfrei,

schrittweise werden bis 2011 auch die anderen Kitajahre beitragsfrei. Parallel wird die Qualität der Einrichtungen weiter verbessert. Bei der Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten und Grundschulen belegt Berlin im Ländervergleich den ersten Platz.

Seit Beginn des Schuljahres 2008/2009 nehmen elf Berliner Schulen und Schulverbände an der Pilotphase der Gemeinschaftsschule teil. Mit diesem Schulversuch wird erprobt, wie durch längeres gemeinsames Lernen Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Leistungsstärken und Begabungen zu besseren Abschlüssen geführt werden können.

Berlin setzt konsequent auf die Ganztagschule und schafft eine zeitgemäße, bundesweit vorbildliche Schullandschaft: Seit Ende 2008 wird die Einführung der integrierten Sekundarschule vorbereitet, die bis 2011 abgeschlossen sein wird und das dreigliedrige Schulsystem überwindet. Die Sekundarschule führt dann ebenso wie das Gymnasium zum Abitur – allerdings mit mehr individueller Förderung, intensiver Betreuung am Nachmittag und dem Plus gemeinsamen Lernens.

Bereits deutlich vor den Beratungen über ein Konjunkturprogramm auf Bundesebene hat das Land Berlin im Dezember 2008 einen eigenen Beitrag zur Stabilisierung der Bauwirtschaft auf den Weg gebracht und die Mittel zur Schulsanierung um 50 Millionen Euro aufgestockt und damit mehr als verdoppelt.

Volksentscheid Tempelhof: Gewinn für die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner

Zu einer Machtprobe besonderer Art wurde der Volksentscheid am 27. April 2008 zur Zukunft des Flughafens Tempelhof: Nicht nur eine recht intransparente Interessengemeinschaft und die Oppositionsparteien CDU und FDP waren angetreten, um den rot-roten Senat und ein breites Bündnis aus Umwelt- und Sozialverbänden, Parteien und Gewerkschaften herauszufordern, sondern auch geballte wirtschaftliche und publizistische Macht in nationalem Maßstab.

Für die Berliner SPD war jedoch klar: Ein Weiterbetrieb des Flughafens Tempelhof würde Vorteile lediglich für wenige, aber Belästigungen und Nachteile für viele Menschen bedeuten. Insbesondere wären der Bau des Flughafens BBI in Schönefeld als Luftfahrt-Drehkreuz für Ostdeutschland und die damit verbundenen ca. 40.000 neuen Arbeitsplätze in der Region gefährdet worden.

Letztlich ging es der Kampagne der „Tempelhof-Befürworter“, die offen von großen Medienkonzernen wie dem Springer-Verlag oder namhaften Wirtschaftsvertretern unter Führung vom damaligen Bahnchef Mehdorn

unterstützt wurde aber darum, dem sozialdemokratisch geführten Senat von Berlin die Handlungsfähigkeit in einer zentralen wirtschafts- und stadtpolitischen Frage zu entziehen und somit auf die Regierungsfähigkeit von rot-rot zu zielen.

Mit dem gescheiterten Volksentscheid musste insbesondere die Berliner CDU mit ihrem damaligen Fraktionsvorsitzenden Friedbert Pflüger und ihrem damaligen Landesvorsitzenden Ingo Schmitt eine neuerliche Niederlage erleben. Gewonnen haben hingegen viele hunderttausend Berlinerinnen und Berliner, die von den Belästigungen und Risiken des innerstädtischen Flugbetriebs erlöst wurden und von der schrittweisen Öffnung des Geländes und den neuen Nutzungsmöglichkeiten des riesigen Areals profitieren.

Die Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Bündnis mit Bürgerinitiativen, Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Sozialverbänden sowie den Parteien Bündnis/ Die Grünen und Die Linke hat wirkungsvoll die Interessen der Befürworter des Tempelhof-Volksentscheids entlarvt, die eigene Kampagnenfähigkeit der Berliner SPD gestärkt und unsere politische Arbeit bereichert. Mit gemeinsamem Einsatz ist es gelungen, die Durchsetzung des Volksentscheids zu verhindern.

Die Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD

Das Jahr 2007 stand innerparteilich ganz im Zeichen der Debatte um das neue SPD-Grundsatzprogramm. In vielen und vielfälti-

gen Formen haben sich die Gliederungen der Berliner SPD in den Programmprozess eingebracht und die Debatte zu einer Selbstversicherung über die programmatischen Grundlagen des individuellen wie kollektiven Agierens in der SPD genutzt. Zu zentralen Themen gab es hierbei gut besuchte Veranstaltungen des SPD-Landesverbands, die Impulse für die Diskussion in den Kreisen und Abteilungen liefern konnten:

- Den Auftakt machte am 10. Januar eine Diskussionsrunde zum Thema „Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“ mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und dem SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller, die die Grundzüge der aktuellen Programmdebatte in den Fokus nahm, aber auch das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften thematisierte.
- Am 27. März debattierten der Stadtsoziologe Professor Dr. Hartmut Häußermann und die Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer das Thema Soziale Stadt und entwickelten einen wichtigen Beitrag für das Hamburger Programm. Denn die SPD ist nur stark, wenn sie in den Städten stark ist und Antworten auf die Fragen des Zusammenlebens im urbanen Raum liefert.
- Zum Programmforum Zukunft der Arbeit am 17. April war Ursula Engelen-Kefer als stellvertretende DGB-Vorsitzende und Mitglied der SPD-Programmkommission eingeladen. Mindestlöhne als Grundvoraussetzung guter Arbeit und die Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt standen im Mittelpunkt der Debatte.



- Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, der Zugang zu guter Bildung muss allen offen stehen – das wurde auf dem vierten Programmforum der Berliner SPD zur Bildungspolitik mit am 24. April deutlich, bei dem der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil als kompetenter Diskussionspartner zur Verfügung stand.
- Einen wesentlichen Beitrag zum Kulturteil des Hamburger Grundsatzprogrammes leistete auch die Veranstaltung „Kunst und Kultur in der demokratischen Gesellschaft“ am 15. Mai, zu der der Berliner Landesverband gemeinsam mit dem Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie eingeladen hatte. Zu Gast auf diesem letzten Programmforum vor der Verabschiedung des Grundsatzprogramms waren Dr. Klaus-Jürgen Scherer, Geschäftsführer des Bundeskulturforums und Eckhardt Barthel, aus dem Kuratorium des Kulturforums Berlin der Sozialdemokratie.

Mit der Verabschiedung des Grundsatzprogramms auf dem Hamburger Parteitag im Oktober 2007 endete für die Berliner SPD eine monatelange, intensive Beschäftigung mit den Grundlagen heutiger sozialdemokratischer Politik. Die Berliner SPD war gleich in dreifacher Hinsicht an der Entwicklung und am Bestand des neuen Grundsatzprogramms beteiligt: Erstens, indem wir an der Erstellung intensiv mitgewirkt und einen breiten innerparteilichen Diskurs geführt haben; zweitens, indem wir wichtige Aspekte, wie die Leitidee der sozialen Stadt, eingebracht haben und drittens, indem wir programmatische Leitprinzipien wie den Erhalt sozialstaatlicher Daseinsvorsorge vor Privatisierungen auch in aktuellen innerparteilichen Auseinandersetzungen verteidigt haben.

Programmdebatte als Schwerpunkt des Landesparteitags am 30. Juni 2007:

Die Beratung des Programmentwurfs stand im Mittelpunkt des SPD-Landesparteitags am 30. Juni 2007. Der Landesvorsitzende Michael Müller machte deutlich: „Das Signal, das von diesem Parteitag ausgeht, muss sein: Wir sind die einzige linke Volkspartei. Und das muss auch in unserem Grundsatzprogramm erkennbar sein.“ Neben ihm und Klaus Wowereit, sprach auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, zu den Delegierten und appellierte an das Selbstvertrauen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: „Vertrauen wir uns selbst, damit andere uns vertrauen können!“ In einer Resolution

hatte der Parteitag die wesentlichen Anforderungen an das neue SPD-Programm zusammengefasst. Außerdem machte der Parteitag erneut deutlich, dass die Berliner SPD eine vollständige oder teilweise Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG ablehnt und die Auffassung vertritt, dass die Schieneninfrastruktur vollständig in öffentlichem Eigentum verbleiben muss.

Landesparteitag der Berliner SPD am 17. November 2007: Innovation und Zukunft

Berlin als Hauptstadt von Wissenschaft und Forschung – das war der Leitgedanke des Landesparteitages, der am 17. November 2007 in den Räumen der Freien Universität stattfand, die kurz zuvor im bundesweiten Exzellenzwettbewerb ausgezeichnet worden war. Mit dem Leitantrag „Innovation in Ber-

lin – Zukunft aus Tradition“ wurden Wege aufgezeichnet, wie das Innovationspotenzial der Stadt stärker sicht- und nutzbar gemacht werden kann – insbesondere im Einsatz für mehr Arbeitsplätze. Volle Unterstützung bekamen die Berliner Delegierten von Edelgard Bulmahn, der Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, die Berlins Spitzenposition in der deutschen Wissenschaftslandschaft herausstellte.

Wahl des Landesvorstands und die „Zukunft des Verhältnisses zwischen Land und Bezirken“ – Parteitag am 21. Juni 2008

Mit großer Mehrheit (91,7%) wurde Michael Müller zum Landesvorsitzenden wiedergewählt – ein wichtiges Signal der Stärke und des Selbstbewusstseins der Berliner SPD angesichts der schwierigen Situation, in der sich

Landesvorstand der Berliner SPD

nach den Wahlen auf dem Landesparteitag am 21. Juni 2008:

LANDESVORSITZENDER:

Michael Müller

STELLVERTRENDE LANDESVORSITZENDE:

Dr. Christian Hanke
Barbara Loth
Marc Schulte
Iris Spranger

LANDESKASSIERER:

Mark Rackles

BEISITZERINNEN UND BEISITZER:

Monika Buttgereit
Cordula Drautz
Renate Harant
Anja Hertel
Rainer Knörr
Brigitte Lange
Dr. Hans Misselwitz
Ulrike Sommer

VERTRETERINNEN UND VERTRETER DER KREISE:

Mitte
Bruni Wildenhein-Lauterbach
Friedrichshain-Kreuzberg
Jan Stöß
Pankow
Alexander Götz
Charlottenburg-Wilmersdorf
Christian Gaebler
Spandau
Raed Saleh
Steglitz-Zehlendorf
Dr. Michael Arndt
Tempelhof-Schöneberg
Dilek Kolat

Neukölln

Dr. Fritz Felgentreu
Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Ulbricht
Marzahn-Hellersdorf
Sven Kohlmeier
Lichtenberg
Andreas Geisel
Reinickendorf
Peter Senftleben

VORSITZENDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN:

AfA
Rolf Wiegand/Christian Haß
AfB
Monika Buttgereit
AG Migration
Ulker Radziwill
AG 60plus
Werner Kleist
AGS
Dr. Stefan Harant
AsF
Dr. Eva Högl
ASG
Martin Matz
AsJ
Vera Junker
Jusos
Anne Knauf
Schwusos
Kirstin Fusan

die Bundespartei zu diesem Zeitpunkt befand. So rief der damalige Parteivorsitzende Kurt Beck in seiner Rede zur Geschlossenheit auf: „Miteinander ist viel schöner als gegeneinander.“ Mit einer Resolution nahm der Landesparteitag die Diskussion um den richtigen Kurs der SPD auf und appellierte an den Zusammenhalt der Partei und die gemeinsame Besinnung auf grundlegende Werte und Ziele. Weiterhin fand mit einem beschlossenen Leitansatz die innerparteiliche Diskussion um die Neujustierung des Verhältnisses zwischen Land und Bezirken innerhalb des zweistufigen Verwaltungsaufbaus Berlins ein Ende. Im Rahmen der Diskussion des Antrags entschied sich der Parteitag dabei eindeutig für die Beibehaltung des sogenannten Proporz-Bezirksamtes.

Landesparteitag und Landesvertreterversammlung am 11. Oktober 2008: „Europa sozial gestalten“

Den Schwerpunkt des Landesparteitags im Oktober 2008 bildete die Vorbereitung auf die im Juni 2009 anstehende Europawahl. Europa sei „eine faszinierende Idee“, machte Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, in einer mitreißenden Rede deutlich. Aber Europa sei schlecht gemanagt. „Deshalb ist es an der Zeit, Europa nach links zu rücken.“ Zugleich stand der Parteitag unter dem Eindruck der einsetzenden Finanzkrise. Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller betonte die Notwendigkeit einer starken Sozialdemokratie gerade in den diesen schwierigen Zeiten. Seit Jahren habe es eine völlig ungesteuerte Entwicklung gegeben, jetzt drehe sich das um: „Amerikanische Banker überholen inzwischen unsere Jusos und betteln geradezu nach Verstaatlichung.“

Gewerkschaftspolitische Beirat

Die Zusammenarbeit mit dem DGB und den darin organisierten Einzelgewerkschaften bildet eine feste Konstante in der Arbeit der Berliner SPD. So fanden in den Jahren 2007 und 2008 regelmäßig Sitzungen des Gewerkschaftspolitischen Beirats der Berliner SPD statt. Diskussionspunkte waren u. a. die Einführung des Öffentlichen Beschäftigungssektors in Berlin, die Auseinandersetzung um die Europäische Dienstleistungsrichtlinie, die Novellierung des Berliner Personalvertretungsgesetzes, die Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen, sowie die Auseinandersetzung um die beabsichtigte Privatisierung der Deutschen Bahn.



Mitgliederforen

Unter dem Motto „Politik aus erster Hand“ führte der Landesvorstand der Berliner SPD 2008 mit den Mitgliederforen ein neues Diskussions- und Veranstaltungsformat ein. Zielsetzung hierbei ist es, einem breiten Kreis von Mitgliedern die Möglichkeit zu bieten, zu aktuellen Themen mit prominenten sozialdemokratischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern zu diskutieren.

- Das Mitgliederforum „Globaler Klimawandel“ mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel bildete am 12. Februar 2008 den Auftakt der Reihe.
- Unter dem Eindruck des aktuellen Zusammenbruchs der internationalen Finanzmärkte standen dessen Konsequenzen für die Bundesrepublik im Mittelpunkt des zweiten Mitgliederforums am 15. Oktober 2008 mit dem damaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin und dem Berliner Unternehmer und ehemaligen Bankvorstand Harald Christ, die kurzfristig für den verhinderten Bundesfinanzminister Peer Steinbrück eingesprungen waren. Aufgrund der Aktualität sprengte dieses Forum mit 600 Besucherinnen und Besuchern alle Erwartungen.
- Unter dem Titel „Einsatz für Arbeit“ wurde Ende des Jahres 2008 bereits ein weiteres Mitgliederforum mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz geplant, das am 24. März 2009 stattfand.

Mitgliederwerbung verstärkt – Neumitglieder-Scheck und Kleintalerfonds

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat im Jahr 2007 eine Projektgruppe Mitgliederentwicklung eingesetzt mit dem Ziel, mehr Menschen an die SPD heranzuführen und die Werbung und Integration von neuen Mitgliedern als festen Bestandteil der Parteiarbeit zu begreifen. Dabei wurde ein Scheckheft mit Angeboten für alle neuen Mitglieder entwickelt und ein sog. Kleintalerfonds eingerichtet, mit dem Aktivitäten der Gliederungen zur Werbung und Integration neuer Mitglieder unterstützt werden können.

2007: Jugendwettbewerb Gemeinsam gegen Rechts

Die Berliner SPD zeichnete im Rahmen eines Wettbewerbs junges Engagement gegen Rechtsextremismus mit insgesamt 10.000 Euro aus. Bei „Gemeinsam gegen Rechts“ waren Berliner Initiativen, Gruppen und Projekte, die gegen Rechtsextremismus und damit für Toleranz eintreten, zur Teilnahme aufgerufen. Schirmherr war der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. Über die Preisvergabe entschied eine Jury, der Ilan Mor, Geschäftsträger ad interim der Botschaft des Staates Israel, Walter Momper, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Johannes Tu-



chel, Leiter der Gedenkstätte deutscher Widerstand, Franziska Drohsel, Juso-Bundesvorsitzende, und Tim Renner, Geschäftsführer Motor FM, angehörten. Rund achtzig Initiativen aus allen Teilen der Stadt hatten sich beworben. Die fünf mit jeweils 2.000 Euro prämierten Projekte waren von jungen Menschen für junge Menschen initiiert. Die Jury-Mitglieder zeigten sich beeindruckt vom Ideenreichtum und der Vielfalt der Projekte. Die Sieger wurden auf einer festlichen Preisverleihung am 31. Januar 2008 im Betsaal des ehemaligen Jüdischen Waisenhauses in Pankow bekannt gegeben. Hier machte der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller deutlich, dass der gemeinsame Kampf gegen Rechtsradikalismus und für Demokratie und Toleranz zentrales Anliegen der SPD ist.

CSD

2007 und 2008 beteiligten sich die Berliner SPD und die Schwulen und Lesben in der Berliner SPD (Schwusos) aktiv mit einem Wagen an der Parade zum Christopher Street Day in Berlin. Dies diente sowohl der aktiven Mitgliederwerbung als auch der Auseinandersetzung mit grundlegenden gesellschaftlichen Fragestellungen wie der Familienpolitik: Mit der Darstellung eines neuen, vielfältigen Familienbegriffs wurde die bundespolitische Debatte um die Definition des Begriffs Familie aufgegriffen und erfolgreich umgesetzt.

Gedenktage

Neben der aktuellen politischen Arbeit gehört das Gedenken an wichtige Persönlichkeiten der Berliner Sozialdemokratie und an histori-

sche Daten zu den Aufgaben der Berliner SPD:

■ 50. Jahrestag –

„Erinnerung an Willy Brandt bleibt wach“

Die Bedeutung Willy Brandts reicht weit über Deutschland hinaus. Ohne die von ihm entwickelte Entspannungspolitik wäre das heutige Europa nicht denkbar, betonte der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder auf einer Gedenkveranstaltung der Berliner SPD am 15. Oktober 2007. Erinnert wurde im Willy-Brandt-Haus an den 15. Todestag Brandts und den 50. Jahrestag des Amtsantritts von Willy Brandt als Regierender Bürgermeister. Weggefährten Brandts machten ebenso wie der SPD Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller und das SPD-Präsidiumsmitglied Andrea Nahles deutlich: Die Erinnerung an Willy Brandt bleibt wach.



■ 100. Todestag von Ignaz Auer

Am 10. April 2007 haben der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil, und der Landesgeschäftsführer der SPD Berlin,

Rüdiger Scholz, aus Anlass des 100. Todestages von Ignaz Auer an seinem Grabe in ehrendem Gedenken Kränze niedergelegt.

■ 50. Todestag von Louise Schroeder

Der 4. Juni 2007 war der 50. Todestag von Louise Schroeder. Die „Mutter Berlins“ hatte die Stadt als amtierende Oberbürgermeisterin durch die schwierige Zeit von Mai 1947 bis Dezember 1948 geführt. Das Rote Rathaus erinnerte mit einer Ausstellung an Louise Schroeder.

■ 50. Todestag von Otto Suhr

Am 30. August 1957 starb Berlins Regierender Bürgermeister Otto Suhr nach nur zweijähriger Amtszeit. Der Nachfolger von Ernst Reuter und Vorgänger von Willy Brandt hat in seiner Amtszeit vor allem die Bindungen zwischen Berlin und dem Bund gestärkt. Er konzipierte zudem maßgeblich die Berliner Verfassung. Auch die Wiedererrichtung der Deutschen Hochschule für Politik (heute als Otto-Suhr-Institut Teil der Freien Universität Berlin) hat Berlin ihm zu verdanken.

■ Unsere Tradition wahren –

Berliner SPD besuchte Gedenkstätte in Friedrichsfelde zu Ehren Franz Künstlers am 10. September 2007

Die außerordentliche Bedeutung der Gedenkstätte Friedrichsfelde für die Sozialdemokratie hat SPD-Generalsekretär Hubertus Heil bei einem Rundgang auf dem Gelände anlässlich des 65. Todestags von Franz Künstler betont. Heil wandte sich gegen eine Instrumentalisierung der Gedenkstätte durch die Linkspartei: „Wir lassen uns nichts klauen“. In Friedrichsfelde wurde im August 1900 der SPD-Gründer Wilhelm Liebknecht beigesetzt, hier sind u.a. die Grabstätten des SPD-Vorsitzenden Hugo Haase, der Frauenrechtlerinnen Emma Ihrer und Luise Zietz und von Paul Singer und Ignaz Auer. Mit einer Kranzniederlegung am Grab von Franz Künstler erinnerten der Berliner SPD-Landesvorsitzende Michael Müller, Hubertus Heil sowie rund vierzig Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an den 65. Todestag des letzten Berliner SPD-Vorsitzenden vor 1933. Künstler war nach mehrmaligen Inhaftierungen und Zwangsarbeit an den Folgen der Misshandlungen verstorben.

■ 75. Todestag von Eduard Bernstein

Mit einer Kranzniederlegung hat die SPD an den 75. Todestag des sozialdemokratischen Theoretikers Eduard Bernstein erinnert. In Anwesenheit von SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, des Landesvorsitzenden Michael Müller und der Kreisvorsitzenden Dilek Kolat wurde am 19. Dezember auf dem Friedhof an der Schöneberger Eisackstraße ein neuer Grabstein

für Eduard Bernstein enthüllt. Bernstein war am 18. Dezember 1932 gestorben.



- Erinnerung an die Bücherverbrennung
Die Berliner SPD hat am 10. Mai 2008 gemeinsam mit der Humboldt-Universität und dem Kulturinstitut Cervantes mit einer ganztägigen Gedenk- und Kulturveranstaltung an den 75. Jahrestag der Bücherverbrennung auf dem Bebelplatz erinnert. Dort, wo 1933 in einer Nacht rund 25.000 Bücher brannten, wurde mit Lesungen und Diskussionen die Geschichte lebendig und es wurde ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt.
- Saalbenennung nach Franz Künstler
Wenige Tage nach dem 120. Geburtstag von Franz Künstler wurde am 26. Mai 2008 mit einer feierlichen Namensgebung der Sitzungssaal 2 im Kurt-Schumacher-Haus in Franz-Künstler-Saal umbenannt.
- Gedenkveranstaltung zum 150. Geburtstag von Adolph Hoffmann
Gemeinsam mit der Freireligiösen Gemeinde hat die Historische Kommission der Berliner SPD am 3. April 2008 mit einer Veranstaltung an den 1858 geborenen SPD-Reichstagsabgeordneten und Berliner Stadtverordneten Adolph Hoffmann erinnert, der zwischen 1913 und 1926 Vorsitzender der Freireligiösen Gemeinde Berlins war und zu den Begründern des Deutschen Freidenkerverbandes zählt.

Trauer um Lilo Strachmann

Im Alter von 74 Jahren ist am 24. März 2008 die Berliner AG 60plus Vorsitzende Lieselotte Strachmann verstorben. Mit ihr verliert die Berliner Sozialdemokratie eine Genossin, die sich nicht nur für die Belange der Älteren, sondern auch aktiv für einen Generationenaustausch und eine solidarische und faire Zusammenarbeit zwischen Alt und Jung eingesetzt hat. Lilo Strachmann wurde am 8. Oktober 1933 geboren und war seit November 1954 Sozialdemokratin. Sie warb zeitlebens mit großem Engagement für Toleranz und Weltoffenheit und setzte sich gegen Rechtsextremismus und Gewalt ein.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

A. Parteitage und Konvente

1. Landesparteitag in Bochum am 20. Januar 2007

Auf dem außerordentlichen Parteitag der NRWSPD in Bochum wurde Hannelore Kraft am 20. Januar 2007 zur neuen Vorsitzenden gewählt. Mit 95,6 Prozent sprachen ihr die Delegierten das Vertrauen aus. Die 45jährige aus Mülheim an der Ruhr ist damit die erste Frau an der Spitze der Sozialdemokraten in NRW und außerdem die jüngste Vorsitzende in der Geschichte der nordrhein-westfälischen SPD.

Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales, machte in seiner Rede vor den 450 Delegierten klar: Mit der neuen Vorsitzenden sind der 22. Mai 2005 und die Niederlage bei der Landtagswahl endgültig vorbei. Außerdem richtete er seinen Dank an Jochen Dieckmann, Krafts Vorgänger im Amt. In der schwierigen Phase nach der Landtagswahl habe er die Partei nicht nur zusammengehalten, sondern wieder in sicheres Fahrwasser geführt.

In ihrer kämpferischen Rede auf dem Parteitag machte Hannelore Kraft klar, dass sie die unsoziale Politik der CDU/FDP-Landesregierung konsequent attackieren werde und kündigte eine Fortsetzung der programmatischen Erneuerung der NRWSPD an.

Die knapp vier wahlkampffreien Jahre zwischen der Bundestagswahl 2005 und dem Wahlmarathon 2009/10 mit Europa-, Kommunal-, Bundestags- und Landtagswahl sollten zur inhaltlichen Profilierung genutzt werden.

2. Landesparteitag in Bochum am 25. August 2007

„Beste Bildung für alle“

Nach über einem Jahr intensiver Diskussion in der gesamten Partei und zahlreichen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen wurde das neue Bildungskonzept der NRWSPD mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Bei einer Neinstimme und drei Enthaltungen stimmten 99,1 Prozent der Delegierten auf dem Sonderparteitag für den Leitantrag des Landesvorstandes.

Kernpunkt des umfangreichen Konzepts ist die Idee des längeren gemeinsamen Lernens. In der Gemeinschaftsschule sollen Haupt-, Realschule und Gymnasium unter einem Dach zusammengefasst werden und alle Kinder mindestens bis einschließlich der sechsten Klasse gemeinsam unterrichtet werden. „Niemand wird frühzeitig aussortiert“, sagte Kraft. Es gehe darum, allen Kindern alle Chancen zu eröffnen.

Die NRWSPD will außerdem eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Jugendlichen und einen Ausbau der Weiterbildung. Die von der schwarz-gelben Landesregierung eingeführten Gebühren für das Erststudium wird die SPD nach einem Erfolg bei den nächsten Landtagswahlen 2010 wieder abschaffen.

Auch Vizekanzler Franz Müntefering unterstützte in seiner Rede vor dem Landesparteitag den Leitantrag: „Die Sozialdemokratie ist im 19. Jahrhundert gegründet worden, um Bildung für breite Schichten zu ermöglichen“, sagte er. Er betonte die Bedeutung einer besseren Schulausbildung für alle Kinder.



Franz Müntefering gratuliert der frischgebackenen Landesvorsitzenden der NRWSPD, Hannelore Kraft.

Denn Bildungsarmut sei bei vielen Menschen die Ursache für lebenslange Armut. „Wer will, dass wirklich Armut bekämpft wird, muss dafür sorgen, dass alle Menschen die gleiche Chance haben“, sagte der damalige Bundesarbeitsminister in Bochum.

Die Gemeinschaftsschule sei die „Schule der Freiheit“, sagte Kraft. Die CDU stehe „für mehr und verschärfte Auslese. Wir stehen für die Schulpolitik der Zukunft – für die beste Bildung für alle.“

Neben der bildungspolitischen Diskussion wurde auch ein Leitantrag zum neuen Grundsatzprogramm der SPD verabschiedet. Hannelore Kraft als Landesvorsitzende wies in Ihrer Rede darauf hin, dass in Nordrhein-Westfalen allein mehrere hundert Veranstaltungen zum Grundsatzprogramm stattgefunden hätten, an vielen hatte sie als Landesvorsitzende teilgenommen. Sie habe eine lebendige Partei erlebt, die sich ihrer Wurzeln besinnt und den Aufbruch in die Zukunft wagt.

3. Zukunftskonvent 2007 in Oberhausen

Auf dem Zukunftskonvent am 17. November 2007 in der alten Zinkfabrik in Oberhausen zeigte sich, dass die NRWSPD die bestimmende und gestaltende Kraft in den Städten und Gemeinden ist. Nach Grundsatzreden der SPD-Landesvorsitzenden Hannelore Kraft und des SGK-Landesvorsitzenden Frank Baranowski diskutierten mehrere hundert Sozialdemokraten und Experten aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft in fünf hochkarätig besetzten Foren u. a. zu den Themen „Kommunale Daseinsvorsorge“, „Kommunalfinanzen“ und „Leitbilder des Kulturräumtes Kommune“.

Dabei wurde unter anderem deutlich, dass die von der konservativ-liberalen Landesregierung beschlossenen Einschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen verheerende Auswirkungen haben. Wenn private Unternehmen, so Frank Baranowski, per Gesetz übervorteilt werden, gebe es keine Chancengleichheit mehr. Im Wettbewerb um die beste Versorgung der Menschen seien leistungsfähige kommunale Unternehmen notwendig.

Hannelore Kraft unterstrich, dass die NRWSPD im Gegensatz zur schwarz-gelben Landesregierung auf ein gutes, partnerschaftliches Verhältnis zu den Kommunen setze. „Die Landesregierung schränkt systematisch die Handlungsfähigkeit und Gestaltungsspielräume der Kommunen ein“ erklärte Hannelore Kraft.

Die Ergebnisse der Foren flossen in die Erarbeitung des kommunalpolitischen Leitan-



Bei der Wahlwerkstatt in Wuppertal bereiteten sich mehrere hundert Genossen auf die anstehenden Wahlkämpfe vor.

trags für den ordentlichen Landesparteitag 2008 ein.

4. Landesparteitag in Düsseldorf am 5. April 2008

„Starke Städte – Starkes Land“

„Nächstes Jahr geht es darum, die Rathäuser zu erobern.“ Hannelore Kraft, Landesvorsitzende der NRWSPD, demonstrierte beim kommunalpolitischen Landesparteitag in Düsseldorf Selbstbewusstsein und Siegeswillen. Die SPD erfahre für ihre Politik viel Zuspruch bei den Menschen im Land. „Sie wollen wie wir eine Bürgerversicherung und keine Kopfpauschale, sie wollen wie wir den Mindestlohn, sie sagen wie wir: Kibiz ist Mumpitz, sie wollen wie wir: Längeres gemeinsames Lernen und sie sagen wie wir: Weg mit den Studiengebühren.“

Mit ihrer Regierungsübernahme hätten CDU und FDP einen beispiellosen Raubzug bei den Kommunen begonnen, den selbst der Verfassungsgerichtshof in Münster festgestellt habe: „Das Gericht hat bestätigt, was wir immer gesagt haben: Die schwarz-gelbe Koalition hat sich feiern lassen für eine angebliche Haushaltskonsolidierung. Dabei haben sie – trotz hoher Steuermehreinnahmen – diese vermeintliche Konsolidierung nicht selbst gestemmt. Sie haben die Kommunen bezahlen lassen. Schwarz-Gelb entlastet sich auf Kosten der Kommunen – das ist der Skandal!“

Hannelore Kraft erinnerte vor den Parteitagsdelegierten auch an den Landeshaushalt 2006: „Beim Sozialen, bei Kinder und Jugend, bei den Kindergärten – überall wurde radikal gekürzt.“ Ministerpräsident Jürgen

Rüttgers habe zwar damals das Jahr des Kindes ausgerufen. Seine wahre Politik lautete aber: „Kürzen bei den Kurzen“. Den Kommunen seien systematisch die Mittel entzogen worden, sodass vor Ort – gerade auch im Bereich der Kinder- und Jugendförderung – eine verantwortungsvolle Politik kaum mehr möglich sei. „Wenn sie wirklich jedem Kind eine Chance geben wollten, dann wäre es das Beste, das Kinderbildungsgesetz, das Schulgesetz, das Hochschulgesetz und die Studiengebühren einzustampfen“, forderte Kraft von der schwarz-gelben Landesregierung unter dem Beifall der Delegierten.

Im Leitantrag zur Kommunalpolitik wurde deutlich, dass es starke Städte und Gemeinden, wirtschaftliche Stärke und ökologische Vernunft, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit nur mit der NRWSPD geben kann.

Als Gast auf dem Parteitag konnte die NRWSPD den Parteivorsitzenden und rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck begrüßen. Er ging in seiner Rede unter anderem auf die klare Forderung der SPD nach gesetzlichen Mindestlöhnen ein und forderte zudem ein Verbot der NPD. Die „braunen Horden“, die Verfassung und Freiheit „mit den Füßen treten“, seien „unerträglich“. Er ärgere sich in diesem Zusammenhang über die „Tatenlosigkeit“ der Landesinnenminister, insbesondere auch von Ingo Wolf in NRW, entgegen anders lautenden, parteiübergreifenden Absprachen. Angesichts der derzeitigen Krise auf den weltweiten Finanzmärkten setzte sich der SPD-Bundesvorsitzende unter anderem auch für welt- oder mindestens europaweit geltende ordnungspolitische Spielregeln für internationale Finanzgeschäfte ein.

Auf dem Parteitag wurde auch die Führung der SPD in Nordrhein-Westfalen neu gewählt. Hannelore Kraft wurde mit 96,61 Prozent der Stimmen im Amt der Vorsitzenden bestätigt.

**5. Zukunftskonvent 2008
am 15. November 2008 in Essen**

Der Zukunftskonvent in Essen stand unter dem Motto „Zukunft NRW – Gemeinsam neue Chancen schaffen“. Debattiert wurden von rund 800 Genossinnen und Genossen sowie Experten über die Themen Klimaschutz, Innovation und Wirtschaft. Für Hannelore Kraft als Landesvorsitzende ist dabei klar: „Wir müssen die Globalisierung zum Wohl der Menschen gestalten.“ Die Weltwirtschaftskrise mache deutlich, dass das Modell der sozialen Marktwirtschaft ein Erfolgsmodell sei, in dem allerdings das Soziale zu sehr zurückgedrängt worden sei. Die schwarz-gelbe Landesregierung betreibe keine eigene Wirtschaftspolitik, sondern beschränke sich darauf, Fördergelder aus Berlin oder Brüssel weiterzugeben.

Als Gastredner nahm auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel das Thema Wirtschafts- und Finanzkrise auf und schlug den Bogen zu einer globalen Umweltpolitik: „Wenn wir so weitermachen wie bisher, nehmen wir den größten faulen Kredit in der Geschichte der Menschheit auf, zu Lasten unserer Kinder und Enkelkinder.“ Deshalb müssten jetzt jährlich zwei Prozent des Sozialprodukts für Klimaschutzmaßnahmen aufgewendet werden, damit nicht künftige Generationen in Zukunft dafür 20 Prozent ausgeben müssen. Gabriel bekannte sich ausdrücklich zur Steinkohle. Es sei Aufgabe Deutschlands, umweltschonende Technologien zur Steinkohleverstromung zu entwickeln und weltweit zu exportieren.

In insgesamt fünf Fachforen diskutierten die Gäste dann zu Themen der Ökologie, Ökonomie und Innovation mit fachkundigen Referentinnen und Referenten. Aus den Ergebnissen des Zukunftskonvents wurde dann der Leitantrag für den ordentlichen Landesparteitag 2009 „Fortschrittsmotor Klimaschutz“ entwickelt.

**B. Gelsenkirchener
Konferenzen**

9./10. Februar 2007 Gelsenkirchen V

Bereits zum fünften Mal fanden Anfang Februar die „Gelsenkirchener Gespräche“ statt: Mehr als 140 Mandats- und Funktionsträger

der NRWSPD aus dem Europaparlament, dem Bundestag, dem Landtag, dem Landesvorstand und den Kommunen arbeiteten zwei Tage gemeinsam an inhaltlichen Konzepten. Im Mittelpunkt stand dabei das Thema des sozialen Zusammenhalts. Zentrale Frage war, wie durch eine vorausschauende und vorsorgende Politik soziale Schiefen in der Gesellschaft verhindert werden können. In drei Arbeitsgruppen – „Wirtschaft und Innovation – Standort für die Zukunft“, „Moderne Infrastruktur – Basis für die Zukunft“ und „Qualifikation – Investition in die Zukunft“ – wurden diese Themen ausführlich behandelt.

29. Februar / 1. März 2008 Gelsenkirchen VI

Auch im Jahr 2008 fanden wieder die Gelsenkirchener Gespräche statt. Die NRW-Abgeordneten und der Landesvorstand positionierten sich auf der 2-tägigen Klausurtagung offensiv gegen die falschen Ideologien „Privat

vor Staat“ (Union und FDP) und „Staat statt Privat“ (Linkspartei). Die SPD in NRW setzt dagegen auf das Konzept „Partner Staat“. Das unterstreicht eine Erklärung, die zum Abschluss der „Gelsenkirchener Gespräche“ der NRWSPD verabschiedet wurde. Aus verschiedenen Blickwinkeln wurde bei der Veranstaltung die Rolle des Staates beleuchtet. Als externe Experten beteiligten sich an den Gesprächen Alfred Buß, Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen, die WDR-Intendantin Monika Piel, Eon-Vorstandsmitglied Christoph Dänzer-Vanotti und Michael Vassiliadis, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE).

**C. Arbeitsgemeinschaften,
Foren und Arbeitskreise**

Die innerparteiliche Arbeit wird durch die Arbeitsgemeinschaften, Foren und Arbeitskreise der NRWSPD gestärkt, die regelmäßig

Feierstunde zu Ehren von Johannes Rau am 23. August 2008

In seiner Heimatstadt Wuppertal erinnerte die NRWSPD am 23. August an den Menschen, den Politiker und den Sozialdemokraten Johannes Rau. Der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und spätere Bundespräsident war vor 50 Jahren, am 6. Juli 1958, zum ersten Mal in den Düsseldorfer Landtag gewählt worden. Vor 30 Jahren, am 20. September 1978, wurde Johannes Rau erstmals Ministerpräsident. Das Lebenswerk des Ausnahmepolitikers würdigten die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft, der

SPD-Vorsitzende Kurt Beck und Avi Primor, ehemaliger Botschafter Israels in Deutschland und Freund von Johannes Rau. Zu den 300 Gästen gehörten auch die Witwe von Johannes Rau, Christina Rau, und die Kinder Anna und Philip. Gekommen waren auch der Vorsitzende der Krupp-Stiftung, Berthold Beitz, Franz Müntefering sowie die Bundesminister Peer Steinbrück und Wolfgang Tiefensee.

Die NRWSPD veröffentlichte anlässlich der Feierstunde eine DVD mit Reden von und über Johannes Rau.



Hannelore Kraft würdigt bei einer Gedenkveranstaltung den Sozialdemokraten und Menschen Johannes Rau.

eigene Veranstaltungen anbieten und sich zu politischen Themen äußern. Sie stehen auch Nichtmitgliedern der SPD offen und dienen der Vernetzung in die gesellschaftlichen Gruppen.

In Nordrhein-Westfalen sind alle bundesweiten Arbeitsgemeinschaften aktiv, also die AG 60plus, die ASE, die Jusos, die AfA sowie die AsJ, AfB, AGS, ASG und die Schwusos.

Die bundesweit tätigen Foren Wissenschaftsforum, Kulturforum, Forum Eine Welt und Forum Sport haben ihre Entsprechungen auf Landesebene.

Bereits seit vielen Jahren existiert in NRW darüber hinaus der Arbeitskreis Sicherheitspolitik und Bundeswehr, der sich regelmäßig den Fragestellungen eines erweiterten Sicherheitsbegriffs widmet. In Bezug auf die Meinungsbildung in der Strukturfrage der Bundeswehr „Wehrpflicht“ oder „Freiwilligenarmee“ war der aus dem Arbeitskreis miterarbeitete Vorschlag eines freiwilligen Dienstes meinungsbildend für die Bundespartei.

Der Arbeitskreis „Migration und Integration“ legte ein umfangreiches Positionspapier mit dem Titel „Integration als gesellschaftlicher Motor“ vor. Darüber hinaus existiert auch ein Arbeitskreis „SPD und Kirche“, der die gesellschaftlichen Kontakte in die christlichen Kirchen pflegt.

Im Sozialrat der NRWSPD kommen Vertreterinnen und Vertreter aus Partei und Fraktion zu regelmäßigen Gesprächen mit Verbänden aus dem sozialen und karitativen Bereich zusammen. Gleiches leistet der Gewerkschaftsrat für den Bereich der Arbeitnehmervertretungen und Betriebsräte in NRW. Die NRWSPD profitiert durch diese Gremien vom Sachverstand der dort mitwirkenden Fachleute, eine wertvolle und wichtige Stütze für die Partei.

D. Personalentwicklung

Zu den organisatorischen Zielen zählt eine weitere Verbesserung im Bereich der Personalentwicklung der NRWSPD. Dabei gilt es insbesondere, unsere Mitglieder für die Übernahme politischer Verantwortung in den Ortsvereinen und kommunalen Mandaten zu qualifizieren. Gemeinsamen mit den Bildungswerken, politischen Stiftungen sowie der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik wurden hierzu verschiedene Seminarprogramme aufgelegt, darunter die erfolgreiche Kommunalakademie NRW. Auch an der bundesweiten Kommunalakademie haben zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der NRWSPD teilgenommen. Ebenfalls wurden Workshops für die Mitgliederbeauftragten in den Unterbezirken

durchgeführt, mit dem Ziel, dass diese das Erlernte in den Unterbezirken weitergeben. Darüber hinaus wurden Seminare für neue

Ortsvereinsvorsitzende und regelmäßige Schulungen für Kassiererinnen und Kassierer angeboten.

Personalien

Vorstand 2007

LANDESVORSITZENDE:

Jochen Dieckmann (bis 20.01.2007)
Hannelore Kraft (ab 20.01.2007)

STELLV. VORSITZENDE:

Britta Altenkamp, Birgit Fischer,
Dr. Karsten Rudolph, Ute Schäfer

SCHATZMEISTER:

Norbert Römer

GENERALSEKRETÄR:

Michael Groschek

BEISITZER/INNEN:

Frank Baranowski, Alexander Bercht,
Hans-Werner Bertl, Martin Borntträger,
Bernhard Daldrup, Renate Drewke,
Gabriele Frechen, Jutta Haug,
Marc Herter, Oliver Kaczmarek,
Hans-Willi Körffges, Dr. Dietmar Köster,
Thorsten Konzelmann, Elisabeth
Koschorreck, Andreas Krebs, Jochen Ott,
Jutta Pfungsten, Ernst-Wilhelm Rahe,
Bernhard Rapkay, Anne Rodenbrock-
Wesselmann, Karl Schultheis,
Svenja Schulze, Michelle Schumann,
Monika Simshäuser, Cornelia Tausch,
Apostolos Tsalastras, Achim Tüttenberg,
Elisabeth Veldhues, Horst Vöge,
Gisela Walsken

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Frank Ulrich Wessel (bis 03/2007)
Bernd Neuendorf (ab 03/2007)

REGIONALVORSITZENDE:

Westliches Westfalen:

Norbert Römer

Niederrhein:

Britta Altenkamp

Mittelrhein:

Dietmar Nietan

Ostwestfalen-Lippe:

Dr. Axel Horstmann

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

UND IHRE VORSITZENDEN:

AfA: Armin Jahl
AfB: Marlies Stotz
Jusos: Christoph Dolle
AsF: Gerda Kieninger
ASG: Dr. Matthias Albrecht
AGS: Gerd Teulings
AsJ: Dr. Markus Sondermann
AG60plus: Gerhard Kompe
Schwusos: Dirk Jehle

Vorstand 2008

LANDESVORSITZENDE:

Hannelore Kraft

STELLV. VORSITZENDE:

Britta Altenkamp, Birgit Fischer,
Jochen Ott, Ute Schäfer

SCHATZMEISTER:

Norbert Römer

GENERALSEKRETÄR:

Michael Groschek

BEISITZER/-INNEN:

Ulrike Apel-Haefs († 09.02.2009),
Frank Baranowski, Dietmar Bell,
Martin Borntträger, Bernhard Daldrup,
Christoph Dolle, Franz-Josef Drabig,
Renate Drewke, Gabriele Frechen,
Jutta Haug, Michael Heidinger,
Marc Herter, Oliver Kaczmarek,
Hans-Willi Körffges, Dr. Dietmar Köster,
Thorsten Konzelmann, Elisabeth
Koschorreck, Jutta Pfungsten,
Ernst-Wilhelm Rahe, Bernhard Rapkay,
Dr. Karsten Rudolph, Miriam Schmidt,
Uwe Schmitz, Karl Schultheis,
Svenja Schulze, Michelle Schumann,
Monika Simshäuser, Apostolos Tsalastras,
Elisabeth Veldhues, Gisela Walsken

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Bernd Neuendorf

REGIONALVORSITZENDE:

Westliches Westfalen:

Norbert Römer

Niederrhein:

Britta Altenkamp

Mittelrhein:

Dietmar Nietan

Ostwestfalen-Lippe:

Ute Schäfer

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

UND IHRE VORSITZENDEN:

AfA: Armin Jahl
AfB: Marlies Stotz
Jusos: Christoph Dolle
AsF: Gerda Kieninger
ASG: Dr. Matthias Albrecht
AGS: Gerd Teulings
AsJ: Dr. Markus Sondermann
AG60plus: Gerhard Kompe
Schwusos: Dirk Jehle

Landesverband Hessen

Landesparteitage

Im Berichtszeitraum fanden fünf weitere Landesparteitage statt. Der außerordentliche Landesparteitag am 29. September 2007 in Wiesbaden stand im Zeichen der hessischen Landtagswahl 2008; auf ihm wurde die Landesliste der SPD verabschiedet und die programmatischen Weichen für die Landtagswahl am 27. Januar 2008 gestellt. Der außerordentliche Parteitag am 29. März 2008 in Hanau beschäftigte sich mit der Situation nach der Landtagswahl und dem weiteren Vorgehen. Erhard Eppler und Horst Eberhard Richter redeten auf dem Parteitag, der ein großes Medienecho hatte. Die außerordentlichen Landesparteitage in Rotenburg am 4. Oktober 2008 und in Fulda am 1. November 2008 standen in Lichte einer breit angelegten innerparteilichen Diskussion zur Sondierung und Bewertung einer Minderheitenregierung und der Diskussion und Bewertung des Koalitionsvertrages zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Beim Landesparteitag am 13. Dezember 2008 in Alsfeld stand neben der Verabschiedung der Landesliste und der programmatischen Ergänzung des Wahlprogramms auch die Rede des SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering im Mittelpunkt.

Arbeitsschwerpunkte

Studiengebühren

Gegen die 2006 mit absoluter CDU-Mehrheit beschlossene Einführung allgemeiner Studiengebühren zum Wintersemester 2007/2008 bildete sich in Hessen ein breiter gesellschaftlicher Widerstand, an dem die SPD an vorderster Front mitwirkte. Andrea Ypsilanti hatte bereits im Mai 2006 anlässlich der ersten Lesung des Gesetzes zur Einführung der Studiengebühren im Landtag angekündigt, dass eine SPD-geführte Landesregierung die Studiengebühren innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit abschaffen werde.

Neben parlamentarischen Initiativen und der von der SPD-Landtagsfraktion eingereichten Verfassungsklage gegen die Studiengebühren unterstützte die SPD auch die von Studierendenvertretungen und Gewerkschaften initiierte Volksklage. Juso-Hochschulgruppen, SPD-Gliederungen und kommunale Verantwortungsträger vor Ort beteiligten sich am Sammeln der Unterschriften. Auch wenn beide Klagen letztlich vor dem Staatsgerichtshof keinen Erfolg hatten, gaben sie den Protesten gegen die CDU-Landesregierung weiteren Auftrieb.

Im Zuge der Debatte um die Studiengebühren konnten die Juso-Hochschulgruppen ihre Stimmanteile bei den Wahlen zu den Studierendenparlamenten erheblich ausbauen und sind prägende Kraft in den Studierendenvertretungen.

Die eindeutige Positionierung der SPD in der Frage der Studiengebühren trug zum guten Stimmenanteil besonders bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern bei der Landtagswahl 2008 erheblich bei und half dabei, das Profil der SPD Hessen als Partei der sozialen Gerechtigkeit weiter zu schärfen.

Programmprozess

Die hessische SPD ist die einzige echte Programmpartei in Hessen. Wir stehen für einen neuen Politikstil, der die Menschen mitnimmt und in die inhaltliche Arbeit einbezieht. Aus diesem Grund hatten die hessischen Sozialdemokraten den im April 2007 zur Diskussion gestellten Programmentwurf an über siebenhundert gesellschaftlich interessierte Gruppen mit Bitte um Stellungnahme verschickt. Die weit über zweihundert Rückmeldungen waren nahezu durchweg zustimmend und unterstützend. Wir haben die eingegangenen Anregungen und Änderungen zu dem Programmentwurf diskutiert und viele nützliche und hilfreiche Hinweise zu unseren Programmaussagen eingearbeitet.

Vom Wohnungsbau bis zur Kommunalen Beschäftigungspolitik und von Verkehrs- bis zur Naturschutzpolitik haben wir die eingegangenen Anregungen zur Konkretisierung

unserer sozialdemokratischen Vorstellung für die Zeit nach dem Wahlsieg genutzt. Als konkretes Beispiel kann die Anregung des DGB zur Industriepolitik genannt werden, die ebenfalls Eingang ins Regierungsprogramm gefunden hat.

Mit dem neuen integrierten Ansatz von Arbeits-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik stellen wir unter Beweis, dass die hessische Sozialdemokratie die einzig legitime politische Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Gewerkschaftsmitglieder ist, die den Anspruch erhebt, nach dem 27. Januar 2008 ihr Programm in Regierungsverantwortung auch umzusetzen.

Wir stülpen den Menschen nichts über, wir zwingen ihnen nichts auf, wir diktieren ihnen nichts und wir schreiben auch nicht von anderen Parteien ab – wir überzeugen mit sozialdemokratischen Positionen und aktiver Teilhabe.

Darüber hinaus fiel die Vorbereitung zweier Landtagswahlen in die Amtszeit des Vorstandes:

Das Landtagswahlergebnis vom 27. Januar 2008

Die hessische SPD hat am 27. Januar 2008 mit Andrea Ypsilanti als Spitzenkandidatin einen hervorragenden Wahlerfolg errungen. 210.000 Wählerinnen und Wähler konnten gegenüber der Landtagswahl 2003 hinzugewonnen werden. Das entsprach einem Plus



Start Sommertour 2007. Andrea Ypsilanti, Norbert Schmitt und Junge Teams in Wiesbaden

von 7,6 Prozentpunkten. Seit dem Jahr 2002 war dies für die SPD – neben dem Wahlerfolg in Rheinland-Pfalz – der einzige Zuwachs bei einer Landtagswahl. Mit 36,7 Prozent lag die SPD auch über dem hessischen Ergebnis der vergangenen Bundestagswahl. Klarer Wahlverlierer war Roland Koch. Die CDU verlor insgesamt 324.000 Stimmen und damit jeden vierten Wähler gegenüber der Landtagswahl 2003. Die SPD konnte Stimmen aus allen Lagern gewinnen: 90.000 Stimmen Nettogewinn von der CDU, 66.000 Stimmen von den Grünen. Dazu konnten 68.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager mobilisiert werden.

Der SPD war es in Hessen gelungen, insbesondere junge Frauen (46,7 %) anzusprechen und – wie seit Jahren nicht mehr – junge Menschen zu überzeugen. Auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie bei Arbeitslosen schnitt die SPD überdurchschnittlich gut ab.

Mit unseren Wahlkampfthemen soziale Gerechtigkeit, bessere Bildung, gebührenfreie Hochschulen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, erneuerbare Energien, gute Arbeit, Mindestlohn und der Ankündigung, das Tarifdiktat im Öffentlichen Dienst zu beenden, haben wir erfolgreich deutlich machen können, dass wir uns der Probleme dieser Menschen annehmen. Als richtig erwies sich auch die Entscheidung, von Beginn des Wahlkampfes an auf die inhaltlichen und personellen Gegensätze zwischen SPD und CDU zu setzen. Die Wahlbeteiligung lag in Hessen höher als bei allen anderen Landtagswahlen, die seit der letzten Bundestagswahl stattgefunden haben. Es waren zu einem Großteil unsere Wählerinnen und Wähler, die gegenüber 2003 an die Urnen zurückgekehrt sind.

Diesen Erfolg hatte die SPD nicht allein durch gute Wahlwerbung erzielt. Er war vielmehr das Ergebnis jahrelanger politischer Arbeit: Nach dem Wahldebakel von 2003 war es der hessischen SPD gelungen, ihre gesellschaftlichen Fundamente wieder zu stärken. Sie konnte Vertrauen bei den Gewerkschaften in Hessen wieder herstellen, die Gesprächsebene zu den Schüler-, Lehrer- und Elternverbänden neu aufbauen und Glaubwürdigkeit in Fragen der sozialen Gerechtigkeit zurückgewinnen. Mit unserem engagierten Energieprogramm war es uns gelungen, neue, zukunftsorientierte Themenfelder zu besetzen und damit neue Hoffnung und Zuversicht auszulösen. Ohne diesen Prozess der inhaltlichen Neuaufstellung und der Rückgewinnung der Meinungsführerschaft in vielen Themenfeldern wäre es nicht möglich gewesen, neue Wählerschichten zu erschließen und von Roland Koch enttäuschte Wählerinnen und Wähler so zahlreich an die SPD zu binden. Die Kampagne der CDU im Land-

tagswahlkampf 2008 war eine Verzweigungstat. Die CDU musste feststellen, dass die hessische SPD und ihre Spitzenkandidatin Woche für Woche an Akzeptanz und Kompetenzzuweisung gewannen und die CDU und Roland Koch in gleichem Maße an Zustimmung verlor. Mit ihrer Kampagne zur Jugendkriminalität versuchte die CDU unsere Unterschriftensammlung für gerechte Löhne zu kontern, was ihr misslang.

Mit ihrer Kampagne gegen die Linkspartei wertete die CDU den neuen Mitbewerber im Parteienspektrum in der Wahlkampfphase auf und half ihm letztlich dabei, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

Ausweislich von Umfragen sprach sich kurz vor der Wahl eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für die Ablösung von Roland Koch durch Andrea Ypsilanti aus.

Unser Weg nach der Landtagswahl 2008

Erstmals zog bei einer Landtagswahl in Westdeutschland die Linkspartei ins Parlament ein. Damit entstand eine für die Regierungsbildung komplizierte Situation: Weder SPD und Grüne noch CDU und FDP verfügten jeweils über eine Mehrheit. Zudem hatten im Wahlkampf sowohl die CDU als auch die FDP eine Koalition mit der SPD oder den Grünen ausgeschlossen. Die SPD hatte vor der Wahl eine Koalition mit der CDU oder der Linkspartei ausgeschlossen.

Es entstand somit eine Situation, in der die Parteien von ihren Koalitionsaussagen abrücken mussten, um eine Regierung zu bilden. Dies taten zuerst CDU und FDP, die kurz nach dem Wahltag entgegen ihren vorhergehenden Ankündigungen begannen, Bündnis 90/Die Grünen für eine „Jamaika-Koalition“ zu umwerben.

Die SPD versuchte dagegen zunächst, Gespräche mit der FDP über die Bildung einer „Ampelkoalition“ zu initiieren. Jörg-Uwe Hahn verweigerte trotz zahlreicher Gesprächsangebote jedwedes Sondierungsgespräch mit der SPD.

Im Landesvorstand und in der Landtagsfraktion wurde das komplizierte Landtagswahlergebnis immer wieder diskutiert. Es gab die Hoffnung, dass die FDP nach der Hamburger Bürgerschaftswahl ihre Blockadehaltung nochmals überdenken würde. Dies geschah jedoch nicht, eine Gesprächsaufnahme wurde weiterhin strikt abgelehnt. Mit der CDU kam es zu einem solchen Gespräch: Die Gesprächsdelegation (bestehend aus Andrea Ypsilanti, Manfred Schaub, Gernot Grumbach, Jürgen Walter, Hildegard Pfaff und Norbert Schmitt) musste jedoch feststellen, dass die CDU ohne Einsicht in ihre Fehler der letzten neun Jahre geblieben war und ka-

tegorisch an Roland Koch als Ministerpräsident festhielt. Die Positionierung der Hessen-CDU, wie sie in der Bad Wildunger Erklärung Ausdruck fand, dokumentierte die inhaltlichen und personellen Hürden für die Bildung einer großen Koalition offenkundig.

Im Landesvorstand und in der Landtagsfraktion wurde deshalb am 4. März 2008 der Beschluss gefasst, Gespräche mit den Grünen und der Linkspartei zur Bildung einer Minderheitsregierung aufzunehmen, nachdem eine Woche zuvor dieser Weg im Landesvorstand und in der Fraktion ausgiebig erörtert wurde und als einzige Lösung zur Regierungsbildung für die SPD festgestellt wurde, wenn es bei der Verweigerungshaltung der FDP bleiben sollte.

Zu Gesprächen über die Bildung einer Minderheitsregierung kam es jedoch nicht, nachdem Dagmar Metzger aus dem Urlaub mitteilte, dass sie nicht bereit sei, einen solchen Weg mitzutragen. Nach dieser Erklärung und der Beratung der dadurch entstandenen Situation im Landesparteirat erklärte Andrea Ypsilanti, dass sie am 5. April nicht als Ministerpräsidentin kandidieren werde.

Der Landesparteitag am 29. März in Hanau beschloss nach dieser Entwicklung, die SPD-Landtagsfraktion dazu aufzufordern, alle parlamentarischen Möglichkeiten zur Umsetzung des Politikwechsels zu nutzen und möglichst viele Themen unseres Wahlprogramms in die parlamentarische Arbeit des Landtags einzubringen. Um entsprechende Mehrheiten im Hessischen Landtag herstellen zu können, wurde die Landtagsfraktion aufgefordert, alle Fraktionen in die Mehrheitsfindung einzubeziehen; das galt auch für die Linkspartei.

Wörtlich heißt es im Beschluss des Hanauer Parteitags weiter: „Vor dem Hintergrund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse im Hessischen Landtag darf aber auch das Ziel, eine stabile Regierung für Hessen zu bilden, nicht aufgegeben werden. Die Bildung einer stabilen Regierung erfordert unter den gegebenen Umständen die ganze Solidarität innerhalb der Partei. Denn jede denkbare Konstellation in Hessen ist mit besonderen Herausforderungen verbunden. Dies macht es notwendig, dass den Mitgliedern und Gremien der Partei vor Eintritt in erneute Koalitions- oder Tolerierungsverhandlungen die Möglichkeit gegeben wird, sich am Prozess der Meinungsfindung entscheidend zu beteiligen. Eine stabile Regierung braucht immer auch eine größtmögliche Mehrheit innerhalb der Partei und nur ein umfassender Beteiligungsprozess kann dies sicherstellen. Deshalb muss vor der Aufnahme offizieller Koalitions- oder Tolerierungsverhandlungen ein Parteitag über diese Verhandlungen beschließen. Im Vorfeld prüft der Landesvorstand, ob es gegebenen-

falls sinnvoll ist, diesen Parteitag durch Regionalkonferenzen vorzubereiten.“

Nach intensiven Gesprächen von Andrea Ypsilanti mit allen SPD-Landtagsabgeordneten, unzähligen Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen auf örtlicher Ebene zur Frage der Regierungsbildung sowie vier parteiöffentlichen Regionalkonferenzen mit insgesamt mehr als 2.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern beschloss der Landesvorstand, einen außerordentlichen Landesparteitag einzuberufen, um die Gespräche zur Bildung einer Minderheitsregierung mit Unterstützung durch die Linkspartei wieder aufzunehmen.

Der Landesvorstand berichtete deshalb dem Parteitag in Rotenburg am 4. Oktober 2008 wie folgt: „Wir haben uns als hessische SPD nach den Sommerferien die Zeit genommen, die neue Situation, in der wir uns befinden, mit den Mitgliedern zu diskutieren und von allen Seiten zu beleuchten. Das unterscheidet uns von anderen Parteien. Wir haben der Parteibasis in vier großen Regionalkonferenzen und zahlreichen Veranstaltungen in den Unterbezirken, Wahlkreisen und Ortsvereinen die Möglichkeit zur direkten Diskussion mit der Parteispitze und den Verantwortlichen gegeben. Regionalkonferenzen ersetzen keine Beschlüsse der demokratisch legitimierten und satzungsgemäßen Gremien, aber sie stellen Räume zur Meinungs- und Willensbildung zur Verfügung. Die vorgetragenen Argumente haben Gewicht und ihren Eingang in diese Beschlussvorlage gefunden.“

In den Regionalkonferenzen gab es eine sehr große Zustimmung, eine rot-grüne Landesregierung mit Unterstützung der Partei Die Linke anzustreben und Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Die Argumente gingen von einer grundsätzlichen Überzeugung, dass sich in der Zusammenarbeit mit Grünen und Linkspartei am ehesten unser Wahlprogramm umsetzen lässt, bis zu der Position, dass bei einer Verweigerungshaltung der FDP dieser Weg alternativlos sei und man Verantwortung übernehmen müsse.

Es gab warnende Stimmen, die auf die Unzuverlässigkeit der Linkspartei hinwiesen oder darauf, dass man auf diesem Weg die Linkspartei hoffähig mache. Und es gab kritische Stimmen mit dem Hinweis auf unsere Wahlaussage in der Koalitionsfrage und die Argumentation, dass diese unbedingt gelte und bedeutsamer sei als inhaltliche Wahlaussagen. Einzelne Stimmen befürworteten eine große Koalition, Neuwahlen oder die Fortführung der gegenwärtigen Situation (d. h. die Regierung geschäftsführend im Amt zu belassen).“

Landesparteirat und Landesvorstand hatten zudem den geschäftsführenden Landesvorstand (Andrea Ypsilanti, Jürgen Walter, Gernot Grumbach, Manfred Schaub, Hilde-

gard Pfaff) beauftragt, bis zum Landesparteitag eine Bewertung vorzunehmen, ob mit der Linkspartei eine verlässliche Unterstützung vereinbart werden kann und ob die Partei und Fraktion in Hessen jederzeit für die Anerkennung unserer Verfassungsordnung und unserer parlamentarischen Demokratie bereit sind und gegen jede Form von Unfreiheit und Menschenrechtsverletzungen, wie sie z. B. in der DDR u. a. mit Schießbefehl, Stasi-Überwachung und der Einschränkung der Meinungs-, Wahl- und Reisefreiheit praktiziert wurden, eintreten. Diese Bewertung des geschäftsführenden Landesvorstandes fiel einstimmig zufrieden stellend aus.

Der Landesparteirat der SPD hatte außerdem beschlossen, dass es notwendig ist, mit der Linkspartei über mehrere Punkte, die die Landesgesetzgebung, den Bundesrat und den Haushalt betreffen, verbindliche Vereinbarungen zu treffen. Erste Gespräche über diese Fragen zeigten, dass der Vorstand der Linkspartei diese verlässliche Unterstützung durch einen Mitgliederentscheid sicherstellen wollte.

Damit waren die Voraussetzungen erfüllt, die der Landesparteirat und der Landesvorstand formuliert hatten, um Gespräche mit der Linkspartei aufzunehmen. Der Landesparteitag forderte folgerichtig den Landesvorstand und die Fraktion auf, entsprechende Verhandlungen mit den Grünen und der Linkspartei zu führen.

Der Beschluss lautete:

„Mit unserem Programm und unseren Inhalten haben wir am 27. Januar Zustimmung bis weit in die Mitte der Gesellschaft erreichen können. Dies ist für uns Verpflichtung, unsere inhaltlichen Wahlaussagen auch zu verwirklichen. Wir streben deshalb eine möglichst weit reichende Umsetzung unseres Regierungsprogramms ‚Die Zeit ist reif – Sozialdemokratisches Regierungsprogramm 2008–2013‘ an.“

Der Landesvorstand wird eine Verhandlungskommission bilden und dem außerordentlichen Landesparteitag am 01. November 2008 die Ergebnisse der Verhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke zur weiteren Beschlussfassung vorlegen.“

Die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen fanden in guter Atmosphäre statt. Das Ergebnis der Verhandlungen brachte die Präambel zum Koalitionsvertrag gut zum Ausdruck:

„SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind angetreten, dem sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Wandel in Hessen Kraft zu verleihen und Richtung zu geben. Wir sind angetreten, um soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Verantwortung zu verbinden. Wir setzen auf die Stärken unseres Landes und sei-

ner Bürgerinnen und Bürger. Unsere Politik ist dem einzelnen Menschen verpflichtet und dient so Gesellschaft und Wirtschaft in Hessen.“

SPD und Bündnis 90/Die Grünen stehen für einen umfassenden Politikwechsel:

Für soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Nachhaltigkeit, chancengerechte Bildung, Toleranz und Welt-offenheit. Unsere Politik wird maßgeblich von Frauen an der Spitze gestaltet und trägt eine klare Handschrift zugunsten der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern. Der Politikwechsel in Hessen drückt sich vor allem in den Bereichen, Bildung, Umwelt und Soziales sowie in einer neuen politischen Kultur aus.“

Der Koalitionsvertrag sah den Beginn einer neuen Bildungspolitik mit dem Einstieg in ein Schulsystem nach dem Konzept „Haus der Bildung“, die Fortentwicklung Hessens zu einem Musterland für Erneuerbare Energien und der damit verbundenen Wirtschaftsbranchen, personelle Aufstockungen für Polizei und Justiz, den Wiedereinstieg des Landes in eine aktive Sozialpolitik, den Weiterbau der Autobahnen A 44 und A 49, den Ausbau des Flugplatzes Kassel Calden unter bestimmten Bedingungen sowie den Ausbau des Flughafens Frankfurt verbunden mit der Durchsetzung eines Nachtflugverbots vor. Die zunächst umstrittene Rechtsauffassung von SPD und Grünen zum Nachtflugverbot wurde im Januar 2009 vom hessischen Verwaltungsgericht als zutreffend bestätigt.

Obwohl der a. o. Landesparteitag am 1. November 2008 in Fulda, der einberufen wurde, um das Verhandlungsergebnis zu bewerten, mit großer Mehrheit – bei nur wenigen Gegenstimmen – beschloss, auf dieser Grundlage eine Regierung zu bilden, erklärten neben Dagmar Metzger die Abgeordneten Carmen Ewerts, Silke Tesch und Jürgen Walter auf einer Pressekonferenz am 3. November – einen Tag vor der geplanten Wahl der Ministerpräsidentin im Hessischen Landtag – entgegen vorhergehender Äußerungen, dass sie nicht bereit seien, Andrea Ypsilanti als Ministerpräsidentin zu wählen. Die Sitzung des Landtags wurde abgesagt.

CDU und FDP entschieden sich in den folgenden Tagen sehr schnell, die damit entstandene politische Situation für sofortige Neuwahlen nutzen zu wollen. Auch Bündnis 90 / Die Grünen entschieden sich jetzt für Neuwahlen. Am 19. November 2008 beschloss der Landtag letztlich mit den Stimmen aller Fraktionen seine Auflösung.

Die Neuwahl im Januar 2009

Neuwahlen wurden für den 18. Januar 2009 festgelegt.



Thorsten Schäfer-Gümbel auf dem Landesparteitag im Dezember 2008

Andrea Ypsilanti schlug dem Landesparteirat am 8. November 2008 Thorsten Schäfer-Gümbel als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2009 vor. Der Landesparteirat folgte dem Vorschlag einstimmig.

Es war abzusehen, dass nach den Ereignissen der vergangenen neun Monate die SPD vor einem äußerst schwierigen Wahlkampf stehen würde. Dennoch engagierten sich viele Genossinnen und Genossen vor Ort im Wahlkampf. Thorsten Schäfer-Gümbel leistete einen hervorragenden Wahlkampf und erwarb sich Woche für Woche mehr Zustimmung bei der Wählerschaft. Meinungsumfragen und das katastrophale Wahlergebnis am 18. Januar 2009 zeigten jedoch, dass die Frage des Vertrauensverlustes alle inhaltlichen Wahlaussagen überlagerten. Mit 23,7 Prozent erzielte die SPD ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis in Hessen.

Die SPD verlor gegenüber 2008 per Saldo 192.000 Wähler an das Lager der Nichtwähler und 194.000 Wählerinnen und Wähler an andere Parteien. Davon wechselten per Saldo



Andrea Ypsilanti im Januar 2008

122.000 zu den Grünen, 36.000 zur CDU, 21.000 zur FDP, 8.000 zur Linkspartei.

Damit war der Weg für die CDU – die nahezu ohne Zugewinn bei der Landtagswahl blieb – mit Roland Koch an der Spitze frei, um mit der FDP eine neue Regierung zu bilden. Der Koalitionsvertrag macht deutlich, dass beide Parteien ein für Hessen schädliches „weiter so“ vereinbart haben. Neue Impulse für unser Bundesland sind nicht zu erwarten. Weder in der Bildungspolitik, noch in der Energiepolitik, noch im sozialpolitischen Bereich wurden Übereinkünfte getroffen, die die Zukunft für Hessen erschließen können.

Die SPD-Landtagsfraktion wird als Opposition konsequent die falschen Weichenstellungen thematisieren.

Weitere Themen

Mit Andrea Ypsilanti, Gernot Grumbach und Manfred Schaub wurden eine Hessin und zwei Hessen in den Parteivorstand gewählt. Darüber hinaus ist Andrea Ypsilanti Mitglied im Präsidium der Bundespartei.

Direktwahlen

Die SPD stellt zum 31. Januar 2009 176 Oberbürgermeister und Bürgermeister und elf Landräte in Hessen. (Stand 31. Januar 2009) Sie ist damit die Kommunalpartei mit weitem Abstand vor der CDU.

Gewerkschaftsrat

Als ein wichtiges Diskussions- und Arbeitsforum, aber auch als Arbeitsforum hat sich der

Gewerkschaftsrat bewährt. Der Gewerkschaftsrat tagte in regelmäßigen Abständen und wurde abwechselnd von Stefan Körzell (DGB) und Andrea Ypsilanti geleitet. Zum Thema Mindestlohn entwickelte der hessische Gewerkschaftsrat als erster eine gemeinsame, tragfähige Position von SPD und Gewerkschaften, die später von DGB und SPD auf Bundesebene übernommen wurde und die Grundlage für unsere Aktion „Gute Arbeit“ mit der Unterschriftenaktion Mindestlohn im Wahlkampf 2008 bildete. Das Eckpunktepapier „Für eine zukunftsfähige Industriepolitik in Hessen“ wurde ausführlich beraten. Darüber hinaus gab es von Seiten der Landesspitze zahlreiche Gespräche mit den Einzelgewerkschaften.

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Sozialdemokraten in der Polizei

(Lothar Balder und Dr. Dr. Dr. Wolfgang Pausch)

Dass die SPD in Hessen für eine nachhaltige, präventionsorientierte Politik der inneren Sicherheit und für Gute Arbeit im Öffentlichen Dienst steht, zeigt sich u.a. an der hohen Zahl von ca. 800 Mitgliedern, die unsere Partei im Bereich der aktiven und pensionierten Polizeibeamten aufweisen kann. 2007 wurde der Arbeitskreis „Sozialdemokraten in der Polizei“ (SiP) Hessen wiedergegründet. Auf der Gründungs-MV wurde ein elfköpfiger Vorstand mit den Sprechern Lothar Balder und Dr. Dr. Dr. Wolfgang Pausch gewählt. Die SiP traf sich seitdem halbjährlich zu Mitgliederversammlung mit 30–60 Teilnehmern, nahm mit dem 2007 verfassten und 2008 aktualisierten Positionspapier „Sicher leben in Hessen“ Stellung zur Debatte um die innere Sicherheit und um die Arbeitsbedingungen der Polizei und beteiligte sich im Bereich der Polizeiangehörigen sehr aktiv am Wahlkampf.

AG „Öffentliches Bankenwesen“

(Manfred Schaub)

Die Arbeitsgemeinschaft „Öffentliches Bankenwesen“ berät den Landesvorstand und wird von Manfred Schaub geleitet. Er hat im Berichtszeitraum viermal getagt und sich schwerpunktmäßig mit der Zukunft und den Perspektiven der Sparkassenlandschaft in Hessen beschäftigt und die einschlägigen Gesetzesvorhaben im Hessischen Landtag diskutiert und bewertet.

Kirchenpolitische Kommission

(Torsten Warnecke / Erika Fellner / Ernst-Ewald Roth)

Mit der Kirchenkommission greift die hessische SPD immer wieder öffentliche Diskussionen auf. Dabei geht es nicht allein um ein internes Forum, insbesondere mit Repräsentanten der beiden großen christlichen Kir-

chen. Ob christlich benannte „Nächstenliebe“ oder gut sozialdemokratisch „Solidarität“; in der Praxis handelt es sich um eine Münze. So wie die Kirchenkommission sich ausgiebig mit dem „Sozialwort der Kirchen“ befasst hat, hat sie die Programmdiskussion um ein Landtagswahlprogramm 2008 ebenso wie die Grundsatzprogrammentwicklung auf Bundesebene ausführlich diskutiert. Der Austausch mit Dagmar Mensink, der Referentin für Kirchen und Religionsgemeinschaften beim SPD-Parteivorstand und Geschäftsführerin des Arbeitskreises „Christinnen und Christen in der SPD“ ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Am 18. August 2008 übergab Prof. Erika Fellner nach langjähriger Tätigkeit den Vorsitz der Kirchenkommission an Ernst-Ewald Roth.

Hochschulpolitische Kommission

(Torsten Warnecke)

Hessen war unter der SPD lange das Bildungsland Nummer eins. Dies hat die CDU in den zurückliegenden Jahren geändert: Ein gebrochener Hochschulpakt, Studiengebühren, Haushaltskürzungen, Personaleinsparungen sowie die Abschaffung von Mitbestimmungsrechten sind daher bestimmende Themen für die Hochschulkommissionsmitglieder gewesen.

Mit einer Mischung aus Studierenden, wissenschaftlichen sowie Mitarbeitern der Hochschulverwaltungen, Professoren und engagierten Landtagsabgeordneten (Michael Siebel, Dr. Thomas Spies, Gernot Grumbach, Lothar Quanz, Renate Meixner-Römer, Thorsten Schäfer-Gümbel) wurden Gegenkonzepte diskutiert und der Blick auf eine zu gestaltende Hochschullandschaft, die einerseits den Bedürfnissen des Einzelnen nach Bildung, andererseits den Anforderungen eines demokratischen Hochtechnologielandes, wie es Hessen darstellt, Rechnung trägt, in den Mittelpunkt gestellt.

Die Hochschulkommission hat sich dabei u. a. mit der Situation nach Einführung der allgemeinen Studiengebühren 2006, dem hochschulpolitischen Teil des 2007 verabschiedeten Landtagswahlprogramms und der Frage und Ausgestaltung des Konzeptes der Stiftungsuniversität sowie im Jahr 2008 mit der Ausgestaltung des Gesetzes zur Abschaffung der Studiengebühren befasst.

Medienpolitische Kommission

(Norbert Schüren/Michael Siebel)

Im Berichtszeitraum tagte die Kommission wie auch in den vergangenen Jahren als gemeinsame medienpolitische Kommission des SPD Landesverbands unter der Leitung von Norbert Schüren (Hessen Nord) und Michael Siebel (Hessen Süd). Ohne die auch der Sache zugewandte Arbeit von Ilona Holstein

aus dem Bezirksbüro Hessen Nord hätten wir nicht so gut arbeiten können, wie wir es getan haben.

Erfreulich war auch die Tatsache, dass die Kommission ihre Sitzungen in der Regel extern und unter Einbeziehung von Fachvertretern geführt hat: die Kommission besuchte die Redaktion der Frankfurter Rundschau, das Institut für Medienpädagogik und Kommunikation und diskutierte mit den Vertreter von Wikimedia Deutschland. Von der Landesanstalt für privaten Rundfunk wurde die

Kommission über die Übertragungsmöglichkeiten für den digitalen terrestrischen Rundfunk informiert.

Folgende Themenbereiche haben die Kommission beschäftigt:

- Novelle des Hessischen Privatrundfunkgesetzes (HPRG)
- Veränderung bei den Rundfunkgebühren
- Rolle des öffentlich rechtlichen Rundfunks
- Programmarbeit zur Landtagswahl
- Frankfurter Mediendialog

Bezirk Hessen-Nord

Kommunales Fundament als Stärke

Die Bundestagswahl 2005, die Kommunalwahl Anfang 2006, der innerparteilichen Prozess 2006 um die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2008 und die Landtagswahl 2009 haben allen Gliederungen und allen Ehren- und Hauptamtlichen alles abverlangt.

Die nordhessische Partei ist mit dem bundesweit zweithöchsten Organisationsgrad trotz Mitgliederverlusten fest in der Bevölkerung verankert. Unsere Mitglieder sind in vielen Vereinen und Verbänden organisiert und nehmen herausragende Vorstandsposten ein. Die Beteiligung unserer Mitglieder am öffentlichen Leben ist eine unserer Stärken.

Die Nordhessenpartei

Die starke kommunale Verankerung und die dezentrale hauptamtliche Struktur sind weitere Vorteile, die es uns ermöglichen, Politik gut zu organisieren und vorhandene Schwächen in der ehrenamtlichen Struktur abzumildern.

Wir haben 556 Ortsvereine, von denen mehr als die Hälfte weniger als 40 Mitglieder haben. Eine eigene Organisationsanalyse hat ergeben, dass die meisten Ortsvereine zur Zeit weiterhin überlebens- und politikfähig sind und dass mit Blick auf die Kommunalwahl 2011 in fast allen Städten und Gemeinden und auch den Ortsteilen eigene SPD-Listen aufgestellt werden können bzw. SPD-Mandatsträger in den Ortsteilen auf den gemeinsamen Bürgerlisten kandidieren.

Der Bezirksvorstand hat daher beschlossen, die kommunalpolitische Arbeit noch zu verstärken und die Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten zu verbessern. Seit einiger Zeit werden die kommunalen Mandatsträger zu gemeinsamen Kommunalkonferenzen eingeladen. Ebenso haben wir uns zum Ziel gesetzt, den Mei-

nungsaustausch mit unseren Vertretern in den kommunalen Spitzenverbänden zu verbessern.

Erneuerbare Energie, Bildungsgerechtigkeit, Gute Arbeit, Hessens Norden stärken

In Vorbereitung auf den Landtagswahlkampf haben wir auf verschiedenen Ebenen die Themen „Erneuerbare Energie“, „Bildungsgerechtigkeit vom Kindergarten bis zum Studium“, „Gute Arbeit – guter Lohn“ sowie „nordhessische Verkehrsprojekte“ in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt.

Unsere kommunale Ebene ist bei den Themen Erneuerbare Energie und Bildungsgerechtigkeit beispielhaft vorangegangen, was die Realisierung von z.B. Biogasanlagen, Solarparks, die kommunale Förderprogramme im Energiebereich, die Sanierung von öffentlichen Gebäuden, den Wegfall von Kindergartengebühren, zusätzliche Krippenplätze und die Sanierung von Schulen betraf.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir die Themen Studiengebühren und Mindestlohn behandelt. Gegen die Studiengebühren haben wir ein breites Bündnis mit den Gewerkschaften und anderen Parteien und Organisationen zusammen bekommen, was dazu geführt hat, dass unsere Juso-Hochschulgruppen sowohl in Kassel als auch in Marburg bei den Uni-Wahlen wesentlich hinzugewonnen haben.

Die Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften in Nordhessen ist hervorragend. Der DGB-Vorsitzende und die Vorsitzenden der großen Einzelgewerkschaften sind SPD-Mitglieder, zudem einige der kleineren

Ergebnisse Landtagswahl

Wahlkreisstimmen in Prozent								
Wahlkreis	Wahlkreisbewerber		SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Andere
1	Kassel-Land I Brigitte Hofmeyer	2008	49,7	31,9	6,4	5,8	4,5	1,7
		2003	43,8	44,3	7,5	4,5	—	—
2	Kassel-Land II Ulrike Gottschalck	2008	51,7	30,5	6,2	5,3	4,8	1,5
		2003	47,2	41,1	7,7	4,0	—	—
3	Kassel-Stadt I Uwe Frankenberger	2008	40,1	28,9	16,2	6,6	6,3	1,9
		2003	33,8	42,8	17,9	5,5	—	—
4	Kassel-Stadt II Wolfgang Decker	2008	46,7	26,9	10,3	5,1	7,7	3,2
		2003	39,7	42,0	12,4	4,8	—	1,0
5	Waldeck-Frankenberg I Hannelore Eckhardt	2008	37,5	40,6	5,8	10,2	3,6	2,4
		2003	33,4	54,0	5,0	7,6	—	—
6	Waldeck-Frankenberg II Reinhard Kahl	2008	41,9	37,4	6,5	8	4,4	1,8
		2003	35,2	50,3	5,9	8,2	—	0,4
7	Schwalm-Eder I Günter Rudolph	2008	47,8	27,4	6,1	9,2	4,5	4,9
		2003	45,8	38,7	5,6	9,9	—	—
8	Schwalm-Eder II Regine Müller	2008	44,1	32	5,6	7,8	4,3	6,3
		2003	42,0	44,5	5,9	7,7	—	—
9	Eschwege-Witzenhausen Lothar Quanz	2008	46,1	35	6,9	5,1	5,2	1,6
		2003	42,2	46,6	6,6	4,5	—	—
10	Rotenburg Dieter Franz	2008	48,3	35	3,6	6,1	4,4	2,7
		2003	42,7	46,3	3,6	4,1	—	3,2
11	Hersfeld Torsten Warnecke	2008	45,9	35,8	4,8	6,5	3,4	3,5
		2003	43,4	47,9	4,2	4,5	—	—
12	Marburg-Biedenkopf I Silke Tesch	2008	46,7	37,4	4,3	5,6	3,8	2,1
		2003	37,4	52,6	5,6	4,4	—	—
13	Marburg-Biedenkopf II Dr. Thomas Spies	2008	46,8	34,5	6,6	4,9	4,0	3,1
		2003	36,1	48,8	9,3	4,0	—	1,8
14	Fulda I Rainer Götz	2008	26,0	53,0	7,0	8,2	3,6	2,3
		2003	18,6	70,8	6,3	4,3	—	—
15	Fulda II Sabine Waschke	2008	27,0	53,6	5,8	7,0	3,7	2,8
		2003	18,9	69,4	5,7	3,8	—	2,2

Ergebnisse Bezirke und Hessen								
Bezirk	Jahr	gültige Stimmen	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	
Hessen-Nord	absolut	2008	713.909	297.768	241.789	46.253	59.165	41.204
	%			41,7	33,9	6,5	8,3	5,8
	absolut	2003	723.342	244.577	344.698	60.527	48.724	—
	%			33,8	47,7	8,4	6,7	—
	%	1999	771160	346570	310479	45353	35003	—
			44,94	40,26	5,88	4,45	—	
Hessen-Süd	absolut	2008	2.029.700	708.386	767.960	160.353	199.389	99.284
	%			34,9	37,8	7,9	9,8	4,9
	absolut	2003	2.011.319	550.862	989.189	215.656	167.440	—
	%			27,4	49,2	10,7	8,3	—
	absolut	1999	2.027.325	775.334	904.407	155.731	107.695	—
%			37,26	44,61	7,68	5,31	—	
Hessen gesamt		2008	2.742.709	1.006.154	1.009.749	206.606	258.554	140.488
	%			36,7	36,8	7,5	9,4	5,1
		2003	2.734.661	795.439	1.333.787	276.183	216.164	—
	%			29,1	48,8	10,1	7,9	—
	1999	2.798.485	1.101.904	1.214.886	201.084	142.698	—	
			39,4	43,4	7,2	5,1	—	

Einzelgewerkschaften. Mittlerweile organisieren wir die Arbeit in einem SPD-Gewerkschaftsrat auf Bezirksebene, der DGB-Vorsitzende gehört dem erweiterten Bezirksvorstand an, und der 1. Bevollmächtigte der IG-Metall ist Wahlkreisbewerber zur Bundestagswahl.

Die Aufgabe, die Infrastruktur in Nordhessen zu stärken, ist in das SPD-Wahlprogramm zu den Landtagswahlen aufgenommen worden und bleibt unter der jetzigen CDU-geführten Landesregierung weiterhin Thema.

Landtagswahl 2008

Nach der Nominierung der Spitzenkandidatin wurden die Wahlvorbereitungen mit zuge-spitzten Themen intensiv angegangen. Die Wahlkreis-konferenzen sind ohne Überraschungen verlaufen, die bisherigen Landtags-kandidatInnen sind mit herausragenden Ergebnissen wieder nominiert worden. Lediglich bei den Listenplatzierungen gab es leichte Verschiebungen.

Der Entwurf des Regierungsprogramms (Wahlprogramm) „Die Zeit ist reif“ wurde in der Partei ausführlich diskutiert und mit kleinen Änderungen verabschiedet.

Trotz einer schwierigen Ausgangslage haben wir mit Andrea Ypsilanti als Spitzenkandidatin eine hervorragende Stimmungslage innerhalb der Partei erzeugen können – diese Stimmung hatten wir schon lange nicht mehr in einem Wahlkampf – und ein gutes Ergebnis erzielt. Wir haben mit Andrea Ypsilanti, den Themen soziale Gerechtigkeit, Bildung und erneuerbare Energie sowie mit einer Anti-Koch-Stimmung ein hessenweites Ergebnis von 36,7 % erzielt. Die hessische SPD hat 12 % hinzugewonnen, die CDU 8 % verloren.

In Nordhessen wurde die SPD mit 41,7 % eindeutig stärkste Partei, die CDU erreichte lediglich 33,9 %. Von 15 Wahlkreisen gewannen wir 12 direkt, 2 weitere Wahlkreiskandidaten rückten über die Liste ein – damit hat die SPD 14 von 15 Wahlkreisen besetzt.

Die weiteren Schritte nach der Landtagswahl, die auch zur Landtagswahl 2009 geführt haben, sind dem Bericht des Landesverbands Hessen zu entnehmen.

Bezirksparteitag 2007 mit Vorstandneuwahlen

Der Bezirksparteitag diskutierte die Themenschwerpunkte „Hessens Norden stärken“ und weitere Anträge für den Entwurf des Regierungsprogramms in Hessen. Des Weiteren hat unsere Arbeitsgruppe Programmarbeit zum 1. Entwurf des späteren Hamburger Programms einige Änderungsanträge erarbeitet

und die Anträge der Gliederungen entsprechend mit eingebunden.

Bezirksparteitag 2008 und Europadelegiertenkonferenz

Die Diskussionsbeiträge standen im Zeichen des Landtagswahlergebnisses 2008 und des Versuchs, aus dem Parlament heraus Mehrheiten gegen die geschäftsführende CDU-Landesregierung zu organisieren. Wesentliche Anträge betrafen die Schulpolitik und die Abschaffung der Studiengebühren.

Im Rahmen der Europadelegiertenkonferenz wurden unsere Kandidaten und Ersatzbewerber zur Europawahl gewählt und vorgeschlagen, ebenso die Delegierten zur Aufstellung der Bundesliste zur Europawahl.



SPD Bezirksvorsitzender Manfred Schaub mit der erneut nominierten Europaabgeordneten Barbara Weiler und ihrer Stellvertreterin Marianne Hühn auf dem Europaparteitag des SPD-Bezirks Hessen-Nord

Bundestagswahl 2009 – Wahlkreiskandidaten

Die Planungen für die Nominierung der Wahlkreiskandidaten und -kandidatinnen haben wir bereits Ende 2007 festgelegt und beschlossen. Die Gliederungen konnten somit ab Mitte März 2008 alle formellen Voraussetzungen für die Wahlkreiskonferenzen schaffen. Ende 2008 waren alle Wahlkreiskandidaten und -kandidatinnen gewählt.

Wir sind stolz auf unsere Organisation, dass wir dies trotz vieler zusätzlicher Termine, Konferenzen und Parteitage nach der Landtagswahl 2008 hinbekommen haben, besonders auch vor dem Hintergrund der Neuwahlen zum Landtag mit entsprechenden neuen Wahlkreiskonferenzen für die Landtagskandidaten.

Bezirksvorstand Hessen-Nord

Wahl vom 16. Juni 2007

BEZIRKSVORSITZENDER:

Manfred Schaub, Baunatal

STELLV. BEZIRKSVORSITZENDE:

Norbert Schüren, Marburg

Martina Werner, Niestetal

BEZIRKSSCHATZMEISTER:

Heinrich Haupt, Bad Zwesten

BEISITZER/INNEN:

Dr. Rabani Alekuzei, Kassel

Dr. Edgar Franke, Gudensberg

Thomas Giese, Bad Sooden-Allendorf

Ulrike Gottschalck, Niestetal

Timon Gremmels, Niestetal

Bertram Hilgen, Kassel

Andrea Jäger, Wabern

Nicole Leidenfrost, Bebra

Michael H. Roth, Heringen

Iris Ruhwedel, Frankenua

Desirée Schwetz, Waldkappel

Thomas Spies, Marburg

Monika Vaupel, Wabern

Katrin Weißenborn, Lohfelden

Helmut Wettlaufer, Knüllwald

LTD. BEZIRKSGESCHÄFTSFÜHRER:

Wilfried Böttner, Meißner

Arbeitsgemeinschaften

AfA – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Rolf Blettermann, Kassel

ASF – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Monika Vaupel, Wabern

Jusos – Arbeitsgemeinschaft

der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

Tim Schmuch, Großalmerode

SPD 60 plus – Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Dieter Mayer, Helsa

AGS – Arbeitsgemeinschaft

Selbständige in der SPD

Dr. Peter Haller, Fulda

ASG – Arbeitsgemeinschaft

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Dr. Thomas Spies MdL, Marburg

ASJ – Arbeitsgemeinschaft

sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

Volker Bergmann, Morschen

AfB – Arbeitsgemeinschaft

für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bildungsbereich

Mathias Lomb, Kassel

Termine

(ohne Wahlkampftermine)

- | | | | |
|----------------|--|--------------|--|
| 23. 2. 2007 | Kommission SPD und Kirche – Veranstaltung mit Wolfgang Thierse | 6. 11. 2007 | AGS-Bezirkskonferenz |
| 27. 2. 2007 | Kommunalkonferenz | 7. 11. 2007 | ASJ-Veranstaltung |
| 9.-11. 3. 2007 | Seminar Rhetorik | 23. 11. 2007 | AGS-Veranstaltung zur Mittelstandspolitik |
| 16. 3. 2007 | ASJ-Veranstaltung „Das neue Rechtsdienstleistungsgesetz“ | 8. 11. 2007 | Betriebsrätekonferenz mit Hubertus Heil |
| 15. 4. 2007 | Juso-Bezirkskonferenz | 21. 1. 2008 | Veranstaltung „Ländlicher Raum mit Zukunft – neue Wege in der Dorferneuerung“ mit Dr. Matthias Kollatz-Ahnen |
| 5. 5. 2007 | SPD 60 Plus Bezirkskonferenz | 1. 2. 2008 | Bezirksausschuss |
| 16. 6. 2007 | Bezirksparteitag | 16. 2. 2008 | AfA-Bezirkskonferenz |
| 19. 6. 2007 | AfB-Bezirkskonferenz | 2. 4. 2008 | ASJ-Bezirkskonferenz |
| 19. 6. 2009 | AfB-Veranstaltung „Eine Politik für Chancengleichheit in Schule und Hochschule“ mit Eva-Maria Stange | 12. 4. 2008 | SPD 60 Plus Bezirkskonferenz |
| 27. 6. 2007 | ASJ-Veranstaltung „Sind wir auf dem Weg in den Überwachungsstaat?“ | 27. 4. 2008 | Juso-Bezirkskonferenz |
| 29. 6. 2007 | Bezirksausschuss | 31. 5. 2008 | Bezirksparteitag |
| 15. 9. 2007 | ASF-Bezirkskonferenz | 17. 6. 2008 | AGS-Veranstaltung „Kommunale Wirtschaftspolitik“ und Besuch der Firma SMA |
| 26. 9. 2007 | Nordhessenausschuss – Veranstaltung demografischer Wandel | 12. 9. 2008 | Regionalkonferenz |
| 1. 11. 2007 | Kommunalkonferenz | 15. 11. 2008 | Kassiererworkshop |
| | | 9. 12. 2008 | Bezirksausschuss |
| | | 18. 12. 2008 | ASF-Bezirkskonferenz |

Bezirk Hessen-Süd

Mehr soziale Gerechtigkeit, Friedenspolitik, zwei Landtagswahlkämpfe und ein Fünf-Parteien-System

Die Arbeit des SPD-Bezirks Hessen-Süd war geprägt durch die Landtagswahlen im Januar 2008, die Debatte um die Konsequenzen aus dem unklaren Wahlergebnis und der anschließenden zweiten Wahl im Januar 2009. 2007 ging es neben einer Mitgliederkampagne („Die Wir-Partei“) um die Entwicklung des Wahlprogramms, die Mobilisierung der Partei und den Wahlkampf selbst. Das Jahr 2008 wurde bestimmt durch die Diskussion um eine angemessene Strategie im Umgang mit dem sich entwickelnden Fünf-Parteien-System und die Meinungsbildung über die Entscheidung für eine rot-grüne Regierungsbildung unter Duldung der Linkspartei.

Thematisch standen Korrekturen in der Arbeitsmarktpolitik, die Bahnreform und eine Neuorientierung in der Energiepolitik im Mittelpunkt. Mit diesen Themen hatte sich der Bezirk erfolgreich beim neuen SPD-Grundsatzprogramm eingebracht.

2007: Programmarbeit für die Landtagswahl

Nach der Entscheidung für Andrea Ypsilanti als Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2008 auf dem Landesparteitag im Dezember 2006 ging es um die Entwicklung des Wahlprogramms: Auf dem ordentlichen Parteitag im Juni 2007 legte der Bezirk Hessen-Süd die Grundlage für eines der wichtigsten Themen der Landtagswahl. Unter der Überschrift „Fortschritt schafft Arbeit“ debattierte der Parteitag ein Konzept, das Wirtschaft, Arbeit

und Umwelt zu einem Gesamtkonzept zusammenführt. Wirtschafts-, Struktur-, Technologie- und Arbeitsmarktpolitik wurden eingebettet in eine bildungs-, umwelt-, mittelstands- und europapolitische Perspektive.

Mit der klaren Forderung nach einem Mindestlohn wurde auch die bundespolitische Komponente einer neuen Politik deutlich akzentuiert. Forderungen nach Erbschafts- und Vermögenssteuer rundeten die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ab.

Mit der Zuspitzung auf eine neue Energiepolitik, die auf eine Kraftanstrengung bei der Einsparung von Energie und einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien setzt, hat die SPD Hessen-Süd Fortschritt für Hessen neu definiert. Gleichzeitig wurde mit dem ehrgeizigen Programm zur Energiewende die Grundlage für Investitionen gelegt, die zu 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen führen könnten.

Ein langer Wahlkampf

Im Wahlkampf hatten Landesverband und Bezirk fast alles anders gemacht, als der politische Gegner es erwartet hatte. Mit einem deutlichen Profil der sozialen Gerechtigkeit und des ökologischen Fortschritts bot die SPD eine klar unterscheidbare Alternative zur Regierung Koch, die in der Position der Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti glaubhaft verkörpert wurde. Mit dem langen Wahlkampf wurden die Grundlagen für die Themen gelegt, mit denen die SPD im Wahl-

kampf punktete. Gleichzeitig wurde die Partei mobilisiert, um den späteren hoch engagierten Wahlkampf möglich zu machen.

Engagierte Basis

Hier muss allen Aktiven in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften gedankt werden. Sie haben mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, Aktionen und Infoständen einen Wahlkampf geführt, wie ihn die SPD schon lange nicht mehr erlebt hat. Dies hat die CDU so in Bedrängnis gebracht, dass diese ein weiteres Mal eine populistische Kampagne in Angriff nahm. Eine Gewalttat jugendlicher in München lieferte dann die Grundlage für eine gemeinsame Kampagne von CDU und BILD.

2008: Landtagswahlen

Das Wahlergebnis war in vieler Hinsicht herausragend. 7,6 % auf einen Schlag hat noch keine Opposition bei einer Landtagswahl dazu gewonnen, 12 % noch keine Regierung verloren. Dies ist das Ergebnis harter Arbeit vieler Sozialdemokraten, aber auch vieler Helfer über die SPD hinaus. Die Wahl hat gezeigt, dass mit einem klaren politischen Profil der sozialen Moderne und einer deutlichen Unterscheidbarkeit zur CDU Wahlerfolge zu gewinnen sind. Aber das Ergebnis hatte auch seine Schattenseiten. Es ist das zweitschlechteste Ergebnis der SPD in Hessen, viele ehemalige SPD-Wähler blieben zu Hause. Auch ist es nicht gelungen, den Linken genügend Stimmen abzunehmen. Damit herrschte fast Gleichstand zwischen SPD und CDU, und mit der Linken waren fünf Parteien im Landtag. Eine Regierungsmehrheit war nur mit drei Parteien zu erreichen.

Wahlergebnis im Bezirk Hessen-Süd

Ein Blick auf die Regionen zeigt, dass die SPD in Südhessen deutliche Zuwächse erzielen konnte und damit maßgeblich zum guten Gesamtergebnis der SPD beigetragen hat. Der Bezirk Hessen-Süd stellte 28 Mitglieder in der 42-köpfigen Landtagsfraktion. Sehr erfreulich war das Wiedererstarke gerade in den Groß- und Sonderstatusstädten, darunter vor allem auch in Frankfurt, wo die SPD wieder stärkste Partei geworden ist. Mit Darmstadt und Offenbach lag die SPD auch in



zwei weiteren der insgesamt vier südhessischen Großstädte in Führung. Hinzu kamen zum Teil deutliche Erfolge in den Sonderstaustädten, in Südhessen liegt die SPD nunmehr in drei von fünf (Gießen, Wetzlar, Rüsselsheim) vorne.

Fünf Parteien – ein Dilemma für die SPD

Das neue Fünf-Parteien-System im Hessischen Landtag stellte die SPD vor ein Problem. Auf der einen Seite kann sich keine Partei verbieten lassen, eine Mehrheit, die die Wählerinnen und Wähler möglich gemacht haben, auch zu nutzen. Dass die CDU hier Druck auf die SPD gemacht hat, ist kein Zufall gewesen. Während ihr mit den Grünen inzwischen eine neue Koalitionsoption zuwächst, will sie den Spielraum der SPD so einschränken, dass eine Mehrheitsbildung links von der Mitte nicht möglich wird. Auf der anderen Seite hatte sich die SPD in Hessen im Wahlkampf festgelegt, keine Kooperation mit den Linken einzugehen. In dieser Situation gab es vier Optionen: eine Ampel aus SPD, FDP und Grünen, eine große Koalition, eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Duldung der Linken oder wechselnde Mehrheiten im Landtag.

Der Versuch, mit FDP und Grünen eine stabile Mehrheit zu erreichen, ist an der Weigerung der FDP gescheitert, die nicht einmal zu Gesprächen bereit war. Eine große Koalition erschien angesichts der großen politischen Unterschiede zwischen beiden Parteien nicht durchsetzbar, zumal die CDU ihren Ministerpräsidenten Koch nicht in Frage stellte. Die Strategie, erst einmal die Gestaltungsmehrheit im Landtag zu nutzen, um eine Reihe von Reformen umzusetzen, fand zwar in der SPD Anklang, führte aber bei vielen Bündnispartnern zu Irritationen. Eltern und Lehrer, die auf eine Schulreform setzten, Gewerkschafter, die zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder wollten, Sozialeinrichtungen, die wieder auf Förderung hofften – sie alle gingen davon aus, dass ihre Anliegen ohne eine SPD-Regierung nicht umzusetzen seien.

In dieser Situation begann ein neuer Abwägungsprozess. War der Ausschluss einer Zusammenarbeit mit den Linken wichtiger als die Umsetzung vieler anderer Wahlversprechen wie der Ablösung von Koch, einer Bildungsreform, einer arbeitnehmerorientierten Tarifpolitik, einer zukunftsweisenden Energiepolitik? Das Ergebnis dieses Prozesses ist bekannt, Landesvorstand und Fraktion beschlossen einstimmig, mit den Grünen Verhandlungen über eine Minderheitsregierung aufzunehmen und einen entsprechenden Landesparteitag vorzubereiten. Dieser Weg wurde sehr schnell beendet, nachdem eine



Abgeordnete erklärte, sie werde sich daran nicht beteiligen. Das folgende halbe Jahr war gekennzeichnet von unterschiedlich erfolgreichen Versuchen, Mehrheiten für sozialdemokratische Projekte im Landtag zu finden.

Ein unmoralisches Angebot

Im August 2008 kam dann erneut Bewegung in die Diskussion um die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung in Hessen. Eine bisher eher kritische Gruppe um die Abgeordneten Jürgen Walter und Carmen Everts erklärte, sie sähen jetzt keine Alternative zur Bildung einer Minderheitsregierung.

Nach intensiven Gesprächen mit allen Landtagsabgeordneten und langer Beratung im Landesvorstand wurde beschlossen, die Rahmenbedingungen für eine Minderheitsregierung zu prüfen. Ein Kriterienpapier zur Bewertung der Linkspartei wurde auf der Grundlage einer Vorlage von Carmen Everts erarbeitet und vom Landesparteirat verabschiedet. Der geschäftsführende Landesvorstand wurde beauftragt, auf dieser Grundlage

eine Bewertung der Linkspartei vorzunehmen. Diese Bewertung wurde vorgenommen und das Ergebnis einstimmig als „zufriedenstellend“ gebilligt.

Parallel dazu wurde ein breiter Meinungsbildungsprozess in der SPD organisiert. Das Zentrum bildeten vier Regionalkonferenzen mit mehr als 2.500 Teilnehmern. Um möglichst viele zu Wort kommen zu lassen und die Barrieren für nicht so redegewandte Mitglieder möglichst niedrig zu halten, wurden die Untergliederungen gebeten, weitere Veranstaltungen anzubieten. Dies führte zu einer Vielzahl von zusätzlichen Veranstaltungen in Unterbezirken, Wahlkreisen und Ortsvereinen. Das Resultat war, bei einer Reihe durchaus kritischer Stimmen, eine breite Zustimmung zur Bildung einer Minderheitsregierung. Die Konsequenz war eine im Landesvorstand einstimmig gebilligte Vorlage an den Landesparteitag. Koalitionsverhandlungen mit den Grünen zur Bildung einer Minderheitsregierung aufzunehmen. Dieser Kurs wurde von einem Landesparteitag mit 96 % Zustimmung beschlossen.

Ende einer Hoffnung

Mit der Entscheidung war die Hoffnung verbunden, große Teile des Regierungsprogramms der hessischen SPD doch noch umsetzen zu können. Dies ist in einer guten Verhandlungsatmosphäre auch in weiten Teilen gelungen. Ein Landesparteitag hat am 1. November 2008 bei wenigen Gegenstimmen beschlossen, auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung eine Regierung zu bilden. Zwei Tage später, am 3. November, einen Tag vor der geplanten Wahl der Ministerpräsidentin, erklärten vier Abgeordnete, sie würden der sozialdemokratischen Kandidatin Andrea Ypsilanti ihre Stimme verweigern.

Ein bitterer Winter

Nach der gescheiterten Ministerpräsidentenwahl nutzten CDU und FDP die Chance, in Neuwahlen die Mehrheitsverhältnisse in ihrem Sinne zu ändern und schlugen die Auflösung des Landtages vor. Die Grünen und die

SPD folgten. Am 19. November löste sich der Landtag auf. Die Neuwahl wurde auf den 18. Januar 2009 festgelegt.

Andrea Ypsilanti schlug dem Landesparteirat Thorsten Schäfer-Gümbel als Spitzenkandidat vor. Der Parteirat folgte diesem Vorschlag einstimmig. Damit begann erneut ein harter Wahlkampf für die hessische SPD. Trotz des publizistischen Gegenwinds haben sich viele aktive Sozialdemokraten angestrengt, um den Rückschlag zu verhindern. Thorsten Schäfer-Gümbel führte einen hervorragenden Wahlkampf und erwarb sich Woche für Woche mehr Zustimmung bei der Wählerschaft. Es gelang jedoch nicht, den Fokus auf die thematischen Unterschiede zu lenken. Der Vertrauensverlust der SPD prägte den ganzen Wahlkampf.

SPD-Grundsatzprogramm: Mitarbeit bei der Entwicklung

Die Beratung über das neue Grundsatzprogramm der SPD war dem Bezirk so wichtig,

dass er dafür im September 2007 einen eigenen Bezirksparteitag durchführte. Dort hat mit Erhard Eppler einer der führenden Programmierer der SPD hoch engagiert Stellung genommen. Der Höhepunkt des Marktradikalismus sei überschritten, die SPD müsse diesem eine klare Alternative entgegenstellen. Dazu gehöre, die Globalisierung zu gestalten sowie Transparenz und soziale und ökologische Mindeststandards weltweit durchzusetzen. Die EU müsse in die Rolle der Nationalstaaten eintreten. Die Kluft zwischen Arm und Reich sei größer geworden, deshalb könne es Chancengleichheit ohne Verteilungsgerechtigkeit nicht geben. Der Staat müsse für die innere und soziale Sicherheit seiner Bürger sorgen.

Mit Anträgen zur Gestaltung der Globalisierung, zu einer zukunftsfähigen Form des Wirtschaftens, zu einem politischen Controlling und zum vorsorgenden Sozialstaat leistete der Bezirk seinen Beitrag zum Grundsatzprogramm der SPD. Hinzu kamen Anträge für einen Strategiewechsel in Afghanistan hin zu einem stärker an zivilen Maßnahmen orientierten Umgang mit den Konflikten. Ebenso sprach sich der Bezirk für eine Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder und gegen ein verfassungswidriges Lohndiktat der Landesregierung aus.

Hessen-Süd erfolgreich in Hamburg

Der Bundesparteitag der SPD in Hamburg 2007 war für die südhessische SPD ein Erfolg und auch ein wichtiger Grundstein für die dann kommende Landtagswahl. Der Bezirk hatte in dem Entwurf deutliche Akzente in Richtung soziale Gerechtigkeit gesetzt. Ebenso wie der Parteivorsitzende Kurt Beck ist der Bezirk eingetreten für eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und hat damit ein Signal in Richtung der Arbeitnehmer gegeben, die vom sozialen Abstieg bedroht sind.

Ein weiteres Signal für einen klaren Kurs der sozialen Gerechtigkeit war der Antrag zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, mit dem der Bezirk Hessen-Süd sich durchgesetzt hat. Das Geld daraus, das ja an die Bundesländer fällt, soll zielgerichtet zur Verbesserung des Bildungswesens eingesetzt werden. Zu dem Komplex soziale Gerechtigkeit gehört auch der Bereich Kinderarmut, zu dem der Bezirk mit einem Antrag für einen eigenen Bedarfssatz für Kinder und für kostenfreie Mahlzeiten an Schulen seinen Beitrag geleistet hat.

Im Bereich zukunftsfähigen Wirtschaftens hat sich Hessen-Süd auf die Bereiche Energieeffizienz und erneuerbare Energien konzentriert. Wichtigster Schritt dabei war die Durchsetzung eines Beschlusses, der beim Bau neuer

Veranstaltungen

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 5. 2. 2007 Mitgliederkampagne „Neue Mitglieder für Neue Mehrheiten“ 30. 5. 2007 Diskussion „Organspende – Zwischen Ängsten und Wirklichkeit“ 15.-16. 6. 2007 Ordentlicher Bezirksparteitag, Flörsheim (Wahlparteitag) 18. 6. 2007 Forum Eine Welt. „Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte“ 20. 6. 2007 AGS „Wirtschaftspolitisches Sommergespräch“ 22. 6. 2007 Fachtagung Nachhaltige Metropolita (IBA) 30. 8. 2007 Vortrag und Podiumsdiskussion „Die Lage in Afghanistan und die politischen und militärischen Optionen“ 15. 9. 2007 a. o. Bezirksparteitag, Friedberg 21. 9. 2007 Bundes- und Bezirks AFB Fachtagung „Berufliche Bildung im 21. Jahrhundert“ 6. 10. 2007 Forum Eine Welt „Faires Frühstück – Millenniumentwicklungsziele“ 12. 10. 2007 Fachtagung „Migration im Hintergrund – Integration im Vordergrund“ 30. 10. 2007 AGS Qualität oder Profit? – Die Zukunft unserer Krankenhäuser 3. 11. 2007 Mittelhessenkonferenz „Leben, Arbeit, Zukunft“ | <ul style="list-style-type: none"> 16. 11. 2007 Buchvorstellung „Welt bewegen – Erfahrungen und Begegnungen“ von Heidemarie Wiczorek-Zeul 23. 11. 2007 AGS Hessen „Hessen kann mehr – Starker Standort, starker Mittelstand“ 11. 1. 2008 Empfang „Neue Inländer“ 9. 3. 2008 ASF Verleihung des 8. Olympede Gouges-Preis an Serap Cileli 16. 4. 2008 ASJ und Forum Eine Welt „Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in Afghanistan“ 19. 4. 2008 Forum Eine Welt „Faires Frühstück -Bildung, Umwelt/Energie, Soziale Gerechtigkeit national und international“ 26. 4. 2008 ASF Mahnwache „22 Jahre Super-GAU von Tschernobyl – Der Atomausstieg muss umgesetzt werden!“ 9. 6. 2008 Ortstermin: „Rüsselsheimer Stadtwald als Ökosystem im Ballungsraum Rhein-Main schützen“ 14. 6. 2008 Ordentlicher Bezirksparteitag, Neu-Isenburg 30. 8. 2008 ASJ Georg-August-Zinn-Forum „Jeder Mensch hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit“ 25. 10. 2008 a. o. Bezirksparteitag, Hanau 30. 10. 2008 Ausstellungseröffnung „Widerstand gegen Hitler“ |
|---|---|

Kraftwerke Kraft-Wärme-Kopplung vor-schreibt. Dies ist nicht nur ein Beitrag zu Energieeffizienz und Klimaschutz, damit werden auch gleichzeitig die Barrieren für ein Großkraftwerk wie das bei Krotzenburg erhöht.

Gute Arbeit und Wirtschaftskrise

Bereits seit den sich abzeichnenden Anfängen der Wirtschaftskrise hat der Bezirk Hessen-Süd immer wieder Vorschläge zur Bewältigung der schwierigen Situation erarbeitet. Der ordentliche Parteitag im Juni 2008 hat das Thema „Gute Arbeit“ in den Mittelpunkt gestellt. „Es ist höchste Zeit für eine erneuerte faire Kooperation zwischen SPD und Gewerkschaften“, so Hans-Jürgen Urban vom IG-Metall-Vorstand. Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD müsse auf eine neue Basis gestellt und über ein neues Modell der Kooperation nachgedacht werden. Der Parteitag selbst war ein solches Modell der Kooperation. Gemeinsam mit Kollegen des DGB hat der Bezirk Eckpunkte für gute Arbeit in der Industrie in Hessen erarbeitet und dem Parteitag vorgelegt.

Darin wurden die Anforderungen an eine zukunftsfähige Industriepolitik beschrieben. Dazu gehören eine Erhöhung der Qualität der Arbeit, die Stärkung von Tarifautonomie und Mitbestimmung ebenso wie ein vorausschauender Aufbau des Potenzials für den zukünftigen Fachkräftebedarf sowie eine Nutzung der Potenziale Älterer. Schlüssel sind Innovationen, die über den technischen Bereich hinausgehen und soziale und organisatorische Elemente einschließen. Dabei gilt es, die gesamte Innovationskette in den Blick zu nehmen. Zu einer effizienten Wirtschaftsförderung gehört auch eine Stärkung der Früherkennung betrieblicher Krisen. Nicht zuletzt gilt es, für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsaufbau ökologisch nachhaltiges Wirtschaften zu stärken.

Finanzmärkte und Binnenkonjunktur

Der außerordentliche Parteitag im Oktober 2008 beschäftigte sich im Wesentlichen mit der Regulierung der Finanzmärkte und der Stärkung der Binnenkonjunktur. Nach einem Vortrag des Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank, Matthias Kollatz-Ahnen, gab es eine lebhafte Diskussion über dieses Thema. Zentral war die Forderung nach einem Paradigmenwechsel: weg von einem auf kurzfristige Profite orientierten Finanzkapitalismus hin zu einer langfristig orientierten Wirtschaftsordnung.

Erhoben wurden die Forderungen nach einem Finanzdienstleistungs-TÜV und einer Stärkung der BAFIN, der alle Unternehmen

unterliegen sollen, die Finanzdienstleistungen anbieten. Klare Bilanzvorschriften, die alle Geschäfte umfassen, und eine entsprechende Eigenkapitalunterlegung wurden vorgeschlagen. Weitere Forderungen waren die Austrocknung der Steueroasen und eine Börsenumsatzsteuer.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Debatte um Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung, in Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie im Städtebau.

Friedenspolitik: Strategie-wechsel in Afghanistan

Die zivile Hilfe für Afghanistan muss deutlich erhöht und das Ungleichgewicht zwischen militärischen und zivilen Maßnahmen schnell korrigiert werden, wenn die Lage in dem kriegs- und bürgerkriegsgeschüttelten Land nachhaltig stabilisiert werden soll. Das waren die Forderungen bei einer Veranstaltung „Die Lage in Afghanistan und die politischen und militärischen Optionen“ im August 2007. Sie war erster Meilenstein der Debatte im Bezirk Hessen-Süd. Nach einer intensiv geführten Diskussion beschlossen die Delegierten des Parteitags im Oktober 2007 mehrheitlich, „dass sich Deutschland im Rahmen der Terrorbekämpfung und bei den in Afghanistan vertretenen Nationen energisch für die Umsetzung der vom NATO-Rat im November in Riga beschlossenen Grundsätze einsetzt und sie bei der Terrorbekämpfung im Rahmen von OEF ebenso anwendet, wie das bei ISAF der Fall ist.“ Zivile Opfer müssten mit allen Möglichkeiten verhindert und Verbündete bei der von den Taliban bedrängten Bevölkerung gesucht werden. Weiterhin fordert die südhessische SPD, „dass Deutschland sein Engagement im Rahmen der OEF nur mit Zustimmung der afghanischen Regierung und unter der Bedingung der Umsetzung des beschlossenen Strategiewechsels fortführt“.

Migration und Integration

Der Bezirk Hessen-Süd spricht sich für eine Politik der Toleranz, der Neugier, der Offenheit, der Nachdenklichkeit und der Gleichberechtigung im Umgang mit den unterschiedlichen Kulturen aus. Die Integration ausländischer Bürger oder deutscher Staatsangehöriger mit Migrationshintergrund ist eine herausragende Zukunftsaufgabe, der sich die gesellschaftlichen und politischen Kräfte auf allen Ebenen stellen müssen. Dem hat der Bezirk mit zahlreichen Projekten Rechnung getragen. 2007 gab es eine Fachtagung, entsprechende Positionen wurden in den Wahlprogrammen formuliert. In den Wahlkämpfen gab es zielgruppenorientierte Materialien und mehrfach Veranstaltungen für diese Ziel-

gruppe. Bei der Personalentwicklung der Partei wurden diese Aspekte berücksichtigt.

Mitgliederwerbekampagne („Wir-Partei“)

Nach den hohen Mitgliederverlusten hat der Bezirk 2007 ein Projekt gestartet, um ausgetretene Mitglieder wieder zurück zu gewinnen beziehungsweise im Kontakt zur SPD zu halten. Im Jahr 2007 fand eine gut besuchte Startveranstaltung statt. Seitdem liegt die Hauptverantwortung der Kampagne bei den Unterbezirken und Ortsvereinen, der Bezirk begleitet und unterstützt die Aktivitäten und trägt mit eigenen Aktionen (Beitragsdisziplin, Auflösung der Beitragsstopps) zur Stabilisierung der Mitgliederbasis bei. Außerdem entwickelt der Bezirk Begleit- und Unterstützungsmaterialien.

Weitere Arbeitsschwerpunkte

Es gab im Berichtszeitraum folgende Arbeitsgruppen und Ausschüsse: Kommunale Jugendpolitik, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik, Migration, Mitgliederwerbung, Lesben und Schwule, Bürgerschaftliches Engagement, Regionalvorstand Mittelhessen, Umwelt und Energie, Internationale Politik und Frieden (Forum Eine Welt Hessen-Süd), Medienpolitische Kommission, Europa und Sport.

Bezirksvorstand Hessen-Süd

Gewählt 2007

VORSITZENDER:

Gernot Grumbach, Frankfurt

STELLVERTRETER/INNEN:

Thorsten Schäfer-Gümbel, Lich

Uta Zapf, Dreieich

SCHATZMEISTER:

Frank Schmidt, Löhnberg

BEISITZER/INNEN:

Gerhard Becker, Nidda

Ozan Ceyhun, Rüsselsheim

Ansgar Dittmar, Langen

Astrid Eibelshäuser, Gießen

Nancy Faeser, Schwabach

Petra Fuhrmann, Friedrichsdorf

Dietmar Glaßer, Solms

Gerhard Grandke, Offenbach

Jörg Jordan, Wiesbaden

Christine Lambrecht, Viernheim

Dr. Judith Pauly-Bender, Rodgau

Gerold Reichenbach, Trebur

Dr. Michael Reuter, Beerfelden

Dagmar Schmidt, Gießen

Rüdiger Veit, Pohlheim

Marianne Weg, Wiesbaden

Landesverband Thüringen

Aufbruch Thüringen

Die Jahre 2007 und 2008 wurden zum einen genutzt, um für Klarheit des Kurses an der Spitze der Thüringer SPD zu sorgen und die politische Handlungskraft des Landesverbandes zu stärken. Zum anderen gelang es, politische Inhalte in Abgrenzung zur alleinregierenden CDU zu positionieren.

Das Jahr 2007 nutzte der SPD Landesverband Thüringen bereits zur Vorbereitung der kommenden Wahlkämpfe.

So wurden beim Landesparteitag in Schmalkalden am 24. November 2007 der Leitantrag „Aufbruch Thüringen“ verabschiedet. Dieser Leitantrag bildete die Grundlage sowohl für das Kommunalpolitische Wahlprogramm als auch für das Regierungsprogramm zur Landtagswahl.

Auf diesem Parteitag kündigte zudem der ehemalige Landesvorsitzende Richard Dewes an, gegen Christoph Matschie als Spitzenkandidat zur Landtagswahl anzutreten. Inhaltlicher Streitpunkt war in erster Linie, ob die SPD auch einen Ministerpräsidenten der Partei „Die Linke“ wählen sollte.

Um eine Klärung in dieser Frage herbeizuführen, hat der Landesvorstand am 6. Dezember 2007 eine Urwahl zur Wahl des Spitzenkandidaten beschlossen.

Im Vorfeld der Urwahl haben im Zeitraum vom 11. Januar 2008 bis 22. Februar 2008 21 Veranstaltungen in den Kreisverbänden stattgefunden, in denen sich die beiden Kandidaten vorstellen konnten.

Am 24. Februar 2008 fand schließlich die Urwahl in 95 Wahllokalen statt und Christoph Matschie wurde mit 71,57% klar von der Basis als Spitzenkandidat gewählt.

Bei der Urwahl konnte mit 63,24% eine sehr hohe Wahlbeteiligung erreicht werden.

In Folge der Urabstimmung fand am 7. Juni 2008 in Erfurt ein Landesparteitag mit vorgezogenen Neuwahlen statt. Bei dieser Wahl wurde Christoph Matschie als Vorsitzender deutlich im Amt bestätigt.

Die politische Auseinandersetzung in Thüringen war von folgenden Themen bestimmt:

Aktionsbündnis für Mindestlohn

Die SPD als Teil des Aktionsbündnisses war an zahlreichen Veranstaltungen beteiligt. Flyer und Postkarten wurden gedruckt und verteilt, Unterschriften gesammelt sowie Demonstrationen organisiert.

Volksbegehren „Für mehr Demokratie“

Auch hier war die SPD Mitinitiator. Ziel ist,

die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene zu erleichtern.

Volksbegehren

„Für eine bessere Familienpolitik“

Die CDU-Landesregierung hat massive Kürzungen im Kindergartenbereich vorgenommen um ihr Landeserziehungsgeld, im Volksmund „Herdprämie“ genannt, finanzieren zu können.

Ein breites gesellschaftliches Bündnis, an dem sich auch die SPD stark beteiligt hat, machte mit zahlreichen Aktionen auf die Landesregierung Druck. Ein von der Staatskanzlei in Auftrag gegebenes Gutachten unterstützte die Forderungen des Volksbegehrens, in dem auf ein Defizit von ca. 2.000

Erzieherinnen in Thüringen hingewiesen wurde.

Der SPD Landesverband nominierte am 15. November 2008 auf seiner Landesdelegiertenkonferenz „Europa“ in Schleiz den Erfurter Kreisvorsitzenden Dr. Holger Poppenhäger als Thüringer Europakandidaten und verabschiedete ein Europapolitisches Grundsatzpapier.

Am gleichen Tag beschloss ein Landesparteitag die „Kommunalpolitischen Leitlinien“ für die Kommunalwahl 2009.

Die Finanzen und Strukturen konnten durch Sparmaßnahmen gefestigt werden. Die Mitgliederentwicklung war auch in diesen Jahren leicht negativ. Der Mitgliederbestand betrug zum 31. Dezember 2008 – 4.244, davon 3.085 männlich sowie 1.159 weiblich.

Personalien

Gewählt auf dem Landesparteitag in Erfurt am 7. Juni 2008

VORSITZENDER:

Christoph Matschie

STELLVERTRETER/INNEN:

Iris Gleicke, MdB

Frank Roßner

Dr. Hartmut Schuber, MdL

Heike Taubert, MdL

SCHATZMEISTERIN:

Cornelia Kraffzick

BEISITZER/INNEN:

Rolf Baumann, MdL

Sabine Doht, MdL

Katrin Franke

Enrico Gropp

Uwe Höhn, MdL

Ernst Kranz, MdB

Dagmar Künast, MdL

Rene Lindenberg

Bettina Löbl

Peter Metz, MdL

Eleonore Mühlbauer, MdL

Sigrid Müller

Dr. Werner Pidde, MdL

Wilfried Regenhardt

Gabriele Reichstein

Barbara Rinke

Dr. Albrecht Schröter

Sven Steinbrück

Ebenso mit beratender Stimme nehmen die Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften an Landesvorstandssitzungen teil:

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Andreas Räuber

Arbeitsgemeinschaft

für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Frank Weber

Arbeitsgemeinschaft

Sozialdemokratischer Juristen (AsJ)

Thomas Notzke

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS)

Wulf Schroeder

Arbeitsgemeinschaft

Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Cornelia Klisch

Arbeitsgemeinschaft

Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Guido Dressel

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos)

Peter Metz

Arbeitsgemeinschaft

Sozialdemokratischer Christen

Dr. Peter Wengler

Arbeitsgemeinschaft 60plus

Wolf-Dietrich Waack

Dem Landesvorstand gehören außerdem Landesgeschäftsführer Jochen Staschewski sowie der Vorsitzende des Landesparteirates, Wilhelm Schreier, an.

Landesverband Sachsen

2007

1. Januar 2007 –

Andreas Weigel tritt als Generalsekretär der SPD Sachsen zurück

Aufgrund eines laufenden Gerichtsverfahrens lässt Generalsekretär Andreas Weigel sein Amt zunächst ruhen und tritt schließlich im Mai zurück.

Frühjahr 2007 –

Aktive Teilnahme des Landesverbandes Sachsen an der Debatte

zum neuen Grundsatzprogramm

Neben dem „Bundesaktionstag der Ortsvereine“ in der Woche vom 19.–25. März wird auf Regionalkonferenzen in Dresden, Leipzig und Chemnitz wie auch in den Unterbezirken über das neue Grundsatzprogramm diskutiert. Seitens des Landesverbandes Sachsen sind Constanze Krehl und Harald Baumann-Hasske in die Programmkommission berufen.

April bis Juni 2007 –

Landesvorstand und Partei diskutieren Parteireform

Der Landesvorstand verständigt sich auf einer Klausurtagung zu weitgehenden Veränderungen im Rahmen einer „Struktur-, Partei- und Organisationsreform“ der sächsischen SPD. Dazu diskutiert am 21. Mai auch eine Konferenz der Ortsvereinsvorsitzenden. Schließlich verabschiedet der Landesvorstand am 8. Juni das Konzept.

14. Juli 2007 –

Außerordentlicher Landesparteitag

Als neuer Generalsekretär wird Dirk Panter mit 91 Prozent der Stimmen auf dem außerordentlichen Parteitag in Markneukirchen gewählt.

In der Debatte um das Grundsatzprogramm beraten die Delegierten insgesamt 83 Anträge.

Einstimmig – und gegen den Willen der CDU – beschließt der Parteitag einen Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Sachsen Sumpf“.

21. September 2007 –

Martin Dulig neuer Fraktionschef im Sächsischen Landtag

Wechsel in der Fraktion: Martin Dulig tritt die Nachfolge von Cornelius Weiss an, Mario Pecher übernimmt neben Simone Raatz und Margit Wehnert den stellvertretenden Fraktionsvorsitz. Stefan Brangs wird parlamentarischer Geschäftsführer.

31. Oktober 2007 –

10. Politischer Reformationstag

Die zur festen Tradition gewordene Veranstaltung in Leipzig begrüßt im Jahr 2007 Kurt Beck im Museum der Bildenden Künste.

Oktober 2007 –

Verleihung des

„Wilhelm-Dröscher-Preises“

Ausgezeichnet: Beim „Wilhelm-Dröscher-Preis“ auf dem Bundesparteitag in Hamburg gewinnen die Projekte „Rotes Dresden“ sowie „Freitags ab vier sind die Sozialdemokraten hier“ der Jusos aus dem Unterbezirk Dresden-Elbe-Röder den 2. Platz – dotiert mit 2000 Euro.

5. November 2007 –

Barbara Ludwig neue Beisitzerin des Parteipräsidiums

Der Bundesvorstand wählt die Chemnitzer Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig zur Beisitzerin des Parteipräsidiums.

26. November 2007 –

Verleihung des

6. Regine-Hildebrand Preises

Gleich drei Initiativen erhalten den mit 20.000 Euro dotierten Preis, darunter wieder ein sächsisches Projekt: Diesmal ist es der „Bürger Courage e.V.“

2008

Januar 2008 –

Inkrafttreten der Organisations- und Strukturreform der Sachsen SPD

Im Zuge der Kreisgebietsreform im Freistaat Sachsen werden die Strukturen der Sozialdemokraten den neuen Kreisgrenzen angepasst. Im Januar 2008 gründen sich in zehn Landkreisen und drei kreisfreien Städten neue Unterbezirke, die künftig in drei Regionalgeschäftsstellen betreut werden: Nordwest in Leipzig, Südwest in Chemnitz und Ost in Dresden

Im Frühjahr 2008 erfolgt der Umzug der Landesgeschäftsstelle zusammen mit der Regionalgeschäftsstelle Ost auf die Könneritzstraße 3.

8. Juni 2008 –

Kreistags-, Landrats- und Bürgermeisterwahlen

Bei den Kreistagswahlen verbucht die SPD leichte Stimmenzuwächse. Insbesondere in Nordsachsen gewinnt sie gegen den Trend 3 Prozent hinzu, verliert jedoch bei den Landratswahlen den Posten im Landkreis Leipzig. Bei den parallel stattfindenden Bürgermeisterwahlen werden 18 Bürgermeisterposten gewonnen, darunter Dr. Pia Findeiß, die mit 59,7 Prozent neue Oberbürgermeisterin von Zwickau ist.



Martin Dulig

31. Oktober 2008 –

11. Politischer Reformationstag

Der Einladung in die Schaubühne Lindenfels folgte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall.

15./16. November 2008 –

Ordentlicher Landesparteitag der SPD Sachsen in Burgstädt

Unter dem Motto „Für die Menschen. Für das Land. Gerecht. Innovativ. Solidarisch“ verabschieden die Delegierten einen gleichlautenden Leitantrag, der den Blick auf die zukünftige Entwicklung der sächsischen SPD lenkt.

Thomas Jurk erreicht bei seiner Wiederwahl zum Landesvorsitzenden ein Rekordergebnis von 89,1 Prozent. Auch Generalsekretär Dirk Panter wird wiedergewählt.

Landesvorstand

Gewählt auf dem ordentlichen Landesparteitag in Burgstädt am 15./16. November 2008

VORSITZENDER:

Thomas Jurk

STELLVERTRETER/IN:

Petra Köpping
Rolf Schwanz

SCHATZMEISTER:

Axel Brückom

BEISITZER/INNEN:

Gernot Borriss
Stefan Brangs
Dr. Liane Deicke
Martin Dulig
Sabine Friedel
Wolfgang Gunkel
Ursula Fritzsche
Henning Homann
Tobias David
Holger Mann
Karl Nolle
Dr. Simone Raatz
Diana Richter
Juliane Pfeil
Dr. Marlies Volkmer
Dr. Eva-Maria Stange
Klaus Wolframm

GENERALSEKRETÄR:

Dirk Panter

November 2008 –

Verleihung des 1. Anna-Zammert-Preises

Auf dem Landesparteitag in Burgstädt wird erstmalig der Anna-Zammert-Preis der sächsischen Sozialdemokratie für mutige und innovative Ortsvereinsarbeit verliehen. Der Preis trägt den Namen der Delitzscher Reichstagsabgeordneten, Gewerkschaftsfunktionä-



Mittlerweile Tradition: Thomas Jurk spielt zum Abschluss des Parteitages für die Genossinnen und Genossen Akkordeon

rin, Frauenrechtlerin und Sozialdemokratin Anna Zammert (*12. Juli 1898 in Delitzsch, † 13. Dezember 1982 ebenda) und wird alle zwei Jahre von der sächsischen SPD vergeben.

Den 1. Platz – dotiert mit 900 Euro – erhält das bürgernahe „Beteiligungsprojekt Kommunalwahl 2009“ des Ortsvereins Pirna,

Platz 2 geht an Delitzscher Schülerinnen und Schülern, die das Leben Anna Zammerts dokumentieren. Der 3. Platz wird an den Ortsverein Großschönau mit dem Projekt „Familienfest“ vergeben. Den Publikumspreis gewinnt knapp der Ortsverein Freiberg mit dem Projekt „KönigIn von Deutschland“.

Landesverband Saarland

Rechenschaftsbericht der SPD Saar

Die Jahre 2007 und 2008 standen beim SPD-Landesverband Saarland ganz im Zeichen der personellen, organisatorischen und programmatischen Vorbereitung des Wahljahres 2009.

Müller-CDU in der Bildungs- und Strukturpolitik scharf. Unterstützung bekam Maas 2007 durch Berlins regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, 2008 war Bundesarbeitsminister Olaf Scholz Gast der Saar-SPD vor ausverkaufter Halle.

Politisches Aschermittwochtreffen

Eines der größten und traditionsreichsten Aschermittwochtreffen findet alljährlich im saarländischen Siersburg statt. Mehr als 1.000 Zuhörerinnen und Zuhörer versammeln sich dann in der Niedtalhalle von Siersburg, um mitzuerleben, wie vor dem Servieren der Heringe der politische Gegner Saures bekommt. Heiko Maas sparte dabei weder 2007 noch 2008 mit Kritik an der saarländischen Landesregierung und attackierte das Versagen der

„Rote Laterne“ für Müller

Die Bilanz der Müller-Regierung im Jahre 2007: Schlechtestes Wirtschaftswachstum 2006, geringste Bildungsausgaben pro Kopf aller Länder, tausendfacher Wegzug junger Menschen. Folgerichtig wurde die Müller-CDU dann für diese Nicht-Leistung prämiert. Symbolisch übergab Generalsekretär Reinhold Jost vor der Staatskanzlei die Rote Laterne für erwiesenes Versagen an die Schlusslichtland-Regierung von Müller.

Über die Kommunen in die Staatskanzlei

Schon früh zeichnete sich für die amtierende CDU-Regierung auch in den Kommunen eine schwere Vertrauenskrise ab. Über die Kommunen in die Staatskanzlei – dieses Motto hatte die SPD deshalb schon 2007 ausgerufen. Besonders bedeutsam ist dabei, dass gerade in solchen in Kommunen Wahlkämpfe erfolgreich bestritten werden, die bislang als schwarze Hochburgen galten. Beispiel Perl: In der Moselwein-Gemeinde hatte die SPD schon immer einen schweren Stand – bis Bruno Schmitt im März 2007 zum ersten Mal den Sieg für die SPD einfahren konnte und der Grenzlandgemeinde so zum ersten Mal einen sozialdemokratischen Bürgermeister bescherte.

Sensation auch in Quierschied: Nach jahrzehntelanger „schwarzer Vorherrschaft“ schaffte Karin Lawall den Wechsel und wurde mit 51 % der Stimmen neue Bürgermeisterin.

Beispiel Kirkel: Nach Verlust des Bürgermeisteramtes vor 10 Jahren konnte die SPD mit Frank John die Wahl gewinnen und so wieder für einen sozialdemokratischen Bürgermeister sorgen.

Die Erfolge der SPD wurden auch in anderen kommunalen Direktwahlen fortgesetzt (z. B. mit Rolf Schultheis in Friedrichsthal und Werner Laub in Marpingen) oder man konnte deutliche Ausrufezeichen setzen – wie etwa bei der Landratswahl in St. Wendel, wo die SPD mit ihrem Kandidaten Magnus Jung enorme Stimmenzuwächse verzeichnen konnte.

„Tag der offenen Tür“: Start der Dialogoffensive

Mit einem Tag der offenen Tür in den Geschäftsstellen startete die SPD Saar im März 2007 eine große Dialogoffensive. Abgeordnete, Bürgermeister und Kommunalpolitiker führten dabei in den Geschäftsstellen der SPD einen ganzen Tag lang quer durchs Land „offene Bürgersprechstunden“ durch und informierten die Bürgerinnen und Bürger über aktuelle politische Projekte. Vor allem aber hörten die SPD-Politiker zu und wollten erfahren, wo die Bürger der „Schuh drückt“. Viele Interessierte nutzten die Gelegenheit auch, um gleich in die SPD einzutreten und aktiv mitzumachen.

Politische Schwerpunktthemen: Verwaltungsreform, G8-Murks, Schulschließungen, Mindestlohn

Die wichtigsten landespolitischen Themen standen auch im Mittelpunkt der politischen Arbeit des Landesvorstandes in den Jahren 2007 und 2008. Mit parlamentarischen Initia-

tiven und öffentlichkeitswirksamen Aktionen hat die SPD dabei ihre Positionen in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung gerückt und für den politischen Wechsel geworben. Zu den Schwerpunkttaktionen gehörte etwa ein landesweiter Aktionstag gegen die übereilte Einführung des G8 an den saarländischen Schulen, eine Plakatkampagne gegen die Schließung zahlreicher Grundschulen im Land, Gesetzesinitiativen und Infoaktionen zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und zur Begrenzung der Leiharbeit sowie der öffentliche Protest gegen die missglückte Verwaltungsreform der CDU-Regierung.

Starke Arbeitsgemeinschaften

Die SPD Saar ist nicht nur eine große Mitgliedspartei sondern verfügt auch über starke Arbeitsgemeinschaften. In ihr organisieren sich die vielen unterschiedlichen Interessengruppen, die sich in der Volkspartei SPD versammeln. In den Jahren 2007 und 2008 nutzten viele der Arbeitsgemeinschaften die wahlkampffreie Zeit, um sich neu zu organisieren. Bei den Juristinnen und Juristen der ASJ übernahmen Andrea Heesen und Torsten Lang das Kommando mit einer Doppelspitze. Bei den Jusos wurde Sebastian Thul in der Nachfolge von Michael Clivot zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Bei der AfA wurde Adi Wagner als Landesvorsitzender im Amt bestätigt bei der AG 60plus blieb Jürgen Rischer Landesvorsitzender.

Saarlandklausuren als Wegmarken der politischen Arbeit

Einmal im Jahr kommen SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion zu einer gemeinsamen Klausurtagung zusammen, der Saarlandklausur. Der Ort der Tagung hat Tradition und ist gleichzeitig Programm: Der Rechtsschutzsaal in Friedrichsthal-Bildstock. Als ältestes Gewerkschaftsgebäude Deutschlands ist der Rechtsschutzsaal in Bildstock gelbes Zeugnis der saarländischen Arbeiterbewegung und Synonym für die Ziele der SPD: Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit. Die Saarlandklausur 2007 stand mit dem IG-Metall Bezirksleiter Armin Schild auch ganz im Zeichen des Schulterschlusses mit den Gewerkschaften. 2008 stellte die SPD auf der Saarlandklausur ihr Wirtschaftskonzept „Saarland – Industrieland – Zukunftsland“ vor.

Parteitag 2007: Geschlossen und entschlossen in den Wahlkampf

Im Juni 2007 kam die SPD Saar zu ihrem ordentlichen Landesparteitag in der Saarbrü-

cker ATSV-Halle zusammen. Heiko Maas wurde dabei mit 89,8 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzender wiedergewählt wie Reinhold Jost als Generalsekretär (89,3 %). Zu den Stellvertretern von Heiko Maas wählte der Parteitag den DGB-Landesvorsitzenden Eugen Roth (84,8 %), den Merziger OB Alfons Lauer (85,4 %), die Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz (88,7 %) sowie die Homburger Bundestagsabgeordnete Astrid Klug (69,9 %).

Emotionaler Höhepunkt des Parteitages war sicherlich die Verleihung der Max-Braun-Medaille als Auszeichnung für das Lebenswerk engagierter Sozialdemokraten. Mit der alle zwei Jahre stattfindenden Auszeichnung will die SPD Saar auch an den ehemaligen SPD-Landesvorsitzenden Max Braun erinnern (1892–1945), der entschlossen gegen den Anschluss des Saarlandes an Hitler-Deutschland kämpfte und nach der Saarabstimmung aus der Emigration heraus gegen das Nazi-Regime kämpfte.

Die Preisträger 2007: Ingeborg Diehl (OV Dudweiler), Alwin Brück (OV Holz), Bernhard Thieser (OV Berus), Kurt John (OV Ottweiler-Steinbach), Willi Braun (OV Losheim-Wahlen), Hein Tarrach (OV Homburg-Mitte) und Hans Recktenwald (OV Marpingen).

SPD Saar bundesweit vernetzt

Die SPD Saar ist auch bundesweit in wichtigen Funktionen personell vertreten und gestaltet so in wichtigen Themenfeldern auch auf Bundesebene die Politik mit. So stellt die SPD Saar mit Elke Ferner bei der AsF, Ottmar Schreiner bei der AfA und Armin Lang bei der ASG gleich drei Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaften. Michael Clivot wurde zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jusos gewählt, Dr. Burkhard Jellonnek sitzt für die Saar-SPD im Bundesvorstand des Kulturforums. Und AGS-Landeschef Franz Müller wurde zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Selbständigen gewählt.

Heiko Maas, Elke Ferner und Ottmar Schreiner wurden beim Bundesparteitag zudem mit überzeugenden Ergebnissen in den Parteivorstand gewählt und vertreten dort die Interessen des Landes.

Betriebs- und Personalräteempfang: Bei den Arbeitnehmern zuhause

500 Betriebs- und Personalräte folgen alljährlich der Einladung der SPD Saar zum gemeinsamen Empfang von SPD und AfA. Das

ist ein starkes Signal für die Verbundenheit von SPD und Arbeitnehmern im Saarland. Neben den politischen Reden steht bei diesen Veranstaltungen vor allem der gemeinsame Dialog im Mittelpunkt. Heiko Maas und AfA-Chef Ottmar Schreiner freuten sich neben den vielen hundert Gästen auch über prominente Gastredner – 2007 Kurt Beck und 2008 IG-Metall-Chef Berthold Huber – die die Saar-SPD in ihrem Kampf für gute Arbeit unterstützten.

Aktiv vor Ort: Unser Saarland erfahren

Die SPD im Saarland ist eine starke politische Kraft im Land – aber auch traditionell ein Ort der Geselligkeit und der Gemeinschaft. Viele Sommerfeste, Benefizaktionen und SPD-Veranstaltungen zeugen von der gesellschaftlichen Vielfalt der SPD-Ortsvereine. Ein Vorzeigeprojekt ist dabei seit vielen Jahren die von Astrid Klug initiierte und gemeinsam von SPD und ADFC durchgeführte „Tour de Saar“ – einer mehrtägigen Radtour durchs Land für die ganze Familie. In zehn Jahren wurden mit 1.100 Teilnehmern über 2.000 km „erradelt“ und über 80 Ortsvereine besucht. Beim Parteitag in Hamburg präsentierte sich die „Tour de Saar“ auch bundesweit der Öffentlichkeit im Rahmen des „Wilhelm-Dröscher-Preises“.

Starke Mitgliederpartei

Die SPD Saar bleibt auch 2007/2008 eine starke Mitgliederpartei. Der bundesweit höchste Organisationsgrad ist ein Beleg für die tiefe Verwurzelung der SPD Saar vor Ort. Bei den Kreisverbänden gab es einige Veränderungen: Jörg Ukrow wurde in der Nachfolge von Volker Schmidt zum neuen Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Saarbrücken-Land gewählt. Im Kreis Neunkirchen wurde Conny Hoffmann-Bethscheider Nachfolgerin von Rainer Tabillion im SPD-Kreisvorsitz.

Gute Arbeit für unser Land: SPD-Abgeordnete packen mit an

Täten statt Worte: Die Abgeordneten der SPD packten 2008 selbst mit an – und absolvierten einen „Praktikumstag“ in saarländischen Unternehmen und Betrieben, um für die Arbeitsplätze im Land Flagge zu zeigen. Das Spektrum reichte dabei vom Krankenhaus über die Reha-Werkstätten bis zum Automobil-Zulieferer und zum Stahlwerk. Heiko Maas packte in den Saarlouiser Ford-Werken mit an und schuftete in einer Nachtschicht im modernsten und produktivsten Werk des Ford-Konzernes mit.

Auftakt zum Superwahljahr: Gute Arbeit, faire Chancen, neue Energie/Der neue Mann

Im zweiten Halbjahr 2008 stellte die SPD Saar die personellen Weichen für das Wahljahr 2009. Elke Ferner, Ottmar Schreiner, Astrid Klug und Rainer Tabillion wurden erneut zu Direktkandidaten zur Bundestagswahl gewählt. Auch die Listen zur Kommunal- und Landtagswahl wurden im Jahr 2008 komplett aufgestellt, damit man sich danach voll auf die inhaltliche Vorbereitung der Wahlen konzentrieren konnte.

Am 22. November kam die SPD Saar zu ihrem Parteitag in Dillingen zusammen, um die Kampagne zur Landtagswahl zu starten. Im Mittelpunkt stand die Kür von Heiko Maas zum Spitzenkandidaten. Ein kraftvoller Start: 96,6 Prozent stimmten für Heiko Maas. Begleitet wurde der Wahlkampfstart mit der Präsentation des viralen Spots „Heiko Maas stoppt die Raserei“, der schon Tage nach dem Start mehrere tausend Klicks auf youtube vorweisen konnte. Heiko Maas, der sich an diesem Tag erstmals auch visuell als „neuer Mann“ präsentierte, machte dabei deutlich, worum es in der Folgezeit ging: „Gute Arbeit, Faire Chancen, neue Energie. Ich will ein faires, modernes Saarland. Wir machen's.“

Landesverband Rheinland-Pfalz

Akzente unserer Arbeit 2007 – 2008

Die SPD ist die Rheinland-Pfalz-Partei in unserem Land. Das Motto „Nah bei den Menschen“ leitet unsere alltägliche politische Arbeit, ob wir uns um einen der 1100 Ortsvereine kümmern oder politische Ideen diskutieren. Mit Kurt Beck an der Spitze und der SPD-geführten Landesregierung setzen wir sozialdemokratische Politik um.

Ob die Bereiche Bildung und Kultur, Arbeit und Wirtschaft oder Innenpolitik und Kommunalreform – unsere sozialdemokratische Handschrift ist prägend.

Dieses Engagement zahlt sich in guten Umfragewerten und einer positiven Mitgliederentwicklung aus. Wir sind stolz darauf, dass der rückläufige Trend der letzten Jahre ins Gegenteil gewendet werden konnte. Die Anstrengungen dazu waren vielfältig. Ein roter Faden durchzieht dabei unsere Arbeit: Wir kümmern uns!

Wir kümmern uns beispielsweise in besonderer Weise um die Jüngeren in der SPD, indem wir auf dem ordentlichen Landesparteitag im September 2008 ein umfangreiches Mentoringprogramm entwickelt haben. Wir wollen junge Menschen mit den politischen Entscheidungsabläufen vertraut machen und sie mit Politikerinnen und Politikern und untereinander vernetzen. Des Weiteren hat sich der SPD-Landesverband entschlossen, im August 2007 erstmals einen Auszubildenden einzustellen. Marcel Schneck hat sich gut entwickelt und wir sind stolz, dass wir einen Beitrag zum Ausbildungsangebot leisten konnten.

Mit besonderer Sorgfalt kümmern wir uns auch um die Älteren und unsere sozialdemokratischen Wurzeln. Anlässlich des 60-jährigen Landesjubiläums im Jahre 2007 haben wir einen Bildband „60 Jahre Seit an Seit“ ge-

meinsam mit Zeitzeugen erstellt. Daneben veranstalteten wir am 15. April 2007 eine Matinee, die sich als gute Gelegenheit darstellte, die sozialdemokratischen Erfolge von Klaus von Dohnanyi und Rudolf Scharping, z.B. beim Regierungswechsel 1991, zu würdigen. Auch mit der Wilhelm-Dröscher-Plakette ehren wir stets verdiente Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wie beispielsweise unseren langjährigen Innenminister Walter Zuber. In stiller Trauer und steter Dankbarkeit denken wir auch an die erste Bundestagspräsidentin Annemarie Renger, die am 3. März 2008 leider ihre letzte Ruhe angetreten hat.

Die rheinland-pfälzische SPD ist breit aufgestellt. Deshalb haben wir uns auch um die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen gekümmert. Bei der

Gründungsveranstaltung wurde Dr. Günter Gerhardt zum Vorsitzenden gewählt. Eine weitere Bereicherung ist unser rheinland-pfälzisches Kulturform der Sozialdemokratie. Unter Führung eines politischen Quartetts, bestehend aus Manfred Geis, Kulturpolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion; Werner Fuchs, ehemaliger Landesbankvorstand; Hans-Georg Meyer, ehemaliger Direktor der Landeszentrale für politische Bildung und Heike Raab, Generalsekretärin, wird der Dialog mit Kunst und Kulturschaffenden gesucht.

Wir kümmern uns um gute Arbeit in Rheinland-Pfalz. Eine entscheidende Rolle spielt die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Der Vorsitzende Alfred Klingel ist neben dem Ehrenamt Betriebsratsvorsitzender bei Opel in Kaiserslautern.

Er begleitet unzählige Gespräche zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Im Gewerkschaftsrat findet ein regelmäßiger Austausch über Arbeitsmarktpolitik und die Wirtschaftspolitik des Landes statt. In regionalen Wirtschaftsforen diskutiert der stellvertretende Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Hendrik Hering die sozialdemokratischen Ansätze unserer Wirtschaftspolitik wie beispielsweise eine Mitarbeiterbeteiligung.

Die AfB und ihr Vorsitzender Erik Babucke beteiligen sich an der Weiterentwicklung der fortschrittlichen Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz. Doris Ahnen hat als Bildungsministerin bundesweit Maßstäbe gesetzt. Von der Kita bis zum Studium werden keine Beiträge oder Gebühren erhoben. Das eröffnet allen Kindern und Jugendlichen gerechte Bildungschancen. Fast 500 Ganztagschulen sichern gute Bildung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

„Mit Frauen kommunal punkten“ ist die Überschrift und Zielmarke einer Kampagne, die die ASF mit ihrer Vorsitzenden Agnes Allroggen-Bedel, Heike Raab als Generalsekretärin und Malu Dreyer als zuständige Ministerin für Gleichstellung auf den Weg gebracht haben. Ziel ist es, den Anteil von Frauen in Kommunalen Räten und Hauptämtern zu steigern. Im Vorfeld zur Kommunalwahl im Juni 2009 wurde diese Initiative gestartet. Die eine Zielrichtung warb für Kandidatinnen auf den Wahllisten, und die andere Zielrichtung bot interessierten Frauen ein breites Seminarangebot. Es ging darum, Frauen fit zu machen für die Kommunalpolitik und die Hemmschwellen zur Aufstellung als Urwahlkandidatin zu verkleinern.

Politische Bildung hat bei uns in Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert. In allen Unterbezirken haben wir Bildungs- und Weiterbildungsbeauftragte benannt. Seit 2008 haben wir den Umgang mit dem Web 2.0 in unser Seminarangebot aufgenommen.

Mit einer speziellen Seminarreihe zeigen wir, wie man die sozialen Netze auch für die politische Arbeit oder Wahlkämpfe nutzen kann. Eine Besonderheit ist unsere AG Online. Sie liefert dem Landesverband regelmäßig Impulse, kümmert sich um den LIVE-Ticker auf Parteitagen und beobachtet und prämiert die besten Homepages von Ortsvereinen. Beim „Tag der rheinland-pfälzischen SPD“, den wir in der Regel einmal jährlich an wechselnden Orten durchführen, werden die Preise für die besten Homepages und die Ortsvereine, die die meisten Mitglieder werben, vorgestellt.

Vor dem Hamburger Parteitag 2007 haben wir mit über 100 Dialogveranstaltungen den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm diskutiert. Im folgenden Jahr beteiligten wir uns intensiv an der der Kampagne „Deutschland-Dialog“.

Gerade das unmittelbare Gespräch und die Diskussion mit Genossinnen und Genossen,

Sympathisanten und Freunden der SPD außerhalb von Wahljahren unterstützt unsere politische Arbeit und verhilft uns zu neuen Ideen.

Auf Bundesebene wurde im Berichtszeitraum die rheinland-pfälzische SPD von Andrea Nahles, MdB, als stellvertretende Bundesvorsitzende und Doris Ahnen, MdL und Bildungsministerin, als Mitglied des Parteivorstandes vertreten.

Für das Europäische Parlament hat Ralf Walter nach 15 Jahren nicht wieder kandidiert. Als Vizepräsident des Haushaltsausschusses im Europa Parlament hat er eine wichtige Arbeit geleistet. Neue rheinland-pfälzische Spitzenkandidatin für die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 ist die Pfälzerin Jutta Steinruck. Ihr folgen Norbert Neuser, Boppard, und Miguel Vicente auf der Liste.

*Heike Raab, MdL,
Generalsekretärin*

Wahlergebnisse

des ordentlichen Landesparteitags am 13. September 2008 in Mainz

Landesvorstand

VORSITZENDER:

Kurt Beck, MdL

STV. VORSITZENDE:

Doris Ahnen, MdL
Hendrik Hering, MdL
Theresia Riedmaier

GENERALSEKRETÄRIN:

Heike Raab, MdL

SCHATZMEISTER:

Günther Ramsauer, MdL

BEISITZER/INNEN:

Dr. Agnes Allroggen-Bedel
Doris Barnett, MdB
Sabine Bätzing, MdB
Jürgen Conrad
Prof. Dr. Ingolf Deubel
Alexander Fuhr, MdL
Marianne Grosse, MdL
Michael Hartmann, MdB
Clemens Hoch
Michael Kissel
Sonja Pellin
Renate Pepper, MdL
Beate Reich
Sabine Röhl
Astrid Schmitt, MdL
Alexander Schweitzer, MdL
Dr. Klaus Weichel

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Bis Juli 2008: Michael Maurer
Ab November 2008: Stephan Wilhelm

Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaften

AfA:

Alfred Klingel

AfB:

Erik Babucke

60plus:

Peter Wilhelm Dröscher, MdL

AGS:

Bernhard Kimmle

ASF:

Dr. Agnes Allroggen-Bedel

ASG:

Dr. Günther Gerhardt

ASJ:

Dr. Rolf Meier

Jusus:

Fabian Löffler

Termine

2007

23. Januar: Erstes Programmforum auf Landesebene. Für das neue Grundsatzprogramm wurden die Themen „Demografischer Wandel“, „Grundwerte, Wirtschaft und Arbeit“ sowie „Bildung, Ausbildung und Familie“ diskutiert.

29. Januar: Das SPD-Wissenschaftsforum lädt zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Aufgaben und Ziele der Graduiertenschule ein.

31. Januar: Die rheinland-pfälzische SPD gründet in Mainz die Landes-Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG).

21. Februar: Politischer Aschermittwoch im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz.

23. März: Der Ortsverein Güls gewinnt den Online-Award „Ortsvereins-Homepage des Jahres 2006“.

23. März: Gründung der Arbeitsgruppe Europa zur Vorbereitung der Europawahl 2009. Land, Bund und Europa sollen durch die Arbeitsgruppe zukünftig besser vernetzt sein.

28. April: Erste Wirtschaftskonferenz Hahn in Büchenbeuren zur Stärkung des Flughafens Frankfurt-Hahn.

15. April: „60 Jahre Seit' an Seit'“ – Matinee zum 60. Jubiläum der Neugründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz mit den ehemaligen Vorsitzenden Dr. Klaus von Dohnanyi und Rudolf Scharping.



Drei Männer, die die SPD im Land geprägt haben und prägen: Dr. Klaus von Dohnanyi, Kurt Beck und Rudolf Scharping

8. Mai: Auf der Sitzung des Landesparteirats in Mainz zieht Doris Ahnen eine starke und positive Bilanz sozialdemokratischer Bildungspolitik. Die Sitzung bildet den Höhepunkt der landesweiten Themenwoche „Gute Chancen für Kinder und Familien“.

12. Juni: Kurt Beck verleiht die Wilhelm-Dröschner-Plakette an Walter Zuber, Dr. Carl Heinz Moesta, Marianne Sutter, Elisabeth Morawietz und Herbert Klein sowie Dr. Werner Ludwig.

1. August: Start der dreijährigen Ausbildungszeit zum Bürokaufmann des ersten Azubis des Landesverbandes. Kurt Beck begrüßt Marcel Schneck persönlich im Team und wünscht ihm viel Erfolg.

30. September: Gründung des Kulturforums „Forum für Kultur und Gesellschaft“ zur Förderung von Kunst und Kultur in Trier unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Kurt Beck.

25. Oktober: Das Wissenschaftsforum Rheinland-Pfalz informiert über das Thema „FH Studium für Führungskräfte in den Kindertagesstätten – eine erste Bilanz dieses neuartigen Angebots“.

26.–28. Oktober: Unter dem Vorsitz von Kurt Beck wird auf dem Bundesparteitag das Hamburger Programm beschlossen. Kurt Beck wird mit 95,5 % als Bundesvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestätigt.

November: Über die Jubiläumsfeiern im April hinaus erscheint ein Bildband mit dem Titel „60 Jahre Seit' an Seit'“, welches auf sechs ereignisreiche Jahrzehnte der SPD in Rheinland-Pfalz zurückblickt.

6. November: Fachkonferenz „Willkommen im Leben“ in Mainz. Kernpunkte der Familienpolitik sollen eine stärkere Vernetzung der Hilfen für Familien sowie die Verbesserung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung für Kinder sein.

17. November: 2. Tag der SPD in Kirn mit Frank-Walter Steinmeier. Inhaltlicher Schwerpunkt war das Thema Medienkompetenz. In Workshops ging ums Internet, um Pressearbeit und Mitgliederwerbung.



Überraschungsgast beim Tag der SPD im Kirner Gesellschaftshaus war am frühen Abend der Bundesaußenminister und stellvertretende Parteivorsitzende Frank-Walter Steinmeier, der direkt von Paris und über den Flughafen Hahn an die Nahe kam

2. Dezember: Seminarreise der Bildungs- und Weiterbildungsbeauftragten. Erarbeitung eines gemeinsamen Bildungsprogramms für Rheinland-Pfalz im Berliner Willy-Brandt-Haus.

2008

Januar: Gründung des Wirtschaftsforums Hahn in Sohren, um die Entwicklung des Flughafens Frankfurt-Hahn konstruktiv zu begleiten sowie die Interessen der Menschen und der Region aufzunehmen und zu vertreten.

6. Februar: Politischer Aschermittwoch im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz.

6. März: Start der Kampagne „2009 – mit Frauen kommunal punkten“ zur Steigerung des Frauenanteils in den kommunalen Parlamenten. In diesem Rahmen bietet der Landesverband Seminare für Frauen an, die bei den nächsten Kommunalwahlen kandidieren möchten.

1. April: Rheinland-Pfälzische Auftaktveranstaltung des bundesweiten „Deutschland-Dialogs“ mit Olaf Scholz in Weißenthurm.

7. Mai: Buchvorstellung mit der Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecek-Zeul in Mainz.

1. Juni: Kulturforum im Arp-Museum Bahnhof Rolandseck in Remagen mit Wolfgang Thierse.

8. Juni: 100 Jahre Pfalztreffen in Hochspeyer mit Klaus Wowereit.

14. August: Zweite Veranstaltung der Dialogkampagne „Gute Bildung in Rheinland-Pfalz“ mit Doris Ahnen, MdL.

August: Relaunch des Internetauftritts spd-rlp.de. Mit dem Relaunch werden neben einem benutzerfreundlicheren Äußeren mehr politische Inhalte, mehr Informationen und damit mehr Transparenz angeboten.

7. September: Kurt Beck tritt vom Bundesvorsitz der SPD zurück.

13. September: Ordentlicher Landesparteitag sowie Landesdelegiertenkonferenz zur Europawahl in Mainz. Kurt Beck erhält 99,5 Prozent der Stimmen. Zudem startet offiziell das Mentoringprogramm des Landesverbands.



Mentoringtreffen

25. Oktober: 3. Tag der SPD in Worms mit dem Schwerpunkt „Sicher leben in Rheinland-Pfalz“

18. November 2008: Sozialpolitischer Kongress: „Rheinland-Pfalz – gesund und sozial“. In Landstuhl referieren die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und ihre rheinland-pfälzische Ressortkollegin Malu Dreyer vor einem interessierten Fachpublikum.

27. November 2008: Die Vollversammlung der ASJ bestätigt Dr. Rolf Meier im Vorsitz.

28. November 2008: Hendrik Hering zu Gast bei der Vollversammlung der AGS, die Bernhard Kimmle erneut zum Vorsitzenden wählt.

13. Dezember 2008: Die Bundesvorsitzende der AfB, Dr. Eva-Maria Stange zu Gast in Mainz. Zum Vorsitzenden wird Erik Babucke gewählt, der erneut angetreten war.

In stillem Gedenken

Der Landesverband Rheinland-Pfalz
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
gedenkt in Dankbarkeit seiner am 3. März 2008
verstorbenen Genossin

Annemarie Renger

Ihr Name steht stellvertretend für
die vielen Frauen und Männer, die von uns gegangen sind.
Wir werden sie stets in ehrender Erinnerung behalten.

Landesverband Baden-Württemberg

Europa und die Kommunen im Blick – Die SPD in Baden-Württemberg

Die zurückliegenden Jahre 2007 und 2008 waren in der Arbeit des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg geprägt durch die sehr intensive Vorbereitung der Kommunalwahlen 2009.

Nach dem für uns so enttäuschenden Wahlergebnis der Landtagswahlen 2006 war nach einer gründlichen Analyse der Situation der SPD im Land und der realen Möglichkeiten einer Stärkung unserer politischen Basis für den Landesvorstand klar, dass den Kommunalwahlen 2009 und der Festigung unserer kommunalpolitischen Basis eine entscheidende Bedeutung für die Wiedererlangung einer politischen Mehrheitsfähigkeit im Land zukommt.

Programmdiskussion in Baden-Württemberg zur Stärkung unserer inhaltlichen Motivation

Das Jahr 2007 begann aber mit der Diskussion um das Grundsatzprogramm der SPD. Auf dem Spitzentreffen Anfang Januar 2007 in Biberach wurde der Bremer Entwurf allen Abgeordneten aus Bund und Land, den Kreisvorsitzenden und den Mitgliedern des Landesvorstandes vorgestellt und intensiv beraten. Über verschiedene Veranstaltungen der Landespartei mit Organisationen im politischen Umfeld sowie Vertreterinnen und Vertretern aus den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen wurde der Entwurf diskutiert, Ände-

rungen wurden vorbereitet. Wesentliche Basis all dieser Diskussionen war ebenfalls der von Erhard Eppler verfasste ergänzende Grundsatzprogrammwurf. Auf einem Landesparteitag am 7. Juli 2007 wurden dann über 315 Änderungsanträge aus der Partei beraten und in einer umfassenden Programmnote des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg zusammengefasst. Die hohe Beteiligung an all diesen Diskussionen und auch die Qualität der Debatten und Anträge in und aus den Gliederungen bei der Programmberatung haben gezeigt, dass wir als SPD eine programmatische Partei sind, für die gesellschaftliche Visionen und Zukunftsentwürfe wichtig sind. Dieser Umstand hat – gerade auch im Unterschied zur CDU, zu deren Grundsatzprogramm im Land Baden-Württemberg kaum eine Debatte stattfand – stark zur inneren Mobilisierung der SPD im Ländle beigetragen und den Weg für eine gute Vorbereitung des Superwahljahres 2009 geebnet.

Landesparteitag 2007 – wichtige Weichenstellung und Kampagnenauftakt

Die Bemühungen um eine inhaltliche Stärkung der SPD im Land wurden durch künstlich im Sommer 2007 aufgebrachte Personaldiskussionen etwas behindert. Auf dem ordentlichen Landesparteitag, der vom 21. auf den 22. September 2007 in Fellbach tagte,

wurden diese Debatten aber endgültig beendet. Einstimmig beschloss der Parteitag einen Fahrplan für die Vorbereitung der Landtagswahlen 2011 und die Entscheidungen in 2009. Und ebenso eindeutig wurde die Landesvorsitzende Ute Vogt in ihrem Amt bestätigt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Landesparteitages war die umfassende Debatte zur Bildungspolitik in Baden-Württemberg, wobei wir Bildung als einen durchgehenden Prozess von der frühkindlichen Erziehung bis zum Ende der Ausbildung oder des Studiums verstehen. Darüber hinaus wurde ein weitreichendes Papier zum Thema „Gute Arbeit in Baden-Württemberg“ verabschiedet, das unsere Vorstellungen von einer modernen Industriepolitik im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit beschreibt. Auch zu den Themenbereichen Umwelt und Verkehr verabschiedete der Landesparteitag mehrere Beschlüsse. Zur Vorbereitung der wichtigen kommunalpolitischen Weichenstellungen wurden beim Landesparteitag das Projekt „Kommunale Werkstätten 2008/2009“ vorgestellt und unser Fahrplan zu den Kommunalwahlen diskutiert.



Kommunale Werkstätten – erfolgreiches Modell zur Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes 2009.

Ein gleichermaßen inhaltlicher wie historischer Höhepunkt des Jahres 2007 war der Festakt zur Erinnerung an den 100 Jahrestag des Sozialistenkongresses, der 1907 in Stuttgart getagt hatte. Auf diesem Kongress waren 1907 mit der Gründung der Sozialistischen Jugendinternationale und der Sozialistischen Fraueninternationale zwei wichtige Weichenstellungen in der Geschichte der Sozialdemokratischen Bewegung erfolgt, welche wir würdigen und feiern wollten. Am Festakt am 11. November 2007 im Stuttgarter Theaterhaus nahmen über 1.000 Genossinnen und Genossen sowie andere Interessierte teil. Hauptredner waren der SPD-Vorsitzende Kurt Beck und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

2008 – voller Einsatz für die Kommunen

Das Jahr 2008 stand dann von Beginn an ganz im Zeichen der Vorbereitungen auf die Wahlkämpfe 2009, wobei den absoluten

Schwerpunkt im Land die Planung der Kommunalwahlen bildete.

Beim traditionellen Spitzentreffen der Landes-SPD in Mannheim Anfang Januar 2008 ging es in der Diskussion mit den sozialdemokratischen OberbürgermeisterInnen im Land um die Frage, wie wir sozialdemokratischer Kommunalpolitik noch stärker ein Gesicht geben können und mit welchen Themen und politischen Ansätzen wir die Menschen von uns überzeugen können.

Organisatorisch und inhaltlich wurden die Kommunalwahlen von einer eigenen Projektgruppe unter Leitung des Generalsekretärs vorbereitet, in der wir das Wissen und den Sachverstand der SGK, der Landtagsfraktion, der Bundestagsfraktion und weiterer kommunaler Experten bündeln konnten. Die Projektgruppe erarbeitete verschiedene Materialien und Handreichungen für die Kandidierenden und Ortsvereine, die in der Partei einen großen Anklang fanden. Das „Handbuch kommunale Werkstätten“, das „Drehbuch zur Kommunalwahl“ mit verschiedenen Praxisbeispielen, rechtlichen Hinweisen und praktischen Anregungen sowie der in Zusammenarbeit mit der SGK erstellte „Leitfaden für Kommunalpolitiker“ wurden als Handwerkszeug und Arbeitshilfe bei den vielen Aktiven in der Partei hervorragend angenommen.

Verschiedene Veranstaltungen dienten ebenfalls dem Ziel, gut vorbereitet in die Kampagne zur Kommunalwahl 2009 einzutreten. Sowohl auf der Aktivenkonferenz am 26. April 2008 als auch bei der Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaften am 25. Oktober 2008 fanden rege Diskussionen über unsere Ideen für die Kommunen in Baden-Württemberg sowie ein breiter Austausch über Praxisbeispiele für politische Projekte und Kampagnen statt.



Aktivenkonferenz der SPD Baden-Württemberg am 26. 4. 2008 in Filderstadt zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2009.

Flankiert wurden diese Veranstaltungen und Materialien von einer breit angelegten und durch den Landesverband finanzierten Kampagne zur verstärkten Präsenz unserer Ortsvereine im Internet. Durch diese Aktion „OV ans Netz“ gelang es uns, über 400 weitere Ortsverei-

ne der SPD online zu bringen und damit eine Internet-Präsenz von 90 Prozent unserer Ortsvereine im Land herzustellen. Auch für die zukünftige Kampagnenfähigkeit der SPD war dieses Projekt von großer Wichtigkeit.

In intensiver Absprache mit dem Willy-Brandt-Haus hatten wir uns entschieden, die Materialien zu den Kommunalwahlen möglichst weitgehend über das Druckportal der SPD zu gestalten und anzubieten. Auf kommunaler Basis waren wir hier bereit, das „Versuchskaninchen“ abzugeben. Leider gelang trotz guter und intensiver Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen im WBH, denen an dieser Stelle ausdrücklich gedankt sei, die Etablierung eines eigenen BW-Portals innerhalb des Druckportals in 2008 nicht in der gewünschten und verabredeten Form. Leider konnten sich nicht so viele Gliederungen wie gehofft und erwartet an diesem wirklich innovativen Projekt beteiligen.

Um unsere inhaltlichen und organisatorischen Schritte der Kampagnenvorbereitung auch mit einer Stärkung unserer Präsenz in der Gesellschaft zu verbinden, fanden im Frühsommer 2008 vier Regionalkonferenzen mit in der SPD organisierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern statt. Die Diskussionen reichten hierbei von Hartz IV über die Rente mit 67 bis zu unseren Vorstellungen zum Thema „Gute Arbeit“. Ergebnis aller Diskussionen war trotz bleibender Unterschiede in der politischen Bewertung einzelner Maßnahmen der SPD innerhalb der Großen Koalition ein verbesserter und intensiver Austausch mit der gewerkschaftlichen Basis.

Am 14. Juni 2008 fand im Ravensburger Spieleland das große Familienfest der baden-württembergischen SPD statt. Alle Genossinnen und Genossen, ihre Familien und Freunde waren eingeladen, einen ganzen Tag mit Spaß, Aktionen und politischen Diskussionen zu verbringen. Viele Hundert folgten dieser Einladung, so dass das Spieleland an diesem Tag fest in sozialdemokratischer Hand war und auch mit den übrigen vielen tausend Gästen des Erlebnisparks ein reger Austausch stattfand. Am Ende des Tages gab es fast kein



Familienfest der SPD Baden-Württemberg am 14. 6. 2008 im Ravensburger Spieleland.

Kind ohne roten Luftballon. Entsprechend dem Motto „Nah bei den Menschen“ war dieser Tag ein voller Erfolg, den wir in Zukunft sicher wiederholen werden.

Europa und die Kommunen zusammenführen

Bevor die Kreisverbände und Ortsvereine dann zum Ende des Jahres 2008 in die Aufstellung der Listen und Kandidaten für die Gemeinderats-, Kreistags-, Regional- und



Landesvertreterversammlung Europa am 21. 9. 2008 in Ehingen a.d. Donau



Evelyne Gebhardt mit fast 100 Prozent der Stimmen zur Spitzenkandidatin der SPD BW für die Europawahlen 2009 gewählt

Termine

2007

- 13. Januar Spitzentreffen Baden-Württemberg zum Thema Grundsatzprogramm, Biberach
- 13. Januar Zentraler Neujahrsempfang mit Kurt Beck, Biberach
- 19. Januar Juso-Neujahrsempfang mit Gernot Erler, Ebersbach
- 19. Januar AG 60 plus-Neujahrsempfang mit Hermann Scheer, Stuttgart-Bad Cannstatt
- 23./24. März SGK-Bundesfachkonferenz „Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge“, Mannheim
- 24. März AGS-Landesdelegiertenkonferenz, Lahr
- 31. März Gründungskongress Jusos-Junior-SGK
- 20. April Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaften zur Programmdebatte, Stuttgart-Bad Cannstatt
- 28./29. April Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Aalen
- 12. Mai SGK-Landesdelegiertenkonferenz, Schorndorf
- 14. Juni Kassiererkonferenz, Fellbach
- 20. Juni Kassiererkonferenz, Karlsruhe
- 29. Juni „Dialog SPD“ Wie gerecht ist unser Steuersystem?, Stuttgart
- 2. Juli Jugendlandtag, Gemeinsame Veranstaltung Jusos/Ring politischer Jugend, Stuttgart
- 2. Juli Christen in der SPD zum Thema „Gute Arbeit – Guter Lohn in der Kirche“, Stuttgart
- 7. Juli Landesparteitag zum Grundsatzprogramm, Bühl
- 14. Juli AG 60 plus-Landesdelegiertenkonferenz, Mosbach
- 8. September 100 Jahre Sozialistische Internationale/Bundes-AsF und SIW, Stuttgart
- 21./22. September Ordentlicher Landesparteitag, Fellbach
- 24. September SPD-Wirtschaftsforum mit Peer Steinbrück, Stuttgart

- 26. September Kassiererkonferenz, Herbertingen
- 27. September Kassiererkonferenz, Titisee-Neustadt
- 12. Oktober Christen in der SPD, Gespräch zum Erntedank, Stuttgart
- 20. Oktober AsF-Landesdelegiertenkonferenz, Ulm
- 11. November Feier des 100-jährigen Jubiläums des Sozialistenkongresses mit Kurt Beck, Michael Sommer und Martin Schulz, Stuttgart
- 17. November AfA-Landesdelegiertenkonferenz, Mannheim
- 22. November Forum Eine Welt, Veranstaltung mit Heidemarie Wiczorek-Zeul, Stuttgart
- 24. November Kreisvorsitzendenkonferenz, Schwäbisch Hall
- 5. Dezember Regionalparteitag, Ludwigsburg

2008

- 12. Januar Spitzentreffen Baden-Württemberg, Vorbereitung der Kommunalwahlen, Mannheim
- 28. Januar AG 60 plus-Neujahrsempfang, Stuttgart mit Prof. Dr. Dieter Engels, Bundesrechnungshof
- 25. Februar AGS-Veranstaltung zur Energieversorgung, Pforzheim
- 15. März Arbeitskonferenz, Auftakt zur Dialogkampagne „Nah bei den Menschen“, Stuttgart
- 19. April Konferenz Bildungsaufbruch, Waiblingen
- 26. April Aktivenkonferenz, „Nah bei den Menschen“, Vorbereitung der Kommunalwahlen 2009, Filderstadt
- 3./4. Mai Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Tuttlingen
- 19. Mai Wirtschaftsforum, „Ökonomie im Gesundheitswesen“ mit Ulla Schmidt, Ludwigsburg

- 27. Mai Regionalgespräch mit Gewerkschaftern, Heilbronn
- 28. Mai Regionalgespräch mit Gewerkschaftern, Pfullingen
- 2. Juni Regionalgespräch mit Gewerkschaftern, Wiesloch
- 7. Juni Carlo-Schmid-Stiftung, Preisverleihung an Hans-Dietrich Genscher, Mannheim
- 11. Juni AG 60 plus-Fachkonferenz „Leben und Wohnen im Alter“, Stuttgart
- 14. Juni Familienfest, Ravensburger Spieleland, Meckenbeuren
- 18. Juni Regionalgespräch mit Gewerkschaftern, Freiburg
- 21. Juni ASJ-Landesdelegiertenkonferenz, Stuttgart
- 27. Juni Ländertag Baden-Württemberg mit Kurt Beck, Stuttgart
- 20. September Landesvertreterversammlung zur Europawahl, Ehingen/Donau
- 28. September Gedenkstunde 25 Jahre NS-Mahnmahl, Albkaserne Stetten a. k. M.
- 1. Oktober ASG-Landesdelegiertenkonferenz, Stuttgart
- 15. Oktober AG 60 plus-Veranstaltung mit Rudolf Dreßler „Zukunft des Staates Israel“, Stuttgart
- 18. Oktober Get it together Addictz und Jusos, Mannheim
- 24. Oktober Betriebs- und Personalrätekonferenz „Gute Arbeit“ mit Olaf Scholz, Stuttgart
- 25. Oktober Gemeinsame Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaften „Kommune der Zukunft“, Stuttgart-Bad Cannstatt
- 5. November Regionalparteitag der Region Stuttgart, Waiblingen
- 22. November Kreisvorsitzendenkonferenz und Kompa-Tag, Stuttgart
- 10. Dezember Christen in der SPD, Erntedankgespräch mit Wolfgang Thierse, Stuttgart

Bundestagswahlen gingen, führte der SPD-Landesverband am 20. September 2008 noch seine Landesdelegiertenkonferenz „Europa“ zur Vorbereitung der Europawahlen 2009 durch. Evelyne Gebhardt wurde dabei mit 99 Prozent der Stimmen auf Platz 1 unserer Vorschlagsliste für die Bundesliste gewählt. Inhaltlich gelang es, mit der Verabschiedung unserer Europapolitischen Leitlinien die Zielstellungen für Europa und die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg miteinander zu verbinden.

Organisationsreform der SPD-BW schreitet voran

Die bereits im Jahr 2005 beschlossene Organisationsreform für die SPD in Baden-Württemberg, an deren Ende im Jahr 2011 die Bildung von acht größeren und kampagnenfähigen Regionalzentren im Lande anstelle von 20 kleinen und teilweise nur halbtags besetzten Kreisgeschäftsstellen stehen wird, wurde auch in den Jahren 2007 und 2008 voran getrieben. Die Weichen zur Zusammenlegung des Regionalzentrums Rhein-Neckar-Mannheim wurden gestellt, und mit den RZ in Stuttgart und Biberach konnten zum Ende

Landesvorstand

Gewählt auf dem Parteitag am 21./22. September 2007 in Fellbach

LANDESVORSITZENDE:

Ute Vogt

STELLV. LANDESVORSITZENDE:

Dr. Lars Castellucci
Elvira Drobinski-Weiß
Peter Hofelich
Hilde Mattheis

GENERALSEKRETÄR:

Jörg Tauss
Peter Friedrich
kommissarisch ab März 2009

SCHATZMEISTER:

Karl-Ulrich Templ

BEISITZER/INNEN:

Hendrik Bednarz, Lothar Binding,
Petar Drakul, Franzisca Engehausen,
Evelyne Gebhardt, Angela Godawa,
Daniela Harsch, Helen Heberer,
Jürgen Höfflin, Johannes Jung,
Josip Juratovic, Dr. Rudolf Luz, J
an Mönikes, Stefan Rebmann,
Gabi Rolland, Dr. Martin Rosemann,
Rita Schwarzelühr-Sutter,
Gabriele Teichmann, Rainer Weitzel,
Sabine Wölflle

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Marten Jennerjahn

des Jahres 2008 rechtzeitig vor dem Start der Wahlkampagnen die beiden ersten Zentren eröffnet werden. Im Zuge der Organisationsreform wurden ebenfalls die Veränderung der Finanzaufteilung zwischen Landesverband und den Kreisverbänden sowie unter den Kreisverbänden diskutiert und ein Antrag auf

Statutenänderung zum ordentlichen Landesparteitag 2009 vorbereitet. Eine gestärkte finanzielle Basis für alle, auch die kleinen Kreisverbände, wird dafür Sorge tragen, dass wir keine Verluste bei der realen Präsenz in der Fläche und beim Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern haben werden.

Landesverband Bayern

Allgemeine politische Entwicklung

Der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar, dem gleichzeitigen EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens und dem aufziehenden schweren Orkantief Kyrill folgte – ohne erkennbaren sachlichen Zusammenhang – die Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Edmund Stoiber, im Herbst von seinen Ämtern zurück zu treten. Nach dem Triumph bei den Landtagswahlen 2003, der der CSU eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Sitze bescherte, kündigte sich jetzt ein Machtwechsel mit Folgen an.

Die verbreitete Euphorie zum Jahresbeginn 2007 (70 Prozent der Bevölkerung wie auch die meisten Experten erwarten eine Fortsetzung der guten konjunkturellen Entwicklung) und Rekordniedrigzahlen bei Arbeitslosigkeit (April 2007: < 4 Mio., Juni 2008: < 3,2 Mio.) werden überlagert von Signalen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die rasch von den USA auch auf Deutschland übergreifen: August 2007: Kursrutsch an den US-Börsen; Januar 2008: Zusammenbruch des US-Immobilienmarkts; Februar 2008: Erste größere Verlustmeldungen der Bayeri-

schen Landesbank, die sich von 1,9 Mrd bis Herbst 2008 zu einem Sanierungs- bzw. Garantienbedarf in Höhe von 30 Mrd erweitern.

September 2007: Staatsregierung, Deutsche Bahn und Industrie beschließen den Bau des Transrapid von München Hauptbahnhof zum Flughafen.

März 2008: Nach inzwischen von 1,85 auf über 3 Milliarden gestiegenen Kosten wird das Projekt nicht weiter verfolgt.

September 2008: Franz Müntefering, der im November 2007 aus persönlichen Gründen als Vizekanzler und Arbeitsminister zurückgetreten war, meldet sich im bayerischen Landtagswahlkampf mit einer fulminanten Rede in München auch auf der Bundesbühne zurück. Vier Tage danach tritt Kurt Beck als Parteivorsitzender zurück, der Parteitag wählt seinen Vorgänger Franz Müntefering am 18. Oktober zum Nachfolger.

Arbeitsschwerpunkte

Das Jahr 2007 gehörte auch in Bayern zu nächst schwerpunktmäßig der Fortsetzung

und dann dem Abschluss der mehrfach unterbrochenen Diskussion des Grundsatzprogramms. Die dafür unter der Leitung Ulrike Maschers tätige Arbeitsgruppe wirkte ermutigend auf die Parteigliederungen ein, stellte und vermittelte Referent/innen, organisierte aber auch selbst größere öffentliche Veranstaltungen, unter anderem mit Erhard Eppler, Wolfgang Thierse und Ludwig Stiegler. Knapp drei Dutzend dem Landesparteitag im Juli vorgelegte Anträge zum Grundsatzprogramm waren nur ein Resultat dieses Bemühens. Vom Hamburger Parteitag (26.–28. 10. 07), der das neue Grundsatzprogramm verabschiedete, mussten die Delegierten der BayernSPD nicht enttäuscht nach Hause fahren.

Einen weiteren, ja *den* Schwerpunkt im Berichtszeitraum bildeten die Vorbereitungen auf und die Durchführung von vier Wahlen, wobei auch die außerhalb des Berichtszeitraums liegenden mit aufgeführt werden müssen:

- Kommunalwahlen vom 2. März 2008 (mit den Stichwahlen vom 16. März)

- Landtagswahlen vom 28. September 2008
- Europawahlen vom 7. Juni 2009
- Bundestagswahlen vom 27. September 2009

Wesentliche Vorarbeiten leistete die schon im Januar 2006 in Irsee gegründete und von Florian Pronold geleitete Arbeitsgruppe „Erfolg 2008“ mit einem Rahmenkonzept für die Doppelwahljahre 2008/09.

Darauf aufbauend konnte die zum Jahresbeginn 2007 eingerichtete Technische Wahlkampfleitung nicht nur organisatorisch-operative Überlegungen zur Planung und Durchführung der Wahlkämpfe anstellen, sondern hat den Parteigliederungen schon frühzeitig ein umfangreiches Materialbündel in die Hand gegeben, mit dessen Hilfe ein „Wahlkampf aus einem Guss“ unter Verwendung zentral zur Verfügung gestellter



Franz Maget, MdL und Vorsitzender der Landtagsfraktion, und drei erfolgreiche Oberbürgermeister – Dr. Thomas Jung, Fürth; Christian Ude, München; Dr. Ulrich Maly, Nürnberg – nach den Kommunalwahlen 2008.

Veranstaltungen, Aktionen, Ereignisse – Chronologie

2007

1. Halbjahr 15 „Erfolgskonferenzen 2008“ in den Bezirken
 21. 2. Politischer Aschermittwoch, Vilshofen, mit Kurt Beck
 28. 4. Kleiner Parteitag zur Bildungspolitik und zum Grundsatzprogramm
 11. 6. Fachkonferenz „Pflegerreform“ (zus. mit der Landtagsfraktion)
 - 14./15. 7. o. Landesparteitag Würzburg mit Neuwahl des Vorstands (s. o.)
 13. 10. Europapolitische 3-Länder-Veranstaltung in Passau mit tschechischer und österreichischer Beteiligung, Günter Gloser und Wolfgang Kreißl-Dörfler
 26. – 28. 10. Bundesparteitag Hamburg. Verabschiedung des Grundsatzprogramms. Franz Maget wird ins Präsidium des PV, Bundestagsvizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner, der Nürnberger OB, Dr. Ulrich Maly, und Florian Pronold werden in den Parteivorstand gewählt.
 17. 11. Kleiner Parteitag Augsburg. Auftakt zum Kommunalwahlkampf
Zentrales Thema: Kommunale Wirtschaft – Sichern statt privatisieren
- In drei öffentlichen Veranstaltungen wirbt das jetzt auch in Bayern organisierte und von Dr. Bärbel Kofler und Walter Kolbow geleitete „Forum Eine Welt“ um Aufmerksamkeit und Unterstützung für das Politikfeld, auf dem über die globale Zukunft entschieden wird.
- In zwei Fachkonferenzen in München und Nürnberg diskutieren Angelika Graf, der Mitveranstalter und bayerische AWO-Vor-

sitzende Dr. Thomas Beyer sowie die zuständigen Mitglieder der Landesgruppe und der Landtagsfraktion mit Verbandsvertreter/innen, Experten und weiteren Interessierten über Aspekte der Pflegerreform.

2008

Der alljährlichen Januarklausur im Kloster Irsee (12./13. Januar), wo mit der SGK noch einmal über Möglichkeiten der Unterstützung der Kommunalwahlkämpfe beraten wurde, folgte am 6. Februar ein Politischer Aschermittwoch mit Kurt Beck als gefeiertem Hauptredner.

Den sportlichen Terminkalender füllten im Juni die Fußballeuropameisterschaften und im August die Olympischen Spiele, beide gelegentlich in Konkurrenz mit Wahlkampfveranstaltungen und dabei erfolgreich.

Nach den Kommunalwahlen am 2. März, die oben schon bewertet wurden, machte sich die Partei an den Landtagswahlkampf, wozu auf zwei Parteitagen zunächst Franz Maget am 15. Juni zum Spitzenkandidaten gewählt und am 5. Juli in Weiden in großem Einvernehmen ein Wahlprogramm beschlossen wurden.

Auch die Europawahlen des Jahres 2009 bestimmten schon den Terminkalender: Am 26. Juli wählte ein Kleiner Parteitag die Liste der bayerischen Kandidatinnen und Kandidaten, die dann am 8. Dezember von der Bundesdelegiertenkonferenz auf einer Bundesliste gereiht wurden – mit besseren Plätzen als fünf Jahre zuvor.

Tabellarisch:

- 12.– 16. 1. Klausuren Irsee (Landesvorstand, Landtagsfraktion)
 6. 2. Politischer Aschermittwoch mit Kurt Beck
 2. 3. Kommunalwahlen
 15. 6. Parteitag in München, Wahl des Spitzenkandidaten zu den Landtagswahlen
 5. 7. Programmparteitag Weiden
 26. 7. Kleiner Parteitag Nürnberg, Wahl der bayerischen Liste der EU-Kandidat/inn/en
 7. 9. Rücktritt Kurt Becks
 28. 9. Landtagswahlen
 18. 10. Bundesparteitag, Wahl Franz Münteferings zum Vorsitzenden
 13. 12. Landesvertreterversammlung, Gunzenhausen, Aufstellung der Landesliste zu den Bundestagswahlen 2009
- Ganzjährig
Organisationskonferenzen, Förderung der Mitgliederwerbung und BWK-Konferenzen der Landesgruppe zur Erläuterung unserer Politik in der Großen Koalition

Mittel ermöglicht wurde. Eine zweite erweiterte Auflage des „Rundum-sorglos-Pakets“ wurde beim Landesparteitag 2007 in Würzburg vorgelegt und vorgestellt. In dieses zweite Paket flossen die Anregungen und Erfahrungen ein, die in 15 landesweit im ersten Halbjahr 2007 durchgeführten „Erfolgskonferenzen 2008“ gesammelt werden konnten

Übers Jahr und über alle bayerischen Bezirke verteilt wurde zunächst – in einer Serie von „Erfolgskonferenzen“ – für ein breites Spektrum moderner Wahlkampfmittel geworben, die sich unter Verwendung heute zur Verfügung stehender Technologien und zum Teil in enger Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand (z. B. das jetzt bundesweit eingerichtete Druckportal) auch auf Ortsvereinsebene einsetzen lassen. Die Partei nahm die Angebote aufgeschlossen an.

Wahlen

Bei den Kommunalwahlen am 2. März 2008 erzielte die CSU mit 40 Prozent ein historisch schlechtes Ergebnis und beschloss daraufhin, das Rauchverbot wieder zu lockern. Aber auch die SPD verlor Stimmen, gewann aber behielt aber – bis auf Augsburg – die großen Städte und erreichte auch in der Fläche unerwartete Erfolge.

Dramatische Verliererin war die CSU erneut bei den Landtagswahlen im Herbst 2008, bei denen sie 17,3 Prozentpunkte und die absolute Mehrheit abgeben musste. Auch davon profitierten aber überwiegend andere, während die BayernSPD mit 18,6 Prozent das Ergebnis von 2003 knapp unterbot. Die CSU ist gezwungen, mit der – zuletzt im Landtag nicht einmal vertretenen – FDP eine Koalition einzugehen, Seehofer folgt Stoiber als Ministerpräsident und Parteivorsitzender, während das Duo Beckstein/Huber vorerst ohne Spitzenämter in der Kulisse verschwindet.

Parteitage

14./15. Juli 2007: o. Landesparteitag Würzburg mit Hauptredner Kurt Beck, einem überaus ausführlichen Grußwort des DGB-Landesvorsitzenden Fritz Schösser und Neuwahl des Vorstands.

Walter Kolbow und Ulrike Mascher kandidieren nicht erneut als Stellvertretende Vorsitzende, Heide Mattischeck nicht mehr als Schatzmeisterin. Ihnen folgen die Landtagsabgeordneten Dr. Thomas Beyer und Adelheid Rupp als Stellvertreter, Thomas Goger als Schatzmeister.

Ludwig Stiegler dankt den ausscheidenden Mitgliedern des Präsidiums für ihre verdienstvolle Arbeit, der Parteitag erhebt sich zu anhaltendem Beifall.

Weitere Wahlergebnisse: s. Kasten



Ludwig Stiegler, MdB, Landesvorsitzender 2003–2009, beim Landesparteitag 2007 in Würzburg



Ludwig Stiegler und die drei Stv. – Adelheid Rupp, MdL, Dr. Thomas Beyer, MdL, Florian Pronold, MdB – nach der Wahl beim Landesparteitag 2007 in Würzburg

Landesvorstand

Gewählt vom 58. o. Landesparteitag am 14./15. Juli 2007 in Würzburg:

VORSITZENDER:

Ludwig Stiegler

STV. VORSITZENDE:

Dr. Thomas Beyer,
Florian Pronold,
Adelheid Rupp

SCHATZMEISTER:

Thomas Goger

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Hans-Peter Adler

VERTRETER/INNEN

DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN:

AfA: Ludwig Wörner
AsF: Annette Karl
AvS: Ingelore Pilwousek
AGS: Peter Hilliger
ASG: Elisabeth Rüdinger
AG 60plus: Angelika Graf
Jusos: André Pöhler

VII. Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD

07/08

Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD

Erfahrungsaustausch, Information und Kooperation

Ab 2006 hat der ehemalige Gesamtbetriebsrat der SPD aufgrund des BAG-Urteils vom August 2000 seine Arbeit als Arbeitskreis mit der Bezeichnung „Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD“ (Arbeitskreis) aufgenommen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitskreis und den Arbeitgebern (Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke) betreffend die Finanzierung und Aufgabenstellung regelt eine Betriebsvereinbarung. Die parteirechtliche Grundlage des Arbeitskreises basiert auf dem § 28 (m) des Organisationsstatuts. Hier ist die beratende Teilnahme an Parteirats-Sitzungen verbindlich definiert. Darüber hinaus ist der Arbeitskreis vertreten im Beirat der Parteischule, in der Sitzung der Leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer sowie in der EDV-Lenkungsgruppe. Der Arbeitskreis nimmt regelmäßig – vertreten durch die Vorsitzende oder im Verhinderungsfall durch den Stellv. Vorsitzenden – an den Sitzungen teil.

Die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Betriebsräten und dem Arbeitskreis bezieht sich auf den Erfahrungsaustausch, die gegenseitige Information, Kooperation und das Erarbeiten von Musterbetriebsvereinbarungen. In einem jährlich stattfindenden Seminar werden die Betriebsräte in rechtlichen Fragen der Mitbestimmung – in Zusammenarbeit mit Verdi – in ihrer Betriebsratsarbeit unterstützt. Die sehr gut besuchten Seminare zeigen, dass hier ein hohes Bedürfnis bzw. Interesse besteht.

Der Kontakt zwischen dem Arbeitskreis und Parteivorstand wird über Gespräche mit dem Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel (vorher Martin Gorholt), die in unregelmäßigen Abständen stattfinden, hergestellt. Darüber hinaus gab es Gespräche mit dem Generalsekretär Hubertus Heil über die Zusammenarbeit, mit der Schatzmeisterin Barbara Hendricks über die Organisations- und Strukturentwicklung und mit E. Nermerich über die betriebliche Altersversorgung.

Mit Sorge nimmt der „Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD“ die Mitgliederentwicklung zur Kenntnis. Den größten Mitgliederschwund erlebte die Partei durch die Auseinandersetzungen um die Agenda 2010. Über 100.000 Mitglieder verließen die Partei. Durch die finanziellen Einbußen verschlechterte sich die Arbeitssituation der Kolleginnen und Kollegen vor Ort erheblich. Bundesweit ist der Verlust seit 2002 von über 100 Stellen zu beklagen. Die Zahl der Unterbezirks- und Regionalbüros hat sich erheblich verringert. Um Arbeitsplätze zu erhalten, wurden und werden u.a. Sozialleistungen, Weihnachts-

und Urlaubsgeld (nicht ohne Widerstand der Betriebsräte) aufgegeben. Vollzeitstellen werden in 30 Stunden-Stellen (ja sogar in 17,5 Stellen bei Geschäftsführern) umgewandelt. Die Arbeitsanforderungen an die Kolleginnen und Kollegen bleiben meist die gleichen. Am Ende bedeutet das für sie einen zusätzlichen Gehaltsverzicht. Um die Entwicklung aufzuhalten bzw. abzufedern, muss die SPD – neben der Mitgliederwerbung und vor allem Beitragsehrlichkeit – wieder Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei den Menschen herstellen. Auch über den jetzigen Mindestbeitrag von 2,50 € sollte nachgedacht werden, da er nicht kostendeckend ist. Kostendeckend wäre ein Mindestbeitrag von 4,00 €.

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum waren:

■ EDV

Einführung der neuen Mitgliederadressverwaltung (MAVIS II)

Seit vielen Jahren setzt sich der „AK der Betriebsräte in der SPD“ mit den Problemen unserer EDV auseinander. Zurzeit beschäftigt sich der Arbeitskreis mit der Einführung des neuen EDV-Systems MAVIS II. Hierfür hat der Vorstand des Arbeitskreises den Arbeitgebern – im Sinne der Betriebsvereinbarung der Zusammenarbeit – einen Entwurf einer Betriebsvereinbarung zur Einführung der MAVIS II zur Verhandlung vorgelegt. Eine der zentralen Forderungen zur Einführung des neuen Systems, ist ein kontinuierliches Schulungsangebot. Deshalb hat der Arbeitskreis den Arbeitgeber aufgefordert, mit ihm zusammen ein entsprechendes Konzept zu entwickeln, das jeden Kollegen und jede Kollegin in die Lage versetzt, mit dem neuen System ohne Probleme arbeiten zu können.

■ Innerbetriebliche Weiterbildung für Hauptamtliche

„Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung in der SPD“ (IPQ)

Zum Bereich der Innerbetrieblichen Weiterbildung für Hauptamtliche hat der Arbeitskreis ein Positionspapier vorgelegt, das sich u.a. mit folgenden Fragen auseinandersetzt: Welche Entwicklungspotentiale bietet die Qualifizierung z.B. durch Aufstiegsmöglichkeiten vor Ort? Welchen Bedarf gibt es an Schulungen? Wie kann Erlerntes im Berufsalltag eingebracht werden?

Erfahrungsberichte der Kolleginnen und Kollegen, die an den Seminaren teilgenommen haben, machen deutlich, dass die Weiterbildung für ihre berufliche Perspektive (vor allem für Frauen) am Arbeitsplatz so gut wie folgenlos bleibt. Das kann nicht im Interesse von Qualifizierung sein. Hier gibt es noch viel zu tun.

Die Forderung des Arbeitskreises nach aussagekräftigeren Zertifikaten nach Teilnahme am IPQ wurde von der Parteischule aufgegriffen und umgesetzt. Auch der Forderung, den Schwerpunkt Mitgliederwerbung als Modul anzubieten, wurde entsprochen. In diesem Zusammenhang hat der Arbeitskreis die Vorsitzende der Parteischule Andrea Nahles zu einer Sitzung mit den Betriebsräten eingeladen und u.a. auch das genannte Papier mit ihr diskutiert.

■ Datenschutz

Mit dem weiteren Ausbau der Kommunikationstechnologien steigen die Möglichkeiten von Kontroll- und Überwachungsmechanismen, ohne dass dies den Nutzern bewusst ist. Der Arbeitskreis hat die Thematik aufgegriffen, den Datenschutzbeauftragten des PV, Dr. Carsten Stender, mehrmals zu seinen Vorstandssitzungen eingeladen und die vielfältigen Aspekte des Datenschutzes mit ihm diskutiert. Eine unserer Forderungen war und ist, dass die bestehende Datenschutzrichtlinie dringend im Blick auf die Bedürfnisse, z.B. die Einführung der neuen MAVIS II, überarbeitet werden muss.

Auf Anregung des Arbeitskreises hat Dr. Carsten Stender im INTERN die wichtigsten 5 Punkte zur Beachtung des Datenschutzes im Umgang mit Mitgliederdaten veröffentlicht.

■ Betriebliche Altersversorgung (Gruppenvertrag 506)

Durch die Finanzkrise gab es bei den Kolleginnen und Kollegen große Verunsicherung hinsichtlich ihrer betrieblichen Altersversorgung. Um den Kolleginnen und Kollegen Ängste vor evtl. finanziellen Verlust zu nehmen, wurde – in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat beim PV – ein umfangreicher Fragenkatalog erarbeitet und an die Volksfürsorge/Generali, mit der Bitte um Beantwortung, gerichtet. Einige Betriebsräte haben Vertreter der VfS/Generali zu Betriebsversammlungen eingeladen, um die Fragen vor Ort zu diskutieren. Die Fragen konnten weitestgehend positiv beantwortet werden.

Abschließend bedanken wir uns für die konstruktive und engagierte Zusammenarbeit im Vorstand des „Arbeitskreises der Betriebsräte in der SPD“ sowie bei allen Betriebsräten und den Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus.

Elfi Heusinger von Waldegge
Vorsitzende des AK

Erich Holzwarth
Stellv. Vorsitzender des AK

Mitglieder des Vorstands

VORSITZENDE:

Elfi Heusinger von Waldegge
(BEZ Hessen-Nord)

STELLV. VORSITZENDER:

Erich Holzwarth
(LV Baden Württemberg)

WEITERE MITGLIEDER:

Uschi Brehm (LV NRW)
Inge Volz (LV Rheinland-Pfalz)
Monika Achtert (Weser-Ems)
Enrico Bloch (PV, beratend)
Jürgen Stahl (Verdi, beratend)

VIII. Bericht der Bundestagsfraktion

07/08

Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Bericht der Bundestagsfraktion umfasst nicht nur den Zweijahreszeitraum dieses Jahrbuchs sondern die gesamte 16. Legislaturperiode. Nur im Gesamtzusammenhang der Wahlperiode können die Leistungen der SPD-Bundestagsfraktion in der großen Koalition angemessen dargestellt werden. Unsere Handschrift in der Großen Koalition war deutlich sichtbar. Besonders in der Finanz- und Wirtschaftskrise haben wir mit Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier die Richtung vorgegeben und haben u. a. die beiden Konjunkturpakete in Höhe von 80 Milliarden Euro erarbeitet und durchgesetzt.

Die Große Koalition ist in einigen Bereichen aber auch hinter ihren Möglichkeiten geblieben, weil CDU und CSU wichtige Gesetze und Vorhaben blockiert haben. Das gilt sowohl für die Neuregelung der Jobcenter, den Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche, das Umweltgesetzbuch als auch das NPD-Verbot.



Insgesamt kann sich die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion in den letzten vier Jahren sehen lassen. Wir können stolz auf unsere Leistung sein.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Peter Struck
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion,
im September 2009

Bericht der SPD-Bundestagsfraktion

Vier Jahre erfolgreiche Arbeit – Unsere Bilanz –

Arbeitsmarktpolitik

Die gute konjunkturelle Situation der letzten Jahre – vor der Finanz- und Wirtschaftskrise – haben wir zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zum Aufbau neuer Arbeitsplätze genutzt. Die Arbeitsmarktzahlen aus dem Jahr 2008 zeigen, dass wir das Richtige getan haben und uns damit für schwierige Zeiten, wie wir sie nun haben, gerüstet haben.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland hatte in den letzten Jahren stark abgenommen. 2005 lag der Jahresdurchschnitt noch bei 4,9 Millionen Menschen, die arbeitslos gemeldet waren. 2008 ist der Jahresdurchschnitt auf rund 3,3 Millionen Menschen gesunken. Erstmals seit November 1992 gab es im Oktober 2008 weniger als 3 Millionen Arbeitslose.

Durch den sogenannten „Beschäftigungsschirm“ haben wir es geschafft, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise abzufedern. Trotz der Krise hat es bisher auf dem Arbeitsmarkt noch keinen dramatischen Einbruch gegeben.

Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst der Kurzarbeiterregelung. Wir haben die Kurzarbeit in zwei Schritten zunächst auf 18 und dann auf 24 Monate ausgeweitet und sie beide Male auch finanziell attraktiver gemacht. Mittlerweile kann jedes Unternehmen, das ein halbes Jahr auf Kurzarbeit gesetzt hat, die vollen Sozialversicherungsbeiträge für die ausgefallene Arbeitszeit von der Bundesagentur

für Arbeit erstattet bekommen. Es hat sich gezeigt, dass Kurzarbeit ein gutes Instrument ist, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch dann in Beschäftigung zu halten, wenn im Betrieb Flaute herrscht. Außerdem haben wir die Förderung der Qualifizierung deutlich verbessert. Weiterbildung ist jetzt auch während der Kurzarbeit möglich und wird besonders unterstützt: Wer qualifiziert, bekommt vom ersten Tag an die Sozialversicherungsbeiträge für die ausgefallene Arbeitszeit voll erstattet.

Gerade in diesen Zeiten ist eine gut funktionierende Bundesagentur für Arbeit wichtig. Und die Agentur braucht gut ausgebildete und hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben daher die Angebote zur Vermittlung und Aktivierung durch die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter weiter verbessert – zuletzt durch 1.000 zusätzliche Job-to-Job-Vermittler und 5.000 zusätzliche Vermittlerstellen. Wir sorgen mit den neuen Stellen dafür, dass bei den Jobcentern für die unter 25-Jährigen jeweils ein Vermittler für 75 Arbeitslose zuständig ist und bei den Älteren einer für 150. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir Arbeitslosigkeit nicht bloß verwalten, sondern jede und jeden Einzelnen dabei unterstützen, schnell wieder Arbeit zu finden.

Auch in der Krise bleibt es unser Ziel, dass Deutschland einen Arbeitsmarkt hat, der al-

len Menschen Chancen eröffnet, für sich selbst und ihre Familien zu sorgen und für das Alter vorzusorgen. Hierfür müssen wir die Voraussetzungen weiter verbessern. Es geht uns dabei aber nicht um irgendwelche Arbeit, es geht uns um gute Arbeit. Denn nur gute Arbeit schafft sozialen Zusammenhalt. Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit selbstständig leben können. Deshalb halten wir am gesetzlichen Mindestlohn fest.

Die große Mehrzahl der Unternehmen in Deutschland zahlt faire Löhne, so dass in Vollzeit beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Eine steigende Anzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die voll erwerbstätig sind, müssen zur Sicherung des Lebensunterhalts aber auf ergänzende Leistungen des Staates zurückgreifen. Es handelt sich dabei um rund 1,2 Millionen Menschen, die ergänzend zu ihrem Lohn oder Gehalt Arbeitslosengeld II erhalten. Es ist nicht nur ein gesellschaftlicher Skandal, dass Menschen, trotz Arbeit auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Es ist auch ökonomischer Unsinn, weil der Staat damit dauerhaft einen Teil der Löhne zahlt.

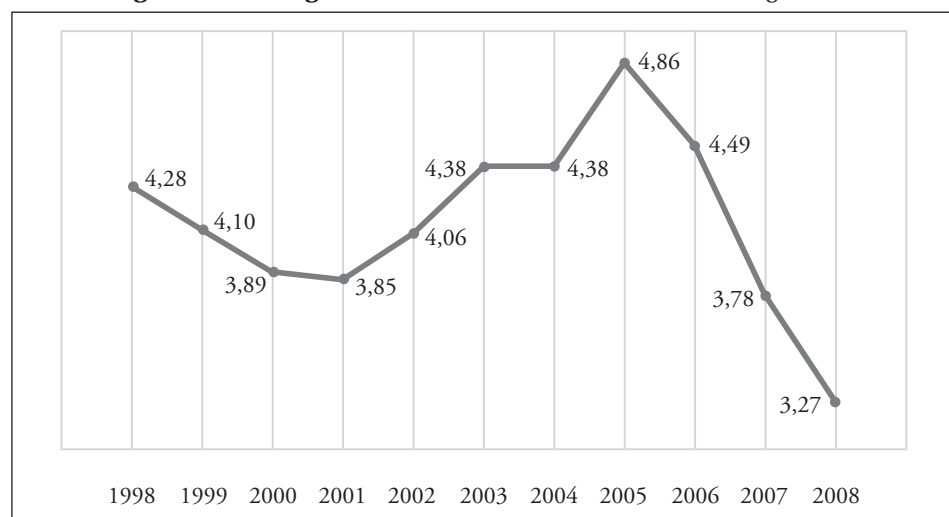
Diesen Unfug wollen wir beenden. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Armutslöhne sind kein solides Fundament wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Deshalb haben wir das Thema Mindestlohn und Arbeitnehmerentendegesetz auf die Tagesordnung gesetzt – mit Erfolg.

In unserer Regierungszeit ist es uns gelungen, wichtige Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen. Insgesamt 9 Branchen mit über 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, haben jetzt Zugang zum Instrument der Mindestlohnverordnung und sind so vor Lohndumping geschützt.

Im Einzelnen handelt es sich um das Bauhauptgewerbe (einschließlich dem Maler- und Lackiererhandwerk, dem Dachdeckerhandwerk und dem Elektrohandwerk), das Gebäudereinigerhandwerk, die Briefdienstleistungen, die Pflegebranche, die industriellen Großwäschereien, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Abfallwirtschaft, die Aus- und Weiterbildung sowie die Bergbauspezialdienste, für die ein Mindestlohn existiert. Gerade in der Großen Koalition war es nicht leicht, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auszuweiten. Gegen den massiven Widerstand der Union ist es uns aber gelungen, die rund 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzusichern. Das ist ein erster Teilerfolg. Unser Ziel bleibt, in der nächsten Legislaturperiode für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn zu sorgen. Die Novelle des

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

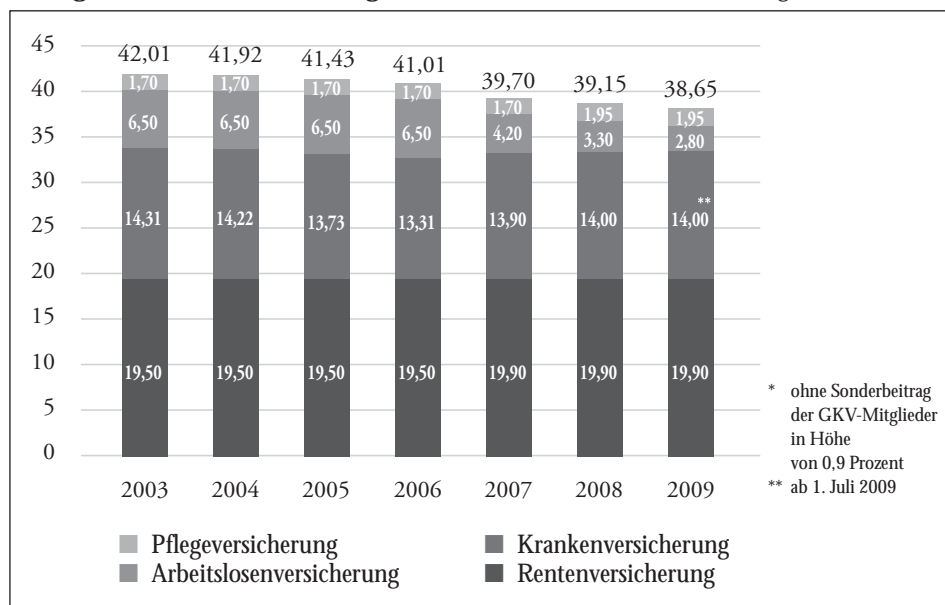
Angaben in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Entwicklung der Lohnnebenkosten
Beitragsätze des Bruttoarbeitsentgelts**

Summe der Abgaben in Prozent*



Mindestarbeitsbedingungsgesetzes soll dort, wo das Arbeitnehmerentendegesetz nicht greift, nämlich in Branchen mit einem Organisationsgrad unterhalb von 50 Prozent, die Festlegung von allgemeinverbindlichen Mindestarbeitsbedingungen – insb. von Mindestlöhnen – ermöglichen.

Wir haben es in dieser Legislaturperiode geschafft, die Lohnnebenkosten stabil unter 40 Prozent zu halten. Unter anderem haben wir den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent gesenkt. Das ist der niedrigste Stand seit 1975. Innerhalb von zwei Jahren haben wir diesen Satz damit mehr als halbiert und die Beitragszahler um über 30 Milliarden Euro entlastet. Insgesamt bleiben die Sozialversicherungsbeiträge auch 2009 deutlich unter 40 Prozent, der Arbeitgeberbeitrag liegt unter der 20-Prozent-Marke.

Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber nicht nur vor Lohndumping schützen, sondern auch dafür sorgen, dass sie am Erfolg ihres Unternehmens angemessen beteiligt werden. Deshalb haben wir das Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz im Februar 2009 geändert und fördern seitdem stärker die Beteiligung von Mitarbeitern am Kapital ihres Unternehmens. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringt das Gesetz bessere Rahmenbedingungen, einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens und somit am Gewinn. Damit geht die Koalition nicht nur einen wirtschaftlich vernünftigen, sondern auch einen Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Mit der Modernisierung der Mitarbeiterbeteiligung haben wir Sozialdemokraten in der Koalition für viele Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer in unserem Lande eine echte Verbesserung und zugleich eine gerechtere Verteilung der Unternehmensgewinne erreicht. Für die Beschäftigten kann künftig neben den Tariflohn eine Beteiligung an ihrem Unternehmen treten. Die Unternehmen profitieren von motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und verbessern ihre Eigenkapitalausstattung.

Wir wissen, dass die Zielgenauigkeit der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ständig weiterentwickelt werden muss. Wir wollen mehr Übersichtlichkeit in die arbeitsmarktpolitischen Instrumente bringen. Deshalb haben wir mit dem Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, das im Dezember 2008 beschlossen wurde, die Zahl von 52 auf 25 reduziert. Für uns Sozialdemokraten ist klar: Weniger Instrumente heißt nicht weniger Arbeitsmarktpolitik. Im Gegenteil, die Vermittlung von Arbeit muss gestärkt werden. Das tun wir in drei zentralen Bereichen:

1. Wir stärken den Entscheidungsspielraum der Vermittler. Sie bekommen mit dem Vermittlungsbudget und den Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung Instrumente in die Hand, welche zahlreiche bisher auf Einzelregelungen verstreute Ansätze bündeln und dabei gleichzeitig mehr Entscheidungsspielräume schaffen.
2. Wir schaffen maßgeschneiderte Projekte für Langzeitarbeitslose vor Ort. Für Langzeitarbeitslose haben wir die Möglichkeit der freien Förderung geschaffen. Hierbei wird die Möglichkeit zur Projektförderung explizit verankert.

3. Wir begreifen Bildungspolitik als vorsorgende Arbeitsmarktpolitik. Wir haben die Möglichkeit und das Recht auf Förderung zum Nachholen des Hauptschulabschlusses geschaffen.

Zentrale Herausforderung bleibt, mehr Beschäftigung zu schaffen. Dazu gehört, Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft zurückzudrängen, um legaler Beschäftigung wieder Raum zu geben.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch, das wir im November 2008 beschlossen haben, werden Teile des Aktionsprogramms „Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“ umgesetzt: Durch die sofortige Meldung von Arbeitnehmern bei Beginn der Beschäftigung, wird die Identifizierung vereinfacht. Zudem haben wir die Mitführungs- und Vorlagepflicht von Personaldaten eingeführt. Bei Kontrollen müssen die Behörden zur Identifikationsfeststellung auf geeignete Dokumente zurückgreifen können. Eine schnelle Identifizierung der angetroffenen Personen ist ein Beitrag zur wirkungsvollen Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung.

Flexible Arbeitszeitregelungen sind Kennzeichen unserer modernen Arbeitswelt. Neben den traditionellen Überstunden und Gleitzeitkonten haben sich seit 1998 zunehmend auch Modelle etabliert, bei denen angesparte Arbeitszeit oder angespartes Arbeitsentgelt für längerfristige Freistellungen von der Arbeit verwendet werden kann. Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen von November 2008 werden Langzeitarbeitskonten attraktiver gemacht und Rechtsunsicherheiten beseitigt. Dies soll zu einer weiteren Verbreitung von Langzeitkonten und damit verbundenen Freistellungsphasen führen. Besonders hervorzuheben ist der deutlich verbesserte Insolvenzschutz von Wertguthaben. Eine weitere Änderung ist die Einführung einer begrenzten Mitnahmemöglichkeit von Langzeitkonten, wenn Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz wechseln.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen (Initiative 50plus), das der Deutsche Bundestag im März 2007 verabschiedet hat, wollen wir die positive Entwicklung bei älteren Arbeitnehmern auf dem Arbeitsplatz weiter unterstützen. Wir haben die bestehenden Regelungen zur Weiterbildungsförderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben erweitert und attraktiver gestaltet. Beschäftigte können nun bereits ab dem 45. Lebensjahr und in Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten Förderleistungen erhalten. Die Kosten der Weiterbildung übernimmt die Bundesagentur für Arbeit. Um die Unternehmen zu er-

mutigen, mehr Ältere einzustellen, haben wir die Altersgrenze für den Abschluss befristeter Arbeitsverträge ohne sachlichen Befristungsgrund dauerhaft auf das 52. Lebensjahr festgelegt.

Wir haben aber auch zur Kenntnis genommen, dass sich insbesondere ältere Arbeitslose weiterhin schwer tun, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Deshalb erhalten ältere Arbeitslose seit 2008 wieder länger Arbeitslosengeld. Ihre Lebensleistung wird damit stärker berücksichtigt.

Konkret heißt das: Seit dem 1. Januar 2008 erhalten Über-50-Jährige 15 Monate Arbeitslosengeld, Über-55-Jährige 18 Monate und Über-58-Jährige bekommen 24 Monate Arbeitslosengeld I. Für uns Sozialdemokraten war dabei besonders wichtig, dass diese Maßnahme, anders als von Rüttgers und Union gewollt, nicht zu Lasten von Frauen und Jüngeren geht.

Auch die Entwicklung des Ausbildungsmarktes war in den letzten Jahren positiv. Trotzdem ist der Anteil der Altbewerberinnen und -bewerber an gemeldeten Bewerbern auf über 50 Prozent gestiegen. Diese Jugendlichen sind bereits seit längerer Zeit auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Gerade für junge Menschen ist es wichtig, nach dem Abschluss der Schule möglichst nahtlos eine Ausbildungsstelle zu erhalten. Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Ausbildungschancen, das der Deutsche Bundestag im Frühjahr 2008 beschlossen hat, verbessern wir die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt für benachteiligte Jugendliche gerade auch in der Zeit der Krise. Ziel des Gesetzes ist die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen bis zum Jahr 2010. Dazu wird befristet ein Ausbildungsbonus geschaffen. Dieser soll Arbeitgeber dazu veranlassen zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für junge Menschen, die bereits seit längerem einen Ausbildungsplatz suchen, bereitzustellen. Der Bonus beträgt 4.000, 5.000 oder 6.000 Euro und ist abhängig von der für das erste Ausbildungsjahr tariflich vereinbarten oder ortsüblichen Ausbildungsvergütung.

Der zweite Kernpunkt des Gesetzes ist die Berufseinstiegsbegleitung. Schülerinnen und Schüler sollen beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beschäftigung unterstützt werden. Bundesweit sollen an 1.000 Schulen Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter zum Einsatz kommen. Individuell werden sie Schülerinnen und Schüler in dieser Übergangssituation beraten und unterstützen. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wird es vermehrt Insolvenzen geben. Um dennoch genügend Ausbildungsplätze bereit stellen zu können, haben wir die Regelungen beim Ausbildungsbonus mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und

anderer Gesetze, das wir im Juni 2009 beschlossen haben, gelockert. Wenn ein Betrieb nach seiner Insolvenz dem Auszubildenden ermöglicht, ihre Ausbildung fortzusetzen, wird dies mit dem Ausbildungsbonus gefördert – unabhängig davon, ob der Ausbildungsplatz zusätzlich eingerichtet wurde oder der Auszubildende schwer vermittelbar ist. Unser Ziel ist es, dass auch in diesem Jahr mindestens 600.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

Bereits seit 1. Oktober 2007 gelten zudem zwei Beschäftigungszuschüsse zur Verbesserung der Qualifizierung und der Beschäftigungschancen von Jüngeren und von Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen.

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des SGB II wollen wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose schaffen, die absehbar nicht mit den üblichen Instrumenten in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Diese so genannte Job Perspektive ist ein entscheidender Durchbruch, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu geben. Der Beschäftigungszuschuss bietet 100.000 Menschen Chancen auf Teilhabe am Arbeitsleben und in der Gesellschaft. Die Regelung ist am 1. Oktober 2007 in Kraft getreten.

Das Gesetz sieht vor, dass im SGB II ein Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent als neue Arbeitgeberleistung eingeführt wird, um die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von arbeitsmarktfernen Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen zu fördern. Gefördert wird die Einstellung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, langzeitarbeitslos sind und mehrfache Vermittlungshemmnisse aufweisen, bei denen eine mindestens sechsmonatige Aktivierung nicht zum Eingliederungserfolg geführt hat und bei denen eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten 24 Monate nicht zu erwarten ist.

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch haben wir u. a. einen Eingliederungszuschuss sowie einen Qualifizierungszuschuss zum 1. Oktober 2007 eingeführt. Der Eingliederungszuschuss zielt auf Jugendliche unter 25 mit Berufsabschluss, der Qualifizierungszuschuss auf Jugendliche unter 25 ohne Berufsabschluss. Beide Zuschüsse sind Ermessensleistungen; der Eingliederungszuschuss wird in Höhe von 25 bis höchstens 50 Prozent und der Qualifizierungszuschuss in Höhe von 50 Prozent des berücksichtigungsfähigen Bruttoarbeitsentgelts geleistet.

Die Förderinstrumentarien der bisherigen Ich-AG und des Überbrückungsgeldes waren

bis Ende Juni 2006 befristet. Seit August 2006 gibt es für Arbeitslose, die sich selbstständig machen, einen Gründungszuschuss. Auch das haben wir in dem Fortentwicklungsgesetz geregelt. Demnach erhalten Gründer zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der ersten Phase nach der Gründung einen neunmonatigen Zuschuss in Höhe ihres individuellen Arbeitslosengeldes. Zur sozialen Absicherung wird in dieser Zeit zusätzlich eine Pauschale von 300 Euro gezahlt, die es den Gründern ermöglicht, sich freiwillig in den gesetzlichen Sozialversicherungen abzuschern. In einer zweiten Förderphase wird für sechs Monate die Pauschale für die Sozialversicherung gezahlt. Dieses neue Förderinstrument mit einer maximalen Förderdauer von 15 Monaten, steht seit dem 1. August 2006 zur Verfügung.

Mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze, das der Deutsche Bundestag im Februar 2006 verabschiedet hat, haben wir in der Koalition erreicht, dass die unterschiedlichen Regelsätze bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende zwischen Ost und West vereinheitlicht wurden: Seit dem 1. Juli 2006 gilt ein einheitlicher Satz beim Arbeitslosengeld II in Ost und West. Mit dem Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze haben wir darüber hinaus auch einen bundeseinheitlichen Eckregelsatz in der Sozialhilfe eingeführt. Dieser gilt seit dem 1. Januar 2007.

Der Bund hat bereits 2006 seine Zusage eingehalten, die Kommunen jährlich um 2,5 Milliarden Euro bei den Unterkunft- und Heizungskosten zu entlasten. Mit 29,1 Prozent hat sich der Bund an den Kosten der Unterkunft beteiligt. Dieses Gesetz hat den Kommunen und Landkreisen Planungssicherheit verschafft und den Raum für öffentliche Investitionen eröffnet.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch wurde die Anhebung des Beitrages des Bundes für die nächsten Jahre geregelt. Seit 2007 beteiligt sich der Bund an den Kosten der Unterkunft für SGB II-Empfänger mit 4,3 Milliarden Euro. Die Beteiligung des Bundes über das Jahr 2010 hinaus ist zum Sommer 2008 nach der bisherigen Anpassungsformel neu geregelt worden. Wir haben damit die Entlastung der Kommunen um jährlich 2,5 Milliarden Euro sichergestellt.

Das Gesetz zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des jährlichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten. Entlassungen und Winterarbeitslosigkeit können dadurch in Zukunft oft vermieden werden. Die künftige Förderung wird in das System des Kurzarbeitergeldes integriert.

Das neu eingeführte Saisonkurzarbeitergeld wird bei saisonbedingtem Arbeitsausfall gewährt. Anspruch auf Fortzahlung des Entgeltes haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Wintermonaten Dezember bis März. Die Bundesagentur für Arbeit zahlt aus Beitragsmitteln 60 Prozent oder bei mindestens einem Kind 67 Prozent der pauschalieren Netto-Entgelt-Einbußen. In das System des Kurzarbeitergeldes ist seit dem 1. November 2006 die Berufsgruppe der Dachdecker miteinbezogen worden. Arbeitgeber werden von der Pflicht zur Entgeltfortzahlung erheblich entlastet, da sie während des Bezugs des Saisonkurzarbeitergeldes für ihren Arbeitnehmer lediglich einen reduzierten Sozialversicherungsbeitrag abführen müssen.

Der Deutsche Bundestag hat ein Gesetz verabschiedet, mit dem Teile der sog. Verschmelzungsrichtlinie über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Diese Richtlinie regelt die Auswirkungen einer grenzüberschreitenden Verschmelzung von Kapitalgesellschaften auf die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer an Unternehmensentscheidungen.

Im Regelfall wird die Mitbestimmung der Arbeitnehmer durch Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geregelt. Wenn die Verhandlungen jedoch zu keinem Ergebnis führen, greift nunmehr eine gesetzliche Auffangregelung ein. Das Gesetz dient der angemessenen Berücksichtigung der

Arbeitnehmerinteressen bei der Kooperation und Reorganisation von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze haben wir u. a. einen besseren Sozialschutz für Künstler verwirklicht. So können künftig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die typischerweise immer nur kurz beschäftigt sind, wie vor allem Beschäftigte im Kultur-, Film- und Medienbereich, leichter Arbeitslosengeld erhalten. Bereits nach sechs anstatt zwölf Monaten innerhalb der zweijährigen Rahmenfrist besteht nun ein Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn der Arbeitnehmer überwiegend bis zu einer Dauer von sechs Wochen beschäftigt ist.

Finanz- und Haushaltspolitik

Deutschland befindet sich – wie sehr viele andere Länder auch – aufgrund der internationalen Banken- und Finanzkrise in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Der mehrjährige Wirtschaftsaufschwung, für den die SPD in ihrer Regierungsverantwortung viel getan hat (u. a. mit dem Anfang 2006 beschlossenen 25-Milliarden-Euro-Wachstums- und Impulsprogramm), ist zu Ende gegangen. In dieser Lage müssen wir alle Kräfte bündeln, um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise abzumildern. Mit insgesamt drei Maßnahmenpaketen steuern wir aktiv gegen die Krise an. Neben dem Schutzschirm für die Finanzwirtschaft haben wir mit zwei Konjunkturpaketen, die mit einem Volumen von 80 Milliarden Euro die größten in der Geschichte der Bundesrepublik sind, die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Konjunktur in Deutschland bald wieder in Gang kommt, Arbeitsplätze gesichert und Qualifizierung gefördert wird.

1. Der Bankenrettungsschirm

Innerhalb weniger Tage haben wir auf die durch den Zusammenbruch von Lehman Brothers endgültig ausgelöste weltweite Finanzmarktkrise reagiert. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat haben im Oktober 2008 ein umfassendes Hilfspaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte in Höhe von insgesamt 500 Milliarden Euro geschnürt. Das Paket, das in einem Sondervermögen des Bundes – dem Finanzmarktstabilisierungsfonds – umgesetzt wird, besteht aus zwei zentralen Elementen:

- Die Garantiesäule umfasst einen Garantiefonds von 400 Milliarden Euro. Ihr Ziel ist es im Wesentlichen, den Kredit-

und Liquiditätsverkehr zwischen den Finanzinstituten zu sichern. Die 400 Milliarden Euro für die Garantien sind zunächst einmal kein Geld, das sofort in die Hand genommen wird und an die Finanzindustrie fließt. Der Staat bürgt vielmehr mit seinem „guten Namen“ für die Liquiditätssicherung und für Refinanzierungsgeschäfte zwischen Finanzinstitutionen.

- Die zweite Säule ist ein Topf von insgesamt 100 Milliarden Euro. Mit 80 Milliarden Euro aus diesem Topf können u. a. Eigenkapital stärkende Maßnahmen durchgeführt werden. Wenn es gewünscht wird, kann sich also der Staat z. B. an Banken beteiligen. 20 Milliarden Euro sind Vorsorge, falls es bei den Garantien in Einzelfällen zu Ausfällen kommt.

Es ist klar, dass der Staat für dieses einmalige Hilfspaket Gegenleistungen, insbesondere von den Bankern fordert. Dazu gehört eine Begrenzung der Vorstandsgehälter auf 500.000 Euro, das Verbot von Bonuszahlungen und das Aussetzen von Dividendenzahlungen an Aktionäre.

Um es klar zu sagen: Mit diesen Maßnahmen wird nicht renditeverliebten Bankern geholfen, sondern der deutschen Volkswirtschaft. Für die Volkswirtschaft ist die Kreditversorgung essentiell. Würde sie zusammenbrechen, hätte dies auch massive Folgen für Unternehmen und Arbeitsplätze in Deutschland. Und auch als Anlegerinnen und Anleger bzw. Sparerinnen und Sparer profitieren alle Bürgerinnen und Bürger natürlich davon, dass die Finanzmärkte stabilisiert werden.

Neben dem Bankenrettungsschirm mussten im Verlauf der Entwicklung der Finanz-

krise weitere Instrumente geschaffen werden, um das öffentliche Gut „Finanzmarktstabilität“ zu sichern. So haben wir die vorübergehende Möglichkeit geschaffen, Anteile an einem Unternehmen des Finanzsektors zu verstaatlichen. Diese Verstaatlichung ist ultima ratio. Nach der verheerenden Insolvenz von Lehman Brothers in den USA haben sich die Regierungen weltweit verpflichtet, kein systemisch wichtiges Institut mehr untergehen zu lassen. Die Hypo Real Estate (HRE) mit einer Bilanzsumme von rund 400 Milliarden Euro ist eine systemisch wichtige Bank.

Wir wollen verhindern, dass eine Insolvenz der HRE über einen Dominoeffekt andere Finanzdienstleister, Unternehmen und Anleger in den wirtschaftlichen Abgrund reißt. Den Weg der Verstaatlichung von Banken gehen übrigens auch finanzmarktfreundliche Regierungen in den USA und Großbritannien. Dort sind u. a. die beiden Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac, der Versicherer American International Group und die Banken Northern Rock und Bradford & Bingley verstaatlicht.

Durch die unmittelbaren Auswirkungen der Finanzkrise ist das Eigenkapital vieler Banken in den vergangenen Monaten stark angegriffen worden, in einzelnen Fällen waren umfangreiche Stützungsaktionen durch andere Banken bzw. den Staat erforderlich, um eine Insolvenz zu verhindern. Die Banken müssen wegen der erhöhten Risiken jetzt viele ihrer Aktivitäten mit erheblich mehr Eigenkapital absichern – Eigenkapital, das andererseits wiederum fehlt, um die Kreditvergabe an die Unternehmen auszuweiten und so die Konjunktur wieder in Gang zu bringen. Und schlimmer noch: Wegen des Konjunktürein-

bruchs drohen den Banken in den kommenden Monaten neue Abschreibungen, die das Eigenkapital weiter belasten. Es besteht also – neben den nach wie vor vorhandenen Schwierigkeiten für einzelne Institute – die Gefahr einer sich wieder verstärkenden Abwärtsspirale, die auch die Wirksamkeit unserer Konjunkturpakete zu konterkarieren droht.

Diesen Kreislauf wollen wir durch das Angebot einer umfangreichen Bilanzbereinigung durch die Schaffung sogenannter „Bad Banks“ für die betroffenen Banken wirksam unterbrechen und so eine wichtige Grundlage für die Überwindung des aktuellen Wachstumsinbruchs schaffen.

Im Juli 2009 haben wir für Kreditinstitute die Möglichkeit geschaffen, ihre Bilanzen von sog. „toxischen“ Wertpapieren zu entlasten. Die Bilanz der Kernbank wird damit von Risiken dieser Papiere befreit und das zur Absicherung bisher erforderliche Eigenkapital steht wieder anderweitig zur Verfügung. Die Auslagerung der Papiere erfolgt zum Buchwert am 30. 6. 2008 – allerdings mit einem sofort fälligen Bewertungsabschlag von 10 % (sofern dadurch das Kernkapital der auslagernden Bank nicht unter die Grenze von 7 % sinkt). Im Austausch für die „toxischen“ Wertpapiere erhält die auslagernde Bank von der Zweckgesellschaft nicht handelbare, zentralbankfähige Schuldverschreibungen, die von der SoFFin garantiert werden.

Diese Hilfe für die Banken gibt es nicht zum Nulltarif. Sie müssen eine Garantiegebühr an die Sonderanstalt für Finanzmarktstabilität (SoFFin) abführen und sie werden verpflichtet, jährlich Rückstellungen zu bilden, um die Differenz zwischen Buchwert und dem wahrscheinlichen Wert bei Fälligkeit ausgleichen zu können. Hinzu kommt noch ein Dividendenausschüttungsverbot für die Banken, deren Rückstellungen bei Fälligkeit nicht ausreichen. Damit stellen wir sicher, dass die Banken in die Pflicht genommen werden und mögliche Verluste nicht zu Lasten der Steuerzahler gehen.

Alternativ oder ergänzend erhalten Banken die Möglichkeit, auf Antrag eine sog. Abwicklungsanstalt bei der SoFFin („Bundes-Aida“) zu gründen, und in diese Anstalt Risikopositionen und nichtstrategische Geschäftsbereiche zum Buchwert zu übertragen und sich so zu entlasten. Die Anstalten unterliegen dabei nicht den vollen Anforderungen des Kreditwesengesetzes und dürfen nach HGB bilanzieren. Dadurch wird der fortlaufende Ausweis von Marktwertschwankungen vermieden. Die jeweilige Abwicklungsanstalt wertet die Risikopositionen und wickelt die übertragenen Geschäftsbereiche ab. Das erfolgt unter Umständen über Jahre gestreckt. Was übertragen werden kann, ist nicht weiter eingegrenzt. Aber es kann nur dann übertra-

gen werden, wenn klar ist, dass das übertragende Unternehmen über ein tragfähiges Geschäftsmodell und eine angemessene Kapitalausstattung verfügt.

Die Finanzstabilität in Deutschland kann nur mit einer effektiven Finanzaufsicht gewährleistet werden. Ein großer Finanzplatz erfordert eine starke Aufsicht. Die Anforderungen an eine moderne Aufsicht mit ihren komplexen internationalen und nationalen Verflechtungen sind immens. Diesem Anliegen sind wir 2008 mit dem Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetz nachgekommen. Dem Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) werden eigenverantwortliche Exekutivdirektoren zur Seite gestellt. Dadurch wird die Entscheidungsbasis der BaFin verbreitert. Das fachliche Wissen wird durch den jeweils verantwortlichen Exekutivdirektor in das Direktorium eingebracht. Damit wurden bereits die Voraussetzungen für fachlich sicher verankerte Entscheidungen in der gesamten Bandbreite der Tätigkeit der BaFin verbessert.

Die Finanzmarktkrise hat aber auch gezeigt, dass eine Stärkung der präventiven Befugnisse der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und ihrer Eingriffsrechte in Krisensituationen wichtig ist. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht, das wir im Juli 2009 beschlossen haben, verbessern wir die Eingriffsmöglichkeiten der BaFin. Gleichzeitig wird die Informationsbasis der Aufsicht durch zusätzliche Meldepflichten vergrößert, damit Risikopotentiale zukünftig besser eingeschätzt werden können. Die Finanzmarktaufsicht soll die Möglichkeit haben, frühzeitig und schnell schon im Vorfeld von Krisen handeln zu können. So soll die BaFin künftig unter erleichterten Bedingungen höhere Eigenmittel bei Kreditinstituten oder eine höhere Liquiditätsausstattung verlangen können, wenn die nachhaltige Angemessenheit der Eigenmittelausstattung oder der Liquiditätsausstattung eines Instituts ohne eine solche Maßnahme nicht mehr gewährleistet werden kann. Maßnahmen wie ein Kredit- und Gewinnausschüttungsverbot sollen demnächst schon möglich sein, wenn eine Unterschreitung aufsichtsrechtlicher Kennziffern droht. Die BaFin soll auch die Abberufung von Mitgliedern der Kontrollgremien von Banken und Versicherungen verlangen können, die unzuverlässig sind und nicht die erforderliche Sachkunde haben.

Die Finanzmarktkrise sowie die massiven finanziellen Verluste privater Anleger machen die Verbesserung des Verbraucherschutzes im Finanzdienstleistungssektor dringend erforderlich. Denn die Finanzmarktkrise trifft nicht nur Banken und Unternehmen, sondern auch Verbraucherinnen und Verbrau-

cher. Private Anleger haben mit zum Teil risikoreichen Finanzprodukten Geld verloren, ohne sich vorher über das Risiko bewusst gewesen zu sein. Verbraucherinnen und Verbraucher wurden mitunter schlecht beraten oder es wurden Anlagen empfohlen, ohne dass eine entsprechende Risikoaufklärung stattfand.

Am 3. Juli 2009 haben wir Anlegerschutzregelungen beschlossen, mit dem die Finanzinstitute und -dienstleister künftig verpflichtet werden, die Beratung von Privatanlegern zu protokollieren und dem Kunden eine Ausfertigung des Protokolls auszuhändigen. So wird die Sorgfalt bei der Beratung erhöht und Anlegerinnen und Anleger können eine fehlerhafte Beratung leichter beweisen. Außerdem wird die Verjährungsfrist bei Schadensersatzansprüchen wegen Falschberatung im Anlagebereich verlängert.

Im März 2009 haben wir das Gesetz zur Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes beschlossen. Mit diesem Gesetz wurde die Änderung der EU-Einlagensicherungsrichtlinie im Interesse der Finanzmarktstabilität und zum Erhalt des Verbrauchervertrauens umgesetzt. Dazu wurde die Mindestdeckung für Einlagen bereits ab 30. Juni 2009 auf 50.000 Euro und ab 31. Dezember 2010 auf 100.000 Euro angehoben. Die bisherige Verlustbeteiligung des Anlegers in Höhe von 10 Prozent wurde abgeschafft und die Auszahlungsfrist auf höchstens 30 Arbeitstage verkürzt. Diese und die weiteren Maßnahmen des Gesetzesentwurfs dienen dazu, die Entschädigungseinrichtungen in Deutschland krisenfester zu machen.

2. Der Rettungsschirm für Arbeitsplätze – das erste Konjunkturpaket

Bereits im November 2008 hat der Deutsche Bundestag umfassende beschäftigungssichernde Maßnahmen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro beschlossen. Zu diesem Beschäftigungspaket gehört u. a.:

- Eine Erhöhung des Wohngeldes zum 1. Januar 2009 von durchschnittlich 92 Euro auf 142 Euro.
- Die Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2009 von 154 Euro auf 164 Euro monatlich.
- Die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbetrages von 3,3 Prozent auf 2,8 Prozent zum 1. Januar 2009.
- Die befristete Befreiung von der Kfz-Steuer.
- Die verbesserte Absetzbarkeit von Handwerksleistungen und bessere Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen.
- Die Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms um 3 Milliarden Euro.
- Ein „Innovationsprogramm Verkehr“ von 2 Milliarden Euro.

- Bessere Abschreibungsbedingungen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen.
- Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate.
- Ein Sonderprogramm für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmer (WegeBau), um Entlassungen zu verhindern.
- 1.000 zusätzliche Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit.

Insgesamt haben wir mit diesen Maßnahmen bereits bis Ende des letzten Jahres den ersten Grundstein dafür gelegt, um die Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten, kleinere und mittlere Unternehmen zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern.

3. Das zweite Konjunkturpaket

Mit dem zweiten Konjunkturpaket, das wir im Februar 2009 beschlossen haben, wollen wir die Folgen der Wirtschaftskrise für die Arbeitnehmer, für Familien und Unternehmen weiter abfedern.

- Kernpunkt unserer konjunkturellen Maßnahmen ist ein staatliches Investitionsprogramm von insgesamt 17,3 Milliarden Euro. Für kommunale Investitionen stehen in den kommenden beiden Jahren 13,3 Milliarden Euro zur Verfügung, die zu zwei Dritteln in den Bildungsbereich fließen werden und zu einem Drittel in die Modernisierung der Infrastruktur.
- Den Arbeitgebern werden bei Kurzarbeit die von ihnen zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge zur Hälfte erstattet. Das Antragsverfahren ist außerdem erleichtert worden. Damit ermöglichen wir es Unternehmen, ihre Beschäftigten trotz der Krise zu halten und Entlassungen zu vermeiden.
- Die Vermittlerstellen bei der BA sind um weitere 5.000 Stellen aufgestockt worden. Außerdem wurden zusätzliche Mittel für Weiterbildung zur Verfügung gestellt und bestehende Programme ausgeweitet.
- Für die besonders hart von der Krise betroffene Autoindustrie haben wir eine Umweltprämie in Höhe von 2.500 Euro eingeführt.
- Wir haben die Menschen weiter von Steuern und Abgaben entlastet. Der Eingangsteuersatz ist zum 1. Januar 2009 auf 14 Prozent gesunken und der Grundfreibetrag steigt zum 1. Januar nächsten Jahres auf 8.004 Euro. Zum 1. Juli 2009 ist außerdem der Krankenversicherungsbeitrag um 0,6 Prozentpunkte abgesenkt worden.
- Familien mit Kindern haben 2009 einen einmaligen Kinderbonus von 100 Euro erhalten. Die Regelsätze für Kinder von 6–13 Jahren von ALG-II-Empfängern sind zum 1. Juli 2009 um 35 Euro monatlich angehoben worden.

Wir werden die Bürger außerdem zusätzlich zu den Konjunkturpaketen ab dem nächsten Jahr steuerlich mit hohen Beträgen entlasten. Im Juni 2009 haben wir mit dem Bürgerentlastungsgesetz deutliche steuerliche Erleichterungen beschlossen. Beiträge für eine Kranken- und Pflegeversicherung können ab 1. Januar 2010 steuerlich deutlich besser geltend gemacht werden. Insgesamt werden die Bürgerinnen und Bürger dadurch jährlich um 9,5 Milliarden Euro dauerhaft entlastet. Ab dem kommenden Jahr werden demnach alle Aufwendungen für eine Kranken- und gesetzliche Pflegeversicherung auf sozialhilferechtlich gewährleitetem Leistungsniveau vollständig als Sonderausgaben berücksichtigt. Beiträge zur Krankenversicherung für Ehepartner, eingetragene Lebenspartner und Kinder sind ebenfalls von der Steuerbefreiung erfasst. Um die soziale Balance zu wahren, gelten die Neuregelungen ab kommendem Jahr gleichermaßen für gesetzlich wie privat Krankenversicherte. Wir haben darüber hinaus dafür gesorgt, dass auch Versicherungsbeiträge zu Haftpflicht-, Unfall-, Berufsunfähigkeits- und zur Arbeitslosenversicherung weiterhin abzugsfähig bleiben. Davon profitieren insbesondere Gering- und Durchschnittsverdiener.

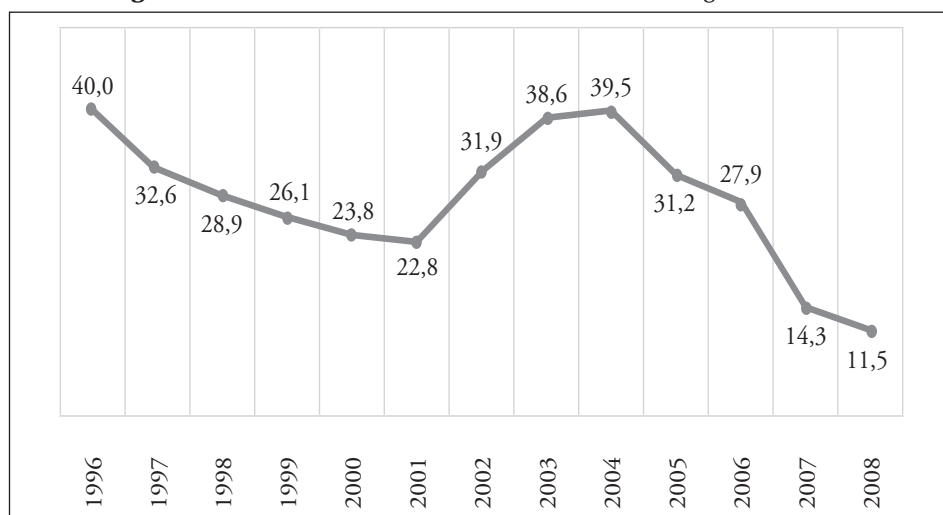
Neben den Konjunkturpaketen und den Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte haben wir eine gesetzliche Begrenzung von Managergehältern durchsetzen können. Das war ein Vorhaben, das wir schon lange als notwendig erachtet haben, doch erst jetzt mit dem Koalitionspartner umsetzen konnten. Die Einkommen der Chefs der DAX-Unternehmen sind in den letzten Jahren vom 14-fachen des durchschnittlichen Belegschaftsgehaltes auf das 44-fache gestiegen. Hinzu kommt, dass ein Großteil der variablen Bezü-

ge von Managern in den letzten Jahren immer stärker auf kurzfristige Erfolgsindikatoren ausgerichtet wurde, anstatt auf einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Vor diesem Hintergrund haben wir gehandelt und dafür mit einem Gesetz im Juni 2009 gesorgt, dass in Zukunft der Aufsichtsrat bei der Festsetzung der Gesamtbezüge des einzelnen Vorstandsmitgliedes dafür zu sorgen hat, dass langfristige Verhaltensanreize zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung gesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist es in Zukunft erst frühestens nach vier Jahren möglich, Aktienoptionen zu ziehen und nicht wie bisher nach zwei Jahren. Außerdem haben wir die Regeln zur nachträglichen Herabsetzung der Vorstandsvergütung in Fällen, in denen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens wesentlich verschlechtert haben, verschärft. Und künftig wird der gesamte Aufsichtsrat über die Vergütung des Vorstandes entscheiden und nicht ein kleiner Ausschuss. Kungelrunden wird damit ein Riegel vorge-schoben.

Bis 2008 ist es uns gelungen, den Bundeshaushalt erfolgreich zu konsolidieren. Gleichzeitig haben wir verstärkt in Zukunftsprojekte und verbesserte wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen investiert und so Gesellschaft und Wirtschaft für kommende wirtschaftliche Schwächeperioden gestärkt. Genannt seien nur die seit Jahren steigenden Bundesausgaben für Forschung und Entwicklung, für Infrastruktur und in den ökologischen Umbau. Durch die Haushaltskonsolidierungserfolge der letzten Jahre – die Nettokreditaufnahme des Bundes für den Haushalt 2008 war die niedrigste seit der Wiedervereinigung – hat der Bund erst den Spielraum geschaffen, jetzt aktiv auf die krisenhafte ökonomische Entwicklung zu reagieren.

Entwicklung der Nettokreditaufnahme

Angaben in Milliarden Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Aber mit dem Jahr 2009 haben die Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise massiv auch den Bundeshaushalt erreicht. Wir erwarten in diesem Jahr einen drastischen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von real 6 Prozent sowie einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auch bei den Steuereinnahmen ist infolge der Rezession mit deutlichen Steuermindereinnahmen zu rechnen. Vor allem aufgrund dieser Faktoren wird sich in diesem Jahr die geplante Neuverschuldung des Bundes auf etwa 50 Milliarden Euro erhöhen. Aber auch die von uns auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise machen diese Erhöhung der Neuverschuldung unumgänglich. Es wäre der falsche Weg, in die Krise hinein zu konsolidieren und die vorliegende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts durch spezielle Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen noch zu verstärken.

Das heißt aber nicht, dass der Abbau der öffentlichen Verschuldung und das Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts angesichts des anwachsenden Schuldenberges keine sozialdemokratischen Ziele mehr wären. Nach wie vor schiebt Deutschland einen Schuldenberg von rund 1,5 Billionen Euro vor sich her, der sich verstärkt seit Anfang der 90er Jahre aufgetürmt hat. Eine der wichtigsten Aufgaben in der kommenden Legislaturperiode wird die nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen sein. Deshalb ist es auch richtig, dass ab 2011 der Grundsatz im Grundgesetz verankert ist, dass die Haushalte von Bund und Ländern in konjunktureller Normallage grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. In „guten“ Zeiten ist die öffentliche Verschuldung zurückzuführen.

Auch aufgrund der Steuerpolitik der letzten Jahre ist die deutsche Wirtschaft heute aber robuster als noch in der letzten wirtschaftlichen Schwächeperiode ab 2001. Wir haben in der Regierungsverantwortung unsere Hausaufgaben gemacht – Deutschland ist jetzt besser gerüstet für wirtschaftlich schwierige Zeiten als noch vor zehn Jahren.

Das gilt z. B. für die Unternehmensbesteuerung in Deutschland, die reformbedürftig war. Deshalb hat Deutschland zum 1. Januar 2008 ein neues, reformiertes Unternehmensteuerrecht, das international wettbewerbsfähig ist, erhalten. Wir machen mit dieser Reform einen großen Schritt vorwärts. Mit ihr ist es, u. a. wegen der reduzierten Steuersätze für Unternehmen, noch attraktiver, in Deutschland zu investieren und hier bei uns neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es geht dabei nicht um Geschenke für Unternehmen und Unternehmer sondern darum, für Arbeitsplätze und Investitionen in Deutschland zu sorgen und gleichzeitig die Steuereinnahmen des

Staates zu sichern und mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen.

Trotz hoher Steuersätze auf dem Papier floss bis dato nämlich nur ein vergleichsweise mäßiges Steueraufkommen aus den Unternehmensgewinnen in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden. Wirtschaftsforscher schätzten, dass jährlich Unternehmensgewinne im Umfang von bis zu 100 Milliarden Euro ins Ausland transferiert oder durch Steuergestaltungen der deutschen Besteuerung entzogen worden sind. Das soll sich mit der neuen Unternehmensbesteuerung ändern.

Im Rahmen der Unternehmensteuerreform ist es uns außerdem gelungen, die Gewerbesteuer zu erhalten und sogar noch weiter auszubauen. Das war keinesfalls selbstverständlich, denn schließlich war es vor der letzten Bundestagswahl das Ziel von CDU/CSU und FDP, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Jetzt ist klar: Die Gewerbesteuer bleibt nicht nur erhalten, wir haben sogar erreicht, dass die Einnahmen der Kommunen aus dieser Steuer weiter stabilisiert werden. Das geschieht u. a. durch erweiterte Hinzurechnung bei der Gewinnermittlung. Würden bisher nur Dauerschuldzinsen hinzugerechnet, werden zukünftig auch alle anderen Finanzierungsformen, wie Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren mit berücksichtigt. Die Kommunen haben dies seit Jahren gefordert – wir haben es durchgesetzt. Mit dieser Stärkung der kommunalen Finanzkraft schaffen wir auch die Voraussetzung dafür, dass Städte und Kommunen wieder verstärkt investieren können, in Straßen, Schulen und andere öffentliche Gebäude. Das ist gut für die Bürger, gut für die Handwerksbetriebe vor Ort und hilft auch im Abschwung.

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Unternehmensteuerreform haben wir zum 1. Januar 2009 eine einheitliche Abgeltungssteuer von 25 Prozent auf alle Kapitaleinkünfte eingeführt. Erstmals werden damit auch alle Spekulationsgewinne außerhalb der bisherigen Einjahresfrist steuerlich erfasst. Das bisherige sog. Halbeinkünfteverfahren bei der Besteuerung von Dividenden entfällt, so dass sich die Steuerlast für einkommensstarke Dividendenbezieher sogar leicht erhöht. Für Kleinanleger mit einem persönlichen Steuersatz von unter 25 Prozent haben wir vorgesorgt – sie können ihre Kapitaleinkünfte wie bisher in die jährliche Steuererklärung aufnehmen und dann zum niedrigeren persönlichen Satz versteuern.

Bei der Abgeltungssteuer behalten die Banken pauschal einen bestimmten Prozentsatz der Kapitalerträge ein, die sie ihrem Kunden gutschreiben. Den einbehaltenen Betrag überweisen sie anonym an das Finanzamt. Der Anleger muss seine Kapitalerträge nicht

mehr in seiner Steuererklärung angeben, denn die Steuerschuld des Anlegers ist bereits pauschal abgegolten.

Mit einer Reihe von Gesetzen haben wir die Steuerbasis in Deutschland gestärkt, um die staatliche Handlungsfähigkeit zu erhalten:

Im Juni 2009 haben wir nach langem Hin- und Her mit der Union endlich das Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung beschließen können. Mit diesem Gesetz haben wir die Ermittlungsmöglichkeiten von Behörden bei Geschäftsbeziehungen von Steuerpflichtigen in nicht kooperative Staaten verbessert. Mittelbar ist dies auch ein Anreiz für diese Staaten, mit Deutschland einen effektiven Austausch zu vereinbaren.

Zur Sicherung der Steuerbasis gehört auch die Reform der Erbschaftsteuer, die der Bundestag im November 2008 beschlossen hat. Auch wenn die Einnahmen ausschließlich den Ländern zustehen, war uns der Erhalt der Erbschaftsteuer wichtig.

Der gefundene Kompromiss sichert den Fortbestand der Erbschaftsteuer. Mit einem jährlichen Aufkommen von rund 4 Milliarden Euro können die Länder auch in Zukunft mehr in Bildung investieren. Trotz der Höherbewertung von Immobilien bleiben Schenkungen und Erbschaften innerhalb der Kernfamilie (Ehepartner, Kinder und auf Druck der SPD auch eingetragene Lebenspartner) regelmäßig steuerfrei. Empfänger sehr hoher Vermögen sowie außerhalb des engen familiären Umfeldes müssen dagegen in Zukunft vielfach einen höheren Beitrag zum Steueraufkommen leisten. Anders ausgedrückt: Das neue Recht ist gerecht, weil es die Kernfamilie bei Erbschaften verschont und Millionenerben stärker als bisher zur Kasse bittet. Dadurch, dass Unternehmen beim Betriebsübergang ein Erbschaftsteuerprivileg gewährt wird, wird der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt. Diese steuerliche Begünstigung der Betriebsnachfolge wird an den langfristigen Erhalt von Arbeitsplätzen geknüpft. Das ist nicht nur verfassungsrechtlich zwingend, sondern verbessert auch die Arbeitsplatzsicherheit.

Uns Sozialdemokraten ist es gelungen, die Erbschaft- und Schenkungsteuer zu erhalten. Das Kalkül mancher Unionsvertreter, die Reformberatungen bis zum Jahreswechsel zu verzögern und so die Steuererhebung ab 2009 zu blockieren, haben wir verhindert. Damit ereilt die Erbschaftsteuer nicht dasselbe Schicksal wie die Vermögensteuer.

Mit dem Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (SEStEG) verfolgen wir das Ziel die steuerlich bedingte Abwanderung von Unternehmen ins Ausland zu erschweren

bzw. die Interessen des deutschen Fiskus bei Unternehmensverlagerungen besser zu wahren.

Nicht erst mit der aktuellen Krise spielt die Gestaltung des (deutschen) Finanzmarktes eine Rolle in der Gesetzgebung. Behauptungen, wir hätten in den letzten Jahren aus dem Finanzplatz Deutschland ein unreguliertes Territorium gemacht, sind nachweislich falsch. Vielmehr haben wir auf der nationalen Ebene in den Jahren seit Beginn unserer Regierungsbeteiligung viele Regeln für den Finanzmarkt aufgestellt. Auch seit der letzten Bundestagswahl hat die SPD einige politische Maßnahmen vorangetrieben, die darauf abzielen, unseren Finanzplatz gerade für Privatanleger stabil und transparent zu gestalten:

Mit der Umsetzung des internationalen Regelwerks Basel II haben wir neue Standards für ein besseres Risikomanagement innerhalb der Banken gesetzt.

Wir haben gegen den Widerstand anderer Fraktionen und der Finanzindustrie beim Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz, das im Januar 2007 in Kraft trat, die Meldeschwellen für Stimmrechte herabgesetzt: Schon bei drei Prozent muss heute eine Meldung an den Emittenten und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erfolgen, so dass ein unbemerktes „Anschleichen“ an börsennotierte Unternehmen erschwert wird.

Das Finanzmarkt-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (FRUG) von 2007 brachte für Privatanleger ein neues Schutzniveau. Unseriöse Anlageberater fürchten diese Umsetzung der EU-Richtlinie MiFID ins deutsche Recht aus gutem Grund: Anleger genießen bei Wertpapiergeschäften seit dem 1. November 2007 mehr Rechte und einen größeren Schutz vor falscher Beratung. Anlageberater müssen gegenüber ihren Kunden Interessenkonflikte, Gebühren und Provisionen offen legen. Geschäftsvorgänge müssen dokumentiert werden. Lässt sich zum Beispiel ein Privatanleger von seiner Bank beraten, wie er sein Erspartes am besten anlegt, muss der Berater sich einen umfassenden Eindruck von der finanziellen und persönlichen Situation seines Kunden verschaffen, das Gespräch protokollieren und diese Dokumentation archivieren. Haftungsansprüche des Anlegers bei Falschberatung sind dadurch leichter nachweisbar.

Mit einer Reihe von Maßnahmen verbessert das 2008 verabschiedete Risikobegrenzungs-gesetz die Transparenz des Finanzmarktes und soll Finanzinvestoren von gesamtwirtschaftlich unerwünschten Aktionen abhalten, ohne dass jedoch effizienzfördernde Finanz- und Unternehmenstransaktionen beeinträchtigt werden. Das Gesetz beinhaltet, dass Aktionäre, die mindestens zehn Prozent der Stimmrechte besitzen, künftig offen legen müssen, welche Ziele sie mit der Beteiligung

verfolgen und woher ihre Mittel stammen. Mit dem Gesetz wollen wir auch das abgestimmte Vorgehen („acting in concert“) von Investoren, z. B. von Hedge-Fonds, die an dem Unternehmen beteiligt sind, erschweren. Zudem wurde eingeführt, dass auch in einem nicht börsennotierten Unternehmen die Belegschaft (der Wirtschaftsausschuss bzw. bei kleineren Unternehmen der Betriebsrat) über ein Übernahmeangebot und die Pläne des potentiellen Erwerbers rechtzeitig und umfassend informiert wird. Besonders wichtig ist, dass wir mit diesem Gesetz gleichzeitig die Rechte von Kreditnehmern bei Kreditverkäufen gestärkt haben. Durch eine Neuregelung der sog. Sicherungsgrundschuld ist gewährleistet, dass sich die Position des Darlehensnehmers durch einen Kreditverkauf nicht verschlechtert. Zusätzlich haben wir in diesem Gesetz geregelt, dass Kreditinstitute verpflichtet sind, ihre Kunden ausdrücklich über die Möglichkeit von Kreditverkäufen im abzuschließenden Kreditvertrag zu informieren. Zuvor war es üblich, das lediglich in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu tun.

Wir wollen mit unserer Finanzpolitik mit dafür sorgen, dass Steuergelder so zielgenau und wirkungsvoll wie möglich eingesetzt werden. Deshalb ist es richtig, Subventionen und Steuererleichterungen insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Auch das hilft, die Finanzierungsgrundlagen des Staates zu stärken.

Subventionen, die angesichts veränderter Verhältnisse ihre volkswirtschaftliche Bedeutung ganz oder teilweise verloren haben, werden gestrichen bzw. eingedämmt. Deshalb haben wir im Dezember 2005 die nicht mehr zeitgemäße Eigenheimzulage abgeschafft. Allein dadurch werden Bund, Länder und Gemeinden jährlich ab 2009 3 Milliarden Euro, ab 2013 annähernd 6 Milliarden Euro einsparen, ohne dass dadurch für die Menschen der Eigentumserwerb teurer wird. Inzwischen haben wir mit dem sog. „Wohnriester“ zudem eine attraktive Möglichkeit geschaffen, Immobilienerwerb und langfristige Altersvorsorge miteinander zu verbinden.

Wir haben direkt zu Beginn der Regierungszeit ernst gemacht mit dem Abbau von ungerechtfertigten Steuervergünstigungen. Mit dem Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen haben wir die Attraktivität von Steuerstundungsmodellen durch eine sog. Verlustverrechnungsbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt. Anleger konnten bisher Verluste aus Beteiligungen steuermindernd geltend machen und damit ihr gesamtes zu versteuerndes Einkommen reduzieren. Jetzt können Verluste nur noch mit späteren Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnet werden.

Weitere wichtige Schritte in diesem Zusammenhang sind das verabschiedete Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm und das Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen, die zahlreiche Regelungen enthalten, die dem Rechtsmissbrauch und der ungerechtfertigten Ausnutzung von Gesetzeslücken im Steuerrecht entgegenwirken und so auch zu größerer Steuergerechtigkeit führen.

Im Mittelpunkt des umfassenden Sanierungskonzepts zu Beginn der Legislaturperiode, das durch Mehreinnahmen auf der Einnahmeseite und Einsparungen auf der Ausgabenseite alle Staatsebenen nachhaltig entlastet, stand das Haushaltsbegleitgesetz 2006. Das Gesetz enthält u. a. die Anhebung der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer um 3 Prozentpunkte zum 1. Januar 2007. Wobei ein Mehrwertsteuerpunkt direkt für die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages verwendet worden ist und so auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommt. Es blieb aber beim ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent auf Lebensmittel und andere Güter. Außerdem bleiben die Mieten mehrwertsteuerfrei.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007, das wir im Juni 2006 beschlossen haben, haben wir den eingeschlagenen Kurs konsequent fortgesetzt. Das Gesetz enthält Maßnahmen, die einen weiteren spürbaren Beitrag zur Stabilisierung des Steueraufkommens leisten und der Steuervereinfachung dienen:

- Die Einführung eines Zuschlags auf die Einkommensteuer für Spitzenverdiener ab einem zu versteuernden Einkommen von über 250.000/500.000 Euro (Ledige/zusammenveranlagte Ehegatten) mit einer auf ein Jahr befristeten Ausnahme für Gewinneinkünfte (sog. „Reichensteuer“). Damit machen wir ernst mit dem Grundsatz, dass starke Schultern mehr leisten müssen als schwache.
- Die Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer auf Fälle, in denen es den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit bildet.
- Die Absenkung des Sparerfreibetrags auf 750 Euro für Ledige bzw. 1.500 Euro für zusammenveranlagte Ehegatten.
- Die Absenkung der Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld bzw. kindbedingten Steuerfreibeträgen auf die Zeit vor Vollendung des 25. Lebensjahres.
- Die Abschaffung der Bergmannsprämie.

Ende November 2008 hat der Bundestag das Jahressteuergesetz 2009 beschlossen. Zu seinen vielen Regelungen gehören u. a. der Ausschluss extremistischer Vereine von der Ge-

meinnützigkeit und die Einführung einer Alternative zur ungeliebten Steuerklasse V für doppelt verdienende Ehepaare.

Ebenfalls enthalten ist die Verdopplung der Verjährungsfrist für besonders schwere Steuerstraftaten von fünf auf zehn Jahre – ein weiteres Instrument in unserem stetigen Kampf gegen Steuerhinterziehung.

Oft fehlt es Start-up-Unternehmen an Wagniskapital, mit dem sie auch erste Durststrecken geduldig überstehen. Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen fördern wir seit 2008 den Kapitalzufluss an junge und innovative Unternehmen. Die Koalition setzt dabei bewusst nicht bei der gesamten Private-Equity-Branche an, sondern genau dort, wo der Markt alleine nicht genügend Kapital bereit stellt. Wir schaffen damit einen Anreiz für ökonomisch und gesellschaftlich erwünschte Anschubinvestitionen. Privilegierte Wagnisbeteiligungsgesellschaften müssen primär in Unternehmen investieren, die zum Zeitpunkt des Beteiligungserwerbs jünger als zehn Jahre sind und deren Eigenkapital unter 20 Millionen Euro liegt.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie haben wir im Dezember 2008 im Wesentlichen Änderungen des Kreditwesengesetzes, des Versicherungsaufsichtsgesetzes, des Investmentgesetzes sowie des Börsengesetzes beschlossen. Die Beteiligungsrichtlinie regelt alle Fälle, in denen eine natürliche oder juristische Person eine Beteiligung von mindestens 10 Prozent des Kapitals bzw. der Stimmrechte an einem Kreditinstitut, einem Lebens-, Schadens- oder Rückversicherungsunternehmen, oder einem Wertpapierhandelsunternehmen erwirbt oder erhöht. Sie vereinheitlicht vor allem den Verfahrensablauf und schreibt konkrete Prüfkriterien für die aufsichtsrechtliche Beurteilung vor.

Mit der Einführung der sog. Real Estate Investment Trusts (REITs) haben wir ein neues, börsennotiertes Immobilienanlageprodukt geschaffen, eine Lücke bei der indirekten Immobilienanlage geschlossen und so eine Wettbewerbsgleichheit gegenüber anderen europäischen Finanz- und Immobilienstandorten erreicht.

Der REIT soll auch Kleinanlegern die Möglichkeit einer Investition in Immobilienvermögen eröffnen. Deshalb wird eine Streubesitzregelung mit einer Quote von 15 Prozent eingeführt („Mindeststreubesitz“). Die REIT-AG ist von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit, vorausgesetzt sie beschränkt sich auf den Erwerb, die Bewirtschaftung und den Verkauf von Immobilien. Dafür ist sie verpflichtet, jedes Jahr mindestens 90 Prozent ihres Gewinns an die REIT-Aktionäre auszuschütten. Die Besteuerung

der Erträge des REIT erfolgt nach der Ausschüttung als Dividende ausschließlich beim Anteilseigner. An einer REIT-AG darf sich ein einzelner Aktionär nur mit weniger als 10 Prozent direkt beteiligen („Höchstbeteiligungsklausel“). Um negative Auswirkungen auf Mieter zu verhindern und um eine sozial ausgewogene Stadtentwicklung zu gewährleisten, werden vor dem 1. Januar 2007 erbaute Bestandswohnimmobilien (Immobilien, deren Nutzfläche überwiegend, also zu mehr als 50 Prozent, Wohnzwecken dient) nicht in den Anwendungsbereich des Gesetzes einbezogen.

Steuern sind auch zum Steuern da. Das gilt auch und insbesondere im Hinblick auf die Themen Umwelt und Energie: Um die hohe Feinstaubbelastung in vielen Städten und Gemeinden abzubauen zu können, wird die Nachrüstung mit einem Dieselrußfilter steuerlich gefördert. Dies haben wir mit einer Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer beschlossen. Für Fahrzeuge, die mit wirksamer Partikelminderungstechnik ausgestattet sind, wird eine befristete Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe von 330 Euro gewährt. Fahrzeuge, die den Partikelgrenzwert nicht einhalten, werden höher besteuert. Mit dieser Regelung wird die Nachrüstung bzw. der Einsatz umweltschonender Technik in Diesel-Pkw auch unter steuerlichen Gesichtspunkten attraktiv.

Im Einzelnen ist vorgesehen:

- Diesel-Pkw, deren Erstzulassung vor dem 1. Januar 2007 liegt, erhalten eine befristete Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer im Wert von 330 Euro, wenn sie in der Zeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2009 mit wirksamer Partikelminderungstechnik nachgerüstet werden. Die Steuerbefreiung beginnt jeweils mit dem Tag, an dem die Voraussetzungen nachgewiesen werden. Die Steuerbefreiung deckt etwa 50 Prozent der Nachrüstkosten.
- Nicht nachgerüstete Diesel-Pkw mit erstmaliger Zulassung bis zum 31. Dezember 2006 sowie ab dem 1. Januar 2007 zugelassene Diesel-Pkw, die nicht den Partikelgrenzwert der künftigen Euro-5-Abgasnorm einhalten, werden in der Zeit vom 1. April 2007 bis zum 31. März 2011 mit einem Zuschlag auf die Kraftfahrzeugsteuer von 1,20 Euro je 100 cm³ besteuert.

Da die Anzahl der Nachrüstungen von Partikelminderungssystemen in PKWs trotz dieses steuerlichen Anreizes hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, wurde im zweiten Nachtragshaushalt 2009 für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 2009 alternativ die Förderung über entsprechende Barzuschüsse eingeführt.

Im Zusammenhang mit dem 2. Konjunkturpaket haben wir zum 1. Juli 2009 die κ -z-Steuer reformiert. Die Neuregelung zielt vor allem auf den Schutz des Klimas ab. Dies steht im Einklang mit der Strategie der Europäischen Union zur Minderung der CO₂-Emissionen.

Im Einzelnen haben wir geregelt, dass

- ein an den Vorgaben der Europäischen Union orientierter CO₂-Ausstoß für Pkw steuerfrei bleibt. Der CO₂-Freibetrag bis 2011 gilt für Pkw mit einem CO₂-Ausstoß von 120 Gramm pro Kilometer, bis 2012/2013 für Pkw mit 110 g/km und ab 2014 für Pkw mit 95 g/km;
- ein linearer Steuertarif eingeführt wird, der jedes über die Zielvorgaben hinausgehende Gramm pro Kilometer gleich belastet: Es fallen 2 Euro je g/km an;
- der Sockelbetrag abhängig ist von Antriebsart und Hubraumgröße: 2 Euro je angefangene 100 cm³ für Otto-Motoren und 9,50 Euro je angefangene 100 cm³ für Diesel-Motoren;
- es eine befristete Steuerbefreiung für Pkw mit Dieselmotor gibt, die die Euro-6-Abgasvorschrift erfüllen. Insgesamt wird die Steuerbefreiung in den Jahren 2011 bis 2013 auf 150 Euro festgelegt, Bestandsfahrzeuge weiterhin nach derzeit geltendem Kraftfahrzeugsteuerrecht behandelt werden. Sie werden nach einer Übergangszeit ab 2013 schonend in die CO₂-orientierte Kraftfahrzeugsteuer übergeführt.

Für uns Sozialdemokraten ist die Würdigung des gesellschaftlichen Engagements viel mehr als nur ein politischer Nebenschauplatz. Wir wollen eine starke, vitale, solidarische Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich nicht verordnen. Es mit verbesserten rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu ermöglichen und zu fördern, ist und bleibt unsere ständige politische Aufgabe. Durch Anreiz- und Unterstützungsmöglichkeiten müssen Vorteile für die Engagierten geschaffen und ausgebaut werden. Dazu dient das Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

Das Gesetz steht für mehr öffentliche Anerkennung und Vereinfachung bürgerschaftlichen Engagements und für mehr Anreize für das Engagement in Stiftungen. Durch die steuerrechtliche Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Stiftungstätigkeiten wird die aktive Bürgergesellschaft unterstützt. Durch den deutlichen Abbau von Bürokratie werden zudem mehr Freiräume für das bürgerschaftliche Engagement geschaffen. Das Programm hat ein Volumen von ca. 490 Millionen Euro.

Umwelt- und Energiepolitik

Die Klimaerwärmung ist Realität. In der internationalen Klimaforschung besteht kein Zweifel daran, dass der Klimawandel weiter voranschreitet. Bereits die bisherige Erwärmung von 0,74 °C in den letzten 100 Jahren hat zu einer massiven Zunahme an Wetterextremen, häufigeren Trockenperioden und zu einer beschleunigten Abschmelzung der Gletscher und Polkappen geführt. Selbst nach einem sofortigen Stopp der Emissionen würden uns aufgrund der Trägheit des Klimasystems weitere dramatische Veränderungen bevorstehen. Dies allein zeigt den dringenden und umfassenden Handlungsbedarf.

Bei allen Herausforderungen muss jedoch auch eines deutlich werden: Deutschland ist bereits heute Vorreiter in Sachen Klimapolitik. Sowohl unter Rot-Grün als auch in der Zeit der Großen Koalition hat die SPD wichtige umwelt- und klimapolitische Reformvorhaben verwirklicht und die entscheidenden Anstöße gegeben.

Gerade in der Großen Koalition war nur die SPD in der Lage, eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik zu entwickeln. Wir setzen auf eine nachhaltige Entwicklung. Wir stellen nicht nur klare Reduktionsziele auf und konzentrieren uns auf technologische Neuheiten, sondern eröffnen den Menschen die Perspektive von Sicherheit und Gerechtigkeit im Modernisierungsprozess der Industriegesellschaften.

Moderne Umweltpolitik und erfolgreiche Wirtschaftspolitik sind kein Gegensatz. Volkswirtschaften, die rechtzeitig auf Energie- und Ressourceneffizienz setzen, verbessern

ihre Chancen, sich dauerhaft stabil zu entwickeln. Der Schutz der ökologischen Grundlagen ist Voraussetzung für eine weiterhin funktionsfähige Ökonomie. Zudem ist der Bereich der Erneuerbaren Energien ein enormer Job-Motor in Deutschland: Lag die Anzahl der Arbeitsplätze 2004 bei rd. 157.000 gehen realistische Szenarien davon aus, dass 2020 500.000 Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftsbereich vorhanden sind.

Die Einigung der wichtigsten Industriestaaten zum Klimaschutz auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 ist ein richtungweisendes Signal für die Stärkung der Klimapolitik im Rahmen der Vereinten Nationen (VN). Es ist ein großer Erfolg, dass nunmehr auch die USA den VN-Prozess eindeutig als das zentrale Forum anerkennen, um zukünftige Klimaschutzmaßnahmen zu verabreden.

Die Staats- und Regierungschefs haben die Grundlage für ein Langfristziel gelegt:

- Bis zum Jahr 2050 sollen die globalen Treibhausgasemissionen mindestens halbiert werden.
- Zweitens haben sie einen Fahrplan zur Erreichung dieses Ziels verabschiedet: Ende 2009 sollen die Verhandlungen über ein neues VN-Klimaschutzabkommen abgeschlossen werden.

Es müssen allerdings konkrete Schritte folgen, um die Vereinbarungen inhaltlich zu füllen und umzusetzen. Die Große Koalition hat dazu auf ihrer Kabinettsklausur in Meseberg im August 2007 ein rund 30 Punkte umfas-

sendes, zukunftsweisendes Maßnahmenpaket zur Energie- und Klimapolitik beschlossen. Darin sind u. a. enthalten:

- Verdoppelung der effizienten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung im Strombereich auf 25 Prozent bis 2020.
- Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 30 Prozent bis 2020, sowie weiterer Ausbau bis 2030.
- Erneuerung des Kraftwerksparks durch effizientere Kraftwerke.
- Reduktion des Energieverbrauchs durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in Produktionsprozessen.
- Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien im Wärmesektor auf 14 Prozent im Jahr 2020.
- Steigerung der Effizienz im Verkehr und Steigerung des Anteils der Biokraftstoffe.
- Reduktion der Emissionen von weiteren Treibhausgasen, wie zum Beispiel Methan.
- Breitflächige Markteinführung von energieeffizienten Produkten im Markt über Standards und eine übersichtliche und verbraucherfreundliche Kennzeichnung aller stromverbrauchenden Geräte.

Am 5. Dezember 2007 hat das Kabinett das 1. Paket zum Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung (IEKP) vorgelegt und hat damit die Beschlüsse von Meseberg umgesetzt.

Nicht alle Länder in Europa können gleich starke Klimaschutzziele umsetzen. Wir haben uns daher eigenständig auferlegt, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu senken, soweit in der EU eine Reduktion um 30 Prozent angestrebt wird. Das IEKP der Bundesregierung bildet bereits eine Senkung um 36 Prozent der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 ab. Weitere Maßnahmen für die noch „fehlenden“ 4–5 Prozent-Punkte folgen in den kommenden Jahren, wobei wir auch die Erfolge im IEKP I bilanzieren werden.

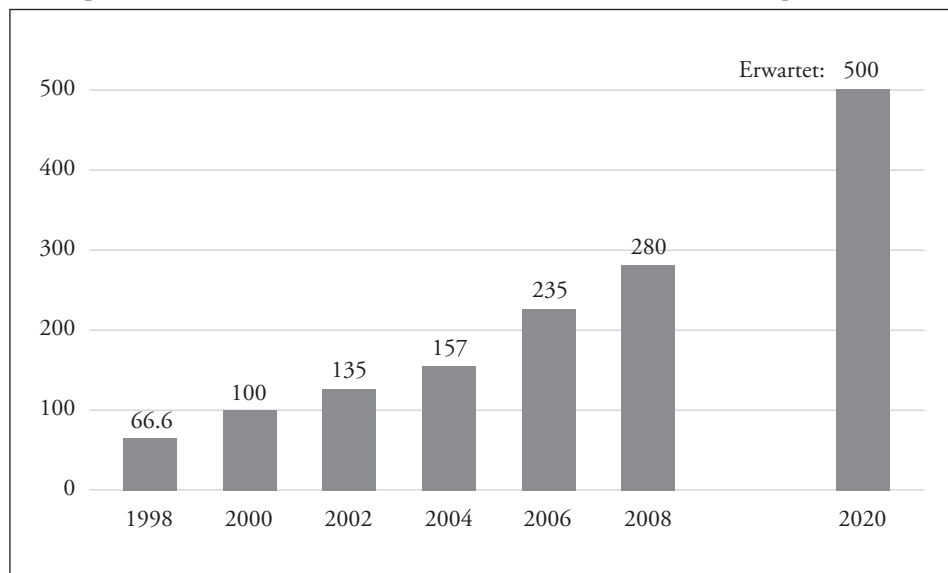
Folgende Maßnahmen des IEKP wurden bisher umgesetzt:

- Mit der Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) verfolgen wir das Ziel, den Anteil der Erneuerbaren Energien im Strombereich von derzeit ca. 12 Prozent auf mindestens 30 Prozent im Jahre 2020 zu erhöhen. Dazu regelt die Novellierung des EEG u. a. die Vergütungen für die verschiedenen Erzeugungsformen von Wind bis Geothermie neu.

Das EEG hatten wir letztmals im Jahr 2006 novelliert. Ziel der Änderung war es damals, die durch das EEG entstehenden

Erneuerbare Energien: Arbeitsplätze in 10 Jahren vervierfacht

Zahl der Arbeitsplätze in Tausend



Quellen: DLR/ZSW/DIW/GWS, BMU, UBA; Stand: 3/2009

Kosten für einige besonders belastete Unternehmen zu senken und berechenbar zu machen. Bei der Ermittlung der EEG-Umlage haben wir inzwischen eine neue Verfahrensweise geschaffen, um damit vermeidbare Lasten für den Stromverbraucher zu verhindern.

- Mit Hilfe des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes wird ein großes Potenzial zum Klimaschutz durch die Einsparung fossiler Brennstoffe gefördert. Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmebereitstellung soll daher bis zum Jahr 2020 auf 14 Prozent steigen. Hierzu sind im Wärmegesetz Pflichten für die Nutzung Erneuerbarer Energien bei Neubauten festgelegt und im Gebäudebestand das Programm zur Förderung der Marktreife von Techniken auf Basis Erneuerbarer Energien aufgestockt worden.
- Durch das veränderte Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll sich der Anteil der KWK-Stromerzeugung bis 2020 auf etwa 25 Prozent verdoppeln. Durch die Novelle werden im Interesse von Energieeinsparung und Klimaschutz Investitionen in die Modernisierung und den Neubau von hocheffizienten KWK-Anlagen angeregt. Für die Förderung der KWK-Stromeinspeisung und den Ausbau der Wärmenetze ist ein Fördervolumen von insgesamt jährlich bis zu 750 Millionen Euro vorgesehen.
- Mit dem Gesetz zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für den Wettbewerb werden die Voraussetzungen für zügige Verbreitung von neuen Technologien wie „intelligenten Zählern“ im liberalisierten Strom-Messwesen zur zeitgenauen Verbrauchsmessung als Voraussetzung für Stromsparungen geschaffen. Durch das Gesetz wird die bereits geltende Marktöffnung auf den Bereich des Messwesens, also des Zählers sowie die Ab- bzw. Auslesung der Messeinrichtungen erweitert.
- Mit der Chemikalien-Klimaschutzverordnung wurde eine Reduzierung der fluorierten Treibhausgase erreicht. Fluorierte Treibhausgase sind heute vor allem als Treibgas in Sprays, als Kältemittel in Kälte- und Klimaanlageanlagen und als Feuerlöschmittel in Brandschutzanlagen enthalten. Das Ziel der Emissionsreduktion dieser Stoffe kann daher durch technische Maßnahmen an den Anlagen und vor allem durch eine gezielte Stoffsubstitution oder der Einsatz alternativer Technologien erreicht werden.

Im Juni 2008 hat das Bundeskabinett das 2. Paket des IEKP beschlossen. Hierzu gehören das Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze, die Messzugangsverordnung, die Energiesparverordnung

Energieeinsparungsgesetz, die Heizkostenverordnung sowie die Umstellung der Kfz-Steuer auf die Menge des CO₂-Ausstoßes.

Unverständlicherweise hat die Union ein abgestimmtes Umweltgesetzbuch für Deutschland verhindert. Sie zementiert damit den im Genehmigungsrecht bestehenden Flickenteppich verschiedener Zuständigkeiten und verbaut damit der Wirtschaft Einsparungen bei Verwaltungs- und Planungskosten von rund 27 Millionen Euro pro Jahr. Um wenigstens die Kompetenzen des Bundes für einen besseren Umweltschutz zu nutzen, haben wir vier der ehemals fünf Einzelgesetze eingebracht und verabschiedet:

- Die Neuregelung des Naturschutzrechts war notwendig, weil mit der Föderalismusreform 2006 das Rahmenrecht abgeschafft und statt dessen für den Naturschutz eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern geschaffen wurde – verbunden mit Abweichungsrechten der Länder. Abweichungsfest sind nun aber das Recht des Arten- und Meeresschutzes sowie die allgemeinen Grundsätze des Naturschutzes. Die neue Kompetenzordnung lässt nunmehr eine umfassende Regelung des Naturschutzes und der Landschaftspflege durch den Bund zu.
- Wie beim oben genannten Gesetz, war die Neuregelung des Wasserrechts aufgrund der Abschaffung des Rahmenrechts im Zuge der Föderalismusreform 2006 nötig. Stattdessen besteht eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes – verbunden mit Abweichungsrechten der Länder. Abweichungsfest sind anlagen- und stoffbezogene Regelungen.
- Mit einem weiteren Gesetz sollen zum Schutz des Menschen und der Umwelt vor den schädlichen Wirkungen nichtionisierender Strahlung bestehende Regelungslücken im Umweltrecht geschlossen werden. Bei der Anwendung nichtionisierender Strahlung am Menschen in der Medizin soll diese oberhalb noch festzulegender Werte, bei denen gesundheitliche Beeinträchtigungen zu erwarten sind, sowohl in der Diagnostik als auch in der Therapie nur angewendet werden dürfen, wenn dafür eine rechtfertigende Indikation durch eine/n (Zahn)Arzt oder Ärztin gestellt wurde. Im Bereich der optischen Strahlung wird ein Nutzungsverbot von Solarien für Kinder und Jugendliche wegen des damit verbundenen Krebsrisikos festgeschrieben. Vorgaben zur Bestrahlungsstärke sind auf Verordnungsebene geplant.
- Schwerpunkt des Rechtsbereinigungsgesetzes Umwelt ist die „Entrümpelung“ von Vorschriften im Umwelt- und Verfahrensrecht.

An CDU/CSU ist auch das Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid (engl. Carbon Capture and Storage – ccs) vorläufig gescheitert. Damit sollte die Abscheidung und der Transport von Kohlendioxid sowie die dauerhafte und umweltverträgliche Speicherung von Kohlendioxid in tiefen geologischen Gesteinsschichten geregelt werden.

Am 26. Januar 2009 hat die Bundesrepublik Deutschland in Bonn als Initiator der Gründung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (International Renewable Energy Agency, IRENA) zusammen mit 74 weiteren Staaten die Satzung zu IRENA unterzeichnet. Mitte Mai 2009 ist der völkerrechtliche Staatsvertrag innerstaatlich in Kraft gesetzt und die Bundesrepublik Deutschland damit Mitglied von IRENA geworden.

IRENA wird als Know-how-Zentrum Kompetenzen in allen Bereichen erneuerbarer Energien bündeln. Zentrale Aufgabe von IRENA wird es sein, Industrie- und Entwicklungsländer beim Aufbau erneuerbarer Energien praxisnah zu unterstützen, insbesondere durch die Beratung der Regierungen zu politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, durch die Unterstützung beim Technologie- und Wissenstransfer sowie beim Kompetenzaufbau in den Mitgliedstaaten der Organisation. Darüber hinaus soll IRENA u.a. die Entwicklung von Finanzierungsmodellen vorantreiben und diese besonders im sozioökonomischen Bereich anregen. Zudem wird IRENA als internationales Sprachrohr der erneuerbaren Energien die Öffentlichkeit über die Potenziale der erneuerbaren Energien informieren sowie dafür Sorge tragen, dass erneuerbare Energien in den internationalen politischen Prozessen eine adäquate Rolle spielen.

Im April 2009 haben wir die Änderung der Förderung von Biokraftstoffen beschlossen. Ziel ist es, Konkurrenzen in Anbauflächen für Biosprit und Nahrungsmittel zu vermeiden und den Ausbau der Biokraftstoffe stärker als bisher auf die effektive Minderung der Treibhausgasemissionen auszurichten. Vorgesehen ist daher, die gesetzliche Quote für Biokraftstoffe für das Jahr 2009 von 6,25 Prozent auf 5,25 Prozent abzusenken. Für die Jahre 2010 bis 2014 wird die Quote bei 6,25 Prozent eingefroren. Für das Jahr 2011 ist eine Überprüfung der künftigen Quotenhöhen im Rahmen eines Berichts der Bundesregierung an den Bundestag vorgesehen. Mit dem Gesetz kann erstmals auch Biomethan auf die Otto-kraftstoff- und Gesamtquote angerechnet werden. Die steuerliche Belastung von Biokraftstoffen soll in den kommenden Jahren nur um 3 statt um 6 Cent pro Liter steigen.

Mit der Neuregelung der abfallrechtlichen Produktverantwortung für Batterien und Akkumulato-

ren haben wir im April 2009 die 1:1-Umsetzung der EG-Richtlinie 2006/66/EG unter weitgehender Beibehaltung der auf Basis der geltende Batterieverordnung bereits bestehenden und in der Praxis bewährten Rücknahmestrukturen vollzogen.

Von der bisher geltenden EU-Richtlinie waren nur Batterien mit einem hohen Gehalt an Schwermetallen erfasst. Im Gegensatz dazu ist die neue Richtlinie darauf ausgerichtet, die durch Altbatterien insgesamt verursachten Umweltbelastungen auf ein Mindestmaß zu beschränken und so zur Erhaltung der Qualität der Umwelt und zum Schutz der menschlichen Gesundheit beizutragen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen zukünftig möglichst alle Arten von Altbatterien getrennt gesammelt und stofflich verwertet werden.

Im Februar 2008 haben wir die Chemikalien-Klimaschutzverordnung im Bundestag abschließend behandelt. Durch die Verordnung werden die Emissionen fluorierte Treibhausgase aus mobilen und stationären Kühlanlagen durch Vorschriften zur Dichtheit und Kennzeichnung der Anlagen und zur Rückgewinnung und Rücknahme der eingesetzten Kältemittel verringert. Da fluorierte Treibhausgase – auch bei kleinsten Mengen – einen sehr viel größeren Treibhauseffekt haben als Kohlendioxid, ist die Beachtung kleinster Mengen sehr entscheidend für die Entwicklung des Klimas. Mit der Verordnung tragen wir dem Rechnung.

Durch die verabschiedete 37. Bundesimmissionsschutz-Verordnung werden ambitionierte Standards für den Stickoxidausstoß neuer Kraftwerke festgelegt. Damit werden neue Kraftwerke nicht nur effizienter, sondern auch sauberer als alte. Wir wollen damit die Luftqualität auf hohem Niveau sichern.

Im März 2008 haben wir das REACH-Anpassungsgesetz verabschiedet. Ziel des Gesetzes ist es, das deutsche Chemikalienrecht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe anzupassen. Das neue REACH-System sieht vor, dass Hersteller und Importeure die Stoffe, die sie ab einer Menge von einer Tonne im Jahr herstellen oder importieren, bei der Europäischen Chemikalienagentur in Helsinki registrieren lassen müssen. Die durch REACH gewonnen Informationen werden in einer Internetdatenbank der Europäischen Chemikalienagentur veröffentlicht. Das neu gewonnene Wissen über chemische Stoffe, insbesondere über ihre langfristigen Wirkungen und ein darauf aufbauendes Risikomanagement, wird die Unternehmen bei der Entwicklung fortschrittlicher Produkte

und Fertigungsprozesse unterstützen und künftig ein höheres Schutzniveau für Umwelt, Arbeitnehmer und Verbraucher gewährleisten.

Wir haben im Januar 2009 mit dem Zehnten Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes das Atomgesetz verbessert. Dabei stehen zwei Punkte im Mittelpunkt. Zum einen soll die Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen, die am Umgang mit radioaktiven Stoffen beteiligt sind, z.B. Antragsstellern, Genehmigungsinhabern, deren Beschäftigten sowie von behördlichen Sachverständigen, ausgeweitet werden. Damit soll vor dem Hintergrund der Terroranschläge von 2001 die Entwendung und Freisetzung von radioaktiven Stoffen noch wirkungsvoller verhindert werden. Zum anderen soll als Konsequenz aus dem Statusbericht des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz zur Schachanlage Asse die Betreiberfunktion vom Helmholtz Zentrum München auf das Bundesamt für Strahlenschutz übergehen. Damit ist für den Betrieb und die Stilllegung der Schachanlage Asse II das Bundesamt für Strahlenschutz zuständig.

Im Juni 2008 haben wir das Gesetz zur Änderung haftungsrechtlicher Vorschriften des Atomgesetzes und zur Änderung sonstiger Rechtsvorschriften beschlossen. Mit dem Gesetz werden Angleichungen aufgrund des Protokolls vom 12. Februar 2004 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie (Pariser und Brüsseler Übereinkommen) umgesetzt. Unter anderem ist eine höhere Mindestdeckungssumme von 1,5 Milliarden Euro eingeführt worden. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat die Möglichkeit erhalten, Kosten für die Amtshandlungen über die Erhebung von Gebühren vollständig zu refinanzieren.

Im November 2008 haben wir das Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten beschlossen. Mit dem Gesetz wird die Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE-Richtlinie) auf der Ebene des Bundes umgesetzt. Ziel ist der Aufbau einer nationalen Geodateninfrastruktur. Der Vorteil einer Geodateninfrastruktur besteht darin, dass Zugang und die Nutzung von Geodaten, Geodatendiensten und Metadaten für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Wirtschaft vereinfacht werden.

Wir haben im Oktober 2007 das Erste Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) verabschiedet. Mit dieser „Kleinen Novelle“ setzt Deutschland ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes um und kommt den Verpflichtungen aus der EU-Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Le-

bensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) nach. Dem standen bisher insbesondere die Ausnahmen entgegen, die das bisherige BNatSchG u. a. für die Land- und Forstwirtschaft vorsah.

Der EU-weite Emissionshandel ist 2005 in Deutschland und der EU erfolgreich gestartet. Für die sogenannte zweite Handelsperiode 2008 bis 2012 hat der Deutsche Bundestag ein Gesetz für die Zuteilung der Emissionsrechte beschlossen. Wir haben den Emissionshandel zu einem einfachen, transparenten und wirksamen Klimaschutzinstrument ausgebaut. Die Zuteilungsmenge wird gegenüber dem aktuellen Emissionsniveau der emissionshandelspflichtigen Anlagen effektiv um 37 Millionen Tonnen pro Jahr oder rund 8 Prozent gekürzt. Im Vergleich zur ersten Handelsperiode beträgt die Kürzung sogar mehr als 11 Prozent. Damit wird eine zentrale Voraussetzung dafür geschaffen, dass Deutschland das völkerrechtlich verbindliche Ziel, eine Minderung seiner Treibhausgase gegenüber dem Basisjahr 1990 um 21 Prozent bis 2012, erreichen kann.

Mit einem Gesetz zur Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm in der Umgebung von Flughäfen hat die Große Koalition in einem längst überfälligen Schritt das bestehende Gesetz aus dem Jahr 1971 grundlegend reformiert. Mit dieser Novellierung werden insbesondere die heutigen Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung und die relevanten betrieblichen Randbedingungen berücksichtigt. Zudem werden damit eng zusammenhängende Regelungen des Luftverkehrsgesetzes zum Fluglärmschutz angepasst und inhaltlich fortentwickelt. Mit der Novellierung des Gesetzes wird auch auf Dauer ein tragfähiger Ausgleich der Belange der Luftfahrt einerseits sowie der berechtigten Lärmschutzinteressen der betroffenen Anwohner andererseits erreicht.

Wir haben die Voraussetzung für die Ratifizierung des „Aarhus-Übereinkommens“ geschaffen. Mit dem beschlossenen Gesetz verbessert Deutschland die Rechte der von Zulassungsentscheidungen betroffenen Öffentlichkeit. Kernpunkte des Gesetzespakets sind die Einführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Aufstellung bestimmter umweltbezogener Pläne, die Präzisierung der geltenden Bestimmungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei Zulassungsverfahren für Industrieanlagen und Infrastrukturmaßnahmen sowie die Eröffnung einer umweltrechtlichen Verbandsklage bei solchen Zulassungsverfahren.

Gesundheitspolitik

In Deutschland erhalten alle Menschen die medizinische Versorgung, die sie im Krankheitsfall benötigen – und dies unabhängig von Alter und Einkommen. Das deutsche Gesundheitswesen bietet für alle Bürger ein flächendeckendes Angebot an Gesundheitsleistungen und einen hohen Versorgungsstandard. Es belegt bei internationalen Vergleichen stets einen der vorderen Plätze.

Die SPD-Bundestagsfraktion will das Gesundheitswesen qualitativ auf hohem Stand und gleichzeitig finanzierbar erhalten. Das ist die Herausforderung, vor der unsere Gesundheitspolitik heute und auch in Zukunft steht. Dazu bedarf es eines umfassenden Systems gesundheitlicher Sicherung, das allen Bürgern wirksam und ohne Hindernisse zur Verfügung steht. Mit der Gesundheitsreform (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG) haben wir das Gesundheitssystem auf allen Ebenen weiterentwickelt und eine Grundlage dafür geschaffen, dass auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwertige Versorgung im Krankheitsfall zur Verfügung steht. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, haben wir

- eine Krankenversicherungspflicht für alle eingeführt,
- die Versorgungsstrukturen und die Kasernorganisation reformiert,
- die Finanzierung gesichert und
- einen Basistarif für alle in der privaten Krankenversicherung geschaffen.

Aus unserer Sicht wären noch weitere, mutigere Schritte nötig gewesen. Dazu gehört z. B. die Einbindung der privaten Krankenversicherung in das solidarische Gesundheitssystem oder der weitere Ausbau der Steuerfinanzierung unseres Gesundheitssystems. Dies war mit unserem Koalitionspartner jedoch nicht möglich. Wir jedoch wollen den Weg zu mehr Solidarität im Gesundheitswesen konsequent weitergehen. Politisches Ziel bleibt für uns deshalb die solidarische Bürgerversicherung.

Am 1. Januar 2009 ist der mit der Gesundheitsreform eingeführte Gesundheitsfonds in Kraft getreten. Für die gesamte gesetzliche Krankenversicherung gilt seither ein einheitlicher Beitragssatz.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Organisationsstrukturgesetz) werden alle Krankenkassen zum 1. Januar 2010 insolvenzfähig. Das Gesetz setzt insgesamt in einem weiteren wichtigen Bereich die Gesundheitsreform um. Bisher gilt die Insolvenzordnung nur für die bundesunmittelbaren Krankenkassen. Mit der Herstellung der Insolvenzfähigkeit aller Krankenkassen werden jetzt glei-

che Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb geschaffen. Um einer Insolvenz oder Schließung vorzubeugen, enthält das Gesetz verschiedene Regelungen über Finanzhilfen innerhalb des Krankenkassensystems. Weitere wichtige Änderungen sind z. B. der Anspruch auf enterale Ernährung, auf sozialmedizinische Nachsorge für chronisch kranke oder schwerstkranke Kinder, die hausarztzentrierte Versorgung oder auch die Förderung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin.

Mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz sichern wir die Finanzierung der Krankenhäuser. Das Gesetz enthält strukturelle Reformen der Investitionsfinanzierung und stellt zusätzliche Mittel zur Bezahlung der Pflegekräfte und zu ihrer Neueinstellung bereit. Beispielsweise wird zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern ein Förderprogramm eingeführt. Dadurch werden in drei Jahren ca. 17.000 zusätzliche Stellen im Pflegedienst zu 90 Prozent anteilig durch die Krankenkassen finanziert. Zusätzlich wird der Sparbeitrag der Krankenhäuser in Form des Rechnungsabchlags von 0,5 Prozent bei gesetzlich versicherten Patientinnen und Patienten seit dem 1. Januar 2009 aufgehoben. Die für 2009 zugesagten zusätzlichen 3,5 Milliarden Euro fließen in voller Höhe an die Krankenhäuser. Gleichzeitig wurde sichergestellt, dass diese Summe durch die Verbesserungen für die Krankenhäuser nicht überschritten wird. Denn weitere finanzielle Spielräume sind in der Kalkulation des Beitragssatzes für 2009 nicht enthalten.

Seit ihrer Einführung im Jahr 1995 hat sich die Pflegeversicherung bewährt. Mittlerweile erhalten über zwei Millionen Pflegebedürftige jeden Monat Versicherungsleistungen. Die gesetzliche Pflegeversicherung sichert erfolgreich das Lebensrisiko Pflegebedürftigkeit solidarisch ab. Seit dem 1. Juli 2008 gelten die Neuregelungen bei der Pflegeversicherung.

Richtschnur bei der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung war für uns der Wunsch der meisten Menschen, so lange wie es geht in der gewohnten Umgebung und selbstbestimmt zu leben, gepflegt und betreut zu werden. Deshalb heißt unser Grundsatz: ambulant vor stationär. Mit der Pflegereform verbessern wir die Lebenssituation der pflegebedürftigen Menschen, der pflegenden Angehörigen und der Pflegekräfte:

- Durch eine Erhöhung des Pflegegeldes.
- Durch die Ausweitung der Leistungen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz.
- Durch Maßnahmen für eine integrierte wohnortnahe Versorgung und Betreuung.

- Durch die Einrichtung von Pflegestützpunkten mit Pflegeberatern (Fallmanagement).
- Durch die Möglichkeit, Leistungen gemeinsam mit anderen Pflegebedürftigen auch in neuen Wohnformen abzurufen. Dies hilft den Menschen, solange wie möglich in ihrer angestammten und gewünschten Umgebung zu bleiben.
- Und durch die Einführung der Pflegezeit für beschäftigte Angehörige.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung wird erreicht, dass die Arzneimittelversorgung besser als bisher am tatsächlichen medizinischen Versorgungsbedarf der Patientinnen und Patienten ausgerichtet wird. Die Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung sind allein im Jahr 2005 um rund 16 Prozent gestiegen. Medizinisch nicht notwendige Ausgabensteigerungen sollen durch das Gesetz vermieden werden. Dort wurde u. a. festgelegt, Naturalrabatte an Apotheken zu verbieten. Festgelegt haben wir auch eindeutige Kriterien, nach denen ein Arzneimittel als echte Innovation gilt und damit nicht unter die Festbetragsregelung fällt. Die Krankenkassen haben die Möglichkeit bekommen, Arzneimittel für Patientinnen und Patienten zuzahlungsfrei zu stellen, wenn diese mindestens 30 Prozent unter dem Festbetrag liegen. Viele Hersteller haben daraufhin ihre Preise entsprechend gesenkt.

Durch das Gesetz zur Änderung des Vertragsarztrechts und anderer Gesetze (Vertragsarztrechtsänderungsgesetz) haben wir die ärztliche, zahnärztliche und psychotherapeutische Berufsausübung vereinfacht und flexibilisiert. So wurde beispielsweise die Gründung von Berufsausübungsgemeinschaften und von Zweigpraxen erleichtert, die Tätigkeit an weiteren Orten erlaubt und die Zulässigkeit der Anstellung von Ärzten, Zahnärzten und Psychotherapeuten gelockert. Gleichzeitig wurden die Instrumente zur Behebung regionaler Versorgungsengpässe erweitert.

Mit der Gesundheitsreform wurde auch beschlossen, die ärztliche Vergütung neu zu gestalten. Ergebnis ist das zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene neue Vergütungssystem. Dieses System soll den Ärztinnen und Ärzten mehr Kalkulationssicherheit ermöglichen, indem sie im Voraus wissen, wie hoch die Vergütung ihrer Leistungen ist. Zudem soll es die Vergütungen im Bundesvergleich aneinander annähern und damit leistungsgerechter machen. Das bisherige System von Punktwerten wurde durch eine Euro-Gebührenordnung abgelöst. Darüber hinaus wurde das Morbiditätsrisiko auf die Krankenkassen übertragen.

Die für die vertragsärztliche Versorgung zur Verfügung stehende Gesamtvergütung wurde um über 3,5 Milliarden Euro im Vergleich zum Jahr 2007 aufgestockt. Sie orientiert sich nunmehr an der Morbidität der Versicherten. Die notwendige Kosten- und Mengensteuerung erfolgt durch Anreizmechanismen in der Gebührenordnung sowie mengen- und praxisbezogene Preisabstaffelungen über sog. Regelleistungsvolumina (RLV). Ab 2010 sollen zudem finanzielle Anreize zum Abbau von Über- und Unterversorgung gesetzt werden, die zu einer regional ausgewogenen Arztdichte beitragen sollen. Bis dahin sind in einer Übergangsphase – bereits rückwirkend ab dem 1. Januar 2007 – Zuschläge zum Abbau von Unterversorgung vollständig – und nicht nur wie bisher zu 50 Prozent – durch die Krankenkasse zu finanzieren.

Die gesetzlichen Vorgaben der Honorarreform wurden in enger Zusammenarbeit mit den Kassenärztlichen Vereinigungen entwickelt. Ausgefüllt werden die Vorgaben für die Euro-Gebührenordnung und den sonstigen Vergütungsregelungen weitgehend von der Selbstverwaltung im Bewertungsausschuss. Die Honorarvorgaben müssen auf regionaler Ebene von den 17 Kassenärztlichen Vereinigungen und den regionalen Vertragspartnern flächendeckend umgesetzt werden. Die Zuweisungen an die einzelnen Arztpraxen obliegen der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung. Der Bund kann hierauf keinen Einfluss nehmen.

Mit dem Gesetz über die Qualität und Sicherheit von menschlichen Geweben und Zellen (Gewebe-gesetz) haben wir die EU-Richtlinie zur Zell- und Gewebespender umgesetzte, die europaweite Einführung von Sicherheitsstandards auch beim Umgang mit Zellen und Geweben beinhaltet. Das Gesetz ist zum 1. August 2007 in Kraft getreten. Menschliche Gewebe und Zellen werden heute vielfältig zu therapeutischen Zwecken eingesetzt. Mit dem Gewebegesetz hat die Bundesregierung die notwendigen Anforderungen an ihre Qualität und Sicherheit geregelt. Wir haben dazu ein Zulassungsverfahren unter Aufsicht des Paul Ehrlich-Institutes (PEI) als zuständige Bundesbehörde sowie eine öffentlich zugängliche Registrierung der Gewebebanken am Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) geschaffen. Neu ist u. a. auch die gesetzliche Festsetzung des Vorranges der Organentnahme gegenüber der Entnahme von Gewebe und Zellen. Der bisherige Organpendeausweis wurde in „Organ- und Gewebespenderausweis“ umbenannt. Die beschlossenen Änderungen dienen einem hohen Gesundheitsschutz der Patientinnen und Patienten, die auf Gewebespenden angewiesen sind, etwa wenn ihnen Herzklappen, Augenhornhäute oder andere Gewebe transplantiert werden.

Seit dem 1. September 2007 gilt ein grundsätzliches Rauchverbot in Einrichtungen des Bundes und in bestimmten Einrichtungen des öffentlichen Personenverkehrs. Es ist allerdings möglichst, innerhalb der geschützten Bereiche abgetrennte Raucherräume einzurichten. Auch in Räumen, die zu Wohn- oder Übernachtungszwecken genutzt werden und zur alleinigen Nutzung überlassen sind, ist das Rauchen nicht verboten. Die Leitung der jeweiligen Einrichtung hat für die Einhaltung des Rauchverbotes Sorge zu tragen. Weiterhin wurden die bereits bestehenden Vorschriften zum Schutz vor Passivrauchen, z. B. im öffentlichen Personenverkehr, verschärft. Zum Schutz der Jugendlichen haben wir die Altersgrenze für die Abgabe von Tabakwaren und das Rauchen in der Öffentlichkeit von 16 auf 18 Jahre angehoben. Das Gesetz regelt nicht den in der Öffentlichkeit breit diskutierten Bereich der Gastronomie. Dies unterliegt den Hoheitsrechten der Länder und Kommunen.

Mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes haben wir die bisherigen Entschädigungsleistungen für Contergan-Geschädigte verdoppelt. Seit dem 1. Juli 2008 beträgt der Höchstsatz statt bisher 545 nunmehr 1.090 Euro. Das bedeutet für die am schwersten Geschädigten zusätzliche Leistungen in Höhe von 6.540 Euro jährlich. Außerdem werden die Entschädigungsleistungen nicht auf andere Sozialleistungen wie Erwerbsminderungsrenten o. ä. angerechnet.

Im Mittelpunkt des im Mai 2009 verabschiedeten Zweiten Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes steht eine neue jährliche Sonderzahlung, die noch 2009 zum ersten Mal und dann für 25 Jahre an die Betroffenen fließen soll. In ihrer Höhe wird sie sich am Grad der Behinderung orientieren. Die von der Firma Grünenthal freiwillig gespendeten 50 Millionen Euro sowie 50 Millionen Euro aus dem Stiftungsvermögen der Conterganstiftung werden den Betroffenen über einen Zeitraum von 25 Jahren ausgezahlt. Die insgesamt zur Verfügung gestellten 100 Millionen Euro werden auf die bisher leistungsberechtigten und die bis Ende 2010 anerkannten contergangeschädigten Menschen aufgeteilt. Diese sogenannte „Conterganrente“ wird zusätzlich zu den jetzigen Leistungen ausgezahlt, sie wird also nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet.

Außerdem wird den contergangeschädigten Menschen, die bisher von der Ausschlussfrist betroffen waren, ermöglicht, Leistungsansprüche nach dem Conterganstiftungsgesetz noch geltend machen zu können. Denn auf die erneute Einführung einer Frist für die Antragstellung auf Leistungen nach dem Conterganstiftungsgesetz wird verzichtet. Bis

her mussten Anträge bis zum 31. Dezember 1983 eingereicht worden sein.

Im April 2009 haben wir das Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen (Gendiagnostikgesetz – GenDG) beschlossen. Ziel ist es, die mit der Untersuchung menschlich genetischer Eigenschaften verbundenen möglichen Gefahren von genetischer Diskriminierung zu verhindern. Gleichzeitig sollen aber die Chancen des Einsatzes genetischer Untersuchungen für den einzelnen Menschen gewahrt bleiben. Schwerpunkt des Gesetzentwurfes ist das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung im Bereich der Gendiagnostik. Dazu gehört das Recht auf Wissen als auch das Recht auf Nichtwissen. Grundsätzlich gilt, dass angesichts der Erkenntnismöglichkeiten der Humangenetik ein besonderer Schutzstandard erforderlich ist, um die Persönlichkeitsrechte eines jeden zu schützen. Deshalb dürfen genetische Untersuchungen nur durchgeführt werden, wenn die betroffene Person rechtswirksam in die Untersuchung eingewilligt hat. Außerdem bestimmen allein die betroffenen Personen über die Verwendung, Aufbewahrung oder Vernichtung ihrer genetischen Daten und Proben.

Für die Bereiche der medizinischen Versorgung, der Abstammung, des Arbeitslebens und der Versicherungen wurden spezifische Regelungen getroffen. So dürfen z. B. Arbeitgeber und Versicherungen nach dem Gesetzentwurf grundsätzlich keine Gen-Untersuchungen von Bewerbern oder Kunden verlangen. Versicherungen dürfen bereits bekannte Gen-Informationen verwenden, wenn die Versicherungssumme 300.000 Euro übersteigt. Gentechnische Untersuchungen zur Feststellung der Abstammung eines Kindes wie Vaterschaftstests sind nur dann zulässig, wenn die Personen, von denen eine genetische Probe untersucht werden soll, in die Untersuchung eingewilligt haben. Babys dürfen vor der Geburt ausschließlich aus medizinischen Zwecken getestet werden, aber nicht um beispielsweise Aufschluss über das Geschlecht oder künftige Eigenschaften zu gewinnen. Untersuchungen auf Krankheiten im Erwachsenenalter sind ebenfalls nicht zulässig.

Deutschlands Ärzte haben künftig eine umfassende Beratungspflicht vor möglichen Abtreibungen nach der 12. Schwangerschaftswoche. Diese Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes beschloss der Bundestag in namentlicher Abstimmung am 13. Mai 2009. Mit dem Gesetz werden Ärzte in Zukunft verpflichtet, eine werdende Mutter über alle medizinischen und psychosozialen Auswirkungen der möglichen Fehlbildung des Kindes zu beraten. Zwischen der Diagnose und der Erlaubnis für einen Schwangerschaftsab-

bruch soll eine mindestens dreitägige Bedenkzeit liegen. Hintergrund der Initiative sind Studien, denen zufolge die meisten Frauen ihre ungeborenen Kinder vorgeburtlichen Untersuchungen unterziehen lassen, sich allerdings allein gelassen fühlen, wenn der Befund darauf hindeutet, dass das Kind behindert oder nicht lebensfähig sein könnte.

Mit dem Beschluss eines Gruppenentwurfs eines Gesetzes zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung wurden die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Diamorphin als Arzneimittel im Rahmen der Substitutionsbehandlung von Schwerst-Opiatabhängigen eingesetzt werden kann und in die Regelversorgung aufgenommen wird. Durch eine entsprechende Ergänzung im Betäubungsmittelgesetz wird Diamorphin insofern verschreibungsfähig gemacht, als es zur substituionsgestützten Behandlung zugelassen ist.

Mit dem Gesetz werden die Ergebnisse einer klinischen Arzneimittelstudie, die die Behandlung Opiatabhängiger mit Diamorphin im Vergleich zu einer Behandlung mit Methadon untersucht hat, umgesetzt. Die Studie belegt die Überlegenheit der Diamorphinbehandlung für die Gruppe der Schwerstabhängigen gegenüber der herkömmlichen Substitutionsbehandlung. Die Behandlung mit Diamorphin ist ausschließlich für eine klar begrenzte Zielgruppe bestimmt. Die Betroffenen müssen zuvor ernsthafte Behandlungsversuche mit herkömmlichen Substitutionsmitteln unternommen haben. Eine Diamorphinbehandlung ist ferner an strikte Regularien für Indikationsstellung und Durchführung gebunden. Die Diamorphinbehandlung darf darüber hinaus nur in speziell dafür bestimmten Einrichtungen vorgenommen werden.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung medizinproduktrechtlicher Vorschriften im Mai 2009 konnte der gesundheitliche Verbraucherschutz weiter gestärkt werden. Das Gesetz setzt weitgehend EG-Recht in deutsches Recht um. Neben dem Medizinproduktegesetz (MPG) selbst werden auch Medizinprodukte-Verordnung (MPV), Medizinprodukte-Sicherheitsplanverordnung (MPSV), Medizinprodukte-Betreiberverordnung (MPBetreibV) und die Medizinprodukte-Gebührenverordnung (MPGebührenV) geändert.

Bislang galten bei der Zulassung und Überwachung von Medizinprodukten wie z. B. Krankenhausbetten, Gehhilfen, künstlichen Gelenken oder Zahnimplantaten weniger Regelungen und Verfahren als im Arzneimittelbereich. Durch die Gesetzänderungen erhalten die Patientinnen und Patienten sowie Probandinnen und Probanden bei klinischen Prüfungen im Bereich der Medizinpro-

dukte nun ein ebenso hohes Schutzniveau wie im Bereich der Pharmazeutika.

Von zentraler Bedeutung ist die Einführung einer Genehmigungspflicht für klinische Prüfungen von Medizinprodukten beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM). Dabei kann das BfArM bei Produkten mit einem geringen Sicherheitsrisiko auch entscheiden, dass es keiner Genehmigung bedarf. Neben der abschließenden Genehmigung durch das BfArM muss vor Beginn einer Prüfung auch eine zustimmende Bewertung einer Ethikkommission vorliegen. Diese muss nach Landesrecht gebildet, unabhängig und interdisziplinär besetzt sein. Die von ihr abgegebenen Bewertungen sind, wie im Arzneimittelbereich auch, Verwaltungsakte. Die Ethikkommission prüft die ethischen und rechtlichen Voraussetzungen der Prüfung, das BfArM die sicherheitstechnische Unbedenklichkeit des Produktes. Denn erst durch die umfassende materialtechnische, wissenschaftliche und ethische Begutachtung wird sichergestellt, dass das Verhältnis von Nutzen und Risiko angemessen bewertet werden kann. Zum Schutz der Sicherheit von Probanden und Patienten ist es notwendig, auftretende schwerwiegende unerwünschte Ereignisse während dieser Prüfungen umfassend zu erfassen, wissenschaftlich zu bewerten und gegebenenfalls Korrekturen zu veranlassen. Auch diese Aufgabe wird künftig das BfArM innehaben. Die Überwachung der Hersteller und der Anwender von Medizinprodukten ist eine wichtige Voraussetzung für die Patientensicherheit nach dem Marktzu-

Durch das Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus haben wir seit Juni 2009 die Betreuung durch Pflegekräfte, die pflegebedürftige Behinderte für sich beschäftigen, während einer stationären Krankenhausbehandlung vereinfacht. Pflegebedürftige Menschen mit Behinderung hatten bislang während der Dauer eines Krankenhausaufenthaltes keinen Anspruch gegen die jeweiligen Kostenträger auf Mitaufnahme ihrer Pflegekräfte in das Krankenhaus und auf Weiterzahlung der bisherigen entsprechenden Leistungen auch während der Dauer der Krankenhausbehandlung – dies wird nun geändert. Darüber hinaus regelt das Gesetz, dass schwerbehinderte Menschen künftig bei der unentgeltlichen Beförderung im öffentlichen Personenverkehr sich von einer Begleitperson begleiten lassen und gleichzeitig einen Hund mitführen können. Bislang konnte ein Hund nur anstatt einer Begleitperson mitgeführt werden. Der neue Leistungstatbestand „Hilfe für die Betreuung in einer Pflegefamilie“ stellt sicher, dass Leistungen der Eingliederungshilfe auch für die Betreuung körperlich und geistig behinderter Kinder und Jugendlicher

in einer Pflegefamilie gewährt werden. Damit wird erreicht, dass diese Möglichkeit als Alternative zur vollstationären Betreuung in Anspruch genommen wird, wenn dies dem Wohle des Kindes dient.

Außerdem wird mit dem Gesetz die Lehre der Palliativmedizin in den Rahmen des Studiums aufgenommen. Eine adäquate Versorgung Schwerstkranker und Sterbender ist Aufgabe aller Ärztinnen und Ärzte, Ausdruck der Fürsorge und Voraussetzung für eine wirksame Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung in der letzten Lebensphase. Fehlendes Wissen verursacht vielfach unnötiges Leiden durch wohlgemeinte, aber fachlich nicht indizierte Therapien in der letzten Lebensphase. Bisher sammelten Ärztinnen und Ärzte erste palliativmedizinische Erfahrungen überwiegend erst nach Abschluss des Medizinstudiums als Assistenzärztinnen und -ärzte oder erst nach der Niederlassung.

Zukünftig wird die Palliativmedizin als Pflichtlehr- und Prüfungsfach im Rahmen des Studiums der Medizin in die Approbationsordnung für Ärzte aufgenommen. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Studentinnen und Studenten der Medizin im späteren Berufsleben den Anforderungen an die Versorgung Schwerstkranker und Sterbender gewachsen sind und die umfassende und kompetente Versorgung dieser Menschen gewährleistet wird.

Das im Juni 2009 beschlossene Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften (15. AMG Novelle) dient im Wesentlichen der Anpassung des Arzneimittelgesetzes an europäische Verordnungen und Erfahrungen aus dem Vollzug. Im Falle der Verordnung über Kinderarzneimittel sind insbesondere Sanktionsvorschriften (Bußgeldbewehrungen) und Klarstellungen hinsichtlich der Kennzeichnung vorgesehen. So wird beispielsweise zukünftig geahndet, wenn ein pharmazeutischer Unternehmer ein Arzneimittel, das nachträglich auch mit einer kinderheilkundlichen Indikation zugelassen wurde, eine solche Indikation nicht angibt.

Arzneimittel für neuartige Therapien werden sachgerechten Regelungen unterworfen, damit die Versorgung der Patientinnen und Patienten mit diesen wichtigen zukunfts-trächtigen Arzneimitteln sicher gestellt werden kann. Solche Arzneimittel müssen, wenn sie für einen Patienten individuell hergestellt werden, alle Qualitätskriterien erfüllen. Sie bedürfen aber nicht der zentralen europäischen Zulassung, sondern es reicht eine nationale Genehmigung.

Zur weiteren Verbesserung der Arzneimittel- und Patientensicherheit ist vorgesehen, das Verbot von Arzneimittelfälschungen auf Wirkstoffe auszudehnen. Mit dem Anwendungsverbot bedenklicher Arzneimittel wird

eine Strafbarkeitslücke geschlossen. Zollbehörden wird eine effektivere Überwachungsmöglichkeit von Brief- und anderen Postsendungen eingeräumt, z. B. durch stichprobenartige Kontrollen, da vor allem im grenzüberschreitenden Postverkehr zunehmend auch gefälschte Arzneimittel nach Deutschland gelangen.

Außerdem wird dem pharmazeutischen Großhandel erstmals ein Anspruch gegenüber den pharmazeutischen Herstellern auf kontinuierliche und angemessene Belieferung eingeräumt. Daneben wurden mit dem Gesetz zahlreiche Regelungen außerhalb des Arzneimittelrechts beschlossen. Herauszuheben sind hier vor allem die Stärkung der sozialpsychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen sowie die Sicherung der Finanzierungsbasis von ambulanten und stationären Hospizen in der Versorgung von Sterbenden und Schwerstkranken (Palliativversorgung). Im Bereich der Kranken- und Altenpflege wird die Zugangsvoraussetzung für die Ausbildung künftig die abgeschlossene zehnjährige Schulbildung sein. Damit konnten die Weichen dafür gestellt werden, auch in Zukunft den Bedarf an gut ausgebildeten Kranken- und Altenpflegekräften zur Sicherstellung der Pflege decken zu können.

Auch für die ärztliche Versorgung konnte die SPD-Bundestagsfraktion zahlreiche Verbesserungen durchsetzen. So erhalten Politik und Öffentlichkeit durch neue Berichtspflichten künftig mehr Transparenz über die Vergütungssituation der Vertragsärzte. Unerlaubten Absprachen zwischen Kassen und Ärzten kann das Bundesversicherungsamt durch ein neues Instrumentarium effektiv entgegenwirken. Damit wird dem sogenannten „Up-Coding“, um höhere Zuweisungen aus dem Risikostrukturausgleich erhalten zu können, ein Riegel vorgeschoben.

Durch eine Übergangsregelung zu Abrechnungen von ambulanten Leistungen über private Rechenstellen konnten zudem die sogenannten Hausarztmodelle gesichert werden. Hier hat sich die SPD-Bundestagsfraktion in der Koalition durchsetzen und datenschutzrechtliche Bedenken ausräumen können, die sonst den Fortbestand der sinnvollen Hausarztmodelle gefährdet hätten. Der Datenschutz ist nun auch bei der Nutzung privater Rechenstellen in vollem Umfang gewährleistet.

Mit dem im Juni 2009 verabschiedeten Gesetz zur Einführung einer Modellklausel in die Berufsgesetze der Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten wird den Ländern die Möglichkeit eröffnet, in diesen vier Gesundheitsberufen eine akademische Ausbildung an Hochschulen zu erproben. Die entsprechenden Berufsgesetze werden dazu um eine Modellklausel erweitert, die eine Erprobung der akademischen Ausbildung bis zum

Jahr 2017 ermöglicht. Die beschlossene gesetzliche Regelung sieht außerdem vor, die Modellversuche wissenschaftlich ausführlich zu begleiten und auszuwerten. Auf der Grundlage dieser Auswertung wird der Bundestag dann frühestens ab dem Jahr 2015 darüber entscheiden, ob die akademische Ausbildung dieser Gesundheitsberufe zur Regel wird und die bisherige rein schulische Ausbildung ergänzt.

Rentenpolitik

Höhere Lebenserwartung, längere Ausbildungszeiten, weniger Beitragszahler – das sind die Fakten, mit denen wir uns in der Rentenpolitik auseinandersetzen müssen. Dabei ist und bleibt die gesetzliche Rentenversicherung für uns die wichtigste Säule der Altersversorgung.

Die entscheidenden Maßnahmen, um die langfristige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung sicherzustellen, sind in den letzten Jahren bereits erfolgt. Mit der Entscheidung, die Altersgrenze für die Regelaltersrente schrittweise auf 67 Jahre anzuheben, wird es langfristig gelingen, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung nicht über 22 Prozent steigt.

Ab 2012 wird hierfür das Renteneintrittsalter schrittweise um einen Monat, ab 2024 um zwei Monate pro Jahr erhöht, so dass ab 2029 das gesetzliche Renteneintrittsalter bei 67 Jahren liegt. Für die Geburtsjahrgänge ab 1964 gilt dann die Regelaltersgrenze 67 Jahre. Bis einschließlich 1963 Geborene erreichen die Regelaltersgrenze entsprechend früher.

Mit der schrittweisen Einführung der Rente mit 67 handeln wir klug und vorausschauend. Denn: Wir sind heute dafür verantwortlich, dass auch in Zukunft das Rentensystem funktioniert und Generationengerechtigkeit herrscht.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Anhebung des Rentenalters kein Selbstzweck, deshalb haben wir diese an die Erfüllung bestimmter Bedingungen geknüpft: Zeitgleich mit der Verabschiedung der Regelungen zur Anhebung der Altersgrenzen haben wir eine Vorbehaltsklausel verankert. Die Bundesregierung ist danach verpflichtet, ab 2010 regelmäßig darüber zu berichten, ob die Maßnahmen mit der Entwicklung der Arbeitsmarktlage und der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer vereinbar sind. Trotz aller Notwendigkeiten darf die Anhebung des Renteneintrittsalters nur umgesetzt werden, wenn sie mit den tatsächlichen Entwicklungen im Einklang steht.

Ein zentrales Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, die Verbesserung der Beschäf-

Die Akademisierung soll in den Berufsgruppen vor allem den Eingang neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Ausbildungs- und Berufspraxis sowie eine generelle Anhebung des Berufsniveaus erreichen. Die modellhafte Erprobung in zwei Ausbildungsjahren soll zeigen, ob sich diese Erwartungen erfüllen und ob sich eine akademische Ausbildung in der Praxis bewährt.

tigungschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Vordergrund zu rücken. Wir brauchen die Erfahrung, das Wissen und die Urteilskraft der bereits langjährig Beschäftigten. Dieses Potenzial darf nicht ungenutzt bleiben. Mit unserer Politik haben wir Erfolg. Seit 1998 ist die Erwerbstätigkeit der über 55-Jährigen von 37,7 Prozent auf 52,5 Prozent gestiegen. Daher macht es auch Sinn, die Rente mit 67 in einem Atemzug mit der Initiative 50plus zu nennen.

Mit der Initiative 50plus haben wir ein Bündel von Maßnahmen eingeführt, mit denen Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter verbessert und die Langzeitarbeitslosigkeit unter Älteren verringert werden sollte.

- Die berufliche Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in kleinen und mittleren Betrieben wird gefördert. Künftig können Beschäftigten bereits ab 45 Jahren (statt wie bisher ab 50 Jahren) in Betrieben mit bis zu 250 Arbeitnehmern (statt 100 Arbeitnehmer) die Weiterbildungskosten erstattet werden. Damit werden frühzeitig Anreize für die Weiterbildung gesetzt.

- Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können bei einer Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt oftmals nicht das Entgelt aus ihrer früheren Beschäftigung erzielen. Hier setzt die Entgeltssicherung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als neuer Kombilohn an. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Anspruch auf Arbeitslosengeld von mindestens 120 Tagen haben einen Rechtsanspruch auf einen teilweisen Ausgleich der Differenz zwischen dem Nettoentgelt vor der Arbeitslosigkeit und dem Nettoentgelt, das sie in der neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erhalten. Die Nettoentgeltdifferenz wird im ersten Jahr zu 50 Prozent und im zweiten Jahr zu 30 Prozent ausgeglichen. Darüber hinaus werden die Beiträge zur gesetz-

Entwicklung der Beschäftigtenquote für 55- bis 64-Jährige in Deutschland

Angaben in Prozent



*viertes Quartal

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

lichen Rentenversicherung aus der neuen Beschäftigung durch einen Zuschuss auf 90 Prozent der früheren Beiträge aufgestockt.

- Arbeitgeber können im Rahmen einer Ermessensregelung künftig Eingliederungszuschüsse erhalten, wenn sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, einstellen und mindestens ein Jahr beschäftigen. Voraussetzung ist, dass die Eingestellten in den letzten sechs Monaten arbeitslos waren oder an bestimmten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilgenommen oder persönliche Vermittlungshemmnisse haben. Die Eingliederungszuschüsse werden den Arbeitgebern für mindestens ein Jahr, höchstens drei Jahre in Höhe von mindestens 30 Prozent und höchstens 50 Prozent der Lohnkosten gewährt.
- Die Regelung über befristete Arbeitsverträge mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab Vollendung des 52. Lebensjahres wird neu gestaltet.
- Künftig ist Voraussetzung für die sachgrundlose Befristung des Arbeitsvertrages, dass die ältere Arbeitnehmerin oder der ältere Arbeitnehmer unmittelbar vor Beginn des befristeten Arbeitsverhältnisses mindestens vier Monate beschäftigungslos war, Kurzarbeitergeld bezogen oder an einer öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahme teilgenommen hat. Die Höchstbefristungsdauer bei demselben Arbeitgeber wird fünf Jahre betragen. Die Neuregelung entspricht den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs, der für eine erleichterte Befristung Älterer verlangt hat, dass deren persönliche Situation auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt wird.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Interessen der Rentnerinnen und Rentner ebenso im Blick, wie die nachhaltige finanzielle Sicherung der Rentensysteme für die junge Generation. Die Höhe der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ist in Deutschland an die Entwicklung der Löhne und Gehälter gekoppelt. Wenn diese ansteigen und die Beschäftigten mehr Geld zur Verfügung haben, dann werden auch die Renten angehoben. Umgekehrt müssen die Rentnerinnen und Rentner auf einen Anstieg ihrer Ruhegelder verzichten, wenn auch die Beschäftigten keine Lohnzuwächse erzielen können.

In diesem Jahr steigen die Renten in Westdeutschland um 2,41 Prozent und im Osten um 3,38 Prozent. So stark sind die Renten im Westen seit 1994 und im Osten seit 1997 nicht mehr gestiegen. Nach 0,54 Prozent in 2007 und 1,1 Prozent in 2008 ist es gut, dass es diese kräftige Erhöhung gibt. Die Erhöhung gibt einen Schub für die Binnennachfrage und zeigt, dass auch in der Krise auf unseren Sozialstaat Verlass ist.

Im Juni 2009 haben wir eine Ausweitung der Schutzklausel bei der Rentenanpassung beschlossen. Die Änderung stellt sicher, dass es auch bei einer negativen Lohnentwicklung nicht zu einer Verringerung der geltenden aktuellen Rentenwerte kommen kann. Wir wollen mit dieser Maßnahme verhindern, dass kurzfristige negative Entwicklungen der Löhne der Beschäftigten nicht zu Rentenminderungen führen. Damit wird vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise für die Rentnerinnen und Rentner essentielles Vertrauen in die Sicherheit ihrer Renten geschaffen. Zudem wird so sicher gestellt, dass eine Absenkung des aktuellen Rentenwerts in einer Krisensituation nicht weiter die Binnennachfrage

schwächt. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass in diesem Fall die unterbliebenen Minderungswirkungen nachgeholt werden müssten, so dass die Rente auch künftig grundsätzlich der Einkommensentwicklung folgt.

Wir wissen, dass die betriebliche Altersversorgung als zweite Säule unseres Alterssicherungssystems eine immer wichtigere Rolle spielt. Die SPD hat mit der Rentenreform 2001 die staatliche Förderung der zweiten Säule des Alterssicherungssystems verbessert. Seit Januar 2002 haben Beschäftigte grundsätzlich das Recht, einen Teil ihres Lohns oder Gehalts zugunsten einer betrieblichen Altersvorsorge umzuwandeln, um später eine Betriebsrente zu erhalten. Beiträge, die zur betrieblichen Altersvorsorge in eine Pensionskasse, einen Pensionsfonds oder eine Direktversicherung investiert werden, sind bis zu einer Grenze von vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der Gesetzlichen Rentenversicherung steuer- und sozialversicherungsfrei.

Mittlerweile betreiben einige Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die sozialversicherungsfreie Entgeltumwandlung. Diese Renaissance der Betriebsrente ist sehr erfreulich. Ohne sie wäre für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge weitaus schwieriger.

Um diese zweite Säule der Alterssicherung in Deutschland weiter zu stärken, hat die Große Koalition beschlossen, die Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung über das Jahr 2008 hinaus unbefristet fortzusetzen. Zusammen mit der entsprechenden Steuerfreiheit ergibt sich so eine solide und dauerhafte Grundlage für die Förderung der betrieblichen Altersversorgung.

Die private Vorsorge bildet das dritte Standbein der Alterssicherung in Deutschland. Immer mehr Menschen in Deutschland erkennen diese Notwendigkeit und den Nutzen zusätzlicher finanzieller Absicherung nach dem Arbeitsleben.

Die „Riester-Rente“ ist hierbei ein besonderer Erfolg: Mehr als 12 Millionen Menschen betreiben die staatlich geförderte Altersvorsorge. Und sie suchen sich mit der „Riester-Rente“ das Instrument aus, das Sicherheit bietet und sich am meisten lohnt – gerade auch dann, wenn parallel eine Familie zu versorgen ist und nicht so viel Geld zur Verfügung steht:

Wer vier Prozent seines sozialversicherungspflichtigen Vorjahreseinkommens (mindestens 60 Euro jährlich bzw. 5 Euro monatlich) als Eigenbeitrag in den Aufbau einer „Riester-Rente“ investiert, profitiert von staatlicher Förderung in Form von Grund- und Kinderzulagen bzw. steuerlichen Sparmöglichkeiten.

Zum Jahresbeginn 2008 haben wir die „Riester-Rente“ noch attraktiver gestaltet:

- Kinderzulage: Für ab dem 1.1.2008 geborene Kinder wurde die Kinderzulage von 185 auf 300 Euro erhöht.
- „Wohn-Riester“: Mit dem sogenannten „Eigenheimrentengesetz“ wird die selbstgenutzte eigene Wohnimmobilie in die steuerlich geförderte Altersvorsorge aufgenommen.
- Berufseinsteiger-Bonus: Jugendliche unter 21 Jahren, die einen Riester-Vertrag ab-

schließen, erhalten eine Förderung von einmalig 100 Euro.

- EU/BU-Rente: Der für die staatliche Altersvorsorge förderberechtigte Personenkreis wird auf Erwerbsminderungs- und Berufsunfähigkeits-Rentner ausgeweitet.

Mit dem Betriebsrentengesetz haben wir die Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung zukunftssicherer ausgestaltet, in dem wir die Finanzierung auf eine volle Kapitaldeckung umgestellt haben. Durch diese

Umstellung von der Teilumlagefinanzierung auf volle Kapitaldeckung stabilisieren wir langfristig die Insolvenzversicherung von Betriebsrenten. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringt die Umstellung Vorteile: Sie können sich in Zukunft noch stärker auf den Schutz ihrer Betriebsrente vor dem Risiko einer Insolvenz ihres Arbeitgebers verlassen. Das Gesetz macht die betriebliche Altersversorgung robuster und attraktiver. Es ist Teil der nachhaltigen Alterssicherungspolitik der Bundesregierung.

Familien-, Senioren-, Frauen- und Jugendpolitik

Familienpolitik hat für uns Sozialdemokratinen und Sozialdemokraten einen hohen Stellenwert. Wir unterstützen alle Anstrengungen für eine Gesellschaft, in der jedes Kind gute Chancen und gute Lebensbedingungen hat sowie seine Potenziale und Möglichkeiten entfalten kann. Wir wollen bessere und familienfreundlichere Rahmenbedingungen schaffen. Dabei steht die Schaffung von Bildungschancen von Anfang an im Vordergrund.

Eine moderne und sozial gerechte Familienpolitik ist für Familien und ihre Kinder entscheidend, aber auch wichtig für die zukünftige Entwicklung unseres Landes. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir in der Familienpolitik eine neue Richtung eingeschlagen: Weg von einer einseitig auf die Erhöhung von Geldtransfers an Familien ausgerichteten Politik, hin zu einem intelligenten Zusammenspiel aus Infrastruktur, Zeit und Geld. Dazu sind der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen, das Elterngeld, die flexible Elternzeit, das Recht auf Teilzeit, die steuerliche Begünstigung von Familien, der Kinderzuschlag, die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, die „Allianz für Familie“ und die „Lokalen Bündnisse für Familie“ wichtige Bausteine, die von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entwickelt und umgesetzt wurden.

Wir haben gegen den anfänglichen Widerstand der Union den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag ab 2013 festgeschrieben. Der Rechtsanspruch für alle Kinder auf Bildung und Betreuung ab Eins wird eine kleine Revolution für Familien auslösen. Künftig können sich Mütter und Väter auch in Deutschland darauf verlassen, für ihre Kinder einen Betreuungsplatz zu bekommen. Damit bekommen sie die Garantie, ab dem ersten Geburtstag ihres Kindes Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können.

Junge Eltern erwarten zu Recht, dass sie nach den ersten 12 oder 14 Lebensmonaten

ihres Kindes in den Beruf zurückkehren können. Dafür brauchen sie ein entsprechendes Angebot. Wir wollen den Familien mit dem Ausbau der Krippenplätze dieses Angebot unterbreiten.

Damit sind auch bessere Bildungschancen für alle Kinder verbunden. Ein mehrjähriger Kitabesuch macht fit für die Schule und gleicht elterntauschbedingte Startschwierigkeiten aus.

Für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote stellt der Bund bis zum Jahr 2013 rund 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Darüber hinaus wird sich der Bund dauerhaft an den Betriebskosten beteiligen. Nur so wird es tatsächlich zu dem angestrebten Ausbau durch Kommunen und Länder kommen.

Während der Verhandlungen über den Rechtsanspruch haben wir den unsinnigen Vorschlag der Union bezüglich eines Betreuungsgeldes auf Eis gelegt. Die Formulierung im Kinderförderungsgesetz dazu ist wirkungslos.

Mit dem Elterngeld fördern wir seit dem 1. Januar 2007 Familien in den ersten 12 bzw. 14 Monaten nach der Geburt eines Kindes. Damit haben wir ein zentrales Wahlversprechen der SPD eingelöst. Es wurde bereits in der letzten Legislaturperiode im SPD-geführten Bundesfamilienministerium nach skandinavischem Vorbild entwickelt und dann in der Großen Koalition umgesetzt.

Das Elterngeld setzt mit seiner Konstruktion als zeitlich befristete Einkommensersatzleistung für Mütter und Väter wichtige Anreize zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Elterngeld ersetzt das wegen der Betreuung eines neugeborenen Kindes wegfallende Elterneinkommen in Höhe von 67 Prozent. Es ist unerheblich, ob die Eltern alleinerziehend, verheiratet oder ohne Trauschein ein Kind großziehen. Das Elterngeld sorgt insbesondere durch die sog. Partnermonate für eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit.

Durch den Sockelbetrag von monatlich 300 Euro, den Höchstbetrag von 1.800 Euro für Gutverdienende, einen Geschwisterbonus für Mehrkindfamilien und die besondere Regelung für Geringverdienerinnen und Geringverdiener, ist auch für die soziale Ausgewogenheit des neuen Elterngeldes gesorgt. 22 Prozent der Eltern profitieren beispielsweise vom Geringverdienerzuschlag. Die Evaluation des Elterngeldes zeigt, dass das Elterngeld Armut reduziert.

Im November 2008 haben wir eine Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes beschlossen. Minderjährige Eltern sollen bei der Betreuung und Erziehung ihres Kindes durch die Großeltern unterstützt werden können. Deshalb sind diese Großeltern künftig berechtigt, gegenüber ihren Arbeitgebern Elternzeit zu beanspruchen.

Wir haben den Kinderzuschlag weiterentwickelt. Viele erwerbstätige Eltern brauchen diese zusätzliche Unterstützung, weil ihr Einkommen nicht ausreicht, um den Unterhalt für die ganze Familie zu sichern. Von der Weiterentwicklung des Kinderzuschlags können seit Oktober 2008 bis zu 250.000 Kinder profitieren, das sind rund 150.000 mehr als bisher. Wir wollen mehr Familien in Deutschland aus der Armut herausholen und ihnen Perspektiven geben. Dafür sind die Verbesserungen beim Kinderzuschlag ein Fortschritt.

Mit dem Familienleistungsgesetz, das wir im Dezember 2008 verabschiedet haben, entlasten wir Familien zukünftig jährlich um mehr als 2 Milliarden Euro. Das Gesetz umfasst eine gestaffelte Kindergelderhöhung um monatlich mindestens 10 Euro pro Kind. Der Kinderfreibetrag sowie der Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf werden insgesamt um etwas mehr als 200 Euro auf 6.024 Euro jährlich angehoben. Die Förderung von familienunterstützenden Dienstleistungen wird deutlich vereinfacht und die Möglichkeit erweitert,

diese Leistungen steuerlich geltend zu machen. Schließlich enthält das Gesetz Regelungen für ein sog. Schulbedarfspaket. Kinder und Jugendliche aus Familien, die von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe leben, bekommen bis zum Abitur jeweils zu Beginn des Schuljahres einen zusätzlichen Betrag von 100 Euro für die notwendige Ausstattung mit Schul- und Unterrichtsmaterialien. Die Union hatte sich zunächst geweigert, das Schulbedarfspaket bis zum Abitur zu bezahlen. Letztendlich konnten wir uns aber durchsetzen.

Im Zuge des Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung haben wir die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten deutlich verbessert. Die Regelung, die seit dem 1. Januar 2006 gilt, ist eine gute Regelung für alle Familien. Sie sind die Gewinner, denn sie zahlen jährlich insgesamt rund 500 Millionen Euro weniger Steuern. Alleinerziehende und Paare, bei denen beide erwerbstätig sind, können vom ersten Euro an pro Kind unter 14 Jahren $\frac{2}{3}$ der Kinderbetreuungskosten bis zu einer Obergrenze von 4.000 Euro im Jahr steuerlich geltend machen. Die Absetzbarkeit ab dem ersten Euro war uns wichtig, damit auch Geringverdienerinnen und Geringverdiener – darunter viele Alleinerziehende – steuerlich entlastet werden.

Paare, bei denen ein Elternteil erwerbstätig ist, können anfallende Kindergartenbeiträge für Kinder vom 3. bis zum 6. Lebensjahr ebenfalls vom ersten Euro an zu $\frac{2}{3}$ steuerlich als Sonderausgaben geltend machen.

Das Thema des wirksamen Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor medialen Gewaltdarstellungen, insbesondere gewaltbeherrschten Computerspielen ist uns wichtig. Wir haben daher das Jugendschutzgesetz angepasst und verbessert: Der Katalog der schwer jugendgefährdenden Trägermedien, die Kraft Gesetzes indiziert sind, wird im Hinblick auf Gewaltdarstellungen erweitert. Weiterhin werden die im Gesetz genannten Indizierungskriterien in Bezug auf mediale Gewaltdarstellungen präzisiert. Auch die Mindestgröße und Sichtbarkeit der Alterskennzeichen der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) werden gesetzlich festgeschrieben.

Mit dem Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen (Zugangserschwerungsgesetz – ZugErschwG) haben wir im Juni 2009 den Entwurf eines Gesetzes gegen Kinderpornographie in vielen Punkten entscheidend verbessert. Sexueller Missbrauch von Kindern ist ein abscheuliches Verbrechen. Die kommerzielle Verbreitung über das Internet ist zu bekämpfen.

Die Sperrung kann und wird die Nachfrage dämpfen. Auch wenn man mit einer solchen Zugangssperre nicht jegliche Verbreitung im Internet ausschließen sondern nur erschweren kann – es ist wichtig, die Hemmschwelle und damit die Sensibilität im Umgang mit solchen kriminellen Inhalten deutlich zu erhöhen. Dem dient auch die vorgesehene Umleitung auf eine Stoppsseite, die sich etwa in Norwegen bewährt hat. Wir haben erreicht, ein eigenständiges Gesetz auf die Beine zu stellen anstatt das Telemediengesetz zu ändern. Damit stellen wir klar, dass nur kinderpornographische Inhalte – wegen ihrer besonderen Schwere – gesperrt werden dürfen. Wir haben die Forderung „Löschen vor Sperrern“ durchgesetzt: Die Löschung von Seiten mit kinderpornographischen Inhalten wird einer Sperrung vorgezogen.

Wir haben im März 2009 den zivildienst zum Lerndienst weiter entwickelt. Der Zivildienst vermittelt jungen Männern wichtige soziale Schlüsselqualifikationen wie Verantwortungsbereitschaft sowie Kommunikations- und Teamfähigkeit. Diese Lernprozesse sollen gesichert und ergänzt werden, um die persönliche und soziale Kompetenz der Dienstleistenden nachhaltig zu stärken.

In den parlamentarischen Verhandlungen haben wir erreicht, die Seminare zur Förderung der persönlichen und sozialen Kompetenzen obligatorisch auszugestalten. Damit tragen wir noch besser dem Ziel, den Zivildienst als Lerndienst zu gestalten, Rechnung. Außerdem greifen wir eine zentrale Forderung der Fachorganisationen auf. Ab 2011 stellen wir hierfür 13,5 Millionen Euro zusätzlich aus dem Bundeshaushalt bereit.

Des Weiteren haben wir in den parlamentarischen Beratungen eine untergesetzliche Lösung gefunden, die in Fällen eines Freiwilligen Jahres nach § 14c des Zivildienstgesetzes eine Umsatzsteuerpflicht weitgehend vermeidet. Damit werden die Rahmenbedingungen, unter denen anerkannte Kriegsdienstverweigerer einen Jugendfreiwilligendienst anstelle eines Zivildienstes absolvieren können, erleichtert.

Im März 2008 haben wir mit dem Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten die Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste verbessert. Mit dem Gesetz wurden das Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres (FSJ) und das Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ) zusammengeführt. Um den Interessenkreis für ein FSJ oder FÖJ zu erweitern und die Vereinbarkeit mit verschiedenen Lebenssituationen der jungen Menschen zu verbessern, werden die Dienste stärker flexibilisiert. Die Regeldienstdauer beträgt 12 Monate, die Mindestdienstdauer sechs und die Höchstdienstdauer 18 Monate. In Ausnah-

mefällen können junge Menschen ein FSJ oder FÖJ bis zu 24 Monaten absolvieren.

Bei der Gleichstellung von Frauen und Männern gilt ein besonderes Augenmerk der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Immer noch verdienen Frauen durchschnittlich rund ein Viertel weniger als Männer und sind in Führungspositionen kaum vertreten. Daher haben die Koalitionsfraktionen einen Antrag mit dem Ziel verabschiedet, die Chancengleichheit von Frauen im Erwerbsleben zu verbessern.

Unserem entschiedenen Einsatz ist es auch zu verdanken, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verabschiedet und die Antidiskriminierungsstelle im Bundesministerium (FSFJ) aufgebaut wurde. Wir haben dafür gesorgt, dass Personen wegen ihrer ethnischen Herkunft, Behinderung, Alter, Geschlecht, Religion, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung nicht ungerechtfertigt benachteiligt werden dürfen.

Mit einem Antrag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie einem weiteren Antrag Frauen und Mädchen mit Behinderungen wirksam vor Gewalt schützen und Hilfsangebote verbessern haben wir deutlich gemacht, dass dieses Thema konsequent weiter verfolgt wird und werden muss; ebenso mit dem Antrag Die Situation von Frauenhäusern verbessern. Ebenso haben wir uns in einem weiteren Antrag dafür stark gemacht, unter einem ganzheitlichen Ansatz die Genitalverstümmelung an Mädchen und Frauen weiter zu bekämpfen.

Alter(n) hat Zukunft! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen eine älter werdende Gesellschaft als Chance. Wir stehen für eine Politik, die an den Ressourcen älterer Menschen – Erfahrungen, Kompetenzen und Zeit – ansetzt und haben daher die generationsübergreifenden Freiwilligendienste entwickelt. Das neue Modellprogramm „Freiwilligendienste aller Generationen“ knüpft daran an.

Alle Menschen haben das Recht auf ein menschenwürdiges Altern. Wir richten ein besonderes Augenmerk auf diejenigen, die unserer Unterstützung, Hilfe und Pflege bedürfen. Wir als SPD haben daher die charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen auf den Weg gebracht, die die Rechte dieser Menschen und ihrer Angehörigen in Deutschland beschreibt. Viele Einrichtungen und Dienste setzen diese Charta um.

Die meisten älteren Menschen wollen solange wie möglich in ihrer Wohnung und ihrem Stadtteil leben und wohnen. Wir als SPD haben das Programm „Baumodelle der Altenhilfe und der Behindertenhilfe“ entwickelt, mit dem u.a. neue Wohnformen gefördert werden. Das Programm „Neues Wohnen – Beratung und Kooperation für mehr Lebensqualität im Alter“ soll das Wohnumfeld älterer Menschen

sowie das Zusammenwirken von Jung und Alt im Stadtteil verbessern.

Wir haben im Mai 2009 das Gesetz zur Neuregelung der zivilrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes beschlossen. Eine Neuregelung war nötig, da nach der Föderalismusreform die Gesetzgebungskompetenz für die ordnungsrechtlichen Vorschriften des bisherigen Heimgesetzes bei den Ländern liegt, der Bund kann nur noch zivilrechtliche Regelungen in diesem Bereich treffen.

Kern dieses Gesetzentwurfes ist das neue Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz: Es ist als modernes Verbraucherschutzgesetz für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung angelegt. Ältere sowie pflegebedürftige oder behinderte volljährige Menschen sollen bei Abschluss und Durchführung von Verträgen über die Überlassung von Wohnraum mit Pflege- oder Betreuungsleistungen vor Benachteiligungen geschützt werden. Dadurch werden sie in einer möglichst selbstständigen und selbstbestimmten Lebensführung unterstützt. Der Entwurf umfasst Vorschriften über vorvertragliche Informationspflichten, Vertragsinhalt, Vertragsanpassung, Entgelterhöhung, Gewährleistung und Kündigung. Zusätzlich dienen Regelungen u. a. auch der Harmonisierung mit Vorschriften des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI).

Besonderer Schwerpunkt:

Kampf gegen Rechtsextremismus

Der Kampf gegen Rechts ist und bleibt eine zentrale Aufgabe für alle Demokratinnen und Demokraten. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein innenpolitischer Schwerpunkt und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Es ist Aufgabe der gesamten demokratischen Gesellschaft und all ihrer Institutionen, dafür zu sorgen, dass vor allem junge Menschen auch in für sie schwierigen wirtschaftlichen Zeiten und in persönlich gefühlter sozialer Unsicherheit nicht von verfassungsfeindlichen, menschenverachtenden und rassistischen Parolen beeinflusst werden.

Der Verfassungsschutzbericht 2008 ist Grund zur Besorgnis. Die Anzahl der Straftaten, die dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ zuzuordnen sind, ist auf mehr als 20.000 gestiegen, darunter mehr als 1.000 Gewalttaten. Ein besorgniserregender Rekord. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 16 Prozent.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Projekte und Initiativen, die sich im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus engagieren, eine Vielzahl staatlicher Maßnahmen ergriffen. Die Große Koalition hat in dieser Legislaturperiode die Programme gegen

Rechtsextremismus weitergeführt und auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet.

Durch das starke Engagement der SPD-Bundestagsfraktion konnte erreicht werden, dass weitere 5 Millionen Euro jährlich für das von 2007 bis 2010 aufgelegte Bundesprogramm „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ investiert werden. Zentrales Anliegen ist der Aufbau von Beratungsnetzwerken in jedem Bundesland, die Anlaufstelle für Kommunen, Opfer, Projekte und Initiativen sein sollen.

2007 ist das Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ als Nachfolgeprogramm der unter der rot-grünen Bundesregierung geschaffenen Programme civitas und entimon angelaufen. Dafür stehen 19 Millionen Euro jährlich bereit. Von 2008 bis 2011 geht xenos, dank des Europäischen Sozialfonds (ESF), wieder an den Start. Das Programm verfolgt das Ziel, Demokratiebewusstsein und Toleranz zu stärken und Fremdenfeindlichkeit und Rassismus abzubauen. Dabei geht es vor allem um präventive Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. Zudem ist es der SPD-Bundes-

tagsfraktion gelungen, die Mittel für das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt aufzustocken und Kürzungen bei der Bundeszentrale für Politische Bildung zu verhindern.

Mit großer Mehrheit hat der Deutsche Bundestag im November 2008 einen Antrag mit dem Titel „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ beschlossen. An dessen Umsetzung wird derzeit gearbeitet.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Intoleranz sowie rechtsextreme und antisemitische Einstellungen in unserer Gesellschaft keinen Raum haben. Die gesamte Zivilgesellschaft ist gefordert, sich hierfür zu engagieren. Ziel ist es, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und Extremismus zu bekämpfen. Es geht um Respekt für andere, Demokratie, Toleranz und die Bekämpfung des Antisemitismus. Wir setzen auf ein engeres Zusammenwirken mit Ländern und Kommunen, mit Medien, mit den Kirchen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, mit Sportvereinen, mit den Jugendverbänden und vielen anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Bildungs- und Forschungspolitik

Die SPD ist die Bildungs- und Innovationspartei. Nur die Verbesserung von Chancengleichheit in der Bildung eröffnet neue Zukunft- und Teilhabechancen und bessere Lebensperspektiven für jeden Einzelnen. Und nur eine gesellschaftlich verantwortliche und innovationsorientierte Forschungs- und Technologiepolitik sichert die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte und Dienstleistungen und damit die Arbeitsplätze und Sozialsicherungssysteme von morgen.

Der Bundeshaushalt für Bildung und Forschung wird im Jahr 2009 mit 10,829 Milliarden Euro (inkl. BAföG-Darlehensanteil) einen neuen Höchststand erreichen. Der Bildungs- und Forschungs-Etat ist damit allein seit 2005 um rund 43 Prozent gestiegen. Nicht eingerechnet sind die erheblichen Investitionsmittel aus den Konjunkturpaketen und die Mittel des von der SPD durchgesetzten Ganztagserschulungsprogramms, für das bis 2009 insgesamt vier Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Eindrucksvoll ist die Bilanz unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung insgesamt: Seit 1998 konnten wir über 72 Prozent mehr Mittel im BMBF-Haushalt für Bildung und Forschung realisieren – eine klare Aussage und eine klare Priorität. Unser

Ziel ist es, wie beim Bildungsgipfel von Bund und Ländern vereinbart, die Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts weiter zu steigern.

Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Unser Ziel bleibt es, sozialen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und gleiche Chancen auf bessere Bildung für alle Menschen zu verwirklichen. Unsere bildungspolitischen Schwerpunkte legen wir im Rahmen unserer Bundeszuständigkeiten auf alle Phasen des individuellen Lebenslaufs: Dies beginnt mit der Stärkung der frühen und individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen in der vorschulischen wie der schulischen Phase.

Bereits in der vorherigen Legislaturperiode haben wir das Ganztagserschulungsprogramm auf den Weg gebracht. Der Bund hat insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um das Ganztagserschulungsangebot in Deutschland deutlich auszubauen. Die Große Koalition hat die Abrufbarkeit der Mittel bis Ende 2009 verlängert. Trotz der anfänglichen Gegenwehr unionsregierter Länder ist das Ganztagserschulungsprogramm ein voller Erfolg. Mittlerweile sind Maßnahmen an über 6.900 Schulen durchgeführt worden.

Für Kinder aus sozial schwächeren Familien haben wir das Schulbedarfspaket eingeführt. Mit dem Schulbedarfspaket wird Kindern und Jugendlichen aus Familien, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können, eine jährliche Zusatzleistung in Höhe von 100 Euro für die schulische Bildung gewährt. Die SPD hat gegen die CDU/CSU durchgesetzt, dass diese Leistung bis zum Abitur gezahlt wird – und nicht nur wie von der Union gewollt bis zur 10.Klasse. Außerdem können auch Berufsschüler gefördert werden, die keine Ausbildungsvergütung beziehen.

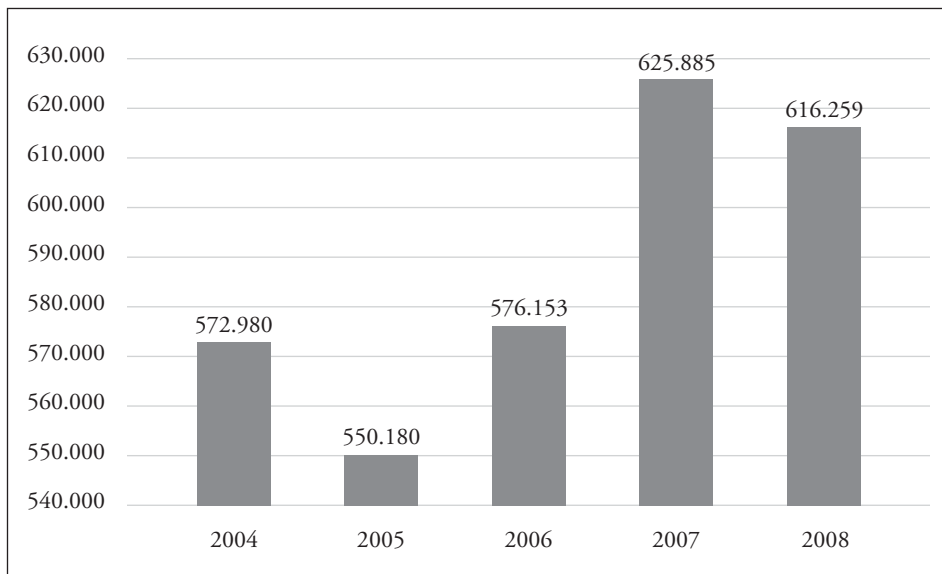
Wir haben die Erhöhung des BAföG ab dem Wintersemester 2008/2009 beschlossen. Für uns ist und bleibt BAföG das zentrale politische Mittel, um eine echte Chancengleichheit in der Hochschulbildung zu sichern. Die Erhöhung ist ein sozialdemokratischer Erfolg und konnte gegen den Widerstand der Union durchgesetzt werden. Mit der Gesetzesänderung haben wir die Bedarfssätze und die Freibeträge um 8 Prozent angehoben. Damit steigt beispielsweise der Förderhöchstsatz für Studierende von bisher 585 Euro auf etwa 643 Euro. Da die Fördersätze in der beruflichen Aufstiegsfortbildung, dem so genannten Meister-BAföG, an das BAföG gekoppelt sind, wurden diese ebenfalls entsprechend angehoben. Mindestens genauso wichtig wie die Anhebung der Bedarfssätze, ist die Erhöhung der Freibeträge. Denn diese erhöht im Effekt die Einkommensgrenzen, bis zu denen ein BAföG-Anspruch besteht. Im Ergebnis werden wir im Jahr 2009 die Bundesmittel für das BAföG von 780 Millionen Euro im Jahr 1998 auf voraussichtlich knapp 2,1 Milliarden Euro gesteigert haben. 2009 fördern wir voraussichtlich rund 380.000 junge Menschen mehr als noch vor zehn Jahren.

Neben der Anhebung der Fördersätze und Freibeträge konnten mit der jüngsten BAföG-Novelle eine Reihe weiterer Verbesserungen für die Studierenden erreicht werden: Wir haben die Obergrenze, bis zu der BAföG-Empfänger im Rahmen von Nebenjobs ohne Anrechnung auf das BAföG hinzuverdienen können, auf einheitlich 400 Euro monatlich angehoben. Mit dem neuen Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro für das erste und je 85 Euro für jedes weitere Kind leisten wir einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung. Außerdem haben wir die Förderung des Auslandsstudiums verbessert: BAföG-Empfänger können ihre Förderung künftig schon ab dem ersten Semester für ein Studium im EU-Ausland oder in der Schweiz verwenden.

Praktika sind in vielen Bereichen unverzichtbar. Sie verschaffen Einblicke in die

Neue Ausbildungsverträge

Angaben in Tausend



Quelle: Berufsbildungsbericht 2009

Arbeitswelt und sind wichtige Bestandteile von Bildung und Ausbildung. Aber es gibt auch unfaire, so genannte Scheinpraktika, in denen Arbeitsplatzsuchende ausgebeutet werden. Ohne oder nur mit geringer Bezahlung und sozialer Absicherung werden sie als Ersatz für reguläre Arbeitskräfte beschäftigt. Im April 2008 hat die SPD-Bundestagsfraktion Eckpunkte beschlossen, um die Rahmenbedingungen für Praktikanten zu verbessern und Missbrauch beim Berufseinstieg zu verhindern. Zu unseren Vorschlägen gehören die gesetzliche Abgrenzung von Praktikum und Arbeitsverhältnis, die Schriftformerfordernis für Praktikantenverträge, die Klarstellung von Vergütungsansprüchen, die Umkehr der Beweislast, sowie die Streichung der Ausschlussfristen bei Missbrauch. Die Umsetzung entsprechender gesetzlicher Regelungen ist am Widerstand der Union gescheitert.

Im März 2007 wurde der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ inhaltlich weiterentwickelt und bis 2010 verlängert. Der Ausbildungspakt war vor drei Jahren von der SPD-Bundestagsfraktion maßgeblich mit auf den Weg gebracht worden, um das Angebot an Ausbildungsplätzen im dualen Berufsbildungssystem zu stärken und allen ausbildungswilligen Jugendlichen ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot zu unterbreiten. Im Zuge der Verlängerung des Ausbildungspaktes hat die Wirtschaft ihre Zusage zur Schaffung von Ausbildungsplätzen auf 60.000 neue Lehrstellen pro Jahr verdoppelt und außerdem zugesagt, künftig 30.000 neue Ausbildungsbetriebe pro Jahr zu gewinnen.

Der Ausbildungspakt hat zu einer neuen Dynamik im Engagement aller Verantwortli-

chen und zu einer deutlichen Stärkung des Ausbildungsangebots beigetragen. Bereits im Paktjahr 2006 konnten mit 576.000 Ausbildungsverträgen so viele Lehrstellen verzeichnet werden wie seit 2001 nicht mehr. 2007 wurde mit einer weiteren Steigerung auf 626.000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge der zweithöchste Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. 2008 wurde die Marke von 600.000 Ausbildungsverträgen erneut deutlich überschritten. Damit hat der Ausbildungspakt in den letzten Jahren vielen Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz verholfen.

Allerdings ist auch klar geworden, dass der Pakt wichtige strukturelle Probleme am Ausbildungsmarkt nicht lösen kann. Noch immer finden zu viele Bewerberinnen und Bewerber keinen Ausbildungsplatz. Der Anteil der sogenannten Altbewerberinnen und Altbewerber, die schon seit einem Jahr oder länger vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, ist weiter gestiegen. Um diesen jungen Menschen gezielt unter die Arme zu greifen, hat der Deutsche Bundestag 2008 auf Initiative der SPD den Ausbildungsbonus beschlossen. Der Ausbildungsbonus ist ein bis Ende 2010 befristetes Sonderinstrument, das förderungsbedürftigen Jugendlichen – v.a. Altbewerberinnen und Altbewerbern – helfen soll, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden. Unternehmen können 4.000 bis 6.000 Euro erhalten, wenn sie für diese Jugendlichen einen zusätzlichen Ausbildungsplatz anbieten.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise wird es mehr Insolvenzen geben. Um Auszubildenden zu helfen, die ihren Ausbildungsplatz durch die Insolvenz ihres Ausbildungsbetrie-

bes verlieren, haben wir den Ausbildungsbonus im Sommer 2009 erweitert: Wenn ein Betrieb es Lehrlingen ermöglicht, ihre Ausbildung nach der Insolvenz fortzusetzen, soll dies künftig mit dem Ausbildungsbonus gefördert werden können – und zwar unabhängig davon, ob der Ausbildungsplatz im Betrieb zusätzlich eingerichtet wird oder der Azubi nur schwer vermittelbar ist. Außerdem setzen wir auf die Aufstockung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze, um das Ausbildungsangebot in der Konjunkturkrise zusätzlich zu stabilisieren.

Das mit dem Ausbildungspakt geschaffene und von der Bundesregierung geförderte Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) hat sich für benachteiligte Jugendliche als äußerst wirkungsvoller Türöffner in die betriebliche Ausbildung erwiesen. Inzwischen haben wir die EQJ-Förderung in das Regelinstrumentarium des Arbeitsförderungsrechts übernommen.

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat die Große Koalition im Jahr 2008 außerdem ein neues Modellprojekt zur Berufseinstiegsbegleitung auf den Weg gebracht. Ziel ist es, benachteiligte Jugendliche schon frühzeitig beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung durch professionelle Begleiter gezielt zu unterstützen. Die Berufseinstiegsbegleitung wird zunächst an 1.000 Schulen modellhaft erprobt. Aufgabe der Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter ist es, benachteiligten Jugendlichen bei der Vorbereitung auf den Schulabschluss, bei der Berufswahl und bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz individuell zu helfen.

Der Hochschulpakt von Bund und Ländern ist im Juni 2007 vereinbart worden und stellt das umfangreichste Förderprogramm für die Universitäten dar. Allein der Bund wird bis 2010 insgesamt über 1,2 Milliarden Euro für die Stärkung und bessere Ausfinanzierung der deutschen Hochschulen aufwenden. Bund und Länder haben sich verpflichtet, bis 2010 Plätze für über 90.000 zusätzliche Studienanfänger zu schaffen. Allein hierfür wird der Bund 565 Millionen Euro aufbringen. In der zweiten Säule des Hochschulpaktes stärkt der Bund die Forschungsleistung der Hochschulen durch den Einstieg in die Vollkostenfinanzierung von Forschungsprojekten. Hierfür stellt der Bund bis 2010 über 700 Millionen Euro bereit.

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Hochschulpakt verlängert wird. Im Juni 2009 haben Bund und Länder die zweite Programmphase beschlossen. Zwischen 2011 und 2015 beteiligt sich der Bund an der Finanzierung von weiteren 275.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen. Insgesamt hat der Hochschulpakt II im gesamten Finanzierungszeitraum 2011 bis

2019 ein Volumen von 9,9 Milliarden Euro, wovon der Bund knapp 5,9 Milliarden Euro trägt.

Dass der Bund im Rahmen des Hochschulpaktes überhaupt einen substanziellen Beitrag zum Ausbau der Studienkapazitäten an den deutschen Hochschulen leisten kann, ist dem Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion in der Föderalismusreform 2006 zu verdanken. Ohne die Durchsetzung der entsprechenden Kooperationsklausel in Artikel 91b des Grundgesetzes wären Bundesinvestitionen in Studienplätze aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mehr möglich gewesen. Das Gleiche gilt für das neue Professorinnenprogramm, mit dem wir innerhalb von fünf Jahren 200 neue Stellen für Professorinnen an den Hochschulen schaffen.

Die SPD hat im Koalitionsvertrag die hohe Priorität für Weiterbildung und Lebenslanges Lernen verankern können. Unser Ziel ist es, die Weiterbildung systematisch zu stärken und zur vierten Säule des Bildungssystems auszubauen.

Im Juli 2009 sind deutliche Verbesserungen beim Meister-BAföG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) in Kraft getreten. Die SPD hat die Reform in der Großen Koalition durchgesetzt und aus dem Meister-BAföG ein echtes Aufstiegs-BAföG gemacht. Fachkräfte, die sich auf einen Fortbildungsabschluss als Meister, Techniker, Betriebswirt oder einen vergleichbaren Abschluss vorbereiten, werden künftig noch besser unterstützt. Vor allem Fachkräfte mit Kindern erhalten nun einen höheren Zuschuss zum Lebensunterhalt. Auch Erfolg wird zusätzlich belohnt: Wer die Abschlussprüfung besteht, erhält mehr Zuschuss zu den Maßnahmekosten. Außerdem können nun mehr Menschen gefördert werden. So erhalten mehr Migrantinnen und Migranten einen Förderanspruch. Auch die förderfähigen Berufe wurden erweitert. Davon profitieren Teilnehmer an Aufstiegsfortbildungen in der ambulanten und stationären Altenpflege sowie zum Erzieher oder zur Erzieherin. Insgesamt wird die Aufstiegsförderung attraktiver, leistungsfähiger und wirkungsvoller.

Um die Bereitschaft jedes und jeder Einzelnen zu unterstützen, durch private Investitionen in die persönliche, allgemeine berufliche Weiterbildung Vorsorge für eine erfolgreiche Beschäftigungsbio-graphie zu treffen, haben wir die „Bildungsprämie“ eingeführt. Diese umfasst neben einem direkten, hälftigen Zuschuss zu Weiterbildungsmaßnahmen von bis zu 154 Euro für niedrige Einkommensgruppen (Prämiengutschein), auch eine förder-schädliche Entnahmemöglichkeit zum Zwecke der Weiterbildung im Vermögensbildungsgesetz (Weiterbildungssparen) sowie ein KfW-Weiterbildungsdarlehen.

Darüber hinaus wurden zum Wintersemester 2008/09 sogenannte Aufstiegsstipendien für beruflich Qualifizierte eingeführt. Beruflich besonders qualifizierte Menschen erhalten damit einen Anreiz, ein Studium aufzunehmen und sich so zusätzlich weiter zu bilden. Ziel ist es, vor allem mehr Menschen ohne Abitur den Zugang zum Studium zu erleichtern. Das ursprünglich auf 1.000 Stipendien angelegte Programm war bereits nach den ersten beiden Auswahlrunden Anfang Mai 2009 mit 983 vergebenen Aufstiegsstipendien fast vollständig ausgeschöpft. Das Programm wurde daher für das Jahr 2009 um weitere 500 Stipendien aufgestockt.

Zum Lebenslangen Lernen gehört auch nachholende Qualifizierung. Die SPD hat durchgesetzt, dass ein Rechtsanspruch auf Förderung zum Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses im Arbeitsförderungsrecht eingeführt werden konnte.

Spätestens 2015 droht in Deutschland ein gravierender Mangel an Fachkräften und Hochqualifizierten. Um unsere Wirtschaft zukunftsfähig zu halten und unseren Wohlstand zu sichern, hat eine Projektgruppe der SPD-Bundestagsfraktion im Frühjahr 2008 ein 60-Punkte-Konzept zur „Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ erarbeitet. Wer die Fachkräftebasis von morgen sichern will, muss heute die Teilhabechancen der Menschen verbessern, für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem sorgen und mehr Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung eröffnen.

Mit dem Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz haben wir einen wichtigen Punkt zur Stärkung der Fachkräftebasis gesetzt. Wir festigen Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte, indem wir die Mindesteinkommensgrenze für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte von 86.400 Euro auf 63.300 Euro gesenkt haben. Zur besseren Nutzung des inländischen Potenzials haben wir zudem einen neuen Aufenthaltstitel für beruflich gut qualifizierte Geduldete geschaffen.

Ein wichtiger Teil sozialdemokratischer Innovations- und Wachstumspolitik ist die langfristige und verlässliche Stärkung von Forschung und Entwicklung in Deutschland. Es geht um die Sicherung der künftigen Innovations- und damit Konkurrenzfähigkeit Deutschlands im internationalen Wettbewerb. Die forschungspolitische Kontinuität seit 1998 wurde auch in der Großen Koalition mit einer deutlichen sozialdemokratischen Handschrift sichtbar und manifestierte sich in vielen forschungspolitischen Initiativen auf Bundesebene.

Investitionen in Forschung und Innovation sind Investitionen in Wachstum und Beschäf-

tigung. Die Bundesregierung investiert in dieser Legislaturperiode zusätzlich über 7 Milliarden Euro in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE). Diese zusätzlichen Mittel sind für Vorhaben bestimmt, die eine große Mobilisierungswirkung für Innovationen von morgen versprechen. Mit dem Programm wird der Forschungsstandort Deutschland gestärkt und es werden Brücken von der Forschung zu den Märkten der Zukunft geschlagen. Und wir leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des 3-Prozent-Ziels, das die europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 in Lissabon vereinbart haben. Bis 2010 sollen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der Europäischen Union auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsen. Die Wirtschaft soll $\frac{2}{3}$, der Staat – d. h. Bund und Länder gemeinsam – $\frac{1}{3}$ beitragen.

Mit der sogenannten High-Tech-Strategie hat die Große Koalition eine ressortübergreifende Innovationsstrategie zur Förderung von Spitzentechnologien gestartet. Sie verfolgt das Ziel, Deutschland in den wichtigen technologischen Zukunftsfeldern an die Weltspitze zu führen, die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken und den Technologietransfer zu beschleunigen. Die Strategie verfolgt dabei einen doppelten Ansatz: Zum einen werden 17 technologische Zukunftsfelder identifiziert, für die jeweils konkrete Initiativen, Maßnahmen und Programme festgelegt werden. Zum anderen wird die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft gestärkt. Für eine abschließende Bewertung der Hightech-Strategie ist es noch zu früh. Es bleibt die Ergebnisse der Evaluierung abzuwarten, um zu beurteilen, ob die identifizierten Felder noch richtig gewählt oder ob eine Schwerpunktverschiebung erfolgen sollte. Wir wollen eine Weiterentwicklung der High-Tech-Strategie und eine stärkere Orientierung auf die Bereiche Mensch, Umwelt und Gesellschaft, um Antworten geben zu können auf die dringenden Fragen, wie wir in Zukunft leben werden. Arbeits- und Dienstleistungsforschung, neue Materialien, Klima, Umwelt-, Energie- und Ressourcenforschung, Bildungs- und Gesundheitsforschung wird die SPD verstärkt ins Zentrum rücken.

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die programmorientierte Projektförderung des Bundes sowie zukunftsorientierte Forschungsthemen (Umwelt, Klima, Energie, Friedensforschung etc.) gestärkt wurden. Ein besonderes Augenmerk haben wir darauf gelegt, dass die Atomkraft innerhalb der High-Tech-Strategie nicht wieder salonfähig gemacht wurde.

Die von der SPD initiierte Exzellenzinitiative hat zu einem dynamischen Aufbruch in

der deutschen Hochschullandschaft geführt. Die Entscheidungen in den ersten beiden Förderrunden sind im Herbst 2006 und im Herbst 2007 gefallen. Dabei sind insgesamt neun Universitäten für fünf Jahre zu Spitzenuniversitäten gekürt worden. Mit den geförderten Forschungsclustern und Graduiertenschulen erhalten insgesamt 41 Einrichtungen in 13 Bundesländern Mittel aus der Initiative. Bis 2011 wendet allein der Bund 1,4 Milliarden Euro der insgesamt 1,9 Milliarden Euro Fördermittel auf.

Im Juni 2009 haben Bund und Länder beschlossen, die Exzellenzinitiative bis 2017 zu verlängern. Um Neuanträgen und Fortsetzungsanträgen aus den ersten beiden Förderrunden eine gleichberechtigte Chance zu geben, wird das Fördervolumen in der zweiten Phase deutlich aufgestockt. Dabei wird die Förderung der Graduiertenschulen überproportional gestärkt. Insgesamt hat die Exzellenzinitiative II ein Volumen von rd. 3,5 Milliarden Euro, wovon der Bund über 2,6 Milliarden Euro trägt.

Für die hervorragenden Forschungskonzepte und Ideenskizzen, die etwa für den Exzellenz-Wettbewerb vorgelegt worden sind und nicht bedacht werden konnten, hat die SPD-Bundestagsfraktion ein ergänzendes Forschungsprogramm ExzellenzPlus durchgesetzt und mit 45 Millionen Euro ausgestattet.

Der zunächst bis 2010 vereinbarte Pakt für Forschung und Innovation sichert den Forschungsorganisationen eine jährliche Steigerung von 3 Prozent der Mittelzuwendungen des Bundes. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation II haben Bund und Länder im Juni 2009 zugesagt, im Zeitraum von 2011 bis 2015 die Zuwendungen an die Forschungsorganisationen um jährlich 5 Prozent zu steigern. Damit konnte für Organisationen wie der Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) sowie der Fraunhofer Gesellschaft (FhG) oder der Wissenschaftsgemeinschaft G.W. Leibniz (WGL) die finanzielle Verlässlichkeit gesichert und eine Wachstumsperspektive eröffnet werden – und damit auch mehr Planbarkeit und mehr Autonomie. Sie erhalten so den notwendigen Spielraum zur Sicherung und zum weiteren Ausbau der Spitzenposition der deutschen Forschung im europäischen und internationalen Vergleich.

Um mehr Spitzenforscher aus dem Ausland nach Deutschland zu holen, haben wir die Alexander-von-Humboldt-Professur ins Leben gerufen und 2009 zum ersten Mal verliehen. Mit diesem höchstdotierten internationalen Preis für Forschung in Deutschland zeichnen wir jährlich bis zu zehn führende und im Aus-

land tätige Wissenschaftler aller Disziplinen mit einer Preissumme von bis zu fünf Millionen Euro aus. Diese Wissenschaftler sollen in Deutschland Spitzenforschung betreiben und so den Forschungsstandort Deutschland für Forscher aus dem Ausland noch attraktiver machen.

Wir haben im Mai 2007 die gesetzlichen Grundlagen für die Einsetzung eines Deutschen Ethikrates gelegt. Damit wurde der von Gerhard Schröder gegründete Nationale Ethikrat auf eine gesetzliche Grundlage gestellt und von einer reinen Regierungseinrichtung zu einem parlamentarisch angeordneten Beratungsgremium weiterentwickelt. Der Ethikrat berät neben der Regierung auch das Parlament in ethischen Fragen der Lebenswissenschaften und angrenzender Disziplinen; und der Deutsche Bundestag kann ihn mit entsprechenden Anfragen beauftragen. Der neue Deutsche Ethikrat hat sich im April 2008 konstituiert.

Im April 2008 hat der Deutsche Bundestag eine behutsame Novellierung des Stammzellgesetzes beschlossen und den ethischen Kompromiss zur embryonalen Stammzellforschung aus dem Jahr 2002 erneuert. Mit diesem Gesetz hat der Bundestag die Forschungsfreiheit gestärkt, ohne Abstriche bei der Schutzwirkung für das ungeborene Leben zu machen. Auch künftig bleibt gewährleistet, dass von Deutschland keine Anreize zur Tötung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken im Ausland ausgehen. Mit dem Gesetz wird der im Stammzellgesetz festgelegte Stichtag einmalig auf den 1. Mai 2007 verschoben. Damit wurde der Forschung in Deutschland der Zugriff auf mehr als 200 statt bislang 20 bestehende embryonale Stammzelllinien ermöglicht.

Mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz haben wir die arbeitsrechtlichen Vorschriften in der Wissenschaft konkretisiert. Dabei wurden zum einen die arbeitsrechtlichen Regelungen des Hochschulrahmengesetzes zur Qualifizierungsphase übernommen (Befristungsobergrenzen von 12 bzw. 15 Jahren) und um eine familienpolitische Komponente ergänzt (Verlängerung der Obergrenzen um zwei Jahre pro Kind). Zum anderen wurde mit dem Gesetz mehr Transparenz und Rechtssicherheit beim Abschluss befristeter Arbeitsverträge an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen für Beschäftigte geschaffen, die nach der Qualifizierungsphase im Rahmen von Drittmittelprojekten angestellt werden.

Wirtschaft und Technologie

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns alle hart getroffen. Dem Staat und der Politik kommt in diesen schwierigen Zeiten eine ganz besondere Rolle zu. Deshalb haben wir nach dem Schutzschirm für den Finanzmarkt zwei Konjunkturpakete beschlossen die helfen, unsere vorrangige Aufgabe, Wachstum und Beschäftigung auch weiterhin zu sichern, zu meistern.

Im November 2008 haben wir ein Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ (Konjunkturpaket I) beschlossen, das in den vergangenen und folgenden Monaten wichtige Impulse zur Stabilisierung von Investitionen, Wachstum und Beschäftigung gesetzt hat und setzen wird. Zu den Maßnahmen gehört neben vielen anderen Maßnahmen (vgl. hierzu dem Abschnitt „Finanz- und Haushaltspolitik“) die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes von 12 auf 18 Monate zum 1. Januar 2009. Im Juni haben wir beim Kurzarbeitergeld nochmals nachgesteuert und die Bezugsdauer auf 24 Monate verlängert. Zudem wurden die Beantragung sowie das Verfahren bei Kurzarbeit vereinfacht und flexibilisiert.

Aufgrund der anhaltend schlechten wirtschaftlichen Lage haben wir im Februar 2009 das Konjunkturpaket II in Höhe von rund 50 Milliarden Euro verabschiedet. Bestandteile sind ein Kredit- und Bürgschaftsprogramm sowie die Förderung von Investitionen, Innovation und Nachfrage in der Wirtschaft:

- Über das bei der KfW bereits laufende Sonderprogramm (15 Milliarden Euro) für den Mittelstand hinaus, wird ein Kredit- und Bürgschaftsvolumen in Höhe von zusätzlich 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.
- Das Zentrale Innovationsprogramm (ZIM) für mittelständische Unternehmen wird weiter ausgebaut.
- Der Ausbau eines Breitbandnetzes soll in Deutschland massiv voran getrieben werden. Bis Ende 2010 sollen bislang nicht versorgte Gebiete mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen abgedeckt sein.
- Die Pkw-Nachfrage wird durch Einführung der Umweltprämie mit einem Gesamtvolumen von zunächst 1,5 Milliarden Euro gestärkt.
- Für die Jahre 2009 und 2010 werden insgesamt zusätzlich 500 Millionen Euro über Förderprogramme bzw. KfW-Kredite für die anwendungsorientierte Forschung im Bereich Mobilität eingesetzt.

Im Mai 2009 haben wir mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“ die zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität eingeführte Umweltprämie von

ehemals 1,5 Milliarden Euro nochmals um 3,5 Milliarden Euro aufgestockt. Diese kann bei Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) beantragt werden. Angesichts der andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Umweltprämie ein hervorragendes Instrument zur Sicherung von Wachstum und von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie.

Die Förderung der Wirtschaft – insbesondere auch in strukturschwachen Regionen – ist ein elementarer Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik. Bereits 2006 haben wir ein 25-Milliarden-Euro-Paket für Wachstum und Beschäftigung beschlossen, das in den letzten beiden Jahren sehr wirkungsvoll war. Zur Förderung des Mittelstandes und der Wirtschaft werden bis zum Ende dieser Legislaturperiode zusätzlich rund 9,4 Milliarden Euro eingesetzt. Mit dem Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung haben wir u. a. das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm neu aufgelegt und beschlossen, von 2006 bis 2009 zusätzlich 6 Milliarden Euro in zukunftsfähige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE) zu investieren.

Die Gesetze zur Entlastung des Mittelstandes sind ein zentraler Bestandteil des Programms „Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung“ der Bundesregierung. Unnötige Bürokratie und Überregulierung behindern unternehmerisches Engagement der rund 3,4 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen und Selbstständigen in Deutschland.

Mit dem 1. und 2. Mittelstandsentslastungsgesetz wurden eine Reihe von Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie und zur Beseitigung bestehender Hemmnisse auf den Weg gebracht. Gleichzeitig wurde ein Normenkontrollrat eingesetzt, der beim Bundeskanzleramt angesiedelt ist. Seine Aufgabe ist es, Rechtssetzungsvorhaben und geltende Rechtsvorschriften des Bundes auf ihre kostenmäßigen bürokratischen Auswirkungen zu überprüfen und bei Bedarf Verbesserungsvorschläge vorzulegen. Auch das 3. Mittelstandsentslastungsgesetz, das wir im Januar 2009 beschlossen haben, reiht sich in die Bemühungen um mehr Entbürokratisierung. Das Gesetz beinhaltet unter anderem die Vereinfachung der Handwerkszählung. 460.000 selbstständige Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks werden durch den Rückgriff auf bereits vorhandene Verwaltungsdaten entlastet. Der Wirtschaft bleiben dadurch Bürokratiekosten von rund 24 Millionen Euro jährlich erspart. Daneben sollen viele gewerberechtliche Erleichterungen mit einem Entlastungsvolumen von über 70 Millionen Euro umgesetzt werden. Insgesamt beläuft sich die Kostenentlastung der drei Mittelstandsentslastungsgesetze auf mehr als 850 Millionen Euro.

Die Einführung des Elektronischen Entgeltnachweises (ELENA) haben wir im Januar 2009 beschlossen. Dadurch wird die Beantragung von Sozialleistungen erheblich erleichtert. Bisher mussten Unternehmen ihren Beschäftigten Verdienstbescheinigungen in Papierform ausstellen, wenn diese Sozialleistungen beziehen wollen. Zunächst wird mit dem Abruf der Bescheinigungsdaten für Arbeitslosen-, Wohn- und Elterngeld begonnen. Eine Ausweitung auf weitere Sozialleistungen soll später erfolgen. Mit dem elektronischen Entgeltnachweis sollen die Wirtschaft, die Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden.

Das im Dezember 2008 beschlossene Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts ist nicht nur ein weiterer Schritt bei der Umsetzung der in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Maßnahmen, sondern dient auch der Übernahme wichtiger EU-Regelungen in das deutsche Recht. Besonders wichtig ist die Mittelstandsklausel: Nachteile kleiner und mittelständischer Unternehmen sollen bei der Vergabe großer Aufträge durch die Pflicht, öffentliche Aufträge im Regelfall in Losen zu vergeben, ausgeglichen werden. Um diese mittelstandfreundliche Auftragsvergabe auch im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit sicherzustellen, muss, sofern das Unternehmen Unteraufträge erfasst, diese Unterauftragsvergabe mit erfasst werden. Wichtig ist auch, dass Aufträge nur an gesetzestreuere Unternehmen vergeben werden dürfen. Das bedeutet auch, dass die Auftragsvergabe zukünftig von der Tariftreue des Unternehmens abhängt. Zusätzliche Anforderungen dürfen insbesondere an soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte gestellt werden, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit der einzukaufenden Leistung oder Ware stehen. Ergänzende Regelungen bei der Ausgestaltung des Verfahrens zur Überprüfung der Vergabe öffentlicher Aufträge führen zu noch mehr Effizienz und Beschleunigung der Verfahren.

Mit dem im Juni 2009 beschlossenen Gesetz zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Gewerberecht und in weiteren Rechtsvorschriften wird die europäische Dienstleistungsrichtlinie in der Gewerbeordnung, der Handwerksordnung, der Wirtschaftsprüferordnung und dem Signaturgesetz umgesetzt. Damit wird Dienstleistern aus der Europäischen Union die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten in anderen Ländern der Europäischen Union deutlich erleichtert. Künftig darf die Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten nur noch dann vom Vorliegen einer Genehmigung abhängig gemacht werden, wenn dies aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, der öffent-

lichen Gesundheit oder des Schutzes der Umwelt gerechtfertigt werden kann. Weiter wurde das Herkunftslandprinzip deutlich begrenzt und damit Sozial- und Lohndumping verhindert.

Ebenso im Juni 2009 haben wir das Gesetz über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) verabschiedet. Damit setzten wir eine europäische Verordnung, die zum 1. Januar 2010 in Kraft tritt, um. Alle Mitgliedsstaaten müssen danach über jeweils eine einzige nationale Akkreditierungsstelle verfügen. Bisher war die Zuständigkeit in Deutschland auf über 20 verschiedene Einrichtungen verteilt, die verschiedenste Prüfungen von Produkten und Dienstleistungen durchführen. Mit dem Gesetz wird die Errichtung einer solchen Akkreditierungsstelle geregelt. Dazu wird eine private Gesellschaft gegründet, an der Bund, Länder und Wirtschaft zu gleichen Teilen beteiligt sind. Diese Stelle wird vom Bund betrieben. Im sensiblen Gesundheits- und Verbraucherschutzbereich werden die entsprechenden Länderstellen aus Kompetenzgründen in die Begutachtung und abschließende Befugniserteilung einbezogen.

Im Mai 2009 haben wir das Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus von Höchstspannungsnetzen verabschiedet. Ziel ist es, das Höchstspannungs-Übertragungsnetz in Deutschland rasch auszubauen. Der zügige Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung, der verstärkte grenzüberschreitende Stromhandel und neue konventionelle Kraftwerke machen dies dringend nötig. Mit dem Gesetz werden insbesondere die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Leitungsbauvorhaben gestrafft. Wesentliches Element des Gesetzes ist das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG), mit dem die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der vordringlichen Leitungsbauvorhaben verbindlich festgestellt wird. Durch weitere Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz wird für die Anbindungsleitungen von Offshore-Anlagen ein Planfeststellungsverfahren eingeführt und ersetzt damit bisherige Einzelgenehmigungen.

Das Gesetz zur Bekämpfung von Preismissbrauch im Bereich der Energieversorgung und des Lebensmittelhandels ändert das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und das Energiewirtschaftsgesetz. Ziel ist es, den Kartellbehörden effektivere Möglichkeiten an die Hand zu geben, um besser gegen Preismissbrauch in den genannten Bereichen vorzugehen. Das im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verankerte Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung, soll besser durchgesetzt werden können.

Das Energiebetriebe-Produkte-Gesetz (EBPG) dient der Umsetzung von EU-Richtlinien zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die um-

weltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (wie z. B. Elektrogeräte). Mit der EU-Ökodesignrichtlinie soll ein kohärenter Gesamtrahmen für die Festlegung gemeinschaftlicher Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung (Ökodesign) energiebetriebener Produkte geschaffen werden. Insbesondere soll durch Verbesserung der Energieeffizienz ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung der Zielvorgaben für Treibhausgasemissionen in der Europäischen Gemeinschaft geleistet werden.

Im Februar 2009 haben wir das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung verabschiedet. Das Gesetz regelt, dass der Erwerb eines inländischen Unternehmens durch einen Investor, mit Sitz außerhalb der Europäischen Union und der Europäischen Freihandelszone, durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie überprüft werden kann. Eine solche Prüfung setzt voraus, dass der Investor eine Beteiligung von mindestens 25 Prozent der Stimmrechtsanteile anstrebt und die Prüfung aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unerlässlich ist. Seitens des Verkäufers kann vorab eine Unbedenklichkeitsbescheinigung, sprich ein Antrag auf Prüfung vor dem geplanten Verkauf, angefordert werden. Auf diese Unbedenklichkeitsbescheinigung besteht Rechtsanspruch. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann dann nach Zustimmung der Bundesregierung den Erwerb untersagen oder Anordnungen erlassen. Ob eine Prüfung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erfolgt, muss durch dieses innerhalb eines Monats entschieden werden. Im Falle einer Prüfung muss diese innerhalb von drei Monaten aufgegriffen werden. Ab vollständiger Akteneinreichung muss nach zwei Monaten ein Ergebnis vorgelegt werden. Die Bestimmungen bieten keine Rechtsgrundlage für eine routinemäßige staatliche Kontrolle ausländischer Erwerbe. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Vorschrift nur in seltenen Einzelfällen zur Anwendung kommt.

Die Prüfung von ausländischen Unternehmensanteilen ist im Übrigen nicht neu. Das Außenwirtschaftsgesetz sieht sie bereits bei Investitionen in Unternehmen vor, die Kriegswaffen, bestimmte Rüstungsgüter oder Kryptosysteme herstellen oder entwickeln.

Im Juni 2008 haben wir das Gesetz zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens beschlossen. Das Gesetz hebt das Schornsteinfegermonopol in Teilbereichen auf. Zu den Aufgaben, die allein ein Bezirksschornsteinfeger ausführen darf, gehört jetzt auch die Überprüfungen der Betriebs- und Brandsicherheit. Arbeiten, die nicht zu den Kontrollaufgaben zählen, sollen bei entsprechender Qualifikati-

on, auch von anderen Anbietern ausgeführt werden können. Damit setzt das Gesetz die Vorgaben aus einem Vertragsverletzungsverfahren um, das die Europäische Kommission im Jahr 2003 wegen des bisherigen Schornsteinfegergesetzes gegen Deutschland eingeleitet hatte.

Im Juni 2007 haben wir das Gesetz zur Stärkung der Berufsaufsicht und zur Reform beruflicher Regelungen in der Wirtschaftsprüferordnung verabschiedet. Die Berufsaufsicht über Wirtschaftsprüfer ist Kernanliegen und -aufgabe der Wirtschaftsprüferkammer als Teil der mittelbaren Staatsverwaltung. In dem Gesetz werden einige Regelungen der Wirtschaftsprüferordnung modernisiert bzw. neu eingeführt, um der Wirtschaftsprüferkammer zusätzliche, geeignetere und durchsetzungstärkere Instrumente an die Hand zu geben.

Der Bund will seine Förderangebote effizienter und transparenter machen. Zu diesen Zwecken haben wir im Mai 2007 die ERP-Wirtschaftsförderung mit dem ERP-Wirtschaftsförderungsneuordnungsgesetz neu geordnet. Das ERP-Wirtschaftsplangesetz folgt nun erstmals der neuen Systematik. Bislang stellte das ERP-Vermögen das insgesamt benötigte Kapital für die verbilligten Förderkredite zur Verfügung. Nach dem neuen System stellt nun die KfW am Markt refinanziertes Fremdkapital für die Förderkredite zur Verfügung. Das ERP-Sondervermögen verbilligt dann die auszugebenden Förderkredite mit eigenen Erträgen. Die Kredite werden auch weiterhin über die Hausbanken an die Unternehmen ausgereicht.

Mit dem Telekommunikationsgesetz, das zu Beginn des Jahres 2007 in Kraft getreten ist, werden der Schutz und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher erheblich verbessert und gestärkt. Ziel des Gesetzes ist es auch, den Wechsel zur nächsten Generation der Datenübertragung (Internetzugang auf hoher Geschwindigkeitsstufe) zu fördern. Der EU-Rechtsrahmen sieht ausdrücklich vor, Investitionen in neue Märkte nicht von vornherein durch eine zu frühzeitige Regulierung zu behindern. Diejenigen Unternehmen, die Anstrengungen in einem neuen Markt tätigen, werden gefördert, damit sich neue Innovationen in Deutschland durchsetzen.

Mit dem Gesetz zur Vereinheitlichung von Vorschriften über bestimmte elektronische Informations- und Kommunikationsdienste (EIGVG), dessen Kernstück das Telemediengesetz (TMG) ist, wird erstmals ein einheitlicher Rechtsrahmen im Bereich der Tele- und Mediendienste geschaffen. Das schafft mehr Rechtssicherheit im Internet. Das TMG enthält zudem ein übergreifendes und einheitliches Datenschutzkonzept für Rundfunk und Telemedien in Abgrenzung zum Datenschutz für Telekom-

munikation. Auch die Befugnisse der Diensteanbieter zur Auskunftserteilung über Nutzerdaten werden klarer geregelt.

Mit dem Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln folgt der Gesetzgeber den Vorgaben der Richtlinie 2004/108/EG des Rates und Parlaments der Europäischen Union vom 15. Dezember 2004 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit. Das Gesetz regelt das Inverkehrbringen, Weitergeben, Ausstellen, Inbetriebnehmen und Betreiben von Geräten und ortsfesten Anlagen, die elektromagnetische Störungen verursachen oder die durch sie beeinträchtigt werden können.

Mit dem Gesetz zur Finanzierung der Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus zum Jahr 2018 ermöglichen wir ein sozialverträgliches Auslaufen des subventionierten deutschen Steinkohlebergbaus. Das haben wir im November 2007 so beschlossen. Der vereinbarte Zeitraum für den Auslaufprozess bis 2018 stellt sicher, dass betriebsbedingte Kündigungen im Steinkohlebergbau vermieden werden können und für die Bergleute Planungssicherheit gewährleistet wird. Der Bund beteiligt sich in bisheriger Weise anteilig an der Steinkohlefinanzierung.

Mit dem Gesetz zur Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts haben wir im Jahr 2006 den bislang frei zugänglichen Beruf des Versi-

cherungsvermittlers neu geregelt. Damit einher gehen Vorschriften über die Qualifikation von Vermittlern, eine Kundengeldsicherung, eine obligatorische Berufshaftpflichtversicherung sowie Beratungs-, Informations- und Dokumentationspflichten sowie eine Haftung für Falschberatung gegenüber dem Kunden. Die Erlaubnis für Versicherungsberater wurde entsprechend den Vorgaben einer EU-Richtlinie in das neue System integriert, um die notwendige Sachkunde sicherzustellen. Mit der Neuregelung wird die Position des Kunden gestärkt und die Tätigkeit des Versicherungsvermittlers in einem zusammenwachsenden Europa harmonisiert.

Tourismus

Der Tourismus zählt zu den innovativsten und beschäftigungsintensivsten Branchen unseres Landes. In der Tourismuswirtschaft arbeiten rund 3 Millionen Beschäftigte mit mehr als 113.000 Ausbildungsplätzen. Die Anzahl der Gästeübernachtungen im Beherbergungsbetrieb kletterte im Jahr 2007 auf ein Rekordhoch von 360 Millionen. 2008 sind die Übernachtungszahlen nochmal um 2,5 Prozent, die der Gäste aus dem Ausland um 4,3 Prozent gestiegen. Im Bundeshaushalt 2009 sind rund 900.000 Euro zusätzlich für den Tourismus bereitgestellt worden.

Die Koalition hat auf die vielfältigen und ressortübergreifenden Aufgaben in der Tourismuspolitik mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen reagiert. So wurden insbesondere die Nutzung der Chancen des demographischen Wandels für den Tourismus, die Zukunftstrends und die Qualitätsanforderung im internationalen Ferntourismus, die nachhaltige Stärkung des Kulturtourismus, die umfassende Förderung des Fahrradtourismus sowie die Stärkung des Wassertourismus und des Wassersports aufgegriffen. Darüber hinaus Maßnah-

men zur Förderung des Fahr- und Kreuzfahrttourismus und die verbesserte touristische Erschließung und Vermarktung der Ostseeregion. Um das Zusammenwachsen mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten zu vertiefen wurde beschlossen, Tourismuskoooperationen und Jugendaustausche zu fördern. Die Verbesserung der Reisen von Menschen mit Behinderung und der dafür nötigen Barrierefreiheit ist uns seit Jahren ein besonderes Anliegen. Daher haben wir zahlreiche Maßnahmen zur Förderung der Barrierefreiheit beschlossen und umgesetzt.

Messen und Geschäftsreisen, traditionell ein wichtiges Standbein der deutschen Tourismuswirtschaft, werden weiter von bürokratischen Auflagen befreit und international beworben. Die Förderung der Potenziale von Tourismus und Sport und die Nutzung der Potenziale von Migranten für den internationalen Tourismus wurden mit weiteren Initiativen aufgegriffen. Um ländliche Räume nachhaltig zu stärken, wurde beschlossen, Bauernhofurlaub und Landtourismus weiter zu fördern. Zur weiteren Verbesserung der Aus-

und Weiterbildung in der Tourismuswirtschaft, die eine große Bedeutung für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Deutschland hat, haben wir zahlreiche Maßnahmen beschlossen.

Der tourismuspolitische Bericht der Bundesregierung, in dem die wesentlichen Herausforderungen dargestellt sind, vor denen Tourismuswirtschaft und -politik stehen, diente als Grundlage für die Entwicklung eines Leitbildes für den Deutschlandtourismus: Auf Initiative der Koalitionsfraktionen hat die Bundesregierung zur Stärkung der deutschen Tourismuswirtschaft im Dezember 2008 tourismuspolitische Leitlinien erstellt.

Die tourismuspolitischen Leitlinien würdigen den Tourismus als bedeutenden Wachstumsmarkt, der erstklassige Rahmenbedingungen braucht, um insbesondere die Herausforderungen der Globalisierung, des Klimawandels und des Demographischen Wandels zu meistern. Mit den tourismuspolitischen Leitlinien wird gewährleistet, dass eine moderne Tourismuspolitik in Deutschland weiter umgesetzt wird.

Rechtspolitik

Wir haben unsere seit 1998 sehr erfolgreiche rechtspolitische Arbeit auch in der Großen Koalition sehr gut fortsetzen können. Der Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU hat uns eine gute Arbeitsgrundlage vorgegeben, damit wir die Kontinuität unserer Rechtspolitik sichern können.

Mit der ersten Stufe der Föderalismusreform haben wir eine weitgehende Entflechtung der Kompetenzen von Bund und Ländern sowie

eine Stärkung der europapolitischen Kompetenz des Gesamtstaates erreicht. Dies ermöglicht eine klare Zuordnung der politischen Verantwortlichkeit zu den jeweiligen staatlichen Ebenen. Die Anzahl der Gesetze, die der Zustimmung durch den Bundesrat bedurften, wurde wesentlich verringert. Erste Zwischenergebnisse bestätigen uns das: Ein Jahr nach Inkrafttreten der Reform lag im September 2007 der Anteil der zustimmungsbedürf-

tigen Gesetze bei 44,2 Prozent. Ohne die Reform hätte die Quote bei 59,2 Prozent gelegen.

In einer zweiten Stufe der Reform des Föderalismus (Föderalismus II) haben wir anhand der Empfehlungen der „Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ nicht nur die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, sondern auch eine Reihe

anderer Regelungen für eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern geschaffen. Schwerpunkte der Reform sind Abbau und Begrenzung der Schulden der öffentlichen Haushalte, eine verbesserte Verwaltungskooperation insbesondere im Bereich der öffentlichen IT, eine effektivere Steuerverwaltung und die Einrichtung eines nationalen Krebsregisters. Wir haben im Grundgesetz die Rahmenvorgabe einer Schuldenregel für den Bund und die Länder aufgenommen. Im Grundsatz gilt, dass die Haushalte von Bund und Ländern in konjunktureller Normallage grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. In Notsituationen muss der Staat jedoch die notwendigen Maßnahmen auf den Weg bringen können, um Schaden abzuwenden und um die Voraussetzungen für eine Besserungen zu schaffen. Gerade in guten Zeiten muss für solche Situationen Vorsorge getroffen werden. Außerdem haben wir eine Ausnahmeklausel für Notsituationen wie Naturkatastrophen oder andere außergewöhnliche Notsituationen aufgenommen. Die gegenwärtige Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist eine solche Ausnahmesituation.

Wir haben dafür gesorgt, dass Patientenverfügungen endlich rechtlich verbindlich sind. Im Juni 2009 hat der Deutsche Bundestag den (mit Ausnahme von CDU/CSU) fraktionsübergreifend unterstützten Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts beschlossen. Das neue Gesetz erkennt dem Patienten unabhängig von Art und Stadium seiner Krankheit das Recht zu, über Einleitung und Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen im Wege einer schriftlichen Patientenverfügung selbst zu entscheiden. Nach sechsjährigen intensiven Diskussionen über die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Patient vorab verbindlich festlegen kann, ob im Falle seiner späteren Einwilligungsunfähigkeit lebenserhaltende Maßnahmen durchgeführt werden, hat der Gesetzgeber dies nun endlich im Sinne einer am Patientenwillen orientierten Regelung entschieden. Wir haben in dem Gesetz klargestellt, dass jede Patientenverfügung so umzusetzen ist, wie es dem Willen des Betroffenen entspricht. Niemand wird an seiner schriftlichen Verfügung festgehalten, jeder kann sich auch mündlich von seinen Festlegungen jederzeit lösen. Arzt und Betreuer bzw. Bevollmächtigter sollen eng zusammen wirken, um den wirklichen Willen des Patienten und eben auch Irrtümer oder missverständliche Formulierungen aufzuklären. Angehörigen und Vertrauenspersonen soll Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden, in Zweifelsfällen entscheidet das Gericht. Die angebliche Gefahr einer „automatischen“ Umsetzung des Wortlauts gibt es nicht. Eine vorhergehende Bera-

tung und eine in Abständen erfolgende Aktualisierung wird empfohlen, ist jedoch keine Wirksamkeitsvoraussetzung.

Die mit den Mitteln des Rechtsstaats gewährleistete innere Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheitsrechte konkret wahrnehmen, indem sie ihr Leben ohne Furcht gestalten können. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist somit eine grundlegende Voraussetzung für ein freies Zusammenleben der Menschen und damit eine der Kernaufgaben staatlichen Handelns. Abwehrrechte der Bürgerinnen und Bürger gegen staatliche Eingriffe und ihr Anspruch auf Gewährleistung innerer Sicherheit stehen in einem Spannungsverhältnis, dem die sozialdemokratische Gesetzgebung gerecht wurde. Innere Sicherheit ist Aufgabe der Gefahrenprävention aber auch der Strafrechtspolitik. Unsere Rechtspolitik ist gleichermaßen dem Geist der bürgerlichen Freiheiten und dem legitimen Bedürfnis nach Sicherheit verpflichtet.

In diesem Sinne haben wir eine Reihe von Gesetzen im Bundestag beschlossen:

Mit dem Gesetz über die Regelung der Vermögensabschöpfung bei Straftaten haben wir den Zugriff der Opfer von Straftaten auf das Vermögen des Straftäters erleichtert.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Anhebung der Höchstgrenze des Tagessatzes bei Geldstrafen haben wir dafür gesorgt, dass angemessene und spürbare Geldstrafen auch in den obersten Einkommensklassen verhängt werden können. Das Höchstmaß eines Tagessatzes lag bisher bei 5.000 Euro, was der Entwicklung der Spitzeneinkommen in den letzten Jahrzehnten nicht gerecht wurde. Wir haben daher die Höchstgrenze des Tagessatzes bei Geldstrafen auf 30.000 Euro angehoben. Damit steigt der mögliche Höchstbetrag einer Geldstrafe bei einer Einzeltat auf 10,8 Millionen Euro, bei mehreren Taten auf 21,6 Millionen Euro.

Für die zunehmende Anzahl von Stalking-Opfern, also Personen, die intensiv verfolgt oder belästigt werden, haben wir mit dem Gesetz zur Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen eine besondere Schutzvorschrift geschaffen. Außerdem gibt es nun die Möglichkeit, die Opfer durch richterliche Weisungen zu schützen.

Wir haben das Recht über die Führungsaufsicht reformiert und damit die nachsorgende Kontrolle und Betreuung von Verurteilten, die ihre Strafe voll verbüßt haben oder aus einer Klinik für psychisch- oder suchtkranke Täter entlassen wurden, verbessert.

Mit der Reform des Maßregelvollzugs wurde die Unterbringung von Straftätern in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt effektiver an den Therapiezielen orientiert.

Besonders gefährliche Straftäter können künftig nachträglich in Sicherungsverwahrung genommen werden, auch wenn sie nach Jugendstrafrecht verurteilt wurden. Die Sicherungsverwahrung dient nicht der Bestrafung sondern dem Schutz der Bevölkerung vor besonders gefährlichen Gewalttätern. Sie darf immer nur dann verhängt werden, wenn es kein milderes Mittel gibt, um die Allgemeinheit zu schützen. Das gilt umso mehr für junge Menschen, bei denen eine Gefährlichkeitsprognose besonders schwierig ist, da ihre Persönlichkeitsentwicklung nicht abgeschlossen ist.

Das Strafrechtsänderungsgesetz zur Bekämpfung der Computerkriminalität hat unter anderem die Straftatbestände des sog. „Hackings“ oder der Computersabotage verschärft.

Wir haben die Regelungen über die Telekommunikationsüberwachung und weiterer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen in der Strafprozessordnung umfassend überarbeitet und die grundrechtssichernden Schwellen für staatliche Eingriffe wesentlich erhöht. Gleichzeitig wurden die europäischen Vorgaben über die Speicherung von Verbindungsdaten („Vorratsdatenspeicherung“), nur soweit zwingend notwendig, umgesetzt.

Telekommunikationsunternehmen werden für Maßnahmen der Strafverfolgung in erheblichem Umfang in Anspruch genommen, wodurch den Unternehmen Kosten entstehen, die durch die bisher bestehenden Entschädigungsregelungen nur unzureichend abgedeckt wurden. Wir haben mit dem Gesetz zur Neuordnung der Entschädigung von Telekommunikationsunternehmen für die Heranziehung im Rahmen der Strafverfolgung ein neues Pauschal-system mit höheren Entschädigungsbeträgen geschaffen.

Durch das Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie haben wir die Maßnahmen gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und gegen Kinderpornographie verstärkt. Mit dem Gesetz wollen wir auch das Abgleiten von Kindern und Jugendlichen in die Prostitution verhindern.

Wenn ein Abgeordneter einem Mitarbeiter Unterlagen anvertraut, erstreckt sich der Schutz vor Beschlagnahme nicht nur auf das Gebäude des Bundestages selbst, sondern durch das Gesetz zur Erweiterung des Beschlagnahmeschutzes bei Abgeordneten jetzt auch zum Beispiel auf das Wahlkreisbüro, auf die Wohnung oder den Pkw des Mitarbeiters.

Wir haben durch eine neue Regelung im Strafgesetzbuch (Strafzumessung bei Aufklärungs- und Präventionshilfe) eine neue „Kronzeugenregelung“ eingeführt. Ziel dieser Regelung ist, Erkenntnisse in abgeschotteten Kri-

minalitätsbereichen, insbesondere terroristischer Vereinigungen und der Organisierten Kriminalität zu ermöglichen. Die für den gehobenen Kriminalitätsbereich geltende Strafzumessungsregelung eröffnet die Möglichkeit einer Strafmilderung oder unter Umständen auch der Strafbefreiung für „Kronzeugen“, falls dieser dazu beigetragen hat, begangene Straftaten wirksam zu verfolgen oder drohende Straftaten effektiv zu verhindern.

Erstmals gesetzlich geregelt haben wir mit dem Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren Absprachen zwischen den Verfahrensbeteiligten im Strafverfahren. Diese Absprachen über den Fortgang von Strafverfahren sind seit mehr als 20 Jahren gängige Praxis. Jetzt regelt die Strafprozessordnung erstmals konkret die Voraussetzungen für Verfahren, Form und Inhalt von solchen Verständigungen. Damit werden diese bislang weitgehend außerhalb der Hauptverhandlung stattfindenden Absprachen in transparenter Weise in die Hauptverhandlung einbezogen.

Das Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten dient dazu, Vorbereitungshandlungen mit dem Ziel schwerer terroristischer Gewalttaten strafrechtlich zu erfassen. Damit sollen insbesondere Täter belangt werden können, die sich z. B. in einem „Terrorcamp“ zur Begehung von schweren Straftaten ausbilden lassen oder terroristische „Anleitungen“ z. B. im Internet anbieten.

Durch das 2. Opferrechtsreformgesetz werden die Interessen von Opfern und Zeugen im Strafverfahren künftig noch stärker berücksichtigt. So können künftig beispielsweise Opfer von Zwangsverheiratung als Nebenkläger auftreten. Der Katalog der Taten, bei denen vom Gericht ein Opferanwalt bestellt werden kann, wird auch erweitert. Es wird in der Strafprozessordnung (StPO) klargestellt, dass Verletzte, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat Opfer einer Straftat geworden sind, diese Tat in Deutschland anzeigen können. Auch die Rechte von Kindern und Jugendlichen, die Opfer einer Straftat geworden sind oder als Zeugen aussagen, werden gestärkt. Durch die Anhebung der Altersgrenze von 16 auf 18 Jahre gilt eine Reihe von jugendspezifisch schützender Regelungen nun für Jugendliche bis 18 Jahren. Die Rechte von Zeugen bei der polizeilichen Vernehmung werden eindeutig bestimmt und gestärkt: Zeugen können nun grundsätzlich einen Zeugenbeistand zuziehen, besonders schutzwürdigen Zeugen ist ein Zeugenbeistand beizuordnen. Die Möglichkeit wird erweitert, in besonderen Fällen zum Schutz des Zeugen von Angaben zum Wohnort und der persönlichen Identität abzusehen.

Eine moderne Rechtsordnung muss einer veränderten Lebenswirklichkeit Rechnung

tragen. Wir sind eine moderne Gesellschaft in einem andauernden Wandel. Unsere Rechtspolitik verfolgt daher auch das Ziel, rechtliche Institutionen durch strukturelle Modernisierung auch für die Zukunft lebensnah zu gestalten. Ein Schwerpunkt liegt hier im familienpolitischen Bereich. Von einer Reihe rechtspolitischer Projekte profitiert aber auch der Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt:

Das Gesetz zur Reform des Unterhaltsrechts räumt Kindern den Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten ein. Auch in sogenannten „Patchwork-Familien“ steht nun das Kindeswohl hinsichtlich der Unterhaltsberechtigung an erster Stelle. Zusätzlich haben wir das Unterhaltsrecht insgesamt vereinfacht, an das Steuer- und Sozialrecht angepasst und die bisherigen Unterschiede zwischen Ansprüchen der Kinder in den alten und neuen Bundesländern aufgehoben.

Wir haben den Versorgungsausgleich zwischen Eheleuten reformiert. Der Versorgungsausgleich regelt die Verteilung der Rentenansprüche nach einer Scheidung. Bislang wurde aus sämtlichen bestehenden Anwartschaften – in der Regel aus unterschiedlichen Systemen wie der gesetzlichen, der betrieblichen und der privaten Rentenversicherung – ein einheitlicher Anspruch berechnet. Diese Berechnung war so komplex und mit Unsicherheiten behaftet, dass sie nur noch von wenigen Experten verstanden wurde. Durch das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs haben wir dieses Problem gelöst, denn künftig wird jeder einzelne Anspruch systemintern geteilt. So führt die Berechnung künftig zu gerechteren Ergebnissen für den ausgleichsberechtigten Ehepartner. Außerdem haben wir den Eheleuten einen größeren Spielraum für Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich eingeräumt.

Wir haben durch das Gesetz zur Ergänzung des Rechts zur Anfechtung der Vaterschaft missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen erschwert. Die Möglichkeit einer Vaterschaftsanerkennung wurde bislang auch als Vorwand dazu missbraucht, Vorteile im Staatsangehörigkeits- oder Ausländerrecht zu erhalten, ohne das eine persönliche Beziehung zwischen dem angeblichen Vater und dem Kind beabsichtigt war. Dieser Missbrauch wurde durch die Möglichkeit der Anfechtung derartiger „Scheinvaterschaften“ erheblich eingeschränkt.

Genetische Abstammungsuntersuchungen haben wir mit dem Gesetz zur Klärung der Vaterschaft unabhängig vom Anfechtungsverfahren auf eine Rechtsgrundlage gestellt, die den Bedürfnissen aller Beteiligten Rechnung trägt.

Mit dem Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls haben wir erreicht, dass Familiengerich-

te und Jugendämter zum Schutz gefährdeter Kinder in Zukunft besser zusammenwirken und im Fall einer Gefährdung des Kindes präzis eingreifen können.

Wir haben mit einer fast 1.000-seitigen, umfassenden Neuregelung durch das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass insbesondere Kindschaftssachen beschleunigt abgeschlossen, einvernehmliche Lösungen gefördert und die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte betroffener Kinder gestärkt werden.

Durch das Gesetz zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts können Pflegeleistungen in Zukunft beim Erbrecht besser als bisher berücksichtigt werden. Sollte durch Pflichtteilsansprüche der Verkauf eines ererbten Unternehmens oder Eigenheims drohen, so können Ehegatten und Kinder eine Stundung der Ansprüche verlangen. Die Möglichkeit des Erblassers, Zuwendungen an den Erben auf das Erbe und den Pflichtteil anzurechnen, haben wir erweitert.

Mit dem Wohnungseigentumsgesetz (WEG) haben wir die Verwaltung von Eigentumswohnungen vereinfacht und die Handlungsfähigkeit der Eigentümergemeinschaften gestärkt.

Mit dem neuen „Rechtsdienstleistungsgesetz“ (RDG) haben wir das Monopol von Rechtsanwälten für die Rechtsberatung auf einen notwendigen Kernbereich beschränkt.

Wir haben mit dem Gesetz zur Neuregelung des Verbots der Vereinbarung von Erfolgshonoraren die Vereinbarung eines anwaltlichen Erfolgshonorars, also eine erfolgsabhängige Bezahlung, in Ausnahmefällen ermöglicht. Ein Erfolgshonorar kann nun dann vereinbart werden, wenn damit besonderen Umständen im Einzelfall Rechnung getragen wird. Insbesondere, wenn der Mandant ohne eine derartige Vereinbarung auf Grund seiner wirtschaftlichen Situation davon abgehalten würde, seine Rechte zu verfolgen.

Das Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge ermöglicht eine abgesicherte Altersvorsorge auch für Selbstständige. Künftig werden insbesondere Lebensversicherungen vor dem Vollstreckungszugriff der Gläubiger genauso geschützt wie die Rente abhängig Beschäftigter.

Mit dem Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des deutschen Genossenschaftsrechts haben wir zum einen die erforderlichen Regelungen für die neue Rechtsform der Europäischen Genossenschaft geschaffen. Zum anderen haben wir die Attraktivität der Genossenschaft nach deutschem Recht verstärkt.

Das Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unter-

nehmensregister (EHUG) ist ein Beitrag zu dem von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigten „Small Companies Act“ zur Entlastung insbesondere von Mittelstand und Existenzgründern. Alle wesentlichen Offenlegungspflichtigen Unternehmensdaten, wie Registereintragungen oder Jahresabschlüsse werden künftig online für Anleger, Geschäftspartner und Verbraucher abrufbar sein.

Deutschen Kapitalgesellschaften wird künftig die Verschmelzung mit Kapitalgesellschaften aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ermöglicht. Die Umsetzung einer entsprechenden europäischen Richtlinie haben wir durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes vorgenommen.

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) haben wir eine Gesamtnovellierung des GmbH-Rechts mit dem Ziel abgeschlossen, dass die GmbH im Vergleich mit ausländischen Rechtsformen auch in Zukunft bestehen kann. Gleichzeitig beugen wir Missbräuchen durch sog. „Unternehmensbe-statter“ besser vor.

Nachdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Jahr 2007 geurteilt hatte, dass zwei Vorschriften im geltenden VW-Gesetz gegen europäisches Recht verstoßen, haben wir diese Vorschriften durch das Gesetz über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand (sogenanntes VW-Gesetz) aufgehoben. Dies betrifft zum einen das im VW-Gesetz bislang vorgesehene Entscheidungsrecht der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Niedersachsen, je zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat entsenden zu dürfen, zum anderen die Stimmrechtsbeschränkung eines Aktionärs auf 20 Prozent. Weitergehenden Forderungen nach einer umfassenden Aufhebung des VW-Gesetzes haben wir eine Absage erteilt.

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) haben wir dafür gesorgt, dass das bewährte, kostengünstige und einfache Bilanzrecht nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) dem Wettbewerb mit den internationalen Rechnungslegungsstandards standhalten kann. Im Vordergrund der Reform stehen zum einen die Deregulierung und Kostensenkung insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Mittelständische Einzelkaufleute wurden von der handelsrechtlichen Buchführungs- und Bilanzierungspflicht befreit. Für Kapitalgesellschaften wie AG und GmbH wurden ebenfalls Befreiungen und Erleichterungen bei der Bilanzierung vorgesehen. Mit diesem Gesetz haben wir zusätzlich zeitnah auf die aus der Finanzkrise gewonnenen Erfahrungen reagiert. Zum

Beispiel wird jetzt die Bewertung der Finanzinstrumente des Handelsbestandes der Kreditinstitute zum beizulegenden Zeitwert erstmals gesetzlich verankert und in diesem Zusammenhang gleichzeitig sinnvoll beschränkt. Auch die Verpflichtung der Aufsichtsorgane zur Überwachung des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems wird ausdrücklich im Gesetz festgeschrieben. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um das Vertrauen in die Aussagekraft der handelsrechtlichen Abschlüsse durch ein Mehr an Transparenz zu stärken.

Mit der Umsetzung der europäischen Aktionärsrichtlinie (ARUG) haben wir durch schärfere Maßnahmen gegen missbräuchliche Aktionärsklagen so genannten „räuberischen Aktionären“ das Geschäft erschwert. Nach wie vor können jedoch auch Kleinaktionäre gegen schwere Rechtsverletzungen vorgehen und die Umsetzung rechtswidriger Beschlüsse verhindern. Die Geltendmachung der Aktionärsrechte wurde modernen Kommunikationsmitteln angepasst. So können Aktionäre börsennotierter Aktiengesellschaften ihre Stimme jetzt auch elektronisch abgeben.

Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse bei Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen und zur verbesserten Durchsetzbarkeit von Ansprüchen von Anlegern aus Falschberatung wird das alte Schuldverschreibungsrecht aus dem Jahr 1899 insgesamt modernisiert. Es schränkte die Befugnisse der Gläubiger aus heutiger Sicht zu stark ein und war verfahrensrechtlich veraltet. Die Risiken und Möglichkeiten der teilweise hochkomplexen Produkte mussten – auch als Folge der

derzeitigen Finanzkrise – verständlicher und transparenter gestaltet werden. Dem Anleger wird es zudem künftig erleichtert, seine Schadensersatzansprüche wegen Falschberatung durchzusetzen. Beratungen vor dem Kauf eines Wertpapiers müssen in Zukunft dokumentiert werden, der Anleger erhält einen Anspruch auf Herausgabe dieser Dokumentation.

Deutschland ist ein Land geistiger Innovationen. In einer modernen Mediengesellschaft mit technisch fast unbegrenzten Möglichkeiten zur Kopie auch urheberrechtlich geschützter Werke bedarf der Urheber des besonderen Schutzes. Kreativität muss sich lohnen. Auch die Verbraucher wissen: Kopien brauchen Originale.

Daher haben wir mit dem Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft („2. Korb“) das Urheberrecht an die Bedingungen des digitalen Zeitalters angepasst. Hierbei mussten schwierige Kompromisse zwischen den Rechten der Urheber und verschiedenen Nutzergruppen gefunden werden.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums wurde der Kampf gegen Produktpiraterie erleichtert und das geistige Eigentum gestärkt.

Mit dem Gesetz zur Erleichterung elektronischer Anmeldungen zum Vereinsregister und anderer vereinsrechtlicher Regelungen ermöglichen wir die elektronische Anmeldung zu den Vereinsregistern. Die Möglichkeit der Vereine, die Anmeldung weiterhin in Papierform einzureichen, bleibt insbesondere zugunsten kleiner Vereine bestehen.

Innenpolitik

Innenpolitik wird heute auch durch internationale Ereignisse bestimmt. Ein wichtiges Themenfeld ist neben der Bekämpfung der allgemeinen und organisierten Kriminalität daher auch die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Zentrale Aufgabe des Staates ist es, die Freiheit und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Unsere Arbeit in der Innenpolitik trägt den berechtigten Sicherheitsbelangen in bürgerrechts- und datenschutzfreundlicher Form Rechnung und ist damit Ausdruck der von uns verfolgten Sicherheitspolitik mit Augenmaß.

Mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 haben wir Konsequenzen aus den Anschlägen in den USA vom 11. September 2001 gezogen. Es sind Regelungen getroffen worden, die dazu beitragen, terroristische Strukturen besser aufzuklären, den Ter-

rorismus bereits im Vorfeld abzuwehren und die Bevölkerung zu schützen. Die als besonders sensibel angesehenen Regelungen mit nachrichtendienstlichen Bezügen sowie die Vereinfachung der Datenerhebung des Bundeskriminalamtes (BKA) als Zentralstelle wurden nur befristet vorgesehen. Das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz von 2006 hat die befristeten Regelungen, die weiterhin benötigt werden, bis 2012 verlängert. Weitere Änderungen betreffen die nachrichtendienstlichen Auskunftsrechte, die umfassender auch auf gewaltfördernden Extremismus erstreckt werden sollen.

Wir haben eine gemeinsame zentrale Antiterrordatei (ATD) in einem Antiterrordateigesetz geschaffen. Zur effektiveren Gestaltung des Informationsaustauschs zwischen Polizeibehörden und Nachrichtendiensten sind außerdem gemeinsame Projektdateien von Polizei

und Nachrichtendiensten eingerichtet worden. Gesetzliche Grundlage ist das Gesetz zur Errichtung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder.

Neu errichtet haben wir die Bundesanstalt für den Digitalfunk von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) durch einen Gesetzesbeschluss vom Juni 2006. Die BDBOS, die am 2. April 2007 ihre Arbeit aufgenommen hat, koordiniert den Aufbau und Betrieb eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems. Der flächendeckende Aufbau des Digitalfunks BOS wird wie geplant bis 2010 abgeschlossen sein. Er ersetzt den bisher von Polizei, Feuerwehren und Rettungskräften genutzten Analogfunk, der inzwischen technisch veraltet ist.

Das Funktionieren des Gemeinwesens hängt mittlerweile in entscheidendem Maße von der Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnologie ab, auf die es zurückgreift. Wichtige Infrastrukturen (z. B. die Versorgung mit Energie und Wasser, Verkehrsmittel, bargeldlose Zahlungswege) gründen auf IT-Systemen. Schwachstellen könnten das Eindringen in die Verwaltungssysteme einer Vielzahl von Behörden, Wirtschafts- und Industriebetrieben ermöglichen. Durch das Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in der Informationstechnik des Bundes haben wir daher dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bestimmte Befugnisse eingeräumt, um Gefahren für die Sicherheit der Systeme des Bundes und der Bürgerinnen und Bürger abzuwehren. Als zentrale Meldestelle für IT-Sicherheit sammelt das BSI Informationen über Sicherheitslücken und neue Angriffsmuster und gibt Warnungen an die betroffenen Stellen und die Öffentlichkeit weiter.

Im April 2007 haben wir das Zweite Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes verabschiedet. Die Bundespolizei hat seitdem unbefristet die Befugnis, sogenannte lageabhängige Kontrollen durchzuführen und hierbei Personen in Einrichtungen der Eisenbahn und auf Verkehrsflughäfen kurzfristig anzuhalten, zu befragen und zu verlangen, dass mitgeführte Ausweispapiere ausgehändigt werden, sowie mitgeführte Sachen in Augenschein zu nehmen.

Das im Mai 2007 beschlossene Gesetz zur Änderung des Passgesetzes und weiterer Vorschriften enthält Vorschriften zur Einführung biometrischer Daten, wie Lichtbild und Fingerabdrücke in Reisepässen und außerdem weitere Regelungen zur Erfassung, Übermittlung und Speicherung von Fingerabdrücken und zur Verwendung der biometrischen Daten im Rahmen von Passkontrollen.

Mit dem Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsausweis sowie zur Änderung weiterer Vorschriften haben wir im Dezember 2008 den bisherigen Personalausweis zu einem biometriegestützten Identitätsdokument und einem elektronischen Identitätsnachweis für E-Government und E-Business erweitert. Die Sicherheitsmerkmale werden um biometrische Daten des Gesichts ergänzt. Die zusätzliche Abgabe der Daten zweier Finger ist optional. Der antragstellenden Person dürfen aus der Nichtabgabe der Fingerabdrücke aber keine rechtlichen oder tatsächlichen Nachteile entstehen mit der Ausnahme, dass Verfahren zur Identitätsprüfung mit Fingerabdruckvergleich nicht genutzt werden können. Hierüber ist die antragstellende Person schriftlich zu informieren. Der elektronische Identitätsnachweis ermöglicht die verbindliche elektronische Übermittlung von Identitätsmerkmalen. Damit besteht die Möglichkeit des zuverlässigen Nachweises der Identität in der elektronischen Kommunikation. Schließlich ist es nunmehr möglich eine qualifizierte elektronische Signatur nach dem Signaturgesetz auf dem Personalausweis aufzubringen. Damit kann er verbindlich im elektronischen Rechtsverkehr eingesetzt werden.

Entsprechend einer europäischen Richtlinie haben wir im November 2007 das Bundespolizeigesetz dahingehend geändert, dass Luftfahrtunternehmen auf Anfrage der Grenzschutzbehörden bei Flügen aus Drittstaaten in EU-Mitgliedstaaten bestimmte Passagierdaten elektronisch vorab an diese übermitteln müssen. Die Übermittlung erfolgt zur Bekämpfung des Terrorismus und sonstiger schwerer Straftaten grenzüberschreitender Art, einschließlich der organisierten Kriminalität. Ebenfalls in diese Richtung zielt das Passenger Name Records (PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an das United States Department of Homeland Security (PNR-Abkommen 2007). Das Abkommen betrifft nur Flüge in die und aus den USA. Fluggesellschaften sind durch das Abkommen verpflichtet, die Daten ihrer Fluggäste an das United States Department of Homeland Security (DHS) weiterzuleiten.

Mit einer weiteren Änderung des Bundespolizeigesetzes haben wir ein Bundespolizeipräsidium geschaffen. Die bisherige Ebene der fünf Mittelbehörden (Bundespolizeipräsidien) wird zukünftig durch ein zentrales Bundespolizeipräsidium ersetzt. Neue regionale Bundespolizeidirektionen ersetzen die bisherige Ämterebene. Die bisherigen Bundespolizeiamter werden zu Bundespolizeidirektionen, die bestehenden 128 Bundespolizeiinspektionen zu 67 Bundespolizeiinspektionen und neun Bundespolizeiinspektionen (Kriminalitätsbekämpfung) zusammengefasst.

Wir haben im Februar 2008 das Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften beschlossen. Die Änderung des Waffengesetzes ergibt sich insbesondere durch die Umsetzung internationaler Anforderungen. Das Führen von Anscheinswaffen, also täuschend echt wirkenden Nachbildungen von Schusswaffen, ist nun ebenso verboten, wie sog. Distanz-Elektroimpulsgeräte („Air-Taser“). Des Weiteren fällt das waffenrechtliche Erbenprivileg weg. Dieses hat Erben den Erwerb und Besitz von Schusswaffen durch einen Erbfall ohne die sonst geforderte Sachkunde gestattet.

Deutschland hat bereits eines der restriktivsten Waffenrechte. Veranlasst durch den Amoklauf in Winnenden im März 2009 haben wir mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Sprengstoffgesetzes noch einmal zahlreiche Änderungen des Waffenrechts vorgenommen. Durch diese Änderungen wollen wir zum einen die Anzahl legaler und illegaler Waffen reduzieren. Der Umgang mit großkalibrigen Waffen wird eingeschränkt und nur noch für Personen ab 18 Jahren zugelassen. Auch die Verwahrung legaler Waffen soll künftig noch sicherer erfolgen. Letzteres kann durch verdachtsunabhängige Kontrollen überprüft werden. Bis Ende 2012 wird ein Nationales Waffenregister errichtet. Wir haben auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass künftig Waffenschränke und Waffen durch biometrische Sicherungssysteme gesichert werden können. Vorgesehen ist zusätzlich eine Amnestieregelung bis Ende 2009, so dass durch die freiwillige Abgabe illegaler Waffen eine Strafverfolgung vermieden werden kann. Das Gesetz dient im Übrigen der Umsetzung mehrerer europäischer Richtlinien. Beseitigt wurden außerdem zutage getretene Lücken und Unklarheiten des bisherigen Rechts. Die technischen Bestimmungen wurden an den Stand der Technik angepasst.

Im Juni 2008 haben wir das Gesetz zur Ergänzung der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung beschlossen. Mit dem Gesetz werden zwei europäische Richtlinien in deutsches Recht umgesetzt. Das Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten, das sogenannte Geldwäschegesetz (GwG) ist neugefasst und die Gesetze über das Kreditwesen (KWG) sowie über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG) sind geändert worden.

Im November 2008 haben wir das Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt (BKAG) beschlossen. Bislang war das BKA nur für die Strafverfolgung zuständig. Operative Maßnahmen zur Gefahrenabwehr waren nur auf Länderebene möglich. In einem ersten Schritt haben wir durch eine Grundgesetzänderung

im Rahmen der Föderalismusreform die Möglichkeit eröffnet, dem BKA operative Kompetenzen zur Abwehr des internationalen Terrorismus einzuräumen. Das BKAG erfüllt diesen grundgesetzlichen Auftrag. Die nun beschlossenen Instrumente zur Gefahrenabwehr orientieren sich weitgehend an bestehenden Regelungsvorbildern aus dem Bundespolizeigesetz und den Polizeigesetzen der Länder. Neu ist im Wesentlichen nur das Instrument der Online-Durchsuchung. In genauer Befolgung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts haben wir auch hier eine Lösung erarbeitet, die ein ausgewogenes Verhältnis von Freiheit und Sicherheit aufweist und den verfassungsrechtlich gebotenen Datenschutz gewährleistet.

Ziel des Gesetzes zur Änderung des Artikel 10-Gesetzes über Beschränkungen beim Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (G-10-Gesetz) ist die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten unserer Nachrichtendienste in einzelnen Bereichen. So ist es jetzt möglich, Telefone an Bord deutscher Schiffe zur Bekämpfung der Proliferation (Verbreitung von Massenvernichtungswaffen) und des internationalen Waffenhandels zu überwachen. Wir haben für die gezielte Suche nach Mobiltelefonen (z. B. bei Entführungsfällen) eine Rechtsgrundlage geschaffen. Die für Minderjährige geltende Altersgrenze für die Speicherung und Weitergabe von Informationen (16 Jahre) kann jetzt ausnahmsweise unterschritten werden. Das gilt aber nur, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass eine erhebliche Gefahr für Leib oder Leben von dem Minderjährigen ausgehen könnte. Außerdem haben wir die Auswertung von Erkenntnissen aus der Telekommunikationsüberwachung optimiert (automatisierter Abgleich) und die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bundesnachrichtendienst bei Auslandseinsätzen verbessert. Wir haben den Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung in das Gesetz aufgenommen, die Datenweitergabe klar geregelt und den Datenschutz verbessert.

Im Visa-Informationssystem (VIS) werden Daten zu beantragten Visa sowie Daten zu erteilten, abgelehnten und widerrufenen Visa zentral durch die zuständigen Behörden (insbesondere Visum-, Grenz- und Einwanderungsbehörden) gespeichert. So können unter anderem Visum-Mehrfachanträge einer Person bei mehreren Mitgliedstaaten (sog. „Visa-Shopping“) verhindert und Identitätstäuschungen aufgedeckt werden. Mit dem Gesetz über den Zugang von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie Nachrichtendiensten zum Visa-Informationssystem haben wir neue Recherchemöglichkeiten für die Sicherheitsbehörden im VIS geschaffen. Polizei, Strafverfolgungsbehörden sowie Nachrichtendienste haben künftig die Möglichkeit, zum Zwecke der

Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung von terroristischen oder anderen schwerwiegenden Straftaten Abfragen über das VIS zu tätigen.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Zivilschutzgesetzes wird der Bevölkerungsschutz in Deutschland auf eine neue rechtliche Basis gestellt. Im Einzelnen werden die Einrichtungen und Vorhaltungen des Bundes den Ländern auch bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen zur Verfügung gestellt. Nach dem zwischen Bund und Ländern im Sommer 2007 vereinbarten neuen Ausstattungskonzept für den Zivilschutz werden die ergänzende Ausstattung des Bundes sowie ihre Verfügbarkeit für die Katastrophenschutzvorsorge der Länder auf eine einfachgesetzliche Grundlage gestellt. Der Gesetzentwurf stellt außerdem die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen des Bundes (Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe – AKNZ) auf eine moderne Grundlage und sichert auch die Länder übergreifende Krisenmanagement-Übungsserie LUKEX ab. Eingeführt wurde ferner die Möglichkeit zentraler Koordinierungsmaßnahmen des Bundes, allerdings nur auf Ersuchen und im Einvernehmen mit den Ländern, sowie eine beratende Funktion des Bundes beim Schutz kritischer Infrastrukturen.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderung verlangt Integration. Integration bedeutet für uns die Eingliederung von Zuwanderern in unsere Gesellschaft unter rechtlichen, ökonomischen, sozialen und politischen Gesichtspunkten.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union sind wir im August 2007 der Verpflichtung nachgekommen, insgesamt elf europäische Richtlinien in deutsches Recht umzusetzen. Die Umsetzung hatte zur Folge, dass wir alle maßgeblichen ausländerrechtlichen Gesetze überarbeitet haben. Eine der Richtlinien, die wir umgesetzt haben, betrifft die Familienzusammenführung. Danach sollen in der Regel aus dem Ausland nachziehende – mindestens 18 Jahre alt – Ehegatten vor der Einreise nach Deutschland einfache Deutschkenntnisse erworben haben.

Unabhängig von der Richtlinienumsetzung haben wir im Staatsangehörigkeitsrecht für eine Einbürgerung Kenntnisse in der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung eingeführt. Zur Vorbereitung wurden Einbürgerungskurse eingerichtet. Ein wichtiger Punkt war für uns auch die Einführung einer bundesgesetzlichen Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländer.

Mit dem Gesetz zur arbeitsmarktdäquaten Steuerung der Zuwanderung Hochqualifizierter und

zur Änderung weiterer aufenthaltsrechtlicher Regelungen (Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz) haben wir das vom Bundeskabinett im Juli 2008 beschlossene „Aktionsprogramm der Bundesregierung – Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ umgesetzt. Im Ergebnis geht es darum, Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte zu stärken. Dafür sind zwei wesentliche Änderungen im Aufenthaltsgesetz vorgesehen. Erstens die Senkung der Mindesteinkommensgrenze für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte von 86.400 Euro auf 63.300 Euro. Zweitens wurde zur besseren Nutzung inländischer Potenziale ein neuer Aufenthaltstitel eingeführt, der Geduldeten unter bestimmten Voraussetzungen einen sicheren Aufenthalt verschafft.

Darüber hinaus beinhaltet das Gesetz eine nicht im Aktionsprogramm vorgesehene Änderung des Aufenthaltsgesetzes: Schon jetzt können Länder eine eigene Härtefallkommission einsetzen, aufgrund deren Ersuchen die obersten Landesbehörden dem Ausländer bzw. der Ausländerin einen Aufenthaltstitel jenseits der übrigen im Gesetz normierten Voraussetzungen erteilen können. Diese Regelung hat sich bewährt, sodass die im Zuwanderungsgesetz vorgesehene Befristung aufgehoben wurde.

Das Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts setzt die Vorgaben, die das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) und das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) bezüglich der Rücknahme rechtswidriger, insbesondere durch Täuschung erschlichener Einbürgerungen gemacht haben, um.

Mit der Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes haben wir mehr Rechtssicherheit und mehr Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher erzielt. Die Überprüfung der Kreditwürdigkeit von Personen anhand des mathematisch-statistischen sog. „Scorings“ ist statthaft, das Verfahren muss jedoch hinreichend transparent sein und erläutert werden. Wir haben die Voraussetzungen für die Durchführung des „Scorings“ gesetzlich eindeutig festgelegt.

Nach den in jüngerer Zeit bekannt gewordenen Fällen von missbräuchlichem Handel mit personenbezogenen Daten verfolgen wir mit dem Gesetz zur Regelung des Datenschutzaudits und zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften eine weitere Verbesserung des Datenschutzes. Dazu gehören beispielsweise die Einführung eines besonderen Kündigungsschutzes für die betrieblichen Datenschutzbeauftragten und eine deutlich erweiterte Eingriffsbefugnis der Datenschutzbehörden. Die Hinweis- und Informationspflichten z. B. bei festgestelltem Missbrauch werden ausgebaut. Die Dokumentationspflichten, z. B. bei der

Datenverarbeitung im Auftrag eines Anderen, werden ausgeweitet. Dies wird flankiert durch zusätzliche und erhöhte Bußgelder. Die ursprünglich geplanten gesetzlichen Regelungen eines Datenschutzaudits sollen zunächst in einem Pilotverfahren erprobt werden. Trotz der Datenskandale der letzten Zeit stellt die Union wirtschaftliche Interessen vor das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen und vor einen effektiven Datenschutz. So lehnt sie zum Beispiel auch die von uns geforderte moderate Ausweitung des Verbandsklagerechts bei Datenschutzverstößen ab, wie auch die Abschaffung des bisherigen so genannten Listenprivilegs beim Adresshandel.

Auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung können wir eine gute Bilanz vorweisen.

Mit dem Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (DNeuG) entwickeln wir das Recht der Bundesbeamten fort. Es wurden die geltenden Regelungen für Status, Besoldung und Versorgung der Beamten, Richter und Soldaten im Bereich des Bundes neu gefasst. Wie in der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Pensionseintrittsalter der Beamten schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Vorgesehen ist eine stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenzen und der besonderen Altersgrenzen. Auch wird die Berücksichtigung von Ausbildungszeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit begrenzt. Die Grundgehaltstabellen wurden ebenfalls neu gestaltet. Die Gehaltsentwicklung orientiert sich nicht mehr am Besoldungsdienstalter, sondern an der dienstlichen Erfahrung.

Wir haben im Dezember 2007 das Gesetz zur Regelung des Statusrechtes der Beamtinnen und Beamten in den Ländern beschlossen. Bislang waren die Länder verpflichtet, ihre Landesbeamtengesetze nach dem Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG) des Bundes auszurichten. Diese Rahmenkompetenz des Bundes zum Erlass des BRRG ist durch die Föderalismusreform entfallen. Das Gesetz nutzt die neue, konkurrierende Kompetenz des Bundes, zur Regelung der Statusrechte und -pflichten der Angehörigen des öffentlichen Dienstes der Länder, Gemeinden und anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts, mit Ausnahme der Laufbahnen, Besoldung und Versorgung.

Mit dem im November 2006 beschlossenen Ersten Gesetz zur Änderung des Versorgungsrücklagengesetzes haben wir zum 1. Januar 2007 einen Versorgungsfonds des Bundes für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Berufssoldatinnen und -soldaten eingerichtet. Erstmals werden nun für die genannten Personengruppen regelmäßige Zuweisungen an einen auf Dauer angelegten Fonds als Sondervermögen geleistet.

Beamte, Richter und Soldaten haben für die Jahre 2005, 2006 und 2007 Einmalzahlungen in Höhe von jeweils 300 Euro erhalten. Mit dem entsprechenden Einmalzahlungsgesetz, das wir im März 2007 beschlossen haben, haben wir die tarifvertraglich vereinbarten Einmalzahlungen, die die Tarifbeschäftigten des Bundes aufgrund eines Tarifabschlusses vom 9. Februar 2005 erhalten, auf den Beamtenbereich des Bundes übertragen. Empfänger von Anwärterbezügen haben jeweils 100 Euro erhalten.

Im Juni 2008 haben wir den Regierungsentwurf zur Änderung des Bundesministergesetzes beschlossen. Die angesichts der demografischen Entwicklung schwierige Situation der Alterssicherungssysteme erfordert einen Beitrag aller Gruppen zur Sicherung der Systeme. Das Gesetz sieht Einschnitte in die Versorgung der politischen Leitungsebene des Bundes vor. Außerdem sind die Mitglieder des letzten Ministerrats der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die aufgrund der ersten und gleichzeitig letzten freien Wahlen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in ihr Amt kamen, mit einer Mindestabsicherung in das System der Ministerversorgung mit einbezogen worden.

Das deutsche Personenstandsrecht existiert in seiner jetzigen Fassung bis auf kleine Änderungen seit 1957. Im November 2006 haben wir das Gesetz zur Reform des Personenstandsrechts beschlossen. Die Schwerpunkte der Reform waren unter anderem die Ablösung der bisherigen Personenstandsbücher durch ein elektronisches Personenstandsregister, die Ersetzung des Familienbuchs durch Beurkundungen in den Personenstandsregistern, die Reduzierung der zu erfassenden Daten sowie die Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine Testamentsdatei.

Nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts war es verfassungswidrig, dass ein verheirateter Transsexueller, der sich geschlechtsändernden Operationen unterzogen hat, seine neue Geschlechtszugehörigkeit personenstandsrechtlich nur dann anerkennen lassen kann, wenn seine Ehe zuvor geschieden wird. Der Gesetzgeber hatte die Pflicht, diese verfassungswidrige Regelung bis zum 1. August 2009 zu ändern. Zur Umsetzung dieses Urteils dient unser Gesetz zur Änderung des Transsexuellengesetzes. Wir haben das Erfordernis der Ehelosigkeit als Voraussetzung für die Feststellung der Zugehörigkeit zum anderen Geschlecht gestrichen. Dem verheirateten Transsexuellen wird also jetzt die Möglichkeit eröffnet, die bisherige Ehe fortzuführen, Rechte und Pflichten der Ehepartner bleiben durch die Geschlechtsänderung eines Ehegatten unverändert.

Die letzte Volkszählung in der Bundesrepublik fand im Jahr 1987 statt. In der ehe-

maligen DDR im Jahr 1981. Da die seitdem fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen und die darauf aufbauenden Statistiken immer ungenauer werden, wurde eine Neujustierung der statistischen Datenbasis durch eine neue Zählung erforderlich. Mit dem Zensusvorbereitungsgesetz haben wir beschlossen, dass 2011 deshalb eine Volkszählung (Zensus) nach einem neuen, registergestützten System durchgeführt werden soll. Zusätzlich haben wir das Gesetz zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes beschlossen. Für den jährlichen Mikrozensus soll danach die Frage nach der Anzahl der Kinder pro Frau, zur Geburtenfolge und zum Geburtenabstand aufgenommen werden.

Wir haben die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes (BND, Bundesverfassungsschutz) fortentwickelt. Nach den Erfahrungen mit dem parlamentarischen Kontrollgremium und aufgrund dessen gewachsener Bedeutung war angezeigt, die parlamentarische Kontrolle fortzuentwickeln und zu stärken. Wir haben hierfür das Parlamentarische Kontrollgremium im Grundgesetz verankert und insgesamt gestärkt. Es besitzt jetzt noch effektivere Möglichkeiten der Sachaufklärung. So wird die Bundesregierung verpflichtet, Akteneinsicht unverzüglich zu gewähren und Akten erforderlichenfalls auch im Original herauszugeben. Eine angemessene Personal- und Sachausstattung des Kontrollgremiums ist sicher zu stellen. Auch die Unterstützung durch überprüfte Mitarbeiter der Fraktionen wird jetzt in bestimmten Grenzen zugelassen. Das Gremium hat jetzt deutlich weitere Möglichkeiten, dem Bundestag zu berichten.

Mit den Gesetzen zur Änderung des Wahl- und Abgeordnetenrechts sind uns im Herbst 2007 wichtige Reformen gelungen. Auf Grund von Erfahrungen bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 haben wir das Bundeswahlgesetz in einigen Bereichen fortentwickelt. Die Gesetzesänderung beinhaltet beispielsweise Änderungen über die Festlegung eines neuen Berechnungsverfahrens für die Sitzverteilung und die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder.

Die Einteilung der Wahlkreise für die Bundestagswahlen entspricht aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern und einigen Wahlkreisen nicht mehr den Vorgaben des Bundeswahlgesetzes. Auf Grund von Gebiets- und Verwaltungsreformen in verschiedenen Ländern ist außerdem die Beschreibung mehrerer Wahlkreise nicht mehr zutreffend. Das 18. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes, welches wir im Januar 2008 beschlossen haben, teilt die Bundestagswahlkreise soweit erforderlich neu ein und beschreibt diese neu.

Kultur und Medien

Im Januar 2007 haben wir das Bundesvertriebenengesetz durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes den politischen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Ost-Erweiterung der Europäischen Union angepasst. Wir haben zudem die Aufnahme an Regelungen des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes angepasst, um zu verhindern, dass Personen mit kriminellem oder terroristischem Hintergrund das vertriebenenrechtliche Aufnahmeverfahren missbrauchen. Weitere Änderungen betrafen unter anderem Regelungen zur verbesserten Integration der Spätaussiedler und ihrer Angehörigen in die deutsche Gesellschaft.

Im November 2007 haben wir das Gesetz zur Aufhebung der Heimkehrerstiftung und zur Finanzierung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge (Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetz) beschlossen. Mit Ablauf des 31. Dezember 2007 wurde die Heimkehrerstiftung dadurch aufgehoben. Die Stiftung hat ihren Zweck, ehemalige Kriegsgefangene sowie deren hinterbliebene Ehegatten wirtschaftlich und sozial zu fördern, mehr als 60 Jahre nach Kriegsende erfüllt. Endgültig eingestellt werden die Leistungen zum 31. Dezember 2009. Rentenzusatzleistungen und Leistungen zur Minderung von Nachteilen in der gesetzlichen Hinterbliebenenversorgung können ohne Fristen weiter beantragt und geleistet werden.

Gleichzeitig wurde durch die Schaffung eines Heimkehrerentschädigungsgesetz eine einmalige Entschädigung an die Heimkehrer aus dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebietes (Beitrittsgebiet) beschlossen. Sie beträgt in Abhängigkeit von der Dauer der Gefangenschaft bis zu 1.500 Euro. Der Stiftung für politische Häftlinge werden jährlich rund 1,4 Millionen Euro mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Damit sollen vor allem Zivildeportierte jenseits von Oder und Neiße Leistungen erhalten.

Im Oktober 2008 haben wir das Gesetz zu dem Vertrag vom 3. März 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland – Körperschaft des öffentlichen Rechts – verabschiedet. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland wurden im Januar 2003 auf eine vertragliche Grundlage gestellt. Der Vertrag gewährte dem Zentralrat der Juden in Deutschland finanzielle Unterstützung in Form einer jährlichen Staatsleistung von 3 Millionen Euro. Der Vertrag legt vor dem Hintergrund wachsender Aufgaben und neuer Anforderungen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland eine Erhöhung der Staatsleistung auf 5 Millionen Euro fest. Das Gesetz schafft die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung dieser Leistung.

Wir haben 1998 mit der Regierungsübernahme unter Bundeskanzler Gerhard Schröder das Amt eines Staatsministers für Kultur und Medien geschaffen. Durch dieses Amt und den neu geschaffenen eigenständigen Ausschuss für Kultur und Medien und den Unterausschuss Neue Medien im Deutschen Bundestag haben wir die Wahrnehmung von Kultur und Medien auf bundespolitischer Ebene erheblich gestärkt. Dieser kulturelle Aufbruch ist uns gelungen.

Seitdem wurden zahlreiche wichtige und wegweisende kultur- und medienpolitische Vorhaben umgesetzt und die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur sowie für Medien wesentlich verbessert. Der als Querschnittsausschuss konzipierte Unterausschuss Neue Medien hat – oft auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion – immer wieder wichtige Themen auf die politische Agenda gebracht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat auch in der Großen Koalition die erfolgreich begonnene Kultur- und Medienpolitik fortgesetzt.

Kultur- und Medienpolitik ist nicht auf nationale Grenzen beschränkt. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als tragende dritte Säule deutscher Außenpolitik hat durch die Stärkung der Goethe-Institute und der Deutschen Auslandsschulen eine deutliche Belebung erfahren. Die Bundesregierung setzt mit dem Schwerpunkt der Außenwissenschaftspolitik im Jahr 2009 auf das Zukunftsthema Bildung und stärkt gleichzeitig Deutschland als Standort von Kunst, Kultur und Wissenschaft.

Mit der Umsetzung der UNESCO-Konventionen zum Kulturgüterschutz und zur kulturellen Vielfalt übernimmt Deutschland außenkulturpolitische Verantwortung. Um den internationalen Kulturgüterschutz zu verbessern und die Rückführung von illegal exportierten Kulturgütern zu erleichtern, haben wir im Februar 2007 das Gesetz zum Kulturgüterübereinkommen der UNESCO vom 14. November 1970 sowie ein entsprechendes Ausführungsgesetz im Deutschen Bundestag beschlossen. Damit erreichen wir, dass ein international vereinbarter Schutz von Kulturgütern nun auch in Deutschland Standard wird.

Mit der Ratifizierung des UNESCO-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen vom 20. Oktober 2005 schließt sich Deutschland diesem wichtigen kulturpolitischen Abkommen an. Das Übereinkommen bestätigt das souveräne Recht der Vertragsstaaten, eine eigenständige Kulturpolitik zu formulieren und umzusetzen. Hierzu können die Vertragsparteien entsprechende Maßnahmen beschließen. Indem die UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt insbesondere die „Dop-

pelnatur“ von Kulturgütern und -dienstleistungen als „Handelsware“ und Gegenstand von Kulturpolitik beschreibt, wird ein internationales Instrument geschaffen, um kulturpolitische Zielstellungen der Vertragsstaaten mit internationalen Handelsabkommen in Einklang zu bringen.

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte spielt eine wichtige Rolle für unser nationales Selbstverständnis. Gemeinsam müssen wir mit unserer Geschichte verantwortungsvoll, aufgeklärt und in die Zukunft gerichtet umgehen.

In der Wahrnehmung der Verantwortung des Bundes für die Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur haben wir das Konzept zur Förderung von Gedenkstätten durch den Bund fortgeschrieben. Das 1999 verabschiedete Gedenkstättenkonzept des Bundes, auf dessen Grundlage sich der Bund an der Förderung von Stätten der Erinnerung und an Projekten beteiligen kann, wenn sie von nationaler und internationaler Bedeutung sind, ein wissenschaftlich, museologisch und pädagogisch fundiertes Konzept vorliegt und das jeweilige Sitzland sich mindestens zur Hälfte an den Kosten beteiligt, war nach fast 10 Jahren Erfahrung zu ergänzen und fortzuentwickeln. Es liegt nun eine Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts vor, die sich an gewandelten Bedürfnissen insbesondere hinsichtlich der gewachsenen Bedeutung historisch-politischer Bildungsarbeit orientiert.

Die Gedenk- und Erinnerungskultur bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und beruht in hohem Maße auf politischer Bildung und Vermittlung. Es erfolgt keine Neugewichtung bzw. Nivellierung zwischen dem Bereich der „NS-Terrorherrschaft“ und dem der „kommunistischen Diktatur in Deutschland“. Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen bleibt als wichtiger Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in vollem Umfang arbeits- und funktionsfähig.

Mit der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes haben wir eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) und einen erleichterten Zugang für Forschung und Medien erreicht. Die Möglichkeit der sog. Regelanfrage bei bestimmten Personengruppen in gesellschaftlich oder politisch herausgehobenen Ämtern und Funktionen wäre Ende des Jahres 2006 ausgelaufen. Durch die Novellierung wurden neue Regelungen für Fallkonstellationen geschaffen, in denen auf eine Überprüfbarkeit auch nach Ablauf der Frist nicht verzichtet werden konnte. Bei dem privaten Akteneinsichtsrecht wurde der berechnete Personen-

kreis erweitert und es wurden verbesserte Zugangsmöglichkeiten in bestimmten Fällen auch ohne Einwilligung des Betroffenen vorgenommen.

Für die Geschichtspolitik des Bundes ist es aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion wichtig, dass die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der DDR als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird. Eine angemessene Aufarbeitung muss die Alltagsdimension, die Durchdringung des Alltags der Menschen in der DDR mit den Machtmechanismen der kommunistischen Diktatur umfassen. Zugleich bietet das Jubiläum – 20 Jahre Mauerfall – Anlass zur Freude über die gelungene friedliche Revolution. Das nach fast zehnjähriger, von der SPD maßgeblich mitbestimmter Diskussion vom Deutschen Bundestag beschlossene Freiheits- und Einheitsdenkmal soll diese Freude ausdrücken. Kern der Idee für das Denkmal ist die gemeinsame positive Erinnerung an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Überwindung der deutschen Teilung, die den hoffnungsvollen Blick in die Zukunft ermöglicht. Uns war es besonders wichtig, den Beitrag der Leipziger Bürgerinnen und Bürger bei der friedlichen Revolution im Herbst 1989 hervorzuheben. Diesen Beitrag werden das Land Sachsen und die Stadt Leipzig mit Unterstützung der Bundesregierung mit einem Denkmal in Leipzig würdigen.

Zur Komplexität der Geschichte der Bundesrepublik gehört auch die Diskussion über Flucht und Vertreibung. Das Projekt des Bundes der Vertriebenen „Zentrum gegen Vertreibungen“ haben wir stets in aller Deutlichkeit abgelehnt und stattdessen für einen europäischen Ansatz plädiert, der den gemeinsamen europäischen Blick auf die schmerzvollen Erfahrungen der Deutschen, aber auch anderer Völker im Europa des 20. Jahrhunderts dokumentiert und die Verständigung darüber fördert.

Gemeinsam mit der Bundesregierung haben wir eine Konzeption für ein „Sichtbares Zeichen“ zur Darstellung von Flucht und Vertreibung erarbeitet. Im Dezember 2008 haben wir das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ beschlossen und damit eine neue tragfähige Rechtsform für das Deutsche Historische Museum geschaffen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass in der Trägerschaft der Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ eine Ausstellungs- und Dokumentationsstelle für die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung in der Rechtsform einer unselbstständigen „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ eingerichtet wird. Für die SPD war es wichtig, dass die Stiftung nicht als eigenständige Institution eingerichtet, sondern in die bestehende Museumslandschaft eingebettet wird.

Der dem Deutschen Bundestag nach vierjähriger Tätigkeit im Dezember 2007 vorgelegte Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ enthält wichtige kulturpolitische Handlungsempfehlungen sowohl an den Bund, als auch an die Länder und Kommunen.

Bereits im Oktober 2007 haben wir mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen zur Stärkung der Kulturwirtschaft als Motor für Wirtschaft und Wachstum die umfangreichen Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft aufgegriffen. Die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft für die kulturelle Infrastruktur, für das Wachstum und für die Beschäftigung ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden.

Die SPD unterstützt die im Bericht vertretene Forderung, dass rechtliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur nur innerhalb eines kooperativen Kulturföderalismus verbessert werden können. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die auf die darauf beruhende Empfehlung, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern, mit einem Beschluss umgesetzt. Wir konnten diese Empfehlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in der Großen Koalition wegen des Widerstandes von CDU und CSU jedoch nicht umsetzen.

Mit dem Dritten Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze wurde ein besserer Sozialschutz für Kultur- und Medien-, insbesondere Filmschaffende verwirklicht. So können künftig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die typischerweise immer nur kurz beschäftigt sind, wie vor allem Beschäftigte im Kultur-, Film- und Medienbereich, leichter Arbeitslosengeld erhalten. Bereits nach sechs anstatt zwölf Monaten Beitragszeit innerhalb der zweijährigen Rahmenfrist besteht nun ein Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn der Arbeitnehmer überwiegend bis zu einer Dauer von sechs Wochen beschäftigt ist.

Die Künstlersozialversicherung (KSV) wurde 1981 von der SPD auf den Weg gebracht. Sie ist heute eine der wichtigsten kulturpolitischen Errungenschaften, ermöglicht es freischaffenden Künstlern und Publizisten, sich gesetzlich in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zu versichern und bietet ihnen damit eine existenzielle und unverzichtbare Grundlage ihres Schaffens. In der KSV sind zurzeit rund 150.000 selbständige Künstler und Publizisten versichert. Wie die anderen gesetzlichen Versicherungen hat die KSV jedoch zunehmend mit einer Schieflage zwischen Einnahmen und Ausgaben zu kämpfen. Mit der dritten Novelle des Künstlersozialversicherungsgesetzes haben wir die Vorgabe des Koalitionsvertrags umgesetzt, die KSV zu stärken und zukunftsfest zu gestalten. Mit dem Gesetz können Finanzierungsreserven

systematisch erschlossen werden. Die Ausgabe Seite wird entlastet, indem nur noch die tatsächlich Berechtigten in den Genuss der KSV kommen. Dies wird durch Kontrollen und verbessertes Mitwirken auf Seiten der Künstler und Publizisten erreicht. Die Einnahmeseite wird durch eine systematische Erfassung der abgabepflichtigen Unternehmen mit Hilfe der Prüfdienste der Deutschen Rentenversicherung verbessert. Mit den Maßnahmen auf Verwerter- und Versichertenseite wird die Beitragsgerechtigkeit erhöht und die finanzielle Basis dieses international einmaligen Modells der sozialen Absicherung von Künstlern stabilisiert.

Mit der Novelle des Filmförderungsgesetzes (FFG) im November 2008 haben wir die Leistungsfähigkeit und die Strukturen der deutschen Filmwirtschaft weiter verbessert. Mit dem Gesetz passen wir die Filmförderung den technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten fünf Jahre an. Es berücksichtigt neue Verwertungsformen von Kinofilmen und tritt durch eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Absatzförderung der starken Wettbewerbsposition des US-amerikanischen Films entgegen. Der schwierigen Situation der Filmtheater wird das Gesetz durch die Neustrukturierung der Abspielförderung gerecht. Die Drehbuchförderung wird sowohl in finanzieller Hinsicht gestärkt als auch inhaltlich neu gestaltet. Uns war es besonders wichtig, dass zukünftig auch soziale Belange der Beschäftigten in der Filmbranche bei der Filmförderung von Bedeutung sind. Vor dem Hintergrund der Klage der Kinos gegen die im FFG verankerte Filmabgabe muss das FFG in der neuen Legislaturperiode novelliert und ein abgabegerechter Maßstab gefunden werden.

Medienpolitik hat sich, auch wenn die grundsätzliche Zuständigkeit dafür, wie auch bei der Kultur, bei den Ländern liegt, ebenfalls zu einem wichtigen Bestandteil der Bundespolitik entwickelt. Die deutsche und europäische Medienlandschaft befindet sich in einem Prozess tief greifender Veränderungen und die Medienpolitik steht vor großen Herausforderungen. Dies betrifft insbesondere die Sicherstellung der besonderen Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks innerhalb des dualen Systems in Deutschland, die Definition und Reichweite seines Funktionsauftrages sowie dessen Finanzierung.

Mit dem Beschluss „Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ haben wir uns als SPD-Bundestagsfraktion im November 2007 für den Erhalt und die Fortentwicklung der bewährten Rundfunkordnung in Deutschland, zu einer dualen Medienordnung sowie für die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausgesprochen. Wir haben die schwierigen Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der Bundesregierung und die Umsetzung

des dort erreichten Kompromisses mit dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages begleitet. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes und die Fortentwicklung der bewährten und leistungsfähigen dualen Rundfunkordnung in Deutschland zu einer dualen Medienordnung sowie für die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks starkgemacht. Die gesetzlichen Vorgaben sollen es dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ermöglichen, seinen Funktionsauftrag zu erfüllen, der neben seiner Rolle für die Meinungs- und Willensbildung, neben Information, Bildung und Unterhaltung auch seine kulturelle Verantwortung umfasst.

Rundfunk und eine freie Presse gehören zum unverzichtbaren Kern einer Demokratie. Die SPD-Bundestagsfraktion hat immer darauf gedrängt, die Rundfunk- und Pressefreiheit und die Vielfalt der Medien sicherzustellen und zu wahren. Dies gilt sowohl für den Erhalt der vielfaltsichernden Maßnahmen als auch für die Wahrung der Verhältnismäßigkeit von staatlichen Maßnahmen etwa im Rahmen der Strafverfolgung.

Im Februar 2008 haben wir den Antrag der Koalitionsfraktionen „Wertvolle Computerspiele fördern“ verabschiedet. Kern der Forderungen ist die Schaffung eines Preises für qualitativ hochwertige sowie kulturell und pädagogisch wertvolle Computerspiele. Damit folgt der Bundestag einer Initiative der SPD-Bundestagsfraktion und setzt mit diesem, von der Bundesregierung im Frühjahr 2009 erstmalig verliehenen Preis ein bislang einmaliges Zeichen für Anerkennung der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung von Computerspielen in Deutschland.

Immer mehr Kinder, Jugendliche und Erwachsene verbringen immer mehr Zeit mit Computerspielen, Internet und anderen Medien. Diese exzessive Mediennutzung kann mit suchtähnlichen Erscheinungen verbunden sein. In unserem Koalitionsantrag zur Medien- und Onlinesucht thematisieren wir zentrale Aspekte dieses noch weitgehend unerforschten Phänomens. Über die Frage der Anerkennung von Medien- und Onlinesucht als Krankheit hinaus ist uns besonders die Stärkung der Verantwortung und der Kompetenz sowohl von Medienanbietern als auch Mediennutzern wichtig. Aus unserer Sicht ist Medienkompetenz eine Schlüsselqualifikation in der modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft und hilft, sich in einer medial geprägten Welt zu Recht zu finden. Wir fordern deshalb die Förderung und Unterstützung von Medienkompetenz sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene sowie die Verankerung von Medienkunde als regulärem Schulfach in den Ländern.

Sport

Sport ist die größte Bürgerbewegung Deutschlands: 27,5 Millionen Sportlerinnen und Sportler sind in rund 90.000 Vereinen organisiert, 2,7 Millionen Ehrenamtliche leisten rund 500 Millionen Arbeitsstunden pro Jahr im Sport. Die SPD-Bundestagsfraktion ist sich ihrer Verantwortung für den Sport bewusst und wir haben dies auch mit dem Koalitionsantrag „Gesellschaftliche Bedeutung des Sports“ noch einmal betont. Mit unseren Initiativen wurden und werden weitere Verbesserungen für den Breiten- und Spitzensport erreicht.

Wir haben unserer Forderung nach der Aufnahme des Sports als Staatsziel in das Grundgesetz durch einen Beschluss der Fraktion Nachdruck verliehen. Der Sport ist bereits in 15 von 16 Landesverfassungen verankert und verdient auch eine Erwähnung im Grundgesetz. Eine Erweiterung des Grundgesetzes würde nicht nur eine symbolische Wertschätzung für die Bedeutung des Sports für das Individuum und für die Gesellschaft ausdrücken, sondern vor dem Hintergrund der Kompetenzdiskussion um die Sportförderung auch für eine Verstärkung der Verantwortlichkeit des Bundes in diesem Bereich zu sorgen.

Die Dopingbekämpfung haben wir konsequent voran getrieben und dazu das Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport verabschiedet. Wir haben darin die Strafbarkeit des Besitzes nicht geringer Mengen bestimmter Dopingsubstanzen eingeführt. Eine Einigung auf eine generelle Strafbarkeit des Besitzes scheiterte am Widerstand der Unionsfraktion. Das Gesetz beinhaltet u. a. auch eine Kennzeichnungspflicht für dopingrelevante Arzneimittel und eine Zuständigkeit des BKA für die Fälle des international organisierten Handels mit Arzneimitteln. Es wird sich zeigen, ob die neuen Regelungen ausreichen, um die Dopingbekämpfung wirklich dauerhaft zu optimieren. Wir werden dies beobachten und uns gegebenenfalls für weitergehende Maßnahmen einsetzen.

Als weiteren Schritt in der internationalen Zusammenarbeit bei der Dopingbekämpfung haben wir das Internationale Übereinkommen der UNESCO vom 19. Oktober 2005 gegen Doping im Sport ratifiziert.

Bereits heute stellt der Bereich des Gendopings eine zunehmende Gefährdung des Sports dar. Auf unsere Initiative hin geht eine Studie des Büros für Technikfolgenabschätzung zum Thema Gendoping zurück, die in einer Anhörung des Sportausschusses vorgestellt und auch im Bundestag intensiv diskutiert wurde und die die aktuelle und zukünftige Gefahr dieser Methode der unerlaubten Leistungssteigerung mehr als deutlich gemacht hat.

Wir haben eine deutliche Erhöhung der Bundesmittel für den Spitzensport erreicht – das gilt selbstverständlich auch für den Sport der Menschen mit Behinderungen. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung des Spitzensports stellt der Bund bei Bundeswehr, Bundespolizei und Zoll Personalstellen für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler zur Verfügung. Auf unserer Initiative beruht der Beschluss des Bundestages „Duale Karrieren im Spitzensport fördern und den Hochschulsport strategisch weiterentwickeln“. Wir haben uns erfolgreich für die Anhebung der Sportförderplätze bei der Bundeswehr eingesetzt. Derzeit profitieren 1044 Spitzensportlerinnen und Spitzensportler bei der Bundeswehr (824), der Bundespolizei (160) und beim Zoll (60) von diesen spitzensportfreundlichen Rahmenbedingungen.

Seit mehr als 40 Jahren fördert das Auswärtige Amt im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik den Sport in Ländern der Dritten Welt. In Kooperation mit deutschen Sportverbänden werden Sportexperten entsandt, die lokale Trainer ausbilden und Unterstützung beim Auf- oder Ausbau der Infrastruktur des Sports für die Menschen vor Ort anbieten. Wir haben auch hier eine Erhöhung der Mittel für diese Form der Sportförderung durchgesetzt.

Mit der Unterstützung des Bundes ist es gelungen, bedeutende Sportgroßveranstaltungen in Deutschland auszurichten. Im Jahr 2006 war Deutschland Gastgeber der Fußball-WM 2006 und der INAS-FID Fußball-WM der Menschen mit Behinderung 2006. Im Jahr darauf folgten die Handball-WM der Männer 2007 und die Turn-WM 2007, ein Jahr später die Basketball-Europameisterschaft der Gehörlosen 2008. In diesem Jahr schaut die Sportwelt nach Berlin, zur Leichtathletik-WM 2009 – und die Frauenfußball-WM 2011 und die Europameisterschaft im Schwimmen von Menschen mit Behinderungen 2011 werfen ihre Schatten bereits voraus. Wir haben mit dem Antrag Unterstützung der Bewerbung der Landeshauptstadt München zur Ausrichtung der XXIII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018 die grundsätzliche Unterstützung des Bundes für das Bewerbungsprojekt signalisiert.

Auf die grundsätzliche Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft haben wir mit dem Antrag „Sport und Bewegung in Deutschland umfassend fördern – Bewusstsein für gesunde Lebensweise stärken“ hingewiesen. Wir haben darin deutlich gemacht, welchen enormen Stellenwert Sport, Bewegung und gesunde Ernährung für einen gesunden Lebensstil haben und welches große Potenzial diese Bereiche insbesondere für optimale Entwicklungs-

chancen von Kindern und Jugendlichen darstellen.

Dank des „Hilfen für Helfer-Programms“ konnten – obwohl der Bund im Bereich der Förderung des Breitensports nur marginale Kompetenzen hat – entscheidende Verbesserungen für das Ehrenamt, und damit auch in Sportvereinen, erreicht werden: Die Übungsleiterpauschale haben wir von 1.848 Euro auf 2.100 Euro angehoben und eine pauschale Steuerfreiheit von 500 Euro für Aufwandsentschädigungen aus ehrenamtlichen Tätigkeiten für alle ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Wir haben die Interessen des Sports in die Initiative von Finanzminister Peer Steinbrück einfließen lassen können.

Freiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements und ein wichtiger Pfeiler der Bürgergesellschaft. Wir setzen uns für einen Ausbau der Freiwilligendienste ein. Nachdem wir bereits 2006 die Aufstockung der Haushaltsmittel für die Jugendfreiwilligendienste von 16 auf 18 Millionen Euro erreichen konnten, hat es 2007 erneut eine Erhöhung der Haushaltsmittel um 1 Million Euro gegeben, die zu einer Aktivierung einer weiteren Million Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) führte. Das Jugendfreiwilligendienstgesetz löst die Vereinbarung im Koalitionsvertrag ein, die Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste zu verbessern. Mit diesem Gesetz haben wir die Jugendfreiwilligendienste als Lerndienste, die die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen fördern, weiter ausgebaut und die Attraktivität der Jugendfreiwilligendienste auch im Sport nachhaltig verbessert.

Sport bietet die einzigartige Möglichkeit, Integration „spielerisch“ zu vollziehen. Das Potenzial des Sports als Instrument der Integration ist groß und die Leistung der Sportvereine ist von herausragender Bedeutung für die Integrationsbemühungen – dort ist Integration Alltag. Dies haben wir mit unserem Antrag „Sport fördert Integration“ noch einmal besonders herausgestellt.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Sport und Bewegung sind die Sportstätten: Sportplätze, Sporthallen, Schwimmbäder und freie Sportflächen sind nötig, damit Sportbegeisterte aktiv sein können. Wir haben uns daher für eine Verbesserung der Förderung von Sportstätten eingesetzt. Wir haben erreicht, dass auch Sportstätten, die für den Breitensport genutzt werden, durch den Bund unterstützt werden können: Über die Programme „Goldener Plan Ost“ und „Soziale Stadt“ können Breitensportanlagen gefördert und eine Verbesserung der Sportstätten-situation vor Ort erreicht werden. Ebenfalls unserer Initiative ist es zu verdanken, dass Mittel des Konjunkturpaketes II auch für Sportstätten genutzt werden können.

Ernährungs-, Landwirtschafts- und Verbraucherschutzpolitik

Wir haben uns dem vorsorgenden Verbraucherschutz, einer aktiven Verbraucherpolitik und einer nachhaltigen Landbewirtschaftung verpflichtet, die die Interessen von Mensch, Wirtschaft, Umwelt und Natur in Einklang bringt.

Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche berührt. Wir wollen mehr Schutz für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Dazu sind auch ein Höchstmaß an Sicherheit, Transparenz und Wahlfreiheit sowie ein besserer Rechtsschutz erforderlich. Aussagekräftige Informationen, die Offenlegung von Risiken und der Schutz vor unlauterem Wettbewerb oder unseriösen Marktpraktiken sollen dazu beitragen, dass Verbraucher und Verbraucherinnen auf Augenhöhe am Marktgeschehen teilhaben können.

Im Juli 2007 haben wir endlich ein Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Verbraucherinformation verabschiedet. Darin werden die Behörden verpflichtet, die Öffentlichkeit von sich aus über Missstände im Bereich von Lebens- und Futtermitteln oder Bedarfsgegenständen wie z. B. Kosmetika, Spielwaren und Wein zu informieren. Dabei sind auch die Namen der Hersteller und der betroffenen Erzeugnisse zu nennen. Mit dem eigenständigen Verbraucherinformationsgesetz erhalten die Verbraucherinnen und Verbraucher erstmals einen bundeseinheitlichen Anspruch auf Zugang zu den bei Behörden vorhandenen Informationen über diese Erzeugnisse.

In dem Gesetz zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches stehen – neben einer Erhöhung des Bußgeldrahmens – vor allem Gesetzesänderungen im Mittelpunkt, die eine Aufdeckung des Handels mit überlagerem Fleisch und eine schnelle, länderübergreifende Risikoanalyse ermöglichen sollen. Unter anderem werden Restaurants verpflichtet, die Behörden zu informieren, wenn ihnen Gammelfleisch angeboten wird. Darüber hinaus wurden die rechtlichen Vorgaben für eine Information der Öffentlichkeit über Missstände im Bereich Lebens- und Futtermittel weiter abgesenkt.

Mit einer umfangreichen Reform des Versicherungsvertragsgesetzes haben wir einen gerechteren Interessenausgleich zugunsten der Versicherten geschaffen. Die Versicherten profitieren in Zukunft von verbesserten Beratungs- und Informationspflichten und werden bei der Lebensversicherung angemessen an den mit ihren Prämien erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Daneben wurde mit der Umsetzung der Versicherungsvermittlerrichtlinie dafür gesorgt, dass Versicherungsvermittler sich qualifizieren und registrieren sowie eine verpflichtende Berufshaftpflichtversicherung abschließen müssen.

Wir haben die im Zuge der amerikanischen Immobilienkrise aufgekommene Debatte um den Verkauf der Kreditforderungen aufgegriffen und für eine Verbesserung des Verbraucherschutzes gesorgt: Der Schutz vor einer Kündigung des Immobilienkredits wurde deutlich gesteigert, die Information der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessert und das Risiko unberechtigter Zwangsvollstreckung weiter minimiert.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie, sowie zur Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht wird mehr Transparenz und Rechtssicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher geschaffen. Wer mit günstigen Krediten wirbt, muss auch sicherstellen, dass mindestens $\frac{2}{3}$ der Verbraucherinnen und Verbraucher solche Kredite bekommen können. In den Effektivzins müssen alle Kosten eingerechnet werden, darunter auch mit der Finanzierung kombinierte Lebensversicherungen und Restschuldversicherungen, soweit diese Voraussetzung für den Vertragsabschluss sind.

2007 wurde die EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente umgesetzt. Finanzdienstleister müssen seitdem strengere Vorschriften gegenüber ihren Kundinnen und Kunden beachten: Es wurden Transparenzvorschriften erlassen, Wohlverhaltensregeln und die Pflicht zur bestmöglichen Ausführung von Kundenaufträgen. Provisionen der Vermittler an die Wertpapierunternehmen müssen offengelegt werden. Die Durchsetzbarkeit von Ansprüchen von Anlegern aus Falschberatung wurde mit der Novelle des Schuldverschreibungsrechts 2009 verbessert: Künftig muss der Finanzberater in einem schriftlichen Protokoll, das dem Kunden auszuhändigen ist darlegen, welche Gründe für die Anlageempfehlung maßgeblich waren; zudem wurden die Verjährungsfristen auf bis zu 10 Jahre verlängert.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes wurden Einlagen von Kunden auf Giro- und Sparkonten ab Juni 2009 bis 50.000 Euro, ab Dezember 2010 bis 100.000 Euro abgesichert. Die bisherige Verlustbeteiligung der Anleger wurde abgeschafft.

Wir ermöglichen Schuldner durch eine Reform des Kontopfändungsschutzes trotz einer Kontopfändung weiterhin die Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr. Jeder Inhaber eines Girokontos kann von seiner Bank verlangen, dass sein Konto als Pfändungsschutzkonto (P-Konto) geführt wird. Dieses Konto genießt dann einen besonderen Schutz, unabhängig der Art der auf dem Konto eingehenden

den Beträge. Erstmals gilt der Schutz dann u. a. auch für Selbständige. Auf dem Konto wird ein Sockelbetrag von derzeit 985,15 Euro pfändungsfrei gestellt. Der Schuldner kann so seinen anderen Zahlungsverpflichtungen, wie z. B. für Miete, weiterhin nachkommen.

Wir haben die Rechte der Bahnkunden gestärkt. Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer haben europaweit künftig erstmals verbrieft Rechte, vor allem bei Verspätungen und Zugausfällen. Es gibt Ansprüche auf Entschädigungen, die u. a. nach der Dauer der Verspätung gestaffelt werden. Noch weitergehende Regelungen gelten für den Nahverkehr, z. B. wenn nachts das Ziel nicht mehr erreicht werden kann. Künftig werden es außerdem Menschen mit Behinderungen leichter haben, mit der Bahn zu fahren. Eisenbahnunternehmen und Bahnhöfebetreiber müssen dafür sorgen, dass der Bahnhof, die Bahnsteige, die Fahrzeuge und andere Einrichtungen auch für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich sind.

Unerwünschte Telefonwerbung hat sich in den letzten Jahren zu einem die Verbraucherinnen und Verbraucher erheblich belästigenden Problem entwickelt. Außerdem werden vermehrt Fälle von „untergeschobenen“ Verträgen, insbesondere im Zusammenhang mit Telefonwerbung, bekannt. Bereits nach geltendem Recht ist die Werbung mit Telefonanrufen rechtswidrig, wenn sie ohne Einwilligung erfolgt. Wir haben das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Bereich durch das Gesetz zur besseren Bekämpfung von unerlaubter Telefonwerbung erheblich verbessert. Verbraucherinnen und Verbraucher können künftig telefonisch geschlossene Verträge generell widerrufen. Verstöße gegen das Verbot der unerlaubten Telefonwerbung werden in Zukunft mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro geahndet. Um einen umfassenden Schutz zu gewährleisten haben wir auch die Rufnummernunterdrückung bei Werbung mittels eines Telefonanrufs verboten. Verstöße hiergegen können mit einer Geldbuße von bis zu 10.000 Euro geahndet werden. Mit der Änderung des Telekommunikationsgesetzes wurden weitere Regelungen zum Schutz vor untergeschobenen Verträgen bei der Betreiberwahl erlassen. Es wurden neue Preisobergrenzen bei Anrufen aus dem Mobilfunk- und Festnetz eingeführt und die Eingriffsbefugnisse der Bundesnetzagentur bei Verstößen gegen die Roaming-Verordnung verbessert.

Der Datenschutz im privaten Geschäftsverkehr wurde deutlich verbessert: Mit dem ersten Gesetz zur Änderung des Datenschutzgesetzes wurden erstmals konkrete Regelungen zur Tätigkeit von Auskunftseien erlassen. Die Betroffenen erhalten Informations- und Aus-

kunftsrechte über die gespeicherten Daten, insbesondere von sogenannten Scoringverfahren und können eine Korrektur von falschen Daten verlangen. Durch die Einführung spezifischer Erlaubnistatbestände wird mehr Rechtssicherheit erreicht. Das zweite Gesetz zur Änderung des Datenschutzgesetzes enthält Verbesserungen bei der Nutzung insbesondere von Kundendaten für Werbung und andere Zwecke und verbessert die Eingriffsmöglichkeiten der Datenschutzbeauftragten. Für die Auftragsdatenverarbeitung werden präzisere Vorschriften erlassen, die Strafverfolgung wird erleichtert und die Strafen verschärft.

Tabakerzeugnisse dürfen nicht mehr in Zeitungen, Zeitschriften, im Internet sowie im Hörfunk beworben werden. Dies bestimmt das Gesetz zur Änderung des Vorläufigen Tabakgesetzes. Untersagt sind auch das Sponsoring bei Veranstaltungen mit Fernsehübertragung sowie das kostenlose Verteilen von Tabakprodukten. Durch dieses Gesetz wird eine entsprechende Richtlinie der EU zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Werbung und Sponsoring von Tabakerzeugnissen umgesetzt.

Im Gentechnikrecht haben wir mehrere Änderungen vorgenommen. Anfang 2006 haben wir das Dritte Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes beschlossen. Das Gesetz dient der vollständigen Umsetzung der europäischen Freisetzungsrichtlinie. Die EU-Richtlinie aus dem Jahr 2001 regelt die Freisetzung genetisch veränderter Organismen (GVO) zu Erprobungs- oder Forschungszwecken. Sie gilt auch für das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen.

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes wurden 2007 verantwortbare Erleichterungen für die Forschung und Anwendung der Gentechnik in Deutschland beschlossen, wobei der Schutz von Mensch und Umwelt oberstes Ziel bleibt und Wahlfreiheit von Landwirten und Verbrauchern sowie die Koexistenz der unterschiedlichen Bewirtschaftungsformen gewährleistet wird. Die Haftungsregelung bleibt unverändert bestehen und das öffentlich einsehbare Standortregister erhalten. Durch eine neue Regelung zur Kennzeichnung von Produkten „ohne Gentechnik“ können Verbraucher künftig erkennen, dass die Lebensmittel ohne Gentechnik hergestellt wurden und die Tiere gentechnikfreies Futter bekommen haben.

30 Prozent aller Gesundheitskosten gehen auf ernährungsbedingte Krankheiten zurück. Mit dem von der Bundesregierung vorgestellten Nationalen Aktionsplan will die Bundesregierung bis 2020 das Ernährungs- und Bewegungsverhalten der Bevölkerung verbessern und die Zahl Übergewichtiger insgesamt ver-

ringern. Die Bundesregierung verabschiedete Eckpunkte zum Thema „Gesunde Ernährung und Bewegung – Schlüssel für mehr Lebensqualität“. Diese Eckpunkte bilden die Grundlage für den Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“, der im Juni 2008 vorgestellt wurde. Zur Umsetzung des Plans stellen das Verbraucherschutz- und das Gesundheitsministerium für die kommenden drei Jahre zusammen insgesamt 45 Millionen Euro zur Verfügung.

Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind eng miteinander verwoben. Land- und Forstwirte sind nicht nur Produzenten von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energie, sie spielen auch eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des ländlichen Raumes. Mit der Agrarreform haben wir den ländlichen Raum gestärkt und neue Spielräume für unternehmerische Entscheidungen eröffnet. In der Landwirtschaft wird nicht mehr die Produktion einzelner Erzeugnisse gefördert, sondern die vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft durch einheitliche Flächenprämien. Eine standortangepasste Erzeugung, die den Anforderungen der Umwelt, des Tierschutzes und der Nahrungsmittelsicherheit Rechnung trägt, bleibt unser Ziel. Nachdem grundlegende Entscheidungen dazu bereits 2003 getroffen und 2005 für den größten Teil der Ackerflächen umgesetzt worden waren, folgten in dieser Legislaturperiode weitere Reformen bei Zucker (2006), Obst und Gemüse (2007) sowie Wein (2008). In allen Bereichen werden staatliche Interventionsmaßnahmen zurückgeführt, Angebot und Nachfrage in ein besseres Gleichgewicht gebracht und die Möglichkeiten der Erzeuger gestärkt, mit eigenen Maßnahmen auf Veränderungen im Markt reagieren zu können. Einkommenseinbußen, insbesondere der Zuckerrübenzüchter und der Erzeuger von Obst und Gemüse, werden durch Direktzahlungen teilweise aufgefangen, so dass eine auch sozial verträgliche Umstrukturierung ermöglicht wird. Im Weinsektor wurden zahlreiche Vorschriften zur Verbesserung der Qualität und im Bezeichnungrecht erlassen.

Mehr Eigenverantwortlichkeit der Marktbeteiligten, eine höhere Transparenz über das Marktgeschehen, eine deutliche Vereinfachung und Entbürokratisierung bei Rechts- und Verwaltungsvorschriften brachte das Fleischgesetz 2007.

Durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes haben wir 2006 eine Rechtslücke geschlossen und mehr Rechtssicherheit im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln geschaffen: Mittel, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums zugelassen sind und mit einem in Deutschland zugelassenen Mittel

übereinstimmen, können seitdem angewendet werden, wenn die Identität durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit bestätigt worden ist.

Neuere Rechtsentwicklungen machten es erforderlich, dass wir im Dezember 2007 das Pflanzenschutzgesetz erneut ändern mussten. Eingeführt worden ist eine Anzeigepflicht für Unternehmen, die den Ankauf von Pflanzenschutzmitteln vermitteln. Die Aufzeichnungspflichten der Landwirtschaft zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sind konkretisiert und einheitlich gefasst worden. So können Kontrollen effizienter gestaltet werden. Auch geändert wurde in diesem Zusammenhang das Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL-Gesetz), um die Beteiligung und Mitwirkung anderer Bundeseinrichtungen gebührend rechtlich berücksichtigen zu können.

Mit dem Düngegesetz haben wir das Inverkehrbringen von Düngemitteln, sowie den Vorgang des Düngens neu geregelt. Das Gesetz wurde erforderlich, da das Düngemittelgesetz von 1977 nicht mehr zeitgemäß war. Zum Schutz der Anwender von Düngemitteln und der Gesundheit von Verbrauchern sowie von Tieren und des Naturhaushalts waren neue Regelungen zur Anwendung von und dem Handel mit Düngemitteln notwendig.

Das Gesetz zur Anpassung von Vorschriften auf dem Gebiet des ökologischen Landbaus passt die Vorschriften des Öko-Landbaugesetzes und des Öko-Kennzeichengesetzes an EG-rechtliche Bestimmungen an. Um den Status quo der Kontrollen in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung aufrecht zu erhalten, bedurfte es vor dem Hintergrund der geänderten Gemeinschaftsrechtslage einer expliziten Einbeziehung dieser Einrichtungen in das Kontrollsystem. Auch die Straf- und Bußgeldvorschriften wurden zur Anpassung an die neue EG-Verordnung überarbeitet.

Mit dem Agrar- und Fischereifonds-Informationengesetz werden die EU-Vorgaben für den Bereich der Zahlung von Mitteln aus den Europäischen Fonds für Landwirtschaft und Fischerei umgesetzt. EU-Zahlungen an Landwirte, die Fördermittel aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) erhalten haben, werden nun in einer bundeseinheitlichen Datenbank veröffentlicht. Entsprechendes gilt für die Empfänger von Fördermitteln aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF). Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz bei der Verwendung staatlicher Fördermittel.

Mit dem Gesetz zur Neuordnung des Tierzuchtrechts sowie zur Änderung des Tierseuchengesetzes und des Tierschutzgesetzes wurden verschiedene Vorschriften des Gemeinschaftsrechtes in Be-

zug auf die Tierzucht umgesetzt. Insbesondere wurden Regelungen zur Erhaltung tiergenetischer Ressourcen bei landwirtschaftlichen Nutztieren getroffen und es werden die Rechte und Verantwortlichkeiten der Zuchtorganisationen gestärkt. Deren Aufgabe – und nicht mehr die des Staates – ist es, Leistungsprüfungen und Zuchtwertschätzungen durchzuführen. Die Regelungen und Anforderungen an solche Prüfungen wurden neu gestaltet und entbürokratisiert.

Im November 2007 haben wir das Erste Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes beschlossen. Mobile Tierschauen und Zirkusbetriebe mit Tierhaltung werden nunmehr zum Schutz der Tiere in einem entsprechenden Register erfasst. Durch das Register soll erreicht werden, dass in jedem Bundesland von den Behörden die selben Daten erhoben und in allen Behörden automatisierte Verfahren angewendet werden, damit eine schnelle Datenübermittlung möglich und die generelle Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften sichergestellt wird.

Durch das zweite Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes werden die Möglichkeiten verbessert, dass Nutztiere tierschutzkonform untergebracht werden. Es wurde eine Ermächtigung zum Erlass eines Prüf- und Zulassungsverfahrens für Haltungseinrichtungen in das Tierschutzgesetz eingeführt (Tierschutz-TÜV). Durch die neue Regelung soll Rechtssicherheit, ein verringerter Prüfaufwand der Behörden und die Verkürzung des Genehmigungsverfahrens erreicht werden.

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Rechts der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSVMG) werden die Ausgaben der landwirtschaftlichen Unfallversicherung reduziert,

Kleinstrenten vorzeitig abgelöst und Änderungen bei den Leistungen beschlossen. Gleichzeitig wurde die Organisation modernisiert und es wurden Parallelstrukturen abgebaut. Auch bei einem geringeren Bundeszuschuss werden die Beiträge für die Versicherten in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung stabil bleiben oder sogar absinken.

Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Ressortforschung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wurde eine Organisationsreform für die bisher 7 Bundesforschungsanstalten beschlossen. Sie werden künftig mit 4 Bundesforschungsinstituten zu den Themenbereichen Pflanze, Tier, Ernährung und Lebensmittel sowie ländliche Räume, Wald und Fischerei die Bundesregierung unterstützen. Die Neustrukturierung unterstützt die Vernetzung von Ressortforschung mit anderen Instituten der Forschungslandschaft im Agrar- und Verbraucherbereich und ermöglicht mehr wissenschaftliche Exzellenz.

Mit dem Gesetz über die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze bei innergemeinschaftlichen Verstößen haben wir die europäischen Regelungen über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung von Verbraucherrechten zuständigen nationalen Behörden umgesetzt. Mit einer zentralen Behörde in jedem Mitgliedstaat, die auch über bestimmte Ermittlungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügt, um Verstöße effektiv unterbinden zu können, wird der Verbraucherschutz in der EU auch grenzüberschreitend besser durchgesetzt. Diese zentrale Verbindungsstelle ist in Deutschland das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL).

Verkehrs-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik

Moderne Verkehrspolitik umfasst alle Arten von Verkehrsträgern: Straßen, Schienenwege, Wasserwege und Luftverkehr. Nur eine moderne, leistungsstarke und effiziente Verkehrsinfrastruktur ist in der Lage, Mobilität heute und in Zukunft zu gewährleisten. Die Sicherung der Mobilität als Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges Deutschlands ist unser zentrales verkehrspolitisches Ziel. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sorgt für Freiheit und Flexibilität des Einzelnen, stärkt die wachstumsorientierte Wirtschaft und schafft bzw. sichert Arbeitsplätze.

Wir verfolgen das Ziel einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Das heißt: Verkehr soll umwelt- und klimafreundlich, sozial verantwortlich und gleichzeitig wirtschaftlich effizient gestaltet werden.

Deutschland verfügt über eines der modernsten und dichtesten Verkehrsnetze der Welt. Diesen Standortvorteil müssen wir sichern, indem wir uns in den nächsten Jahren wesentlich um Qualitätserhalt und Verbesserung der bestehenden Verkehrswege kümmern. Deshalb ist es richtig, im Jahr 2009 die Rekordsumme von über 12 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren.

Mit den Mehreinnahmen aus der LKW-Maut und dem Maßnahmenpaket für Wachstum und Beschäftigung stehen allein in diesem Jahr im Verkehrsbereich 2 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden wir im Bau befindliche Verkehrsprojekte beschleunigen und mit baureifen neuen Projekten früher beginnen.

Der Güterverkehr wird in den kommenden Jahren stark anwachsen. Der Masterplan Güterverkehr und Logistik ist ein Handlungskonzept für die künftige Verkehrspolitik und die Entwicklung des Logistik- und Wirtschaftsstandortes Deutschland. Mit dem Masterplan werden die Weichen für die Verkehrspolitik der kommenden Jahre gestellt. Es wird Vorsorge getroffen, dass Verkehr und Mobilität auch in Zukunft zu einer hohen Lebensqualität und wirtschaftlichem Wohlstand beitragen, und nicht zu einer Belastung für Mensch und Umwelt werden.

Der Masterplan bearbeitet fünf Themen-Schwerpunkte: Die effizientere Nutzung der vorhandenen Verkehrswege, die Vermeidung unnötiger Verkehre, die Erhöhung der Lebensqualität durch Klima-, Umwelt- und Lärmschutz, die besseren Arbeitsbedingungen und gute Ausbildung für die Beschäftigten im Güterverkehr und den Neu- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Dabei müssen die einzelnen Verkehrsträger künftig noch effizienter eingesetzt und verknüpft werden. Diese Herausforderungen werden aber nur zu bewältigen sein, wenn die Infrastruktur in Deutschland weiter ausgebaut wird. Um die Straßen, Schienen und Wasserwege für die kommenden Jahrzehnte fit zu machen, besteht ein zusätzlicher Investitionsbedarf von rund 1 Milliarde Euro jährlich. Die Mehreinnahmen aus der LKW-Maut setzen wir ein, um diese Finanzierungslücke zu schließen.

Mit der Einführung der LKW-Maut haben wir in der letzten Legislaturperiode eine Erfolgsgeschichte gestartet. Das Mautsystem hat unsere Erwartungen voll erfüllt. Es arbeitet seit seiner Inbetriebnahme am 1. Januar 2005 reibungslos und ohne technische Probleme. Die Mittel werden vor allem für Investitionen in den Straßenbau ausgegeben, aber auch für Schienen und Wasserwege. Die Einführung der Maut hat auch dazu beigetragen, dass die Auslastung der LKWs zugenommen hat. Außerdem konnte der Schienengüterverkehr deutliche Zuwächse verzeichnen. Die Maut tut also auch der Umwelt gut. Da sich erfreulicherweise die Umweltbelastung von LKWs bei den neueren Modellen weiter reduziert hat, haben wir mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Autobahnmautgesetzes Änderungen bei der Mauthöhe beschlossen. Ein wichtiges Element ist hier die steuerliche Besserstellung geringbelastender LKWs und die höhere Belastung von stark umweltbelastenden Fahrzeugen.

Im November 2007 haben wir eine Änderung des Regionalisierungsgesetzes vorgenommen. Den Ländern steht gemäß Artikel 106a des Grundgesetzes (GG) für den öffentlichen Personennahverkehr aus dem Steueraufkommen des Bundes eine finanzielle Unterstützung zu. Im Gesetz wird festgelegt, dass die

Länder dieses Jahr 6,7 Milliarden Euro Regionalisierungsmittel erhalten. Von 2009 an wird der Betrag jährlich um 1,5 Prozent gesteigert. Bis zur Überprüfung der Höhe der Mittel im Jahr 2014 wird der Bund insgesamt knapp 49 Milliarden Euro Regionalisierungsmittel an die Länder zahlen. Nach 2015 ist eine erneute Festsetzung der Höhe der Mittel festgelegt. Vorgesehen ist außerdem, dass die Länder den Bund jährlich über die Verwendung der Mittel informieren müssen.

Die Länder können Fahrzeugzulassungen in Zukunft vereinfachen. Wir ermöglichen die Erprobung neuer Verfahrensweisen in der Fahrzeugzulassung im Rahmen von Pilotprojekten, die von den zuständigen Landesbehörden zur Anwendung von E-Government durchgeführt werden.

Wir haben den Engpass von Fahrern bei den Freiwilligen Feuerwehren, den Rettungsdiensten und den technischen Hilfsdiensten sowie dem Katastrophenschutz beseitigt und damit deren Einsatzfähigkeit deutlich verbessert. Künftig können auch Mitglieder der eingangs benannten Organisationen, die ihren Pkw-Führerschein nach dem 1. Januar 1999 erworben haben und somit nur Kfz bis zu 3,5 Tonnen fahren dürfen, mit einer vereinfachten Fahrprüfung schwere Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen fahren. Für Fahrzeuge mit bis zu 4,75 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht reicht nun sogar ein feuerwehrinternes Verfahren. Dafür ist eine spezielle Fahrberechtigung zum Führen von solchen Einsatzfahrzeugen auf Grundlage einer spezifischen Ausbildung und Prüfung in die Fahrerlaubnisverordnung (FeV) aufgenommen worden. Ausbildung und Prüfung ist nun Sache der jeweiligen Organisation. Die Inhalte legen die Länder fest. Nach Schätzung des Feuerwehrverbandes sind bundesweit mindestens 16.000 Fahrzeuge betroffen, für die in der Regel fünf oder mehr Fahrer benötigt werden, um eine Einsatzfähigkeit rund um die Uhr zu gewährleisten.

Die überdurchschnittlich hohe Beteiligung von Führerscheinneulingen an schweren Alkohol-Verkehrsunfällen muss reduziert werden. Daher wurde das Alkoholverbot für Fahranfängerinnen und Fahranfänger eingeführt. Betroffen von dem Alkoholverbot sind alle Fahranfänger, die sich noch in der zweijährigen Probezeit befinden. Junge Erwachsene bis zum Alter von 21 Jahren unterliegen generell der neuen Regelung. Verstöße gegen das Alkoholverbot werden mit einem Bußgeld von in der Regel 125 Euro, zwei Punkten im Verkehrszentralregister und einer Verpflichtung zur Teilnahme an einem Aufbau-seminar geahndet. Außerdem verlängert sich die Probezeit um weitere zwei Jahre.

Wir haben vor dem Hintergrund der Verordnungen der Europäischen Union zur

Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraumes (Single European Sky) die dafür notwendigen Gesetze im Mai 2009 beschlossen:

Wir schreiben im Gesetz zur Änderung luftverkehrsrechtlicher Vorschriften fest, dass auch in Zukunft die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS) die bestimmende Flugsicherungsorganisation in Deutschland bleiben wird – und das als zu hundert Prozent bundeseigene Institution. Eine Privatisierung ist damit ausgeschlossen.

Inhalt des Gesetzes zur Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung ist, dass jegliche Tätigkeiten im Bereich Flugsicherung in Deutschland zukünftig unter der Aufsicht einer eigenständigen Behörde stehen. Dies soll das neu zu errichtende Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung übernehmen.

Um die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, ist ein Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87d) notwendig. Damit sichern wir ab, dass die Vorgaben der Europäischen Union zur Schaffung des einheitlichen europäischen Luftraums mit unserer Verfassung vereinbar sind.

Wir haben ein Gesetz zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über eine Feste Fehmarnbeltquerung im Juni 2009 beschlossen. Kernstück des Vertrages ist der Bau einer festen Querung (Brücke oder Tunnel) für den Schienen- und Straßenverkehr über den 19 Kilometer breiten Fehmarnbelt. Der Vertrag regelt die Errichtung, den Betrieb und die Finanzierung der Festen Fehmarnbeltquerung sowie die Verantwortlichkeiten für den Ausbau und die Finanzierung der erforderlichen Hinterlandbindungen in Deutschland und Dänemark. Dänemark wird die Feste Fehmarnbeltquerung errichten und betreiben und trägt die Kosten. Für den Ausbau und die Finanzierung der auf deutschem Hoheitsgebiet liegenden Hinterlandbindungen ist die Bundesrepublik Deutschland verantwortlich; für die Hinterlandbindungen auf dänischem Hoheitsgebiet das Königreich Dänemark.

Die Große Koalition hat im Herbst 2006 einen Riesenschritt zur Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben in Deutschland gemacht. Das Gesetz zur Beschleunigung der Infrastrukturplanung verkürzt die Planungszeit für Infrastrukturprojekte um bis zu zwei Jahre. Unter Berücksichtigung des Umweltschutzes wurde zusätzlich eine Vereinfachung der Planungsverfahren von Infrastrukturvorhaben erreicht.

Das Gesetz hat das überwiegend auf die neuen Länder beschränkte Sonderplanungsrecht nach dem Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz abgelöst. Dieses lief Ende 2006 aus.

Kernelemente des Gesetzes sind u. a. die frühzeitige und effiziente Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange (wie Umweltschutzorganisationen) sowie die Erweiterung der Möglichkeiten zum Verzicht auf Erörterungstermine im Anhörungsverfahren. Ferner ist eine Verkürzung des Rechtsweges auf eine Instanz beim Bundesverwaltungsgericht für explizit aufgelistete Verkehrsinfrastrukturvorhaben vorgegeben. Durch diese Neuregelung ist im Energiebereich die Netzanbindung von Windrädern auf See, den sog. Offshore-Windparks, langfristig sicher gestellt worden. Damit kann auch die Vorgabe, bis 2020 den Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf mindestens 30 Prozent zu steigern, besser erreicht werden.

Die Stärkung der Innenstädte und benachteiligter Stadtquartiere sind Schwerpunkte sozialdemokratischer integrierter Stadtentwicklung. Unsere Ziele der Städtebauförderung sind die Stärkung von Innenstädten und Ortszentren in ihrer städtebaulichen Funktion auch unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes voran zu treiben. Auch wollen wir durch städtebauliche Maßnahmen zur Behebung sozialer Missstände beitragen.

Daher ist Stadtentwicklung für uns nicht nur Baupolitik: Zukunftsfähige Stadtpolitik muss auch auf die Sorge der Menschen um soziale Sicherheit eingehen, den Arbeitsplatz und die Bildung der Kinder berücksichtigen und Zuwanderer integrieren.

Um einer sozialen und räumlichen Polarisierung in den Städten vorzubeugen und entgegen zu wirken, haben Bund und Länder unter rot-grüner Bundesregierung 1999 gemeinsam das bundesweite Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ auf den Weg gebracht. Wir haben dieses Programm in der Großen Koalition weiter erfolgreich fortgeführt.

Bei dem Stadterneuerungsprogramm geht es in den Förderquartieren der Sozialen Stadt nicht nur um die Sanierung und Herrichtung von Gebäuden, sondern auch um mehr Grün und Spielplätze im Wohnumfeld, bessere Infrastrukturen, Freizeittreffs für Kinder und Jugendliche. Neben diesen baulichen Investitionen geht es aber auch um zusätzliche sozial-integrative Maßnahmen, auch zur Bildung und Beschäftigungsförderung, um die Wohn- und Lebensbedingungen der Quartiersbewohner insgesamt zu verbessern.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung für das Programm „Soziale Stadt“ in den Programmjahren 1999 bis 2008 rund 760 Millionen Euro Finanzhilfen zur Verfügung gestellt hat; der Bund finanziert damit ein Drittel des Gesamtprogramms. Mit den ergänzenden Mitteln von Ländern und Gemeinden standen insgesamt über 2,2 Milliarden Euro für die Umsetzung des Pro-

gramms bereit. Damit konnten rund 520 Quartiere in fast 330 Städten und Gemeinden gefördert werden. 2009 werden weitere 105 Millionen Euro Bundesmittel für das Programm bereitgestellt.

Auch in den Bereichen Gesundheitsförderung, Prävention und Sportförderung muss eine stärkere Ausrichtung auf soziale Brennpunkte erreicht werden, denn dort häufen sich Gesundheitsprobleme – vor allem bei Kindern.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist ein sehr lebendiges Programm, das von der Beteiligung der Menschen im Stadtteil lebt und sie fördert. Es wirkt der sozialen Spaltung unserer Städte entgegen und ist deshalb aus sozialdemokratischer Sicht unverzichtbarer Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik.

Das Wohngeld ist ein unverzichtbarer und integraler Bestandteil einer grundsätzlich marktwirtschaftlich ausgerichteten Wohnraum- und Mietpolitik. Damit einkommensschwächere Haushalte die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können, stieg zum 1. Januar 2009 das Wohngeld von durchschnittlich 92 Euro monatlich auf 142 Euro. Profitiert haben rund 800.000 Haushalte, darunter etwa 300.000 Rentnerhaushalte. Um insbesondere einkommensschwache Menschen von steigenden Energiekosten zu entlasten, gab es rückwirkend zum 1. Oktober 2008 beispielsweise für einen Ein-Personen-Haushalt eine Heizkostenpauschale von 100 Euro, ein Zwei-Personen-Haushalt bekam 130 Euro.

Die Bauwirtschaft ist einer der wichtigsten Motoren unserer Wirtschaft. Eine Investition von 1 Milliarde Euro sichert und schafft 20.000 bis 25.000 Arbeitsplätze und generiert private Investitionen in rund achtfacher Höhe. Deshalb ist es richtig, die energetische Gebäudesanierung weiter zu forcieren und die Städtebauförderung voranzutreiben. Die Förderprogramme im Bereich Bau- und Stadtentwicklung werden in den kommenden drei Jahren um jeweils 1 Milliarde Euro erhöht.

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist gleich dreifach erfolgreich: Es schafft Arbeitsplätze, verbessert die Wohnqualität und schützt die Umwelt. Kein Wunder, dass die Nachfrage bei Eigentümern, Vermietern und Kommunen ungebrochen hoch ist. Durch das Förderprogramm können Zinssätze verbilligt und Tilgungszuschüsse gezahlt werden. Darüber hinaus bekommen Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie von Wohnungen seit 2007 direkte Zuschüsse. Mit der energetischen Gebäudesanierung könnten die Deutschen bis zum Jahre 2020 insgesamt mindestens 50 Milliarden Euro Heizkosten sparen. Das kann bis zu 500 Euro im Jahr pro

Haushalt ausmachen. So zahlen sich auch größere Investitionen, beispielsweise in eine moderne Heizungsanlage, neue Fenster oder umfassende Dämmmaßnahmen schon in wenigen Jahren aus. Wir hatten bisher das Gebäudesanierungsprogramm für 2009 um 580 Millionen Euro auf 1,48 Milliarden Euro angehoben. Aus diesen Mitteln wird auch ein neues Programm zur energetischen Sanierung von Großwohnsiedlungen mit einem jährlichen Fördervolumen von 100 Millionen Euro aufgelegt.

Neben der Straffung der bestehenden Programme für energetische Sanierung und Neubau wurden zum 1. April 2009 zwei neue Programme gestartet. Das Programm „Altersgerecht Umbauen“ zielt auf die Bewältigung des demographischen Wandels. Mit Krediten zu besonders günstigen Zinsen können die Wohnungen barrierefrei umgebaut werden. Mit dem zweiten neuen Programm „Investitionsoffensive Infrastruktur“ helfen wir finanzschwachen Kommunen, den Eigenanteil zu finanzieren, der für die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude aufgebracht werden muss.

Eine bedeutende Maßnahme des im Februar 2009 beschlossenen zweiten Konjunkturpakets ist das Programm „Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder“. Insgesamt stehen für dieses Programm 10 Milliarden Euro zur Verfügung. Schwerpunkte sind Investitionen in Bildungseinrichtungen – hier stehen vor allem Maßnahmen im Vordergrund, die die CO₂-Emissionen reduzieren und die Energieeffizienz steigern, einschließlich des Einsatzes Erneuerbarer Energien. Gefördert werden unter anderem energetische Sanierungen der rund 48.000 Kindergärten und 40.000 Schulen sowie von Hochschulen und Einrichtungen der Weiterbildung.

Im Sommer 2008 haben wir die Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV) verabschiedet. Zur Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich werden ab 2009 die energetischen Anforderungen an Gebäude um durchschnittlich 30 Prozent verschärft. In einem zweiten Schritt (angestrebt 2012) sollen die Effizienzanforderungen nochmals bis zur gleichen Größenordnung angehoben werden. Weiterhin werden Nachstromspeicherheizungen, die älter als 30 Jahre alt sind, in größeren Gebäuden langfristig und stufenweise unter Beachtung des Wirtschaftlichkeitsgebots außer Betrieb genommen. Zudem werden Maßnahmen zum Vollzug der Verordnung gestärkt und einheitliche Bußgeldvorschriften eingeführt.

Eine weitere Maßnahme zur Energieeinsparung ist die bereits im Juni 2007 beschlossene Energieeinsparverordnung (EnEV). In der EnEV ist die Einführung von Energieausweisen für den Gebäudebestand geregelt. Seit An-

fang 2008 wird der Ausweis schrittweise eingeführt. Mieter und Käufer erhalten damit einen klaren Überblick über die zu erwartenden Heiz- und Warmwasserkosten. Der Energieausweis soll mehr Transparenz in den Immobilienmarkt bringen. Mieter und Käufer können künftig auf einen Blick einen Eindruck bekommen, welche Nebenkosten auf sie zukommen. Die Energieeffizienz wird damit zu einem wichtigen Entscheidungskriterium.

Zur Vorlage eines Energieausweises verpflichtet sind Eigentümer und Vermieter, die ein Gebäude oder eine Wohnung verkaufen oder vermieten wollen. Der Ausweis zeigt den Energieverbrauch des Gebäudes in drei aufeinander folgenden Jahren für die Beheizung und wahlweise auch für die Warmwasserbereitung, wobei Klima, Witterung und mögliche Leerstände rechnerisch berücksichtigt werden.

Zum 1. Januar 2009 ist mit Inkrafttreten des Forderungssicherungsgesetzes auch das Bauforderungssicherungsgesetz novelliert worden. Das Gesetz stellt seitdem sicher, dass für ein bestimmtes Bauwerk zur Verfügung gestelltes Baugeld auch zur Bezahlung derjenigen verwendet wird, die an der Wertschöpfungskette bei der Erstellung oder dem Umbau eines Bauwerks durch ihre Leistung beteiligt sind. Ziel des Forderungssicherungsgesetzes war es, durch eine erhebliche Erweiterung des Baugeldbegriffs insbesondere die Nachunternehmer vor Forderungsausfällen im Falle der Insolvenz ihres Auftraggebers zu schützen.

Die Ausweitung des Baugeldbegriffs stellt insbesondere Unternehmen, die eine Vielzahl von Bauwerken gleichzeitig betreuen, in der Praxis vor Umsetzungsprobleme, die erheblichen bürokratischen Aufwand und darüber hinaus unvorhergesehene Liquiditätsprobleme verursachen. In einem ersten Schritt haben wir mit dem im Juni 2009 beschlossenen Änderungsgesetz über die Sicherung von Bauforderungen sichergestellt, dass Bauunternehmen selbst erbrachte Leistungen auch in voller Höhe aus dem Baugeld begleichen können. Weitergehende Regelungen waren mit der Union zunächst nicht möglich. Wir werden das Thema nach der Bundestagswahl wieder aufgreifen und behutsam das Gesetz im Sinne von Bauunternehmer, Subunternehmer und Bauherr weiterentwickeln.

Die im Oktober 2006 beschlossene Einrichtung einer Bundesstiftung Baukultur soll auf Bundesebene eine Kommunikationsplattform darstellen, um baukulturelle Leistungen zur Geltung zu bringen, das Bewusstsein für anspruchsvolle Planungs- und Baukultur zu stärken sowie die hohe Leistungsfähigkeit der Ingenieure und Architekten aus Deutschland auf dem internationalen Markt aufzeigen. Der regelmäßig von der Stiftung auszurich-

tende Konvent der Baukultur wird alle wesentlichen Bereiche des öffentlichen und privaten Planens und Bauens repräsentieren.

Der Bund wird die neue Stiftung mit einem Stiftungskapital in Höhe von 250.000 Euro unterstützen und die Anschubfinanzierung übernehmen, sodass die Stiftung zügig ihre Arbeit aufnehmen kann. Mit der Entscheidung über den Stiftungssitz in Potsdam wurde der letzte Baustein ins gesetzliche Fundament der künftigen Bundesstiftung Baukultur gefügt.

Anfang November 2006 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung von Städten verabschiedet. Unter bestimmten Bedingungen ist ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben in Innenstädten möglich. Es entfällt die förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für solche Bauvorhaben, die brachliegende, innerstädtische Grundstücke wieder nutzbar machen. Damit begünstigt das beschleunigte Verfahren Projekte, die der Erhaltung, Erneuerung, Fort-

entwicklung und dem Umbau von Stadtquartieren dienen.

Mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung, in dem auch der § 6b Einkommensteuergesetz für die Binnenschifffahrt enthalten ist, ist eine Verbesserung der Standortbedingungen für die Binnenschifffahrt erreicht worden. Binnenschiffer können ihre alten Schiffe verkaufen und den Erlös steuerfrei in neue Schiffe reinvestieren. Damit kann das Deutsche Binnenschifffahrtsgewerbe seine Flotte, deren Durchschnittsalter 30 Jahre beträgt, einer Verjüngungskur unterziehen. Wir gehen davon aus, dass sich damit eine Neubau- und Modernisierungswelle in Gang setzt, die sich auf die Deutsche Werftindustrie und ihre mittelständischen Zulieferer auswirkt. Mit dem im Bundeshaushalt 2009 eingeführten und mit insgesamt 6 Millionen Euro dotierten Modernisierungsprogramm für die Tank- und die Trockengüterschiffsflotte auf Binnenwasserstraßen unterstützen wir das Modernisierungsziel zusätzlich.

Neue Länder

Die Stärkung der Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern und die nachhaltige Senkung der Arbeitslosigkeit sind zentrale Aufgaben für Deutschland insgesamt. Die Entwicklung in den neuen Bundesländern ist dabei von der Wirtschaftskraft Deutschlands ebenso abhängig, wie umgekehrt auch die Prosperität Deutschlands insgesamt von der Lage in den neuen Bundesländern beeinflusst wird. Aus diesem Wechselverhältnis ergibt sich die gesamtgesellschaftliche Herausforderung, mit unverminderter Intensität für eine sich selbst tragende Wirtschaft in Ostdeutschland und damit für eine schrittweise Unabhängigkeit von Sondertransfers zu sorgen.

Viele Gesetze aus dem Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung haben unmittelbare Folgen für die Entwicklung in Ostdeutschland. Gleiches gilt für Vorhaben aus den Bereichen Bildung und Forschung, Wirtschaft sowie Arbeit und Soziales. Besonders der Hochschulpakt hat die ostdeutsche Wissenschafts- und Forschungslandschaft enorm gestärkt. Auch im Bereich Forschung und Entwicklung wurden beachtliche Schritte vollzogen. Als weitere Beispiele seien hier das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung von Städten, das Gesetz zur Beschleunigung der Infrastrukturplanung sowie das Programm „Stadtumbau Ost“ und viele Maßnahmen aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik genannt.

Einige Regionen im Osten haben sich dank der finanziellen Unterstützung des Bundes bereits hervorragend entwickelt. Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern geht stetig bergauf. Im Bereich der erneuerbaren Energien befindet sich nahezu jeder zweite Arbeitsplatz in den neuen Bundesländern. Dennoch liegt die wirtschaftliche Kraft im Osten des Landes noch entscheidend unter der des Westens. Deshalb halten wir am vereinbarten Solidarpakt bis 2019 fest.

Allerdings sind die Steigerungsraten der wirtschaftlichen Entwicklung aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise gedämpft worden. Von einigen Maßnahmen der Konjunkturprogramme des Bundes profitieren die östlichen Bundesländer besonders, wie z. B. bei den Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Ländern in den Bereichen Bildung und Infrastrukturinvestitionen, dem Ausbau der Investitionsförderung mit einer Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) um 100 Millionen Euro für die neuen Länder und der Erweiterung des Zentralen Innovationsprogramms (ZIM) um 200 Millionen Euro für ostdeutsche Unternehmen in der Größenordnung von 250 bis 1000 Mitarbeiter für die Jahre 2009 und 2010.

Wir stehen in den neuen Ländern weiterhin vor großen Herausforderungen. Diese liegen auf dem Feld einer selbsttragenden Wirt-

schaftsentwicklung, die immer noch nicht erreicht ist. Deshalb wird mit der Investitionszulage und der Gemeinschaftsaufgabe weiterhin gefördert.

Das Investitionszulagengesetz sollte Ende 2009 auslaufen. Wir haben die Verlängerung mit degressiver Ausgestaltung bis 2013 beschlossen. Damit haben wir für die kommenden Jahre Planungs- und Rechtssicherheit in den neuen Ländern geschaffen. Mit der Investitionszulage werden sowohl die Wachstumskerne als auch das Umland gestärkt.

Eine gezielte Förderung erfolgt über die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung, für die die Mittel in den Haushaltsberatungen für 2009 noch einmal verstärkt werden konnten.

Das dritte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer politischer Verfolgung in der DDR (3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz) hat der Deutsche Bundestag im Juni 2007 beschlossen. Wichtigster Inhalt dieses Gesetzes ist die Einführung einer Opferpension in Höhe von 250

Euro für wirtschaftlich bedürftige Opfer des SED-Regimes. Ziel des Gesetzes ist auch die Besserstellung der Opfer der SED-Diktatur durch Verlängerung der Antragsfristen nach den Rehabilitierungsgesetzen. Die zum 31. Dezember 2007 ausgelaufenen Antragsfristen nach dem Strafrechtlichen-, dem Verwaltungsrechtlichen- und dem Beruflichen-Rehabilitierungsgesetz haben wir wegen der noch immer hohen Antragszahlen bis zum 31. Dezember 2011 verlängert.

Europapolitik

Deutschland ist ein sehr wichtiger und vor allem verlässlicher Partner in der Europäischen Union. In unserer Fraktion haben wir deshalb der Europapolitik einen besonderen Stellenwert eingeräumt. Dies auch, indem wir als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag eine Stellvertretende Fraktionsvorsitzende haben, die allein für den Bereich der Europapolitik zuständig ist.

Wir wollen in der Europäischen Union einen Einklang zwischen wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Verantwortung herstellen. Wir müssen die Chancen der Globalisierung im Interesse Europas und unseres Landes besser nutzen und die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs meistern. Handlungsmaßstab für unsere Politik ist es dabei, die Menschen vor unerwünschten Auswirkungen auf ihre soziale Absicherung, ihre wirtschaftliche Basis und ihre Lebensplanung zu schützen.

Bundestag und Bundesregierung haben am 22. September 2006 mit großer Mehrheit eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union (BVV) geschlossen. Durch die getroffene Vereinbarung sollten die Informations- und Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages erheblich ausgeweitet und gestärkt werden. Hierzu zählt beispielsweise die Übermittlung von Dokumenten und Berichten sowohl der Gemeinschaftsorgane Kommission und Rat als auch der Bundesregierung zu europäischen Aktivitäten. Zugleich sind Stellungnahmen des Deutschen Bundestages verbindliche Grundlage für die Verhandlungen der Bundesregierung im EU-Ministerrat. Diese Chance, Europapolitik für die Menschen in unserem Land transparenter zu gestalten, ist durch die Initiative der SPD-Bundestagfraktion möglich geworden. Die Umsetzung der BVV war in den vergangenen zwei Jahren Gegenstand eines ständigen Monitoring-Prozesses durch die Bundestagsverwaltung und die Fraktionen. Ende Mai 2009 haben wir durch

den Koalitionsantrag „Vereinbarung über Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union (BBV) ist einzigartig in Europa – Auslegungsfragen müssen geklärt, noch bestehende Defizite beseitigt werden“ versucht, bestehende Mängel der BVV zu beseitigen.

Mit der Einigung auf den Vertrag von Lissabon ist es gelungen, den Stillstand im europäischen Reformprozess zu überwinden. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon unterzeichnet. Der Vertrag ist formal, wie seine Vorgänger von Maastricht, Amsterdam und Nizza, ein Änderungsvertrag. Mit ihm sollen die wesentlichen Neuerungen in das bestehende Vertragssystem überführt werden.

Der Vertrag von Lissabon soll die Europäische Union demokratischer, transparenter und effizienter machen. Er stärkt die Handlungsfähigkeit der erweiterten Europäischen Union insgesamt als auch ihrer Organe nach innen und nach außen und verbessert die demokratische Legitimation über das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente deutlich: Die Mehrheitsentscheidungen im Rat werden Normalfall und die Möglichkeit einzelner Mitgliedstaaten, die EU durch ein Veto zu blockieren, deutlich eingeschränkt. Einstimmige Beschlüsse sind zukünftig nur noch in besonderen Fragen, wie der Finanz- und Steuerpolitik und in der Außen- und Sicherheitspolitik, vorgesehen. Zugleich wird das Europäische Parlament durch Einführung der Mitentscheidung als Regelverfahren und die nationalen Parlamente und mit ihnen das Demokratieprinzip gestärkt. Durch die Möglichkeit zur Subsidiaritätseinrede und durch die Subsidiaritätsklage erfahren die nationalen Parlamente eine Aufwertung. Durch den Vertrag von Lissabon wird aber auch die soziale Dimension der Europäischen Union gestärkt. So betont der Vertrag die soziale Marktwirtschaft mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung als zentrales Ziel der Union.

Einer reinen Wettbewerbsausrichtung wird damit eine klare Absage erteilt.

Wir haben mit dem Gesetz zum Vertrag von Lissabon die von deutscher Seite erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geschaffen. Für die Wahrnehmung der Rechte bei der Subsidiaritätskontrolle sowie bei institutionellen Entscheidungen schafft das Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (sog. Begleitgesetz) die innerstaatlichen Voraussetzungen. Die entsprechenden erforderlichen Änderungen des Grundgesetzes wurden durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23 und 45 und 93) vorgenommen.

Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 30. Juni 2009 entschieden, dass das Begleitgesetz nicht konform mit dem Grundgesetz ist. Nach Ansicht der Verfassungsrichter sind in dem Begleitgesetz nach wie vor die Beteiligungsrechte des Bundestages und des Bundesrates nicht im erforderlichen Umfang ausgestaltet. Insgesamt bestätigt das BVerfG damit unser langjähriges Streben nach einer besseren Ausgestaltung der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages. Damit der Ratifizierungsprozess des Vertrages von Lissabon in Deutschland noch rechtzeitig vor dem zweiten Referendum in Irland am 4. Oktober 2009 abgeschlossen werden kann, wurde in der Sommerpause ein entsprechendes Gesetz vorbereitet, das am 8. September 2009 durch den Deutschen Bundestag verabschiedet wurde.

Zu Beginn des Jahres 2007 hat der Bundestag ein Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages in Brüssel eingerichtet. Das Verbindungsbüro soll ebenfalls zu einer Verbesserung der Europafähigkeit des Bundestages beitragen. Jede im Bundestag vertretene Fraktion hat hierfür Mitarbeiter nach Brüssel entsandt. Aufgabe des Verbindungsbüros ist,

möglichst ausführliche und aktuelle Informationen über EU-Vorhaben zu beschaffen und das dafür notwendige Informationsnetzwerk, also Kontakte zu den Institutionen und Gremien der Europäischen Union, insbesondere zum Europäischen Parlament, zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union und den Vertretungen der Bundesländer auszubauen. So kann zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die europäische Gesetzgebung beobachtet und mitgestaltet werden.

Im Dezember 2006 ist die EU-Dienstleistungsrichtlinie in Kraft getreten. Die Mitgliedsstaaten müssen die Vorschriften nun bis zum 28. Dezember 2009 in nationales Recht umsetzen. Durch eine frühzeitige Befassung mit dem Thema und durch zielgerichtete Verhandlungen ist es der SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament gelungen, den ursprünglichen Entwurf maßgeblich zu verändern. Dies war ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg zu einer sozial verträglichen Öffnung der europäischen Dienstleistungsmärkte. Das ursprünglich von der EU-Kommission geplante Herkunftslandprinzip ist nicht mehr in der Richtlinie enthalten. Mit dem jetzt verankerten Prinzip des freien Marktzugangs für Dienstleistungen wurde ein Rahmen geschaffen, der das notwendige Gleichgewicht zwischen einer im gemeinsamen Binnenmarkt notwendigen Marktöffnung und der Sicherstellung angemessener Lohn-, Sozial- und Umweltstandards ermöglicht. Insbesondere wurde klargestellt, dass das Sozial- und Arbeitsrecht in den Mitgliedstaaten durch die Richtlinie nicht berührt wird. Der gefundene Kompromiss ist das Ergebnis sozialdemokratischer Überzeugungsarbeit auf europäischer Ebene.

In die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 fiel der 50. Jahrestag des Bestehens der so genannten „Römischen Verträge“. Am 25. März 1957 unterzeichneten sechs europäische Staaten, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien sowie Belgien, die Niederlande und Luxemburg in Rom die Römischen Verträge. Dieses 50. Jubiläum hat der Deutsche Bundestag im März 2007 mit einer Debatte begleitet. Aus Anlass des Jahrestages haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und die Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments im März 2007 zu einem Festakt in Berlin getroffen. Dort haben sie die sog. „Berliner Erklärung“ unterzeichnet. Diese Erklärung würdigt die historischen Leistungen der Europäischen Union für Frieden und Demokratie. Darüber hinaus skizziert sie den Weg, wie sich Europa auf seine zentralen Herausforderungen vorbereiten will.

Die mit den Römischen Verträgen auf den Weg gebrachte Gemeinschaft ist inzwischen zu einer Union von 27 europäischen Staaten angewachsen. Im Oktober 2006 hat der Deutsche Bundestag den Vertrag für den Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur Europäischen Union in Deutschland ratifiziert. Die beiden Staaten sind seit dem 1. Januar 2007 Mitglieder der Europäischen Union. Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese Beitritte begleitet und unterstützt, dies auch durch einen fraktionsübergreifenden Antrag „EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Erfolg führen“. Die Beitritte Bulgariens und Rumäniens waren sowohl im europäischen als auch im deutschen Interesse. Ein besonderes Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion ist nach wie vor die Heranführung der Türkei an die Europäische Union. Selbstverständlich müssen bei der Erweiterung die geltenden Beitrittskriterien eingehalten werden. Die Türkei kann eine wichtige Brücke zu islamischen Staaten sein.

Im April 2008 haben wir das Gesetz zu dem Beschluss des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften beschlossen. Der Artikel 269 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft bestimmt, dass der Haushalt der Europäischen Union vollständig aus Eigenmitteln finanziert wird. Das System der Eigenmittel, d. h. die Struktur der Finanzierung und die Verteilung der finanziellen Lasten zwischen den Mitgliedstaaten, legt der Rat der Europäischen Union auf Vorschlag der Kommission fest. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist es gelungen, die förmliche Verabschiedung des neuen Eigenmittelbeschlusses am 7. Juni 2007 zu erreichen. Er ersetzt den entsprechenden Beschluss vom 29. September 2000. Ziel ist es, die Lasten innerhalb der Europäischen Union gerechter zu verteilen. Kein Mitgliedstaat soll, gemessen an seinem relativen Wohlstand, überhöhte Haushaltsbelastungen schultern. Dazu werden spezielle Ausgleichsregelungen getroffen und die Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs (sog. Britenrabatt) reduziert. Für Deutschland ergeben sich insgesamt geringere Eigenmittelabführungen von durchschnittlich knapp 1 Milliarde Euro pro Jahr.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein Eckpunktpapier für eine kohärente Migrationspolitik in Deutschland und in Europa erarbeitet. Migration ist für unser Land eine alltägliche Realität. Eine moderne Migrationspolitik muss zwei Herausforderungen annehmen: Wir müssen Zuwanderungsprozesse steuern und gestalten, ohne unsere humanitären Verpflichtungen im Rahmen des internationalen Flüchtlingsschutzes zu vernachlässigen. Und wir müssen die Integration der Migrantinnen und Migranten als eine wichtige Daueraufgabe der Politik und der Gesellschaft insgesamt begreifen.

Wir benötigen eine kohärente Migrationspolitik. In einer europäischen Gemeinschaft ohne Binnengrenzen ist eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte europäische Zuwanderungs- und Asylpolitik zwingend. Dabei gilt der Grundsatz: „Soviel einheitliche, vergemeinschaftete Politik wie möglich und soviel nationale Besonderheiten wie nötig“. Das heißt, dass wir umfassende Konzepte brauchen, die die wirtschafts-, entwicklungs-, sozial- und sicherheitspolitische Erwägungen und verschiedene Zuwanderungsgeschichten miteinander verknüpfen. Die Entwicklung eines umfassenden Systems der Zuwanderungssteuerung ist für uns daher eine Aufgabe mit hoher politischer Priorität.

Mit unserem Positionspapier „Europa 2020“ haben wir unsere Strategie für Wohlstand und Vollbeschäftigung in Europa vorgestellt. Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig gestalten, das ist das Ziel. Diese Strategie soll die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung aus dem Jahre 2000 ablösen, die im Jahr 2010 ausläuft. Es geht darum, den Kurs Europas und seiner Mitgliedstaaten für die kommenden zehn Jahre zu bestimmen. Die EU braucht eine wirksame Strategie, die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand, sozialen Schutz und Beschäftigung dauerhaft sichert und mit dem Schutz natürlicher Ressourcen verbindet. Umsetzen wollen wir die Strategie in enger Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern. Eine zentrale Rolle spielen dabei die nationalen Parlamente, die einen wichtigen Beitrag leisten können, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen. Trotz Wirtschafts- und Finanzkrise setzen wir weiter auf Wohlstand und Vollbeschäftigung in Europa.

In Einklang mit den Beschlüssen des Europäischen Rates vom Dezember 2005 hat die EU-Kommission im Oktober 2007 mit einem Grünbuch zur Haushaltsrevision eine Diskussion über die zukünftige Struktur des EU-Finanzrahmens angestoßen. Zu diesem Konsultationsverfahren hat die SPD-Bundestagsfraktion mit einem Positionspapier zur Zukunft des EU-Finanzrahmens Stellung bezogen. Unsere wesentlichen Forderungen sind dabei u. a. eine Vereinfachung der Einnahmestruktur durch die Abschaffung des Mehrwertsteuer-Anteils und die Fokussierung auf den BNE-basierten Beitrag zum Haushalt, die Abschaffung des Briten-Rabatts zugunsten eines allgemeinen Ausgleichsmechanismus zur Vermeidung übermäßiger Ungleichgewichte bei den Nettosalden, die Umstrukturierung der Ausgaben zugunsten von Maßnahmen, die sich an der Lissabon-Strategie orientieren sowie der Abbau der Ausgaben für die Subventionierung von Produktion in der Landwirtschaft.

Die Gemeinsame Agrarpolitik soll zukünftig vor allem die Entwicklung der ländlichen

Räume und die nachhaltige Landnutzung im Sinne der Lissabon-Strategie und der Göteborg-Strategie fördern. Zugleich muss die Strukturpolitik in den strukturschwachen Regionen durch eine zielgerichtete Förderung wirtschaftliche Prozesse nachhaltig anschieben. Anstelle des Briten-Rabatts und diverser Sonderregelungen für andere Mitgliedstaaten fordern wir einen allgemeinen Korrekturmechanismus, der nicht gerechtfertigten Ungleichgewichten entgegenwirkt, unabhängig davon, welches Land betroffen ist. Das Verschuldungsverbot für die EU muss erhalten bleiben. Zur Umsetzung unseres perspektivischen Ziels ei-

ner eigenen Einnahmequelle, vorzugsweise in Form einer europäischen Körperschaftssteuer, bedarf es noch weitergehender Diskussion. Gegenwärtig bietet sich diese Option nach unserer Auffassung noch nicht an.

Der im Dezember 2008 vorgelegte Vorschlag für eine EU-Richtlinie zum Mutterschutz war Gegenstand eines Fraktionsbeschlusses zur Mutterschutzrichtlinie am 12. Mai 2009. Während die Bundesregierung unter Federführung des Bundesfamilienministeriums die im Richtlinienvorschlag vorgesehene Verlängerung des Mutterschutzes von 14 auf 18 Wochen ablehnt, hat sich die Fraktion mit ih-

rem Beschluss deutlich dafür ausgesprochen. Die Ausweitung des Mutterschutzes sehen wir als konkretes Vorhaben zur Stärkung des sozialen Europas. Zugleich hat sich die Fraktion in ihrem Beschluss für stärkere Anreize zu mehr Partnerschaftlichkeit ausgesprochen. Hierfür sollten zusätzliche Partnermonate eingeführt werden, die in den ersten zwei Monaten nach der Geburt eines Kindes genommen werden sollten. Wir begrüßen außerdem den Vorschlag eines Kündigungsschutzes von 6 Monaten. Gerade der Kündigungsschutz ist für die betroffenen Frauen besonders wichtig.

Außen- und Sicherheitspolitik

Mit Außenminister Steinmeier an der Spitze des Außenministeriums haben Regierung, Fraktion und Partei eine Außenpolitik betrieben, die die sozialdemokratischen Grundsätze von Frieden, Verständigung, Dialog und ziviler Konfliktregelung in konkretes Handeln umgesetzt hat. Mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen haben wir begleitend dazu beigetragen. Themen wie zivile Krisenprävention und Konfliktregelung, Universalität von Menschenrechten, Energiesicherheit und globale Herausforderungen angesichts des Klimawandels auf die außenpolitische Agenda zu setzen und ihnen den Stellenwert zu verschaffen, den sie verdienen.

Wir haben neue Impulse für Abrüstung und Rüstungskontrolle gesetzt. Für uns bleibt die Ratifizierung und Implementierung des angepassten KSE-Vertrages zur Reduzierung der konventionellen Waffensysteme in Europa ein wichtiges politisches Anliegen. Gerade in Krisenzeiten muss der Abrüstung und Rüstungskontrolle mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist eine globale Gefahr, die auch global bekämpft werden muss. Neben den strategischen Atomwaffen, über die derzeit Abrüstungsverhandlungen stattfinden, müssen endlich auch die über 20.000 taktischen Nuklearwaffen in den Abrüstungsprozess einbezogen werden. Dies betrifft auch die auf deutschem Boden lagernden taktischen Atomwaffen.

Es ist maßgeblich dem nachdrücklichen Engagement der SPD-Bundestagsfraktion zu verdanken, dass sich die Bundesregierung der internationalen Initiative zu einem bedingungslosen Verbot von Streumunition angeschlossen hat. Deutschland hat gemeinsam mit weiteren 93 Staaten im Dezember 2008 in Oslo das Übereinkommen über Streumunition unterzeichnet und bereits ratifiziert. Das Übereinkommen sieht ein umfassendes Ver-

bot vor. Das Verbot umfasst nicht nur den Einsatz, sondern auch die Entwicklung, Herstellung, Lagerung sowie den Im- und Export von Streumunition aller Typen. Die Vertragsstaaten haben sich auch verpflichtet, ihre Bestände an Streumunition so bald wie möglich zu vernichten. Nach langem Ringen konnten wir auch das unionsgeführte Verteidigungsministerium dazu bewegen, ihre Vorbehalte gegen das Übereinkommen aufzugeben. Unter den Unterzeichnerstaaten sind alle von Streumunitionsproblemen betroffenen Regionen der Welt vertreten. Dies trifft leider nicht auf die wichtigsten Produzenten, Exporteure und Anwender von Streumunition zu. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass diese Staaten künftig dem Übereinkommen beitreten und darauf hinwirken, dass die Ziele des Übereinkommens auch in anderer Weise gefördert werden.

Es ist wichtig, den internationalen Konsens der Staatengemeinschaft über die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu bewahren. Vor diesem Hintergrund begleiten wir auch die Debatte über die Absicht der USA, Teile ihres nationalen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien zu installieren. Wir wollen keine neue Rüstungsspirale. Es muss unser zentrales Ziel sein, in Europa einen neuen Rüstungswettlauf zu verhindern und stattdessen eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Wir wollen, dass dieses Thema international, also in der EU und der NATO, ganz oben auf der Tagesordnung steht. Der Präsident der USA, Barack Obama, hat sein starkes Engagement gerade in Bezug auf dramatische Abrüstungsschritte, auch in Bezug auf nukleare Abrüstung, betont. Das eröffnet auch für unsere Position neue und wichtige Perspektiven und Chancen.

Gegen viele Widerstände hat unser Außenminister neue Wege in der Nahost-Politik beschritten und schon früh auch schwierige Konfliktparteien wie Syrien eingebunden. Wir haben diesen Ansatz, der heute unbestritten ist, von Beginn an mitgetragen und flankiert. Deutschland spielt heute bei den internationalen Bemühungen um diplomatische Lösungen aktueller Konflikte vom Nahen Osten über Iran und Sudan bis Georgien überall eine wichtige Rolle. Auch dies ist ein Ergebnis sozialdemokratischer Außenpolitik, die auf Dialog auch mit schwierigen Partnern und zivile Konfliktregulierung setzt.

Wir haben die Europäische Union und die Vereinten Nationen nach Kräften bei ihren Bemühungen unterstützt, vor allem mit zivilen und wo unvermeidlich auch mit militärischen Mitteln, Krisen vorzubeugen und Konfliktherde zu stabilisieren. Deutsche Zivilexperten sind mittlerweile in über 40 Missionen der UNO und der EU bzw. OSZE eingesetzt. Sie wurden ausgebildet im Zentrum für internationale Friedenseinsätze, das unter der rot-grünen Bundesregierung mit nachdrücklicher Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion gegründet wurde.

Auch die deutsche Bundeswehr ist an mehreren Stabilisierungsmissionen beteiligt. Mit ihren Einsätzen leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Sicherheit, zur Stärkung der internationalen Sicherheitsorganisationen und damit zur europäischen und globalen Stabilität.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr erfolgen stets auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen und in enger Abstimmung mit unseren Partnern in der Europäischen Union und der NATO. Eine parlamentarische Einzelentscheidung ist für uns weiterhin unabdingbar. Es ist essentiell, dass die Missionen jeweils in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sind. Die Mandate wer-

den regelmäßig überprüft und debattiert. Insofern hat die Mandatierung von Auslandseinsätzen eine wachsende Bedeutung für unsere parlamentarische Arbeit. Wir machen uns diese Entscheidungen nicht leicht, sondern erarbeiten uns sowohl in der Fraktion als auch in den parlamentarischen Gremien die jeweiligen Entscheidungsgrundlagen der Mandate. Wir haben die parlamentarischen Mehrheiten u. a. für die UN-mandatierten Einsätze der Bundeswehr zur Absicherung der Wahlen im Kongo, zur Unterstützung der Afrikanischen Union im Sudan und zur Beteiligung Deutschlands an der Mission KFOR im Kosovo gewährleistet.

Zum ersten Mal ist Deutschland mit der UNIFIL-Mission der Vereinten Nationen seit September 2006 mit einem Marineverband auch im Nahen Osten im Einsatz. Deutschland hat ein großes Interesse an der Stabilität der Region und an der Sicherung der Existenz Israels. Um einen dauerhaften und stabilen Frieden im Nahen Osten zu erlangen, reichen allerdings militärische und polizeiliche Maßnahmen nicht aus. Ein dauerhafter Frieden in der Region ist nur möglich, wenn der Libanon in die Lage versetzt wird, seine volle innere und äußere Souveränität auszuüben, Israel auf Dauer in Sicherheit leben kann, die Palästinenser einen eigenen lebensfähigen Staat aufbauen und die Territorial- und Grenzfragen geklärt werden. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen der Bundesregierung, einen umfassenden Dialog über einen nachhaltigen Frieden in der Region auf den Weg zu bringen.

Seit Ende 2008 ist Deutschland auch an der ESVP-Mission ATALANTA beteiligt. Aufgabe der Mission ist es, Frachtschiffe auf dieser wichtigen Schifffahrtsroute am Horn von Afrika vor Angriffen von Piraten zu schützen. Wir unterstützen unseren Außenminister nachdrücklich, auch im Rahmen der UNO und der EU einen Beitrag zum Aufbau und zur Stärkung staatlicher Strukturen in Somalia zu leisten.

Unser besonderes Augenmerk liegt auf Afghanistan, dem zivilen Aufbau und dem dortigen Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des ISAF-Mandates. Die Bundeswehr leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur notwendigen militärischen Absicherung des zivilen Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozesses.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich verpflichtet, regelmäßig zu prüfen, was beim Wiederaufbau und der Stabilisierung des Landes verbessert werden kann. Als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag hat die SPD seit Herbst 2006 eine Task Force Afghanistan eingesetzt, die diesen Prozess intensiv von parlamentarischer Seite begleitet. Aufgabe der Task Force ist es, das bisherige deutsche und internationale Engagement in Af-

ghanistan zu bewerten und eine Handreichung für die Fraktion in Hinblick auf die Verlängerung der deutschen Beteiligung an den internationalen Missionen ISAF und OEF vorzulegen.

Die Task Force hat der Fraktion bereits im September 2007 einen ersten Arbeitsbericht vorgelegt, worin sie sich sowohl gegen einen Abzug der Streitkräfte aus Afghanistan als auch für eine Beendigung des KSK-Einsatzes im Rahmen von OEF ausgesprochen hat. Ein daran anschließender zweiter Fortschrittsbericht liegt ebenfalls vor. Aufgrund unserer politischen Arbeit und des Engagements unseres Außenministers ist es uns letztlich gelungen, dass die Bundesregierung darauf verzichtet hat, die KSK-Komponente im Rahmen von OEF weiter zu mandatieren. Das heißt, dass wir im Rahmen der OEF-Mission keine deutschen Soldaten mehr auf afghanischem Boden haben werden! Wir legen den Schwerpunkt unserer Beteiligung in Afghanistan ausschließlich auf die ISAF-Mission und den zivilen Wiederaufbau.

Leib, Leben und seelische Unversehrtheit von Soldatinnen und Soldaten, wie auch der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr sind sowohl beim Dienst im Inland als auch in Auslandseinsätzen zu schützen. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Auslandseinsätze stetig angestiegen. Immer mehr Soldatinnen und Soldaten sowie auch Zivilbeschäftigte verrichten ihren Dienst weit weg von Familien und Freunden. Dies bringt besondere körperliche und seelische Belastungen mit sich. Immer wieder kommt es bei Einsätzen zu traumatisierenden Situationen. Die darauf folgende Stressreaktion kann im weiteren Verlauf zur Entwicklung einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) führen. Die Zahl der Betroffenen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Wir haben daher dringenden Handlungsbedarf gesehen, die Betreuung bei posttraumatischen Störungen durch zahlreiche Maßnahmen zu stärken: Die Bundesregierung ist u. a. aufgefordert eine zentrale Ansprechstelle innerhalb der Gesundheitsdienste der Bundeswehr zu Hilfsangeboten und Behandlungsmöglichkeiten für Betroffene und deren Angehörige zu schaffen und auch psychosoziale Beratungsangebote innerhalb der Bundeswehr einzurichten, die von PTBS-Betroffenen und ihren Angehörigen auch anonym und telefonisch in Anspruch genommen werden können.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Absicherung von Zivilpersonal in internationalen Einsätzen zur zivilen Krisenprävention haben wir erstmals eine gesetzliche Grundlage für die Entsendung von zivilem Personal zur zivilen Krisenprävention in internationalen Einsätzen geschaffen. Wir haben damit Mindeststandards für die soziale Absicherung der entsendeten

Personen während und nach Ende des Einsatzes festgelegt.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und den damit geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen erleben private Sicherheitsfirmen in bewaffneten Konflikten einen kontinuierlichen Aufschwung. Ihr Aufgabenfeld ist breit gestreut und reicht von Beratung, Training und logistischer Unterstützung über Minenräumen bis hin zu Kampfeinsätzen. Die Übergänge zwischen militärischen und zivilen Aufgaben sind allerdings oft fließend. Diese Privatisierung militärischer Funktionen kann langfristig zu einem fundamentalen Wandel im Verhältnis zwischen Militär und Nationalstaat führen. Das Gewaltmonopol des Staates könnte in Frage gestellt, gegebenenfalls ganz aufgegeben werden. Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion die Initiative ergriffen, um sowohl national als auch international die Aktivitäten und Einsatzbereiche dieser Privatfirmen zu regeln. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die vorgeschlagenen Regelungsbestimmungen aktiv sowohl national umzusetzen und international für sie zu werben.

Die jüngste Krise zwischen Russland und Georgien hat gezeigt, dass militärische Auseinandersetzungen auch in Europa weiterhin möglich sind und die Aufmerksamkeit der internationalen Staatengemeinschaft wieder auf die instabile Lage im Südkaukasus gelenkt. Die SPD-Fraktion hat die Bundesregierung und unseren Außenminister bei ihrem Bemühen unterstützt, die angespannte Lage zu deeskalieren. Konfrontation und militärische Gewalt sind keine Lösung für politische Konflikte. Es darf nicht wieder dazu kommen, dass Sprachlosigkeit die europäische und internationale Sicherheitspolitik beherrscht. Gerade in Krisenlagen sind Dialog und Verhandlungen das Gebot der Stunde. Einen Rückfall in überwundene Kategorien der Konfrontation darf es nicht geben. Deswegen unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion die außenpolitischen Bemühungen der Regierung durch eigene intensive parlamentarische Kontakte in die jeweiligen Länder und durch parlamentarische Initiativen (Sicherheit, Stabilität und Demokratie im Südkaukasus fördern).

Es ist in unserem Interesse, das Verhältnis zu Russland auf kooperativer Basis weiter zu gestalten. Wir unterstützen den Vorschlag unseres Außenministers zu einer Modernisierungspartnerschaft mit Russland, die sowohl den gesellschaftlichen, als auch sozialen und wirtschaftlichen Bereich betrifft. Allerdings werden wir in unserer Partnerschaft auch weiterhin gegenüber Russland Kritik in den Bereichen äußern, wo es uns notwendig erscheint.

Den Vorschlag von Präsident Medwedjew für ein neues Europäisches Sicherheitssystem

werden wir intensiv prüfen und diskutieren. Der Grundgedanke des russischen Vorschlags ist nicht von der Hand zu weisen: Eine zukunftsfähige Europäische Sicherheitsarchitektur kann letztlich nur gemeinsam mit Russland realisiert werden. Wir begrüßen, dass sich die Mitgliedstaaten der NATO und OSZE in diesem Juni auf einen intensiven Dialog mit Russland über eine künftige europäische Sicherheitsarchitektur verständigt ha-

ben. So schwer dieser Dialog auch sein mag. Es gibt hierzu keine vernünftige Alternative.

Im Frühjahr 2008 hat die SPD-Bundestagsfraktion eine internationale Konferenz zum Thema „Europäische Armee“ durchgeführt. Ziel ist es, die Ressourcen zur Gewährleistung von Sicherheit in und für Europa zu bündeln. Europa ist auf dem Weg, außenpolitisch einheitlich zu agieren. Die Perspektive einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik ist ver-

bunden mit der gemeinsamen Gewährleistung von Sicherheit. Gemeinsame europäische Streitkräfte sind darüber hinaus verbunden mit konkreten Chancen für weitreichende Abrüstung in Europa, da eine künftige europäische Armee nicht die Summe der nationalen Armeen darstellen wird. Die parlamentarische Kontrolle der europäischen Armee ist für uns eine der politischen Bedingungen, die in diesem Zusammenhang erfüllt sein müssen.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik

Die zurückliegenden vier Jahre waren wieder vier gute Jahre für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Sie tragen ganz klar unsere sozialdemokratische Handschrift. Mit unserer nachhaltigen, international koordinierten Politik ist das eigenständige Ministerium der verlässliche Partner der Entwicklungsländer. Heute ist Entwicklungszusammenarbeit sehr viel umfassender, sehr viel breiter aufgestellt, als das noch bis Ende der 90er Jahre der Fall war.

Wir haben uns international auf den Stufenplan für die ODA-Quote verpflichtet. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir gemeinsam mit der Ministerin dafür gesorgt, dass die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesteigert werden konnten. Insgesamt sind die Mittel im Einzelplan 23 des Bundesentwicklungsministeriums in dieser Legislaturperiode um 48 Prozent auf heute knapp 6 Milliarden Euro angehoben worden. Im gesamten Bundeshaushalt stehen inzwischen rund 10 Milliarden Euro ODA-anrechnungsfähige Mittel zur Verfügung. Deutschland ist damit zweitgrößtes Geberland für Entwicklung.

Diesen Weg wollen und werden wir weitergehen. Dafür steht unser Regierungsprogramm. Die SPD bekennt sich darin ganz klar zur Einhaltung des ODA-Stufenplans. Wir wollen, dass 2010 ein Anteil von 0,51 Prozent und 2015 von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufgewandt wird. An dieser eindeutigen Aussage im Regierungsprogramm werden sich alle anderen Parteien messen lassen müssen. Neben Haushaltsmitteln wollen wir auch weiter auf innovative Finanzierungsinstrumente zurückgreifen und Teile des Aufkommens aus der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten für Armutsbekämpfung und internationalen Klimaschutz verwenden.

Es ist uns gelungen, zentrale entwicklungspolitische Themen wie die ländliche Entwicklung, Bildung und Gesundheit oder den internationalen Klimaschutz auf nationaler

und internationaler Ebene weiter voranzubringen. Wir unterstützen und stärken unsere Partnerländer beim Aufbau solidarischer Sozialer Sicherungssysteme. Wir haben in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise schnell und konsequent gegengesteuert, um die befürchteten Auswirkungen auf die Entwicklungsländer abzumildern. Die große Linie ist dabei durch die Millenniums-Entwicklungsziele vorgezeichnet. Das Ziel ist die Halbierung der weltweiten Armut bis zum Jahre 2015.

In Deutschland selbst vermittelt Politische Bildung breitere Kenntnisse über Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik. Und für deutsche Jugendliche eröffnen wir mit dem neuen BMZ-Freiwilligendienst „weltwärts“ die Möglichkeit, die Menschen in den Partnerländern, ihre Lebensbedingungen und die Entwicklungsarbeit vor Ort kennenzulernen.

Die Globalisierung stellt uns vor immer neue Herausforderungen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist für diese Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt. Sie ist effizienter und kohärenter geworden. Die Zahl der Partnerländer wurde reduziert. Die Arbeits- und Projektschwerpunkte wurden mit den europäischen Partnern abgestimmt. Wir haben uns in der Pariser Erklärung für eine koordinierte und effiziente Entwicklungszusammenarbeit stark gemacht.

Durch die von der SPD-Regierung begonnene Entschuldung ärmster Länder können heute in Afrika 29 Millionen Kinder mehr in die Schule gehen. Die SPD-Bundestagsfraktion strebt auch in Zukunft die nachhaltige Entschuldung von Entwicklungsländern unter Berücksichtigung ihrer Schuldentragfähigkeit an. Wir wollen verantwortungsvolle Kreditvergabe und die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten. Deshalb haben wir uns im Parlament dafür eingesetzt, die internationale Kreditfinanzierung in der Entwicklungspolitik auf eine neue Grundlage zu stellen.

In diesem Zusammenhang ist Förderung von staatlichen Einnahmen in Entwicklungsländern wichtig, damit ihnen eigene Mittel

für Investitionen wie in Bildung und Gesundheit zur Verfügung stehen. Dies geschieht vorrangig durch Beratung und Hilfe beim Aufbau von gerechten Steuersystemen und der Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie durch den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Korruption.

Eine gerechte Welthandelsordnung ist der Schlüssel zu mehr Wirtschaftswachstum und zur Bekämpfung der Armut. Wir wollen im Rahmen der WTO dafür sorgen, dass Entwicklungsländer zu fairen Bedingungen am Welthandel teilhaben können. Dafür – das betont das Regierungsprogramm ausdrücklich – ist es zwingend notwendig, endlich sämtliche Agrarexportsubventionen abzuschaffen. Außerdem werden wir uns für die verbindliche Aufnahme sozialer und ökologischer Mindeststandards in das Regelwerk der WTO einsetzen.

Die WTO-Entwicklungsrunde ist Ende Juli 2008 erneut an den Industrieländern gescheitert. Zu den 2005 während der letzten Entwicklungsrunde in Hong Kong erzielten Fortschritten hat unsere Ministerin mit Unterstützung der SPD-Fraktion maßgeblich beigetragen. Diese entwicklungsorientierten Ergebnisse wie das Auslaufen der Agrarexportsubventionen der USA und der EU bis spätestens 2013 mit Öffnung ihrer Märkte für Produkte aus Entwicklungsregionen und das „Aid-for-Trade“-Hilfspaket dürfen unabhängig vom Gesamtabschluss der WTO-Runde nicht mehr in Frage gestellt werden.

Die SPD und insbesondere die Entwicklungsministerin haben sich in der EU für entwicklungsorientierte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit den AKP-Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik eingesetzt. Diese Abkommen gehen über die WTO-Forderungen hinaus und greifen Doha-Vereinbarungen auf. Gerade die afrikanischen Regionen können durch ihre wirtschaftlichen Zusammenschlüsse Stärke im Welthandel gewinnen.

Deutschland war in dieser Wahlperiode Gastgeberland dreier wichtiger internationaler Konferenzen. Der Gipfel der G8-Staats- und

Regierungschefs in Heiligendamm im Juni 2007 unter deutscher Präsidentschaft war ein wichtiger Schritt dorthin und ein großer Erfolg. Dieser Gipfel hat sich nicht nur mit den großen Wirtschaftsthemen, sondern auch mit den überlebenswichtigen Themen Klimaschutz, Hunger und Armut sowie HIV/AIDS auseinandergesetzt. Deutschland hat auf diesem Gipfel auch deutlich gemacht, dass die Partnerschaft mit Afrika Priorität in der deutschen Entwicklungspolitik hat.

Deutschland war Gastgeber der 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt in Bonn und führt für zwei Jahre den Vorsitz. Wir haben mit unseren parlamentarischen Initiativen die Bundesregierung unterstützt und aufgefordert den Vorsitz zu nutzen, um für einen modernen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen einzutreten, der sowohl Lebensräume Nutzungsfrei schützt als auch nachhaltige Nutzungen zulässt.

Ein Beispiel dafür, wie durch einen gezielten Verzicht auf die Nutzung von Ressourcen die Umwelt geschützt werden kann, ist das von der SPD-Fraktion unterstützte ITT-Projekt in Ecuador. Die ecuadorianische Regierung ist bereit, im Yasuni-Nationalpark auf die Förderung von Öl zu verzichten und damit den Tropenwald zu erhalten, wenn sie die Hälfte der daraus entstehenden Verluste von der internationalen Staatengemeinschaft erstattet bekommt. Wir werden weiterhin alles daran setzen, dieses Modell zu einem Erfolg zu führen. Ecuador hat inzwischen ein Fördermoratorium ausgesprochen und erste Gutachten für die notwendigen Schutzmaßnahmen vorgelegt.

In Deutschland wurde die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien IRENA aus der Taufe gehoben. Wir fördern seit langem die Einrichtung dieser Agentur und die mit ihr verbundenen Ziele. Erneuerbare Energien sind insbesondere in den weitflächigen ländlichen Regionen Afrikas zweckmäßig und gut einsetzbar und dienen dem Klimaschutz. Die klimarelevanten Aufwendungen im Entwicklungshaushalt wurden wieder erhöht und werden 2009 rund eine Milliarde Euro erreichen. Im Vorjahr waren es 700 Millionen Euro.

Der internationale Klimaschutz wird also in der Entwicklungszusammenarbeit einen immer bedeutenderen Platz einnehmen. Wir setzen im Regierungsprogramm auf die Förderung regenerativer Energien in Entwicklungsländern und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen. Wir werden dafür kämpfen, dass der Anbau von Pflanzen zur Produktion von Biokraftstoffen nicht auf Kosten der Nahrungssicherung geht. Es darf kein Konflikt mit den Zielen sicherer Ernährung, dem Erhalt der Biodiversität und der Tropenwä-

der sowie des Lebensraums der indigenen Völker entstehen.

Fast überall auf der Welt sind Frauen gegenüber Männern benachteiligt. Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung. Denn Gleichberechtigung unterstützt das Wirtschaftswachstum in unseren Partnerländern und mindert auch direkt die Armut. Nachhaltige Entwicklung braucht starke Frauen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier „Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit stärken – Gender Mainstreaming konsequent weiter verfolgen“ verabschiedet.

Gleichberechtigung beginnt schon im Kindesalter. So war es auch beim zivilen Wiederaufbau in Afghanistan für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit von besonderer Bedeutung, Jungen und Mädchen gleichermaßen neue Zukunftsperspektiven zu eröffnen. In Afghanistan wurden 5000 neue Schulen für Jungen und Mädchen gebaut. Allein in Grundschulen können so etwa 250.000 Schülerinnen und Schüler erreicht werden. Deutschland wird sich weiterhin am zivilen

Aufbau in Afghanistan beteiligen. Neben dem Bildungsbereich liegen die Schwerpunkte bei einem Aufbau der Infrastruktur (insbesondere Wasserver- und -entsorgung und Energie), dem Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung.

Entwicklungspolitik bleibt für uns elementarer Teil einer Strategie für Frieden und für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik unterstützt nachhaltige Entwicklung als eine Strategie gegen Hunger, Armut und Umweltzerstörung, Migration und Vertreibung, Staatszerfall, bewaffnete Konflikte, Gewalt, Krieg und Terrorismus. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik hat hier nachweisbare Erfolge erzielt.

Wir wollen die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortsetzen. Mit dem Regierungsprogramm haben wir aufgezeigt, wo wir die entwicklungspolitischen Aufgaben in der Zukunft sehen und schwerpunktmäßig fortsetzen werden. Wir haben mit unserem Programm unsere Vorstellungen einer Entwicklungspolitik von morgen vorgelegt.

Menschenrechtspolitik

Leitlinie unserer Menschenrechtspolitik ist der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sowohl in den auswärtigen Beziehungen als auch im innerstaatlichen Bereich. Menschenrechtspolitik ist eine politische Querschnittsaufgabe.

Das Menschenrechtsschutzsystem der Vereinten Nationen (VN) muss gestärkt und weiter reformiert werden. Der VN-Menschenrechtsrat, der im Rahmen der VN-Reform 2006 die VN-Menschenrechtskommission abgelöst hat, hat bislang die Erwartungen nicht erfüllt. Die institutionelle Ausgestaltung des Rates war eine Herausforderung. Wir haben diesen Prozess durch unsere parlamentarischen Debatten sowie die beiden Koalitionsanträge „Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen – Wirksamkeit sichern und Glaubwürdigkeit schaffen“ und „Den neuen Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zum Erfolg führen“ aktiv begleitet. Positiv ist, dass durch den „Universal Periodic Review“ die Menschenrechtslage in allen Staaten überprüft werden soll. Deutschland hat im Februar 2009 erstmals den deutschen Staatenbericht in Genf vorgelegt. Die Nennung von Problemen, Verbesserungsmaßnahmen und Erfolge sowie Zielsetzungen für die Zukunft wurden von den anwesenden Staatenvertretern ausdrücklich gewürdigt und hat Vorbildfunktion.

Auf unsere Initiative hin haben wir den Koalitionsantrag „Stärkung der Menschenrechtspolitik der Europäischen Union“ im Bundestag be-

schlossen. Wir setzen uns z. B. für die Verankerung der Menschenrechte in sämtliche Politikfelder ein, für die Einhaltung der Menschenrechtsklauseln in Assoziierungsverträgen, für die Umsetzung der menschenrechtlichen Leitlinien, für die Entsendung von Menschenrechtsbeobachtern in EU-Missionen sowie für die strikte Orientierung der EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik an der Genfer Flüchtlingskonvention. In diesem Sinne haben wir zu den von der Kommission erstellten EU-Jahresberichten zur Menschenrechtslage längere Beschlussempfehlungen verabschiedet.

Hüter der Menschenrechte ist insbesondere der Europarat mit seinem wichtigsten Organ, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Durch die enorm gestiegene Zahl der Beschwerden aus 47 Ländern ist der EGMR Opfer seines eigenen Erfolgs geworden. Wir setzen uns daher für institutionelle Reformen des Gerichtshofs ein sowie für eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung. Dies haben wir auch durch unseren parlamentarischen Antrag „Den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte reformieren und durch die konsequente Befolgung seiner Urteile stärken“ getan. Deutschland hat den überlasteten Gerichtshof im Juni 2009 mit einer Sonderzahlung unterstützt.

Im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking 2008 stand die Menschenrechtslage in China im Fokus. Zum Thema „Die Olympische Char-

ta, die Spiele in Peking und die Achtung der Menschenrechte“ wurde eine Anhörung organisiert. Nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Tibet im März 2008 konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem auf die Menschenrechte der Tibeterrinnen und Tibeter und ihre kulturelle und religiöse Autonomie. Wir haben in der teilweise sehr undifferenziert geführten öffentlichen und politischen Debatte über China versucht, die menschenrechtlichen Defizite klar zu benennen und zugleich die chinesische Regierung zu weiteren Fortschritten aufzufordern. Zum Beispiel haben wir in einer interfraktionellen Initiative „Für die Verurteilung des Systems der Laogai-Lager in China“ diese Lager verurteilt.

Die Menschenrechtslage in den elf Staaten Südostasiens ist sehr unterschiedlich – zufriedenstellend ist sie nirgends. Als hoffnungsvolles Zeichen wurde die Ende 2007 verabschiedete ASEAN-Charta gewertet, in der Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte als Grundprinzipien festgelegt wurden. Mit Abstand am schlimmsten ist die Lage in Myanmar/Birma, wo die Militärjunta die friedlichen Demonstrationen der Mönche brutal niederschlug und der Bevölkerung nach dem verheerenden Wirbelsturm internationale Nothilfe weitgehend vorenthielt. Zwei Anträge befassen sich mit der Region: „Menschenrechte und Demokratie in Birma wagen“ und „Menschenrechte in der ASEAN-Staatengemeinschaft stärken“.

Mit der Endphase der seit rd. 25 Jahren anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzung in Sri Lanka zwischen den „Befreiungstigern von Tamil Eelam“ (LTTE) und der Regierung sowie der dramatischen humanitären Lage befasst sich der Antrag „Humanitäre Katastrophe in Sri Lanka verhindern“. Nach dem Sieg der Regierung geht es jetzt darum, die unterlegenen Tamilen mit Respekt zu behandeln und das humanitäre Völkerrecht einzuhalten. Kriegsverbrechen auf beiden Seiten müssen aufgeklärt werden.

Wir setzen uns für Fortschritte bei der Kontrolle von kleinen und leichten Kriegswaffen ein. Das Engagement haben wir mit einem Antrag zur VN-Überprüfungskonferenz dokumentiert, und dieses Engagement wollen wir fortsetzen. Darüber hinaus unterstützen wir ein globales Waffenhandelsübereinkommen, das gegenwärtig bei den VN in der Dis-

kussion ist. Aus humanitärer Verantwortung heraus sind wir stets für ein weltweites Verbot von Streumunition eingetreten. Menschen in über 80 Ländern sind von Minen und Blindgängern akut bedroht. Umso erfreulicher ist, dass es im Rahmen des Oslo-Prozesses gelungen ist, ein Verbot von Streumunition zu vereinbaren. Über 100 Staaten, darunter auch Deutschland, haben am 3. Dezember 2008 in Oslo die Konvention gezeichnet.

Deutschland hat das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe ratifiziert. Das Umsetzungsgesetz ermöglicht regelmäßig Besuche in Einrichtungen, in denen Menschen die Freiheit entzogen ist. Vorgesehen ist unter anderem die Einrichtung eines nationalen Präventionsorgans. Auch international soll ein Präventionsmechanismus etabliert werden – in Form eines Unterausschusses der VN. Er soll nach dem Vorbild des Europarates Besuchs- und Empfehlungsrechte in den Mitgliedstaaten erhalten. Das Gesetz sieht zudem die Einrichtung einer Bundesstelle zur Verhütung von Folter sowie einer Länderkommission vor.

Es war ein historischer Meilenstein, als sich die VN für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe aussprachen. Auf unsere Initiative entstand im Vorfeld der VN-Entscheidung der interfraktionelle Antrag „Bei der 62. Generalversammlung der Vereinten Nationen ein Zeichen für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe setzen“.

Meinungs- und Pressefreiheit sind das zentrale Element einer demokratischen Gesellschaftsordnung. In vielen autoritär regierten Staaten sind sie massiv gefährdet; Journalisten und Medienarbeiter werden bedroht, verfolgt oder gar getötet. Internet-Dissidenten gehen ein hohes Risiko ein. Um gegen diese Regime aufzustehen und Journalisten zu unterstützen, haben wir den Antrag „Das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit weltweit durchzusetzen und der Internet-Zensur entgegenzutreten“ eingebracht.

Am 10. Dezember 2008 hat sich zum 60. Mal die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der VN gefährdet. Aus diesem Anlass wurde der interfraktionelle Antrag „Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – Grundlage für 60 Jahre Menschenrechtsschutz“ verabschiedet. In der Bundestagsdebatte wurde das Dokument als Meilenstein

für die Verwirklichung der Menschenrechte gewürdigt.

Im 8. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung wurden viele der grundsätzlichen Anmerkungen des Menschenrechtsausschusses zum 7. Bericht konstruktiv aufgegriffen. Der 8. Bericht gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklungen im internationalen und europäischen Menschenrechtsschutzsystem und über die deutsche Menschenrechtspolitik. Mit der kontrovers diskutierten internationalen Schutzverantwortung befasste sich die öffentliche Anhörung „Responsibility to Protect“.

Wir begrüßen, dass Deutschland 2.500 irakische Flüchtlinge aufnehmen wird; die ersten sind bereits eingetroffen. Besonders schutzbedürftige Personen, die weder in ihren Heimatländern Syrien und Jordanien eine Zukunftsperspektive haben, noch in den Irak zurückkehren können, sollen hier eine neue Heimat finden. Erstmals hat sich Deutschland am Resettlement-Programm des UNHCR beteiligt. Wir setzen uns dafür ein, dass dies der Auftakt zu einem dauerhaften flüchtlingspolitischen Engagement ist. In der öffentlichen Anhörung „Situation der Menschenrechte von ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten in den Ländern Irak und Iran“ wurde die Auseinandersetzung mit der Region vertieft.

In vielen autoritären Staaten verschwinden Menschen zeitweise oder für immer, werden gefoltert oder sogar getötet. Die Angehörigen laufen gegen eine Mauer des Schweigens. Umso wichtiger ist die 2006 von der UN-Generalversammlung verabschiedete Konvention gegen Verschwindenlassen. Sie wurde im Mai 2009 vom Bundestag ratifiziert. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Verschwindenlassen als Verbrechen zu bestrafen und Wiedergutmachung und Entschädigung für die Opfer zu leisten.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht einen Durchbruch beim Individualbeschwerderecht zur UN-Kinderrechtskonvention. Gemeinsam mit anderen Staaten hat sich Deutschland beim UN-Menschenrechtsrat erfolgreich dafür eingesetzt, dass demnächst eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, die den Text des Zusatzprotokolls erarbeiten soll. Ein Individualbeschwerderecht wäre ein Signal für starke Kinderrechte. Es würde dazu führen, dass Vertragsstaaten die Kinderrechtskonvention konsequent umsetzen und deren Verletzung nicht mehr folgenlos bleibt.

Geschäftsführender Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Beginn 16. WP bis 31. 12. 2008

FRAKTIONSVORSITZENDER:

Franz Müntefering (20. 9. 05–21. 11. 05)
Peter Struck (ab 21. 11. 05)

STELLVERTRETENDE FRAKTIONSVORSITZENDE:

Joachim Poß
Elke Ferner
Angelica Schwall-Düren
Nicolette Kressl (bis 26. 11. 2007)
Christel Humme (ab 26. 11. 2007)
Walter Kolbow
Stephan Hilsberg (bis 20. 3. 2007)
Klaas Hübner (ab 20. 3. 2007)
Ludwig Stiegler
Ulrich Kelber
Fritz Rudolf Körper

PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRER/INNEN:

Olaf Scholz (1. PGF)
(bis 26. 11. 2007)
Thomas Oppermann (1. PGF)
(ab 26. 11. 2007)
Petra Ernstberger
Ute Kumpf
Iris Gleicke
Uwe Küster (bis 9. 10. 2007)
Christian Lange (ab 9. 10. 2007)

JUSTITIAR:

Klaus Uwe Benneter

Zusammenfassung (FV, Stellv. FV und PGF)

Stand 31. 12. 2008

FRAKTIONSVORSITZENDER:

Dr. Peter Struck

9 STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE:

Joachim Poß
Elke Ferner
Angelica Schwall-Düren
Christel Humme
Walter Kolbow
Klaas Hübner
Ludwig Stiegler
Ulrich Kelber
Fritz Rudolf Körper

5 PGF:

Thomas Oppermann
Petra Ernstberger
Ute Kumpf
Iris Gleicke
Christian Lange

JUSTITIAR:

Klaus Uwe Benneter

Erweiterter Fraktionsvorstand

(Beginn 16. WP – 31. 12. 2008)

Rainer Arnold
Doris Barnett
Uwe Beckmeyer
Gerd Friedrich Bollmann
Klaus Brandner (bis 26. 11. 2007)
Andrea Maria Nahles (ab 15. 1. 2008)
Martin Dörmann
Sebastian Edathy
Gabriele Frechen (bis 9. 10. 2007)
Dagmar Freitag
Kerstin Griese
Petra Heß (bis 9. 10. 2007)
Christel Humme (bis 26. 11. 2007)
Sören Bartol (ab 15. 1. 2008)

Klaas Hübner (bis 20. 3. 2007)
Brunhilde Irber (bis 9. 10. 2007)
Caren Marks
Hilde Mattheis (bis 9. 10. 2007)
Petra Merkel
Florian Pronold
Steffen Reiche
Dr. Carola Reimann
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Ortwin Runde
Bernd Scheelen
Swen Schulz
Jörg-Otto Spiller
Rolf Stöckel

Jörg Tausch (bis 9. 10. 2007)
Jörg Tausch (ab 15. 1. 2008)
Dr. Marlies Volkmer
Dr. Rainer Wend
Prof. Gert Weisskirchen (bis 9. 10. 2007)
Thomas Oppermann
(ab 9. 10. 07 bis 26. 11. 2007)
Anton Schaaf (ab 9. 10. 2007)
Lale Akgün (ab 9. 10. 2007)
Joachim Stünker (ab 9. 10. 2007)
Waltraud Wolff (ab 9. 10. 2007)
Gabriele Fograscher (ab 9. 10. 2007)
Bärbel Kofler (ab 9. 10. 2007)

Zusammenfassung (erw. Fraktionsvorstand)

Stand: 31. 12. 2008

Dr. Lale Akgün
Rainer Arnold
Doris Barnett
Sören Bartol
Uwe Beckmeyer
Gerd Friedrich Bollmann
Martin Dörmann
Sebastian Edathy
Gabriele Fograscher
Dagmar Freitag

Kerstin Griese
Dr. Bärbel Kofler
Caren Marks
Petra Merkel
Andrea Maria Nahles
Florian Pronold
Steffen Reiche
Dr. Carola Reimann
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Ortwin Runde

Anton Schaaf
Bernd Scheelen
Swen Schulz
Jörg-Otto Spiller
Rolf Stöckel
Joachim Stünker
Jörg Tausch
Dr. Marlies Volkmer
Rainer Wend
Waltraud Wolff

Arbeitsgruppensprecher/innen

Beginn 16. WP bis 31. 12. 2008

WAHLPRÜFUNG, IMMUNITÄT
UND GESCHÄFTSORDNUNG

Christine Lambrecht

Wirtschaft und Technologie

Rainer Wend

UMWELT, NATURSCHUTZ

UND REAKTORSICHERHEIT

Marco Bülow

PETITIONEN

Gabriele Lösekrug-Möller

ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT

UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Waltraud Wolff

MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE HILFE

Christoph Strässer

AUßENPOLITIK

Gerd Weisskirchen

ARBEIT UND SOZIALES

Klaus Brandner (bis 21. 11. 2007)

Andrea Maria Nahles (ab 26. 11. 2007)

BILDUNG UND FORSCHUNG

Jörg Tauss

INNERES

Dieter Wiefelspütz

VERTEIDIGUNG/SICHERHEITSPRAGEN

Rainer Arnold

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

UND ENTWICKLUNG

Sascha Raabe

SPORT

Dagmar Freitag

FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

Christel Humme (bis 26. 11. 2007)

Caren Marks (ab 15. 1. 2008)

TOURISMUS

Annette Faße

RECHT

Joachim Stünker

ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Axel Schäfer

FINANZEN

Jörg-Otto Spiller (bis 11. 3. 2008)

Hans Ulrich Krüger (ab 11. 3. 2008)

GESUNDHEIT

Carola Reimann

KULTUR UND MEDIEN

Monika Griefahn

HAUSHALT

Carsten Schneider

VERKEHR, BAU- UND STADTENTWICKLUNG

Uwe Beckmeyer

Vorsitzende/stellv. Ausschussvorsitzende

Beginn 16. WP bis 31. 12. 2008

AUSSCHUSS FÜR WAHLPRÜFUNG,
IMMUNITÄT UND GESCHÄFTSORDNUNG

Stellv. Vorsitzender:

Carl-Christian Dressel

AUSSCHUSS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT
UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Stellv. Vorsitzender:

Manfred Zöllmer

AUSSCHUSS FÜR MENSCHENRECHTE
UND HUMANITÄRE HILFE

Vorsitzende:

Herta Däubler-Gmelin

AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS

Stellv. Vorsitzender:

Hans-Ulrich Klose

AUSSCHUSS FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Stellv. Vorsitzende:

Angelika Krüger-Leißner

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG

Vorsitzende:

Ulla Burchardt

INNENAUSSCHUSS

Vorsitzender:

Sebastian Edathy

VERTEIDIGUNGS AUSSCHUSS

Vorsitzende:

Ulrike Merten

AUSSCHUSS FÜR TOURISMUS

Stellv. Vorsitzende:

Bruni Irber

SPORTAUSSCHUSS

Vorsitzender:

Peter Danckert

AUSSCHUSS FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN
UND JUGEND

Vorsitzende:

Kerstin Griese

AUSSCHUSS FÜR ANGELEGENHEITEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

Stellv. Vorsitzender:

Kurt Bodewig

FINANZAUSSCHUSS

Stellv. Vorsitzende:

Gabriele Frechen

AUSSCHUSS FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ

UND REAKTORSICHERHEIT

Vorsitzende:

Petra Bierwirth

AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND MEDIEN

Stellv. Vorsitzender:

Siegfried Ehrmann

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE

Vorsitzende:

Edelgard Bulmahn

Veranstaltungen 2007

VOR-ORT-VERANSTALTUNGEN	245	JUGENDPRESSETAGE	28.-30.03.	DECENT WORK – GUTE ARBEIT	24.08.
Fraktion-vor-Ort	187				
EU-vor-Ort	15	GEMEINSAMES SYMPOSIUM		INTEGRATIONSKONGRESS	
Betriebsräte-vor-Ort	10	VON FRAKTION U. PARTEI		„BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT“	19.09.
Gesundheitsreform-vor-Ort	33	„PFLEGEVERSICHERUNG“	27.04.		
NEUJAHRSEMPFANG	15.01.	DEMOGRAPHISCHER WANDEL		INTERNATIONALE KLIMA-	
		DER KOMMUNEN	21.05.	UND ENERGIEPOLITIK	20.09.
FRAKTIONSSITZUNG INKL. FILMVORFÜHRUNG		WELTWIRTSCHAFT –		KONFERENZ DER BEIRÄTE	
„EINE UNBEQUEME WAHRHEIT“		UND GLOBALISIERUNG GESTALTEN	25.05.	DER WERKSTÄTTEN	
IM CINESTAR	06.03.			FÜR BEHINDERTE MENSCHEN	11.10.
LADIES DAY	09.03.	ENERGIEPOLITISCHE KONFERENZ	15.06.	INFOSTAND BUNDESPARTEITAG	26.–28.10.
		BETRIEBSRÄTEKONFERENZ	20.06.	BETRIEBSRÄTEKONFERENZ	14.11.
KONFERENZ DER FRAKTIONSVORSITZENDEN		INTERNATIONALE FINANZMÄRKTE/		„ARBEIT“ IM RAHMEN	
DER NATIONALEN PARLAMENTE				DER G8-RATSPRÄSIDENTSCHAFT	29.11.
DER EU-MITGLIEDSSTAATEN	15.–16.03.	WF-REFORM	20.06.		
TAG DER EIN- UND AUSBLICKE	25.03.	HOFFEST	03.07.		

Veranstaltungen 2008

VOR-ORT-VERANSTALTUNGEN	280	MIT GUTEM BEISPIEL VORAN	07.05.	GEWERKSCHAFTSRÄTEKONGRESS	
Fraktion-vor-Ort	202			NGG	20.–24.10.
Kampagne Familie-vor-Ort	37	60 JAHRE ISRAEL	14.05.	90 JAHRE FRAUENWAHLRECHT	12.11.
Betriebsräte-vor-Ort	41	BETRIEBSRÄTEKONFERENZ	28.05.	KONFERENZ DER BEIRÄTE	
NEUJAHRSEMPFANG	21.01.			DER WERKSTÄTTEN	
TAG DES MITTELSTANDES	05.–06.03.	INFORMATIONSVORANSTALTUNG		FÜR BEHINDERTE MENSCHEN	27.11.
		MIT WK-MITARBEITERN	04.–05.06.		
LADIES DAY	07.03.	HOFFEST	24.06.	GEWERKSCHAFTSRÄTEKONGRESS	
				TRANSNET	23.–27.11.
FACHTAGUNG		TAG DER EIN- UND AUSBLICKE	14.09.	BETRIEBSRÄTEKONFERENZ	03.12.
„KINDERRECHTE INS GRUNDGESETZ“	13.03.	SENIORENPOLITISCHE FACHTAGUNG	24.09.		
JUGENDPRESSETAGE	23.–25.04.	10 JAHRE BUNDESKULTURPOLITIK	29.09.		
KONGRESS					
EUROPÄISIERUNG DER STREITKRÄFTE	05.05.				

Veröffentlichungen

2007		2008	
REIHE/FORMAT	THEMA	REIHE/FORMAT	THEMA
Broschüren		Broschüren	
Broschüre	Im Auftrag der Familie!	Broschüre	Eine starke Fraktion
Broschüre	Die Halbzeitbilanz	Broschüre	Geschichte der Fraktion
Themenreihe	Allgemeines Gleichstellungsgesetz	Broschüre	Israels Zukunft und Deutschlands Verantwortung
Themenreihe	Afghanistan	Broschüre	JobPerspektive
Themenreihe	Afghanistan (englisch)	Themenreihe	Aktiv für Demokratie
Unsere Handschrift	Elterngeld	Themenreihe	Die Finanzmarktkrise
Argumente	Arbeit schaffen	Themenreihe	Otto Wels – Mut und Verpflichtung
Dokumente	Demographischer Wandel als Herausforderung für unsere Gesellschaft – Handlungsoptionen für Kommunen und den Bund	Unsere Handschrift	Zwischenbilanz der Bildungs- und Forschungspolitik
		Zur Sache	Unsere Bilanz in Stichworten
Dokumente	Energiepolitik heute – unser Morgen gestalten	Dokumente	60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
Dokumente	Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik	Dokumente	Bildungsanstrengungen verstärken – Fachkräftepotenziale ausschöpfen
Dokumente	Mobiles Kapital – Handlungsfelder von Politik und Gewerkschaften	Dokumente	Energie aus Biomasse – Chance für Entwicklung und Klimaschutz oder Gefahr für Biodiversität und Ernährung?
Dokumente	Positionspapier Innere Sicherheit	Dokumente	Familienunternehmen – Tradition und Innovation für den Standort Deutschland
Dokumente	Reichtum in Deutschland	Dokumente	Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit stärken – Gender Mainstreaming konsequent weiter verfolgen
Dokumente	Unser Engagement für das Engagement – Freiwilligendienste fördern	Dokumente	Für ein Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Fachkräften für die Betreuung und Pflege älterer Menschen
Dokumente	Unsere Verantwortung für die ländlichen Räume	Dokumente	Integration geht uns alle an – Gemeinsam für mehr Engagement
Faltblätter		Dokumente	Kinderrechte ins Grundgesetz – mehr Gerechtigkeit für Kinder
Unsere Handschrift	CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm und Energieausweis	Dokumente	Luftverkehr und Klimaschutz
Unsere Handschrift	Verantwortung für ländliche Räume	Dokumente	Neue Wege für die Kulturpolitik
Unsere Handschrift	Gesundheitsreform 2007	Dokumente	Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur Überprüfung des EU-Haushalts
Unsere Handschrift	Klimaschutz	Dokumente	Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit – mehr als nur ein Schlagwort
Unsere Handschrift	Krankenversicherung für alle	Dokumente	Verkehr und Klimaschutz: Positionspapier der AG
Unsere Handschrift	BAföG	Dokumente	Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Unsere Handschrift	Neues Versicherungsvertragsrecht	Dokumente	Wert der Arbeit – 10. Betriebs- und Personalrätekonferenz
Unsere Handschrift	Rente mit 67 und Initiative 50plus	Dokumente	Aufstehen für ein soziales Europa
Unsere Handschrift	Stärkung des Ehrenamts	Dokumente	Alter gestaltet Zukunft – Alter(n) hat Zukunft
Faltblatt	Die Revolution für Familien (Kinderbetreuung ab eins)	Faltblätter	
Werkstatt Bundestag	Der Deutschlandfonds	Unsere Handschrift	Handeln für die Menschenrechte
Werkstatt Bundestag	Hilfen für Helfer (Gemeinnützigkeitsrecht)	Unsere Handschrift	Mehr Wahlfreiheit und Transparenz
Werkstatt Bundestag	Recht auf Kita ab eins!	Unsere Handschrift	Ohne Gentechnik
Werkstatt Bundestag	Ein Gewinn für Deutschland	Unsere Handschrift	Großer Erfolg für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen
		Faltblatt	Gutes Studium für alle – Mehr BaföG, Bessere Chancen
		Faltblatt	Gerechtigkeit von Anfang an
		Faltblatt	Gleiche Chancen für alle Kinder
		Faltblatt	Wir sind das Volk von Morgen!
		Werkstatt Bundestag	Faire Entlohnung für gute Arbeit
Zeitschrift		Zeitschrift	
Zeitschrift	Fraktion Intern	Zeitschrift	Fraktion Intern
		Zeitung	
		Zeitung	Gute Arbeit
		DVD	
		DVD	JobPerspektive

IX. Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

07/08

Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Schwerpunkte unserer Arbeit

Europäische Klima- und Energiepolitik 2007–2008

Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Das Fortschreiten der klimatischen Veränderungen wird zunehmend als ernsthaftes, langfristiges Problem wahrgenommen, das alle Menschen betrifft. Im Hinblick auf den weltweit drastisch zunehmenden Energiebedarf sind eine enge Verknüpfung von Energie- und Klimapolitik sowie die genaue Prüfung ihrer Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche unerlässlich. Der massive Einsatz fossiler Energieträger (Erdöl, Erdgas, Kohle) ist die Hauptursache für den vom Menschen verursachten Klimawandel, da dabei CO₂-Emissionen frei gesetzt werden, die zum Treibhauseffekt beitragen. Auch künftig brauchen wir ausreichend Energie, ohne jedoch die Umwelt und das Klima weiter zu schädigen. Die EU ist in den letzten beiden Jahren erneut ihrer Vorbildfunktion für den weltweiten Klimaschutz gerecht geworden und hat im Dezember 2008 das zukunftsweisende Klimapaket beschlossen. Bis dahin war es ein langer und beschwerlicher Weg. Angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel und der rapide zunehmenden Erderwärmung bestand hoher Zeitdruck, neue Maßstäbe im Bereich des Klimaschutzes zu setzen. Außerdem mussten ehrgeizige europäische Ziele definiert werden, um die USA sowie andere Industriestaaten und Schwellenländer wie China und Indien für ein ambitioniertes Kyoto-Nachfolgeabkommen zu gewinnen. Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament haben sich gemeinsam mit der SPE-Fraktion für eine zügige Verabschiedung des Klimapaketes noch unter französischer Ratspräsidentschaft eingesetzt. Ohne den vernünftigen Verzicht auf eine zweite oder sogar dritte Lesung im Parlament wären die neuen Regelungen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr in der letzten Legislaturperiode zustande gekommen, sondern frühestens Mitte 2010. Das Klimapaket ist in erster Linie ein bedeutender Fortschritt für den Ausbau erneuerbarer Energien, für saubere Neuwagen sowie die geologische Speicherung von CO₂. Die Europäische Union zählt nun weltweit zu einer der innovativsten Regionen mit „grüner Technologie“, in der ökologisch sinnvolle Industriepolitik betrieben wird – maßgeblich geprägt von sozialdemokratischen Prinzipien: Arbeitsplätze werden gesichert und die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union deutlich gestärkt.

Erneuerbare Energien

Ob im Verkehr, bei den privaten Haushalten oder der Verstromung: Energie aus Kohle, Gas und Öl sind die Hauptverursacher des vom Menschen gemachten Klimawandels. Es ist daher ein bahnbrechender Erfolg, dass bis 2020 der CO₂-Ausstoß der EU um 20 Prozent reduziert und der Anteil umweltfreundlicher, erneuerbarer Energiequellen auf 20 Prozent angehoben wird. Außerdem soll der Anteil von Biokraftstoffen am gesamten Benzin- und Dieselverbrauch der EU auf mindestens 10 Prozent erhöht werden. Durch diese Änderungen lassen sich zwischen 600 und 900 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Neben Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene in den Bereichen Strom und Transport ergreifen müssen, haben sie auch verbesserte Möglichkeiten zur Kooperation. Aus sozialdemokratischer Sicht ist die Aufnahme von Sozialstandards bei der Biotreibstoffproduktion ein besonderer Erfolg. Zusätzlich zu den ökologischen Vorgaben müssen künftig soziale Kriterien als Messlatte angelegt werden.

Emissionshandel

Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament haben sich intensiv für den im Emissionshandel (ETS) bestehenden Kompromiss zwischen den Klimaschutzziele, dem Schutz der europäischen Industrie und dem Schutz der Arbeitsplätze stark gemacht. Mit entsprechendem Erfolg. Die grundlegende Idee des Handels mit Emissionszertifikaten besteht darin, den durch Emissionen verursachten Kosten einen bestimmten Preis zu geben. Auf diese Weise können Umweltsünder und Großemittenten zur Kasse gebeten werden. Anfänglich erfolgt die Zuteilung der Emissionszertifikate zum Teil noch kostenlos. Sind die Emissionen eines Unternehmens höher als es die zugeteilten Zertifikate gestatten, muss das betroffene Unternehmen an der Börse nachkaufen. Die

freie Zuteilung der Zertifikate läuft in den nächsten Jahren Schritt für Schritt aus. Ab 2020 können sie dann nur noch ersteigert werden. Ausnahmen bestehen lediglich für besonders energieintensive Sektoren, bei denen ein Verlagerungsrisiko in Drittstaaten besteht. Sehr erfreulich ist, dass ein Großteil der Einnahmen durch den Verkauf der Zertifikate dem Klimaschutz zugutekommt. Außerdem werden Investitionen in umweltfreundliche Technologien massiv gefördert.

Saubere Neuwagen

Der zwischen den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament erarbeitete Kompromiss sieht vor, den CO₂-Ausstoß von Personenkraftwagen Schritt für Schritt zu senken. Schon 2012 sollen die CO₂-Emissionen von Neufahrzeugen durchschnittlich nur noch 120 g CO₂ pro Kilometer betragen. Dieser Wert muss 2012 von 65 Prozent der Neuwagen erfüllt werden, 2013 von 75 Prozent, 2014 von 80 Prozent und ab 2015 von allen. 2020 dürfen Neuwagen im Schnitt nur noch 95 g CO₂ pro km ausstoßen. Aus sozialdemokratischer Perspektive ist besonders der sogenannte „Innovationsbonus“ für Niedrigemissionsfahrzeuge erfreulich: Je mehr Null- oder Niedrigemissionsfahrzeuge ein Autohersteller anbietet, desto größer ist der Faktor, den er auf seinen Flottendurchschnittswert an CO₂-Emissionen anrechnen lassen kann. Dies ist nicht nur eine besondere Chance für Unternehmen, möglichst schnell bezahlbare und klimafreundliche Fahrzeuge anbieten und verkaufen zu können, sondern erhöht auch die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Automobilssektors in Europa.

CO₂ im Boden speichern

Die CO₂-Speicherung kann in den nächsten Jahrzehnten eine wichtige Rolle spielen, um die international vereinbarten Reduktionsziele zu erreichen. Mit der sogenannten Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoffdioxid (CCS) soll es ermöglicht werden, klimaschädliches Kohlenstoffdioxid abzutrennen und dauerhaft unterirdisch zu speichern, so dass es nicht in die Atmosphäre gelangen kann. Bis 2016 soll europaweit der Bau und die Inbetriebnahme von zwölf Demonstrationskraftwerken mit neuer Technologie unterstützt werden.

Europäische Sozialpolitik

Auch wenn der Ministerrat in der Vergangenheit immer wieder wichtige Gesetze blockiert oder verändert hat (wie z. B. bei der Mitnahmemöglichkeit von Betriebsrenten oder jüngst bei den Verhandlungen zur

EU-Arbeitszeitrichtlinie), haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament stets klare Vorgaben für die Zukunft des Europäischen Sozialmodells und die Stärkung der Wettbewerbs-

fähigkeit Europas gemacht. Einige Erfolge der Jahre 2007 und 2008 seien hier beispielhaft erwähnt.

Im Dezember 2008 hat das Europäische Parlament dafür gesorgt, dass Europäische Betriebsräte umfassend und zeitnah von geplanten Umstrukturierungen der Unternehmen und Konzerne erfahren müssen, um sich konstruktiv in die weitere Entscheidungsfindung einbringen zu können. Dies war ein großer sozialdemokratischer Erfolg. Es ging dabei um eine Konkretisierung der Unterrichts- und Anhörungsrechte der Eurobetriebsräte mit drastischen Sanktionen bei Missachtung. Um einen zweiten Fall Nokia zu verhindern, wurde außerdem klargestellt: der Eurobetriebsrat ist auch zu informieren, wenn Entscheidungen nur einen Mitgliedstaat betreffen, sich aber auf einen anderen auswirken können.

Im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping konnten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im EP 2008 auch bei der Leiharbeit einen Erfolg erzielen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden künftig EU-weit vom 1. Tag an mit den Stammbeschäftigten eines Unternehmens gleichgestellt. Das betrifft nicht nur den Lohn, sondern auch die Arbeitsbedingungen. Ohne die Zustimmung der Sozialpartner darf von diesem Grundsatz nirgends in der EU abgewichen werden.

Das Europäische Parlament hat 2004 Vergeberichtlinien beschlossen, die den EU-Mitgliedstaaten tarifliche Festlegungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe erlauben. Auch so kann Lohndumping ein Riegel vorgeschoben werden. Einige Bundesländer haben daraufhin eigene Tarifreuegesetze erlassen, die die Einhaltung ortsüblicher Tarife bei der öffentlichen Auftragsvergabe vorschreiben. Doch der Europäische Gerichtshof hat 2008 im so genannten Fall Rüffert entschieden, dass diese Regelung zu weit geht. Der Dienstleister darf nicht dazu verpflichtet werden, seinen entsandten Arbeitnehmern/innen den ortsüblichen Tariflohn des Ziellandes zu zahlen. Es darf nur die Einhaltung von gesetzlichen Mindestlöhnen oder von für allgemeinverbindlich erklärten Löhnen verlangt werden. Deshalb brauchen wir dringend eine Änderung der Europäischen Entsenderichtlinie, damit die Einhaltung der ortsüblichen Tarife bei der öffentlichen Auftragsvergabe wieder sichergestellt werden kann. Dafür kämpfen wir seitdem.

Die SPD-Europaabgeordneten setzen sich zudem für angemessene Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten ein. Wir fordern verbindliche EU-Vorgaben, um sicherzustellen, dass Mindestlöhne mindestens 60 % der jeweiligen nationalen Durchschnittslöhne betragen. Zusammen mit der Sozialdemokrati-



Podiumsdiskussion der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament zum Thema „Europa für fairen Lohn“ am 12. Dezember 2007 in Frankfurt am Main: Bernhard Rapkay, Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament, Andrea Ypsilanti, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Hessen, Armin Schild, Bezirksleiter der IG-Metall Frankfurt, Karin Jöns, stellv. Vorsitzende der SPD-Gruppe, Prof. Dr. Gustav A. Horn, Direktor der IMK in der Hans-Böckler-Stiftung, Lionel Fulton, Leiter des Labour Research Department, London (v.l.)

schen Fraktion im Europäischen Parlament, der Sozialdemokratischen Partei Europas und den europäischen Gewerkschaften haben wir die Sicherung der Rechte von Arbeitnehmer/innen in Europa zum zentralen Punkt der öffentlichen Auseinandersetzung gemacht und werden es weiterhin tun.

Als großen Verhandlungserfolg der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament kann man auch die 2007 beschlossenen Kernforderungen für ein modernes Arbeitsrecht in der EU bewerten. Auch in Zukunft sollen unbefristete Vollzeitverträge Standard sein. Zudem muss ein Höchstmaß an sozialem Schutz für Ar-

beitnehmer/innen in atypischen Arbeitsverhältnissen gelten. Eine größere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt darf weder zu prekären Arbeitsverhältnissen führen noch zu einer Absenkung der Arbeitnehmerrechte in Standardarbeitsverhältnissen. Das Parlament sprach sich ferner für eine Vereinigungs- und Vertretungsfreiheit sowie für Tarifverhandlungen und das Streikrecht aus.

Um den europäischen Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Drittstaatsangehörige attraktiver zu machen, hat das Europäische Parlament der Einführung einer EU Blue Card zugestimmt, bei der wir Sozialdemokraten umfassende Mindestrechte durchsetzen



Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament 2007/08

konnten. Dabei hat die Blue Card einen dreifachen Nutzen: Erstens können die Firmen mittelfristig einen Teil ihres Bedarfs an Fachkräften decken und von neuem internationalen Know-How profitieren, wobei jeder Mitgliedstaat weiterhin selbst darüber entscheidet, wie viel Zuwanderung das Land braucht. Zweitens ergeben sich für die Zuwanderer und ihren engsten Familienangehörigen Perspektiven, die sich so in ihrer Heimat möglicherweise nicht finden würden. Schließlich können sie, wenn sie in ihre Heimat zurückgehen, mit ihrem erweiterten Wissen einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ihres Herkunftslandes leisten. Damit aber zwischen Drittstaatlern und EU-Bürgern keine Zwei-Klassen-Gesellschaft entsteht, haben wir in der Rahmenrichtlinie eine umfassende Gleichbehandlung festgeschrieben. Alle müssen den gleichen Zugang zu Arbeitnehmerrechten, Fortbildung und sozialen Sicherungssystemen haben.

In den Jahren 2007 und 2008 wurden aber auch andere wichtige sozialpolitische Weichen gestellt. So kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Brüssel und Straßburg für eine Stärkung der Patienten-



Barbara Weiler, SPD-Europaabgeordnete, Kurt Beck, Vorsitzender der SPD, Dr. Udo Bullmann, stellv. Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament (v.l.) auf der Veranstaltung „Europa für fairen Lohn“ am 12. 12. 07 in Frankfurt am Main

rechte. Mobilität muss auch für Patienten gelten. Wer glaubt, für sich eine bessere Behandlung im EU-Ausland zu finden, soll diese auch in Anspruch nehmen können, ambulant wie stationär.

Wir streiten darüber hinaus für einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung, für eine Ausweitung des Mutterschutzes sowie für Maßnahmen zur Abfederung bei Arbeitsplatzverlust infolge der Globalisierung.

Faire Finanzmärkte für eine gerechte Gesellschaft

Die US-Immobilienkrise, die ab dem Jahr 2007 als Folge eines spekulativ aufgeblähten Wirtschaftswachstums in den USA und einer weltweit kreditfinanzierten Massenspekulation einsetzte, hat das globale Finanzsystem gehörig ins Wanken gebracht. Was sich zunächst in Verlusten und Insolvenzen bei Unternehmen der Finanzbranche äußerte, ergriff spätestens nach dem Zusammenbruch der US-amerikanischen Bank Lehmann Brothers im September 2008 die Realwirtschaft – auch jenseits der Grenzen der Vereinigten Staaten. Die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit der großen Depression 1929 nahm ihren Lauf. Um die Folgen für Unternehmen und Beschäftigte weitestgehend abzuwenden, sahen sich Regierungen weltweit gezwungen, Stützungsmaßnahmen und Konjunkturpakete von zum Teil bisher nicht dagewesenem Ausmaß aufzulegen. Letztlich sollten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Kosten tragen für das verantwortungslose und inkompetente Handeln einiger geldgieriger Finanzmarktakteure. Das hat das Vertrauen in die Finanzbranche tief erschüttert.

Soweit hätte es womöglich gar nicht kommen müssen. Im Gegensatz zu der EU-Kommission und den übrigen Fraktionen im

Europäischen Parlament steht das Thema Finanzmarktregulierung bei den Sozialdemokraten nicht erst seit der Hypothekenkrise in den USA und der daraus resultierenden weltweiten Finanzmarktkrise auf der Agenda. Denn die Probleme sind seit langem bekannt. Daher forderte die sozialdemokratische Fraktion (SPE) bereits seit dem Jahr 2002 ein Ende des unkontrollierten Treibens auf den Finanzmärkten und stattdessen eine Europäisierung der Finanzaufsicht sowie einen Rechtsrahmen für Hedge Fonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften (Private Equity). Darüber hinaus sprechen sich die sozialdemokratischen Europaabgeordneten seit Jahren für eine Regulierung von Rating-Agenturen aus. Doch konservativ-liberale Mehrheiten sowohl in der Europäischen Kommission, im EU-Ministerrat sowie im Europäischen Parlament blockierten immer die von der SPE-Fraktion geforderten Regulierungsmaßnahmen. Wertvolle Zeit ging verloren.

Mit dem Bericht von Poul Nyrup Rasmussen im Herbst 2008 waren es erneut Sozialdemokraten, die als erste nach Konsequenzen aus der nun auch in Europa einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise verlangten und die EU-Kommission aufforderten, endlich Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte

auf den Tisch zu legen. Die drohende Kernschmelze an den Finanzmärkten und der steigende öffentliche Druck zwangen auch konservative und liberale Europaparlamentarier von ihren marktradikalen Positionen abzurücken und sich der sozialdemokratischen Initiative anzuschließen. Mit überwältigender Mehrheit von 562 Stimmen wurde die Resolution zur Regulierung der Finanzmärkte unter der Federführung von Rasmussen angenommen. In dem Bericht forderte das Europäische Parlament die EU-Kommission auf, bis zum Ablauf des Jahres 2008 die notwendigen Gesetzesvorschläge zu unterbreiten, die den folgenden sieben Grundsätzen entsprechen sollten:

1. Bestehende gemeinschaftliche Gesetzgebung sollte auf regulatorische Lücken überprüft, nationale Variationen kritisch bewertet und Europäisierung der Finanzaufsicht insbesondere mit Blick auf grenzüberschreitend tätige Finanzinstitute vorangetrieben werden.
2. Risikoabhängige Eigenkapitalanforderungen sollten für alle Finanzinstitute obligatorisch sein – auch für Hedge Fonds und Private Equity.
3. Regulierung von Ratingagenturen, um bestehende Interessenkonflikte zu beseitigen.

4. Regeln gegen Überschuldung und Zerschlagung von Unternehmen, die von Finanzinvestoren übernommen wurden.
5. Konsultation von Beschäftigten bei Firmenübernahmen durch Hedge Fonds und Private Equity.
6. Bessere Informationen über Finanzmarktakteure für Aufsichtsbehörden.
7. Ausgewogenere Managervergütungssysteme, die sich an der langfristigen Entwicklung eines Unternehmens orientieren und auch Misserfolge widerspiegeln.

Die Vorlage des Europäischen Parlaments sowie der Druck der nationalen Regierungen zwingen die EU-Kommission im Oktober 2008 endlich zum Handeln. Seither überschlagen sich die Akteure mit Rettungsvorschlägen. Wenn es aber um die konkrete Gesetzgebung geht, bleibt vom Reformeifer nicht viel übrig.

So hatte der zuständige EU-Kommissar Charlie McCreevy in seinem Vorschlag zur Revision der EU-Bankenrichtlinie ursprünglich noch einen Selbstbehalt von 15 Prozent gefordert, sich dann aber den Forderungen der Industrie gebeugt und auf eine nicht akzeptable Höhe von lediglich nur 5 Prozent herabgesenkt. Der Selbstbehalt bei verbrieften Krediten ist ein wichtiges und richtiges Instrument, um Banken am Geschäftsrisiko zu beteiligen. Wer Kredite weiter verkauft, muss nach Meinung der SPD-Abgeordneten daher mindestens 20 Prozent des Risikos in den eigenen Büchern halten. Das werden die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei der erneuten Überprüfung der Richtlinie Ende 2009 klar einfordern.

Was die Regulierung von Ratingagenturen betrifft, so konnte das Europäische Parlament wichtige Weichen stellen. So genießen Ratingagenturen in Zukunft keinen Freifahrtsschein mehr, sondern müssen sich den EU-Aufsichtsregeln unterstellen, wenn sie in Europa arbeiten wollen. Der Ausschuss für Wertpapieraufseher wird, wie vom Parlament gefordert, die erste Anlaufstelle für Ratingagenturen sein. Die eigentliche Kontrolle bleibt aber Sache der nationalen Aufsichtsbehörden. Dies ist ein erster wichtiger Schritt hin zu einer Europäisierung der Finanzmarkt-aufsicht.

Um Interessenkonflikte zu vermeiden, sind die Ratingagenturen angehalten, einen Verhaltenskodex zu entwickeln, den sie bei der Registrierung präsentieren müssen. Die gleichzeitige Beratung eines Kunden und Bewertung seiner Produkte ist zukünftig nicht mehr erlaubt. Dazu sieht die neue Verordnung vor, dass die Analysten der Ratingagenturen alle vier bis fünf Jahre ihr Aufgabengebiet wechseln müssen. Für Ratings, die außerhalb der EU erstellt wurden, gibt es Vorschriften, um sicherzustellen, dass übernommene Ratings den Standards der EU entsprechen. Darüber hinaus hat das Parlament die Kommission aufgefordert, auch die Möglichkeiten zur Einrichtung einer öffentlichen Ratingagentur zu prüfen.

Die sozialdemokratische Fraktion, die bereits seit 2002 eine Regulierung von Ratingagenturen fordert, konnte sich damit in entscheidenden Punkten zugunsten einer strengeren Regelungskultur durchsetzen.

Alle notwendigen Legislativverfahren sind aber noch nicht vollständig abgeschlossen. Entscheidende und dringend notwendige Gesetzgebungsprozesse stehen noch an. Auch

Veranstaltungen

25.03.2007

Beteiligung der SPD-Abgeordneten im EP am Tag der offenen Tür des Deutschen Bundestages in Berlin

26.–28.10.2007

Infostand der SPD-Abgeordneten im EP auf dem Bundesparteitag in Hamburg

12.12.2007

Frankfurt am Main, Mainova, Podiumsdiskussion „Europa für fairen Lohn“ mit einer Rede von Kurt Beck

dabei werden die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament dafür eintreten, dass die Finanzmärkte klaren Regeln unterliegen und im Dienste von Beschäftigten, Unternehmen und Verbrauchern stehen. Denn nur faire Finanzmärkte können mit zu einer gerechten Gesellschaft beitragen.

Veröffentlichungen

2007

Faltblatt

Ihre SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Vorwärtsanzeige

„Endlich ÖPNV-Verordnung steht“
von Willi Piecyk

Broschüren

- „Europäische Strukturpolitik“
von Constanze Krehl
- Bildung: „Neue Horizonte entdecken“
von Lissy Gröner und Udo Bullmann
- „Forschung in Europa“
von Norbert Glante
- „Die Würde des Menschen ist grenzenlos“ –
Broschüre zu Asylpolitik
von Wolfgang Kreißl-Dörfner

2008

Vorwärtsanzeige

„Bestandsaufnahme der SPE
und Dinge für die es sich
zu kämpfen lohnt“

Positionspapiere

- Faire Finanzmärkte
- Gute Arbeit – Fairer Lohn

Broschüren

- „Europa gestaltet Umwelt“
von Dagmar Roth-Behrendt
und Jutta Haug
- Landwirtschaft: „So fördert die EU
die Entwicklung des ländlichen Raums“
von Heinz Kindermann
- Thema Europa:
Mobil in einer intakten Umwelt

**X. Sozialdemokratische
Gemeinschaft
für Kommunalpolitik
in der Bundesrepublik
Deutschland e.V.
(Bundes-SGK)**

07/08



Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Bundes-SGK)

Sozialdemokratische Kommunalpolitik: „Herz der SPD“

Unter dem Motto „SPD – Die kommunale Kraft in Städten, Gemeinden und Kreisen“ kamen am 7./8. November 2008 rund 700 Delegierte und Gäste zur 13. ordentlichen Delegiertenversammlung der Bundes-SGK in der Messe Erfurt zusammen. Im Mittelpunkt der Reden auf der Delegiertenversammlung stand vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise die Frage, welche Maßnahmen neben dem Schutzschirm für die Banken zur Sicherung der Arbeitsplätze ergriffen werden sollten. Zu den Hauptrednern zählten der stellv. Vorsitzende der SPD, Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier, die Bundesminister Olaf Scholz und Wolfgang Tiefensee, der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, der Vorsitzende der SPD-Thüringen, Christoph Matschie, sowie der Vorsitzende der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz.

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier erläuterte die wichtigsten Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen und griff die Forderung nach gezielter Hilfe für Kommunen auf: „Die Kommunen haben eine Schlüsselrolle für Investitionen und Arbeitsplätze, gerade in wirtschaftlich schwieriger Zeit. Ich appelliere an Euch: Zieht Investitionen durch, zieht sie auch vor, soweit das möglich ist. Und

damit wir jede Chance ergreifen und jeden Spielraum ausreizen, werde ich die drei kommunalen Spitzenverbände einladen, um über die Umsetzung des Schutzschirms für Arbeitsplätze zu sprechen.“ Dies war der Startschuss für das kommunale Investitionspaket, das auf Initiative der SPD Anfang 2009 auf den Weg gebracht worden ist. Weiterhin betonte Frank-Walter Steinmeier die grundlegende Bedeutung des politischen En-

gagements in den kommunalen Vertretungskörperschaften: „Und darum sage ich aus tiefer Überzeugung: Sozialdemokratische Kommunalpolitik, Eure Arbeit, das ist das Herz und oft auch der Verstand unserer Partei!“

Gerhard Langemeyer, der in seinem Amt als Vorsitzender der Bundes-SGK bestätigt wurde, unterstrich, wie wichtig es für die Kommunen sei, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bund und in den Län-



Der Vorstand der Bundes-SGK im November 2008 in Erfurt.

dern regierten. Der enge Dialog von SPD, SPD-Bundestagsfraktion, sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern in der Bundesregierung und Bundes-SGK mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Interessenvertretungen kommunaler Unternehmen habe viele zentrale Anliegen der Kommunen zum Erfolg geführt. Er verwies insbesondere auf den Erhalt und die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer für die Kommunen. Neben aktuellen kommunalpolitischen Fragen wurden von der Delegiertenversammlung Positionspapiere zu den Themen Klimaschutz und Energieeffizienz, sozialer Zusammenhalt, Daseinsvorsorge sowie Europa und Kommunen erörtert. Zudem legte die Bundes-SGK die Erforder Positionen mit Forderungen an die Bundespolitik vor.

Die Delegiertenversammlung der Bundes-SGK war zugleich auch Feier des 30-jährigen Bestehens der Bundes-SGK, die 1978 in Kassel gegründet worden war. Zu diesem Anlass hat die Bundes-SGK ein Buch mit dem Titel „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik“ herausgegeben, das den vielen engagierten sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politikern als Orientierung und Anhaltspunkt für ihre tägliche Arbeit dienen soll. Denn diese müssen sich in ihrer kommunalpolitischen Arbeit tagtäglich den Herausforderungen einer sich rasant wandelnden Gesellschaft stellen und die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in konkretes Handeln umsetzen. Das Buch „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik“ zeigt die programmatische Entwicklung sozialdemokratischer Kommunalpolitik vom kommunalpolitischen Grund-

satzprogramm der SPD im Jahre 1975 bis zum Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007 auf. Zudem enthält es eine Sammlung von Aufsätzen, die die historische Entwicklung der Rolle von Kommunalpolitik in der SPD beleuchten und einen Blick in die Zukunft werfen.

SPD-Grundsatzprogramm

Nachdem die Bundes-SGK bereits im Jahr 2006 mit dem Beschluss „Kommunalpolitische Aspekte für die Debatte zum Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der SPD“ einen Beitrag für die Programm-Arbeit geleistet hatte, beteiligte sie sich im Jahr 2007 intensiv an der weiteren Diskussion. Im Mai 2007 wurden konkrete Forderungen zum Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD verabschiedet.

In dem auf dem Hamburger Parteitag im Oktober 2007 beschlossenen neuen Grundsatzprogramm der SPD finden sich viele dieser Forderungen wieder. Die SPD bekennt sich im Kapitel „Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat“ zu einem föderalen sozialen Bundesstaat, in dem Subsidiarität gilt: „Nur was die kleinere Einheit nicht leisten kann, übernimmt die größere.“ Unter der Zwischenüberschrift „Starke Kommunen“ wird auf die besondere Bedeutung der Kommunen in unserer Gesellschaft hingewiesen: „Darum stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, verbessern ihre Qualität und vergrößern ihre Organisationsfreiheiten. Wir erweitern den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen, und wir übertragen ihnen keine Aufgaben ohne die dafür erforderlichen Mittel.“ In dem sich anschließenden Abschnitt „Soziale Stadtpolitik“ wird das sozialdemokratische Leitbild einer solidarischen Stadt als Grundanliegen einer querschnittsorientierten Stadtentwicklungspolitik beschrieben.

Darüber hinaus werden in dem Hamburger Programm zu weiteren zentralen kommunalen Anliegen Zielbestimmungen vorgenommen, wie z. B. zur leistungsfähigen Daseinsvorsorge, zur Entwicklung des ländlichen Raums, zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen und zur vorsorgenden Sozialpolitik in den Kommunen. Die vielfältigen Positionsbestimmungen des Grundsatzprogramms bieten für die sozialdemokratische Kommunalpolitik eine wichtige Orientierung.

Gewerbesteuer gesichert

Für die Kommunen ist die im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 im Jahr 2007 beschlossene Weiterentwicklung der Gewerbesteuer ein großer Erfolg. Das langjährige Engagement der Bundes-SGK

und der Kommunalen Spitzenverbände für eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer hatte zum Erfolg geführt.

Die noch bis 2005 von der CDU/CSU betriebene Abschaffung der Gewerbesteuer war damit vom Tisch. Der Realsteuercharakter der Gewerbesteuer wurde gewahrt und die Gewerbesteuer stabilisiert. Die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer wurde durch die Erweiterung der Hinzurechnungen auf sämtliche Finanzierungskosten verbreitert und die Gestaltungsmöglichkeiten zur Reduzierung der Steuerlast sachgerecht eingedämmt. Diese Maßnahmen waren ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen.

Sicherung des kommunalen Querverbundes

Durch ein Urteil des Bundesfinanzhofes bestand dringender Handlungsbedarf, eine dauerhafte rechtliche Lösung zur Sicherung des steuerlichen Querverbundes zu finden. Bundes-SGK und Kommunale Spitzenverbände haben mit dem sozialdemokratisch geführten Bundesfinanzministerium und der SPD-Bundestagsfraktion verschiedene Varianten der Absicherung des steuerlichen Querverbundes ausgelotet. Mit den Ende 2008 im Jahressteuergesetz 2009 beschlossenen Gesetzesänderungen konnte der steuerliche Querverbund für die traditionellen Kernbereiche der Daseinsvorsorge, also den Verkehrsunternehmen und den Bäderbetrieben, sofern eine technisch-wirtschaftliche Verflechtung vorliegt, gesichert werden. Auch künftig ist es in diesen Bereichen zulässig, dass Ergebnisse aus defizitären kommunalen Unternehmen (mindestens 50 % Beteiligung der Kommunen) mit den Ergebnissen aus gewinnträchtigen Bereichen verrechnet werden können. Dieses ist ein wichtiger, durch die SPD erreichter Erfolg im Interesse der Handlungsfähigkeit der Kommunen und der kommunalen Unternehmen.

Weiterentwicklung Jobcenter

In der Folge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 2007, wonach die derzeitige Aufgabenwahrnehmung von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit in gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften verfassungswidrig ist, hat die Bundes-SGK eine Arbeitsgruppe zu dieser Thematik eingerichtet. Praktikerinnen und Praktiker aus Städten und Kreisen sowie Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der SPD-Bundestagsfraktion und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erörterten die verschiedenen Va-





Olaf Scholz auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im November 2008 in Erfurt.

Varianten der Weiterentwicklung der Jobcenter und des Optionsmodells intensiv im Jahr 2008. Zudem diskutierte der Vorstand der Bundes-SGK die unterschiedlichen Vorschläge des Bundes und der Länder u. a. mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz.

Die eingehende Prüfung verschiedener Varianten zur Weiterentwicklung der Organisationsformen nach dem SGB II durch die vom Vorstand der Bundes-SGK eingesetzte Arbeitsgruppe mündete Anfang Juni 2008 in einem Beschluss des Vorstandes. Darin sprach sich der Vorstand der Bundes-SGK für eine kooperative Wahrnehmung der Aufgaben zur Wiedereingliederung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch die Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit aus. Er unterstützte zudem auch das Vorhaben des Bun-

desministeriums für Arbeit und Soziales, die Wahrnehmung der Option nach dem SGB II zu verlängern. Eine detaillierte Positionierung der Bundes-SGK zu den Eckpunkten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Neuorganisation der Durchführung des SGB II vom 23. September 2008 erfolgte auf der Delegiertenversammlung am 7./8. November 2008 in Erfurt.

Der kooperative Ansatz fand auch bei den Ländern zunehmend Unterstützung. Der dann Anfang 2009 gefundene Kompromiss zwischen Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und den Ländern, der eine verfassungsrechtliche Absicherung des Modells der Arbeitsgemeinschaft und des Optionsmodells vorsah, wurde allerdings von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgelehnt.

Familien im Mittelpunkt/ Ausbau der Kinderbetreuung

Die Familienpolitik und damit auch die Kinderbetreuung waren ein weiteres wichtiges Themenfeld für die Bundes-SGK. Bärbel Dieckmann, stellvertretende Vorsitzende der SPD, und Nicolette Kressl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, erörterten mit dem Vorstand der Bundes-SGK die im Februar 2007 vorgestellten Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und des SPD-Parteivorstands zur Weiterentwicklung der familienpolitischen Leistungen.

Vor dem Hintergrund dieser Beratungen setzte sich die Bundes-SGK für ein föderales Bündnis zum Ausbau der Kinderbetreuung ein, das für alle Beteiligten bindend und verpflichtend sein sollte. Den Kommunen sollte beim Ausbau der Betreuungsangebote ein größtmöglicher Handlungsspielraum zugestanden werden. Zudem wurde die Einhaltung des Konnexitätsprinzips eingefordert, d.h. Bund und Länder wurden aufgefordert, sich in erheblichem Umfang an dem Ausbau

der Kinderbetreuung für unter dreijährige Kinder zu beteiligen.

Zwischen Bund und Ländern wurde im Sommer 2007 ein Finanzierungskonzept zum Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige vereinbart. Darin festgelegt wurde die Bereitschaft des Bundes, sich mit 4 Mrd. Euro an den Kosten für den Ausbau der Kinderbetreuung zu beteiligen. Mit dem Beschluss des Kinderförderungsgesetzes 2008 trägt der Bund neben der Beteiligung an den Investitionskosten der Kommunen für den Ausbau der Kinderbetreuung in Höhe von 2,15 Mrd. Euro auch eine Mitfinanzierung der künftigen Betriebskosten. In der Aufbauphase bis 2013 beteiligt sich der Bund mit 1,85 Mrd. Euro. Ab 2014 und dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs beträgt die Beteiligung des Bundes an den laufenden Betriebskosten jährlich 770 Mio. Euro. Zudem wurde mit dem Kinderförderungsgesetz der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für ein- bis dreijährige Kinder ab August 2013 und der Ausbau der qualifizierten Tagespflege festgeschrieben. Den Forderungen der Bundes-SGK wurde mit dem Gesetz weitgehend gefolgt.

Die Frage, wie Kinderarmut verhindert werden kann, war ein weiterer Arbeitsschwerpunkt. Diese Thematik und weitere aktuelle sozialpolitische Themen wurden u.a. mit dem Bundesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt und Präsidenten des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Wilhelm Schmidt, erörtert. Zudem wirkten Vertreterinnen und Vertreter der Bundes-SGK an dem „Aktionsplan für gleiche Lebenschancen – 10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut“ mit. Dieser Aktionsplan enthält viele kommunalpolitisch relevante Vorhaben und Maßnahmen, wie z.B. die Forderung nach einem Aufbau eines flächendeckenden Netzwerkes für gesundes Aufwachsen und die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren.



Franz Müntefering bei der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie im Oktober 2008.



Frank-Walter Steinmeier und der Vorsitzende der Bundes-SGK, Gerhard Langemeyer, auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im November 2008 in Erfurt.



Kurt Beck, der Geschäftsführer der Bundes-SGK, Detlef Raphael, und der Chefredakteur der DEMO, Stefan Grönebaum, (v.r.n.l.) am Stand der Bundes-SGK auf dem Bundesparteitag der SPD im Oktober 2007 in Hamburg.

Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge

Die Sicherung kommunaler Daseinsvorsorge durchzog die Arbeit der Bundes-SGK wie ein roter Faden. Die Bundes-SGK hat die Bedeutung der kommunalen Daseinsvorsorge für die Gewährleistung sozialer Teilhabe und die Schaffung von Arbeitsplätzen in mehreren Positionspapieren immer wieder unterstrichen und fordert mehr Rechtssicherheit im Bereich des Beihilfe- und Vergaberechts auf europäischer Ebene für die kommunalen Aufgabenbereiche der Daseinsvorsorge. Dabei muss die Entscheidung darüber, welche Leistungen der Daseinsvorsorge und wie diese Dienstleistungen erbracht werden, auch weiterhin den EU-Mitgliedstaaten und ihren Gebietskörperschaften überlassen bleiben. Dies wurde auch im Manifest der SPD für die Europawahl 2009 festgehalten, das im Dezember 2008 in Berlin verabschiedet wurde.

Am 23./24. März 2007 veranstaltete die Bundes-SGK in Mannheim eine zweitägige Fachkonferenz zur „Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge“. An dieser Fachkonferenz nahmen hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus der Europa-, Bundes- und Landespolitik sowie aus den kommunalen Spitzenverbänden teil, wie beispielsweise der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, der Münchener Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages, Christian Ude, sowie der Mannheimer Oberbürgermeister und Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen, Gerhard Widder, und SPD-Generalsekretär Hubertus Heil. Mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten die verschiedenen Aspekte der Zukunft der Daseinsvorsorge, von Fragen der sozialen Dienstleistungen bis hin zur Zukunft der Wasserwirtschaft und des ÖPNV.



Wolfgang Tiefensee auf der Fachkonferenz „Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge“ der Bundes-SGK im März 2007 in Mannheim.

Arbeitskreise „Große Städte“ und „Ländlicher Raum“

Eine besondere Bedeutung in der Bundes-SGK kommt den Arbeitskreisen „Große Städte“ und „Ländlicher Raum“ zu. Beide Arbeitskreise befassen sich mit den Spezifika der jeweiligen Regionstypen. Während im Arbeitskreis „Ländlicher Raum“ ehren- und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus ländlichen Regionen zusammenkommen, erörtern die Vorsitzenden und Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der SPD-Fraktionen der großen Städte zweimal jährlich aktuelle politische Themen im Arbeitskreis „Große Städte“.

Besonders hervorzuheben ist die Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung kommunaler Gebietsstrukturen“, in der Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus allen Gebietstypen unter dem Vorsitz von Axel Endlein, Ehrenlandrat des Landkreises Northeim und ehemaliger Präsident des Deutschen Landkreistages, mitgearbeitet haben. Die Arbeitsgruppe hat im Herbst 2007 das Diskussionspapier „Zeitgemäße Weiterentwicklung kommunaler Gebietsstrukturen“ vorgelegt. Mit diesem Diskussionspapier wollte die Bundes-SGK eine Debatte um die zeitgemäße Weiterentwicklung der Gebietsstrukturen anregen und die Reformprozesse in einigen Bundesländern um zusätzliche Aspekte bereichern. Das Diskussionspapier wurde mehrfach auf Veranstaltungen sowohl im großstädtischen als auch im ländlichen Raum vorgestellt und ist auf viel Zuspruch gestoßen.

Energie-, Klimaschutz- und Umweltpolitik

Die energiepolitische Debatte der Jahre 2007 und 2008 war durch mehrere Themenkreise geprägt. Mit der Einführung der Netzentgeltregulierung und der in diesem Zusammenhang vorbereiteten Anreizregulierung wurde die Möglichkeit, mit dem Netzbetrieb Erträge zu erwirtschaften, deutlich begrenzt. Die Bundes-SGK hat sich in diesem Zusammenhang in enger Zusammenarbeit mit dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und den kommunalen Spitzenverbänden immer wieder dafür eingesetzt, dass die geplante Regulierung im Ergebnis nicht zu einer Überregulierung führt, die insbesondere kleinere und mittlere Stadt- und Gemeindewerke aus dem Wettbewerb zu verdrängen droht. Der Netzbetrieb muss auf einem qualitativ hochwertigen Niveau mit den dazugehörigen Investitionen wirtschaftlich rentabel gemacht werden können. Sonst wäre weder dem Ziel der Förderung des Wettbewerbs mit einer vielfältigeren Unternehmensstruktur, noch

dem Ziel einer sicheren Energieversorgung gedient.

Zum anderen musste seitens der kommunalen Verbände gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion erheblicher Druck auf das CDU-geführte Bundeswirtschaftsministerium ausgeübt werden, damit die Förderung der Kraft-Wärme-Koppelung in einem neuen Gesetz fortgeschrieben wurde. Hiervon sind insbesondere kommunale Stadtwerke mit einem hohen Anteil an KWK betroffen. Erst mit den Klimaschutzbeschlüssen der Bundesregierung von Meseberg im Sommer 2007 konnte hier ein Durchbruch erreicht werden. Seitdem hat die Bundesregierung mit ihrem Energie- und Klimaschutzpaket deutliche Schritte zu einem Umbau der Energieerzeugungsstrukturen in Deutschland getan, die vor dem Hintergrund des Klimawandels und nicht zuletzt der Entwicklung der Rohstoff- und Energiemärkte und dem Ziel der Steigerung der Importunabhängigkeit unbedingt erforderlich sind. Hierfür gaben maßgeblich die beiden sozialdemokratischen Bundesminister Sigmar Gabriel und Wolfgang Tiefensee die erforderlichen Anstöße. Ein entsprechender Antrag des Vorstandes der Bundes-SGK zur kommunalen Klimaschutz- und Energiepolitik wurde auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im November 2008 verabschiedet.

Perspektiven der Stadtentwicklung in Städten, Gemeinden und Kreisen

Nach der ausführlichen Diskussion der verschiedenen Aspekte und Anforderungen des demografischen Wandels für die Kommunalpolitik auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK 2006 hat sich die Bundes-SGK weiter mit den Perspektiven der Stadtentwicklung in Städten, Gemeinden und Kreisen befasst. Die Bundes-SGK begrüßte die Initiative des SPD-geführten Ministeriums zur „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ und unterstrich in diesem Zusammenhang die Bedeutung der von der Bundesregierung mitfinanzierten Programme der Städtebauförderung und deren inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung. Allerdings muss auch künftig die originäre Zuständigkeit für Stadtentwicklung bei den Kommunen mit ihrer Planungshoheit liegen. Die Arbeit der Bundes-SGK mündete in zwei Beschlüssen der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im Herbst 2008 zu den Themen „Soziale Stadt stärken!“ und „Ländliche Räume stärken – Daseinsvorsorge in strukturschwachen und bevölkerungsarmen Regionen sichern!“.

Auf dem Zukunftskonvent der SPD im Sommer 2007 in Hannover organisierte die

Bundes-SGK die Podiumsdiskussion „Sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik - Aspekte in der Grundsatzprogrammdebatte“ mit einem einleitenden Vortrag von Wolfgang Tiefensee und den Diskutanten Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin von Bonn, Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin, Oberbürgermeister Stephan Weil aus Hannover, Bürgermeisterin Rosemarie Wilcken aus Wismar sowie Landrat Franz Einhaus aus dem Landkreis Peine.

Darüber hinaus arbeitete die Bundes-SGK eng mit dem SPD-Parteivorstand bei der Konstituierung und Durchführung der Sitzungen der im Februar 2008 vom SPD-Parteivorstand eingesetzten Arbeitsgruppe „Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen“ unter Leitung von Klaus Wowereit zusammen.

Verkehr

Die Bundes-SGK setzte sich im Berichtszeitraum für eine sachgerechte Ausstattung der Aufgabenträger mit Finanzmitteln für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sowie den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein. Im November 2007 konnte der Kompromiss zwischen Bundesregierung und Bundesrat hinsichtlich der Höhe und der zukünftigen Entwicklung der Regionalisierungsmittel bis 2014 endgültig festgeschrieben werden. Damit besteht für die Länder und Kommunen absehbare Planungssicherheit. Vor diesem Hintergrund und der durch die Föderalismusreform I vorgenommenen Regionalisierung der Bundesmittel im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) müssen nun die Länder ihrer gewachsenen Verantwortung nachkommen und die Finanzierungsbasis für einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr in den Verkehrsverbänden und Kommunen sicherstellen.

Durch den intensiven Einsatz von Bundesminister Wolfgang Tiefensee konnte am 9. Juni 2006 beim EU-Verkehrsmisterrat eine politische Einigung für die EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße erzielt werden, die den Fortbestand der Verkehrsverbände in Deutschland sichert. Mit der neuen ÖPNV-Verordnung der EU geht auch die Notwendigkeit der Anpassung des nationalen Rechts, insbesondere des Personenbeförderungsgesetzes einher. Die Bundes-SGK setzt sich, ebenso wie die Kommunalen Spitzenverbände, dafür ein, die Möglichkeiten zur Stärkung der Aufgabenträger (Kreise und kreisfreie Städte) zu nutzen und die Instrumente zur Steuerung des Nahverkehrs, einschließlich des Rechts zur Erteilung von Liniengenehmigungen, bei ihnen zu bündeln.

Kommunen und Europa

Ob durch EU-Fördermittel, Bestimmungen zum Verbraucherschutz, ökologische und soziale Standards oder die Regeln des Europäischen Binnenmarktes – die EU nimmt auf vielfältige Weise Einfluss auf kommunales Handeln in Deutschland. Mit Blick auf die Europawahl 2009 hat sich die Bundes-SGK daher mit dem Thema „Kommunen und Europa“ auf ihrer Delegiertenversammlung im November 2008 in Erfurt eingehend befasst und ihre Erwartungen und Forderungen formuliert. Dazu zählen insbesondere:

- mehr Rechtssicherheit für die kommunale Daseinsvorsorge;
- die Ratifizierung und die Umsetzung des Vertrages von Lissabon, der erstmals die Achtung der kommunalen Selbstverwaltung in der EU festschreibt und eine bessere Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips ermöglicht;
- eine stärkere Berücksichtigung der administrativen und finanziellen Auswirkungen europäischer Rechtsetzung auf die Kommunen;
- eine verstärkte Förderung strukturschwacher Stadtteile und ländlicher Gebiete durch die EU-Strukturfonds;
- der Erhalt und die Stärkung der öffentlichen Sparkassen in Deutschland.

Martin Schulz, SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, sagte in seiner Rede auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK seine Unterstützung für die Anliegen der kommunalen Familie zu.



Martin Schulz auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im November 2008 in Erfurt.

Die Vorbereitung der Europawahl stand auch im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK und der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK), die ein eigenes Manifest zur Europawahl 2009 erarbeitete und sich mit einem Beitrag aktiv an der Erarbeitung des Wahlprogramms der SPE beteiligte. Unter dem Vorsitz von Herbert Schmalstieg, der 2007 zum Präsidenten der Euro-SGK wiedergewählt wurde, konnte die Euro-SGK ihre Zusammenarbeit mit der SPE weiter intensivieren. Auf der neuen Internetseite unter www.uskre.eu finden sich alle Resolutionen und Papiere der Euro-SGK sowie Informationen zu ihren Aktivitäten. Weitere inhaltliche Schwerpunkte der Kommission „Europa und Internationales“ lagen auf den Themen „Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007“, „Grenzübergreifende kommunale Kooperationen und Partnerschaften“, und „Öffentliche Daseinsvorsorge“.

Mit Unterstützung der Bundes-SGK fanden in 2007 und 2008 in Wolgast, Paris und Aachen Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung statt, die einen Erfahrungsaustausch mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus Polen, Frankreich und weiteren Nachbarländern ermöglichten.

Unter den vielen sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die sich für die europäische Idee einsetzen, engagieren sich zwei Vorstandsmitglieder der SPD und der Bundes-SGK an besonderer Stelle für die Interessen der Kommunen in Europa. Die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann wurde am 21. November 2007 in Dresden zur Präsidentin der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) gewählt. Als erster kommunaler Vertreter ist Ulrich Maly, Oberbürgermeister von Nürnberg, seit Februar 2008 Vorsitzender der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen der EU. Damit wird diese Funktion erstmals von einem Kommunalpolitiker und nicht von einem Ländervertreter wahrgenommen.

Qualifizierung und Information für die Praxis

Bildung und Qualifizierung nehmen für die Parteien und ihre Akteure auf den verschiedenen Politikebenen immer mehr an Bedeutung zu. Ehren- und hauptamtliche Lokal- und Regionalpolitik ist im Gegensatz zu den 60er- und 70er Jahren nicht mehr von der Frage geprägt, wofür die Verteilungsspielräume genutzt werden sollen, sondern vielmehr von der Frage, wie angesichts begrenzter öffentlicher Ressourcen die öffentlichen Leistungen effektiver erbracht werden können, um den

hohen Lebensstandard in den Kommunen zu sichern. Dies ist nur möglich, wenn genügend engagierte und qualifizierte Persönlichkeiten bereit stehen, die aktiv und kompetent zur Lösung der Probleme und Bewältigung der Aufgaben beitragen. Daher ist die Qualifizierung ehrenamtlicher Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und die Förderung kommunalpolitischer Nachwuchses eine vorrangige Aufgabe der SGK. Bundes-SGK und Landes-SGKs stellen sich dieser Aufgabe durch vielfältige Angebote, die zum Teil in Kooperation mit anderen Bildungsträgern durchgeführt werden.

Die von SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK im Jahr 2000 gegründete Sozialdemokratische Kommunal-Akademie wurde auch in den Jahren 2007 und 2008 erfolgreich fortgeführt. Sie bietet jungen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern eine Fortbildung und Qualifizierung auf höchstem Niveau. Die Sozialdemokratische

Kommunal-Akademie ist Teil eines Gesamtkonzepts, das Qualifizierung auf allen Ebenen in der SPD in den Vordergrund stellt. Maßnahmen zur Qualifizierung in der Breite sollen eine Ergänzung erfahren, die gezielt den kommunalpolitischen Nachwuchs fördert und an Führungsaufgaben heranführt. Bisher haben insgesamt rund 800 junge Talente ein überaus anspruchsvolles Qualifizierungsprogramm durchlaufen. Das innovative Schulungskonzept basiert darauf, die Vermittlung von Methodenwissen mit je einem inhaltlichen Thema zu verknüpfen. So bestimmt eine praxisnahe, einübende Lernform die Grundstruktur der Kurse.

In Ergänzung zu dem vielfältigen Fortbildungs- und Qualifizierungsangebot der Landes-SGKs hat die Bundes-SGK ihre im Jahr 2003 gestartete Seminarreihe in den Jahren 2007 und 2008 fortgesetzt. In diesen Seminaren werden haupt- und ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpoliti-

ker zu wichtigen kommunalpolitischen Themen und zu Prozess- und Managementwissen weiterqualifiziert. Insbesondere die seit 2005 mehrfach angebotenen Seminare „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ wurden mit Blick auf die acht Kommunalwahlen und die zahlreichen Direktwahlen in 2009 intensiv nachgefragt.

Über aktuelle kommunalrelevante Themen, über praxisnahe Beispiele für moderne sozialdemokratische Kommunalpolitik sowie über ihre Aktivitäten und Projekte informiert die Bundes-SGK mit unterschiedlichen Medien: in der monatlichen Fachzeitschrift Demokratische Gemeinde (DEMO), dem Fachorgan der Bundes-SGK, sowie zeitnah in den SGK-Informationsbriefen für Mitglieder und auf Ihrer Internetseite unter www.bundes-sgk.de, die im Januar 2009 ein neues Gesicht erhielt und weiter verbessert wurde. Zum Informationsangebot der Bundes-SGK zählen auch die zeitnahen Berichte

Termine 2007

Februar 2007

Start des Kurses Nord 2007 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
Start des Kurses West 2007 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie

09.02.2007

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes und des Vorstandes der Bundes-SGK in Berlin

22.02.2007

Sitzung der Kommission „Finanzen und Wirtschaft“ der Bundes-SGK in Berlin

01./02.03.2007

Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Stuttgart

09.03.2007

Sitzung des Arbeitskreises „Ländlicher Raum“ der Bundes-SGK in Berlin

22./23.03.2007

Fachkonferenz „Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge“ der Bundes-SGK in Mannheim

20.04.2007

Sitzung der Kommission „Soziales, Familie, Senioren, Gesundheit“ der Bundes-SGK in Berlin

Sitzung der Kommission „Finanzen und Wirtschaft“ der Bundes-SGK in Berlin

20./21.04.2007

Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ in Berlin

22.04.2007

Kommunal- und Direktwahlen in Sachsen-Anhalt aufgrund der Kreisgebietsreform (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)

04.05.2007

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes und des Vorstandes der Bundes-SGK in Berlin

11.05.2007

Konstituierende Sitzung der Kommission „Perspektiven der Stadtentwicklung“ in Berlin

13.05.2007

Kommunalwahlen zur Bremer Stadtbürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)

22.05.2007

„Kommunaler Abend“ der DEMO, der SPD-Stadtratsfraktion München und der Bundes-SGK im Rahmen der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München

11.06.2007

Sitzung der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK in Berlin

15./16.06.2007

Seminar der Bundes-SGK „Strategische Öffentlichkeitsarbeit in der Kommunalpolitik“ in Springe

21.06.2007

Sitzung der Kommission „Lokale Demokratie/Ehrenamtliche Kommunalpolitik“ der Bundes-SGK in Berlin

07.07.2007

Konferenz „Solidarität zwischen den Generationen – Alterung als Herausforderung für die Zukunft der Kommunen“ und Sitzung des Vorstandes der Union der Sozial-

demokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) in Wien

07.09.2007

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes und des Vorstandes der Bundes-SGK in Berlin

14./15.09.2007

Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ in Springe

September 2007

Start des Kurses Süd 2007 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie

Oktober 2007

Start des Kurses Ost 2007 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie

09.10.2007

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) in Brüssel

09.11.2007

Sitzung der Kommission „Soziales, Familie, Senioren, Gesundheit“ der Bundes-SGK in Berlin

16.11.2007

Sitzung des Arbeitskreises „Ländlicher Raum“ der Bundes-SGK in Berlin

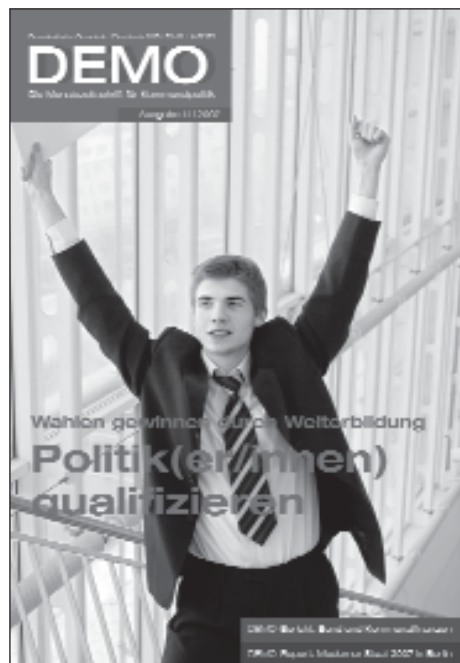
22./23.11.2007

Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in München

30.11.2007

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes und des Vorstandes der Bundes-SGK in Berlin

über die Ergebnisse von Kommunalwahlen sowie von Direktwahlen zum Amt des Oberbürgermeisters und des Landrats.



Die Bundes-SGK ist auf SPD-Bundesparteitagen und anderen Veranstaltungen der SPD sowie auf Delegiertenversammlungen und Veranstaltungen der Landes-SGKs regelmäßig mit Informationsmaterial präsent. Darüber hinaus hat die Bundes-SGK zahlreiche Beratungs- und Informationsgespräche in

SPD-Fraktionen und Parteigliederungen durchgeführt und Besuchergruppen aus dem In- und Ausland im Willy-Brandt-Haus zu kommunalpolitischen Themen und der Arbeit der Bundes-SGK informiert. Regelmäßig wirkt die Bundes-SGK an SPD-internen Veranstaltungen mit.

Termine 2008

- 25./26.01.2008
Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ in Bruchsal
- 14.02.2008
Sitzung der Kommission „Lokale Demokratie/Ehrenamtliche Kommunalpolitik“ der Bundes-SGK in Berlin
- 15.02.2008
Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes und des Vorstandes der Bundes-SGK in Berlin
- 22./23.02.2008
Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ in Springe
- 24.02.2008
Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen in Hamburg (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
- März 2008
Start des Kurses West 2008 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
- 02.03.2008
Kommunalwahlen in Bayern sowie Direktwahlen von Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern, Landrätinnen und Bürgermeistern (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
- 10.03.2008
Sitzung der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK in Berlin
- April 2008
Start des Kurses Nord 2008 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
- 04.04.2008
Sitzung der Kommission „Perspektiven der Stadtentwicklung“ in Berlin
- 17./18.04.2008
Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Potsdam
- 18.04.2008
Sitzung des Vorstandes der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) in Brüssel
- 16.05.2008
Sitzung der Kommission „Soziales, Familie, Senioren, Gesundheit“ der Bundes-SGK in Berlin

- 25.05.2008
Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
- 06.06.2008
Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes und des Vorstandes der Bundes-SGK in Berlin
- 08.06.2008
Kommunal- und Direktwahlen in Sachsen aufgrund der Kreisgebietsreform (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
- 26.06.2008
Sitzung der Kommission „Finanzen und Wirtschaft“ der Bundes-SGK in Berlin
- September 2008
Start des Kurses Ost 2008 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
- 05.09.2008
Sitzung der Kommission „Soziales, Familie, Senioren, Gesundheit“ der Bundes-SGK in Berlin
- 05.-06.09.2008
Seminar „Auf Augenhöhe – Kommunale Integrationspolitik voran bringen“ in Springe
- 12.09.2008
Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes und des Vorstandes der Bundes-SGK in Berlin
- 28.09.2008
Kommunalwahlen in Brandenburg (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
- 07.11.2008
Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes und des Vorstandes der Bundes-SGK in Erfurt
- 07./08.11.2008
13. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK „SPD – Die kommunale Kraft in Städten Gemeinden und Kreisen. 30 Jahre Bundes-SGK“ in Erfurt
- 08.11.2008
Konstituierende Sitzung des neu gewählten Vorstandes der Bundes-SGK
- 20./21.11.2008
Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Mainz

Personalien

- EHRENVORSITZENDE
Günter Samtlebe
Dr. h.c. Herbert Schmalstieg
- EHRENMITGLIEDER:
Dr. h.c. Hans Koschnick
Dr. h.c. Klaus Wedemeier
- VORSITZENDER:
Dr. Gerhard Langemeyer
- STELLV. VORSITZENDE:
Gabriele Groneberg, MdB
Jürgen Kanehl
Sabine Röhl
Anette Sawade
Dagmar Szabados
- SCHATZMEISTERIN:
Erika Schäfer
- SCHRIFTFÜHRER:
Kurt Kindel
- GESCHÄFTSFÜHRER:
Detlef Raphael

- GESCHÄFTSSTELLE DER BUNDES-SGK:
Stresemannstraße 30
10963 Berlin
Telefon: 030/259 93 960,
Telefax: 030/259 93 970
E-Mail: info@bundes-sgk.de
Internet: www.bundes-sgk.de

XI. Verstorbene Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

07/08

Verstorbene Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

DETLEV ALBERS

13. 11. 1943 – 31. 5. 2008

Vorsitzender der Bremer SPD von 1995 bis 2004; Mitglied des Parteivorstandes von 1999 bis 2007; Mitglied der SPD-Grundwertekommission seit 1988; Mitglied der Programmkommissionen für das Berliner und das Hamburger Grundsatzprogramm; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen seit 1979.

WILLI BIRKELBACH

12. 1. 1913 – 17. 7. 2008

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1949 bis 1964; Mitglied des Europäischen Parlaments von 1952 bis 1964, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion von 1958 bis 1964; Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd von 1954 bis 1963; Mitglied des Parteivorstandes von 1954 bis 1958; im Seniorenrat beim Parteivorstand seit 1986; Staatssekretär und Chef der hessischen Staatskanzlei von 1964 bis 1969; Datenschutzbeauftragter Hessens von 1971 bis 1975 (erster in der Bundesrepublik); während der NS-Diktatur wegen Mitarbeit in einer Widerstandsgruppe von 1938 bis 1941 inhaftiert.

HANS-JÜRGEN BORN

15. 8. 1933 – 24. 11. 2007

Schatzmeister der SPD Rheinland-Pfalz von 1993 bis 2002; Vorstandsmitglied des SPD-Unterbezirks Mainz-Bingen.

GERHARD BÖRNER

18. 9. 1915 – 25. 3. 2007

Leiter der Kasse beim SPD-Parteivorstand in Bonn bis 1980; als Sozialdemokrat von den Nazis und von den Kommunisten verfolgt und verhaftet; Wiederbegründer der SPD Chemnitz 1946.

CHRISTA CZEMPIEL

28. 2. 1925 – 10. 7. 2007

Bevollmächtigte und stellvertretende Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund von 1984 bis 1987; Mitglied des Deutschen Bundestages 1979/80 und 1983/84.

KLAUS DAUBERTSHÄUSER

16. 10. 1943 – 9. 6. 2008

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1976 bis 1994, Verkehrsexperte der SPD-Bundestagsfraktion; Mitglied des Vorstands der Deutschen Bahn AG von 1994 bis 2005.

ANTON DIEHL

10. 1. 1928 – 10. 10. 2008

Vorsitzender der SPD Mainz von 1976 bis 1988 und Ehrenvorsitzender; Mitglied des Landtags von 1979 bis 1987.

JÜRGEN GIRGENSOHN

21. 8. 1924 – 24. 7. 2007

Kultusminister in Nordrhein-Westfalen von 1970 bis 1983; Mitglied des Landtags von 1966 bis 1985.

GERHARD GREINER

17. 3. 1946 – 22. 2. 2008

Mitglied des Vorstands der Bundes-SGK seit 1998, im Vorstand der SGK Baden-Württemberg seit 1993; Bürgermeister der Gemeinde Neulußheim (Rhein-Neckar-Kreis) seit 1993.

WERNER HACKMANN

17. 4. 1947 – 28. 1. 2007

Innensenator Hamburgs von 1988 bis 1994; Erster Vizepräsident des Deutschen Fußball-Bundes; Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Fußball-Liga.

OTTO HECKMANN

16. 12. 1923 – 14. 9. 2007

Leitender Geschäftsführer der SPD Hessen-Nord von 1970 bis 1984.

GERD HEIDEMANN

17. 11. 1942 – 2. 7. 2007

Geschäftsführer der SPD-Stadtratsfraktion in Bonn von 1978 bis 2004; stellvertretender Vorsitzender der Bonner SPD von 1972 bis 1997.

FRANZ HEINKE

22. 8. 1987 – 15. 1. 2007

Bundeskoordinator der Juso-Schülergruppen; Mitglied des Juso-Landesvorstands Sachsen.

PETER HILSBERG

8. 4. 1929 – 10. 3. 2007

Mitgründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR und der Berliner SDP; Pfarrer der Golgatha- und St. Philippus-Apostel-Kirchengemeinde in Berlin.

HEINZ HUNGER

21. 4. 1938 – 31. 7. 2008

Vorsitzender der SPD Bielefeld von 1985 bis 1990, deren Geschäftsführer von 1967 bis 1980; im Stadtrat von 1966 bis 1989, ab 1969 als Fraktionsgeschäftsführer; Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags von 1980 bis 2000.

GEORG KAHN-ACKERMANN

4. 1. 1918 – 6. 9. 2008

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1953 bis 1957, 1962 bis 1969 und von 1970 bis 1974; Generalsekretär des Europarates von 1974 bis 1979, Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates von 1963 bis 1974, Vizepräsident von 1972 bis 1974.

MARIANNE KLAPPERT

28. 11. 1943 – 16. 4. 2008

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1990 bis 2002; Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Siegen-Wittgenstein von 1996 bis 2000, davor seit 1985 stellvertretende Vorsitzende; ASF-Vorsitzende des Unterbezirks von 1977 bis 1985, Vorsitzende der ASF Freudenberg von 1973 bis 1988; im Stadtrat von Freudenberg von 1975 bis 1994.

KLAUS KÜBLER

21. 4. 1936 – 7. 12. 2007

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 1987 und von 1989 bis 1994; stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus, Vorsitzender der AG 60 plus des Bezirks Hessen-Süd seit 2001; Vorsitzender des Unterbezirks Bergstraße von 1982 bis 1996.

ERICH KÜCHENHOFF

30. 6. 1922 – 23. 5. 2008

Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen seit 1986 und Ehrenvorstandsmitglied; stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Münster; Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag von 1973 bis 1975; Professor für Öffentliches Recht und Politische Wissenschaften an der Universität Münster von 1970 bis 1987.

LUCIE KURLBAUM-BEYER

17. 6. 1914 – 29. 2. 2008

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1953 bis 1969; im SPD-Parteivorstand von 1962 bis 1973; Vorstandsmitglied der hessischen SPD von 1947 bis 1969; ASF-Vorsitzende in Hessen von 1947 bis 1967, in Bayern von 1969 bis 1977; Vorsitzende des Verwaltungsrats der Stiftung Warentest von 1972 bis 1984.

HANS LAUTENSCHLÄGER

20. 1. 1919 – 19. 9. 2007

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1960 bis 1976; Mitglied des Europäischen Parlaments von 1968 bis 1977; Mitbegründer der „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments“.

OTTO LEHMANN

1. 3. 1921 – 30. 11. 2007

Langjähriger stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Oldenburg; Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen 1973 auf Bundesebene und im Bezirk Weser-Ems, Gründer und Vorsitzender der AfA in Oldenburg.

ARTUR LEVI

28. 8. 1922 – 27. 5. 2007

Oberbürgermeister der Stadt Göttingen von 1973 bis 1981 und 1986 bis 1991; Hochschullehrer für Politikwissenschaft und Sozialkunde in Göttingen von 1961 bis 1985; während der NS-Diktatur im Widerstand und im Londoner Exil, im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) aktiv.

KARL LIEDTKE

10. 3. 1925 – 19. 7. 2008

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1965 bis 1987, stellvertretender Fraktionsvorsitzender von 1976 bis 1983; Vorsitzender des SPD-Parteirates von 1970 bis 1986; Stadtrat in Bochum von 1956 bis 1970, elf Jahre lang Fraktionsvorsitzender.

MAX LINDAU

11. 10. 1913 – 22. 2. 2007

Mitarbeiter des Parteivorstandes in Hannover und Bonn von 1947 bis 1978; Mitbegründer der SPD Dessau nach dem Krieg, als Gegner der Zwangsvereinigung von SPD und KPD Flucht in den Westen.

GEPHA MAIBAUM

21. 12. 1935 – 7. 3. 2007

Mitglied des Europäischen Parlaments von 1989 bis 1994; Bürgermeister der Stadt Köln von 1984 bis 1989; Mitglied des Stadtrats von 1975 bis 1989.

SUSANNE MILLER

14. 5. 1915 – 1. 7. 2008

Historikerin der deutschen Sozialdemokratie; Vorsitzende der Historischen Kommission beim Parteivorstand seit ihrer Gründung 1982 bis 1989, danach Mitglied; Mitglied der SPD-Grundwertekommission; entscheidenden Anteil am Godesberger Programm an der Seite ihres Mannes Willi Eichler; Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten seit 1996, stellvertretende Vorsitzende seit 1982; während der NS-Diktatur im Exil in Großbritannien im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) aktiv.

ANKEPETRA MÜNTEFERING

20. 7. 1946 – 31. 7. 2008

Mitarbeiterin der SPD-Bundestagsfraktion seit 1990, zuletzt beim Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer.

PETER VON OERTZEN

2. 9. 1924 – 16. 3. 2008

Kultusminister Niedersachsens von 1970 bis 1974; Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover von 1970 bis 1983; im SPD-Parteivorstand von 1973 bis 1993; Vorsitzender der Kommission Orientierungsrahmen 85; Mitglied der Programmkommission für das Berliner Grundsatzprogramm; Initiator und Leiter der wiedergegründeten Parteischnule von 1987 bis 1996; Koordinator des Wissenschaftsforums der SPD bei der Gründung 1989; Abgeordneter im niedersächsischen Landtag von 1955 bis 1959 und von 1967 bis 1982; Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule, später Universität Hannover von 1963 bis 1970 und 1974 bis 1982.

KURT OESER

22. 9. 1928 – 8. 9. 2007

Pfarrer in Mörfelden-Walldorf seit 1958; erster Beauftragter der EKD für Umweltfragen von 1973 bis 1992; Mitbegründer des Umweltsiegels „Blauer Engel“; Mediator der Landesregierung im Konflikt um den Ausbau des Frankfurter Flughafens; Stadtverordneter in Mörfelden-Walldorf ab 1968 fast 33 Jahre lang, 12 Jahre als Vorsteher; 1981 bis 1989 Mitglied des Kreistages Groß-Gerau.

GERD PFEIFFER

22. 12. 1919 – 1. 2. 2007

Präsident des Bundesgerichtshofs von 1977 bis 1987.

WILLI PIECYK

11. 8. 1948 – 31. 7. 2008

Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein von 1991 bis 1999, davor seit 1985 stellvertretender Landesvorsitzender; Abgeordneter im Europäischen Parlament seit 1992, stellvertretender Vorsitzender der Gruppe der SPD-Abgeordneten von 1995 bis 2003, verkehrspolitischer Sprecher der SPE-Fraktion seit 2004; Bundesvorsitzender der Jungsozialisten von 1980 bis 1982.

HEINZ RAPP

25. 7. 1924 – 7. 3. 2007

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1972 bis 1987; stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission von 1975 bis 1986; Mitglied der Programmkommission der SPD für das Berliner Programm; Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken von 1979 bis 1989.

ANNEMARIE RENGER

7. 10. 1919 – 3. 3. 2008

Präsidentin des Deutschen Bundestages von 1972 bis 1976 als erste Frau in diesem Amt, Vizepräsidentin von 1976 bis 1990, Mitglied des Bundestages von 1953 bis 1990; seit 1945 enge Mitarbeiterin Kurt Schumachers; Mitglied des Parteivorstandes von 1962 bis 1973, des Präsidiums von 1970 bis 1973; Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der SPD von 1966 bis 1973; Präsidentin des Arbeiter-Samariter-Bundes seit 1985.

PETER W. REUSCHENBACH

24. 8. 1935 – 10. 4. 2007

Oberbürgermeister der Stadt Essen von 1984 bis 1989; Vorsitzender der Essener SPD von 1982 bis 1987; Mitglied des Deutschen Bundestages von 1972 bis 1994.

CARL HEINZ SCHMURR

28. 2. 1931 – 8. 3. 2007

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) von 1984 bis 1988, Mitglied des AfA-Bundesvorstandes seit 1977; Mitglied der Bremischen Bürgerschaft von 1997 bis 2001.

JÜRGEN SIEGLER

8. 11. 1916 – 24. 7. 2007

Langjähriger Mitarbeiter beim SPD-Parteivorstand in Bonn, Aufbau und Leitung des Tonstudios seit 1968.

JOHANNES SINGER

4. 6. 1943 – 8. 3. 2008

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1987 bis 1998; Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Leverkusen von 1983 bis 1991, Mitglied des Stadtrats von 1969 bis 2004.

HEINZ TIMMERMANN

26. 10. 1938 – 23. 12. 2008

Wissenschaftler am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln von 1969 bis 2000, zuletzt Leiter der Abteilung Sowjetunion/Russland und GUS; Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand von 1997 bis 2007; Redenschreiber Willy Brandts im Bundeskanzleramt; 1998 im Planungsstab des Auswärtigen Amtes.

KURT UHLENBRUCH

22. 6. 1946 – 19. 12. 2008

Vorsitzender der Kölner SPD von 1987 bis 2001.

RUDOLF WASSERMANN

5. 1. 1925 – 13. 6. 2008

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen von 1974 bis 1980, davor seit 1969 stellvertretender Vorsitzender; Leitung der Zeitschrift „Recht und Politik“; Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig von 1971 bis 1990; Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs von 1977 bis 2000; internationales Renommee als Reformier des Justizwesens und der Juristenausbildung.

PITT (HANSPETER) WEBER

20. 1. 1935 – 20. 9. 2008

Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund von 1990 bis 1998, Koordinator und Sprecher der SPD-regierten Länder im Bundesrat; Staatssekretär beim saarländischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung von 1985 bis 1990; beim SPD-Parteivorstand stellvertretender Bundesgeschäftsführer von 1983 bis 1985, davor Abteilungsleiter für Jugend und Bildung.

HEINZ WENKE

30. 9. 1936 – 2. 5. 2008

Mitglied der Bremischen Bürgerschaft von 1983 bis 1999; im Landesvorstand der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und von 1997 bis 2001 im AfA-Bundesvorstand.

WILLI WOLF

24. 2. 1924 – 30. 9. 2007

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1963 bis 1976; Vorsitzender der SPD Lingen (Ems) von 1958 bis 1963; Mitglied des Bezirksvorstands der SPD Weser-Ems; maßgeblichen Anteil am Aufbau der SPD Lingen und im gesamten Emsland.

TEDDY KOLLEK

27. 5. 1911 – 2. 1. 2007

Oberbürgermeister Jerusalems von 1965 bis 1993.

FRED SINOWATZ

5. 2. 1929 – 11. 8. 2008

Bundeskanzler Österreichs von 1983 bis 1986; SPÖ-Vorsitzender von 1983 bis 1988.

XII. Beschlüsse und Erklärungen

07/08

Parteivorstand, 6. Januar 2007

Bremer Erklärung:

In sozialer Verantwortung für unser Land: Für Wachstum, Arbeit und Sicherheit

Unser Mut bei der Erneuerung Deutschlands zahlt sich heute aus. Die von der SPD-geführten Bundesregierung begonnenen und von der Großen Koalition fortgeführten Reformen beginnen zu wirken. Die Wirtschaft wächst wie seit vielen Jahren nicht mehr. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist bis Oktober 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 392.000 gestiegen. Die Arbeitslosigkeit sinkt deutlich. Die Defizite der öffentlichen Haushalte konnten zurückgeführt werden.

Wir wollen diese Entwicklung im Jahr 2007 weiter nach Kräften unterstützen und dafür sorgen, dass auch strukturschwache Regionen hiervon stärker profitieren. Dazu müssen die bereits in die Wege geleiteten Reformen umgesetzt werden. Wir wissen dabei sehr genau: Eine Politik der Erneuerung braucht die Akzeptanz und das Engagement der Menschen. Sie muss darauf ausgerichtet sein, die Lebensbedingungen und die Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Erfolgreiche Reformpolitik messen wir am Zugewinn, den unsere ganze Gesellschaft erreichen kann. Darum setzen wir auf Augenmaß und soziale Verantwortung.

Unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt drei Ziele:

- **Wachstum:** Wir wollen den positiven wirtschaftlichen Trend verstetigen und die Weichen für ein qualitatives Wachstum in wichtigen Zukunftsbereichen stellen.
- **Arbeit:** Wir wollen die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt fortsetzen und dafür sorgen, dass mehr Menschen in den Arbeitsmarkt integriert sind.
- **Sicherheit:** Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen auf mehr Sicherheit im Wandel vertrauen können.

Wir brauchen eine anhaltende Wachstumsdynamik, die zu einem höheren Angebot an Arbeitsplätzen führt, und eine vorsorgende Sozialpolitik, die es den Menschen ermöglicht, die Übergänge in ihren Erwerbsbiographien zu meistern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen.

Je mehr Menschen in Arbeit sind, desto höher ist unser Wohlstand. Das Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland ist gerade nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit von großer Bedeutung. Uns geht die Arbeit nicht aus, im Gegenteil. Unsere Zukunft liegt in der Produktion von innovativen und hochwertigen Gütern und in mehr Angeboten und Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich.

Wir wollen einen möglichst hohen Wohlstand, an dem alle Menschen gerecht teilhaben. Jede Frau und jeder Mann soll die Möglichkeit erhalten, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwirtschaften. Die existenziellen sozialen Lebensrisiken müssen verlässlich abgesichert werden, damit die Menschen bereit sind, Risiken einzugehen und mobil zu sein.

Wachstum durch Innovation

Wir setzen auf technologischen Fortschritt. Dieser soll zur ökologischen Erneuerung beitragen, Arbeit humanisieren, Grundrechte schützen und die Lebensqualität steigern. Neue Technologien schaffen neue Märkte, entfachen Wirtschaftswachstum und können die Kräfte unserer Gesellschaft mobilisieren. Sie sind gleichzeitig auch die offensive Antwort zur Lösung nationaler und internationaler sozialer und ökologischer Herausforderungen. Die Chancen der Globalisierung für neue

Arbeitsplätze und für die Sicherung des Wohlstands in den kommenden Jahrzehnten sind groß. Um sie zu nutzen, brauchen wir einen Ordnungsrahmen für Wettbewerb, der langfristiges Wachstum unterstützt. Der kurzfristige Profit darf nicht den Ausschlag geben. Wir müssen das ordnungspolitische Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft modernisieren, um es zu erhalten.

Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht deutlich mehr Investitionen in Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Forschung und Infrastruktur. Wissen und Ideen sind unverzichtbar für unsere Arbeitsplätze. Weil wir in den meisten Märkten nicht im Kosten-, sondern nur im Qualitätswettbewerb bestehen können, müssen wir den weltweiten Spezialisierungs-, Qualitäts- und Innovationswettbewerb annehmen. Wir setzen auf eine Industriepolitik, die Forschung und Produktentwicklung eng miteinander verzahnt. Wir brauchen eine Standortdebatte in Deutschland, die die Bedingungen für einen Qualitätswettbewerb in den Mittelpunkt stellt.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze. Durch den Abbau von Bürokratie, den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten und die Teilhabe an Forschung und Entwicklung wollen wir diese gezielt unterstützen.

In dem Maße, in dem Wissen und Qualifikation an Einfluss gewinnen, wächst auch die Bedeutung der innerbetrieblichen Demokratie durch Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen. Starke und verantwortungsvolle Gewerkschaften sind hierfür unverzichtbar. In einer europäisierten Wirtschaft ist es unser gemeinsames Ziel, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene zu sichern und auszubauen. Die Vorschläge der Biedenkopf-Kommission zur Modernisierung der deutschen Unternehmensmitbestimmung weisen in die richtige Richtung.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht auf einen leistungsgerechten Anteil am materiellen Erfolg der Unternehmen. Wir wollen Mitarbeiterbeteiligungsmodelle als Element der ökonomischen Teilhabe attraktiver machen. Hierbei darf das Unternehmensrisiko aber nicht auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen übertragen werden.

Die Industrie ist nach wie vor das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Viele Dienstleistungen hängen unmittelbar von der Industrie ab. Industrieprodukte werden aber immer stärker auf Wissen und Dienstleistungen basieren. Unsere Industriepolitik setzt auf den Ausbau der qualitativen Vorsprünge unseres Wirtschaftsstandorts. Unsere Chance liegt darin, Problemlösungen zu entwickeln, die sich weltweit exportieren lassen.

Die Ausrichtung der Energiepolitik gehört zu den grundlegenden Entscheidungen für eine Volkswirtschaft und bestimmt in hohem Maße die Entwicklungspotenziale der Zukunft. Sie muss wegen ihrer hohen Investitionskosten langfristig angelegt sein. Für uns stehen Versorgungssicherheit, Innovation, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz im Mittelpunkt einer modernen Energiepolitik. Einen besonderen Stellenwert nehmen die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Ein wichtiger Schritt ist die Behandlung eines „Aktionsprogramms Energieeffizienz“ auf dem nächsten Energiegipfel. Das Fördervolumen des energetischen Gebäudesanierungsprogramms ist auf jährlich 1,4 Milliarden Euro erhöht worden und stößt damit bis 2009 Investitionen in Höhe von rund 28 Milliarden Euro an.

Es bleibt beim Ausstieg aus der Atomenergie. Denn die Erzeugung von Strom durch Atomkraft ist eine Risikotechnologie, hinterlässt ungelöste Entsorgungsfragen und leistet keinen Beitrag zum Schutz des Klimas. Wir sind für den Erhalt eines Sockelbergbaus, der die Energiesicherheit erhöht und Deutschland auf den Gebieten der Bergbau- und der Kraftwerkstechnologie die bisherige Spitzenstellung sichert.

Energie muss bezahlbar sein. Eine warme Wohnung oder Benzin für das Auto dürfen kein Privileg sein. Bezahlbare Energie ist zudem

ein wichtiger Standortfaktor für die Industrie. Um steigenden Energiekosten entgegenzuwirken, brauchen wir mehr Wettbewerb und eine transparente Preisgestaltung. Wichtig ist, dass bestehende Instrumente zur Regulierung des Strom- und Gasmarktes von der Bundesnetzagentur und dem Bundeskartellamt angewendet werden. Wir wollen, dass Deutschland eine führende Rolle bei einem modernen, effizienten, umweltfreundlichen Energiemix und bei der Energieeffizienz einnimmt. Die Zukunft gehört den „ökologischen Märkten“. Wir wollen, dass die deutsche Wirtschaft in diese Märkte investiert, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Notwendig ist eine hohe öffentliche Investitionstätigkeit. Da die Kommunen rund die Hälfte der öffentlichen Investitionen tätigen, ist die Verstetigung der kommunalen Einnahmen eine wichtige Voraussetzung. Seit 1992 sind die kommunalen Investitionen gesunken. Die Sozialdemokratie ist stolz darauf, durch ihre Politik dazu beigetragen zu haben, dass das Gewerbesteueraufkommen in den letzten Jahren kräftig angestiegen ist. Der kommunale Investitionsstau kann jetzt schrittweise aufgelöst werden.

Mit der geplanten Unternehmensteuerreform wird der Weg der Stabilisierung der kommunalen Einnahmen weiter fortgesetzt. Wir schaffen mit der Reform eine im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige Besteuerung und stellen zudem sicher, dass die Unternehmen auch in Zukunft einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Auf dem Papier unterliegen Kapitalgesellschaften in Deutschland der höchsten Unternehmensteuer aller 25 Mitgliedstaaten der EU. Möglichkeiten der legalen Steuervermeidung führen bislang allerdings häufig dazu, dass die tatsächlichen Steuerzahlungen vornehmlich der großen Unternehmen niedriger liegen. Wir sorgen dafür, dass die in Deutschland erwirtschafteten Gewinne auch hier versteuert werden und Verluste nicht Steuer mindernd nach Deutschland transferiert werden.

Die Dynamik der Finanzmärkte und die Interessen neuer Finanzinvestoren stellen die Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen: An die Stelle der Orientierung am langfristigen unternehmerischen Erfolg treten kurzfristige Renditeerwartungen durch Kauf und Verkauf von Unternehmen oder Unternehmensteilen. Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es, dass die Finanzmärkte einer langfristig ausgerichteten Wirtschaftskultur dienen. Wir wollen Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben. Wir wollen das Stimmrecht der Aktieninhaber in dieser Richtung gestalten. Dies ist eine zentrale Regulierungsaufgabe für die führenden Industrieländer der Welt. Wo es möglich ist, wollen wir dies im nationalen Steuer- und Aktienrecht unterstützen.

Die Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa muss die Wachstumskräfte stärken. Eine hohe Binnennachfrage ist die Voraussetzung für mehr Beschäftigung. Wir setzen uns für eine an der Produktivität orientierte Lohnpolitik ein.

Solide öffentliche Finanzen sind eine Grundvoraussetzung für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Die öffentlichen Haushalte sind in Deutschland strukturell unterfinanziert. Wir haben eine niedrige Steuerquote, aber gleichzeitig eine hohe Abgabenquote. Die Sicherung der staatlichen Einnahmehasis ist notwendig. Wir streben eine stärkere Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme durch Steuern an, um die Finanzierung der sozialen Sicherung gerechter zu gestalten und die einseitige Belastung des Faktors Arbeit zu überwinden.

Arbeit

Je mehr Menschen in Arbeit sind, desto höher ist unser Wohlstand. Wir wollen die Potenziale und Talente der Menschen nutzen. Die Erwerbsquote der Frauen wollen wir deutlich anheben. Verlässliche und pädagogisch hochwertige Ganztagsangebote für Kinder aller Altersstufen sind Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen. Junge Männer und Frauen brauchen die gleichen

Möglichkeiten, durch ihre Berufs- und Studienwahl die bisherige Trennung in typische Männer- und Frauenberufe zu überwinden. Männer und Frauen müssen beim Berufszugang und beim beruflichen Aufstieg gleiche Chancen haben.

Chancen für neue qualifizierte Arbeitsplätze bestehen in Deutschland vor allem im Bereich Dienstleistungen. Dazu zählen Telekommunikations-, Medien-, Finanz- und Logistikdienstleistungen. Aber auch der Bereich der Dienstleistungen am Menschen bei Erziehung, Bildung, Ernährung, Gesundheit und Pflege muss stärker wachsen.

Die Erwerbsquoten von Älteren und Geringqualifizierten müssen deutlich steigen. Auch einfache Dienstleistungen müssen attraktiver gemacht werden. Jede Tätigkeit verdient Respekt und Anerkennung und muss die Chance des Aufstiegs in qualifizierte Arbeit bieten. Wir prüfen die Möglichkeit, einfache Arbeiten besser zu fördern. Hohe Sozialabgaben bremsen dort den Beschäftigungsaufbau. Zudem setzen die im SGB II geltenden Freibeträge bei Erwerbseinkommen falsche Anreize im Bereich geringer Einkommen und fördern den Verbleib im Bezug von Arbeitslosengeld II. Durch einen „Bonus für Arbeit“ (Steuer-Gutschrift) könnten wir die Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdiener gezielt senken. Mitnahmeeffekte durch Unternehmen müssen dabei vermieden werden. Niedriglohnbezieher mit einer über 30 Wochenstunden liegenden Beschäftigung können dann ein Existenzsicherndes Einkommen erzielen, das über dem Arbeitslosengeld-II-Niveau liegt.

Auch erwerbsfähige Menschen ohne Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt brauchen eine Perspektive. Wir brauchen deshalb einen „Sozialen Arbeitsmarkt“. Er soll den ersten Arbeitsmarkt ergänzen und muss für Männer und Frauen die Perspektive einer Integration in den regulären Arbeitsmarkt bieten. Wir müssen dauerhafte, sinnvolle und gesellschaftlich anerkannte Beschäftigung mobilisieren. Wir brauchen dafür mehrere Standbeine, sowohl marktnahe als auch marktferne Bereiche. In jedem Fall ist eine sorgfältige Abstimmung mit den lokalen Akteuren notwendig. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen über das Sozialgesetzbuch II. Eine Zahl von 100.000 Personen ist für den Anfang realistisch.

Auch wenn die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Vergleich zum Vorjahr rückläufig ist, sind Jugendliche in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit betroffen. Der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit besteht nach wie vor in einem Schul- und Berufsabschluss. Wir halten daher an unserem Ziel fest, dass jeder junge Mensch, der sich ausbilden kann und will, einen Ausbildungsplatz erhalten muss. Wir werden den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ weiterentwickeln und ein besonderes Augenmerk auf die Identifikation des Qualifikationsbedarfs von Jugendlichen werfen, bevor diese die Schule verlassen. Wir wollen die Zahl der Schul- und Ausbildungsabreicher erheblich verringern. Die präventive Förderung der Berufsbildung benachteiligter Jugendlicher ist zu verstärken.

Die erfreuliche Zunahme der Anzahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten offenen Stellen um knapp 200.000 auf über 590.000 zeigt, dass wieder mehr Arbeit vorhanden ist. Allerdings bestehen zwischen den Qualifikationsprofilen der Arbeitssuchenden und den offenen Stellen häufig Diskrepanzen. Berufliche Fähigkeiten und berufliches Wissen sind daher keine Frage allein der Ausbildung, sondern müssen durch ständige Weiterbildung erhalten werden. Die Beteiligung an der Weiterbildung muss erhöht und ihr Wachstumspotential besser genutzt werden. Die Tarifvertragsparteien sind hierbei in einer besonderen Verantwortung. Die Weiterbildung muss zur vierten Säule des Bildungssystems ausgebaut werden.

Unser Ziel ist es, Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz zu verhindern. Dazu müssen die Übergänge zwischen den Lebensphasen besser abgesichert werden. Zugleich ist es von entscheidender Bedeutung, ob es gelingt, die individuelle Arbeitsfähigkeit und Qualifikation zu erhalten und weiter zu entwickeln. Bei der in der Koalition verabredeten Neu-

ausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wollen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung fördert. Ein wesentliches Instrument dieser aktivierenden Politik ist für uns, die Arbeitslosenversicherung langfristig zu einer Beschäftigungsversicherung weiterzuentwickeln.

Sicherheit

Die Arbeitswelt wandelt sich. Flexibilität, Mobilität, prekäre Beschäftigungsformen und soziale Risiken haben stark zugenommen. Dieser Wandel darf nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen. Leiharbeit muss auf missbräuchliche Anwendung beobachtet werden. Wir nehmen das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach sozialer und persönlicher Sicherheit ernst. Der Einsatz für gute Arbeitsbedingungen kennzeichnet sozialdemokratische Politik.

Die Tarifautonomie und der Flächentarifvertrag bleiben für uns die grundlegenden Mechanismen für die Aushandlung und Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Diese konnten jedoch nicht überall verhindern, dass Löhne gezahlt werden, mit denen die Existenz der Menschen nicht mehr gesichert ist. Bestehende Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt und ein Rückgang der Tarifbindung machen staatliches Handeln unabdingbar. Der Gewerkschaftsrat der SPD hat die richtige Richtung vorgegeben: Das Arbeitnehmerentendegesetz muss ausgeweitet werden, um mehr branchenbezogene Mindestlöhne zu ermöglichen, wie sie das Baugewerbe mit gutem Erfolg praktiziert. Dort, wo es keine ausreichenden Tarifstrukturen gibt oder sie nicht greifen, muss mit gesetzlichen Mindestlöhnen ein Mindestmaß an Absicherung und Anerkennung für geleistete Arbeit ermöglicht werden. Die bestehenden Regelungen des Kündigungsschutzes haben sich bewährt. Deshalb halten wir an ihnen fest.

Das Leitbild unserer Politik für mehr soziale Sicherheit ist der Vorsorgende Sozialstaat. Wir wollen durch vorausschauende Sozialpolitik die Menschen dabei unterstützen, ihr Leben selbst bestimmt zu meistern und ihre Perspektiven zu verwirklichen. Dazu wollen wir stärker aktivierende, präventive und investive Ziele in den Mittelpunkt stellen. Der Vorsorgende Sozialstaat soll Existenz sichernde Erwerbsarbeit, gute Erziehung und Bildung fördern, die Gesundheitsprävention weiter stärken. Er muss Armut und Ausgrenzung jeglicher Art verhindern. Der Vorsorgende Sozialstaat hat die Aufgabe, die Menschen in jeder Lebenslage in die Gesellschaft zu integrieren.

Präventive und in Menschen investierende Sozialpolitik kann zur finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen. Zugleich sichert der Vorsorgende Sozialstaat die großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall oder Pflegebedürftigkeit solidarisch ab und garantiert die Altersvorsorge, die aber immer stärker durch Eigenvorsorge ergänzt wird. Angesichts der veränderten Erwerbs- und Arbeitsbiographien wollen wir unsere sozialen Sicherungssysteme so weiterentwickeln, dass sie für die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsphasen Sicherheit gewährleisten. Je erfolgreicher die Vorsorge wirkt, desto gezielter kann der Sozialstaat denjenigen helfen, die besonderer Unterstützung bedürfen. Dafür sind viele Politikfelder miteinander zu vernetzen und frühzeitige Vorsorge zu organisieren.

Die Anhebung der Regelaltersgrenze in der Rentenversicherung auf 67 Jahre ist daher von uns durch die „Initiative 50plus“ mit Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen verzahnt worden. Wir flankieren damit die für die nachhaltige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung notwendige, ab 2012 schrittweise erfolgende Erhöhung des Renteneintrittsalters und sorgen schon heute dafür, die demographischen Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Wir brauchen vor allem mehr Anstrengungen in der Weiterbildung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze erwerbstätig bleiben können.

Auch die Reform des deutschen Gesundheitswesens wollen wir am Leitbild des Vorsorgenden Sozialstaates ausrichten. Wir wollen auch künftig ein solidarisches Gesundheitswesen, das allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung bietet und sie an neueren Entwicklungen teilhaben lässt. Deshalb bleibt auch die solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und in der Pflegeversicherung unser Ziel. Produkte und Dienstleistungen im Gesundheitsbereich sind Zukunftsmärkte mit der Chance auf eine wachsende Zahl an Arbeitsplätzen. Wir stehen zu den Eckpunkten der Gesundheitsreform und wollen sie umsetzen.

Wir wollen die Kluft zwischen Arm und Reich verkleinern. Das schaffen wir vor allem durch die Integration von mehr Menschen in den Arbeitsmarkt und eine sozial gerechte Steuerpolitik. Öffentliche Investitionen sollen vor allem unseren Kindern nutzen und daher auf bessere Bildung und familiengerechte Infrastruktur zielen. Auf diesem Gebiet hat Deutschland den größten Nachholbedarf. Reformpolitik muss für die Menschen nachvollziehbar und unterstützenswert sein. Sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik hat zum Ziel, die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und die Sicherheit für die Menschen zu erhöhen.

Parteivorstand, 7. Januar 2007

Impulse für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa

Deutschland hat am 1. Januar 2007 die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. Damit trägt Deutschland große Verantwortung in einer für die Zukunft der Europäischen Union entscheidenden Phase.

Durch das europäische Einigungswerk ist es gelungen, den über Jahrhunderte durch Kriege gezeichnetem, in Feindschaft zerrissenen europäischen Kontinent in ungekanntem Frieden, Wohlstand, neuer Freundschaft und ungeahnter Freiheit zusammenzuführen. Jetzt gilt es, die historisch beispiellose Erfolgsgeschichte des europäischen Einigungsprojektes im 21. Jahrhundert mit Elan fortzuschreiben. Der 50. Jahrestag der Römischen Verträge am 25. März 2007 bietet die Gelegenheit, diese europäische Erfolgsgeschichte deutlich zu machen und der Europäischen Union zugleich aktiv und offensiv neue Ziele und Orientierungen für die Zukunft zu geben.

Wir müssen Europa neu gestalten, wenn wir es auf die Herausforderungen unserer Zeit einstellen wollen. Leitbild für ein neues, der Zukunft zugewandtes Europa muss dabei sein, die Europäische Union zu einem wirkungsvollen Instrument zur friedlichen und sozial gerechten Gestaltung der Globalisierung nach Innen wie in der Welt weiterzuentwickeln. In, mit und durch Europa wollen und können wir zu mehr Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in Europa und der Welt beitragen.

Wir werden die deutsche Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union dazu nutzen, klare sozialdemokratische Schwerpunkte zu setzen und Impulse für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa zu geben. Wir sind der festen Überzeugung: Fortschritte auf diesem Weg können eine europäische Aufbruchstimmung erzeugen und die Menschen für Europa neu begeistern.

1. Europäischen Verfassungsprozess neu beleben:

Die Europäische Union braucht eine Verfassung, die das demokratische Prinzip ins Zentrum europäischer Politik rückt, grundlegend-

de, insbesondere auch soziale Rechte der Bürgerinnen und Bürger festschreibt, die Handlungsfähigkeit der erweiterten Union sicherstellt sowie die Zuständigkeiten der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten klar benennt. Der vorliegende Verfassungsvertrag wird diesen Anforderungen in hohem Maße gerecht. Unter deutscher Ratspräsidentschaft wollen wir daher auf eine Neubelebung des europäischen Verfassungsprozesses hinwirken, bei der die Substanz des bestehenden Textes gewahrt bleibt. Ziel ist es, bis zum Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im Juni 2007 einen Fahrplan für die Verabschiedung einer Europäischen Verfassung zu erarbeiten. Hierfür werden wir uns mit Nachdruck einsetzen.

2. EU-Erweiterung als Friedenspolitik weiter fortsetzen:

Mit der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens am 1. Januar 2007 hat sich der europäische Friedens-, Stabilitäts- und Wohlstandsraum erneut erweitert. Dies ist ein wichtiger Schritt für die weitere Festigung von Demokratie und die Schaffung dauerhafter Stabilität auf dem europäischen Kontinent und darüber hinaus. Die EU-Erweiterungspolitik hat sich bewährt und ist auch zukünftig ein wichtiges Instrument, um nachhaltigen Frieden zu ermöglichen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU die von ihr eingeräumten Beitrittsperspektiven etwa gegenüber den Staaten des westlichen Balkans aufrecht erhält und schrittweise weiter konkretisiert. Laufende Verhandlungen wollen wir mit dem Ziel eines EU-Beitritts fortführen. Dies gilt auch für die von den EU-Staats- und Regierungschefs einstimmig beschlossenen Verhandlungen mit der Türkei. Eine Türkei, die sich den gemeinsamen europäischen Werten verpflichtet fühlt, kann eine wichtige Brückenfunktion zu anderen islamischen Ländern erfüllen.

3. Die europäische Nachbarschaftspolitik ausbauen:

In Ergänzung zur Erweiterungspolitik müssen auch die bestehenden Instrumente im Bereich der europäischen Nachbarschaftspolitik gestärkt und weiter verbessert werden. Es gilt, die Partnerschaften mit den Ländern in unserer unmittelbaren Nachbarschaft noch besser an den spezifischen Gegebenheiten in unseren Partnerländern auszurichten. Durch attraktive und umfassende Angebote der Zusammenarbeit können effektive Anreize zur Stabilisierung, Demokratisierung und wirtschaftlichen Entwicklung der angrenzenden Regionen gegeben werden. Darüber hinaus sehen wir eine vorrangige Aufgabe in der Erarbeitung eines ambitionierten breit angelegten neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland, das der strategischen Bedeutung dieser Beziehung gehörend Rechnung tragen muss.

4. Europa zur globalen Friedensmacht weiterentwickeln:

Angesichts neuer und zunehmend globaler Sicherheitsrisiken, wird es immer notwendiger, menschliche Sicherheit im umfassenden Sinne zu verwirklichen. Armutsbedingte Migration, globale Umweltprobleme, steigende Abhängigkeiten von Energieimporten, weltweit steigender Energiebedarf, Instabilitäten im internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und internationaler Terrorismus sowie zerfallenden Staaten stellen uns vor große Herausforderungen. Dies sind außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen, denen durch nationalstaatliches Handeln allein nicht entsprochen werden kann. Wenn die Staaten Europas ihre Kräfte noch besser im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik bündeln, können sie einen wirkungsvollen Beitrag zur Bewältigung der globalen Herausforderungen und zu einer friedlichen und sozial gerechten Gestaltung der Globalisierung beisteuern. Daher wollen wir die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um die Gemeinsame Europäische

Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die zivilen und militärischen Fähigkeiten im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und die gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit weiter auszubauen. Auf Grundlage eines umfassenden Sicherheitsbegriffs, wie er auch in der europäischen Sicherheitsstrategie festgeschrieben ist, wollen wir die EU zu einer handlungsstarken globalen Friedensmacht weiterentwickeln, die sich für die Stärkung des Völkerrechts und der Vereinten Nationen, für die friedliche Prävention und Beilegung von Konflikten, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für multilaterale Rüstungskontrolle und Abrüstung und für die Bekämpfung von Hunger und Armut durch die Eröffnung von Entwicklungschancen in der Welt einsetzt. Hierbei ist für uns von besonderer Bedeutung, dass die EU weiterhin eine herausgehobene und noch stärkere Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielt. Dies gilt besonders in der Kooperation mit unserem Nachbarkontinent Afrika. Wir wollen Europas Stellung als weltweit größtem Geber von Entwicklungshilfe weiter festigen. Die deutsche Ratspräsidentschaft bietet die Gelegenheit, Fortschritte bei der Umsetzung der vereinbarten Zielvorgaben zur weiteren Erhöhung der Entwicklungshilfemittel zu erreichen sowie künftig einen koordinierteren und gezielteren Einsatz der von den Mitgliedstaaten und der EU geleisteten Hilfen zu gewährleisten.

5. Europas soziales Profil schärfen:

Nach der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion gilt es, nunmehr verstärkt die soziale Dimension des europäischen Einigungsprozesses in den Vordergrund zu rücken. Die Arbeit an einem sozialen Europa begreifen wir im Europäischen Jahr der Chancengleichheit als großes integrationspolitisches Projekt. Unter deutscher Ratspräsidentschaft kommt es darauf an, durch konkrete Maßnahmen hierfür den Grundstein zu legen. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig alle europäischen Gesetzesvorhaben auf ihre sozialen Folgen für die Menschen überprüft werden. Unser Ziel ist es zudem, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene konsequent abzusichern und weiter auszubauen. Sie sind konstitutive Pfeiler eines spezifisch europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells und tragen zu Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischem Erfolg bei. Nachdrücklich werden wir uns auch gegen eine Abwärts Spirale bei den Löhnen und sozialen Standards in Europa stellen. Lohn-, Sozial- und Steuerdumping darf innerhalb europäischer Grenzen kein Raum gegeben werden. Ein Wettlauf um die niedrigsten Standards zersetzt die Solidarität, auf der das europäische Sozialmodell ruht. Durch die Arbeit an einer einheitlichen Bemessungsgrundlage und einem Korridor für Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern wollen wir sicherstellen, dass die Finanzbasis der öffentlichen Haushalte, die für die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge notwendig ist, nicht ausgehöhlt wird. Zugleich müssen dringend rechtliche Rahmenbedingungen für die Daseinsvorsorge auf europäischer Ebene geschaffen werden.

6. Klima- und Energiepolitik zur Priorität machen:

Die anstehende Verabschiedung eines EU-Aktionsplans zur Energiepolitik wollen wir nutzen, um eine integrierte Klimaschutz- und Energiepolitik voranzubringen. Angesichts einer sich verschärfenden Erdöl- und Erdgasknappheit sowie wachsender Energienachfrage und steigenden Preisen auf den Energiemärkten muss eine auf Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit ausgerichtete Energiepolitik zur politischen Priorität gemacht werden. Erhöhte Energieeffizienz, weiterreichende EU-Ausbauziele für erneuerbare Energien, ein Ausbau bei der nachhaltigen Energieforschung sowie eine engere Zusammenarbeit mit Liefer-, Transit- und Verbraucherländern sind dabei von entscheidender Bedeutung. Im-

mer wichtiger wird es auch, im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit die Bedeutung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz herauszustellen.

Eine vorausschauende, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete und verstärkt im europäischen Rahmen koordinierte Energiepolitik leistet nicht nur einen Beitrag zu größerer Sicherheit bei der Energieversorgung, sondern schont das Klima und setzt Impulse für wirtschaftliches Wachstum und technologische Innovation in Europa. Wir wollen den Anstoß zu einer ökologischen Industriepolitik auf europäischer Ebene geben, die systematisch energie- und ressourcenschonende Umweltechnologien fördert. Auf diesen Leitmärkten liegen enorme Potentiale für Wachstum, Beschäftigung und Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung.

Europa muss seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz weiter wahrnehmen. Um den sich immer deutlicher abzeichnenden Klimawandel in Grenzen zu halten, ist es unabdingbar, dass für die Zeit nach Ablauf des Kyoto-Protokolls in 2012 neue Ziele zur Emissionsminderung international vereinbart werden. Wir unterstützen daher den Vorschlag der EU-Kommission, eine Reduktion der Treibhausgase um 30 % bis 2020 in der EU zu verwirklichen.

In der aktuellen Debatte zwischen EU-Kommission und der Bundesregierung über die nationalen Allokationspläne zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes muss allerdings auch klar sein: Neben ambitionierten Zielen beim Klimaschutz müssen stets Planungssicherheit, das Investitionsklima sowie die Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Industrieunternehmen berücksichtigt werden. Notwendig ist zugleich eine faire Lastenverteilung zwischen den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten.

7. Wachstum und Innovation fördern:

Grundüberzeugung sozialdemokratischer Politik ist, dass wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind, sondern sich wechselseitig stützen und stärken. Europa kann nur dann sozial stark sein, wenn es auch wirtschaftlich dynamisch ist. Als größter einheitlicher Markt weltweit bringt der europäische Binnenmarkt bereits jetzt spürbare Wohlstands- und Effizienzgewinne mit sich. Durch den weiteren Abbau von Handelsbeschränkungen, die Beseitigung unnötiger bürokratischer Hemmnisse sowie durch eine insgesamt bessere EU-Rechtsetzung wollen wir die Spielräume für die Entfaltung unternehmerischer Kreativität im europäischen Raum erweitern. Insbesondere sind die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen, dem Rückgrat der europäischen Wirtschaft, zu verbessern.

Zur nachhaltigen Dynamisierung des wirtschaftlichen Wachstums und zur Schaffung von mehr Beschäftigung in Europa kommt es ganz besonders aber auch darauf an, den Lissabon-Prozess mit Nachdruck weiter voranzutreiben. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die deutliche Steigerung der Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung zu legen. Europa kann nicht über niedrigere Löhne und soziale Standards, sondern nur über eine höhere Qualität der Arbeit und über die Kompetenz und das Wissen der Menschen erfolgreich mit den anderen Regionen in der Welt konkurrieren.

8. Bürgerrechte stärken und Sicherheit gewährleisten:

Im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität ist eine enge Zusammenarbeit im Rahmen der EU zwingend erforderlich, um die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Europa wirksam zu gewährleisten. Gegenüber einem zunehmend transnational operierenden Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität kann kein Staat mehr alleine für die Sicherheit seiner Bürger sorgen. Die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz zwischen den Mitgliedstaaten der EU muss daher noch besser aufeinander abgestimmt werden. Auch bei der Terrorbekämpfung steht für Sozial-

demokraten dabei fest: Die Grundsätze des freiheitlichen Rechtsstaates, das Völkerrecht und die Menschenrechte sind und bleiben die unverbrüchlichen Leitlinien unseres politischen Handelns auf nationaler, europäischer wie globaler Ebene. Sie geben den Handlungsrahmen vor, in dem Sicherheit überhaupt nur verwirklicht werden kann.

9. Abrüstung und multilaterale Rüstungskontrolle vorantreiben:

Ein starkes europäisches Engagement ist gerade auch im Bereich der Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik dringend geboten. Massenvernichtungswaffen und ihre Verbreitung stellen eine große Bedrohung des internationalen Friedens im 21. Jahrhundert dar. Deshalb müssen wir darauf dringen, dass der internationale Nichtverbreitungsvertrag für atomare Waffen in seinen beiden Dimensionen weiter gestärkt wird. Auf der einen Seite muss vermieden werden, dass weitere Staaten in den Besitz von Atomwaffen gelangen, andererseits müssen aber auch bestehende Atomwaffenarsenale schrittweise abgebaut werden. Die internationalen Mechanismen zur multilateralen Rüstungskontrolle sind darüber hinaus zu stärken, besonders im Rahmen der Internationalen Atomenergiebehörde. Auch streben wir Fortschritte auf dem Gebiet der konventionellen Abrüstung an, vor allem bei der Kontrolle von Kleinwaffen. Weniger Waffen – dies ist unsere feste Überzeugung – bedeuten letztlich mehr Sicherheit für die Menschen in Europa und weltweit.

10. Zu Frieden im Nahen Osten beitragen:

Ein wichtiger außenpolitischer Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft wird darin liegen, durch ein international abgestimmtes, politisches Gesamtkonzept Anstöße zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten zu geben. Die SPD hat hierzu bereits weitreichende Vorschläge unterbreitet. Im Verbund mit den Vereinten Nationen, den USA und Russland muss die EU aktiv an einer Lösung des Nahost-Konfliktes arbeiten. Dabei gilt: Jeder, der auch nur den leisesten Zweifel am Existenzrechts Israels aufkommen lässt, muss mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen. Zugleich ist klar, dass ohne die Herstellung eines eigenständigen überlebensfähigen palästinensischen Staates eine Lösung des Nahost-Konfliktes nicht möglich ist. Von zentraler Bedeutung ist zudem, die innere und äußere Souveränität des Libanon herzustellen.

Parteivorstand, 7. Januar 2007

Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung: Gute Lebenschancen für alle Kinder

Das Wohl des Kindes steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Kinder- und Familienpolitik. Wir wollen, dass alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche Startchancen haben und gesund aufwachsen können. Dafür tragen in erster Linie Eltern und Familien die Verantwortung. Es gibt aber auch eine Verantwortung von Staat und Gesellschaft insgesamt, die wir stärker als bisher wahrnehmen müssen.

Alle internationalen Vergleichsstudien der letzten Jahre belegen, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in keinem

europäischen Land so sehr vom sozialen Status der Eltern abhängen wie in Deutschland. Damit wollen wir uns nicht abfinden. Die SPD tritt ein für ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem, das Kinder früh fördert, alle ihre Begabungen unterstützt und Schwächen ausgleicht.

Familie in Deutschland hat sich verändert. Gestiegene Mobilitätsersparungen auf dem Arbeitsmarkt, Individualisierung der Lebensstile und sich auflösende soziale Bindungen treten an die Stelle von Großfamilie und nachbarschaftlichem Zusammenhalt. Insbesondere in Städten wachsen Kinder heute zunehmend mit sprachlicher und kultureller Vielfalt auf. Die sozialen Rahmenbedingungen von Familien entwickeln sich auseinander. Und auch die wachsende Zahl von Trennungen und Scheidungen bringt zahlreiche emotionale und wirtschaftliche Risiken für Eltern und Kinder mit sich.

Die allermeisten Eltern nehmen die Verantwortung für ihre Kinder sehr ernst und wollen das Beste für ihre Zukunft. Aber alle, die mit Kindern und Jugendlichen beruflich zu tun haben, berichten auch zunehmend von Eltern, die verunsichert sind und sich von ihrem Erziehungsauftrag überfordert fühlen. Im schlimmsten Falle führt dies zu Kindesvernachlässigung und -misshandlung. Hier stehen Staat und Gesellschaft in der Verantwortung.

Wir treten ein für ein neues Verhältnis von öffentlicher und privater Verantwortung für Kinder. Dabei stehen für uns drei Handlungsfelder im Mittelpunkt:

- Individuelle Förderung von Anfang an,
- Hilfe und Unterstützung für Eltern,
- Mehr Schutz für gefährdete Kinder.

Individuelle Förderung von Anfang an

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungsbiographie und für echte Chancengleichheit liegt in der frühkindlichen Bildung. Wir wollen die Investitionen in Bildung und Betreuung spürbar erhöhen. Das muss aus unserer Sicht Vorrang vor weiteren direkten Leistungen an Familien haben.

Es muss früher damit begonnen werden, die Begabungen unserer Kinder gezielt zu fördern und die Schwächen auszugleichen. Die Kindertagesstätten haben einen wichtigen Bildungsauftrag, den wir weiter stärken wollen. Gerade in den ersten Jahren gilt es, die Lernlust bei den Kleinen zu entfachen und sie spielerisch an das Lernen heranzuführen. Die Zeit in den Kindertagesstätten muss für eine intensive Sprachförderung der Kinder genutzt werden. Mögliche Defizite müssen durch eine Sprachstandsfeststellung aufgedeckt werden, damit bei Bedarf noch gefördert werden kann.

Gleichzeitig ist der bedarfsgerechte Ausbau von ganztägigen Betreuungsangeboten ein zentrales Ziel, um die Familien in unserem Land zu unterstützen. Junge Frauen und Männer wollen und sollen sich nicht mehr entscheiden müssen zwischen Beruf und Familie. Sie brauchen eine gute Betreuungs-Infrastruktur vor Ort und die Gewissheit, dass ihre Kinder eine anregende, liebevolle Betreuung erfahren, während sie ihrer Berufstätigkeit nachgehen.

In vielen Bundesländern wurden beim Aufbau der Infrastruktur für Kindertagesstätten bereits gute Fortschritte erzielt. Doch insbesondere beim Angebot für Kinder unter drei Jahren gibt es noch großen Nachholbedarf. Deshalb fördert der Bund den Aufbau eines flächendeckenden Ganztagsangebots der bis zu 3-Jährigen mit jährlich 1,5 Mrd. Euro durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Kinder brauchen frühe Förderung - Eltern brauchen verlässliche Betreuungsangebote.

Beginnend mit dem letzten Kita-Jahr wollen wir schrittweise die gesamte Kita-Zeit beitragsfrei stellen.

Es ist unser Ziel, dass es ab 2010 einen Rechtsanspruch auf ganztägige Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt gibt. Dieses Ange-

bot muss von den Kommunen bereit gestellt werden – bei der Finanzierung muss aber auch die Bundesebene finanzielle Unterstützung leisten. Die Länder und Kommunen sollten dafür dauerhaft vom Bund finanzielle Unterstützung erhalten – beispielsweise über eigene Anteile an der Umsatz- oder der Einkommenssteuer. Die Sicherstellung der Finanzierung durch den Bund könnte möglich sein, wenn

- eine mögliche zukünftige Erhöhung des Kindergeldes in den Ausbau der Infrastruktur zur frühen Förderung von Kindern investiert wird,
- die finanziellen Mittel, die durch geringere Kinderzahlen ab 2010 frei werden, nicht eingespart, sondern in den Ausbau der Infrastruktur umgeleitet werden,
- Umschichtungen aus dem Bereich der finanziellen Transfers und Reduzierungen von Steuervorteilen vorgenommen werden.

Die Arbeitsgruppe „Neue Akzente in der Familienpolitik“ unter Leitung von Bärbel Dieckmann und Nicolette Kressl wird dazu im Februar konkrete Vorschläge vorlegen.

Auch in unseren Schulen gilt es, den direkten Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer und ethnischer Herkunft aufzubrechen. Ein wichtiger Schritt ist der flächendeckende Auf- und Ausbau von Ganztagschulen. Sie bilden die Grundlage für notwendige Reformen im Bildungswesen, denn sie schaffen Zeit und Raum für die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen. Unser 4-Milliarden-Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ hat in ganz Deutschland einen wichtigen bildungspolitischen Reformschub in Gang gesetzt. Diesen Schwung wollen wir weiter nutzen.

Hilfe und Unterstützung für Eltern

Eltern brauchen gerade in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder mehr Unterstützung. Was Mütter und Väter in dieser frühen Phase versäumen, kann später nur schwer ausgeglichen werden. Beide Elternteile haben das Recht, aber auch die Pflicht zur Erziehung ihrer Kinder. Damit wollen wir sie nicht allein lassen.

Wir wollen junge Eltern in ihrer neuen Lebenssituation unterstützen, ihnen Informationen und, wenn nötig, Hilfe zukommen lassen. Wir begrüßen daher kommunale Hilfestrukturen wie die „Elternbriefe“ in Bremen, die Netzwerke „Gesunde Kinder“ nach finnischem Vorbild in Brandenburg oder das Dormagener Modell der Begrüßungsbesuche, wo die Ankunft eines Kindes professionell und/oder ehrenamtlich begleitet wird.

Gezielte Unterstützung des Erziehungsauftrags heißt für uns auch, die Eltern enger in die Arbeit der Kindergärten mit einzubeziehen. Einen guten Ansatz bietet die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu so genannten Eltern-Kind-Zentren. Sie bieten Betreuung, Bildung, Beratung und Anleitung in Erziehungsfragen, wohnortnah, unter einem Dach und erreichen somit auch jene Eltern in ihrem Alltag, die sich bei Bedarf Hilfe bei den Erziehungsberatungsstellen, den Jugendämtern oder anderen Beratungsdiensten nicht aktiv suchen würden. Hier muss auch eine aktive Gesundheitsförderung und -erziehung von Kindern und Eltern insbesondere bezüglich Ernährung, Bewegung und der Vermeidung besonderer Erkrankungsrisiken platziert werden.

Mehr Schutz für gefährdete Kinder

Ein wirksamer Schutz von Kindern muss notfalls auch gegen die eigenen Eltern durchgesetzt werden. Das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit hat dann Vorrang gegenüber dem Elternrecht.

Für Kinder, die in ihren Familien keine ausreichende Unterstützung bekommen oder sogar Gewalt erfahren, hat der Staat – mit seinem im Grundgesetz festgelegten Wächteramt – eine besondere Verantwortung. Um die Rechte der Kinder zu stärken, wollen wir, dass sie ebenfalls ausdrücklich in der Verfassung verankert werden. Das Elternrecht findet seine Grenzen, wo das Kindesrecht verletzt wird.

Große Bedeutung bei der Erkennung von Risikofamilien kommt Hebammen, Krankenschwestern und Ärztinnen und Ärzten zu. Sie gilt es, bei ihrer Aufgabe zu unterstützen. Oft gibt es bereits in der Schwangerschaft und kurz danach Anzeichen für mögliche Risiken. Sie müssen frühzeitig erkannt werden, damit schnell und wirksam Hilfe bereitgestellt werden kann, die es den Eltern ermöglicht, eine liebevolle, stabile und förderliche Beziehung zu ihrem Kind zu entwickeln.

Jedes Kind hat das Recht auf gesundes Aufwachsen. Die Grundlagen für seine weitere Entwicklung werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Deshalb benötigen Kinder von Beginn an eine umfassende gesundheitliche Versorgung und Vorsorge.

Von den kostenfreien Vorsorgeangeboten von der Geburt bis zur Einschulung macht bereits jetzt die weit überwiegende Zahl der Eltern Gebrauch. Mit Hilfe dieser Untersuchungen können Entwicklungsverzögerungen und gesundheitliche Störungen bei Kindern frühzeitig entdeckt und ausgeglichen werden. Allerdings sinken die Teilnahmezahlen mit dem Alter der Kinder und insbesondere bei sozial benachteiligten Familien. Meist ist Nachlässigkeit oder Nichtwissen bei den Eltern der Grund. Im Einzelfall kann die Nicht-Teilnahme jedoch auch ein Anzeichen für Vernachlässigung oder gar Misshandlung sein.

Wir wollen daher, dass alle Kinder – unabhängig von ihrem Krankenversicherungsstatus – an den Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen. Dies kann – neben Schularztbesuchen, die später alle schulpflichtigen Kinder erreichen, – ein wichtiger Baustein innerhalb eines umfassenden Schutzkonzepts für Kinder sein. Um anstelle der bisher freiwilligen Teilnahme eine Verbindlichkeit der Untersuchungen zu erreichen, sollte ein flächendeckendes System aus Einladungsverfahren und aufsuchender Arbeit, beispielsweise durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, geschaffen werden. Darüber hinaus müssen die Qualität und zeitliche Abfolge der Vorsorgeuntersuchungen überprüft und der Datentransfer zwischen Gesundheits-, Jugend- und Sozialämtern verbessert werden.

Ein weiteres Mittel zum Schutz von gefährdeten Kindern ist die Einschaltung der Familiengerichte. Die Möglichkeiten der Familiengerichte, Eltern Auflagen bei der Erziehung der Kinder zu machen, müssen erweitert werden. Sie sollen nicht erst dann eingeschaltet werden, wenn im Grunde nur noch die Entziehung des Sorgerechts in Frage kommt. Mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern, die das Bundesministerium der Justiz vorgelegt hat, wollen wir die Eingriffsschwelle für das Familiengericht niedriger legen: Zum Beispiel soll das Familiengericht die Auflage machen können, dass ein Kind in den Kindergarten geschickt wird oder die Eltern an einen Anti-Gewalt-Training teilnehmen.

Durch eine Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Jahr 2005 haben wir bereits die Rechte der Jugendämter gestärkt und dafür gesorgt, dass diese bei unmittelbar drohender Gefahr ein Kind auch ohne gerichtliche Entscheidung außerhalb seiner Familie unterbringen können.

Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik ist der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes – sowohl aus sozialer als auch aus wirtschaftlicher Sicht. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Frauen und Männer für ein Leben mit Kindern entscheiden können. Wir wollen sie dabei unterstützen mit dem Ziel, allen Kindern gute Lebenschancen zu eröffnen.

Unsere wesentlichen Maßnahmen zusammengefasst:

- Alle Kinder erhalten ab 2010 vom vollendeten ersten Lebensjahr an einen Rechtsanspruch auf Ganztags-Betreuung.
- Beginnend mit dem letzten Kita-Jahr wird schrittweise die gesamte Kita-Zeit für die Eltern beitragsfrei.
- Die Rechte von Kindern werden in der Verfassung verankert.
- Die Vorsorgeuntersuchungen werden für alle Kinder verbindlich.
- Die Handlungsmöglichkeiten von Familiengerichten zum Schutz von Kindern werden verbessert.

Präsidium, 15. Januar 2007

Gemeinsam die Energieversorgung der Zukunft sichern!

Mit der Vorlage des Aktionsplans Energie hat die EU-Kommission zu Beginn dieses wichtigen Jahres einen guten und nach vorne gerichteten Vorschlag zur Weiterentwicklung einer gemeinsamen zukunftsfähigen Energiepolitik seiner Mitgliedsstaaten gemacht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland begrüßen die Vorschläge und werden uns engagiert und verantwortungsvoll an den gemeinsamen Diskussionen um die besten Konzepte für eine der großen Herausforderungen beteiligen: Es geht darum, angesichts eines schnell wachsenden Energiehunger in der Welt eine sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom, Wärme und Kraftstoffen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Wirtschaft und Industrie zu garantieren, und gleichzeitig, die mit hohem Energieverbrauch verbundenen Belastungen unserer Umwelt deutlich einzuschränken.

Wir unterstützen den Vorschlag der EU, dass die Industrieländer sich im Rahmen der Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls verpflichten, bis 2020 gemeinsam ihre Treibhausgasemissionen um 30 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Die Initiative der EU, unabhängig vom Ausgang der internationalen Verhandlungen bereits jetzt eine Verminderung der Emissionen in Europa um mindestens 20 Prozent bis 2020 festzuschreiben, ist ein richtiges Signal.

Damit wird klar: Europa wird seine Führungsrolle im Klimaschutz fortführen. Das ist ein klares Signal an alle Investoren in der europäischen Energiewirtschaft: Europa wird in jedem Fall seine Anstrengungen im Klimaschutz verstärken. Das bis 2012 geltende Ziel einer achtprozentigen Verringerung der Treibhausgase wird in jedem Fall deutlich angehoben.

Ein Erfolg der Klimapolitik ist nur möglich, wenn es gelingt, die Nutzung (Wirkungsgrad) der verwendeten Energie erheblich zu steigern. Insofern unterstützen wir insbesondere die vorgeschlagenen Maßnahmen, die auf eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz hinwirken, um das gesteckte Ziel einer Effizienzerhöhung von 20 Prozent bis 2020 zu erreichen.

Wichtige Säule ist darüber hinaus der Ausbau erneuerbarer Energien, den wir weiterhin entschlossen vorantreiben. Wir unterstützen das vorgeschlagene verbindliche Gesamtziel in Höhe von mindestens 20 Prozent für den Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch in der EU bis zum Jahr 2020.

Neben der Steigerung der Energieeffizienz und dem Ausbau der erneuerbaren Energien bedeutet das Klimaziel auch eine Forcierung der Entwicklung von CO₂-freien Kraftwerken. Wir treten für eine Verstärkung der Forschungsmittel für diese Zukunftstechnologien ein.

Die Entscheidung, ob auch Atomkraft Bestandteil des künftigen Energiemixes wird, bleibt nach dem vorliegenden Aktionsplan eindeutig in nationaler Verantwortung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen weiterhin zu den beschlossenen Ausstiegsplänen, die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages sind nicht in Frage gestellt.

Die Erhöhung der Energieeffizienz um 20 Prozent bis 2020 durch neue Technologien ist ein entscheidender Beitrag, um für die Bürgerinnen und Bürger die Kosten, die sie für die tägliche Versorgung mit Energie aufwenden, bezahlbar zu halten.

Parallel gilt es, durch eine weitere Belebung des Wettbewerbes die Angebotsseite zu stärken. Um Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Preise erreichen zu können, brauchen wir einen offenen und diskriminierungsfreien Zugang im Strom- und Gasbinnenmarkt. Einer Stärkung der Funktion der Regulatoren kommt dabei eine wichtige

Rolle zu. Die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit der Bundesnetzagentur machen, ermutigen, dass auf diesem Weg Transparenz geschaffen werden kann. Ob die von der EU vorgeschlagene stärkere Eigentumsentflechtung dazu einen Beitrag leisten kann, werden wir prüfen.

Für uns gilt es, die begonnene Stärkung des Wettbewerbes in Deutschland entschlossen weiter zu verfolgen und in diesem Sinne die geplante Novelle zur Anreizregulierung zum 1. Januar 2008 in Kraft treten zu lassen.

Eine Erweiterung des Kartellrechtes zur Einschränkung von Missbrauch ist sinnvoll; notwendig ist aber eine sorgfältige Auswahl der Instrumente, um das gewünschte Ziel auch wirklich zu erreichen.

Der kurzfristige Lieferstopp von Öl aus der russischen Pipeline „Druschba“ hat uns deutlich vor Augen geführt, dass Versorgungssicherheit nur gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit zu erreichen ist. Die EU benötigt eine energiepolitische Strategie, durch die wir eine langfristig angelegte Partnerschaft mit Lieferanten-, Transit- und Verbraucherländern etablieren. Diese von uns angestrebte energiepolitische Partnerschaft muss sich auf politischen Dialog, institutionalisierte Kooperation und auf intensiverer Beteiligung der Mitgliedstaaten gründen.

Der Ausgestaltung der Energiedialoge insbesondere mit Russland und den USA kommt hierbei große Bedeutung zu. Zugleich müssen bei der von uns angestrebten Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik energiepolitische Fragen stärkere Berücksichtigung finden. Schließlich gilt es, die deutsche Ratspräsidentschaft zu nutzen, um sicherzustellen, dass die EU-Energiepolitik in der Zusammenarbeit mit den Schwellen- und Entwicklungsländern den Themen erneuerbare Energien und Energieeffizienz eine herausgehobene Bedeutung beizumisst.

Präsidium, 22. Januar 2007

Begegnung mit dem Präsidium des ZdK

Das Präsidium unter der Leitung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, und das Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) unter der Leitung des Präsidenten, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, haben sich am 22. Januar 2007 in Berlin zu einem zweistündigen Gespräch getroffen.

Gesprächsthemen waren der Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzzprogramm der SPD, Fragen von Gerechtigkeit in der Bildungspolitik, die Friedens- und Entwicklungspolitik vor dem Hintergrund der deutschen Gastgeberschaft des G8-Gipfels sowie ethische Fragen an Lebensanfang und Lebensende.

Zentraler Punkt der Beratung war die soziale Gestaltung der Globalisierung in Deutschland, Europa und der Welt. Vor dem Hintergrund der EU-Ratspräsidentschaft hoben Vertreter beider Seiten hervor, dass gemeinsame soziale Standards nicht durch den kleinsten gemeinsamen Nenner definiert werden dürften. Dies gelte insbesondere für die Themen Arbeitnehmerrechte, Arbeitsschutz und betriebliche Mitbestimmung.

Ein besonderes Anliegen des ZdK war es, aus gesellschafts- und familienpolitischer Sicht der zunehmenden Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes entgegenzuwirken. Hierzu seien gegebenenfalls arbeitsschutzrechtliche Bestimmungen des Bundes nötig. Die SPD betonte, dass in diesem Bereich Leitplanken eingezogen werden müssten,

die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und insbesondere Familien vor grenzenloser Flexibilisierung schützen.

Der Präsident des Zentralkomitees, Hans-Joachim Meyer würdigte im Entwurf für ein neues Grundsatzzprogramm der SPD die Wertschätzung der Familie. Beide Seiten waren sich einig, dass familienpolitische Mittel, die aufgrund der demografischen Entwicklung frei werden würden, im Haushalt nicht umgewidmet werden dürfen, sondern weiter für familienpolitische Leistungen zur Verfügung stehen sollten. Die SPD hob hervor, dass sie dies, unter anderem zur Finanzierung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt, bereits beschlossen habe.

Im Blick auf konkrete Friedens- und Entwicklungspolitik vor dem Hintergrund der deutschen Gastgeberschaft des G8-Gipfels erläuterte Kurt Beck den Beschluss des SPD-Präsidiums vom heutigen Tage „Entwicklungspolitik 2007: Hoffnungen und Perspektiven konkret umsetzen“. ZdK und SPD stimmten darin überein, dass die Millenniumsentwicklungsziele eine historische Chance bieten, die unerträgliche weltweite Armut wesentlich zu reduzieren. Das ZdK forderte und die SPD bekräftigte den politischen Willen, diese auch tatsächlich umzusetzen.

Einig waren sich beide Gesprächspartner, dass Sterbebegleitung verbessert sowie Palliativmedizin und Hospizarbeit weiter ausgebaut werden sollten, um ein menschenwürdiges Sterben zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund sei auch die derzeitige Debatte um eine rechtliche Regelung der Patientenverfügung zu sehen.

Nach dem offenen Gespräch wurde vereinbart, den Austausch zwischen dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken und dem Präsidium der SPD regelmäßig fortzusetzen.

An dem Gespräch nahmen teil:

SPD-Präsidium:

Ministerpräsident Kurt Beck, Vorsitzender der SPD
 Ute Vogt MdL, stellvertretende Parteivorsitzende und Beauftragte des Präsidiums für Kirchen und Religionsgemeinschaften,
 Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, stellvertretende Parteivorsitzende,
 Elke Ferner MdB, stellvertretende Parteivorsitzende,
 Hubertus Heil MdB, Generalsekretär,
 Inge Wettig-Danielmeier, Schatzmeisterin und Mitglied des Präsidiums,
 Birgit Fischer MdL, Mitglied des Präsidiums,
 Andrea Nahles, Mitglied des Präsidiums,
 Ludwig Stiegler MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Präsidiums,
 Bundesminister Franz Müntefering MdB,
 Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul MdB,
 Martin Schulz MdEP, Vorsitzender der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied des Präsidiums

Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Professor Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK,
 Magdalena Bogner, Vizepräsidentin,
 Dr. Christoph Braß, Vizepräsident,
 Heinz-Wilhelm Brockmann, Vizepräsident,
 Parl. Staatssekretärin Karin Kortmann MdB,
 Sprecherin des ZdK für politische Grundfragen,
 Dr. Martin Bröckelmann Simon, Mitglied der Vollversammlung,
 Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär

Parteivorstand, 29. Januar 2007

Erklärung zur deutschen G8-Präsidentschaft: Für eine gerechte, solidarische und lebenswerte Welt

Deutschland hat am 1. 1. 2007 für ein Jahr den Vorsitz der G8 übernommen. Im Mittelpunkt der Präsidentschaft und des Gipfels der acht Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007 werden die Ausgestaltung der globalisierten Weltwirtschaft und die Entwicklung Afrikas stehen.

Deutschland hat sich als Motto für die G8-Präsidentschaft „Wachstum und Verantwortung“ gegeben.

Die Globalisierung schafft Wachstum und Zukunftsperspektiven für die Menschen in reichen und armen Ländern. Dieses Wachstum in den Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern muss umweltgerecht, nachhaltig und beschäftigungswirksam sein. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, das Ziel der Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 zu erreichen sowie bei der Bekämpfung von behandelbaren Krankheiten und von gewaltsamen Konflikten voranzukommen.

Für die politische, wirtschaftliche und soziale Ausgestaltung der Globalisierung tragen die Länder der G8 eine große Verantwortung. In der Frage der gerechten Gestaltung der Rahmenbedingungen der Globalisierung müssen die G8 als führende Wirtschaftsnationen international eine Vorreiterrolle spielen, damit alle Menschen von der fortschreitenden Globalisierung profitieren.

Flankierend dazu müssen die Länder der G8 auch den Dialog mit den Schwellenländern suchen, um die Initiativen auf eine breitere Basis zu stellen.

Wir werden die deutsche G8-Präsidentschaft dazu nutzen, klare sozialdemokratische Schwerpunkte zu setzen und Initiativen für eine gerechte, solidarische und lebenswerte Welt zu ergreifen. Wir nehmen diese Verantwortung an.

1. Kräfte für eine soziale Welt bündeln:

Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen darf nicht zum weltweiten Druck auf Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen führen. Um die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der globalisierten Weltwirtschaft auch international zu verteidigen, treten wir dafür ein, die Agenda für menschenwürdige Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu stärken. Wesentliche Bestandteile der Agenda sind die weltweite Durchsetzung der Kernarbeitsnormen, die Einführung sozialer Sicherungssysteme, die Stärkung des sozialen Dialogs zwischen den Sozialpartnern und die Bereitstellung von menschenwürdigen Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen. Wir treten dafür ein, dass diese nicht nur in der ILO, sondern auch im Regelwerk der Welthandelsorganisation WTO verankert werden. Um diese Ziele zu verwirklichen, ist die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften überall in der Welt unverzichtbar.

2. Mehr Transparenz auf den Finanz- und Kapitalmärkten:

Die internationalen Finanzmärkte haben im Zuge der Globalisierung und Liberalisierung der Kapitalströme zunehmend an Bedeutung für die stetige wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in den Schwellenländern gewonnen. Ein immer größeres Gewicht haben in den letzten Jahren Hedge Fonds erlangt. Wir unterstützen das Anliegen des Bundesministers der Finanzen, in der deutschen G7/8 Präsidentschaft eine internationale Debatte über die von Hedge Fonds ausgehenden poten-

ziellen Risiken zu beginnen und dabei das Erfordernis einer größeren Transparenz in den Vordergrund zu stellen.

3. Klimawandel abwenden –

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz fördern:

Energie ist ebenso wie Luft, Wasser und andere natürliche Ressourcen Lebensgrundlage unserer Zivilisation. Der leichtfertige Umgang mit Energie und Ressourcen hat keine Zukunft mehr. Die Natur reagiert auf menschliche Einflüsse. Der Klimawandel gehört zu den größten globalen Gefahren. Das weltweite Wachstum des Energiebedarfs und die Zunahme des Naturverbrauchs machen rasches Umsteuern zwingend erforderlich. Ein Nichthandeln hätte nicht nur ökologische, sondern auch verheerende wirtschaftliche und soziale Folgen.

- Es gilt, Wege aufzuzeigen, wie die globalen Emissionen begrenzt und dann deutlich gesenkt werden können, um gefährliche Klimaänderungen zu verhindern und Anpassungen an den Klimawandel zu ermöglichen. Wir treten dafür ein, den multilateralen klimapolitischen Ordnungsrahmen der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls fortzuentwickeln.

- Gleichzeitig unterstützen wir die Initiativen des Bundesumweltministers zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien mit den Schwerpunkten auf Gebäude, Kraftwerke und Verkehr, und dabei insbesondere die Förderung alternativer Kraftstoffe. Darüber hinaus muss der Anteil erneuerbarer Energien weltweit erhöht werden, um auch global unsere Wirtschafts- und Lebensgrundlagen in Zukunft zu sichern.

- Wir erachten die Einbeziehung der Schwellenländer in einen Dialog über Energieeffizienz und Klimaschutz für unerlässlich ebenso wie die Förderung erneuerbarer Energie in Entwicklungsländern durch die Entwicklungszusammenarbeit.

4. Rohstoffreichtum für Entwicklung nutzen:

Die internationalen Rohstoffmärkte erfordern wegen der zunehmenden Nachfrage erhöhte politische Aufmerksamkeit. Der Umgang mit Rohstoffen in vielen Entwicklungsländern – nicht nur in Krisenregionen – machen politische Initiativen für mehr Transparenz im Rohstoffsektor, wie in der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) angelegt, notwendig.

Dazu muss der Dialog mit den G8-Partnern, erdölproduzierenden Unternehmen, Regierungen in erdölreichen Entwicklungsländern und Schwellenländern gesucht werden, um durch die Bündelung der Initiativen zur verantwortungsvollen Nutzung des natürlichen Reichtums den illegalen Rohstoffabbau und die Korruption zu bekämpfen. Die aus dem Rohstoffreichtum resultierenden Zahlungsströme können nur bei mehr Transparenz zu einer sozial gerechten Entwicklung in den Ländern und zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele beitragen.

5. Für die Zukunft Afrikas in gemeinsamer Verantwortung:

In den Staaten auf unserem afrikanischen Nachbarkontinent wurde in den vergangenen Jahren viel erreicht. So hatte Afrika in den vergangenen Jahren ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 5%. Dennoch steht Afrika insgesamt weiterhin vor großen Herausforderungen: die Bekämpfung der HIV/Aids-Epidemie, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Sicherung des Friedens und nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

- Seit der Gründung der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) im Jahr 2001 und der Partnerschaft zwischen den G8 und Afrika, wie sie 2002 in Kananaskis etabliert wurde, hat sich eine enge Kooperation etabliert. Ziel dieser G8-Afrika-Partnerschaft ist es, die Reformanstrengungen der afrikanischen Staaten zu unterstützen. Zentrales Element dieser Reformbemühungen ist der African Peer Review Mechanism, ein Instrument zur Stärkung verantwortungs-

voller Regierungsführung. Freie Wahlen, eine rechenschaftspflichtige Regierung, eine unabhängige Justiz, die Wahrung der Menschenrechte und die Bekämpfung der Korruption sind Bedingungen, damit die nationalen Entwicklungsanstrengungen auch nachhaltig sind und das Vertrauen für Kapitalzuflüsse, die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung notwendig sind, entsteht. Wir unterstützen alle Bemühungen im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft, die diese reformorientierten Staaten weiter voranbringen.

- Wir unterstützen auch alle Anstrengungen, damit mehr und nachhaltig in Afrika investiert wird. Nur wo in Afrika breitenwirksames, soziales, ökologisches und ökonomisches Wachstum entsteht, kann langfristig die Armut überwunden werden.
- Unabdingbare Grundlage dafür ist die Sicherung des Friedens. Wir begrüßen den Beitrag der G8-Länder zum Aufbau einer eigenständigen Sicherheitsarchitektur unter dem Dach der Afrikanischen Union. Auch angesichts der aktuellen Krisen am Horn von Afrika fordern wir aber weitere Anstrengungen der G8.
- Die HIV/Aids-Epidemie ist nicht allein ein Gesundheitsproblem, sondern auch ein alle Lebensbereiche berührendes Entwicklungsproblem, das in vielen Ländern in eine umfassende Krise zu münden droht. Verschärft wird dieses Problem noch dadurch, dass mehr und mehr Doppelinfectionen von HIV/Aids und Tuberkulose auftreten. Der in vielen Entwicklungsländern entstandene Teufelskreis von Armut und Infektion muss durch weitere Anstrengungen durchbrochen werden. Dabei muss besonders die
- Situation von Frauen berücksichtigt werden, denn mittlerweile sind 60 % aller Infizierten in Sub-Sahara-Afrika weiblich. Wir unterstützen daher die Vorschläge der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Rahmen der G8 verstärkt HIV/Aids-Programme zur Verbesserung der Situation von Frauen und Mädchen umzusetzen. Parallel dazu begrüßen wir die strategische Ausrichtung zur Stärkung der Gesundheitssysteme. Beides muss bei der Arbeit des Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM) stärker berücksichtigt werden.

Die Länder der G8 müssen ihre Verantwortung im Dialog mit den afrikanischen Staaten wahrnehmen und Afrika auf seinem Reformkurs weiter begleiten. Dazu zählt auch, dass die G8 ihre Verpflichtungen aus Gleneagles zur Steigerung der ODA umsetzen; wir unterstützen die Bundesregierung in ihren Bemühungen, ihre Zusagen zum ODA-Stufenplan verlässlich umzusetzen. Denn Afrikas Entwicklung ist auch elementar mit unserer eigenen Entwicklung verbunden – wir sind als enge Nachbarn wechselseitig aufeinander angewiesen.

Parteivorstand, 29. Januar 2007

Entwicklungspolitik 2007 – Hoffnungen und Perspektiven konkret umsetzen

1. Wir werden ein positives Afrika-Bild und neues Engagement für diesen Kontinent in Deutschland und Europa während unserer Präsidentschaften voranbringen.
2. Die Reformpartnerschaft zwischen den G8-Staaten und Afrika gilt es weiter zu stärken und die gemeinsame Strategie zwischen der neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD), Afrikanischer Union (AU) und Europäischer Union (EU) voranzubringen.
3. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Entwicklungsländern müssen einen entwicklungsförderlichen Abschluss erbringen.

gen. Die WTO-Entwicklungsrunde muss zu einem für beide Seiten guten Ergebnis kommen.

4. Wir müssen mehr nachhaltige und auch private Investitionen für Afrika aus dem In- und Ausland mobilisieren und dabei gezielt menschenwürdige Arbeit fördern.
5. Zur Wiederauffüllung des globalen AIDS-Fonds (GFATM) ist ein substanzieller Beitrag erforderlich. Gleichzeitig brauchen wir eine strategische Neuorientierung in der HIV/Aids-Bekämpfung mit weiterer Stärkung der Gesundheitssysteme und besonderer Berücksichtigung der Situation von Frauen, Mädchen und Kindern.
6. Gender soll als eigenständiges entwicklungspolitisches Ziel international verankert werden, die politische und wirtschaftliche Teilhabe von Frauen muss gestärkt werden.
7. Wir wollen eine nachhaltige Energieversorgung weltweit voranbringen und dabei die Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien in den Mittelpunkt stellen.
8. Im Klimaschutz gilt es, neue Impulse zu setzen und die Themen Anpassung an den Klimawandel und Schutz der Wälder, der natürlichen Lebensgrundlagen und der Biodiversität prioritär auf der politischen Agenda weltweit zu verankern.
9. Die bisherigen Initiativen zu mehr Transparenz im Rohstoffsektor wollen wir ausbauen.
10. Der Dialog mit den Schwellenländern zur gemeinsamen Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) und zur gemeinsamen globalen Verantwortung muss intensiviert werden.
11. Wir müssen die finanziellen Mittel für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) steigern und verbessern. Das heißt, den ODA-Stufenplan konsequent umsetzen und gleichzeitig die Effektivität und Wirksamkeit der Hilfe verbessern, sowie die Arbeitsteilung und die Komplementarität in der Entwicklungspolitik international voranbringen.

Präsidium, 30. Januar 2007

Gespräch mit Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz

Das Präsidium unter der Leitung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, und Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung ihres Vorsitzenden, Karl Kardinal Lehmann, haben sich am Nachmittag des 29. Januar 2007 im Willy-Brandt-Haus in Berlin zu einem knapp zweistündigen Gespräch getroffen.

Gesprächsthemen waren der Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der SPD, Fragen sozialer Gerechtigkeit und die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, die Familienpolitik sowie Fragen der Migrationspolitik, insbesondere eine humane Bleiberechtsregelung für Geduldete und ihre Familien.

Ein Schwerpunkt der Beratung war die Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm der SPD. Die Bischöfe werteten diese Diskussion auch als Teil einer wichtigen Grundwertedebatte in der Gesellschaft. Sie würdigten, dass den Kirchen, den Prinzipien der katholischen Soziallehre und dem christlichen Menschenbild in dem so genannten „Bremer Entwurf“ ein neuer Stellenwert zukommt, und regten an, die Differenzierung zwischen Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen noch genauer herauszuarbeiten. Beide Seiten vereinbarten, hierzu in Dialog zu treten. Ausdrücklich begrüßten die Bischöfe, dass eine schon frühe kirchliche Forderung, Modelle der Mitarbeiterbeteiligung

am Unternehmenserfolg einzuführen, im Programmentwurf aufgegriffen wurde. Bedauern äußerten sie, dass der kirchliche Beitrag im Bildungsbereich und insbesondere die Bedeutung des Religionsunterrichts für die Wertevermittlung nicht zur Sprache kommen.

Beide Seiten waren sich einig, dass Fragen der sozialen Gerechtigkeit für die Akzeptanz notwendiger Reformen der sozialen Sicherungssysteme eine große Rolle spielen. Die gute Entwicklung der Konjunktur und am Arbeitsmarkt sollte deshalb dazu genutzt werden, um bereits heute erkennbare Gerechtigkeitslücken zu schließen, etwa im Blick auf Langzeitarbeitslose oder Geringqualifizierte. Die SPD unterstrich, dass sie in ihrer Bremer Erklärung konkrete Beschlüsse gefasst hat, wie Langzeitarbeitslosen ein Weg in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden und ein „sozialer Arbeitsmarkt“ für Menschen mit erhöhten Vermittlungshemmnissen geschaffen werden kann. Beide Seiten stimmten überein, dass Eigenverantwortung und Solidarität untrennbar zusammengehören und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Einigkeit bestand darüber, dass Familienpolitik auch angesichts der demografischen Entwicklung noch stärker als Querschnittsaufgabe und in einem vernetzten Zusammenhang mit benachbarten Maßnahmen wahrgenommen werden müsse. Die Erziehungsverantwortung der Eltern sei durch geeignete Angebote zu fördern. Dabei müsse aber die Wahl- und Entscheidungsfreiheit der Eltern in den Bereichen Betreuung, Bildung und Gesundheit, soweit das Kindeswohl nicht gefährdet sei, gewahrt bleiben. Diese Wahlfreiheit müsse durch den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten geschaffen und garantiert werden. Zudem sei der Schutz für gefährdete Kinder zu verbessern.

Im Blick auf die anstehende Änderung des Zuwanderungsrechts wurden von beiden Seiten Vorschläge zurückgewiesen, den Ehegatten nachzug zu erschweren, da dies einen Eingriff in das Grundrecht auf Schutz von Ehe und Familie darstelle. Ausdrücklich forderten die Bischöfe, auch geduldeten Ausländern den Zugang zu Schule, gesundheitlicher Versorgung und gerechter Entlohnung für geleistete Arbeit zu gewährleisten.

Nach dem offenen und konstruktiven Gespräch wurde vereinbart, die gemeinsamen Gespräche auch künftig regelmäßig fortzusetzen.

An dem Gespräch nahmen teil:

SPD-Präsidium:

Ministerpräsident Kurt Beck, Vorsitzender der SPD
 Ute Vogt MdL, stellvertretende Parteivorsitzende und Beauftragte
 des Präsidiums für Kirchen und Religionsgemeinschaften
 Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann,
 stellvertretende Parteivorsitzende
 Hubertus Heil MdB, Generalsekretär
 Bundesministerin Brigitte Zypries MdB
 Parl. Staatssekretärin Karin Kortmann MdB
 Wolfgang Thierse MdB, Bundestags-Vizepräsident,
 Vorsitzender der Grundwertekommission
 und des Kulturforums der Sozialdemokratie
 Kerstin Griese MdB, Beauftragte für Kirchen
 und Religionsgemeinschaften der SPD-Bundestagsfraktion
 Lale Akgün, Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion

Deutsche Bischofskonferenz:

Karl Kardinal Lehmann, Bischof von Mainz,
 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz
 Georg Kardinal Sterzinsky, Erzbischof von Berlin,
 Vorsitzender der Kommission für Ehe und Familie
 Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Erzbischof von Freiburg,
 Vorsitzender des Verwaltungsrates des Verbandes
 der Diözesen Deutschlands

Bischof Dr. Joachim Wanke, Bischof von Erfurt,
 Vorsitzender der Pastoralkommission
 Prälat Dr. Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats
 der deutschen Bischöfe, Berlin
 Pater Dr. Hans Langendörfer SJ, Sekretär
 der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn
 Heiner B. Lendermann, stellv. Leiter des Kommissariats
 der deutschen Bischöfe, Berlin

Parteirat, 26. Februar 2007

Für eine integrierte Klima- und Energiepolitik

Wir erleben gegenwärtig einen erneuten großen Wachstums- und Industrialisierungsschub der Weltwirtschaft. Aber es ist noch nicht entschieden, ob sich die Hoffnung auf Wohlstand und Entwicklung für alle mit dem 21. Jahrhundert verbinden wird oder dieser Schub die Erde an beziehungsweise jenseits der Grenzen ihrer ökologischen Belastbarkeit bringt und globale Verteilungskonflikte ebenso wie der Krieg um Rohstoffe das neue Jahrhundert prägen werden. Aus Gründen internationaler Zusammenarbeit und der Friedenssicherung muss die Ressourcensicherung deshalb in einer Weise erfolgen, die anderen Gesellschaften nicht die für diese ebenso unverzichtbaren Ressourcen nimmt. Das gilt für Energie, Rohstoffe, Wasser- und Bodenfruchtbarkeit.

Eine wesentliche Grundlage weltweiten wirtschaftlichen Wachstums wird auch in Zukunft das ausreichende und bezahlbare Angebot an Energie bilden. Die weltweite Nachfrage nach Energie wird stetig weiter steigen. Die internationale Energie Agentur schätzt, dass die weltweit wachsende Nachfrage nach Energie dazu führen wird, dass sich der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase bis zum Jahr 2050 auf jährlich knapp 60 Gigatonnen verdoppeln wird, wenn wir nicht handeln.

Sicher: Engagierter Klimaschutz kostet Geld, etwa 1 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Sicher ist aber auch: Kein Klimaschutz kostet mehr Geld. Wenn wir nicht gegensteuern, wird der Klimawandel aber unsere wirtschaftliche Entwicklung bedrohen. Sir Nicolas Stern, der frühere Chefvolkswirt der Weltbank, prognostiziert der Weltwirtschaft Schäden zwischen 5 und 20 Prozent des globalen BIP im Falle eines ungebremsten Klimawandels. Die sozialen und ökologischen Schäden durch den Klimawandel werden die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der letzten Jahrzehnte aufzehren, große Flüchtlingsströme und die Ausbreitung von Krankheiten genauso zur Folge haben wie Krieg und Bürgerkrieg um Wasser. Klimaschutz ist deshalb nicht nur eine ökologische Aufgabe, sondern vor allem auch eine ökonomische und sicherheitspolitische Herausforderung.

Wir müssen jetzt handeln – auf nationaler und internationaler Ebene. Die nächsten 10 bis 15 Jahre entscheiden darüber, ob wir die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels noch verhindern können. Wir müssen daher alles daransetzen, dass die globale Erwärmung auf mehr als 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau in diesem Jahrhundert verhindert wird.

Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum sind keine Gegensätze. Je früher wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen werden, desto geringer fallen die Kosten aus. Aktiver Klimaschutz stärkt unsere Wirtschaftskraft, schafft Arbeitsplätze und bietet Unternehmen enorme zusätzliche Exportchancen. Wer auf klimafreundliche Energietechnologien, den effizienten Einsatz von Energie und auf erneuerbare

Energien setzt, hat die Nase vorn im internationalen Standortwettbewerb.

Deshalb brauchen wir

- ambitionierte Klimaschutzziele, die Innovationen anregen,
- Forschung und Technologie sowie ambitionierte Standards für eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz
- den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien,
- die Entwicklung CO₂-freier Energietechniken bei fossilen Energieträgern.

Deutschland und Europa müssen dabei die technologische Vorreiterrolle übernehmen.

- Darum unterstützen wir den Vorschlag der EU, dass die Industrieländer sich im Rahmen der Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls verpflichten, bis 2020 gemeinsam ihre Treibhausgasemissionen um 30 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Deutschland wird dabei einen Minderungsbeitrag von 40 Prozent leisten. Die Initiative der EU, unabhängig vom Ausgang der internationalen Verhandlungen bereits jetzt eine Verminderung der Emissionen in Europa um mindestens 20 Prozent bis 2020 festzuschreiben, ist ein richtiges Signal.
- Deutschland und die EU sollten sich dabei auch zum Ziel bekennen, bis 2050 weltweit 60 Prozent der CO₂-Emissionen von 1990 einzusparen. Dazu ist notwendig, dass die Industriestaaten eine Minderung von 80 Prozent erreichen.
- Wir unterstützen die vorgeschlagenen Maßnahmen, die auf eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz hinwirken, um das Ziel einer Effizienzerhöhung um 20 Prozent bis 2020 zu erreichen. Dazu muss der auf Initiative der SPD in den Koalitionsvertrag aufgenommene Weg des Top-Runner-Prinzips umgesetzt werden, in dem energieeffizienteste Geräte den Standard setzen, an dem alle anderen Geräte gemessen werden und den diese innerhalb weniger Jahre erreichen müssen.
- Wir unterstützen das verbindliche Gesamtziel von mindestens 20 Prozent für den Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch in der EU bis zum Jahr 2020, mit verbindlichen Sektorzielen für Stromerzeugung, Wärmebereitstellung und Kraftstoffe. Das bedeutet auch, dass wir mehr Forschungsmittel für die erneuerbaren Energien bereitstellen müssen.
- Wir unterstützen ein verbindliches Ziel für die Beimischung von mindestens 10 Prozent Biokraftstoffen bis 2020.
- Wir unterstützen gesetzliche Regelungen, die den CO₂-Ausstoß für Pkws bis 2012 auf 120 Gramm CO₂ pro Kilometer differenziert nach Fahrzeugklassen begrenzen. Für die Zeit nach 2012 müssen schon jetzt weitere, noch ambitioniertere Ziele aus Gründen der Planbarkeit vorgegeben werden.

Darüber hinaus

- müssen wir die Kraft-Wärme-Kopplung durch eine Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes deutlich ausbauen. Wir wollen, dass sich der KWK-Anteil bis zum Jahre 2020 auf 25 Prozent verdoppelt,
- streben wir zur Förderung von Effizienzmaßnahmen bei klein- und mittelständischen Unternehmen die Einrichtung eines Energieeffizienzfonds an,
- setzen wir uns für die rasche Einführung des bedarfsorientierten Gebäudeenergiepasses, die Fortführung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms über 2009 hinaus und die Festlegung noch wesentlich anspruchsvollerer Effizienzstandards in der Energieeinsparverordnung ein,
- sollte noch in diesem Jahr ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in Kraft treten, dass die Förderung verlässlich macht und weitere Technologien in die Förderung einbezieht. Wir wollen auch auf diesem Sektor eine deutsche Marktführerschaft erreichen,

- wollen wir die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes dazu nutzen, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Rahmen unserer solaren Ablösungsstrategie noch schneller auszubauen. Bis 2020 ist ein Anteil von mehr als 20 Prozent möglich.

Beim Strom- und Gasbinnenmarkt kommt es darauf an, dass der Zugang für Wettbewerber völlig offen und diskriminierungsfrei ist. Dazu müssen alte Optionen zur Schaffung von mehr Wettbewerb geprüft werden, dazu gehören Maßnahmen wie die stärkere Trennung von Netz- und Kraftwerksbetrieb ebenso wie der Zusammenschluss der europäischen Netzenturen.

Hohe Ölpreise sind auch für die Mobilität von Menschen und Produkten eine Herausforderung. Unser Ziel ist es daher, die Effizienz im Verkehr zu verbessern, neue Technologien zu erforschen und alternative Kraftstoffe voranzutreiben.

Mit der Beimischung von Biokraftstoffen ist ein erster Schritt getan. Darüber hinaus treten wir für die Novellierung der Kraftfahrzeugsteuer ein, damit die Steuer nach dem CO₂-Ausstoß – und damit auch dem Benzinverbrauch – statt dem Hubraum bemessen wird. Wer mehr Sprit verbraucht und damit mehr CO₂ erzeugt, der soll künftig mehr zahlen als derjenige, der weniger Schadstoffe ausstößt. Bei Fahrzeugen mit sehr niedrigen CO₂-Emissionen soll die Kraftfahrzeugsteuer entfallen.

Die Substitution der nicht erneuerbaren Energien muss bei denjenigen Energien vorrangig ansetzen, deren Reserven sich frühzeitig erschöpfen, als bei Erdöl und Erdgas und bei denjenigen, für die wir auf Importe angewiesen sind. Das heißt, dass es unter den fossilen Energieträgern einen Vorrang für die heimische Kohle gibt. Weltweit wird Kohle weiterhin eine wichtige Energiequelle bleiben. Deshalb wollen wir, dass bis spätestens 2015 CO₂-freie Kraftwerke entwickelt werden und die Nutzung dieser Technologie frühzeitig EU-weit

für neue Kraftwerke verbindlich wird. Die Nutzung der Kernenergie hat für uns keine Zukunft. Wir stehen zum Ausstieg aus der Kernenergie – wie 2001 vereinbart. Eine Gesamtlaufzeit, die über die im Energiekonsens vereinbarte hinausgeht, lehnen wir ab.

Wir wollen, dass Europa zur energieeffizientesten Region der Welt wird, und dazu wollen wir in Deutschland unseren Beitrag leisten: Mit Innovationen und modernster Technik mehr Kilometer Fahrleistung pro Liter Sprit, aus jedem Kubikmeter Gas mehr Raumwärme und mehr Nutzen aus jeder Kilowattstunde Strom.

Präsidium, 5. März 2007

Erklärung zum Internationalen Frauentag am 8. März

Im März 1911 riefen Frauen in ganz Europa erstmals zum Internationalen Frauentag auf, um auf ihre politische Situation hinzuweisen und für ihre Rechte zu kämpfen.

Seit dem 19. Jahrhundert hat die SPD gleiche Rechte für Frauen verlangt und sie schrittweise verwirklicht. Das Frauenwahlrecht, der Gleichberechtigungartikel des Grundgesetzes, die Reform des Ehe- und Familienrechts wurden von der SPD durchgesetzt.

Trotz formal gleicher Rechte ist auch im 21. Jahrhundert die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern immer noch nicht erreicht:

Die Frauenerwerbstätigenquote lag in Deutschland Ende 2005 bei 59,6 Prozent. Noch immer ist die Maxime „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ nicht umgesetzt. So lag beispielsweise Ende

2005 der Durchschnittsverdienst einer Arbeitnehmerin im produzierenden Gewerbe/Handel/Kredit- und Versicherungsgewerbe pro Monat um mehr als 20 Prozent unter dem ihres männlichen Kollegen.

Frauen tragen selbst in den Berufen, in denen sie besonders stark vertreten sind, ein hohes Risiko, von Niedriglohn betroffen zu sein. Selbst bei Vollzeitbeschäftigung sind mehr als 30 Prozent der Frauen von Niedriglohn betroffen, der Frauenanteil unter allen Niedriglohnbeschäftigten liegt bei fast 70 Prozent. 43 Prozent der erwerbstätigen Frauen verdienen weniger als 900 Euro.

Auch das Berufs- und Studienfachwahlverhalten von Frauen trägt zu Ungleichheiten bei. Mädchen und junge Frauen haben zwar die besseren Schulabschlüsse, aber Schulabgängerinnen und Studienanfängerinnen konzentrieren sich auf ein enges Spektrum von Ausbildungsberufen und Studienfächern, die häufiger mit geringerem Einkommen und schlechteren Aufstiegsmöglichkeiten und Karrierechancen einhergehen. Im Laufe ihres Berufslebens geraten Frauen selten an die Spitze. Eine Ursache liegt auch in der fehlenden Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter. Noch immer ist eine partnerschaftliche Teilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Müttern und Vätern nicht selbstverständlich – erste Erfahrungen mit dem neuen Elterngeld sind abzuwarten.

Wegen der unterbrochenen Erwerbsbiografien sind die Möglichkeiten für Frauen, eine eigenständige Altersversorgung aufzubauen, deutlich eingeschränkt. Der durchschnittliche Zahlbetrag für Frauen, die eine Versichertenrente bezogen, lag Ende 2005 in den alten Ländern bei 423 Euro (Männer 793 Euro) und in den neuen Ländern bei 655 Euro (Männer 840 Euro), wobei Frauen in den alten Ländern knapp 25 Versicherungsjahre aufweisen konnten, in den neuen Ländern gut 41 Versicherungsjahre.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diskutieren in diesem Jahr intensiv über unser neues Grundsatzprogramm. Die Gleichstellung von Frauen und Männern gehört zu den Grundprinzipien und den Zielen der Sozialdemokratie in Deutschland. Deshalb bleibt der Einsatz für eine geschlechtergerechte Welt eine der zentralen Herausforderungen für die SPD. Dazu hat sich die Partei in ihrem Bremer Entwurf bekannt. Ganz zu Recht erwarten die Frauen im Land, dass im neuen Grundsatzprogramm der SPD die Weichen für eine moderne, zielgerichtete und umfassende Gleichstellungspolitik gestellt werden.

Wir wollen, dass überkommene Rollenmuster und die bisherige Trennung in typische Männer- und Frauenberufe überwunden werden. Mädchen und Frauen müssen in gleicher Weise wie Männer an technische und naturwissenschaftliche Berufsfelder herangeführt werden.

Das Leitbild unserer Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert, der Vorsorgende Sozialstaat, fördert Existenz sichernde Erwerbsarbeit, verhindert Armut und begünstigt eine höhere Erwerbsquote von Frauen.

Erwerbstätigkeit ohne Existenz sicherndes Einkommen für Frauen verfestigt die Rollenfestlegung und verhindert die Gleichstellung - bis ins Alter. Voraussetzung für eine eigenständige Alterssicherung der Frauen sind eine möglichst durchgehende Erwerbstätigkeit mit Existenz sicherndem Einkommen sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen bei Berufszugang und beruflichen Aufstieg. Hierfür sind verbindliche Zielvorgaben für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien erforderlich.

Gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden – das gilt besonders für die Arbeit von Frauen.

Um in Würde zu arbeiten, bedarf es auch fairer Arbeitsbedingungen und effektiven Schutzes vor Diskriminierung und sexueller Belästigung.

Unsere Gesellschaft muss das partnerschaftliche Leitbild der gemeinsamen Familienarbeit und gleichzeitiger Berufstätigkeit für Mütter und Väter ermöglichen. Auch elternfreundliche Arbeitszeiten und

verlässliche pädagogische hochwertige Ganztagsangebote für Kinder aller Altersstufen sind hierfür Voraussetzungen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – unsere Grundwerte – bedeuten in diesem Sinne: Es gibt keine Freiheit und Gleichheit, die Frauen ausschließt. Gerechtigkeit muss nicht nur immer wieder und in jeder Lebensphase Chancengleichheit für beide Geschlechter herstellen, sondern auch zu einer Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen führen. Ohne Solidarität zwischen den Geschlechtern wird es keine Solidarität in der Gesellschaft geben.

Die SPD steht für eine moderne Gleichstellungspolitik im 21. Jahrhundert. Das neue SPD-Programm muss den Lebensentwürfen von Frauen und Männern mit veränderten Vorstellungen von Beruf und Familie gerecht werden.

Die Programmdebatte – ernst und sensibel geführt – wird Frauen gewinnen, die sich mit uns engagieren und für die Gleichstellung der Geschlechter eintreten wollen.

Präsidium, 5. März 2007

Die Arbeitsbedingungen verbessern – den Rentenzugang flexibilisieren

1. Der Demographische Wandel hat Auswirkungen auch auf die Betriebe und das Arbeitsleben. Angesichts eines zukünftig zurück gehenden Erwerbspersonenpotenzials halten wir eine Anhebung des Renteneintrittsalters für eine notwendige Maßnahme, um den Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen durch eine höhere Beschäftigungsquote Älterer auszugleichen. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ihre Erfahrungen und Qualifikationen in deutlich größerem Maße als bisher im Erwerbsleben einbringen können, wenn das bisherige Wohlstandsniveau unserer Gesellschaft erhalten bleiben soll.

2. Daher ist für uns klar: Die Anhebung des Renteneintrittsalters muss aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen von der tatsächlichen Möglichkeit zum längeren Verbleib im Erwerbsleben begleitet werden. Dementsprechend heißt es im Koalitionsvertrag: „Zu Beginn des nächsten Jahrzehnts wird der Gesetzgeber darüber zu befinden haben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer vertretbar ist und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können“.

Die „Initiative 50plus“, die fortlaufende Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten, eine vorausschauende Personalpolitik, altersgerechte Arbeitsbedingungen, eine Humanisierung der Arbeitswelt und eine gesundheitschonende Gestaltung der Arbeitsplätze sind eine notwendige Voraussetzung, um durch eine bessere Qualität der Arbeit die Beschäftigungsquote Älterer zu erhöhen.

3. Die Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer und die Ermöglichung flexibler Rentenzugänge sind dabei kein Widerspruch, sondern bedingen einander:

Wir wollen, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen die Möglichkeit haben, den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit ihrem gesundheitlichem Leistungsvermögen anzupassen. Hierzu wollen wir flexible Möglichkeiten eröffnen und Freiraum für individuelle Lösungen schaffen.

4. Über die bereits vorhandenen bzw. mit der „Initiative 50plus“ angestrebten Möglichkeiten hinaus, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und flexible Ausstiege aus dem Erwerbsleben zu schaffen, wollen wir auf Grundlage des in der Arbeitsgruppe Arbeit + Soziales beschlossenen Eckpunktepapiers eine grundsätzliche Diskussion über innovative Ansätze in den Bereichen Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung, Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Rente führen.

Wir werden daher unter Beteiligung von Expertinnen und Experten aus Praxis und Wissenschaft eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Partei und Bundestagsfraktion einrichten, die die dort beschriebene Idee konkretisieren soll.

5. Die Arbeitsgruppe formuliert ein Eckpunktepapier, in dem die Möglichkeiten, wie die Arbeitsbedingungen verbessert und der Rentenzugang flexibilisiert werden kann, beschrieben sind.

Auf dieser Grundlage werden wir anschließend vor Ort Gespräche mit Unternehmen, Betriebsräten, Tarifvertragsparteien, Wohlfahrtsverbänden und weiteren Expertinnen und Experten führen, um deren Anregungen und Ideen aufzunehmen.

Bis Ende des Jahres 2007 werden wir das abschließende Konzept beschließen.

Parteivorstand, 26. März 2007

Abrüstung stärken – neue Aufrüstung verhindern

Wir legen unserer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik einen kooperativen Sicherheitsbegriff zugrunde, der neben militärischer Vorsorge auf Dialog, Diplomatie, Abrüstung, Prävention sowie nachhaltige und faire Globalisierung setzt.

Auch bei notwendigen militärischen Einsätzen legen wir unseren umfassenden Sicherheitsbegriff zu Grunde. Nachhaltige Konfliktlösung kann nur im Rahmen eines politischen Gesamtkonzepts erreicht werden, das ökonomische und entwicklungspolitische Aspekte einschließt. Aus diesem Grund unterstützen wir die Mittelaufstockung für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan, die insbesondere Frank-Walter Steinmeier und Heidi Wiecek-Zeul durchgesetzt haben. Deutschland ist schon jetzt der viertgrößte Geber von Wiederaufbauhilfe für Afghanistan. Wir werben dafür, dass der zivil-militärische Ansatz in der NATO einen höheren Stellenwert erhält.

Zu der engen Partnerschaft innerhalb der EU und NATO gibt es keine Alternative. Wir teilen gemeinsame Werte und haben gegenseitige Verantwortung übernommen. Gemeinsam mit unseren Partnern setzen wir auch auf Kooperation mit Staaten, die nicht in der EU oder in der NATO sind. Der strategischen Partnerschaft mit Russland kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Nur gemeinsam mit Russland werden wir die drängenden internationalen Probleme lösen können. Wir wollen enge Bindungen zum russischen Volk, das sich frei und selbstbestimmt entwickeln muss.

Die Frage der Abrüstung ist eine zentrale Zukunftsfrage für unseren Planeten. Wir stehen an einem Scheideweg: entweder es gelingt uns, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern oder es ist eine Frage der Zeit, wann auch nicht-staatliche Akteure in den Besitz dieser Waffen kommen werden.

Die Fortschritte im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche über Nordkorea sind zu begrüßen. Die getroffenen Vereinbarungen müssen jetzt zügig umgesetzt werden. Hierbei spielen auch die EU und die deutsche EU-Präsidentschaft eine wichtige Rolle. Der Wandel der

amerikanischen Politik hin zu bilateralen Gesprächen, wirtschaftlichen Anreizen und Sicherheitsgarantien sollte auch im Fall Irans Wirkung zeigen.

Die internationale Gemeinschaft hat zu Recht ein Signal an den Iran ausgesendet, dass sein Verhalten in der Atomfrage nicht hinnehmbar ist. Europa ist zusammen mit den Vereinigten Staaten, China und Russland mit konkreten Vorschlägen weite Wege gegangen und hat dem Iran Brücken gebaut. Wir erwarten hierauf eine konstruktive Antwort. Militärische Optionen im Iran-Konflikt schließen wir aus.

Sicherheit kann nur gemeinsam mit unseren EU- und NATO-Partnern erreicht werden. Eine enge Konsultation bei strategischen Fragen ist dringend erforderlich. Die Diskussion über eine neue Raketenabwehr, die auch in Europa stationiert werden soll, ist eine solche strategische Frage.

Nur durch intensive Konsultationen sind Missverständnisse vermeidbar. Während die Vereinten Staaten von Amerika auf den defensiven Charakter der neuen Raketenabwehr hinweisen, die sich nicht gegen Russland richtet, hat die russische Regierung eine mögliche Stationierung als Bedrohung bezeichnet und Gegenmaßnahmen angekündigt. Diese unterschiedlichen Positionen müssen aufgearbeitet und auch im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Interessen Europas in Einklang gebracht werden. Dafür bedarf es eines offenen und vertrauensvollen Austausches zwischen der NATO und Russland. Neben sicherheitspolitischen Erfordernissen und der technischen Machbarkeit des geplanten Abwehrsystems dürfen abrüstungspolitische Folgen nicht außer Acht gelassen werden. Die SPD lehnt einen neuen Rüstungswettlauf ab.

Die dramatische Steigerung einiger nationaler Rüstungshaushalte lehnen wir ab. Vielmehr setzen wir uns dafür ein, Abrüstung wieder auf die europäische und internationale Tagesordnung zu setzen und sie erneut zu einem Ordnungsprinzip in den internationalen Beziehungen zu machen.

- Wir halten an der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest (atomar, biologisch, chemisch) und treten nachdrücklich für das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt ein. Wir wollen auch regionale Abrüstungsinitiativen, vor allem in Konfliktregionen voranbringen, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten.
- Wir wollen weder eine neue Rüstungsspirale durch Modernisierung vorhandener Waffensysteme noch eine Gefährdung bestehender Abrüstungsvereinbarungen.
- Wir fordern vielmehr die Stärkung vertragsgestützter internationaler Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime, Multilaterale Verträge setzen den richtigen Rahmen zur Lösung von Konflikten mit globaler Dimension.
- Deshalb wollen wir die konsequente Umsetzung beider Seiten des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages: Nicht nur Nichtverbreitung sondern ebenso weitere Abrüstung! Der Vertrag verpflichtet die Staaten, die keinen offiziellen Atomwaffen-Status haben, auch keinen Besitz von Atomwaffen anzustreben und gleichzeitig sind die offiziellen Atommächte aufgerufen, ihre atomaren Arsenale abzubauen.
- Wir setzen uns für die Stärkung der internationalen Nichtverbreitungsorganisationen ein, insbesondere der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien und der Organisation für das Verbot der Chemiewaffen (OVCW) in Den Haag.
- Wir treten ebenso für die Stärkung der konventionellen Abrüstung ein: Bei der Kontrolle von kleinen und leichten Waffen und ebenso bei dem Ziel, bis 2008 einen Vertrag über das Verbot des Einsatzes, der Produktion, Weitergabe und Lagerung von besonders grausamer Streumunition abzuschließen.
- Wir sind einer restriktiven Rüstungsexportpolitik verpflichtet.

Parteivorstand, 26. März 2007

Mehr Chancengleichheit durch verbessertes BAföG

Das BAföG ist eine tragende und unersetzliche Säule der Studienfinanzierung. Durch das BAföG wurde in den letzten 35 Jahren die Chancengleichheit im Bildungssystem maßgeblich verbessert, es ermöglicht breiten Schichten den Zugang zur Hochschule. Ohne diese Form der Studienfinanzierung wäre die soziale Selektion im Bildungssystem noch viel gravierender, als sie heute schon ist. Der SPD-Parteivorstand bekennt sich daher ausdrücklich zum Erhalt des BAföG in seiner derzeitigen Struktur.

Die SPD-geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder hat wichtige Schritte zur Verbreiterung des Empfängerkreises des BAföG eingeleitet und damit dem BAföG wieder einen sozialen Stellenwert gegeben, der unter Bundeskanzler Helmut Kohl gänzlich unter die Räder gekommen war. Im Koalitionsvertrag mit CDU/CSU hat die SPD durchgesetzt, dass diese wichtige Säule der Studienfinanzierung erhalten bleibt. Seit 2001 aber ist das BAföG nicht mehr an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst worden. Es ist damit faktisch gesunken. Diese Belastungen betreffen insbesondere Studierende aus einkommensschwächeren Schichten. Studieninteressierte aus diesen Schichten werden deshalb vom Studium abgeschreckt. Diese Entwicklung ist nicht nur aus Gründen der Chancengleichheit bedenklich, sondern gefährdet auch das Ziel der Bundesregierung, die Studierendenquote auf 40 Prozent eines Altersjahrgangs zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen insbesondere Kinder aus einkommensschwächeren Schichten und dem Mittelstand für ein Studium motiviert werden, dazu ist das BAföG ein entscheidendes Instrument. In den vergangenen beiden Jahren ist die Zahl der Studienanfänger jedoch bereits gesunken. Damit waren auch zusätzliche Belastungen für den Ausbildungsmarkt verbunden.

Der SPD-Parteivorstand begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, das BAföG in einigen wichtigen Punkten zu verbessern. Durch die Einführung eines Kinderbetreuungszuschlags wird die Verbindung von Studium und Kindererziehung erleichtert. Durch eine Ausdehnung der Förderung des Auslandsstudiums wird die Möglichkeit, internationale Erfahrungen zu sammeln auch für Studierende aus einkommensschwächeren Schichten sichergestellt. Durch eine verbesserte Anspruchsmöglichkeit für Migrantinnen und Migranten wird auch dieser Personengruppe ein Studium ermöglicht. Darüber hinaus spricht sich der SPD-Parteivorstand für eine Anpassung des BAföG an die allgemeine Einkommens- und Preisentwicklung zum Wintersemester 2008/9 aus. Durch eine Erhöhung der Einkommensfreibeträge wird das BAföG für mehr Studierende gerade aus den Mittelschichten geöffnet. Durch eine spürbare Erhöhung der Bedarfssätze wird die Finanzierung eines Studiums ohne die Notwendigkeit einer zusätzlichen Erwerbsarbeit sichergestellt. Das verkürzt auch die Studienzeiten. Eine Anpassung des BAföG ist eine Investition in die Zukunftschancen junger Menschen. Für die SPD ist die Sicherstellung von Chancengleichheit im Bildungssystem eine der zentralen Herausforderungen. Deshalb ist eine Anpassung des BAföG unabdingbar.

Der SPD-Parteivorstand begrüßt, dass die SPD-Bundestagsfraktion eine Erhöhung der Einkommensfreibeträge und der Bedarfssätze im BAföG zum Wintersemester 2008/09 erreichen will.

Parteivorstand, 23. April 2007

Sicherheit und Bürgerrechte – Für eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß

Das berechtigte Sicherheitsinteresse der Menschen zu wahren und zu schützen, ist zentrale Herausforderung und Aufgabe des Staates.

Die SPD-geführte Bundesregierung hat auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 konsequent und mit Augenmaß reagiert. Die Bundesrepublik ist in der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr gut aufgestellt, um auf die unverändert hohe weltweite Terrorbedrohung reagieren zu können.

Die SPD hat dafür gesorgt und wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass trotz angespannter sicherheitspolitischer Weltlage die Menschen in Deutschland sicher sind und sich auch sicher fühlen. Dabei haben wir mit Augenmaß auf effektive rechtsstaatliche Mittel gesetzt.

Jede zusätzliche Forderung nach neuen Maßnahmen oder schärferen Gesetzen muss nicht nur dahin gehend geprüft werden, ob sie tatsächlich mehr Sicherheit bringen könnten, sondern sie müssen auch mit den Grundwerten unserer bewährten Verfassung vereinbar sein.

Die SPD ist die Partei der inneren Sicherheit und der Bürgerrechte.

Der SPD-Parteivorstand lehnt eine Politik ab, die Ängste schürt, um sich auf Kosten der Freiheitsrechte zu profilieren. Auch die Forderung nach dem Einsatz der Bundeswehr für polizeiliche Aufgaben im Inneren untergräbt die Glaubwürdigkeit einer Sicherheitspolitik, die auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit abstellt.

Sicherheit und Bürgerrechte sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Das eine wie das andere schützen wir. Wir halten unbedingt und unbeirrt an unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsprinzipien fest. Das ist das erste Gebot der geistigen Abwehr von Extremismus und Terrorismus. Die Grundrechte und die grundlegenden Prinzipien des Rechtsstaates sind keine Variablen, die je nach Belieben uminterpretiert werden können.

Parteivorstand, 23. April 2007

Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik – Für ein nationales Aktionsprogramm

I. Energiepolitik ist der Schlüssel zum Klimaschutz

Die Ergebnisse der internationalen Wissenschaft sind eindeutig. Wir erleben einen Wandel des Weltklimas und eine Steigerung der Temperaturen auf unserer Erde, die bereits heute für viele Menschen gefährliche Ausmaße angenommen hat: Ausbreitung der Wüsten und Dürrekatastrophen in Afrika ebenso wie Überflutungen und Hurrikans in anderen Teilen der Welt. Das Abschmelzen der Gletscher gefährdet nicht nur küstennahe Städte und Regionen, sondern bedeutet auch den Verlust großer Trinkwasserreservoirs. Besonders betroffen sind die

ärmsten Länder der Welt. Verantwortlich für diesen Klimawandel dagegen ist der weltweit überhöhte Energieverbrauch in den Industrieländern auf der Grundlage fossiler Energieträger. Die dabei entstehenden Kohlenstoffemissionen sind die wichtigste Ursache der globalen Erderwärmung. Hinzu kommen klimaschädliche Emissionen aus Industrieprozessen, der Landwirtschaft sowie die zunehmende Entwaldung der tropischen Regenwaldregionen.

Um diese Folgen der Erderwärmung in Grenzen zu halten, die uns eine weltweite Anpassung an den Klimawandel ermöglichen, muss die Konzentration von kohlenstoffhaltigen und anderen Treibhausgasen in der Erdatmosphäre stabilisiert und damit der Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts auf maximal 2 Grad Celsius (gegenüber der vorindustriellen Zeit) begrenzt werden (Temperaturanstieg heute: 0,6 Grad Celsius). Da einmal emittierte Treibhausgase Jahrzehnte in der Atmosphäre verbleiben, ist eine schnelle und weltweite Begrenzung der Emissionen erforderlich. Nur wenn bis zum Jahr 2020 eine Senkung in den Industriestaaten um mindestens 30 Prozent (gegenüber dem Jahr 1990) und bis zum Jahr 2050 weltweit um mindestens 50 Prozent gelingt, kann die Erwärmung der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts auf 2 Grad Celsius gehalten werden. Die Klimaschutzverpflichtungen für Industriestaaten wie Deutschland sind dann naturgemäß noch höher.

II. Der Klimawandel ist mehr als eine ökologische Gefahr.

Gelingt diese Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre nicht, drohen dramatische Konsequenzen schon in den nächsten Jahren, vor allem aber für unsere Kinder, Enkelkinder und nachfolgende Generationen. Dabei ist diese Erderwärmung nicht nur eine ökologische Bedrohung, sondern vor allem auch eine ökonomische. Sie gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand in allen Teilen der Erde. Die Berechnungen des früheren Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, zeigen unmissverständlich: Während Investitionen in den Schutz des Klimas und in die Begrenzung der Erderwärmung lediglich bis zu einem Prozent des weltweiten Sozialproduktes pro Jahr kosten und sogar noch wirtschaftliches Wachstum verstärken können, belaufen sich die Kosten der unbremsten Erderwärmung auf bis zu 20 Prozent des weltweiten Sozialproduktes.

Der Klimawandel ist deshalb weit mehr als eine ökologische Gefahr. Er ist vor allem auch eine Gefahr für Frieden, Sicherheit und Stabilität auf der Erde. Krieg und Bürgerkrieg um Wasser sowie große Flüchtlingsbewegungen sind unter den Bedingungen einer weiter ansteigenden Erderwärmung eine sehr reale Gefahr.

Vor diesem Hintergrund sind internationale und nationale Vereinbarungen und Maßnahmen zum Klimaschutz dringend erforderlich. Da die Industriestaaten die Verantwortung für den aktuell bereits stattfindenden Klimawandel tragen, sind sie besonders zur Vorreiterrolle im Abbau der Treibhausgasemissionen aufgefordert. Zudem haben vor allem sie die technologischen Voraussetzungen, um wirtschaftliches Wachstum, ökonomischen Erfolg und einen erfolgreichen und ambitionierten Klimaschutz in Einklang zu bringen.

Aufgrund der wirtschaftlichen Dynamik und des Bevölkerungsreichtums sind es allerdings vor allem die großen Entwicklungsländer, die in den kommenden Jahren ihre Treibhausgasemissionen schneller steigern könnten, als in den Industrienationen bisher an Minderung vorgesehen ist. Dabei werden die Pro-Kopf-Emissionen dieser Länder wie Indien, China und Brasilien dann immer noch deutlich unter denen der Industrieländer rangieren. Trotzdem wird ohne eine Beteiligung dieser großen Entwicklungsländer bei gleichzeitiger Vorbildfunktion und Technologietransfer der Industriestaaten Klimaschutz nicht erfolgreich sein können.

III. Die europäischen Ziele

Die Europäische Kommission und der Europäische Rat haben diese weltweite Herausforderung angenommen und entscheidende Beschlüsse für den Schutz des Weltklimas und für eine nachhaltige Energiepolitik in Europa gefasst:

- Unilateraler Abbau der Treibhausgasemissionen in Europa um mindestens 20 Prozent bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu den Emissionen des Jahres 1990.
- Den Willen und die Bereitschaft Europas zu noch stärkeren Verringerungen der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2020 und um 60–80 Prozent bis 2050, wenn diese Ziele in internationalen Verhandlungen weltweit vereinbart werden.
- Steigerung der Energieeffizienz in Europa um 20 Prozent bis 2020 gegenüber dem Business-as-Usual-Szenario.
- Ausbau der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent Anteil am Primärenergiebedarf im europäischen Durchschnitt.

IV. Deutschland braucht ein nationales Aktionsprogramm zum Klimaschutz.

Deutschland hat als größter Verursacher von Treibhausgasemissionen in der EU eine besondere Verantwortung für den nachhaltigen Erfolg dieser Beschlüsse. Der SPD-Parteivorstand fordert deshalb die Bundesregierung auf, ein nationales Aktionsprogramm zur konkreten Umsetzung des europäischen Klimaschutz- und Energiepakets vorzulegen. Die Nutzung der Kernenergie hat für uns keine Zukunft. Wir stehen zum Ausstieg aus der Kernenergie - wie 2001 vereinbart. Eine Gesamtlaufzeit, die über die im Energiekonsens vereinbarte hinausgeht, lehnen wir ab.

Dieses nationale Klimaschutz- und Energieprogramm muss folgende Ziele erreichen:

- Senkung der Treibhausgasemissionen Deutschlands um 40 Prozent bis zum Jahr 2020, um den europäischen Durchschnitt einer 30-prozentigen Absenkung zu gewährleisten. (Dieses deutsche Ziel entspricht auch dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. 11. 2006.)
- Steigerung der Energieeffizienz von jährlich einem Prozent auf drei Prozent, um das europäische einer 20-prozentigen Steigerung bis zum Jahr 2020 und das weitergehende deutsche Ziel im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zur Verdopplung der Energieproduktivität im Jahr 2020 gegenüber 1990 zu erreichen. (Dies entspricht auch den Zielen der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU/CSU.)
- Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergiebedarf in Deutschland von heute 5,3 Prozent auf mindestens 16 Prozent im Jahr 2020, um das europäische Durchschnittsziel von 20 Prozent bis 2020 zu ermöglichen. Dazu sind deutliche Zuwächse in den einzelnen Bereichen Stromerzeugung, Wärmebereitstellung und Mobilität gegenüber dem Trend erforderlich. Bis 2050 soll der Anteil der Erneuerbaren Energien in Deutschland dann auf mindestens 50 Prozent steigen.

V. Eine Ökologische Industriepolitik.

Die Realisierung dieser Ziele ist vor allem eine technologische Herausforderung. Effizientere Energieerzeugung, effizienterer Energieverbrauch und die schrittweise Umstellung der Energieproduktion auf erneuerbare Energieträger erfordern neue Technologien und neue Infrastrukturen. Sie sind zugleich eine enorme Chance für eine größere Unabhängigkeit Deutschlands von Energieimporten und ihrer Preisentwicklung sowie für den Export moderner Energietechnologien weltweit. Diese Herausforderungen sind die Basis für unsere Ökologische Industriepolitik.

Bereits heute finden allein im Bereich der erneuerbaren Energien mehr als 214.000 Menschen eine qualifizierte und zukunftssichere Beschäftigung, bis 2020 können sogar 500.000 Jobs in dieser Branche entstehen. Außerdem sind allein im letzten Jahr 265.000 Wohnungen und Eigenheime mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm erneuert worden. Wir haben damit Investitionen in Höhe von 11 Milliarden Euro ausgelöst und rund 900.000 Tonnen CO₂-Ausstoß dauerhaft jährlich vermieden. Jede investierte Milliarde Euro sichert und schafft 25.000 Arbeitsplätze im Handwerk und bei Baudienstleistungen. Unsere Ökologische Industriepolitik trägt so zu beiden Zielen, Klimaschutz und Vollbeschäftigung, gleichermaßen bei.

Die zentrale Aufgabe politischen und staatlichen Handelns ist es, die notwendigen Rahmenbedingungen für eine schnelle und wettbewerbsfähige Entwicklung neuer Technologien in der Produktion und im Verbrauch von Energie zu schaffen und auszubauen. Das Ziel ist der Umbau der gesellschaftlichen Energiebasis durch unsere Ökologische Industriepolitik.

Notwendig ist auch, unser Alltagsleben klimafreundlicher zu gestalten. Dazu sollen eine breit aufgestellte Information der Öffentlichkeit, eine ausgebauten Energieberatung und Transparenz bei der Klimafreundlichkeit von Produkten und Dienstleistungen beitragen.

Dafür wollen wir einen staatlichen Rahmen setzen, der auf marktwirtschaftliche Anreize wo möglich und auf Ordnungspolitik wo nötig für die Durchsetzung effizienter und erneuerbarer Energietechnologien setzt. Für uns stehen daher die Steigerung der Investitionen in Forschung und Technologie, mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt, attraktive Marktanreizprogramme sowie befristete steuerliche Anreize im Vordergrund. Mit Ordnungsrecht ergänzen wir das Marktsystem, wo die Marktakteure zu langsam handeln. Zum Beispiel muss die Politik für mehr Tempo bei Effizienzstandards sorgen, den rechtlichen Rahmen für einen schnelleren Umbau zu einem klimafreundlicheren Energiesystem schaffen und deren Umsetzung auch kontrollieren.

Der SPD-Parteivorstand wird sich gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion in den nächsten Wochen intensiv an der Diskussion über ein nationales Aktionsprogramm Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung beteiligen. Zu zahlreichen notwendigen Klimaschutzinstrumenten werden wir bis zum Sommer konkrete Gesetzentwürfe, Eckpunkte und Entschließungsanträge vorlegen. Gemeinsames Leitmotiv wird dabei unser Ansatz einer Ökologischen Industriepolitik sein.

- Wir stärken die öffentlichen und privaten Investitionen.
- Wir stärken die Zielgenauigkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik.
- Wir entwickeln neue Angebote für Personengruppen, die besondere Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben.

Wir wollen, dass möglichst viele Menschen von dem wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Wir wollen mehr Arbeit, weniger Arbeitslosigkeit. Wir orientieren uns dabei am Leitbild der guten Arbeit.

Das Arbeitsleben ist von einer größeren Vielfalt der Erwerbsformen gekennzeichnet. Chancen auf mehr Selbstbestimmung und persönliche Freiräume einerseits steht größerer Druck und wachsende soziale Unsicherheit entgegen. Der rechtliche Schutz der Arbeit muss deshalb in besonderem Maße gewährleistet sein. Mehr Flexibilität darf nicht zu mehr prekären Arbeitsverhältnissen führen. Gerade junge Menschen brauchen Planungssicherheit und Perspektive.

Der Wandel der Arbeitsgesellschaft ist gestaltbar. Jeder Mensch muss in Würde arbeiten können. Wir erhalten die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die gesetzliche Absicherung der Mitbestimmung auf gleicher Augenhöhe. Wir verteidigen die Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag. Der gesetzliche Kündigungsschutz steht für uns nicht zur Disposition.

Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten zu Recht, angemessen am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt zu werden.

Gerechter Lohn heißt auch: Lohndumping verboten. Deshalb wollen wir auch in unserem Land endlich Mindestlöhne durchsetzen.

Wir rufen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei dazu auf, gemeinsam mit den Gewerkschaften am 1. Mai 2007 zu demonstrieren: für gute Arbeit und gerechte Löhne. Wir wollen, dass der Aufschwung allen zu gute kommt.

Präsidium, 4. Juni 2007

„Neue Energie – Sozialdemokratische Energie- und Klimapolitik für das 21. Jahrhundert“

1. Das magische Viereck gestalten – Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, Versorgungssicherheit

Die nationale, europäische und internationale Energiepolitik ist an einer Weggabelung angekommen. 2007 ist ein Schlüsseljahr für die Energie- und Klimapolitik national, europäisch und international. Sowohl auf nationaler Ebene im Energiegipfel-Prozess, auf europäischer Ebene bei den Beratungen zum „Energiepaket“ der Kommission als auch auf G8-Ebene spielt die Energiepolitik die zentrale Rolle. Es geht dabei um nichts weniger als die Frage, wie wir unsere Energieversorgung völlig neu gestalten, um einer 3-fachen Herausforderung zu begegnen:

- dem Klimawandel,
- der Ressourcenknappheit und
- einer nachhaltig orientierten wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgen das klare Ziel, unsere Energieversorgung sicher, effizient und umwelt- sowie

Parteivorstand, 27. April 2007

Aufruf zum 1. Mai 2007: Gute Arbeit – Gerechte Löhne – Aufschwung für alle

Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellt die Kundgebungen des diesjährigen 1. Mai unter das Motto: „Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Sicherheit. Gute Arbeit.“

Unser Land befindet sich im Aufschwung. Die Wirtschaft wächst, die Beschäftigung nimmt zu, die Arbeitslosigkeit sinkt deutlich. Das sind gute Nachrichten. Dies ist ein Erfolg sozialdemokratischer Regierungsverantwortung.

Es gibt aber keinen Grund, sich auf diesen Erfolgen auszuruhen. Unser zentrales Ziel ist die deutlichere Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Unsere Politik zielt auf stetiges Wachstum, denn nur so kann ein hohes Beschäftigungsniveau gesichert werden.

klimafreundlich zu gestalten. Das bedeutet nichts weniger als eine grundlegende Neuausrichtung der Energiepolitik. Nur eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energieträgern, kombiniert mit dem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, kann die ökonomisch und ökologisch notwendige Trendwende bringen. Hierfür sind Innovationen, neue rechtliche Rahmenbedingungen und neue Institutionen dringend erforderlich.

Schon jetzt ist klar, dass diese Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik gegen den Widerstand wirtschaftlicher und politischer Einzelinteressen durchgesetzt werden muss. So wird einerseits jede nur sich bietende Gelegenheit missbraucht, um zu fordern, dass vor allem die ältesten und anfälligsten Atomkraftwerken längere Laufzeiten erhalten sollen. Andere versuchen die Ziele „Umweltverträglichkeit“ und „Wirtschaftlichkeit“ in der Energieversorgung gegeneinander auszuspielen und sowohl die Steigerung der Energieeffizienz als auch den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Frage zu stellen.

An Bekenntnissen für mehr Klimaschutz und eine neue Energiepolitik ist derzeit kein Mangel. Jetzt geht es darum, konkrete Maßnahmen für mehr Effizienz und mehr Erneuerbare Energien zu vereinbaren und in die Tat umzusetzen.

Es wird Aufgabe der SPD sein, dafür zu sorgen, dass die in diesem Jahr zu beschließende Klimaschutzstrategie und die Nationale Energiestrategie 2020 ein zukunftsgerichtetes, nachhaltiges Programm wird. Uns geht es darum, unsere Wirtschaft auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Durch eine offensive Innovationspolitik für Zukunftstechnologien wollen wir dafür sorgen, dass Deutschland Vorreiter auf den ökologischen Märkten wird. Damit schaffen wir Wachstum und Beschäftigung in einem Markt, der weltweit an Bedeutung gewinnen wird.

Deutschland braucht eine Neuausrichtung seiner Klima- und Energiepolitik. Das ist sowohl unter ökonomischen wie ökologischen Gesichtspunkten eine der zentrale Aufgaben der nächsten Jahre. Dabei stehen Umwelt- und Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Versorgungssicherheit in keinem Widerspruch. Im Gegenteil sie bedingen und schaffen neue Chancen für Ökonomie und Ökologie:

Klimaschutz ausbauen

Wir wollen die ehrgeizigen Klimaschutzziele für Deutschland und Europa durch neue, innovative Technologien erreichen. Deutschland muss Vorreiter bei einer konsequenten Klimaschutzpolitik bleiben. Es ist unser Ziel, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Alarmismus, Wachstums- und Technikskeptizismus sind dafür kein Weg. Es geht darum, in den Industrieländern den Übergang in die kohlenstofffreie Energie durchzusetzen und gleichzeitig durch Technologietransfer den Entwicklungs- und Schwellenländern den direkten Einstieg in die neuen Energieformen zu ermöglichen.

Wettbewerbsfähigkeit stärken

Energiepolitik muss den Preisanstieg am Energiemarkt dämpfen. Mehr Wettbewerb, mehr Marktteilnehmer und eine größere Kapazität durch eine Erneuerung des Kraftwerksparks verhindern überzogene Strom- und Gaspreise. Die Steigerung der Energieeffizienz senkt die Kostenlast für Strom und Wärme in privaten Haushalten und Unternehmen. Die konsequente, an der Marktreife der Technologien orientierte Förderung der Erneuerbaren Energien hilft ebenfalls Preise zu senken: durch den Ersatz alter und unproduktiver, teurer fossiler Kraftwerke. Schon in wenigen Jahren wird Strom aus erneuerbaren Energien günstiger sein als Strom aus fossilen Energieträgern.

Innovationskraft steigern

Der intelligente Umgang mit Energie und Ressourcen wird immer stärker zu einer entscheidenden Kennziffer für eine erfolgreiche Wirtschaft werden. Schon heute nimmt Deutschland bei den Effizienztech-

nologien und beim Ausbau der Erneuerbaren Energien eine Spitzenstellung ein. Daraus ergeben sich große Chancen für Wachstum und Beschäftigung, denn diese Technologien haben bereits heute eine weltweit hohe Nachfrage. Es wird geschätzt, dass allein bei den Erneuerbaren Energien die weltweiten Investitionen von heute gut 40 Mrd. € bis zum Jahr 2020 auf 250 Mrd. € jährlich steigen und diese Branche in der Lage ist, andere innovative Bereiche wie z.B. die Halbleiterindustrie noch zu überflügeln.

Deutschland muss außerdem seine Spitzenstellung bei modernsten Kohletechnologien ausbauen. Deshalb unterstützen wir „Clean-Coal-Technologien“ mit dem Ziel, dass in Deutschland erste industrielle CO₂-freie Kohlekraftwerke bis 2015 entstehen. Die Kraftwerksbetreiber befinden sich dort in einer Bringschuld.

Notwendig ist eine deutliche Ausweitung der staatlichen und privaten FuE Aktivitäten. Der Trend der letzten Jahre die FuE Ausgaben für Energieforschung zu halbieren muss umgedreht werden. In Europa und Deutschland wollen wir die FuE Ausgaben bis 2012 verdoppeln.

Versorgungssicherheit garantieren

Versorgungssicherheit muss über die Sicherung der internationalen Bezugsquellen hinausgehen. Erneuerbare Energien als heimische Energieträger leisten einen stetig steigenden Beitrag zur Versorgungssicherheit. Auch die konsequente Steigerung der Energieeffizienz vermindert die Nachfrage und reduziert die Abhängigkeit von Energieimporten. Die zunehmende Verbreitung von Erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien auch in anderen Teilen der Welt hat zudem ebenfalls nachfragedämpfende und damit die Versorgungssicherheit erhöhende Wirkung. Wir müssen zudem eine konsequente gemeinsame europäische Energieaußenpolitik aufbauen.

2. Der weltweite Energiemarkt verändert sich

Der globale Energiemarkt wird durch sechs zentrale Trends beeinflusst. Sie bestimmen die Rahmenbedingungen für jede zukunftsgerichtete Klima- und Energiepolitik:

Der Klimawandel beschleunigt sich

Die in diesem Jahr vorgelegten Sachstandsberichte des internationalen Klimawissenschaftlergremiums IPCC haben deutlich gemacht, dass der menschengemachte Klimawandel bereits Realität ist – seit Beginn der Industrialisierung ist die globale Erdoberflächentemperatur um 0,7 °C angestiegen. Elf der zwölf wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen lagen zwischen 1995 und 2006. Szenarien für die Zeit bis 2100 zeigen, dass eine Erwärmung um 1,8 °C bis 4 °C wahrscheinlich ist, wobei im hohen Szenario eine Schwankungsbreite bis 6,4 °C existiert. Dies hätte katastrophale Auswirkungen für die Menschheit. Unser Ziel ist es, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf maximal 2 °C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen und alles zu unternehmen, um deutlich unter diesem Wert zu bleiben, um unkalkulierbare und unkontrollierbare Folgen zu verhindern. Um dies zu erreichen, muss der Trend bei den Treibhausgasemissionen in den nächsten 10–15 Jahren umgedreht werden – bis zum Jahr 2050 müssen die Emissionen der Industrieländer um 60 bis 80 Prozent gegenüber 1990 verringert werden.

Die Energienachfrage steigt

Mehr als 1,8 Milliarden Menschen besitzen heute noch keinen Zugang zu einer geregelten Energieversorgung. Dieser Zugang muss in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eröffnet werden, um ihnen den Weg aus Armut und wirtschaftlicher Not zu ermöglichen. Damit aber nicht genug: Die Weltbevölkerung wächst in den kommenden Jahrzehnten von heute 6,5 Milliarden auf mehr als 9 Milliarden Menschen. Die Nachfrage nach Energie wird dadurch weiter deutlich ansteigen.

Globalisierung und Industrialisierung in den Entwicklungs- und Schwellenländern führen zu einer stetig steigenden Energienachfrage und verschärfen die globale Konkurrenz um die fossilen Brennstoffe massiv. Der Weltenergieverbrauch liegt gegenwärtig doppelt so hoch wie zu Beginn der 70er Jahre. Die Internationale Energieagentur (IEA) kommt in ihrem 2006 veröffentlichten Weltenergiebericht zu dem Schluss, dass ohne Änderung der bisherigen Energiepolitik der globale Energiebedarf und die weltweiten CO₂-Emissionen bis 2030 um 50 % zunehmen.

Die Ressourcen sind endlich

Noch streitet die Fachwelt darüber, wann genau die endlichen Reserven fossiler Rohstoffe erschöpft sein werden. Fest steht jedenfalls, dass schon seit Jahren mehr Öl verbraucht wird, als neue Vorkommen erschlossen werden. Die Realität, die häufig verdrängt wird, lautet: Die Energieressourcen Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran sind erschöpfbare Rohstoffe, die nur für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehen.

Deutschlands Abhängigkeit von Importen wächst

Beim Thema „Versorgungssicherheit“ müssen wir feststellen, dass die Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von Importen im Zeitablauf ständig gestiegen ist. Sie beträgt bei Uran 100 %, bei Mineralöl nahezu 97 %, bei Gas 83 % und bei Steinkohle 61 %. Lediglich bei Braunkohle und den Erneuerbaren Energien greift Deutschland vollständig auf einheimische Energieproduktion zurück. Die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus politisch und ökonomisch instabilen Förderregionen wird zunehmen.

Die Energiepreise steigen

Der Ölpreis steigt seit 2001 stetig an und liegt – nach einem Höchstpreis von über 70 Dollar 2007 gegenwärtig auf einem Niveau von über 60 Dollar pro Barrel. Ähnliches gilt für die mit den Ölpreisen verknüpften Gaspreise und auch bei Steinkohle ist ein Anstieg zu verzeichnen. Die massiv gestiegenen Energie- und Strompreise belasten Privathaushalte und Unternehmen. In den letzten 10 Jahren haben sich die Preise für Heizöl und Gas zum Teil sogar mehr als verdoppelt. Damit sind zunehmend auch soziale Fragen verbunden.

Innovationen in der Energietechnik sind auf dem Vormarsch

In den letzten Jahren hat es große Innovationsschübe in der Kraftwerkstechnik gegeben, besonders bei den Erneuerbaren Energien. In den vergangenen 12 bis 15 Jahren sind ohne Inflationsbereinigung die Kosten für Windstromanlagen um über 30 %, die Kosten für die Solarthermie-Anlagen um rund 50 % und die Kosten für Photovoltaik-Anlagen um über 60 % gesunken. Gleichzeitig hat sich auch die Effizienz der konventionellen Kraftwerkstechnik verbessert, bei Gaskraftwerken um über 20 %. Die technologischen Potenziale sind noch lange nicht ausgereizt. Neue, effizientere Technologien – zum Beispiel Brennstoffzellenkraftwerke oder CO₂-freie Kraftwerke – entwickeln sich. Diese Innovationen brauchen gezielte staatliche Begleitung, Förderung und Rahmensetzung; der Markt allein schafft keine Durchbrüche.

3. Ein nachhaltiger Klima- und Energiepfad für Deutschland ist möglich

Eine nachhaltige Energiepolitik verbindet von vornherein Klimaschutz und Energiepolitik. Im Mittelpunkt steht eine ambitionierte Steigerung der Energieeffizienz und ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ein solcher nachhaltiger Energiepfad lässt sich für Deutschland im Bereich Energieeffizienz beispielhaft wie folgt zusammenfassen:

Wir brauchen

- Kraftwerke mit den höchsten Wirkungsgraden,
- Kraftfahrzeuge mit niedrigem Verbrauch,
- Gebäude mit den höchsten Effizienzstandards,
- Elektrogeräte, Maschinen und Computer mit drastisch vermindertem Stromverbrauch.

Studien im Auftrag der Bundesregierung zeigen, dass ein nachhaltiger Energiepfad technisch-wirtschaftlich ohne weiteres möglich ist – wenn denn der politische Wille dazu existiert.

Bis 2020 würde sich dabei das Energiesystem wie folgt ändern:

- Die Energieproduktivität der Volkswirtschaft verdoppelt sich aufgrund einer massiven Steigerung der Energieeffizienz gegenüber 1990.
- Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch wird verdreifacht von heute 5,3 % auf dann 16 %.
- Aufgrund der Effizienz-Revolution bei technischen Geräten, beim Gebäudebestand, im Verkehr und bei der Produktion sinkt der Gesamt-Primärenergieverbrauch um 15 % und der Stromverbrauch um 11 % gegenüber dem Niveau heute. Das bedeutet gleichzeitig entsprechend geringere Heiz- und Stromkosten bei Bürgern und Unternehmen und damit eine steigende, inländisch nachfragewirksame Kaufkraft.
- Der Strommix wird nachhaltiger: Die erneuerbaren Energien tragen dann über 27 % bei (heute: 12 %), hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen liegen bei 25 % (heute: 10 %). Die hoch risikoreiche Atomenergie läuft gemäß Atomkonsens aus und liegt 2020 nur noch bei 5 % (heute: 26 %). Der verbleibende Rest (43 %) wird in hocheffizienten Kohle- und Gaskraftwerken produziert.
- Die Treibhausgase sinken gegenüber dem Niveau von 1990 um 40 %.

Dieses nachhaltige Energie-Szenario ist keineswegs teuer. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes entstünden dafür im Jahr 2020 elf Mrd. € Zusatzkosten – das sind nur 0,4 % des Bruttoinlandsprodukts. Alles andere wäre aber ein teures Geschäft: Denn die Alternative hieße klimapolitischer Stillstand und würde bedeuten, dass der Klimawandel weiter ungebremst voranschreitet. Dies wäre jedoch ungleich kostspieliger: Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung betragen allein in Deutschland die Folgekosten eines ungebremsten Klimawandels 137 Mrd. € bis 2050.

Folgen wir diesem nachhaltigen Energiepfad, dann bedeutet dies nicht weniger als den radikalen Umbau der Industriegesellschaft. Die damit verbundene Effizienzrevolution wird nicht nur die Emissionen der Treibhausgase vermindern, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken. Wir wollen diesen Umbau. Das bedeutet den Umbau des rechtlichen Regelwerks und klare ökonomische Anreize. Ambitionierte Klimaschutzziele auf der einen Seite und Widerstand gegen anspruchsvolle Standards bei der Energieeinsparverordnung auf der anderen Seite, diesen Widerspruch im Handeln dürfen wir nicht länger hinnehmen.

4. Neue Energie – 15 Punkteplan für eine Neuausrichtung der deutschen Klima- und Energiepolitik.

Wir müssen unsere Energiepolitik neu ausrichten. Dabei gilt es Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit gemeinsam zu verwirklichen. Dabei treiben wir einen breiten Maßnahmenbündel voran, das Deutschlands Energieversorgung auf das Gleis in die Zukunft setzt.

Für eine innovative, wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Klima- und Energiepolitik müssen wir entsprechende europäische Rahmenbedingungen setzen. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben bei ihrem Frühjahrsgipfel unter deutscher Präsidentschaft zwei zentrale Weichen für eine fortschrittliche, integrierte Klima- und Energiestrategie gestellt: Sie wollen mehr Klimaschutz und sie wollen mehr Wettbewerb. Der Europäische Rat hat 4 Ziele festgelegt, das „magische Zielviereck“ bis zum Jahr 2020, an dem sich die europäische Klima- und Energiepolitik orientieren muss:

- Die Industrieländer sollen ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 gemeinsam in einer Größenordnung von 30 % gegenüber 1990 verringern. In einem zweiten Schritt sollen sie
- gemeinsam bis 2050 ihre Emissionen um 60 bis 80 % gegenüber 1990 verringern.
- Im Vorgriff auf internationale Verhandlungen verpflichtet sich die Europäische Union jetzt schon die Emissionen um mindestens 20 % zu senken.
- Bis 2020 soll die Emission der Treibhausgase der EU um 30 % unter das Niveau von 1990 vermindert werden, sofern sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen und die wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer zu einem ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angemessenen Beitrag verpflichten.
- Als wichtigste Maßnahme zur Umsetzung der Ziele soll die Energieeffizienz bis 2020 um 20 % gesteigert werden.

Das ist aus sozialdemokratischer Sicht die Richtung, in die wir in Europa und in Deutschland gehen müssen.

Einen nachhaltigen, innovativen Energiemix für Deutschland aufbauen

Wir brauchen einen nachhaltigen Energiemix der umweltverträglich ist und in einer veränderten Welt die Versorgung zu angemessenen Preisen sicherstellt. Dabei orientieren wir uns an der gerade von der DLR vorgelegten Studie „Ausbaustrategien Erneuerbarer Energien“ („Leitstudie“), die deutlich macht, dass das 40 %-Ziel – und darüber hinaus gehende Treibhausgasminierungsziele – ohne Kernenergie möglich ist. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

- Mit einer ambitionierten Effizienzstrategie und dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien vermindern wir die Abhängigkeit unseres Landes von Energieimporten.
- Durch eine langfristig angelegte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Förder- und Transitländern (Energieaußenpolitik) sichern wir den Nachschub mit Öl und Gas.
- Wegen der Sicherheitsrisiken, der bisher ungeklärten Entsorgung und der Gefahr der Proliferation, bleibt die Kernenergie ein Auslaufmodell.
- Modernste fossile Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle und Gas) mit den höchsten Wirkungsgraden (insbesondere KWK) tragen zu einer deutlichen Verminderung der CO₂-Emissionen bei und sind für die Versorgungssicherheit noch unverzichtbar.
- Der massive Ausbau der Erneuerbaren Energie in den Bereichen Strom, Wärme/Kälte und Biokraftstoffe trägt wesentlich zur Versorgungssicherheit bei.
- Die wichtige Aufgabe der nächsten Jahre ist die optimale Integration der Erneuerbaren Energien in die zukünftige Energieversorgung.

Energie effizient nutzen

Die größten Potenziale liegen in einer kontinuierlichen Steigerung der Energieproduktivität. Was wir brauchen, ist eine stärkere Konzentration auf Energieeffizienz und Energieeinsparung – den schlafenden Riesen der Energiepolitik.

Bei diesem Thema müssen wir die Zielmarke deutlich höher legen. Das Ziel ist die Steigerung der Energieproduktivität um 20 Prozent bis zum Jahr 2020. Das ist bereits mit heute verfügbaren Technologien erreichbar und würde sich auch wirtschaftlich rechnen.

Wir müssen endlich vom Reden zum Handeln kommen. Deshalb stehen wir dafür, dass der Aktionsplan Energieeffizienz jetzt auch konsequent umgesetzt wird. Hierzu gehört:

- die Schaffung einer Energieeffizienzinitiative, um bei kleineren und mittelständischen Unternehmen die großen Potenziale zur Effizienzsteigerung zu nutzen (Beratung und Investitionen).
- Die Einführung eines verbindlichen Energiemanagements (Audit und Umsetzung empfohlener Maßnahmen) als Voraussetzung für Begünstigungen im Energiesteuerrecht. Eine klare Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Produkten (Orientierung an den Besten).

Darüber hinaus sind zur Steigerung der Energieeffizienz von Geräten folgende Maßnahmen notwendig:

- Europaweite Festlegung anspruchsvoller Mindeststandards zur Energieeffizienz von Elektrogeräten nach der Ökodesignrichtlinie.
- Die europäischen Standards müssen regelmäßig dynamisiert und an den neuen Stand der Technik angepasst werden.
- Mit dem sogenannten Top-Runner-Ansatz wollen wir einen verbindlichen Standard festlegen, der sich an den besten Geräten orientiert.
- Bundesregierung, Hersteller und Handel verständigen sich auf eine Selbstverpflichtungserklärung, mit der eine bessere Marktdurchdringung mit energieeffizienten Geräten erreicht werden soll.

Allein die Reduzierung des Verbrauchs von Haushalts- und Elektrogeräten im Standby auf das technische benötigte Minimum würde in Deutschland die elektrische Leistung von zwei Großkraftwerken einsparen. Der Einsatz drehzahl geregelter Maschinen in der Industrie und gesteuerter Heizungspumpen würde noch wesentlich mehr Energie einsparen.

Deutschland und die EU müssen die Effizienzforschung verstärken, damit unsere Unternehmen mit energieeffizienten Geräten auf den Weltmarkt gehen können. In immer mehr Weltregionen (China, USA, EU) gelten immer strengere Effizienzvorgaben. Wer die energieeffizientesten Produkte anbieten kann, hat im Wettbewerb um Marktanteile die Nase vorn. Außerdem kann über diesen Weg auch die energieintensive Industrie in Deutschland gehalten werden, wenn durch neue, effizientere Technologie der größte Kostenblock, nämlich Energie und Material, gesenkt wird.

Enorme Einspar- und Effizienzpotenziale können auch in der Wirtschaft selber mobilisiert werden. Das gilt insbesondere für kleinere und mittlere Betriebe. Bei denen steht das Thema Energieeffizienz nicht so im Mittelpunkt. Insbesondere mit qualifizierter Beratung kann da schon viel erreicht werden. Zum Aktionsplan Energieeffizienz gehört deshalb auch ein Energieeffizienzfonds, der diesen Unternehmen bei der Durchführung von Effizienzmaßnahmen unterstützt und der angemessen ausgestattet werden soll.

Aber auch Bund, Länder und Gemeinden haben hier eine zentrale Aufgabe. Wenn die öffentliche Hand zielgerichtet ihre Marktmacht nutzt, gehen davon enorme Impulse auf die Produzenten und Anbieter aus.

Die öffentliche Hand fragt jährlich Güter und Dienstleistungen in Höhe von 250 Mrd. € nach, das sind 13 % des Bruttonominalprodukts. Die öffentliche Hand sollte deshalb mit gutem Beispiel vorangehen und die Anforderungen an die Beschaffung energieeffizienter Produkte so gestalten, dass sie wirtschaftlichen Kriterien über die Nutzungsdauer der Produkte besser Rechnung trägt, in dem sie neben den Anschaffungskosten stärker den geringeren Energieverbrauch und die damit

eingesparten Energiekosten berücksichtigt. Eine Verpflichtung der öffentlichen Hand auf die effizientesten Produkte hätte marktlenkende und Vorbildwirkung.

Ambitioniertes Klimaschutzprogramm verabschieden

Bereits 2005 hatte Deutschland seine Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 18,4 % reduziert. Mit dem im Nationalen Allokationsplan für die Zweite Handelsperiode 2008–2012 festgelegten Emissionsbudget von 453,1 Mio. t pro Jahr werden wir unser Kyoto-Ziel sicher verwirklichen. Jetzt muss es darum gehen unserer Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen. Jetzt müssen die Ziele für 2020 und danach formuliert werden. Wir brauchen noch in diesem Jahr ein neues Klimaschutzprogramm, das alle Sektoren (Industrie und Energieversorgung, Gewerbe, Verkehr und Handel) umfasst. Es geht darum, in allen diesen Sektoren die Potenziale zur Minderung der Treibhausgase zu mobilisieren, um langfristig die CO₂-arme Gesamtwirtschaft zu realisieren, die Wohlstand und Wachstum dauerhaft ermöglicht.

Wenn die Europäische Union die Treibhausgase um 30 % mindern will, muss Deutschland mehr machen. Der Koalitionsvertrag ist eindeutig. Dort heißt es: „Wir werden vorschlagen, dass sich die EU im Rahmen der internationalen Klimaschutzverhandlungen verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 insgesamt um 30 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Unter dieser Voraussetzung wird Deutschland eine darüber hinaus gehende Reduktion seiner Emissionen anstreben.“ Insbesondere die neuen Beitrittsländer Osteuropas bestehen darauf, dass im Rahmen ihrer nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung ihre Minderungsbeiträge nicht so hoch ausfallen. Der Deutsche Bundestag hat in seinem Beschluss vom November 2006 aufbauend auf dem Koalitionsvertrag zudem auf die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ verwiesen. Der Deutsche Bundestag stellt in seinem Beschluss fest: „Dabei wird auch Deutschland – analog zur Lastenverteilung in der EU nach den Vereinbarungen zum Kyoto-Protokoll, die sich an der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit, dem Energiemix und der Industriestruktur der beteiligten Staaten orientiert – einen großen Anteil leisten müssen, weil eine Reduktion der Treibhausgase von 30 Prozent bis 2020 auf EU-Ebene nur möglich sein wird, wenn in Deutschland Emissionsreduktionen von deutlich mehr als 30 Prozent erbracht werden.“

Als Grundlage sollten dazu die Empfehlungen der Klima-Enquete-Kommissionen und der Energie-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages dienen. Die SPD setzt dabei auf eine Reduktion der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent.

40 % Reduktion bedeutet eine Senkung von 270 Mio. t gegenüber dem Niveau von 2006. 270 Mio. t können bis 2020 durch acht Maßnahmen erbracht werden:

- Reduktion des Stromverbrauchs um 11 % durch massive Steigerung der Energieeffizienz: 40 Mio. t
- Erneuerung des Kraftwerksparks durch effizientere Kraftwerke: 30 Mio. t
- Steigerung der Stromerzeugung durch erneuerbaren Energien auf über 27 %: 55 Mio.
- Verdoppelung der effizienten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 %: 20 Mio. t
- Reduktion des Energieverbrauchs durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in Produktionsprozessen: 41 Mio. t
- Steigerung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor auf 14 %: 14 Mio. t
- Steigerung der Effizienz im Verkehr und Steigerung der Biokraftstoffe auf 17 %: 30 Mio. t
- Reduktion der Emissionen von Methan, Lachgas und F-Gasen: 40 Mio. t.

Emissionshandel:

Ein Ökonomisches Instrument für mehr Klimaschutz umsetzen

Der Emissionshandel ist in Europa am 1. Januar 2005 erfolgreich eingeführt worden. Erstmals existiert ein derart großer Kohlenstoffmarkt, dem 27 Länder angehören. Zunehmend wächst das Interesse von anderen Ländern, sich dem europäischen Markt anzuschließen.

Die Bundesregierung hat nach langen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission für die zweite Handelsperiode 2008 bis 2012 einen Klimaschutzplan (Nationaler Allokationsplan II) mit einem schärferen Minderungsziel vorgelegt:

- 453,1 Mio. t CO₂/a in der zweiten Handelsperiode 2008–2012.
- Die Zuteilung der Emissionsrechte für Kraftwerke orientiert sich nicht mehr an den Emissionen der letzten Jahre, sondern am modernen Stand der Technik.
- Schaffung von Erleichterungen für Kleinemittenten
- Ausweitung der Möglichkeiten, durch kostengünstige Projekte in Entwicklungsländern Emissionsgutschriften zu erwerben.

Aus den Fehlern der ersten Handelsperiode haben wir gelernt. Das Konzept für die zweite Handelsperiode ist einfacher, wirksamer und vor allem auch effizienter. 57 Mio. t CO₂ jährlich weist das Emissionsbudget weniger aus und auf zahlreiche Sonderregeln können wir klaglos verzichten.

Und dennoch: Wir werden dieses europäische Instrument weiterentwickeln.

- Wir brauchen mehr Transparenz über die Verfahren und die Festlegung des Emissionsbudgets,
- Die Allokationsregeln müssen in den 27 Mitgliedsstaaten harmonisiert werden,
- Der Flugverkehr soll in wettbewerbsneutraler Weise in den EU-Emissionshandel einbezogen werden,

Schließlich ist über die Allokationsmethode zu entscheiden. Wir halten hier die Versteigerung prinzipiell für den richtigen Weg. Dieser Weg sollte spätestens in der dritten Handelsperiode EU-weit beschränkt werden. Und dies nicht nur mit einem Anteil von lediglich 10 Prozent!

Investitionen in die Erneuerung des Kraftwerksparks voranbringen

Nicht nur bei der Effizienz des Energieverbrauchs, sondern auch bei der Energieerzeugung – insbesondere der Stromerzeugung – müssen wir Fortschritte erzielen. Wenn wir im Jahr 2020 mehr als 27 Prozent des Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien decken, dann ist dies ein wichtiger Schritt – aber es bleiben über 70 Prozent übrig für die fossilen Energien.

Deshalb brauchen wir Investitionen in moderne, hocheffiziente Gas- und Kohlekraftwerke. Die Energiewirtschaft hat angekündigt, bis 2012 neue, moderne Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von rund 20.000 MW zu errichten. Dies ist ein ermutigender Schritt in die richtige Richtung. Jetzt muss aber auch investiert werden.

Investitionen in neue und hoch effiziente Kraftwerke müssen gefördert werden. Durch geeignete Regelungen im Energierecht (2007 anstehende Kraftwerksanschlussverordnung, 2007/2008 anstehende Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes) sowie im Rahmen des Emissionshandelsrechts werden Investitionsanreize für neue, effiziente Kraftwerke gesetzt. Ziel der Regelungen wird es sein, dass neue, klimaschonendere Kraftwerke den veralteten und ineffizienten Kraftwerkspark ersetzen.

Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen

In der Modernisierung und dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung liegt ein enormes Potenzial für mehr Energieeffizienz und mehr Klima-

schutz. Die von der deutschen Wirtschaft zugesagte CO₂-Minderung im Rahmen der Kraft-Wärme-Kopplungsvereinbarung wird weit verfehlt werden. Deswegen wird 2007 das KWK-Gesetz so novelliert, dass Bestandsanlagen nicht mehr gefördert werden, sondern dass sich die wirtschaftlichen Anreize des Gesetzes auf die Modernisierung und den Bau neuer KWK-Anlagen konzentrieren. Dazu ist auch die Förderung des Ausbaus der Nah- und Fernwärmenetze erforderlich. Ziel ist es, den derzeitigen KWK-Anteil an der Stromerzeugung in Höhe von rund 10 % bis 2020 auf 25 % zu steigern.

Stabile Strompreise durch mehr Wettbewerb schaffen

Die Strompreise in Deutschland kennen derzeit nur einen Trend: Nach oben. Dabei wird von einigen versucht, dem Staat den „schwarzen Peter“ zuzuschieben.

Daten und Fakten belegen dagegen, dass im Zeitraum von 1995 bis 2000 durch die Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte die Strompreise gefallen sind. Danach sind sie deutlich gestiegen. Für industrielle Stromkunden sind im ersten Halbjahr 2006 die Preise gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres sogar um über ein Drittel gestiegen. Ein Durchschnittshaushalt zahlt heute etwa ein Drittel mehr für den Strom als noch im Jahr 2000. Ein Blick auf die Daten macht klar, dass nicht die ökologisch und ökonomisch sinnvolle Förderung der erneuerbaren Energien oder der Kraft-Wärme-Kopplung zu den Preistreibern gehört. Nur etwa 5 % des Strompreises für Privathaushalte können hierauf zurückgeführt werden. Bei den besonders stromintensiven Unternehmen sorgen feste Obergrenzen dafür, dass sich ihre Belastungen in engen Grenzen halten und sie international wettbewerbsfähig bleiben.

Nur ein funktionierender Wettbewerb im Strommarkt bietet die Chance für wettbewerbsfähige Preise. Dafür müssen wir konsequent die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen und notfalls die Energieversorgungsunternehmen in ihren abgeschotteten Märkten hart anfassen.

Mit einer Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen soll:

- Die Missbrauchsaufsicht über die Energiekonzerne verschärft,
- ein konsequentes Vorgehen des Bundeskartellamtes erleichtert und
- die Hürden für den Marktzugang neuer Wettbewerber gesenkt werden.

Im Jahr 2007 werden hierfür wichtige Weichen gestellt: Die Anreizregulierung und die Anschlussverordnung müssen verabschiedet werden, zudem ist eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes notwendig, um mehr Wettbewerb zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass

- bei der Anreizregulierung sich die Netzentgelte am Maßstab der Kosteneffizienz orientieren,
- jedes Kraftwerk sofortigen und ungehinderten Anschluss an die Stromnetze bekommt,
- neue Kraftwerke im Stromnetz Vorrang genießen und ihren Strom auch bei Netzengpässen ungehindert durchleiten können,
- mehr Transparenz sichergestellt wird,
- die Übertragungsnetze zu einer einheitlichen Regelzone zusammengeführt werden.

Zudem brauchen wir einen Ausbau der Stromnetze, wenn wir in Zukunft in Nord- und Ostsee mit Windkraft 20.000 MW Strom erzeugen und in die Verbrauchszentren bringen wollen. Den Ausbau brauchen wir aber auch, um einen funktionierenden Wettbewerb zu ermöglichen und die bisherigen Engpässe beim Netz zu überwinden.

Die Europäische Kommission hat deutlich gemacht, dass die Energieversorgungsunternehmen mit ihren Netzmonopolen den Marktzugang neuer Wettbewerber erschweren und die Strompreise verteuern. Deshalb wurde beschlossen, dass die Erzeugung von Strom und der Betrieb der Netze wirksamer als bisher getrennt werden sollen. Dafür

brauchen wir unabhängige Regulierungsbehörden. Diese müssen die Marktmacht der Energieversorgungsunternehmen wirksam kontrollieren und deren Missbrauch effektiv bekämpfen können. Es darf in Zukunft nicht mehr passieren, dass bestimmte Mitgliedsstaaten ihren Strommarkt abschotten und in anderen Ländern mit ihren Unternehmen die Chancen des offenen Marktes nutzen.

Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass die dringend nötigen Infrastrukturinvestitionen, auch in die Netze, insbesondere in die grenzüberschreitenden Leitungen, getätigt werden.

Gebäude sanieren: Arbeit schaffen, Energie sparen

Das von der SPD initiierte Gebäudesanierungs-Programm ist ein großer Erfolg. Mit der Förderung von 1,4 Milliarden Euro pro Jahr werden Investitionen von über zehn Milliarden Euro jährlich angeregt und zehntausende Arbeitsplätze in der Baubranche gesichert bzw. geschaffen. Das Programm muss über 2009 hinaus fortgesetzt werden, damit die Handwerksbetriebe verstärkt einstellen und ausbilden und die Hersteller von Dämmmaterialien in neue Produktionskapazitäten investieren. Darüber hinaus müssen Maßnahmen beschlossen werden, um die Eigentümer-Nutzer-Problematik bei der energetischen Sanierung von Mietwohnungen zu überwinden, damit auch vermehrt Mieter in den Genuss von Einsparungen und steigender Wohnqualität durch energetische Gebäudesanierung kommen.

Außerdem brauchen wir eine Novelle der Energieeinsparverordnung, die zum Ziel hat, die Energieverbrauchswerte von Neubauten und bei grundlegenden Sanierungen in einem ersten Schritt ab 2009 um 30 Prozent zu senken. In einer zweiten Stufe werden die Anforderungen noch mal in der gleichen Größenordnung verschärft. Mittelfristig ist ein Passivhausstandard zu realisieren.

Erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien fortführen

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist eine deutsche und sozialdemokratische Erfolgsstory. Von 4,8 % Anteil an der Stromproduktion 1998 bis rund 12 % bis 2006 haben wir in den vergangenen acht Jahren den Anteil der Erneuerbaren Energien mehr als verdoppelt. Unser Ziel ist es, mit einer Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu verstetigen. Bis 2020 muss ein Anteil von mindestens 27 Prozent des Stroms durch Erneuerbare Energien erzeugt werden, das sind 156 Terawattstunden. Davon entfallen auf Wind 81 TWh (davon Offshore 33 TWh), Biomasse 34 TWh, Wasserkraft 25 TWh und Photovoltaik 9 TWh.

Die 2008 anstehende Novelle des EEG wollen wir nutzen, die Einführung der erneuerbaren Energien weiter auf hohem Niveau beizubehalten. Wir wollen durch neue Regelungen erreichen, dass

- Offshore-Windparks schneller kommen,
- Biomasse-Anlagen vorrangig in Kraft-Wärme-Kopplungstechnologie entstehen,
- Biogas wesentlich leichter in die Gasnetze eingespeist werden kann,
- die Erneuerbaren Energien verstärkt zur stetigen Stromlieferung über Zwischenspeicherung und Zusammenschaltung beitragen.
- Im Bereich der Kleinwasserkraft und des Repowering, also der Ersetzung älterer Windenergieanlagen durch neue, leistungsstärkere, müssen bestehende planungsrechtliche Hindernisse abgebaut werden, da hier Kapazitäten von über 10.000 MW Leistung gehoben werden können.

Die Branche der Erneuerbaren Energien ist eine Jobmaschine in unserem Land. Heute sind dort mehr als 214.000 Menschen beschäftigt, gerade auch in strukturschwachen Regionen wie Ostdeutschland. Bis 2020 können rund 500.000 Beschäftigte hier ihre Arbeit finden. Deutschland nimmt auf dem wichtigen Zukunftsmarkt der Erneuerbaren Energien eine Spitzenposition ein. So beträgt die Exportquote bei den Herstellern von Windkraftanlagen 75 %.

Schlafender Riese Wärmemarkt:

Für ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz

In der Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor liegen große Potenziale. Hier besteht gleichzeitig der größte Nachholbedarf. Damit können kostengünstig CO₂-Emissionen sowie der Öl- und Gasverbrauch reduziert werden. Um eine ähnlich dynamische Entwicklung wie im Strombereich zu erreichen, sind zwei Voraussetzungen notwendig, die wir im Rahmen eines Wärmegesetzes schaffen wollen. Einmal werden wir die verbindliche Vorgabe von mindestens 15 % Nutzung der Erneuerbaren Energien bei Neubauten und der grundlegenden Sanierung von Altbauten machen. Zweitens brauchen wir eine massive Aufstockung der Fördermittel. Dazu wird die Bundesregierung noch 2007 die notwendigen Entscheidungen treffen. Ziel ist es, bis 2020 mindestens 14 % der Wärme durch Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Drittens brauchen wir die Förderung von Nahwärmenetzen auf Basis Erneuerbarer Energien. Viertens wollen wir eine Beimischungsquote von Biodiesel und Biogas zu Heizöl und Heizgas prüfen.

Biokraftstoffe: Einstieg in die 2. Generation einleiten

Die Erneuerbaren Energien werden laut EU-Beschluss bis 2020 mindestens 10 % des europäischen Kraftstoffverbrauchs decken. Das 2006 verabschiedete Biokraftstoffquotengesetz sieht bereits bis 2015 eine Steigerung des Anteils an Biokraftstoffen in Deutschland auf 8 % vor. Um die EU-Ziele beim Primärenergieverbrauch zu erreichen, ist es notwendig, diese Ziele zu erhöhen und bis 2020 mindestens 17 % des Kraftstoffs aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen. Hierbei werden Biokraftstoffe der 2. Generation wie Biogas, BtL (Biomass to Liquid) und Bioethanol eine entscheidende Rolle spielen.

Ein wichtiger Eckpunkt des Biokraftstoffquotengesetzes ist die steuerliche Förderung der Biokraftstoffe der zweiten Generation wie Biogas, BtL und Bioethanol bis 2015. Dies bedeutet eine entscheidende Weichenstellung für mehr Umweltschutz und Versorgungssicherheit: Für deren Produktion sind sehr viel mehr Rohstoffe (z. B. Restholz und Stroh) geeignet als bei der ersten Generation. Außerdem ist der Energieertrag pro Fläche mehr als doppelt so hoch und die CO₂-Bilanz wesentlich besser als bei den Biokraftstoffen der ersten Generation. Nur mit Biokraftstoffen der zweiten Generation ist eine weitere deutliche Steigerung der Biokraftstoffproduktion aus heimischer Erzeugung möglich.

Nachhaltige Mobilität mit weniger Energieverbrauch

Es liegt im Interesse des Klimaschutzes und der Wettbewerbsfähigkeit, wenn die Automobilindustrie rechtzeitig energieeffiziente Fahrzeuge auf den Markt bringt. Nachdem die Selbstverpflichtungserklärung der europäischen Automobilindustrie ihr Ziel nicht erreichen wird, bis 2008 die durchschnittlichen Emissionen je Kilometer auf 140 g CO₂/km zu senken, muss jetzt die Politik handeln.

Wir erwarten, dass die Verhandlungen auf EU-Ebene zu dem Ergebnis führen, die Grenzwerte ab 2008 auf 140 g CO₂/km und ab 2012 auf 120 g CO₂/km festzulegen. Nach 2012 müssen die Grenzwerte weiter sinken.

Eine schadstoffbezogene Kraftfahrzeugsteuer bietet die notwendigen Anreize für den Kauf und das Angebot von Pkw, die Klima und Umwelt weniger belasten. Deshalb muss die Kfz-Steuer noch in diesem Jahr so novelliert werden, dass für alle Neuwagen die CO₂-Emissionen maßgeblich für die Höhe der Kfz-Steuer sind. Aus unserer Sicht muss eine CO₂- und schadstoffbezogene Kfz-Steuer folgende Elemente enthalten:

- Die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Bezug soll aufkommensneutral erfolgen. Für Autos, die einen geringen Verbrauch haben und damit wenig CO₂ ausstoßen, soll zukünftig weniger Kfz-Steuer gezahlt werden als für Fahrzeuge, die einen hohen Verbrauch haben und damit viel CO₂ emittieren.

- Jedes Gramm CO₂ soll gleich besteuert werden. Wir wollen eine faire Regelung. Die neue Kfz-Steuer soll Pkw begünstigen, die weniger CO₂ ausstoßen. Es sollen CO₂ Freibeträge festgesetzt werden, so dass bei Fahrzeugen mit besonders niedrigen CO₂- und Schadstoffemissionen die Kfz-Steuer entfallen könnte, vorausgesetzt die Aufkommensneutralität bleibt gewahrt.
- Die unterschiedliche Mineralölsteuer auf Benzin und Dieselmotoren soll wie bisher bei der Kfz-Steuer für Diesel-Pkw pauschal ausgeglichen werden. Wir wollen Otto- und Diesel-Pkw steuerlich in der Summe annähernd gleich behandeln.

Weitere CO₂-Reduktionen im Mobilitätsbereich müssen durch folgende Maßnahmen realisiert werden:

- Die Differenzierung der LKW-Maut nach Emissionsklassen weist eine starke Lenkungswirkung zu sauberen und effizienteren LKW auf. Die neuen Spielräume der EU-Wegekostenrichtlinie müssen bis 2008 konsequent genutzt werden, um diese Wirkung weiter auszubauen. Zudem sollte zeitnah das ursprünglich vorgesehene Niveau der Maut erreicht werden. Damit kann dann u.a. das Innovationsprogramm zur Unterstützung der Anschaffung moderner emissionsärmerer LKW finanziert werden.
- Mehr Güterverkehr muss von Autobahnen und Landstraßen auf Schiene und Binnenschifffahrt verlagert werden. Das muss Schwerpunkt im Masterplan Güterverkehr der Bundesregierung werden.
- Die Bahn hat von allen Verkehrsträgern die beste Klimabilanz. Die Wettbewerbsposition der Bahn soll dadurch gestärkt werden, dass ihre steuerliche Belastung im Vergleich mit anderen Verkehrsträgern gesenkt wird.
- Der europäische Flugverkehr muss ab 2011 vollständig in den Emissionshandel einbezogen werden. Außerdem halten wir die Einführung einer Ticketabgabe und eine einheitliche Kerosinbesteuerung für sinnvoll.
- Die Brennstoffzellentechnologie verspricht in den nächsten Jahren im stationären Bereich und mittelfristig auch im mobilen Bereich erhebliche Fortschritte bei der Ausschöpfung der vorhandenen Effizienzpotenziale. Deutsche Unternehmen sind in der Technologie führend, noch fehlt allerdings der Durchbruch von der Demonstrationsphase zur Markteinführung. Deren Markteinführung erfordert wirtschaftliche Anreize.

Energieforschung stärken

Mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen im Klimaschutz, die Abhängigkeit von Energieimporten und das enorme Exportpotenzial muss Deutschland seine internationale Spitzenstellung bei Energietechnologien weiter ausbauen. Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau sind hierfür unabdingbar.

Mit dem 6-Mrd.-Programm hat die Bundesregierung die Energieforschung deutlich gestärkt. Dennoch liegen die Forschungsausgaben des Bundes heute bei nur einem Drittel des Niveaus zu Beginn der 80er Jahre. Weitere Verbesserungen in der Mittelausstattung in den Bereichen Effizienz und Erneuerbare Energien sind daher erforderlich. Zugleich müssen aber auch die privaten Forschungsausgaben erhöht werden. Auch auf EU-Ebene wollen wir uns für eine bessere Mittelausstattung in den Bereichen Effizienz und Erneuerbare Energien einsetzen.

Bei der Energieerzeugung steht Deutschland schon heute sehr gut da. Hier kommt es darauf an, die Voraussetzungen für eine CO₂-arme Energieversorgung weiter zu verbessern. Forschungsaktivitäten zu allen Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien, zu Brennstoffzellen und zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ aus Kohle- und Gaskraftwerken sind dafür von entscheidender Bedeutung.

Auf absehbare Zeit wird auch nach der DLR-Leitstudie die Stromversorgung auf Basis von Braunkohle und Steinkohle eine wichtige

Säule in der Stromerzeugung sein. Vor diesem Hintergrund sind Effizienzfortschritte bei der Kraftwerkstechnik der richtige Ansatz für einen wirksamen Klimaschutz. Unser Ziel ist es, dass ab dem Jahr 2020 CO₂-freie Kohlekraftwerke zum Standard werden und 2015 das erste CO₂-freie Kraftwerk in Deutschland in Betrieb ist. Wir unterstützen daher alle Bemühungen, diese Technologie zu erforschen und zu erproben.

Eine deutliche Stärkung der Forschungsanstrengungen ist bei Effizienzsteigerung in der Endenergienutzung erforderlich. Gerade bei der Endenergienutzung kommt es aber neben verstärkten Forschungsanstrengungen vor allem darauf an, Anreize für eine höhere Marktdurchdringung energieeffizienter Produkte zu schaffen.

Atomausstieg umsetzen

Zu einer nachhaltigen Energiepolitik gehört selbstverständlich auch der Verzicht auf die Atomkraft. Die SPD-geführte Bundesregierung hat im Jahr 2000 nach langen Verhandlungen mit den Energieversorgern den Atomkonsens vereinbart, der einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie bis voraussichtlich zum Jahr 2023 vorsieht.

Die Gründe für den Ausstieg liegen auf der Hand:

- Atomenergie ist und bleibt eine Risikotechnologie. Der Störfall im schwedischen Kernkraftwerk Forsmark 2006 und die anschließende Aufdeckung der dort vorhandenen eklatanten Sicherheitsmängel hat einmal mehr gezeigt, dass es mit der Atomenergie keine letztendliche Sicherheit geben kann. Wir werden durch Bundes- und Landesaufsicht für die größtmögliche Sicherheit beim Betrieb der deutschen Kernkraftwerke sorgen.
- Uran ist ein endlicher Stoff – in Deutschland zu 100 % importiert! Das Argument „Versorgungssicherheit“ im Zusammenhang mit der Atomkraft ist insofern ein Scheinargument.
- Atomenergie ist nicht die Lösung, denn sonst werden auch Staaten auf die Nutzung der Kernenergie pochen, die weder demokratisch noch friedliebend sind. Die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung aber ist praktisch immer mit der Möglichkeit zum Bau von Atomwaffen verbunden. Die weltweite Verbreitung der Fähigkeit zum Bau und zum Einsatz von Nuklearwaffen ist eines der größten Risiken einer Politik, die auf Atomenergie als Lösung der Energiekrise setzt.

Die Kernenergiebetreiber fordern nun Laufzeitverlängerungen für ihre Kernkraftwerke. Damit stellen sie den mit der Bundesregierung geschlossenen Ausstiegsvertrag in Frage.

Der Weiterbetrieb von abgeschriebenen Kernkraftwerken hätte nur einen Zweck: Sondergewinne bei den Betreibern zu realisieren. Die Legende, dass eine Verlängerung der Restlaufzeiten beim Stromkunden ankäme, wird durch die eigene Preispolitik der Unternehmen widerlegt. Die hohen Endkunden- und Industriestrompreise in Deutschland orientieren sich nämlich nicht an der betriebsinternen Kostenstruktur, sondern an dem unverändert hohen Börsenpreis.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Der Atomausstieg gilt. Wir sind vertragstreu. Das erwarten wir auch von der Energieindustrie. Wer – zu Recht – langfristige Investitionssicherheit und Verlässlichkeit von der Politik fordert, kann mit geschlossenen Vereinbarungen nicht sprunghaft umgehen. Es erscheint schwer vorstellbar, dass eine Laufzeitübertragung von neueren auf ältere Kernkraftwerke mit dem Primat der Sicherheit vereinbar ist.

Einen Endlagerkonsens in Deutschland schaffen

Atomenergie produziert hochradioaktive Abfälle, die auf Jahrtausende hin strahlen und unseren Nachkommen eine hohe Bürde auflasten. Wir werden uns der Verantwortung stellen und die Suche nach dem bestgeeigneten Endlager für hochradioaktive Abfälle vorantreiben. Grundlage muss dabei der internationale Standard von Wis-

senschaft und Technik sein, den wir auch von anderen Ländern einfordern.

Wir stehen zu der Koalitionsvereinbarung, die das Ziel formuliert, dass eine Lösung für das Endlagerproblem zügig gefunden werden soll. Wir haben einen Vorschlag für ein bundesweites ergebnisoffenes Auswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle entwickelt. Gorleben würde sich damit dem Vergleich anderer Standorte stellen und es würde unvoreingenommen der beste Standort in Deutschland gesucht. In einem mehrstufigen Prozess soll aufgrund von wissenschaftlich-technischen Kriterien nach einem geeigneten Standort für ein Endlager gesucht werden. Zu jedem Zeitpunkt des Prozesses soll geprüft werden, ob mögliche Endlagerstandorte eine höhere Sicherheit als Gorleben aufweisen können. Ist dies der Fall, wird der alternative Standort realisiert. Drängt sich jedoch kein Standort auf, der besser ist als Gorleben, werden wir Gorleben als Endlager realisieren.

Unser Vorschlag steht. Die Frage an unseren Koalitionspartner ist, ob er bereit ist, mit uns ein solches offenes Suchverfahren zu vereinbaren – oder ob sie es scheuen, Gorleben einem Vergleich mit möglichen anderen Standorten zu unterziehen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen im Umgang mit der Atomenergie für höchstmögliche Sicherheit – auch bei der Auswahl des Endlagers.

5. Eine neue industrielle Revolution beginnen – für eine strategische und ökologische Industriepolitik

Die Welt ist im Umbruch. Wir erleben gegenwärtig einen erneuten großen Wachstums- und Industrialisierungsschub der Weltwirtschaft. Aber es ist noch nicht entschieden, ob sich die Hoffnung auf Wohlstand und Entwicklung für alle mit dem 21. Jahrhundert verbinden wird oder dieser Schub die Erde an bzw. jenseits der Grenzen ihrer ökologischen Belastbarkeit katapultiert und globale Verteilungskonflikte ebenso wie der Krieg um Rohstoffe das neue Jahrhundert prägen werden. Um auch in Zukunft gut und besser leben, arbeiten und wirtschaften zu können brauchen wir mehr als normale Wachstumsraten, wir brauchen einen kräftigen und nachhaltigen Wachstumsschub.

Wissenschaftliche Forschungsergebnisse treiben eine breite Welle neuer Basistechnologien voran. Der Durchbruch neuer Technologien bedeutet einen faszinierenden Nutzen für die Menschen und eröffnet neue wirtschaftliche Optionen, gleichzeitig verändert er mit hohem Tempo aber auch Marktstrukturen und stellt etablierte Geschäftsmodelle sowie sicher scheinende Arbeitsplätze in Frage. Wer an den Gewinnen des technologischen Wandels teilhaben und sich auf rasant wandelnden Märkten behaupten will, wird neue Forschungsergebnisse rasch in marktgerechte Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umwandeln müssen.

Die Orientierung an gemeinsamen Leitbildern zwischen marktorientiertem Unternehmertum und erkenntnisorientiertem Forschungsdrang werden hierfür immer entscheidender. Unsere Innovationspolitik will deshalb Brücken bauen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie zwischen Technologien und Anwendungsfeldern. Strategische Partnerschaften werden immer notwendiger.

Innovationen werden von Marktimpulsen und Marktdynamik geprägt. Leitmärkte entstehen, wo eine hohe Anzahl von Innovationen auftreten, die in einem systematischen Zusammenhang stehen und die nur in engem Kontakt mit anspruchsvollen, interessierten und innovativen Kunden heranreifen.

Die Fähigkeit, auf diesen Leitmärkten mit innovativer Technologie präsent zu sein, entscheidet maßgeblich über die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Dazu bedarf es mehr als nur For-

schung. Dazu bedarf es eines modernen Innovationssystems: des Zusammenspiels all jener Institutionen, die Wissen produzieren, Wissen vermitteln, die Arbeitskräfte ausbilden, die Technologien entwickeln, die innovative Produkte und Verfahren hervorbringen und verbreiten, einschließlich der staatlichen Investitionen in entsprechende Infrastrukturen.

Deutschland muss die Idee des technischen Fortschritts wiederentdecken. Nicht als blinde Fortschrittsgläubigkeit, sondern als Hilfsmittel zur Lösung der gewaltigen Aufgaben, die vor uns liegen. Angesichts des Handlungsdrucks sind „revolutionäre“ Technologiesprünge in industriellen Kernbereichen wie der Energieerzeugung und -verwendung sowie der Stoffnutzung notwendig. Der Markt kann diese Aufgabe nicht alleine bewältigen. Der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen muss optimiert werden.

Notwendig ist eine strategische ökologische Industriepolitik. Sie muss mehrere Dinge gleichzeitig leisten:

- Sie muss strategische Zukunftsindustrien stärken und die deutsche Wirtschaft fit für die Leitmärkte der Zukunft machen.
- Sie muss Innovationen fördern, Technologiesprünge initiieren und mithelfen, dass Technologien schneller zur Anwendung und auf den Markt kommen.
- Sie muss die industrielle Struktur unserer Ökonomie auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen.
- Sie muss die stoffliche Basis unserer Industrie in wichtigen Bereichen zunehmend auf nachwachsende Rohstoffe umstellen.

So können neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und neue Beschäftigung entstehen.

Industriepolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie braucht einen Staat, der als Pionier vorangeht, setzt aber nicht auf industriepolitische Omnipotenzvorstellungen des Staates, sondern darauf, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diese Aufgabe zusammen annehmen und umsetzen.

Innovation braucht den Dialog der Akteure, um gemeinsame Interessen zu identifizieren und Win-Win-Strategien zu suchen. Der Dialog der Akteure muss zum „New Deal“ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung werden.

6. Zukunft braucht Mut

2007 ist das Schlüsseljahr für die Energie und Klimapolitik. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind fest entschlossen, die Chancen zu nutzen, die dieses Schlüsseljahr bietet. Die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausstieg aus der Atomenergie, der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Einbettung der Klimapolitik in eine Agenda ökologischer Industriepolitik sind für uns die Schlüssel um die Zukunft zu erobern.

Aber Zukunft braucht Mut. Sie braucht den Mut, eingefahrene Pfade der Energieerzeugung, der Energieverwendung und des täglichen Umgangs mit Energie zu verlassen. Wir können die Zukunft nur erobern, wenn wir diesen Mut aufbringen. Dazu müssen alle beitragen. Aber davon werden auch alle profitieren. Deshalb werben wir für einen neuen gesellschaftlichen Konsens, der den Klimaschutz und die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie ins Zentrum stellt.

Wir werden diesen Weg der Vernunft konsequent gehen und Deutschland zur effizientesten Volkswirtschaft machen. Das stärkt unsere internationale Wettbewerbsposition und sichert langfristig Beschäftigung. Dazu müssen wir auf technische Innovationen setzen, in die zukünftigen Leitmärkte einer ökologischen Industriegesellschaft investieren und unser Regelwerk auf den Prüfstand stellen. Der damit verbundene Umbau unserer Industriegesellschaft bietet enorme Chancen. Es liegt an uns, diese Chance zu ergreifen.

Parteirat, 4. Juni 2007

Konsequenzen aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung ziehen – weiter für sozial gerechte Politik kämpfen!

Der Parteirat der SPD hat sich am 4. Juni 2007, dem Antrag S19 vom Bundesparteitag in Karlsruhe folgend, mit den „Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht 2005“ befasst.

Der SPD-Parteirat begrüßt, dass es der SPD auch in der großen Koalition gelungen ist, die 2001 eingeführte Berichterstattung zu Verteilungsfragen durch die Bundesregierung fortzuführen. Der Armuts- und Reichtumsbericht ist eine wesentliche Grundlage für die Ausgestaltung einer sozial gerechten Politik. Die Berichterstattung ist fortzuentwickeln, dabei muss insbesondere die Erfassung von Reichtum verbessert und die Wirkung sozialer Herkunft dargestellt werden.

Der Parteirat fordert die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion der SPD auf, alle relevanten politischen Maßnahmen auf ihre sozial gerechte Verteilungswirkung zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen ggf. auch Korrekturen durchzuführen, die das Armutsrisiko reduzieren. Dazu müssen:

- die steuerpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre zeitnah auf ihre verteilungspolitischen Wirkung hin bilanziert werden. Der Parteirat wird sich mit dieser Bilanz im ersten Halbjahr 2008 befassen. Der Parteirat begrüßt die Einführung der sog. Reichensteuer sowie die Pläne zur Reform der Erbschaftssteuerreform, die insbesondere hohe Erbschaften stärker zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen heranzieht.
- Existenzsichernde Löhne gezahlt werden. Der Parteirat unterstützt die Arbeit von Kurt Beck und Franz Müntefering zur Einführung von Mindestlöhnen nachhaltig. Mindestlöhne sind für uns ein zentrales Instrument zur Vermeidung von Armut trotz Beschäftigung. Grundlage unserer Politik bleibt das vom SPD-Gewerkschaftsrat entwickelte Konzept zur Einführung von Mindestlöhnen. Der Parteirat unterstützt die Gewerkschaften in Ihrer offensiven Lohnpolitik.
- die Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit weiter intensiviert werden. Der Parteirat begrüßt ausdrücklich die bereits erreichten Erfolge. Weitere Anstrengungen gerade beim Qualifizierungsangebot sind notwendig. Vorrang vor einer Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge hat eine Verstärkung der Qualifizierungsangebote, die die Beschäftigungsfähigkeit sichern und (wieder) herstellen. Gute Arbeit zu schaffen, bleibt für uns die wichtigste Strategie zur Armutsvermeidung. Für diejenigen, die den ersten Arbeitsmarkt nicht erreichen, wollen wir einen sozialen Arbeitsmarkt mit Existenzsichernden Einkommen schaffen.
- die Chancen für Jüngere, Frauen und Ältere am Arbeitsmarkt weiter verbessert werden. In diesem Zusammenhang unterstützt der Parteirat die Arbeit der gemeinsamen Arbeitsgruppe von SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion zur Flexibilisierung der Rentenzugänge, um die Erhöhung des Renteneintrittsalters den Lebenslagen der Menschen entsprechend sozial auszugestalten.
- die Beschäftigungschancen von Müttern verbessert werden. Der Parteirat begrüßt die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Betreuung von Kindern ab der Vollendung des ersten Lebensjahrs. Nächste Priorität muss die schrittweise Einführung der Beitragsfreiheit, zumindest für untere Einkommensschichten, sein. Das beste Mittel

gegen Kinderarmut ist die Existenz sichernde Erwerbsarbeit für die Eltern.

- die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien verbessert werden. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit der Förderung von Ganztagschulen einen wichtigen Beitrag geleistet. Mehr gemeinsames Lernen und weniger Selektion ist ein Schritt in diese Richtung. Die Investitionen in gute Betreuung und Bildung ab dem ersten Lebensjahr sind eine wichtige und richtige Zielsetzung. Wir bekräftigen unsere Position einer gebührenfreien Ausbildung bis einschließlich des Studiums.
- zukünftig die Anstrengungen im Bereich der gesundheitlichen Prävention verstärkt werden. Gerade Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien haben ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. Der Parteirat bekräftigt, den Kinderschutz durch frühe Hilfe für Familien zu verbessern und die Notwendigkeit, Früherkennungsuntersuchungen verbindlich zu machen. Der Parteirat begrüßt ausdrücklich, dass es bei der zurückliegenden Gesundheitsreform auf Druck der SPD keine Leistungseinschnitte gegeben hat, und dass nun alle Menschen in unserem Land krankenversichert sind.
- bei der zukünftigen Weiterentwicklung des Sozialstaates die Prinzipien des Vorsorgenden Sozialstaates im Vordergrund stehen. In diesem Sinne unterstützt der Parteirat die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme: Arbeitslosenversicherung hin zur Beschäftigungsversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung hin zur Bürgerversicherung, Rentenversicherung hin zur Erwerbstätigenversicherung.

Parteirat, 4. Juni 2007

Reform der Pflegeversicherung: Mehr Gesicht – mehr Zeit – mehr Zuwendung. Für eine solidarische Reform der Pflege.

Ausgangslage

Die Pflegeversicherung hat sich bewährt und wird in ihrer Bedeutung angesichts der Bevölkerungsentwicklung noch erheblich zunehmen. Inzwischen erhalten über 2 Mio. Pflegebedürftige jeden Monat verlässlich ihre Versicherungsleistungen. Die pflegebedingte Sozialhilfeabhängigkeit wurde erheblich verringert. Die Pflegeinfrastruktur wurde nachhaltig ausgeweitet und verbessert. Entstanden sind mehr als 250.000 neue Arbeitsplätze.

Herausforderungen

Die Pflege in Deutschland steht vor großen Herausforderungen.

Im nächsten Jahrzehnt wird der Anteil der über 80-Jährigen deutlich ansteigen.

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den nächsten 20 bis 30 Jahren von heute rund 2 Millionen um bis zu 60 Prozent anwachsen. Chronische Erkrankungen nehmen zu.

Der Bedarf an Pflegekräften wächst (bis 2040/2050 rd. 300.000). Veränderungen der Pflegeinfrastruktur sind dringend notwendig.

Die SPD unterstützt die im Koalitionsvertrag vereinbarten Einzelheiten einer Reform der Pflegeversicherung und begrüßt insbesondere das Konzept einer wohnortnahen integrierten Versorgung, die den heutigen Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.

Reform des Pflegebegriffs

Wir brauchen auf längere Sicht einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, der von einem ganzheitlichen Menschenbild ausgeht und auch psychischen und sozialen Hilfe- und Betreuungsbedarf berücksichtigt. So wollen wir die körper- und verrichtungsbezogenen Einstufungsverfahren überwinden.

Strukturenreformen

Die derzeitige starre Trennung der Angebotsstrukturen der Pflege wird den Bedürfnissen der Menschen, die einen Hilfe- und Betreuungsbedarf haben, nicht mehr gerecht. Erforderlich ist Organisation der Pflege aus einer Hand, etwa durch die Einrichtung wohnortnaher integrierter Pflegedienstleistungszentren und die Einrichtung einer Vielfalt neuer Wohnformen. Dazu gehören auch eine Sozialraumplanung und die gemeinsame Planung von Pflegeangeboten der Kommunen, Ländern und Wohlfahrtsverbänden. Ziel sind niedrigschwellige Beratungs- und Versorgungsnetze und die Unterstützung hauswirtschaftlicher Dienstleistungs- und Betreuungsangebote in Quartieren.

Ausbildung, Qualifikation und Entlohnung von Pflegefachkräften müssen verbessert werden. Ehrenamtlich Engagierte brauchen mehr Schulung und die Einbindung in professionelle Strukturen.

Zur Stärkung der familiären Pflegebereitschaft können die berufliche Freistellung pflegender Angehöriger für einen begrenzten Zeitraum unter Sicherung sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche und die Verbesserung der Beratungsangebote für Familienangehörige beitragen.

Verbesserung der Leistungen

Seit Bestehen der Pflegeversicherung sind die Leistungen und die Bedingungen für den Anspruch der Leistungen unverändert und nicht mehr zeitgemäß.

Insbesondere brauchen Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz und Demenzerkrankungen rasch Leistungen aus der Pflegeversicherung, die ihren Bedürfnissen gerecht werden.

Der erweiterte Pflegebegriff erfordert eine Neubewertung der Pflegestufen und die schrittweise Anhebung der ambulanten Pflegesätze (keine Absenkung der stationären!).

Dieser Anhebung folgt die schrittweise Dynamisierung der Pflegesätze.

Finanzreform

Langfristig streben wir auch für die Pflegeversicherung die Weiterentwicklung zur Bürgerversicherung an.

Um den Bedarf an mehr Leistungen und besseren Strukturen zu decken muss das notwendige Geld erbracht werden. Wenn das Prinzip der solidarischen Finanzierung gilt, sind auch Erhöhungen der Beiträge und die Mitverantwortung der Arbeitgeber nötig.

Wir stehen zu den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages, eine Demografiereserve aufzubauen und die unterschiedlichen Risikostrukturen zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung durch einen Finanzausgleich auszugleichen. Beide Maßnahmen gehören zusammen. Eine ist nicht ohne die andere zu haben. Wir wollen, dass alle nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der Pflegeversicherung beteiligt werden. Den Aufbau eines individuellen Kapitalstocks und eine einkommensunabhängige Kopfpauschale lehnen wir ab.

Pflege ist weitaus mehr als Pflegeversicherung. Vielmehr ist die Pflegeversicherung Kern eines Pflegewesens und Hilfestrukturen verschiedenster Arten und Formen. Solidarische Pflege braucht die Anstrengung der ganzen Gesellschaft.

Präsidium, 11. Juni 2007

Liberalisierung der Postmärkte nur im Gleichklang und ohne Verschlechterung der Arbeitsbedingungen!

Die SPD fordert:

1. Das verbliebene Postmonopol in Deutschland darf erst wegfallen, wenn auch andere EU-Länder für ihre Länder entsprechend handeln. Der vorgesehene Termin der Aufgabe des Monopols für Deutschland zum 1. Januar 2008 muss gesetzlich korrigiert werden. Wir wollen einen fairen Wettbewerb.
2. Die Postdienste müssen in das Arbeitnehmerentendegesetz aufgenommen werden, um so faire Mindestlöhne zu garantieren.
3. Lizenzen für Postdienste dürfen nur an Unternehmen gegeben werden, die die vorgeschriebenen sozial- und arbeitsrechtlichen Kriterien beachten.

Die EU-Kommission hat entsprechend der zum 31. Dezember 2008 auslaufenden Postrichtlinie im Oktober 2006 einen Vorschlag für die Neufassung der Richtlinie vorgelegt. Dieser Vorschlag liegt zurzeit im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat zur Beschlussfassung. Er sieht – entsprechend der Zielsetzung der seit 1997 geltenden Richtlinie – die vollständige Öffnung der Postmärkte für den 1. Januar 2009 vor. Bis dahin ist noch ein so genannter reservierter Bereich zulässig (Briefe bis 50 Gramm), der exklusiv einem Unternehmen zugewiesen werden kann. Aus den hieraus erzielten Gewinnen kann dieses Unternehmen dann den ihm auferlegten Universaldienst finanzieren.

Im Vorgriff auf die europaweite Marktöffnung ist in Deutschland das Postgesetz so verändert worden, dass der Postmarkt ab 2008 komplett, also inklusive dem geschützten Bereich, für den Wettbewerb geöffnet und das bestehende Briefmonopol beseitigt wird.

Das Präsidium der SPD verfolgt die Beratungen zur Neufassung der Postrichtlinie mit großer Sorge. Es ist Bundeswirtschaftsminister Glos nicht gelungen, eine Einigung innerhalb der Europäischen Union über die europaweite Öffnung der Postmärkte bis zum Jahr 2009 zu erzielen. Er hatte bei diesen Verhandlungen immer die volle Unterstützung der SPD, denn eine unter europaweit fairen Wettbewerbsbedingungen durchgeführte Marktöffnung hätte viele Vorteile für deutsche Unternehmen und die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher.

Eine einseitige Öffnung des deutschen Postmarktes darf es aber nicht geben. Bei einem einseitigen Wegfall des deutschen Postmonopols wäre die Deutsche Post der Konkurrenz mit Monopolrenditen aus dem Ausland ausgesetzt, ohne selbst in deren Ländern investieren zu können. Das würde zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen und zum Verlust von über 30.000 Arbeitsplätzen bei der Deutschen Post führen. Umso dringender ist es jetzt, das Postmonopol in Deutschland über den 1. Januar 2008 hinaus zu verlängern – und zwar solange, bis die Rahmenbedingungen für einen europaweit fairen Wettbewerb gesichert sind. Wir fordern Bundeswirtschaftsminister Glos auf, das Postgesetz in diesem Sinne zu ändern.

Ohnehin leidet die Deutsche Post AG bereits heute in Deutschland unter zunehmendem unfairem Wettbewerbsdruck, da viele der Konkurrenten sich Preisvorteile durch Dumpinglöhne, Minijobs und nicht sozialversicherspflichtig Beschäftigte verschaffen.

Dies widerspricht den Intentionen des Postgesetzes, das auf Druck der SPD in § 6 Abs. 3 als Vorgabe für die Lizenzvergabe die Auflage enthält, dass die Lizenz zu versagen ist, „wenn ... Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller die wesentlichen Arbeitsbedingungen, die im lizenzierten Bereich üblich sind, nicht unerheblich unterschreitet.“

Das Präsidium der SPD fordert die Regulierungsbehörde auf, diese Vorschrift bei der Lizenzvergabe und -überprüfung endlich konsequent anzuwenden und die Entlohnung als wesentlichen Teil der Arbeitsbedingungen entsprechend zu berücksichtigen. Die von der Bundesnetzagentur beim Wissenschaftlichen Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste (WIK) in Auftrag gegebene Studie ist weder repräsentativ noch kommt sie zu den richtigen Schlussfolgerungen.

Die Schutzklausel des Postgesetzes wird in ihr völliges Gegenteil verkehrt, wenn tarifvertraglich vereinbarte Löhne und Gehälter bei der Deutschen Post AG mit einem Marktanteil von über 90 Prozent als zu hoch bezeichnet werden und nicht als Vergleichsmaßstab akzeptiert werden. Branchenüblich sind eben nicht die zweifelhaften Arbeitsbedingungen einiger Postkonkurrenten, sondern die bei dem Unternehmen, das 90 Prozent aller Vollzeit Arbeitsplätze und Marktanteile hat.

Es kann nicht sein, dass der Wettbewerb auf den bereits liberalisierten Postmärkten in erheblichem Umfang über Dumping bei den Arbeitsbedingungen, insbesondere bei den Löhnen, erfolgt. Das ist unsozial und volkswirtschaftlich bedenklich. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn bei Postkonkurrenten beschäftigte Briefzusteller zusätzlich Leistungen des Arbeitslosengeldes II in Anspruch nehmen müssen, weil sie so schlecht bezahlt werden. Die Steuerzahler subventionieren auf diese Weise die Postkonkurrenten, die sich damit im Wettbewerb Preisvorteile sichern, die wiederum bei der Deutschen Post zu erheblichem Druck auf die Arbeitsbedingungen führen.

Das Präsidium der SPD spricht sich mit Nachdruck dafür aus, dass alles dafür getan wird, dass unsoziale Arbeitsbedingungen gerade nicht branchenüblich werden und ein Abrutschen des gesamten Postmarktes in einen Niedriglohnssektor verhindert wird. Das Präsidium der SPD bekräftigt hierfür seine Forderung nach Einbeziehung des Postsektors ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz, damit durch die Einführung eines branchenweiten Mindestlohns faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden können.

Präsidium, 13. Juni 2007

Aufruf zum 1. Deutschen Weiterbildungstag: Weiterbildung: Motor für Innovationsfähigkeit

Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind Kernelemente jeder Zukunftspolitik. Angesichts der rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt ist es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unverzichtbar, ihre Kenntnisse und Erfahrungen über ihr gesamtes Berufsleben hinweg zu sichern und weiterzuentwickeln. Lebenslanges Lernen ermög-

licht die Teilhabe jedes Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung und fördert damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In der älter werdenden Gesellschaft müssen Menschen in der dritten Lebensphase die Möglichkeit haben, aktiv an Weiterbildung teilzunehmen und ihre Fähigkeiten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einzubringen.

Für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft wird in Zukunft viel davon abhängen, ob es gelingt, die Qualifikation der Fachkräfte in unserem Land an die sich ständig wandelnden Anforderungen anzupassen.

Aufgrund des demographischen Wandels wird sich die Altersstruktur der Arbeitnehmerschaft in den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten erheblich verändern – umso mehr gilt es, die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen bis ins Alter zu erhalten. Bereits heute besteht in einigen Branchen ein Mangel an Fachkräften. Dieser Entwicklung müssen wir durch verstärkte Investitionen in die Aus- und Weiterbildung der Menschen in unserem Land begegnen.

Das gegenwärtige Niveau der Beteiligung Erwachsener an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung ist keineswegs ausreichend. Im europäischen Vergleich liegt es lediglich im unteren Drittel. Insbesondere benachteiligte Bevölkerungsgruppen und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bilden sich unterproportional oft weiter. Es ist deshalb unser Ziel, die Beteiligung an Weiterbildung erheblich zu erhöhen. Dafür verfolgen wir folgende Schritte:

1. Zweite und dritte Chance ermöglichen

Jeder Erwachsene ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss soll die Möglichkeit haben, einen Abschluss nachzuholen. In Deutschland gibt es zu viele Menschen, die nicht genug lesen und schreiben können, um in Alltag und Beruf zurechtzukommen. Wir wollen den funktionalen Analphabetismus deshalb stärker bekämpfen.

2. Gerechter Finanzierungsmix

Wir müssen verstärkt in Weiterbildung und lebenslanges Lernen investieren. Dabei setzen wir auf einen sinnvollen und gerechten Finanzierungsmix von öffentlicher, betrieblicher und individueller Finanzierung. Dem neoliberalen Trend, hauptsächlich auf die finanzielle Eigeninitiative des Einzelnen zu setzen, erklären wir eine klare Absage.

3. Stärkung der Weiterbildungsfinanzierung

Die angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung, eine Weiterbildungsprämie, die Möglichkeit von Weiterbildungskrediten und das Weiterbildungssparen einzuführen, sind erste wichtige Schritte, um die Finanzierung der Weiterbildung zu stärken und damit die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen. Dazu gehören auch Modelle zur Einführung von Studienkonten. Darüber hinaus wollen wir die Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems ausbauen. Wir streben an, die Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung weiter zu entwickeln und damit den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Qualifizierung zu fördern. Darüber hinaus wollen wir langfristig Weiterbildungsansprüche, Weiterbildungsberatung und Weiterbildungsqualität in einem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz klar regeln.

4. Stopp dem Lohndumping in der Weiterbildungsbranche

Qualität in der Weiterbildung kann nur gesichert werden, wenn die Beschäftigten im Weiterbildungssektor gerecht entlohnt werden. Das Zahlen von Dumpinglöhnen gilt es zu unterbinden. Die SPD unterstützt die diesbezüglichen Anstrengungen der Tarifparteien und fordert die Einbeziehung der Weiterbildungsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz.

5. Mehr Unterstützung für allgemeine Weiterbildung

Der allgemeinen, kulturellen und politischen Weiterbildung kommt eine wichtige Bedeutung zu. Wir fordern die Länder und Kommunen auf, sie zu stärken und vor allem die Arbeit der Volkshochschulen intensiver zu unterstützen.

6. Nationaler Pakt für Weiterbildung

Weiterbildung liegt in der Zuständigkeit vieler Akteure. Deshalb wollen wir einen nationalen Pakt für Weiterbildung, bei dem alle an Weiterbildung Beteiligten – also Politik, Tarifparteien und Bildungsträger – konstruktiv zusammenwirken. Ziel einer gemeinsamen Weiterbildungsstrategie muss es auch sein, die Unüberschaubarkeit des Weiterbildungssektors zu überwinden und Weiterbildung mit System zu schaffen.

Parteivorstand, 25. Juni 2007

Gute Arbeit

Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit.

Deshalb wollen wir Vollbeschäftigung.

Arbeit muss menschenwürdig sein.

Deshalb wollen wir Gute Arbeit.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine zentrale politische Aufgabe. Denn sie ist im Interesse jedes einzelnen Menschen, der arbeiten kann und will. Sie ist aber auch von zentraler Bedeutung für die Sicherung des Wohlstands und des sozialen Friedens sowie für die Stabilität unserer Sozialsysteme.

Der Mensch steht im Mittelpunkt – er ist Richtschnur unserer Politik, auch und gerade unserer Beschäftigungspolitik.

Gute Arbeit meint Arbeit für jeden Menschen und bessere Arbeit:
Arbeit für alle.

Faire Löhne.

Gute Arbeitsbedingungen.

Arbeitsschutz.

Ausbildung und Weiterbildung.

Gleichstellung beim beruflichen Aufstieg.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Vermittlung und Absicherung.

Arbeitnehmerrechte.

Illegale Beschäftigung bekämpfen.

Ehrenamtliche Arbeit.

Soziales Europa.

1. Arbeit für alle

Vollbeschäftigung wird nicht schnell zu erreichen sein. Manche behaupten: Nie. Wir kämpfen trotzdem dafür. Denn es gibt noch viel zu tun. Jede/r Arbeitslose weniger ist ein Gewinn, und jede/r Arbeitslose hat Anspruch auf unsere Hilfe. Und Arbeit bedeutet Teilhabe, gesellschaftliche Anerkennung und persönliche Selbstverwirklichung.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist erfreulich. Seit 2005 verbessert sich die Lage am Arbeitsmarkt zusehends und zuletzt in beachtlichem Tempo. Auch die Älteren und die Jungen haben dabei erkennbar bessere Chancen. Dabei wächst die Zahl sozialversicherungspflichtiger, solider Arbeitsverhältnisse deutlich, aber auch zum Teil die Leiharbeit und die befristete Beschäftigung.

Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt hat mehrere Gründe. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft durch die Steuerreform in der rot-grünen Regierungszeit, die große Arbeitsmarktreform, verschiedene Maßnahmen der Agenda 2010, die moderaten Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre, mehr öffentliche Investitionen und die Förderung privater Investitionen (das 25-Mrd.-Förderprogramm der Großen Koalition) waren die binnenwirtschaftlich wichtigsten. Um eine Verstetigung des Wachstums zu erreichen, bedarf es weiterer Maßnahmen. Wir müssen den eingeschlagenen Weg fortsetzen, in Innovationen, in Bildung und Forschung und in die Infrastruktur zu investieren. Wir brauchen einen Investitionspakt von Bund, Ländern und Kommunen zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude und darüber hinaus. Das schafft Arbeit.

Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt ist kein Grund, in den Anstrengungen nachzulassen. Im Gegenteil: Es geht darum, nicht nur die konjunkturellen Wirkungen am Arbeitsmarkt zu begrüßen, sondern es müssen die strukturellen Ansätze einer nachhaltigen Verbesserung gefestigt und ausgebaut werden.

Und es gibt Arbeit. Sie muss mobilisiert und finanziert werden. Wir tun etwas für:

- die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Inland und international,
- öffentliche Investitionen,
- Anreize für private Investitionen.

Denn so wird die Zuversicht der Menschen in die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems verbessert, das Vertrauen in die Institutionen der Demokratie gefestigt oder – wo nötig – zurück gewonnen und die Handlungskraft des Staates – beim Investieren und beim Konsolidieren – massiv gestärkt.

Arbeit für alle, das meint wirklich alle:

Männer und Frauen. Die Frauenerwerbsquote ist in den vergangenen Jahren gestiegen – von 58,1 Prozent (2000) auf 61,5 Prozent (2006). Davon geht ein Teil zurück auf den Anstieg der Teilzeitbeschäftigung von Frauen. So ist die Teilzeitbeschäftigung von Frauen von 3,321 Millionen (2000) auf 3,808 Millionen (2006) gestiegen. Unser Ziel bleibt, Frauen in eine Vollzeitbeschäftigung zu bringen. Frauen müssen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, zu gleichen Bedingungen, in jeder Lebensphase. Da sie in der Regel die schulische Ausbildung überdurchschnittlich gut abschließen, ist dies nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern bei einem sich abzeichnenden Mangel bei besser Qualifizierten auch volkswirtschaftlich mehr als sinnvoll. Das heißt auch, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden muss, in der Vorschulzeit aber auch in der Schulzeit der Kinder. Der von der SPD forcierte und jetzt von der großen Koalition geebnete Weg zu einer quantitativ und qualitativ guten Krippenbetreuung der Kleinsten ist dabei eine wesentliche Weichenstellung. Hinzu kommen müssen elternfreundliche Arbeitszeiten und -bedingungen.

Jung und Alt. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 hat seit 2005 um 155.000 abgenommen, die der Älteren um 180.000. Für beide Gruppen gibt es Chancen. Die wollen wir weiter verstärken. Immer mehr Unternehmen begreifen auch, dass ein vernünftiger Altersmix eine auch betriebswirtschaftlich vernünftige Belegschaftspolitik ist.

Die Instrumente der Initiative 50 plus – Kombilohn für Ältere, Eingliederungszuschüsse für Unternehmen die Ältere einstellen, Weiterbildungsangebote für über 45-Jährige und die längere Befristungszeit – können dabei helfen. Gleiches gilt auch für Eingliederungszuschüsse an Unternehmen, die junge Arbeitslose einstellen.

Deutsche und Ausländer/innen. Wer legal im Land ist, muss auch gleiche Bildungs- und Beschäftigungschancen haben. Das gilt auch für Ausländer/innen im Status der Duldung, die bereits lange Zeit in Deutschland leben.

Gute schulische Bildung und berufliche Ausbildung ist die wirkungsvollste Voraussetzung dafür, dass Ausländer/innen und junge Menschen aus Migrantenfamilien einen aussichtsreichen Einstieg in die Arbeitswelt finden. Sie ist eine wichtige Grundlage erfolgreicher Integration.

Im Zeitalter der Globalisierung ist es selbstverständlich, dass mehr Deutsche ihre Arbeit im Ausland finden und mehr Ausländer bei uns in Deutschland. Ziel muss es aber bleiben, die Arbeit, die in Deutschland anfällt, mit den Menschen zu schaffen, die legal in Deutschland sind. Das Potential dafür gibt es, und nichts davon darf ungenutzt bleiben, wenn der Arbeitsmarkt strukturell und dauerhaft verbessert werden soll.

Die Welt ist nicht das globale Arbeitskrätereservoir, das man anzapfen sollte, wenn die Fachkräfte oder die Einfach-Dienste in unserem eigenen Land fehlen. Arbeitsmigration ist möglich und punktuell nötig. Aber sie muss nach klaren Kriterien erfolgen, gemessen an den Erfordernissen unseres Arbeitsmarktes und an den Interessen der arbeitslosen Menschen hier. Sie darf kein Ersatz werden für unzulängliche Qualifizierung und Vermittlung inländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie darf nicht das Ventil für Unternehmen sein, die ihren Qualifizierungspflichten nicht nachkommen.

Stärkere und Schwächere. Wir wollen gleiche Startchancen für alle. Jede und jeder hat das Recht auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung, die die Talente und Stärken in den Mittelpunkt stellt – und nicht die Herkunft. Die Wege zu einer guten Ausbildung sind unterschiedlich und nicht immer gerade. Wir wollen jedoch alle mit auf diesen Weg nehmen, niemand soll am Rande stehen. Das Bildungs- und Ausbildungssystem muss zu jedem Zeitpunkt den Aufstieg zu einer höheren Qualifikation ermöglichen. Die Verantwortung für ausreichende Bildung und berufliche Ausbildung liegt auch bei den Familien. Aber die Talente sind unterschiedlich und längst nicht alle erhalten wirklich gleiche Chancen. Es bleibt unverzichtbar, denjenigen mit schlechteren Startchancen dabei zu helfen, den Anschluss zu finden. Wir haben mit der Arbeitsmarktreform 2005 die Definition der Erwerbsfähigkeit bewusst weit gefasst. Auch Vermittlungsschwächere sind seitdem Teil des einen Arbeitsmarktes. Sie sollen echte Chancen haben. Das heißt für uns auch: Wir müssen die Systeme zur individuellen Qualifizierung und aktiven Vermittlung weiter verbessern. Gerade auch für Menschen mit Behinderung. In Deutschland leben mehr als 6,6 Millionen Menschen mit einer Behinderung. Wir sind in den vergangenen Jahrzehnten bei der Integration von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Behinderungen vorangekommen. Der öffentliche Dienst ist hier insgesamt weiter als die Privatwirtschaft. Trotzdem wollen wir auch hier in den nächsten Jahren Verbesserungen. Vorrang hat für uns die Teilhabe durch Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Neben bewährte Instrumente des Arbeitsmarktes treten in Kürze zwei neue:

- Der Qualifizierungs-Kombi für solche junge Menschen, die – teils ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung – länger arbeitslos sind und ohne Förderung keine Perspektive hätten. Der Arbeitgeber, der sie einstellt und möglichst auch qualifiziert, erhält dafür einen Zuschuss von 35 bis 50 % der Lohnkosten.
- Der Soziale Arbeitsmarkt (Beschäftigungszuschuss) für rund 100.000 Arbeitslose. Hier sollen die gefördert werden, die erkennbar dauerhaft sonst keine Aussicht auf Beschäftigung am Arbeitsmarkt haben, die also starke Vermittlungshemmnisse haben. Wir wollen, dass auch die Schwächeren nicht aussortiert, sondern in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse integriert werden. Kommunen, Organisationen, Integrationsbetriebe, aber auch Unternehmen des gesamten Arbeitsmarktes sollen für diese Gruppe zusätzliche Arbeitsplätze definieren – ohne bestehende Beschäftigung zu verdrängen. Daher ist der Konsens aller lokalen Arbeitsmarktakteure für die Definition der neuen Tätigkeitsfelder notwendig.

2. Faire Löhne

Die Tarifhoheit ist ein hohes Gut. Sie bleibt unangetastet. Arbeitgeber und Arbeitnehmer entscheiden in Deutschland in eigener Zuständigkeit über die Lohnhöhe, wie auch über viele andere Arbeitsbedingungen.

Allerdings müssen wir feststellen, dass immer weniger Unternehmen in tariffähigen Arbeitgeberverbänden, immer weniger Arbeitnehmer in Gewerkschaften organisiert sind. Immer mehr Bereiche und Arbeitsverhältnisse sind tariffrei.

Auch auf Grund dieser Entwicklung hat sich eine starke Lohnspreizung entwickelt. Der Niedriglohnbereich hat sich verbreitert und immer mehr Löhne liegen zum Teil weit unterhalb des Existenzminimums. Davon sind besonders Frauen betroffen. Das wollen wir ändern. Wer voll arbeitet, muss von seinem Arbeitseinkommen leben können. Dass mit Familientransfers und Wohngeld zusätzliche staatliche Hilfen bereitstehen, bleibt davon unberührt.

Mindestlöhne sind eine Frage der Würde und Mindestlöhne entsprechen den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Sie sind Existenz sichernd und garantieren, dass diejenigen, die arbeiten, davon einen Vorteil haben.

Unser Ziel ist es, Dumpinglöhne und Lohndumping zu beseitigen. Mit der Einbeziehung möglichst aller Branchen, die die Voraussetzungen erfüllen, ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz stellen wir sicher, dass tariflich vereinbarte Mindestlöhne durch Regierungsverordnung für allgemeinverbindlich erklärt werden. Das schützt auch diejenigen Unternehmen vor Lohndumping, die sonst von Billiglohn-Konkurrenten unterlaufen werden. Die Dienstleistungsrichtlinie in 2009 und die Arbeitnehmerfreizügigkeit 2009 oder spätestens 2011 bringen ansonsten das Problem des Lohndumpings für deutsche Unternehmen mit sich. Für die Branchen, deren Tarifbindung geringer als 50 Prozent ist, wird das aktualisierte Mindestarbeitsbedingungengesetz von 1952 angewendet. Damit werden Mindestlöhne auch in diesen Bereichen möglich. Das allein wird aber nicht ausreichen.

Wir müssen auch Dumpinglöhne verhindern. Deshalb wollen wir einen gesetzlichen Mindestlohn. Mit einem Mindestlohngesetz wird die untere Lohnhöhe – eventuell differenziert – festgelegt. Dazu kann eine Lohnfindungs-Kommission eingerichtet werden, in der die Tarifparteien vertreten sind. Damit ist deren Beteiligung an der Festlegung von Mindestlöhnen gewährleistet.

Nicht nur die Erwerbsquote der Frauen in Deutschland ist im europäischen Vergleich völlig unzureichend, auch die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen muss geschlossen werden. Erwerbstätigkeiten, die Frauen auf den Status der Hinzuverdienerin festlegen, sind ein wesentlicher Grund für Kinder- und Altersarmut. Frauen muss der Einstieg in Existenz sichernde Einkommen erleichtert werden – mit staatlicher Unterstützung, aber auch durch die Unternehmen: Dabei geht es uns vor allem um die Schaffung von sozialversicherungspflichtiger (Vollzeit-)Beschäftigung. Und es geht darum, unser Einkommenssteuerrecht geschlechtergerecht auszugestalten, damit sich auch für verheiratete Frauen die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lohnt.

3. Gute Arbeitsbedingungen

Gute Arbeit bedeutet familien- und mitarbeitergerechte Arbeitszeitgestaltung. Arbeitszeitpolitik gestaltet den Wandel in der Wirtschafts- und Arbeitswelt und berücksichtigt Veränderungen in der Gesellschaft. Eine moderne und innovative Arbeitszeitpolitik trägt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei, schafft notwendige Zeiträume für Qualifizierung und ermöglicht eine flexible Integration der Erwerbsarbeitsphase in die individuellen Lebensentwürfe. Wir wollen daher die wöchentliche Arbeitszeit auf max. 45 Stunden begrenzen

und die darüber hinaus geleistete Arbeit auf Zeitkonten erfassen, die finanziell oder mit Freizeit ausgeglichen werden. Damit Zeitwertkonten in nennenswerten Umfang in Anspruch genommen werden, müssen sie so gestaltet sein, dass sie den unterschiedlichen Möglichkeiten und die Interessen der einzelnen Mitarbeitergruppen gerecht werden (Sabbatical, Projektarbeiten, ...). Die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen der Arbeitszeitgestaltung muss mit der Insolvenzversicherung von Arbeitszeitkonten einhergehen.

Wir wollen grundsätzlich unbefristete Vollzeitarbeit, aus der Ansprüche aus der Sozialversicherung bei Arbeitslosigkeit, im Krankheitsfall und im Rentenalter erworben werden. Reguläre Arbeitsverhältnisse sind unverzichtbar, weil sie den Menschen Sicherheit geben, die Grundlage der sozialen Sicherungssysteme bilden und nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Neue Beschäftigungsformen sind als flexible Reaktion auf wirtschaftliche Bedingungen unerlässlich. Und sie sind sowohl im Interesse von Unternehmen als auch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerechtfertigt. Es kommt aber darauf an, Flexibilität und Sicherheit sinnvoll miteinander zu verbinden. Das gilt für Teilzeitarbeit, Praktika und Leiharbeit. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in solchen Arbeitsverhältnissen dürfen nicht diskriminiert und von Rechten ausgegrenzt oder ausgeschlossen werden.

Mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz haben wir es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglicht, ihre Arbeitszeiten besser den Bedürfnissen ihrer jeweiligen Lebensphase anzupassen. Teilzeitarbeit darf aber niemanden benachteiligen – weder bei der betrieblichen oder überbetrieblichen Qualifizierung noch beim beruflichen Aufstieg.

Berufseinsteigerinnen und -einsteiger müssen oft als Praktikanten unentgeltlich oder für ein Taschengeld Tätigkeiten verrichten, die mit einem regulären Beschäftigungsverhältnis abgedeckt werden müssten. Die zeitliche Begrenzung dieser Praktika ist notwendig, die Aneinanderreihung von Praktika muss ausgeschlossen werden. Die Bezahlung der Beschäftigten gemäß der tariflich vereinbarten Löhne muss gewährleistet werden.

Leiharbeit hat in den letzten beiden Jahren an Bedeutung zugenommen. So ist die jahresdurchschnittliche Zahl der Leiharbeiter von 2003 bis 2005 um rund 114.000 auf rund 444.000 deutlich angestiegen. Dabei ist zu sehen, dass der Anstieg der Leiharbeit nicht vollständig mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze gleichzusetzen ist. Wir wollen, dass Leiharbeit eine Brücke in ein reguläres Arbeitsverhältnis ist. Es darf nicht zu Lohndumping oder zur Umgehung von Tarifverträgen in den Betrieben kommen. Wir wollen daher einen Mindestlohn für Leiharbeiter/innen über die Einbeziehung der Leiharbeitsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz einführen. Wo in den Betrieben gleiche Arbeit geleistet wird, müssen auch die Löhne, die Arbeitsbedingungen, die Weiterbildungsmöglichkeiten und die Aufstiegsmöglichkeiten gleich sein. Leiharbeit ist aber nur vorübergehend und nur für den kleineren Teil der Belegschaft akzeptabel. Unser Ziel ist es, dass die Beschäftigten in einem Betrieb zum Stammpersonal des Unternehmens zählen. Nur wenn die Beschäftigten eine planbare berufliche Perspektive haben, können sie für ihre Familien die Zukunft planen und gestalten.

Die notwendige Eingrenzung der prekären Beschäftigungsverhältnisse kann nur mit den Betriebsräten in den Unternehmen erreicht werden. Daher muss die betriebliche Mitbestimmung gestärkt und nicht, wie von CDU und FDP gefordert, minimalisiert werden.

4. Arbeitsschutz

Die Humanisierung der Arbeitswelt bleibt eine dauerhafte Aufgabe. In den vergangenen Jahrzehnten ist viel erreicht worden, die Zahl schwerer und schwerster Unfälle ist deutlich zurückgegangen. Das ist gut. In einer veränderten Arbeitswelt ergeben sich aber neue Gesundheitsrisiko-

ken am Arbeitsplatz. Die Gefährdungen zum Beispiel für die Augen, den Rücken und die Psyche werden immer offensichtlicher. Das erfordert intensive präventive Maßnahmen, auch weil daraus sonst erhebliche Kosten für die Volkswirtschaft oder die Sozialsysteme entstehen werden. Arbeit bleibt anstrengend und führt zu Verschleiß. Das ist eine Binsenweisheit. Aber es ist trotzdem ein großer Unterschied für das Wohlbefinden des Einzelnen, ob und wie Gefährdungen und gesundheitsschädigenden Arbeitsweisen vorgebeugt wird.

Wir wollen, dass die Beschäftigten auch psychisch und physisch in der Lage sind, gesund das Rentenalter zu erreichen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmen und Staat müssen der gesundheitlichen Prävention und der Humanisierung des Arbeitsumfeldes daher deutlich mehr Bedeutung zumessen als bisher.

Gute Arbeit heißt Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz. Der Arbeitsplatz ist ein wichtiger Lebensbereich, an dem die meisten Menschen einen erheblichen Teil ihrer Lebenszeit verbringen. Betriebliche Gesundheitsförderung kann gezielt Arbeitsbelastung verringern und gesundheitsfördernde Verhaltensweisen der Beschäftigten stärken. Wir schlagen daher vor, dass die Teilnahme an einer Maßnahme der betrieblichen Gesundheitsförderung erleichtert wird. Wir werden Modellprojekte zum Umgang mit psychischen Krankheiten im Betrieb im Rahmen von INQA und „job – Jobs ohne Barrieren“ fördern. Dazu gehört auch, dass die Forschung zu den Ursachen des Anstiegs psychischer Erkrankungen in der Arbeitswelt, ihre Auswirkung in betrieblichen Strategien zum Umgang parallel gestärkt werden müssen.

Gute Arbeit bedeutet Stärkung der gesundheitlichen Prävention von Arbeitslosen. Die körperliche und psychische Gesundheit von Arbeitslosen ist schlechter als beim Bevölkerungsdurchschnitt. Deshalb soll der Präventionsgedanke integraler Bestandteil der Beratungs- und Vermittlungsprozesse von Arbeitslosen werden. Die Krankheitsprävention von Arbeitslosen soll im SGB II und SGB III gesetzlich verankert werden.

5. Ausbildung und Weiterbildung

Die duale Ausbildung ist ein bewährtes Instrument, das wesentlich dazu beiträgt, dass Deutschland eine hoch qualifizierte Facharbeiterschaft hat und dass die Jugendarbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig ist.

Trotzdem ist die Ausbildungsfrage noch nicht befriedigend gelöst.

Der Ausbildungspakt wird fortgesetzt und mehr Firmen als bisher haben mehr neue Ausbildungsplätze als bisher zugesagt. In den nächsten Jahren bleibt die Zahl der Schulabgänger aber noch relativ hoch, die Verkürzung von 13 auf 12 Schuljahre wird sich auswirken, der Rückgang der Studienanfänger – auch ausgelöst durch Studiengebühren – macht sich bemerkbar und die Zahl der Altbewerber, deren Vermittelbarkeit von Jahr zu Jahr schwerer wird, ist immer noch erschreckend hoch.

Die Modernisierung und die gerechte Finanzierung des betrieblichen Teils der Berufsausbildung sind für den dauerhaften Erfolg des dualen Systems wesentlich. Derzeit engagieren sich lediglich knapp ein Viertel aller Unternehmen in der Berufsausbildung. Nur sie tragen die Kosten des betrieblichen Teils der Ausbildung. Daher muss die Bundesrepublik eine aktivierende Berufsbildungsfinanzierung entwickeln, die vor allem den überdurchschnittlichen ausbildungswilligen Klein- und Mittelbetrieben mit weniger als 100 Beschäftigten zugute kommt.

Während kleine und mittlere Unternehmen zum Teil über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden, haben sich einzelne Großunternehmen vollkommen ihrer Ausbildungsverantwortung entledigt. Da Ausbildung ein Kostenfaktor ist, erzielen diese Großunternehmen durch Nichtausbildung einen Wettbewerbsvorteil. Sie sparen die Ausbildungskosten und werben überdies gut ausgebildete Fachkräfte von anderen Betrieben ab.

Wir wollen, dass bis zum Jahr 2009 kein junger Mensch mehr ohne konkretes Angebot nach dem Schulabschluss bleibt. Jeder und jede soll entweder die Chance zum Studium oder zur Berufsausbildung oder zur Vorbereitung darauf erhalten.

Wir wollen schon in der Schule, aber auch bei der Berufs- und Studienberatung, jungen Männern und Frauen eine bessere Orientierung geben, um das immer noch sehr geschlechtsspezifische Berufs- und Studienfachwahlverhalten zu überwinden. Auch die Unternehmen sehen wir hier in der Pflicht.

Mit dem Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ-Programm) geben wir wichtige Impulse. Bereits im Oktober 2006 wurde es auf 40.000 Plätze aufgestockt. Darüber hinaus werden wir das EQJ-Programm ab 2008 in das Regelinstrumentarium des Arbeitsförderungsrechts aufnehmen, um die erfolgreiche Fortführung dauerhaft zu sichern.

Die Gebühren zur Kammerprüfung stellen eine finanzielle Belastung für die auszubildenden Betriebe dar. Wir werden daher deren Abschaffung prüfen.

Wir prüfen die Einführung eines Ausbildungs-Bonus für Unternehmen, die überdurchschnittlich ausbilden. Diese Unternehmen sollen zukünftig einen geringeren Arbeitslosenversicherungsbeitrag zahlen. Damit rufen wir alle Unternehmen auf, mehr Auszubildende als bisher einzustellen.

Wir fordern die Länder auf, dafür zu sorgen, dass die Zahl der jungen Menschen, die ohne Abschluss aus den Schulen kommen, deutlich reduziert wird.

Qualifizierte Arbeitsplätze sind sicherere Arbeitsplätze. In vielen Bereichen beklagen Unternehmer heute, dass nicht genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Sie kritisieren damit einen Zustand, den sie in den vergangenen Jahren durch eigene Nachlässigkeit selber verantworten. Gleichzeitig nehmen Forderungen zu, die Grenzen für den Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus aller Welt zu öffnen.

Für die Innovationskraft der Gesellschaft und die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen ist eine Weiterbildungsoffensive unverzichtbar. Wir wollen keinen Weg gehen, bei dem die Bildung und Weiterbildung hier im Land vernachlässigt wird, das allgemeine Qualifikationsniveau sinkt und dann gleichzeitig die Bedarfe an Fachkräften durch Zuwanderung gedeckt werden. Priorität hat für uns die Qualifizierung aller Menschen, die legal in unserem Land leben.

Für Qualifizierung und Weiterbildung ist man nie zu alt. Leider ist es aber so, dass vor allem Menschen ohne Berufsabschluss, Frauen mit Kindern, Migrantinnen, Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte in Kleinbetrieben weitgehend von Weiterbildung ausgeschlossen sind.

Wir haben in den vergangenen Jahren den Weiterbildungsbereich neu geordnet und für mehr Qualität Sorge getragen. Mit der Initiative 50 plus wurde das Angebot zur Förderung von Weiterbildung deutlich verbessert. Beschäftigte in Betrieben mit bis zu 250 Beschäftigten, die 45 Jahre oder älter sind, haben einen Anspruch auf Förderung ihrer Weiterbildung. Wir wollen, dass auch Berufsrückkehrerinnen und Arbeitslose, die keine Geldleistungen erhalten, durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen und andere arbeitsmarktpolitischen Instrumente bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten.

Viele europäische Nachbarländer haben durch ein intensives Zusammenwirken von Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern Erfolge erzielt.

Auch wir müssen jetzt entscheidend vorankommen.

Wir wollen:

1. die Beschäftigten im Bereich der Weiterbildung durch die Aufnahme der Branche ins Arbeitnehmerentendengesetz vor Lohndumping schützen. Der abgeschlossene Branchentarifvertrag soll rasch für allgemeinverbindlich erklärt werden.

2. klar stellen, dass bei der Ausschreibung von Weiterbildungsmaßnahmen seitens der Bundesagentur für Arbeit die Qualität der Leistung einen höheren Stellenwert als der Preis erhält.
3. die Schaffung eines Nationalen Weiterbildungsfonds prüfen, der die Tarifpolitik fordert, Weiterbildungsmaßnahmen stärker zu berücksichtigen. Aus dem Fond können tarifliche Vereinbarungen – bei Vorliegen klarer Kriterien – mitfinanziert werden.

Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung sind gemeinsame Aufgabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Politik.

Gute Arbeit muss die Weiterbildung stärken, damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit gesenkt und die Innovationskraft der Unternehmen verbessert wird. Ausbildung und Qualifizierung sind die beste Arbeitslosenversicherung. Betriebe mit besser qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen besser im internationalen Wettbewerb. Wir wollen daher, dass die Weiterbildung stärker als bisher von der Arbeitslosenversicherung finanziert wird, denn von Weiterbildung profitieren alle Beitragszahler – Beschäftigte und Unternehmen. Auf diese Weise wird die Arbeitslosenversicherung noch mehr zur Beschäftigungsversicherung.

6. Gleichstellung beim beruflichen Aufstieg

Trotz bester Ausbildung, trotz hoher Leistungsbereitschaft und Motivation stoßen Frauen in Deutschland beim beruflichen Aufstieg immer noch an eine gläserne Decke. Ihr Anteil an Führungspositionen und in Aufsichtsgremien ist im internationalen Vergleich beschämend gering. Die freiwillige Vereinbarung zwischen Wirtschaft und Bundesregierung hat bisher keine nennenswerten Fortschritte gebracht. Es geht um Gerechtigkeit und um die Zukunftsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Wir wollen die Fähigkeiten und Talente der gut qualifizierten Frauen nicht länger vergeuden. Deshalb brauchen wir verbindliche Zielvorgaben, damit Frauen in Wirtschaft, Forschung und Lehre die Hindernisse endlich durchbrechen können.

7. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zur guten Arbeit gehört die familienfreundliche Ausgestaltung der Arbeitswelt. Flexible Arbeitszeitmodelle, erreichbare und verlässliche Betreuungseinrichtungen sind hier wichtig. Wenn die Fachkräfte weniger werden, dann können wir es uns nicht leisten, auf Kompetenzen und Begabungen zu verzichten, weil es keine ausreichende Infrastruktur zum Beispiel zur Kinderbetreuung gibt.

Wir haben in der Koalition das Elterngeld auf die Tagesordnung gesetzt und ihm zum Durchbruch verholfen. Schon in der rot-grünen Regierungszeit haben wir mit der finanziellen Förderung von Ganztags-Grundschulen, mit der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, dem Gesetz zum Ausbau von Kindertagesstätten und mit der jährlichen Förderung von 1,5 Milliarden Euro für den Ausbau von Krippenplätzen unser Konzept Schritt für Schritt umgesetzt. Mit dem jetzt von der SPD durchgesetzten Rechtsanspruch für einen Krippenplatz 2013 wird dieser Weg fortgesetzt und beschleunigt.

Damit werden die Voraussetzungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert.

Trotzdem bleibt es eine Herausforderung, dass so viele Frauen mit kleinen und heranwachsenden Kindern arbeitslos sind und am Arbeitsmarkt nur schwer integrierbar sind.

Wie wollen, dass die Vermittlung dieser Frauen noch einmal intensiviert wird. Dabei müssen die Unternehmen mitmachen und sich auf die besonderen Zeitbedürfnisse dieser Frauen – gerade auch der Alleinerziehenden – intensiver einstellen. Das hilft vor allem, Kinderarmut zu vermeiden.

8. Vermittlung und Absicherung

Zum einen geht es darum, den Arbeitslosen Vermittlungshilfe zu geben, die sich nicht aus eigener Kraft (wieder) im Arbeitsmarkt integrieren können. Zum anderen geht es um die Absicherung sozialer Grundbedürfnisse und von Ansprüchen, – in Arbeit und auch in Arbeitslosigkeit.

Mit dem Umbau der Bundesagentur zu einem modernen Dienstleister am Arbeitsmarkt wurde die Voraussetzung für individuelle Betreuung, zielgerichtete Förderung und schnelle Vermittlung Arbeitsloser deutlich verbessert.

Trotz vieler Fortschritte sind weitere Verbesserungen mit dem Ziel der optimalen Vermittlung nötig. Das gilt insbesondere für den SGB II-Bereich, von dem auch und insbesondere Langzeitarbeitslose berührt sind. Dabei geht es im Interesse der Betroffenen auch um eine höhere Effizienz in der Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in den Agenturen und Kommunen, der Arbeitsgemeinschaft (ARGEN) und der Optionskommunen. Dazu gehört die allseitige Akzeptanz der Verantwortlichkeiten aller Beteiligten. Aber auch die Straffung der Arbeitsmarktinstrumente mit dem Ziel erfolgreicher Anwendung auch für schwerer vermittelbare Arbeitslose ist dringend erforderlich, auch im Zusammenwirken der Rechtskreise SGB II und SGB III.

Auf der Grundlage von verbindlichen generellen Rahmenvereinbarungen und jährlichen Zielvereinbarungen können die ARGEn und die Optionskommunen dann ihre Arbeit unter Nutzung dieses überarbeiteten Instrumenten-Katalogs gestalten.

Derzeit erhalten etwa 900.000 Personen aus SGB II-Mitteln aufstockende Leistungen zu ihrem Erwerbseinkommen. Die geltende Freibetragsregelung beim ALG II begünstigt niedrige Zusatzeinkommen; ALG II-Bezieher haben so einen hohen Anreiz einen Minijob anzunehmen und sich mit dem Gesamteinkommen zufrieden zu geben. Das wollen wir ändern.

Wir schlagen daher einen vermögensunabhängigen Erwerbstätigenzuschuss („Bonus für Arbeit“) in Höhe von 25 Prozent vor, der ab einem Einkommen von 800 Euro für Singles und 1.300 Euro für Paare bei 30 Wochenarbeitsstunden gezahlt wird. Dieser Erwerbstätigenzuschuss verläuft degressiv und wird bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze auf Null abgeschmolzen. Mit dem „Bonus für Arbeit“ würde eine konsequente Förderung der regulären Beschäftigung von einkommensschwachen Beschäftigten erreicht. Das System macht es für Betroffenen attraktiver, eine Existenz sichernde Beschäftigung aufzunehmen. Das ist nur vertretbar, wenn mit einem Mindestlohn eine Lohnuntergrenze definiert wird.

9. Arbeitnehmerrechte

Zu guter Arbeit gehören Arbeitnehmerrechte. Die soziale Marktwirtschaft ist untrennbar mit der Teilhabe und Teilnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbunden. Die Mitbestimmung, die Betriebsverfassung, die Tarifautonomie, auch als Flächentarif, der Kündigungsschutz und moderner Arbeitsschutz gehören zu den unverzichtbaren Arbeitnehmerrechten. Diese Rechte sind für die SPD nicht verhandelbar.

Die SPD ist die Große Koalition auch eingegangen, weil nur so der Versuch von CDU/CSU und FDP abgewehrt werden konnte, Teile der Arbeitnehmerrechte drastisch zu beschränken.

Wir wollen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich auf gleicher Augenhöhe begegnen. Denn Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt.

Die Arbeitnehmerrechte tragen entscheidend zur sozialen Balance im Lande bei; sie sind gut für den wirtschaftlichen Erfolg und für den sozialen Frieden. Gleichwohl lassen die Attacken marktradikaler Politiker, Funktionäre und Wissenschaftler, die den rechtlichen Rahmen für

die Balance zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ändern wollen, nicht nach.

Insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Europäisierung und der Globalisierung von Wirtschaftsprozessen müssen die Arbeitnehmerrechte nicht nur in Deutschland, sondern EU- und weltweit geregelt und gesichert werden. Deshalb treten wir dafür ein, dass die guten Erfahrungen, die Deutschland mit einer so organisierten Arbeitnehmerschaft und einer starken Gewerkschaftsbewegung gemacht hat, als vorbildhaft anerkannt werden. Die Integration Europas darf nicht zu einem Abbau von Sozialstandards führen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich die verstärkten Anstrengungen der Gewerkschaften, sich in der EU und weltweit schlagkräftig zu organisieren.

Und wir sind stolz auf die Erfolge sozialdemokratischer Politik bei der Herausbildung einer europäischen Betriebs- und Unternehmensverfassung, beispielsweise bei der Fusionsrichtlinie der europäischen Aktiengesellschaften und länderübergreifenden Zusammenschlüssen.

Im Koalitionsvertrag ist die Umsetzung der einvernehmlichen Vorschläge der so genannten Biedenkopf-Kommission vereinbart. Da in der Kommission keine Einvernehmlichkeit erzielt wurde, ist mit konkreten Schritten in dieser Legislaturperiode nicht zu rechnen. Der Gesprächskreis Mitbestimmung beim SPD-Parteivorstand hat Vorschläge zur Fortentwicklung der Mitbestimmung vorgelegt. Die Ergebnisse dieses Gesprächskreises sollen Eingang in das SPD-Regierungsprogramm 2009 finden.

10. Illegale Beschäftigung bekämpfen

Es gibt in Deutschland im großen Umfang Beschäftigung, die sich jenseits der geltenden Gesetze und Vorschriften bewegt. Dabei werden weder Arbeitsrecht und Arbeitsschutz beachtet, noch die Ansprüche der sozialen Sicherungssysteme und des Fiskus.

Ehrliche Arbeitgeber und ehrliche Arbeitnehmer/innen sollen aber nicht die Dummen sein.

Wir bekämpfen illegale Beschäftigung mit Nachdruck. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) haben wir in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut und schlagkräftig ausgestattet. Rund 6.500 Fahnder und Helfer mit entsprechender Kompetenz und Ausrüstung überprüfen in Betrieben, auf Baustellen und in der Landwirtschaft, ob gegen geltendes Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht verstoßen wird. Mit beachtlichen Ergebnissen: Allein in den vergangenen zwei Jahren wurden mehr als 4.000 Prüfungsverfahren und mehr als 2.000 Ermittlungsverfahren durch die Arbeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit durchgeführt.

Trotz der starken Intensivierung der Kontrollen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) gibt es noch immer Gesetzeswidrigkeiten, die weiter und noch intensiver verfolgt werden müssen. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit wird daher unvermindert fortgesetzt. Wir wollen Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt. Dazu gehört außerdem:

- Die Verbesserung der Identitätskontrolle bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit: Um der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) das sofortige Abrufen der gemeldeten Daten zu ermöglichen, muss sie unverzüglich die Identität der überprüften Personen feststellen können. Dafür bedarf es einer bußgeldbewehrten Mitführungspflicht für Ausweispapiere (Pass oder Personalausweis) für Arbeitnehmer in besonders schwarzarbeitsanfälligen Branchen. Im Gegenzug kann der bisherige Sozialversicherungsausweis entfallen.
- Die Ausdehnung der Generalunternehmerhaftung über den Baubereich hinaus soll geprüft werden, damit Unternehmer bei der Auswahl ihrer Subunternehmer darauf achten, ob diese sich illegaler Praktiken bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern bedienen. Uns geht es dabei nicht um mehr Bürokratie, sondern um eine Stärkung der Generalunternehmerhaftung.

- Der Privathaushalt muss als Auftraggeber für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter gestärkt werden. Deshalb sollten die steuerlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Dienstleistungsagenturen im Privathaushalt verbessert werden, indem Privathaushalte einen größeren Anteil ihrer Aufwendungen für Dienstleistungsagenturen als bisher von der Steuer absetzen können. In Pflegehaushalten sollte sowohl bei unmittelbar sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung als auch bei Inanspruchnahme von Dienstleistungsagenturen der steuerliche Absetzbetrag noch darüber hinaus erhöht werden.

11. Ehrenamtliche Arbeit

Unsere Gesellschaft und unsere Demokratie leben ganz wesentlich von der Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, sich ehrenamtlich zu engagieren. Über 23 Millionen Menschen sind in Vereinen, Gewerkschaften und dem politischen Umfeld aktiv. Sie leisten Arbeit – individuell oder organisiert mit anderen, spontan oder regelhaft, zeitweise oder dauerhaft –, die den Zusammenhalt erst ermöglicht und die unsere Gesellschaft prägt.

Wir sehen dieses Engagement mit großem Respekt.

Die staatliche Unterstützung dieser Arbeit haben wir verbessert. Wir wissen aber, dass das nur die Qualität einer bescheidenen Anerkennung haben und nicht die wertgemäße Bezahlung dieser gesellschaftlich wertvollen Arbeit sein kann.

Wir wollen, dass ehrenamtliches Engagement als persönliche Leistung für unsere Gesellschaft stärker als bisher gewürdigt wird, z.B. bei den beruflichen Karrierechancen.

Klar bleibt: Das Ehrenamt macht die organisierte Solidarität nicht entbehrlich, die der Sozialstaat gewährleistet. Und es wird in der älter werdenden Gesellschaft der Dienst Mensch am Mensch als Beruf weiter an Bedeutung gewinnen.

12. Soziales Europa

Die soziale Dimension Europas ist Grundwert und Ziel. So ist es in den Verträgen vereinbart. Wir müssen diese Vereinbarungen mit Leben füllen. Das setzt eine klare Identifikation mit Sozialstaat, Soziale Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft voraus.

Politik hat Verantwortung für das Ganze. Angesichts von Internationalisierung und Globalisierung ist der Primat der Politik unverzichtbar. Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Ökonomie und das Soziale sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Wir wollen die Kräfte bündeln für ein Soziales Europa. Denn mit einem starken Fundament kann Europa nicht nur wettbewerbsfähiger werden und die lebenswerteste und vielfältigste Region der Welt bleiben.

Gute Arbeit in allen Mitgliedsstaaten der EU – bei wachsender Freizügigkeit für Unternehmen und Arbeitnehmer – setzt abgestimmtes Verhalten aller Mitgliedsstaaten und der EU selbst voraus.

Das kann und darf nicht Nivellierung bedeuten und auf absehbare Zeit werden unterschiedliche Traditionen und das Gefälle im Wohlstandsniveau dominieren und die Entwicklung prägen.

Möglich und nötig ist es aber, in gemeinsamen Leitlinien auf europäischer Ebene Ziele für Gute Arbeit und soziale Ziele klar zu fixieren, die in der Verantwortung der jeweiligen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

Parteivorstand, 20. August 2007

Kapitalprivatisierung der Bahn mit verkehrspolitischem Nutzen verbinden!

Der SPD-Parteivorstand führt eine umfassende Diskussion über eine Kapitalprivatisierung der Bahn. Ein solches Projekt, das langfristige Auswirkungen auf die Mobilität und die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland hat, bedarf einer sorgfältigen Prüfung.

In den 90er Jahren haben umfassende Privatisierungsvorhaben die öffentliche Hand aus haushaltspolitischen Notlagen befreit. Gleichzeitig wird heute gerade in den Kommunen offenbar, dass politische Entscheidungsspielräume in unterschiedlichen Bereichen immer weiter beschnitten sind. Vor diesem Hintergrund wird die SPD ihre Privatisierungspolitik und die Zukunft des öffentlichen Sektors neu diskutieren. Dies gilt unabhängig von der geplanten Kapitalprivatisierung der Bahn AG.

Kernaufgabe der Deutschen Bahn ist es, eine breite, flächendeckende Verkehrsversorgung mit öffentlicher Mobilität in Deutschland sicherzustellen. Die Bahn erfüllt einen originär öffentlichen Dienstleistungsauftrag.

Der SPD-Parteivorstand setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der vom Bundeskabinett beschlossenen Privatisierung der DB AG die ebenso grundlegende wie unverzichtbare Aufgabe der Bahn für unsere Verkehrs- und Umweltpolitik auf Dauer gewährleistet bleibt.

Um zu verhindern, dass Investoren Einfluss auf das Schienennetz bekommen, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion auf, ein Volksaktienmodell mit nicht stimmberechtigten Vorzugsaktien zu prüfen. Die Beschlüsse im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion werden im Lichte dieser Prüfung getroffen. Darüber hinaus ist die parlamentarische Kontrolle bei der Feststellung und Überprüfung des Schienenbedarfsplanes sowie bei Investitionen des Bundes in die Schieneninfrastruktur jederzeit zu gewährleisten.

Präsidium, 10. September 2007

Deutschland ist gut aufgestellt im Kampf gegen internationalen Terrorismus

Der aktuelle Fahndungserfolg hat gezeigt, dass die Sicherheitsarchitektur in Deutschland der angespannten Gefährdungslage sicher standhält. Es hat sich erneut gezeigt, dass wir gut aufgestellt sind im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Diesen Umstand verdanken wir zu einem Großteil Otto Schily, der unmittelbar nach dem 11. September 2001 dafür gesorgt hat, dass die Menschen in Deutschland sicher sind und sich auch sicher fühlen.

Der Fahndungserfolg ist auch eine Demonstration für all jene, die glauben, man könne in Deutschland ungehindert solche Verbrechen verüben.

Wir stehen für eine effektive und moderne Sicherheitsarchitektur. Um das auch in Zukunft zu gewährleisten, haben wir uns erfolgreich für eine präventive Ermittlungskompetenz des Bundeskriminalamtes im Kampf gegen den internationalen Terrorismus eingesetzt.

Jetzt gilt es, diese neue Kompetenz des BKA gesetzlich auszustatten. Viele wichtige Ermittlungsinstrumente sind innerhalb der Koalition

völlig unstrittig. Sie könnten sofort dem BKA zur Verfügung gestellt werden. Leider lässt der Koalitionspartner die Ermittler des BKA weiter warten, weil sie das ganze Vorhaben von der Einführung der so genannten Online-Durchsuchung abhängig macht.

Es besteht hinsichtlich der Online-Durchsuchung noch dringender Klärungsbedarf. Weiter unklar sind die tatsächliche Notwendigkeit, die technische Durchführbarkeit und vor allem die rechtsstaatliche Vereinbarkeit. Das Bundesverfassungsgericht ist schon mit der Online-Durchsuchung befasst. Das Urteil der höchsten Verfassungsrichter ist abzuwarten. Onlinedurchsuchungen sind ohne die entsprechenden klaren rechtsstaatlichen Voraussetzungen mit uns nicht machbar.

Wie sich in dem aktuellen Fall gezeigt hat, stellt die Ausbildung zur Verübung von Terroranschlägen in ausländischen Trainingscamps eine Bedrohung für die Sicherheit in unserem Land dar. Deshalb prüfen wir strafrechtliche Konsequenzen für jene, die sich in Terrorcamps zu Terroristen ausbilden lassen, um terroristische Anschläge zu verüben.

Es ist in Deutschland zu einfach, an große Mengen von gefährlichen Chemikalien zu kommen. Deshalb prüfen wir eine Registrierungspflicht für diejenigen, die gefährliche Chemikalien in größeren Mengen kaufen.

Parteivorsitzende, 14. September 2007

Gemeinsame Erklärung
der sozialdemokratischen Partei-
und Regierungschefs der Staaten Mittel-
und Osteuropas –
Deutschland, Österreich, Polen, Slowakei,
Slowenien und Tschechien:

Für eine neue Entspannungspolitik – keinen neuen Rüstungswettlauf in Europa

18 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und der Überwindung des bipolaren Systems hat sich die Friedensdividende für Europa eingestellt: Mit der Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mittel- und Osteuropas ist auf unserem Kontinent zusammengewachsen, was zusammengehört. Im Bündnis mit seinen Freunden und Partnern hat dieses Europa alle Chancen, seinen Beitrag zu einer friedlichen und sicheren Welt beizutragen.

Dafür wollen wir in eine neue Phase der Entspannungspolitik eintreten. Vertragsgestützte internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen hierfür verstärkt zu einem grundlegenden Ordnungsprinzip der internationalen Beziehungen werden.

Sicherheit auf unserem Kontinent kann nur im europäischen und transatlantischen Verbund erreicht werden. Eine enge Konsultation bei strategischen Fragen ist hierfür dringend erforderlich. Die Diskussion über eine neue Raketenabwehr, die auch in Europa stationiert werden soll, ist eine solche strategische Frage.

Wir bekennen uns zur transatlantischen Zusammenarbeit. Wir teilen gemeinsame Werte und Interessen. Im Wissen, dass eine friedliche Weltordnung und eine nachhaltige globale Entwicklung nur mit den USA gemeinsam erfolgreich zu gestalten ist, müssen sich die USA und Europa auf gemeinsame Ziele bei zentralen Zukunftsfragen verständigen.

gen. Russland ist für uns dabei ein wichtiger strategischer Partner für eine gesamteuropäische Friedensordnung und für eine wirtschaftliche Entwicklung. Der Streit um die Stationierung eines US-amerikanischen Raketenabwehrschildes in Europa hat zu Spannungen zwischen den USA und Russland geführt. Hierdurch besteht die Gefahr, dass die Ergebnisse jahrzehntelanger erfolgreicher Abrüstungs- und Entspannungspolitik in Frage gestellt werden. Es droht ein neuer Rüstungswettlauf.

Wegen der Auswirkung auf die gemeinsame europäische Außenpolitik durch diese Raketendiskussion muss das Thema auf EU-Ebene diskutiert werden. Nur durch intensive Konsultationen sind Missverständnisse vermeidbar. Während die USA auf den defensiven Charakter der neuen Raketenabwehr hinweisen, die sich nicht gegen Russland richtet, hat die russische Regierung eine mögliche Stationierung als Bedrohung bezeichnet und Gegenmaßnahmen angekündigt. Diese unterschiedlichen Positionen müssen aufgearbeitet und auch im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Interessen Europas in Einklang gebracht werden. Neben sicherheitspolitischen Erfordernissen und der technischen Machbarkeit des geplanten Abwehrsystems müssen abrüstungspolitische Folgen maßgeblich berücksichtigt werden.

Wir sind besorgt über diese Stationierungsentscheidung und lehnen diese gemeinsam mit der großen Mehrheit in unseren Bevölkerungen ab. Die Frage der Raketenstationierung darf nicht unilateral oder bilateral entschieden werden, da es sich um eine zentrale gesamteuropäische sicherheitspolitische Frage handelt. Deshalb drängen wir darauf, dass weitere ernsthafte Konsultationen innerhalb der EU, der NATO und im NATO-Russlandrat zur Frage der Raketenabwehr stattfinden. Wir müssen eine Spaltung und Schwächung der internationalen Bemühungen zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und Rüstungskontrolle vermeiden. Wir wollen keine neuen Raketen in Europa!

Parteivorstand, 22. Oktober 2007

Reformen für ein soziales Deutschland

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt verläuft deutlich positiv. Trotzdem bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die herausragende Aufgabe dieser Zeit, denn die Arbeitslosigkeit ist immer noch viel zu hoch.

Das gilt auch für die Arbeitsgruppe der 50-Jährigen und Älteren. Deren Chancen am Arbeitsmarkt haben sich verbessert. Statt nur knapp 38 % in 1998 sind wieder 52 % der 55-Jährigen und Älteren in Arbeit. Das ist ein Erfolg, der sich aus der Wachstumssteigerung und aus der Arbeitsmarktreform und -politik erklärt. Beschäftigungspakete und INITIATIVE 50plus sowie die Job-Perspektive unterstützen diesen Trend.

Trotz dieser Erfolge haben Ältere deutlich größere Probleme aus der Arbeitslosigkeit heraus einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die Gruppe der 50-Jährigen und Älteren bringt oft hohe Qualifikation und Erfahrung mit. Die Phase der erzwungenen und der gewollten frühen Frühverrentung seit Mitte der 80er Jahre hatte zu einem falschen Bild über die Leistungsfähigkeit und -willigkeit dieser versierten, teamfähigen und überwiegend noch belastbaren Fachkräfte beigetragen. Der aktuelle Bedarf an solch erfahrenen Fachkräften zeigt nachdrücklich, wie sehr unsere Gesellschaft auf das Potential der 50-Plus-er angewiesen ist. Bei sinkender Arbeitslosenzahl und 1 Million offener Stellen ist jetzt die Zeit, besonders nachdrücklich auch auf die Integration der Älteren in den Arbeitsmarkt zu dringen.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen:

- Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen,
 - noch intensivere Werbung für die Beschäftigung Älterer,
 - noch intensivere Vermittlung arbeitssuchender Älterer und
 - eine Weiterentwicklung der Balance des Förderns und Forderns:
1. 2008–2011 werden seitens der Bundesagentur für Arbeit jährlich 1 Milliarde Euro zusätzlich eingesetzt für ältere Arbeitslose.
 2. Wir wollen die Bezugsdauer für ALG I wie folgt verändern:
 - Nach Vollendung des 45. Lebensjahres 15 Monate (bei 30 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit).
 - Nach Vollendung des 50. Lebensjahres 18 Monate (bei 36 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit).
 - Nach Vollendung des 50. Lebensjahres 24 Monate (bei 42 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit).
 Die Bundesagentur wird angehalten, diesen Personenkreis in besondere Vermittlungsbemühungen einzubeziehen. Es bleibt dabei, wer zumutbare Arbeit und/oder Weiterbildungsmaßnahmen beharrlich verweigert, unterliegt auch weiterhin den gesetzlichen Sperrzeiten.
 - Um einen möglichen Missbrauch dieser Regelung zur Frühverrentung zu verhindern, wird die Erstattungspflicht wieder eingeführt (bis Februar 2006 § 147 a SGB III). Zudem wirken politische Maßnahmen und Entwicklungen der früheren Tendenz zur Frühverrentung entgegen:
 - die Zusammenfassung von Arbeitslosen und Sozialhilfe,
 - die schrittweise Verlängerung des Renteneintrittsalters sowie
 - der wachsende Bedarf an Fachkräften.
 Die Ergebnisse werden alle 3 Jahre evaluiert.
 3. Die Chancen auf Integration am Arbeitsmarkt sind für 55- bis 60-Jährige besser als für 61- bis 65-Jährige. Wir streben an ein „Gesetz zur Förderung des flexiblen Übergangs vom Erwerbsleben in die Altersrente“.
 - Das Gesetz soll regeln, wie nach Auslaufen der BA-Förderung für die Altersteilzeit ab dem Jahr 2010 durch eine sinnvolle Verzahnung von Teilrente und Altersteilzeit ein flexibler Übergang ab dem 60. Lebensjahr ermöglicht werden kann.
 - Diese Regelung muss für die Sozialsysteme weitestgehend kostenneutral sein.
 4. Es soll geprüft werden, Rentenversicherungszeiten, die im Alter von 60 Jahren-Plus erreicht werden, mit einem besonderen Punktwert Renten steigernd wirksam zu machen.
 5. Die Sozialpartner und Tarifparteien können eine zusätzliche Leistung in eine Zusatzkasse der Rentenversicherung vereinbaren, die bei berufsbezogener Leistungsminderung die Abschläge in der Rentenversicherung ganz oder teilweise vermeidet oder abmildert. Dies bedeutet keine Veränderung bei der Erwerbsminderungsrente. Steuerliche Anreize sollen möglich sein und geprüft werden.
 - Unabhängig davon arbeiten wir an einem Erwerbstätigenzuschuss (mit Kinderkomponente), der Erwerbstätige, die voll oder vollzeitnah beschäftigt sind, die aber mit ihrem Einkommen nicht das Existenzminimum erreichen, möglichst vor Hilfebedürftigkeit schützt.
 - Das hilft auch Älteren. Es ist aber besonders wichtig für Arbeitslose mit Kindern, die ebenfalls besonderer Aufmerksamkeit und Hilfe bedürfen.

Das gilt auch für den Anpassungsmechanismus zu den Regelsätzen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II, der zur Zeit überprüft und der nötigenfalls bald – vor allem als konkrete Hilfe für die Kinder – aktualisiert werden muss.

7. Wir werden besondere zusätzliche Anstrengungen für die Ausbildung junger – besonders benachteiligter – Menschen unternehmen.
8. Die Lage am Arbeitsmarkt und die überschaubare Kassenlage erlauben es, zusammen mit den vorgenannten Maßnahmen den Arbeitslosenversicherungsbeitrag auf 3,5 % zu senken. Das bedeutet eine jährliche Entlastung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer um rund 2,5 Milliarden Euro und ihrer Arbeitgeber in gleicher Höhe.
9. Leiharbeit ist in vielen Betrieben ein sinnvolles Instrument zur Abdeckung von Auftragsspitzen und zur Reintegration Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt. Wir müssen aber auch feststellen, dass es zu Fehlentwicklungen durch Lohndumping und durch Umgehung von Tarifverträgen gekommen ist.
 - Wir wollen daher einen Mindestlohn für Leiharbeiter/innen über die Einbeziehung der Leiharbeitsbranche in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes einführen.
 - Wir wollen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz so ändern, dass nach einer angemessenen Einarbeitungszeit ohne Ausnahme für Leiharbeiter die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für die Stammbeschaft.
 - Wir werden die Stärkung der Rechte des Betriebsrates im Entleihbetrieb bezüglich der Eingruppierung von Leiharbeitnehmern nach Umfang und Zeitdauer der Leiharbeit im Betrieb prüfen. Auch müssen Leiharbeiter bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die Schwellenwerte nach Betriebsverfassung mitgezählt werden.

Parteivorstand, 22. Oktober 2007

Sicherheit in Freiheit

Freiheit und Sicherheit für jede Bürgerin und jeden Bürger zu gewährleisten sind zentrale Aufgaben des demokratischen Rechtsstaates. Nur Menschen, die frei und sicher leben, können friedlich zusammen leben. Kernaufgaben staatlichen Handelns sind der Schutz von Freiheit, Eigentum, Leben und körperlicher Unversehrtheit. Angriffe auf diese Rechtsgüter abzuwehren, ist eine entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben in einer freien und demokratischen Gesellschaft.

Maßnahmen von Polizei und Justiz haben sich unmittelbar gegen kriminelle, extremistische oder terroristische Bestrebungen zu richten. Den Kampf gegen Gewalt, Hass und Verbrechen werden wir aber nur dann gewinnen, wenn wir mit gleicher Konsequenz gegen deren Ursachen vorgehen. Während die Sicherheitsbehörden für die konkrete Gefahrenabwehr mit einem effizienten rechtsstaatlichen Instrumentarium auszustatten sind, so bedarf es in gleicher Weise ziviler Mittel, um Gefahren wirksam vorzubeugen und zu vermeiden.

Wer eine dauerhafte und stabile Sicherheit erreichen will, muss eine umfassende Sicherheitsstrategie verfolgen. Politische, soziale, diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Maßnahmen sind deshalb ein integrierter Bestandteil unserer Sicherheitspolitik.

Auch den Kampf gegen den islamistischen Terrorismus werden wir nicht allein mit polizeilichen und repressiven Mitteln gewinnen. Wir lehnen eine Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen ab.

Niemand darf unter einen pauschalen Verdacht gestellt werden. Migrantinnen und Migranten wollen wir in die Mitte unserer Gesellschaft holen, indem wir ihre Integrationschancen verbessern, uns weiter für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und ein humanes Ausländerrecht einsetzen. Wir suchen den dauerhaften Dialog mit muslimischen Gemeinden. Mit politisch und religiös begründetem Extremismus werden wir uns auch weiterhin geistig auseinandersetzen. Der Terrorismus beginnt in den Köpfen. Diese Köpfe müssen wir gewinnen – für eine freiheitliche Form des Zusammenlebens, mit klaren Regeln und gerechten und fairen Chancen.

Die SPD ist die Partei der Bürgerrechte und der rechtsstaatlichen Terrorbekämpfung

Der Schutz von Sicherheit und Freiheit ist die Basis einer freiheitlich verfassten Gesellschaft. Würde die Drohung des Terrorismus uns dazu verleiten, der Sicherheit einseitigen Vorrang vor der Freiheit einzuräumen, hätte der Terror mit unserer eigenen Hilfe eines seiner Ziele – nämlich die Zerstörung unserer freiheitlichen Ordnung – erreicht. Wir bringen Freiheit vor dem Staat und durch den Staat in eine vernünftige Balance, indem wir unbeirrt an unseren freiheitlich-demokratischen Prinzipien festhalten. Sie bezeichnen eine klare „rote Linie“, die staatliches Handeln nicht überschreiten darf. Das ist das erste Gebot der geistigen Abwehr von Extremismus.

Die Grundrechte und die grundlegenden Prinzipien des Rechtsstaates bilden die Grundlage unseres Gemeinwesens. Sie bilden keine Verfügungsmasse, über die nach Belieben verfügt werden kann. Nicht derjenige muss sich rechtfertigen, der Bürger- und Freiheitsrechte verteidigt, sondern derjenige, der sie einschränken will!

Maßnahmen und Instrumente, die die innere Sicherheit erhöhen sollen, müssen zu allererst praktisch geeignet und tauglich für den Schutz der genannten Rechtsgüter sein. Allerdings darf nicht jede Forderung nach neuen Befugnissen der Sicherheitsbehörden und nach entsprechend schärferen Gesetzen allein am Maßstab eines behaupteten Sicherheitsgewinns gemessen werden. Neue Maßnahmen müssen mit den Grundwerten und Prinzipien unserer Verfassung vereinbar sein. Das Rechtsgut der Freiheit darf niemals durch die am Effektivsten erscheinenden Schutzmaßnahmen unverhältnismäßig eingeschränkt werden.

Wir treten allen Forderungen entschieden entgegen, die mit unseren Grundwerten unvereinbar sind: Die Aufgabe der Unschuldsvermutung im Strafrecht, die gezielte Tötung von Verdächtigen, die Internierung von „Gefährdern“, die Anwendung von Folter, die Einführung eines Strafrechts, das die bloße Gesinnung bestraft, Gedankenspiele über den Eintritt des inneren Notstands sowie der angekündigte Befehl zum Abschuss eines Passagierflugzeugs richten sich gegen unsere Verfassung, durchbrechen unsere Rechtsordnung und gefährden den Bestand unserer freiheitlichen Gesellschaft.

Wir wenden uns ebenso gegen die überzogenen Forderungen nach weiteren Befugnissen in der präventiven Bekämpfung des Terrorismus, die in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung der Bürgerinnen und Bürger eingreifen und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung beschneiden.

Sicherheitspolitik mit Augenmaß

Die SPD-geführte Bundesregierung hat nach den Anschlägen des 11. September 2001 die deutsche Sicherheitsarchitektur erfolgreich an die neue Bedrohungslage angepasst. Wir haben rasch und konsequent gehandelt. Die Befugnisse der Sicherheitsbehörden wurden adäquat erweitert, die Straf- und Verwaltungsvorschriften überarbeitet und effektiver gemacht.

Mit der Einrichtung des „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums“ in Berlin sind die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern

seit Ende 2004 noch besser aufgestellt. Fahndungserfolge, die Verhinderung von Anschlägen und die Verurteilungen von Tätern zeigen, dass Deutschland in Sachen Sicherheit gut und praxisgerecht organisiert ist. Wir bekämpfen den Terrorismus mit den Mitteln des Rechtsstaats, effektiv und mit Erfolg.

Wir sind auch in Zukunft wachsam und werden auf Änderungen der Gefahrenlage angemessen, wenn nötig auch mit neuen Maßnahmen reagieren. Daher wollen wir dem Bundeskriminalamt die erforderlichen Präventivbefugnisse im Kampf gegen den internationalen Terrorismus übertragen. Die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür haben wir mit der ersten Stufe der Föderalismusreform längst geschaffen. Die Union dagegen handelt verantwortungslos, wenn sie wegen der Kontroverse über die Online-Durchsuchung die Schaffung neuer Kompetenzen für das Bundeskriminalamt insgesamt verzögert und dadurch ein Sicherheitsrisiko schafft. CDU/CSU müssen hier ihre Blockadehaltung aufgeben.

Biometrische Daten, die im Zusammenhang mit dem neuen Reisepass erhoben werden (Bild und Fingerabdrücke) dienen allein der gesicherten Identifikation des Passinhabers. Eine dauerhafte Speicherung der Fingerabdrücke lehnen wir ab. Dies gilt auch für die Ausgabe neuer Personalausweise.

Wenn die Verfolgung schwerer Straftaten und die Abwehr erheblicher Gefahren es erforderlich machen, sollen künftig LKW-Mautdaten auch über ihren eigentlichen Zweck hinaus verwendet werden können.

Es ist unumstritten, dass die Befugnisse des Bundeskriminalamtes auch in technischer Hinsicht auf der Höhe der Zeit sein müssen. Dies ändert nichts daran, dass Online-Durchsuchungen die Bürgerrechte in besonderem Maße betreffen. Allerdings sind mit diesem Instrument viele neuartige juristische und technische Fragestellungen verbunden, die zunächst geklärt werden müssen. Daher wollen wir zunächst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Regelung der Online-Durchsuchung im Verfassungsschutzgesetz von Nordrhein-Westfalen abwarten, um nicht ohne Not das Risiko einer verfassungswidrigen Regelung einzugehen.

Wir sind bereit, im Strafrecht bestehende Rechtslücken zu schließen. So wollen wir, dass beispielsweise auch diejenigen bestraft werden können, die sich in Terrorcamps darin ausbilden lassen, Anschläge zu verüben oder die mit Hilfe des Internets Anleitungen zur Begehung von Gewalttaten verbreiten. Die SPD hat hierfür Vorschläge mit Augenmaß gemacht.

Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, den offenen Charakter unserer demokratischen Gesellschaft der Illusion einer Sicherheitsgesellschaft zu opfern. Deutschland ist in Fragen der Sicherheit gut aufgestellt. Es ist einhellige Überzeugung der deutschen Sicherheitsbehörden, dass die Gefährdungslage in Deutschland keinen Anlass gibt, wiederholt die Bevölkerung mit Terrorwarnungen zu verängstigen. Terroristen spekulieren darauf, dass freie, friedliebende Gesellschaften verunsichert werden, in Panik geraten und es dann zulassen, dass ihre eigenen freiheitlichen Grundlagen zerstört werden.

Verantwortliche Politik macht sich nicht zum unfreiwilligen Handlanger, indem sie zur eigenen Profilierung ohne Not Ängste weckt. Verantwortliche Politik wahrt im Gegenteil Ruhe und Besonnenheit, sie wägt ab und ergreift mit Augenmaß die nötigen Vorbeuge- und Abwehrmaßnahmen.

Bekämpfung des Terrorismus und seiner Ursachen – gegen eine Militarisierung der Innenpolitik

Wir lehnen die Einführung eines neuen und unscharfen Verteidigungsbegriffs entschieden ab. Wir führen keinen Krieg gegen den Terror, sondern wir bekämpfen politisch motivierte Schwerstkriminalität.

Es ist die Aufgabe der Polizei, der Justiz und der Nachrichtendienste, den Terrorismus im Rahmen des Rechtsstaates zu bekämpfen. Hierzu ist die Bundeswehr ungeeignet. Die SPD wird es nicht zulassen, dass das Militär mit polizeilichen Aufgaben im Inneren betraut wird.

Im Bereich der See- und Luftsicherheit wollen wir die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe für den Katastrophenschutz und zur Unterstützung der Polizei einsetzen. Hierzu haben wir Vorschläge gemacht, die von der Union bislang mit dem Ziel der Ausweitung des Verteidigungsbegriffes blockiert werden.

Wir sind bereit, an der Wiederherstellung von Staatlichkeit und zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Regionen der Welt mitzuwirken, wo Anarchie, Gewalt und Elend dem Terrorismus Nährboden bieten. Dabei leistet Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag. Deshalb wollen wir die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung bis 2015 schrittweise auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Die Bekämpfung von Korruption, die Förderung guter Regierungsarbeit und die systematische Entschuldung von Entwicklungsländern, der Kampf gegen Aids, Seuchen und Epidemien bleiben wichtige Ziele bei der Überwindung von Armut. Entwicklungszusammenarbeit ist ein geeignetes Instrument, mit dem wir strukturelle Veränderungen unterstützen können und gleichzeitig damit helfen, strukturelle Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen.

Parteivorstand, 22. Oktober 2007

Afghanistan: Eigenverantwortung stärken – internationale Verpflichtungen einhalten – Strategie anpassen

Die SPD bekennt sich zur internationalen Solidarität und zur gewachsenen Verantwortung Deutschlands für internationalen Frieden und Sicherheit. In diesem Zusammenhang steht auch das deutsche Engagement für Afghanistan, das eingebettet ist in die Bemühungen der Vereinten Nationen, der internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Regierung.

Die SPD ist die Partei in Deutschland, die eine ausgewogene und ehrliche Afghanistan-Debatte führt und dabei Erfolge bilanziert und Defizite offen benennt. Wir nehmen die kritischen Fragen auf, die sich an das Afghanistan-Engagement richten. Der SPD-Bundesparteitag begrüßt nachdrücklich, dass die SPD-Bundestagsfraktion eine eigene Arbeitsgruppe („task force“) eingerichtet hat, die das deutsche und internationale Afghanistan-Engagement sorgfältig evaluiert hat. Die SPD appelliert an die Bundesregierung, gemeinsam mit der afghanischen Regierung und unseren internationalen Partnern über eine Fortsetzung des eingeleiteten Strategiewechsels zu beraten.

Das Engagement der internationalen Gemeinschaft erfolgt vor folgendem Hintergrund:

- Während der Taliban-Herrschaft war Afghanistan Rückzugsraum und Basis für international agierende Terrornetzwerke, die weltweit für zahlreiche feige Anschläge verantwortlich sind. Die Verhinderung eines sicheren Hafens für international operierende Terroristen entspricht einem unmittelbaren deutschen, europäischen und globalen Sicherheitsinteresse.
- Nach jahrzehntelangem Krieg- und Bürgerkrieg zählt Afghanistan zu den ärmsten Staaten weltweit. Die Menschen vor Ort – insbe-

sondere Frauen und Kinder – mussten unter einem barbarischen Taliban-Regime leiden, das für ungeheuerliche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war. Willkürliche Tötungen und Verhaftungen, öffentliche Hinrichtungen, bei denen Kinder zur Teilnahme gezwungen wurden, Steinigungen, der Ausschluss von Frauen aus dem öffentlichen Leben und andere unmenschliche Praktiken waren im Taliban-Afghanistan an der Tagesordnung.

- Afghanistan befindet sich in einer für die Gesamtregion sicherheitspolitisch sensiblen geographischen Lage. Das Land grenzt an Zentralasien, China, den Iran und Pakistan. Auch Indien spielt eine wichtige sicherheitspolitische Rolle. Beim Wiederaufbau Afghanistans geht es demnach auch um die Stabilisierung in einer Region, die für die globale Sicherheitsarchitektur von hoher Relevanz ist.

Aus diesen Gründen hat sich die internationale Gemeinschaft nach dem 11. September 2001, an dem ein beispielloser und menschenverachtender Terrorangriff auf die USA erfolgte, entschlossen zu handeln.

Zusammen mit der internationalen Gemeinschaft hat Deutschland Verantwortung für Afghanistan übernommen. Auf den internationalen Afghanistan-Konferenzen auf dem Petersberg bei Bonn und in Berlin in 2001, 2002 und 2004 wurden die maßgeblichen Beschlüsse für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Afghanistans gefasst. Im Januar 2006 hat sich die afghanische Regierung zusammen mit 60 Staaten auf ein gemeinsames Aufbaukonzept (Afghanistan-Compact) verständigt, das bis 2011 umgesetzt werden soll. Die SPD bekennt sich zu den eingegangenen Verpflichtungen aus dem Afghanistan-Compact, der demokratische Regierungsführung und den Schutz der Menschenrechte als Eckpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung in Afghanistan benennt.

Unser Engagement ist ein zivil-militärisches, mit dem Ziel, die Eigenverantwortung Afghanistans zu stärken. Dabei sind wir von dem Bewusstsein geleitet, dass Wiederaufbau und Entwicklung ohne Sicherheit nicht möglich sind, es aber gleichzeitig ohne Wiederaufbau keine dauerhafte Sicherheit geben wird. Hauptaufgabe der internationalen militärischen Präsenz ist es daher, die afghanischen Institutionen zu unterstützen, um Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau zu schaffen und die afghanische Armee, Polizei und Justiz in die Lage zu versetzen, Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. In diesem Sinne arbeiten die Bundeswehr und die zivilen Aufbauhelfer.

Die SPD begrüßt es, dass nicht zuletzt auf Druck von Außenminister Frank-Walter Steinmeier die NATO auf ihrem Gipfel in Riga im November 2006 einen Strategiewechsel beschlossen hat, der auf eine Verstärkung des zivilen Wiederaufbaus setzt. Dieser Strategiewechsel muss entschlossen umgesetzt und für die afghanische Bevölkerung sichtbar gemacht werden. Entscheidend ist es, dass im Zusammenspiel auch mit der lokalen Bevölkerung ein partnerschaftliches Verhältnis entwickelt wird und Projekte gemeinsam beraten werden. In dem von der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft vereinbarten Afghanistan-Compact von 2006 heißt es hierzu: „Sicherheit lässt sich nicht allein mit militärischen Mitteln herstellen. Sie erfordert gute Regierungsführung, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, gestärkt durch Wiederaufbau und Entwicklung.“

Seit 2002 wurden von Deutschland insgesamt 550 Millionen Euro für den zivilen Aufbau zur Verfügung gestellt. Bis 2010 sind weitere 400 Millionen Euro zugesagt. Deutschland ist damit nach den USA, der EU, Großbritannien und Japan der fünftgrößte Geber in Afghanistan. Die SPD begrüßt es, dass die Mittel für den zivilen Wiederaufbau und den Stabilitätspakt Afghanistan in 2007 von der Bundesregierung von 80 auf 100 Millionen angehoben wurden. Für 2008 ist eine weitere Erhöhung der Mittel auf 125 Millionen geplant. Wo immer es nötig ist, müssen die Mittel für den zivilen Aufbau weiter erhöht werden und die internationalen Partner müssen ihre Maßnahmen noch enger abstimmen, auch im Hinblick auf kulturelle Sensibilitäten im Lande.

Der Aufbau einer effektiven afghanischen Polizei ist von entscheidender Bedeutung. Mit deutscher Hilfe haben bereits ca. 19.000 Polizisten eine Aus- und Fortbildung absolvieren können. Entgegen ursprünglicher Annahme erweist sich der Polizeiaufbau nach jahrzehntelangem Krieg im Land nicht als Wiederaufbau, sondern als Neuaufbau. Beim Polizeiaufbau hat die internationale Gemeinschaft bislang ihr Ziel deutlich nicht erreicht und auch Deutschlands Engagement ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Aus diesem Grund müssen für die jetzt tätige EU-Polizeimission noch mehr Mittel und Personal als bisher bereitgestellt werden.

Grundlage für unser militärisches Engagement und die Schaffung der International Security Assistance Force (ISAF) war die Bonner Vereinbarung über den Wiederaufbau Afghanistans vom Dezember 2001. Der UN-Sicherheitsrat beschloss auf Bitten der afghanischen Regierung deren Aufstellung. ISAF unterstützt im Auftrag der Vereinten Nationen die afghanische Regierung bei der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit des Landes und hilft bei der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter und der geregelten Rückkehr von Flüchtlingen. Die Grundlage für die Operation Enduring Freedom (OEF) sind die Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates, mit denen die Anschläge vom 11. September verurteilt und die Staatengemeinschaft zum Kampf gegen den Terrorismus aufgerufen wurden, der Artikel 51 der UN-Charta, der das Recht auf Selbstverteidigung postuliert und Artikel 5 des NATO-Vertrages zu gegenseitigem Beistand. OEF dient auch der Terrorbekämpfung im Land. Die Rolle von OEF ist vom UN-Sicherheitsrat mehrfach ausdrücklich anerkannt worden, zuletzt in der Sicherheitsratsresolution 1707 vom 12. September 2006 in der es heißt, dass OEF zur „Sicherheit in Afghanistan beitrage und die Kapazität der afghanischen Sicherheitskräfte stärke“. Insgesamt beteiligen sich zur Zeit 14 Nationen mit Beiträgen zur OEF. Das internationale Engagement erfolgt mit Zustimmung und auf ausdrücklichen Wunsch der demokratisch gewählten afghanischen Regierung, die im Afghanistan-Compact von 2006 bekräftigt: „Hierzu werden die von der NATO geführte Internationale Schutztruppe ISAF, die unter der Leitung der USA stehende Operation Enduring Freedom (OEF) und die an der Reform des Sicherheitssektors beteiligten Partnerstaaten der afghanischen Regierung weiterhin nachdrückliche Unterstützung bei der Schaffung und Erhaltung von Sicherheit und Stabilität in Afghanistan leisten.“ In einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2007 stellt das Gericht zu ISAF und OEF fest: „Hinzu kommt, dass nicht nur der ISAF-Einsatz selbst, sondern auch die Kooperation mit der Operation Enduring Freedom in Resolutionen des Sicherheitsrats nach Kapitel VII der Satzung der Vereinten Nationen ihre Grundlage findet.“ Unser zivil-militärisches Engagement in Afghanistan wird weiterhin eingebettet sein in das internationale Netzwerk der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO und unserer internationalen Partner.

Während in den letzten Jahren die Gesamt-Einsatzstärke aller Nationen von ISAF von 10.000 auf 40.000 Soldaten angehoben worden ist, haben sich die Gesamt-Einsatzzahlen der OEF von 20.000 auf 8.000 verringert. Von diesen 8.000 OEF-Kräften sind ca. 6.000 Soldaten im Bereich Ausbildung der afghanischen Armee tätig. Diese Gewichtsverlagerung von OEF zu ISAF zeigt, dass der maßgeblich von der Bundesregierung eingeleitete Strategiewechsel der NATO hin zu verstärkter zivil-militärischer Zusammenarbeit greift. Trotz einer weiterhin prekären Sicherheitslage und Defiziten beim Aufbau Afghanistans haben die afghanischen Behörden zusammen mit der internationalen Gemeinschaft in vielen Lebensbereichen für die Bevölkerung spürbare Verbesserungen erreichen können. Schon im Jahresbericht 2003 von amnesty international heißt es hierzu: „Nach der Einsetzung einer neuen Regierung Ende 2001 zeichnete sich eine deutliche Verbesserung der Menschenrechtssituation ab. ... Mit der Einsetzung einer Übergangsregierung im Dezember 2001 wurden Dekrete der Tali-

ban, die Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit auf den häuslichen Bereich beschränkt hatten, aufgehoben.“

Vor allem der politische Aufbau durch demokratische Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und eine neue Verfassung hat dazu geführt, dass die Staatsorgane zunehmend ihre Funktionsfähigkeit ausbauen können. Dabei spielt das frei gewählte und selbstbewusste Parlament eine entscheidende Rolle, um Konflikte politisch auszutragen. Seit 2001 sind in Afghanistan 3.500 Schulen gebaut worden und die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich auf über 6 Millionen mehr als verfünffacht. Hiervon profitieren vor allem Mädchen, denen Bildung unter den Taliban verwehrt wurde. Auch die Alphabetisierungsrate, eine notwendige Bedingung für einen nachhaltigen Aufbau des Landes, steigt kontinuierlich. Mittlerweile haben drei Viertel der afghanischen Bevölkerung Zugang zu medizinischer Grundversorgung. Auch bei der Minenräumung konnten bislang Erfolge erzielt werden.

Ohne die effektive Einbindung der afghanischen Nachbarn in den Friedensprozess und einer regionalen Kooperation werden die Bemühungen nicht Erfolg bringend sein. Vor allem Pakistan und dem Iran kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Die SPD begrüßt die Initiativen, die der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft unternommen hat, um beide Länder in den Friedensprozess einzubeziehen. Diese Bemühungen – auch unter Einschluss von Regionalorganisationen – müssen auch nach der deutschen Präsidentschaft von der Bundesregierung fortgesetzt werden.

Bei all diesen Maßnahmen ist Deutschland von Beginn an ein verlässlicher Partner Afghanistans gewesen. Deutschland kann Stolz auf sein Engagement für Afghanistan sein, das bei der afghanischen Bevölkerung und unseren internationalen Partnern großen Respekt genießt.

Die SPD dankt all jenen, die unter großem persönlichen Einsatz ihren Friedensdienst in Afghanistan leisten. Dieser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen und anderen zivilen Helfern, den Polizistinnen und Polizisten und den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie den in Afghanistan tätigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Bundesregierung. Gemeinsam mit den Angehörigen und Freunden beklagen wir diejenigen, die bei diesem Einsatz ihr Leben verloren haben. Wir sprechen den Familien und Freunden unser tief empfundenes Beileid und unsere Solidarität aus. Dies gilt auch für diejenigen, die verletzt oder verwundet worden sind.

Trotz der erreichten Fortschritte gibt es eine Reihe von Defiziten, denen mit großem Nachdruck begegnet werden muss, wenn man den Gesamterfolg in Afghanistan nicht gefährden will. Es ist darauf zu achten, dass die Terrorbekämpfung nicht dazu führt, dass das Ziel der internationalen Gemeinschaft, der afghanischen Bevölkerung zu helfen, verloren geht. Es gilt kontinuierlich zu prüfen, ob die angewandten Strategien für die Ziele zum Aufbau Afghanistans angemessen sind und sie bei Bedarf zu ändern. Die SPD wird sich weiterhin für eine Strategiedebatte in Deutschland einsetzen und auch dafür, dass diese mit der afghanischen Regierung und Gesellschaft und mit unseren internationalen Partnern geführt wird.

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist noch immer prekär. Die Gefahrenlage vor allem für die afghanische Bevölkerung hat sich seit 2005 verschlechtert. Aus diesem Grund müssen die Anstrengungen zum Aufbau einer funktionstüchtigen afghanischen Armee und Polizei noch erheblich verstärkt werden, auch und gerade, um mittelfristig die afghanische Eigenverantwortung zu ermöglichen. Im Bereich Drogenwirtschaft konnten nicht die gewünschten Erfolge erzielt werden - die Drogenökonomie gefährdet in erheblichem Maße den Aufbau Afghanistans. Die SPD ist der festen Überzeugung, dass ein einfaches Vernichten von Drogenanbauflächen keinen nachhaltigen Erfolg haben kann. Vielmehr ist es zielführend, den Bauern bei der Schaffung alter-

nativer Einkommensmöglichkeiten zu helfen. Auch im Bereich Rechtsstaatlichkeit bleibt viel zu tun: Korruption, defizitäre Ausbildung und Ausstattung unterminieren die Legitimität formeller juristischer Institutionen. Trotz erheblicher internationaler Anstrengungen ist die soziale Situation vieler Afghaninnen und Afghanen nach wie vor schlecht.

Wir werden uns weiterhin entschlossen dafür einsetzen, dass bei militärischen Maßnahmen zivile Opfer vermieden werden. Im Wissen, dass die aufständischen Kräfte in Afghanistan ganz bewusst Zivilisten als „menschliche Schutzschilder“ benutzen und dies propagandistisch ausnutzen, haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass bei allen Militäraktionen von ISAF und OEF eine klare Befehlslage zur Vermeidung ziviler Opfer erteilt worden ist. Diese Befehlslage muss unmissverständlich umgesetzt und ihre Einhaltung überprüft werden. Hierauf werden wir unverändert weiter drängen.

Die von der SPD-Bundestagsfraktion eingesetzte „task force“ Afghanistan stellt in einer Gesamtbeurteilung fest:

„Wir unterstreichen unser Interesse an einer Stabilisierung der Situation in Afghanistan sowie an einem friedlichen Wiederaufbau. Wir bekennen uns zu einem langfristigen Engagement in Afghanistan, das dazu führt, dass Afghanistan nicht wieder zum sicheren Hafen für Terroristen wird. Auch wollen wir durch unser Engagement erreichen, dass sich dem Land nach mehr als 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg eine eigene, friedliche Perspektive bietet. ... Die internationale Gemeinschaft hat die Schwierigkeiten eines derart umfassenden Staatsbildungs-Prozesses unterschätzt, der angesichts des sensiblen sozialen, kulturellen und regionalen Umfelds eine enorme Herausforderung darstellt. Die Folgen von mehr als zwei Dekaden Bürgerkrieg und Taliban-Herrschaft können nicht in wenigen Jahren bewältigt werden, sie erfordern ein auf Stabilität und Nachhaltigkeit angelegtes langfristiges Engagement.“

Der SPD-Parteitag dankt dem SPD-Bundesvorstand, den zuständigen Ministern Heidi Wiecek-Zeul und Frank-Walter Steinmeier und der SPD-Bundestagsfraktion für ihren Einsatz für Afghanistan und fordert die Bundesregierung auf:

- eine internationale Afghanistan-Konferenz zu organisieren, die zur Halbzeit des Afghanistan-Compact das deutsche und internationale Engagement evaluiert und im Lichte der Erfolge und Defizite Vorschläge zur Anpassung der internationalen Unterstützung erarbeitet.
- mehr Mittel für den zivilen Aufbau zur Verfügung zu stellen und auf eine bessere internationale Koordinierung beim zivilen Aufbau hinzuwirken.
- den innenpolitischen Versöhnungsprozess in Afghanistan unter Einbeziehung aller Kräfte zu unterstützen, die bereit sind, die afghanische Verfassung zu respektieren und den bewaffneten Kampf einzustellen.
- sich für die Bekämpfung der afghanischen Drogenökonomie und die verstärkte Schaffung nachhaltiger Einkommensalternativen für Bauern einzusetzen.
- die Ausbildung der afghanischen Armee zu verstärken. Ziel unserer Bemühungen muss es sein, afghanische Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, die Sicherheit der Menschen im Land zu gewährleisten.
- den Polizeiaufbau in Afghanistan effektiver voranzutreiben und gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft die notwendigen Mittel hierfür bereitzustellen. Die SPD appelliert an den Bundesinnenminister und die Landesinnenminister umgehend zu prüfen, ob Deutschland mehr Polizeiausbilder zur Verfügung stellen kann. Ebenso befürworten wir den Aufbau einer weiteren Polizeiakademie.
- stärker als bisher den Aufbau des afghanischen Rechtssystems zu forcieren und auf eine angemessene Ausbildung und Bezahlung von Richtern und Staatsanwälten hinzuwirken.

- sich weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass bei allen Militäroperationen die Befehlslage, zivile Opfer zu vermeiden konsequent umgesetzt wird. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muss bei allen Militäraktionen verbindliche Richtschnur sein.
- den beim NATO-Gipfel in Riga eingeleiteten Strategiewechsel fortzusetzen und in diesem Rahmen die zivil-militärische Zusammenarbeit zu verstärken. Ziel sollte eine weitere Absenkung der OEF-Kontingente bei weiterer Stärkung von ISAF sein. Die Bundesregierung wird gebeten, Initiativen zu prüfen, ob die 6.000 OEF-Ausbilder für die afghanische Armee unter das ISAF-Mandat gestellt werden können.
- gemeinsam mit unseren internationalen Partnern zu prüfen, ob die Mandatierung des OEF-Einsatzes, der auch weiterhin die Zustimmung der afghanischen Regierung haben muss, durch einen eigenen Beschluss des UN-Sicherheitsrates erfolgen kann.

Der SPD-Bundesparteitag fordert

- den Deutschen Bundestag und das Europaparlament auf, Partnerschaften mit dem afghanischen Parlament einzugehen und dabei auch die Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parlamentsbetriebs im Auge zu haben.
- deutsche Städte und Gemeinden auf, kommunale und regionale Partnerschaften mit afghanischen Regionen einzugehen.

Parteivorstand, 22. Oktober 2007

Für eine Bahn mit Zukunft

1. Der Bund muss mittels der Deutschen Bahn AG auch in Zukunft einen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten. Eine zentrale Aufgabe ist dabei die Erreichbarkeit und Mobilität in der Fläche. Damit wird nicht nur dem grundgesetzlichen Auftrag Rechnung getragen, sondern auch dem politischen Willen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bund und in den Ländern. Das Gesetz muss den sich aus Artikel 87e Abs. 3 Satz 3 (Mehrheitseigentum) und Abs. 4 Satz 1 (Gemeinwohlverpflichtung) des Grundgesetzes ergebenden Vorgaben vollständig Rechnung tragen.
2. Es darf keine Zerschlagung der Bahn geben. Wir erhalten den integrierten Konzern Deutsche Bahn AG und damit auch den konzerninternen Arbeitsmarkt. Die 230.000 bei der Bahn beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich auf die SPD verlassen.
3. Die jetzt erforderlichen Investitionen erfordern eine Erhöhung der Kapitalausstattung der Bahn. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass der Bund in der Wahrnehmung seiner Eigentumsrechte nicht eingeschränkt ist. Dazu sind folgende Schritte unverzichtbar:
 - Private Investoren dürfen keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik ausüben. Zur Erreichung dieses Ziels stellt die stimmrechtslose Vorzugsaktie die geeignete Form dar. Die Ausgabe erfolgt von zunächst mindestens 25,1 Prozent in Form von stimmrechtslosen Vorzugsaktien. Über die weitere Beteiligung privater Investoren entscheidet der Gesetzgeber nach einer Evaluierung.
 - Das Aufleben des Stimmrechts ist mit geeigneten Maßnahmen auszuschließen.
 - Die im Gesetzentwurf enthaltene Übernahme von Schienennetz, Verkehrsstationen und der Energieversorgung in das Eigentum des Bundes.

- Die im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen von Aufsichtsräten und die Neuausrichtung der Satzung, dass wesentliche Entscheidungen nur die 50 Prozent plus eine Stimme erfordern.
- Die noch nicht im Gesetzentwurf enthaltene Regelung, in der Satzung der Eisenbahninfrastrukturunternehmen als Grundsatz der Unternehmensführung die grundgesetzlich vorgegebenen Maßgaben festzuschreiben.
- Streuung der Aktien auch an Beschäftigte unter Prüfung von Anreizmöglichkeiten.

Hierdurch schließen wir den Einfluss Privater auf die Unternehmenspolitik aus.

4. Die Kontroll- und Durchsetzungsmöglichkeiten für eine gute Schienenverkehrspolitik und mehr Qualität in Netz und Bahnhöfen müssen verbessert werden. Wir begrüßen die im Gesetzentwurf vorgesehene Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, die dazu eine bessere Ausgangsposition schafft. Bei der Vertragsgestaltung mit der Deutsche Bahn AG muss sichergestellt werden, dass
 - ein Netzzustands- und -entwicklungsbericht streckenbezogen und transparent Auskunft gibt über den Zustand des Schienennetzes,
 - genaue Qualitätsstandards für Netze und Bahnhöfe die Pflege und den Erhalt der Infrastruktur verbessern mit der Möglichkeit von Sanktionen bei Nichterfüllung und
 - die parlamentarische Mitwirkung bei Aus- und Neubau (Schienenwegeausbaugesetz) und Bestandserhaltung (Netzzustandsbericht, Mitwirkung gemäß den Eisenbahngesetzen u.a.m.) erhalten und verbessert wird.
5. Um die Belange der Länder zu sichern, muss folgendes gewährleistet werden:
 - Sicherstellung von Bestand und Leistungsfähigkeit des Netzes in der Fläche,
 - Vermeidung einer stärkeren Belastung der Länderhaushalte,
 - Sicherstellung der erforderlichen verkehrspolitischen Einflussnahmemöglichkeiten,
 - Einbeziehung der Länder in die Erstellung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) und
 - Stärkung der Regulierungsbehörde, um den Wettbewerb auf der Schiene zu unterstützen und insbesondere auch Renditen aus der vorwiegend öffentlich finanzierten Infrastruktur auf ein angemessenes Maß zu begrenzen.
6. Dumpingwettbewerb im Schienenverkehr muss verhindert werden. Ein starker DB-Konzern und starke Tarifpartner sind hierfür Gewähr.

Begründung:

Die gute Infrastruktur in Deutschland macht unser Land wirtschaftlich stark. Dazu brauchen wir auch in Zukunft eine moderne Verkehrspolitik. Ein leistungsfähiger und umweltfreundlicher Schienenverkehr gehört dazu. Millionen von Pendlerinnen und Pendler sind ebenso auf eine zuverlässige und serviceorientierte Eisenbahn angewiesen wie die vielen Unternehmen, die das Schienennetz zum Transport ihrer Produkte nutzen. Die Eisenbahnen haben daher zu Recht ihren festen Platz im Nah-, Fern- und Güterverkehr.

Der Schienenverkehr ist der Schlüssel zu umweltverträglicher Mobilität. Im Personenfernverkehr gibt es keine energieschonenderen Verkehrsträger. Auch im Güterverkehr ist die Bahn – neben der Binnenschifffahrt – das ökologisch nachhaltigste Verkehrsmittel. Der Ausbau des Schienenverkehrs ist deshalb ein Gebot vernünftiger Verkehrspolitik.

Die Deutsche Bahn AG (DB AG) bleibt – trotz vieler erfolgreicher regionaler Eisenbahnbetreiber – das wichtigste Unternehmen im Eisenbahnbereich. Nach Jahren des Rückgangs und der Stagnation wächst die Deutsche Bahn inzwischen wieder. Dies gilt neben dem Personenverkehr vor allem für den Güterverkehr auf der Schiene. Teilweise zweistellige Wachstumsraten belegen dies eindrucksvoll. Deutschland ist das einzige Land in der Europäischen Union, in dem der Schienenverkehr stärker wächst als der Güterverkehr auf der Straße. Dieses Wachstum wollen wir unterstützen. Um den Zuwachs zu bewältigen, sind enorme Investitionen in das Schienennetz, in die Infrastruktur und in das „rollende Material“ erforderlich. Damit stützt die Deutsche Bahn auch den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Allein im Jahre 2006 investierte die DB AG über 6,5 Milliarden Euro in Infrastruktur und rollendes Material. Davon profitiert vor allem der einheimische Markt. Diese Investitionen sichern darüber hinaus die reibungslose Logistik, ohne die unsere Industrie nicht expandieren kann.

Die DB AG ist einer der größten und wichtigsten deutschen Arbeitgeber. 230.000 Frauen und Männer arbeiten im Unternehmen. Sie arbeiten in einer Branche, in der bislang meist auskömmliche Löhne bezahlt werden. Für die Beschäftigten der DB AG gilt bis 2010 ein Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung. Doch diese Arbeitsbedingungen geraten unter Druck. Denn der europäische Schienenverkehrsmarkt wird liberalisiert. Seit dem 1. Januar 2007 gibt es keine Beschränkungen mehr für den innereuropäischen Güterverkehr. Und in naher Zukunft, ab dem 1. Januar 2010, wird auch der Markt für den Personenverkehr auf Schienen allen Unternehmen aus der europäischen Union offen stehen. Schon heute verkehren mehr als 300 Wettbewerber auf dem deutschen Schienennetz, mehr als andernorts in Europa. Die Wettbewerber der DB AG sind gut aufgestellt und auf die vollständige Marktöffnung vorbereitet. Auch für die Deutsche Bahn AG ergeben sich neue Möglichkeiten. Andererseits birgt die Marktöffnung auch Risiken, insbesondere für die Beschäftigten der DB AG. Es droht ein Dumpingwettbewerb, ein Preiskampf auf den Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vor allem mit einem konzernweiten Arbeitsmarkt für die Deutsche Bahn, der Fortführung der Beschäftigungssicherung und starken Tarifpartnern können diese Entwicklungen verhindert werden. Damit schaffen wir Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die DB AG wächst nicht nur im Güter- und im Fernverkehr, sondern auch im Regionalverkehr. Vorbei sind damit die Zeiten, in denen die Regionalverkehre als Verlustbringer und als Ballast empfunden wurden. Die Deutsche Bahn zieht ihre Kraft mittlerweile auch aus den Regionen. Dabei werden die vom Bund über das Regionalisierungsgesetz für den regionalen Schienenverkehr bereitgestellten Mittel von den Ländern ausgeschrieben und im Wettbewerb vergeben. Neben der DB Regio tragen auch zahlreiche private Unternehmen zu einem attraktiven regionalen Schienenverkehrsangebot bei. Der Schienenverkehr in der Fläche ist und bleibt gesichert. Dies ist für die Sozialdemokratische Partei ein wichtiges Kriterium für eine erfolgreiche Bahn. Denn ein Schienennetz, das neben dem Fernverkehr auch die Regionen erreicht, ist ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb erhalten die Länder vom Bund auch in Zukunft jährlich mehr als 6 Mrd. € zur Bestellung regionaler Schienenverkehrsleistungen.

Mehr Verkehr auf die Schiene – dieser Grundsatz ist also nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen richtig. Die SPD hat sich daher bereits bei der Bahnreform 1994 erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Deutsche Bahn modernisiert und konkurrenzfähig im Wettbewerb mit dem Straßenverkehr wird. Denn dies war in der Vergangenheit nicht immer gewährleistet. Über viele Jahre war der Verkehrsträger Schiene vernachlässigt worden. Die Verkehrspolitik kümmerte sich hauptsächlich um den Straßenverkehr. Zurück-

gehende Anteile des Schienenverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen, zunehmender Reparaturbedarf, ein erheblicher Investitionsstau und ein gewaltiger Anstieg der Bahnschulden waren die Folge. Erst mit der Bahnreform von 1994, die maßgeblich von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit gestaltet wurde, gelang es, den Abwärtstrend bei der Deutschen Bahn zu stoppen und die Kehrtwende einzuleiten. Gleichzeitig wurden Deutsche Bahn und Deutsche Reichsbahn erfolgreich zusammengeführt.

Mit der damaligen Bahnreform wurden die Weichen für eine Modernisierung des Schienenverkehrs gestellt. Gleichzeitig wurde im Grundgesetz neben der Verpflichtung, die Eisenbahnverkehrsunternehmen als Wirtschaftsunternehmen in privatrechtlicher Form zu führen, der so genannte Gewährleistungsauftrag des Bundes im Grundgesetz festgeschrieben. Art. 87e Abs. 4 des Grundgesetzes schreibt seitdem vor, dass „der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung getragen wird.“ Diese staatliche Verantwortung für die Infrastruktur erfüllt der Bund durch die Finanzierung von milliardenschweren Investitionen in das Netz.

Die beginnende Öffnung des europäischen Eisenbahnnetzes und der damit einhergehende europäische Wettbewerb waren die zentralen Gründe dafür, dass die große Koalition im Koalitionsvertrag von 2005 vereinbart hat, die Bahnreform von 1994 fortzuführen. Durch die Beteiligung privater Investoren soll die DB AG die Möglichkeit erhalten, auf dem für den Wettbewerb geöffneten deutschen und europäischen Transportmarkt gegen ausländische Wettbewerber bestehen zu können. Damit wird das Unternehmen auch in die Lage versetzt, ein attraktives regionales Schienenverkehrsangebot aufrecht zu erhalten und Beschäftigungssicherung und den konzernweiten Arbeitsmarkt fortzuführen. Weiter wird vereinbart, dass mit einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung für das Bestandsnetz dessen Umfang, Qualität und Betriebsbereitschaft im Gegensatz zum heutigen Zustand verbindlich gewährleistet werden soll. Der Netzzustandsbericht, den die DB Netz AG zukünftig jährlich neu vorlegen muss, ist dafür die Basis. Schließlich enthält der Koalitionsvertrag den Auftrag, die Umsetzung des Infrastrukturauftrages des Bundes beim Neubau und der Erweiterung des Netzes verbindlicher als bisher mit der Bahn zu vereinbaren. Dazu gehören ein verlässliches und transparentes Monitoring sowie verbindliche Durchsetzungsmechanismen.

Der Deutsche Bundestag und die betroffenen Parlamentsausschüsse haben sich in der Folgezeit intensiv mit der Fortsetzung der Bahnreform befasst. Mit einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag am 24. November 2006 Eckpunkte für die Neuordnung der Eisenbahnen beschlossen. In diesen Eckpunkten sind viele Anregungen aus der SPD aufgegriffen worden.

Mit der Neuordnung der Eisenbahnen wollen wir das Erreichte sichern und die Basis dafür schaffen, dass sich der Schienenverkehr weiter positiv entwickeln kann. Wir wollen erreichen, dass der Anteil des Schienenverkehrs am Verkehrsaufkommen weiter steigen kann. Dies entlastet die Umwelt und ist ein Beitrag zur Nachhaltigkeit. Alle Beschäftigten der Deutschen Bahn AG sollen von dem zunehmenden Wettbewerb im Eisenbahnbereich durch sichere Arbeitsplätze und angemessene Einkommen profitieren. Das wirtschaftliche Wachstum der Deutschen Bahn darf nicht durch Engpässe in der Infrastruktur gebremst werden. Wir brauchen leistungsfähige Hinterlandverbindungen für die Häfen und mehr Kapazitäten auf den zentralen Verkehrsachsen. Wir wollen, dass die Deutsche Bahn AG bei der vollständigen Öffnung des Europäischen Eisenbahnmarktes als starker Anbieter eine zentrale Rolle spielen kann. Und dass sie zusätzliches Kapital einsetzen kann, um mit modernen Fahrzeugen und einem leistungsfähigen Schienennetz den Erfolgskurs der vergangenen Jahre fortsetzen zu können.

Parteivorstand, 22. Oktober 2007

Die Reform der Pflegeversicherung ausrichten an den Werten Solidarität und Würde

Seit Einführung im Jahre 1995 hat sich die Pflegeversicherung bewährt. Um ihre hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, muss sie sich den aktuellen und künftigen Herausforderungen einer Gesellschaft des längeren Lebens stellen und an den Werten Solidarität und Würde ausrichten. Das gilt gleichermaßen für Finanzierung, Qualität und Leistungen der Pflege. Die Pflege der Zukunft braucht mehr Gesicht, mehr Zeit und mehr Zuwendung.

Der Bundesparteitag unterstützt die Reform der Pflegeversicherung, weil damit

- Verbesserungen in der pflegerischen Versorgungsstruktur vorgenommen werden und möglichst lange die häusliche Versorgung aufrecht erhalten wird,
- eine bessere Vereinbarkeit der Pflege von Angehörigen und Erwerbstätigkeit durch die Einführung einer Pflegezeit ermöglicht wird,
- die Pflegequalität durch verbindliche Einführung von Qualitätsstandards, durch häufigere Kontrollen und durch eine allgemeinverständliche Veröffentlichung von Qualitätsberichten verbessert wird,
- Leistungen – insbesondere für die ambulante Pflege zuhause und für altersverwirrte Menschen – verbessert und künftig der Preisentwicklung angepasst werden.

Mit dem Gesetz wird aktivierende Pflege und Rehabilitation besser gefördert. Die Maßnahmen für eine integrierte wohnortnahe Versorgung und Betreuung, die Einrichtung von Pflegestützpunkten mit Pflegeberatern (Fallmanagement), die Möglichkeit, Leistungen gemeinsam mit anderen Pflegebedürftigen abzurufen, helfen den Menschen, so lange wie möglich in ihrer angestammten Umgebung zu bleiben, und bieten damit ein Stück Heimat. Dazu trägt auch die neue Pflegezeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von bis zu sechs Monaten bei voller sozialer Absicherung bei.

Oftmals werden Familienmitglieder von heute auf morgen pflegebedürftig. Für uns ist es wichtig, dass berufstätige Angehörige nicht aus finanziellen Gründen daran gehindert werden, dann eine gute Pflege und Betreuung zu organisieren. Deshalb fordern wir die Einführung einer Lohnersatzleistung für die vorgesehene zehntägige Freistellung von der Arbeit. Es entspricht dem Familienbild der SPD, dass sich nicht nur berufstätige Eltern um ihre kranken Kinder kümmern können, sondern auch Kinder im Falle einer plötzlich auftretenden Pflegebedürftigkeit der Eltern für sie da sein können.

Die Pflegebranche ist mit mehr als 750.000 Beschäftigten ein dynamisch wachsender und bedeutender Arbeitsmarkt. Nicht akzeptabel ist die illegale Beschäftigung in der häuslichen Pflege. Sie wird derzeit auf 100.000 Menschen geschätzt. Maßnahmen, die darauf zielen, legale Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die bedarfsgerecht, bezahlbar und von den Pflegebedürftigen und Angehörigen akzeptiert werden, sind erforderlich. Die Reform der Pflegeversicherung muss deshalb eng mit einer arbeitsmarktpolitischen Initiative verknüpft werden, die „Gute Arbeit,“ insbesondere faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, Qualifizierung und Vereinbarung von Familie und Beruf zur zentralen Richtschnur auch in dieser Branche erhebt. Attraktivität und Image der Pflegeberufe müssen gefördert, die Fachkräftequalifizierung intensiviert und die Berufsverweildauer erhöht werden.

Damit künftig die Finanzierung der Pflegeversicherung gerecht und nachhaltig gestaltet werden kann, darf in der Perspektive der Solidarität nicht nur auf die gesetzlichen Pflegekassen beschränkt bleiben, sondern muss auch auf die Private Pflegeversicherung erstreckt werden. Als erster Schritt sind in dieser Reform bei der Privaten Pflegeversicherung die Sicherstellung bezahlbarer Tarife und die Mitnahme von Altersrückstellungen beim Versicherungswechsel unverzichtbar.

Die SPD hält fest am Ziel einer Bürgerversicherung Pflege, zu deren Finanzierung alle Einwohner nach ihrer Leistungsfähigkeit beitragen.

Parteivorstand, 22. Oktober 2007

Demokratie und Menschenrechte für Birma!

Seit September dieses Jahres blickt die ganze Welt auf Birma, weil bis zu 150.000 Menschen mit dem Mut der Verzweiflung aufbegehren gegen die Militärdiktatur ihres Landes. Sie kämpfen für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Der SPD-Bundesparteitag spricht den Protesten gegen die Diktatur in Birma seine Solidarität aus. Das Militärregime muss endlich den Weg für demokratische Wahlen, die Achtung der Menschenrechte und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen frei machen. Unsere Solidarität gilt auch unseren Genossinnen und Genossen der sozialistischen Familie, die unter Repression und Verfolgung leiden.

In Birma sitzen schätzungsweise hunderte bis tausende politische Häftlinge in Gefängnissen und hunderttausende Birmesen werden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Dies ist ein unhaltbarer, menschenunwürdiger Zustand. Die SPD unterstützt alle friedlichen Proteste für Demokratie und Menschenrechte.

Die SPD verurteilt die blutige Niederschlagung der Proteste der burmesischen Opposition durch das Militärregime. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und deren Familien, die nichts anderes taten und tun, als für ihre selbstverständlichen Rechte einzutreten. Wir fordern daher das Militärregime in Birma auf von jedweder Form der Gewaltanwendung gegen Demonstranten abzusehen. Darüber hinaus muss die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi unverzüglich aus ihrem Hausarrest entlassen werden!

Die internationale Staatengemeinschaft ist gefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das militärische Unrechtsregime in Birma zum Einlenken zu bringen. Die SPD fordert die Nachbarländer auf, ihren Einfluss auf die birmesische Regierung dahingehend geltend zu machen!

Parteivorstand, 5. November 2007

Erklärung zu den jüngsten Entwicklungen in Pakistan

Wir beobachten die Situation in Pakistan mit großer Aufmerksamkeit und wachsender Sorge.

Trotz des Rechts, sich gegen terroristische Angriffe zur Wehr zu setzen, ist auf Dauer Stabilität und Sicherheit in Pakistan nur zu erreichen, wenn das Land der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet bleibt.

Wir hoffen, dass die Verhängung des Notstands und die Suspendierung der Verfassung rückgängig gemacht werden und Pakistan schnellstmöglich wieder zur verfassungsmäßigen Ordnung zurückkehrt.

Dazu gehört auch, rasch die Voraussetzungen für freie und faire Wahlen zu schaffen.

Für Sicherheit und Stabilität ist der Dialog mit allen politischen Kräften erforderlich. Wir appellieren an die pakistanische Regierung daher, die zahlreichen Verhafteten aus Politik und Zivilgesellschaft schnell frei zu lassen und die Einschränkungen der Medienfreiheit zurückzunehmen.

Parteivorstand, 5. November 2007

Gleiche Lebenschancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen

Dem Beschluss des Parteitag folgend (Beschluss S23 „Kinderarmut bekämpfen“) setzt der Parteivorstand die o.g. Kommission mit dem Ziel ein, ein sozialdemokratisches Konzept zur Verbesserung von Chancen aller Kinder und damit auch zur Bekämpfung der Kinderarmut zu entwickeln. Erste Ergebnisse sollen zu Beginn des Jahres 2008 vorgelegt werden.

Die Kinderarmut ist eines der dringendsten Probleme unseres Landes. Es bedarf der Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte, um sie wirksam zu bekämpfen. Die SPD stellt sich an die Spitze derjenigen in unserem Land, die sich politisch für eine effektive und schnelle Verbesserung der Situation einsetzen. Wichtig dabei sind sowohl Initiativen, die die Situation der Eltern verbessern als auch konkrete Hilfen, die den Kindern unmittelbar zu Gute kommen. Chancengleichheit ist die Voraussetzung zur Reduzierung von Kinderarmut und damit auch zur Verbesserung der Kindergesundheit.

Die Kommission wird von Wolfgang Jüttner geleitet. Ihr gehören neben Vertreterinnen und Vertretern der SPD aus Bund, Ländern und den Kommunen auch hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und Wissenschaft an.

Präsidium, 19. November 2007

Projektgruppe „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“

Mit dem Ende der engen Verflechtung deutscher Unternehmen und Banken hat der Einfluss internationaler Finanzinvestoren auf hiesige Firmen erheblich zugenommen. Die aktuellen Finanzmarktverwerfungen verdeutlichen das Risikopotential an den Finanzmärkten. Wir benötigen stabile und transparente Finanzmärkte, damit Unternehmen das Kapital bekommen, das sie brauchen und Investoren Chancen und Risiken besser abwägen können. Die internationalen Finanzmärkte haben sich in einer Weise entwickelt, dass sie die Realwirtschaft nicht nur unterstützen, sondern Krisenentwicklungen sich fortpflanzen können und damit nicht nur national wirken.

Jedes Unternehmen ist auf eine ausreichende Kapitalausstattung angewiesen. Kapitalgeber stärken die Investitionskraft der Unternehmen und tragen bei zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Manche Investoren bringen den Unternehmen aber nicht nur Eigenkapital, sondern auch Schulden. Hierbei ist es vielfach zu Problemen gekommen. Manche Investoren lasten den Unternehmen die Kreditschulden auf, die sie selbst für den Kauf des Unternehmens aufgenommen haben. Die Fonds sorgen dann für große Dividendenausschüttungen und den Verkauf des Tafelsilbers. Sie machen aus bislang gesunden Unternehmen kranke Unternehmen, die nach dem Weiterverkauf auf den hohen Schulden sitzen bleiben. Investitionen müssen langfristig und nicht auf die Erzielung eines schnellen Gewinns orientiert sein.

Da das Thema für die Zukunft unserer Unternehmen und ihre Arbeitsplätze von großer Bedeutung ist, setzt die SPD eine Projektgruppe „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“ unter Leitung von Peer Steinbrück ein. Die Projektgruppe soll – auf der Grundlage der bereits erfolgten Reformschritte zur Gestaltung internationaler Finanzmärkte – Vorschläge erarbeiten, die zu mehr Transparenz und verbesserter Stabilität internationaler Finanzmärkte und damit zum Schutz von Anlegern und Beschäftigten beitragen. Dabei ist klar, dass nationale Lösungen allein nicht Ziel führend sein können, sondern nur zusammen mit anderen großen Finanzmärkten, insbesondere der G7/G8-Länder, Erfolg versprechende Strategien entwickelt werden können. Die Projektgruppe kann insoweit an die Agenda der deutschen G7-Präsidentschaft anknüpfen. Hinsichtlich nationaler Lösungsmöglichkeiten soll auch geprüft werden, wie die Instrumente der Mitbestimmung für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Unternehmen genutzt und ausgebaut werden können. Der Projektgruppe sollen Finanzexperten, Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertreter sowie Wissenschaftler angehören. In der Projektgruppe wird der DGB-Vorsitzende Michael Sommer persönlich mitarbeiten.

Präsidium, 26. November 2007

Stammzellenforschung fortsetzen

In die Diskussion um die Stammzellenforschung ist neue Bewegung gekommen.

Der Weg der Reprogrammierung von Zellen, die aus dem Körper geborener Menschen entnommen werden, ist äußerst innovativ und ethisch unproblematisch. Es entsteht eine neue Perspektive, dass die Heilung von schweren Krankheiten oder auch der Ersatz von Organen möglich sein werden.

Das SPD-Präsidium begrüßt, dass die Bundesregierung einen neuen Förderschwerpunkt im Bereich adulte Stammzellforschung auf den Weg gebracht hat. Die Position Deutschlands als Vorreiter der adulten Stammzellforschung muss gefestigt und ausgebaut werden. Die SPD wird ihren Teil zur Erreichung dieses Ziels beitragen.

Zugleich dürfen wir auch die Forschung an embryonalen Stammzellen nicht aus den Augen verlieren. Bei allen verständlichen Bedenken können sich auch hier segensreiche Heilungschancen entwickeln.

Wir unterstützen den Vorschlag von Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion, den Stichtag für die wissenschaftliche und medizinische Erforschung embryonaler Stammzelllinien einmalig auf den 1. Mai 2008 zu verschieben und mehr Rechtssicherheit für deutsche Forscherinnen und Forscher, die international tätig sind, zu schaffen. Dieser Vorschlag entspricht einerseits der ethischen Grundintention des Stammzellkompromisses von 2002, der nach einer langen und breiten

gesellschaftlichen und politischen Debatte zustande gekommen ist und trägt andererseits den Anforderungen der deutschen Forscherinnen und Forscher Rechnung.

Keines der beiden Forschungsfelder darf falsche Hoffnungen wecken. Ob und wann dieser Fortschritt zu medizinisch verwertbaren Ergebnissen führt, ist heute noch nicht absehbar. Die Forschung muss deshalb ebenso fortgesetzt werden wie eine umfassende gesellschaftliche Debatte über ihre Chancen und die mit ihr verbundenen ethischen Bedenken.

Ziel muss es sein, die Möglichkeiten der Grundlagenforschung in Deutschland zu sichern und den ethischen Bedenken vieler Menschen gegen die embryonale Stammzellforschung Rechnung zu tragen.

Präsidium, 3. Dezember 2007

Kinderrechte im Grundgesetz klarstellen, Kinder in der Gesellschaft stärken!

Kinder haben eigene Rechte. Sie haben den Anspruch, dass sie in unserem reichen Land hervorragende Bedingungen des Aufwachsens bekommen. Dazu gehören die Rechte auf Förderung, Bildung, Partizipation und kindgerechte Lebensverhältnisse.

Diese Überzeugung steht im Mittelpunkt einer sozialdemokratischen Kinder- und Familienpolitik. Unser Ziel ist, ein kindergerechtes Deutschland zu schaffen, in dem jedes Mädchen und jeder Junge seine eigenen Potenziale entwickeln und entfalten kann und dabei von Anfang an als eigenständige Person mit eigenen Rechten wahrgenommen wird. Wir wollen, dass Kinder eine stärkere Stellung in behördlichen und gerichtlichen Angelegenheiten erhalten.

Deshalb setzt sich die SPD für eine Klarstellung der Kinderrechte im Grundgesetz und damit eine Stärkung der Kinder in unserer Gesellschaft ein.

Dazu soll Artikel 6 Grundgesetz wie folgt geändert werden:

Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“

Die bisherigen Absätze 2 bis 5 werden zu Absätzen 3 bis 6.

Begründung:

Das Grundgesetz benennt die Kinder bisher nur im Rahmen der Elternrechte und nicht als selbstständige Träger eigener Grundrechte. Es enthält keine explizite Feststellung des Rechts eines jeden Kindes auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit und auf Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Auch fehlt eine ausdrückliche Normierung der staatlichen Schutzpflicht gegenüber Kindern.

Die Neuregelung verdeutlicht die Rechte der Kinder, wie sie sich aus anderen verfassungsrechtlichen Vorschriften nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ergeben, ohne die Elternrechte zu beschneiden.

Der neue Absatz 2 in Artikel 6 GG ist Artikel 25 Abs. 1 der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen wörtlich nachgebildet.

Mit der Aufnahme eines Rechts auf Entwicklung in Absatz 2 Satz 1 wird dabei der Prozess des „Person-Werdens“ des Kindes, d. h. das allmähliche Hineinwachsen des Kindes in die Selbstbestimmungs- und Selbstverantwortungsfähigkeit, ausdrücklich in den Schutzbereich des Grundrechts einbezogen. Hieraus ergibt sich auch eine Stärkung des Rechts des Kindes auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

Mit dem neuen Absatz 2 Satz 2 wird zum einen die staatliche Schutzpflicht gegenüber Kindern, wie sie sich nach geltendem Recht aus Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 GG herleitet, ausdrücklich normiert. Im Übrigen enthält die Regelung einen objektiven Förderungs- und Ordnungsauftrag zugunsten von Kinderrechten an die staatliche Gemeinschaft, d. h. an alle staatlichen Entscheidungsträger in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung auf Bundes- und Landesebene.

Präsidium, 29. November 2007

SPD-Präsidium legt Zuständigkeiten fest

Das Präsidium der SPD hat heute die Zuständigkeiten seiner Mitglieder beschlossen. Der Parteivorsitzende, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, wird sich in besonderer Weise um die Kontakte zu Gewerkschaften und Kirchen kümmern. Die Zuständigkeiten der anderen Präsidiumsmitglieder sind wie folgt:

Funktion, Name	Themen
Stellv. Parteivorsitzende Andrea Nahles	Arbeit, Soziales
Stellv. Parteivorsitzender Frank-Walter Steinmeier	Außenpolitik, Sicherheit, Kultur
Stellv. Parteivorsitzender Peer Steinbrück	Wirtschaft, Finanzen
Generalsekretär Hubertus Heil	Wahlkämpfe, Parteiorganisation
Schatzmeisterin Barbara Hendricks	Parteifinanzen, Parteivermögen
Präsidiumsmitglied Bärbel Dieckmann	Kommunales, Familie, Jugend
Präsidiumsmitglied Elke Ferner	Gleichstellung, Gesundheit, Pflege
Präsidiumsmitglied Hannelore Kraft	Industrie- und Innovationspolitik
Präsidiumsmitglied Babara Ludwig	Aufbau Ost, Demographie
Präsidiumsmitglied Franz Maget	Verkehr, Infrastruktur, Sport, Verbraucherschutz
Präsidiumsmitglied Christoph Matschie	Umwelt, Wissenschaft, Technologie
Präsidiumsmitglied Martin Schulz	Europa, Internationales; Entwicklung, Landwirtschaft
Präsidiumsmitglied Ralf Stegner	Innenpolitik, Bürgergesellschaft
Präsidiumsmitglied Ute Vogt	Recht, Integration, Rechtsextremismus
Präsidiumsmitglied Andrea Ypsilanti	Bildung

Präsidium, 3. Dezember 2007

Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder!

Den meisten Kindern in Deutschland geht es gut. Ihre Mütter und Väter wollen das Beste für ihre Zukunft und nehmen ihre Verantwortung sehr ernst. Doch zunehmend gibt es Eltern, die verunsichert sind und sich von ihrem Erziehungsauftrag überfordert fühlen. Im schlimmsten Falle führt dies zu Kindesvernachlässigung und -misshandlung.

Wir wollen zusammen mit Bund, Ländern und Kommunen ein Gesamtkonzept entwickeln, das die Verzahnung von Prävention, Jugend- und Familienhilfe, öffentlichem Gesundheitsdienst, Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen, Anbietern von Gesundheitsleistungen und schulischen und vorschulischen Einrichtungen ebenso beinhaltet wie eine „Kultur des Hinsehens“, damit Vernachlässigungen von Kindern frühzeitig erkannt werden.

Jedes Kind hat das Recht auf gesundes Aufwachsen. Die Grundlagen für die weitere Entwicklung werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Deshalb benötigen Kinder von Beginn an eine umfassende gesundheitliche Versorgung und Vorsorge.

Die meisten Eltern nehmen die Vorsorgeangebote für ihre Kinder in Anspruch. Entwicklungsverzögerungen und gesundheitliche Störungen können so frühzeitig entdeckt und ausgeglichen werden. Allerdings sinken die Teilnahmezahlen mit dem Alter der Kinder, häufig bei sozial benachteiligten Familien. Das Versäumen von Vorsorgeangeboten ist meist auf Nachlässigkeit zurückzuführen, kann jedoch im Einzelfall auch ein Anzeichen für Vernachlässigung oder gar Misshandlung sein.

Wir wollen, dass alle Kinder an den Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen. Dies soll ein wichtiger Baustein innerhalb eines umfassenden Schutzkonzepts für Kinder sein. Dazu ist in den Ländern ein flächendeckendes System aus Einladungsverfahren, Rückmeldemechanismen und aufsuchender Sozialarbeit durch den öffentlichen Gesundheitsdienst oder das Jugendamt zu schaffen. Darüber hinaus müssen die Qualität und der Rhythmus der Vorsorgeuntersuchungen überprüft und die Datenübermittlung zwischen Gesundheits-, Jugend- und Sozialämtern verbessert werden.

Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen sind ein wichtiger Baustein in einem Gesamtkonzept. Denn auch die Eltern, deren Lebenssituation durch vielfältige Risiken und hohe Belastungen gekennzeichnet ist, müssen möglichst schon vor der Geburt ihres Kindes bedarfsgerecht unterstützt und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und begleitet werden.

Die jüngsten tragischen Fälle von Kindesvernachlässigung zeigen, dass es immer wieder Probleme bei der Umsetzung von Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe gibt. Um dem wachsenden Aufgabenfeld gerecht zu werden, müssen Jugendämter personell und finanziell entsprechend ausgestattet sein.

Für Kinder, die in ihren Familien keine ausreichende Unterstützung bekommen oder sogar Gewalt erfahren, haben Staat und Gesellschaft eine besondere Verantwortung. Elternrecht ist ein hohes Gut. Es findet aber seine Grenzen, wo das Kindesrecht verletzt wird. Wir wollen die Rechte von Kindern in der Verfassung verankern. Ein wirksamer Schutz von Kindern muss notfalls auch gegen die eigenen Eltern durchgesetzt werden können.

Wir wollen, dass alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Startchancen haben und gesund aufwachsen können.

Präsidium, 10. Dezember 2007

Erklärung zum Tag der Menschenrechte

Der 10. Dezember, der Tag der Menschenrechte, ist ein wichtiger Tag des Gedenkens und der Aufforderung.

Die universellen Menschenrechte wurden am 10. Dezember 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt und haben als verpflichtende Rechtsnormen Eingang in eine Vielzahl von völkerrechtlichen Verträgen und nationalen Verfassungen gefunden. Heute sind die Menschenrechte unverzichtbare Elemente unserer nationalen und globalen Werteordnung.

Der Kampf um die Rechte der Menschen ist auch heute eine Aufgabe, die sich jeden Tag wieder neu stellt – international wie national. Gerade die Schwächsten und Verletzlichsten unserer Gesellschaft brauchen unser Engagement, insbesondere auch Kinder, denn „Recht ist Schutz der Schwachen“ (Gustav Radbruch).

Deshalb wollen wir die Rechte der Kinder in der Verfassung deutlicher verankern: Kinder haben eigene Rechte, das wichtige Elternrecht muss seine Grenzen dort finden, wo Kinderrechte bedroht oder verletzt werden. Dann müssen Staat und Gesellschaft als Wächter eingreifen.

Auch der besonders schutzbedürftigen Gruppe der Menschen, die bei uns Zuflucht oder Zukunft suchen, ist unsere Menschenrechtspolitik verpflichtet: Auch Menschen ohne Papiere brauchen grundsätzlich Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Schutz vor Ausbeutung. Wer diesen Menschen in ihrer Not hilft, darf nicht vom Strafrecht bedroht sein.

In Europa müssen die Menschenrechte Maßstab für die Politik und die Institutionen sein. Das gilt nicht nur innerhalb der EU, sondern auch für Maßnahmen für die Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik sowie für zivile und militärische Missionen in außereuropäischen Regionen.

Wir wollen den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarates. Dies wird den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR), das Kronjuwel des Menschenrechtsschutzsystems in Europa, stärken. Wir erinnern alle Mitgliedsstaaten an die besondere Bedeutung des nationalen gerichtlichen Menschenrechtsschutzes und unterstützen die Reform des EGMR, um seine Arbeit noch wirksamer zu machen. Dazu gehört auch, dass alle Mitgliedsstaaten die Urteile des EGMR zügig und konsequent umsetzen.

Die SPD unterstützt alle Initiativen zur Abschaffung der Todesstrafe, die ja in hohem Maße von EU und Europarat ausgehen. Es ist ein großer Erfolg gerade auch der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, dass die UN erstmalig einer Resolution zur Aussetzung der Todesstrafe zugestimmt hat – und das mit deutlicher Mehrheit. Das wird den weltweiten Bemühungen zur Schaffung eines vernünftigen, wirksamen und menschlichen Strafrechtssystems ohne die Todesstrafe weiteren Auftrieb geben.

Die Menschenrechte müssen auch bei der Bekämpfung des Terrorismus wichtiger Maßstab sein und bleiben. Gerade weil wir Terrorismus verurteilen und bekämpfen, betonen wir die Bedeutung und die Notwendigkeit der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Nur so sind dauerhafte Erfolge erreichbar. Verantwortungslosen Behauptungen, der Krieg gegen den Terror verlange die Relativierung von Menschenrechten und Menschenwürde, insbesondere im Zusammenhang mit dem absolut geltenden Folterverbot oder der Schaffung eines besonderen „Feindstrafrechts“, widersprechen wir kategorisch. Freiheit, Rechtsstaat, Menschenrechte und Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Präsidium, 10. Dezember 2007

Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen

Unverhältnismäßig hohe Managerbezahlungen sind ein gesellschaftliches und politisches Problem, da sie mit guten Gründen als ungerecht empfunden werden. Die Gesamtmotivation einer Gesellschaft wird in Mitleidenschaft gezogen, wenn der Zusammenhang zwischen Leistung und Bezahlung bei den höchsten Einkommen immer weniger zu erkennen ist.

Die politische Diskussion wird bestimmt durch die Entwicklung von Vorstandsbezügen im Verlauf der jüngeren Vergangenheit. Manager verdienen heute zum Teil mehr als das 50- oder gar 100-fache des Gehalts eines mittleren Angestellten.

Wichtig für die politische Diskussion ist nicht nur die absolute Höhe der Bezüge von Managern, sondern auch was an Nebenleistungen gezahlt wird z. B. in Form von Aktienoptionen.

Das SPD-Präsidium setzt eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu dem Thema „Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen“ ein. Diese Arbeitsgruppe soll sich insbesondere mit folgenden Fragestellungen befassen:

- die weitere Verbesserung der Transparenz der Vorstandsbezahlungen,
- die Überprüfung der Nebenleistungen,
- die Begrenzung der Steuerabzugsfähigkeit von Managergehältern und von Managerabfindungen,
- die Verstärkung von Selbstverpflichtungen der Wirtschaft.

Der Arbeitsgruppe gehören an:

Ingolf Deubel,
Nicolette Kressl,
Joachim Poß (Leitung),
Ludwig Stiegler,
Joachim Stünker,
Brigitte Zypries.

Parteivorstand/Parteirat, 10. Dezember 2007

Gute Bildung – Chance für alle

Wissen und umfassende Bildung werden immer wichtiger, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen zu können. Eine gute Bildung und ein höherer Schulabschluss sind grundlegend für die Aufstiegsperspektiven und Teilhabemöglichkeiten eines Menschen. Nur wer über eine solide Grundbildung verfügt, wird auch durch lebenslanges Lernen im weiteren Verlauf seiner Biographie mit dem rasanten Wandel in der Arbeitswelt Schritt halten können.

Ein hohes Qualifikationsniveau vieler entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Unsere wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft ist auf die Kreativität und die Innovationsfähigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Deutschland braucht deshalb in Zukunft mehr gut ausgebildete Fachkräfte. Gleichzeitig wird aufgrund des demographischen Wandels die Anzahl der Erwerbstätigen in den nächsten Jahrzehnten deutlich sinken. Umso wichtiger ist es, dass alle Menschen in unserem Land ihre Entwicklungspotenziale voll ausschöpfen können. Nur mit einem leistungsstarken und sozial integrativen Bildungssystem können

wir heute die Grundlage für den Erfolg von morgen schaffen. Die SPD stellt deshalb die Bildungspolitik ins Zentrum ihres Handelns.

Die Ergebnisse der PISA-Studie 2006 und der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) stellen den deutschen Schülerinnen und Schülern ein besseres Zeugnis aus als in den Jahren zuvor. Dank der hohen Leistungsbereitschaft und der guten Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Eltern tragen die Reformanstrengungen der letzten Jahre erste Früchte.

Das Vier-Milliarden-Ganztagsschulprogramm der rot-grünen Bundesregierung hat erheblich zur Qualitätsverbesserung vor allem der Grundschule beigetragen. Seit 2002 haben wir damit bundesweit den Ausbau von rund 6.400 Ganztagschulen gefördert, über die Hälfte davon Grundschulen. Auch die vielfältigen Anstrengungen der Länder in der frühkindlichen Bildung und in der Schulpolitik beginnen sich auszuzahlen.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Ergebnisse belegen aber auch: Es gibt noch viel zu tun. Nach wie vor hängen in Deutschland wie in wenigen anderen Industriestaaten die Bildungschancen der Kinder stark vom sozialen Status der Eltern ab. Selbst bei gleicher Kompetenz haben Kinder aus so genannten bildungsfernen Schichten eine deutlich geringere Chance auf hoch qualifizierte Bildungsabschlüsse. Bildungsarmut vererbt sich – diese eklatante Fehlentwicklung zu beseitigen ist vordringliches Ziel der SPD. Jedes Kind soll eine Chance auf gute Bildung haben und jedes Kind soll in und nach seiner Leistungsfähigkeit gefördert werden. Dies gilt in gleichem Maße für Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Wir brauchen mehr Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem.

I. Mit Bildung früher ansetzen

Der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiografie wird in den ersten Lebensjahren gelegt. Wir wollen, dass alle Kinder vor der Schule eine Kindertagesstätte besuchen. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) haben wir mit dem Ausbau eines flächendeckenden Betreuungsangebots begonnen. In der großen Koalition hat sich die SPD durchgesetzt und den deutlichen Ausbau der Angebote für Kinder unter drei Jahren erreicht. So werden in nächsten Jahren die Krippenplätze von 250.000 auf 750.000 aufgestockt.

- **Rechtsanspruch und Beitragsfreiheit:** Der Zugang zu frühkindlicher Bildung darf nicht vom sozialen Status der Eltern abhängen. Deshalb stehen wir für einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für alle Kinder. Gegen den Widerstand der Union haben wir die Umsetzung des Rechtsanspruchs bis 2013 durchgesetzt. Schrittweise werden wir die Beitragsfreiheit ab dem 2. Lebensjahr einführen.
- **Bildungsinstitution Kita:** Es muss stärker als bisher in die frühe Förderung von Kleinkindern investiert werden. Die vorschulische Lebensphase eignet sich wie keine andere, die Entwicklungspotenziale der Kinder zu entfalten und soziale Hemmnisse frühzeitig auszugleichen. Für die SPD ist die Kindertagesstätte deshalb eine Bildungsinstitution. Durch intensive Sprachförderung sowie soziale und inhaltliche Lernerfahrungen werden hier wichtige Grundlagen für die spätere Bildungs- und Leistungsfähigkeit gelegt.
- **Ausbau zu Eltern-Kind-Zentren:** Kindertagesstätten können Eltern in ihrer Bildungs- und Erziehungsaufgabe unterstützen. Deshalb wollen wir sie zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen, wo Familien Beratung, Weiterbildung und verlässliche Hilfe im Alltag finden. Diese Eltern-Kind-Zentren können zugleich Frühwarnsystem bei drohender Vernachlässigung oder Gefährdung von Kindern als auch niedrigschwelliges Beratungsangebot in Problemfällen sein.
- **Bessere Aus- und Weiterbildung:** Damit Erzieherinnen und Erzieher den wachsenden pädagogischen Anforderungen an ihre Tätigkeit gerecht werden können, muss ihre Aus- und Weiterbildung gestärkt werden.

II. Den Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft aufbrechen

In keinem anderen Land erfolgt die Verteilung der Kinder auf die unterschiedlichen Schulzweige so früh wie in Deutschland. Ist ein Bildungsweg einmal eingeschlagen, ist er schwer zu verändern. Im gegliederten Schulsystem findet Durchlässigkeit vorwiegend nach unten statt. Benachteiligt in diesem starr gegliederten Schulsystem sind vor allem Kinder aus bildungsfernen Familien und Migrantenkinder.

- **Eine gemeinsame Schule:** Wir wollen die frühe soziale Auslese überwinden. Dafür brauchen wir ein leistungsstarkes Schulsystem, das eine optimale Durchlässigkeit nach oben gewährleistet. Alle Schülerinnen und Schüler sollen gemäß ihrer Potenziale und Leistungsfähigkeit den bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Deshalb wollen wir, dass Kinder und Jugendliche länger gemeinsam lernen. Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse. Wir wollen dies verbinden mit einer besseren individuellen Förderung.
- **Individuelle Förderung statt Sitzenbleiben:** Schule muss sich um jedes Kind bemühen. Alle Kinder müssen individuell so gefördert werden, dass sie ihre Entwicklungspotenziale entfalten können – dies gilt für Kinder mit Lernhemmnissen genauso wie für lern- und leistungsstarke Kinder. Dafür brauchen wir eine bessere Lehrerbildung, die die pädagogischen und diagnostischen Fähigkeiten der Lehrkräfte stärkt.
- **Flächendeckende Ganztagschule:** Wir wollen eine Schule, die die Stärken der Kinder unterstützt und die Schwächen ausgleicht. Für diesen Ansatz ganzheitlicher Bildung und individueller Förderung braucht Schule mehr Zeit. Deshalb setzen wir uns für den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschule ein. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien können davon stark profitieren. Mit dem Vier-Milliarden-Programm der rot-grünen Regierung ist bundesweit ein bedeutender Qualitätssprung gelungen. Bundesweit sind damit bisher rund 6.400 Schulen gefördert worden. Die Schüleranzahl an Ganztagsgrundschulen ist seit 2002 um rund 140 Prozent angestiegen. Diese Entwicklung gilt es kontinuierlich weiterzuführen.
- **Warmes Mittagessen:** Alle Kinder sollen in der Kindertagesstätte oder in der Schule eine warme Mahlzeit essen können. Wenn Eltern ihren Anteil nicht aufbringen, soll der Staat mit den Kommunen den finanziellen Ausgleich leisten.
- **Lernmittelfreiheit:** Damit alle Kinder mit den notwendigen Unterrichtsmaterialien ausgestattet sein können, setzen wir uns für weitgehende Lernmittelfreiheit ein. Kinder von Arbeitslosengeld II-Empfängern und aus Familien im unteren Einkommensbereich sollen zur Einschulung ein Schulstarterpaket in Höhe von 150,- Euro erhalten.
- **Gemeinsame Bildungsstandards:** Eltern, die in ein anderes Bundesland umziehen, können mit Recht verlangen, dass der Schulwechsel für ihre Kinder keine Probleme aufwirft. Um eine hohe Vergleichbarkeit der Bildungssysteme in den einzelnen Bundesländern zu gewährleisten, werden wir die Weiterentwicklung und Verbesserung abgestimmter Bildungsstandards vorantreiben.

III. Berufliche Perspektiven schaffen

Zu viele Jugendliche verlassen in Deutschland die Schule ohne eine berufliche Perspektive. Insbesondere Schulabbrecher haben kaum eine Chance, einen guten Ausbildungsplatz zu finden. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance auf eine gute Ausbildung erhalten und optimal auf das Berufsleben vorbereitet werden.

- **Kein Jugendlicher ohne Abschluss:** Mit einem integrativen Schulsystem, das jedes Kind in den Blick nimmt, wollen wir die Schulabbrecherquote drastisch verringern. Unser Ziel ist, dass kein Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlässt. Schulabbrecher sollen jederzeit einen Schulabschluss nachholen können. Wir wollen deshalb die 2. und 3. Chance fördern.
- **Bessere Berufsorientierung in der Schule:** Ziel muss es sein, den Praxisbezug in den Schulen zu erhöhen. Dafür ist eine gute Zusammenarbeit der Schule mit der Wirtschaft vor Ort notwendig. Berufsorientierung und Berufsplanung vor dem Schulabschluss können dazu beitragen, dass die Schülerinnen und Schüler sich ein realistisches Bild davon machen, was sie in der Berufswelt erwartet. Der Berufswahlpass, der Jugendlichen in mehreren Bundesländern unterschiedliche Berufsfelder nahe bringt, ist ein gutes Beispiel dafür.
- **Brücken in die Ausbildung schlagen:** Für benachteiligte Jugendliche müssen Hilfen bereitgestellt werden, mit denen sie ihre Ausbildungsfähigkeit verbessern können und die ihnen den Weg in das Duale System eröffnen. Das Übergangssystem mit seiner großen Anzahl unterschiedlicher Maßnahmen muss gestrafft, die Maßnahmen effizient und zielführend ausgestaltet werden.
- **Ausbildungsbonus und Ausbildungspaten:** Insbesondere für die große Gruppe der Altbewerber müssen neue Perspektiven geschaffen werden. Die SPD begrüßt deshalb alle diesbezüglichen Anstrengungen sowie die Pläne der Bundesregierung, einen Bonus für Ausbildung zu schaffen und den Einsatz von Ausbildungspaten zu unterstützen.
- **Wir wollen darüber hinaus, dass die Berufsbildenden Schulen für Jugendliche, die im Dualen System keinen Ausbildungsplatz finden, zukunftsorientierte vollzeitschulische Ausbildungsgänge mit hohem Praktika-Anteil und Kammer-Abschluss anbieten.**

IV. Mehr in Bildung investieren

Bildung muss ein öffentliches Gut bleiben, das ohne soziale Barrieren für alle gleichermaßen zugänglich ist. Finanzielle Hürden im Bildungssystem müssen abgebaut werden.

- **Beitragsfreie Bildung:** Die SPD steht für die Beitragsfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Studiengebühren, wie sie von unionsgeführten Ländern eingeführt werden, sind der falsche Weg. Denn sie führen dazu, dass nicht Talent und Motivation, sondern der soziale Status darüber entscheidet, wer studieren kann und wer nicht.
- **Das BAföG stärken:** Das BAföG ist das zentrale Instrument für den sozialen Ausgleich im Bildungssystem. Wir wollen es stärken und weiterentwickeln. Gegen den Widerstand der Union haben wir durchgesetzt, dass zum Wintersemester 2008 die Bedarfssätze um zehn Prozent und die Freibeträge um acht Prozent erhöht werden. Das Meister-BAföG wollen wir weiterentwickeln.
- **Schüler-Ausbildungsförderung:** Für Schülerinnen und Schüler aus finanziell schwachen Haushalten streben wir von der elften Klasse bis zum Abitur die Einführung einer Ausbildungsförderung auf Bundes- oder Landesebene an.
- **Mehr Geld für Bildung:** Gute Bildung darf nicht an unzureichender Finanzierung scheitern. Deshalb müssen klare Prioritäten zugunsten der Bildungspolitik gesetzt werden. Wir streben an, den Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt für die Bildung auf sieben Prozent zu erhöhen. 2004 lag er laut OECD in Deutschland bei 5,2 Prozent.
- **Ein neuer Investitionsbegriff:** Bildungsausgaben sind keine Konsumausgaben, sondern eindeutig Zukunftsinvestitionen. Es ist überfällig, dieser Tatsache durch entsprechende Parameter Rechnung zu tragen.

Parteivorstand, 7. Januar 2008

Beschluss zum Thema Gute Arbeit

1. Der Aufschwung muss jetzt bei allen ankommen

Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Arbeit bedeutet Teilhabe, gesellschaftliche Anerkennung und persönliche Selbstverwirklichung.

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft gut. Mehr als eine Millionen Menschen haben in den vergangenen Monaten einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt erstmals über der 40 Millionen-Grenze. Und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat mit über 27 Millionen einen Höchststand erreicht. Das sind gute Zahlen und gute Botschaften.

Vieles wirkt zusammen:

- Die Weltwirtschaft ist stärker geworden. Das stützt eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland.
- Die deutsche Wirtschaft ist noch wettbewerbsfähiger geworden.
- Wir haben wiederholt den Binnenmarkt gezielt angekurbelt, zuletzt mit dem 25-Milliarden-Euro-Programm der großen Koalition.
- Der Reformstau der Unionsregierungen von 1982 bis 1998 wurde beendet.
- Die Sozialversicherungen stehen wieder auf festen Füßen.
- Die Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt wirken sich aus: Die strukturelle Arbeitslosigkeit wird abgebaut, die Sockelarbeitslosigkeit sinkt. Die Arbeitslosigkeit hat den niedrigsten Stand seit 15 Jahren erreicht.

Wir lehnen uns aber nicht zurück. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleibt der nachhaltige Abbau der Arbeitslosigkeit zentrales Ziel unseres Regierungshandelns. Wir wollen auch, dass alle Bürgerinnen und Bürger von ihrer Arbeit leben können.

Jetzt muss der Aufschwung bei allen Bürgerinnen und Bürgern ankommen.

Es waren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch jahrelange Zurückhaltung bei Lohnforderungen den Aufschwung ermöglicht haben. Sie erwarten deshalb auch zurecht, dass sie nun mit besseren Löhnen und Gehältern am anhaltenden Erfolg ihrer Unternehmen beteiligt werden. Sie finden die Sozialdemokratische Partei an ihrer Seite. Steigende Nettoeinkommen werden auch über eine höhere Binnennachfrage die Konjunktur stützen.

Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringen Löhnen und Gehältern ist gewachsen. Auch sie bestehen zurecht auf einer Verbesserung ihrer Lage.

2. Arbeitsvermittlung weiter verbessern

Die von der SPD-geführten Bundesregierung unter Gerhard Schröder umgesetzte Reform der Arbeitsvermittlung zeigt inzwischen Erfolge. Die ehemalige Bundesanstalt für Arbeit ist zu einer modernen Agentur für Arbeit umgebaut; Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind im Arbeitslosengeld II zusammengefasst und die Vermittlung der Langzeitarbeitslosen ist verbessert. Insbesondere haben alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger vollen Zugang zur Arbeitsförderung.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Zusammenarbeit der Bundesagentur für Arbeit und der Gemeinden in Arbeitsgemeinschaften als Mischverwaltung für die Zukunft ausgeschlossen. Die Arbeitsver-

mittlung, die Grundsicherung und das Sozialgeld sind Sache der Bundesagentur. Die Kosten der Unterkunft sind Sache der Gemeinden. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Gemeinden muss auch bei getrennter Aufgabenwahrnehmung so organisiert werden, dass die Bürgerinnen und Bürger eine koordinierte Dienstleistung erhalten – im Idealfall durch eine zentrale Anlaufstelle. Dafür gibt es gute Beispiele in den 21 Landkreisen, in denen bereits heute eine getrennte Aufgabenwahrnehmung stattfindet. Die bundesweit organisierte Arbeitsvermittlung bleibt notwendig, um einen funktionierenden Arbeitsmarkt zu erreichen und Arbeitslose schnell vermitteln zu können.

Wir wollen, dass die Dienstleistungen der Bundesagentur für Arbeit weiter verbessert werden. Deswegen ist es richtig, dass der Arbeitsminister die Anzahl der Arbeitsmarktinstrumente deutlich reduzieren wird. Die deutsche Arbeitsvermittlung soll die am besten funktionierende öffentliche Institution unseres Landes werden, damit die Bürgerinnen und Bürger, die Arbeit suchen, die bestmögliche Unterstützung erhalten. Ein guter Anfang wurde gemacht. Der weitere Weg ist anstrengend und lang. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden diesen Weg konsequent weiter verfolgen, weil wir den Wert der Arbeit hoch halten.

Wir wollen Arbeit für alle: für Männer und Frauen, für Jung und Alt, für Deutsche und Ausländerinnen und Ausländer, für Hoch- und Geringqualifizierte, für Menschen mit Behinderungen. Gute Arbeit heißt auch: Chancen für alle auf dem Arbeitsmarkt.

3. Faire Löhne auch im Niedriglohnbereich

Jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland arbeitet im Niedriglohnbereich, die Mehrzahl Frauen. Die Lohnspreizung hat in Deutschland in den vergangenen Jahren zugenommen. Viele Menschen werden nicht fair bezahlt und erzielen kein Einkommen, das ihren Lebensunterhalt sichert. Derzeit sind rund 738.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Menschen in Deutschland auf ergänzende öffentliche Unterstützung durch das Arbeitslosengeld II angewiesen.

Dumpinglöhne führen dazu, dass der Staat dauerhaft einen Teil der Löhne zahlt. Aufgrund dieser Fehlentwicklung werden bereits heute jährlich rund 1,5 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt im Bereich der Grundsicherung (SGB II) an berufstätige Bürgerinnen und Bürger gezahlt. Das kann noch mehr werden. Völlig aberwitzig sind vor diesem Hintergrund Vorschläge, die allen Grundsätzen der Marktwirtschaft widersprechende Situation durch ein sogenanntes Mindesteinkommen auf Dauer festzuschreiben. Wenn nichts geschieht, könnten in wenigen Jahren ein bis zwei Millionen Beschäftigte ergänzende Leistungen beziehen. Eine solche Entwicklung ließe sich – einmal eingetreten – nur sehr schwer rückgängig machen. Deshalb muss jetzt gehandelt werden.

Rund zwei Drittel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Auch ihre Produktivität ist meist hoch. Löhne von drei oder vier Euro die Stunde in Deutschland sind durch nichts zu rechtfertigen. Es gibt zu viele, die die Lage auf dem Arbeitsmarkt ausnutzen, um einen Vorteil aus der Notlage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ziehen.

Wir Sozialdemokraten wollen faire Löhne.

20 von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Fünf weitere Mitgliedstaaten haben vergleichbare Mindestlohnvereinbarungen. Nur in Zypern und Deutschland gibt es bisher keine derartige Lohnuntergrenze. Aber auch in Deutschland ist der Fortschritt unaufhaltsam.

a. Der Mindestlohn im Bereich Briefdienstleistungen ist durchgesetzt
Die SPD hat Wort gehalten. Seit dem 1. Januar 2008 gilt der tarifliche Mindestlohn für alle Beschäftigten im Bereich der Briefdienstleistun-

gen. Damit haben wir den endgültigen Wegfall des Briefmonopols zum Jahreswechsel sozial flankiert. Jetzt kann der Wettbewerb im Postbereich über bessere Dienstleistungen und effizienteres Management ausgetragen werden – und nicht über die Höhe der Löhne der Postboten und Postboten. Nach der Bauwirtschaft und den Gebäudereinigern ist damit in einer dritten Branche durch die Regelungen des Entsendegesetzes gesichert, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping geschützt werden.

b. Arbeitnehmer-Entsendegesetz/Mindestarbeitsbedingungengesetz

CDU und CSU haben sich im Koalitionsausschuss am 18. Juni 2007 der Einführung eines generellen Mindestlohns oder eines mit einer gesetzlichen Definition der Sittenwidrigkeit bei Löhnen verbundenen Auffang-Mindestlohnes verweigert.

Wir haben aber mit dem Koalitionspartner vereinbart, weitere Branchen ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen. Branchen mit einer Tarifbindung von mindestens 50 Prozent erhalten die Möglichkeit, in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden. Dazu ist ein gemeinsamer Antrag der Partner (Arbeitgeber und Gewerkschaft) eines Mindestlohn-Tarifvertrages einer Branche notwendig. Alle interessierten Branchen können sich bis zum 31. März 2008 melden.

Außerdem hat sich die Koalition darauf verständigt, dass in Branchen mit einer Tarifbindung unter 50 Prozent künftig das modernisierte Mindestarbeitsbedingungengesetz zur Anwendung kommt. Es wird ein Hauptausschuss aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingerichtet, der sich Branchen mit niedrigen Löhnen ansieht und ermittelt, wo Mindestlöhne nötig sind. Ein für die Branche gebildeter Fachausschuss legt dann die Höhe des entsprechenden Mindestlohns fest.

Der Bundesarbeitsminister wird nun beide Gesetze zügig auf den Weg bringen.

Die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes um den Bereich Briefdienstleistungen, die Reform des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und die Aktualisierung des Mindestarbeitsbedingungen-Gesetzes sind notwendig. Sie sind wichtige Schritte, um angemessene Arbeitsbedingungen und Löhne zu sichern.

Die Festlegung der Lohnhöhen liegt auch in Zukunft in der Hand der Tarifpartner. Die Tarifautonomie wird durch Mindestlöhne gestärkt. Tarifflucht und Lohndumping werden erheblich erschwert. Das ist gut für die Arbeitnehmer in der Branche. Das ist gut für unseren Arbeitsmarkt. Das ist gut für unser Wachstum. Und das ist auch gut für die soziale Marktwirtschaft.

Am Ende der Entwicklung steht auch in Deutschland ein allgemeiner Mindestlohn, der für alle Bürgerinnen und Bürger sicherstellt, dass sie von ihrer Arbeit leben können.

4. Ausbildung stärken – Weiterbildung intensivieren

Um die Erholung des Binnenmarktes abzusichern, bleiben gezielte Investitionen in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung ebenso notwendig wie in Forschung, Infrastruktur und die Förderung von Arbeit.

Politik für gute Arbeit hilft, Qualifizierungen zu stärken und Chancen auf passende Arbeit zu finden. Wir wollen gleiche Startchancen für alle. Jede und jeder hat das Recht auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung, die die Talente und Stärken in den Mittelpunkt stellt – und nicht die Herkunft. Das Bildungs- und Ausbildungssystem muss zu jedem Zeitpunkt den Aufstieg zu einer höheren Qualifikation ermöglichen.

a. Aufstieg durch Bildung ermöglichen

Wir wollen, dass die verschiedenen Zweige unseres Bildungssystems deutlich durchlässiger werden. Aus der Berufsausbildung und der Berufstätigkeit heraus müssen sich mehr Aufstiegschancen eröffnen.

Dazu gehört auch die Möglichkeit, aus der Berufstätigkeit ein Hochschulstudium aufnehmen zu können. Wir wollen, den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte deutlich erleichtern.

Die SPD hat gegen den anfänglichen Widerstand des Koalitionspartners eine spürbare Erhöhung der Bedarfssätze beim BAföG um 10 Prozent durchgesetzt. Gleichzeitig haben wir die Freibeträge um 8 Prozent erhöht. Allein der Bund unterstützt damit Studierende im Jahr 2009 mit über 300 Millionen Euro zusätzlich. Jetzt muss auch das Meisterbafög entsprechend erhöht werden. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Förderung auch sachlich erweitert werden kann, um mehr Absolventen den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.

b. Kein Jugendlicher darf zurück bleiben

Der Ausbildungsmarkt hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Mit mehr als 625.000 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurde 2007 der zweithöchste Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Dennoch gibt es weiteren Handlungsbedarf: Die Zahl der Ausbildungsplätze muss weiter steigen. Die Zahl der Altbewerber muss deutlich sinken. Jugendliche sollen frühzeitig bei der beruflichen Eingliederung begleitet und noch intensiver beraten werden. Der Ausbildungspakt wirkt.

Wir begrüßen deshalb, dass die Bundesregierung jetzt auf Initiative der SPD mit dem Konzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“ die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Altbewerbern und benachteiligten Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt verbessern will. Es ist gut, dass die SPD-Forderung nach einem Ausbildungsbonus jetzt umgesetzt wird. Dieser Zuschuss an die Arbeitgeber zu den Ausbildungskosten für Altbewerber soll helfen, zusätzliche Ausbildungsplätze für besonders förderbedürftige Altbewerber zu mobilisieren.

Die Bundesregierung wird gebeten zu prüfen, ob auch die Reserven außer- und überbetrieblicher Bildungseinrichtungen eingesetzt werden können, um Altbewerber in einem anerkannten Ausbildungsberuf auszubilden, und gegebenenfalls ein entsprechendes Programm zu vereinbaren. Dies kann insbesondere dort, wo ein großer Mangel an Ausbildungsplätzen herrscht, für Entlastung sorgen.

Gleichzeitig wirkt der neu eingeführte Qualifizierungs-Kombi für junge Menschen, die ohne einen Ausbildungsabschluss länger als sechs Monate arbeitslos sind und ohne Förderung keine Perspektive hätten.

Und auch die geförderten 40.000 Plätze für Einstiegsqualifizierungen geben denen eine Chance, die sonst vielleicht keinen Einstieg in eine Ausbildung gefunden hätten.

Jede und jeder Jugendliche soll eine begonnene Ausbildung erfolgreich mit einem Berufsabschluss beenden können. Das gilt auch für benachteiligte Jugendliche mit Ausbildungshemmnissen. Schon heute gibt es ausbildungsbegleitende Hilfen für diese Jugendlichen und Unterstützung für die durchführenden Betriebe. Diese Maßnahmen müssen verstärkt werden. Auch Unternehmen, die nicht mehr ausbilden oder die noch nicht ausgebildet haben, sollen für die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher gewonnen werden. Wir begrüßen, dass die Bundesagentur für Arbeit zusätzliche Berufsberater und zusätzliche Ausbildungsvermittler einsetzen wird.

Nach einem Studium oder einer Ausbildung muss der Berufseinstieg gelingen: Dabei können Praktika hilfreich sein. Aber es darf nicht sein, dass Berufseinsteigerinnen und -einsteiger als Praktikanten unentgeltlich oder für ein Taschengeld Tätigkeiten verrichten, die mit einem regulären Beschäftigungsverhältnis abgedeckt werden müssten. Das werden wir gesetzlich unterbinden. Wer etwas gelernt hat, der braucht die Chance auf einen echten Anschluss.

c. Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen

Zu den Kernelementen einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik gehört die Förderung der beruflichen Weiterbildung. Mit fast 340.000 geför-

dernten Eintritten in die berufliche Weiterbildung im Jahr 2007 haben die Agenturen für Arbeit und die Arbeitsgemeinschaften ihre Anstrengungen in der Weiterbildungsförderung weiter verstärkt und die Zahl der Förderungen gegenüber 2006 um rund 37% gesteigert und gegenüber 2005 mehr als verdoppelt. Der Erhalt und die Weiterentwicklung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollte dabei verstärkt in den Zielkatalog der Weiterbildungsförderung integriert werden.

Mit dem 200 Millionen Euro-Programm zur Förderung Geringqualifizierter und älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (WeGebAU) leistet die Bundesagentur für Arbeit zudem einen wichtigen Beitrag dazu, die Beschäftigungsfähigkeit älterer und geringqualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhalten und zu verbessern. Diese Anstrengungen zur Weiterbildung in nachgefragten Berufen sowie von Beschäftigten im Rahmen des WeGebAU-Programms müssen verstärkt werden. Dazu werden zusätzliche Weiterbildungsberaterinnen und Weiterbildungsberater die Unternehmen darin unterstützen, ihren Qualifizierungsbedarf zu ermitteln und für die Realisierung Lösungen aufzuzeigen.

Weitere Anstrengungen sind nötig. Wir werden daher die Schaffung eines nationalen Weiterbildungsfonds prüfen, der die Tarifpolitik fordert, Weiterbildungsmaßnahmen stärker zu berücksichtigen. Aus dem Fond könnten tarifliche Vereinbarungen – bei Vorliegen klarer Kriterien – mitfinanziert werden.

d. Fachkräftemangel beseitigen

Im Zeitalter der Globalisierung ist es selbstverständlich, dass Deutsche ihre Arbeit im Ausland suchen und Fachkräfte aus anderen Ländern bei uns in Deutschland benötigt werden.

Die Welt ist aber kein globales Arbeitskräftereservoir, das man anzapfen kann, wenn die Fachkräfte in unserem eigenen Land nicht unmittelbar verfügbar sind, weil jahrelang nicht ausgebildet wurde. Arbeitsmigration ist punktuell nötig. Sie muss nach klaren Kriterien erfolgen, und darf die Belange der arbeitslosen Bürgerinnen und Bürger nicht außer Acht lassen. Sie kann kein Ersatz sein für unzulängliche Qualifizierung inländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für die Tätigkeiten, die nach einer (dualen) Berufsausbildung ausgeübt werden können, gibt es ausreichend interessierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Wo ausgebildete Arbeitskräfte fehlen, kann die Ausbildung auch in Mangelberufen schnell erfolgen. Lediglich im Bereich akademischer Qualifikationen kann es zu Situationen kommen, die es nötig machen, Bewerber außerhalb Deutschlands heranzuziehen.

An diesen Grundsätzen haben wir uns in der Vergangenheit orientiert und werden es auch in Zukunft tun, wenn es um europäische Regelungen zur Fachkräftezuwanderung (BlueCard) oder die innereuropäische Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt für die neuen Mitgliedsstaaten geht. So wurde jetzt für bestimmte Ingenieursqualifikationen die innereuropäische Freizügigkeit vorzeitig ermöglicht, weil ein dringender, in Deutschland nicht zu deckender, Fachkräftemangel besteht.

5. Familienfreundliche Arbeitswelt

Gute Arbeit ist familienfreundlich. Die Perspektiven berufstätiger Eltern sind der Maßstab für Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften. Mehr Betriebe müssen den Ehrgeiz entwickeln, als familienfreundlich zertifiziert zu werden.

Die SPD hat dafür gesorgt, dass Bund, Länder und Gemeinden ihren Beitrag leisten. Jetzt haben wir durchgesetzt, dass ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung in ganz Deutschland ab 2013 gilt.

Und: Ohne die SPD gäbe es keinen Ausbau der Ganztagsbetreuung, kein Elterngeld und kein erhöhtes Kindergeld. Wir möchten, dass Eltern aus eigener Kraft den Lebensunterhalt für ihre Familien verdienen

können. Auch deswegen macht die Erhöhung der Erwerbsquote für Frauen auf europäisches Niveau Sinn. Hierzu brauchen wir aufbauend auf einen Mindestlohn einen Einkommenszuschuss, der Familien mit Kindern und erwerbstätigen Eltern aus dem SGB II-Bezug heraushält. Kinder aus sozial schwachen Familien sollen die gleichen Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten haben wie alle anderen Kinder auch.

6. Altersgerechte Arbeit – gesunde Arbeit

Altersgerechte Arbeit ist eine der großen Herausforderungen für die Zukunft unserer älter werdenden Gesellschaft. Deshalb unterstützen wir die Initiative 50plus des Arbeitsministeriums. Wer bis zur Rente berufstätig bleiben will, muss dazu auch die Möglichkeit haben. Deshalb werden wir mithilfe von Altersteilzeit und Teilrente moderne Wege suchen, die sich an den Vorstellungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Ende des Berufslebens ausrichten und einen z.B. durch reduzierte Arbeitszeiten flexibleren Übergang in die Rente ermöglichen. Das gilt auch für die Konzeption tariflicher Wege für körperlich belastete Beschäftigtengruppen, durch vorherige Beitragszahlungen Abschläge bei flexiblen Renteneintritten zu vermeiden.

Arbeit darf nicht krank machen. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, nach einem Arbeitsleben einen erfüllten Ruhestand zu genießen. In einer veränderten Arbeitswelt ergeben sich neue Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz. Augen, Rücken und Psyche sind immer öfter gefährdet. Wir begrüßen daher, dass die Bundesregierung im ersten Halbjahr 2008 Eckpunkte zur „Humanisierung der Arbeitswelt“ vorlegen wird.

Wir brauchen verstärkte Anstrengung bei der Gestaltung einer gesundheitsfördernden, alters- und altersgerechten Arbeitswelt. Netzwerke wie die Initiative Neue Qualität der Arbeit sind dabei eine wichtige Hilfe. Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz ist wichtig. Damit alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesund und sozial abgesichert in die Altersrente kommen und ihren Lebensabend genießen können.

7. Private und betriebliche Altersvorsorge

Mit der Einführung der kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge (Riester-Rente) können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer staatlich gefördert an den Erträgen der privaten Kapitalmärkte teilhaben und damit gesetzliche Rente und betriebliche Alterssicherung ergänzen. Diese sozialdemokratische „Jahrhundertreform“ wird in diesem Jahr die maximale staatliche Förderung erreichen und weiter an Attraktivität gewinnen. Der Förderbetrag für ab 2008 geborene Kinder wurde von 185 auf 300 Euro erhöht. Über 10 Millionen abgeschlossene Verträge markieren eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben werden. Wir werden die Bildung von Wohneigentum in die Förderung einbeziehen und einen Riester-Bonus für Berufseinsteiger vorschlagen.

Auch die betriebliche Altersvorsorge haben wir auf Dauer attraktiv gestaltet. Die ursprünglich bis Ende 2008 befristete Sozialabgabenfreiheit haben wir unbefristet verlängert. Damit bleibt ein Anreiz für die betriebliche Altersvorsorge auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten, die wegen zu geringer Einkommen von der Steuerfreiheit nicht oder nur wenig profitieren. Diese Regelung wird dazu beitragen, dass noch mehr Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit der steuer- und beitragsfreien Entgeltumwandlung nutzen werden.

8. Mehr Mitarbeiterbeteiligung möglich machen

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen am Ertrag der Volkswirtschaft gerecht teilhaben. Die Gewinne und Kapitaleinkom-

men sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als die Arbeitseinkommen. Eine Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihren Unternehmen kann helfen, auch die abhängig Beschäftigten stärker von steigenden Kapitaleinkommen und Gewinnen profitieren zu lassen.

Dass Mitarbeiterbeteiligungen in Deutschland bisher nur gering verbreitet sind, liegt nicht an einer fehlenden oder unzureichenden finanziellen Förderung. Es fehlt vielmehr gerade für die mittelständischen Unternehmen eine einfache, unbürokratische und kostengünstige Möglichkeit, für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine solche Beteiligung zu organisieren. Das leistet der von der SPD vorgeschlagene Deutschlandfonds für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er ist ein zusätzliches Angebot, freiwillig. Alle bestehenden Formen der Beteiligung bleiben erhalten. Der Fonds ist gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmen: Die breite Streuung schließt das doppelte Risiko der Arbeitnehmer aus, bei einer Insolvenz neben dem Arbeitsplatz auch die Beteiligung zu verlieren. Den Unternehmen bleibt der Anlagebetrag erhalten – sie bekommen ihn als Eigenkapital vom Fonds zurück.

Wir wollen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in diesem Frühjahr ein Konzept für mehr Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland vorlegen. Wir werden in den Verhandlungen dafür sorgen, dass es zu Fondslösungen kommt.

9. Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Die SPD steht für Kündigungsschutz, Betriebsverfassung, Mitbestimmung und Tarifautonomie. Sie sind Bestandteil eines Konzeptes guter Arbeit. Eine Teilhabegesellschaft ist ohne Arbeitnehmerrechte nur eine Worthülse. Es geht um gleiche Augenhöhe von Unternehmern und Arbeitnehmern.

Die Sicherung der Arbeitnehmerrechte ist eine ständige Aufgabe. Aktuell müssen wir besorgt zur Kenntnis nehmen, dass in einigen Betrieben neue Beschäftigungsformen genutzt werden, um Arbeitnehmerrechte auszuhebeln. Häufig geschieht dies gegen das Gesetz. Wo nötig, werden wir aber auch durch gesetzliche Klarstellung dafür sorgen, dass flexible Arbeitsformen nicht missbräuchlich eingesetzt werden können.

Ein Beispiel für unübersehbaren gesetzlichen Handlungsbedarf ist die Zeitarbeit. Für viele Menschen ist Zeitarbeit eine sinnvolle Brücke in den Arbeitsmarkt. Sie können später in einem Stammbetrieb arbeiten. Die Reform der Zeitarbeit war deshalb sinnvoll und richtig. Allerdings wird die Reform von einigen Unternehmen missbraucht. Einer der gravierendsten Missbräuche ist es, dass manche Unternehmen Tochtergesellschaften für Leiharbeit gegründet haben, ihre Einstellungen dort vornehmen und sich dann von dieser Tochtergesellschaft Arbeitnehmer ausleihen. Die SPD ist dem Grundsatz verpflichtet: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das muss nach der Einarbeitung auch für Arbeit auf Zeit gelten.

Bei der geringfügigen Beschäftigung werden in zunehmenden Maße hohe Arbeitszeiten festgeschrieben, so dass sich für die Beschäftigten oft nur minimalste Stundenlöhne ergeben. Um diesen Missbrauch zu begrenzen werden wir wieder eine Höchststundenzahl von 15 Stunden pro Woche im Rahmen eines Minijobs festlegen.

Gute Arbeitsbedingungen liegen auch im Interesse der Unternehmer. Entscheidend muss im Wettbewerb die Qualität des Produktes oder der Dienstleistung sein. Deshalb sollen auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gute Arbeitsbedingungen, die Einhaltung von Tarifverträgen und die ILO-Kernarbeitsnormen beachtet werden. Wir wollen deshalb bei der anstehenden Reform des Vergaberechtes entsprechende Regelungen aufnehmen. Der von der Landesregierung Rheinland-Pfalz vorgelegte Entwurf eines Landestariftreuegesetzes ist

ein gutes Vorbild. Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich schriftlich verpflichten, ihre Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens nach dem am Ort der Leistungsausführung einschlägigen Lohn- und Gehaltstarif zu bezahlen.

Wir wollen Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt. Wir bekämpfen illegale Beschäftigung mit Nachdruck. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit hat in den vergangenen Jahren immer wieder Fälle aufgedeckt, die sich jenseits der geltenden Gesetze und Vorschriften bewegen. Sie wird daher unvermindert fortgesetzt.

10. Gute Arbeit international

Deutschland profitiert von der Globalisierung wie kaum ein anderes Land. Sie sichert Arbeitsplätze in der exportorientierten Wirtschaft und schafft neue Absatzmärkte. Dabei zeigt der Vergleich in der Welt auch: Langfristig erfolgreich im Wettbewerb sind nur Länder mit sozialen Standards, Arbeitnehmerrechten, leistungsfähigen öffentlichen Einrichtungen, und fairen Wettbewerbsregeln. Der soziale Unterbietungswetlauf ist ein Irrweg. Die Prinzipien guter Arbeit sind aktueller denn je.

Wir haben das Thema der Guten Arbeit auch international ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Hierfür steht unsere zurückliegende Präsidentschaft in der Europäischen Union und der G8 – und der Einsatz von Franz Müntefering in ganz besonderer Weise.

Der Einsatz für eine kohärente Strategie zur sozialen Gestaltung der Globalisierung wird auch in Zukunft sozialdemokratische Regierungspolitik bleiben. Die Durchsetzung der Kernarbeitsnormen muss von allen Internationalen Organisationen berücksichtigt werden. Wir werden zunehmend andere Länder dabei unterstützen, leistungsfähige soziale Sicherungssysteme aufzubauen. Aber auch die Unternehmen sind gefordert, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden.

Die Europäische Union steht beispielhaft für den Versuch, die wirtschaftliche Integration politisch zu gestalten. Ohne den gemeinsamen europäischen Markt wäre Wohlstand in Deutschland nicht möglich. Sozialer Staat, sozialer Markt, soziale Partnerschaft. Diese Prinzipien gelten überall und sind Garant für den Erfolg Europas. Wir möchten das europäische Sozialmodell sichern und weiterentwickeln. Wir werden auch weiterhin sicherstellen, dass die wirtschaftliche Integration nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Soziale Mindeststandards in Europa sind dafür unverzichtbar.

Parteivorstand, 7. Januar 2008

Bürgerinnen und Bürger wirksam vor Gewalt schützen – Hart gegen Kriminalität, konsequent gegen die Ursachen

Gewalt in unserem Land muss – überall wo sie auftritt – konsequent bekämpft werden. Dies gilt unabhängig davon, ob sie von Rechtsextremisten, von Erwachsenen oder Jugendlichen, von Deutschen oder Nichtdeutschen ausgeht. Notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität sind gefordert – nicht Parolen. Wir wollen Null Toleranz gegen Gewalt. Wir setzen auf eine konsequente und seriöse Politik. Wer lediglich Angst schürt, wird weder der Situation noch den Notwendigkeiten gerecht. Wir kämpfen hart gegen Kriminalität und Gewalt und gegen deren Ursachen. Wir wollen Sicherheit statt Angst.

Um die Ursachen von Jugendkriminalität bekämpfen zu können, setzen wir auf verstärkte Prävention durch gleiche Bildungschancen, Ganztagschulen, Jugendarbeit und eine Ausbildungsperspektive für jeden Jugendlichen. Besonders wichtig ist eine konsequente Integrationspolitik, die faire Chancen ermöglicht und auf klaren Regeln basiert. Jeder Mensch in diesem Land, unabhängig seiner Herkunft, muss sich an Recht und Gesetz halten. Die Länder sind aufgefordert, Konzepte für Verbesserungen zu entwickeln, die auch die Verabredungen des Integrationsgipfels berücksichtigen.

Das geltende Recht bietet hinreichende Möglichkeiten, um ausreichend und angemessen auf Straftaten junger Menschen zu reagieren. Wir haben in diesem Bereich kein Gesetzes-, sondern ein Vollzugsdefizit. Die bestehenden Defizite müssen von Ländern, die für die Anwendung zuständig sind, beseitigt werden. Die schärfsten Gesetze laufen ins Leere, wenn Länder wie Hessen Polizeistellen radikal kürzen, bei Justiz und Jugendhilfe sparen und die Prävention sträflich vernachlässigen.

Die Linie der SPD ist klar. Wir werden:

- Die Strafverfahren beschleunigen. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen. Bis zur Anklage dauert es zu lange. Dadurch entsteht der Eindruck, die Straftaten blieben folgenlos. Die Länder müssen Jugendstaatsanwaltschaften und Jugendgerichte, aber auch die Jugendgerichtshilfe, – nicht zuletzt personell – angemessen ausstatten, um raschere Reaktionen zu ermöglichen. Und um konsequenter gegen Wiederholungs- und Straftäter vorzugehen. In den Ländern sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der ermittelte Tatverdächtige binnen eines Monats angeklagt und verurteilt werden kann.
- Der Strafvollzug muss schneller kommen: Die Strafe muss unmittelbar nach dem Urteil vollzogen werden. Es darf nicht sein, dass – wie etwa in Hessen – drei Monate vergehen, bis ein Jugendarrest vollzogen wird. Die Strafe muss – insbesondere von Intensivtätern – binnen eines Monats angetreten werden.
- Wir brauchen eine gute Ausstattung in Schulen, Polizei, Justiz und Jugendhilfe. Diejenigen, die jetzt Verschärfungen des Bundesrechts fordern, hatten es in ihren Ländern selbst in der Hand, statt Polizei- und Justizstellen zu streichen, und bei Jugendhilfe, Prävention und Bildung zu kürzen, die Probleme selbst zu lösen, die sie jetzt im Wahlkampf anprangern.

Es ist ein Armutzeugnis von CDU und CSU, monatelang von Integration zu reden, und dann bei der ersten Gelegenheit mit pauschalen Vorurteilen gegen Menschen wegen ihrer sozialen oder nationalen Herkunft die Gesellschaft zu spalten und alle Integrationsbemühungen zu gefährden.

Strafe und Vorbeugung, eine Politik die Bürgerinnen und Bürger wirksam vor Gewalt und Kriminalität schützt – das sind die Ziele sozialdemokratischer Politik.

Parteivorstand, 7. Januar 2008

Beschluss zum Thema Weiterbildung

In der globalen Wissensgesellschaft gewinnen Weiterbildung und Lebenslanges Lernen zunehmend an Bedeutung. Angesichts der rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt und in der Altersstruktur der Beschäftigten ist es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unverzichtbar, ihre Beschäftigungsfähigkeit und individuelle Qualifikatio-

nen über ihr gesamtes Berufsleben hinweg zu sichern und weiterzuentwickeln.

Lebenslanges Lernen ermöglicht gleichzeitig die Teilhabe jedes Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Allgemeines, politisches und kulturelles Lernen vermittelt den Menschen Grundorientierungen und Kompetenzen, damit sie den politischen und gesellschaftlichen Wandel in einer komplexer werdenden Gesellschaft aktiv mitgestalten können. Erst Bildung versetzt die Menschen jeden Alters in die Lage, ihr Leben selbstbestimmt führen zu können und ihren Beitrag für ein gesellschaftliches Miteinander zu leisten.

Lebenslanges Lernen ist ein entscheidender Faktor, um den Weg aus der Falle von Bildungsarmut und sozialer Armut zu eröffnen. Gerade für die Entwicklung von Kindern ist es wichtig, dass sie am Vorbild ihrer Eltern die Bedeutung von Bildungserfolgen kennen- und schätzen lernen. Auch nach der Erwerbsphase sollen Menschen die Möglichkeit zur Weiterbildung haben und ihre Fähigkeiten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einbringen können. Für die SPD sind Weiterbildung und Lebenslanges Lernen deshalb Kernelemente einer zukunftsgerichteten Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Sie beginnt bei der frühkindlichen Bildung und reicht bis zur Weiterbildung älterer Menschen in unserer älter werdenden Gesellschaft.

Die deutsche Volkswirtschaft wird in Zukunft einen wachsenden Bedarf an gut qualifizierten Fachkräften haben. Auch angesichts der demographischen Entwicklung ist es somit unerlässlich, die Qualifikationen unserer Arbeitskräfte nachhaltig zu sichern und an die sich ständig wandelnden Anforderungen anzupassen. Bereits heute besteht in einigen Branchen ein akuter Fachkräftemangel. Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unserer Wirtschaft hängen direkt von der Zukunftsfähigkeit des deutschen Weiterbildungssystems ab.

Hier besteht dringender Nachholbedarf. Das gegenwärtige Niveau der Beteiligung an allgemeiner und beruflicher bzw. betrieblicher Weiterbildung ist keineswegs ausreichend. In Deutschland liegt die Teilnahmequote an formalisierten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen bei knapp über 40 Prozent. Länder wie Dänemark, Schweden oder Finnland kommen auf Quoten zwischen 70 und 80 Prozent. Unser Ziel ist es, bis zum Jahre 2015 die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland auf mindestens 60 Prozent zu erhöhen.

Deutschland muss mehr tun für das „Lebenslange Lernen“: Mehr Bildung für alle von Anfang an und ein Leben lang – das ist unser Ziel. In diesem Sinne wollen wir die Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems unter dem Dach des Lebenslangen Lernens ausbauen. Wir stehen für mehr Chancengleichheit im gesamten Verlauf des Lebenslangen Lernens. Wir brauchen ein durchlässiges Bildungssystem, das allen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – einen gleichberechtigten Zugang zu allen Stationen in der Bildungskette gewährt. Mit Blick auf die Weiterbildung muss insbesondere die Durchlässigkeit zwischen der beruflichen Bildung und dem Hochschulbereich verbessert werden.

Eine der wichtigsten Herausforderungen im Prozess des Lebenslangen Lernens ist, die Beteiligung von Geringqualifizierten an allen Formen der Weiterbildung zu erhöhen. Gerade diese Gruppe hat einen hohen Weiterbildungsbedarf, nimmt aber bisher besonders wenig an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Unser Ziel ist es, die Weiterbildungsbeteiligung Geringqualifizierter bis 2015 von derzeit ca. 28 Prozent mindestens zu verdoppeln.

Durch verstärkte Anstrengungen in der Weiterbildung wollen wir vor allem:

- dem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken;
- die Chancen älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt und ihre aktive gesellschaftliche Teilhabe fördern;
- die Potenziale von Frauen, insbesondere nach einer Familienphase, sichern und ausbauen;

- zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt erleichtern;
- Bildungsabbrechern die zweite und dritte Chance eröffnen;
- den funktionalen Analphabetismus bekämpfen.

Diese Zielmarken wollen wir durch folgende Schritte erreichen:

- **Gesamtgesellschaftlicher Pakt für Weiterbildung:** Weiterbildung liegt in der Zuständigkeit vieler Akteure. Hier sind die Unternehmen und die Tarifparteien genauso gefragt wie der Staat und die Kommunen, aber auch jeder und jede Einzelne. Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Pakt für Weiterbildung aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen und den Tarifpartnern. Aufgabe des Paktes ist es, konkrete Vereinbarungen über die Steigerung der Anstrengungen für Weiterbildung zu schließen. Ziel einer gemeinsamen Weiterbildungsstrategie muss es darüber hinaus sein, die Unüberschaubarkeit des Weiterbildungssektors zu überwinden und Weiterbildung mit System zu schaffen.
- **Ressortübergreifendes Handeln:** Weiterbildung ist eine Querschnittsaufgabe und auf ressortübergreifendes Handeln angewiesen. Die Bundesregierung bildet ein „Weiterbildungskabinett“, dem alle für den Bereich zuständigen Ministerien angehören und das einen „Aktionsplan Weiterbildung 2015“ zusammenstellt und regelmäßig in Umsetzung und Weiterentwicklung überprüft. In gleicher Weise sind die Landesregierungen gefordert und auch ihre Politik in den entsprechenden Gremien (KMK u. a.) zu koordinieren.
- **Gerechter Finanzierungsmix:** Es bedarf auch in Zukunft eines Mixes aus öffentlicher, betrieblicher und privater Finanzierung von Weiterbildung. Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung - die Weiterbildungsprämie, die Möglichkeit von Weiterbildungskrediten und das Weiterbildungssparen - sind erste wichtige Schritte, werden aber nicht ausreichen, um die Weiterbildungsbeteiligung nachhaltig zu erhöhen. Weitere Schritte müssen deshalb folgen.
- **Meister-BAföG und Erwachsenenbildungsförderungsgesetz:** Wir wollen das Meister-BAföG (AFBG) öffnen und ausbauen. Mittelfristig wollen wir in einem weiteren Schritt Weiterbildungsansprüche gegenüber dem Arbeitgeber, Weiterbildungsberatung und Weiterbildungsqualität in einem „Erwachsenenbildungsförderungsgesetz“ klar regeln.
Darin soll u. a. ein Rechtsanspruch auf einen Alphabetisierungskurs und auf das Nachholen eines Schulabschlusses enthalten sein. Dabei muss auch unser Weiterbildungssystem die Möglichkeit eröffnen, einen Berufsausbildungsabschluss während des Erwerbslebens zu erlangen.
- **Arbeitsversicherung:** Für eine nachhaltige Sicherung der Weiterbildung sind weitergehende Reformen unverzichtbar. Damit die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen nicht an finanziellen Hürden scheitert, benötigen wir eine Weiterentwicklung der staatlichen Weiterbildungsförderung. Die SPD wird die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung ausbauen, um dadurch nicht nur die Arbeitslosigkeit zu versichern und zu bekämpfen, sondern auch präventiv den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Qualifizierung zu fördern.
- **Verantwortung der Unternehmen:** Wir fordern die Wirtschaft auf, die kontinuierliche Qualifizierung in ihre Personalentwicklung mit aufzunehmen und ihre Weiterbildungsaktivitäten auszubauen. Auch bei der Finanzierung und Freistellung steht sie in der Pflicht: Je höher der betriebliche Nutzen, desto höher muss der Kostenanteil des Arbeitgebers an der Weiterbildungsmaßnahme sein.
- **Weiterbildungsberatung für kleine und mittlere Betriebe (KMU):** Für eine Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung kommt der individuellen Ansprache im Unternehmen eine entscheidende Bedeutung zu. KMU benötigen hierzu gezielter Beratung. Hier sind vor allem die Wirtschafts- und Handwerksverbände in der Pflicht.

- **Initiativen der Gewerkschaften stärken:** Die Tarifpartner sind gefordert, in Tarifverträgen Ansprüche auf Weiterbildung und Beratung der einzelnen Beschäftigten zu verankern. Die Möglichkeiten der Betriebsräte zur Mitwirkung an der Personalentwicklung und Qualifizierung wollen wir stärken.
- **Gerechte Löhne für Weiterbildungler:** Qualität in der Weiterbildung kann nur gesichert werden, wenn die Beschäftigten im Weiterbildungssektor gerecht entlohnt werden. Das Zahlen von Dumpinglöhnen gilt es zu unterbinden. Die SPD unterstützt die diesbezüglichen Anstrengungen der Tarifparteien und fordert die Einbeziehung der Weiterbildungsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz.

Parteivorstand, 7. Januar 2008

Wachstum für Deutschland: Unser Land zukunfts-fähig machen

In 2006 hatten wir mit 2,9% und voraussichtlich in 2007 mit über 2,5% ein kräftiges Wirtschaftswachstum mit einer anziehenden Binnenkonjunktur. Hunderttausende von Menschen haben neue Arbeit gefunden. Es gibt wieder mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen sind gestiegen. Fachkräfte werden gesucht. Nach Jahren einer zurückhaltenden Lohnpolitik der Gewerkschaften ermöglichen die Tarifabschlüsse in wichtigen Branchen wieder spürbare Lohnzuwächse.

Deutschland ist auf einem guten Kurs. Doch nicht alle Menschen in unserem Land haben bislang im Aufschwung gewonnen. Vielen fehlt das Vertrauen, dass das gegenwärtige Wachstum zu einer nachhaltigen Verbesserung ihrer Lebensumstände führt.

Unsere Aufgabe ist es, das Vertrauen in die gute wirtschaftliche Entwicklung zu stärken. Wir wollen, dass mehr Menschen die Chance bekommen, durch eigene Leistung zum Wohlstandszuwachs beizutragen und an ihm teilzuhaben. Das ist sozial gerecht. Und es vergrößert das langfristige Wachstumspotenzial unseres Landes.

Wir wollen mehr Wachstum für Deutschland. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist der Schlüssel zur Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben:

- Nachhaltiges Wachstum bringt mehr und sichere Arbeitsplätze. Qualitätsproduktion und gute Arbeit machen unser Land zukunfts-fähig.
- Nachhaltiges Wachstum setzt auf technischen Fortschritt. Dabei ist eines unserer wichtigsten Ziele eine sichere, saubere, effizient genutzte und bezahlbare Energieversorgung.
- Nachhaltiges Wachstum braucht solide öffentliche Haushalte, die den Spielraum für Zukunftsinvestitionen erweitern.
- Nachhaltiges Wachstum erfordert mehr private und öffentliche Investitionen in Betreuung, Infrastruktur, Wissenschaft, Forschung und Bildung.
- Nachhaltiges Wachstum braucht eine höhere Erwerbsbeteiligung. Sie ist auch notwendig, um soziale Sicherheit in einer Gesellschaft des längeren Lebens dauerhaft stabil zu finanzieren.

Die deutsche Wirtschaft ist wie keine andere eines großen Industrielandes mit der Weltwirtschaft verflochten: rund 40 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften wir im Austausch mit dem Ausland. Wir wollen die Menschen auf die Herausforderungen eines durch globalen Wettbewerb geprägten Alltags durch bessere Bildung

von Anfang an gut vorbereiten. Zugleich setzen wir uns für klare Regeln, soziale und ökologische Rahmensetzungen und mehr Transparenz auf den internationalen Märkten ein. Mit ökologischer Ordnungspolitik wollen wir das Wachstum auf den wichtigen Leitmärkten für Energie- und Umwelttechnik fördern. Wir wollen gute Regeln für die Finanzmärkte, die für mehr Rechtssicherheit für Anleger sorgen, langfristige Investitions- und Innovationsstrategien begünstigen und auch kleineren und mittleren Unternehmen Sicherheiten bieten. Wir haben Nachholbedarf im Dienstleistungssektor besonders bei den Diensten vom Menschen am Menschen, den wir aufholen wollen. Wenn uns das gelingt, erhöhen wir damit nicht nur die Lebensqualität in Deutschland, sondern erschließen zugleich Wachstumsreserven, die zu mehr und sicherer Beschäftigung führen können.

Nachhaltiges Wachstum für eine Gesellschaft des längeren Lebens

Nach gegenwärtigen Prognosen führt der demografische Wandel dazu, dass die Bevölkerungszahl von heute rund 82 Millionen Menschen auf 65 bis 70 Millionen in 2050 sinkt. Dabei ist berücksichtigt, dass Deutschland Einwanderer aus anderen Ländern weiterhin aufnimmt. Gleichzeitig leben die Menschen deutlich länger. Statistisch könnte jedes zweite Mädchen, das heute geboren wird, 100 Jahre alt und jeder zweite Junge 95 Jahre werden. Die Deutschen können in Zukunft rund 30 Jahre Rentenbezug erwarten. Das ist ein enormer Gewinn an Lebensperspektiven und ermöglicht einer solidarischen Gesellschaft durch die Erfahrung und das aktive Engagement Älterer mehr sozialen Zusammenhalt. Zugleich müssen die Systeme der sozialen Sicherung höhere Ausgaben bewältigen.

Deswegen müssen wir das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft nachhaltig steigern. Denn nur so wird es zu den Einkommenssteigerungen kommen, die wir brauchen, um die soziale Sicherung in Zukunft zu finanzieren. Zentraler Schlüssel für die Steigerung des Wachstumspotenzials ist dabei die Produktivität. Seit den frühen 70er Jahren haben sich nicht nur die durchschnittlichen Wachstumsraten, sondern auch die Steigerungen der Produktivität nominal schwächer entwickelt. Diesen Trend wollen wir wieder umkehren.

Wichtigste Ansatzpunkte für eine nachhaltige Steigerung des Wachstumspotenzials sind höhere Investitionen in Betreuung und Bildung, die Förderung von Forschung und Entwicklung, deren Umsetzung in Innovationen zur Entwicklung neuer Märkte, eine deutliche Steigerung der Erwerbsquote von Einwanderern, von Arbeitnehmerinnen über 50 Jahren und von Frauen, eine faire Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Wirtschaftserfolg, der Umbau der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme im Sinne der Bürgerversicherung, eine nachhaltig solide Haushaltspolitik und eine Steuer- und Abgabenquote, die sich dauerhaft im europäischen Belastungsmittelfeld bewegt.

Mehr Potenzial durch besser ausgebildete Menschen

Eine der größten Wachstumsbremsen der Zukunft wird der Fachkräftemangel sein. In den Wachstumsregionen Deutschlands werden schon heute qualifizierte Kräfte gesucht. Immer öfter können Arbeitsplätze für Hochqualifizierte nicht oder erst nach einiger Zeit besetzt werden, während geringer Qualifizierte Mühe haben, sichere Arbeitsplätze zu finden.

In den neuen Bundesländern haben wir eine besondere demografische Herausforderung zu bestehen. Die Generation der nach 1990 geborenen ist nur noch halb so groß wie die Generation davor. Die erhebliche Abwanderung bis in die 2000er Jahre hinein hat diese Tatsache noch verschärft. Dies führt insbesondere in den wirtschaftlich gut

wachsenden Regionen und Ballungsräumen, aber auch im ländlichen Raum zu neuen Aufgaben. Um die weitere gute Entwicklung in den neuen Bundesländern nicht zu gefährden, sind dafür z. B. Instrumente des Stadtumbaus und gezielte Programme zur Fachkräftesicherung notwendig.

Wir wollen höhere öffentliche Ausgaben für Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung. Von den Gesamtaufwendungen der öffentlichen Haushalte muss diesen Investitionen ein größerer Anteil zukommen. Wir wollen vor allem die Qualität der Bildung verbessern. Es muss gelingen, die Zahl derjenigen deutlich zu senken, die ohne Abschluss die Schulen verlassen, die vorzeitig ihr Studium abbrechen oder ihre Ausbildung nicht bewältigen. Unser Ziel ist, dass kein Jugendlicher ohne Abschluss bleibt. Mehr Jugendliche sollen ein Studium beginnen und erfolgreich beenden. Wir brauchen dabei mehr Ingenieure und Naturwissenschaftler.

Eine deutlich bessere Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass vor allem Frauen, aber auch Männer, nicht nur Beruf und Familie, sondern auch eine anspruchsvolle Karriere mit der Familie besser als heute vereinbaren können. Zum einen gilt es, das Potenzial der vielen hervorragend qualifizierten Frauen zu nutzen. Zum anderen wünschen sich junge Paare ein Leben mit Kindern. Nur eine Gesellschaft, in der sich mehr Menschen ihren Kinderwunsch erfüllen können, ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die Unternehmen lehrt der Fachkräftemangel, dass in Zukunft auch familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein wichtiger Wettbewerbsfaktor sind. Dazu kann auch die betrieblich organisierte Kinderbetreuung gehören. Ebenso werden eine bessere Ausbildung für alle jungen Menschen und sehr viel mehr Zeit- und Ressourceneinsatz für eine gute Weiterbildung an Bedeutung für den Unternehmenserfolg und mehr Wirtschaftswachstum gewinnen.

In Zukunft wird es einen noch intensiveren globalen Wettbewerb um kluge Köpfe geben. Diejenigen Länder, die für solche Menschen attraktiv sind, werden sich glücklich schätzen können. Zur Attraktivität eines Landes gehören auch hohe Qualität von Bildung und Kultur. Eine tolerante Gesellschaft, die Wissen und Kreativität unabhängig von der Herkunft der Menschen schätzt, wird zu einer wesentlichen Grundvoraussetzung für nachhaltiges Wachstum werden.

Wettbewerbsfähigkeit, höhere Löhne und gute Arbeit

Sozialdemokratische Wirtschafts-, Arbeitsmarkt und Finanzpolitik hat wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland heute wesentlich wettbewerbsfähiger ist als vor 1998. Sichtbar wird dies in verschiedenen internationalen Standortvergleichen. Debatten über die „rote Laterne“ oder die „deutsche Krankheit“ gehören der Vergangenheit an. Heute orientieren sich andere europäische Länder wieder am deutschen Reformmodell und setzen Hoffnungen auf den Wachstumsbeitrag Deutschlands im europäischen Wirtschaftsraum.

Wesentlichen Anteil an der besseren Situation haben engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Durch ihre hervorragende Leistung, unterstützt durch maßvolle Lohnabschlüsse, haben sich die Lohnstückkosten, also das Verhältnis von Lohnkosten zur Produktivität, im internationalen Vergleich deutlich verbessert. Dadurch sind viele Arbeitsplätze sicherer geworden. Dies war eine wesentliche Voraussetzung für den außergewöhnlichen Exporterfolg der deutschen Wirtschaft und half, die Euro-Aufwertung gut zu verkraften.

Kehrseite der Lohnzurückhaltung ist die geringe Steigerung der Lohnneinkommen, die den privaten Konsum deutlich gebremst und damit Wachstumspotenzial verschenkt hat. Seit Beginn dieser Dekade gibt es eine historisch schwache Entwicklung der Lohnneinkommen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die

Entwicklung der Lohneinkommen über einen so langen Zeitraum so schwach.

Aufgrund des geringen Wachstums hat sich trotz der niedrigen Inflation die Realeinkommenssituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit der Wiedervereinigung verschlechtert. Das Niveau liegt heute um 1,3% unter demjenigen des Jahres 1991. Zum Vergleich: Die preisbereinigten verfügbaren Einkommen liegen heute insgesamt um mehr als 17% über denen des Jahres 1991.

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum wird nur gelingen, wenn neben dem Exportsektor auch die Binnenwirtschaft an Kraft gewinnt. Dafür ist eine produktivitätsorientierte Entlohnung ebenso notwendig wie flächendeckende Mindestlöhne und eine angemessene Beteiligung der Belegschaften am Unternehmenskapital. Ohne eine faire, produktivitätsgerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Wirtschaftserfolg ihrer gewinnstarken Unternehmen wird die Kaufkraft fehlen, die für eine nachhaltige Anhebung des Wachstumspotenzials notwendig ist. Deshalb haben wir das Konzept eines Deutschlandfonds entwickelt.

Ökologische Industriepolitik – Wachstum mit den Leitmärkten der Zukunft

Staat und Markt müssen zusammenwirken, um das Wachstumspotenzial zu erhöhen. Die Entwicklung von Märkten vollzieht sich oft unerwartet. Innovationen folgen keinem politischen Plan. Andererseits ist Politik auch nicht unwissend. Wir kennen grundlegende Trends, an denen gezielte Innovationspolitik ansetzen kann. Der gezielte Einsatz der öffentlichen Nachfrage spielt eine entscheidende Rolle für den Erfolg oder Misserfolg von Innovationen. Wir wissen, dass die Globalisierung zu einem immer höheren Verbrauch an Energie und Rohstoffen führt. Die Verknappung fossiler Energieträger führt zu dauerhaft steigenden Energie- und Rohstoffpreisen. Klima und Umwelt werden immer stärker belastet. Wir wissen auch, dass der Fachkräftemangel kommt und dass Kreativität, Ideen und deren erfolgreiche Umsetzung immer wichtiger werden.

Nur eine Marktwirtschaft, die sich technologisch auf die Zukunft einstellt, wird erfolgreich wachsen können. Wer bei dem wichtigsten Leitmarkt der Zukunft, dem Leitmarkt für Umwelttechnologien, also bei den erneuerbaren Energien, der Wassertechnik, der Ressourceneffizienz und dem Recycling, im globalen Wettbewerb die Nase vorne hat, wird die besten Chancen auf mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung haben. Deswegen verfolgen wir eine ökologische Industriepolitik, die Umweltinnovationen für mehr qualitatives Wachstum fördert.

Nachhaltiges Wachstum erfordert zunehmend, knappe Ressourcen effizient einzusetzen. Energie muss für die Unternehmen, vor allem aber für die Menschen bezahlbar bleiben. Immer weiter steigende Preise für Benzin und Heizöl sind sozial nicht vertretbar. Wir zielen auf Innovationen, die auf Dauer auch Preis dämpfend wirken. Schärfere Grenzwerte, Beimischungsverpflichtungen beim Kraftstoff oder ein konsequent verfolgter „Top-Runner“-Ansatz (der Energieverbrauch der besten Geräte heute wird zum Mindeststandard in einigen Jahren erklärt), können Innovationsdruck auf die Industrie auslösen und Nachfrage steuern, um umweltschonender und kostenbewusster zu produzieren, zu wohnen und mobil zu bleiben.

Kapital für langfristige Innovationsstrategien

In unserem Hamburger Grundsatzprogramm haben wir beschlossen: *„Wo die Finanzmärkte lediglich kurzfristige Renditen anstreben, gefährden sie langfristige Wachstumsstrategien von Unternehmen und vernichten damit Arbeitsplätze. Wir wollen, auch mit Hilfe des Steuer- und Aktienrechts, Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben. Wir brauchen Spielregeln für Investoren und*

Fonds, die eine einseitige Renditeorientierung zu Lasten des langfristigen Substanzerhalts von Unternehmen verhindern. Mit der zunehmenden internationalen Vernetzung der Güter- und Finanzmärkte wird ihre internationale Regulierung immer bedeutsamer. Nur transparente Finanzmärkte sind effiziente Finanzmärkte. Stabile nationale und internationale Finanzmärkte sind ein wichtiges öffentliches Gut. Um Rechtssicherheit und Vertrauen zu verbessern, wollen wir mit anderen Staaten und internationalen Institutionen gemeinsam handeln. Durch klare Regeln und wirksame Aufsicht gilt es Stabilitätsrisiken und volkswirtschaftlich schädliche Fehlentwicklungen zu verhindern. Wo möglich, wollen wir dies durch das nationale Steuer- und Aktienrecht unterstützen.“

In diesem Sinne wird sozialdemokratische Finanzpolitik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene tätig sein.

Damit sich die deutsche Wirtschaft erfolgreich entwickelt, brauchen wir leistungsfähige Kapital- und Finanzmärkte. Finanzmärkte sind eine unverzichtbare Versorgungsader unseres Wirtschaftssystems. Ihre Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung wächst beständig. Gleichzeitig nimmt die Komplexität des weltweit vernetzten Finanzsystems zu. Unübersichtliche internationale Anlage- und Finanzierungsmodelle, die oft zudem auf höchst riskante Renditeerwartungen ausgelegt sind, machen die Kapitalmärkte nicht nur für einzelne Bürgerinnen und Bürger fast undurchschaubar, sondern erschweren auch das Finanzmanagement mittelständischer Unternehmen und damit die Investition in ihr Eigenkapital. Darunter leidet die Akzeptanz der gesamten Branche.

Tatsache ist, dass Finanzdienstleistungen selbst eine wachsende Zahl von Arbeitsplätzen bieten – in Deutschland liegt die Branche bei der Bruttowertschöpfung mittlerweile vor der Automobilindustrie – und Innovation und Wachstum anderer Branchen ermöglichen. Für die deutsche Wirtschaft ist es wichtig, dass Finanzierungsentscheidungen nicht nur in Hongkong, London oder New York, sondern auch am Finanzplatz Deutschland getroffen werden. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist ohne eine stetige und sichere Kapitalversorgung nicht denkbar.

Wir wollen mehr Transparenz und eine verbesserte Stabilität der internationalen Finanzmärkte und damit mehr Schutz für Anleger und Beschäftigte. Hierzu zählt auch die Stärkung der Verlässlichkeit von Finanzprodukten, um zur Anlage des eigenen Vermögens zu ermutigen. Insgesamt müssen nationale und internationale Lösungen Hand in Hand gehen. Die besondere Rolle von kleinen Banken und Sparkassen für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir erhalten und stärken.

Den Staat nachhaltig handlungsfähig machen

Wir wissen, dass die hohen Staatsschulden nicht nur vielen Menschen Angst machen, sondern das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft deutlich begrenzen. Seit der Wiedervereinigung hat sich die Schuldenquote (öffentliche Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) von rund 45% auf 68% erhöht. Der Schuldenstand beträgt inzwischen über 1.500 Mrd. €, das sind rund 18.000 € je Einwohner. Schon heute muss alleine der Bund jedes Jahr für die Altschulden über 40 Mrd. € Zinsen an die Banken bezahlen. Dadurch sind jedes Jahr rund 15% des Haushaltes für den Schuldendienst gebunden. Jeder sechste Euro, den der Bund ausgeben kann, geht an die Banken. Wenn dieses Geld frei wäre, könnten wir es effektiv zur Erhöhung des Wachstumspotenzials einsetzen, indem wir es in Bildung, Betreuung oder Forschung investieren.

Unser Ziel ist eine bessere Qualität der öffentlichen Finanzen. Die Herausforderung besteht darin, mehr zu investieren, ohne dabei die Konsolidierung der Haushalte zu gefährden. Es kommt darauf an, die Spielräume für eine antizyklische Finanzpolitik zu erhalten. Sie ist eine zwingende Voraussetzung, um langfristig die Wachstums- und Be-

schäftigungsdynamik unserer Volkswirtschaft zu erhalten. Diese Vorgehensweise schließt die Bildung und Durchsetzung politischer Schwerpunkte ein. Nachhaltigkeit schließt die dauerhafte Finanzierung über immer mehr Schulden, die den Handlungsspielraum des Staates immer weiter einengen, ebenso aus wie über deutlich höhere Steuern und Abgaben, die den privaten Konsum und die privaten Investitionen im internationalen Wettbewerb dämpfen und dadurch die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik schwächen. Deswegen muss eine nachhaltige Finanzierung von mehr Investitionen in erster Linie über ein höheres Wirtschaftswachstum und über Sparen bei den konsumtiven Ausgaben und Subventionen stattfinden.

Nach den Reformen der letzten Jahre liegt die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland inzwischen knapp unter dem Durchschnitt der EU im Belastungsmittelfeld. Wir haben keine zu hohe Staatsquote. Vielmehr gilt es, die Wirksamkeit und Qualität staatlichen Handelns zu verbessern. Nur mit einem handlungsfähigen, ordnungspolitisch steuernden und gezielt in soziale Infrastruktur investierenden Staat wird es gelingen, Wachstumsreserven zu erschließen und das Wachstumspotenzial dauerhaft zu steigern.

Das skandinavische Beispiel zeigt, dass der Sozialstaat als wichtige Wachstumsstütze wirken kann, wenn er klug finanziert ist und vor allem in die soziale Infrastruktur investiert. Der vorsorgende Sozialstaat setzt vor allem auf mehr gute Bildung für alle. Hohe Sozialabgaben spiegeln wider, dass die Solidargemeinschaft der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kleiner wird und die Finanzierung zentraler sozialstaatlicher Leistungen auf immer weniger Schultern lastet. Nach einem starken Anstieg der Beitragssätze für die Sozialversicherungen auf den Spitzenwert von über 42 % in 1998 ist es uns seither gelungen, die Sozialabgaben wieder auf unter 40 % zu senken. Das entlastet die Arbeitnehmer und wirkt Beschäftigung fördernd.

Um den Sozialstaat zukunftsfähig zu machen, brauchen wir den weiteren Umbau: Mit unserem Modell der Bürgerversicherung wollen wir erreichen, dass alle Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung beitragen. Dazu gehört eine stärkere Steuerfinanzierung des Sozialstaates, um die demographischen Herausforderungen zu meistern, die Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt in Zukunft zu gewährleisten und die Abgaben weiter zu senken, vorrangig bei Niedrigverdienern.

Parteivorstand, 7. Januar 2008

Von der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung – Vorsorgende Arbeitsmarktpolitik und lebensbegleitendes Lernen

„Um Sicherheit und Flexibilität zu verbinden und Sicherheit im Wandel zu gewährleisten, wollen wir [...] die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umgestalten.

Die Arbeitsversicherung soll berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten. Dazu werden wir ein Recht auf Weiterbildung durchsetzen. Sie soll die Wahlmöglichkeiten erweitern und die Beschäftigungsfähigkeit erhalten.“ (Hamburger Programm)

Um den Anspruch des Hamburger Programms nach dem Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung umzusetzen, braucht es Zwischenschritte. Es muss ein handhabbares Politikkonzept für die SPD und das Regierungsprogramm entwickelt werden.

Dazu richtet die SPD eine Arbeitsgruppe „Arbeitsversicherung“ ein, die sich zunächst beschränkt auf den Schwerpunkt Weiterbildung und vorsorgende Arbeitsmarktpolitik.

Sie bezieht dabei die Vorarbeiten der Projektgruppe „Zukunft des Sozialstaats“ zu diesen Fragen ein.

Die Weiterbildung ist ein Schlüsselthema sowohl der Arbeitsmarktpolitik als auch der Innovationspolitik. In ihr kristallisiert sich der sozialdemokratische Anspruch, wirtschaftliche Stärke der Volkswirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit für den Einzelnen zu verbinden. Dies gilt zunehmend vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs und der demografischen Entwicklung.

Wenn wir im globalen Wettbewerb besser sein wollen, brauchen wir gute Fachkräfte und hochqualifizierte Belegschaften. Wir brauchen die Kreativität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit einer Kombination aus ihren Erfahrungen und aktuellem Wissen ein wertvolles Potential darstellen.

Dazu müssen wir eine „Weiterbildungskultur“ entwickeln, die alle Qualifikationsniveaus umfasst und die die Verantwortung für die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit über den Zyklus des Erwerbslebens nicht alleine dem Individuum überlässt. Es geht dabei um einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag. Daher müssen öffentliche Förderung, betriebliche Weiterbildung und Eigenverantwortung Hand in Hand gehen. Dabei sind eine bessere Verzahnung von Weiterbildungsangeboten an den Schnittstellen Schule und Betrieb sowie öffentliche Hand, Arbeitsagentur und Betrieb zentral.

In der beitragsfinanzierten Risikoversicherung ist eine vorsorgende Arbeitsmarktpolitik noch weitgehend Neuland. Wenn wir aber unsere Wirtschaft zukunftsfest machen und Arbeitslosigkeit verhindern wollen ist ein Umsteuern notwendig.

Die Arbeitsgruppe soll deshalb folgende Fragenkomplexe bearbeiten:

- Welche Ziele und Ansätze müssen für die Weiterbildung als Kernelement einer vorsorgenden Arbeitsmarktpolitik entwickelt werden? Welche Erfordernisse ergeben sich aus einer veränderten Arbeitswelt? Wie kann Weiterbildung zu „guter Arbeit“ beitragen?
- Wie kann die aktivierende Arbeitsmarktpolitik zu einer vorsorgenden Qualifikationspolitik weiterentwickelt werden? Brauchen wir dazu ergänzend zur Beitragsfinanzierung der Risikoabsicherung steuerfinanzierte Elemente, um diese vorsorgende Qualifizierungspolitik abzusichern?
- Wie können öffentlich finanzierte Qualifizierung, betriebliche Weiterbildung und individuelle Anstrengungen besser verzahnt werden?
- Wie können Lücken in der betrieblichen Weiterbildung geschlossen werden (KMU, ältere Beschäftigte, geringqualifizierte Arbeitnehmer, Teilzeitkräfte, Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund) und welche Unterstützung für Unternehmen und Rechte für Betriebsräte sind dafür erforderlich?
- Gute Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist ein Innovationsbeschleuniger und Erfolgsfaktor für die Wirtschaftspolitik. Wie sieht ein Modernisierungskonzept aus, das diesem Aspekt Rechnung trägt und sich gleichzeitig an den Bedürfnissen der Menschen orientiert?

In der Verzahnung der Ziele Innovationsfähigkeit, Beschäftigungsfähigkeit und gute Arbeit besteht für die SPD die Chance, sich von den einseitigen Ansätzen der anderen Parteien abzugrenzen und ein neues Profilierungsfeld für die SPD zu eröffnen.

Präsidium, 11. Februar 2008

Einsetzung der Kommission „Große Städte“

Das SPD-Präsidium hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, eine Kommission zur Zukunft sozialdemokratischer Politik in den großen Städten unter der Leitung von Klaus Wowereit einzusetzen. Den Beschluss finden Sie im Anhang an diese Erklärung von Klaus Wowereit:

Die Kommission, so der Regierende Bürgermeister von Berlin zum Auftakt der Arbeit, solle dazu beitragen, dass „die SPD künftig in den großen Städten die bestimmende Kraft sein wird“.

Unter dem Titel „Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen“ werden die Kommissionsmitglieder sich unter anderem mit den neuen Herausforderungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigen, die sich aus der Entwicklung in den großen Städten ergeben. Der Zusammenhalt der Gesellschaft, die Integration von Zuwanderern, Armutsbekämpfung, aber auch die Stärkung alter und neuer Wirtschaftskerne werden Themen sein.

Dabei gehe es speziell darum, neue wirtschaftliche Chancen zu nutzen und so auch die jüngere, oft hochqualifizierte Stadtbevölkerung wieder mehr in die Politik einzubeziehen. In den großen Städten, so Wowereit, konzentrieren sich aber auch „gesellschaftliche Entwicklungen und soziale Herausforderungen auf die die Politik neue Antworten finden muss“. Sozialdemokraten stünden dabei für einen „sozialen und zugleich ökonomischen Fortschritt“, um die Städte „wirtschaftlich stark und lebenswert zu halten“.

Die Leitung der Kommission hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, übernommen. Mitglieder der Kommission sind unter anderen der Vorsitzende des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, der Präsident des Senats der Hansestadt Bremen, Jens Böhrnsen, der Spitzenkandidat der Hamburger SPD für die Bürgerschaftswahl, Michael Naumann, die Chemnitzer Oberbürgermeisterin und SPD-Präsidiumsmitglied Barbara Ludwig sowie die Bonner Oberbürgermeisterin und SPD-Präsidiumsmitglied Bärbel Dieckmann.

Einsetzungsbeschluss:

Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen

Die Arbeitsgruppe soll dazu dienen, das sozialdemokratische Profil einer modernen, weltweiten, innovativen und auf sozialen Ausgleich gerichteten Großstadtpolitik aufzuzeigen. Dieses Profil sollte die sozialdemokratische Meinungsführerschaft und Kompetenz in den für die Metropolregionen wichtigen Politikfeldern unterstreichen.

Die SPD will die bestimmende Kraft in den großen Städten sein. Die „europäischen Städte“ sind Orte der Innovation, der Kreativität und der Integration. Hier zeigen sich aber auch soziale Herausforderungen und Probleme, auf die die Politik neue Antworten finden muss. Bei Themen wie der Kinderarmut, der sozialen Segregation oder der Ungleichheit von Bildungschancen wird eine Politik des sozialen Zusammenhalts auf besondere Weise auf den Prüfstand gestellt. Sozialdemokraten wollen sozialen und ökonomischen Fortschritt stärken, um unsere Städte wirtschaftlich stark und lebenswert zu halten.

Die Arbeitsgruppe soll die Situation der SPD in den Großstädten auf der Basis von empirischen und demoskopischen Daten analysieren und Konsequenzen für die Arbeit der Partei erarbeiten. Sie soll Probleme und Herausforderungen für die SPD in Großstädten erfassen und ein Problembewusstsein in der Partei wecken. Dies ist sowohl eine in-

haltliche Aufgabe als auch eine strategische und kommunikative Herausforderung. Gleichzeitig erwächst mit populistischen Kräften von links bis rechts gerade in den Großstädten Konkurrenz, auf die die SPD Antworten finden muss.

Großstädte sind „Seismografen“. Sozialdemokratische Antworten auf zentrale gesellschaftliche Herausforderungen müssen vor allem in den Großstädten gefunden werden. Erfolgreiche sozialdemokratische Politik in großen Städten ist eine Grundvoraussetzung für Wahlerfolge im gesamten Land.

In diesem Zusammenhang sind Fragen der Parteiorganisation, insbesondere auch für die Entwicklung einer zeitgemäßen Parteikommunikation zu großstädtischen Milieus von besonderer Bedeutung.

Eine konkrete inhaltliche Agenda der Arbeitsgruppe wird für die konstituierende Sitzung vorgelegt.

Präsidium, 11. Februar 2008

Deutschland engagiert sich verantwortungsvoll in Afghanistan

Die deutschen Soldaten in Afghanistan sichern zivile Aufbau- und Hilfsleistungen. Dafür danken wir ihnen. Das Wirken der Bundeswehr und von deutschen Aufbauhelfern genießt in der afghanischen Bevölkerung hohes Ansehen – das haben jüngste Umfragen auf eindrucksvolle Weise bestätigt.

Mit dem im Herbst letzten Jahres beschlossenen Mandat hat sich Deutschland erneut zu seiner Verantwortung für Afghanistan bekannt: Wir haben die Zahl unserer dort eingesetzten Soldaten auf 3.500 erhöht und wir haben nochmals unsere Leistungen für den Zivilen Wiederaufbau sowie den Polizeiaufbau massiv aufgestockt.

Mit über 3.300 Soldaten stellt Deutschland das drittgrößte Truppenkontingent, stellt Tornados für die Aufklärung in Gesamtafghanistan und wird ab Sommer die Quick Reaction Force für die Nordregion stellen. All dies findet die Anerkennung unserer Partner – auch der USA.

Bereits heute unterstützt unsere Bundeswehr im Rahmen des Bundestagsmandats die NATO-Partner in ganz Afghanistan. Klar ist aber auch: Schwerpunkt unseres militärischen Engagements wird weiterhin die Nordregion bleiben. Für die SPD kommt ein Einsatz im Süden Afghanistans, wie er derzeit in der Öffentlichkeit diskutiert wird, nicht in Frage.

Das im letzten Herbst beschlossene Bundestagsmandat sieht eine Truppen-Obergrenze von 3.500 Soldaten vor; das ist und bleibt Grundlage unseres Afghanistan-Einsatzes.

Die politische Lage in Afghanistan ist schwierig. Wir müssen daher unser Engagement mit der notwendigen Geduld angehen. Der Wiederaufbau des Landes und die Sicherung des Friedens nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs brauchen Zeit.

Wie auf dem Hamburger Parteitag beschlossen, hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier mit dem französischen Außenminister vereinbart, diesen Sommer in Paris eine internationale Afghanistan-Konferenz zu organisieren. Auf dieser Konferenz soll das Afghanistan-Engagement der Internationalen Gemeinschaft kritisch überprüft werden.

Präsidium, 18. Februar 2008

Hamburg – stark und sozial

Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die SPD-Bundesminister und die Mitglieder des Kompetenzteams von Michael Naumann erklären nach ihrer heutigen, gemeinsamen Sitzung in Hamburg:

Kostenfreie Bildung, starke Wirtschaft, gute Arbeit, soziale Stadt.

Wir – die SPD im Bund und in Hamburg – stehen für ein wirtschaftlich starkes und soziales Deutschland und darum für Mindestlöhne und gute Bildung. In Hamburg haben wir auf unserem Bundesparteitag und mit dem Hamburger Grundsatzprogramm die Grundlinien einer Politik für wirtschaftlichen Erfolg, ökologische Vernunft und soziale Gerechtigkeit beschlossen. Diese Ziele wollen wir im Bund und in den Ländern verwirklichen.

Mit Michael Naumann kämpfen wir für den nötigen Wechsel am 24. Februar in Hamburg – für ein Hamburg, das für alle wächst. Michael Naumann will ein wirtschaftlich starkes und soziales Hamburg. Er wird dafür sorgen, dass auch in Hamburg die Kita-, Vorschul- und Studiengebühren sowie das Büchergeld abgeschafft werden.

Nachhaltige Wirtschaftspolitik

Es geht aufwärts in Deutschland. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit geht zurück, die öffentlichen Haushalte stehen gut da. Die SPD hat seit 1998 in der Bundesregierung die Rahmenbedingungen für diesen Aufschwung geschaffen. Dieser Aufschwung ist in erster Linie ein Verdienst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die hart gearbeitet und Verzicht geübt haben. Bei ihnen und bei denjenigen, die bisher noch keine Chance hatten, Arbeit zu finden, muss die positive wirtschaftliche Entwicklung ankommen. Eine starke Binnennachfrage ist angesichts der unsicheren Weltkonjunktur eine wichtige Voraussetzung für eine weiter wachsende Wirtschaft.

Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Die Auswirkungen der aktuellen, in den USA ausgelösten Krise auf den Finanzmärkten zeigen, dass dieses Prinzip in weiten Teilen nicht mehr gilt. Im Gegenteil: Die Jagd nach maßlosen Spitzenrenditen gefährdet verantwortliche, langfristige Unternehmensstrategien und hat schon zu oft zur Zerstörung gesunder Betriebe und zur Vernichtung qualifizierter und als sicher geltender Arbeitsplätze geführt. Dem muss durch neue Regeln Einhalt geboten werden.

Die SPD im Bund ist und bleibt treibende Kraft in der Koalition. Unsere nachhaltige Wachstumsstrategie setzt nicht auf Lohn- und Steuerdumping, sondern auf Qualitätsproduktion und einen starken Binnenmarkt. Dazu brauchen wir mehr und bessere Bildung, öffentliche Investitionen und eine langfristig ausgerichtete Unternehmenskultur. Was ein zügelloses Wettlauf nach Rendite, nach Margen und Profit anrichten kann, sehen wir gerade in den USA: Dort müssen die kleinen Leute um ihre Häuser bangen. Wir setzen uns deshalb für mehr Transparenz auf den Finanzmärkten ein. Wir wollen das bankeninterne Risikomanagement in Deutschland verbessern, das Bilanzrecht durchsichtiger gestalten und zweifelhafte Praktiken von Rating-Agenturen bekämpfen.

Die SPD in Hamburg wird nach der Regierungsübernahme die wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs sichern, wie das sozialdemokratische Bürgermeister bei der Ansiedlung von Airbus, der Hafencity oder dem Ausbau des Hafens getan haben. Die Zukunftschancen und die Beschäftigungsmöglichkeiten einer modernen, ökologischen Industriepolitik werden wir nutzen und bislang vernachlässigte Felder wie

die maritime Wirtschaft oder die Gesundheitswirtschaft fördern. Vor allem werden wir die Bedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmen verbessern.

Fairer Lohn für gute Arbeit

Immer mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland müssen ihren Lohn mit ergänzendem Arbeitslosengeld II aufstocken. Die Unternehmen drängen Menschen in die Bedürftigkeit, und der Staat zahlt so dauerhaft einen Teil der Löhne. Dumpinglöhne haben außerdem zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung geführt, die mittelständische Unternehmen und einheimische Arbeitsplätze zunehmend gefährdet. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Löhne nicht zum Leben reichen und Dumpinglöhne aus Steuergeldern aufgestockt werden müssen. Deshalb unterstützen wir die Gewerkschaften in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen. Deshalb kämpfen wir für Mindestlöhne. Wer Vollzeit arbeitet, muss davon leben können. Auch Unternehmen profitieren von Mindestlöhnen, weil sie Schmutzkonzurrenz verhindern. Denn einen Wettlauf um die niedrigsten Löhne kann Deutschland ohnehin nicht gewinnen. Wohl aber einen Wettbewerb um Produktivität und Qualität.

Die SPD im Bund wird sich daher weiterhin mit aller Kraft für die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen einsetzen. In der öffentlichen Diskussion wird die Union den Menschen bei jeder einzelnen Branche erklären müssen, warum sie dort sittenwidrige Löhne hinnimmt. Wir fordern Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, noch im Frühjahr die vereinbarten neuen gesetzlichen Grundlagen des Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingengesetzes zu nutzen und so und gemeinsam ihre Branchen vor Lohndumping zu schützen. Wir wollen bei der anstehenden Reform des Vergaberechts Regelungen aufnehmen, damit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gute Arbeitsbedingungen, die Einhaltung von Tarifverträgen und die ILO Kernarbeitsnormen beachtet werden.

Die SPD in Hamburg wird nach ihrer Regierungsübernahme eine Bundesratsinitiative für die Einführung von Mindestlöhnen einbringen. Wir werden dafür sorgen, dass die Unternehmen, die von der Stadt Hamburg Aufträge erhalten, sich tariftreu verhalten.

Leistungs- und Steuergerechtigkeit in Deutschland

Die Ermittlungen gegen Klaus Zumwinkel unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung müssen zur vollständigen Aufklärung der schwerwiegenden Vorwürfe führen. Steuerbetrug ist kein Einzelfall. Offenbar ist bislang nur die Spitze eines Eisberges bekannt. Wer sich selbst als „Wirtschaftselite“ bezeichnet, muss seine Verantwortung für das Gemeinwohl unter Beweis stellen. Bei einigen mit Spitzeneinkommen ist allerdings eine Praxis eingerissen, die man nur unanständig nennen kann. Wahre Leistungsträger sind die, die sich an die Regeln halten. Niemand darf sich – auch wenn es um das Steuern zahlen geht – über Recht und Gesetz stellen.

Es war richtig, dass die SPD in den letzten Jahren die Ermittlungsmöglichkeiten der Finanz- und Strafverfolgungsbehörden verbessert hat. Jetzt kommt es darauf an, dass die entdeckten Fälle nicht mit Verfahrenseinstellungen gegen Geldbuße enden. Hier muss tatsächlich Anklage erhoben werden, auch um andere potentielle Täter abzuschrecken.

Wir werden prüfen, ob das Strafmaß für Steuerhinterziehung in dieser Größenordnung verschärft werden muss. Es reicht schon heute bis zu einer Höchststrafe von 10 Jahren Freiheitsentzug. Dieser Strafrahmen wird aber in den seltensten Fällen ausgeschöpft. Hier muss künftig deutlicher werden, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt ist.

Das Geld, das Steuerstrafäter der Gemeinschaft entziehen, fehlt für Schulen, für Sicherheit und für Infrastruktur. Die solidarische Mehrheit in Deutschland darf sich dieses Verhalten nicht gefallen lassen. Der demokratische Rechtsstaat muss Konsequenz zeigen.

Zukunftsfähig durch kostenfreie Bildung

In kaum einem anderen Land hängt der Bildungserfolg so stark vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Dabei ist gute Ausbildung der Erfolgsschlüssel für jeden Einzelnen in einer globalisierten Wirtschaft. Nur durch gleiche Bildungschancen für alle können wir überdies unser technologisch hohes Niveau halten. Schon im Kindergarten werden die Grundlagen für den Bildungserfolg und die sozialen Kompetenzen unserer Kinder gelegt. Die SPD hat dieses Zukunftsthema Nr. 1 in Bund und Ländern in Angriff genommen. Der Bund hat vorgelegt, aber Bildung ist in erster Linie Ländersache. Der Beust-Senat hat Bildung zu einer käuflichen Ware gemacht und den gesamten Bildungsbereich mit Gebühren belastet: Von der Einführung von Gebühren für das Mittagessen in der Kita über Gebühren für Vorschule und für Schulbücher bis zur Einführung von Studiengebühren. Die Union bringt damit viele Familien um die Aufstiegschancen ihrer Kinder.

Die Verkürzung der Gymnasialzeit auf 8 Jahre („Turbo-Abi“) führt zu Problemen, wenn sie so dilettantisch organisiert wird wie derzeit in Hamburg. Die Verkürzung der Gymnasialzeit ist dann sinnvoll, wenn sie in gut organisierten Ganztagschulen umgesetzt wird. Dazu gehören sowohl das Angebot einer warmen Mittagsmahlzeit an der Schule als auch zusätzliche Rückzugsräume wie Bibliothek, Lese- und Aufenthaltsräume. Auch die Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer müssen verbessert werden. In Hamburg wurde all dies nicht berücksichtigt, was dann zu so unsinnigen Vorschlägen wie Samstagsunterricht führt.

Kinder und Familien brauchen beides: bessere Dienstleistungen und finanzielle Unterstützung.

Darum werden wir zusätzliche Mittel für Familien sowohl für Sachleistungen und bessere Dienstleistungen als auch für finanzielle Unterstützung wie die Erhöhung des Kindergeldes verwenden – unser Maßstab dabei ist der größtmögliche Nutzen des Kindes.

Die SPD im Bund hat Geld für den Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung gestellt. Sie hat mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz und der Durchsetzung des Rechts auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag Maßstäbe für einen qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung gesetzt. Um Jugendlichen, die bislang noch keine Ausbildungsstelle haben, eine Perspektive zu geben, haben wir in der Koalition mit dem Ausbildungsbonus wirkungsvolle Maßnahmen für Altbewerber durchgesetzt. Wir haben mit der BAföG-Reform die Leistungen erhöht und damit vielen jungen Menschen ein Studium ermöglicht. Die SPD erwartet, dass die Länder eventuelle Zusatzeinnahmen in Folge der Erbschaftssteuerreform auch zusätzlich ins Bildungssystem investieren. Darum muss die Reform der Erbschaftssteuer zügig realisiert werden. Damit sollen Betriebsübergaben erleichtert und Arbeitsplätze gesichert werden.

Die SPD in Hamburg wird nach der Regierungsübernahme die Bildung – von den Kindertagesstätten bis zum Erststudium – von Gebühren befreien. Das letzte Kitajahr wird am 1. 8. 2008 gebührenfrei sein. Die Vorschulgebühren, das Büchergeld und die Studiengebühren werden wir sofort abschaffen. Wir werden die Klassen im Grundschulbereich verkleinern und das Ganztagsangebot ausbauen: Wir werden 100 Schulen innerhalb von 6 Jahren zu Ganztagschulen umwandeln. Wir werden uns verstärkt um die Schüler kümmern, deren Schulabschluss gefährdet ist – sie werden von der Schule bis in den Beruf von Mentoren begleitet. Wir werden den Hochschulzugang für Menschen ohne Abitur mit Berufsausbildung wieder ausbauen: Kein Talent darf ausgeschlossen werden, jeder muss seine Chance bekommen.

Soziale Stadt – Vielfalt und Innovationen stärken

Großstädte sind Orte der Innovation, der Kreativität und der Integration. Hier zeigen sich aber auch früher als anderswo soziale Herausforderungen und Probleme, auf die Politik eine Antwort geben muss. Die SPD hat die Meinungsführerschaft und die Kompetenz auf den Politikfeldern, die für Metropolregionen besonders wichtig sind. Bei Themen wie Kinderarmut, soziale Segregation oder Ungleichheit von Bildungschancen ist eine Politik des sozialen Zusammenhalts gefragt. Es war die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder, die 1999 das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt ins Leben gerufen hat. Dieses Programm stabilisiert und aktiviert Quartiere mit hohem Arbeitslosen- und Migrantenteil. Es ermöglicht die Bündelung baulicher und sozialer, insbesondere bildungs- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Quartier, um die Lebenschancen der Bewohner zu verbessern und die Integration voranzubringen.

Die SPD im Bund hat den Ausbau des Wohngeldes vorgeschlagen. Damit können einkommensschwache Haushalte bei der Versorgung mit angemessenem und familiengerechtem Wohnraum entlastet werden, die unter den deutlich gestiegenen Energiepreisen besonders zu leiden haben. Das Wohngeld soll sich künftig stärker an der Warmmiete orientieren. Die Wohngelderhöhung wird ein Volumen von mehreren hundert Millionen Euro haben.

Die SPD in Hamburg wird nach der Regierungsübernahme ein integriertes Stadtentwicklungsprogramm auflegen, das die Bereiche Bildung und Kinderbetreuung, Arbeit und Soziales und Stadtentwicklung miteinander verbindet. Wir können so Hamburgs Stadtteile stärken und verhindern, dass einzelne Viertel von der Entwicklung abgehängt werden. Wir werden ein Förderprogramm für benachteiligte Stadtteile schaffen, das nicht nur einige wenige bedient, sondern die Probleme in allen Bezirken aufnimmt. Wir werden wieder sozialen Wohnungsbau betreiben, damit ein angemessenes Angebot an Miet- und Sozialwohnungen vorhanden ist: 5.500 Wohnungen pro Jahr mehr werden den weiteren Mietpreisanstieg dämpfen. Die SPD in Bund und Ländern kümmert sich um die Zukunft der Städte. Das SPD-Präsidium hat eine „Projektgruppe Metropolregionen“ unter dem Vorsitz von Klaus Wowereit eingesetzt, in die der künftige Bürgermeister von Hamburg, Michael Naumann, sein Leitbild für ein starkes und soziales Hamburg einbringen wird.

Partei Vorstand, 25. Februar 2008

Beschluss zu den Wahlergebnissen in Hamburg

1. Der Parteivorstand stellt fest:

- Die SPD in Hamburg hat um 3,6 Prozentpunkte zugelegt und damit mit ihrem Spitzenkandidaten Michael Naumann ein sehr gutes Wahlergebnis erreicht. Von Beust hat seine absolute Mehrheit verloren und sein Wahlziel einer schwarz/gelben Mehrheit verfehlt.
- Die SPD-Niedersachsen hat zwar ihr Wahlziel nicht erreicht, dennoch schnell Tritt gefasst und sich im Interesse des Landes als starke Opposition aufgestellt.
- Die SPD Hessen hat einen hervorragenden Wahlerfolg erzielt. Die Menschen in Hessen wollen einen Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten. Sie wollen einen Wechsel von Stil und Inhalt der Politik.

2. Der Parteivorstand begrüßt und unterstreicht die Haltung der SPD-Hessen

- a) Erneut – nach der Hamburg-Wahl – das Gespräch mit den Grünen und der FDP zu suchen.
Die FDP steht in der Verantwortung in konstruktive Gespräche zur Bildung einer stabilen handlungsfähigen Regierung für Hessen einzutreten.
- b) Die SPD-Hessen erstellt in den nächsten Tagen einen Mindestbedingungskatalog, um weitere Sondierungsgespräche mit den Grünen, der FDP und der CDU zu entwickeln. Ein Verzicht von Roland Koch auf das Amt des Ministerpräsidenten ist eine dieser Bedingungen.
- c) Solange die dezimierte CDU-Regierung geschäftsführend im Amt bleibt, wird die SPD ihrem Wählerauftrag gerecht, indem sie wichtige inhaltliche Entscheidungen vorschlägt und durchzusetzen versucht. Schnittmengen mit Grünen und FDP sind erkennbar, die einen solchen Weg ermöglichen.
- d) Sollte es nicht zu einer Koalition kommen, wird die SPD-Hessen entscheiden, ob und ggf. wann sich Andrea Ypsilanti im Landtag zur Wahl stellt.

3. Der SPD-Parteivorstand bekräftigt:

Die „Linke“ im Bund

- a) weist in zentralen Fragen der Politik unüberbrückbare Gegensätze zur SPD auf, insbesondere in der Außen-, Sicherheits-, Finanz- und Wirtschaftspolitik.
- b) ist ohne Programm, also unberechenbar
- c) hat eine Mitgliedsstruktur, die eine verantwortliche Regierungsarbeit unmöglich macht. Darunter sind auch DKP-Mitglieder. Damit ist die unabdingbare Verbindung von Demokratie und Freiheit nicht geklärt.

Die SPD will eine den Grundsätzen der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtete Politik. Sie will wirtschaftlichen Erfolg, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammenfügen. Dabei geht es um realistische Vorschläge in einer globalisierten Welt. Wir kämpfen um die solidarische Mehrheit.

Präsidium, 6. März 2008

Erklärung zum Internationalen Frauentag am 8. März

Im Jahr 1908, vor einhundert Jahren, durften sich Frauen erstmals offiziell in politischen Parteien betätigen, nachdem das Reichsvereinsgesetz aufgehoben wurde. Bis dahin war ihnen die Mitarbeit in politischen Parteien verboten. 1911 wurde in Deutschland der Internationale Frauentag als Kampftag für Frauenrechte mit der Forderung „Her mit dem Frauenwahlrecht“ begangen. 1918 bekamen die Frauen per Erlass des Rates der Volksbeauftragten das aktive und passive Wahlrecht, das sie im Januar 1919 bei der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung ausüben konnten. Jahrzehnte später, vor 20 Jahren, beschloss die SPD eine Quotenregelung, die bedeutende Veränderungen für die Partei nach sich zog. Der Quotenbeschluss hat unbestreitbar eine Zeitenwende eingeleitet – für Frauen in der SPD, aber auch als Vorbild in anderen Parteien, in Gewerkschaften, in Verbänden und in der Gesellschaft.

Frauenpolitik und Gleichstellung sind für uns seit jeher Richtschnur unseres politischen Handelns. Dies schlägt sich auch sichtbar bei Wahlen nieder. Bei der Landtagswahl in Hessen erzielte die SPD bei jungen Frauen herausragende Ergebnisse. Bei den Wählerinnen von 18 bis 24 Jahren erreichte die SPD den Spitzenwert von 46 Prozent, während Roland Koch und die CDU Verluste von 18 Prozent hinnehmen mussten. Auch in Hamburg legte die SPD bei den jungen Frauen bis 24 Jahren um zehn Prozentpunkte überdurchschnittlich zu und erzielte ihren besten Wert mit 44 Prozent, bei den 25- bis 34jährigen Frauen erreichte die SPD einen Wert von 38 Prozent und legte damit sechs Prozentpunkte zu. Die Union musste in diesen Altersgruppen Verluste von neun bzw. drei Prozent hinnehmen.

Wir stehen für eine moderne Frauen- und Gleichstellungspolitik für Frauen verschiedenen Alters und unterschiedlicher Lebenslagen oder beruflicher Situation. Wir haben seit 1998 in der Bundesregierung wichtige Impulse gegeben und innovative Konzepte vorgelegt und die Gleichstellung von Frauen und Männern voran gebracht. Erfolge wurden erzielt, weitere Herausforderungen bleiben.

Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen im Erwerbsleben weiter voran bringen und die immer noch vorhandene Diskriminierung abbauen. Wir wollen dafür sorgen, dass Frauen endlich gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit gezahlt wird. Den Rückstand im Vergleich zu anderen europäischen Ländern müssen wir aufholen. Wir fordern flächendeckende Mindestlöhne, von denen Frauen in starkem Maße profitieren werden. Mit dem Girls' Day und anderen Aktivitäten führen wir junge Mädchen und Frauen an zukunftsorientierte technische und naturwissenschaftliche Berufe heran. Mit gesetzlichen Maßnahmen wollen wir die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien erreichen. Wir schaffen für Frauen und Männer die Rahmenbedingungen, damit berufliche und familiäre Aufgaben partnerschaftlich geteilt werden können. Gewalt in unserer Gesellschaft muss verhindert und ihre Ursachen beseitigt werden. Das gilt unabhängig davon, wie sie motiviert ist, und selbstverständlich auch dann, wenn sie sich im häuslichen Bereich gegen Frauen und Kinder richtet.

Von der Bundesfrauenministerin von der Leyen und von der Bundeskanzlerin ist frauen- und gleichstellungspolitisch nichts zu hören. Die SPD nimmt in guter Tradition diese gesellschaftspolitische Verantwortung wahr, nicht nur am Frauentag.

Präsidium, 16. April 2008

Aufruf zum 1. Mai 2008: Gute Arbeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Vollbeschäftigung ist möglich

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist gut. Wir haben 700.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr, die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist gestiegen. Allen Unkenrufen zum Trotz: Uns geht die Arbeit nicht aus!

Erwerbsarbeit eröffnet gesellschaftliche Teilhabe, Existenzsicherung, Anerkennung und Selbstwertgefühl. Deshalb halten wir am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Es geht aber nicht um irgendwelche Arbeit.

Die Würde der Arbeit muss gewahrt bleiben. Wir wollen Gute Arbeit! Denn nur Gute Arbeit schafft sozialen Zusammenhalt.

Gute Arbeit heißt: Gerechte Bezahlung und Mindestlöhne

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Leistungsträger unseres Landes. Sie müssen angemessen am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt werden. Denn Leistung muss sich lohnen, besonders für die Menschen, die von ihrer Arbeit leben. Angesichts der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten ist die Stabilisierung unserer Konjunktur durch eine Stärkung der Binnennachfrage angezeigt. Die Abschlüsse der vergangenen Lohn- und Gehaltsrunden sind ein gutes Signal.

Wir sind auf einem guten Weg, Mindestlöhne überall dort durchzusetzen, wo es nötig ist. Über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz besteht nun die Chance, die Zahl der Beschäftigten, die von Mindestlöhnen profitieren, auf 3,4 Millionen nahezu zu verdoppeln. Mit dem reformierten Mindestarbeitsbedingungengesetz werden weitere hinzukommen. Frauen werden davon besonders profitieren, weil sie gut 70 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich stellen. Vielfach erzielen sie selbst bei Vollzeitbeschäftigung einen Lohn, der nicht Existenzsichernd ist. Unser Ziel bleibt der gesetzliche Mindestlohn, wie ihn Kurt Beck und das Land Rheinland-Pfalz gemäß dem mit den Gewerkschaften im SPD-Gewerkschaftsrat vereinbarten Modell über den Bundesrat initiiert haben.

Gute Arbeit heißt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Mit dem Beschäftigungsaufbau hat auch die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter deutlich zugenommen. Zeitarbeit soll eine Brücke in reguläre Beschäftigung sein. Sie soll ein Instrument sein, um Auftragsspitzen zu bewältigen. In zunehmendem Maße wird sie jedoch für Lohndumping und Tariffucht missbraucht. Deshalb wollen wir die Einbeziehung der Zeitarbeitsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und die Ausweitung des vom DGB abgeschlossenen Mindestlohn-Tarifvertrages auf die gesamte Branche. Darüber hinaus müssen nach einer angemessenen Einarbeitungszeit ohne Ausnahme für Beschäftigte in Leiharbeit die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für die Stammbeschaft.

Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt über zwanzig Prozent weniger als Männer, der Lohnrückstand nimmt im Laufe des Berufslebens zu und ist bei älteren Frauen am größten. Die Ursachen sind vielfältig, aber nicht unabänderlich. Es muss der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten. Gleichwertige Arbeit muss gleich bezahlt werden. Dies muss endlich angepackt werden, auch von den Tarifparteien. Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit sowie Voraussetzung für eigenständige Existenz und soziale Absicherung im Alter.

Gute Arbeit heißt: Reguläre Beschäftigung stärken

Wir wollen sozial abgesicherte und unbefristete Beschäftigung stärken. Solche regulären Arbeitsverhältnisse bieten den Menschen ausreichend Sicherheit, stärken die Finanzierungsgrundlagen unseres Sozialstaates und verbessern die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Gute Arbeit heißt: Sichere Arbeitnehmerrechte

Wir stärken die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die gesetzliche Absicherung der Mitbestimmung auf gleicher Augenhöhe. Die Tarifautonomie und der Flächentarifvertrag sind von

zentraler Bedeutung für den Erhalt von guten Standards im Arbeitsleben. Der gesetzliche Kündigungsschutz schützt die Beschäftigten vor Willkür. Dies steht für uns nicht zur Disposition.

Gute Arbeit heißt: Respekt vor Lebensleistung und Förderung des gleitenden Übergangs in den Ruhestand

Wer Jahrzehnte hart gearbeitet hat, verdient Respekt und Anerkennung. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben viel Erfahrung, auf die wir nicht verzichten können. Ausgrenzung ist zu verhindern. Deshalb, müssen wir die Erwerbsbeteiligung Älterer fördern. Alternsgerechtes Arbeiten bedeutet für uns, die Chance auf möglichst lange Erwerbstätigkeit zu erhöhen und Möglichkeiten für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand zu bieten. Dazu werden wir die Förderung über die Altersteilzeit und Teilrentenmodelle weiter entwickeln. Respekt vor Lebensleistung heißt aber auch, im Falle der Arbeitslosigkeit langjährige Beitragszahlung anzuerkennen. Deshalb haben wir die Bezugszeit des Arbeitslosengeldes für Ältere verlängert.

Gute Arbeit heißt: Mehr Chancen auf Qualifizierung

Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Die Anforderungen an die Beschäftigten werden höher. Weiterbildung und Qualifizierung spielen eine größere Rolle. Gute Arbeit muss die Weiterbildung stärken, damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit gesenkt und die Innovationskraft der Unternehmen verbessert wird. Weiterbildung stärkt zudem die Chancen der Beschäftigten auf beruflichen Aufstieg. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, in der Qualifizierung, die Förderung beruflichen Aufstiegs und der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit zentrale Elemente sind.

Wir rufen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, gemeinsam mit ihren Gewerkschaften am 1. Mai 2008 für Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu demonstrieren.

Partei Vorstand/Parteirat, 21. April 2008

Konzept zur Bahnreform

„Der Parteivorstand und der Parteirat stimmen dem von der Arbeitsgruppe Bahnreform entwickelten Konzept und Strukturmodell zur Zukunft der Deutschen Bahn zu.

Damit ist klar:

- Mit uns wird es keine Zerschlagung der DB AG geben. Wir halten am integrierten Konzern und damit auch am konzerninternen Arbeitsmarkt fest. Eine Privatisierung der DB AG (Holding) lehnen wir ab.
- Der Bund darf in der Wahrnehmung seiner Eigentumsrechte nicht eingeschränkt werden. Er muss die Verantwortung für die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge behalten, um seinem im Grundgesetz fixierten Auftrag gerecht zu werden.
- Private Investoren dürfen keinen Zugriff auf die Kernaufgaben der DB AG ausüben. Hierzu gehört nicht nur die Infrastruktur, sondern auch die Sicherstellung eines Personennah- und Fernverkehrs mit vernünftiger Vertaktung.

Wir lehnen eine über die 24,9% hinausgehende Beteiligung privater Investoren an der Betriebsgesellschaft VuL AG konsequent ab. Die

Begrenzung privater Beteiligung auf 24,9% hat für die SPD grundsätzliche Bedeutung und ist deshalb in Koalitionsgesprächen nicht verhandelbar.

Wir bekräftigen die Notwendigkeit, durch Verträge die Aufrechterhaltung des Fernverkehrsangebotes und die Vertaktung mit dem Nahverkehr sicherzustellen. Der Bundesverkehrsminister wird gebeten, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und Parteivorstand und Parteirat darüber zu unterrichten. Der Bund als Anteilseigner der Bahn AG soll sicherstellen, dass bis zur Vorlage dieses Konzeptes keinerlei Fakten geschaffen werden, die diesem Anspruch widersprechen.

Wir begrüßen die verbindliche Festlegung der Verwendung der Erlöse aus der Teilprivatisierung auf Erhöhung des Eigenkapitals der DB AG, der Finanzierung des Investitionsprogramms ‚Zukunft der Bahn – Bahn der Zukunft‘ mit etwa einem Drittel der Gesamterlöse und der Zuführung an den Bundeshaushalt.“

Präsidium, 28. April 2008

Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen

I. Auftrag und Vorgehen der Arbeitsgruppe

Das Präsidium hat am 10. Dezember die Einsetzung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe zum Thema „Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen“ beschlossen und Joachim Poß mit der Leitung dieser AG betraut.

Als konkrete Fragestellungen waren die Verbesserung der Transparenz, die Begrenzung der Steuerabzugsfähigkeit, die Überprüfung von Nebenleistungen sowie die Verstärkung von Selbstverpflichtungen der Wirtschaft genannt.

Die Arbeitsgruppe hat sich in mehreren Sitzungen mit diesen Fragestellungen befasst und hat dabei Vorschläge für konkrete gesetzliche Maßnahmen entwickelt, die in diesem Bericht vorgestellt werden. Hierzu wird die AG auch kurzfristig fertige Formulierungsvorschläge vorlegen können.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex ist bereits im vergangenen Jahr um einige Empfehlungen, die den Themenkreis der AG betreffen, ergänzt und erweitert worden (z. B. Empfehlungen zur Begrenzung von Abfindungen). Um den Charakter des Kodex als Empfehlung zur Selbstverpflichtung der Wirtschaft zu wahren und zu stärken, empfiehlt die AG nur sehr behutsam Übernahmen von Kodexformulierungen in die Gesetzestexte. Gleichwohl hat sich die AG insbesondere bei den Vorschlägen zur Konkretisierung der Angemessenheitskriterien in § 87 AktG an verschiedene im Kodex formulierte Überlegungen angelehnt.

Die AG wird ihre Arbeit auf Basis der bisherigen Ergebnisse in den kommenden Wochen zügig abschließen können. In einem Punkt, der Weiterentwicklung der Transparenzvorgaben des Gesetzes zur Offenlegung von Vorstandsvergütungen (VorstOG) ist noch eine inhaltliche Prüfung vereinbart. Nach Vorlage der Formulierungsvorschläge wäre dann zu entscheiden, in welcher Form die Endergebnisse der AG in die Arbeit der Koalition eingebracht werden sollen.

Sehr hilfreich war der in zwei Sitzungen der AG intensiv geführte Dialog mit Gewerkschaftsvertreter/inne/n mit AR-Erfahrung sowie mit aktiven Vorstandsmitgliedern von Großunternehmen mit gewerkschaftlichem Hintergrund. Die Gewerkschaften befassen sich ebenfalls

sehr intensiv mit diesem Thema und bereiten eine eigene Beschlussfassung hierzu vor. Ebenfalls sehr hilfreich war eine Anregung von Bundesminister a.D. Jürgen Schmude hinsichtlich der Transparenz der Entscheidungsprozesse in den Aufsichtsräten.

II. Ausgangsüberlegungen der Arbeitsgruppe

1. Die Entwicklung der Managergehälter, insbesondere der Vorstandsbezüge in Großunternehmen hat sich in den vergangenen Jahren in dramatischer Weise von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt: Die Einkommen der Chefs der DAX-Unternehmen stieg dabei vom 14-fachen des jeweiligen durchschnittlichen Belegschaftsgehalts auf das 44fache. Diese Entwicklung setzt sich auch aktuell weiter fort.

Hinweise auf Leistung oder Verantwortung allein können als Begründung für einen derartig atemberaubenden Anstieg kaum glaubhaft ins Feld geführt werden. Das gilt insbesondere für Fälle, in denen Top-Managern, die wegen Erfolglosigkeit ihren Platz räumen müssen, dann noch Millionen-Abfindungen vor allem als Ausgleich für die bis zum Vertragsende vereinbarten Gehaltszahlungen gewährt werden.

2. Eine zentrale Ursache dieser Entwicklung war die extreme Ausweitung variabler, an die Gewinn- bzw. Börsenkursentwicklung der Unternehmen gekoppelter Vergütungsbestandteile für das Top-Management. Diese besondere Vergütungsstruktur und -höhe dient dem Top-Management als Anreiz, das Tagesgeschäft der Unternehmensführung einseitig im Sinne des heute in der Regel kurzfristig ausgerichteten Interesses von Anteilseignern an der Steigerung des Börsenwertes der Unternehmen („shareholder value“) zu betreiben. Das eher an nachhaltiger Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten ausgerichtete Interesse der Belegschaften und anderer so genannter „stakeholder“ der Unternehmen gerät dadurch systematisch in den Hintergrund.

3. Die Abkopplung der Managergehälter von der allgemeinen Einkommensentwicklung stellt gerade vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren zu verzeichnenden Realeinkommenseinbußen breiter Arbeitnehmerschichten eine spürbare Belastung für die Akzeptanz unseres demokratisch und marktwirtschaftlich organisierten Gemeinwesens dar. Zudem zeigt sich in der aktuellen internationalen Finanzkrise, dass die auch im Bankensektor extrem auf den Kurzfristserfolg ausgerichteten Vergütungsstrukturen eine Ursache für das Eingehen übermäßiger Risiken in diesen Unternehmen war – mit weltweit sichtbar negativen Folgen für die Volkswirtschaften und öffentlichen Haushalte.

Die klar erkennbaren sozialen wie gesamtwirtschaftlichen Folgeschäden überzogener und anreizverzerrter Managementvergütungen rechtfertigen ein öffentliches Interesse und letztlich auch eine Einflussnahme des Gesetzgebers. Die von den Nutznießern dieser Vergütungsstrukturen reklamierte Vertragsfreiheit findet dort auch in unserer freiheitlichen Rechtsordnung ihre Grenzen, wo Dritten massive Nachteile durch diese Vereinbarungen entstehen.

4. Dabei streben wir ausdrücklich keine konkreten gesetzlichen Vorgaben oder Deckelungen für bestimmte Vergütungsstrukturen und -höhen an. Wir wollen aber, dass dort wo unsere Rechts- und Wirtschaftsordnung seit Jahrzehnten den Platz für die Entscheidung über solche Zahlungen vorsieht, namentlich in den mitbestimmten Aufsichtsräten der börsennotierten Unternehmen, künftig wieder mit mehr Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein über Vorstandsvergütungen entschieden wird.

Wir sehen hingegen ausdrücklich keinen Sinn in einer Verlagerung der entsprechenden Entscheidungskompetenzen von den Aufsichtsräten in die Hauptversammlungen – letztere werden regelmäßig genau

von den kurzfristig orientierten Finanzinvestoren dominiert, in deren ausdrücklichen Interesse die problematischen Vergütungsentwicklungen im Vorstandsbereich zumindest bisher lagen.

III. Konkrete Empfehlungen der Arbeitsgruppe

1. Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein bei AR-Entscheidungen über die Höhe von Vorstandsvergütungen bzw. -abfindungen wollen wir gesetzgeberisch mit Maßnahmen im Bereich des Aktienrechts, des Steuerrechts und ggf. auch des Handelsrechts anstoßen und stärken. Dabei geht es uns vor allem um

- die Stärkung der Transparenz sowohl des Entscheidungsverfahrens selbst wie auch der Darstellung der Entscheidungsergebnisse
- die Konkretisierung der bereits vorhandenen gesetzlichen Kriterien für die Angemessenheit von Vorstandsvergütungen im Sinne einer nicht auf den kurzfristigen shareholder value ausgerichteten Unternehmensführung
- die Verdeutlichung der Haftungsfolgen für Aufsichtsräte in Fällen, in denen diese Angemessenheit nicht gewahrt wurde
- die Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Vorstandsbezügen und -abfindungen als Betriebsausgaben auf eine Größenordnung von 1 Mio. € + 50 % des darüber hinausgehenden Betrags.

2. Konkret hat sich die AG bisher auf die Empfehlung von Änderungen folgender gesetzlicher Einzelregelungen verständigt:

- Ergänzung von § 107 Abs. 3 AktG durch die Aufnahme der Entscheidung über Vorstandsvergütungen in den Katalog der nicht vom AR-Plenum an besondere Ausschüsse delegierbaren Entscheidungen
- Ergänzung von § 116 AktG durch eine Formulierung, die die Haftungsfolgen für AR-Mitglieder bei Missachtung des Angemessenheitsgebots des § 87 AktG verdeutlicht
- Änderung von § 193 AktG mit dem Ziel einer Ausweitung der Ausübungsfrist für Aktienoptionen von bisher 2 auf künftig 3 Jahre
- Ergänzung von § 87 Abs. 1 AktG durch weitere Kriterien, die die Angemessenheit konkreter Vergütungsvereinbarungen zusätzlich zu den bisherigen Kriterien ins Verhältnis nicht nur zu den Aufgaben sondern auch zu den Leistungen des einzelnen Vorstandsmitglieds, nicht nur zur Lage der Gesellschaft, sondern auch zur (branchen- und landes-) üblichen Vergütung setzen. Ergänzend sollen die Kriterien einer angemessenen Vergütung künftig auch ausdrücklich langfristige Verhaltensanreize zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beinhalten.
- Änderung des § 4 Abs. 5 EStG und/oder des § 10 KStG mit dem Ziel einer Beschränkung des vollständigen Betriebsausgabenabzugs für Vorstandsvergütungen bzw. -abfindungen auf einen Betrag von 1 Mio. €. Hierüber hinausgehende Beträge sollen künftig nur zu 50 % zum Abzug als Betriebsausgaben zugelassen werden.

3. Zu prüfen ist noch eine mögliche Ergänzung des § 285 HGB mit dem Ziel einer Konkretisierung der Verpflichtung zur Offenlegung von Versorgungsleistungen an Vorstandsmitglieder. In Würdigungen der Wirkungen des Gesetzes zur Offenlegung von Vorstandsvergütungen (VorstOG) ist die mangelnde Aussagekraft und Vergleichbarkeit der diesbezüglichen Angaben in den Vergütungsberichten der Unternehmen mehrfach kritisch aufgegriffen worden.

IV. Abschluss der Arbeiten der AG

Im Falle der Billigung dieses Berichts durch das Präsidium wird die AG ihre Arbeit in beschriebener Weise in den kommenden Wochen zügig zum Abschluss bringen und konkrete Formulierungsvorschläge für die empfohlenen Gesetzesänderungen vorlegen.

Mitglieder der AG

„Transparenz und Angemessenheit von Managerbezahlungen“

Joachim Poß, MdB, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender (Leitung)
 Brigitte Zypries, MdB, Bundesministerin der Justiz
 Prof. Dr. Ingolf Deubel, Finanzminister Rheinland-Pfalz
 Nicolette Kressl, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin BMF
 Ludwig Stiegler, MdB, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
 Christian Lange, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer
 Joachim Stünker, MdB, Rechtspolitischer Sprecher

Präsidium, 28. April 2008

Einigung der Bundesregierung zum BKA-Gesetz begrüßt

Das SPD-Präsidium begrüßt die Einigung der Bundesregierung zum Gesetz über die neuen Befugnisse für das Bundeskriminalamt. Der Entwurf trägt die Handschrift sozialdemokratischer Sicherheitspolitik und bewahrt damit die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Die neue, länderübergreifende Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes (BKA) zur präventiven Bekämpfung des internationalen Terrorismus wird es ermöglichen, adäquat und in kollegialer Zusammenarbeit mit den Länderpolizeien auf internationale Gefahren zu reagieren. Auch die SPD-Innenminister und -senatoren in den Ländern tragen das Gesetz vorm Grundsatz her mit.

Es war der sozialdemokratische Bundesinnenminister Otto Schily, der die Gefahren des internationalen Terrorismus erkannt und nach dem 11. September 2001 die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, um die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland vor terroristischen Gefahren zu bewahren. Von dieser Politik profitiert Deutschland noch heute. Mit der Föderalismus-Reform haben wir im Grundgesetz die Voraussetzungen geschaffen, damit das BKA neben der Strafverfolgung künftig auch bei der Abwehr der Gefahren des internationalen Terrorismus handeln kann. Mit dem neuen BKA-Gesetz wird diese Verfassungsänderung nun umgesetzt. Es geht dabei – abgesehen von der Online-Durchsuchung – nicht um neue oder schärfere polizeiliche Befugnisse. Es geht darum, dass künftig das BKA zur Terrorismusbekämpfung jene Befugnisse bekommt, die die Landespolizeien heute bereits haben.

Das Gesetz enthält insgesamt 16 polizeiliche Maßnahmen, die das BKA für seine Aufgabe der Terrorismusbekämpfung erhalten soll, und die sich auch in den meisten Polizeigesetzen der Länder wiederfinden. Neben Befugnissen wie Durchsuchung von Personen und Sachen, Sicherstellung, Rasterfahndung, Observation und Telekommunikationsüberwachung gehört hierzu auch die akustische und optische Wohnraumüberwachung. Diese ist nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer dringenden Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Staates oder anderer genau bezeichneter höchstrangiger Rechtsgüter erforderlich ist. Sie hält sich im Rahmen der Vorgaben von Artikel 13 GG. Ihre grundsätzliche Verfassungsmäßigkeit steht außer Zweifel.

Dank der konsequenten Haltung der SPD liegt nun für die Online-Durchsuchung eine Regelung vor, die sich penibel an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hält. Es war richtig, auf die Entscheidung aus Karlsruhe zu warten. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hat zudem durchgesetzt, dass die Online-Durchsuchung zwar zulässig, ein heimliches Eindringen in die Wohnung zum Aufbringen der Software aber nicht erlaubt ist. Mit dem neuen Vorschlag ist es zudem möglich, auch Internet-Telefonie und E-Mails zu entschlüsseln, wenn dies zur

Abwehr einer terroristischen Gefahr notwendig ist. Die Rechte der Betroffenen bleiben durch umfangreiche verfahrensmäßige Sicherungen wie Richtervorbehalt bei der Anordnung, Befristungen, Regelungen zum Schutz des Kernbereiches privater Lebensgestaltung und Benachrichtigungspflichten gewahrt.

Mit der Einigung liegt ein guter Entwurf vor, mit dem auch eine abschließende Verständigung mit den Ländern möglich sein sollte.

Präsidium, 28. April 2008

Wir stehen zur Gesundheitsreform

Die SPD steht zur beschlossenen Gesundheitsreform in allen ihren Teilen. Wer aus populistischen Gründen, aus Lobby- oder Einzelinteressen heraus einzelne Teile der Gesundheitsreform in Frage stellt, untergräbt das Vertrauen der Menschen ins Gesundheitswesen und in politische Verlässlichkeit und behindert die notwendigen Arbeiten zur Umsetzung der Reform. Die SPD weist die polemischen Angriffe der CSU auf Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt entschieden zurück.

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik gewährleistet im Krankheitsfall auch gleichen Versorgungsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht, und garantiert, dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Die Gesundheitsreform 2006 war ein Kompromiss, den wir in harten Verhandlungen mit der Union erreicht haben. Wir konnten wichtige Inhalte sozialdemokratischer Gesundheitspolitik durchsetzen.

Mit der Gesundheitsreform tragen wir dafür Sorge, dass alle Menschen in Deutschland, egal wo sie wohnen gut versorgt werden können.

Zum ersten Mal gibt es für alle Bürgerinnen und Bürger Krankenversicherungsschutz, der für alle bezahlbar ist.

Wir haben Leistungen verbessert, z. B. bei Schutzimpfungen, der Versorgung Sterbenskranker, bei Kuren und der Rehabilitation.

Verkrustete Strukturen werden aufgebrochen. Mehr Vertragsmöglichkeiten wie Hausarztverträge und Rabattverträge machen die medizinische Versorgung besser und effektiver.

Die Neuordnung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ist ein großer Schritt auf dem Weg zur Verbreiterung der gesamtstaatlichen Solidarität und einer gerechten Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an den Aufwendungen im Gesundheitswesen. Wir stellen die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Jungen und Alten, zwischen Menschen mit hohen und Menschen mit niedrigen Einkommen und zwischen ärmeren und reicheren Regionen auf eine neue Grundlage. Das sind zentrale sozialdemokratische Anliegen, an denen wir festhalten.

Für uns gilt das Prinzip: das Geld folgt der medizinischen Versorgung.

Die Neuordnung der Finanzierung besteht aus mehreren Elementen:

- der Einführung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs,
- der Festlegung eines einheitlichen Krankenversicherungsbeitrages,
- dem schrittweise anwachsenden Steuerzuschuss zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben der GKV und
- der Reform des ärztlichen Vergütungssystems.

Der Gesundheitsfonds hat keinen Selbstwert, er ist weder gut noch schlecht, er ist ein Instrument. Zum Kompromiss des Gesundheits-

fonds mit seinem gerechteren Verteilungsmechanismus der Mittel im Gesundheitswesen gehören alle Elemente der Reform. Ohne den Gesundheitsfonds sind die übrigen Elemente nicht zu haben und zum Beispiel ein hoher Steuerzuschuss an die Krankenkassen ökonomisch auch riskant. Die bayerische Konvergenzklausel ist eigentlich entbehrlich, aber wir stehen auch hier zu einer praktikablen und gerechten Umsetzung.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleibt es bei dem langfristigen Ziel, ein solidarisch finanziertes Krankenversicherungssystem für alle zu entwickeln. Wir wollen die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen. Für die Bürgerversicherung ist der Gesundheitsfonds als solidarischer Verteilungsmechanismus ein wichtiges Instrument.

Präsidium, 6. Mai 2008

Beschäftigungsfähigkeit Älterer stärken und den gleitenden Übergang in den Ruhestand ausbauen

Das SPD-Präsidium hat sich am Montag mit dem Thema Beschäftigung Älterer und dem Ausbau von Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand beschäftigt. Es hat dabei begrüßt, dass die Beschäftigungsentwicklung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich positiv entwickelt. So ist die Erwerbstätigenquote der über 55-jährigen in den letzten zehn Jahren von 38 Prozent auf über 52 Prozent gestiegen.

Wir wollen unsere Politik für die Stärkung der Erwerbsbeteiligung Älterer fortsetzen. Die Maßnahmen der Initiative 50plus weisen in die richtige Richtung. Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit und die Erwerbstätigkeit älterer Beschäftigter werden für viele aber trotzdem nur realistisch, wenn den hart arbeitenden Beschäftigten die Chance eingeräumt wird, im Alter auch kürzer zu treten, und dies solidarisch abgesichert wird.

Hierzu haben wir vier Punkte vorgeschlagen:

1. Die Teilrente soll als Instrument eines flexiblen Ausstiegs aus dem Erwerbsleben stärker als bisher genutzt werden können. Hierzu sollen die Hinzuverdienstgrenzen deutlich angehoben werden oder ganz wegfallen.
2. Ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitverkürzung im Alter bleibt die Altersteilzeit. Die SPD hat bereits dafür gesorgt, dass die Aufstockungsbeträge weiterhin von der Zahlung der Steuern und SV-Beiträgen befreit bleiben. Ein Zuschuss der BA soll ab 2010 befristet bis 2015 künftig nur noch für die Fälle erfolgen, in denen der Arbeitgeber die frei gewordene Stelle mit einem Absolventen oder einer Absolventin eines staatlich anerkannten Ausbildungsberufes wiederbesetzt. Für Kleinbetriebe wird geprüft, ob die BA-Förderung auch gezahlt werden kann, wenn im Gegenzug Auszubildende eingestellt werden.
3. Die Möglichkeit, Zusatzbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zu entrichten, haben bislang nur die Versicherten und dies nur zum Zweck der Vermeidung von Abschlägen. Die SPD will, dass künftig auch die Arbeitgeber Zusatzbeiträge leisten können und diese auch Renten steigernd eingezahlt werden können.
4. Da immer mehr Betriebe Langzeit-Arbeitszeitkonten nutzen, muss die Verpflichtung zur Insolvenzversicherung gesetzlich geregelt werden.

Wortlaut:

Für die Weiterentwicklung der Altersteilzeit und der Teilrente

Die Beschäftigungsentwicklung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelt sich positiv. Die Erwerbstätigenquote der über 55-jährigen ist in den letzten zehn Jahren von 38 Prozent auf über 52 Prozent gestiegen und übertrifft damit bereits heute das Ziel der Lissabon-Strategie von 50 Prozent bis 2010.

Die Bundesregierung hat unter sozialdemokratischer Verantwortung die richtigen Schritte für eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer eingeleitet. Die Maßnahmen der Initiative 50plus und neue Instrumente zur Reintegration von Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen weisen in die richtige Richtung. Diesen Kurs werden wir konsequent fortsetzen, denn wir brauchen die Erfahrungen und Kenntnisse älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bereits im Oktober 2007 hat die SPD Eckpunkte vorgestellt, wie die langfristige Anhebung des Renteneintrittsalters durch geeignete arbeitsmarkt- und sozialpolitische Regelungen sinnvoll flankiert werden kann. Kernpunkte sind Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Regelungen, die gleitende Übergänge aus der Arbeit in die Rente ermöglichen.

Nicht nur die Politik, vor allem die Tarifpartner sind gefordert. Altersveränderte Belegschaften und differenzierte Altersstrukturen müssen von allen betrieblichen Akteuren wahrgenommen werden. Altersbezogenes Personalmanagement muss sich etablieren. Innovation, Qualifizierung und Wissens- und Erfahrungstransfer muss in den Belegschaften organisiert werden.

Die durchschnittliche Lebenserwartung wird in den nächsten 20 Jahren weiter steigen. Vielen Menschen wird es möglich sein, länger zu arbeiten und gesund zu bleiben. Deshalb war es richtig und notwendig, das gesetzliche Renteneintrittsalter bis 2029 auf 67 Jahre zu erhöhen. Angesichts des sich verändernden Altersaufbaus der Bevölkerung und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels stabilisiert diese Entscheidung die Rentenfinanzen und stärkt die Wachstumskräfte in Deutschland.

Verantwortliche Politik darf aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass besonders Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in belastenden Berufen oder mit belastenden Arbeitszeiten die Chance auf einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand brauchen. Die SPD hat eine Arbeitsgruppe „Altersgerechtes Arbeiten – Zukunftssichere Renten“ unter Leitung von Elke Ferner eingerichtet, die bis zum Herbst dieses Jahres ein Gesamtkonzept vorlegen wird.

Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit und der Erwerbstätigkeit älterer Beschäftigter wird für viele nur realistisch, wenn – neben den notwendigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen – hart arbeitenden Beschäftigten die Chance eingeräumt wird, im Alter auch kürzer zu treten und dies solidarisch abgesichert wird. Dafür gilt es individuelle Entscheidungsmöglichkeiten zu erweitern ohne die sozialen Sicherungssysteme zu belasten.

1. Teilrente

Wir wollen die Teilrente als Instrument eines flexibleren Ausstiegs aus dem Erwerbsleben stärker nutzen. Bereits heute ist es möglich, eine Rente als Teilrente in Höhe von $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{2}$ oder $\frac{2}{3}$ einer Vollrente zu beziehen, wenn die Voraussetzungen für den Bezug einer vorgezogenen Altersrente mit Abschlägen erfüllt sind. Die Inanspruchnahme ist jedoch sehr gering, weil die Möglichkeit vielen Menschen nicht bekannt und die Regelung der Hinzuverdienstgrenzen kompliziert ist.

Das Präsidium der SPD spricht sich für die Weiterentwicklung des Rentenmodells in folgender Form aus:

Ab 2010 soll eine Teilrente unter Wegfall bzw. mit einer deutlichen Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen bereits ab dem 60. Lebensjahr in Anspruch genommen werden können, wenn

- durch den Teilrentenbezug im späteren Verlauf keine Abhängigkeit von der Grundsicherung im Alter verursacht wird,
- mit dem Arbeitgeber eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung vereinbart ist und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt, sowie
- der auf die Teilrente entfallende erhöhte Abschlag durch Beitragszahlung des Arbeitgebers ausgeglichen worden ist.

2. Altersteilzeit

Ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitverkürzung im Alter bleibt die Altersteilzeit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, dass die Aufstockungsbeiträge weiterhin von der Zahlung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge befreit bleiben.

Damit haben wir die Voraussetzung geschaffen, dass dieses Instrument auch in Zukunft den Betrieben und ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Verfügung steht.

Das Präsidium der SPD bekräftigt diese Entscheidungen und spricht sich für folgende Ergänzungen aus:

- Altersteilzeit soll ab 2010 für alle Neuanträge erst ab dem 57. Lebensjahr möglich sein. Damit wird die Anhebung der Regelaltersgrenze um zwei Jahre bei der Altersteilzeit nachvollzogen.
- Eine Förderung des Personalabbaus in den Unternehmen mit Beitragsmitteln lehnen wir ab. Altersteilzeit kann in Zukunft und zeitlich befristet bis zum Jahr 2015 nur dann noch durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden, wenn der Arbeitgeber die freigewordene Stelle mit einem Ausbildungsabsolventen bzw. einer Ausbildungsabsolventin in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf wiederbesetzt. Für Kleinbetriebe ist zu prüfen, ob die Förderung auch gezahlt werden kann, wenn im Gegenzug Auszubildende eingestellt werden. Denn die Betriebe bilden trotz aller Anstrengungen derzeit immer noch zu wenig aus, um den absehbaren akuten Bedarf an Fachkräften in unserem Land zu befriedigen. Durch diese Maßnahme wird mehr jungen Menschen die gewünschte betriebliche Ausbildung und die Übernahme in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis ermöglicht.

Die Förderung der Bundesagentur würde damit zielgerichteter als bisher eingesetzt werden und würde einen zusätzlichen Beitrag zur Verminderung des Fachkräftemangels leisten.

3. Verbreiterung der Möglichkeit, Zusatzbeiträge zu entrichten

Bisher können nur seitens der Versicherten und nur zum Zweck der Abschlagvermeidung Zusatzbeiträge auf das Rentenkonto eingezahlt werden.

- Entsprechend dem Abschlussbericht der AG „Arbeitsbedingungen verbessern – Rentenzugang flexibilisieren“ für den Hamburger Parteitag wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass Zusatzbeiträge jederzeit von den Versicherten und/oder ihren Arbeitgebern Abschlag mindernd oder Renten steigernd auf dem Rentenkonto des/der Versicherten eingezahlt werden können.

4. Absicherung von Lebensarbeitszeitkonten

Immer mehr Betriebe nutzen Arbeitszeitkonten als Instrument innovativer Arbeitszeitpolitik. Lebensarbeitszeitkonten können als sinnvolles

Instrument für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand genutzt werden. Die Vereinbarung solcher Kontenmodelle liegt in der Verantwortung der Tarifpartner. Die Politik muss aber die Rahmenbedingungen für solche Vereinbarungen verbessern.

Das Präsidium der SPD spricht sich für die gesetzliche Verpflichtung zur Insolvenzversicherung solcher Arbeitszeitkonten aus.

Mit diesen Vorschlägen wollen wir den berechtigten Wünschen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach flexibleren Übergängen in den Ruhestand entgegenkommen und gleichzeitig die Chancen junger Menschen für einen guten Einstieg in das Berufsleben erhöhen.

Präsidium, 19. Mai 2008

Rechtsanspruch auf Nachholen des Hauptschulabschlusses

Jugendlichen und Erwachsenen ohne Schulabschluss neue Chancen eröffnen – Rechtsanspruch auf Nachholen des Hauptschulabschlusses/der Berufsreife einführen

Das SPD-Präsidium begrüßt die Initiative von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, einen Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses einzuführen. Jede Bürgerin und jeder Bürger unseres Landes muss die Möglichkeit erhalten, den Hauptschulabschluss (Berufsreife) nachholen zu können.

Jährlich verlassen fast 80.000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss. Diese jungen Menschen haben besondere Schwierigkeiten bei der Suche nach einem regulären Ausbildungsplatz und tragen damit ein erhebliches Risiko, langfristig arbeitslos zu sein. So waren im April 2008 laut Bundesagentur für Arbeit rund 510.000 Bürgerinnen und Bürger ohne Schulabschluss arbeitslos.

Der Rechtsanspruch auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses (Berufsreife) gehört zu einem Vorsorgenden Sozialstaat. Wir knüpfen damit auch an die Bemühungen an, die bereits in vielen Bundesländern unternommen werden, und erhöhen die Chance aller Bürgerinnen und Bürger auf eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. So eröffnen wir allen neue individuelle Lebenschancen. Wir bauen Bildungsdefizite ab und gehen präventiv gegen Arbeitslosigkeit vor.

Deutschland braucht gut ausgebildete Fachkräfte. Ein erfolgreicher Schulabschluss ist dafür eine grundlegende Voraussetzung. Wir können es uns nicht leisten, wertvolle Potenziale brach liegen zu lassen. Menschen, die in der Schule gescheitert sind, brauchen eine 2. und 3. Chance – diese wollen wir ihnen geben.

Auf dem Ausbildungsmarkt zeichnet sich derzeit eine Entspannung ab. Das Angebot an Ausbildungsplätzen ist angesichts der guten konjunkturellen Entwicklung in einem erfreulichen Maß gestiegen. Es geht nun darum, dass alle Jugendlichen eine berufliche Ausbildung antreten und erfolgreich abschließen können. Dazu dient der von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzte Ausbildungsbonus. Mit ihm erhalten Jugendliche, die sich bereits für das Vorjahr oder früher erfolglos um einen Ausbildungsplatz bemüht haben endlich die Chance, in das Arbeitsleben einzusteigen.

Mit dem Ausbildungsbonus und dem Rechtsanspruch auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses/der Berufsreife sorgt die SPD für mehr Chancengerechtigkeit.

Präsidium, 19. Mai 2008

Eine Politik für Nahrungssicherheit und Nachhaltigkeit

Die Preise für Nahrungsmittel sind weltweit stark gestiegen. Viele Menschen in Entwicklungsländern können die verteuerten Lebensmittel nicht mehr bezahlen. Konflikte um Nahrungsmittel und Ressourcen können auch zu einem Problem der internationalen Sicherheit werden.

Nach Angaben der FAO ist der Preisindex für Nahrungsmittel (FAO Food Price Index) im Zeitraum von März 2007 bis März 2008 um 57 % gestiegen. Dieser Trend kann sich fortsetzen. Zudem drohen mit dem zunehmenden Klimawandel Produktionsrückgänge von teilweise mehr als 25 % in fast allen Entwicklungsländern.

Diese Entwicklung trifft besonders die Ärmsten der Armen. In den Ländern, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind (v. a. in Afrika), kann die lokale Nachfrage kaum noch befriedigen. Hunger, Mangelernährung, Unruhen und Instabilität sind die Folge. Die Fortschritte der letzten fünf bis zehn Jahre beim ersten Millennium Entwicklungsziel (Halbierung von Armut und Hunger) können in kürzester Zeit wieder zunichte gemacht werden.

Diese Entwicklung ist eine Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft. Notwendig ist eine umfassende Analyse der Ursachen mit einem international abgestimmten Handlungskonzept. Dieses Thema muss auf dem G8-Gipfel, im Juli 2008 in Japan behandelt werden.

Die Ursachen für den internationalen Preisanstieg bei Lebensmitteln sind vielfältig:

- Stärkere Nachfrage und veränderte Ernährungsgewohnheiten: Die Zunahme von Kaufkraft in vielen Entwicklungsländern und insbesondere in den Schwellenländern hat zu einer gestiegenen Lebensmittelnachfrage und veränderten Ernährungsgewohnheiten geführt. Es wird mehr Fleisch und Milch verzehrt – wie dies in den Industrieländern schon lange der Fall ist.
- Bevölkerungswachstum: Zusätzlich führt das nach wie vor anhaltende globale Bevölkerungswachstum zu einer Steigerung der Lebensmittelnachfrage um 2 % jährlich.
- Spekulationen: Die internationalen Kapitalmärkte sind auf der Suche nach lukrativen und relativ zukunftssicheren Anlagemöglichkeiten wieder auf die Agrarmärkte aufmerksam geworden. Wer auf steigende Lebensmittel in der Welt spekuliert, wer mit dem Hunger in der Welt spekuliert, verstößt gegen jedes ethische Prinzip.
- Mangelnde Investitionen in landwirtschaftliche Produktivität: Durch die mit Subventionen verbilligten Exporte von landwirtschaftlichen Überschüssen der Industrieländer in die Entwicklungsländer, sind die Preise auf deren lokalen Märkten in der Vergangenheit auf ein Niveau gesunken, mit dem die einheimische Landwirtschaft selbst bei geringen Löhnen nicht mithalten konnte. Weil es sich unter diesen Bedingungen nicht mehr lohnt in die Landwirtschaft zu investieren, sind viele v. a. afrikanische Länder heute zu Nettonahrungsmittelimporteuren geworden.
- Klimawandel: Die Verschiebung von Regenzeiten und die Verringerung von Niederschlagsmengen infolge des Klimawandels treffen vor allem die südliche Hemisphäre und führen schon heute zu einer verringerten Produktivität der Landwirtschaft vieler Entwicklungsländer.
- Abnahme der Biodiversität: Der Rückgang der biologischen Vielfalt und der für die Kulturpflanzen bedeutsamen genetischen Ressourcen ist ebenfalls eine Bedrohung für die Ernährungssicherheit und wird ohne Gegenmaßnahmen die Nahrungsmittelknappheit verstärken.

- **Überhitzung der globalen, regionalen und lokalen Märkte:** Manche Länder, die bisher Nahrungsmittel exportiert haben, haben im Zuge der Versorgungskrise Exportstopps oder Exportabgaben für landwirtschaftliche Produkte verhängt. Auf Importe angewiesene Nachbarländer geraten dadurch in noch größere Schwierigkeiten und der Weltmarktpreis wird durch Verknappung weiter nach oben getrieben.
- **Gestiegene Ölpreise:** Energiepreise wirken sich auf Nahrungsmittelpreise aus, da die Kosten der Landbearbeitung, von Dünger und Bewässerung sowie des Transports steigen.
- **Nachfrage nach Bioenergie:** Auch der global wachsende Anbau für Biodiesel und Bioethanol kann zum Preisanstieg von Nahrungsmitteln führen. Deshalb ist eine Politik des Augenmaßes und der Nachhaltigkeit bei der Nutzung der Biokraftstoffe erforderlich. Förderinstrumente und Quoten müssen vor diesem Hintergrund neu bewertet werden.

Kein Politikbereich kann die Probleme alleine lösen – Klima-, Umwelt-, Entwicklungs-, Agrar-, Energie-, Handels-, Außen- und Sicherheitspolitik müssen zusammenwirken.

Kein Staat kann die Probleme alleine lösen – internationale Zusammenarbeit ist essentiell. Schon 1996 und 2002 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Welt auf zwei Welternährungsgipfeln die Halbierung der Zahl der Hungernden bis 2015 zum Ziel gesetzt. Um diese Ziele zu verwirklichen, ist eine Initiative der G8 notwendig, die unter den gewandelten Rahmenbedingungen die erforderlichen Maßnahmen anstößt.

- **Die Märkte beruhigen**
Oberstes Gebot ist, die Märkte wieder zu beruhigen. Es darf keine protektionistischen Maßnahmen geben, die zu weiteren Verknappungen und Preisspiralen führen. Dafür brauchen die betroffenen Länder Sicherheit in Form von klaren internationalen Hilfszusagen. Denn wenn sie auf die eigenen Schutzmaßnahmen verzichten wollen, benötigen sie die Garantie, dass die Versorgung ihrer Bevölkerung gewährleistet werden kann und müssen sich auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft verlassen können.
- **In eine sozial- und naturverträgliche Landwirtschaft investieren**
Die Produktivität der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ist signifikant zu steigern, ohne die natürlichen Ressourcen, die die Grundlage jeder agrarischen Produktion sind, zu schädigen. Dabei kann ein Programm helfen, das zu geringen Preisen und breitenwirksam die grundlegenden konventionellen landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Dünger, Saatgut, Kredit) zur Verfügung stellt und die Vermarktung der Produkte gewährleistet. Gleichzeitig muss den Landwirten aber auch der umweltverträgliche Umgang mit diesen Betriebsmitteln nahe gebracht werden.
- **Nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung fördern**
Das afrikanische Landwirtschaftsentwicklungsprogramm CAADP (*Comprehensive Africa Agriculture Development Programme*) der Afrikanischen Union stellt einen herangereiften „Investment Plan“ dar. Die Lehren aus dem Weltentwicklungsbericht 2008 setzen die Prioritäten. Auch die Entwicklungsländer müssen in ihre nachhaltige ländliche Entwicklung investieren. Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft haben dabei höchste Priorität. Die afrikanischen Länder haben sich verpflichtet, mindestens 10 % ihrer Haushalte in diesem Bereich zu investieren.
- **Klimaschutz vorantreiben**
Eine konsequente Klimaschutzpolitik Deutschlands und der EU ist weiterhin von größter Bedeutung, um klimabedingte Ernteausfälle zu begrenzen. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf maximal 2 °C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Dabei sind internationale Vereinbarungen für ein Post-Kyoto-Abkommen unverzichtbar. Die Industrieländer müssen Mit-

tel für Technologietransfer und Adaptionen gerade in den ärmsten Ländern zur Verfügung stellen.

- **Sicherung der biologischen Vielfalt**
Der Schutz der biologischen Vielfalt als Grundlage jeder landwirtschaftlichen Produktion muss weltweit vorangetrieben werden; dies umfasst auch die Diskussion internationaler Initiativen zur Agrobiodiversität auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Bonn im Mai 2008.
- **Agrarexportsubventionen abbauen**
Der endgültige Abbau von Exportsubventionen im Rahmen der WTO muss unser Ziel bleiben, damit langfristig bei wieder normalisierten Angebots- und Nachfrageverhältnissen die marktverzerrende Tretmühle des Exportdumping nicht mehr einsetzen kann; weitere Umorientierung der EU-Agrarpolitik weg von marktverzerrenden Agrarsubventionen, die bisher eine selbsttragende Landwirtschaft in den Entwicklungsländern behindert haben, hin zu einer Politik für den ländlichen Raum auch in der EU.
- **Biokraftstoffe nachhaltig entwickeln**
Bioenergie ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur weltweiten Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung. Entscheidend ist, dass die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Bioenergieproduktion geschaffen werden. Die Nachhaltigkeit der Bioenergieerzeugung muss durch klare möglichst EU-weite Anforderungen gesichert werden. Besondere Bedeutung hat die Entwicklung und Markteinführung von nicht um die Agrarfläche konkurrierender Bioenergie (z. B. Gülle, Abfälle, Biokraftstoffe der 2. Generation).
- **Nahrungsmittelhilfekonvention reformieren**
Die kurzfristig wirksame Aufstockung des deutschen Engagements in der Not- und Übergangshilfe muss von strukturell angelegten Initiativen zur Reform der Nahrungsmittelhilfekonvention (Food Aid Convention, FAC) und Ausrichtung des Welternährungsprogramms (WEP) begleitet werden.
- **Entwicklungszusammenarbeit verstärken**
Entscheidend ist, dass die Entwicklung in den ärmsten Ländern vorankommt. Das Ziel, 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe auf Seiten der entwickelten Länder zur Verfügung zu stellen, muss umgehend stufenweise erreicht werden.

Ausreichende Nahrungsmittel zu bezahlbaren Preisen sind ein fundamentales Menschenrecht. Um dies durchzusetzen müssen wir Anstrengungen politischer, finanzieller, wirtschaftlicher und technischer Natur unternehmen.

Dazu gehört auch, die wirtschaftlich gering entwickelten Staaten auf eine Weise in den Welthandel einzubeziehen, die ihre wirtschaftliche Entwicklung stärkt und nicht gefährdet. Hunger und Armut waren schon häufig die Quelle von Bürgerkriegen und internationalen Konflikten.

Es ist falsch anzunehmen, dass die reichen Länder der Welt auf Dauer von diesen Konflikten unberührt blieben. Darum liegt es auch in unserem ureigenen Interesse, den Hunger auf der Welt zu besiegen. Dazu werden wir unseren Beitrag leisten.

Präsidium, 19. Mai 2008

Honorarordnung für ambulante ärztliche Leistungen

Das Präsidium der SPD begrüßt, dass am 1. Januar 2009 die neue Honorarordnung für ambulante ärztliche Leistungen in Kraft tritt. Die

bisherige Vergütung der niedergelassenen Ärzte mittels fließender Punktwerte wird dann abgelöst von festen Preisen einer Gebührenordnung in Euro und Cent. Damit werden auch Krankheiten, die mit dem demographischen Wandel verbunden sind, künftig besser in der Versorgung berücksichtigt. Mit der neuen Honorarordnung wird auch die in Ost und West unterschiedliche Vergütung der Ärzte in Deutschland beendet.

Die Reform stellt mehr Geld für die ambulante Versorgung zur Verfügung und gestaltet die Vergütung des einzelnen Arztes verlässlicher und gerechter.

Die Reform wird möglich, weil über den von der SPD durchgesetzten zielgenauen Risikostrukturausgleich zwischen den Krankenkassen die Honorare der niedergelassenen Ärzte entsprechend der Krankheitsentwicklung bei den Menschen erhöht werden können, weil die Beitragsmittel zielgenau bei den Kassen landen, die viele kranke und ältere Menschen versichern.

Die SPD sieht die schwierige Situation der Beschäftigten in vielen Krankenhäusern. Sie tritt dafür ein, die aktuellen Finanzprobleme der Krankenhäuser zu lindern. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt wird hierzu Vorschläge vorlegen.

Dies ist möglich, weil sich die lohnbezogenen Einnahmen der Kassen laufend verbessern. Ein gesetzlicher Mindestlohn, für den die SPD weiterhin eintritt, würde im übrigen diesen Effekt weiter verstärken, und auch die Einnahmen der gesetzlichen Kassen um fast 2 Mrd. Euro verbessern.

Die SPD beauftragt ferner Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, Vorschläge zu entwickeln, die Situation der Pflegenden in den Krankenhäusern zu verbessern, und die Aus- und Weiterbildung von Krankenschwestern und -pflegern zu unterstützen.

Präsidium, 2. Juni 2008

Ausspionieren stoppen! Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirksam schützen

Die in jüngster Zeit bekannt gewordenen Überwachungs- und Ausspionierungsfälle bei Lidl und Telekom gegenüber ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Dritten sind ein Skandal und dürfen nicht ohne unmittelbare politische Reaktion bleiben. Wir wollen wirksame Datenschutzbestimmungen, die die Einhaltung der Persönlichkeitsrechte garantieren.

Unternehmen haben die Pflicht, Persönlichkeitsrechte und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu respektieren und in ihrer Unternehmenspolitik anzuwenden. Das gebieten Rechtsstaat und Moral.

Wir machen deutlich: Bürgerrechte und die informationelle Selbstbestimmung sind schützenswerte Güter der Demokratie, denen die Regierung des Landes verpflichtet ist.

Im Rahmen der Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes müssen Unternehmen stärker als bisher verpflichtet werden, die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen zu achten.

Unternehmen und Manager, die gesetzeswidrig Datenschutzrechte übertreten, müssen deswegen zukünftig mit empfindlichen Geldbußen rechnen. Demokratie braucht Pressefreiheit ebenso wie den Schutz der Persönlichkeit. Es darf nicht erlaubt sein, dass Firmen alle technischen Möglichkeiten dazu benutzen, Verhaltensweisen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder der ihnen anvertrauten Kunden auszuspionieren. Unternehmensspionage darf nicht mit „Mitar-

beaterspionage“ bekämpft werden! Beschäftigte, die Gesetzesverstöße den zuständigen Stellen melden, müssen besser vor Benachteiligung des Arbeitgebers geschützt werden.

Die wachsenden technischen Möglichkeiten verlangen von der Politik Antworten und entsprechende Gesetze.

Unternehmen müssen – ebenso wie staatliche Stellen – verpflichtet werden, die Betroffenen und die Öffentlichkeit bei Verstößen umgehend und umfassend zu informieren. Entsprechende Regelungen in anderen Ländern haben sich bewährt.

Präsidium, 9. Juni 2008

Aktionsplan für gleiche Lebenschancen: 10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde. Noch nie war unser Wohlstand so groß wie heute. Die große Mehrzahl der Kinder hat sehr gute Chancen, sich gesund und mit guter Bildung zu entwickeln. Dies ist gut, denn Kinder sind unsere Zukunft und das Fundament unserer Gesellschaft. Mit Sorge müssen wir allerdings feststellen, dass die Chancen eines Kindes auf Bildung, gesunde Entwicklung, Teilhabe und Selbstbestimmung immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängen. Das wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ändern. Unser Ziel sind gleiche und gute Lebensbedingungen für alle Kinder. Wir treten ein für Aufstieg und Gerechtigkeit. Wir wollen eine Gesellschaft gleicher Chancen – unabhängig von der sozialen Herkunft.

Der SPD-Parteivorstand hat daher eine Kommission unter Leitung von Wolfgang Jüttner mit dem Ziel eingesetzt, ein sozialdemokratisches Konzept zur Verbesserung der Lebenschancen aller Kinder und zur Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln. Der Anfang Januar von Wolfgang Jüttner vorgelegte Zwischenbericht hat deutlich gemacht, dass Kinderarmut viele Dimensionen hat. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen Armut nicht nur als Einkommensarmut. Wir verstehen Armut umfassender als Mangel von Teilhabe z.B. an Bildung, an materiellen Gütern, an sozialen Kontakten oder an einer guten gesundheitlichen Entwicklung. Die Ausprägungen von Armut bedingen sich jedoch oft wechselseitig. Um Armut nachhaltig zu bekämpfen reicht es nicht allein, soziale Transfers zu erhöhen. Wir müssen vielmehr an den vielschichtigen Ursachen ansetzen. Wichtig ist dabei der Befund: Arme Kinder leben in armen Familien. Und Familien sind arm, wenn und weil die Eltern keine oder schlecht bezahlte Arbeit haben.

Die Diskussion über die richtigen Wege zur Vermeidung von Armut hat mit dem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung neue Fahrt aufgenommen. Der Bericht zeigt, dass Kinder häufig armutsgefährdet sind. Er zeigt ebenso, dass unser Sozialstaat wirkt und wir schon eine Menge erreicht haben: 34 Prozent aller Kinder wären ohne den Sozialstaat armutsgefährdet. Durch soziale Leistungen wird das Armutsrisiko bei Kindern um zwei Drittel auf 12 Prozent gesenkt. Die zentralen Konsequenzen aus dem Bericht heißen für uns:

- Der Sozialstaat wirkt. Wer etwas gegen Kinderarmut tun will, muss den Sozialstaat stärken und soziale Leistungen weiterentwickeln und verbessern.
- Gute Arbeit verhindert Armut, denn die beste Prävention ist es, Eltern in Arbeit zu bringen, damit sie die Existenz Ihrer Familien eigen-

ständig sichern können. Wir müssen alles dafür tun, um fair entlohnte Arbeit und Existenz sichernde Arbeit für Männer und Frauen zu schaffen - dazu gehören in erster Linie Mindestlöhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Dazu gehören auch Maßnahmen, um die Frauenerwerbsquote zu steigern und Alleinerziehenden den Zugang zu Existenz sichernder Arbeit zu ermöglichen.

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat Priorität in der Familienpolitik. Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen führen ebenso wie familiengerechte Arbeitszeiten dazu, dass gerade Alleinerziehende, die besonders armutsgefährdet sind, arbeiten und so ihr Armutsrisiko erheblich verringern können.
- Wir stellen fest, dass vermeidbare chronische Erkrankungen bei Kindern zunehmen. Besonders Kinder aus sozial schwachen Familien sowie aus solchen mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Gesundheitschancen. Diese Kinder sind häufiger krank und weniger leistungsfähig in der Schule. Sie starten mit deutlich schlechteren Bedingungen ins Leben.
- Bildung und Berufsausbildung sind Voraussetzungen zur Armutsvermeidung. Deshalb werden wir alles tun, dass jedes Kind die gleichen Bildungschancen hat.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bund, in den Ländern und Kommunen haben bereits zahlreiche Weichen richtig gestellt, um Kindern gleiche Lebenschancen zu ermöglichen. Jahrzehntlang wurde in Deutschland eine einseitige Familienpolitik gemacht, die im Wesentlichen auf finanzielle Unterstützung für Familien setzte, die Alleinverdiener-Ehe im Blick hatte und die traditionellen Rollenmuster fortschrieb. Mit unserer Regierungsübernahme 1998 haben wir die Familienpolitik von alten Zöpfen befreit und modernisiert.

Politik für Kinder und Familien zu modernisieren, heißt vor allem mehr Angebote für Kinder und Eltern zu schaffen. Deshalb haben wir schon in den vergangenen Legislaturperioden einen Paradigmenwechsel in der Familien- und Bildungspolitik eingeleitet und in der Großen Koalition gegen Widerstände der Union fortgesetzt:

- Wir waren es, die die finanziellen Hilfen zielgerichtet ausgebaut haben: Wir haben Familien ein solides finanzielles Fundament verschafft unter anderem durch dreifache Kindergelderhöhung, Senkung der Einkommensteuerbelastung, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende, die steuerliche Berücksichtigung erwerbsbedingter Betreuungskosten für Familien, die Einführung und weitere Verbesserung des Kinderzuschlags und natürlich durch das von uns entwickelte Elterngeld.
- Wir haben die Kinderbetreuung ausgebaut und verbessert durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz, die Verdreifachung der Plätze für Unterdreijährige, den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Geburtstag, eine kräftige und dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten für den Ausbau der Kinderbetreuung und durch die Verbesserung der Betreuungsqualität in sozialdemokratisch regierten Ländern durch Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher.
- Wir haben für Schulkinder in Bildung investiert. Mit dem vier Milliarden Euro umfassenden Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ haben wir einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik eingeleitet. Wir haben für deutlich mehr Ganztagschulen gesorgt und in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern begonnen, die Gebührenfreiheit für den gesamten Bildungsweg einzuführen. In Berlin ist das letzte Kindertagesstätten-Jahr gebührenfrei, Rheinland-Pfalz hat als erstes Land für den kompletten Kindertagesstättenbesuch Gebührenfreiheit beschlossen. Für Hochschulen gilt: In keinem sozialdemokratisch regierten Land werden wir den Studierenden Studiengebühren für das Erststudium abverlangen. Wir haben zudem für eine kräftige Anhe-

bung des BAföG um 10 Prozent ab dem Wintersemester 2008 gesorgt.

- Wir haben durch unsere Reformen am Arbeitsmarkt und neue Maßnahmen wie den Ausbildungsbonus die Beschäftigung und die Ausbildungsbereitschaft erhöht. Erwerbstätigkeit der Eltern in Guter Arbeit ist der beste Schutz gegen Kinderarmut. Denn dort, wo Eltern arbeiten, sinkt das Armutsrisiko von 48 Prozent auf unter 8 Prozent.

Trotz der Erfolge zeigt der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht auch neue Herausforderungen auf:

- Vielen Eltern, gerade in Familien aus der Mitte unserer Gesellschaft, fällt es bei stagnierenden Einkommen angesichts steigender Preise für Lebensmittel und Energie schwer, den Lebensunterhalt zu sichern.
- Die Ausweitung des Niedriglohnssektors führt auch bei Vollzeitbeschäftigung zu wachsenden Armutsrisiken trotz Arbeit.
- Alleinerziehende mit ihren Kindern tragen mittlerweile das höchste Armutsrisiko. Wir werden bei der Bekämpfung von Kinderarmut nur vorankommen, wenn wir die Problemlagen dieser Gruppe besonders in den Fokus nehmen und die Beschäftigungschancen durch bessere Betreuungsangebote für Kinder erhöhen.
- Familien mit Migrationshintergrund haben ein zunehmend steigendes Armutsrisiko. Hier entsteht gerade in Großstädten ein enormes gesellschaftliches und soziales Spaltungspotenzial, gegen das wir heute angehen müssen.
- Bildung und gesellschaftliche Teilhabe sowie Verwirklichungschancen von Kindern hängen immer noch zu sehr vom sozialen Status der Eltern ab.
- Die Zunahme von gesundheitlichen Fehlentwicklungen gerade bei Kindern in armutsgefährdeten und bildungsfernen Familien ist besorgniserregend.
- Vor diesem Hintergrund gilt es Eltern und Kinder zu befähigen, die Armutsrisiken zu bewältigen.

Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen und allen Kindern gleiche Lebenschancen zu ermöglichen, brauchen wir ein in allen Politikbereichen abgestimmtes Gesamtkonzept und ein gemeinsames Vorgehen von Bund, Ländern und Gemeinden. Hierzu haben wir uns heute in Berlin zusammengefunden.

10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut

Mit den nachfolgenden 10 Handlungsansätzen verpflichten wir uns, auf allen staatlichen Ebenen konkrete Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut zu unternehmen. Dabei beenden wir die oft vorherrschende Praxis, dass Probleme zwischen den politischen Handlungsebenen verschoben und nicht gelöst werden. Jede Ebene muss den ihr möglichen und sinnvollen Beitrag im Kampf gegen Kinderarmut leisten. Dazu verständigen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Kommunen, Ländern und Bund auf die nachfolgende Aufgabenverantwortung.

Unsere Schritte gegen Kinderarmut in Kommunen

1. Wir schaffen flächendeckend Netzwerke für gesundes Aufwachsen!

Eltern wollen das Beste für Ihre Kinder. Deshalb müssen Familien, die durch besondere Risiken belastet sind, früh unterstützt werden. So kann erreicht werden, dass aus den Anforderungen, ein Kind zu versorgen, keine Überforderung wird. Wir werden dazu die Jugendämter zu Dienstleistern weiterentwickeln, die Eltern unterstützen, begleiten und ihnen als Partner zur Seite stehen. Dazu werden wir bei den Jugendämtern die angemessenen finanziellen und personel-

len Voraussetzungen schaffen, damit sie ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen können.

Wir werden außerdem in allen Städten und Gemeinden, in denen wir Verantwortung tragen, Modelle für eine integrierte Prävention entwickeln. Kindern kann besser geholfen werden, wenn Kommunen es schaffen, Vernetzungsstrukturen zwischen den wichtigsten Bereichen, die für frühe Hilfen und frühe Bildung zuständig sind, zu organisieren. Dies sind insbesondere Einrichtungen der Jugendhilfe, des Gesundheitswesens, der Bildung, aus dem bürgerschaftlichen Engagement, von Polizei und Justiz sowie die Wohlfahrtsverbände, die Sportvereine und die Kirchen. Es gilt, Verantwortliche an einen Tisch zu holen, gemeinsame Problemanalysen zu erstellen, Lösungsansätze zu definieren und Kommunikationsstrukturen aufzubauen, um schnell, effektiv und abgestimmt bei Problemlagen eingreifen zu können. In manchen Kommunen funktionieren diese Netzwerke bereits sehr gut – hier können Kommunen voneinander lernen.

Die Länder unterstützen und fördern die Kommunen in der Ausbildung lokaler Netzwerke und Präventionsketten früher Hilfen. Sie schaffen durch gesetzliche Vorgaben Rahmenbedingungen, damit die Vernetzung der Angebote systematisch und in der Fläche gelingt. Gebraucht wird die Entwicklung der Regelstrukturen, die auf Prävention und Förderung setzen. Interventionen zum Schutz des Kindeswohls gelingen nur, wenn unterstützende und begleitende Angebote vorhanden sind, die Eltern befähigen, Risiken und Krisen zu meistern, und die Kinder, deren Wohl bedroht und gefährdet ist, auffangen, annehmen und ermutigen, die schwierigen Situationen zu meistern.

2. Wir wollen für alle Kinder

ein gesundes Mittagessen bereitstellen!

Die SPD strebt an, in Kommunen, in denen sie politische Verantwortung hat, allen Kindern ein Mittagessen zur Verfügung zu stellen. Für Kinder aus sozial schwachen Familien soll dies zunächst ermäßigt und in der Perspektive kostenlos sein. Heute ist es leider keine Selbstverständlichkeit, dass allen Kindern ein gutes, warmes Mittagessen garantiert werden kann. Selbst an Ganztagschulen scheitert dies bei manchen Eltern aus Geldmangel. Eine gesunde Ernährung ist die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung. In Ganztagschulen ist das gemeinsame Mittagessen ein integraler Bestandteil des Schulalltags. Der Ausschluss davon hat für die Betroffenen neben gesundheitlichen auch eine soziale Problemdimension.

Dieses Ziel ist flächendeckend nicht von heute auf morgen erreichbar. Wir können aber dort, wo wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die politische Verantwortung in den Kommunen tragen, heute die politische Initiative ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen. Als ersten Schritt in diese Richtung müssen die Kommunen die nötige Infrastruktur für eine flächendeckende Mittagessenversorgung schaffen. Am besten gelingt dies in Ganztagschulen. Auch aus diesem Grund treten wir für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen ein.

Kommunen müssen vor Ort entscheiden, wie sie von Armut betroffene Kinder von der Eigenbeteiligung beim Mittagessen schrittweise befreien. Wenngleich wir wissen, dass Kommunen unterschiedliche Probleme und daher unterschiedliche Lösungsansätze verfolgen müssen, sollte der Weg, den die Kommunen und das Land in Rheinland-Pfalz gegangen sind, vorbildhafte Funktion haben. Da in manchen Kommunen mehr armutsgefährdete Familien leben als in anderen, hat Rheinland-Pfalz zum Beispiel einen Sozialfonds eingeführt, aus dem Kommunen zur Mittagessenverpflegung pauschal Mittel für jedes Kind erhalten, das in einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II lebt, beziehungsweise Sozialgeld bezieht. Somit kann der Eigenanteil auf einen Euro pro Essen gesenkt werden. Etliche

Kommunen auch außerhalb von Rheinland-Pfalz verfahren ähnlich, auch hier ist der Eigenanteil je Mahlzeit subventioniert.

3. Wir bauen Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren aus!

Die bereits bestehenden Eltern-Kind-Zentren arbeiten sehr erfolgreich. In Eltern-Kind-Zentren werden nicht nur Kinder gefördert und bekommen bessere Bildungschancen. Auch die Erziehungs- und Problemlösungskompetenz der Eltern kann in Zusammenarbeit mit den Familien auf Augenhöhe verbessert werden. Dies ist ein wichtiger Schritt beim nachhaltigen Kampf gegen Kinderarmut, besonders in sozialen Brennpunkten und dort, wo z.B. durch Migrationshintergrund sprachliche Barrieren bestehen. Elternarbeit und Erziehungsarbeit in den Kindertagesstätten und Schulen muss verknüpft werden.

Eltern-Kind-Zentren sind frühpädagogische Einrichtungen, die Kindern einen guten Start ermöglichen sollen. Entscheidend ist die Einbeziehung der Eltern, ihnen werden differenzierte und niedrigschwellige Hilfen und Unterstützung angeboten. Aus einem Angebot von Sprachkursen, Erziehungsberatung, Suchthilfe, Schuldnerberatung bis hin zu Haushalts- und Kochkursen steht allen Müttern und Vätern eine passgenaue und wirkungsvolle Unterstützung zur Verfügung.

Unsere Schritte gegen Kinderarmut in den Ländern

4. Wir verbessern die Betreuungsqualität!

Damit wir beim quantitativen Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung weiter vorankommen, werden sozialdemokratisch regierte Länder die dazu erhaltenen Bundesmittel weiter unverzüglich und vollständig an die Kommunen weiterreichen und um ihren eigenen Länderanteil aufstocken. Dabei ist klar, dass Geld, das durch die demografische Entwicklung eingespart werden könnte, nicht für andere Zwecke verwandt wird, sondern dem qualitativen Ausbau der Betreuung weiter zur Verfügung steht.

Daneben steht die Verbesserung der Betreuungsqualität auf unserer Tagesordnung ganz oben. Betreuung, Erziehung und Bildung gehören für uns zusammen. Über die reine Betreuung hinaus soll die Bildung im frühkindlichen Bereich stärker betont werden. Nur durch einen frühen und umfassenden Bildungsansatz können wir bessere Zukunftschancen für alle Kinder schaffen.

Mit einer Reihe von Maßnahmen werden wir einen Qualitätsschub in Kindertagesstätten und der Tagespflege auslösen. Wir werden

- für qualifiziertere Aus- und Weiterbildungen für Erzieherinnen und Erzieher sorgen, auch unter Einbeziehung des Meister-BAföG. Akademische Ausbildungen – gerade im Leitungsbereich von Betreuungseinrichtungen – können auch ein viel versprechender Ansatz sein. Sie müssen auch für ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher offen sein.
- uns auf gemeinsame Bildungsstandards verständigen und insbesondere das Qualifizierungsangebot im Bereich Spracherwerb von Kindern ausbauen, denn vor allem Kinder mit Migrationshintergrund haben deutliche Nachteile, weil sie sich nicht genügend auf Deutsch verständigen können. Geschultes Personal in den Kindertagesstätten kann dem gezielt entgegenwirken.
- Tagesmütter und Tagesväter besser qualifizieren. Hierzu werden wir verbindliche Qualifizierungsprogramme und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten einführen und dabei eine bessere Entlohnung und soziale Absicherung in der Tagespflege ermöglichen.

Ganz besonders wichtig ist uns ein besserer Betreuungsschlüssel. Denn der erlaubt, jedes Kind individuell zu fördern, Talente zu ent-

decken und Startschwierigkeiten auszugleichen. Mit mehr und besser ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern und kleineren Gruppen können wir bei den Bildungschancen einen Quantensprung machen! Dafür werden sozialdemokratisch regierte Länder sorgen. Unser Ziel ist: höchstens vier Kinder je Erziehungsperson bei den Unterdreijährigen und höchstens acht Kinder pro Erziehungsperson im Kindertagesstättenbereich.

Wir garantieren gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis einschließlich zur Hochschule!

Für uns ist und bleibt selbstverständlich: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Bildung muss gebührenfrei sein, und zwar von der Kindertagesstätte bis einschließlich zur Hochschule. Deshalb wird es mit uns auch weiterhin keine Studiengebühren für das Erststudium geben.

Und auch die Einführung der Gebührenfreiheit für den Kindertagesstätten-Besuch ist der richtige Schritt. Deshalb werden alle sozialdemokratisch regierten Länder schrittweise weiter für den kostenfreien Besuch von Kindertageseinrichtungen sorgen. Die soziale Staffelung der Gebühren ist ein richtiger Zwischenschritt in diese Richtung. Damit gerade Kinder aus benachteiligten Familien frühen Zugang zu Förderung und Bildung in Kindertagesstätten bekommen, werden wir unsere Initiativen für Gebührenfreiheit flankieren mit weiteren Maßnahmen zum Abbau von Zugangsbarrieren.

5. Wir werden gleiche Bildungschancen schaffen!

Selbstverständlich werden wir in den von uns regierten Ländern Ganztagschulen weiter flächendeckend und bedarfsgerecht ausbauen. Unser Ziel im Herbst dieses Jahres ist es, konkrete Zielmarken für den quantitativen wie qualitativen Ausbau der Ganztagschulen zu vereinbaren! Zu besseren Bildungschancen gehört für uns das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen von Anfang an und auch das längere gemeinsame Lernen. Die internationalen Vergleichsstudien beweisen, dass von längerem gemeinsamem Lernen alle Kinder profitieren.

Um Chancengleichheit in der Bildung für alle Schülerinnen und Schülern zu erreichen, werden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich in ihren Ländern dafür einsetzen, weitgehende Lernmittelfreiheit zu gewährleisten. Lernmittel umfassen für uns vor allem Schulbücher und andere Materialien, die für den Unterricht durch den Lehrplan vorgesehen sind. Lernmittel umfassen nicht die Ausstattung des persönlichen Bedarfs der Schülerinnen und Schüler, wie sie durch das Schulmittelbedarfspaket des Bundes abgedeckt werden.

Chancengleichheit heißt auch: Jede und jeder verdient eine zweite Chance. Kein Schulabbrecher soll dauerhaft ohne Schulabschluss bleiben. Denn die Teilhabechancen von Menschen ohne Bildungsabschluss sind heute schon schlecht und werden sich aufgrund zunehmender Qualifikationsanforderungen weiter verschlechtern. Deshalb müssen wir zweite und dritte Chancen zur nachholenden Qualifizierung schaffen. Wir begrüßen, dass das BMAS dazu als ersten Schritt einen Rechtsanspruch auf den nachträglichen Erwerb eines grundlegenden Schulabschlusses schaffen will, der durch Mittel der Bundesagentur für Arbeit gefördert wird.

Wir wollen alle an der Bildung von Kindern und Jugendlichen beteiligten Bereiche besser miteinander vernetzen und Bildung besser organisieren. Dazu gehört, dass wir Angebote und Leistungen der Jugendhilfe, der Vereine und Verbände direkt in die Arbeit der Kindertagesstätten, Schulen und anderer Bildungseinrichtungen

einbinden. Damit jedes Kind nach seinem individuellen Vermögen gefördert werden kann, müssen wir aber auch die Bildungsabschnitte selbst stärker miteinander verbinden. Innerhalb einer geschlossenen Bildungskette werden wir für mehr Durchlässigkeit sorgen.

Unsere konkreten Schritte gegen Kinderarmut in der Bundespolitik!

6. Wir wollen den Familienleistungsausgleich gerechter gestalten und mehr Mittel gezielt für Familien mit Kindern investieren!

Unser Ziel für die Umgestaltung des Familienleistungsausgleichs ist eindeutig: Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein. Der derzeit praktizierte Familienleistungsausgleich erfüllt dieses Ziel nicht. Das liegt an seiner Ausgestaltung, die in wesentlichen Teilen von der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts befördert wurde. Bei dieser werden einseitig reichere Familien bevorzugt: Ehepaare mit einem Kind und einem Einkommen oberhalb von ca. 62.800 € erhalten durch die dann immer stärker entlastenden Kinderfreibeträge absolut mehr als Familien mit geringem Einkommen, für die das Kindergeld von 154 € günstiger ist. Niedrige Einkommen werden durch die geltenden Kinderfreibeträge also weniger entlastet als durch das Kindergeld. Spitzenverdiener hingegen profitieren von der Kinderfreibeträgen mit einer monatlichen Wirkung von bis zu 230 €.

Wir wollen den Familienleistungsausgleich daher so umgestalten, dass die Wirkung seiner Komponenten für alle Familien gleich ist – egal, ob sie mehr oder weniger Einkommen haben. Um das zu erreichen, streben wir die Umgestaltung der Freibeträge in einer Weise an, die alle Kinder gleich fördert. Die Freibeträge sollten künftig ab dem ersten Euro Wirkung entfalten und nicht erst für Spitzenverdienerinnen und -verdiener.

Die SPD will eine Verbesserung der Leistungen für Kinder. Über deren Höhe und Ausgestaltung wird im Lichte des Existenzminimumberichts entschieden.

Mit dem im Herbst fertig gestellten Existenzminimumbericht werden die konkreten Daten für das in jedem Fall steuerfrei zu stellende Existenzminimum vorliegen. Wir werden nach der Veröffentlichung des Berichts einen konkreten Vorschlag für die Ausgestaltung eines solchen solidarischen und gerechten Familienleistungsausgleichs vorlegen.

7. Wir leiten die Regelsätze stärker vom Bedarf ab und werden den Schulmittelbedarf besser abdecken.

Die grundlegende Reform des Sozialhilferechts hat die bis Ende 2004 geltende Unterteilung der Hilfe zum Lebensunterhalt in laufende und einmalige Leistungen aufgegeben. Die Regelsätze des SGB II und SGB XII sind im Vergleich zu den früheren laufenden Leistungen angehoben worden, da sie nun pauschal den gesamten Bedarf für den notwendigen Lebensunterhalt mit eng eingegrenzten Ausnahmen erfassen. Die Ableitung der Regelleistung für Kinder als reiner Anteil des Erwachsenenregelsatzes ist hierbei allerdings problematisch, da durch diese Vorgehensweise der kinderspezifische Bedarf zu wenig abgedeckt sein kann. Wir unterstützen daher die Bemühungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die Ermittlung eines eigenständigen Kinderregelsatzes zu prüfen. Hierbei sollte eine stärkere Differenzierung nach Altersstufen einbezogen werden.

Besonders dringend ist die bessere Abdeckung des Schulmittelbedarfs. Die von Schülerinnen und Schülern für den regulären Unterricht typischerweise geforderte Ausstattung mit Schulmaterialien wie Schulranzen und Schreibmaterialien, übersteigt häufig den im pauschalisierten Regelsatz vorgesehenen Betrag. Wir treten daher

für ein Schulmittelbedarfspaket für bedürftige Kinder ein, das pro Schuljahr in der Größenordnung von 100 Euro finanziert wird. Auf diese Weise können wir verhindern, dass Schülerinnen und Schüler ihre Bildungschancen allein wegen geringer Einkommen der Eltern nicht wahrnehmen können.

Für eine stärkere Bedarfsorientierung ist es zudem unerlässlich, dass die Überprüfung der Regelsätze auf Basis repräsentativer Daten zur Einkommens- und Verbrauchsentwicklung in kürzeren Abständen vorgenommen wird.

Eine bedarfsgerechtere Gestaltung der Regelsätze ersetzt aber nicht das wirksamste Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut: das Armutsrisko wird dort deutlich reduziert, wo beide Eltern erwerbstätig sein können und einen Lohn beziehen, von dem sie gut leben können. Kinderarmut bekämpfen heißt daher für uns in erster Linie: Gute Arbeit schaffen und Mindestlöhne einführen. Dazu gehört, dass der Staat weiter alles unternimmt, damit durch Wachstum Arbeit entsteht.

8. Wir kämpfen weiter für Kinderrechte im Grundgesetz!

Kurt Beck hat mit seinem 7-Punkte-Aktionsplan für einen besseren Schutz unserer Kinder wirkungsvolle Maßnahmen benannt. Sechs seiner sieben Punkte haben die Ministerpräsidenten der Länder auf ihrer Konferenz im Dezember 2007 beschlossen. In sozialdemokratisch regierten Ländern wie Bremen, Brandenburg oder Rheinland-Pfalz sind bereits in diesem Frühjahr Kinderschutzgesetze in Kraft getreten.

Wir wollen diesen Prozess auch bundesseitig flankieren und deshalb die Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen. Das würde uns einen weiteren Schub in Richtung einer kindgerechten Gesellschaft verleihen. Denn dann müssten Politikerinnen und Politiker die Interessen von Kindern noch mehr zum Maßstab ihres Handelns machen. Kinder hätten – unabhängig von ihren Eltern – das Recht auf Förderung ihrer Potenziale. Der Kinderschutz könnte verbessert, Kinder müssten stärker beteiligt werden.

Unser Koalitionspartner versperrt sich einer Grundgesetzänderung zugunsten unserer Kinder. Doch wir wissen andere starke Partner an unserer Seite. Das ermutigt uns, weiter nach Mehrheiten für eine Ergänzung des Grundgesetzes zu suchen. Wir fordern CDU und CSU auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben!

9. Als gesamtstaatliche Aufgabe schlagen wir die Einberufung einer Nationalen Kinderkonferenz vor

Kinderarmut ist ein Problem, dem auf allen staatlichen Ebenen entschlossen entgegengewirkt werden muss. Um Kinderarmut zu bekämpfen, brauchen wir eine konzertierte Aktion für gleiche Lebenschancen für jedes Kind. Wir brauchen in Deutschland eine mit allen Akteuren (Bund, Länder, Kommunen, Tarifpartnern, Wohlfahrtsorganisationen und Vertretern von Kinderinteressen und Zivilgesellschaft) abgestimmte Gesamtstrategie – die alle politischen Bereiche umfasst und sich nicht auf die reinen familienpolitischen Maßnahmen beschränkt. Mit dem vorliegenden Aktionsplan legt die SPD ein Konzept dafür vor. Wir sind zu klaren Vereinbarungen über die jeweiligen Verantwortungsbereiche und zu gerechten Finanzierungslösungen gekommen. Wichtig bleibt: was vom Bund oder anderen an zusätzlichen Leistungen für arme Familien gezahlt wird, dürfen andere Ebenen nicht gleich durch höhere Kindertagesstätten-Beiträge, Lernmittelaufwendungen, Essensgebühren oder die Kostenverteilung für Schülerbeförderung und Klassenfahrten einkassieren.

Auch unsere Gesundheitspolitik muss so ausgerichtet sein, dass alle Kinder ihre Talente entwickeln und entfalten können. Dazu gehört ein Präventionsgesetz, das Kinder dort, wo sie leben und ihre Zeit verbringen, zu einem gesunden Lebensstil befähigt.

Deshalb halten wir an unserem Vorschlag fest: Die Bundesregierung sollte bis zum Ende dieses Jahres eine Nationale Kinderkonferenz unter Beteiligung der Bundesministerien für Arbeit und Soziales, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Gesundheit einberufen, an der alle politischen Verantwortlichen beteiligt sind. Wir bekräftigen das am 31. Mai 2008 in Nürnberg vorgestellte Projekt „Aufstieg und Gerechtigkeit“. Unser Ziel ist eine durchlässige Gesellschaft der fairen Regeln, die Teilhabe und Sicherheit durch wirtschaftliche Stärke, gute Arbeit und gleiche Bildungschancen ermöglicht.

Präsidium, 16. Juni 2008

Flexible Übergänge in den Ruhestand noch in dieser Wahlperiode ausbauen

Die SPD hat mit ihrer Regierungsverantwortung seit 1998 die richtigen Weichen für eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer gestellt. Die Unternehmen brauchen die Erfahrung Älterer. Der Anstieg der Erwerbstätigenquote der über 55-jährigen von 37,7 Prozent (1998) auf 52,5 Prozent (4. Quartal 2007) zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und uns der gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Verantwortung stellen.

Wir müssen aber auch sehen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Beruf und Arbeitszeit unterschiedlich stark belastet werden. Besonders belasteten und hart arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss daher die Chance auf einen flexiblen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand eingeräumt werden. Wir schlagen daher vor, die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass individuelle Entscheidungsmöglichkeiten erweitert werden.

Wir begrüßen daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, mit den Arbeitgebern Maßnahmen zu flexiblen Übergängen in den Ruhestand zu vereinbaren.

Die SPD schlägt auf der Basis des Beschlusses des Präsidiums vom 5. Mai 2008 folgende zentrale Maßnahmen für flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand vor und fordert CDU/CSU auf, noch in dieser Legislaturperiode die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen mit auf den Weg zu bringen.

1. Fortführung der BA-geförderten Altersteilzeit

Mit der Altersteilzeit wurde bereits vor Jahren ein Instrument geschaffen, das einen gleitenden Übergang aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand ermöglicht. Mit der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) wurde auch das Ziel verfolgt, die Reduzierung der Arbeitszeit Älterer mit neuen Beschäftigungschancen für Jüngere zu verbinden.

Wir haben bereits erfolgreich dafür gekämpft, dass die Aufstockungsbeiträge weiterhin von der Zahlung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge befreit bleiben. Da die bisherige Förderung der Altersteilzeit durch die BA aber bis 2009 befristet ist, sind weitere Anreize erforderlich, um flexible Arbeitszeiten im Alter für Arbeitnehmer und Arbeitgeber attraktiv zu gestalten.

Für einen überschaubaren Zeitraum ist es arbeitsmarktpolitisch sinnvoll, die Förderung von Altersteilzeit durch die BA fortzuführen.

Eine Förderung des Personalabbaus in den Unternehmen mit Beitragsmitteln lehnen wir ab. Die Förderung durch die BA soll befristet bis zum Jahr 2015 dann erfolgen, wenn ein Unternehmen frei werdende Stellen mit Ausbildungsabsolventen und -absolventinnen in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen besetzt. Für Kleinbetriebe ist zu prüfen, ob eine Förderung auch dann möglich ist, wenn Auszubildende eingestellt werden.

Auf diese Weise soll sicher gestellt werden, dass der Einstieg für junge Menschen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auch in den kommenden Jahren erleichtert wird, und gleichzeitig ein Anreiz für die Unternehmen entsteht, vermehrt auszubilden, um den abzuwendenden Fachkräftemangel ab 2015 abzuwenden.

Für alle Neuanträge auf Altersteilzeit soll ab dem Jahr 2010 der frühestmögliche Zugang erst mit dem vollendeten 57. Lebensjahr möglich sein. So wird die zukünftige Heraufsetzung der Regelaltersgrenze um 2 Jahre nachvollzogen. Die übrigen Voraussetzungen der Altersteilzeit (Verteilung der Arbeitszeit, Höhe der Aufstockungsleistungen) bleiben unverändert.

2. Weiterentwicklung der Teilrente

Wir wollen die Teilrente als Instrument für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand stärker nutzen. Bereits heute ist es möglich, eine Rente als Teilrente in Höhe von $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{2}$ oder $\frac{2}{3}$ einer Vollrente zu beziehen, wenn die Voraussetzungen für den Bezug einer vorgezogenen Altersrente mit Abschlägen erfüllt sind. Die Inanspruchnahme ist jedoch sehr gering, weil die Möglichkeit vielen Menschen nicht bekannt und die Regelung der Hinzuverdienstgrenzen kompliziert ist. Folgende Maßnahmen sollen die Teilrente zu einem wichtigen Baustein für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand weiterentwickeln:

Ab 2010 soll eine Teilrente unter Wegfall der Hinzuverdienstgrenzen bereits ab dem 60. Lebensjahr in Anspruch genommen werden können, wenn

- durch den Teilrentenbezug im späteren Verlauf keine Abhängigkeit von der Grundsicherung im Alter verursacht wird,
- mit dem Arbeitgeber eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung vereinbart ist und eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt, sowie
- der auf die Teilrente entfallende erhöhte Abschlag durch Beitragszahlung des Arbeitgebers ausgeglichen worden ist.

3. Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten und Erhöhung der Portabilität

Obwohl Langzeitkonten (Wertguthaben) nicht vorrangig ein Instrument des flexiblen Übergangs in die Altersrente sind, lassen sie sich hierzu sehr gut nutzen. Bei entsprechender vertraglicher Gestaltung ermöglichen sie der Arbeitnehmerin, dem Arbeitnehmer eine Freistellung vor dem Renteneintritt. In der Freistellung beziehen sie Arbeitsentgelt aus dem Wertguthaben. Aus dem Arbeitsentgelt fließen Beiträge an die Sozialkassen, so dass Sozialversicherungsschutz sichergestellt ist.

Arbeitszeitkonten müssen auch im Fall der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers geschützt sein. Die betriebliche Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, dass hier trotz gesetzlicher Vorschriften noch Lücken vorhanden sind. Zwar ist der Insolvenzschutz der Arbeitszeitkonten zwingend vorgeschrieben, doch hat die offene Gestaltungsmöglichkeit, bei der keine konkrete Form der Absicherung vorgesehen ist, dazu beigetragen, dass im Einzelfall rechtswidrig auf eine Absicherung verzichtet worden ist.

Die SPD begrüßt daher, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung von Rah-

menbedingungen der sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen“ auf den Weg gebracht hat, um so die Verabredungen des Koalitionsvertrages umzusetzen. Dieser Entwurf wird zurzeit innerhalb der Bundesregierung und mit Ländern und Verbänden abgestimmt.

Mit dieser Reform sollen insbesondere die Regelungen für den Insolvenzschutz und die sozialrechtlichen Vorgaben von Wertguthaben verbessert werden. Erstmals soll auch die Möglichkeit eingeführt werden, diese Wertguthaben beim Arbeitgeberwechsel mitzunehmen und nicht auflösen zu müssen. Damit wird die Grundlage für eine verlässliche Lebensarbeitszeitplanung erkennbar verbessert. Der Gesetzentwurf soll bereits Ende Juli vom Bundeskabinett beschlossen werden.

Präsidium, 30. Juni 2008

Begegnung mit dem Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland

Gesprächsthemen waren die Entwicklung der jüdischen Gemeinden in Deutschland, Erinnerungskultur und Gedenken angesichts der Jahrestage 2008/2009, die Friedenspolitik im Nahen Osten und die Bedrohung durch den Iran sowie die gemeinsame Verantwortung für die Stärkung der Demokratie in Deutschland.

Mit großer Freude stellten beide Seiten fest, dass die jüdischen Gemeinden in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen sind. Erstmals nach der Shoa wurden wieder Rabbiner ordiniert, die in Deutschland ausgebildet wurden. Die Hochschule für Jüdische Studien hat sich fest in der deutschen Hochschullandschaft etabliert. Im Blick auf die Situation der jüdischen Gemeinden hob der Zentralrat der Juden die enorme Leistung hervor, die sie bei der Integration von Zuwanderern aus den ehemaligen GUS-Staaten erbringen.

Das SPD-Präsidium unterstrich die herausgehobene Bedeutung der Shoa für die Erinnerungskultur in Deutschland. Der Zentralrat der Juden äußerte die Sorge, dass mit wachsendem zeitlichen Abstand die Erinnerung an die organisierte millionenfache Ermordung von Jüdinnen und Juden durch Nationalsozialisten nur noch in eine Reihe mit der Erinnerung an andere Unrechts- und Gewalterfahrungen gestellt würde. Die SPD betonte dem gegenüber, die Sozialdemokratie sei sich der geschichtlichen Verantwortung bewusst und stelle sich revisionistischen Argumentationen entschlossen entgegen. Die Präsidien des Zentralrats der Juden in Deutschland und der SPD erklärten, in der Frage künftiger Ausgestaltung des Gedenkens den Dialog zu verstärken.

Im Blick auf die Situation im Nahen Osten bekräftigte das SPD-Präsidium, dass nur die bedingungslose Anerkennung des Existenzrechts Israels Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Nahost sein kann. Das Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland erkannte den hohen diplomatischen Einsatz von Außenminister Frank-Walter Steinmeier für einen umfassenden Lösungsansatz in Nahost ausdrücklich an.

Mit Sorge bewerteten beide Seiten die Entwicklungen im Iran. Der Zentralrat der Juden verlangte, sich dafür einzusetzen, dass auf politischer und wirtschaftlicher Ebene alles unterlassen wird, was das Mullah-Regime stabilisiert. Besonders kritisch beurteilte die Präsidentin des Zentralrats, Charlotte Knobloch, den jüngsten Auftritt des ehemaligen iranischen Vize-Außenministers Mohammed Laridschani auf einer Konferenz der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktfor-

schung in Berlin. Das SPD-Präsidium unterstrich seine Überzeugung, dass die Lage im Rahmen der Europäischen Union und der Internationalen Staatengemeinschaft weiterhin genau beobachtet und gegebenenfalls mit weiter verschärften Sanktionen reagiert werden muss.

Am Schluss des Gesprächs betonten das Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland und das Präsidium der SPD die gemeinsame Verantwortung für die Stärkung der Demokratie in Deutschland. Beide Seiten beobachteten sehr aufmerksam und mit Sorge die Veränderungen des klassischen Rechtsextremismus und Antisemitismus, der sich zunehmend als Sozial-, Globalisierungs- und Kapitalismuskritik tarnt und dabei auch den Schulterchluss mit islamistischen Gruppen anstrebt. Unter Zustimmung des Zentralrats der Juden unterstrich Kurt Beck, dass die SPD daran festhalten wird, ein NPD-Verbotsverfahren voranzutreiben. Das Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland würdigte ferner die lange Tradition und den entschlossenen Kampf der Sozialdemokratie gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Beide Seiten vereinbarten einen Dialog in der Frage, wie die Werte und Ideale unserer Verfassung weiter gestärkt werden können und welche gemeinsamen Projekte für die Stärkung der Demokratie umgesetzt werden können.

Nach dem offenen und konstruktiven Austausch wurde vereinbart, die gemeinsamen Gespräche auch künftig regelmäßig fortzusetzen.

An dem Gespräch nahmen teil:

SPD-Präsidium:

- Kurt Beck, MdL, SPD-Parteivorsitzender,
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz
- Andrea Nahles, MdB, stellvertretende SPD-Parteivorsitzende
- Dr. Frank-Walter Steinmeier, stellvertretender SPD-Parteivorsitzender,
Bundesaußenminister
- Hubertus Heil, MdB, Generalsekretär der SPD
- Bärbel Dieckmann, Mitglied des SPD-Präsidiums,
Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn
- Christoph Matschie, Mitglied des Präsidiums,
Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag
- Martin Schulz, MdEP, Mitglied des SPD-Präsidiums, Vorsitzender
der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament
- Dr. h. c. Wolfgang Thierse, MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands,
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Zentralrat der Juden in Deutschland:

- Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden
in Deutschland und Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde
München und Oberbayern
- Prof. Dr. Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden
in Deutschland und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde
Frankfurt a.M.
- Dr. Dieter Graumann, Vizepräsident des Zentralrats der Juden
in Deutschland und Mitglied des Vorstands
der Jüdischen Gemeinde Frankfurt a.M.
- Heinz-Joachim Aris, Mitglied des Präsidiums des Zentralrats der Juden
in Deutschland und Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen
der Jüdischen Gemeinden
- Johann Schwarz, Mitglied des Präsidiums des Zentralrats der Juden
in Deutschland und Vorstandsvorsitzender der
Jüdischen Gemeinde Krefeld
- Dr. Josef Schuster, Mitglied des Präsidiums des Zentralrats der Juden
in Deutschland, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Würzburg
und Unterfranken und Vorsitzender des Landesverbandes
der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern
- Stephan J. Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden
in Deutschland

Parteivorstand, 1. September 2008

Aufstieg durch Bildung – Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand

Beste Bildung für Alle ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Bildungsstand entscheidet über individuelle Lebensperspektiven, berufliche Möglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen. Bildung ist für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen unersetzlich. Die SPD steht deshalb für ein leistungsstarkes, sozial gerechtes und durchlässiges Bildungssystem.

Unsere Ziele sind Chancengleichheit in der Bildung und Aufstieg durch Bildung für Alle. Dies zu erreichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Bund, Länder und Gemeinden sowie Unternehmen, Verbände und Sozialpartner gemeinsam in der Verantwortung stehen. Alle staatlichen Ebenen sind im Rahmen ihrer Zuständigkeiten gefordert, Kindern und Jugendlichen einen guten Start in ein erfülltes Leben zu ermöglichen. Das ist zugleich die beste Zukunftsvorsorge für gesellschaftlichen Wohlstand und ein gutes Zusammenleben.

Wissen und umfassende Bildung werden immer wichtiger. Unser Land braucht in Zukunft mehr gut ausgebildete und hoch motivierte Fachkräfte. Bereits heute klagen einzelne Branchen über eine Fachkräftelücke, vor allem bei Berufsgruppen mit technisch-naturwissenschaftlichem Hintergrund. Der demografische Wandel und die steigenden Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten in den wissensintensiven Industrien und Dienstleistungen im globalen Wettbewerb werden diese Tendenz weiter verstärken. Investitionen in die Bildung sind deshalb entscheidend für unseren zukünftigen Wohlstand.

Für den Einzelnen ist Bildung über seinen gesamten Lebensverlauf nicht nur unentbehrlich, um in der sich wandelnden Arbeitswelt Schritt zu halten und die eigenen Beschäftigungsfähigkeit abzusichern. Sie ist auch die Voraussetzung, um sich in einer immer komplexer werdenden Welt zu orientieren.

Notwendig sind dafür sowohl Wissen und praktische Fertigkeiten als auch soziale Fähigkeiten und Kompetenzen. Zudem kommt es für die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens darauf an, Grundorientierungen und Kompetenzen zu vermitteln, damit alle ihre Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft wahrnehmen können.

Eine gute Bildung ist somit das wichtigste Startkapital, das wir unseren Kindern mit auf den Weg in ihr Leben geben können. Deshalb ist das Eintreten für Chancengleichheit und für einen gerechten Zugang Aller zu Bildung, zu Ausbildung und zu beruflichen Chancen das Markenzeichen sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Das deutsche Bildungssystem ist noch weit davon entfernt, wirkliche Teilhabegerechtigkeit zu gewährleisten. Nach wie vor bestimmt die soziale Herkunft in viel zu hohem Maß über die Bildungsbeteiligung und den Bildungserfolg. Das müssen wir ändern. Ohne Bildung für Alle sind der soziale Frieden und der Wohlstand der Gesellschaft gefährdet.

Ziel unserer Bildungspolitik ist es, jedem Kind und Jugendlichen die beste Förderung zuteil werden zu lassen. Keiner darf verloren gehen. Alle haben ein Recht auf individuelle Förderung und auf eine zweite Chance im Bildungssystem.

Jeder Mensch sollte unabhängig von seiner Herkunft und den damit verbundenen finanziellen oder kulturellen Ressourcen die Möglichkeit erhalten, entsprechend seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen (aus)gebildet zu werden. Das gilt für alle Bildungsstationen von der Kindertagesstätte über die Schule, die Berufs- und Hochschulausbil-

dung bis hin zur Weiterbildung, Bildung ein Leben lang – auch nach der aktiven Berufstätigkeit – ist wichtig und notwendig in einer sich schnell entwickelnden Gesellschaft.

Bildung sollte uns mehr wert sein als bisher. Mit einer unzulänglichen Finanzierung lassen sich die Herausforderungen nicht meistern. Die SPD setzt klare Prioritäten zugunsten der Bildungspolitik und wird stärker in das Bildungssystem investieren.

Die absehbare demografische Entwicklung führt zu erheblichen Rückgängen bei der Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter (2005–2015 um 1,6 Mio. = 13,5 %). Dies entspricht rechnerisch Minderausgaben von rund 8 Mrd. Euro im Jahr 2015. Die Länder verpflichten sich, die freiwerdenden Ressourcen effizient für Angebotserweiterungen und qualitative Verbesserungen im Bildungssystem zu nutzen. Die SPD wird darauf hinwirken, dass der Bund diese finanzielle Prioritätensetzung durch gezielte Maßnahmen unterstützt.

Der Staat hat die Aufgabe, ein qualitativ hochwertiges Bildungswesen von der Frühförderung bis zum Lernen im Alter zu garantieren. Die SPD steht für den gebührenfreien Zugang zur Bildung – von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Für uns bleiben Chancengleichheit, freier Zugang, Bildung als öffentliches Gut in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung Leitideen, an denen sich Bildungspolitik orientieren muss.

I. Frühkindliche Bildung

Je früher Kinder gefördert werden, desto besser gelingt ihnen der Start in eine erfolgreiche Schullaufbahn und ein erfolgreiches Leben. Bildung muss deshalb so früh wie möglich ansetzen. Wer eine gute Kindertagesstätte besucht, ist besser vorbereitet auf die späteren Anforderungen.

Mit qualitativ hochwertigen Kindertagesstätten (Kitas) können schon früh herkunftsbedingte Benachteiligungen ausgeglichen werden. Insbesondere sozial benachteiligte Kinder und solche aus Migrantenfamilien können davon stark profitieren.

Auch wenn in den letzten Jahren durch das politische Drängen der SPD beim Ausbau der Kitas bereits viel erreicht worden ist, hat Deutschland im internationalen Vergleich immer noch großen Nachholbedarf im frühkindlichen Bereich. Im Vergleich zu den späteren Bildungsstationen ist gerade die frühe Bildungsphase immer noch unterfinanziert und nicht für alle Kinder zugänglich. Dort, wo die SPD in Regierungsverantwortung steht, haben wir bereits erfolgreich umgesteuert und verstärkt in die frühe Förderung investiert.

1. Rechtsanspruch und Beitragsfreiheit ab 2013

- Bereits in der rot-grünen Regierungszeit haben wir damit begonnen, die Kinderbetreuung bundesweit erheblich auszubauen und zu verbessern. Ab 2013 wird es einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr geben. Das hat die SPD gegen den Widerstand der Union durchgesetzt. Für Kinder unter drei Jahren wird das Angebot an Krippenplätzen auf 750.000 verdreifacht. Damit steht jedem Kind, wenn die Eltern es wünschen, ein Krippenplatz ab dem ersten Lebensjahr zur Verfügung.
- Wir bauen die sozialen Hürden für den Zugang zur frühen Bildung ab. In Ländern wie Berlin und Rheinland-Pfalz haben wir es bereits geschafft, dass für kein Kind im letzten Jahr vor der Einschulung Gebühren für den Kita-Besuch gezahlt werden müssen. Aber gerade die ersten Jahre in der Kindertagesstätte sind prägend für die spätere Lernfähigkeit von Kindern. Wir wollen deshalb die Eltern von den Kita-Gebühren entlasten. Parallel zum zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinbarten Ausbau wird die SPD dafür sorgen, dass der Besuch einer Kindertagesstätte für alle Kinder von eins bis sechs schrittweise bis 2013 beitragsfrei gestellt wird. Dies erfordert bundesweit ca. 3 Mrd. Euro (Einjährige bis Schuleintritt). Der Bund wird sich an diesen Kosten substantiell beteiligen.

2. Erzieherinnen und Erzieher besser aus- und weiterbilden

- Erzieherinnen und Erzieher leisten in Deutschland eine wichtige Arbeit mit Kindern. Wir wollen diese gute Arbeit erhalten und weiter stärken. Die Qualität der frühkindlichen Bildung ist entscheidend von der Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher abhängig. Die SPD wird daher für eine bessere Aus- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher sorgen, auch unter Einbeziehung des Meister-BAföG. Akademische Ausbildungen – gerade im Leitungsbereich von Betreuungseinrichtungen – sind ein notwendiger Schritt. Die Hochschulausbildung muss auch für ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher offen sein. Wir wollen sowohl den grundständigen Ausbildungsweg über die Fachschule als auch die Möglichkeit der Fachhochschulausbildung fördern und damit auch den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers durch Bildungsaufstieg attraktiver machen.

3. Sprachkompetenz früh fördern

- Viele Kinder weisen zum Zeitpunkt des Schuleintritts Defizite in ihrer Sprachentwicklung auf. Die deutsche Sprache aber ist unverzichtbares Rüstzeug für die spätere Schullaufbahn der Kinder. Die Jahre vor der Einschulung müssen deshalb für eine intensive Sprachförderung genutzt werden. Rechtzeitig vor der Einschulung ist die Sprachkompetenz festzustellen. Die erforderliche Sprachförderung muss flächendeckend und bedarfsgerecht angeboten werden.
- Die SPD wird das Qualifizierungsangebot im Bereich Spracherwerb von Kindern durch geschultes Personal ausbauen, denn vor allem Kinder mit Migrationshintergrund haben deutliche Nachteile, wenn sie sich nicht genügend auf Deutsch verständigen können.

4. Individuelle Förderung in kleineren Gruppen

- Ein besserer Betreuungsschlüssel erlaubt es, Talente der Kinder zu entdecken und zu fördern und Startschwierigkeiten auszugleichen. Für eine bessere individuelle Förderung ist das Ziel der SPD, einen Betreuungsschlüssel von höchstens vier Kindern je Erziehungsperson bei Unterdreijährigen und höchstens acht Kindern pro Erziehungsperson im Kindertagesstättenbereich einzuführen.

5. Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen

- Wir bauen Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren um. In diesen frühpädagogischen Einrichtungen werden nicht nur Kinder gefördert und bekommen bessere Bildungschancen. Auch die Erziehungs- und Problemlösungskompetenz der Eltern kann in Zusammenarbeit mit den Eltern verbessert werden. Allen Müttern und Vätern sollte eine passgenaue und wirkungsvolle Unterstützung zur Verfügung stehen.
- Die SPD will das zusätzliche ehrenamtliche Engagement vor allem von Seniorinnen und Senioren unterstützen. Sie können zum Beispiel in Vorlesestunden oder Gesprächen mit den Kindern in der Kita ihre Erfahrung, ihr Wissen und ihre Zeit einbringen und damit die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher unterstützen.

II. Schule

Eine erfolgreiche Schulbildung ist die Voraussetzung für die individuelle Entwicklung und das spätere Fortkommen der Kinder und Jugendlichen. Deswegen müssen wir die Schulabbrecherquote deutlich reduzieren und insgesamt mehr Schülerinnen und Schüler zu höheren Schulabschlüssen führen. Das starr gegliederte Schulwesen, das die Kinder schon früh auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungswege verteilt, trägt zur sozialen Spaltung der Gesellschaft bei. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ein modernes und zukunftsfestes Schulsystem ein.

1. Länger gemeinsam lernen

- Unser Schulsystem muss deutlich durchlässiger werden. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Die SPD wird sich daher für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen.
- Die Hauptschule kann ihren Auftrag unter den sich verändernden Rahmenbedingungen nicht mehr erfüllen. Wir wollen sie abschaffen.
- Wir brauchen eine bessere Verzahnung von vorschulischer und schulischer Bildung sowie Ausbildung und Studium.
- Die SPD wird die Berufsorientierung verbindlich in allen allgemeinbildenden Schulen einführen und für mehr Beratung beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Studium sorgen. Dafür wollen wir die Partnerschaft von Schule und Wirtschaft weiter stärken.

2. Individuelle Förderung

erfordert mehr Investitionen in die Schule

- Wir brauchen finanzielle Mittel für erweiterte pädagogische Angebote (z. B. Sozialarbeit).
- Wir streben kleinere Klassen und mehr Personal für individuelle Förderungsmöglichkeiten an.
- Weitgehende Lernmittelfreiheit und gezielte Unterstützung bei der Anschaffung von Schulzubehör im Rahmen der Sozialgesetzgebung sind wichtige Beiträge zur Chancengleichheit. Kinder aus einkommensschwächeren Familien brauchen zusätzliche Unterstützung, um das schulische Angebot ohne finanzielle Hürden in Anspruch nehmen zu können. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Bund zukünftig für bedürftige Kinder im Rahmen eines Schulmittelbedarfs-Paketes die Kosten für die Ausstattung mit Schulmaterialien übernimmt.
- Wir wollen, dass mehr Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen zur Schule gehen. Sie sollen in der Regelschule ihre behinderungsgerechte Förderung erhalten.
- Die Länder sorgen für eine zeitgemäße Lehrerbildung, zu der auch ein starker Bezug zur schulischen Praxis gehört.

3. Flächendeckend Ganztagschulen einführen

- Die SPD setzt sich für einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen ein. In Ganztagschulen können Schülerinnen und Schüler durch die erweiterte Lernzeit und eine veränderte Lernkultur besser gefördert werden. Gleichzeitig helfen Ganztagschulen Eltern, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.
- Wir brauchen qualitativ gute schulische Ganztagsangebote mit mehr gezielter Förderung und guten Freizeitangeboten. Eine gute Ganztagschule braucht zusätzliches qualifiziertes Personal. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch der Bund den weiteren Ausbau der Ganztagschulen unterstützt, indem er beispielsweise ein Programm zur begleitenden Schulsozialarbeit an Ganztagschulen im Rahmen der Jugendhilfe auflegt.
- Ein gutes Mittagessen muss für die Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden. Die Länder stellen sicher, dass alle Kinder an diesem Mittagessen teilnehmen können.
- Gute Ganztagschulen müssen durch eine deutliche Ausweitung der Ferienbetreuung ergänzt werden.
- Ganztagschule ist auch die große Chance eine neue Schulkultur zu verankern, die Schule für ihr Umfeld öffnet und das Zusammenarbeiten von Schule und außerschulischen Partnern fördert. Wir wollen, dass sich durch unsere Reformen die Schule zu einem Haus des Lebens und Lernens entwickelt.

4. Gemeinsame Bildungsstandards

- Bei einem Wohnortwechsel können Eltern mit Recht verlangen, dass ein Schulwechsel für ihre Kinder keine Probleme aufwirft. Um Qualität und eine hohe Vergleichbarkeit sowohl der Bildungssysteme

in den einzelnen Ländern als auch der Schulen innerhalb eines Landes zu gewährleisten, wird die SPD die Weiterentwicklung und Verbesserung gemeinsamer Bildungsstandards vorantreiben.

III. Ausbildung

Deutschland verfügt mit der dualen Ausbildung über ein gutes Berufsbildungssystem. Die Kombination von praktischem Lernen im Betrieb und schulischem Lernen bereitet die Jugendlichen optimal auf die Berufswelt vor. Doch haben sich in den letzten Jahren Defizite im System gezeigt. Zu viele Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz und müssen nach der Schule mit Überbrückungsmaßnahmen Vorlieb nehmen. Die Ausbildung junger Menschen darf von den Betrieben nicht als Belastung empfunden werden. Vielmehr ist sie – besonders auch hinsichtlich des prognostizierten Fachkräftemangels in Deutschland – eine unverzichtbare Investition in die wirtschaftliche Zukunft und in die eigene betriebliche Entwicklung.

Wir wollen den Jugendlichen das nötige Rüstzeug mit auf den Weg geben, um eine berufliche Ausbildung erfolgreich durchlaufen zu können. Ein erfolgreicher Schulabschluss ist dabei die Voraussetzung. Gleichzeitig müssen die Jugendlichen schon in den allgemeinbildenden Schulen gut auf die Berufswelt vorbereitet werden.

1. Duale Ausbildung stärken

- Wir wollen die duale Ausbildung stärken. Dazu werden wir auf der Grundlage von Beruflichkeit die zersplitterten Ausbildungsberufe zu Berufsfamilien zusammenfassen und die Ausbildung entsprechend transparenter und effizienter organisieren.
- Dabei werden wir auch die Möglichkeiten verbessern, im Rahmen einer dualen Ausbildung einen höheren Schulabschluss zu erwerben.

2. Übergangssystem straffen

- Wir sagen sinnlosen Warteschleifen im Übergang von der Schule zur beruflichen Ausbildung den Kampf an. Die sinnvollen Angebote für die jungen Menschen, die auf ihrem Weg zur Ausbildungsreife unsere vorübergehende Unterstützung benötigen, werden wir effizienter und transparenter gestalten.
- Mit dem Ausbildungsbonus setzen wir ein Zeichen für diejenigen, denen es in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, nach der Schule unmittelbar einen Ausbildungsplatz zu finden. Diese sogenannten Altbewerber nehmen wir mit der Initiative von Arbeitsminister Olaf Scholz in den Fokus. Wir widmen ihnen unser besonderes Augenmerk in einer Zeit, in der der Ausbildungsstellenmarkt den aktuellen Schulabgängern gute Perspektiven bietet. In dieser günstigen Situation fördern wir 100.000 Altbewerber und ihre ausbildenden Betriebe, um für diese Jugendlichen den Weg in duale Ausbildung doch noch zu eröffnen.
- Wir werden vor allem das Angebot einer Berufseinstiegsbegleitung in ein dauerhaftes, verlässliches Instrument verwandeln. Damit helfen wir den Jugendlichen bei ihrem Wechsel von der Schule in den Beruf insbesondere dann, wenn das Elternhaus diese Hilfe selbst nicht ausreichend bieten kann. Jeder Jugendliche, der der Hilfe bedarf, erhält einen Begleiter seines Vertrauens, der ihn unterstützt. Bei Bewerbungen, bei der Suche, beim Eintritt in die Ausbildung und bei schwierigen Situationen in den ersten Monaten nach Ausbildungsbeginn.

3. Ausbildungspakt weiterentwickeln

- Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren dank der gemeinsamen Anstrengungen der Partner des „Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ und der guten Konjunktur deutlich verbessert.

- Wir werden den Ausbildungspakt weiterentwickeln und an die Anforderungen von Ausbildungs- und Arbeitsmarkt anpassen.
- Trotz aller Erfolge des Ausbildungspakts gibt es noch zu viele Unternehmen, die sich ihrer Verantwortung für die Ausbildung entziehen. Wir erwarten, dass weitere Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, damit tatsächlich alle Jugendlichen eine Ausbildung erfolgreich absolvieren können. Dabei muss eine hohe Qualität der Ausbildung gewährleistet sein, damit Jugendliche zukunftssichernde Qualifikationen erwerben können.

IV. Weiterbildung

Der Weiterbildung kommt eine doppelte Schlüsselrolle zu. Nur mit ihrem Ausbau wird es erstens gelingen, jeder und jedem Einzelnen die Möglichkeit zu sichern, Qualifikationen und Kompetenzen durch Lebenslanges Lernen kontinuierlich zu erhalten, zu erneuern und auszubauen. Davon profitieren zweitens vor allem auch die Unternehmen, die mit differenzierten und maßgeschneiderten Qualifizierungsangeboten flexibel auf Anforderungen von Markt, Betrieb und Technik reagieren können. Ohne eine systematische Weiterbildung ist die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen über die gesamte Erwerbsbiographie hinaus nicht zu sichern. Unser Ziel ist es, die Beteiligung an der formalisierten Weiterbildung bis 2015 auf 60 Prozent zu erhöhen (2007: 43 Prozent). Die SPD wird insbesondere die Maßnahmen zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von Geringqualifizierten ausweiten. Jeder und jede soll die zweite oder dritte Bildungschance ohne Hindernisse nutzen können.

1. Bundeseinheitliche Regelungen für die Weiterbildung schaffen

- Wir wollen ein Erwachsenenbildungsfördergesetz einführen und die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen sowie die Leistungen des Staates zusammenführen. Die rechtliche Zersplitterung der Weiterbildung soll damit überwunden werden.

2. Rechtsanspruch auf Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses einführen

- Wir wollen eine Kultur der „Zweiten Chance“ voranbringen. Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin ohne Abschluss soll das Recht erhalten, einen grundlegenden Schulabschluss gefördert durch die Bundesagentur für Arbeit nachzuholen.
- Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten für einen nachholenden Berufsabschluss verbessern. Wir lassen niemanden zurück.

3. Arbeitsversicherung statt Arbeitslosenversicherung

- Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall eingetreten ist. Das Ziel ist die Risiken einer Erwerbsbiographie besser abzusichern und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. In der Arbeitsversicherung spielt die Förderung der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens eine Schlüsselrolle. Dazu müssen neue Instrumente für eine möglichst umfassende Weiterbildungsbeteiligung der Unternehmen und der Beschäftigten und neue Finanzierungsformen entwickelt werden. Die SPD wird dazu im Herbst 2008 ein Konzept vorlegen.

V. Hochschule

Sozialdemokratische Hochschulpolitik hat das Ziel, möglichst vielen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten den Abschluss eines Studiums zu ermöglichen. Im Ergebnis sollen mehr Menschen einen akademischen Bildungsabschluss erreichen. Damit steigen die Erwerbschancen für jeden Einzelnen. Nur so kann der steigende Bedarf

an hochqualifizierten Fachkräften und international wettbewerbsfähigen, wissensbasierten Innovationen abgedeckt werden.

1. Das Studium gebührenfrei gestalten

- Die SPD steht für ein gebührenfreies Erststudium bis einschließlich zum Masterabschluss. In keinem der SPD-regierten Länder wird es daher Studiengebühren geben.

2. Das BAföG stärken

- Für die SPD ist das BAföG das zentrale Instrument, um im Bildungssystem für einen sozialen Ausgleich zu sorgen und Chancengleichheit herzustellen. Wir haben zum Wintersemester 2008/09 durchgesetzt, dass das BAföG um 10 Prozent erhöht wird. Auch zukünftig werden wir das BAföG kontinuierlich den Rahmenbedingungen anpassen.

- Die SPD will, dass Jugendliche unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern die Chance haben, das Abitur zu erreichen. Mittelfristig streben wir an, das Schüler-BAföG zu stärken und es wieder zu einem Instrument des sozialen Ausgleichs auszubauen. Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab der 11. Klasse finanziell unterstützt werden. Die Union hat unter der Kohlregierung das Schüler-BAföG empfindlich zurückgefahren, so dass heute nur wenige Jugendliche die Förderung erhalten können. Mit einem Schüler-BAföG wollen wir die Chancengleichheit in der schulischen Bildung verbessern und die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten erhöhen.

- Wir wollen die Altersgrenze beim BAföG über das 30. Lebensjahr anheben, damit ein Studium auch zu einem späteren Zeitpunkt im Leben aufgenommen werden kann.

3. Die Hochschule für Fachkräfte ohne Abitur öffnen

- Die SPD wird die Hochschulen für beruflich Qualifizierte ohne Abitur öffnen und so die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen. Dafür werden wir einen bundesweit einheitlichen und erleichterten Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur durchsetzen und neue finanzielle Anreize sowohl für die Studierenden als auch für die Hochschulen setzen.

- Wir wollen, dass ein Meister-Abschluss oder ein vergleichbarer Abschluss für ein Hochschulstudium qualifiziert. Auch wer eine Berufsausbildung abschließt und über Berufserfahrung verfügt, muss einen fachgebundenen Hochschulzugang erhalten können.

- Bereits im Betrieb oder über die berufliche Ausbildung erworbene Kompetenzen sollen für Personen mit und ohne Abitur verlässlich angerechnet werden.

- Das Hochschulstudium muss sich an die unterschiedlichen individuellen Lebensformen der Studierenden anpassen. Dafür muss das Studium flexibel gestaltet und ein strukturiertes Teilzeitstudium auch als berufsbegleitendes Studium ermöglicht werden. Wir wollen berufsbegleitende Teilzeitangebote an den Hochschulen ausbauen. Der BAföG-Bezug soll auch während eines zeitlich flexibler gestalteten Studiums möglich sein. Die SPD wird dafür ein Konzept entwickeln.

- Wir wollen den Zugang zu Masterprogrammen auch für beruflich Qualifizierte öffnen.

4. Die Studienstrukturreform zur Qualitätsentwicklung der Lehre nutzen

- Die Umstellung auf Bachelor/Master-Studiengänge muss dazu genutzt werden, die Abbrecherquote zu verringern.

- Die SPD fordert, dass der durch die Studienstrukturreform erhöhte Beratungsbedarf der Studierenden abgesichert wird und die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, um den Studierenden dabei zu helfen ihre Studienziele zu erreichen.

- Die SPD wird den Ausbau von Mentoring-Programmen an den Universitäten vorantreiben.
- Wir wollen zudem das Angebot für Duale Studiengänge ausbauen und attraktiver gestalten. Sie können einen herausragenden Beitrag zur Sicherung unseres Fachkräftebedarfs leisten.

5. Einen Systemwechsel

in der Hochschulfinanzierung herbeiführen

- Die SPD bekennt sich zum konsequenten Ausbau von Studienkapazitäten. Der Hochschulpakt II muss ein „Pakt für die Studierenden“ werden. Der „Pakt für die Studierenden“ soll sowohl Quantität als auch Qualität der Lehre verbessern. Gute Lehre muss innerhalb der Hochschule den gleichen Stellenwert haben wie gute Forschung.
- Die SPD fordert, dass im Rahmen des Hochschulpakts II Bund und Länder gemeinsam vereinbaren, das Modell „Geld folgt den Studierenden“ (Vorteilsausgleich) schnellstmöglich einzuführen. Nur so kann der Zustrom der Studierenden in den kommenden Jahren bewerkstelligt und eine gerechte Verteilung der Lasten gesichert werden. Ein solches System gewährleistet die gewünschte Mobilität der Studierenden, fördert die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und einen fairen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Formen der Hochschulfinanzierung in Deutschland. Das damit etablierte Wettbewerbssystem setzt Anreize dafür, das Studienplatzangebot der Hochschulen sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht zu verbessern. Es wird somit ein positiver Wettbewerb der Länder um Studierwillige einsetzen.
- Wir wollen, dass das Studium in Deutschland für Studierende aus dem Ausland noch attraktiver wird. Der Bund und die Länder stehen dafür in einem Modell „Geld folgt Studierenden“ in der Verantwortung.

6. Exzellenzinitiative weiterführen

- Die SPD hat mit der Exzellenzinitiative I bedeutende inhaltliche Impulse für die deutsche Wissenschaftslandschaft gesetzt. Diese positive Entwicklung muss fortgesetzt werden.
- Die SPD fordert die Weiterführung der Exzellenzinitiative mit der Vorgabe, dass auch Länder/Regionen mit Nachholbedarf beim Aufbau von Spitzenwissenschaften unterstützt werden. Dies gilt auch für die Ansiedlung von gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen (z. B. MPG/HGF) in Ländern/Regionen ohne gewachsene Wissenschaftsstrukturen.
- Die SPD wird den Schwerpunkt der Exzellenzinitiative II bei der Nachwuchsförderung (Graduiertenschulen) sowie bei der Förderung exzellenter Fachgebiete (Exzellenzcluster) setzen.

Aufstieg durch beste Bildung ermöglichen, das ist Herzstück sozialdemokratischer Politik. „Unsere Kinder sollen es einmal besser haben“ war in der 145-jährigen Tradition der SPD immer ein wichtiges Motiv im Kampf für eine bessere Zukunft. Auch heute unter veränderten Bedingungen stellen wir deshalb die Bildungspolitik in das Zentrum unseres Handelns. Bildung befähigt den Menschen, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen. Sie ist eine grundlegende Voraussetzung für ein tolerantes und demokratisches Miteinander in unserer Gesellschaft.

Parteivorstand, 1. September 2008

Sicher leben in Deutschland – Sozialdemokratische Sicherheitspolitik für das 21. Jahrhundert

Sicherheit garantieren heißt Freiheit schützen. Nur wer nicht befürchten muss, Opfer von Gewalt und Kriminalität zu werden, kann frei handeln. Die staatlich gewährleistete Sicherheit ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheitsrechte wahrnehmen und ihr Leben ohne Furcht gestalten können. Die SPD sorgt dafür, dass alle Menschen in Deutschland in Sicherheit und Freiheit leben können.

I. Unser Grundsatz:

Sicherheit und Freiheit gehören zusammen

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, die Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu schützen. Der Staat als Träger des Gewaltmonopols muss dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger frei von Ängsten und Bedrohungen leben können. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine Leistung des Staates, die allen zugute kommen muss. Dies ist für uns ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen keine Zustände, in denen die persönliche Sicherheit davon abhängt, ob sie mit privaten Mitteln finanziert werden kann oder nicht.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und die Wahrung der Bürgerrechte stehen in einem Spannungsverhältnis, jedoch nicht in einem Gegensatz zueinander. Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Schutz vor kriminellen oder terroristischen Gewaltakten durch den schützend eingreifenden Staat ist selbst ein Bürgerrecht.

Wer folglich das Sicherheitsbedürfnis der Menschen nicht ausreichend beachtet, wird die politische Mehrheit der Bevölkerung verlieren. Wer aber das Thema Bürger- und Freiheitsrechte vernachlässigt, schafft einen Staat, in dem wir nicht leben wollen. Nicht derjenige muss sich rechtfertigen, der Bürger- und Freiheitsrechte verteidigt, sondern derjenige, der sie einschränken will.

Die SPD setzt sich für eine Sicherheitspolitik ein, die mit Augenmaß das höchst mögliche Sicherheitsniveau für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet, ohne Sicherheit und Bürgerrechte gegeneinander auszuspielen. Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit dürfen die Freiheitsrechte der Menschen nur so viel wie nötig und so wenig wie möglich einschränken. Je schwerer ein Eingriff ist, desto enger ziehen wir die Grenzen und desto strikter müssen die Kontrollmöglichkeiten sein.

Grund- und Freiheitsrechte sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein hohes Gut. Sicherheit darf nicht auf Kosten dessen durchgesetzt werden, was es doch eigentlich zu schützen gilt: die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, Presse- oder Religionsfreiheit.

Durch die furchtbaren Anschläge am 11. September 2001 in den USA und danach in anderen Teilen der Welt, ist die Bedrohung durch den Terrorismus für alle sichtbar geworden. Auch in Deutschland ist die terroristische Gefahr real. Es ist unseren Sicherheitsbehörden bisher erfolgreich gelungen, terroristische Angriffe zu verhindern. Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Die SPD sorgt dafür, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Sicherheit wird aber nicht nur durch die Gefahr terroristischer Anschläge bedroht. Für viele Menschen gibt es größere und konkretere Quellen von Unsicherheit: Diebstähle oder Körperverletzungen, mit denen sie im Alltag konfrontiert werden; verwahrloste Straßenzüge, die sie nach Einbruch der Dunkelheit meiden oder ein Klima der Intoleranz, in dem sie es nicht mehr wagen, ihre Meinung frei zu äußern.

Wir wollen, dass die Menschen im Alltag sicher sind und sich auch sicher fühlen. Die SPD steht für eine entschlossene Bekämpfung aller Kriminalitätsformen und ihrer Ursachen. Wer soziale Brennpunkte und Chancendefizite als Ursachen von Kriminalität erkennt, muss auch bei diesen Problemen ansetzen. Dies ermöglicht eine nachhaltige Kriminalitätsbekämpfung.

Sicherheit ist uns auch finanziell etwas wert. Wer dagegen ständig nach Steuersenkungen ruft, muss die Frage beantworten, wie er eine angemessene und vernünftige Sicherheitspolitik finanzieren will. Unsere Sicherheitsbehörden leisten sehr gute Arbeit und Deutschland ist auch deshalb eines der sichersten Länder der Welt.

Wir wollen eine offene Gesellschaft, die sich auch durch die terroristische Bedrohung nicht in autoritäre Strukturen treiben lässt. Wir wollen eine Gesellschaft, die eine Kultur der Freiheit im Alltag lebt und sich gleichzeitig entschieden gegen die Feinde der Freiheit zur Wehr setzt.

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist daher immer beides: Engagement für die Sicherheit und für die Freiheit!

II. Unser Weg: Hart gegen Kriminalität und konsequent gegen ihre Ursachen

■ Terrorismus bekämpfen, abwehren, vorbeugen

Wir haben in Deutschland die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Kampf gegen den Terrorismus gesetzt. Mit den Sicherheitspaketen I und II hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Voraussetzungen für die Terrorismusbekämpfung seit 2001 in allen Bereichen kontinuierlich verbessert. Die im Dezember 2004 unter dem sozialdemokratischen Bundesinnenminister Otto Schily beschlossene Einrichtung des gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums in Berlin war ein wichtiger Schritt für eine bessere Vernetzung unserer Sicherheitsbehörden. Die Arbeit der Sicherheitsbehörden muss auch in Zukunft weiter optimiert werden. Insbesondere bei der technischen Entwicklung müssen wir auf der Höhe der Zeit bleiben.

Ein nachhaltiger Kampf gegen den Terrorismus schließt die Bekämpfung seiner Ursachen mit ein. Dazu zählt vor allem eine erfolgreiche Integrationspolitik, die allen Menschen in Deutschland die Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglicht. Denn wer sich innerhalb der Gesellschaft bewegt, sich mit ihr identifiziert und sich von ihr anerkannt fühlt, der akzeptiert auch eher ihre Werte und Gesetze.

Mit erfolgreicher gesellschaftlicher Integration beugen wir der Radikalisierung und Gewaltbereitschaft am nachhaltigsten vor. Eine gesonderte „deutsche Leitkultur“ brauchen wir dafür nicht. Im Grundgesetz finden wir alles, was wir an Orientierung brauchen: von der Religionsfreiheit über die Gleichheit von Mann und Frau, über Presse- und Meinungsfreiheit bis hin zum staatlichen Gewaltmonopol und insbesondere der absoluten Geltung der Menschenwürde.

Wer mehr Sicherheit in Deutschland will muss sich auch für mehr Sicherheit in der gesamten Welt einsetzen. Gewalt, Elend und Anarchie bilden den Nährboden für Terrorismus und anderer Formen organisierter Kriminalität. Die SPD unterstützt mit ihrer Außen- und Entwicklungspolitik gefährdete Staaten bei der Wiederherstellung von Staatlichkeit und zivilgesellschaftlichen Strukturen. Priorität besitzen dabei für uns zivile Aufbauhilfen, nachhaltige Entwicklungsprojekte und faire wirtschaftliche Beziehungen.

■ Sicherheit im Alltag garantieren

Wir wollen, dass die Menschen in ihrem Alltag sicher sind und sich auch sicher fühlen. Angst vor Straftaten oder ein Unsicherheitsgefühl in bestimmten Stadtteilen beeinträchtigen die Lebensqualität und die Freiheit. Das werden wir verhindern.

Mit präsenten Sicherheitsbehörden und städtebaulichen Maßnahmen tragen wir dazu bei, dass in Städten und Gemeinden keine Angsträume entstehen. Wir nutzen die Videoüberwachung von öffentlichen Kriminalitätsschwerpunkten, um Straftaten aufzuklären und Wiederholungstaten zu verhindern.

Wir wollen eine konsequente Verfolgung aller Formen des Vandalismus. Illegales Graffiti ist keine zulässige Kunstform und die Zerstörung fremden Eigentums keine politische Artikulation. Beides ist Kriminalität und muss als solche bestraft werden.

Zur Prävention gehört auch die Auseinandersetzung mit politisch und religiös begründetem Extremismus. Wir bekämpfen Linksextremismus, Islamismus und Rechtsextremismus mit gleicher Konsequenz.

Wir lassen es nicht zu, dass rechtsextreme Ideologen Teile Deutschlands zu „No-Go-Areas“ für Andersdenkende und Minderheiten machen. Wir wissen, dass der Kampf gegen die rechtsextreme Ideologie in den Köpfen der Feinde der Freiheit nicht allein vom Staat geleistet werden kann. Auch deshalb fördern wir die vielen Kräfte in der Zivilgesellschaft, die sich für Toleranz und Demokratie einsetzen, und stellen sicher, dass ihr Engagement dauerhaft finanziert und fortgeführt wird. Daneben gilt es den organisierten Rechtsextremismus zu bekämpfen. Die SPD setzt sich weiter für ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD ein, ohne die weiteren Maßnahmen im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu vernachlässigen.

■ Opfer besser schützen

Die Situation der Opfer von Kriminalität haben wir in das Zentrum rechtspolitischen Handelns gerückt. Opfer einer Straftat zu werden, vor allem einer Gewalttat, ist ein Erlebnis, das die Betroffenen oft noch Jahre nach der Tat schwer belastet. Die Stellung der Opfer wurde in den vergangenen zehn Jahren sozialdemokratischer Rechtspolitik erheblich gestärkt. So haben wir die Ansprüche auf Schmerzensgeld ausgebaut und die Zeugenvernehmungen für Opfer erleichtert.

Für einen besseren Schutz der Bevölkerung ist es uns wichtig, Straftäter während und nach der Haft so anzuleiten, dass sie künftig keine Straftaten mehr begehen. Wir haben deshalb die Kontrolle und Nachsorge im Rahmen der Führungsaufsicht und im so genannten Maßregelvollzug verbessert und ausgebaut. Wenn sich allerdings Anhaltspunkte für die Gefährlichkeit von Straftätern erst nach ihrer Verurteilung ergeben, können heute besonders gefährliche Straftäter zum Schutz der Allgemeinheit über das Ende ihrer Straftat hinaus nach umfassender Prüfung nachträglich in Sicherungsverwahrung genommen werden.

Die Rechtsstellung der Opfer von Kriminalität werden wir auch künftig stärken: wir wollen das Recht der Verletzten erweitern, für eine Nebenklage unentgeltlich einen Anwalt in Anspruch zu nehmen. Wir sorgen dafür, dass Verletzte umfassend und frühzeitig über ihre Ansprüche und über Hilfsangebote informiert werden. Müssen Opfer als Zeugen im Strafverfahren aussagen stellen wir sicher, dass sie ihre Aussage angstfrei machen können und das Erlebte vollständig und unverfälscht schildern können. Opferschutzorganisationen leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass Verletzte einer Straftat schnell und unkompliziert Hilfe und Unterstützung erhalten. Wir wollen diese Organisationen noch stärker fördern.

■ Kriminalität an den Wurzeln packen

Unser Kampf gegen die Kriminalität setzt an den Ursachen an. Am Beginn einer Straftat stehen vielfach ungenügende Bildungschancen,

mangelnde berufliche Perspektiven und soziale Benachteiligungen. Die beste Kriminalprävention ist deshalb eine erfolgreiche Gesellschaftspolitik in den Themenbereichen Jugend und Bildung, Arbeit und Wohnen.

Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund haben in der Vergangenheit überproportional häufig Straftaten in Deutschland begangen. In den letzten Jahren ist außerdem der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden an den schweren Gewaltdelikten angestiegen. Der ganz überwiegende Teil der Gewalttäter ist heute jung, männlich und hat nicht selten einen Migrationshintergrund.

Diese Tatsachen dürfen nicht für eine ausländerfeindliche Haltung missbraucht werden, aber ein Migrationshintergrund kann auch keine Straftat rechtfertigen. Sozialdemokratische Kriminalprävention bekämpft die Auslöser der Gewalt, und das sind, unabhängig von der Herkunft, sehr häufig prekäre soziale und wirtschaftliche Verhältnisse.

■ Recht und Gesetz in der ganzen Gesellschaft durchsetzen

Für die SPD ist es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, des allgemeinen Rechtsfriedens und damit der Stabilität unserer Gesellschaft insgesamt, dass Rechtstreue in allen Teilen der Gesellschaft durchgesetzt wird. Dies gilt auch für den Bereich der sogenannten Wirtschaftskriminalität. Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Wirtschaftsstrafkammern müssen personell und sachlich in einer Weise ausgestattet werden, die „Waffengleichheit“ auch mit Spitzenverteidigern gewährleistet.

Geldstrafen müssen alle Täter gleichermaßen hart treffen. Wir wollen deshalb die Höchstgrenze für Geldstrafen anheben, so dass auch derjenige die Belastung spürt, der mehrere tausend Euro am Tag verdient. Wir verlängern die Verjährung für die Steuerhinterziehung.

Die SPD ist für eine entschiedene Bekämpfung jeder Form von Korruption. Neben dem volkswirtschaftlichen Schaden untergräbt Korruption die Glaubwürdigkeit von wirtschaftlichen und politischen Prozessen. Mit einem Korruptionsregister wollen wir dafür sorgen, dass Unternehmen oder Personen, die sich mit Bestechung und Schmiergeld auf Kosten der Allgemeinheit Aufträge verschaffen, langfristig von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden.

■ Polizei und Justiz optimal ausstatten

Die Sozialdemokratie steht für eine entschlossene Wahrnehmung der Aufgabe innere Sicherheit durch den Staat und seine Beamtinnen und Beamten.

Wir wollen Polizei und Justiz in Bund und Ländern optimal ausstatten. Unsere Polizei braucht ausreichendes Personal, damit kein Hinweis und keine Spur unbeachtet bleiben. Die qualifizierte Ausbildung und die sorgfältige Auswahl unserer Polizeibeamtinnen und -beamten garantieren, dass bei der Kriminalitätsbekämpfung stets nur so weit wie unbedingt nötig in Freiheitsrechte eingegriffen wird. Die Polizistinnen und Polizisten von Bund und Ländern haben unsere Anerkennung für ihre wichtige Aufgabe.

Wir haben heute in Deutschland kein Regelungsdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit. Die SPD tritt dafür ein, dass zwischen Tat und Verurteilung ein für den Täter spürbarer Zusammenhang besteht. Nur so kann die Sanktion gerade bei jugendlichen Straftätern ihre präventive erzieherische Wirkung entfalten. Mit einer leistungsfähigen Justiz sorgen wir dafür, dass die Bestrafung einer Tat auf dem Fuße folgt. Dafür sind Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte und Strafvollzug mit ausreichend Ressourcen und Personal auszustatten.

■ Informationen gewinnen, Daten schützen

Datenschutz sichert persönliche Freiheit und Selbstbestimmung. Wir wollen keinen gläsernen Menschen. Natürlich braucht der Staat Informationen, um seine vielfältigen Aufgaben solide erfüllen zu können. Aber niemand von uns will unter ständiger Beobachtung und permanenter Kontrolle leben. Jeder Zugewinn an Sicherheit ist an den Frei-

heitsrechten zu messen. Wir wollen keinen Präventionsstaat, der auf der Suche nach Gefahrenquellen auch Unbeteiligte überwacht und kontrolliert. Vorbeugende Informationseingriffe müssen die absolute Ausnahme bleiben.

Eine dauerhafte Speicherung von Fingerabdrücken von Millionen von Bürgern schießt weit über das Ziel hinaus. Das Lichtbild im örtlichen Passregister ist die polizeitaktisch und fachlich vernünftige Lösung.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist heute in zunehmendem Maße nicht vom Staat, sondern durch private Unternehmen und Arbeitgeber gefährdet. Informationen von und über Verbraucherinnen und Verbraucher werden für die Wirtschaft immer wertvoller. Private Unternehmen und Arbeitgeber sammeln daher immer mehr persönliche Daten ihrer Kunden und Mitarbeiter. Sie gefährden zunehmend das Recht der Bürger, selbst darüber zu entscheiden, wer was über sie weiß. Kunden- oder Payback-Kartensysteme verleiten Bürgerinnen und Bürger zur leichtfertigen Preisgabe privater Informationen. Unternehmen und Manager, die gesetzeswidrig Datenschutzrechte übertreten, müssen zukünftig mit noch härteren Geldbußen rechnen.

Wir Sozialdemokraten gewährleisten das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, auch im digitalen Zeitalter. Wir schützen personenbezogene Daten effektiv – vor dem staatlichen wie vor dem privaten Zugriff.

■ National und international effektiv zusammenarbeiten

Wir setzen uns für eine effektive Koordinierung der Kriminalitätsbekämpfung über Länder- und Staatsgrenzen hinweg ein, denn Kriminalität macht an keiner Grenze halt. Mit der Vernetzung der Strafregister in Europa haben wir eine erste wichtige Voraussetzung für die grenzüberschreitende Strafverfolgung geschaffen. Wir wollen in diese Richtung weiter gehen und EUROJUST und EUROPOL zu einem System europäischer Strafverfolgung entwickeln.

Die föderale Struktur Deutschlands muss eine effektive Gefahrenabwehr und eine konsequente Strafverfolgung ermöglichen. Dazu gehört beispielsweise eine Koordinierungsbefugnis des Bundes im Bereich des Katastrophenschutzes. Dazu gehört auch eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern. Und wir unterstützen kommunale Sicherheitspartnerschaften, die die Aktivitäten von Polizei, Justiz und öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Jugend- oder Ordnungsämter koordinieren und bündeln.

III. Unsere roten Linien: Keine Privatisierung, keine Militarisierung, keine Aufhebung des Trennungsgebots. Für uns gilt der Dreiklang: Was ist notwendig, was ist praktikabel, was ist verfassungskonform?

■ Keine Privatisierung der Sicherheit

Die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit ist und bleibt eine staatliche Aufgabe.

Das ist nicht zuletzt ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Sicherheit darf keine Ware werden, die sich die einen leisten können und die anderen nicht. Eine Ausweitung der Befugnisse für private Sicherheitsfirmen, die das staatliche Gewaltmonopol relativieren, kommt für uns nicht in Betracht.

■ Keine Militarisierung der Innenpolitik

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist polizeiliche Abwehr politisch motivierter Schwerstkriminalität und damit Aufgabe

von Polizei und Nachrichtendiensten. Der bloße Umstand, dass der internationale Terrorismus Staatsgrenzen überschreitet, rechtfertigt nicht die Nivellierung des Unterschieds zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zwischen Krieg und Frieden.

Die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland hat sich auch angesichts grenzüberschreitender Bedrohungen bewährt. Die unterschiedlichen Aufgaben von Bundeswehr und Polizeien spiegeln sich insbesondere in unterschiedlichen Ausbildungen und unterschiedlicher Bewaffnung. Das Völkerrecht und unser Grundgesetz setzen dem Einsatz militärischer Gewalt enge Grenzen. Wer die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit aufgibt, reißt diese Grenzen ein. Einen Einsatz der Bundeswehr im Innern lehnen wir ab. Auch bei der See- und Luftsicherheit soll sie der Polizei nur dann Amtshilfe leisten, wenn die Polizei nicht die erforderlichen Mittel hat und es keinen Sinn macht, sie für Einzelfälle damit auszurüsten.

Der Verflechtung der inneren Sicherheit in Deutschland mit der internationalen Gefahrenlage begegnen wir mit einer europäisch und international organisierten Gefahrenabwehr.

■ Keine Vermischung von Polizei und Geheimdiensten

Die SPD steht für eine klare Trennung von Polizei und Geheimdiensten im Sinne des Trennunggebotes. Insbesondere im Bereich der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung müssen die Aufgaben und Befugnisse eindeutig unterschieden und bestimmt werden. Wo Unbeteiligte von Informationseingriffen betroffen werden, müssen die rechtlichen Grenzen besonders eng und klar gesteckt werden.

Präsidium, 15. September 2008

Für mehr Gerechtigkeit – Die SPD im Bund und in Bayern

Die SPD steht für ein wirtschaftlich starkes und ein soziales Deutschland und deswegen für mehr Beschäftigung, Mindestlöhne und gute Bildung. In Bund und Ländern treiben wir das voran – Hand in Hand. Dafür steht die SPD, dafür steht in Bayern Franz Maget.

Gleiche Bildungschancen für alle!

Bildung und Ausbildung entscheiden über den Lebensweg und die Zukunft der Menschen. Gleiche Bildungschancen sind ein wesentlicher Baustein für eine gerechte und erfolgreiche Gesellschaft. Durch die sozialdemokratische Bildungspolitik in den 60er und 70er Jahren sind wichtige Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Aufstieg vieler Menschen und den anhaltenden wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes geschaffen worden. Unser Land braucht in Zukunft noch mehr gut ausgebildete und hoch motivierte Fachkräfte. Ein neuer Reformaufbruch ist überfällig. Bildungspolitik muss Priorität erhalten: bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie den Unternehmen und Sozialpartnern. Vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es, Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem herzustellen und die Talente und Potenziale aller Kinder zu fördern. Wir lassen niemanden zurück!

Die SPD im Bund will bessere Bildung für alle Menschen in jedem Alter. Gute Bildung muss so früh wie möglich ansetzen. Wir wollen, dass alle Kinder eine Kindertagesstätte besuchen können, und werden deshalb alle finanziellen Hürden dafür aus dem Weg räumen. Bis 2013 wollen wir den Besuch einer Kita für alle Kinder von eins bis sechs schrittweise beitragsfrei stellen. Der Bund wird sich an den Kosten von insgesamt 3 Milliarden Euro substantiell beteiligen.

Kein Kind soll schlechtere Chancen in der Schule haben, weil sich seine Familie die notwendigen Schulmaterialien nicht leisten kann. Deshalb setzt sich die SPD für ein Schulmittelbedarfs-Paket aus Bundesmitteln ein, was die Lernmittelfreiheit ergänzt und womit für bedürftige Kinder die Kosten für Schulmaterialien übernommen werden.

Nirgendwo hängen heute die Bildungschancen so sehr von der Herkunft ab wie in Deutschland. Unser Schulsystem muss daher deutlich durchlässiger werden. Die SPD will, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können, dass gemeinsame Bildungsstandards entwickelt werden und dass mehr für Integration getan wird.

Wir brauchen gebührenfreie Bildung von der Kinderkrippe bis zur Universität. Der private Geldbeutel darf nicht über die Nutzung von Bildungsangeboten entscheiden. Mit einer nationalen Anstrengung wollen wir deshalb bei den öffentlichen Bildungsausgaben so schnell wie möglich das internationale Spitzenniveau von sieben Prozent des BIP erreichen.

Die SPD in Bayern will eine Milliarde Euro in vier Jahren in gute Bildung zusätzlich investieren. Wir wollen 5.000 Lehrerinnen und Lehrer einstellen, denn nur mit zusätzlichen Stellen ist eine individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes möglich.

Wir wollen kindergerechte Schulen ohne Stress und Angst. Das heißt für uns: Eine Schulklasse soll höchstens aus 25 Schülerinnen und Schülern bestehen. Wir sind für ein Recht auf einen Ganztagsschulplatz, um genug Zeit zum Lernen zu haben.

Kein Schulabbrecher soll dauerhaft ohne Schulabschluss bleiben, denn jeder verdient eine zweite Chance. Das Risiko, keine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz zu finden, ist bei Menschen ohne jeden Schulabschluss besonders hoch. Deshalb wollen wir Chancen zur nachholenden Qualifizierung ermöglichen und einen Rechtsanspruch auf den nachträglichen Erwerb eines grundlegenden Schulabschlusses schaffen.

Deutschland verliert bei der Ausbildung von Akademikern den Anschluss an andere Industrienationen. Ein Kurswechsel ist dringend geboten. Während im OECD-Durchschnitt bereits 37 Prozent eines Altersjahrgangs einen Hochschulabschluss machen, sind es in Deutschland nur 21 Prozent. Besonderer Handlungsbedarf besteht in Bayern: unter den Schulabgängern der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen hat der Freistaat den zweitniedrigsten Anteil von Studienberechtigten mit allgemeiner oder Fachhochschulreife. Die Chance, das Abitur zu machen, ist bei Kindern von Akademikereltern sieben Mal so hoch, wie bei Arbeiterkindern. Das wollen wir Sozialdemokraten ändern. Die Verbesserung von Bildungschancen durch mehr Förderung und Erhöhung der Durchlässigkeit ist damit zugleich die beste Zukunftsvorsorge für gesellschaftlichen Wohlstand und ein gutes Zusammenleben.

Besser wirtschaften!

Wirtschaftliches Wachstum muss unter den Bedingungen der Globalisierung ständig neu erarbeitet werden. Neue Branchen, Märkte und Wirtschaftsmächte, große Finanzströme sowie global agierende Fonds und Investoren prägen die weltweiten Rahmenbedingungen ebenso wie der Klimawandel, Energie und Verteilungsfragen. In einer hochdynamischen Weltwirtschaft bedarf es einer innovativen und vorausschauenden Wachstumspolitik, um neue Chancen für die deutsche Wirtschaft zu erschließen und Risiken zu begrenzen. Dafür muss ein handlungsfähiger Staat in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren.

Die SPD im Bund tritt ein für eine nachhaltige Wachstumsstrategie, die nicht auf Lohn- und Steuerdumping setzt, sondern auf Qualitätsproduktion und einen starken Binnenmarkt. Dies setzt mehr und bessere Bildung, öffentliche Investitionen, faire Löhne, eine ökologische

Industriepolitik und eine langfristig ausgerichtete Unternehmenskultur voraus. Wir wollen technische und wirtschaftliche Innovation mit sozialem und ökologischem Fortschritt in Einklang bringen. Unsere Zielperspektive bleibt höchste Beschäftigung und gute Arbeit in Deutschland.

Die SPD in Bayern wird die Landesbank und die LfA Förderbank nicht wie die bayerische Staatsregierung für ein „Staatsmonopoly“ einsetzen, sondern um kleinen und mittleren Unternehmen zu helfen. Was hätte mit dem Geld alles gemacht werden können, das die Bayerische Landesbank mit hochriskanten Geschäften in den Sand gesetzt hat! Wir werden die Forschung und Entwicklung neuer Technologien in Zusammenarbeit mit Hochschule, Forschung und Unternehmen vorantreiben. Wir stehen zur öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Hand, denn Städte, Landkreise und Gemeinden versorgen uns zuverlässig mit dem, was wir für unser Leben brauchen.

Soziale Gerechtigkeit

Gleiche Lebenschancen für jeden erwachsenen Menschen und für jedes Kind sind das Grundversprechen einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Gemessen an der Wirklichkeit wird dieses Versprechen aber in vielen Staaten noch nicht ausreichend erfüllt. Zu diesen Staaten gehört leider auch Deutschland, ja selbst das wohlhabende Bayern.

Gute Arbeit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Löhne nicht zum Leben reichen und Dumpinglöhne aus Steuergeldern und Sozialversicherungsbeiträgen aufgestockt werden müssen. Deshalb unterstützen wir die Gewerkschaften in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen. Deshalb kämpfen wir für Mindestlöhne. Wer Vollzeit arbeitet, muss davon leben können. Auch Unternehmen profitieren von Mindestlöhnen, weil sie Schmutzkonzurrenz verhindern. Denn einen Wettlauf um die niedrigsten Löhne kann Deutschland ohnehin nicht gewinnen. Wohl aber einen Wettlauf um Produktivität und Qualität.

Die SPD im Bund wird sich daher weiterhin mit aller Kraft für die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen einsetzen. Mit der Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und der Reform des Mindestarbeitsbedingungengesetzes haben wir einen ersten Schritt dorthin erreicht. In der öffentlichen Diskussion wird die Union den Menschen bei jeder einzelnen Branche erklären müssen, warum sie dort Schmutz-Löhne hinnimmt.

Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das ist die Aufgabe einer Gleichstellungspolitik, die ihren Namen auch verdient, indem sie die immer noch bestehende tatsächliche Benachteiligung von Frauen gerade auf dem Arbeitsmarkt wirksam bekämpft.

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Das Ziel ist, die Risiken einer Erwerbsbiographie besser abzusichern und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Dazu gehört ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung.

Wir wollen eine Verbesserung der Leistungen für Kinder. Hierbei ist uns jedes Kind gleich viel wert. Wir wollen den Familienleistungsausgleich so umgestalten, dass die Wirkung seiner Komponenten für alle Familien gleich ist. Die Freibeträge sollen ab dem ersten Euro Wirkung entfalten und nicht erst für Spitzenverdienerinnen und -verdiener.

Die SPD in Bayern will Mindestlöhne einführen, wie sie schon vom damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner in der Bayerischen Verfassung vorgesehen wurden. Wir nehmen die Verfassung ernst und werden in Regierungsverantwortung diesen hoch aktuellen Verfassungsauftrag gesetzlich umsetzen. Wir werden dafür sorgen, dass bei allen öffentlichen Auftragsvergaben nach Tarif bezahlt werden muss. Den bayerischen Sozialbericht werden wir regel-

mäßig fortschreiben, denn Nicht-Wissen darf keine Entschuldigung für Untätigkeit sein. Wir werden Kinder und Familien aus der Armutsfalle befreien. Für uns sind soziale Gerechtigkeit und Solidarität der Maßstab unseres Handelns.

Gesund leben und ernähren

Die Qualität unserer Lebensmittel ist ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil für unsere Landwirte und die Lebensmittelwirtschaft, der nicht verspielt werden darf. Die Lebensmittelskandale der letzten Monate haben jedoch viele Lücken im Kontrollsystem aufgezeigt. Der gute Ruf hat Schaden genommen.

Die SPD im Bund will eine Landwirtschaft, die den wachsenden Bedarf an gesunden, hochwertigen Lebensmitteln, nicht zuletzt aus ökologischer Erzeugung, decken kann und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schont. Wir wollen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher erkennen können, wie gesund die Lebensmittel sind, die sie kaufen. Wir haben außerdem schon eine klare Regelung zur Kennzeichnung von gentechnikfreien Lebensmitteln durchgesetzt, damit die Verbraucher mitentscheiden können, ob sich Gentechnik auf dem Acker und dem Lebensmittelmarkt durchsetzt. Landwirte und Verbraucher haben einen Anspruch auf gentechnikfreien Anbau.

Die SPD in Bayern will sofort zusätzliche Amtsveterinäre und Lebensmittelkontrolleure einsetzen, damit Lebensmittel vom Acker bis zur Verkaufstheke lückenlos kontrolliert werden können. Wir wollen zudem eine Sonderkommission „Lebensmittelsicherheit“ beim Landeskriminalamt einsetzen. Wir werden Vorsorge treffen für ein gentechnikunabhängiges Bayern, denn einmal in die Naturkreisläufe eingebrachte gentechnisch veränderte Organismen sind nicht mehr rückholbar.

Mehr Demokratie

Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Vertrauen und Sicherheit können wir nur gemeinsam durchsetzen. Von einem aufgeschlossenen Miteinander der Generationen, dem sozialen Frieden in unseren Städten und einer respektvollen Integration mit klaren Regeln profitieren wir alle. Dafür brauchen wir eine engagierte Bürgergesellschaft und keine Kultur des Misstrauens.

Die SPD im Bund will eine Gesellschaft, die eine Kultur der Freiheit im Alltag lebt und sich gleichzeitig entschieden gegen die Feinde der Freiheit zur Wehr setzt, denn Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Wir setzen unseren Kampf gegen Kriminalität primär an den Ursachen an, ohne polizeiliche Prävention oder Repression zu vernachlässigen. Die beste Kriminalprävention ist eine erfolgreiche Gesellschaftspolitik in den Themenbereichen Jugend und Bildung, Arbeit und Wohnen.

Wir setzen auf eine Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Verantwortungsübernahme. Dabei brauchen wir gerade auch das Engagement von älteren Menschen, die mit ihren Erfahrungen schon heute einen wesentlichen Beitrag zum Miteinander in Familien, Vereinen und Gemeinden leisten.

Die SPD in Bayern will die Instrumente der direkten Demokratie ausbauen und echte Mitwirkungsrechte auch dort durchsetzen, wo Demokratie erlernt wird: an den Schulen und Hochschulen. Wir werden Schluss machen mit der Beschneidung der Bürgerrechte durch die CSU und das Bayerische Versammlungsgesetz entsprechend ändern. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung bewahren und verhindern, dass die Staatsregierung in die Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke hineinregiert.

Wir treten alten und neuen Nazis entschieden entgegen. Das beste Rezept gegen sie ist Gerechtigkeit: Wer nicht ausgegrenzt, benachteiligt oder allein gelassen wird, läuft weniger Gefahr, an den braunen Sumpf verloren zu gehen.

Parteivorstand, 18. Oktober 2008

Beschluss zur Telekom

Der SPD-Parteivorstand fordert die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung als Vertreterin des Hauptaktionärs Bund auf, dafür zu sorgen, dass der Telekom-Vorstand sein Callcenter-Konzept unverzüglich überprüft und baldmöglichst in konstruktive Gespräche mit den Sozialpartnern eintritt. Es muss verhindert werden, dass 10.000 Beschäftigte durch betriebswirtschaftlich unsinnige Umstrukturierungen und unzumutbar lange Arbeitswege aus dem Unternehmen gedrängt werden – mit dem Ziel, insgesamt die Löhne im Callcenter-Bereich zu drücken.

Darüber hinaus erwartet der SPD-Parteivorstand, dass die Telekom ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft auch datenschutzrechtlich nachkommt und die bei ihr anfallenden persönlichen Daten der Kunden wirkungsvoll vor Diebstahl und Missbrauch schützt.

Es ist ein unerträglicher Vorgang, dass der Telekom-Vorstand Vertreter der Belegschaft im Aufsichtsrat ausgespäht hat. Die SPD verurteilt diesen Vorgang und erwartet, dass sich Vergleichbares nicht wiederholt.

Parteivorstand, 18. Oktober 2008

Die gegenwärtige Finanzkrise zur dauerhaften Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte nutzen: Eine bessere internationale Finanzarchitektur – auch für die Menschen in unserem Land

I.

Die soziale Marktwirtschaft ist das herausragende ökonomische Erfolgsmodell. Wirtschaftliche Stärke wird mit Wohlstand für breite Schichten und sozialer Sicherheit verbunden, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gewährleistet Arbeitsplätze und sichert so die Teilhabe der Menschen an einem wesentlichen Bereich des gesellschaftlichen Lebens.

Marktwirtschaft erfordert Märkte. Sie sind notwendig, aber selbst keinen Werten verpflichtet und wandeln sich rasch. Daher braucht es politische, braucht es demokratische Gestaltung und Regulierung – durch den Staat. Im Zeitalter der Globalisierung gilt das mehr denn je. Dabei ist es weltweit komplizierter geworden, die Chancen von Märkten für Wohlstand und Entwicklung für alle zu fördern und ihre negativen Auswirkungen zu minimieren. Das gilt im Besonderen für die globalisierten Finanz- und Kapitalmärkte.

Doch spätestens jetzt ist klar, dass ökonomische Maßlosigkeit in die Krise führt. Die Spekulationen, die mit am US-amerikanischen Grundstücksmarkt ausgekehrten Krediten an Schuldner mit mangelhafter Bonität begannen, zeigen, welchen enormen ökonomischen Konsequenzen Gier und geschwundenes Vertrauen von international verflochtenen Finanzmarktteilnehmern plötzlich und unerwartet für Gesellschaften und Volkswirtschaften haben können.

Die amerikanische Hypothekenkrise war der Auslöser der Erschütterungen, die die Weltfinanzmärkte und auch wir in Deutschland zurzeit erfahren. Die Ursache liegt aber tiefer. An Bilanzen und Regeln vorbei wurden Akteure und Produkte geschaffen, die oft nicht mehr zu durchschauen waren und allein dem Ziel dienten, enorme Profite zu machen.

Risiken auf mehrere Schultern zu verteilen, ist an sich sinnvoll und gut. Aber nur, solange alle Träger davon wissen und das verantwortungsvoll tun. Doch schlechte Darlehensforderungen wurden verbrieft, mit guten vermengt, neugepackt, aufgehübscht und weiter verkauft, jahrelang mit erheblichem Profit. Viele machten einfach mit. Bei Bewertungen und Einschätzungen verließen sich viele einfach auf Rating-Agenturen und große Wirtschaftsberatungsfirmen – die meist mithalfen, die Produkte zu entwickeln, die sie dann bewerteten. Vor allem im angloamerikanischen Raum wurde geduldet, dass neben dem von Notenbanken und Aufsichtsbehörden überwachten Finanzmarkt ein rasant wachsender, intransparenter und in weiten Teilen unkontrollierter Markt entstand.

II.

Auch die Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems leidet unter den Auswirkungen der gegenwärtigen Finanzmarktkrise. Dies hat zum einen damit zu tun, dass verschiedene Akteure illiquide Aktiva (Assets) halten, für die kein Markt mehr besteht und damit kein Preis mehr festgestellt werden kann. Sie sind, sofern in Handelsbüchern geführt, aufgrund der geltenden Bilanzierungsvorschriften zu immer stärker verfallenden Werten in die Bilanz aufzunehmen und produzieren so enorme Buchverluste. Das zweite gravierende Problem ist, dass bewährte Refinanzierungsinstrumente ausfallen. So ist der Interbankenmarkt nachhaltig gestört, Banken leihen sich untereinander kaum mehr Geld. Auch andere Refinanzierungsinstrumente geraten zunehmend unter Druck. Die dadurch entstehenden Liquiditätsengpässe erlauben es Finanzinstituten nicht mehr, Risiken angemessen auszugleichen.

Ohne ein funktionierendes Finanzsystem ist der Zugang von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten nachhaltig gestört. Die Bürger könnten in diesem Fall nicht mehr sicher und mit Gewinn sparen. Die gewohnte Zwischenfinanzierung von Arbeitslöhnen, Investitionen und anderen wichtigen Sicherheiten für Unternehmen sind nicht länger gewährleistet.

Misstrauen regiert überall, und die, die noch vor kurzem einen Rückzug des Staates und eine immer weitergehende Deregulierung der Märkte gefordert haben, reden nun einem starken Staat das Wort, der ausgleichen soll, was Manager angerichtet haben.

III.

Die SPD nimmt die Herausforderung an, in einer der gefährlichsten Finanzmarktkrisen der modernen Zeit Schaden von Deutschland abzuwenden. Sie übernimmt – wie stets, wenn es kritisch wird – Verantwortung für die Menschen in unserem Land. Zentrale Aufgabe ist, schnell für die Wiederherstellung des Vertrauens zu sorgen. Aktuell kann nur noch der Staat Vertrauen in die Finanzmärkte wieder herstellen. Er gewährleistet damit ein öffentliches Gut.

Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz werden wir einen ersten Schritt aus der Krise tun. Deshalb brauchen wir dieses Gesetz. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds wird zwar über die möglichen Maßnahmen der Garantien, der Rekapitalisierung sowie als letztes Mittel der Risikoübernahme Liquidität und Vertrauen im Markt zurückbringen. Zugleich werden aber Bedingungen für Stabilisierungsmaßnahmen aufgestellt.

Und wir wollen, dass Defizite, die nach Abwicklung des Fonds verbleiben sollten, nicht durch Steuergelder, sondern mit Hilfe geeigneter Maßnahmen durch die Finanzbranche selbst ausgeglichen werden müssen.

Denn es geht nicht um den Schutz der Banken oder der Manager, sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieses Maßnahmenpaket mit europäischen und internationalen Partnern abgestimmt ist und die Maßnahmen in den Rahmen passen, den die europäischen G8-Staats- und Regierungschefs, der EU-Finanzministerrat und die G7-Finanzminister- und Notenbankgouverneure im Oktober 2008 beschlossen haben.

Vor allem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück schafft durch sein Krisenmanagement Vertrauen und Sicherheit für die Menschen in unserem Land. Er hat darin unsere volle Unterstützung, auch und gerade für die bereits von ihm im „Beitrag der Bundesregierung zu Vorschlägen auf internationaler und europäischer Ebene zur Vermeidung ähnlicher Finanzmarktkrisen in der Zukunft“ vorgelegten Punkte. Denn über ein erfolgreiches Krisenmanagement hinaus gilt es, Konsequenzen zu ziehen und für die Zukunft so vorzusorgen. Eine Krise dieses Ausmaßes darf sich nicht mehr ereignen.

So wird die gegenwärtige Krise auch negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes haben. Wie groß diese Auswirkungen sein werden, kann derzeit nicht seriös quantifiziert werden. Deswegen muss nach den Ergebnissen der Steuerschätzung und im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2009 geprüft werden, ob weitere staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft geboten sind. Dabei könnte es sich insbesondere um Maßnahmen zur Stabilisierung und Ausweitung von nachhaltigen Investitionen in Infrastruktur, Energieeinsparung und Bildung handeln.

In der festen Überzeugung, dass dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz weitere Schritte folgen müssen, und in dem Bewusstsein, eine neue, bessere Finanzarchitektur in Deutschland und international mitgestalten zu wollen, fordern wir:

1. Die Rolle des IWF ist zu stärken. Bevor einzelne Staaten in den Bankrott zu gehen drohen, brauchen sie – vielleicht mehr denn je – internationale Solidarität. Die Staatengemeinschaft wird nur mit einer geschlossenen Kraftanstrengung in der Lage sein, die gegenwärtige Systemkrise der Finanzmärkte zu lösen, aber auch zu überwinden. Der IWF ist die richtige Organisation, um einen neuen gemeinsamen Weg zu gehen.
2. Die international existierenden Steueroasen und weitgehend regulierungs- und rechtsfreie Offshore-Finanzzentren müssen trocken gelegt werden. Vor allem Steuerhinterziehung ist entschlossen zu bekämpfen. Auch neue Wege sind dazu erforderlich. Bedauerlicherweise finden sich Steueroasen und „Parkplätze für schwarze Kassen“ auch immer noch in Europa. Daher muss Europa bei deren Bekämpfung auch vorangehen.
3. Wir fordern eine internationale Regulierung und Aufsicht von Rating-Agenturen, die verantwortliches Handeln sicherstellt. Der bestehende „Code of Conduct“ sollte nach einer Überarbeitung rechtsverbindlich werden. Da es bislang nur US-amerikanische Rating-Agenturen gibt, sollte zeitnah geprüft werden, wie durch Errichtung einer europäischen Rating-Agentur ein Gegengewicht geschaffen werden könnte. Rating-Agenturen haben künftig die grundlegende Systematik ihrer Bewertungsmaßstäbe offenzulegen. Es ist Sorge dafür zu tragen, dass beratende Tätigkeiten bei Kreditverbriefungen, -bündelungen sowie der Erstellung anderer Produkte nicht zusammen mit deren anschließender Bewertung durch Rating-Agenturen, erst recht nicht durch die gleiche Unternehmensgruppe, erfolgen dürfen. Das Beratungsgeschäft ist vom eigentlichen Rating-Geschäft zu trennen. Des Weiteren sind einheitliche Standards für Rating-Agenturen vorzusehen, die sorgfältige und pflichtgemäße Bewertungen und Risikoanalysen zu verbessern helfen.

4. Es darf künftig keinen unregulierten Marktbereiche und keine „Regulierungs-Arbitrage“ mehr geben. Dies ist durch verstärkte internationale Kodifizierung von Finanzmarktregulierungen, aber auch durch stärkere internationale Kooperation der Aufsichtsbehörden sicherzustellen. Zudem müssen internationale Vereinbarungen wie Basel II auch gelten und dazu in internationalem Gleichklang in geltendes Recht umgesetzt werden.
5. Es ist zu gewährleisten, dass Risiken nicht außerhalb von Bilanzen platziert werden dürfen. Dazu sind international einheitliche Bilanzierungsstandards zu schaffen, die insbesondere klare und einheitliche Bewertungsregeln mit jeweils adäquaten Wertansätzen enthalten. Möglichkeiten zur Vermeidung von Prozyklizität sollten genutzt werden. Um Krisenverschärfungen wie gegenwärtig zu vermeiden, soll im Krisenfall klar reguliert und beaufsichtigt eine flexible, aber begrenzte Übertragung zwischen Handels- und Bankbuch erfolgen dürfen.
6. Wir wollen neue Transparenzpflichten für Risiken und eine höhere Risikovorsorge bei den Kreditinstituten. Jeder Finanzmarktakteur muss künftig verpflichtet sein, im Falle eines Erwerbs von Finanzprodukten, insbesondere strukturierten Produkten, eine eigene, zu dokumentierende Risikoeinschätzung des jeweiligen Produkts zu treffen und hierfür Risikovorsorge zu treffen. Einschätzungen von Rating-Agenturen und anderen sind nur als Indiz zu berücksichtigen. Bei Veräußerungen von Risiken sind mindestens 20 Prozent in der eigenen Bilanz zu halten. Die Eigenkapitalunterlegung ist zu verstärken. Bankinternes Risikomanagement ist auszubauen.
7. Die stetige Integration der Finanzmärkte erfordert eine starke, effektive und effiziente Kontrollinstanz – national, europäisch, international. Eine starke und qualitativ gute Aufsicht liegt auch im Interesse der Finanzmarktakteure. Einheitliche nationale Aufsichtsbehörden sind zu errichten. Hier ist Deutschland auf einem guten Weg. Zudem müssen die Kompetenzen der nationalen Aufsichtsbehörden europäisch in einer engen Zusammenarbeit gebündelt werden. Dies meint nicht zwangsläufig die Gründung einer einheitlichen europäischen Aufsichtsbehörde. Gleiches gilt für die internationale Zusammenarbeit, die jedoch einem zentralen Koordinator wie z.B. dem Internationalen Währungsfonds unterstellt werden sollte.
8. Eine Zulassungspflicht für Finanzmarktprodukte und Finanzinstrumente ist zu prüfen, auch mit der Option, solche Produkte und Instrumente verbieten zu können, wenn sie mit zu hohen Risiken verbunden sind, die sich systemisch auswirken könnten. Leerverkäufe generell zu untersagen gehört auf diese Tagesordnung. Auf EU-Ebene, besser sogar im internationalen Bereich müssen künftig Anforderungen an riskante Finanzprodukte definiert und überwacht werden. Privatanleger müssen wirksamer als bisher vor hochriskanten Finanzprodukten geschützt werden. Im Fall einer falschen Beratung müssen sie ihre Ansprüche wirksamer durchsetzen können.
9. Kreditfinanzierungen über sog. leveraged buy-outs (LBO), wie sie vorwiegend von Hedge-Fonds und Private Equity-Gesellschaften durchgeführt werden, gehören stärker reguliert. Einheitliche europäische, besser internationale Mindeststandards bei Kontrolle und Aufsicht der Akteure bei ihrer Kreditaufnahme sind notwendig. Eigenkapitalanforderungen und der Einsatz von Eigenkapital bei LBOs sind wesentlich zu verschärfen. Dies kann auch über ein zeitweises Verbot fremdfinanzierter Sonderausschüttungen oder einer Begrenzung des LBO durch eine Mindestkapitalquote für einen bestimmten Zeitraum erfolgen.
10. Die Vergütung von Vorständen und Managern muss neuen Regelungen unterworfen werden. Die Bezahlung von Managern hat sich in den letzten Jahren von der Entwicklung der übrigen Gehäl-

ter abgekoppelt. Das hat nicht nur zu einem Gerechtigkeitsdefizit geführt, sondern auch zu falschen Vergütungsanreizen. Dies war für die jetzige Finanzmarktkrise mit ursächlich. Es ist Aufgabe der Aufsichtsräte, auf die Angemessenheit der Vorstandsgehälter zu achten. Dieser Verantwortung scheint man nicht immer gerecht geworden zu sein. Vergütungssysteme wie z. B. (Jahres-) Boni oder Tantiemen, die nur zu kurzfristigem Gewinn des Unternehmens motivieren, aber auch Aktienoptionen und andere kurzfristige Renditeinteressen begünstigende Vergütungselemente müssen stark eingeschränkt werden. Dazu soll das Kriterium der „Angemessenheit“ in § 87 Aktiengesetz konkretisiert werden. Eine auf den kurzfristigen Shareholder Value ausgerichtete Unternehmenspolitik wird nicht länger goutiert. Es ist eine ausdrückliche gesetzliche Regelung für die persönliche Haftung der Aufsichtsräte bei unangemessener Vergütungsfestsetzung zu schaffen, der Ausübungszeitraum bei Aktienoptionen ist von mindestens zwei auf mindestens drei Jahre oder mehr zu verlängern. Die Verantwortung für Vorstandsvergütungen ist dem Aufsichtsrat insgesamt zu übertragen und nicht einem Ausschuss vorzubehalten. Die Verpflichtung zur Offenlegung der individuellen Vorstandsvergütung ist zu konkretisieren, insbesondere im Hinblick auf Abfindungen und Ruhegelder. Die Möglichkeiten, bei einer schlechten Unternehmensentwicklung Managergehälter nachträglich zu begrenzen, sind deutlich zu verbessern.

11. Die Haftung der Vorstände und Aufsichtsräte (§§ 93, 116 AktG) ist heute bereits strikt geregelt. Sie haften gegenüber der Gesellschaft für leichtestes Verschulden ohne jede höhenmäßige Begrenzung mit ihrem gesamten Privatvermögen. Außerdem gilt eine Beweislastumkehr zu ihren Lasten. Es wurden bisher aber nur selten Schadensersatzsprüche geltend gemacht. Offenbar bedarf es vor allem eines grundlegenden Kulturwandels in den Unternehmensführungen. Insbesondere die Aufsichtsräte müssen künftig ihre Kontrollaufgaben im Sinne des Unternehmens als Ganzem und seiner Anteilseigner verantwortungsbewusster und mit größerem Nachdruck wahrnehmen und im Falle unzureichender Ergebnisse des Managements die gesetzlich möglichen Sanktionen auch durchsetzen. Persönliche Haftung von Vorständen und Aufsichtsräten ist zu verschärfen.
12. Wir erwarten, dass in europäischer Abstimmung ein Weg gefunden wird, mögliche Verluste aus Rettungsmaßnahmen auf die gesamte Finanzbranche oder auf die Institute zu verteilen, die Leistungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Anspruch genommen haben.

Präsidium, 24. November 2008

Breites Bündnis für Klimaschutz und Industriepolitik

Wir haben eine gemeinsame Position erarbeitet, die einmal mehr unterstreicht, dass die SPD die Partei ist, die Klimaschutz und Industriepolitik sinnvoll zum Nutzen der Menschen zusammenbringt. Die engagierten Klimaschutzziele müssen nun in praktisches politisches Handeln umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen wirtschaftliches Wachstum sowie Beschäftigung gesichert und ausgebaut werden.

Klimaschutz ist ein Fortschrittmotor, wenn es uns gelingt, in Brüssel bei den Verhandlungen zur Regelung des Emissionshandels ab 2013 mit starker Stimme zu sprechen. Eine sinnvolle Umsetzung des

Klimapaketes umfasst für uns die Eckpunkte: einheitliche Allokation, 100%ige Versteigerung auf dem Stromsektor, und die Verteilung der nicht versteigerten Zertifikate nach B(est)A(vailable)T(echnology) Benchmarks. Damit Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden, muss auch ganz schnell Klarheit bezüglich einer möglichst breiten kostenlosen Zuteilung an die Industrie und an die energieintensiven Unternehmen erzielt werden. Nur so können wir einen Investitionsstau vermeiden.

Aus den Erlösen des Zertifikatehandels für die Energiewirtschaft wollen wir zwei Dinge auf den Weg bringen: Eine Energiesparoffensive, die Verbraucherinnen und Verbraucher, Unternehmen sowie Kommunen beim Energiesparen unterstützt und ein Investitionsprogramm, mit dem neue hocheffiziente Kraftwerke und die Kraft-Wärme-Kopplung gefördert werden. Damit werden Anreize für weitere Effizienzgewinne in der Wirtschaft geschaffen, um die Emissionen und die Energiekosten zu senken. Vor allem in dem Industrieland NRW ist dies wichtig. Das hilft dem Klimaschutz und sichert gleichzeitig Arbeitsplätze.

Präsidium, 15. Dezember 2008

Begegnung mit den Mitgliedern des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Das Präsidium der SPD unter der Leitung des SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering und Mitglieder des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter der Leitung des Ratsvorsitzenden, Bischof Wolfgang Huber, haben sich am 15. Dezember 2008 in Berlin zu einem zweistündigen Gespräch getroffen.

Hauptthemen waren die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und Fragen der Stärkung der Demokratie.

SPD und EKD waren sich einig, dass die Beurteilungen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in den wesentlichen Dingen ähnlich sind. Bischof Huber verdeutlichte die große Verantwortung der Parteien in der gegenwärtigen Krise und betonte seinen Respekt vor den Leistungen der Politik.

Sowohl EKD als auch die SPD äußerten ihre Sorge, dass im Zuge der Wirtschaftskrise das Vertrauen in die Demokratie schwinden könne. Zuversicht sei möglich und nötig. Mit Besorgnis betrachten die Gesprächsteilnehmer, dass die Krise Auswirkungen auf die Demokratie und das demokratische Bewusstsein der Menschen haben könne. Der Kanzlerkandidat der SPD, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier betonte, dass sich Staat und Demokratie in der aktuellen Situation als handlungsfähig erwiesen hätten. Maßstab weiteren Handelns werde sein, Arbeitsplätze zu sichern und die Verantwortung nicht zukünftigen Generationen aufzuladen.

Der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering stellte den Mitgliedern des Rates der EKD die neue Stabsstelle Starke Demokratie im Parteivorstand vor, die sich dieser Herausforderung im Besonderen annehmen werde. EKD und SPD betonten, dass in dieser Situation Menschen aufeinander angewiesen seien und zusammenstehen müssen. „Wir wollen eine Gesellschaft, die solidarisch zusammensteht“, betonte Franz Müntefering. Die Demokratie müsse neue Impulse erhalten. Präses Nikolaus Schneider unterstrich, dass eine solidarische Gesellschaft immer auf einem Wechselspiel zwischen der Ethik jedes Einzelnen und den ethischen Grundlagen des Systems basiere.

Landesbischöfin Margot Käßmann verwies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement gezielt zu fördern.

Einig waren sich EKD und SPD auch darin, dass eine starke Demokratie den Kampf gegen rechten Populismus und Rechtsextremismus verstärken müsse.

Nach dem offenen und konstruktiven Gespräch wurde verabredet, den Austausch zwischen dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Präsidium der SPD regelmäßig fortzusetzen.

An dem Gespräch nahmen teil:

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bischof Dr. Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der EKD,

Bischof der Evangelischen Kirche

Berlin – Brandenburg – schlesische Oberlausitz

Staatsminister Hermann Gröhe MdB, Mitglied des Rates der EKD

Peter Hahne, Mitglied des Rates der EKD

Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann, Mitglied des Rates der EKD,

Landesbischöfin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche
Hannovers

Landessuperintendent i. R. Gerrit Noltensmeier, Mitglied des Rates

der EKD, Besonderer Beauftragter für den Sudan,

Stellvertretender Moderator des Reformierten Bundes

Oberbürgermeisterin Barbara Rinke, Präses der EKD-Synode

und Mitglied des Rates der EKD

Präses Nikolaus Schneider, Mitglied des Rates der EKD,

Präses der Ev. Kirche im Rheinland

Direktorin Marlehn Thieme, Mitglied des Rates der EKD

Prälat Dr. Stephan Reimers, Bevollmächtigter des Rates der EKD

bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union

Oberkirchenrat David Gill, Stellvertretender Bevollmächtigter

des Rates der EKD

Dr. Hans-Ulrich Anke, Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD

Präsidium der SPD

Franz Müntefering MdB, Vorsitzender der SPD

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Kanzlerkandidat der SPD

und Bundesaußenminister

Andrea Nahles MdB, Stellvertretende Parteivorsitzende

Peer Steinbrück, Bundesfinanzminister und

Stellvertretender Parteivorsitzender

Hubertus Heil MdB, Generalsekretär der SPD

Barbara Hendricks MdB, Schatzmeisterin der SPD

Hannelore Kraft MdL, Mitglied des SPD-Präsidiums,

Landesvorsitzende der NRW-SPD

Ralf Stegner MdL, Mitglied des SPD-Präsidiums,

Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein

Ulla Schmidt, Bundesgesundheitsministerin

Kerstin Giese, Mitglied des Parteivorstands der SPD,

Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften

der SPD-Bundestagsfraktion

Wolfgang Thierse, Bundestagsvizepräsident,

Mitglied des Parteivorstandes der SPD und

Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD

Kajo Wasserhövel, Bundesgeschäftsführer der SPD

XIII. Personenindex

07/08

A			
Abelshäuser, Werner	70, 74	Bartol, Sören	223
Abicht, Wolfgang	55	Bätzing, Sabine	10, 16, 87, 161
Achtert, Monika	171	Baumann, Rolf	156
Adler, Hans-Peter	168	Baumann-Hasske, Harald	55, 70, 157
Ahlers, Annegret	49	Baumgarten, Heino	128
Ahnen, Doris	9, 19, 67, 71, 161–163	Bayram, Canan	65
Akgün, Lale	22, 223, 256	Beck, Kurt	8–9, 14, 16, 19, 22, 26–30, 50, 67–68, 70, 72, 79–80, 88, 107, 111, 121, 135, 139, 142–143, 154, 157, 161–168, 231, 253, 255–256, 270, 289, 317, 319
Albers, Detlev	64, 70, 114, 242	Becker, Dagmar	89
Albertz, Heinrich	92	Becker, Dirk	10, 85
Albrecht, Matthias	144	Becker, Gerhard	155
Alekuzei, Rabani	151	Becker, Gisela	56
Alheit, Kristin	16, 111	Becker, Irene	66
Alkenings, Birgit	10	Becker, Uwe	66
Aller, Heinrich	88, 125	Beckmann, Horst	53
Allmendinger, Jutta	66, 70	Beckmeyer, Uwe	115, 223–224
Allroggen-Bedel, Agnes	47, 161	Bedford-Strohm, Heinrich	21
Altenkamp, Britta	86–87, 144	Bednarz, Hendrik	166
Alter, Elisabeth	10	Befeldt, Peter	55
Amann, Gregor	85	Behnke, Elfriede	10
Ambrosy, Sven	117	Behr, Peter	97
Andretta, Gabriele	125	Behrmann, Katrin	49
Anke, Hans-Ulrich	331	Beisler, Anko	110
Annen, Nils	9, 70, 82, 93	Beitz, Berthold	143
Apel, Wolfgang	87	Bell, Dietmar	144
Apel-Haefs, Ulrike	144	Benneter, Klaus Uwe	69, 223
Appel, Reinhard	93	Bentele, Karlheinz	83
Aris, Heinz-Joachim	319	Beran, Andreas	97–99
Arndt, Michael	138	Bercht, Alexander	144
Arnold, Rainer	22, 223–224	Berg, Christian	60
Aschenbrenner, Doris	60	Berg, Ute	9, 70, 83, 85
Asshoff, Gregor	85	Berger, Deidre	22
Auer, Ignaz	140	Berger, Edgar	75
Auerbach, Sabine-Almut	51	Bergmann, Christine	91
Augst, Kristina	17	Bergmann, Gertrud	17
Ayala, Luis	47	Bergmann, Volker	151
B		Bergner, Bärbel	97
Baasch, Wolfgang	97	Berlinger, Marie-Jeanne	110
Baaske, Günter	70	Bernstein, Eduard	140–141
Babucke, Erik	161, 163	Bernzen, Christian	111, 113
Bach, Sabine	10	Bertl, Hans-Werner	144
Bachmann, Klaus-Peter	118	Bertram, Hans	73
Bäcker, Gerhard	66, 85	Bettermann, Erik	69
Backhaus, Till	87, 89, 107	Beust, Ole von	112
Badde, Elke	111	Beyer, Thomas	104, 167–168
Badrow, Alexander	110	Biber, Christoph	69
Baer, Detlef	51, 136	Biedefeld, Susann	85
Baethge, Martin	72	Biemann, Bernd	97
Bahr, Egon	79, 92	Biener, Klaus	110
Balcie, Erkan	86	Bierwirth, Petra	224
Balder, Lothar	148	Binding, Lothar	166
Baldschun, Katie	46, 48–49, 59, 74	Birke, Hannes	97
Baranowski, Frank	67, 142, 144	Birkelbach, Willi	91, 242
Barchmann, Achim	118	Birsl, Ursula	48
Barghouti, Mustafa	30	Birthler, Wolfgang	69
Barnett, Doris	161, 223	Bischoff, Norbert	69
Barroso, José Manuel	28	Bittner, Christoph	97
Bartels, Hans-Peter	64	Bleil, Manfred	53
Barth, Jürgen	87	Blettermann, Rolf	151
Barthel, Eckhardt	138	Bley, Gerhard	109
Bartke, Matthias	113		
Bartling, Heiner	125		

Bliemel, Stephan	104–105, 107, 109	Budde, Katrin	44, 132
Bliemel, Susanne	105	Buder, Detlef	98
Blix, Verena	111, 113	Bührmann, Christina	127–128
Bloch, Enrico	171	Bullerjahn, Jens	9, 70, 84, 88
Bodewig, Kurt	224	Bullmann, Udo	10, 54, 83, 231
Boeddinghaus, Sabine	111	Bulmahn, Edelgard	9, 19, 70, 77, 116, 124, 138, 224
Boesing, Carolin	73	Bülow, Marco	74, 85, 224
Bofinger, Peter	76	Burchardt, Ulla	9, 19, 70–72, 77, 224
Bogedan, Claudia	85	Burfeind, Heidrun	129
Bögner, Hans-Georg	80	Burger, Norbert	91
Bogner, Magdalena	253	Burger, Simone	59
Böhlke, Kristina	111, 113	Burkert, Evelore	54
Böhning, Björn	9, 19, 67, 70, 73, 84	Burkert, Michael	10
Bohnstedt, Wolfgang	110	Bursian, Michael	10
Böhrnsen, Jens	67, 302	Bury, Hans Martin	76, 83
Bollmann, Gerd Friedrich	223	Buß, Alfred	143
Bolln, Stefan	97	Buttgereit, Monika	138
Bonenberger, Saskia	74		
Boos-Nünning, Ursula	73	C	
Born, Hans-Jürgen	242	Castellucci, Lars	166
Born, Ulrich	110	Ceyhun, Ozan	155
Börner, Gerhard	242	Christ, Harald	83, 139
Börnsen, Jens	113	Christiansen, Rolf	110
Bornträger, Martin	144	Cileli, Serap	154
Borriss, Gernot	158	Clausen, Norbert	109
Bos, Wouter	76	Clivot, Michael	59, 159
Bosch, Gerhard	72	Commerçon, Ulrich	69
Bosse, Marcus	118	Conrad, Jürgen	10, 161
Boster, Alexander	89	Conrad, Margit	74, 85, 98
Böttner, Jana	92	Corsa, Mike	21, 86–87
Böttner, Wilfried	151	Coße, Jürgen	10
Botz, Gerhard	87	Crone, Petra	10
Brackelmann, Eva	49, 73	Cunha, Lutz da	110
Brahmst, Jan	19, 20	Cuntz, Julia	49
Brammer, Axel	129	Czempel, Christa	242
Brand, Ruth	53		
Brandner, Klaus	10, 223	D	
Brandt, Willy	30–31, 64, 78, 98, 140	Dabrock, Peter	21
Brangs, Stefan	157–158	Daldrup, Bernhard	144
Braß, Christoph	253	Damerau, Inka	10, 111, 113
Braun, Barbara	28	Danckert, Peter	224
Braun, Max	159	Dänzer-Vanotti, Christoph	143
Braun, Willi	159	Daubertshäuser, Klaus	242
Braune, Tilo	19, 54, 70	Däubler-Gmelin, Herta	10, 29, 224
Braunmühl, von (Brüder)	92	David, Tobias	158
Brehm, Ursula	17, 171	Decker, Wolfgang	150
Breit, Ernst	91	Dehde, Klaus-Peter	126
Breitner, Andreas	97	Deicke, Liane	158
Bretschneider, Silvia	106	Delberg-Ziepke, Dörte	10
Brinkmann, Markus	117, 125–126	Dellmann, Reinhold	136
Britz, Charlotte	159	Demirkan, Renan	79
Bröckelmann-Simon, Martin	253	Demmer, Marianne	54
Brockmann, Heinz-Wilhelm	253	Dengler, Susanne	19, 20
Brodkorb, Mathias	99, 105, 109	Denia, Wolfgang	121
Brück, Alwin	159	Dettmer, Jochen	87
Brückner, Heide-Rose	66	Deubel, Ingolf	10, 20, 84, 88, 91, 161, 291, 308
Brückom, Axel	158	Deupmann, Ulrich	70
Bruhns, Wibke	15	Dewes, Richard	156
Brumma, Winfried	115	Dieckmann, Bärbel	8–9, 19, 22, 67, 70, 72–73, 84, 236, 238, 253, 256, 289, 302, 319
Brümmer, André	55	Dieckmann, Jochen	141, 144
Brunotte, Marco	125	Diehl, Anton	242
Bruns, Tissy	48		
Brusis, Ilse	92		

Diehl, Ingeborg	159	Eichstädt, Peter	69
Dietrich, Claudia	110	Eigen, Peter	93
Dietrich, Sven	10	Einhaus, Franz	66, 117, 238
Dikmann, Thorsten	60	Eisenberg, Christina	136
Dilßner, Harry	117	Ekholm, Mats	72
Dittmar, Ansgar	20, 155	Elitz, Ernst	69
Dobischat, Rolf	54	Ellenberger, Irene	91
Dobusch, Gabi	111, 113	Ellert, Norbert	21
Dogan, Ali	22	Elschner, Egmont	80
Dohnanyi, Klaus von	160, 162	Elsner, Petra	90
Doht, Sabine	156	Elsohn, Alex	22
Dolgner, Kai	97	Emigholz, Carmen	80
Dolle, Christoph	144	Emmerich-Kopatsch, Petra	10, 116–118, 120
Domitra, Michael	76	Endlein, Axel	237
Dörfler, Mirko	131	Engehausen, Franzisca	166
Dörger, Ursula	55	Engelen-Kefer, Ursula	9, 70, 85, 137
Dörmann, Martin	223	Engelmann, Dirk	19, 20
Dörr, Dieter	68	Engelmann, Wolfgang	97
Drabig, Franz-Josef	144	Engels, Dieter	165
Dräger, Gesine	111, 113	Engholm, Björn	98
Draheim, Antje	56	Ensslen, Carola	111
Drake, Burkhard	118	Eppler, Erhard	64, 71, 92, 98, 145, 154, 166
Drakul, Petar	166	Erben, Rüdiger	132
Drautz, Cordula	48, 54, 59, 138	Erdsiek-Rave, Ute	98
Drecoll, Erika	19, 53, 85, 90	Erfmann, Britta	19, 65
Dreeßen, Maren	49	Erler, Gernot	165
Drescher, Ralf	110	Ernstberger, Petra	223
Dressel, Carl-Christian	224	Ertan, Erkan	60
Dressel, Guido	156	Esch, Klaus-Jürgen	97
Dreßler, Rudolf	165	Esche, Matthias	69
Drewke, Renate	144	Esser, Friedrich Hubert	72
Drexler, Wolfgang	84	Eumann, Marc Jan	19, 69
Dreyer, Malu	65, 66, 73, 85, 161, 163	Evers-Meyer, Karin	89
Drobinski-Weiß, Elvira	89, 166	Everts, Carmen	147, 153
Drohse, Franziska	48, 59, 65, 67, 87, 93, 140		
Dröscher, Peter-Wilhelm	53, 90, 161	F	
Drossmann, Falko	111	Faelser, Nancy	155
Duden, Barbara	111	Fährmann, Martina	118
Duin, Garrelt	9, 12, 116-117, 121, 124, 129–131	Faße, Annette	224
		Fassino, Piero	30
Dulbaagiin, Altai	47	Faulenbach, Bernd	19
Dulig, Martin	66, 87, 157–158	Feddern, Andreas	115
Dunger-Löper, Hella	10, 70, 238	Fehr, Manfred	10
Dunkhase, Daniel	15	Feike, Katharina	104, 107
Dworog, Rainer	118	Felder, Josef	92
		Feldmann, Peter	20, 21, 22
E		Felgentreu, Fritz	138
Eckermann, Richard	70, 128	Fellner, Erika	148–149
Eckhardt, Hannelore	150	Ferner, Elke	8–9, 19–20, 47–49, 65–66, 70, 85, 89, 159–160, 223, 253, 289
Eckner, Stefan	10, 97		
Edathy, Sebastian	17, 223–224	Fetscher, Iring	64
Ederberg, Gesa	22	Fetting, Rainer	18
Egloff, Ingo	10, 111–113	Fikentscher, Rüdiger	10, 80
Ehlscheid, Christoph	85	Findeis, Pia	157
Ehmke, Holger	86	Finger, Eckhart	97
Ehmke, Thomas	115	Finke, Karl	20, 89, 126
Ehrenreich, Gertrud	97	Fischer, Achim	51
Ehrke, Michael	54	Fischer, Birgit	9, 20, 70, 98, 144, 253
Ehrmann, Siegmund	79, 224	Fischer, Jörg	106
Eibelshäuser, Astrid	155	Fischer, Kriemhild	132
Eichler, Rosemarie	55	Fischer, Rolf	97
Eichler, Wolfgang	70, 132	Fischer, Tina	136
Eichner, Steffen	132		

Fix, Birgit	66	Giffeler, Stefan	28, 69
Flechsig, Katharina	60	Gill, David	331
Fleckenstein, Knut	80, 111, 113	Girgensohn, Jürgen	242
Fliedner, Hans-Joachim	92	Gisevius, Wolfgang	16
Florysiak, Kai	118	Glante, Norbert	231
Fograscher, Gabriele	223	Glänzer, Edeltraud	73
Folgart, Udo	87	Glaser, Hermann	22, 79
Forster, Hans	10, 129	Glaßer, Dietmar	51, 155
Franke, Edgar	151	Gleicke, Iris	21, 70, 156, 223
Franke, Katrin	156	Glogowski, Gerhard	118, 121
Frankenberger, Uwe	150	Gloser, Günter	167
Franz, Dieter	150	Glötz, Peter	78
Franz, Klaus	76	Godawa, Angela	166
Franz, Ulf-Birger	126	Goebel, Volker	110
Frase, Rainer	109	Goger, Thomas	168
Frechen, Gabriele	144, 223–224	Gorholt, Martin	170
Fredrich, Andreas	135	Görlach, Willi	44
Freitag, Dagmar	223–224	Gorny, Dieter	75
Frenkel, Michael	83	Gössling, Helmut	131
Frenzel, Michael	76	Gottschalck, Ulrike	150–151
Frerks, Ronald	127	Götz, Alexander	138
Freudiger, Kerstin	19	Götz, Rainer	150
Friedel, Sabine	158	Gotzmann, Helga	49
Friedemann, Waltraud	126	Graeber, Otto	53, 70, 91
Friedrich, Peter	87, 166	Graf, Angelika	53, 85, 167–168
Friemann-Jennert, Maika	110	Gramkow, Angelika	110
Friesenhahn, Peter	110	Graner, Jürgen	10
Fritsche, Ursula	158	Grantke, Gerhard	155
Fröhlich, Babette	76, 83	Graschtat, Alice	117
Fronzek, Brigitte	97–98	Grass, Günter	79–80, 111
Frye, Sven	86–87	Grätz, Sanda	10
Fuchs, Anke	91	Graumann, Dieter	319
Fuchs, Christina	89	Grebing, Helga	71, 93, 124
Fuchs, Kristin	97	Gregor-Ness, Martina	85, 136
Fuchs, Werner	161	Greiner, Gerhard	242
Fuhr, Alexander	161	Gremmels, Timon	151
Fuhrmann, Petra	10, 66, 155	Greve, Hermann	97
Funes, Mauricio	31	Griefahn, Monika	69, 79–80, 224
Fussan, Kirstin	138	Griese, Kerstin	9, 19–22, 46, 66–67, 70, 73–74, 86, 223–224, 256, 331
G			
Gabriel, Sigmar	9, 19–20, 22, 29, 70, 74, 76, 85, 111, 117–118, 121, 123, 139, 143, 237	Grimm-Benne, Petra	132
Gaebler, Christian	138	Gröhe, Hermann	331
Gaertner, Katrin	69	Groneberg, Gabriele	240
Ganssmüller, Christian	83	Gröner, Lissy	49, 65, 231
Gatzer, Werner	84	Groner-Weber, Sabine	64
Gebhardt, Evelynne	46, 49, 166	Groote, Matthias	16, 85, 129
Gedbjerg, Peter	107	Gropp, Enrico	156
Geis, Manfred	161	Groschek, Michael	10, 144
Geisel, Andreas	138	Groskurt, Ulla	49, 117
Geißler, Theo	80	Groß, Sandra Sabrina	128
Gelshorn, Thomas	110	Grosse, Marianne	161
Genscher, Hans-Dietrich	29, 165	Grumbach, Gernot	9, 70, 74, 126, 147–149, 155
Gerhard, Frank	135	Grun, Thomas	10
Gerhard, Ute	73	Grund, Uwe	69
Gerhardt, Günter	161	Grundwald, Günter	93
Gerstner, Ulrich	133	Gujjula, Ravindra	136
Geywitz, Klara	16, 136	Güller, Harald	10
Giani, Paul Leo	69	Gunkel, Wolfgang	158
Giani-Dröscher, Dorothee	90	Günther, Regine	107
Giese, Thomas	70, 151	Günthner, Martin	10
		Gurgsdies, Erik	105

H			
Haack, Thomas	110	Heiligenstadt, Frauke	10, 117, 125–126
Haase, Hans-Dieter	10, 128–129	Heimann, Klaus	72
Haase, Hugo	140	Heinemann, Gustav	93
Haberl, Andreas	54	Heinemann, Peter	93
Habermas, Jürgen	79–80	Heinke, Franz	242
Habersaat, Martin	97	Heinlein, Angelika	55
Hackenschmidt, Barbara	49	Heinrich, Heribert	69
Hacker, Hans-Joachim	104, 107	Heinze, Thorsten	55
Hackmann, Werner	242	Helle, Andreas	19
Hagedorn, Bettina	84, 97	Helms, Andreas	110
Hagen, Martin von	53	Hempelmann, Rolf	85
Hahn, Jörg-Uwe	146	Hendricks, Barbara	8–9, 21, 34, 48, 83, 93, 170, 289, 331
Hahn, Sybille	97	Hengsbach, Friedhelm	92
Hahne, Peter	331	Herbers, Rudolf	53, 113
Haller, Peter	151	Hering, Hendrik	85, 87, 161, 163
Hamann, Michael	117	Herklotz, Luise	91
Hamburger, Franz	70	Herr, Hansjörg	83
Hammelrath, Helene	10	Hertel, Anja	138
Hammerschmidt, Ernest	60, 77	Herter, Marc	17, 144
Hanewinkel, Christel	93	Hesse, Birgit	109–110
Hanke, Christian	138	Hesse, Monika	92
Hannemann-Röttgers, Birgit	97, 99	Hessmann, Ralf	97
Hansen, Annegret	51	Heusinger von Waldegge, Elfi	17, 171
Hansen-Siebels, Angelika	97	Heuwagen, Marianne	29
Hanten, Hans Ernst	69	Hexel, Dietmar	9
Harant, Renate	138	Heyer, Wilfriede	118
Harant, Stefan	138	Heymann, Holger	129
Harsch, Daniela	166	Hibbeler, Hermann	51
Hartmann, Michael	161	Hildebrandt, Regine	92, 107
Hartmann, Swantje	10, 129	Hilgen, Bertram	46, 151
Haschka-Helmer, Regine	75	Hilgers, Heinz	66–67
Haß, Christian	138	Hillebrand, Florian	60
Hassel, Anke	70	Hiller, Ida	49
Hasselmann, Jörg	110	Hiller-Ohm, Gabriele	85, 96
Hatzfeld, Ulrich	67	Hilliger, Peter	168
Hatzsch, Gunther	69	Hilsberg, Peter	242
Hauchler, Ingomar	64	Hilsberg, Stephan	223
Hauer, Nina	73, 83, 88	Hindersmann, Nils	59
Hauff, Volker	74	Hitzges, Jürgen	17
Haug, Jutta	144, 231	Höbel, Oliber	67
Haunhorst, Benno	21	Hoch, Clemens	161
Häupel, Beate	19, 70	Hochschild, Helmut	72, 86–87
Haupt, Heinrich	151	Hocke, Norbert	54
Häuser, Gert-Jürgen	66	Höcker, Hans-Jürgen	104
Hauser, Monika	92	Hofelich, Peter	166
Hausmann, Karl-Heinz	118	Höfflin, Jürgen	166
Häußermann, Hartmut	137	Hoffmann, Adolph	141
Häußler, Ingrid	132	Hoffmann, Gudrun	10
Haut, Regina	49	Hoffmann, Iris	104
Hay, Lothar	96, 98	Hoffmann-Bethscheider, Cornelia	10, 160
Heberer, Helen	166	Hoffmeier, Andrea	21, 87
Heckmann, Otto	242	Hofmann, Frank	10
Heesen, Andrea	159	Hofmann, Gudrun	59
Hege, Hans	68	Hofmeyer, Brigitte	10, 150
Heidemann, Gerd	242	Högl, Eva	138
Heider, Angela	118	Höhn, Uwe	156
Heidinger, Michael	144	Holstein, Ilona	149
Heil, Hubertus	8–9, 12, 15, 20, 22–23, 28, 31, 46, 54, 60, 64, 69–70, 76, 79, 89–90, 111, 118, 121, 126, 135, 140, 151, 170, 234, 237, 253, 256, 289, 319, 331	Holsten, Reiner	115
		Holzwarth, Erich	171
		Homann, Henning	158
		Hoop Scheffer, Jaap de	28
		Horn, Gustav A.	64, 70, 83

Hornburg, Wilfried	110	K	
Horstmann, Axel	144	Kaczmarek, Oliver	73, 144
Horzetzky, Günther	87	Kahl, Reinhard	150
Höschele, Ralf	59	Kahn-Ackermann, Georg	242
Hövelmann, Holger	132	Kahrs, Johannes	111, 113
Huber, Antje	93	Kakalick, Gerhard	10
Huber, Berthold	160	Kalus, Steven	10
Huber, Wolfgang	22, 23, 330–331	Kammann, Uwe	68
Hübner, Ines	136	Kanehl, Jürgen	240
Hübner, Klaas	76, 84–85, 132, 223	Karl, Annette	49, 168
Hück, Uwe	76	Karlsson, Irntraut	47
Hufe, Peter	69	Kasch, Petra	110
Hugo, Michael	92	Kaspereit, Sabine	132
Humme, Christel	46, 48, 54, 65–67, 73, 85, 223–224	Kassel, Stephan	56
Hundseder, Franziska	92	Käßmann, Margot	331
Hunger, Heinz	242	Kassner, Kerstin	110
Hupfaue, Georg	21	Kastner, Susanne	9, 70, 167
Husmann, Udo	126	Kehlbreier, Dietmar	21
Huster, Stefan	66	Kehrt, Stephan	105
I		Kelber, Ulrich	19, 74, 85, 87, 89, 223
Ihbe, Annegret	118	Keler, Sigrid	108
Ihrer, Emma	140	Kennard, Melanie	115
Ilkhanipour, Danial	113	Kerschbaumer, Judith	65, 85
Irber, Brunhilde	223–224	Keskinler, Gül	82
Iredi, Klaus-Jürgen	110	Kessler, Jürgen	89
Isenberg, Thomas	66, 89	Kessmann, Heinz-Josef	21
J		Kiaus, Elisabeth	111, 113
Jäckel, Eberhard	93	Kieninger, Gerda	144
Jacobsen, Sonja	97	Kienscherf, Dirk	111
Jagau, Hauke	117, 126	Kietzer, Kathy	97
Jäger, Andrea	151	Kimmler, Bernhard	55, 161, 163
Jägers, Wolfgang	51	Kindel, Kurt	240
Jahl, Armin	144	Kindermann, Heinz	231
Jansen, Günther	98	Kipfer, Birgit	69, 89
Jehle, Dirk	144	Kirchner, Wolfgang	129
Jellonnek, Burkhard	80, 159	Kiss, Markus	55
Jennerjahn, Marten	17, 166	Kissel, Michael	161
Jenter, Anne	65	Kittel, Eva-Maria	60
Jesgarzweski, Tim	128	Klappert, Marianne	242
Johannßen, Claus	127–128	Klausch, Peter	73, 87
John, Frank	159	Klecha, Stephan	125–126
John, Kurt	159	Kleiminger, Christian	107
Jöns, Karin	155	Klein, Herbert	162
Jordan, Jörg	10, 155	Klein, Stefan	118
Josef, Mike	60	Kleinfeld, Renate	51, 111, 113
Jost, Reinhold	158–159	Kleist, Thomas	68–69
Juister, Bärbel	97	Kleist, Werner	138
Jung, Johannes	166	Klenner, Christina	65, 73
Jung, Magnus	159	Kletzin, Joachim	17
Jungblut, Gwendolin	127–128	Kliewe, Edgar	110
Junge-Reyer, Ingeborg	137	Klimmt, Reinhard	70
Jungkamp, Burkhard	86	Klingbeil, Lars	128
Junker, Karin	65, 69	Klingel, Alfred	51, 161
Junker, Vera	138	Klingenburg, Konrad	17
Juratovic, Josip	166	Klinke, Burkhard	97
Jürgens-Pieper, Renate	121	Klisch, Cornelia	49, 156
Jurk, Thomas	23, 85, 158	Kloß, Rolf-Dieter	111
Jüsten, Karl	256	Klose, Hans-Ulrich	224
Jüttner, Wolfgang	9, 19–20, 66, 70, 73, 116, 121, 124–126, 128–129, 288, 313	Klose, Sören	117
		Klug, Astrid	22, 74, 159–160
		Klüser, Lothar	128
		Knapp, Thomas	85
		Knauf, Anne	138

Knobloch, Charlotte	318–319	Krüger, Bernd	118
Knörr, Rainer	138	Krüger, Hans-Ulrich	83–84, 88, 224
Koch, Bettina	97	Krüger, Jan	60
Koch, Diether	93	Krüger, Paul	110
Koch, Helga	55	Krüger, Thomas	87
Koch, Roland	146, 305	Krüger-Leißner, Angelika	224
Koerlin, Julia	53	Krümpfer, Petra	115
Kofler, Bärbel	167, 223	Kruse, Hans-Peter	110
Kohl, Hannelore	108	Kuban, Monika	84
Kohlmeier, Sven	138	Kübler, Klaus	242
Kohlrausch, Bettina	73	Küchenhoff, Erich	243
Köke, Janna	115	Kuhlwein, Eckhart	44, 70, 97–98
Kolat, Dilek	138, 140	Kummerfeld, Jan Eike	97
Kolb, Angela	56	Künast, Dagmar	156
Kolbow, Walter	167–168, 223	Künemann, Lore	128
Kollatz-Ahnen, Matthias	83, 151, 155	Kunert, Timo	69
Kollek, Teddy	244	Künstler, Franz	140–141
Kompe, Gerhard	44, 144	Küpke, Karl-Heinz	117
Konieczni, Siegfried	110	Kuppe, Gerlinde	65, 89–90
König, Arthur	110	Kurlbaum-Beyer, Lucie	91, 243
König, Barbara	73	Kurz, Peter	10, 67
König, Peter	85	Küster, Uwe	223
König, Uwe	10, 126	Kutzer, Wolf	10, 125–126
Konken, Michael	69	Kwast, Jochen	110
Konrad, Dorothea	109		
Konzelmann, Thorsten	144	L	
Kopischke, Hanna	118	Labouvie, Christa	110
Köppen, Martina	82	Lagodinsky, Sergey	20, 21, 22
Köpping, Petra	158	Lambrecht, Christine	10, 155, 224
Körfges, Hans-Willi	144	Lang, Armin	19, 53, 159
Korn, Salomom	319	Lang, Torsten	159
Körper, Fritz-Rudolf	84, 223	Lange, Andreas	110
Körting, Erhart	20, 86	Lange, Brigitte	80, 138
Kortmann, Karin	253, 256	Lange, Christian	70, 76, 84, 223, 308
Körzell, Stefan	148	Langemeyer, Gerhard	67, 234, 240
Koschnick, Hans	240	Langendörfer, Hans	256
Koschorreck, Elisabeth	144	Langner, Annette	97
Koß, Simona	136	Laridschani, Mohammed	318
Köster, Dietmar	10, 144	Laub, Bernhard	159
Kottnik, Klaus-Dieter	21	Lauer, Alfons	159
Kotz, Hans-Helmut	83	Lautenschläger, Hans	243
Kraatz, Jilka	110	Lauterbach, Karl	15
Kraffzick, Cornelia	156	Lawall, Karin	10, 159
Kraft, Hannelore	8–9, 20, 48, 67, 70, 88, 141–144, 289, 331	Legner, Florian	80
Kramer, Stephan J.	319	Lehmann, Harry	74
Kranz, Ernst	156	Lehmann, Karl	255–256
Krater, Gabriele	56	Lehmann, Otto	243
Krause-Behrens, Daniela	69, 116–117, 128	Lehmann, Ulrike	70
Krebs, Andreas	144	Lehmann-Wandschneider, Ulrike	99, 105
Kreft, Marcus	106	Leidenfrost, Nicole	151
Krehl, Constanze	70, 157, 231	Lein, Gerhard	111
Kreissl-Dörfler, Wolfgang	167, 231	Leithäuser, Brigitta	10
Kremling, Mario	132	Lemke, Willi	115
Kresin, Gerhard	109	Lendermann, Heiner B.	256
Kressl, Nicolette	66, 73, 88, 91, 223, 236, 291, 308	Leonhardt, Melanie	16
Kretschmer, Martin	75	Lersch-Mense, Franz-Josef	66
Kriebel, Fred	110	Lesemann, Silke	125
Krömer, Frank	110	Leuchert, Thomas	110
Kröner, Birgit	54	Leuschner, Sigrid	125–126
Kröning Christian	99	Levi, Artur	243
Kröning, Volker	84, 115	Leyen, Ursula von der	46, 305
		Leyendecker, Hans	92
		Liebethruth, Dörte	10, 128

Liebknecht, Wilhelm	140	Medwedjew, Dmitri	219
Liedtke, Karl	243	Mehdorn, Hartmut	137
Lies, Olaf	116–117, 129–130	Mehl, Ulrike	74
Lindau, Max	243	Mehmel, Friedrich-Joachim	111
Linde, Gerda	92	Meier, Rolf	163
Lindenberg, René	156	Meier-Gräwe, Uta	64, 70, 72–73
Lippmann, Utha	10	Meinhold, Walter	44, 124, 126
Lischka, Burkhard	132	Meixner-Römer, Renate	149
List, Kai	97	Mekelburg, Hartmut	115
Ljubic, Nicol	15	Membe, Bernard Kamillius	28
Löbl, Bettina	156	Menne, Claudia	65
Locatelli, Pier	47	Mensink, Dagmar	20–21, 149
Löffler, Fabian	161	Menzel, Eberhard	128
Loge, Stephan	135	Merk, Heidi	91
Lomb, Mathias	151	Merkel, Petra	84, 223
Lösekrug-Möller, Gabriele	116–117, 126, 224	Merkel, Wolfgang	64, 70
Losert, Dagmar	51	Mernizka, Loke	90
Loth, Barbara	138	Merten, Ulrike	224
Lück, Heidi	87	Metz, Peter	156
Lückert, Brigitte	115	Metzger, Dagmar	146–147
Lüdeking, Nicole	92	Meyer, Hans Joachim	253
Ludwig, Barbara	8–9, 67, 85, 157, 289, 302	Meyer, Reinhard	84
Ludwig, Werner	162	Meyer, Rolf	125, 161
Lühmann, Kirsten	46	Meyer, Thomas	64, 70
Lukosch, Christian	53	Mezger, Erika	66
Lüth, Gustav	110	Midyatli, Serpil	97
Lutz, Udo	10, 51	Miersch, Matthias	74, 117
Luz, Rudolf	166	Miesterfeldt, Gerhard	132
		Mikfeld, Benjamin	19, 70
M		Miller, Susanne	19, 56, 65, 70, 243
Maas, Heiko	9, 66, 70, 158–160	Misselwitz, Hans	19, 64, 80, 138
Machill, Marcel	69	Misselwitz, Ruth	92
Machnig, Matthias	85	Möbbbeck, Susi	17, 132
Mager, Ute	51	Modder, Johanne	129
Maget, Franz	8–9, 67, 89, 167, 289, 326	Moeller, Achim	16
Magirius, Friedrich	92	Moesta, Carl Heinz	162
Mahnke, Manuela	115	Mogdans, Kerstin	49
Maibaum Gepa	243	Mogg, Ursula	10
Mair, Judith	75	Mögling, Renate	53
Maly, Ulrich	9, 67, 76, 88, 167, 238	Möhring-Hesse, Matthias	64
Mann, Erika	77	Möhrmann, Dieter	10, 117, 127–128
Mann, Holger	158	Mohrschladt, Hermann	129
Manzewski, Dirk	104, 107	Möllenberg, Franz-Josef	87
Marcus, Mirjam	22	Möller, Claus	10, 84–85, 88, 96–97
Margraf, Martin	59	Momper, Walter	139
Marklein, Steffen	110	Mongela, Gertrude	47
Marks, Caren	65–66, 73, 87, 126, 223–224	Mönig-Raane, Margret	46
Martin, Beate	69	Mönikes, Jan	166
Martin, Bettina	19–20	Monteiro, Birgit	89
Marx, Elfriede	17, 90	Mor, Ilan	139
Mascher, Ulrike	70, 85, 91, 168	Morawietz, Elisabeth	162
Matschie, Christoph	8–9, 19, 66–67, 70–72, 85, 156, 234, 289, 319	Moscovici, Pierre	30
		Mosdorf, Siegmard	69
Mattes, Ralf	10	Motakef, Mona	54
Matthäus-Maier, Ingrid	76	Mühe, Karl-Heinz	123–124
Mattheis, Hilde	9, 65–66, 85, 166, 223	Mühlbauer, Eleonore	156
Mattischeck, Heide	44, 168	Mühlstein, Marko	132
Matz, Floria	97	Müller, Franz	55, 159
Matz, Martin	138	Müller, Heiko	135
Maurer, Michael	161	Müller, Margareta	49
Mäurer, Ulrich	115	Müller, Meike	15
Mayer, Dieter	53, 151	Müller, Michael (Berlin)	137–140
Mecklenburg, Roland	21	Müller, Michael (Düsseldorf)	22, 64, 70, 107

Müller, Regine	150	Ostholthoff, Kai	60
Müller, Sigrid	156	Östreich, Cornelia	49
Müller, Wilfried	77	Ott, Jochen	10, 16, 144
Müller-Wiebus, Roswitha	10, 97	Özoguz, Aydan	113
Münch, Katrin	59		
Münch, Martina 136		P	
Münkler, Herfried	70	Paetsch, Bettina	109
Münster, Arno	111	Paetz, Erich	89
Müntefering, Ankepetra	243	Pahl, Roland	115
Müntefering, Franz	6, 8–9, 14, 16, 22, 27–28, 30, 76, 83, 111–112, 121, 141, 143, 145, 166–167, 223, 253, 270, 330–331	Pähle, Katja	132
Mutke, Rainer	110	Panter, Dirk	157–158
Mützenich, Rolf	30	Papandreou, Georgios Andrea	30
		Papanek, Hanna	79
N		Papenburg, Günter	76
Nabel, Konrad	97	Paredes, Beatriz	31
Naber, Hanna	129	Parlow, Irina	110
Naegele, Gerhard	70	Parpat, Uwe	69
Nagel, Konrad	117	Parubek, Jiri	30
Nahles, Andrea	8–9, 12, 15, 17, 20–21, 67, 70, 79, 111, 140, 161, 170, 223–224, 253, 289, 319, 331	Pasero, Ursula	48
Naser, Volker	10	Pauls, Birte	97
Naumann, Michael	111–112, 302–303	Pauly-Bender, Judith	65, 155
Nehls, Sabine	69	Pausch, Wolfgang	148
Nermerich, E.	170	Pecher, Mario	157
Ness, Klaus	136	Peddinghaus, Dirk	97
Neuendorf, Bernd	144	Pellin, Sonja	59, 161
Neugebauer, Sandy	87	Pepper, Renate	161
Neumann, Karsten	110	Perger, Werner A.	76
Neumann, Michael	65, 111	Perthes, Volker	70
Neuser, Norbert	161	Petersen, Mathias	111
Nicholls, Robert	117	Peters-Rehwinkel, Insa	115
Nida-Rümelin, Julian	64, 70, 79–80	Petry, Leo	10
Niebert, Kai	87	Pfaff, Hildegard	146–147
Niemann, Regine	132	Pfaff, Martin	70
Nieszery, Norbert	104	Pfau, Renate	97
Nietan, Dietmar	144	Pfau, Thorsten	97
Nink, Karin	28	Pfeiffer, Gerd	243
Nissen, Ulli	49	Pfeiffer, Ulrich	76
Nitschke, Hans-Ulrich	118	Pfeil, Juliane	158
Nolle, Karl	159	Pfingsten, Jutta	144
Noltensmeier, Gerrit	331	Pflug, Johannes	10
Norbisrath, Volker	20, 82, 86	Pidde, Werner	69, 156
Notz, Gisela	48	Pieczyk, Willi	98, 231, 243
Nötzel, Michael	110	Piel, Monika	143
Notzke, Thomas	156	Pilwousek, Ingelore	168
Nuder, Pär	76	Pinzke, Dennis	104, 107
Nürnberger, Ingo	85	Platzeck, Matthias	111, 136
Nyerere, Julius	31	Pleiß, Brigitte	49, 65
		Ploß, Günter	111
O		Poersch, Regina	97
Obama, Barack	28, 31	Poerschke, Frank	118
Odenwald, Stephanie	55	Pogge, Thomas	79
Oertzen, Peter von	243	Pöhler, André	168
Oeser, Kurt	243	Politze, Stefan	125
Ohlemacher, Gisela	110	Pöner, Ulrich	22
Oppermann, Thomas	223	Poppe, Klaus Peter	129
Ostendorf-Servissoglou, Eike	74	Poppe, Ulrike	92
		Poppenhäger, Holger	156
		Pörksen, Anke	56
		Pörksen, Jan	111, 113
		Poß, Joachim	9, 20, 66, 76, 83–84, 88, 91, 223, 291, 307–308
		Prammer, Barbara	47
		Preissing, Christa	72

Preßentin, Silke-Maria	105	Reuter, Michael	155
Preuß, Renate	128	Ribbe, Lutz	87
Priesmeier, Wilhelm	87, 118	Richard, Bodo	55
Prieß, Helmuth	92	Richter, Andrea	92
Prigge, Rolf	115	Richter, Diana	158
Primor, Avi	143	Richter, Frank	111, 113
Prölß, Reiner	66–67	Richter, Horst Eberhard	145
Pronold, Florian	9, 83, 88, 167, 223	Rieckhof, Andreas	117
Protze, Annika	128	Riedel, Jörn	111
Pühl, Manfred	117	Riedmaier, Theresia	161
Quanz, Lothar	149–150	Riege, Bernd	54
Quast, Jan	111	Riep, Rudolf	97
		Ries, Isolde	89
R		Ringstorff, Harald	107
Raab, Heike	161	Rinke, Barbara	156, 331
Raabe, Detlef	73, 87	Rips, Franz-Georg	89
Raabe, Sascha	224	Rischar, Jürgen	159
Raatz, Simone	157–158	Rix, Sönke	86–87, 93, 97
Rabe, Ties	111	Robbert, Rudolf	128
Rabert, Mechthild	89	Rodenbrock-Wesselmann, Anne	144
Rackles, Mark	10, 138	Rodust, Ulrike	98
Radeck, Bernd	68	Röhl, Imke	55
Radtke, Silvia	107	Röhl, Sabine	161, 240
Radziwill, Ülker	138	Röhrig, Waltrud	49
Raff, Fritz	68–69	Rohwer, Maike	97
Rahe, Ernst-Wilhelm	144	Rölke, Kirsten	51
Raiser, Brunhilde	46	Rolland, Gabi	166
Rakow, Sigrid	129	Rollwagen, Christa	73
Ramsauer, Günther	161	Rombach, Dieter	77
Ramseger, Jörg	54	Römer, Norbert	85, 144
Randzio-Plath, Christa	44, 70	Rönnau, Anke	97
Raphael, Detlef	67, 88, 240	Rose, Heidemarie	87
Rapkay, Bernhard	10, 28, 83, 85, 144	Rose, Ulrich	110
Rapp, Heinz	244	Rose, Wolfgang	111, 113
Rasmussen, Poul Nyrup	28, 83	Rosemann, Martin	166
Rau, Christina	93, 143	Rosenkötter, Ingelore	65, 89
Rau, Johannes	143	Rossmann, Ernst-Dieter	96, 223
Räuber, Andreas	156	Roßner, Frank	156
Rauschenbach, Thomas	66, 73, 86–87	Roth, Angelika	10
Ravens, Karl	128	Roth, Ernst-Ewald	148–149
Rebmann, Stefan	166	Roth, Eugen	159
Reckmann, Brigitte	44	Roth, Michael	151
Recktenwald, Hans	159	Roth-Behrendt, Dagmar	89, 231
Redmer, Axel	10	Rothe, Kerstin	60
Regenhardt, Wilfried	156	Rothe, Mechtild	10, 85
Rehwinkel, Ingrid	53	Rother, Bernd	121
Reich, Beate	161	Rübke, Jutta	125
Reiche, Steffen	223	Rüdinger, Elisabeth	53, 168
Reichel, Sebastian	121	Rudolf, René	87
Reichenbach, Gerold	155	Rudolph, Günter	150
Reichenbach, Horst	83	Rudolph, Karsten	70, 90, 93, 144
Reichstein, Gabriele	10, 156	Rugbart, Andrea	111
Reimann, Carola	117–118, 120, 223–224	Rühl, Kathrin	10
Reimers, Babette	55	Rühling, Carola	60
Reimers, Stephan	331	Rühmkorf, Eva	93
Reinecke, Corinna	132	Ruhwedel, Iris	151
Reinert, Marie-Christine	60	Runde, Ortwin	84, 223
Reisch, Linda	54	Runge, Stefan	97
Reiß, Vera	87	Rupp, Adelheid	49, 168
Renger, Annemarie	91, 160, 163, 244	Rupprecht, Marlene	66
Renner, Tim	76, 140	Rupprecht, Marlene	87
Reuschenbach, Peter W.	244	Rüter, Michael	117
Reuter, Ernst	140	Rüttgers, Jürgen	142, 177

S			
Saalfrank, Katharina	73	Schmidt, Silvia	22
Sadiku, Cendresa	60	Schmidt, Tobias	68
Sagasser, Tanja	10	Schmidt, Ulla	10, 20, 81, 111, 163, 164, 309, 313, 331
Sahlin, Mona	30	Schmidt, Volker	160
Saleh, Raed	138	Schmidt, Wilhelm	66
Samtlebe, Günter	240	Schmidt-Kuhner, Hannah	16
Sandschneider, Eberhard	29	Schmidt-Kühner, Regina	10
Sarrazin, Thilo	84, 139	Schmiedel, Christa	118
Sawade, Anette	240	Schmiedgen, Ninja	59–60
Schaaf, Anton	85, 223	Schminke, Ronald	125
Schaal, Monika	111	Schmitt, Astrid	161
Schaas, Gerhard	69	Schmitt, Lucienne	92
Schackmann-Fallis, Karl-Peter	76, 83	Schmitt, Norbert	146
Schäfer, Axel	10, 224	Schmitt, Stefan	111
Schäfer, Erika	240	Schmitting, Carmen	19–20
Schäfer, Klaus	87	Schmitz, André	93
Schäfer, Ute	144	Schmitz, Guido	69
Schäfer-Gümbel, Thorsten	17, 148–149, 154–155	Schmitz, Uwe	144
Schaffartzik, Karl-Heinz	89	Schmitz-Grethlein, Fabian	10
Scharbach, Norbert	97	Schmoldt, Hubertus	76
Scharf, Kurt	92	Schmolke, Oliver	70
Scharpf, Fritz	70	Schmuck, Tim	151
Scharping, Rudolf	160, 162	Schmude, Jürgen	21
Schaub, Manfred	9, 46, 70, 73–74, 85, 146–148, 151	Schmurr, Carl Heinz	244
Scheelen, Bernd	67, 84, 223	Schnakenberg, Elke	128
Scheer, Hermann	9, 22, 74, 85, 163	Schneck, Marcel	160, 162
Scheidler, Joachim	97	Schneider, Arne	56
Schell, Hansjörg	17	Schneider, Carsten	83–84, 224
Scherer, Klaus-Jürgen	19, 79–80, 138	Schneider, Nikolaus	330–331
Scherf, Christian	77	Schneider, Norbert	68
Scherf, Henning	20, 93, 113	Schnoor, Herbert	92
Scherling, Lutz	87	Schöler, Uli	80
Scheytt, Oliver	78, 80	Scholle, Thilo	10, 59
Schieder, Werner	10	Scholz, Olaf	9, 21, 46, 66, 70, 76, 111, 121, 127, 139, 158, 162, 165, 223–234, 236, 311, 321
Schiek, Dagmar	64	Scholz, Rüdiger	140
Schier, Klaus	110	Schöningh, Insar	21
Schiffmann, Dieter	10	Schönwälder, Karen	87
Schild, Armin	10, 159	Schösser, Fritz	168
Schildt, Frank	69	Schostok, Stefan	17, 70, 125–128
Schildt, Ute	69	Schreiber, Markus	113
Schilff, Dietmar	120–121	Schreier, Wilhelm	10, 156
Schily, Otto	111, 308, 324	Schreiner, Ottmar	9, 19, 51, 70, 85, 159–160
Schindler, Silke	132	Schridde, Hans-Henning	118, 121
Schintze, Jörg	19, 55, 70	Schröder, Burkhard	136
Schirmacher, Helga	97–98	Schröder, Gerhard	30, 111
Schlage, Britta	111, 113	Schröder, Hans-Joachim	110
Schlaugat, Eva	118, 121	Schröder, Jendrik	59, 128
Schlegel, Astrid	117, 126	Schröder-Ehlers, Andrea	117, 125–126
Schlenz, Thomas	9	Schroeder, Louise	140
Schlosser-Keichel, Anna	97	Schroeder, Wolfgang	64, 66, 70
Schlotzhauer, Melanie	113	Schroeder, Wulf	156
Schmalstieg, Herbert	12, 91, 240	Schroeter, Volker	51
Schmid, Tobias	68	Schröter, Albrecht	156
Schmidbauer, Horst	10	Schröter, Karl-Heinz	10
Schmidt, Dagmar	10, 155	Schuber, Hartmut	156
Schmidt, Elke-Anette	109	Schubert, Christiane	72
Schmidt, Frank	155	Schuh, Werner	51
Schmidt, Helmut	111	Schüler, Karin	92
Schmidt, Manfred	55	Schulte, Hubert	84
Schmidt, Miriam	144	Schulte, Marc	138
Schmidt, Renate	74		

Schultheis, Karl	77, 144	Sommer, Michael	28, 66, 69–70, 83, 137, 164–165
Schultheis, Rolf	159	Sommer, Ulrike	138
Schultz, Albert	107	Sondermann, Markus	144
Schultz, Peter	107	Sonnenfeld, Christina	19
Schultz, Reinhard	55, 76, 83, 85	Sonntag-Wolgast, Cornelia	79
Schulz, Martin	8-9, 28, 30–31, 70, 83, 139, 165, 234, 238, 253, 289, 319	Speckin, Verina	10
Schulz, Swen	223	Speer, Rainer	84, 88
Schulz, Wolfgang	68	Spies, Thomas	53, 149–151
Schulze, Olaf	97	Spiller, Jörg-Otto	88, 223–224
Schulze, Svenja	48, 85, 87, 89, 144	Spranger, Iris	138
Schumann, Harald	76	Stadelmaier, Martin	10, 68–69
Schümann, Jutta	97	Staeck, Klaus	92
Schumann, Michelle	144	Stahl, Jürgen	171
Schüren, Norbert	149, 151	Stahl, Klaus	53
Schuster, Joachim	66, 70	Staub, Hilla	60
Schuster, Josef	319	Stange, Eva-Maria	55, 77, 151, 158, 163
Schütte, Christoph	111	Stanishev, Sergei	30
Schütz, Dietmar	74	Stapelfeldt, Dorothee	10, 111
Schwabe, Frank	10, 85	Staschewski, Jochen	156
Schwall-Düren, Angelica	9, 28, 30, 70, 223	Stather, Erich	85
Schwan, Gesine	8, 49, 55, 64–65, 70	Steffen, Sonja	104, 107
Schwanitz, Rolf	158	Stegner, Ralf	8–9, 20, 84, 86, 88, 96–99, 289, 331
Schwarz, Jan	59, 121	Steinberg, Philipp	19–20, 83–84, 88
Schwarz, Johann	319	Steinbiß, Olaf	111
Schwarz, Uwe	117, 125–126	Steinbrück, Peer	8–9, 19–20, 70, 76, 83–84, 88, 91, 111, 135, 138–139, 143, 165, 289, 329, 331
Schwarzelühr-Sutter, Rita	85, 166	Steinbrück, Sven	156
Schwebs, Birgit	110	Steinmann, Karl-Heinz	73
Schweitzer, Alexander	70, 161	Steinmeier, Frank-Walter	8–9, 23, 27, 29–31, 76, 79–80, 83, 91, 111, 121, 135, 162, 234, 283–284, 289, 318–319, 330–331
Schweitzer, Stephan	17	Steinruck, Jutta	161
Schwengel, Hermann	64, 70	Stender, Carsten	170
Schwesig, Manuela	16, 99, 104	Steppuhn, Andreas	51
Schwetz, Desirée	151	Sterz, Bernhard	132
Schwider, Franziska	87	Sterzinsky, Georg	256
Schwinke, Karl	111, 113	Stewing, Brigitte	121
Seeger, Verena	60	Stiegler, Barbara	49, 65
Seehausen, Harald	74	Stiegler, Ludwig	66, 70, 76, 85, 91, 111, 166, 223, 253, 291, 308
Seehofer, Horst	168	Stinka, André	10, 74
Seeler, Silva	125	Stitz, Werner	115
Seidenthal, Bodo	118, 124	Stöckel, Rolf	66, 85, 223
Seidler, Hanns	77	Stockfisch, Christina	73
Selling, Erwin	85, 99, 106–108	Stockmann, Ulrich	132
Sellin, Burkart	55	Stoiber, Edmund	166
Sempf, Harald	10	Stolpe, Manfred	91
Sen, Faruk	79	Stöß, Jan	138
Senftleben, Peter	138	Stotz, Marlies	55, 144
Senocak, Zafer	79	Strachmann, Lilo	141
Seyfferth, Anne	73	Strang, Hans-Rainer	90, 128, 131
Siebdraht, Ulrike	97	Strässer, Christoph	224
Siebel, Michael	69, 77, 149	Strasser, Johano	64, 79
Siegler, Jürgen	244	Strobel, Käthe	92
Sieling, Carsten	23, 115	Strombach, Gerd	131
Simonis, Heide	98	Struck, Peter	23, 70, 111, 128–129, 174, 223
Simshäuser, Monika	144	Stübe, Yves-Christian	97
Singer, Johannes	244	Stünker, Joachim	56, 84, 91, 223–224, 291, 308
Singer, Paul	140	Stuntebeck, Kristina	70, 117, 129
Sinowatz, Fred	244		
Smentek, Sabine	65		
Socher, Birgit	110		
Solana, Javier	28		
Solga, Heike	77		
Somfleth, Brigitte	10, 125–126		

PERSONENINDEX

Suchan, Jochen	69	Uhlmann, Beate	129
Sudhof, Margaretha	84	Ukrow, Jörg	160
Suhr, Jürgen	110	Ulbricht, Klaus	138
Suhr, Otto	140	Unbenannt, Marcus	10
Sutter, Marianne	162	Urban, Hans-Jürgen	155, 158
Suu Kyi, Aung San	31	Uslucan, Haci-Halil	86
Syrbe, Barbara	110	Utpatel, Bernd	55
Szabados, Dagmar	67, 240		
Szymanski, Frank	135	V	
T		Vahlberg, Jürgen	55
Tabillion, Rainer	160	Van den Berg, Guido	10
Tacke, Alfred	83	Vassiliadis, Michael	70
Tadic, Boris	28, 30	Vaupel, Monika	151
Tammena, Heiko	17	Veh, Kathrin	136
Tammert, Olaf	110	Veit, Carola	111, 113
Tanke, Detlef	10, 117–118, 120–121	Veit, Rüdiger	155
Tarrach, Hein	159	Veldhues, Elisabeth	144
Taubert, Heike	156	Veltroni, Walter	28
Tausch, Cornelia	89, 144	Verheugen, Günter	28
Tauss, Jörg	69, 77, 166, 223–224	Vesper, Stefan	253
Tautz, Lothar	19, 56	Vicente, Miguel	161
Teichmann, Gabriele	166	Vöge, Horst	144
Templ, Karl-Ulrich	166	Vogel, Hans-Jochen	48, 64, 71
Tesch, Silke	147, 150	Vogel, Marion	17
Teubel, Joachim	56	Vogelheim, Elisabeth	64
Teuchner, Jella	10	Vogelsänger, Jörg	136
Teulings, Gerd	144	Vogt, Sascha	60
Thiemann, Heinrich	85	Vogt, Ute	8–9, 70, 82, 86, 164, 166, 253, 256, 289
Thieme, Marlehn	331	Volkmer, Marlies	53, 89, 158, 223
Thierse, Wolfgang	9, 19, 21–22, 64, 70, 78–80, 111, 151, 162, 165–166, 256, 319, 331	Vollmer, Sebastian	126
Thieser, Bernold	159	Volz, Inge	171
Thießen, Jörn	97	Von den Driesch, Nicole	10
Thomaszewsky, Elisabeth	86	Vosseler, Birgit	53
Thöne, Ulrich	66–67	Vrobel, Ralf	97
Thönnies, Franz	85	W	
Thul, Sebastian	159	Waack, Wolf-Dietrich	156
Thürauf, Daniel	19–20	Wachholz, Gunter	51
Tiefensee, Wolfgang	9, 22, 111, 143, 234, 237	Wagner, Adi	159
Tietke, Hermann	115	Wagner, Gert G.	66, 70, 76
Tilsner, Ernst	128	Wallach, Marianne	48–49, 66
Timm, Gottfried	99, 105, 107, 110	Walsken, Gisela	144
Timmermann, Heinz	244	Walter, Gerd	69
Timmermann, Karin	111	Walter, Jürgen	146–147, 153
Timpe, Martin	60, 77	Walter, Ralf	161
Tippelt, Sabine	125	Walter, Tonio	56
Tonn, Gisela	10	Walther, Claudia	17
Tonne, Grant Hendrick	125	Wanke, Joachim	256
Tonne-Jork, Elke	10, 126	Warmer, Wolfgang	97
Tralau, Gesa	97	Warnecke, Torsten	148–150
Trauernicht, Gitta	10, 73, 89, 97	Warnke, Markus	73
Tsalastras, Apostolos	144	Waschke, Sabine	150
Tschentscher, Peter	111, 113	Wasserhövel, Kajo	8, 87, 170, 331
Tsvangirai, Morgan	30	Wassermann, Rudolf	244
Tuchel, Johannes	139	Wassiliades, Michael	143
Tüttenberg, Achim	144	Watermann, Ulrich	10, 117, 125–126
U		Watermann-Krass, Annette	10
Ude, Christian	67, 79, 237, 302	Watzema, Elke	51
Uhl, Hans-Jürgen	118, 121	Weber, Frank	51, 156
Uhlenbruch, Kurt	244	Weber, Gerhard	110
		Weber, Pitt (Hanspeter)	244
		Weckenmann, Ruth	46

Wedemeier, Klaus	240	Wirtz, Franz Leo	55
Weg, Marianne	155	Wobbeler, Alfons	51
Wegener, Gunnar	128	Wodarg, Wolfgang	53
Wegner, Gerhard	21	Wodarz, Friedrich-Carl	87
Wegner, Konstanze	53	Woidke, Dietmar	87, 89
Wehner, Herbert	15	Wölbern, Bernd	127–128
Wehrmeyer, Matthias	10, 118	Wolf, Ingo	142
Weichel, Klaus	161	Wolf, Willi	244
Weigel, Andreas	157	Wolff, Waltraud	85, 87, 89, 132, 223–224
Weigle, Sebastian	10	Wölfle, Sabine	166
Weihnert, Margit	157	Wolframm, Klaus	158
Weil, Reinhard	17	Wörl, Beate	10
Weil, Stephan	67, 84, 238	Wörmann, Eduard	92
Weinel, Olaf	89	Wörner, Ludwig	51, 168
Weis, Anita	53	Wowereit, Klaus	20, 67, 80, 98, 111, 121, 136, 138–139, 158, 162, 302
Weis, Petra	49, 67, 110	Wright, Heidi	74
Weiss, Cornelius	157	Wucherpfennig, Brigitte	10
Weiß, Cornelius	91	Würdisch, Thomas	110
Weißborn, Katrin	151		
Weisskirchen, Gert	44, 64, 79, 223–224	Y	
Weitzel, Rainer	166	Ykaelo, Salomon	22
Weizsäcker, Ernst-Ulrich von	70, 74	Ypsilanti, Andrea	8–9, 46, 54, 70, 73, 145–148, 150, 152, 154, 289, 305
Wels, Otto	107		
Welser, Maria von	28	Z	
Wend, Rainer	76, 85, 223–224	Zado, Julian	60
Wendenburg, Helge	118	Zammert, Anna	158
Wenghöfer, Jörg	10, 97	Zapata, Margarita	47
Wengler, Peter	156	Zapatero, José Luis	30
Wenke, Heinz	244	Zapf, Uta	155
Werneke, Frank	66, 69	Zauner, Margrit	49
Werner, Martina	151	Zenker, Birgit	21
Werner-Muggendorfer, Johanna	74	Zepig, Mandy	10
Wernstedt, Rolf	77	Zieder-Ripplinger, Margriet	49
Wessel, Ulrich	144	Ziegon, Anja	110
Wettig, Klaus	80	Ziemann, Helga	90
Wettig-Danielmeier, Inge	12, 46, 48, 65, 70, 91–93, 121, 253	Zietz, Luise	140
Wettlaufer, Helmut	151	Zimmermann, Anne	73
Wetzel, Detlef	76	Zimmermann, Frank von	69
Wichelhaus, Manfred	93	Zimmermann, Hermann	19–20, 69
Wickert, Christl	48	Zimmermann, Olaf	80
Wickert, Ulrich	111	Zollitsch, Robert	22, 256
Widder, Gerhard	237	Zöllmer, Manfred	89, 224
Wieczorek, Norbert	10, 83	Zöllner, Jürgen	77, 87
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	22, 29, 46–47, 79, 90, 154, 162, 165, 253, 284	Zöpel, Christoph	30
Wiefelspütz, Dieter	224	Zuber, Walter	160, 162
Wiegand, Rolf	138	Zuckerer, Walter	111, 113
Wiegand-Hoffmeister, Bodo	104, 107	Zumhasch, Ulla	16
Wiemer, Wolfgang	80	Zumwinkel, Klaus	75
Wiesendahl, Elmar	15	Zypries, Brigitte	46, 48, 56, 79, 89, 91, 93, 256, 291, 308
Wilcken, Rosemarie	238		
Wildenhein-Lauterbach, Bruni	138		
Wilgorski, Birgit	128		
Wilhelm, Friedrich	118		
Wilhelm, Stephan	161		
Wilhelmy, Frank	116		
Will, Christine	129		
Will, Gerd	117, 128–129		
Will, Rosemarie	64		
Wille, Martin	20, 87, 135		
Wilms, Hans-Joachim	87		
Wimmer, Manfred	110		

